VERHANDLUNGEN DES RATES DER STADT KÖLN VOM JAHRE 2019

Herausgeber: Die Oberbürgermeisterin
Büro der Oberbürgermeisterin
Rathaus (Historisches Rathaus)
Sitzungsdienst OB-2-21

Inhalt

47. Sitzung vom 14. Februar 2019 5

48. Sitzung vom 4. April 2019 131

49. Sitzung vom 21. Mai 2019 227

50. Sitzung vom 9. Juli 2019 325

51. Sitzung vom 28. August 2019 465

52. Sitzung vom 26. September 2019 485

53. Sitzung vom 7. November 2019 561

54. Sitzung vom 7. November 2019 599

55. Sitzung vom 12. Dezember 2019 685

Sachregister 803

Rednerverzeichnis 813

47. Sitzung vom 14. Februar 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Stellenbesetzung beim Verein „Metropolregion Rheinland“ – Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten!"

AN/0129/2019

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig

hier: Schenkung eines Werkes des Künstlers Richard Hamilton

0118/2019

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT betreffend "Köln nimmt Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer auf"

AN/0179/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0224/2019

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln darf nicht länger Verfassungsfeinde und Kriminelle beherbergen. „Autonomes Zentrum“ vor die Tür setzen!"

AN/0175/2019

3.1.3 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. "Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW und Aussetzung bestehender Gebührenbescheide"

AN/0163/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT

AN/0220/2019

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Gesamtnetzbetrachtung"

AN/0171/2019

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Familienfreundliches Köln – Kita von 3 – 6 Jahren endlich beitragsfrei"

AN/0076/2019

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln muss ihren Kompass wiederfinden"

AN/0174/2019

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen!"

AN/0178/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT

AN/0231/2019

3.1.8 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Unvermeidbare Flüge kompensieren"

AN/0170/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0228/2019

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG"

(s. TOP 21.1 n.ö.T.)

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH"

AN/0227/2019

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben

Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 - AN/1429/2018

0065/2019

zurückgestellt

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Kosten der Silvesternacht 2018/2019"

AN/0058/2019

Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019

0367/2019

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Familienfreundlichen Köln – Kita-Ausbau in Köln stärken"

AN/0159/2019

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019

0521/2019

4.3 Anfragen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Kommunales Wohnungsbauförderprogramm"

AN/0161/2019

4.4 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Winterflüchtlinge vom Balkan in Köln"

Grundlagen, Kontrolle und Kosten

AN/0164/2019

Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019

0464/2019

4.5 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Aktive Bürgerbeteiligung bleibt Stiefkind - Programm 2019 ohne klares Vorum für aktive Bürgerbeteiligung"

AN/0167/2019

Antwort der Verwaltung vom 07.02.2019

0443/2019

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß. Was tut die Stadtverwaltung?"

AN/0198/2019

4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?"

AN/0210/2019

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019

0519/2019

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung

2630/2018

zurückgestellt

6.1.2 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern

3924/2018

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung

hier: Möglichkeit der Entsendung einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung durch die Seniorenvertretung

3757/2018

6.1.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (SteB); Änderung Abwassersatzung

3947/2018

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 2 GO NRW i. V . m. der Haushaltssatzung 2018

0289/2019

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO

7.2.1 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Unterbringung von Geflüchteten - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2018 der Stadt Köln

3072/2018

7.2.2 Neubau des Feuerwehrzentrums Kalk

hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019.

4195/2018

7.2.3 Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale Köln Weidenpesch

hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung

der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019.

3726/2018

7.2.4 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 6 Köln-Chorweiler

hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019.

3366/2018

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018

3179/2018

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT

AN/0226/2019

10.2 Wirtschaftsplan 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

3639/2018

10.3 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln

3887/2018

zurückgestellt

10.4 GAG Darlehen Butzweilerhof

3996/2018

10.5 Priorisierende Schulbaumaßnahmenliste 2018

3648/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0225/2019

10.6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Bestellung von Frau Prof. Dr. Dörte Diemert zur Ersten Betriebsleiterin

3788/2018

10.7 Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln – Soll/Ist-Vergleich

3695/2018

10.8 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim

Baubeschluss

3333/2018

10.9 Befristete Fortsetzung des Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU

3710/2018

10.10 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in 2019

4173/2018

10.11 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2019

0019/2019

10.12 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2019 / 1. Teil

0103/2019

10.13 Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“

0020/2019

10.14 Förderung des Bildungsberatungszentrums Köln-Mülheim

0098/2019

10.15 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20

0079/2019

10.16 Bildungslandschaft Altstadt Nord (BAN) - Baubeschluss für Baufeld C - Abendgymnasium

2589/2018

10.17 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 hinsichtlich der Federführung für die Maßnahme Kapazitätserweiterung durch Verlängerung der Bahnsteige an Haltestellen der Linien 4 und 13 sowie Beschluss über die Umsetzung der Planung bis Leistungsphase 3 HOAI durch die KVB

2723/2018

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0218/2019

10.18 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf)

hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung von externen Planungsleistungen und Grundstückskosten

2423/2018

10.18 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme "Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf)

hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung von externen Planungsleistungen und Grundstückskosten

2423/2018

10.19 Projekt OptiWohn: Quartiersspezifische Sondierung und Entwicklung innovativer Strategien zur optimierten Nutzung von Wohnflächen - klimafreundliches Wohnen in Köln

2783/2018

10.20 Rheinische Musikschule Köln, Mittelfreigabe und Konzept

3536/2018

10.21 Zügigkeitserhöhung des Bildungsgangs Fachoberschule FOS 12 Typ B / Technik

am Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg (BK 18)

0132/2019

10.22 Aufbau eines Kriminalpräventiven Rates Köln

0252/2019

10.23 Einrichtung eines Last-Minute-Angebots bei der Volkshochschule Köln

4269/2018

10.24 Erstellung eines Neubaus für die Heliosschulen - Grund- und Gesamtschule mit einer Ein- und einer Dreifeldsporthalle als inklusive Universitätsschule der Stadt Köln an der Vogelsanger Str. (ehemaliges Helios-Gelände) in Köln-Ehrenfeld

Baubeschluss

3635/2018

10.25 Trinkbrunnen für Köln

3100/2018

10.26 Planungsaufnahme zur Generalinstandsetzung und Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich

3676/2018

10.27 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Ostheim und Neubrück"

3789/2018

10.28 Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungs-

konzeptes für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf"

4249/2018

10.29 Generalsanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler

Maßnahme im Rahmen des Kommunalinvestitionsfördergesetzes NRW

0067/2019

10.30 Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln

3701/2018

10.31 Wahl einer / eines Beigeordneten für Dez. IV - Bildung, Jugend und Sport

0284/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Dem Elternwillen entsprechen – Beigeordnetenwahl zügig durchführen!"

AN/0229/2019

10.32 KölnKlimaAktiv 2022

3680/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0219/2019

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06

Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen

2786/2018

zurückgestellt

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord

Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord

3669/2018

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

2816/2018

16.2 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2819/2018

17 Wahlen

17.1 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

0058/2019

17.2 Berufung eines Vertreters sowie einer Stellvertreterin der Stadtschulpflegschaft als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

3852/2018

17.3 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz Mitte - Revitalisierung des Porzer Zentrums

hier: Änderung der Zusammensetzung des Beirates Porz Mitte

4271/2018

17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausschussumbesetzung"

AN/0144/2019

17.5 KölnBäder GmbH - Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat

3953/2018

17.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

0261/2019

17.7 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS): Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in die Verbandsversammlung

0449/2019

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss"

AN/0193/2019

17.9 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen für Gruppenmitglieder

AN/0196/2019

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Stadtentwicklungsausschuss – sachkundige Einwohnerin"

AN/0213/2019

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Verkehrsausschusses"

AN/0221/2019

17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)"

AN/0222/2019

17.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Aufsichtsrat Zoologischer Garten Köln AG"

AN/0223/2019

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Einführung von Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit

Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe externer Moderationsleistungen im Rahmen des Leitlinienprozesses

4206/2018

19 -

Anwesend:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schwab,

Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Prof. Dr.; Klein, Agnes, Beigeordnete Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Schultes, Monika; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeister
Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 15.37 Uhr - Ende: 22.40 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 47. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Einige von Ihnen wissen es vielleicht bereits: Ich erhielt eben einen Anruf aus Istanbul von Jörg Detjen und möchte Ihnen gern mitteilen, dass das Urteil Adil Demirci erfolgt ist. Er kommt aus dem Gefängnis frei.

(Beifall)

Herr Detjen geht davon aus, dass es heute Abend geschehen wird, und lässt Sie alle sehr herzlich grüßen.

(Beifall)

Ich begrüße heute ganz besonders unsere neue Stadtkämmerin Frau Professor Dr. Diemert zu ihrer ersten richtigen Ratssitzung.

(Beifall)

Sie wird gleich zu Beginn der Sitzung die Gelegenheit nutzen und das Wort an Sie richten.

Wie Sie alle wissen, ist unsere bisherige Gleichstellungsbeauftragte Frau Dahmen im letzten Jahr zum Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gewechselt und hat dort mit ihrer hier aufgebauten großen Erfahrung als langjährige Leiterin der Kölner Ausländerbehörde die Leitung im Bereich Ausländerrecht übernommen.

Ihre Nachfolgerin als neue Gleichstellungsbeauftragte ist Frau Mötting, die ich zu ihrer ersten Ratssitzung heute ebenfalls besonders herzlich begrüßen möchte.

(Beifall)

Außerdem begrüße ich unser neues Ratsmitglied Herrn Geraedts, den ich gleich verpflichten möchte. Herr Geraedts ist als Nachfolger für Herrn Bensch gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Ich bitte Sie deshalb, zu mir nach vorn zu kommen.

Zudem bitte ich Sie, alle Anwesenden, sich von Ihren Plätzen zu erheben, bitte auch die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreter der Medien. Die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister stehen schon.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Herr Geraedts, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten sowie Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Wilhelm Geraedts [AfD]: Danke sehr!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Detjen - das ist klar -, Frau Wolter, Frau Schultes und Frau Dresler-Graf.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn van Geffen, Herrn Klausing und Frau Pakulat.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion DIE LINKE hat am 25.01. fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema *Metropolregion Rheinland* eingereicht. Zu dem Thema liegen inzwischen unter TOP 3.1.6 auch ein Antrag der AfD-Fraktion und unter TOP 3.1.7 ein Antrag der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT vor.

Ich gehe davon aus, dass DIE LINKE ihren Antrag auf Aktuelle Stunde aufrechterhält.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Das wird bestätigt.

Dann schlage ich vor, dass wir die Aktuelle Stunde, TOP 1.1, und die Anträge unter TOP 3.1.6 und TOP 3.1.7 gemeinsam zu Beginn der Sitzung behandeln. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.6 und 4.7, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 7.1.1 und TOP 10.32, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.6 bis 17.13.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.2.1 und 6.1.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Beantwortung der Anfrage unter TOP 4.7 bitten wir in den Wirtschaftsausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit Einvernehmen von Herrn Wortmann, Freie Wähler Köln, bitten wir, den Antrag 3.1.3 in den Finanzausschuss zu schieben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, TOP 10.31 an den Beginn der 10er-Punkte zu ziehen, sozusagen zu 10.0.

Zu Tagesordnungspunkt 12.1 beantrage ich, diesen noch einmal in den Stadtentwicklungsausschuss zurückzuverweisen, weil die Bezirksvertretung Nippes erst nach dem Stadtentwicklungsausschuss getagt hat und wir noch einmal Gelegenheit haben sollten, im Stadtentwicklungsausschuss über die Beratungsergebnisse der BV Nippes zu beraten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Hier ist eben ein Dringlichkeitsantrag - es kommt gerade noch einer - eingegangen, und zwar von den Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter dem Titel *Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG*.

Zudem gibt es noch einen Dringlichkeitsantrag von den Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter dem Titel *Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH*.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir bitten erst

einmal um Sitzungsunterbrechung. Uns sind diese Dringlichkeitsanträge nicht zugegangen, somit können wir über sie derzeit auch nicht beraten.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, das ist ein Antrag zur Tagesordnung - Sitzungsunterbrechung. Wären Sie einverstanden, dass die Dringlichkeitsanträge erst begründet würden, oder möchten Sie die Sitzungsunterbrechung sofort haben?

(Christian Joisten [SPD]: Erst lesen!)

Ich kann Sie leider nicht verstehen, weil alle dazwischengeredet haben.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich brauchen wir erst die Unterlage, damit wir sie lesen können. Danach würden wir gern die Begründung hören, und dann können wir darüber entscheiden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir die Sitzung kurz unterbrechen - die Unterlagen sind verfügbar -, damit die Vorlagen gelesen werden können. Wir steigen danach in die Diskussion der Tagesordnung wieder ein. Ich würde Ihnen bis 15.55 Uhr Zeit geben. Einverstanden?

(Zurufe: Wenn wir sie bis dahin haben!)

- Ja, sie sind verfügbar. Sie sind im Ratsinformationssystem verfügbar.

(Unterbrechung von 15.48 bis 16.04 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine verehrten Damen und Herren, ich würde gern wieder in die Sitzung eintreten.

Erlauben Sie mir die Bemerkung an alle Fraktionen gerichtet, dass die Dringlichkeitsanträge erst zu Sitzungsbeginn eingereicht wurden und inzwischen auch noch drei Änderungsanträge vorliegen. Das mag politisch alles sinnvoll sein, nur die Geschäftsstelle muss es abarbeiten. Ich würde Sie bitten, im Sinne einer guten Debatte so frühzeitig mit Informationen zu kommen, dass wir sie verarbeiten können. Wir möchten Ihnen schließlich alle Informationen rechtzeitig zur Verfügung stellen. Ich muss es auch lesen und mir eine Meinung bilden. Es wäre sehr hilfreich, wenn das in Zukunft rechtzeitig käme.

Wir treten jetzt wieder in die Debatte um die Tagesordnung ein, meine Damen und Herren.

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträgen der Fraktionen vor: unter 3.1.9 der Antrag zur Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG und unter 3.1.10 der Antrag zum Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mein völliges Unverständnis zum Ausdruck bringen, in welcher Art und Weise hier mit dem Rat und mit diesem Hohen Haus umgegangen wird.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Zur Dringlichkeit, Herr Joisten!)

Wenn Sie hier zu Beginn der Sitzung einen solchen Antrag vorlegen, der so weitreichend ist, dann empfinden wir das als Kulturbruch und als stillos im Umgang mit den Ratsmitgliedern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Dringlichkeit bei dem Antrag *Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG* lehnen wir ab. Es gibt keine Dringlichkeit, heute die Fragen, die hier aufgeworfen werden, zu beraten. Wenn irgendwo ein Mangel erkannt wird, wenn Sie in irgendeiner Weise Beratungsbedarf haben, dann haben wir Fachausschüsse und auch eine nächste Ratssitzung. Hier und heute brauchen diese Anträge nicht beraten zu werden. Insofern lehnen wir die Dringlichkeit ab.

Im Übrigen geht es in beiden Anträgen auch um personalisierte Daten. Damit ist das für uns ein nichtöffentlicher Vorgang.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Lächerlich!)

- Ja, Entschuldigung! Wir haben hier ein Commitment, wenn es um Personen geht. Es steht auch so in der Geschäftsordnung und in der Gemeindeordnung, dass es dann im nichtöffentlichen Teil behandelt wird. Das gilt insbesondere - das kann ich gleich vorwegnehmen - auch für den nächsten Antrag. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenreden? - Gut.

(Niklas Kienitz [CDU]: Formal!)

Dann lasse ich jetzt getrennt abstimmen über die Dringlichkeit von 3.1.9, KVB. Gibt es Gegenstimmen gegen die Dringlichkeit? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, Rot-Weiß, AfD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Dann rufe ich jetzt 3.1.10 auf. Gibt es Gegenstimmen?

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Ich kann Sie nicht verstehen. Bitte sprechen Sie in das Mikrofon.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie haben den Punkt *Gegenrede gegen die Dringlichkeit* noch nicht aufgerufen. Darauf möchte ich nur hinweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie können gern jetzt dazu Stellung nehmen. Ich dachte, das hätten Sie getan, aber bitte gern.

Christian Joisten (SPD): Wir wollen ja jetzt formal sein. Wir haben hier einen ganz formalen Vorgang, und der formale Vorgang sieht vor, dass der Tagesordnungspunkt und die Dringlichkeit aufgerufen werden.

(Zurufe)

Ich rede hier jetzt gegen die Dringlichkeit, weil auch in diesem Fall der Termin des 22.02. langfristig bekannt war. Es hätte also rechtzeitig zu Beginn bzw. binnen der Antragsfrist eingereicht werden können. Es besteht kein Anlass zur Dringlichkeit. Wir lehnen diese ab.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, hier wird die Dringlichkeit mit gleicher Begründung abgelehnt. Gibt es eine Gegenrede?

(Niklas Kienitz [CDU]: Formal!)

- Formale Gegenrede.

Dann lasse ich jetzt abstimmen: Gegenstimmen gegen die Dringlichkeit? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die AfD, Rot-Weiß und DIE LINKE.

Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Dringlichkeit so beschlossen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung haben wir eben debattiert. Gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen? - Bitte, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wenn ich Herrn Joisten richtig verstanden habe, hat er beantragt, die beiden Anträge in den nichtöffentlichen Teil zu schieben. Gut, wenn er das nicht getan hat, dann mache ich das jetzt.

Ich beantrage, die beiden Anträge in den nichtöffentlichen Teil zu verweisen, weil in diesen beiden Anträgen auf das Abstimmungsverhalten von einem Aufsichtsrat, der geheim tagt, Bezug genommen wird. Das verstößt gegen das Aktienrecht. Dementsprechend ist eine Behandlung im öffentlichen Teil nicht möglich. Ich bitte darum, sie zu verweisen.

Der Hintergrund, warum sie im öffentlichen Teil behandelt werden sollen, ist eine politische Schlammschlacht um Entscheidungen, die die Arbeitnehmer getroffen haben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht nicht um die Arbeitnehmer!)

Ich bitte darum, dass diese beiden Anträge in den nichtöffentlichen Teil verwiesen werden. Juristische Schritte, wenn das nicht geschieht, behalten wir uns vor.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir müssen darüber gar nicht abstimmen. Es ist nämlich meine Sache, das zu entscheiden, und ich schiebe es gern auch in den nichtöffentlichen Teil, Herr Weisenstein.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt sind wir immer noch bei der Debatte der Tagesordnung. Gibt es noch Wortmeldungen zur

Reihenfolge der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das sehe ich auch nicht.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir können in die Sitzung eintreten. Ich gebe zunächst Frau Stadtkämmerin Professor Dr. Diemert das Wort.

(Beifall)

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 08.11. letzten Jahres haben Sie mich zur Stadtkämmerin dieser schönen Stadt gewählt und dazu an dieser Stelle zunächst meinen aufrichtigen Dank für Ihre Zustimmung und für Ihr Vertrauen. Ich empfinde das nicht als Selbstverständlichkeit, sondern im Gegenteil als große Ermutigung für die vor mir, vor dieser Stadt und vor diesem Rat liegenden finanziellen Herausforderungen und Aufgaben.

Jedem Neuanfang wohnt bekanntlich nicht nur ein Zauber inne, sondern mit ihm sind auch immer Erwartungen und Hoffnungen, manchmal ebenso auch Befürchtungen verknüpft. Das spüre ich in den vielen Gesprächen, die ich in den drei Wochen seit meinem Amtsantritt geführt habe, und es wird auch greifbar in der langen Liste an Wünschen, Problemen, Herausforderungen, der ich fast täglich weitere Punkte hinzufügen kann.

Finanzminister - so heißt es ja - seien eine seltsame Personalunion von Milchkuh, Hamster und Kettenhund.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich persönlich finde, das bringt es ganz gut auf den Punkt; denn das Streben nach geordneten Finanzen, der Haushaltsausgleich und das Ziel einer nachhaltigen generationengerechten Finanzwirtschaft - das alles ist kein Selbstzweck, sondern vielmehr Mittel zum Zweck. Oder um im Bild zu bleiben: Hamster und Kettenhund sind notwendig, damit es auch zukünftig Milch geben kann.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dass dieser Rat sich mehrheitlich zu einem freiwilligen, schrittweisen Konsolidierungskonzept bekannt hat, ist daher der richtige Weg. Ich kann Sie mit all meiner Erfahrung, die ich in den letzten Jahren in Duisburg sammeln konnte, nur nachdrücklich in diesem Weg bestärken - wohlwissend, dass es kein einfacher Weg ist.

Der Kölner Haushalt hat sich in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Heute gibt die Stadt knapp 1 Milliarde Euro mehr aus als noch vor fünf Jahren und 1,6 Milliarden Euro mehr als noch vor zehn Jahren. Über viele Jahre konnte dieser Zuwachs und der damit einhergehende Eigenkapitalverbrauch immerhin durch höhere Steuererträge abgemildert werden. Während Steuererträge jedoch stagnieren oder auch schnell einem Abwärtstrend unterliegen können, fällt das Absenken des Aufwands erfahrungsgemäß allen Beteiligten schwer. Die Anzeichen mehren sich, dass die Zeiten nicht einfacher, sondern eher schwieriger werden. Gleichzeitig müssen unverzichtbare Investitionen für die Zukunft dieser wachsenden Stadt auf den Weg gebracht werden.

Nein, es wird nicht einfach, und es geht nach meiner festen Überzeugung nur gemeinsam. Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie betrifft alle Bereiche dieser Verwaltung. Sie kann, sie darf, wenn sie nicht zum Scheitern verurteilt sein soll, keine One-Man- oder - wie in diesem Falle - One-Woman-Show sein. Das erfordert die Bereitschaft aller Beteiligten, finanzielle Aspekte in der alltäglichen Arbeit der Verwaltung, aber auch der Politik möglichst von Anfang an mitzudenken, transparent zu machen und ernst zu nehmen. Schon bei der Bestellung einer Leistung ist zu klären, was sie kostet und wer sie finanzieren wird. Wir müssen auch über den Schritt davor sprechen: Brauchen wir diese Leistung? Was sind unsere Prioritäten?

Mit den Kölner Perspektiven 2030 ist ein umfassender Prozess aufgesetzt worden, der dafür langfristig bedeutsam sein dürfte. Mit dem wirkungsorientierten Haushalt und darüber hinaus - zwar noch in den Kinderschuhen, aber schon viel weiter gedacht - mit dem Nachhaltigkeitshaushalt können wir schon heute Wirkungen sichtbar machen und darüber Finanzressourcen steuern. Mit diesem Instrument hat die Stadt Köln bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen.

Jetzt wird und muss es aber auch darum gehen, finanzielle Nachhaltigkeit in der konkreten alltäglichen Arbeit, in Haushaltsplanung und Bewirtschaftung umzusetzen. Als nächster wichtiger

Schritt steht der Doppelhaushalt 2020/2021 an. Hierfür und für die Konsolidierung des Haushalts bedarf es eines breiten Rückhalts und einer starken Unterstützung in Verwaltung und in Politik. Ihrer Unterstützung! Denn letztlich hat der Rat, haben Sie die Hoheit über das Budget.

Um diese Unterstützung werbe ich, und hierfür möchte ich meinen Beitrag leisten. Gern stehe ich für den breiten und sachorientierten Austausch und - wenn notwendig - auch für die Auseinandersetzung bereit.

Zwei weitere Punkte stehen ganz oben auf meiner Agenda: Fast alle Fach- und Aufgabenbereiche der Verwaltung sind auf Finanzen angewiesen. Umso wichtiger ist es, dass die verwaltungsinternen Schnittstellen und Abstimmungen möglichst reibungslos und effizient funktionieren. Angesichts der Größe und Komplexität der Stadtverwaltung Köln ist das ein wichtiges Handlungsfeld, eines, dass der professionellen und kollegialen Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung bedarf und für das uns die Verwaltungsreform einen großen Schritt voranbringen soll.

Einer engen Zusammenarbeit bedarf es auch im Konzern Stadt. Wer Finanzen in Gänze betrachtet, muss zwingend die städtischen Töchter mit in den Blick nehmen. Dazu gehört eine transparente und an den städtischen Zielen ausgerichtete Beteiligungssteuerung, und dazu gehört die konsequente Anwendung der Grundsätze guter Unternehmensführung.

Die jüngst angestoßene Überprüfung und Aktualisierung des Public Corporate Governance Kodex ist daher von zentraler Bedeutung. Sie verdient unser aller Aufmerksamkeit.

Genug zu tun also. Ich freue mich darauf. Ich freue mich auf Köln. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder. Insbesondere begrüßt sie Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert und die neue Gleichstellungsbeauftrage Frau Mötting zu ihrer ersten Ratssitzung. Außerdem begrüßt sie Herrn Geraedts als neues Ratsmitglied und Nachfolger von RM Baentsch.

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker verpflichtet Herrn Geraedts im Sinne des § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn van Geffen, Herrn Klausing und Frau Pakulat vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Es liegt ein fristgerecht eingegangener Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde der Fraktion Die Linke. zum Thema „Stellenbesetzung beim Verein „Metropolregion Rheinland“ – Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten!“, AN/0129/2019 vor. Dieser wird unter TOP 1.1. behandelt.

Zu diesem Thema liegen unter TOP 3.1.6 auch ein Antrag der AfD-Fraktion und unter TOP 3.1.7 ein Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT vor.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeisterin Reker erhält die Fraktion Die Linke. ihren Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde aufrecht.

Der Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Reker TOP 3.1.6 und 3.1.7 zusammen mit der Aktuellen Stunde zu behandeln, wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

IV. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß. Was tut die Stadtverwaltung?"

AN/0198/2019

4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?"

AN/0210/2019

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 2 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018

0289/2019

10.32 KölnKlimaAktiv 2022

3680/2018

17.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat

0261/2019

17.7 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS): Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in die Verbandsversammlung

0449/2019

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss"

AN/0193/2019

17.9 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen für Gruppenmitglieder

AN/0196/2019

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Stadtentwicklungsausschuss – sachkundige Einwohnerin"

AN/0213/2019

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Verkehrsausschusses"

AN/0221/2019

17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)"

AN/0222/2019

17.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Aufsichtsrat Zoologischer Garten Köln AG"

AN/0223/2019

Absetzungen:

3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben

Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 - AN/1429/2018

0065/2019

6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung

2630/2018

10.3 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln

3887/2018

V. RM Joisten bittet, die Beantwortung der Anfrage zu TOP 4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?", AN/0210/2019 auch dem Wirtschaftsausschuss vorzulegen.

TOP 3.1.3 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW und Aussetzung bestehender Gebührenbescheide", Session-Nr. AN/0163/2019 und der dazugehörend Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT, Session-Nr. AN/0220/2019 werden auf Antrag von RM Breite in den Finanzausschuss als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

RM Kienitz beantragt, den Tagesordnungspunkt 10.31 „Wahl einer / eines Beigeordneten für Dez. IV - Bildung, Jugend und Sport“, 0284/2019 als Tagesordnungspunkt 10.0 zu behandeln.

TOP 12.1 „Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06, Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen, Session Nr. 2786/2018, wird auf Antrag von RM Kienitz erneut zur Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

VI. Es liegen folgende Dringlichkeitsanträge vor, über deren Dringlichkeit nach einer sechzehnminütigen Pause abgestimmt wird (Unterbrechung von 15:48 – 16:04 Uhr).

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG"

RM Joisten spricht sich gegen die Dringlichkeit aus, RM Kienitz spricht sich formal dafür aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie der Gruppen Rot-Weiß und BUNT zugestimmt.

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH"

AN/0227/2019

RM Joisten spricht sich gegen die Dringlichkeit aus, RM Kienitz spricht sich formal dafür aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie der Gruppen Rot-Weiß und BUNT zugestimmt.

Debatte und Beschlussfassung finden im nichtöffentlichen Teil unter TOP 21.1 und 21.2 statt. Der Antrag unter TOP 3.1.9 wird im nichtöffentlichen Teil eingestellt.

VII. Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

AN/0163/2019

AN/0220/2019

Ursprungsantrag:

1 Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin, sich bei der Landesregierung von NRW für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (§ 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW), nach dem Vorbild der anderer Bundesländer einzusetzen.

2. Köln verzichtet bis zur endgültigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge durch den Landtag, auf eine Einziehung aktueller Gebührenbescheide sowie auf die weitere Bearbeitung geplanter Bescheide. Die entsprechende "Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW“ ist deshalb auszusetzen.

3. Die im laufenden Haushalt dafür eingestellten Gebühreneinnahmen werden neutralisiert und bei der Aufstellung der Planungen für die Jahre 2020 und später berücksichtigt.

Änderungsantrag:

Punkt 1 wird wie folgt ergänzt (Fettdruck):

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin, sich bei der Landesregierung von NRW für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (§ 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW) nach dem Vorbild anderer Bundesländer einzusetzen. Damit die Finanzierung von Erneuerung und Ausbau kommunaler Straßen auch künftig gesichert bleibt und nicht zulasten der Kommunen geht, sollen die bisher durch Straßenausbaubeiträge abgedeckten Kosten zukünftig vom Land übernommen werden.

Die Beschlusspunkte 2 und 3 werden gestrichen.

Verweisungsantrag

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig der Verweisung in den Finanzausschuss zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Rates! Es ist mir ein Anliegen, vor Eintritt in die Aktuelle Stunde den Sachverhalt zu den Tagesordnungspunkten 1.1, 3.1.6 und 3.1.7 klarzustellen.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Stellenbesetzung beim Verein ‚Metropolregion Rheinland' - Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten!"
3396/2018

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Die Stadt Köln muss ihren Kompass wiederfinden"
AN/0174/2019

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. „Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen!"
AN/0178/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT
AN/0231/2019

Der gesamte Vorstand der Metropolregion Rheinland hat das Verfahren für die Besetzung der Geschäftsführung in der Sitzung am 10. Dezember 2018 einvernehmlich festgelegt.

Folgende Punkte möchte ich nennen: Die Geschäftsführung sollte zeitnah besetzt werden. Sie sollte künftig über eine stärkere politische Prägung verfügen. Auf eine erneute öffentliche Ausschreibung der Stelle sollte aus Zeitgründen verzichtet werden, zumal die Vakanz öffentlich bekannt war und bereits mehrere Bewerbungen vorlagen. Von der Beauftragung eines Personalberaters sollte aus Kostengründen abgesehen werden, und die Personalentscheidungen sollten in der Sitzung am 22. Januar 2019 getroffen werden.

Herr Oberbürgermeister Geisel hat das Besetzungsverfahren genau nach diesen Vorgaben geführt. Es war rechtskonform. Eine Bestenauslese hat stattgefunden. Frau Jahn hat sich in zwei Bewerbungsgesprächen gegen andere Bewerberinnen durchgesetzt. Sie wurde mit weit mehr als der notwendigen Zweidrittelmehrheit zur Geschäftsführerin gewählt.

Der Vorschlag einer Doppelspitze für die Geschäftsführung wurde ebenfalls bereits in der Dezembersitzung diskutiert. Letztendlich hat sich der Vorstand als zuständiges Gremium im Januar mit sehr breiter Mehrheit dafür entschieden, die Geschäftsführung künftig mit zwei Personen zu besetzen und dafür eine vorhandene, aber unbesetzte Stelle zu nutzen.

Gründe dafür waren die große Anzahl der Mitglieder des Vereins, die räumliche Ausdehnung des Vereinsgebietes, die Notwendigkeit politischer Erfahrungen auf verschiedenen Ebenen und die Sicherung der Vertretung.

Deswegen möchte ich einmal ganz deutlich sagen: Vergleiche mit den Vorgängen im April bei den Stadtwerken, wo eine hauptamtliche Geschäftsführerstelle geschaffen und gleichzeitig ohne Bestenauslese besetzt werden sollte, sind unangebracht und irreführend.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Bei der Metropolregion gab es sowohl eine Stelle mit Anforderungsprofil als auch eine Bestenauswahl. Ich würde gern mit Ihnen nach vorn schauen. Ich bin nämlich der festen Überzeugung, dass die nun gefundene Lösung dazu beitragen kann, die großen Herausforderungen, vor denen diese Metropolregion steht, zu bewältigen. Ich wünschte mir natürlich - wie Sie auch -, dass wir mit der Arbeit schon weiter wären, weil es so wichtig ist, dass wir regional stärker zusammenarbeiten als bisher; denn viele Fragen der Zukunft werden wir als Kommune nicht allein lösen können, sondern nur in dieser regionalen Zusammenarbeit, und die muss gesteuert werden.

Ich gebe jetzt Frau Tokyürek zu Tagesordnungspunkt 1.1 das Wort. - Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, wie die Stellenbesetzung bei der Metropolregion Rheinland durchgeführt wurde. Da wird ein hochdotierter Leitungsposten bei einem interkommunalen Verband ohne öffentliche Ausschreibung vergeben.

Frau Jahn, Frau Oberbürgermeisterin Reker, zumindest muss Ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt in den Sinn gekommen sein, dass das irgendwie nicht richtig ist. Wie die Auswirkung ist, muss ich Ihnen nicht sagen.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben gerade erklärt, dass es rechtlich vielleicht einwandfrei gelaufen ist - dazu möchte ich mich gar nicht äußern -, aber wir bewegen uns auch im politischen Raum und müssen darauf achten, wie die Auswirkungen bei den Menschen draußen ankommen, wenn man ohne Ausschreibung Posten vergibt, die so hochdotiert sind.

Meine Damen und Herren, unsere Ansicht ist: Der Public Corporate Governance Kodex besteht

aus ethischen Grundsätzen und Regeln, die eigentlich selbstverständlich sein sollten. Aber wir sehen in der letzten Zeit, dass diese Selbstverständlichkeiten schnell über Bord geworfen werden, wenn man sich parteipolitische oder auch persönliche Vorteile verspricht.

Deshalb stellen wir mit anderen Fraktionen zusammen diesen Antrag. Er liegt Ihnen mittlerweile auch vor bzw. wird, glaube ich, auch gleich ausgeteilt werden. Dann kann jeder und jede die Grundsätze und Regeln nachlesen - schwarz auf weiß.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben den demokratischen Ratsfraktionen hierzu Vorschläge unterbreitet:

Der Public Corporate Governance Kodex soll nicht nur für die städtischen Unternehmen gelten, sondern für alle Vereinigungen, in denen die Stadt Köln Mitglied ist. Dazu gehört auch die Metropolregion Rheinland.

Der Kodex soll in die Satzungen dieser Vereinigungen aufgenommen werden.

Der Rat fordert die Mitglieder, die in diese Vereinigungen entsandt sind, dazu auf, sich für die Beachtung des Kodex einzusetzen.

Die Beachtung des Public Corporate Governance Kodex sollte in den Ehrenkodex aufgenommen werden, den jedes Ratsmitglied unterzeichnet.

Meine Damen und Herren, wir sind sehr froh darüber, dass unsere Vorschläge von anderen Fraktionen positiv aufgenommen wurden und wir heute diesen gemeinsamen Änderungsantrag stellen können. Mit dem heutigen Beschluss können wir als Kölner Rat gemeinsam handeln und uns auf Verhaltensgrundsätze besinnen, die in der letzten Zeit verloren gegangen sind.

Mit dem Antrag, den die SPD-Fraktion vorgelegt hat, gelänge das leider nicht. Zwar führt der SPD-Antrag einige sehr berechtigte Kritikpunkte am Vorgehen der Oberbürgermeisterin an, aber, meine Damen und Herren von der SPD, die Oberbürgermeisterin ist nicht allein im geschäftsführenden Vorstand der Metropolregion. Der geschäftsführende Vorstand hat sechs Mitglieder. Sie alle haben dieses Besetzungsverfahren ohne öffentliche Ausschreibung mitgetragen und waren aktiv daran beteiligt.

Meine Damen und Herren, das Verhalten, sich bei der Vergabe von Posten über ethische Grundsätze hinwegzusetzen, hängt nicht oder zumindest nicht nur an einzelnen Personen. Es ist ein systemisches Problem. Mit unserem heutigen Änderungsantrag machen wir erste Schritte, dieses systemische Problem anzugehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind der Ansicht: Mit diesem Beschluss haben wir diese Probleme noch nicht gelöst. Zwei Gedanken hierzu: Wir müssen bei unseren Entscheidungen zunächst über die sachlichen, fachlichen und finanziellen Aspekte einen demokratischer Streit führen und danach die personellen Konsequenzen in den Blick nehmen. Wir müssen damit aufhören, politische Auseinandersetzungen auszutragen, indem wir Menschen beschädigen oder an den Pranger stellen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das finde ich auch immer gut!)

Bevor ich meine Rede schließe, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: In dem Änderungsantrag sind auch Änderungen vorgenommen worden. Es geht um den geschäftsführenden Vorstand, der hier die Ausschreibung nicht gemacht hat. Das ist jetzt in dem Änderungsantrag auch aufgenommen worden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir den Änderungsantrag mit breiter Mehrheit heute verabschieden können. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte noch einmal wiederholen - das werde ich jetzt gebetsmühlenartig tun -, dass der gesamte Vorstand und nicht nur der geschäftsführende Vorstand dieses Verfahren am 10. Dezember festgelegt hat.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ich möchte es nur gesagt haben, dass wir hier von einem Sachverhalt ausgehen, Herr Frank.

Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von einem Aphoristiker stammt der Satz:

> „Fehler zu machen ist menschlich. Fehler zu wiederholen ist schmerzlich. Dieselben Fehler immer wieder zu machen ist dämlich.“

Dieser Logik folgend kommt man eigentlich nicht umhin, die Personalpolitik der Stadt Köln bei der Besetzung wichtiger Ämter als dämlich zu bezeichnen. Nach den zahllosen klüngelbasierten Personalbesetzungen der letzten Jahrzehnte, nach der Causa Börschel jetzt also die Causa Jahn.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben in der Sache Börschel Rückgrat bewiesen, dafür öffentlich viel Zustimmung erhalten - auch von uns, der Alternative für Deutschland -, aber mit unserer Einschätzung waren wir offensichtlich etwas voreilig. Wie sagten Sie seinerzeit in der Sache Börschel nicht so schön - Zitat -:

> „Dies war ein Rückfall in vergangene Zeiten, von denen ich gehofft hatte, sie wären überwunden."

Kein Jahr später hat nicht nur Frau Jahn ihren Kompass ein zweites Mal verloren. Nein, auch Sie, Frau Reker, haben im Spätherbst Ihrer Amtszeit offensichtlich keinen Kompass mehr. Sie sind offensichtlich selbst rückfällig geworden.

Das Traurige ist: Es ging Ihnen seinerzeit in der Causa Börschel nie wirklich um die Sache als vielmehr darum, die SPD und einen ihrer fähigsten Politiker vorzuführen. Ganz anders bei Ihrer grünen Busenfreundin Kirsten. Da haben Sie, nachdem Sie zunächst eine Mitwirkung im Vorstand mit Hinweis auf Ihre zahlreichen Verpflichtungen abgelehnt hatten, plötzlich doch entschieden, Zeit dafür zu finden. Siehe da, Ihre Stimme war die entscheidende, um Frau Jahn flugs auf den mit 150 000 Euro dotierten Geschäftsführerposten zu hieven. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. So geht Klüngel 2.0. Ja, ich würde fast sagen: So geht Reker-Klüngel.

Davon aber einmal abgesehen: Die Metropolregion Rheinland, meine Damen und Herren, ist eine Kopfgeburt oder eine Wunschvorstellung, die über einige schöne Papiere und Arbeitskreise nie hinauskommen wird. Das hat der bisherige Geschäftsführer richtig erkannt und hat folgerichtig die Konsequenz gezogen und ist von seinem Posten zurückgetreten.

Meine Damen und Herren, ich prophezeie Ihnen Folgendes: Alles, was wir in fünf Jahren von diesem Verein sehen werden, sind vielleicht einige schöne braune Schilder entlang der Autobahn rund um Köln, auf denen steht: *Metropolregion Rheinland*. Weil die Autofahrer in Köln dann immer noch im Stau stehen werden, werden sie wahrscheinlich auch den Untertitel gut lesen können: *Wir sind attraktiv und bunt*.

Sie, Frau Reker, wissen das ganz genau, aber Sie schaffen hier einen Versorgungsposten für Ihre grüne Spießgesellin Kirsten Jahn.

Wir fordern deshalb ein neues Besetzungsverfahren für die Stellen bei der Metropolregion Rheinland. Ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Brauchen wir für vier Mitarbeiter in der Metropolregion zwei Geschäftsführerinnen?

Wir fordern daher für die Zukunft Folgendes:

Erstens: Die Stadt Köln besetzt Stellen in Unternehmen, in Organisationen, in Vereinen, in Verbänden, bei denen sie ein Mitwirkungsrecht hat oder Einfluss nehmen kann, ausschließlich im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen in einem transparenten und nachvollziehbaren offenen Verfahren.

Zweitens: Das Prinzip der Bestenauslese gilt immer und uneingeschränkt bei der Besetzung von Positionen.

Drittens: Wir möchten, dass die Verwaltung jedes Jahr zum 31. März dem Rat der Stadt Köln eine Liste aller städtischen Gesellschaften, Beteiligungen, Vereine oder sonstiger Organisationen, bei denen die Stadt einen namhaften Einfluss hat, vorlegt, und zwar mit einer Liste der Führungspersonen, also Geschäftsführer, Vorstände, Vorsitzende mit jeweiligem Lebensalter und Restlaufzeit des Anstellungsvertrages.

Ich denke, die Punkte 1 und 2 muss ich hier nicht näher begründen. Punkt 3 ist uns besonders wichtig, weil wir meinen, dass wir als Ratsmitglieder frühzeitig wissen sollten, wo und wann welcher Posten neu zu besetzen ist. Wir sollten in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auch darüber diskutieren, welche Gesellschaft, welchen Verein, welche Organisation wir davon noch für zeitgemäß erachten, welche anders aufgestellt werden sollten, welche vielleicht ganz zusammengelegt oder entbehrlich sind.

Um nur einmal die Frage zu stellen: Brauchen wir vier verschiedene Organisationen - die Wirtschaftsförderungs-GmbH, die wir jetzt aus der Taufe heben, die KölnTourismus GmbH, den Digital Hub Cologne und die Metropolregion Rheinland -, um Standortwerbung für Köln zu machen?

Lassen Sie uns gemeinsam, meine Damen und Herren, den Anfang machen. Fangen wir hier mit der Metropolregion Rheinland an. Überprüfen wir ganz kritisch Zielsetzungen, Aufgaben und notwendige Ressourcen. Die Stadt Köln muss ihren

Kompass wiederfinden, Postenschacher abschaffen, die *Affäre Jahn* beenden.

Ich bitte noch zu beachten, dass unsere Forderungen - vier Punkte sind es an der Zahl - bitte einzeln abgestimmt werden. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was für ein erstaunlicher Vorgang: Nur wenige Monate, nachdem insbesondere die Art und Weise, wie die Stadtwerke eine neue Struktur bekommen sollten, von allen Beteiligten damals hier als großer Fehler erkannt wurde, findet ein Besetzungsverfahren ähnlicher Güte statt. Dessen Hauptnutznießerinnen sind diesmal die Oberbürgermeisterin als zukünftige Vorsitzende der Metropolregion Rheinland sowie die Fraktionsvorsitzende der Grünen hier im Rat in der Rolle als eine der beiden Geschäftsführerinnen.

Gerade die Kölner Grünen hatten sehr schnell mit der Aufarbeitung der Affäre des damaligen Vorgangs begonnen und dies auch öffentlichkeitswirksam inszeniert. Der verloren gegangene Kompass - hier schon mehrfach erwähnt -, der angeblich wiedergefunden wurde, ist uns allen noch gut in Erinnerung.

Nun dieser Vorgang: Besetzung einer Geschäftsführerposition ohne Ausschreibung oder Einschaltung eines Personalberaters, ohne klare Darstellung des Stellenprofils und der Qualifikationsanforderung, Entscheidungen im geschäftsführenden Vorstand mit doppelter Stimmengewichtung, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gab, Abbügeln von deutlicher Kritik im Vorstand mit knappem Wegstimmen eines Vertagungsantrags, Ad-hoc-Neuschaffung einer zweiten Geschäftsführungsstelle und Besetzung mit einer ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten - ebenfalls ohne Ausschreibung.

Das, was nicht bekannt ist, aber wenn man sich das Verfahren vor Augen führt, impliziert es, dass es wahrscheinlich keine Prüfung der Angemessenheit der Vergütung der beiden Geschäftsführerinnen im Vorfeld gegeben hat.

Insofern sind das alles Dinge, die ganz anders waren bei dem Fall, der sich im April letzten Jahres dargestellt hat - zumindest, was das Anforderungsprofil und eine Überprüfung durch einen Personalberater betrifft. Es gibt Ähnlichkeiten, aber auch deutliche Unterschiede, und zwar in dem Fall noch schlimmer als beim damaligen Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

Wenn so unsere Lernkurve in Sachen Transparenz und Compliance aussieht, dann mache ich mir ernsthaft Sorgen um die Strukturen unserer öffentlichen Einrichtungen. Das sage ich durchaus in Kenntnis dessen, dass auch Mitglieder meiner Partei, die nicht aus Köln kommen, an diesen Vorgängen bei der Metropolregion beteiligt waren. Ich kann aber hier erst einmal nur als Vertreter der Kölner SPD sprechen. Wir kritisieren diese Vorgänge unabhängig von Parteimitgliedschaften der handelnden Akteure. Deswegen ist auch hier im Rat unsere Ansprechpartnerin die Oberbürgermeisterin als Vorstandsmitglied, und daher adressieren wir es auch an dieser Stelle.

Das Rheinland steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen: Umsetzung Kohlekompromiss, Digitalisierung, demografische Entwicklung, Verkehrswende, Transformationsprozess in der Industrie, um nur einige Punkte und Beispiele zu nennen, bei denen wir alle bisher der Meinung waren, dass das Rheinland geschlossen auftreten und mit einer starken Stimme sprechen muss.

Voraussetzung für geschlossenes und starkes Auftreten nach außen ist jedoch eine integere Organisation nach innen. Das beschriebene Besetzungsverfahren der Geschäftsführung der Metropolregion Rheinland hat bei vielen Mitgliedern, bei Kommunen, Kammern und Wirtschaftsunternehmen, aber insbesondere auch bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einem schweren Vertrauensverlust geführt und belastet die zukünftige Arbeit der Metropolregion. Diese Vertrauenskrise müssen wir jetzt erst einmal lösen.

Die bestellten Geschäftsführungsmitglieder können nicht mehr unvorbelastet die Aufgaben der Metropolregion stemmen. Aus unserer Sicht kann deshalb nur die Aufklärung aller Fakten mit einem personellen Neustart nach einer offenen, transparenten Ausschreibung geschehen, was durchaus impliziert, dass auch diejenigen, die diese Funktionen jetzt innehaben, sich bewerben können. Deswegen brauchen wir die Rückab-

wicklung der Verträge und eine Neuausschreibung, wie eben erwähnt.

Die Kölner Oberbürgermeisterin wird offenbar als zukünftige Vorstandsvorsitzende ein großes Gewicht in der Metropolregion haben. Immerhin zählte ihre Stimme im geschäftsführenden Vorstand doppelt. Deswegen erwarten wir von ihr ganz besonders, dafür Sorge zu tragen, dass diese Aufklärung und Transparenz stattfinden. Bisher hat die Metropolregion Rheinland ihre Rolle in der kommunalen Familie noch nicht gefunden. Die Lösung der jetzigen Vertrauenskrise durch einen personellen Neuanfang hängt maßgeblich davon ab, ob es der Metropolregion Rheinland gelingen kann, die wichtige Aufgabe der überparteilichen Zusammenarbeit für die Region endlich nach vorn zu bringen. Das ist aus unserer Sicht entscheidend für die Frage einer Beibehaltung der weiteren Mitgliedschaft der Stadt Köln in der Metropolregion.

Da wir als Sozialdemokraten aber nach wie vor davon überzeugt sind, dass es eine effektive Zusammenarbeit der Kommunen und der Wirtschaft in der Region geben muss, da dies gerade für Köln wichtige Perspektiven bietet, ist uns das Gelingen des Projekts sehr wichtig. Ein einfaches *Weiter so!* dient diesem Ziel auf gar keinen Fall. Wir brauchen den Neustart in der Metropolregion sowohl personell als auch inhaltlich. Dafür müssen wir jetzt mit guten und transparenten Verfahren sorgen und nicht mit nebulösen Ankündigungen für die Zukunft, wie es der Änderungsantrag, der hier noch zur Debatte steht, vorsieht. Nein! Zukunft beginnt jetzt. Deswegen müssen wir jetzt handeln, indem wir Vertrauen zurückgewinnen. Deswegen plädiere ich dafür und bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, der der Metropolregion eine neue Chance und eine neue Orientierung gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich eine ganz andere Rede auf dem Plan, bis ich heute Morgen einen Kommentar im *Stadt-Anzeiger* gelesen habe: Aus dem Ruder gelaufen. Das ist einer der seltenen Kommentare, die mich nachdenklich gemacht haben, auch einmal sehr grundsätzlich über unsere Lösungen, über die wir hier sprachen, nachzudenken - Lösungen für das, was ich auch in den letzten Jahren so erleben durfte und was selbstverständlich genau zum heutigen Thema der Aktuellen Stunde und zu unserem gemeinsamen Antrag *Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen* passt.

Vorher vielleicht einmal zum Status quo: Wenn Carsten Fiedler im Kommentar feststellt, dass alle Appelle der jüngeren Vergangenheit für eine neue politische positivere Kultur fehlgeschlagen sind, dann hat er recht. Wenn er feststellt, dass sich die Oberbürgermeisterin, das schwarz-grün-gelb-gute Bündnis, der Stadtvorstand und alle Fraktionsspitzen nur noch in ihre Schützengräben zurückziehen und die Suche nach der bestmöglichen Lösung aufgegeben haben, dann hat er auch damit recht. Und wenn Herr Fiedler feststellt, dass persönliche Rechnungen beglichen werden, dann hat er auch recht. Ich denke, gerade das Schauspiel um die Änderungsanträge Weisungsbefugnis - aka *Maulkorb für die Aufsichtsräte* - war ein gutes Beispiel dafür, wie vergiftet die Stimmung hier im Rat ist.

An dieser Stelle könnte ich auch noch sehr persönliche Erfahrungen darstellen, wie viel rauer der Wind auch kleineren Gruppen und Einzelvertretern innerhalb der letzten Jahre entgegenbläst.

(Niklas Kienitz [CDU]: Du bist doch bei der SPD untergekrochen!)

Das erspare ich mir hier aber heute; denn viel wichtiger - das sehe ich als Aufgabe, lieber Niklas, als gewähltes Mitglied des Kölner Rates - ist die Suche nach Lösungsmöglichkeiten und weniger persönlichen Angriffen. Danke, dass du mir an der Stelle recht gibst.

Erstens: Ich sehe in unserem gemeinsamen Antrag *Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen* einen ersten richtigen und positiven Schritt. Mein Vorredner hat bereits im Detail klargemacht, wie wichtig eine transparente Vorgehensweise bei Ausschreibung und Vergabe ist und dass es eben keinen Unterschied macht, in welcher Rechtsform städtischer Beteiligung dies zu geschehen hat.

Zweitens: 2012 hat die Stadt den sogenannten Public Corporate Governance Kodex der Stadt definiert. Das sind Standards zur Steigerung der Effizienz, Transparenz und Kontrolle bei den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung - ganz offensichtlich mit fehlender Nachhaltigkeit, Schärfe

und Konsequenz im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse.

Ärgerlich ist auch, dass der im Frühjahr 2018 vom Finanzausschuss zur Verschärfung eben dieses Kodex beschlossene Arbeitskreis sich bis jetzt immer noch nicht gegründet hat. Hier muss - das erwarten nicht nur wir - in Kürze gehandelt werden; denn erfahrungsgemäß müssen wir mit Sicherheit noch ein weiteres Jahr warten, bis ein solcher Arbeitskreis mit Ergebnissen aufwartet. Das könnte bedeuten, dass sich bis zur nächsten Kommunalwahl ohnehin nichts ändern wird.

Jetzt komme ich aus meiner Sicht zum wichtigsten Aspekt. Drittens: Für mich gibt es bis 2020 und vielleicht sogar darüber hinaus nur eine Lösung, und ich nutze noch einmal nachträglich die Chance, in der heutigen Aktuellen Stunde dafür zu werben. Wechselnde Mehrheiten - das ist das, was wir in dieser kritischen Phase der Kölner Politik brauchen. Dazu gehört der Mut einiger, das auch einmal anzugehen. Der Ruf nach wechselnden Mehrheiten ist weder naiv noch weltfremd, sondern das ist der einzig realistische Weg, lähmende Personaldebatten, aber auch inhaltlichen Stillstand nicht nur bei den in dem Kommentar zitierten Entscheidungen wie der Ost-West-Achse oder dem Kliniken-Verbund, sondern auch in vielen anderen Themenfeldern zu überwinden.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Ob das nun - wie im Kommentar erwähnt - die jungen Politiker aus der zweiten oder dritten Reihe sind, die das schaffen sollen, weiß ich nicht, aber es ist dringend notwendig, über den eigenen Schatten zu springen; davon bin ich nachdrücklich überzeugt.

(Niklas Kienitz [SPD]: Das sagt der, der im Block der SPD eine Heimat gefunden hat!)

- Ja, ich antworte jetzt mit einem Zitat, Niklas; das verstehst du dann besser.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat, das angeblich Kennedys Lieblingszitat gewesen sein soll und das über einer dänischen Rathaustüre steht:

> „Niemand weiß so viel wie wir alle zusammen."

Um das *zusammen* geht es nämlich. Nicht mehr und nicht weniger erwarten die Kölnerinnen und Kölner von uns. Das sollte und muss uns gelingen, bevor diejenigen gewinnen, denen es nur um das Trennen geht. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte als Erstes einmal eine Sache klarstellen, weil insbesondere in zwei Beiträgen hier etwas Unerhörtes passiert ist, nämlich dass das Funktionieren eines der wichtigsten Anliegen, das wir als Köln haben - die bessere Zusammenarbeit und Repräsentation unserer Region in Berlin, in Düsseldorf und in Brüssel -, heute von zwei Parteien infrage gestellt worden ist. Das ist etwas, was unglaublich ist, weil das einer unserer wichtigsten Zukunftspunkte in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Notwendigkeit in dem europäischen Kontext als Metropolregion.

Der Ruhr-Bereich macht uns die gute Zusammenarbeit gerade vor. Die Idee war erst dann entstanden, als die Kolleginnen und Kollegen im Ruhrgebiet schon meilenweit vor uns waren. Wir haben es erst in den letzten Monaten geschafft aufzuholen. Wir haben gerade auch durch den Verdienst unserer Oberbürgermeisterin wichtige Punkte für die Region erreicht - egal, ob es die Bahnknotenkonferenz in den letzten Tagen gewesen ist. Das sind Erfolge, die zählen.

Dass im Verein Metropolregion eine entsprechende Schwäche in der Geschäftsführung war, das war offensichtlich. Jeder, der auf der Mitgliederversammlung im letzten Jahr gewesen ist - ich bin einer der weniger Kölner gewesen, der dort gewesen ist -, konnte ganz klar festzustellen, dass eine große Unzufriedenheit herrschte. Das muss anders werden. Das ist auch der Grund, warum der alte Geschäftsführer ausgetauscht worden ist. Er ist am Ende freiwillig gegangen, aber es lag sicherlich nicht daran, dass er nicht mit den anderen amtierenden Vertretern zurechtgekommen ist, sondern weil das Ergebnis nicht so war, wie wir es uns alle vorgestellt haben.

Jetzt haben wir an der Stelle einen Neustart; das ist zunächst einmal gut. Als Zweites müssen wir nun schauen, wenn wir die Metropolregion grundsätzlich bejahen - ich hoffe, dass dies immer noch die Mehrheit unseres Rates ist -, dass

wir weiterhin hinter diesem Beschluss stehen und hart dafür kämpfen.

Ich habe an dieser Stelle im letzten Jahr auch gestanden und habe gesagt, dass im Fall SWK Fehler geschehen sind, und wir haben uns gemeinsam dazu verabredet, hier neue Standards zu setzen. Genau in dieser Phase sind wir jetzt.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Deshalb macht es Sinn, wenn Sie in unserem Änderungsantrag lesen, dass wir bestimmte Dinge einfach noch einmal weiter auf den Prüfstand stellen wollen.

Ich muss an der Stelle einmal sagen: Köln hat nur einen ganz kleinen Anteil an diesem Verein - sowohl im Vorstand eine Person - von 20 oder 21, glaube ich - als auch in der Mitgliederversammlung. Es sollte künftig der Anspruch sein, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die Kölner Standards, auf die wir uns letztes Jahr nach den Erfahrungen mit den SWK gemeinsam verständigt haben, und Köln in Sachen Compliance Benchmark wird und wir hier eine Vorreiterfunktion haben. Denn das, was wir hier für uns feststellen, ist in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht überall Standard. Da müssen wir auch einmal ehrlich sein. Deshalb kämpfen wir dafür.

Mit unserem Änderungsantrag wollen wir, dass diese Standards im Prinzip erweitert und zügig umgesetzt werden, sodass die Lehren, die wir letztes Jahr gezogen haben, dann auch ganz konkret umgesetzt werden. Das ist der erste Teil.

Der zweite Teil betrifft noch einmal konkret das Verfahren. Dazu muss ich sagen, dass hier wieder permanent irgendwelche Fake News in den Raum gestellt werden. Die Oberbürgermeisterin hat bestimmte Dinge eindeutig klargestellt. Auch wenn die Themen dem Corporate Governance Kodex nicht 100 Prozent entsprochen haben, sind es zumindest Verfahren, die eine gewisse Ähnlichkeit haben; denn wir haben hier eine Bestenauslese gehabt, die dann einvernehmlich in einem 21er-Gremium beschlossen worden ist. Das Ganze ist eine überparteiliche Einrichtung, und vor allem ist es eine interkommunale Einrichtung, in der viele Kommunen, Kreistage und auch Unternehmen bzw. Kammern aus der Wirtschaft ihre Interessen bündeln.

Wenn ich mir anschaue, dass wir das Thema Bestenauslese hatten und am Ende hierzu auch eine saubere Präsentation hatten, dann kann man dieses Verfahren sicherlich kritisieren, aber es ist sicherlich nicht vergleichbar, wie die Oberbürgermeisterin es eben auch schon einmal herausgestellt hat, mit anderen Besetzungsverfahren aus der Vergangenheit, die wir an dieser Stelle auch einvernehmlich gerügt hatten.

Deshalb kommen wir zu der Conclusio, dass wir erstens - das ist das Wichtige - weiterhin an der Metropolregion festhalten und dass wir zweitens gemeinsam als Rat weiterhin für die Prinzipien, auf die wir uns letztes Jahr hier gemeinsam verständigt haben, einstehen und dafür kämpfen, dass sie weiter verbreitet werden, auch wenn wir natürlich in überregionalen Gremien - das darf man an der Stelle nicht vergessen - nicht diejenigen sind, die final alles festlegen. Trotzdem sollten wir dafür eintreten, deshalb unser Änderungsantrag. Wir wollen die Situation positiv nach vorn ausrichten. Ich glaube, wenn wir das machen, kommen wir hier auch zu einer guten Lösung. Lasst uns gemeinsam dafür streiten als Stadt Köln, als Ratskolleginnen und -kollegen, in der Region für die Region, für uns und für die Bürgerinnen und Bürger. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle einig, dass besonders bei Personalbesetzungen Sensibilität, Augenmaß und Nachvollziehbarkeit gefordert sind. Wir sind auch überzeugt davon, dass wir eine funktionierende Metropolregion brauchen.

Das, was wir kritisieren, ist das Fehlen einer öffentlichen Ausschreibung bei der Auswahl der Geschäftsführung für die Metropolregion, weil es nicht unseren Leitlinien entsprach, wie Stellen auszuschreiben sind.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Wir können den Bewerberinnen zwar nicht vorhalten, dass das Verfahren hier nicht nach den geforderten Regeln erfolgt ist, weil - das haben Sie gesagt - nicht gegen geltendes Recht verstoßen wurde, aber wir bekräftigen heute - so steht es auch in den Punkten 2 bis 4 des Ersetzungsantrags -, auf welchen Werten und auf welchen Säulen Stellenbesetzungsverfahren künftig fußen werden.

Im letzten Jahr ist durch die Stadtwerke-Affäre viel Vertrauen bei der Bevölkerung verspielt worden. Dieses Vertrauen müssen die demokratischen Fraktionen wieder aufbauen. Darüber möchte ich sprechen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass mehr Respekt vor dem uns anvertrauten Amt - das sind Fragen des eigenen Handelns - gefragt ist. Aber nicht nur das, auch der Umgang der Ratskolleginnen und Ratskollegen muss einen anderen Tonfall bekommen. Auch das ist eben schon angesprochen worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Seit dem Platzen des Börschel-Deals haben wir in Köln eine ziemlich labile, wenn nicht sogar explosive Lage. Da reicht offensichtlich schon ein Vorgang wie die Besetzung einer Geschäftsführerstelle bei der Metropolregion aus, um die Stadt zum Kochen zu bringen. Jede Fraktion kann sich, was die Vorgänge des letzten Jahres anbetrifft, an die eigene Nase packen, -

(Widerspruch bei der LINKEN)

- aber auch einmal überlegen, ob künftig der generelle Umgang mit Absprachen sogenannter Deals und Paketen überhaupt noch tragbar ist. Die hat es hier bei der Metropolregion noch nicht einmal gegeben.

Für Stellenbesetzungsverfahren nehmen wir jetzt die Metropolregion zum Anlass, den Beschluss des Finanzausschusses zur Anwendung des PCGK vom 02.07.2018 fortzuentwickeln und auf weitere Vereinigungen mit Beteiligung der Stadt Köln auszudehnen.

Weil Macht so schnell missbraucht werden kann - das ist in Köln in den letzten Jahrzehnten oft genug passiert -, müssen wir uns strenge Regeln auferlegen, da es um die Integrität von Entscheidungen geht.

Wir sollten die Besetzung der Geschäftsführung bei der Metropolregion aber auch nicht mehr skandalisieren, als sie in Wirklichkeit ist. Das vom 21-köpfigen Vorstand der Metropolregion gewählte Verfahren war vielleicht politisch falsch, aber auch nicht vergleichbar mit dem, was im März bei den Stadtwerken versucht wurde.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

In der Politik herrscht derzeit ein großes Misstrauen, und das ist nicht gut vor dem Hintergrund der großen Aufgaben, die vor uns liegen. Es täte der Stadt und den Menschen gut, wenn wir endlich wieder zur Sacharbeit zurückkehren und vor allem auch den Umgang miteinander neu sortieren, und damit meine ich nicht nur den Stil in den sozialen Netzwerken.

Zum Schluss noch ein Wort zur Metropolregion: Wir brauchen eine starke Region. Große Aufgaben stehen an. Der Ausstieg aus der Braunkohle bietet große Zukunftschancen. Die zu erwartenden Bundesmittel werden in den nächsten Jahren unsere Region weiter beflügeln. Wir sind eine Wachstumsregion, die dringend neue und überregionale Konzepte für Mobilität und bezahlbares Wohnen braucht. Ausbildung und Wissenschaft wollen wir durch regionale Kooperation stärken. Es geht darum, dass die Metropolregion ihre Arbeit aufnimmt.

Liebe Kirsten Jahn, es liegt jetzt an dir, gemeinsam mit dem Verein in der Region die Herausforderungen, die nicht nur durch den Kohleausstieg auf Köln und die Region zukommen, aktiv zu gestalten. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Personalpolitisch steht unsere Stadt leider zum Jahresbeginn vor einem Scherbenhaufen. Wir reden hier über die Neubesetzung des Vereins Metropolregion. Wir lesen und hören fast täglich in unseren Gremien, dass andere Personalentscheidungen höchst umstritten, torpediert oder gar unterminiert werden. Wir werden nachher über die Frage der Schuldezernentin reden. Wir werden nachher über den KVB-Aufsichtsrat reden. Wir werden nicht über die Intendanz des Schauspielhauses reden. Hier mag zwar alles sauber gelaufen sein, aber dennoch wirft diese ganze Personaldiskussion leider kein gutes Licht auf unsere Stadt.

(Beifall bei der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Liebe Kirsten Jahn, ich wünsche Ihnen für Ihre neue Tätigkeit bei der Metropolregion viel Erfolg und viel Glück. Die Kollegen vor mir hatten schon ausgeführt, warum die Stadt Köln zukünftig noch stärker auf diese Vereinigung und noch stärker auf Sie schauen wird. Seien Sie sich dessen bewusst. Wir drücken Ihnen die Daumen.

Dennoch muss man, was das Besetzungsverfahren, Frau Oberbürgermeisterin, Frau Jahn, betrifft, zwei oder drei Sätze anmerken dürfen. Zum einen ist da die Frage zum Besetzungsverfahren: Ja, es mag vielleicht rechtlich sauber gewesen sein, dennoch ist es irritierend, warum quasi über das Wochenende von der Seitenlinie ein neuer Spieler, der vorher nicht im Aufgebot war, eingewechselt wurde. Das hinterlässt ein Geschmäckle.

Das mögen wir politischen Profis vielleicht alles nachvollziehen können, aber die Menschen draußen auf der Straße können das nicht nachvollziehen. Ich war vorletzte Woche in einer Autowerkstatt. Dort sagte der Kfz-Mechaniker: Herr Görzel, Sie sitzen doch im Stadtrat; ich kann das alles nicht mehr nachvollziehen. - Mir fehlen dann auch die Worte, ihm das zu erklären. Das ist politisches Gespür.

Liebe Frau Kirsten Jahn, liebe Frau Oberbürgermeisterin, ich stelle fest: Ihnen beiden und Ihren Kollegen im Gremium ist die Alarmanlage für das politische Gespür abhandengekommen. Diesen Vorwurf müssen Sie sich leider gefallen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Jahn, ich möchte nicht darauf eingehen, wie Sie den unmittelbaren Nahtloswechsel aus der aktiven Politik zu einem Lobby-Verband mit Ihrem grünen Blut in Ihren Adern verbinden können. Das ist Ihre ureigenste Aufgabe. Ich wünsche Ihnen sehr viel Erfolg; ich hatte das eben erwähnt.

Aber mein lieber Herr Kollege Joisten, sich einfach hier hinzustellen und wie immer in Ihrer Fraktion in den letzten zweieinhalb oder drei Jahren ein Bashing der Oberbürgermeisterin zu veranstalten, ist entlarvend und zu wenig.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Der heutige Abend wird noch ausreichend Gelegenheit für Belege geben, dass Sie einzig und allein auf die Oberbürgermeisterin eindreschen, dass es Ihnen oftmals nicht um die Sache geht. Diesen Vorwurf, Herr Joisten, müssen Sie sich gefallen lassen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Das weise ich zurück!)

Als Beleg dafür - da bin ich voll und ganz bei dem Kollegen Wolter - brauchen wir uns nicht nur die Social-Media-Posts von Einzelnen von uns bei Facebook oder so anzuschauen. Aber wenn gebetsmühlenartig immer wieder *noch OB* apostrophiert wird - das scheint SPD-Sprache zu sein -, ist das schlicht unanständig. So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehört auch, Herr Kollege von der AfD: Sie mögen vielleicht als einziges Ergebnis braune Schilder am Straßenrand sehen - das traue ich Ihnen sogar noch zu, dass Sie braune Schilder gerne sehen wollen -, -

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

- aber hier von Spießgesellen zu reden, ist mehr als unanständig. Sie sollten sich an der Stelle schämen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen hoffe ich, dass die Gepflogenheiten, von denen die Rede ist, und der Kulturbruch, Herr Joisten, von dem Sie gesprochen haben, zwischen den Zeilen besser werden. Daran müssen wir selbst arbeiten. Aber das, was wir heute schon richtig umsetzen können, damit es morgen im Amtsblatt steht, ist, dass wir hier und heute unseren Änderungsantrag beschließen können, dass wir das, was wir für Köln beschlossen haben, good Governance, auch in die Vereinigungen und Gesellschaften eintragen, denen wir uns angeschlossen haben. Sie haben es in der Hand, heute den ersten Schritt zu setzen. Stimmen Sie mit Ja. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und auch am Live-Stream! Die heutige Ratssitzung hat nicht besonders schön begonnen, und es wurde verschiedentlich angesprochen, es wird heute auch nicht besonders schön weitergehen. Es kursieren schon Wetten, wie viele Leute mit blauem Auge nachher nach Hause gehen werden. Wir kennen das aus anderen Parlamenten, da gibt es turbulente Schlägereien.

Wir hoffen, dass uns das heute erspart bleiben wird.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, bisher ist es doch ganz ruhig!)

Es gibt Zusammenhänge, die liegen klar auf der Hand. Es gibt Zusammenhänge, die werden hergestellt. Damit müssen wir uns dennoch auseinandersetzen. Die Wahl von Kirsten Jahn zur Geschäftsführerin ist heute Thema der Aktuellen Stunde, aber natürlich - Herr Görzel hat es auch schon angesprochen - schwingen im Hintergrund die Geschichte zur Wahl der Schuldezernentin, die Vorgänge bei der KVB - Herr Wolter hat es auch angesprochen -, die Stadtwerke sowie natürlich auch in der Presse und in der Öffentlichkeit die gescheiterte Benennung eines neuen Schauspielintendanten mit. Ich sage nicht, dass es diese Zusammenhänge gibt, aber viele vermuten Zusammenhänge.

Vielleicht sitzen hier im Saal einzelne Ratsmitglieder, die früher etwas wichtiger waren, und sagen sich: Na ja, das habt ihr euch selbst eingebrockt; wir hatten ein schönes Personaltableau, ihr wolltet es nicht. Jetzt wird um jeden einzelnen Posten hart gekämpft und hart gerungen. Jetzt habt ihr den Streit.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der LINKEN)

Aber das Personaltableau kennen wir nicht im Detail, das rund um die Stadtwerke im Frühjahr 2018 mit verhandelt wurde. Vielleicht hätte eine weitgehend geräuschlose Abwicklung dieses Deals die Situation bis zur heutigen Ratssitzung nicht derart eskalieren lassen. Wer weiß?

Aber sind solche Paketlösungen legitim? - Wir denken nein. Es gibt auch andere Möglichkeiten, sich auf verschiedene Themenfelder und Personalfragen zu einigen. Dazu zählt zunächst einmal ganz banal Respekt.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Etwas Respekt vor dem Willen der Wähler und Wählerinnen, die zum Beispiel im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit Henriette Reker zu ihrer Oberbürgermeisterin gewählt haben.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Respekt aber auch im Umgang untereinander. Selbstverständlich müssen wir uns alle nicht in Watte packen, und wenn man gelegentlich pointiert formuliert, ist dies mitunter sogar unterhaltsam. Wenn man aber Tag für Tag nur noch unter der Gürtellinie austeilt, zum Beispiel unseren Referenten als *bezahlten Jubelperser* bezeichnet, wenn man null Respekt gegenüber dem Amt der Oberbürgermeisterin zeigt, dann darf man sich nicht wundern, dass das Klima am Ende vergiftet ist.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Vielleicht gibt es da einen Zusammenhang mit den Entscheidungen, die heute so oder so getroffen werden.

Thomas, du hattest Versöhnen und gemeinsames Lösen der Dinge angesprochen. Versöhnen statt Spalten bedeutet aber auch, nicht unkritisch zu werden. Es wurde mehrfach zitiert: Der Vorgang in der Metropolregion Rheinland mag vielleicht rechtlich okay gewesen sein, aber er entspricht tatsächlich nicht dem, was wir uns unter einer Verschärfung des Kodex vorgestellt haben. Wenn man sich am Ende herausredet: „Na ja, die Metropolregion ist von diesem Kodex bislang nicht erfasst, deswegen machen wir es einfach trotzdem“, ist das einfach nicht okay. Das führt übrigens auch zu unserem Änderungsantrag von heute, den ich ausgesprochen gut finde, weil es eben Klärungsbedarf gibt. Natürlich war es nicht okay, was dort passiert ist. Das sieht die Mehrheit des Rates in der Tat so, sonst hätte sie diesen Antrag nicht gestellt.

Frau Reker, es waren aber auch die Vorgänge bis zur Wahl, bis zur Benennung von Frau Jahn nicht wirklich okay. Es gibt den geschäftsführenden Vorstand, es gibt den Vorstand, und wir wissen, dass die Entscheidungsfindung im geschäftsführenden Vorstand schwierig war. Die Mehrheit für diese Personalentscheidung war wohl nicht von Anfang an vorhanden. Wir wissen, dass sie erst zustande kam, als ein Mitglied den geschäftsführenden Vorstand verlassen musste. Wir wissen, dass man dann auch erst gemerkt hat, dass man im eigentlichen Vorstand eine Zweidrittelmehrheit braucht. Dann muss es im Vorgang so gewesen sein: Moment mal, die Zweidrittelmehrheit ist etwas wackelig. - An der Stelle soll angeblich die ehemalige Landtagsabgeordnete aus Aachen ins Spiel gekommen sein, die übrigens - das ist noch gar nicht erwähnt worden - selbst Mitglied des Vorstandes ist. Da hätten die Alarmglocken in der Tat angehen müssen, -

(Beifall bei der AfD)

- und zwar auch bei dir, Kirsten, wenn man sagt: Ich bewerbe mich auf eine Stelle, die mache ich allein.

(Zuruf von der SPD: Das geht doch gar nicht!)

- Ja, es gab zwei Stellen, aber die Geschäftsführung war als eine Stelle sozusagen benannt und ausgeschrieben.

Dann wird man im Prozess dieser Bewerbung gefragt: Ist es eigentlich okay, wenn du dir die Stelle auch teilst? - Spätestens da hätte man aufmerksam werden und sagen müssen: Nein, nein, nein, das sieht alles nicht okay aus für mich.

Ich hätte dir empfohlen, die Bewerbung zu diesem Zeitpunkt zurückzuziehen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Du hast die Entscheidung anders getroffen. Das respektiere ich auch. Sie ist rechtlich auch erst einmal okay.

Ich möchte mich dennoch für die Zeit mit dir im Rat ausdrücklich bedanken. Selbstverständlich! Das war eine schöne Zeit im Rat. Ich halte die Entscheidung schlicht und einfach für falsch, weil ich es auch für wesentlich langweiliger halte, in so einem Turm da oben herumzuhocken von einem Verein, über dessen Relevanz man in Zukunft noch trefflich streiten kann. Die Ratsarbeit hier hätte dir in Zukunft sicherlich mehr Spaß gemacht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne und am Video! Eines haben alle erreicht: Die Metropolregion wird ab sofort im Fokus stehen. Vielleicht war das gar nicht beabsichtigt, aber jetzt steht sie da, und man wird darauf schauen.

Dass es heute nur eine Formalie ist, um diese Aktuelle Stunde überhaupt aufs Tapet zu bringen, ist für mich schon bezeichnend. Aus meiner Sicht ist nicht der Werdegang der Anstellung von Frau Jahn und die mögliche Anpassung des Corporate Governance Kodex das eigentliche Problem. Mir geht es eher darum, die Existenzberechtigung solcher Agglomerationen, Scheinfirmen oder - wie ein WDR-Moderator sagte - Mittelfirmen wie der Metropolregion grundsätzlich zu hinterfragen. Was leisten denn diese Vereine und Regionalkooperationen? Was sind deren Erfolgsbilanzen? Wie sind sie messbar? Die Tatsache, dass die hier genannte gerade einmal vor zweieinhalb Jahren gegründet worden ist, lässt zumindest nach den Erfolgen Ausschau halten. Aber dazu später mehr.

Zum Job: Frau Jahn hat trotz der 3-zu-3-Abstimmung den Job bekommen, weil die Stimme von Ihnen, Frau Reker, mehr Gewicht hat. Aber warum hat man bei der Besetzungsliste immer wieder auf Politikerinnen und Politiker zurückgegriffen? Warum drückt man sich ausdrücklich vor der Verantwortung, über den politischen Tellerrand zu blicken und im freien Markt zu akquirieren? Die Politik filtert, und das tut der Qualität solcher Positionen nicht gut. Hat Sie auf einem guten Weg der Mut verlassen, und sind Sie wegen des Scheiterns des Vorgängers Grigat den kölschen Gesetzen gefolgt: „Et hätt noch immer jot jejange“ oder „Kenne mer nit, bruche mer nit, fott domet“?

Dass Grigat scheitern musste, kann doch nur am Unvermögen des Personenkreises liegen, der ihn berufen hat. Was waren das für unausgegorene Vorarbeiten und Einschätzungen, wenn ihm nachher diese Leute schlechte Verhaltensnoten ausstellen?

Was Grigat selbst zu seinem Ausstieg sagte, ist exemplarisch:

> „Die Begleitung der […] politischen Struktur- und Gremiendiskussionen ist nicht meine Kernkompetenz.“

Hat er das nicht irgendwann vorher gewusst oder geäußert? - Das ist aber nicht der Beweis seiner Unfähigkeit, sondern das zeigt eine krasse Fehlentscheidung derer, die ihn - warum auch immer - auf diesen Job gehievt haben.

Für mich stellt sich damit die Frage nach den messbaren und kontrollierbaren Elementen eines Jobs dieser Kategorie und was der Entscheiderkreis bei Jahn anders gemacht hat als bei Grigat. Was sind denn die Details, die abzuarbeitenden Projekte, die Missionen und messbaren Erfolgsziele der Managerin Jahn? Aus welchen Einzelprojekten besteht der Leistungskatalog, anhand dessen Sie und Ihr Team gemessen werden können?

Meine vorhin gestellte Frage nach der Existenzberechtigung der Metropolregion spielt hier ganz besonders hinein: Wie werden Sie, Frau Jahn, die Projekte und deren Erfolge mit den übrigen Regionalagglomerationen oder -Gesellschaften übereinbringen? - LVR, Region Köln/Bonn, NRW.INVEST, Innovationsregion Rheinisches Revier - das sind alles im Umfeld angesiedelte, auf Bundes- und Landesebene größtenteils erfolgreich arbeitete Netzwerke und Agglomerationen.

Wie stellen Sie, Frau Jahn, sicher, dass Ihr Team täglich mit Freude an die Arbeit geht und Erfolgserlebnisse erzielt, wenn Sie sich zusätzlich noch mit einer halbtäglich zugesellten Geschäftsführerkollegin abstimmen müssen, die selbst im Vorstand ist? Wie teilen Sie, Frau Jahn, die Zuständigkeiten zwischen sich und Frau Thönnissen auf, damit das auch effizient abläuft? Geografisch, themenübergreifend oder thematisch? Oder wird das ein Time-Sharing-Modell, damit man sich Zeit für weitere Mandate teilen kann? - Das würde ich gern wissen.

Beide Jobs dürften inklusive Arbeitsplatznebenkosten locker ein Drittel des Gesamtbudgets verzehren.

Eines ist klar: Der Job ist weder ausgeschrieben noch durch eine professionelle Beraterfirma begleitet worden. Letztlich frage ich mich, wo der Unterschied zwischen dem versuchten Deal von Herrn Börschel und diesem Deal ist. Mehr als die Rechtsform der Adressaten trennt sie doch nicht.

Dass bei der Abstimmung 3 zu 3 letztlich Sie, Frau Jahn, und die Sozia Thönnissen in das Büro im LVR-Turm einziehen, zeigt die für so einen Job geringe und kritische Übereinstimmung des Vorstands. Aber mit dem Verzicht auf Ihr Ratsmandat dürfte den 23 beteiligten Kommunen und Metropolregionen Ihre Neutralität versichert sein. Es ist nichts schöner, als am Ende des Monats das Schmerzensgeld sicher auf dem Konto zu wissen. Ich würde mich über eine Präsentation Ihres Jobs freuen, mit der Sie Ihre Qualifikation unter Beweis stellen. Der Vereinsvorstand hat Ihnen bisher nur vor den Kopf geschaut. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte eine persönliche Erklärung.

In der letzten Zeit wurde viel über mich geredet sowie viel über mich geschrieben. Auch in der letzten Stunde thematisierte man mich an einigen Stellen.

Heute ist meine letzte Ratssitzung. Ich bin im August 2009 als ehrenamtliches Mitglied im Rat vereidigt worden. Somit gehöre ich seit zehn Jahren diesem Rat an. 2014 wurde ich dann Fraktionsvorsitzende. Zehn Jahre, die mir immer oder zumindest meistens sehr viel Spaß gemacht haben. Zehn Jahre, in denen ich die Chance und auch das Privileg hatte, diese Stadt mitzugestalten, Entscheidungen zu treffen und um politische Positionen zu ringen. Zehn Jahre, die geprägt waren von spannenden Begegnungen und spannenden Gesprächen.

Ich habe immer den politischen Dialog und die faire Auseinandersetzung bevorzugt. Ich habe immer das Gespräch und auch den Kompromiss mit allen demokratischen Kräften gesucht, und ich habe erfahren dürfen, dass Sie als meine Kolleginnen und Kollegen dies auch wertgeschätzt haben; denn zu einem Dialog gehören immer mindestens zwei Menschen.

Für diese vielen Erlebnisse, die mal schön waren, die mich auch mal wütend gemacht haben und die mich auch manchmal an den Rand der Verzweiflung gebracht haben, bin ich Ihnen sehr dankbar. Ohne den Rat mit all seinen Ausschüssen und Gremien, mit all seinen Akteuren in Politik und der Verwaltung, der ich auch explizit danken möchte, hätte ich all meine Erfahrungen nicht sammeln dürfen.

Ich mache aber auch keinen Hehl daraus, dass der aktuelle Umgang mit mir und meinem beruflichen Wechsel schmerzt, wehtut und manchmal auch die Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit vermissen lässt, die ich mir gewünscht hätte, die meines Erachtens auch geboten ist. Und - dies ist für unsere Demokratie noch viel schlimmer - ich vermisse die Differenzierung. Wir erweisen der Demokratie einen Bärendienst, wenn wir unterschiedliche Sachverhalte gleichsetzen, und zwar nur mit dem Ziel, daraus politisches Kapital zu schlagen. Gerade in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit ist der angemessene Umgang unter demokratischen Parteien wichtiger denn je.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Es muss zu unseren Kompetenzen gehören, dass wir unterscheiden, dass wir uns die Sachverhalte genau anschauen und auf einer Faktenlage diese bewerten.

Ich verwehre mich dagegen, dass das, was in der Metropolregion passiert ist, mit der Stadtwerke-Affäre auch nur annähernd vergleichbar ist. Die Stelle der Geschäftsführung der Metropolregion ist nicht im Hinterzimmer ausgeklüngelt worden. Die Stelle ist vorhanden gewesen und musste neu besetzt werden. Dass die Stelle vakant und neu besetzt werden musste, wurde auch kommuniziert. Ich habe mich - so, wie andere Bewerber auch - beworben und Auswahlgespräche geführt. Ich habe mich in zwei Bewerbungsgesprächen durchgesetzt, und ich bin mit der in der Satzung vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit gewählt worden. Ich habe das Erwartungsprofil nicht selbst festgelegt, sondern ein Vorstand mit großer Erfahrung und mit zahlreichen Erkenntnissen aus den letzten zwei Jahren hat dies festgelegt.

Ich möchte klarstellen, dass meine Ausbildung, mein beruflicher Werdegang und meine regionalpolitische Überzeugung dazu geführt haben, dass ich die Stelle bekommen habe. Ja, ich hätte mich auch beworben, wenn es eine öffentliche Ausschreibung gegeben hätte; denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir in Zeiten einer zunehmenden Globalisierung regionale Antworten geben müssen: die Bündelung der Kräfte von verschiedenen Mitgliedern, die Überwindung der Grenzen und die regionale Verständigung auf gemeinsame Ziele, um das Rheinland gegenüber Bund, Land und Europa zu positionieren. Der Gedanke der Metropolbildung ist nichts Neues. So etwas wird in vielen Regionen in Deutschland und in Europa erfolgreich gelebt. Nun gilt es für mich, die satzungsgemäße inhaltliche Arbeit in den Bereichen Mobilität, Standortmarketing, Kultur und Forschung zügig und mit Leidenschaft aufzunehmen.

Das Rheinland ist ein Lebens- und Wirtschaftsraum, der mit seinen Stärken, Potenzialen und seiner Lage glänzen kann und zu den europäischen Top-Regionen gehört.

Es stehen wichtige Weichenstellungen im Verein an. Vieles, was ich im Rat der Stadt Köln und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung in zehn Jahren gelernt habe, werde ich bei meiner neuen Aufgabe einbringen können.

Nochmals möchte ich mich für die Zusammenarbeit bedanken. Ich freue mich auf weitere Begegnungen auch mit Ihnen oder vor allem mit Ihnen. Ich werde Ihnen erhalten bleiben, und ich werde weiterhin die Arbeit des Rates eng verfolgen. Sie haben die Verantwortung für diese Stadt. Gehen Sie mit der Verantwortung sorgsam und sorgfältig um. Sie haben das Privileg, zu gestalten. Ich wünsche Ihnen, dass Sie weiterhin etwas Konstruktives daraus machen. An der kommenden Abstimmung werde ich mich nicht beteiligen. Ich trage mich deshalb aus der Sitzung jetzt aus und komme danach wieder.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Antrag der AfD-Fraktion, TOP 3.1.6. Hier ist punktweise Abstimmung beantragt worden. Der Beschlussvorschlag liegt Ihnen vor.

Ich lasse zunächst über Punkt 1 abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 2: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. - Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 3: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es abgelehnt.

Punkt 4: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Gesamtabstimmung. Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist es abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung des Tagesordnungspunkts 3.1.7 und lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen CDU, Grüne, DIE LINKE, FDP und GUT abstimmen. Das ist ein Ersetzungsantrag. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Der ursprüngliche Antrag von SPD und BUNT hat sich durch diesen angenommenen Ersetzungsantrag erledigt.

Ich möchte jetzt aber noch über den Abschluss der Aktuellen Stunde nach § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung abstimmen lassen, und zwar würde ich gern darüber abstimmen lassen, ob Sie die Sache wie ich als erledigt betrachten

aufgrund des eben getroffenen Beschlusses. Wer so abzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT.

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind SPD, Ratsgruppe BUNT, AfD, Rot-Weiß und DIE LINKE. Enthaltungen kann es eigentlich nicht mehr geben. - Gut. Dann ist die Sache erledigt, und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

AN/0129/2019

Beschluss:

Die Angelegenheit wird gemäß § 5 Abs. 10 a) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen als erledigt angesehen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie der Gruppen BUNT und Rot-Weiß zugestimmt.

Anmerkung:
RM Jahn verlässt nach der Debatte den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

AN/0174/2019

zu Ziffer 1

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln missbilligt die Ernennung von Kirsten Jahn zur Geschäftsführerin der Metropolregion Rheinland e.V.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß

abgelehnt.

zu Ziffer 2

Beschluss:

2. *Die Verwaltung wird aufgefordert, in sämtlichen Vereinen und Verbänden, in denen die Stadt Köln Mitglied ist, sowie in sämtlichen Unternehmen, an denen sie mittelbar oder unmittelbar Anteile hält, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um bei der Vergabe vergüteter Personalstellen ein faires und transparentes, für die Öffentlichkeit nachvollziehbares Verfahren der Vergabe zur Anwendung zu bringen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß

abgelehnt.

zu Ziffer 3

Beschluss:

3. *Sämtliche Personalstellen bei der Stadt Köln, sowie bei Vereinen und Verbänden, bei denen sie Mitglied ist oder bei Unternehmen, an denen sie mittelbar oder unmittelbar Anteile hält, dürfen ausschließlich nach dem Prinzip der Bestenauslese vergeben werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß

abgelehnt.

Zu Ziffer 4

Beschluss:

4. *Die Verwaltung wird aufgefordert eine Liste aller städtischen Gesellschaften, Beteiligungen und sonstiger Organisationen mit städtischer Beteiligung bzw. Einflussnahme und deren Führungspersonal (Geschäftsführer, Vorstände, Vorsitzende) mit jeweiligem Lebensalter und Restlaufzeit des Anstellungsvertrages dem Rat zur Verfügung zu stellen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis über den Gesamtantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Anmerkung:
Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Boyens (AfD-Fraktion).

RM Jahn verlässt nach der Debatte den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

AN/0178/2019

AN/0231/2019

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird deshalb wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat der Stadt Köln kritisiert das Fehlen einer öffentlichen Ausschreibung für die Geschäftsführungsstelle seitens der Verfahrensverantwortlichen bei der Metropolregion Rheinland e.V. Dies entspricht nicht den Leitlinien, zu denen sich Rat und Verwaltung im „Public Corporate Governance Kodex" (PCGK) der Stadt Köln verpflichtet haben.*

2. *Der Rat bekräftigt den Beschluss des Finanzausschusses vom 02.07.2018, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, „die einschlägigen Vorschriften des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln (PCGK) und deren Anwendung in der Praxis kritisch zu prüfen und zu bewerten." In Erweiterung des o.a. Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie Zielsetzungen und Regeln des PCGK, die zur Steuerung, Transparenz und Kontrolle städtischer Beteiligungsgesellschaften dienen, sinngemäß auf alle Vereinigungen mit Beteiligung der Stadt Köln angewendet werden kann. Die Ergebnisse sind dem Finanzausschuss und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen.*

3. *Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in überregionalen Beteiligungen und Vereinen sollen darauf hinwirken, dass bei Neugründungen von Vereinigungen mit städtischer Beteiligung die Regelungen des PCGK in die Satzung mit aufgenommen werden. Die vom Rat der Stadt Köln entsandten Vertreterinnen und Vertreter in den entsprechenden Gremien, werden aufgefordert, sich entsprechend den Leitgedanken des PCGK zu verhalten.*

4. *Der Rat der Stadt Köln fordert die von der Stadt in die Mitgliederversammlung der Metropolregion Rheinland e.V. entsandten Vertreterinnen und Vertreter auf, darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der satzungsgemäß anstehenden Evaluierung der Strukturen des Vereins auch die Implementierung der Leitgedanken des PCGK betrachtet wird.*

5. *Der Ältestenrat wird beauftragt, zu überprüfen, wie die Regelungen des PCGK der Stadt Köln in den Ehrenkodex übernommen werden können.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT sowie Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

II. Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Bunt:

Der Antrag hat sich durch Beschlussfassung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT erledigt.

Anmerkung:
RM Jahn verlässt nach der Debatte den Ratssaal und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Werkes des Künstlers Richard Hamilton
0118/2019

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE,

FDP, Herr Wortmann, Rot-Weiß sowie die Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Keine.

Dann bedanke ich mich, dass dieser Schenkung zugestimmt wurde. Besonders bedanke ich mich bei Herrn Herbert Meyer-Ellinger und Herrn Christoph Vowinckel für die Schenkung an das Museum Ludwig.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung eines Kunstwerkes des Künstlers Richard Hamilton mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT betreffend „Köln nimmt Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer auf“ AN/0179/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) AN/0224/2019

Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Mein Bild vom Mittelmeer hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ganz erheblich gewandelt und das Ihre wahrscheinlich auch. Waren seine europäischen Küsten früher Sehnsuchtsorte für den Urlaub, so ist das Mittelmeer heute zur Todesfalle und zum Grab für viele tausend Menschen geworden - Menschen, die in ihrer Heimat nicht mehr bleiben konnten oder wollten und die so verzweifelt waren, dass sie sich in seeuntüchtigen Booten auf den gefährlichen Weg durch das Mittelmeer machten. Viele dieser Nussschalen - Sie erinnern sich vielleicht an das Boot, das vor einigen Monaten vor dem Dom aufgebaut war - gerieten in Seenot und versanken, bevor Hilfe kam.

Gott sei Dank gab und gibt es wenigstens einige wenige Schiffe, die auf dem Mittelmeer kreuzen, um ertrinkenden Menschen zu Hilfe zu eilen. Die meisten dieser Schiffe werden von privaten Gruppen oder von Vereinen betrieben. Die Mannschaften bestehen aus Freiwilligen. Auch ein Bürger unserer Stadt tut seinen Dienst auf der Sea-Watch 3. Ihm und allen, die versuchen, Menschenleben auf dem Mittelmeer zu retten, gelten mein Respekt und meine große Hochachtung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Aber nicht nur mein Blick auf das Mittelmeer hat sich geändert. Wenn früher ein Schiffsbrüchiger von einem Schiff gerettet wurde, dann durfte er sich auch wirklich in Sicherheit wähnen. Das ist heute leider anders. Immer wieder irren Rettungsschiffe vollgestopft mit Schiffsbrüchigen auf dem Mittelmeer herum, weil kein Staat, kein Hafen sie anlegen lässt, und zwar oft genug so lange, bis Wasser, Proviant und Treibstoff zuneige gehen. Das darf nicht sein, das ist unmenschlich, das ist Europa nicht würdig.

Deshalb war und bin ich Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, sehr dankbar, dass Sie im Juli 2018 zusammen mit Ihren Bonner und Düsseldorfer Kollegen der Bundesregierung schriftlich signalisiert haben, dass die Stadt Köln bereit ist, in Seenot geratene Flüchtlinge in ihren Mauern zu beherbergen.

Ich war und bin stolz auf diesen Rat, der im August 2018 den unsäglichen Antrag, diesen Brief zurückzunehmen, nach einer engagierten Rede unserer Bürgermeisterin Scho-Antwerpes fast einstimmig abgelehnt hat. Das war ein starkes Zeichen für Menschlichkeit.

Leider hat dieser Beschluss nicht viel bewirkt, aber das liegt nicht an Köln. So hat - Sie wissen es - die Sea-Watch 3 vor einigen Wochen erst in buchstäblich letzter Minute im Hafen von Malta anlegen dürfen - dieselbe Sea-Watch 3, die, wie wir hören, seit gestern Abend wieder im Hafen festliegt, weil die niederländische Regierung ihr die Weiterfahrt untersagt hat. Deshalb ist dieser Antrag, den Ihnen eine große Mehrheit des Rates heute vorlegt, so notwendig und so wichtig.

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, in Not geratene Flüchtlinge in unserer Stadt aufzunehmen,

und das soll besonders für in Seenot geratene Menschen gelten. Wir wollen, dass sich unser NRW-Minister dafür einsetzt, dass die Bundesregierung in Seenot geratene Flüchtlinge aufnimmt und sie dann gern auch nach Köln schickt. Wir wollen, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass die Seenotrettung auf dem Mittelmeer ausgeweitet wird und dass die Aufnahme von in Seenot geratenen Menschen erleichtert wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Wir bitten die Zuständigen in Bund und Land, für die aus Seenot geretteten Flüchtlinge die Möglichkeiten des Aufenthaltsgesetzes - das ist § 23 Abs. 1 und 2 - zu nutzen.

Ich wünsche mir, aber vor allem den Menschen, um die es hier geht, eine breite Zustimmung zu unserem Antrag. Dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird meine Fraktion nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im Sommer letzten Jahres hat unsere Oberbürgermeisterin gemeinsam mit den Oberbürgermeistern von Bonn und Düsseldorf die Bereitschaft erklärt, aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. Dies war ein Zeichen gegen die Gleichgültigkeit gegenüber den humanitären Katastrophen im Mittelmeer. Wer die Bilder von in Seenot geratenen Menschen in den Medien sieht, kann sich nicht einfach davon abwenden und zur Tagesordnung übergehen.

Die Problematik kann jedoch nicht von der Stadt Köln und anderen Städten, nicht von NRW und letztlich auch nicht vom Bund allein gelöst werden. Jede einzelne Aktion würde nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Will man die Gründe der Fluchtursachen wirksam bekämpfen oder zumindest spürbar eindämmen, sind effektive Maßnahmen in den Herkunftsländern erforderlich. Dazu bedarf es entsprechenden Handelns in der Entwicklungspolitik. Den skrupellosen Schleusern muss der Boden für ihr menschenverachtendes Handeln entzogen werden.

Die Bundesregierung betreibt zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Fluchtländern eine aktive Entwicklungspolitik. Heute möchten wir mit unserem Appell diese Bemühungen ausdrücklich unterstützen. Dies ist jedoch ein langwieriger Prozess, der im Übrigen nicht nur die Hilfen für die Menschen in Not, die über das Meer kommen, umfasst, sondern auch für diejenigen, die über Land fliehen.

Das, was dringend erforderlich ist, ist eine zügige politische Lösung bezüglich der Seenotrettung und der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen. Sie kann nur auf europäischer Ebene wirksam sein.

Nochmals: Eine Stadt, ein Bundesland, eine Bundesregierung kann die Probleme allein nicht lösen. Dabei sollen bestehende Programme und Überlegungen nach unseren Vorstellungen nun angewandt und weiterentwickelt werden. Heute möchten wir als Rat der Stadt Köln appellieren, diese Bemühungen fortzusetzen und zu einem Ergebnis zu bringen.

Im Übrigen bedarf es unseres Erachtens hier in Deutschland dazu keiner neuen gesetzlichen Regelungen, da das Aufenthaltsgesetz dazu bereits Spielraum bietet.

Eine wichtige Rolle sehen wir bei dem Integrationsminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Ihm kommt in Bezug auf unsere Initiative die Rolle eines wichtigen Bindegliedes zwischen uns als Stadt und dem Bund zu. Wir wissen, dass wir mit dem heutigen Vorstoß die Problematik der über das Meer kommenden Flüchtlinge nicht lösen können. Wir wollen aber ein Zeichen setzen gegenüber den Akteuren in Land und Bund, dass sie mit ihren Bemühungen nicht nachlassen sollen und dass sie uns an ihrer Seite haben.

Wir haben - das wurde eben schon gesagt - diesen Antrag mit einem breiten Bündnis von Fraktionen und Ratsgruppen gestellt, möchten ihn auch so beschließen und werden deshalb dem FDP-Antrag nicht folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat jetzt das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Unser

gemeinsamer Antrag kommt mir beinahe banal vor angesichts der Gewalt und der vielfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die Menschen in den Kriegs- und Krisengebieten tagtäglich auf dem afrikanischen Kontinent erleiden. Wenn diese Menschen ihre einzige Chance zur Rettung in der gefährlichen Flucht über das Mittelmeer sehen, droht ihnen auch dort vielfach Gewalt und Tod. Aktuell heute noch erfährt man von einem vor Lesbos gekenterten Flüchtlingsboot. Wie viele Tote es gibt, wissen wir nicht. Im Jahr 2018 sind nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks 2 262 Menschen ertrunken. Wir sprechen inzwischen vom *Massengrab Mittelmeer*, und das nicht nur, weil die eingesetzten Boote alles andere als eine sichere Reise garantieren. Nein, meine Damen und Herren, inzwischen gilt das eherne Gesetz zur Seenotrettung - festgehalten zum Beispiel im Internationalen Übereinkommen von 1979 zur Seenotrettung - nicht mehr uneingeschränkt. Im Gegenteil, Seenotrettern wird die Anlandung in einem sicheren europäischen Hafen verwehrt, und sie werden obendrein unter dem Vorwurf der Fluchthilfe angeklagt. Sie werden kriminalisiert, obwohl sie geltendes Recht umsetzen. Nicht nur die Geflüchteten werden ihrem Schicksal überlassen, sondern auch die Seeleute. Auch das bezeichne ich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Wir sind aufgerufen, diesem Handeln entschlossen entgegenzustehen. Deshalb ist es absolut richtig, wenn wir uns als Rat für die Aufnahme geretteter Geflüchteter einsetzen.

Frau Gärtner hat es eben schon erwähnt: Unsere Oberbürgermeisterin Frau Reker hat im Sommer gemeinsam mit den Oberbürgermeistern von Düsseldorf und Bonn in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin Merkel geschrieben, dass sie sich für die Seenotrettung und für die Aufnahme Geflüchteter einsetzen. Dafür an dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an Sie, Frau Oberbürgermeisterin.

Unser Antrag kann nur als kleiner Baustein in der Flüchtlingshilfe gewertet werden. Das müsste uns allen klar sein. Wichtig ist weiterhin die Verteilung der Asylsuchenden aus den Flüchtlingslagern in Griechenland und Italien und sonst wo in andere europäische Staaten sowie die Forderung nach einer europäischen humanitären Flüchtlingspolitik unter Beachtung der Menschenrechtskonvention. Abschottungspolitik führt nur zu weiteren Menschenrechtsverletzungen und unterbindet keineswegs Fluchtbewegungen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Es ist gut und wichtig, dass sich heute eine große Mehrheit hinter diesem Antrag versammelt hat.

(Beifall bei der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Denn dieses Thema bewegt auch die Mehrheit der Menschen in dieser Stadt. Das konnte man an zahlreichen Aktivitäten der Kölner Zivilgesellschaft sehen, an den Seebrücke-Demonstrationen am 13. Juli und 2. September, -

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

- an der Demonstration *Köln zeigt Haltung* am 16. September, an vielen kleinen Aktionen und nicht zuletzt an der Kundgebung, die heute zur Bekräftigung dieses Antrags vor dem Rathaus stattgefunden hat. Es haben mehr als hundert Menschen teilgenommen. Danke dafür!

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Tausende Kölnerinnen und Kölner haben ihre Solidarität mit den ertrinkenden Flüchtlingen im Mittelmeer deutlich gemacht. Keiner möchte Menschen ertrinken sehen - von Hass erfüllten Hetzern, die es leider auch gibt, einmal abgesehen. Trotzdem lassen viele europäische Staaten diese entkräfteten und leidgeprüften Menschen in den Rettungsschiffen weiter auf hoher See herumirren, weil ihnen die vermeintliche Abschreckung wichtiger ist als Menschlichkeit.

Es ist auch gut und wichtig, dass wir als Rat jetzt diese wichtige Initiative von Frau Oberbürgermeisterin Reker und den Oberbürgermeistern von Düsseldorf und Bonn aufgreifen, sie durch diesen Beschluss bekräftigen und präzisieren; denn Worten müssen auch Taten folgen, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen. Deshalb hätten wir uns als LINKE die Verpflichtung gewünscht, eine konkrete Zahl an Menschen aufzunehmen. Doch wir gehen auch ohne diese eindeutige Ver-

pflichtung davon aus, dass sich Köln in erster Reihe aufstellt, um Menschen, um Geflüchtete aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Nun müssen Land und Bund den Weg dafür frei machen. Ich würde mir wünschen, dass die privaten Rettungsschiffe im Mittelmeer bald überflüssig werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch ich glaube, dass es noch viele Schiffe wie die Sea-Watch 3 oder das Schiff *Professor Albrecht Penck* geben wird, deren Passagieren schnell und unbürokratisch geholfen werden muss.

Ein Dank von hier aus an die Menschen, die als Besatzung dieser Rettungsschiffe ehrenamtlich einen schwierigen und gefährlichen Job machen.

(Beifall)

Um sie moralisch zu unterstützen und ihre gewaltige Leistung anzuerkennen, hätten wir uns gewünscht, dass sich die Stadt bereit erklärt hätte, eine Patenschaft für ein Schiff zu übernehmen.

(Beifall bei der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Meine Damen und Herren, Migration wird nicht aufhören. Das können Sie sich wünschen, aber das wird nicht geschehen. Die Bedingungen dafür können noch so schlimm und gefährlich sein, es wird immer Menschen geben, die unvorstellbare Entbehrungen und Gefahren auf sich nehmen, um der unerträglichen Situation in ihren Heimatländern zu entfliehen.

(An der Balustrade der Zuschauertribüne werden Papierschiffe aufgehängt)

Es liegt auch in unserer Hand, die Bedingungen dafür zu modellieren. Heute können wir Geflüchteten in Not und Bedrängnis einen sicheren Hafen bieten - so, wie es vor 80 Jahren andere Länder für Geflüchtete aus Deutschland gemacht haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch aus unserer eigenen Geschichte erwächst der Auftrag, menschlich zu handeln.

Ich möchte jetzt nicht auf jeden Punkt des FDP-Antrags eingehen, aber die FDP-Fraktion möchte den Spiegelstrich 5 gestrichen wissen. Darin steht: Die Bundesregierung wird aufgefordert,

> „zügig eine politische Lösung bzgl. der Ausweitung der Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf europäischer Ebene […]“

(Zuruf von der FDP: Das war ein Fehler!)

- Das war ein Fehler? - Gut, dann ist es ein Fehler, dann nehme ich das zurück. Das stand aber im Antrag.

Dann danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Zum Schluss: Seenotrettung ist kein Verbrechen! Seenotrettung ist eine humane Pflicht!

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Lebhafter Beifall auf der Zuschauertribüne - Auf der Zuschauertribüne ertönen Sprechchöre: Seenotrettung ist kein Verbrechen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne, ich kann das, was Sie antreibt, sehr, sehr gut nachvollziehen. Ich kann sehr gut verstehen, dass Sie hier zustimmend sein wollen. Ich bitte Sie aber, die Regeln dieses Hauses zu akzeptieren. Es ist nun einmal so, dass zustimmende Äußerungen genauso wie missbilligende Äußerungen von der Tribüne, von der Zuhörerschaft nicht gestattet sind. Ich bin auch gehalten, Ihnen das mitzuteilen.

Wie gesagt, ich kann das gut verstehen, aber ich würde Sie bitten, sich an die Regeln dieses Hauses zu halten.

Ich habe jetzt einen Geschäftsordnungsantrag. - Der hat sich erledigt, okay.

Dann rufe ich als Nächstes Frau Gerlach auf.

Lisa Hanna Gerlach (Ratsgruppe BUNT): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Verehrte Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne und im Stream! Ganz besonderen Dank und ein herzliches Hallo möchte ich insbesondere an die Demonstrantinnen und Demonstranten sowie Aktivistinnen und Aktivisten richten, die sich seit Monaten vor dem Rathaus und heute hier im Rathaus für Menschen und deren existenzielle Rechte einsetzen. Vielen Dank für euren Einsatz! Lasst euch nicht unter-

kriegen! Wir müssen uns gemeinsam dagegen wehren, dass unser und euer Engagement weiter kriminalisiert wird, wie das im neuen Gesetzentwurf aus dem Hause Seehofer geplant ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spätestens seit Oktober 2013, als vor Lampedusa 400 Menschen ertranken, ist klar, dass es in der europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik auf dem Mittelmeer kein *Weiter so!* geben kann. Seither fordern wir, die Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer, das Ende von Dublin und eine humane europäische Flüchtlingsaufnahme. Dazu gehört als Allererstes, dass es endlich sichere und legale Fluchtwege gibt. Leider ist das in den letzten Jahren sogar noch schlimmer geworden. Viel mehr Menschen sterben auf dem Mittelmeer. Die staatlichen Seenotrettungsprogramme wurden abgeschafft, und die zivile Seenotrettung, die lediglich eingesprungen ist, wird verhindert und kriminalisiert.

Zurzeit ist laut Angaben des *Tagesspiegels* nur ein einziges Boot der zivilen Seenotrettung nicht festgesetzt. Vorgestern ist die Sea-Eye unter dem neuen Namen *Alan Kurdi* in See gestochen. Rettern und Retterinnen von anderen Booten wie von der Sea-Watch, der Lifeline oder der Iuventa drohen lange Haftstrafen. Sie werden massiv eingeschüchtert.

Die Bonner Kapitänin Pia Klemp berichtete in einem Interview, dass ihr Boot verwanzt und ihre Besatzung über Monate ausspioniert worden sei. Die Vorwürfe, die solch illegale Machenschaften rechtfertigen sollen, sind dabei völlig haltlos.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist völlig klar, dass die Vorwürfe, die Crews der Lifeline, der Sea-Watch 1 bis 3 oder der Iuventa würden Beihilfe zur illegalen Einwanderung leisten, an den Haaren herbeigezogen sind; denn die Aufgabe der Seenotrettung, die die zivilen Retter erfüllen, ist im internationalen Seerecht festgeschrieben und wurde in den Jahren vor 2015 von staatlichen Stellen geleistet. Von den damaligen Rettungsmissionen wie *Mare Nostrum* oder der erbärmlicheren Variante *Triton* spricht heute keiner mehr.

Vor zwei Wochen kündigte Deutschland auch noch an, keine Schiffe mehr für die EU-Mission *Sophia* zur Verfügung zu stellen. Diese Mission hat seit 2015 fast 50 000 Menschen gerettet, obwohl ihr Hauptanliegen die Bekämpfung von Schleppern war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2014 sind mehr als 17 500 Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen, gestorben. 17 500! Das UNHCR berichtete, dass im Jahr 2018 mehr als 2 200 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken seien, und erklärte, dass die Todesrate zwischen Libyen und den EU-Ländern Malta und Italien 2018 fast auf das Dreifache angestiegen sei. Während 2017 ein Mensch für alle 38 Ankömmlinge auf See ums Leben kam, war es 2018 ein Toter für alle 14 Ankömmlinge. Wahrscheinlich habe die Einschränkung der Such- und Rettungsmissionen dazu beigetragen, sagt das UNHCR.

Wenn ich mir die Videos ansehe, wie die libyschen Milizen im Auftrag der EU Menschen vor der Küste abfangen und dabei mit ihren Manövern sogar Tote in Kauf nehmen, wird mir schlecht. Wenn ich sehe, wohin die Menschen gebracht werden, in welche Lager, und was mit ihnen dort passiert, bleibt mir die Luft weg. Wenn ich dann noch höre, dass diese libyschen Milizen Menschenhändler und Schlepper sind und die EU das alles weiß, kann ich meine Verachtung für diese bigotte Politik nicht mehr zurückhalten. Shame on you, Europe!

In den letzten Monaten haben Tausende in vielen deutschen Städten Humanität gefordert, und in Köln waren wir mit *Köln zeigt Haltung* im September mit mehr als 7 000 Menschen dabei, die auf das Signal der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker hin für die Aufnahme von aus Seenot Geretteten demonstrierten.

Im letzten Sommer forderte Kölns Oberbürgermeisterin zusammen mit den Oberbürgermeistern aus Düsseldorf und Bonn, die Seenotrettung im Mittelmeer aus humanitären Gründen wieder zu ermöglichen. Das war sehr gut und hat eine Lawine von anderen solidarischen Angeboten aus anderen Städten nach sich gezogen.

Heute bestärken wir das Angebot der Oberbürgermeisterin mit unserem gemeinsamen Antrag. Leider wurden die Forderungen des Bündnisses *Köln zeigt Haltung* und der anderen Flüchtlings-Inis wie Seebrücke sehr abgeschwächt. Eine Patenschaft der Stadt Köln für die Sea-Watch 3 hätte ein starkes Signal der Stadt bedeutet.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN)

Es hätten wirklich Menschenleben gerettet werden können. Ich hätte mir das gewünscht, und ich hoffe, dass wir dieses Versäumnis bei nächster Gelegenheit nachholen können. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Scholz hat jetzt das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich unterstützt die Ratsgruppe GUT den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, LINKE und BUNT, Kinder, Frauen und Männer, die die Flucht über das Mittelmeer überlebten, in Köln aufzunehmen. Mindestens 16 000 Menschen sind im Mittelmeer ertrunken, seit Europa im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis erhalten hat und der damalige EU-Kommissionspräsident Barroso versprach, die Welt zu einem besseren Platz für alle zu machen.

Wie sieht aber die Realität aus? - Die sogenannte Flüchtlingskrise hat sich durch die europäische Abschottungspolitik in den vergangenen Monaten verschärft, auch weil immer mehr Grenzen geschlossen wurden und seit Juni 2018 die Seenotrettung durch private Hilfsorganisationen wie Sea-Watch delegitimiert, kriminalisiert und von den EU-Staaten aktiv bei der Rettung von Menschenleben behindert wird.

Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen durch die von der EU finanzierte und ausgebildete sogenannte lybische Küstenwache abgefangen werden und gegen ihren Willen in Internierungslagern unter menschenunwürdigen Bedingungen kaserniert werden.

Wir teilen die Meinung des Marburger SPD-Oberbürgermeisters Spies, der Anfang dieses Jahres darauf hinwies, dass Menschen, die in Seenot geraten, gerettet werden müssen:

> „Und solange ein Teil unseres Wohlstands an Armut und Unterdrückung in anderen Ländern hängt, solange ist das Schicksal von Menschen in Not auch unsere Verantwortung."

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Deshalb unterstützen und bekräftigen wir heute auch ausdrücklich die 2018er-Initiative von unserer Oberbürgermeisterin Frau Reker und den OBs von Bonn und Düsseldorf, aktuell Menschen in Not aufzunehmen.

Darüber hinaus fordern wir aber auch, dass sich Landes- und Bundespolitik für folgende Kernforderungen einsetzen: dass Gerettete nicht in lybische Lager zurückgebracht werden und die EU-finanzierte Unterstützung der libyschen Küstenwache sofort beendet wird, -

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

- eine Flüchtlingspolitik, die eine Migrationspolitik betreibt, die die Menschenrechte und Gesundheit der Menschen achtet, und dass sichere und legale Flucht- und Migrationswege eingerichtet werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wie in der heutigen Debatte schon mehrfach betont, erschüttern die Bilder der Flüchtlinge, die in Seenot geraten sind und tagelang unter den schlimmsten Umständen auf dem Meer kreuzen mussten, ohne dass ein europäischer Hafen sie aufgenommen hat. Diesen Menschen zu helfen ist natürlich eine humanitäre Verpflichtung. Deshalb hat die FDP-Fraktion im Sommer 2018 das Angebot der Oberbürgermeisterin unterstützt, diese Menschen in Köln aufzunehmen. Zu dieser Unterstützung stehen wir auch heute noch.

(Beifall bei der FDP)

Der vorgelegte Antrag macht aber deutlich, dass wir hier ein Problem behandeln, das nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden kann. Hier ist nicht allein der Kölner Rat gefordert, sondern vor allem die Bundes- und die europäische Ebene. Gerade die Irrfahrten der Seenotrettungsschiffe haben doch bewiesen, dass nationale Alleingänge hier nicht zum Ziel führen. Es geht nicht um die italienische, spanische oder maltesische Küste, sondern es geht um die europäische Küste, für die wir auch eine europäische Lösung brauchen.

(Beifall bei der FDP und von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn wir aber von einer europäischen Küste ausgehen, müssen wir auch von einer gemein-

samen Verantwortung für unsere europäischen Grenzen sprechen. Für diese gemeinsame Verantwortung haben sich die deutsche und die französische Regierung in der sogenannten Meseberger Erklärung vom Juni 2018 mit der Stärkung des Mandates von Frontex ausgesprochen. Ich weiß, das wird hier nicht bei jedem im Rat auf Zustimmung stoßen - mit Ausnahme von SPD und CDU natürlich, weil die Bundesregierung nun diese Erklärung unterschrieben hat, und bekanntermaßen sind sie beide noch in der Groko zusammen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen legale Zugangswege für Menschen, die zu uns kommen wollen. Wir bieten Schutz den Menschen, die in Seenot geraten, und bieten Unterstützung an, aber wir wollen auch den Schleppern, die aus Habgier das Leben der Geflüchteten einfach aufs Spiel setzen, entschieden das Handwerk legen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, einen Punkt, der im Antrag angesprochen wird und den auch die Kollegin Gärtner gerade erwähnt hat, möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben: Neben der humanitären Hilfe brauchen wir vor allen Dingen Perspektiven für die Menschen vor Ort - eine Forderung, die meines Erachtens in der politischen Debatte oft so dahingesagt wird, wobei ich dies den heutigen Antragstellern natürlich nicht unterstellen möchte, wenn sie das in ihrem Antrag schreiben. Wir müssen uns aber alle bewusst sein, dass die im Antrag geforderte verstärkte Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit Geld bedeutet, und zwar sehr viel Geld, und dann wird es meist auch schon kritisch. In Sonntagsreden wird die wirtschaftliche Unterstützung insbesondere für Afrika gern beschworen und beklatscht, aber die Realität - da möchte ich Ihnen gern widersprechen, Frau Gärtner - im Bundeshaushalt sieht anders aus. Seit Jahren werden bei den Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit die angestrebten 0,7 Prozent vom Bruttonationaleinkommen nicht erreicht. Selbst Entwicklungsminister Müller von der CSU erklärte in der *Passauer Neuen Presse* vom 07.07.2018 - ich zitiere -:

> „Ich verstehe nicht, warum jeder von Fluchtursachen redet und der Finanzminister dann ausgerechnet bei der Entwicklungszusammenarbeit spart."

(Beifall bei der FDP)

Selten stimme ich mit einem CSU-Minister überein, aber hier muss ich feststellen: Herr Müller hatte recht.

Meine Damen und Herren, meine bisherigen Ausführungen begründen im Wesentlichen auch unseren Änderungsantrag von FDP und Freien Wählern. Wir unterstützen, dass die Oberbürgermeisterin und der Rat aus Seenot Gerettete in unsere Stadt aufnehmen wollen. Wir verstehen aber nicht, warum diese Bereitschaft durch Minister Stamp an die Bundesregierung vermittelt werden muss. Wir sind außerdem der Meinung, dass die Zahlen der Zuweisungsquoten der aufzunehmenden Kommune gutgeschrieben werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Dann möchte ich noch einmal betonen, dass bei uns ein Dreher im Antrag ist, das tut uns sehr leid. Wir haben dort sozusagen eine falsche Fährte gelegt. Das wollten wir nicht. Die Änderung 4 heißt 5 und 5 ist 6. Es tut uns leid, das ist einfach falsch geschrieben.

Zu dem Spiegelstrich 5 habe ich bereits ausgeführt, und den letzten Spiegelstrich möchten wir streichen. Im Mittelpunkt des § 23 des Aufenthaltsgesetzes stehen Schutzsuchende, die aus bestimmten Staaten kommen oder die bestimmte Ausländergruppen sind. Ausschlaggebend sind also Staatsangehörigkeit oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie und nicht der Fluchtweg der Schutzsuchenden. So schlimm und traumatisch die Erlebnisse der in Seenot Geratenen sein mögen, die FDP sieht sich aber nicht in der Lage, sie gegenüber den traumatischen Vorfällen der Geflüchteten, die diese auf dem Landweg erlebt haben, abzuwägen.

Zum Schluss möchte ich darum bitten, dass wir den Antrag abschnittsweise abstimmen, weil wir auch deutlich machen wollen, dass wir mit großen Teilen des Antrags übereinstimmen, aber eben nicht mit allen. Deswegen würden wir um eine abschnittsweise Abstimmung bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler hat das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag ist wie so oft, wenn es um Flüchtlingspoli-

tik geht, selbstgerecht und wohlfeil; denn er kostet die Antragsteller nichts. Sie lassen andere für ihr extra weißes Gewissen zahlen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie gern helfen möchten - das möchte ich Ihnen auch gern glauben -, dann helfen Sie, aber helfen Sie mit Ihrem eigenen Geld und mit Ihren eigenen Mitteln. Dann nehmen Sie doch die vermeintlichen Flüchtlinge bei sich zu Hause auf und lassen Sie nicht andere, die sie nicht wollen, die Zeche für Ihre vermeintlich gute Gesinnung zahlen.

Damit wir uns richtig verstehen: Es ist absolut selbstverständlich, dass Menschen in Seenot geholfen wird. Ich kenne niemanden, der das infrage stellt. Diese Hilfe steht jedermann zu. Das heißt aber nicht, dass er sich hinterher das Ufer aussuchen darf, an dem er wieder abgesetzt wird. Das hat mit Rettung nichts zu tun, sondern das ist organisiertes Schleppertum.

(Beifall bei der AfD)

Diejenigen, die dieses Geschäft betreiben, sind keine Helden, sondern sie sind kriminell und verdienen vieles, aber nicht unsere Hilfe.

Mit jedem dieser sogenannten Flüchtlinge, die Sie auf diesem Weg oder auf anderen Wegen nach Europa schleusen wollen, erhöhen Sie den Migrationsdruck. Mit jedem, der hier in die Illegalität abtaucht und der Geld nach Hause schickt, erhöhen Sie den Druck auf andere, nachzukommen. Für jedes Schlauchboot, das Sie aus dem Wasser fischen und das Sie nach Italien bringen, machen sich in Afrika zwei neue Bootsladungen auf den Weg.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ladungen? Das sind Menschen, um die es hier geht!)

Ihre vermeintliche gute Politik - -

(Zurufe)

Frau Oberbürgermeisterin, wollen Sie vielleicht einmal Ihren Job machen? Es ist ja eine Weile her, dass uniformierte Truppen die Sitzung demokratischer Organe stören durften.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zum Thema.

Sven Tritschler (AfD): Genau das mache ich. Machen Sie am besten Ihren Job.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre vermeintlich gute Politik schadet mehr, als sie nutzt; denn sie lockt immer mehr Menschen in Lebensgefahr. Sie ist inhuman. Gleichzeitig wachsen die Probleme hier bei uns. Woher kommt eigentlich der Wohnraum, den Sie hier so großzügig verteilen? - Das geht wieder zulasten derer, die sich die Mieten in Köln ohnehin kaum noch leisten können.

Ihr Antrag ist also nichts als Pharisäertum; denn Sie tragen nicht die Kosten Ihrer vermeintlichen Großzügigkeit, genauso wenig wie die drei Oberbürgermeister von Köln, Düsseldorf und Bonn die Kosten tragen, genauso wenig wie die vermeintlichen Flüchtlingsbürgen, die sich auch mal besonders großzügig fühlen durften und für die Asylbewerber gebürgt haben. Kaum wurde aber die erste Rechnung zugestellt, musste der Steuerzahler einspringen.

Auch als Stadt ist ein solches Angebot verlogen; denn die Stadt wird keinesfalls alle Kosten übernehmen. Im Gegenteil, Land und Bund werden am Ende an vielen Stellen einspringen müssen. So ist das immer. Die Tinte unter dem hier viel gerühmten Brief der drei Oberbürgermeister war kaum trocken, da jammerte eine Vertreterin der Stadt Düsseldorf im Landtag, dass man in Sachen Flüchtlinge viel zu wenig Hilfe vom Land bekomme und mehr Unterstützung brauche. Die Zeche für die eigene vermeintliche Menschlichkeit sollen also immer gefälligst andere tragen. Diese wohlfeile Selbstgerechtigkeit ist letztlich auch die Essenz dieses Antrags. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich möchte kurz darauf reagieren: Ich bin unter anderem Ur- und Frühgeschichtlerin, und ich weiß, dass die Wiege der Menschheit und einige der Hochkulturen in Afrika lagen und liegen, und ich bin auch darüber informiert, dass ein wesentlicher Teil unseres Wohlstandes darin begründet ist, dass Afrika über Jahrhunderte ausgebeutet wurde.

(Beifall)

Vielleicht machen Sie sich einmal Gedanken darüber, was Ihr Wohlstand mit Afrika zu tun hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe zunächst eine Rückfrage an die FDP-Fraktion: Sie haben nicht um Einzelabstimmung Ihres eigenen Antrags gebeten, sondern des anderen Antrags?

(Katja Hoyer [FDP]: Ja!)

- Gut, ich wollte das nur sicherstellen.

Dann würde ich zunächst den Änderungsantrag von der FDP-Fraktion und Herrn Wortmann abstimmen lassen und fragen: Wer ist für diesen Antrag? Wer stimmt dem zu? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gegenstimmen? - SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und die Ratsgruppen. Dann ist er abgelehnt.

Ich rufe den Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, BUNT und GUT auf und lasse ihn einzeln abstimmen.

Erster Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Zweiter Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dritter Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD, Rot-Weiß, FDP und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Vierter Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Fünfter Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von FDP-Fraktion, Herrn Wortmann, Rot-Weiß und AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Sechster Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD, FDP, Herrn Wortmann und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Gesamtabstimmung rufe ich jetzt auf: Gibt es Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Von der FDP-Fraktion und Herrn Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln (Freie Wähler Köln)

Mündliche Korrektur der Nummerierung der Spiegelstrichbezeichnung („Spiegelstrich 4“ wird zu „Spiegelstrich 5“ und „Spiegelstrich 5“ wird zu „Spiegelstrich 6“) durch RM Hoyer

Beschluss:

Spiegelstrich 3 wird wie folgt ersetzt:

Aus Seenot gerettete Flüchtlinge sollen vorrangig Kommunen zugewiesen werden, die sich dazu bereit erklärt haben. Die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge soll der Zuweisungsquote für die jeweilige Kommune angerechnet werden.

Spiegelstrich 5 wird wie folgt ersetzt:

Er die Bundesregierung auffordert, zügig eine politische Lösung bzgl. Der Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf europäischer Ebene, herbeizuführen. Langfristiges Ziel muss eine europäische Asylpolitik auf Grundlage der Meseberger Erklärung (Beschluss der deutschen und der französischen Regierung vom 19. Juni 2018) sein.

Spiegelstrich 6 wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Antrag der der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT

Erster Spiegelstrich

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass

- *er die Unterstützung für die Initiative von Oberbürgermeisterin Reker zusammen mit den Oberbürgermeistern der Städte Düsseldorf und Bonn vom Sommer 2018 bekräftigt, mit der angeboten wurde, in Not geratene Flüchtlinge aufzunehmen,*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Zweiter Spiegelstrich

Beschluss:

- *dass soweit möglich und nötig, Personengruppen aus Seenot Geretteter aufgenommen werden,*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Dritter Spiegelstrich

Beschluss:

- *NRW-Minister Dr. Stamp gebeten wird, sich bei der Bundesregierung für die Aufnahme von aus Seenot geretteter Flüchtlinge (z.B. von Sea-Watch 3) einzusetzen. Dies im Besonderen in den Kommunen, die sich dazu bereit erklärt haben,*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Vierter Spiegelstrich

Beschluss:

- *er an die Bundesregierung appelliert, sich weiterhin für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit,*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Fünfter Spiegelstrich

Beschluss:

- *er die Bundesregierung auffordert, zügig eine politische Lösung bzgl. der Ausweitung der Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf europäischer Ebene, z.B. durch eine Neuauflage des Relocation-Programms mit deutlich verringerten Aufnahmehürden, herbeizuführen,*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Sechster Spiegelstrich

Beschluss:

- *er das NRW-Flüchtlingsministerium und das Bundesinnenministerium bittet, die Möglichkeiten der Aufenthaltsgewährung nach § 23 Abs. 1 bzw. Abs. 2 AufenthG für den Personenkreis der Seenotgeretteten zu nutzen und auszuschöpfen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis über den gesamten Antrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkungen:
Punktweise Abstimmung des Ursprungsantrages auf Antrag der FDP-Fraktion (RM Hoyer)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Die Stadt Köln darf nicht länger Verfassungsfeinde und Kriminelle beherbergen, ‚Autonomes Zentrum' vor die Tür setzen!"
AN/0175/2019

Ich gebe dem Antragsteller das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hier vertretenen Fraktionen und Gruppen gaben vor Jahreswechsel mit stolzer Brust bekannt, wie wichtig ihnen Demokratie und Toleranz sind und wie entschlossen sie den Feinden der Demokratie entgegentreten wollen. Heute haben Sie nun die Gelegenheit, Ihre Ehrlichkeit, Ihre viel besungene Courage und Ihre demokratische Gesinnung unter Beweis zu stellen.

Das Autonome Zentrum in der Luxemburger Straße beherbergt gleich vier verfassungsfeindliche Organisationen, wie es uns der NRW-Innenminister Reul mitgeteilt hat, zum Beispiel die sogenannte Interventionistische Linke. Dazu finden wir im Verfassungsschutzbericht des Bundes folgende Informationen - ich zitiere -: Die IL besitzt ein taktisches Verhältnis zur Gewalt und verfolgt das Ziel,

> „die Gesellschaft im Interesse eigener, breiterer Aktionsmöglichkeiten zu radikalisieren."

Im Zusammenhang mit den Protesten zum G8-Gipfel in Heiligendamm steht weiter in einem VS-Bericht - Zitat -: Die IL verfolgt explizit

> „das Ziel, die Proteste anlässlich des G8-Gipfels zu radikalisieren. Dies sei ein notwendiger Schritt zur Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."

Das sind alles keine Geheiminformationen. Auf der Website des AZ lässt sich nachlesen, welche Organisationen sich dort breitgemacht haben und welche verfassungsfeindliche Gesinnung dahintersteckt.

Die mehrfach vorgeschobene Ahnungslosigkeit der Stadtverwaltung und der obersten Ahnungslosen an der Spitze ist völlig unglaubwürdig, -

(Beifall bei der AfD)

- insbesondere seit wir auf die Missstände aufmerksam machen.

Nein, meine Damen und Herren, es ist offenbar diese Gesellschaft, die unsere Oberbürgermeisterin sucht; denn im vergangenen Sommer besuchte sie das Zentrum und erwarb sogar ein T-Shirt mit der Aufschrift *AZ bleibt*.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das hat sie auch richtig gemacht! Das AZ gehört zu Köln!)

Zum Dank lässt sich ein Vertreter des AZ folgendermaßen zitieren:

> „An der Herstellung entsprechender Mehrheiten werden wir durch Gespräche mit den Fraktionen und kraftvolle öffentliche Aktionen weiterhin arbeiten."

Was mit dieser wenig subtilen Drohung gemeint ist, ist klar: Wenn ihr nicht spurt, dann brauchen wir halt Gewalt.

Es ist die Gewalt, die sich in der Regel gegen Anhänger meiner Partei richtet und die von weiten Teilen des Rats nebst Oberbürgermeisterin mit einem gewissen Wohlwollen beobachtet wird - Stichwort *Schlägertrupps*. Es ist wenig überraschend, dass SPD, Grüne und DIE LINKE und ihre ganzen Wurmfortsätze - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, ich muss Sie leider unterbrechen. Sie haben eben wörtlich gesagt, dass Gewalt vom Rat und seinen Mitgliedern wohlwollend beobachtet werde. Das kann ich so nicht stehen lassen. Ich bitte Sie, das zurückzunehmen.

(Beifall)

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, nach allem, was ich hier seit einem Jahr erlebe, kann ich das ganz sicher nicht zurücknehmen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Unverschämt! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Bitte? Das gibt es ja nicht!)

Aber wo sind eigentlich die vermeintlichen Vorkämpfer der Mitte? Wo ist der ach so aufrechte Demokrat Petelkau, der auf Bundesparteitagen der CDU besonders aufrecht gegen Extremismus kämpft? Wo ist eigentlich die FDP in dieser Angelegenheit? - Feige ducken Sie sich weg, Sie wollen schließlich nicht selbst zur Zielscheibe werden. Vielleicht ist es Ihnen insgeheim auch ganz recht, dass extremistische Schlägertrupps unliebsame Wettbewerber an der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte hindern.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist eine infame Unterstellung!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Ihr Verhalten die in diesem Hause übliche und angemessene Beratungsordnung verletzt. Ich möchte Sie ausdrücklich ermahnen und fordere Sie auf, jetzt dieses ungebührliche Verhalten zu unterlassen.

(Lebhafter Beifall)

Sven Tritschler (AfD): Ich nehme das zur Kenntnis.

Beispielsweise die drei Bundestagsabgeordneten, die im Dezember - -

(Zuruf von der Zuschauertribüne)

- Bricht der Kollege dort oben auch die Ordnung des Hauses oder bin nur ich es?

Beispielsweise die drei Bundestagsabgeordneten, die im Dezember im Rautenstrauch-Joest-Museum mit Bürgern ins Gespräch kommen wollten: Dass beim Schutz dieser Veranstaltung ein Polizist durch den linken Prügelmob verletzt wurde, ist Ihnen vermutlich egal. Vermutlich ist es Ihnen auch egal, wenn städtische Mitarbeiter in Deutz von Linksextremen eingeschüchtert werden. Egal ist Ihnen anscheinend auch, wenn Vertreter des AZ mit einer bemerkenswerten Anspruchshaltung auftreten und die Arbeit demokratisch gewählter Einrichtungen unserer Stadt zu behindern versuchen. Man stelle sich nur vor, diese Vorfälle wären auch nur einmal von einer rechten Gruppierung ausgegangen. Eine monatelange Betroffenheits- und Lichterkettenorgie wäre die mindeste Reaktion gewesen. Aber hier hüllen Sie sich alle in beredtes Schweigen. Doch jetzt, meine Damen und Herren, haben Sie die Gelegenheit, Farbe zu bekennen. Meinen Sie es ehrlich mit Demokratie, Toleranz und Grundgesetz? Bekennen Sie sich zur Gewaltlosigkeit? Wollen Sie Verfassungsfeinde wirklich bekämpfen, oder sind Sie ein Haufen selbstgerechter Heuchler? - Wir sind gespannt.

Im Übrigen beantragen wir abschnittsweise Abstimmung.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass Ihr Verhalten beleidigend und ungebührlich ist.

(Vereinzelt Beifall - Zurufe und Gegenrufe)

Ich fordere Sie erneut ausdrücklich auf, Ihr Verhalten anzupassen und solche Störungen zu unterlassen.

Ich bitte zunächst den Stadtdirektor um kurze Stellungnahme.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir ein bisschen schwer, nach dieser Art der Einbringung eines Antrags eine nüchterne Verwaltungsposition vorzutragen. Ich versuche es trotzdem einmal.

Mit Wissen und mit Billigung der politischen Gremien dieser Stadt befinden wir uns in einem gültigen Vertragsverhältnis mit dem Autonomen Zentrum. Dieses Vertragsverhältnis läuft noch bis Ende 2019. Die Verwaltung und das Autonome Zentrum sind in einem strukturierten Prozess, um die Frage der Zukunft des Autonomen Zentrums im Rahmen dieses bestehenden Vertragsverhältnisses zu klären. Insofern hält die Verwaltung eine Beschlussfassung über diesen Antrag für überflüssig. Soweit er die Verwaltung zur Beachtung von Recht und Gesetz auffordert, enthält er Selbstverständlichkeiten, an die wir uns natürlich halten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion beinhaltet als Erstes den Hinweis auf einen Antrag, den der Rat beschlossen hat, und zwar im Dezember des letzten Jahres. In diesem Antrag heißt es:

> „Der Rat der Stadt Köln unterstreicht die Grundwerte einer vielfältigen und toleranten Stadtgesellschaft. Meinungsfreiheit ist ein Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, das es zu bekräftigen und zu stärken gilt. Volksverhetzung, Diffamierungen und Aufruf zu Gewalt und gesellschaftlicher Spaltung widersprechen jedoch den Grundwerten und Grundrechten unserer Demokratie.“

Dazu stehen wir, aber es ist schon eine Unverfrorenheit, dass eine Gruppierung wie die AfD

glaubt, sich das zu eigen machen zu können, obwohl ihr tagtägliches Handeln genau vom Gegenteil zeugt.

(Beifall)

Der Beschluss des Rates rekurriert auf die Grundrechte unserer Verfassung. Ich nenne nicht alle, sondern nur einige wichtige, denen die AfD zuwiderhandelt: Menschenwürde wird von den Aktivisten der AfD tagtäglich mit Füßen getreten, freie Entfaltung der Persönlichkeit nur für ihre Glaubensgenossen, Gleichheit vor dem Gesetz nicht mit der AfD, Freiheit des Glaubens nur für das christliche Abendland.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, heißt es im Grundgesetz in Art. 3. Es heißt dort:

> „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

Genau dieses unterstützen Sie nicht, weil Ihre Leute den Gedanken der Volksgemeinschaft vertreten, und der schließt aus, der grenzt aus: Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. Das ist die Propaganda der meisten von Ihnen. So lange Sie auf dieser Spur sind, können wir Sie nicht ernst nehmen als Demokraten. Es wird deutlich, dass Sie hier nur im Gewande des Biedermanns auftreten, um Werte der Demokratie für Ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

(Beifall)

Pluralität, Vielfalt und Offenheit einer demokratischen Staatsgesellschaft - das sind die Werte, die wir leben wollen. Genau unter dieser Überschrift versucht auch die Oberbürgermeisterin Konflikte zu lösen. So verstehen wir auch ihren damaligen Besuch im Autonomen Zentrum.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Viele junge Menschen, die im AZ aktiv sind, setzen sich für soziale Teilhabe, gegen Rassismus und für Integration ein. Diese Werte sind natürlich das völlige Gegenteil von dem, wofür Rechtsextremisten und Rechtspopulisten stehen. Das ist auch der Grund, warum Sie sich hier so aufführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Seitdem diese Gesellschaft vor 50 Jahren begonnen hat, sich aus Fesseln des Spießertums und des Miefs zu befreien, hat es viele Aktionen gegeben, die vom zivilen Ungehorsam bis hin zu kalkulierten Regelverletzungen reichen. Es gibt nicht wenige hier in diesem Raum, die dabei waren. Das gefällt nicht allen. Zuweilen sind davon auch Menschen betroffen, die sich zu Recht drangsaliert fühlen. Insofern ist es auch so, dass wir Aktivitäten, die sich gegen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung richten, nicht für den richtigen Weg halten. Dazu hat auch schon der Stadtdirektor einiges gesagt. Die Aktivisten im AZ müssen sich auch fragen und sollten sich genau überlegen, ob sie damit ihrer Sache dienen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Andererseits sollten wir mehr Gelassenheit an den Tag legen, Pluralität als Teil unserer Freiheit aushalten und schauen, dass wir in dieser Gesellschaft Konflikte lösen, ohne sie zu eskalieren. Die Geschichte zeigt, dass dies immer noch der bessere Weg ist. Nur wissen wir da bestimmte Leute nicht an unserer Seite. Deshalb machen wir auch einen klaren Trennstrich, und zwar einen klaren Trennstrich zu denen, die demokratische Rechte im Munde führen, aber sie tatsächlich bekämpfen. Deshalb kann ich nur sagen: Das Autonome Zentrum gehört zu Köln, und wir müssen schauen, dass wir es hier auf Dauer etablieren. Sie gehören nicht zu Köln!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Klausing das Wort.

Christoph Klausing (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! *Heuchler* ist schon das passende Stichwort. Schauen wir uns doch einmal genau an, wer hier denn der Heuchler ist, wer es wagt, sich hier hinzustellen und so zu hetzen wie die AfD. Es ist eine absolute Frechheit, was hier passiert ist.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hatte beim kurzen Querlesen der Tagesordnung bzw. bei der Überschrift Hoffnung, dass in der AfD so ein kleines Stückchen Selbstironie mit dabei ist, wenn davon die Rede ist, dass Köln nicht länger Verfassungsfeinde beherbergen dürfe. Da dachte ich: Juchhu, als Antrag wird uns mitgeteilt, dass die AfD in Köln sich selbst auflöst. Das wäre doch einmal etwas gewesen, dem ich hätte zustimmen können.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dann aber mit solchen taktischen Raffinessen zu kommen - Herr Tritschler, doof sind Sie nicht -, abschnittsweise abstimmen zu lassen, zum Beispiel über einen Antrag:

> „Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu seinem Beschluss vom 18. Dezember 2018 auf Grundlage des Antrages AN/1865/2018."

Es ist raffiniert, uns damit aufs Glatteis führen zu wollen. Ich werde den Antrag mit Freude gleich ablehnen, und zwar Punkt für Punkt für Punkt für Punkt. Die Frechheit von Ihnen ist, dass Sie wollen, dass wir gegen uns selbst stimmen, und selbst haben Sie im Dezember auch dagegen gestimmt. Da schauen wir uns doch jetzt einmal an, wo die Heuchelei ist, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Wir haben im Dezember mit den demokratischen Fraktionen, den Gruppen und der LINKEN beschlossen - O-Ton -:

> „Daher lehnen wir die Überlassung von Räumen, die zur Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden sollen, in denen rassistisches, antisemitisches, salafistisches, antidemokratisches, sexistisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet werden soll, ab."

Das ist doch eine ganz klare Kante.

Jetzt könnte man auf die Idee kommen, dass sehr liberale, sehr libertär denkende Menschen einen solchen Antrag ablehnen wollen würden, weil sie der Meinung wären, der Staat soll auch sehr viel Extremismus aushalten. Solche politischen Meinungen gibt es. Da könnte man überlegen: Hm, gibt es in der AfD vielleicht auch solche Leute? - Aber ganz offensichtlich - da fängt die Heuchelei nämlich an - bei Ihnen nicht.

Hätten Sie aus diesen Gründen im Dezember diesen Antrag abgelehnt, weil Sie Libertäre sind, dann hätten Sie heute Ihren eigenen Antrag zum Autonomen Zentrum so niemals stellen dürfen. Damit haben Sie sich selbst entlarvt. Warum konnten Sie im Dezember dem Antrag nicht zustimmen? Haben Sie ein Problem mit Sexismus? Haben Sie ein Problem mit Demokratie, mit Salafismus, mit Antisemitismus, Rassismus oder Menschenfeindlichkeit? - Ich glaube, dass Sie mit ziemlich vielen von diesen Punkten ein Problem haben, und das ist Ihr Problem. Deswegen sind Sie der Heuchler hier, Herr Tritschler.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Dass im Autonomen Zentrum Linksextremisten und Verfassungsfeinde unterwegs sind, ist doch vollkommen unbestritten. Es sind dort vier Gruppen, wie die Landesregierung sagt, die Verfassungsfeinde sind. Das ist doch vollkommen unbestritten. Aber was beantragen Sie denn? - Sie beantragen hier, dass die Interessengemeinschaft Autonomes Zentrum hier nicht weiter beherbergt werden soll. Das ist doch etwas völlig anderes. Im Autonomen Zentrum finden Sportangebote statt. Dort finden Partys statt. Dort finden Do-it-yourself-Angebote statt. Es gibt dort einen Umsonst-Laden. Es gibt dort sehr viele Angebote wie ein FrauenLesben-Stockkampftraining. Das ist jetzt vielleicht nicht das Angebot, das auf mich zutrifft.

(Heiterkeit)

Ich behaupte, dass das Autonome Zentrum wahrscheinlich eher links und weniger bürgerlich ist. Ich gestehe auch gern ein, dass im AZ die CDU-Quote wahrscheinlich relativ gering ist. Ich will Ihnen aber ganz ehrlich sagen: Auch wenn der Lifestyle dort nicht mein Habitus ist, sehe ich es freudestrahlend, wie diese Leute in Köln sind. Ich sehe es mit Freuden, wie das AZ in Köln ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn ich sage: Auch ein AZ hat in Köln einen Raum. Wir müssen uns mehr über Freiräume unterhalten. Wir müssen mehr aushalten. Deswegen sage ich: AZ bleibt in Köln, aber nicht an diesem Platz. Genau das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen, Herr Tritschler. Das ist der Unterschied zwischen der CDU und der AfD. Sie spalten, Sie sind Reaktionäre. Wir sind für die Gemeinschaft in der Gesellschaft. Wir wollen die Vielfalt in der Gesellschaft.

Sie sind mehr Sozialist, als Sie zugeben wollen, weil Sie sich für klüger halten. Sie wollen eine Gesellschaftsordnung, in die Sie Menschen hineinpressen. Sie wollen einen Verbotsstaat. Sie achten nicht auf den Menschen, sondern nur auf den Staat. Sie wollen Menschen knechten. Wir wollen, dass jeder Mensch sich in unserer Gesellschaft frei entfalten kann. Deswegen werden wir Punkt für Punkt Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen, und zwar Punkt für Punkt.

Ich rufe den ersten Punkt auf: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Zweiter Punkt: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Dritter Punkt: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Vierter Punkt: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Fünfter Punkt: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich noch einmal gesamt abstimmen: Wer ist für diesen Antrag? - AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

(Auf der Zuschauertribüne ertönen Sprechchöre: Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!)

Zu Ziffer 1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. *Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu seinem Beschluss vom 18. Dezember 2018 auf Grundlage des Antrags AN/1865/2018.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Zu Ziffer 2

Beschluss:

2. *Gebäude und Liegenschaften der Stadt Köln dürfen verfassungsfeindlichen Organisationen nicht überlassen werden, soweit dem vertragliche oder rechtliche Verpflichtungen der Stadt nicht entgegenstehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Zu Ziffer 3

Beschluss:

3. *Gebäude und Liegenschaften der Stadt Köln dürfen kriminellen Organisationen und Organisationen, die zu Straftaten aufrufen nicht überlassen werden, soweit dem vertragliche oder rechtliche Verpflichtungen der Stadt nicht entgegenstehen. Das gilt auch für Organisationen, die Straftaten dulden oder billigen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Zu Ziffer 4

Beschluss:

4. *Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zum Rechtsstaatsprinzip und spricht sich uneingeschränkt gegen das Mittel der Gewalt zur Erreichung politischer Ziele aus.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Zu Ziffer 5:

Beschluss:

5. *Vor diesem Hintergrund fordert der Rat die Verwaltung auf, die Überlassung des ehemaligen Betriebshofes des Kanalbauamtes in der Luxemburger Str. 93 an die „Interes-*

sengemeinschaft Autonomes Zentrum Köln“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen und dieser auch keine neue Liegenschaft mehr zu überlassen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Abstimmungsergebnis über den gesamten Antrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Anmerkung:
Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Tritschler.

3.1.3 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betr. "Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW und Aussetzung bestehender Gebührenbescheide"
AN/0163/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT
AN/0220/2019

Anmerkung:
Verweisung auf Antrag von RM Breite vor Eintritt in die Tagesordnung (s. Ziffer V, Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Gesamtnetzbetrachtung“
AN/0171/2019

Ich gebe zunächst Herrn Götz das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Köln wächst, und das ist gut so. Das Umland wächst, und auch das ist gut. Denn wir haben nicht genug Platz in Köln für all diejenigen, die nach der Bevölkerungsprognose zu uns kommen wollen. Das setzt aber voraus, dass auch die Verkehrsinfrastruktur bei uns wächst.

Wir haben schon viele Planungen gemacht und gemeinsam mit Verwaltung und Rat beschlossen - sei es der Nahverkehrsplan, sei es der ÖPNV-Bedarfsplan, sei es die vierte Stufe der Nord-Süd-Bahn, sei es alles, was im Knoten Köln beschlossen worden ist, wie das zweite Gleis zwischen Dellbrück und Bergisch Gladbach oder der Zehn-Minuten-Takt der S11. Das alles müssen wir zusammenführen. Das ist der Sinn unseres Antrags hier und heute.

Darüber hinaus wollen wir auch einen Blick in die Region werfen, weil auch das immer wichtiger für uns wird.

Der letzte Gesamtverkehrsplan ist aus dem Jahr 1992 und die letzte Fortschreibung aus dem Jahr 2008. Wenn wir einen Blick auf das Schienennetz im Rechtsrheinischen werfen, das wir heute dort haben, so hat sich dort in den letzten 50 Jahren nichts geändert. Einige Stationen sind unter die Erde gekommen, aber ansonsten ist es unverändert wie vor 50 Jahren. Wenn Köln wächst und das Umland wächst, dann muss auch die Verkehrsinfrastrukturplanung dem Rechnung tragen.

Im Rahmen der Regionalplanung beraten wir zurzeit das Konzept *Region Plus* sowohl für Köln, für Bonn als auch für Aachen. Das bedeutet, wir schauen, welche Gemeinden, welche Städte um uns herum in der Lage sind, noch zusätzlichen Wohnbedarf aufzunehmen, den wir in Köln nicht befriedigen können. Das Kriterium dafür ist, dass man in 45 Minuten mit dem SPNV am Kölner Hauptbahnhof sein muss. Auch das ist ein Grund dafür, dass wir eine aktualisierte Gesamtverkehrsplanung brauchen.

Nicht zuletzt auch der Strukturwandel im Rheinischen Revier wird nicht ohne Folgen für Köln bleiben. Die Pendlerverkehre werden steigen, und das müssen wir entsprechend in der Planung berücksichtigen, damit wir hier nicht im Verkehrschaos landen. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Wenn wir am Ende alles richtig gemacht haben, Politik und Verwaltung die notwendige Infrastruktur geschaffen haben, dann verschwindet Köln auch aus der Liste der Top 10 der Staustädte Deutschlands. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir probieren jetzt wieder einmal, über Inhalte zu reden. Das ist eigentlich das, was wir hier im Rat machen sollten und worum wir uns kümmern sollten.

(Zuruf: Das haben wir eben auch gemacht!)

- Das haben wir auch gemacht, das ist richtig. Jetzt gab es gerade noch ein kleines Intermezzo. Deswegen ist es schön, dass wir jetzt bei den Inhalten sind.

Warum dieser Antrag? - Wir haben bei der ganzen Diskussion um die Erweiterung der Ost-West-Achse gemerkt, dass es viele Ideen und Vorstellungen gibt, wie man das Schienennetz oder das ÖPNV-Netz generell in dieser Stadt erweitern kann, in welche Richtung man gehen kann - hier noch ein zusätzliches Gleis, vielleicht hier eine Verlängerung etc.

Mein Vorredner hat es auch schon gesagt: Wir haben etliche Pläne dazu bereits beschlossen. Wir sind auch schon in der Umsetzung der einen oder anderen Maßnahme. Die Vielfalt an Plänen, die wir sowohl in der Stadt als auch im Umland haben, sorgt aber nicht immer dafür, dass an einem Strang gezogen wird. Es gibt Planungen, die ergänzen sich ganz wunderbar. Es gibt Planungen, da hat man manchmal den Eindruck: Hm, ob die Sachen alle so aufeinander abgestimmt sind, ist nicht ganz abzusehen.

Von daher jetzt von uns dieser Antrag, in dem wir sagen: Liebe Verwaltung, leg doch mal bitte all das, was nicht nur ihr entwickelt habt, sondern auch das, was im Umland ist - wie der Knoten Köln, das Agglomerationskonzept etc. -, auf eine Folie und übereinander. Dann schauen wir uns das Ganze einmal gemeinsam an: Wo sind denn die Netzerweiterungen wirklich nötig und sinnvoll? Wo reden wir davon, dass es Maßnahmen sind, die wir vielleicht erst in 30 Jahren oder in 40 Jahren brauchen, für die wir aber jetzt schon die Grundlagen legen müssen, sodass wir entsprechende Planungen in der Schublade haben, wenn die Fördergelder fließen können?

Im zweiten Punkt gehen wir auf eine dezernatsübergreifende Projektgruppe ein. Warum dezernatsübergreifend? - Es ist ja nicht nur so, dass das alles reine Verkehrsthemen sind. Es geht auch um Stadtentwicklung und darum, wo wir in Zukunft in dieser Stadt noch Wohngebiete ausweisen werden und wo nicht mehr. Wo brauchen wir jetzt schon die entsprechende Verkehrsinfrastruktur dafür? Das Umweltdezernat gehört genauso dazu, wenn es darum geht, die Umweltverträglichkeit der Verkehre entsprechend darzustellen und abzuwickeln. Auch die Frage der Antriebstechniken spielt unter dem Umweltaspekt keine ganz geringe Rolle.

Im dritten Punkt gehen wir darauf ein, dass wir eine solche Konzeptionierung, ein solches Zusammenlegen auch gern schnell umsetzen wollen. Wir wissen aber auch, dass das Ganze nicht von heute auf morgen gehen wird. Von daher geht es für uns darum, damit wir hier auch seriöse Beschlüsse fassen, den Personal- und Finanzbedarf erst einmal abzuklappern und dann zu schauen, mit welcher Struktur wir das Ganze weiter nach vorn bringen können. Wenn wir dann entsprechend die ganzen Zahlen, Daten und Fakten einmal vor uns liegen haben und wissen, wie unser zukünftiges Netz irgendwann einmal aussehen soll und welche Maßnahmen wann wo wie umgesetzt werden können, dann, glaube ich, haben wir eine gute Grundlage dafür geschaffen, den ÖPNV in dieser Stadt nachhaltig zu stärken. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Scholz hat jetzt das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussionen um die Ost-West-Achse waren und sind teilweise emotional und manchmal auch unsachlich, weil sie von unterschiedlichen Themen durchsetzt sind.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das stimmt! Das habt ihr gut gemacht mit dem unsachlich!)

Unsere Pflicht als Kölner Stadtrat ist es - gerade wenn ein Thema die Gemüter erregt -, die Diskussion dazu auf eine sachliche, konstruktive und respektvolle Ebene zu setzen. Auch dafür steht dieser gemeinsame Antrag von CDU, Grünen und unserer Ratsgruppe GUT. Wir möchten damit eine solide Basis schaffen für alle künftigen Netzbetrachtungen beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Wir verstehen ihn als eine Art Analyseinstrument, das die bisherigen Pläne und Beschlüsse übereinanderlegt, um einen

ganzheitlichen Blick auf die Vernetzungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Verkehrsträger im Umweltverbund zu gewährleisten.

Wir verstehen ihn auch als einen Auftrag an die Verwaltung, um darzulegen, welche Kapazitäten benötigt werden, damit unsere Beschlüsse und Vorhaben auch umgesetzt werden können.

Teilen Sie uns bitte mit, was Sie brauchen und woran es Ihnen fehlt. Unsere Aufgabe ist es nämlich nicht, Ihnen das Leben schwerer zu machen. Unsere Aufgabe ist es, Sie dort zu unterstützen, wo es notwendig ist.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Wir bedanken uns bei den Kolleginnen und Kollegen von CDU und den Grünen für die konstruktiven Gespräche, ganz besonders aber auch bei den Fachleuten, die uns bei der Analyse der Netzbetrachtung unterstützt haben.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben großen Respekt vor den Herausforderungen, die die Verwaltung zur Umsetzung der Verkehrswende zu stemmen hat. Wir bedanken uns deshalb ausdrücklich an dieser Stelle bei Ihnen für Ihren Einsatz und Ihre Anstrengungen.

Meine Damen und Herren, die Verkehrswende ist keine Vision. Sie ist bereits in vollem Gange. An Ideen und Kreativität mangelt es uns nicht in dieser Stadt. Die positive Resonanz auf unsere Idee des Rheinpendels, einem neuen Seilbahnsystem für Köln, in der Fachwelt und auch in der Bevölkerung zeigt, wie groß die Sehnsucht nach innovativen Schritten und Lösungen ist.

Wenn wir es im politischen Alltag jetzt noch besser schaffen oder überhaupt schaffen, weniger Energie auf Personaldebatten und persönliche Angriffe zu verwenden, sondern sie für die sachliche und inhaltliche Auseinandersetzung zu nutzen, sind wir auf einem guten Weg. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt schon mehrfach gehört, dass das der politische Begleitbeschluss zur Ost-West-Achse sein soll, die der *Kölner Stadt-Anzeiger* heute im Zusammenhang mit dem Dieselfahrverbot beschrieben hat als „krachend gescheiterten Versuch, einen Beschluss zur Ost-West Achse zu fällen“.

Dieser Antrag ist sowohl im Dezember als auch in der Nachkommunikation insbesondere von GUT als groß und heilsbringend angekündigt worden mit sehr viel Hoffnung, dass das jetzt tatsächlich irgendetwas voranbringen würde. Ich muss ehrlicherweise sagen: Ich gehe an Ihrer Verkehrspolitik kaputt. Es ist unglaublich, was Sie hier hingelegt haben. Das ist die größte Enttäuschung in der inhaltlichen Ratssitzung heute; denn wir beschließen wieder einmal - genau wie bei der Ost-West-Achse -, dass Sie heute nichts beschließen.

(Beifall bei der SPD - Bernd Petelkau [CDU]: Weil Sie zehn Jahr nichts gemacht haben! Deshalb ist es ja so schlimm! Zehn Jahre hat die SPD versagt und nichts hingekriegt! Diese Scherben kehren wir jetzt auf!)

- Herr Petelkau, das Problem ist: Sie haben gar keine Ahnung, wovon Sie gerade reden, dass Sie tatsächlich an der Stelle nicht einmal merken, dass Sie beauftragen, bereits beschlossene Pläne übereinanderzulegen. Das Einzige, was Sie heute beschließen, ist, die Verwaltung zu beauftragen, Pläne nebeneinanderzulegen, die beschlossen sind.

(Zuruf: Übereinander!)

- Übereinander. Dann legt sie übereinander.

Zum ÖPNV-Bereich: Die Fahrgäste der Sardinenbüchse Linie 1 werden es Ihnen danken, weil für die passiert rein gar nichts mit diesem Beschluss heute. Der ÖPNV hat doch in Köln kein Beschlussdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Das ist auch das, was wir die ganze Zeit hier diskutieren.

Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben im September noch angekündigt, bis Ende letzten Jahres Bedarfsfeststellungsbeschlüsse für die Planung Zündorf-Süd, Mülheim-Süd, Stammheim-Flittard vorzulegen. Passiert ist davon gar nichts. Wir haben kein Problem der Erkenntnis und der Beschlüsse, was wir machen wollen, sondern wir müssen das endlich einmal umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Blome ist uns jetzt seit einem Jahr schuldig, in der Roadmap zu hinterlegen, wie die Umset-

zung dieser Maßnahmen mit Personal unterlegt wird. Jetzt wollen Sie noch einmal dargelegt haben, wie viel Personal es eigentlich nur für die Pläne braucht. Wir sind doch schon längst viel weiter im ÖPNV-Bereich in Köln. Das ist heute wirklich eine bittere Nebelkerze - die nächste, die gezündet wird.

Ich kann nicht verstehen, dass dort irgendwelche Rheinpendel-Ideen hineinkommen sollen und dass irgendwie die Linie 13 jetzt noch umgestoßen werden soll. Denn wir haben folgendes Problem: Wenn Sie das ernst meinen - Sie schreiben etwas von der „Basis für eine nachhaltige Verkehrsentwicklungsplanung“ -, dann hieße das, dass man nicht die Planung des letzten Jahrtausends macht, nämlich nur für den ÖPNV-Bereich jetzt einen Plan aufstellt, sondern dass man über alle Mobilitätsträger hinweg ein abgestimmtes nachhaltiges Verkehrsplanungssystem in Köln implementiert.

Jetzt erzähle ich allen etwas, die nicht im Verkehrsbereich sind: Für Herrn Bürgermeister Wolter müsste das heute ein ganz bitterer Antrag sein. Sie laufen nämlich seit einem halben Jahr durch diese Stadt und sagen: Köln braucht ein SUMP. Was ist das? - Das ist ein Plan, der steht im rot-grünen Papier *Köln mobil 2025*. Dort ist als Abschlussempfehlung hineingeschrieben: Es braucht einen nachhaltigen urbanen Mobilitätsplanungsstandard für diese Stadt.

Den müssen wir gar nicht erfinden, damit müssen wir Frau Blome nicht beauftragen, sondern wir müssen ins Agnesviertel fahren. Dort sitzt das Beratungsinstitut, was den EU-Standard dafür entwickelt hat. Das ist EU-Standard der EU-Kommission, der in ganz Europa angewendet wird, und zwar für alle Ebenen - sowohl für die Zu-Fuß-Gehenden, für die Radfahrenden, für ÖPNV und für das Auto. Es gibt einen abgestimmten europaweiten Kreislauf. Den nutzen Sie nicht. Es wäre das Allerleichteste, zu sagen: Wir beauftragen die Stadtverwaltung, einen SUMP für Köln zu implementieren. Heute fallen Sie inhaltlich Jahrzehnte dahinter zurück. Deswegen ist das reiner Stillstand. Auch da zitiere ich wieder den *Stadt-Anzeiger*:

> „Allein das Rumgeeiere um die Einrichtung einer Expressbus-Spur auf der Aachener Straße […] zeigt jedoch“,

dass Ihr Flickwerk da an Grenzen stößt.

Wir bieten Ihnen an, zu sagen: Wir ziehen diesen Antrag zurück. Sie haben jetzt den Erkenntnisgewinn. Herr Wolter konnte sich offenbar in der Antragsberatung nicht durchsetzen. Wir sind viel weiter in Köln. Wir stellen einen SUMP auf. Damit könnten wir tatsächlich Köln voranbringen. Heute beschließen Sie, die Verwaltung zu beauftragen. Das ist leider ein weiteres Trauerspiel Ihrer Verkehrspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache das hier vom Platz aus.

Der Antrag ist relativ unspektakulär. Ich glaube, man muss sich darüber nicht so aufregen. Ich will jetzt nicht sagen, es lohnt sich nicht, nach vorn zu gehen, aber es ist schon so, dass das Meiste, was darin steht, lange beschlossen ist und schon lange getan wird.

Es gibt einen Aspekt, den man freundlich begleiten kann. Das ist der letzte, in dem gesagt wird: Die Verwaltung soll bis 2020 darstellen, was sie an Personal und Geld für die Verkehrswende und natürlich für die Verknüpfung braucht. Das passiert aber, und das wissen die Antragsteller auch. Das passiert im NVR, das passiert bei der Stadt, das ist am Montag in der Bahnknoten-Konferenz passiert. Diese Aspekte sind eigentlich schon etwas überflüssig an diesem Antrag, aber man kann dem wie gesagt in dem Sinne zustimmen, dass man der Verwaltung noch einmal bestätigt, was sie aber mit Sicherheit auch schon weiß, dass das alles sehr wichtig ist.

Wir freuen uns darüber, wenn die Verwaltung uns darlegen kann, was sie für Personal und Finanzen braucht. Insofern stimmen wir dem Antrag mit wenig Leidenschaft zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ja, leider muss ich die Stimmung so treffen wie die beiden letzten Redner, was diesen Antrag angeht. Es war ja angekündigt, und es hieß dann immer: Jetzt kommt der große ÖPNV-Antrag für Köln. Da habe ich gedacht: Boah, du musst dabei sein. Machen wir

erst Flittard oder kommt Zündorf, oder was machen wir jetzt mit Rondorf Nord-West? Wie bringen wir die Dinge hintereinander? - Dann habe ich den Entwurf gesehen und habe mir gedacht: Das ist es eigentlich nicht, was uns hier in diesen Fragen weiterbringt.

Ich muss auch sagen: Liebe Antragsteller, für wie doof haltet ihr die Verwaltung eigentlich? Was soll das Übereinanderlegen von Plänen für einen Erkenntnisgewinn bringen? Braucht die Verwaltung eine Anleitung, uns als Politik zu sagen, was sie für Planungskapazitäten braucht? - Das Einzige, was doch dieser Antrag bringt, ist, dass es wieder Aufwand ist, Zeit kostet und im Grunde Kapazitäten bindet, die doch bitte für die Projekte genutzt werden.

Mir ist es mittlerweile völlig egal, wo wir das KVB-Netz erweitern. Mir ist es egal, ob das erst in Flittard oder erst in Zündorf oder erst in Rondorf geschieht. Hauptsache, das KVB-Netz wird erweitert. Das ist doch die Aufgabe, die wir haben.

(Beifall bei der FDP)

Dafür braucht die Verwaltung unsere volle Rückendeckung.

Es gab mal eine schöne Persiflage im Stadtentwicklungsausschuss: das *Konzepte-Konzept*, womit man immer wieder untersucht und immer wieder alle Sachen übereinanderlegt und die Verwaltung damit lähmt. Vielleicht kann die Dezernentin dazu etwas sagen. Ich glaube auch, dass wir in der Frage weiter sind. Ich glaube auch, dass die Verwaltung nicht so schlecht ist, wie dieser Antrag es ihr entsprechend unterstellt. Ich glaube, dass wir weiter sind in diesen Fragen und uns dieses Übereinanderlegen und diese Untersuchung sparen können und lieber zu den konkreten Planungen kommen. Wenn die KVB sagt, dass das Geld eigentlich da ist, nur leider in Köln kein Plan fertig in der Schublade liegt, und die Bayern sich ein Loch in den Bauch freuen, weil sie das ganze Geld kriegen, was wir hier nicht abfordern - darum muss es gehen, dass wir möglichst schnell zu Potte kommen und die nächsten Projekte voranbringen.

Ich würde mich freuen, Frau Blome, wenn Sie dem Rat das gute Gefühl geben, dass die Verwaltung dort gute Arbeit leistet und uns die entsprechenden Entscheidungen vorlegt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth noch kurz. Anschließend würde ich gern Frau Blome das Wort geben.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es auch nur kurz.

Tobias hat vorhin von der umfangreichen, artigen Zusammenarbeit mit Schwarz und Grün gesprochen. Wenn es darum geht, dass das das Ergebnis ist, dann habt ihr ungefähr eine Viertelstunde artig zusammengearbeitet. Inhaltlich kann ich da nicht mehr erkennen.

Ich möchte das auch noch gern pointiert ausführen. Ihr macht auch Stockfehler in dem Antrag. Wenn ihr schon in der Begründung hineinschreibt:

> „Dazu bedarf es einer grundsätzlichen Analyse sowie der bestehenden als auch der geplanten Schienennetze“,

dann schreibt das doch auch in die Beauftragung. Darin steht es eben nicht. „[…] die bisher vorliegenden Konzepte und Pläne […] aufeinander abzustimmen“ - das ist keine Analyse, das ist ein Aufeinanderlegen.

Es ist nämlich, ehrlich gesagt, gar nicht so einfach, eine Analyse zu machen. Wir haben im letzten Jahr dazu einmal gefragt, wann und wo die Busse und Bahnen der KVB besonders ausgelastet sind. Dazu gab es eine ganz prägnante Antwort der Verwaltung, unter anderem neben einigen Zahlen, aber es sind insgesamt nur zwei Sätze:

> „Eine detaillierte Auflistung der Kapazitäten von Straßenbahnen und Bussen differenziert nach Tageszeiten und Linien liegt der Verwaltung nicht vor.“

„Warum nicht?“, könnte man jetzt an zweiter Stelle fragen.

Also: Die Analyse ist das Entscheidende, und die nehmt ihr noch nicht einmal in die Beauftragung hinein. Deswegen: Sorry, so einem dünnen Antrag kann man echt nicht zustimmen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, was dagegen für Bedenken bestehen, hier die Dinge wirklich einmal übereinanderzulegen. Die Verwaltung befürwortet das, da wir nämlich nach Jahren der verkehrlichen Stagnation jetzt vieles haben. Wir haben den Bahnknoten, wir haben regionale Anbindungen, wir haben die ÖPNV-Roadmap, wir haben Bahnsteigerweiterungen, wir haben Kapazitätserweiterungen. All das einmal übereinanderzulegen und dann genau zu schauen, wie denn die Verknüpfungspunkte sind, wie wir an diesen vorhandenen Verknüpfungspunkten intelligente Erweiterungen noch vornehmen können, halte ich für sehr vernünftig. Die Verwaltung möchte das auch gern tun.

Eine Bemerkung noch, Herr Pöttgen: Ich bin Ihnen keinesfalls schuldig, für die ÖPNV-Roadmap irgendwelche Personalbedarfe vorzuführen. Diese Personalbedarfe werden ganz normal in der Verwaltung über die Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin im Stellenplan abgebildet und sind auch alle darin. Schauen Sie bitte in den Stellenplan, dann werden Sie die Stellen, die wir hier auch separat im Anmeldeverfahren auf die ÖPNV-Roadmap auszeichnen, sehen. Dazu bin ich Ihnen tatsächlich keinen eigenen Bericht schuldig. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von der FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. *die bisher vorliegenden Konzepte und Pläne, z.B. den Nahverkehrsplan, die Anmeldungen zum ÖPNV-Bedarfsplan, die ÖPNV-Roadmap, die vom NVR entwickelten Maßnahmen zum Knoten Köln und die Arbeiten zum Agglomerationskonzept aufeinander abzustimmen.*
2. *Das Ergebnis wird dann in einem vorher festzulegenden Verfahren im Rahmen einer dezernatsübergreifenden Projektgruppe weiterentwickelt – unter angemessener Beteiligung der Öffentlichkeit - und soll die Basis für eine nachhaltige Verkehrsentwicklungsplanung in Köln sein.*
3. *Die Verwaltung soll bis zum Sommer bzw. bis zum Entwurf des Haushaltsplanes 2020 darstellen, wie hoch der dafür benötigte Personal- und Finanzbedarf ist und mit welchen Strukturen diese Aufgabe am besten umgesetzt werden kann.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Familienfreundliches Köln - Kita von 3 - 6 Jahren endlich beitragsfrei“
AN/0076/2019

Dazu gebe ich Herrn Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Ist heute ein Glückstag für viele Kölner Familien?“, so titelte eine große Kölner Tageszeitung heute. Wir sagen: Ja, kann.

Sie wissen wahrscheinlich, die SPD kämpft schon seit vielen, vielen Jahren für die Beitragsfreiheit der frühkindlichen Bildung. Jetzt haben wir eine weitere Chance. Ausgangspunkt ist das Gute-KiTa-Gesetz von der Bundesbildungsministerin Franziska Giffey, das mehrere Milliarden im Jahr bundesweit zur Verfügung stellt und allein in Nordrhein-Westfalen eine Summe von etwa 1,3 Milliarden Euro pro Jahr für die nächsten Jahre initiiert. „Initiiert“ heißt, es wird aufgeteilt auf Bund, Land und Kommune.

Die großen Stichworte, die jetzt durch dieses neue Gesetz initiiert werden, sind einmal die bekannte KiBiz-Lücke, Personal, Öffnungszeiten, Investitionen, Platzzusagen, Sprachförderung und natürlich die Beitragsfreiheit.

Wir als Sozialdemokraten sehen gerade die Basis in drei Säulen. Die erste Säule sind die Plätze, die natürlich da sein müssen. Ohne die läuft nichts. Da haben wir in Köln einiges getan und

sind auch froh darüber. Beabsichtigt ist, dass es eine Platzzusage der Landesregierung geben soll. Das Gesetz ist noch nicht da. Wir hoffen, dass es zügig verabschiedet wird.

Zum Thema Qualität: In Köln sind wir natürlich auch schon einige Schritte gegangen. *KitaPlus* nenne ich da. Die weitere Initiative über den Bund über die praxisintegrierte Ausbildung wird Kapazitäten schaffen.

Wir haben im Bereich der Qualität die Öffnungszeitenflexibilisierung. Wir haben in Nordrhein-Westfalen pro Jahr 100 Millionen Euro extra für Sachinvestitionen geplant. Wir haben Sprachförderung und vieles mehr. Wir haben ein riesiges Paket, was in die Qualität kommt oder kommen kann - der größte Teil der Investitionen oder der größte Teil dessen, was im Bildungspaket ausgelöst wird. Für Nordrhein-Westfalen sind das pro Jahr etwa 1 Milliarde Euro. Das kann, wenn es so verordnet wird, in Qualität gehen.

Der kleinste Teil oder ein kleiner Teil - etwa 200 Millionen Euro für Nordrhein-Westfalen - kommt vom Bund für die Beitragsfreiheit. Das Ministerium von Minister Stamp hat auch richtig dazu gesagt: Wir geben das Geld nur weiter, wir sind nicht Initiator dieses Geldes, was die Kitabefreiung angeht.

Wir sind eine kinderfreundliche Kommune. Wir haben das einstimmig letztes Jahr beschlossen. Auf diesen dynamischen Weg gehört die dritte Säule, nämlich die Beitragsfreiheit, nach unserer Vorstellung der Sozialdemokraten unabdingbar dazu. Das zusätzliche Geld, also das Landesgeld, das schon seit vielen Jahren in der Diskussion ist und hier auch vor einem Jahr genehmigt wurde - wir hatten 18 Monate damals beantragt, das hatten wir kurzzeitig, es ist weggenommen worden -, dieses Geld inklusive das des Bundes würde für zweimal 18 Monate, sprich 36 Monate, also für drei beitragsfreie Jahre ausreichen, ohne dass in diesem Bereich der städtische Haushalt angetastet werden muss.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung mit dazugehört. Umgekehrt, liebe Kolleginnen und Kollegen, käme niemand auf die Idee, in Grundschulen, in weiterführenden Schulen für den Bereich Plätze und/oder Qualität Beiträge zu fordern, aber genau das geschieht in der Kita. Hier müssen Beiträge gezahlt werden. Wir finden, das ist ein Unding. Beitragsfreiheit von der frühkindlichen Bildung bis zum Studium muss gewährt sein.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie damals auch oft gesagt: Natürlich werden wir Beitragsfreiheit machen, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. - Die Rahmenbedingungen haben sich jetzt geändert. Sie sind da. Also stehen Sie zu den Worten, die Sie damals genannt haben.

Kinderfreundlichkeit ist auch ein wichtiger Standortfaktor für unsere Wirtschaft. Schauen Sie auf diese Karte.

(Der Redner hält eine Grafik mit der Überschrift „Kita-Gebühren im Städtevergleich“ hoch)

Wenn man die Großstädte oder einige davon miteinander vergleicht, sieht man, dass Köln eine der teuersten Städte ist. Das ist ein Standortfaktor, der sich für Fachkräfte gerade im mittleren Einkommensbereich negativ auswirkt.

Was Düsseldorf und unsere umliegenden Städte können, das können wir allemal, nämlich Beitragsfreiheit.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir 600 Millionen Euro für die Oper investieren - ich komme zu meinen letzten Sätzen, Frau Oberbürgermeisterin - und keinen Cent für die Entlastung der Eltern, dann läuft irgendetwas grundsätzlich schief in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Wir als Sozialdemokraten sehen nicht ein, dass Familien mit ganz normalen Einkommen für die Bildung ihrer Kinder zahlen müssen. Das ist kein Populismus, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist einfach nur Gerechtigkeit. - Vielen Dank. Ich hoffe, dass Sie dem zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben hat das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich an eine frühere Debatte über die Beitragsfreiheit erinnern, die wir hier hatten. Eine große Fraktion hatte einmal beantragt, ein Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen und das aus kommunalen Mitteln zu finanzieren. Die damalige Ratsmehrheit hat dies leider abgelehnt, und die größte Fraktion dieses Mehrheitsbündnisses hat durch ihren Fraktionsvorsitzenden erklärt, dass das al-

les ein Wahlkampfgag sei und dass die Beitragsfreiheit nur zusammen oder durch die Unterstützung des Landes erfolgen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo Martin Börschel recht hat, hat er recht. Das muss ich hier auch gestehen. Der Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2008, das dritte Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen, ist nur durch die Unterstützung des Landes möglich. Die Meinung teile ich ganz ausdrücklich.

Ich bin an der Stelle der früheren Landesregierung auch dankbar, dass sie die Kommunen in die Lage versetzt hat, ein Kita-Jahr, nämlich das dritte, beitragsfrei zu gestalten.

Ich freue mich genauso, dass die aktuelle Landesregierung uns nun in die Lage versetzt, das zweite Kita-Jahr beitragsfrei zu gestalten.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Wir wären ja in der Lage, alle drei daraus zu machen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde mich auch freuen, wenn diese oder eine andere Landesregierung - ich persönlich finde am schönsten diese - die Kommunen in die Lage versetzen wird, dass wir auch das erste Kita-Jahr beitragsfrei gestalten können. Ich glaube, darüber besteht ein großer Konsens. Aber ich und meine Fraktion glauben nicht, dass wir aus kommunalen Mitteln ein komplettes Kita-Jahr hier frei finanzieren können - Klammer auf: und wir wissen auch noch nicht so genau, welche Kosten dabei entstehen. Das schaue ich mir auch gern vor einer finalen Festlegung noch einmal an, aber die Frage wird nicht hier und heute im Rat gelöst, sondern wir werden noch eine Fachdebatte - vielleicht auch fakten- und zahlenbasiert - führen können.

Zu den Ausführungen des Kollegen Heinen - das darf ich noch sagen -: Ich finde das alles ganz in Ordnung. Ich darf nur an Folgendes erinnern: Wenn man jetzt liest und hört, was das Land oder die Stadt alles machen sollte, dann möchte ich nur freundlich und auch nicht despektierlich sagen, ob die Bilanz der damaligen Landesregierung von 2010 bis 2017 Ihren Ansprüchen genügt, das müssen Sie, liebe Genossinnen und Genossen, selbst entscheiden und selbst diskutieren. Sie hatten eine ausreichende Regierungszeit, nicht nur ein Jahr, sondern zwei oder drei Jahre umzusetzen. Deshalb finde ich es persönlich immer etwas einfach, wenn man keine Verantwortung trägt, all das zu fordern, was man selbst nicht umgesetzt hat. Aber das ist mein persönlicher Geschmack.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Wir tragen jetzt die Verantwortung in Berlin, und daher kommt das Geld! Erzähl das doch auch!)

Wenn wir uns aber anschauen, was vielleicht noch wichtiger als die Beitragsfreiheit ist - das ist zumindest meine Meinung und die Meinung meiner Fraktion und von Eltern, mit denen wir uns unterhalten -: Natürlich wird sich keiner gegen Beitragsfreiheit stellen, wenn wir das können, aber wichtiger ist für uns die Anzahl der Plätze, also die Quantität und die Qualität. Ralf Heinen hat richtige Aspekte der Qualität genannt. Diese stehen für uns an erster Stelle und, wie ich glaube, für die Eltern in dieser Stadt auch.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Dann beschließt es doch! Das Geld ist jetzt da!)

Ich darf an der Stelle auch sagen: Für 24 000 Eltern gibt es schon jetzt Beitragsfreiheit. Es ist also nicht so, als ob das überhaupt nicht vorhanden wäre. Aber die Qualität der Betreuung ist für uns ein zentralerer Aspekt.

Wenn wir uns schon mit den Beiträgen generell beschäftigen wollen, dann darf man vielleicht auch nicht immer nur auf die drei Jahre vor der Einschulung schauen, sondern dann müsste man genauso einmal darüber diskutieren, wie denn die Beiträge in der U3-Betreuung aussehen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Denn 636,38 Euro sind auch für Schwerstverdienende sicherlich ein erklecklicher Betrag, den man im Monat aufbringen muss. Auch darüber können wir gern im Fachausschuss eine entsprechende Debatte führen, wie das ausschaut. Dazu gehört aber auch, dass wir uns die in Köln - wie ich finde - doch ungerechte Beitragsstaffel in der Summe und -

(Andreas Pöttgen [SPD]: Die habt ihr doch erst letztes Jahr beschlossen!)

- die Friktionen und Sprünge anschauen. Auch das nehmen wir gern mit in die Diskussion. Zu sagen: „Wir machen jetzt einmal ein Jahr, und nehmen mal das erste, weil das noch fehlt, aber U3 schauen wir uns nicht an“, das ist uns zu einfach.

Dann vielleicht noch zum Schluss meiner Rede zu einem logischen Fehler in Ihrem Antrag: Den ersten Absatz habe ich verstanden. Dann sagen Sie im zweiten Absatz: Dann ändern wir die Elternbeitragssatzung, und dann prüfen wir, ob

dadurch noch finanzielle Spielräume entstehen. - Ich darf Ihnen schon einmal sagen: Wenn Sie die Elternbeitragssatzung ändern, entstehen erst einmal gar keine finanziellen Spielräume. Sie meinen wahrscheinlich: Wie kann man noch zusätzliches Geld für die U3-Betreuung berücksichtigen, um dort die Gebühren zurückzufahren? So verstehe ich den zweiten Teil zumindest. Denn wenn man die Elternbeitragssatzung ändert, schafft man keine weiteren finanziellen Spielräume. Das meinen Sie vermutlich nicht.

Meine Damen und Herren, Sie haben es gehört: Wir sind nicht von der Umsetzung dieses Antrags begeistert und setzen andere Prioritäten. Wenn ich es richtig sehe, werden wir heute nicht darüber entscheiden, sondern die Diskussion weiterführen. Das machen wir gern - hoffentlich faktenbasierter als bisher. Wenn Sie aber hier und heute eine Antwort haben wollen, sage ich Ihnen, dass die Prioritäten meiner Fraktion und meine Prioritäten an anderer Stelle und nicht notwendigerweise bei der Beitragsfreiheit liegen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Kessing hat jetzt das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren! In der letzten Woche hat hier an der gleichen Stelle der Jugendhilfeausschuss getagt, und dieser Ausschuss ist ja ein besonderer Ausschuss. Dort sitzen nicht nur die Ratspolitikerinnen und -politiker, sondern auch die Experten und Expertinnen aus den Verbänden, die Träger. Das ist etwas, was sich viele Bürgerinnen und Bürger auch in anderen Ausschüssen vorstellen können.

Wir haben in der letzten Woche eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Wir hatten der Verwaltung die Umsetzung des politischen Veränderungsnachweises vorgelegt. Wir haben 1 Million Euro zugesetzt, und wir haben das zugesetzt vor allem in Qualität. Wir haben eine Schülerfreizeitkarte auf den Weg gebracht. Die Verwaltung sicherte uns auch zu, dass das bis zum Sommer klappen wird. Vielen Dank dafür!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir haben Jugendhilfeeinrichtungen neu an den Start gebracht, wir machen eine Übermittagsbetreuung und bieten mehr Angebote in dieser Richtung. Wir unterstützen auch Familienhäuser. Wir haben dort einen wunderbaren Gleichklang von Qualität und Quantität mit einer hohen Einvernehmlichkeit. Ein guter Weg auch in der Debatte mit den ganzen Trägerinnen und Trägern.

Das Gute-KiTa-Gesetz war im letzten Jugendhilfeausschuss nur eine Randnotiz. Die FDP-Fraktion fragte: Was bedeutet das denn jetzt für Köln? - Eine berechtigte Frage. Die Antwort liegt uns noch nicht vor. Ich glaube, dass Ralf Heinen, den ich persönlich auch schon lange kenne, ein gut informierter Mensch ist. Ich gehe davon aus, dass er auch schon zu dem Zeitpunkt wusste, dass das Gute-KiTa-Gesetz beschlossen ist. Das Thema Beitragsfreiheit spielte im Jugendhilfeausschuss keine Rolle und ereilt uns heute.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das ist Zufall!)

- Ja, das ist reiner Zufall.

Vielleicht liegt es auch daran: Hätten wir es im Jugendhilfeausschuss schon diskutiert, wäre deutlich geworden, dass dieses Gesetz doch nicht nur mit einem Hohelied auf die Qualität und andere Sachen begleitet worden ist, sondern dass es im parlamentarischen Prozess eine ganz heftige Debatte gegeben hat, nämlich um folgende Fragen: Was ist Inhalt dieses Gesetzes? Welchen Stellenwert hat Qualität? Definieren wir Mindeststandards in den Betreuungsschlüsseln für alle oder tun wir das nicht?

Es wird immer gemunkelt, dass vor allem die SPD-geführten Länder auf Beitragsfreiheit gedrungen haben und das Thema Qualität etwas weiter nach hinten gerutscht ist. Ich war nicht dabei, ich habe jetzt auch nicht alles recherchiert, aber lassen wir das einmal hintangestellt.

LINKE und Grüne haben auch deswegen im Bundestag noch einmal einen Antrag gestellt, dass Personalstandards festgeschrieben werden sollten, und sind damit gescheitert.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass Kinder nicht nur Freude machen. Manchmal machen sie auch ein bisschen Sorge. Aber Fakt ist auch: Kinder kosten Geld. Ich habe großes Verständnis dafür, dass Eltern sagen: Ich möchte, dass die Kita genauso beitragsfrei ist wie die Schule. Ich verstehe das umso mehr, je geringer das Familienbudget ist. Ich frage mich allerdings, ob wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt die richtigen Prioritäten setzen. Gerade Kinder, die aus einkommensschwachen, aus sozial benachteiligten, armutsgefährdeten Familien kommen, profitieren

besonders gut von Qualität. Deswegen setzen wir auch hier den Fokus, weil wir gerade von dieser Bevölkerungsgruppe wissen, dass sie das Geld nicht hat, die Musikschule oder dieses und jenes zu finanzieren. Die Familien profitieren besonders davon.

Gute Betreuungsschlüssel machen gerade in diesem Bereich fast ein Jahr Entwicklungsmöglichkeit bzw. Entwicklungsvorsprung aus. Ich finde, das ist ein Potenzial, das wir heben sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben in der Presse gelesen, ich habe mich ein bisschen über das Verfahren aufgeregt. Ich würde jetzt dafür plädieren, dass wir diesen Antrag in den Fachausschuss schieben. Dann haben Sie nämlich auch noch bis zum 19. März Zeit, eine ganz wesentliche Frage zu beantworten: Das Gute-KiTa-Gesetz - wie es denn heißt - hat ein wunderbares Manko. Da muss ich jetzt der Begründung widersprechen - ich bin jetzt auch ganz schnell -:

> „Durch das Gute-Kita-Gesetz steht hierfür nun das notwendige Geld zur Verfügung."

- Ja, für vier Jahre.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Länger kann keine Bundesregierung eine mittelfristige Finanzplanung aufstellen!)

Und dann? Was machen wir 2022? Dann zahlen die Kommunen?

Lieber Ralf, du kannst doch nicht meinen, dass das ein wirklich guter Vorschlag ist. Wir müssen jetzt für Qualität und Quantität streiten. Ich hoffe, dass ihr euch im Fachausschuss auch wieder an unsere Seite stellt. Schön wäre es.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe die weiteren Wortmeldungen. Allerdings habe ich das als Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung wahrgenommen. So habe ich es verstanden. - Heute kommt es auch nicht mehr darauf an. Bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn dieser Antrag in den Jugendhilfeausschuss verwiesen wird, können wir auch damit leben. Wir werden ihn aber unterstützen. Wir werden also für ihn stimmen.

Es ist sicherlich eine Frage, wie man Qualität und Ausbau von Plätzen auf der einen Seite und Beitragsfreiheit auf der anderen Seite jeweils gewichtet. Nur haben die sozialen Verhältnisse dieser Stadt auch ihr Eigengewicht und ihre eigene Dynamik. Wir haben eine große, hohe soziale Spaltung in dieser Stadt. Der Lebenslagen-Bericht, an dem die Stadt Köln arbeitet, wird dies zutage fördern.

Es geht nicht nur darum, dass Menschen mit mittlerem oder geringerem Einkommen hohe Kita-Beiträge bezahlen müssen. Das sind doch ganz kräftige Beiträge. Bei einem Jahresverdienst von 36 000 Euro für ein Ehepaar sind es monatlich rund 40 Euro für eine Vollversorgung, die ja benötigt wird.

Es geht auch darum, dass Kitas sozial gut gemischt sein sollen und nicht diejenigen, die mehr verdienen - beispielsweise bis zu 78 000 Euro im Jahr oder mehr als Ehepaar; mit 75 000 Euro ist man noch kein Großverdiener, würde ich einmal sagen -, einen Anreiz haben, ihre Kinder in private Kitas zu schicken. Das tut den Kitas als öffentlichen Bildungseinrichtungen nicht gut.

Deswegen unterstützen wir es auch, dass zum einen die Gebühren für die Kinder ab drei Jahren abgeschafft werden sollen und dass zum anderen geprüft werden soll, ob für die U3-Betreuung die Beiträge gesenkt werden können, mit der Perspektive, ebenfalls abgeschafft zu werden, aus gesellschaftspolitischen Erwägungen. Über die Details der Finanzierung kann man sich ja auch im Jugendhilfeausschuss noch einmal unterhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Kockerbeck. - Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, herzlichen Dank für Ihren Antrag. Sie wissen ja, dass auch die FDP schon länger die Beitragsfreiheit immer wieder aufs Tableau gebracht hat. Allerdings gibt es bei diesem Thema Unterschiede zwischen der SPD und

der FDP. Ich möchte Ihnen das hier auch ganz klar darlegen.

Erstens rechnen Sie anders als wir. Auch schon damals, als wir gemeinsam die 18 Monate beschlossen haben, habe ich Herrn Börschel eine andere Rechnung vorgelegt, und er musste der FDP zustimmen. Dementsprechend möchte ich auch heute mit Ihnen ein bisschen anders rechnen.

Sie haben dargelegt, die komplette Beitragsfreiheit, die jetzt vielleicht auch für Köln kommen könne, sei dadurch möglich, dass die Bundesregierung aus CDU und SPD das Gute-Kita-Gesetz verabschiedet habe. Ja, dass es nach der Debatte verabschiedet wurde, ist gut. Wir freuen uns auch sehr darüber, dass das Geld an die Länder weitergegeben wird, sodass wir weitere Plätze schaffen können und auch die Qualität ausbauen können. Die Beitragsfreiheit war da aber, wie die Kollegin Kessing gerade schon richtig erläutert hat, gar nicht so richtig Thema bzw. man war sich nicht einig.

In der Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen hat dagegen mein FDP-Minister Joachim Stamp mehr erreicht, als ich persönlich ursprünglich gedacht hätte.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich sehr darüber. Das Ganze ist auch sehr solide.

Wir haben 2017 sofort ein Kita-Träger-Rettungsprogramm aufgelegt - das hat Rot-Grün sieben Jahre lang in NRW versäumt -,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

sodass wir in NRW die Kitas wieder finanzieren können.

Jetzt hat er weiteres Geld für einen weiteren Ausbau von Plätzen und Qualität freigegeben. Wir nennen es die Brückenfinanzierung. Auch das haben Sie nicht geschafft.

Sie haben die Evaluierung von KiBiz ausgesessen, obwohl Sie sie jahrelang zu Recht gefordert haben. Aber wir machen sie jetzt.

Joachim Stamp hat schon in dieser kurzen Zeit mehr geschafft, als ich für realistisch gehalten hätte.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist toll und eine super Geschichte. Und jetzt müssen wir gucken, wie wir in Köln damit umgehen.

Ja, es ist richtig; neben der Platzerhöhung und der Qualitätssteigerung in unseren Kitas wird ab 2021 - das muss man hier auch noch einmal betonen: ab 2021 - das zweite Kindergartenjahr beitragsfrei.

Sie machen als SPD jetzt hier einen Schnellschuss - unsolide berechnet, keine Zahlen dargelegt - und fordern, den Kita-Besuch sofort beitragsfrei zu stellen. Das sehe ich anders.

Ich bin ja irgendwo bei Ihnen. Ich will mit Ihnen vielleicht auch dahin kommen. Folgerichtig habe ich für die FDP eine Anfrage im Jugendhilfeausschuss gestellt und der Dezernentin - und natürlich auch der Kämmerin - mit auf den Weg gegeben: Bitte rechnet bis zu unseren Haushaltsberatungen, bis zum Sommer, und legt dem Jugendhilfe und dem Finanzausschuss vor, was uns das kosten würde.

Sie sagen, der Bund werde das komplett bezahlen. Die Rechnung habe ich noch nicht. Das sehe ich leider noch nicht. Ich bin aber dabei, diesen Weg mit Ihnen zu gehen - aber solide und ordentlich.

Denn mir ist eines wichtig, was auch die Kollegin von den Grünen gesagt hat: Ich möchte das dann langfristig haben. Ich möchte den Kölner Eltern nicht 2022 sagen müssen: Pustekuchen! Drei Jahre lang war es schön. Jetzt fangen wir wieder mit Beiträgen an; ihr müsst wieder zahlen. - Wenn, dann muss eine Beitragsfreiheit auch langfristig gelten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Daher wollen wir solide mit Ihnen rechnen. Dementsprechend appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns diesen Weg gehen. Lassen Sie uns das ordentlich berechnen. Lassen Sie uns schauen, was machbar ist. Wenn es möglich ist, kriegen wir es hin.

Vielleicht ist nur eine Senkung der Beiträge möglich. Auch daran kann man herangehen. Die CDU hat das gerade auch schon gesagt. Die Beitragsstaffelung werden wir uns weiter ansehen.

Warten Sie das Ergebnis der Anfrage im JHA ab. Lassen Sie uns dann gemeinsam die Antwort der Verwaltung intensiv diskutieren, schauen, was

möglich ist, und dann eine solide Beitragsfreiheit für die Eltern hier gestalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat sich jetzt doch noch entschlossen, zu reden. Aber vorher ist Herr Boyens dran, Herr Hegenbarth. Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD und der Ratsgruppe BUNT geht - wieder einmal, muss man sagen - komplett in die falsche Richtung.

Denn Sie wissen erstens genauso gut wie ich, dass heute nicht die Höhe der Kita-Beiträge das Problem ist. Nein, es sind, wie eben auch schon gesagt wurde, die Qualität in den Kitas, also konkret Betreuungsschlüssel, Anzahl der Stellen, Qualifikation und insbesondere auch Bezahlung der Erzieher.

Zweitens wissen Sie genauso gut wie ich, dass das von Ihnen ins Feld geführte Gute-Kita-Gesetz - schon der Name lässt ja zweifeln - von Frau Dr. Franziska Giffey - ich weiß gar nicht, warum Sie bei Ihrer Genossin den Doktortitel weggelassen haben; soviel ich weiß, hat sie ihn noch -, als sie es in den Familienausschuss des Deutschen Bundestages eingebracht hat, dort krachend durchgefallen ist - krachend durchgefallen. Es ist von allen möglichen Seiten kritisiert worden und zerpflückt worden. Dennoch wurde es von der Großen Koalition aus Sozialdemokraten und, fast möchte man sagen, den neuen Sozialdemokraten - Ihre Parteivorsitzende hat das ja neulich festgestellt; da gibt es eine ganz große Koalition in Berlin - durchgepeitscht worden.

Drittens stellt das Gute-Kita-Gesetz - auch das wurde eben schon gesagt - die finanziellen Mittel nur bis 2022 zur Verfügung. Danach ist erst einmal Schluss. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, liebe Genossen, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Köln dann zu erklären: Das Geld gibt es nicht mehr.

Und schließlich: NRW wird ein weiteres Kita-Jahr beitragsfrei stellen. Das ist schon eine erhebliche Besserstellung der Familien in Köln. Ich denke, dabei sollten wir es auch erst einmal belassen.

Wir sind im Übrigen der Meinung, dass Qualität ihren Preis hat und eine pauschale Beitragsbefreiung, wie Sie sie sich wünschen, der falsche Weg ist.

Eines sei noch hinzugefügt: Ihr Antrag verkennt komplett die dunklen Wolken, die sich am Himmel der Konjunktur zusammenbrauen. Frau Stadtkämmerin hat auch darauf hingewiesen. Unser Bundesfinanzminister Scholz erwartet 2023 eine Haushaltslücke von 25 Milliarden Euro, also just genau dann, wenn über die weitere Finanzierung dieses Gute-Kita-Gesetzes in Berlin beschlossen werden müsste. Und Köln zählt zu den 30 Prozent der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die es trotz Rekordsteuereinnahmen heute immer noch nicht geschafft haben, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Und mit diesem Wissen wollen Sie jetzt hier weitere Wohltaten aus dem Füllhorn ausschütten.

Im Übrigen - auch das sei an dieser Stelle erwähnt - befindet sich der größte Arbeitgeber in Köln, die Ford-Werke AG, in einer ganz schweren Krise, in ganz schwerem Fahrwasser. Das kann und darf uns hier als Politik und als verantwortlich handelnde Politiker nicht kaltlassen.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist es einfach nur unverantwortlich, den Bürgern weiterhin finanzielle Wohltaten in Aussicht zu stellen, die nicht nachhaltig finanziert sind. Die nicht nachhaltige Finanzierung ist übrigens eine Spezialdisziplin der Sozialdemokraten. Deshalb lehnen wir als AfD diesen Antrag ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen, war das eine Meldung zu einer Zwischenfrage?

(Andreas Pöttgen [SPD]: Zweite Runde!)

- Zweite Runde? Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier reden jetzt schon alle, obwohl ein Verweisungsantrag gestellt worden ist. Ich bin nicht dafür, dass wir nun auch noch eine zweite Runde machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe jetzt noch Herrn Hegenbarth und Herrn Zimmermann auf der Rednerliste stehen.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich kann das auch von hier unten machen.

(Zuruf)

- Ja, gerne. Ich tue auch Ihnen gerne einen Gefallen. - Wirklich ein bisschen ärgerlich finde ich in dieser Diskussion, dass Quantität und Qualität gegenüber der Beitragsfreiheit ausgespielt werden. Damit unterstellen Sie den vielen, vielen Kommunen und auch Bundesländern in der ganzen Republik, dass sie hier Quatsch machen, dass sie hier Unsinn machen.

Ehrlich gesagt, glaube ich eher, dass die umgekehrte Argumentation richtig ist. Die Beitragsfreiheit führt nämlich dazu, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich besser wird. Dann besteht ein höherer Anreiz zur Berufstätigkeit beider.

Was hier auch komplett in der Diskussion untergeht, ist die Tatsache, dass davon in erster Linie Frauen profitieren. Alles das sind ganz wichtige, starke Argumente.

Die Diskussion hier fast ausnahmslos auf Basis eines Rechenbeispiels zu führen, geht wirklich an den Betroffenen vorbei. Deswegen waren wir sehr gerne bei diesem Antrag mit dabei und stimmen selbstverständlich auch dafür. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Da wir nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten sind, möchte ich hier vom Platz aus noch einige Anmerkungen dazu machen.

Wenn ich mir diese Tabellen angucke, sehe ich, dass meine Familie finanziell im Mittelfeld liegt. Wir hatten zwei Kinder in der Kita und haben jetzt noch ein Kind in der Kita. Insgesamt haben wir jetzt sieben Jahre Kita-Erfahrung hinter uns. Ich weiß also schon einiges darüber. Ich bin auch immer noch auf Spielplätzen. Ich spreche auch mit Eltern über diese Gebühren. Insofern möchte ich hier noch etwas aus meiner Lebenserfahrung oder meiner Welt, die ich da habe, mitteilen.

Das Problem ist die U3-Betreuung. Die Kosten dafür tun in der Tat weh. Sie ist einfach richtig teuer. In der Lebenswirklichkeit ist es so, dass die Leute in der Regel nach zwölf bis 15 Monaten beide aus der Elternzeit heraus sind und das Kind, das dann zwischen einem Jahr und zwei Jahren alt ist, möglichst einen Platz in der Kita finden soll, damit alle weiter berufstätig sein können und wieder voll einsteigen können oder zumindest in Teilzeit richtig einsteigen können. Dieses Jahr ist aber das Jahr, das am allerteuersten ist. Das schreckt vielleicht dann auch manche ab.

Den Antrag von SPD und BUNT, die Eltern von den Betreuungskosten ab dem dritten Lebensjahr, also im Ü3-Bereich, freizustellen, halte ich persönlich für einen Schnellschuss. Die immer wieder - auch heute von Herrn Kockerbeck - vorgetragene Argumentation kann ich auch nicht nachvollziehen. Warum sollen wir diese Millionen oder Milliarden aus Berlin eigentlich den gut verdienenden Eltern geben, indem wir keine Gebühren mehr von ihnen nehmen?

Daher halte ich es für viel angebrachter, als jetzt einen solchen Schnellschuss zu machen, im Jugendhilfeausschuss, wer auch immer da beteiligt ist, einmal eine Gebührentabelle zu erstellen, die vielleicht wesentlich größere Freibeträge enthält, was das Einkommen angeht, nach der Eltern mit hohem Einkommen aber immer noch etwas bezahlen und mit der vor allem der U3-Bereich entlastet wird. Das ist in der Tat wichtig.

Erarbeiten Sie eine vernünftige Tabelle vom zweiten Lebensjahr bis zum Übergang in die Schule, und lassen Sie die wohlhabenderen Eltern noch weiter bezahlen; denn das ist tatsächlich das Qualitätsargument. Wenn Sie wollen, dass wir eine wirkliche Mischung in den Kitas haben, müssen Sie berücksichtigen, dass die Kinder von Eltern mit viel Vermögen nur dann weiterhin in die städtische Kita gehen, wenn sie dort auch eine qualitativ wertvolle Betreuung und einen guten Betreuungsschlüssel vorfinden. Dann lassen diese Eltern ihre Kinder in dieser Kita. Es geht ihnen nicht darum, dass sie unbedingt zwangsweise beitragsbefreit werden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich würde jetzt gerne keine zweite Runde machen. Es gibt einen Verweisungsantrag; das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Sie hatten alle Gelegenheit, zu sprechen. Und wir sind jetzt nach vier Stunden erst bei Tagesordnungspunkt

3.1.5. Daher müssen wir jetzt bitte wirklich über den Verweisungsantrag abstimmen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wer dem Verweisungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen, und es erfolgt eine Verweisung in den Jugendhilfeausschuss.

Die Tagesordnungspunkte 3.1.6 und 3.1.7 haben wir bereits behandelt.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Familien von den Gebühren für den Besuch ihrer Kinder in einer Kita ab dem 3. Lebensjahr bis zur Einschulung komplett zu befreien.*

2. *Die Elternbeitragssatzung ist entsprechend anzupassen. Es ist ebenfalls zu prüfen, welche Spielräume dadurch entstehen, um auch die Eltern von Kindern unter 3 Jahren weiter finanziell zu entlasten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) der Verweisung in den Fachausschuss (Jugendhilfeausschuss) zugestimmt.

Anmerkung:
Verweisung auf Antrag von RM Kessing nach der Debatte über den Antrag.

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln muss ihren Kompass wiederfinden"

AN/0174/2019

Anmerkung:
Gemeinsame Behandlung des Tagesordnungspunktes mit TOP 1.1 und 3.1.7 (s. auch Ziffer III – Seite 2).

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen!"
AN/0178/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT
AN/0231/2019

Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Lin-

ke., FDP und der Gruppe GUT

Anmerkung:
Gemeinsame Behandlung des Tagesordnungspunktes mit TOP 1.1 und 3.1.6 (s. auch Ziffer III – Seite 2).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Gruppe GUT betreffend „Unvermeidbare Flüge kompensieren“
AN/0170/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0228/2019

Als Erstem gebe ich Herrn Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der globale Klimawandel verlangt von uns allen alle Anstrengungen, wenn wir die Erderwärmung auch nur ansatzweise in den Griff bekommen wollen.

Neben solchen lokal und bundesweit diskutierten Themen wie Wärmedämmung - dazu haben wir ja ein Programm aufgelegt - und Kohleausstieg bietet ein verändertes Mobilitätsverhalten ebenfalls großes Potenzial, CO_2 einzusparen.

In diesem Zusammenhang spricht das Umweltbundesamt ganz klar vom Fliegen als der klimaschädlichsten Art, sich fortzubewegen. Das Umweltbundesamt hat sich neue Leitlinien gegeben.

Übrigens fliegt auch die Bundesregierung - bis herunter auf Ministerebene - nach diesen neuen Leitlinien. Sie kompensieren etc. Das sollten wir in Köln auch tun. Dazu komme ich später.

Unser Antrag ist zweigeteilt. Zum einen wünschen wir uns die Erstellung von neuen Leitlinien bezüglich der Dienstreisen. Klimaschutzaspekte sind bislang nicht in diese Leitlinien aufgenommen; sie werden überhaupt nicht erwähnt.

Das Umweltbundesamt hat mit seinen Leitlinien bereits eine gute Vorlage geliefert. Wir haben sie unserem Antrag als Anhang beigelegt. Es geht in diesen Leitlinien übrigens nicht darum, Flüge komplett zu vermieden oder zu verbieten, sondern auch darum, die Notwendigkeit von Dienstreisen an sich zu überprüfen und, falls sie notwendig sind, möglichst umweltverträglich unterwegs zu sein.

Im zweiten Teil unseres Antrags geht es um die Kompensation von nicht vermeidbaren Flugreisen. Natürlich erwarten wir nicht, dass eine Kölner Delegation mit dem Zug nach Peking reist, obwohl das dem Teambuilding sicher dienlich wäre.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit dem Ruderboot!)

Wenn alle zusammen mit der Transsibirischen Eisenbahn fahren - mit ein paar Flaschen Wodka dabei -, könnte es durchaus sein, dass sie versöhnt wieder nach Hause kommen - oder verkatert oder betrunken. Wer weiß?

Wenn die Reise mit dem Flugzeug stattfinden muss, soll sie natürlich auch weiterhin mit dem Flugzeug stattfinden können. Da sind wir durchaus realistisch und pragmatisch. Der dabei entstehende CO_2-Ausstoß soll aber kompensiert werden.

Diese Kompensation wird oft spöttisch als Ablass bezeichnet. Dies trifft in der Sache jedoch nicht zu. Es geht in der Tat nicht um irgendwelche Zertifikate, sondern um ganz konkrete Klimaschutzmaßnahmen, meist in Entwicklungsländern, etwa effizientere Holzöfen, Biomasse oder Solaranlagen.

atmosfair bietet als ein möglicher Partner der Stadt Köln an, eigene Klimaschutzprojekte vorzuschlagen. Unser Bürgermeister Andreas Wolter schlug vor, bei der Kompensation unsere Klimapartnerschaften etwa mit Yarinacocha als eigenes Projekt bei atmosfair vorzuschlagen. Diese Idee begrüßen wir ausdrücklich.

Erst im letzten Jahr bewertete die Zeitschrift *Finanztest* die Arbeit von Organisationen, die CO_2-Kompensation anbieten, mit sehr gut. Es ist also in der Tat eine wirklich sinnvolle Maßnahme.

Herr Keller, Sie haben uns ja auch eine Antwort auf eine frühere Anfrage geschrieben. Jetzt haben wir die Formulierung des Punktes 2 unseres Antrags Wort für Wort aus Düsseldorf übernommen; wir haben nur „Düsseldorf“ und „Köln“ ausgetauscht. Bereits 2008 hat der Rat der Stadt Düsseldorf einstimmig beschlossen, diese Kompensationszahlungen vorzunehmen. Das machen die Düsseldorfer seitdem. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe hat das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Vorredner nur wenig hinzufügen. In der Tat - Sie haben das schon wunderbar ausgeführt - ist der Flugverkehr in ganz erheblichem Maße für den Energieverbrauch und den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen verantwortlich. Insofern halten wir Ihren Antrag für eine sehr gute Initiative.

Sie haben eben gesagt, einige würden es als Ablasshandel bezeichnen, wenn man jetzt entsprechende Kompensationszahlungen leistet. Das ist doch quasi etwas Urkölsch-Katholisches. Insofern müssen wir den Begriff „Ablasshandel“ hier auch gar nicht so despektierlich nennen, finde ich. Ihr Antrag enthält ja beide Komponenten. Gleichzeitig appellieren Sie im Punkt 1 auch an den Verzicht. Das ist wiederum etwas sehr Protestantisch-Puritanisches. Insofern sind alle großen christlichen Konfessionen hier doch bestens vertreten.

Als wir den Antrag gelesen haben, haben wir uns spontan an etwas erinnert. Ich glaube, es war im Dezember 2017, als der zuständige Beigeordnete ein Foto postete, wie er im Flugzeug nach Berlin flog, um einen Förderbescheid abzuholen.

(Beifall bei der FDP)

In dem Förderbescheid ging es um das Thema Luftreinhaltung. Das Ganze hatte also eine gewisse Ironie.

Tatsächlich haben wir uns auch schon damals gefragt, ob es nicht die Möglichkeit gibt, entsprechende Kompensationen vorzunehmen. Wir freuen uns sehr darüber, dass Sie offensichtlich ähnliche Ideen hatten und hier einen entsprechenden Antrag vorlegen.

Das ist ein zwar kleiner, aber doch sehr konkreter Beitrag zum Klimaschutz. Für andere Vorlagen zu demselben Thema gilt das vielleicht weniger. Darauf werden wir aber später noch zu sprechen kommen. Als SPD stimmen wir diesem Antrag hier gerne zu.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis. Es gibt einen Änderungsantrag. Dazu habe ich eine Frage an die Verwaltung. Es geht ja darum, dass man sich auf Maßnahmen in Köln konzentriert. Das finden wir grundsätzlich erst einmal sehr sympathisch. Ich habe nur eine kleine Sorge. Es bringt ja möglicherweise einen gewissen Verwaltungsaufwand mit sich, dann auch umzurechnen, wie man das hier genau einpreisen kann. Kann die Verwaltung etwas dazu sagen, ob das praktisch handelbar ist? - Danke.

(Beifall bei der SPD und der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht direkt die Verwaltung dazu. Dann können sich alle anderen Redebeiträge darauf beziehen. Das fände ich einfacher. Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal: Als rheinischer Katholik habe ich mit dem Ablass auch kein Problem oder wenig Berührungsängste.

Ich würde allerdings gerne einmal in Erfahrung bringen, ob die Verwaltung der Stadt Düsseldorf diesen Beschluss des Rates der Stadt Düsseldorf umgesetzt hat. Richtig präsent ist mir aus vergangenen Zeiten nicht, dass das dort praktiziert wurde.

Ich darf Ihnen aber zusichern - egal, ob der Antrag jetzt beschlossen wird oder nicht -: Wir sind gerade dabei, unsere entsprechenden Richtlinien zu überarbeiten, und würden diesen Gedanken auch gerne mit aufnehmen. Daher rennen Sie an dieser Stelle durchaus offene Türen bei der Verwaltung ein.

Zu der Frage, ob das auch für Kölner Projekte fruchtbar gemacht werden kann: Ich bin mir eigentlich ziemlich sicher, Herr Kollege Rau, dass es genügend Kölner Klimaschutzprojekte gibt, die man unterstützen könnte.

(Ulrich Breite [FDP]: Hört! Hört!)

Am Ende ist es eine Frage dessen, was man politisch will - ob man die CO_2-Kompensation in den Vordergrund stellt und mit einer Organisation wie atmosfair zusammenarbeitet oder ob man es ortsspezifisch macht. Ich denke, beides wäre möglich. Wir würden das im Zuge der Überarbeitung unserer Richtlinien einfach einmal prüfen - je nachdem, was Sie an dieser Stelle beschließen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Frau Akbayir, bitte.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Verwaltung! Als Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker reden wir immer wieder mit Nachdruck auf die Menschen ein, dass Fliegen möglichst vermeiden werden sollte. Wissen Sie, was wir dann immer wieder zu hören bekommen? Das geht schneller und ist auch noch billiger. Das kennen wir alle.

Genau das Gleiche schreibt unsere Verwaltung in ihrer Antwort an die Ratsgruppe GUT. Hat denn der Umwelt- und Klimaschutzgedanke noch nicht Einzug in die Arbeit der Verwaltung gehalten? Anscheinend nicht.

Liebe Verwaltung, wir werden heute auch zum Thema „KölnKlimaAktiv 2022“ debattieren. Wissen Sie, was bereits auf Seite 10 von „KölnKlimaAktiv 2022“ steht? Ich zitiere:

> Reduzierung der vom Flughafen Köln/Bonn aus- und am Flughafen eingehenden Flüge um ein Viertel

Das soll ja auch ein Ziel sein. Da steht aber nicht, dass man dann erst mit dem Diesel nach Düsseldorf oder Frankfurt fährt, um von dort aus zu fliegen, sondern, dass wir auf die Flugreisen möglichst verzichten.

Es täte den Dienstreisenden und unserer Gesellschaft im Übrigen gut, wenn sie sich etwas entschleunigen würden und eben nicht morgens einen Termin in München, nachmittags einen Ter-

min in Köln und abends einen Termin in Stuttgart wahrnehmen würden. Das muss doch nicht sein.

Darum unterstützen wir den Antrag der Gruppe GUT, weil es darin in erster Linie um die Vermeidung solcher Reisen geht. Ich habe erst einmal von Flugreisen gesprochen. Aber eben habe ich in der Rede von Herrn Zimmermann gehört, dass es eher um Dienstreisen geht. Das sehe ich genauso. Herr Zimmermann hat in seiner Rede ja auch ganz gut dargelegt, aus welchen Gründen wir Dienstreisen vermeiden sollten oder Flugreisen vermeiden sollten, nämlich aufgrund der Klimaschädlichkeit.

Unser Vorschlag lautet: Die Unvermeidbarkeit ist stets nachzuweisen. Kompensationszahlungen sind dann natürlich an ein Klimaschutzprojekt mit dem Gold-Standard-Siegel zu entrichten.

Liebe Freunde von den GUTen, nehmt doch diesen Vorschlag von uns noch mit auf. Denn Organisationen, die sogenannte Klimagutschriften anbieten, schießen wie Pilze aus dem Boden, und es ist für unsere Verwaltung sicher schwer, im Dschungel des Zertifikathandels den Überblick zu behalten und zu entscheiden, welches Angebot glaubwürdig ist.

An diese Stelle passt auch der Änderungsantrag der FDP, zu dem ich jetzt komme. Die FDP schlägt vor, dass die Stadt ihre Strafe an sich selber zahlt. Das ist ungerecht, weil diejenigen, die unter dem Klimawandel am meisten leiden, auch einen Ausgleich brauchen. Diese Menschen leben überwiegend in der Dritten Welt und nicht in Köln. Daher werden wir den Änderungsantrag der FDP nicht unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache das vom Platz aus, damit es jetzt auch etwas schneller geht. - Frau Akbayir, ich habe hier schon ganz viele Debatten über ein Dieselfahrverbot in dieser Stadt gehört. Da hatte ich hin und wieder das Gefühl, dass gerade auch Sie von den LINKEN der Meinung waren, dass wir es in Köln mit dem Klima auch nicht so richtig toll haben und dass hier viele Menschen unter dem Klima leiden. Eben haben Sie hingegen gesagt, hier in Köln würden keine Menschen unter dem Klimawandel leiden.

(Beifall bei der FDP)

Insofern haben wir hier in Köln ja offensichtlich auch Probleme mit dem Klima. Deswegen finde ich nicht, dass man sagen kann, wir würden unsere Strafe an uns selber bezahlen.

Der Punkt 1 ist wirklich unstrittig, wie wir gerade bei allen festgestellt haben. Die Verwaltung hat in ihrer Antwort ja auch deutlich gemacht, dass sie schon so verfahren ist, es aber noch nicht schriftlich niedergelegt hat. Insofern ist das kein Problem.

Wir halten es für ganz wichtig, nicht den Gedanken einer Strafe in den Vordergrund zu stellen, wie Sie es hier getan haben. Dieser Ablass oder diese Abgabe, wie auch immer man es nennen mag, ist ja etwas, was wir dann finanzieren müssen. Deswegen finde ich es richtig, auch im Sinne des städtischen Haushalts, dass wir sagen: Warum sollen wir dieses Geld denn nicht für unsere eigenen Klimaprojekte ausgeben?

Ich glaube, dass wir das dann auch selber sehr gut beurteilen können. Sie haben ja eben - das war mir gar nicht so bewusst; vielen Dank für diesen Hinweis - von einem Dschungel dieser verschiedenen Institutionen gesprochen. Wenn wir das dann selber kontrollieren, wissen wir, dass es auch richtig läuft. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Eine kleine Richtigstellung zu dem, was Frau Hoyer gesagt hat!)

- Direkt dazu. Bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte etwas richtigstellen, weil ich glaube, dass die geschätzte Kollegin Frau Hoyer tatsächlich etwas missverstanden hat.

Frau Akbayir wollte Folgendes zum Ausdruck bringen: Wenn wir durch Fernreisen mit dem Flugzeug global gesehen zu dem CO_2-Ausstoß beitragen, sollten in erster Linie diejenigen von diesen Abgaben profitieren, die auch am meisten unter der Klimaerwärmung leiden. Und das sind nicht die Leute hier in Köln - das wissen wir alle, Frau Hoyer -, sondern die Leute, die auf Inseln

leben, deren Lebensgrundlage durch den Anstieg des Meeresspiegels bedroht ist, der wiederum durch die CO_2-Belastung erfolgt.

Selbstverständlich haben wir auch in Köln Klimaprobleme. Sie wissen das alles. Ich finde es ein bisschen merkwürdig, dass Sie das jetzt in Verbindung bringen. Selbstverständlich kämpfen wir dafür, dass der CO_2-Ausstoß auch in Köln reduziert wird. Das werden wir heute am späten Abend noch erleben, wenn wir unseren Änderungsantrag zu „KölnKlimaAktiv 2022“ vorstellen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sehr verehrte Damen und Herren, wenn wir uns jetzt angewöhnen, immer das zu erklären, was der Vorredner aus der eigenen Fraktion sagen wollte, kommen wir hier nicht mehr zum Ziel. - Herr Zimmermann, was wollen Sie uns noch erklären?

(Andreas Pöttgen [SPD]: Ich hätte eben gerne auch noch geredet, Frau Reker!)

- Es hat hier noch keinen Verweisungsantrag gegeben, Herr Pöttgen. Da gibt es schon Unterschiede. - Bitte, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich möchte als Antragsteller erklären - das hatte ich vorhin in meiner Rede vergessen -, dass ich darum bitte, den Antrag der FDP abzulehnen. Ich bin der Meinung, dass wir unsere Klimaschutzprojekte aus unseren eigenen Mitteln finanzieren sollten, und ich bin der Meinung, dass wir, wie Herr Weisenstein auch sagte, diese Mittel - da geht um Beträge von circa 8 000 Euro - als konkrete Entwicklungshilfe im Sinne von Klimaschutz verwenden. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt darüber abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den ursprünglichen Antrag von GUT abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir hatten bei der Tagesordnungsdebatte die Tagesordnungspunkte 3.1.9 und 3.1.10 - das waren die beiden Dringlichkeitsanträge - in den nichtöffentlichen Teil geschoben. Daran möchte ich nur erinnern. Deswegen werde ich sie jetzt nicht aufrufen. Sie werden im nichtöffentlichen Teil behandelt.

(Christian Joisten [SPD]: Sie stehen noch im Netz!)

Ich höre gerade, dass die Anträge noch im öffentlichen Teil im Netz stehen.

(Peter Kron [SPD]: Sie sind ja verteilt worden!)

- Ja, weil das zum Zeitpunkt der Verteilung noch nicht besprochen war. Ich habe sie nicht eingestellt, Herr Kron. - Man kümmert sich hier darum, wie es weitergeht.

Beschluss:

Punkt 2 wird wie folgt geändert:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass künftig bei allen Flügen, die Ratsmitglieder und Angehörige der Verwaltung für die Stadt unternehmen müssen, ein finanzieller Betrag für Klimaschutzprojekte der Stadt Köln gezahlt werden muss. Die Höhe des jeweiligen Betrages pro Flugreise richtet sich nach den Berechnungskriterien von Atmosfair. Die Verwaltung wird gebeten, umgehend die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Antrag der Gruppe GUT

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung ihre „Informationen zur Durchführung von Dienstgängen/Dienstreisen/Fortbildungen“ unter Klimaschutzaspekten zu überarbeiten. Ziel sollen Leitlinien sein, die im Einklang mit den Klimaschutzzielen der Stadt Köln, sowie*

des Landesreiskostengesetzes (NRW) stehen. Dabei ist die Vermeidung von Flugreisen als ein wesentlicher Aspekt darzustellen, Grundlage der Neufassung sollen die „Leitlinien für umweltverträgliche Dienstreisen im Umweltbundesamtes“ sein (siehe Anlage).

2. *Der Rat der Stadt beschließt, dass zukünftig bei allen Flügen, die Ratsmitglieder und Angehörige der Verwaltung für die Stadt Köln unternehmen müssen, ein Beitrag an Atmosfair oder eine andere Initiative gezahlt wird. Damit werden Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern finanziert. Die Höhe des jeweiligen Betrages pro Flugreise richtet sich nach den jeweiligen Berechnungskriterien der Initiativen und ermöglicht die Einsparung der durch den Flug verursachten CO2-Emissionen an anderer Stelle. Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG"

Der Antrag wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 21.1 behandelt.

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betreffend "Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH"
AN/0227/2019

Der Antrag wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 21.2 behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben

Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 - AN/1429/2018
0065/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betr. „Kosten der Silvesternacht 2018/2019“
AN/0058/2019

Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019
0367/2019

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Familienfreundliches Köln - Kita-Ausbau in Köln stärken“
AN/0159/2019

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019
0521/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, wir haben das ja letztes Jahr alle, soweit ich weiß, einstimmig beschlossen. Da diese Frage viele Ausschüsse oder viele Bereiche tangiert - Umwelt, besonders Stadtentwicklung, auch verschiedene andere -, bitte ich, die Beantwortung dieser Anfrage dann auch den jeweiligen Ausschüssen zuzuleiten, damit wir sie dort zu den entsprechenden Diskussionen für die

einzelnen Punkte im beschleunigten Kita-Bau vorliegen haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das nehmen wir auf.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Okay.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

BM Dr. Heinen bittet, die Beantwortung auch den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend „Kommunales Wohnungsbauförderprogramm“
AN/0161/2019

Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Winterflüchtlinge vom Balkan in Köln“ - Grundlagen, Kontrolle und Kosten
AN/0164/2019

Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019
0464/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank für die Beantwortung. Darf ich den Punkt 4.5 gleich mit einbeziehen? Ich lese mir beide Antworten durch. Wenn ich noch Fragen habe, werde ich sie schriftlich stellen. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Aktive Bürgerbeteiligung bleibt Stiefkind - Programm 2019 ohne klares Votum für aktive Bürgerbeteiligung“
AN/0167/2019

Antwort der Verwaltung vom 07.02.2019
0443/2019

Dazu hat Herr Wortmann schon Stellung genommen. Weitere Nachfragen gibt es dazu nicht.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß. Was tut die Stadtverwaltung?“
AN/0198/2019

Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?“
AN/0210/2019

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019
0519/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

RM Joisten bittet, die Antwort auch dem Wirtschaftsausschuss zur Verfügung zu stellen.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
2630/2018

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern
3924/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat begrüßt das Engagement der ehrenamtlichen Mitglieder insbesondere in den Stadtarbeitsgemeinschaften und beschließt die als Anlage 2 beigefügte 18. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln.*
2. *Die Geschäftsordnungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender und der Gremien der Seniorenpolitik sind an die Regelungen der Hauptsatzung anzupassen.*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Soziales und Senioren eine mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender abgestimmte Richtlinie zur Verwendung des jährlichen Budgets in Höhe jeweils von 10.000 € zur Beschlussfassung vorzulegen.*
4. *Ein zahlungswirksamer Mehraufwand in 2019 in Höhe von 26.672,00 € ergibt sich für den Teilplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen. Die Deckung erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilplan 0504.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung
hier: Möglichkeit der Entsendung einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung durch die Seniorenvertretung
3757/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 19. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (SteB); Änderung Abwassersatzung 3947/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

nimmt die Abwassersatzung in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) zur Kenntnis.

stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung der 2. Satzung zur Änderung der Satzung des Kommunalunternehmens Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwassersatzung - zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

Tagesordnungspunkt

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 2 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018
0289/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Es ist nur eine Kenntnisnahme. Wir müssen nicht darüber abstimmen.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Unterbringung von Geflüchteten - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2018 der Stadt Köln
3072/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Es ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Neubau des Feuerwehrzentrums Kalk hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019
4195/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Das ist auch nur eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.3 Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale Köln Weidenpesch
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019
3726/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Es ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.4 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 6 Köln-Chorweiler
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019
3366/2018

Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Es ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 10.31, der nach der Tagesordnungsdebatte vorgezogen wurde:

10.31 Wahl einer/eines Beigeordneten für Dez. IV - Bildung, Jugend und Sport
0284/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend „Dem Elternwillen entsprechen - Beigeordnetenwahl zügig durchführen!“
AN/0229/2019

Ich gebe Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir sprechen jetzt über einen weiteren Tiefpunkt Kölner Verwaltungshandelns im Zusammenhang mit Personalfragen. Denn wir erleben neben einem klaren Rechtsbruch, der heute hier beschlossen werden soll, auch einen Kulturbruch in der Kölner Kommunalpolitik.

Der Rat hat am 27. September 2018 in diesem Saal auf Antrag von SPD und BUNT einstimmig den Auftrag erteilt, die Stelle eines Beigeordneten für das Dezernat IV auszuschreiben. Dieses Verfahren ist bis zum heutigen Tage nach den Vorgaben der Gemeindeordnung erfolgt.

Dazu haben wir Ihnen jetzt auch noch einmal ein Rechtsgutachten zur Verfügung gestellt, das eindeutig zu dem Ergebnis kommt: Das Verfahren ist fehlerfrei.

Wenn Sie mit Verwaltungsjuristen landauf, landab über diesen Vorgang sprechen, werden Sie auch kein anderes Urteil hören. Mindermeinungen gibt es bei den Juristen immer.

(Lachen bei der FDP - Niklas Kienitz [CDU]: Nicht Mindermeinungen, sondern andere Meinungen!)

Wir haben uns aber tatsächlich sehr breit mit dieser Frage beschäftigt. Niemand kommt zu dem Ergebnis, dass dieses Verfahren fehlerbehaftet ist und aufgehoben werden müsste.

Deswegen kann ich allen Ratsmitgliedern, die hier heute eine so weit reichende Entscheidung treffen, die auch die Zukunft betreffen wird, nämlich auch zukünftige Ausschreibungsverfahren, nur empfehlen, das Rechtsgutachten, das wir Ihnen hier vorgelegt haben, genau zu lesen.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, Sie müssen uns das schon erklären. Wir müssen annehmen, dass politische oder persönliche Gründe dafürsprechen, jetzt hier einen so weit reichenden Beschluss in den Rat einzubringen. Die Kollateralschäden, die damit verbunden sind, sind groß

und werden von Ihnen vorsätzlich in Kauf genommen.

Wenn die CDU, die Grünen und andere hier heute dieser Beschlussvorlage zustimmen, machen sie sich zum Steigbügelhalter für rechtswidriges und klageanfälliges Verhalten.

(Beifall bei der SPD)

Denn auch das macht das Gutachten deutlich: Erst dieser Beschluss heute ist angreifbar und erhöht die Rechtsunsicherheit - und nicht umgekehrt.

Wir dürfen auch eines nicht vergessen: Dieser Beschluss heute führt im Übrigen dazu, dass sich die Besetzung des Dezernates noch einmal deutlich verzögert - mindestens um ein halbes Jahr; je nach Kündigungsfristen, je nach Verlauf, je nach Klageaussichten möglicherweise auch länger.

Darüber hinaus schaffen wir einen Präzedenzfall. Das müssen wir uns alle noch einmal vor Augen führen. Wenn die bloße Presseberichterstattung, die Spekulation darüber, ob eine Fraktion sich auf einen Kandidaten geeinigt oder festgelegt hat, dazu führen kann, dass ein solches Verfahren abgebrochen, beendet und neu ausgeschrieben wird, dann gnade uns Gott.

Denn schauen wir doch einmal auf die letzten sechs Vorgänge zurück. Wir haben einmal zusammengestellt, welche Dezernenten hier gewählt wurden und wann der Name in der Presse war. Er war immer vorher in der Presse. Es gab kein einziges Verfahren, in dem wir nicht vorher - zugegebenermaßen zu unterschiedlichen Zeitpunkten - den Namen in der Presse lesen konnten. Aber zwischen zwei Tagen und elf Wochen war da alles dabei.

Unser geschätzter Stadtdirektor war sogar mit der ersten Meldung vor Ablauf der Bewerbungsfrist - das ist eindeutig ein Kriterium, an dem es alle Juristen festmachen - in der Presse. Wir haben es damals nicht beanstandet, und es hat keiner Klage erhoben. Dennoch wäre es, wenn man es damals beklagt hätte, ein rechtswidriges Verfahren gewesen; denn er stand sogar schon vor Ende der Bewerbungsfrist in der Presse.

Jetzt machen wir hier ein Fass auf und werden demnächst erleben, dass es selbstverständlich wird, wenn der Kandidat nicht gefällt oder wenn es der Favorit der anderen Fraktion ist, dass man durch eine Indiskretion den Namen in die Presse bringt und damit die entsprechenden Verfahren beendet.

Insofern kann ich nur dafür plädieren, diesem schweren Schaden, den der Standort Köln hier heute nehmen würde, nicht zuzustimmen. Denn ansonsten sind wir letztendlich der Willkür Dritter ausgesetzt und können jedes Verfahren durch die Presse beendet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Topleute sollen sich denn zukünftig überhaupt noch in Köln bewerben, wenn sie den Eindruck haben, dass Willkür, Einzelinteressen und diffamierender Umgang mit Kandidaten hier an der Tagesordnung sind?

(Niklas Kienitz [CDU]: Reden Sie gerade mit Ihrer Fraktion?)

So können wir doch nicht miteinander umgehen, und so können wir doch nicht Strahlkraft gewinnen, um die besten Menschen nach Köln zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was sollen die Menschen da draußen eigentlich von diesen Vorgängen halten? Denn wir reden hier immerhin über den wichtigen Bereich Schule, Jugend und Sport. Wir reden über Schulbaunotstand. Wir reden über Schulplatzmangel. Wir reden über 1 000 Kinder, die wahrscheinlich wieder nicht den richtigen Schulplatz hier in der Stadt bekommen. Wir reden über Kita-Versorgung, die nicht ausreichend ist. Wir reden über richtige Baustellen.

Und da wollen wir jetzt eine Vakanz von einem halben Jahr, einem Dreivierteljahr oder noch länger haben? Das kann doch nicht unser Ziel sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fasse ich zusammen: Das bisherige Verfahren ist nicht rechtsunsicher. Es ist rechtssicher. Wir schaffen einen Präzedenzfall für zukünftige Besetzungsverfahren. Wir erweisen dem Sport, der Schule und der Jugend in dieser Stadt einen Bärendienst, wenn wir ihnen die Führung entziehen. Wir beschädigen den Standort Köln, der endgültig personaltechnisch in die dritte Liga absteigt. Von den zusätzlichen Kosten von fast 100 000 Euro will ich gar nicht sprechen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Oberbürgermeisterin, ich kann nur sagen: Machen Sie diesem Wahnsinn, den wir in den letzten Tagen erlebt haben, heute ein Ende. Beschließen Sie unseren Änderungsantrag, damit dieses einwandfreie Verfahren, das wir haben, fortgesetzt werden kann und der nahtlose Über-

gang im Dezernat für Schule, Jugend und Sport realisiert werden kann.

Vollziehen Sie heute nicht den Rechts- und Kulturbruch, der mit diesem Akt verbunden ist. Lassen Sie uns endlich Politik für die Menschen da draußen machen - und nicht nur Politik für die Menschen im Rathaus. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe hier ja schon versucht, die Faktenlage darzustellen. Ich versuche es jetzt noch einmal ganz einfach. Entscheidend ist nicht, dass bekannt wurde, wer im Rennen ist, sondern, dass der Eindruck entstanden ist, dass das Rennen bereits gelaufen ist.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ich würde jetzt gerne Herrn Dr. Keller um Stellungnahme bitten. Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da mein Verfahren eben angesprochen wurde: Ich glaube, mein Name war nicht nur in der Presse, bevor die Bewerbungsfrist abgelaufen war; er war in der Presse, bevor sie überhaupt begonnen hatte.

(Christian Joisten [SPD]: Noch schlimmer!)

- Nein, das ist insofern nicht noch schlimmer. Der Unterschied ist natürlich, dass weder der zu diesem Zeitpunkt noch potenzielle Kandidat noch irgendjemand aus dem Rat das dann entsprechend kommentiert hat und dass auch nicht weiter darüber spekuliert wurde.

Auch die Diskussion um die anderen Verfahren, in denen es Indiskretionen gegeben hat, und zwar zu unterschiedlichen Zeitpunkten, kann man gerne noch vertiefen. Entscheidend sind in der Tat der Zeitpunkt und auch die Frage, wie dann mit der Indiskretion umgegangen wird.

Ich nehme aber einmal das Ergebnis vorweg. Sie haben als Rat der Stadt das Recht, von der Verwaltung Beschlussvorschläge vorgelegt zu bekommen, die Ihnen ein rechtmäßiges und rechtssicheres Vorgehen nahelegen. Genau das hat die Verwaltung mit dem ausgetauschten Beschlussvorschlag, der Ihnen jetzt vorliegt, auch getan.

Ausgangspunkt der Überlegungen, die heute zu dieser Diskussion führen, ist die Presseberichterstattung vom 6. Februar 2019. Zu diesem Zeitpunkt hatte es noch keine Einladungen zu Vorstellungsgesprächen bei der verfahrensführenden Stelle - das war in dem Fall die Oberbürgermeisterin - gegeben. Mangels Einladung hatten auch noch keine Bewerbungsgespräche stattgefunden.

Sie werden mir aber sicherlich zustimmen, dass Auswahlgespräche auch mit mehreren Kandidaten wichtig sind für eine sachgerechte Entscheidung bzw. für einen entsprechenden Vorschlag an den Rat, der sich auf den Grundsatz der Bestenauslese stützt.

Die Presseberichterstattung - die Oberbürgermeisterin hat es in ihrem prägnanten Eingangssatz gesagt - hat den Eindruck erweckt, dass es hier eine Vorfestlegung gegeben hat. Das war die Grundlage für die Entscheidung, dem Rat vorzuschlagen - das ist ja der Gegenstand des neuen Beschlussvorschlages -, das Verfahren anzuhalten und neu zu beginnen.

Die Entscheidung darüber liegt jetzt bei Ihnen als Rat. Dahin gehört sie nach der Gemeindeordnung auch.

Der Rat ist allerdings - und jetzt kommen wir, glaube ich, zum Kern der Sache - in seiner Entscheidung nicht gänzlich frei. Das haben wir bei unserer Beschlussvorlage natürlich berücksichtigt. Er darf nämlich nicht willkürlich entscheiden. Sie dürfen auch von uns erwarten, dass wir Ihnen nicht vorschlagen, etwas Willkürliches zu entscheiden.

Was den Abbruch eines Verfahrens angeht, ist das Schwierige oder das, was diese Verfahren manchmal komplex macht, dass sich hier zwei Materien überlagern. Das Beamtenrecht - und das ist immer noch das führende Rechtsgebiet, das diese Verfahren prägt - wird nämlich von dem Kommunalverfassungsrecht und dem Charakter einer Beigeordnetenwahl als einer politischen Entscheidung des Rates überlagert. Trotzdem - wie gesagt, setzt sich an dieser Stelle das Beamtenrecht durch - darf das Verfahren nur abgebrochen werden, wenn es dafür einen sachlichen Grund gibt.

Diesen Grund sieht die Verwaltung in dem Eindruck der Vorfestlegung. Ich sage bewusst: in dem Eindruck der Vorfestlegung. Denn es kommt

maßgeblich darauf an, wie ein Bewerberkreis von Kandidatinnen und Kandidaten, die im Rennen sind, das verstehen muss, was öffentlich kommuniziert wird.

Aus diesem Eindruck der Vorfestlegung erwächst ganz konkret die Gefahr, dass Bewerberinnen und Bewerber, Kandidatinnen und Kandidaten sich vom Verfahren zurückziehen, weil sie glauben, das Rennen sei gelaufen.

Das ist etwas, was wir auch ganz praktisch in diesem Verfahren - so habe ich mir berichten lassen - von dem Personalberatungsunternehmen gespiegelt bekommen haben, nämlich, dass die Presseberichterstattung vom 6. Februar 2019 eine erhebliche Unsicherheit bei im Rennen befindlichen Kandidaten erzeugt hat. - Das ist das sachliche Indiz.

Dass wir hier mit dieser Rechtsposition nicht ganz alleine sind, zeigt eine schriftliche Erklärung der Bezirksregierung aus dem Jahr 2010. Der damalige Oberbürgermeister wurde vom damaligen Regierungspräsidenten auf Folgendes hingewiesen - ich zitiere -:

> Um jeglichem Verdacht eines rechtswidrigen Ausschlusses von Bewerberinnen und Bewerbern zu begegnen, rate ich dringend, das jetzige Verfahren einzustellen und eine Neuausschreibung unter strenger Beachtung der rechtlichen Regelungen vorzunehmen.

(Christian Joisten [SPD]: Das war vor Ablauf der Bewerbungsfrist!)

- Ich komme gleich darauf, ob es hier vom Verfahrensablauf einen Differenzierungsgrund zu unserem heutigen Fall gibt. - Das ist die Meinung der Bezirksregierung. Das heißt: In dem Moment, in dem es einen sachlichen Grund gibt, kann der Rat auch rechtssicher das entscheiden, was die Oberbürgermeisterin vorgeschlagen hat.

Jetzt würde ich gerne drei Punkte aus dem vorgelegten Gutachten von Herrn Knirsch ansprechen.

Der erste Punkt ist die Frage - das hatte ich eben schon angedeutet -: Ist diese Äußerung der Bezirksregierung Köln auf unseren Fall übertragbar? Herr Knirsch sagt ja, dass das etwas anderes ist, weil in dem Fall von 2010 die Bewerbungsfrist noch nicht abgelaufen war. Das kann aber, jetzt einmal rein aus der beamtenrechtlichen Perspektive betrachtet, keinen Unterschied machen. Denn die Bewerbungsfrist ist in diesen Verfahren keine Ausschlussfrist. Das heißt, dass sich das Bewerberfeld auch nach Ablauf der Bewerbungsfrist noch verändern kann. Das Bewerberfeld ist im Fluss. Es kommt darauf an, ob das Verfahren in dem Sinne abgeschlossen ist, dass eine Entscheidung im Sinne der Bestenauslese getroffen worden ist. Und das war hier auch noch nicht der Fall. Insofern ist unser Fall jetzt eins zu eins mit dem Verfahren aus 2010 vergleichbar.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Das ist doch rechtlich hanebüchen!)

Der zweite Punkt ist die Frage: Verletzen wir den sogenannten Bewerberverfahrensanspruch der Kandidaten, die sich jetzt vielleicht in ein neues Verfahren begeben? Auch da hängt die rechtliche Bewertung an der Frage des rechtlichen Grundes, den wir bejaht haben, aber auch daran, dass das Verfahren erst dann sauber beendet ist, wenn wir das den Kandidatinnen und Kandidaten des ersten Verfahrens auch mit der entsprechenden Begründung mitteilen. Das würden wir verbunden mit der Aufforderung tun, sich zu erklären, ob man denn an dem neu aufgesetzten Verfahren teilnehmen möchte oder nicht, sprich, ob man seine Bewerbung aufrechterhält oder nicht. Wenn wir das tun und der Kandidat oder die Kandidatin an dieser Stelle die Möglichkeit hat, Ja oder Nein zu sagen, dann kann man gut argumentieren, dass ihm oder ihr für einen möglichen gerichtlichen Angriff gegen das zweite Verfahren das Rechtsschutzbedürfnis fehlt. Insofern halten wir auch das zweite Verfahren an dieser Stelle für rechtssicher.

Einen dritten Punkt möchte ich gerne ansprechen, auch wenn die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag vorgelegt hat, der ein anderes Vorgehen vorschlägt, als heute zu wählen. Der Gutachter schlägt aber tatsächlich vor, heute zu wählen. Das wäre eine in einem hohen Maße angreifbare Vorgehensweise, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denn Sie wissen alle, dass Sie einen Informationsanspruch haben. Jedes einzelne Ratsmitglied hat das Recht, sich über alle Bewerberinnen und Bewerber zu informieren, um auf dieser Informationsbasis eine abgewogene Wahlentscheidung zu treffen. Und das ist ja nun heute definitiv nicht möglich.

(Christian Joisten [SPD]: Theoretisch wäre das möglich gewesen!)

Insofern hat mich diese Empfehlung des Gutachters überrascht.

Kurz und gut: Wir glauben, dass das Verfahren, das wir Ihnen vorschlagen, rechtssicher ist. Insofern stehen Sie jetzt vor der Entscheidung, der

Beschlussvorlage zu folgen oder nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller.

(Christian Joisten [SPD]: Frau Reker, darf Herr Krupp noch etwas sagen?)

- Wir haben eine Rednerliste. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute bei einem anderen Tagesordnungspunkt sehr viel Wert darauf gelegt, dass wir ordentliche Verfahren haben. Der Rat der Stadt Köln hat mit sehr breiter Mehrheit im letzten Jahr ein ordentliches Verfahren unter Führung der Oberbürgermeisterin aufgesetzt. Es lief auch alles wunderbar, bis es offensichtlich zu gezielten Indiskretionen aus der SPD-Fraktion gekommen ist,

(Michael Frenzel [SPD]: Das ist eine Behauptung, die Sie nicht beweisen können!)

die am Ende dazu geführt haben, dass aus einem ordentlichen Verfahren ein Verfahren wurde, das eben nicht mehr ordentlich ist.

Wie Herr Stadtdirektor Keller gerade richtig gesagt hat, haben wir zwei grundsätzliche Prämissen. Das Erste ist, dass wir ein rechtsstaatliches Verfahren brauchen. Zu einem rechtsstaatlichen Verfahren gehört es dazu, die Chancengleichheit aller Bewerberinnen und Bewerber in diesem Verfahren sicherzustellen.

Das heißt: Wenn sich jemand in dieser Stadt bewirbt - Herr Joisten hat ja gerade ausgeführt, wie wichtig das für das Image dieser Stadt ist -, muss einerseits eine Vertraulichkeit gewährleistet werden, andererseits aber auch sichergestellt sein, dass er in diesem Verfahrensprozess die Chance hat, sich selber zu präsentieren und sich vorzustellen, sodass dann eine Abwägung in einer Auswahlkommission erfolgen kann und am Ende durch den Stadtrat als dem Wahlorgan die Wahl vorgenommen werden kann.

In diesem Fall sind Kandidatenname - - An dieser Stelle darf ich den *Express* zitieren. Dort wurde klar dieser Eindruck erweckt. Und ich habe am Tag danach oder am selben Tag kein einziges Wort gehört, dass die SPD-Fraktion ausgeführt hätte: Wir sind gar nicht festgelegt. - Diese Chance hätten Sie gehabt.

(Widerspruch bei der SPD)

- Sie hätten sie gehabt. - Im Kölner *Express* stand: Das ist die Favoritin der SPD-Fraktion.

Sie kannten offensichtlich die Kandidatin ja schon. Alle anderen kannten sie noch nicht. Noch nicht einmal das Auswahlverfahren hatte begonnen. Es sollte nämlich ausweislich der gesamten Unterlagen und auch der Presse erst an dem Samstag danach stattfinden. Eine der Kandidatinnen hat sich ja selber dazu geäußert.

Wenn das so ist - und den Sachverhalt kann ich als Unbeteiligter an dieser Stelle nur so aufnehmen -, dann kann ich hier nur sagen: Dieser Sachverhalt entspricht nicht unserem Verständnis von einem rechtsstaatlichen Verfahren.

Und wenn das so ist, dann muss dieses Verfahren aufgehoben werden, und es muss neu gemacht werden. Wir wollen Ordnung; wir wollen Transparenz; wir wollen ein vernünftiges Verfahren in der Stadt. Dafür stehen wir. Das haben wir beauftragt. Und genau das wollen wir mit dem Neuaufsetzen dieses Verfahrens sicherstellen.

Jetzt sagen Sie, dass das dann länger dauert. Ich frage mich sowieso: Warum hat es denn bei Ihnen so lange gedauert? An für sich sollte doch ein Vorstellungsgespräch schon viel früher stattfinden. Sie haben das weit geschoben, geschoben, geschoben - warum auch immer. Möglicherweise haben Sie niemanden gefunden - was auch immer da der Grund war.

Jetzt zu sagen, der Rest des Rates oder die Oberbürgermeisterin sei schuld daran, dass das Ganze so lange dauert, setzt dem Ganzen wirklich die Krone auf. Das finde ich an dieser Stelle auch unredlich. Wir wollen ein vernünftiges Verfahren. Dafür stehen wir als CDU-Fraktion - und die große Mehrheit des Rates auch, glaube ich, genau wie die Oberbürgermeisterin. Wir wollen ein rechtsstaatliches Verfahren, mit dem der beste Kandidat oder die beste Kandidatin für unsere Stadt und für dieses wichtige Dezernat gefunden wird.

Wir sind dazu bereit, dieses Verfahren heute neu aufzusetzen und zusammen mit der Oberbürgermeisterin zu überlegen, wie man das Verfahren so beschleunigen kann, dass wir schnellstmöglich eine gute Dezernentin oder einen guten

Dezernenten für unsere Stadt finden, um dieses schwierige und wichtige Zukunftsfeld weiterhin im städtischen Vorstand entsprechend abzuarbeiten. Dafür stehen wir - aber nicht für dieses, ich sage einmal, Klein-Klein.

Über die Qualität des Gutachters hat Herr Dr. Keller in seiner letzten Ausführung schon etwas gesagt. Dazu brauche ich hier kein Wort mehr zu verlieren. Das ist ein bestelltes Gutachten. Aber es ist ein schlechtes Gutachten. Das haben Sie in der Vergangenheit auch schon besser hingekriegt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Wieder ein Kulturbruch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass das Aufhalten dieses Verfahrens hier wirklich ein Kulturbruch ist, möchte ich erst einmal bezweifeln. Da kann ich auch aus der eigenen Erfahrung der Grünenfraktion berichten. Wir hatten 2010 schon einen Fall - der Stadtdirektor hat ihn bereits angesprochen -, in dem auch aufgrund von Indiskretionen - ob sie gezielt waren oder nicht, sei einmal dahingestellt - ein Verfahren neu aufgerollt werden musste, um allen Bewerberinnen und Bewerbern die gleiche Chance zu geben. Der Rat ist damals diesen Weg dann auch gegangen. Es wurde ein neues Verfahren aufgesetzt. Am Ende des Verfahrens haben wir dann auch eine Stadtkämmerin gefunden.

Es scheint in dieser Stadt leider Gottes üblich zu sein, dass Namen, aus welchen Runden auch immer, und Inhalte, aus welchen Runden auch immer, ständig nach draußen dringen. Das macht es nicht einfach, in dieser Stadt überhaupt einmal Dinge vertraulich zu besprechen und Verfahren so zu gestalten, dass sie nicht ständig angreifbar sind. Da müssen wir uns vielleicht auch alle einmal an unsere eigene Nase fassen und überlegen: Wie gehen wir eigentlich mit der Zusammenarbeit hier um und verhindern, dass Indiskretionen - nicht nur über Personalien, sondern auch über Vorlagen etc. - ständig nach draußen dringen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die Frage ist genau der Umgang damit. Es ist dann auch die Tonalität einer solchen Indiskretion, die nach draußen dringt.

Es ist auch etwas anderes, ob gezielt Inhalte einer Vorlage durchgestochen werden, um irgendwelche Dinge nach vorne zu bringen, oder ob man durch eine Äußerung in einer Zeitung den Eindruck erweckt: Dieses Verfahren ist bereits gelaufen.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist falsch!)

Es hat sich keiner so geäußert; das ist richtig. Glaube mir: Ich habe nicht nur diesen Artikel dazu gelesen. Das Ganze stand ja nicht nur im *Express.* Auch in anderen Zeitungen war zu lesen, was dort alles passiert ist. Und dann drängt sich schon der Eindruck auf, dass sich dort bereits auf eine Kandidatin vorfestgelegt wurde.

Wie gesagt, heißt das dann ja auch, dass andere Kandidatinnen und Kandidaten sich vielleicht zurückgezogen haben. Wir wissen nicht, ob sie sich zurückgezogen haben oder nicht. Der Stadtdirektor hat aber gerade gesagt, dass die Personalberatung ja entsprechende Hinweise gegeben hat, dass dem wirklich so war.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das hat er so nicht gesagt!)

Ein Punkt ist auch, dass es dann darum geht, wie wir eigentlich mit dem heutigen Tag umgehen. Dann werden Angebote gemacht, doch einmal die Kandidatin kennenzulernen. Da wurde im Singular gesprochen. Das erweckt schon den Eindruck, dass sich vorher auf eine Kandidatin festgelegt wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher kann ich diesen Eindruck, der entstanden ist, durchaus teilen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Ist das die Art, wie man mit vertraulichen Informationen umgeht? Ist das die neue Kultur?)

Jetzt müssen wir aber nach vorne gucken. Wir müssen doch schauen, dass wir dieses Verfahren möglichst schlank halten. Wir müssen doch schauen, dass wir dieses Verfahren möglichst schnell starten und dann auch möglichst schnell rechtssicher beenden, damit die Vakanz im entsprechenden Dezernat möglichst kurz bleibt.

Ich bin auch der Auffassung, dass es eine Vakanz gegeben hätte, selbst wenn wir heute gewählt hätten. Ich weiß nicht, wie die Kündigungs-

fristen bei möglichen Kandidatinnen und Kandidatinnen aussehen.

Insofern glaube ich schon, dass der gesamte Stadtvorstand durchaus in der Lage ist, für eine möglichst kurze Übergangszeit hier die drängenden Projekte auch nach vorne zu bringen. Im aktualisierten Beschlussvorschlag steht ja:

> Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die notwenigen Schritte einzuleiten, um die Stelle erneut auszuschreiben.

Wir können uns dieser Meinung anschließen und werden deswegen für den aktualisierten Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es erschreckt mich schon, dass aufgrund eines *Express*-Artikels hier gesagt wird, es sei ein Eindruck der Vorfestlegung entstanden, der dieses Verfahren aushebeln könne. Es hat über die Presse also ein Gerücht gegeben, dass die Haltung einer Fraktion so sei.

Das zentrale Gremium, das über die Besetzung der für den Rat und die Verwaltung zentralen Stellen der politischen Wahlbeamten entscheidet, ist aber der Rat. Das heißt: Wenn Namen von Bewerbern vor der Ratsentscheidung bekannt werden, ist das kein Makel dieses Verfahren. Denn die Ratsmitglieder müssen sich über die Bewerberinnen und Bewerber, die zur Wahl stehen, informieren. Das zentrale Gremium, in dem entschieden wird, ist der Rat. Vorher gibt es keine Vorfestlegung. Es gibt vielleicht Meinungsäußerungen, aber keine Vorfestlegungen.

Es fällt schon auf, dass es in den letzten Jahren eine Reihe von Wahlen im Rat gab - das ist hier auch schon gesagt worden - und dass ausgerechnet dann diese Probleme hier auftreten, wenn es nach eine Reihe von Neubesetzungen von Dezernentenstellen und der Stelle des Stadtdirektors um eine Stelle geht, bei der die SPD ein Vorschlagsrecht hat.

(Niklas Kienitz [CDU]: Hat sie nicht!)

- Ich gehe einmal davon aus, dass das Vorschlagsrecht der Fraktionen keinen Rechtsstatus hat, sondern es sich um eine politische Verabredung handelt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Gibt es auch nicht!)

- Gut. Dann bin ich ja in dieser Ratssitzung ein bisschen schlauer geworden.

Ich muss aber tatsächlich sagen: Wir haben eine Kommunalverfassung. Diese Kommunalverfassung hat durch ihre Festlegungen schon nahegelegt, dass wir hier anders als im Bundestag nicht streng zwischen Regierung und Opposition trennen - die Parteien, die die Wahl gewonnen haben, ziehen durch und besetzen die Stellen -, sondern dass es starke Elemente des Konsenses gibt, die in dieses System eingebaut sind.

Ich halte es für ein sehr weises Umgehen damit, wenn wir sagen, dass, selbst wenn bestimmte Parteien das Regierungsbündnis im Rat stellen, auch die anderen Parteien an der Besetzung von Dezernentinnen- und Dezernentenstellen beteiligt werden. Das hielte ich sogar für eine weise politische Absprache.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir haben es hier mit einer Wahl politischer Wahlbeamter zu tun. Das ist eine politische Entscheidung des Rates. Es geht nicht allein um Bestenauslese. Natürlich müssen die Kandidatinnen und Kandidaten, die hier gewählt werden, eine hohe Fachkompetenz besitzen. Es geht aber zugleich zum Beispiel bei der aktuellen Wahl auch darum, wie die Schul- und Kita-Landschaft in Köln in den kommenden Jahren gestaltet wird - natürlich nach Maßgabe der Landesgesetze. Aber es handelt sich dabei auch um eine politische Entscheidung.

Ich finde es nicht in Ordnung, Herrn Knirsch hier als bezahlten Gutachter zu diffamieren. Das sind ganz beliebige Vorwürfe. Man kann es immer so oder so drehen. Ich würde das auch nicht über das Gutachten, das die Verwaltung hier zitiert hat, sagen. Herr Knirsch ist immerhin Mitverfasser eines Kommentars zur nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung. Er kennt sich also bestens aus. Es ist eine Unverschämtheit, hier von einem bezahlten Gutachten zu sprechen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Eltern, die heute am Laurenzplatz wegen der Schulsituation in Köln demonstriert haben, möchten, dass wir ohne Verzögerung an der Verbes-

serung der Schulsituation und auch der Kita-Situation in Köln arbeiten. Deshalb müssen wir schnellstmöglich diese Stelle neu besetzen. Daher tragen wir den vorliegenden Änderungsantrag mit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin von Wengersky, wie müssen Sie sich fühlen, wenn Sie vom SPD-Fraktionsvorsitzenden „Kulturbruch“ und „Rechtsbruch“ hören? Gerade Sie haben das ja bei der Neuauszählung eines bestimmten Stimmbezirkes in Rodenkirchen erlebt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dazu hätte ich von der gleichen Fraktion, der SPD, hier gerne einmal etwas gehört.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Da gab es auch Gutachten!)

Haben wir da nicht auch diese Kommentare gehört, das sei ja alles rechtens gewesen? Vor Gericht mussten Sie ziehen. Auch hier kriegen wir von der SPD wieder irgendeinen Kommentar vorgelegt. Sie hatten den Mumm, trotzdem zu klagen. Und Sie haben recht damit gehabt, Frau von Wengersky, dass Sie das gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hören wir auf, mit solchen Kommentaren hier Politik zu machen. Das haben wir nicht nötig. Schon gar nicht sollte der Vorsitzende der SPD-Fraktion hier von Rechtsbruch reden. Ich glaube, dass die Ausführungen des Stadtdirektors uns allen die Augen geöffnet haben. Eigentlich sollte auch die SPD die Augen geöffnet bekommen haben und erkannt haben, dass sie da auf dem falschen Weg ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz klar: Der Rat wählt die Dezernenten. Das ist unser originäres Recht nach der Gemeindeordnung NW.

Die Oberbürgermeisterin soll sicherstellen, dass es ein rechtskonformes Bewerbungsverfahren gibt. Sie ist also Herrin des Verfahrens und nicht der Auswahl.

Der ordnungsgemäße Ablauf war durch frühzeitige Medienaussagen nicht gewährleistet. Es geht hier nicht um Namen - das hat die Oberbürgermeisterin auch noch einmal deutlich gemacht -, sondern um die öffentliche Vorfestlegung der SPD auf eine Bewerberin vor den Auswahlgesprächen.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten [SPD]: Die hat es nicht gegeben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien wir doch ehrlich: Die Auswahlgespräche wären also nur ein Fake gewesen. Nur deswegen wäre muss nun eine neue Ausschreibung aufgesetzt werden.

Der Stadtdirektor und auch mein Geschäftsführerkollege von den Grünen haben das Beispiel - -

(Michael Frenzel [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin! Herr Breite, gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

- Bitte.

Michael Frenzel (SPD): Herr Breite, Sie sprechen davon, dass sich eine Fraktion vorfestgelegt hat. Ich weiß ja nicht, welche Fraktion Sie meinen. Ist es vielleicht die FDP-Fraktion, die als erste, ohne dass sie Kenntnis von den tatsächlichen Kandidatinnen und Kandidaten hatte, ausgeschlossen hat, eine bestimmte Kandidatin zu wählen, und diese Person in der Presse für ungeeignet erklärt hat, um sie zu diffamieren? Das waren Sie, Herr Breite.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ulrich Breite (FDP): Vielen Dank für die Frage, die Sie hier gestellt haben. Herr Kockerbeck von den LINKEN hat ja gerade deutlich gemacht - ihn darf ich als Zeugen benennen -, dass wir hier die Auswahl treffen und dass wir über die Qualitäten nachdenken müssen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber nicht vorher diffamieren!)

Ich habe aus der *Süddeutschen Zeitung* zitiert. Ich glaube, das ist eine seriöse Zeitung, aus der man zitieren kann. Und ich habe die Qualität so angezweifelt - das ist vollkommen richtig -, wie die *Süddeutsche Zeitung* das gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Sie werden mir und meiner Fraktion nicht das Recht nehmen, hier eine Wahl zu treffen und abzuwägen, welche Kandidatinnen und Kandidaten wir hier wählen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist unser originäres Recht. Dieses Recht lasse ich mir von Ihnen und von der SPD-Fraktion auch nicht nehmen.

Spielen Sie sich hier bitte nicht auf. Sie wissen ganz genau: Sie hatten sich auf eine Kandidatin festgelegt.

(Lachen bei der SPD)

Ich möchte hier in Richtung der SPD-Fraktion auch noch einmal ganz deutlich sagen: Mit den Stimmen der FDP sind in diesem Hause Dezernenten auf Vorschlag der SPD gewählt worden, wie wir auch in den städtischen Gesellschaften Vorstände aus dem Beritt der SPD gewählt haben. Mit vielen davon haben wir gut, vertrauensvoll und gern zusammengearbeitet und das zum Wohle dieser Stadt getan.

(Beifall bei der FDP)

Das konnte jeder und jede in der letzten Sitzung des Rates hautnah erleben, als die Zusammenarbeit mit dem KVB-Chef und Sozialdemokraten Jürgen Fenske noch einmal gewürdigt worden ist.

Wir Freidemokraten haben jedenfalls die Machtverhältnisse im Rat und die daraus erwachsenden Vorschlagsrechte im Stadtvorstand und bei den städtischen Gesellschaften sehr gewissenhaft ernst genommen.

(Beifall bei Teilen der FDP und der CDU)

Wenn wir hier die Entwicklungen und Verwerfungen bei den städtischen Gesellschaften in der letzten Zeit betrachten, ist festzustellen, dass dieses selbstverständlich nicht bzw. nicht mehr bei allen Fraktionen zu beobachten ist. Vielmehr ist es hier zum Bruch gekommen. Sogar Vorstandsbestellungen wurden gegen den ausdrücklichen Wunsch der Mehrheit dieses Rates vorgenommen. Dieser Bruch eines Einvernehmens ging hier bestimmt nicht von der FDP oder von CDU und Grünen aus, sondern von der SPD.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe SPD, Mehrheitsverhältnisse ändern sich. Vorschlagsrechte ändern sich auch. In meiner nun 20-jährigen Tätigkeit als FDP-Fraktionsgeschäftsführer habe ich Dezernate von SPD auf CDU wechseln gesehen und umgekehrt - und sogar von SPD auf CDU auf Grüne. Erbhöfe oder gar ein Naturrecht einer Partei auf ein Dezernat oder einen Vorstand einer städtischen Gesellschaft gibt es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das würde auch dem Sinn einer Demokratie widersprechen. Ob die SPD, die über Jahrzehnte in Köln die dominierende Kraft war, es aber nicht mehr ist, diesen Sinn verinnerlicht hat? Ich weiß es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte sagen: Ich habe eine Frage beantwortet und habe noch Zeit. - Ich weiß es nicht. Zweifel sind hier angebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kölner SPD kommt mir wie ein Torjäger vor, der vergessen hat, dass er auf der Ersatzbank sitzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Sie verlassen hier mit Ihrer Rede jeden politischen Konsens, Herr Breite!)

- Wir werden ja sehen, ob wir den Konsens hier aufgegeben haben oder andere, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Nur damit Sie das Dezernat bekommen!)

Ich möchte hier noch einmal deutlich sagen, dass der eingeschlagene Weg, den die Überbürgermeisterin uns jetzt im Rat vorschlägt, der richtige ist. Diesen Weg sollten wir auch gehen. Er ist rechtskonform. Alles andere sind nur Nebelkerzen, wie ich gerade ausgeführt habe. Einen solchen Weg sollten wir nicht gehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, Herr Joisten hat noch eine Zwischenfrage. Er hat sich schon die ganze Zeit gemeldet. Sie müssten sie ihm jetzt noch erlauben.

Ulrich Breite (FDP): Selbstverständlich erlaube ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, mir eine Frage zu stellen.

(Zurufe von der CDU: Hey!)

Christian Joisten (SPD): Es ist sehr gütig, Herr Breite, dass Sie der größten Fraktion noch einräumen, eine Frage an Sie zu richten.

(Zurufe von der CDU: Der noch größten Fraktion!)

- Ich glaube, keiner hier in diesem Rat weiß, wie das Jahr 2020 ausgeht. Also sollten wir alle kleine Brötchen backen. - Meine Frage steht aber vor dem Hintergrund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse.

Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Breite, dass Sie nicht der Meinung sind, dass die größte Fraktion dieses Stadtrates, die damit auch einen relativ großen Anteil der Kölner Bevölkerung in Wählerstimmen widerspiegelt, im Stadtvorstand weiter vertreten sein soll? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Ulrich Breite (FDP): Ich habe gerade ausgeführt, dass meine Fraktion die jetzt Amtierende mit auf diese Position gewählt hat.

Ich kann mir auch vorstellen, dass meine Fraktion, wenn es eine qualifizierte Bewerberin oder einen qualifizierten Bewerber der SPD gibt - und da habe ich in Köln schon viele erlebt, die zur Wahl gestanden haben -, diese oder diesen auch wählen wird; selbstverständlich.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das war nicht die Frage!)

Aber es gibt für Sie, Herr Joisten, keinen Freibrief dafür. Das möchte ich hier auch deutlich machen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Wir werden uns, wenn wir hier ein richtiges Verfahren haben, die Bewerberinnen und Bewerber anschauen. Das wollen, glaube ich, auch andere Fraktionen. Wenn dann die Qualifikation stimmt, freuen wir uns doch alle, die Person zu nehmen, die sich bei einer Bestenauslese durchgesetzt hat, auch wenn sie ein SPD-Parteibuch hat.

(Christian Joisten [SPD]: Aber Sie können sich schon einen Stadtvorstand ohne SPD vorstellen?)

Aber dieses Recht gibt es nicht. Ich glaube, ich habe das hier deutlich gemacht. Nutzt doch die Chance, liebe Sozialdemokraten. Sucht in Deutschland die beste Bewerberin. Okay; es sind große Fußstapfen von Frau Dr. Klein. Aber nutzt doch die Chance, hier etwas Gutes für Köln zu bringen. Ich bin mir sicher, dass ihr fündig werdet.

Ob die Kandidatin aus München die Richtige war, muss man nach der Berichterstattung aus München, gerade in der *Süddeutschen Zeitung,* bezweifeln. Selbstverständlich können Sie es gerne nachlesen, wenn Sie mir das nicht glauben. Sie müssen es mir nicht glauben. Aber der Süddeutschen Zeitung werden Sie sicherlich glauben. Lesen Sie es noch einmal nach. Das ist hilfreich. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch Wortmeldungen in der ersten Runde? Danach kommen wir dann zur zweiten Runde. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Neuaufsetzung des Verfahrens wird auch von Herrn Keller im Wesentlichen damit begründet, dass der Eindruck entstanden sei, es habe im Verfahren eine vorzeitige Vorfestlegung stattgefunden. Wir kennen alle diesen *Express*-Artikel. Ich habe ihn mir gerade auch noch einmal angeschaut. Ja, der *Express*-Artikel erweckt allein durch die Schlagzeile schon diesen Eindruck. Ja, die Kandidatin erweckt auch diesen Eindruck, indem sie äußert, dass sie sich beworben hat und dass sie sich auf die Aufgabe in Köln freut. Aber da fängt es schon an. Da wird die Kandidatin nur zitiert. Wir wissen nicht, ob sie wirklich korrekt zitiert wird etc. In dem Artikel erweckt die Kandidatin aber in der Tat auch den Eindruck, als gebe es eine Vorfestlegung.

Jetzt möchte ich der SPD aber doch zur Seite springen. Hier wird behauptet, die SPD-Fraktion habe sich vorfestgelegt. Wir sprechen von den Dingen, die wir schwarz auf weiß in der Presse stehen haben, und nicht von irgendwelchen Gerüchten auf Fluren. In dem, was schwarz auf weiß in der Presse steht, kann ich nichts darüber lesen, dass die SPD-Fraktion sich vorfestgelegt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Es mag so sein. Wir wissen es aber nicht.

Deswegen möchte ich auch auf die Befürchtung zu sprechen kommen, die Herr Joisten, wie ich finde, in der Tat zu Recht geäußert hat. Wenn wir das Verfahren jetzt wie vorgeschlagen stoppen, kann das natürlich zur Blaupause für zukünftige Indiskretionen zum richtigen Zeitpunkt im Laufe eines Verfahrens werden. Man braucht die Presse, und man braucht eine Kandidatin, die sich falsch äußert. Oder man legt ihr etwas in den Mund - oder weiß der Kuckuck was. Das sind natürlich eher Verschwörungstheorien. Aber in der Tat besteht die Gefahr, dass man so etwas gezielt lanciert, um einen Kandidaten oder eine Kandidatin zu diskreditieren. Diese Gefahr ist tatsächlich nicht ganz von der Hand zu weisen.

Ich habe aber an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Sie ja eine Neuaufsetzung des Verfahrens vorschlagen, zwei Fragen zur Vakanz.

Hier wurde gerade von einem halben Jahr oder einem Dreivierteljahr gesprochen. Dauert es tatsächlich so lange, bis ein neues Verfahren abgeschlossen ist? Das würde mich sehr interessieren. Denn es gibt ja auch den Änderungsantrag der SPD, die Wahl dann doch bei einer Sondersitzung durchzuführen - natürlich nicht heute. Wie lange würde es dauern, bis ein neues Verfahren abgeschlossen ist, wenn es denn rechtskonform läuft und die vorschlagenden Parteien sich vielleicht informell untereinander schneller auf eine Kandidatin festlegen, als sie es diesmal gemacht haben? Wie lange würde ein solches Verfahren dauern?

Und wer soll - das ist bei der Vielzahl der Aufgaben in der Tat auch sehr wichtig - die Aufgaben in der Zwischenzeit übernehmen? Vor dem Hintergrund, dass Frau Klein am 31. März 2019 ausscheidet, würde mich schon sehr interessieren, wer die Aufgaben dann in der Zwischenzeit übernimmt. Da möchte ich eigentlich am liebsten auch Namen hören. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, ich sollte direkt antworten. Dann können weitere Wortbeiträge darauf Bezug nehmen.

Wenn ein neues Verfahren aufgesetzt wird, wird ja ausgeschrieben. Dann wird man auch, wie Herr Dr. Keller eben dargestellt hat, die bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten darüber unterrichten, dass sie die Gelegenheit haben, sich wieder zu bewerben. Anschließend werden Auswahlgespräche stattfinden. Es kann auch eine Sondersitzung des Rates geben.

Frau Dr. Klein hat mir gerade noch einmal zur Kenntnis gegeben, dass sie bis 30. April 2019 hier ist.

(Beifall)

In der Verwaltung gibt es eine Vertretungsregelung. Sie dürfte Ihnen auch bekannt sein. - Habe ich noch etwas vergessen?

(Zuruf: Wie lange wird es dauern? - Weiterer Zuruf)

- Es ist natürlich die Frage, wer sich bewirbt. Aber das muss gar nicht so sein.

(Michael Frenzel [SPD]: Wer wird der Vertreter?)

- Ich habe gesagt, dass es eine Vertretungsregelung gibt.

(Peter Kron [SPD]: Das wissen wir!)

- Es ist doch schon einmal schön, dass Sie es wissen, Herr Kron. Offensichtlich sind Sie ja anderen Kollegen im Rat damit voraus. - Wir werden für eine gute Vertretung sorgen. Das ist heute Abend nicht die Gelegenheit, das zu entscheiden. Es gibt eine Vertretungsregelung für jeden von uns.

(Zuruf von der SPD)

- Sie können hier Fragen stellen. Aber Sie müssen mir bitte überlassen, wie ich sie beantworte.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zur Wortmeldung von Herrn Dr. Krupp, der sich eben zur zweiten Runde gemeldet hatte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nach dem Auftritt von Herrn Breite werde ich mich bemühen, hier zur Sachlichkeit zurückzukehren. Das ist dringend geboten, glaube ich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich erwarte von den Mitgliedern des Rates nicht, dass sie sich fundierte Rechtskenntnisse aneignen. Eine ernsthafte Beschäftigung mit der Materie erwarte ich bei der Verantwortung, die Sie hier tragen, allerdings schon. Dieser Verantwortung werden Sie ganz offensichtlich derzeit hinten und vorne nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD - Niklas Kienitz [CDU]: Was ist das denn für eine Borniertheit?)

Frau Oberbürgermeisterin, Sie erwecken immer wieder den Eindruck, als sei es Ihre Aufgabe, die Bestenauslese durchzuführen. Das ist schlicht falsch. Anders als in Niedersachsen haben Sie nicht einmal ein normiertes Vorschlagsrecht für den Rat. Das sieht die Gemeindeordnung - § 71 - in NRW nicht vor. Insofern ist es vollkommen daneben, in einem Verfahren, dessen Herr ausschließlich der Stadtrat ist, die Frage, ob ein ordnungsgemäßes Verfahren durchgeführt wird, davon abhängig machen zu wollen, ob es eine Vorstellung bei der Oberbürgermeisterin gegeben hat.

Selbstverständlich ist es nett, wenn es Vorstellungsgespräche bei der Oberbürgermeisterin gibt. Ich habe auch gar nichts dagegen. Rechtlich ist das aber völlig irrelevant.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vorstellungsgespräche in den Fraktionen sind im Übrigen nicht nur rechtmäßig, sondern auch völlig üblich. Das können Sie auch bei Herrn Keller in seiner Kommentierung nachlesen.

Pressespekulationen sind irrelevant.

Herr Petelkau, Sie haben eben gesagt, die SPD hätte doch den Pressebericht des *Express* öffentlich dementieren können. Nein, gerade nicht. Wir kommentieren ein laufendes Verfahren nicht öffentlich. Und genau so ist es richtig.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wirklich überhaupt nicht erkennbar, wo Sie mit der These anknüpfen wollen, dass eine Pressespekulation ein Verfahren rechtsfehlerhaft mache - insbesondere nicht nach Ablauf der Bewerberfrist, wenn das Bewerberfeld also nicht mehr verzerrt wird. Selbst davor hätte ich arge Zweifel.

Herr Lindlar hat damals durchaus auch noch ein paar andere abenteuerliche Rechtsauffassungen vertreten.

Zu der Bestenauslese, die immer wieder ins Feld geführt wird: Ich bin aus politischen Gründen sehr für eine Bestenauslese. Wir sollten für diese Stadt tatsächlich den Besten finden. Rechtlich sind wir hier aber nicht bei der Besetzung einer Stelle eines Laufbahnbeamten, sondern - das hat Herr Keller erwähnt - im Konfliktfeld zwischen der Bestenauslese nach Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz und dem Demokratieprinzip nach Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz. Genau in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns.

Lassen Sie mich nun aus der Kommentierung von Herrn Keller zitieren:

> Die politischen Erwägungen überlagern in diesen Fällen die Bestenauslese.

So lautet seine Kommentierung. Ich mache mir das politisch ausdrücklich nicht zu eigen. Es ist aber rechtlich so.

Im Übrigen tun Sie mir heute durchaus leid, Herr Keller. Da kommt eine Vorlage der Oberbürgermeisterin, in der rechtlich gar nichts steht - außer: es ist so, weil es so ist -, und Sie müssen hinterher hier die Apologie dafür liefern. Gut; es ist kein dankbarer Job. Aber das wussten Sie wahrscheinlich vorher.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Auswahlentscheidung, vor der angeblich keine Presseberichterstattung stattfinden soll, damit die Bestenauslese gewährleistet ist, findet ausschließlich in einer Ratssitzung statt, in der die Wahl durchgeführt wird. Das ist die Auswahlentscheidung.

Legte man Ihre Logik zugrunde, dürfte es vorher keinerlei Presseberichterstattung geben, wer denn ausgewählt würde, weil noch längst nicht alle Ratsmitglieder sich zu diesem Zeitpunkt festgelegt haben. Sie sind aber alle mit für die Auswahlentscheidung verantwortlich. Wann darf also berichtet werden, wenn es nicht nach Ablauf der Bewerbungsfrist ist? Darf eine Woche vor der Ratssitzung und der Auswahlentscheidung berichtet werden? Darf zwei Wochen vorher berichtet werden? Darf vielleicht nur einen Tag vorher berichtet werden? Das ist doch völlig willkürlich. Rechtlich gibt es überhaupt keinen Anknüpfungspunkt dafür.

Ganz verräterisch fand ich, dass hier Folgendes gesagt wurde: Wenn wir das Verfahren jetzt abbrechen, ist das nicht so schlimm. Denn es kann keiner dagegen klagen. Ihm fehlt nämlich die subjektive Rechtsverletzung. - Das heißt auf gut Deutsch: Wir stellen jetzt darauf ab, dass die subjektive Rechtsverletzung fehlt, eine Klage also keine Aussicht auf Erfolg hat. Obwohl wir materiell rechtswidrig handeln, sagen wir: Es ist ja gut; es kommt ja keiner dagegen an.

Das kann doch wohl nicht die Logik dieses Rates sein. Dem kann ich mich in keiner Weise anschließen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was wir hier erleben, ist wirklich ein Tiefpunkt. Ich bin seit 2014 in diesem Rat. Dafür, dass ich erst so kurz dabei bin, habe ich schon viel mitgemacht. Aber ich muss sagen: So ein abenteuerliches Draufgängertum, den Ruf der Stadt weiter zu ruinieren, indem man mit hanebüchenen rechtlichen Argumenten eine Dezernentenwahl abbläst und hier Kandidaten verbrennt, wie es Herr Breite öffentlich getan oder zumindest versucht hat, schadet dieser Stadt massiv. Das hat diese Stadt nicht verdient.

Ich kann Sie nur aufrufen: Kehren Sie auf den Weg zurück, Gutes für diese Stadt zu bewirken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte schön, Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man hat hier ja vieles gehört. Es ist sehr befremdlich, wie hier Argumente ausgetauscht werden und wie man hier mit diesem Verfahren umgeht.

Man muss sich vor Augen führen, wie die Genese war. Am 21. Dezember 2018 war die Bewerbungsfrist zu Ende. Dann wurde ein Personalberater eingeschaltet. Es gab sieben Bewerber. Von den sieben Bewerbern wurden drei gerankt, darunter auch die in der Presse genannte Frau Meier.

Man redet von einer Vorfestlegung. Man spricht von Eindrücken, die erweckt werden und die Bewerber abschrecken würden, sodass sie vom Verfahren absehen. Wir reden also von Eindrücken. Wir sprechen gar nicht von Tatsachen, dass da eine Bewerbung gelaufen ist.

Denn - das kann man nicht oft genug wiederholen - nach § 71 der Gemeindeordnung wählt nicht die Fraktion der SPD die Beigeordnete. Nein, liebe Ratsmitglieder, jeder Einzelne von Ihnen wird die Beigeordnete wählen. Sie sind diejenigen, die hier Herr des Verfahrens sind - und nicht die SPD.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ja, Sie haben eine Stimme, Frau Oberbürgermeisterin. Die restlichen Stimmen haben die Ratsmitglieder. Sie wählen die Beigeordnete. Das heißt: Eine Vorfestlegung kann gar nichts daran ändern. Es kann ein Verfahren gar nicht kaputt machen, wenn eine Fraktion sagt: Das könnte vielleicht unsere Favoritin sein. - Ob das stimmt, ist sowieso nicht gesagt. Das ist doch überhaupt nicht gesagt.

Wenn man über Zuschlagsrechte nachdenken würde, müsste man sie vielleicht kritisieren. Das ist ein anderes Thema. Aber es gibt - ich weiß nicht, von welcher Seite das kam; Herr Breite, Sie haben es doch gesagt, und hier habe ich das auch gehört - gar kein Zuschlagsrecht der SPD. Wenn es also kein Zuschlagsrecht der SPD gibt, wie kann es dann eine Vorfestlegung geben?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie sind doch die Ratsmitglieder. Wie können Sie gleichzeitig sagen, dass es auf der einen Seite kein Zuschlagsrecht und auf der anderen eine Vorfestlegung gibt? Das ist ja eine Sache der Kommunikation. Da muss man doch sagen: Das ist lanciert worden - von wem auch immer. Wir wissen ja noch nicht einmal, ob es die SPD selber war. Das wird hier einfach ins Blaue hinein behauptet. Wenn es so etwas nicht gibt, muss man das doch kommunizieren und sagen: Der Rat der Stadt Köln wählt den Beigeordneten - und nicht eine Fraktion.

Und es gibt Zuschlagsrechte. Da können Sie sagen, was Sie möchten. Sie machen das die ganze Zeit mit den Dezernenten. Die eine Fraktion sucht den einen Dezernenten aus, die nächste Fraktion einen anderen Beigeordneten. Es geht also um Zuschlagsrechte.

Dass das lanciert worden ist, kommt Ihnen, Herr Breite, der CDU und auch den Grünen doch total zupass. So können Sie ein Verfahren, das bis dahin transparent gelaufen ist, einfach stoppen, es neu aufsetzen und dann einmal sehen, wer sich hier bewirbt. Aber so kann man doch mit demokratischen Grundsätzen einfach nicht umgehen.

Jetzt heißt es von der Seite des Stadtdirektors, das Verfahren sei angreifbar. Wir werden sehen, was die SPD daraus macht und ob dieser Beschluss, wenn Sie ihn heute so fassen, vielleicht angreifbar ist.

Sie sollten darüber nachdenken - Stichwort „Vorschlagsrechte“ -, wie ein transparentes Verfahren läuft. Darüber sollten Sie vielleicht einmal diskutieren. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie Verfahren laufen müssen. Sie müssen nämlich anders laufen. Jede Fraktion muss die Möglich-

keit haben, im Bewerbungsverfahren jeden Bewerber kennenzulernen. Aber so funktioniert das hier nicht.

Sie haben über die Jahre alle bei den Dezernentenwahlen mitgemacht. Jetzt geht es um eine SPD-Bewerberin, die hier vielleicht Beigeordnete werden könnte - oder auch nicht; denn wir entscheiden das ja. Und was passiert? Sie sagen: Wir stoppen das Verfahren, weil da ein Eindruck entstanden sein könnte.

Das ist einfach nur eine Farce. Ich bitte Sie: Geben Sie sich nicht der Lächerlichkeit preis. Das, was Sie hier machen wollen, ist wirklich ein falscher Beschluss. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Können Sie das Kopfschütteln als Sitzungsleitung unterlassen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Keller, würden Sie bitte ohne Kopfschütteln vortragen?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Bei diesem wichtigen Thema! Das ist doch nicht angemessen!)

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Krupp hat noch einige Aspekte in die Debatte geworfen. Unter anderem hat er meine Kommentierung zitiert. Das Schöne ist ja, dass wir auf der Bank des Stadtvorstandes über mehrere Kommentatoren in Gemeindeordnungsfragen verfügen. Daher haben wir auch die entsprechende Kompetenz an Bord.

Ich habe in der Tat geschrieben, dass politische Erwägungen das Prinzip der Bestenauslese überlagern. Sie beseitigen es aber nicht. Das ist ein Unterschied. Und man muss nun einmal zur Kenntnis nehmen, dass das ein Themenfeld ist, bei dem sich zwei Rechtsgebiete überlagern. Wenn sich zwei Rechtsgebiete überlagern, ist es häufig so, dass es eben nicht nur Schwarz und Weiß gibt, sondern auch viel Raum für Interpretation.

Letzten Endes ist es aber auch ein beamtenrechtliches Verfahren. Deshalb heißen wir, die wir hier sitzen, auch Wahlbeamte. Da kann man den Schwerpunkt auf den ersten Teil des Wortes legen, oder man kann den Schwerpunkt auf den zweiten Teil des Wortes legen. Wir sind Beamte. Das kann man nicht wegdiskutieren. Deshalb spielt das Prinzip der Bestenauslese auch bei der Auswahl einer Beigeordneten oder eines Beigeordneten eine entsprechende Rolle.

Sie haben abstrakt durchaus zutreffend gesagt, ein Vorschlagsrecht der Oberbürgermeisterin kenne die Gemeindeordnung nicht. Außerdem haben Sie gesagt, Vorstellungsgespräche seien irrelevant. Das Erste mag, wie gesagt, abstrakt richtig sein. Das Zweite ist aber eine Schlussfolgerung, die an dieser Stelle nicht zwingend ist.

Denn es hat ja nun - davon gehe ich jedenfalls aus - eine Verständigung auf ein bestimmtes Verfahren gegeben. Das hätte man wahrscheinlich auch anders strukturieren können. Wir haben jetzt schon mehrfach das Schreiben von Herrn Lindlar aus dem Jahr 2010 zitiert. Er regt darin ein Verfahren an, das zumindest in Köln in der Form nicht praktiziert worden ist. Aber es wäre auch ein mögliches Verfahren. Es gibt also verschiedene Verfahrensgestaltungen. Der Rat hat aber nun einmal in seinem Beschluss vom September 2018 die Oberbürgermeisterin beauftragt, hier den Prozess zu steuern. Damit werden auch Vorstellungsgespräche aus meiner Sicht nicht irrelevant.

Das Bewerberfeld kann selbstverständlich auch nach Fristende noch verändert werden oder sich verändern. Ich kann als verfahrensführende Stelle noch Bewerber mit hineinnehmen, weil es keine Ausschlussfrist ist. Das Bewerberfeld kann sich auch von selbst reduzieren, indem Kandidatinnen und Kandidaten sagen: Hoppla, das Verfahren wird mir suspekt, zu heiß, wie auch immer; es gibt eine Vorfestlegung; ich habe ohnehin keine Chance mehr; ich kann mich aus dem Verfahren zurückziehen. - Das heißt: Das Bewerberfeld kann sich verändern. Damit spielen eben auch Vorfestlegungen eine Rolle.

Die Antwort auf die Frage, wann berichtet werden darf, steht aus meiner Sicht im Zusammenhang damit, wann der vorgesehene Verfahrensabschluss ist. So ist auch in der Vergangenheit hier oftmals verfahren worden. Wenn ein Vorschlag feststeht, der aus einem Verfahren der Bestenauslese hervorgegangen ist und dem Rat vorgelegt werden soll, kann eine Indiskretion zwischen diesem Zeitpunkt und dem Zeitpunkt der Ratsentscheidung diesen Effekt, den wir hier diskutieren, natürlich nicht mehr ohne Weiteres haben.

Herr Krupp, insofern geht es hier nicht darum, zu sagen: Wo kein Kläger, da kein Richter; alles andere ist uns egal. - Vielmehr geht es hier in einer

durchaus diffizilen juristischen Situation um die Frage, wie wir rechtliche Risiken zum Wohl der Stadt minimieren, und darum, möglichst schnell die Nachfolge von Frau Kollegin Dr. Klein zu regeln.

Um Risiken zu minimieren, ist es natürlich eine legitime Erwägung, zu prüfen, wo ein erfolgreicher juristischer Angriff geführt werden könnte oder wo ist die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen juristischen Angriffs am geringsten ist. Und diese Frage beantworten wir mit der Vorlage heute.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Ich würde jetzt gerne abstimmen lassen.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe BUNT. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die ursprüngliche Vorlage mit dem aktualisierten Beschlussvorschlag, der Ihnen als Anlage zugestellt wurde, abstimmen. Auch hier bitte ich um Handzeichen. Wer wünscht dieser Vorlage zuzustimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD-Fraktion und die Oberbürgermeisterin. Gibt es Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Demonstrativer Beifall von Michael Frenzel [SPD])

0284/2019

AN/0229/2019

I. Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT

Beschluss:

Der aktualisierte Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat beauftragt die Oberbürgermeisterin, das Verfahren zur Neubesetzung der zum 01.04.2019 vakant werdenden Stelle der bzw. des Beigeordneten für den Geschäftskreis des Dezernats IV - Bildung, Jugend und Sport schnellstmöglich fortzuführen.

Das Verfahren ist an der Stelle weiterzuführen, an der es die Oberbürgermeisterin in der 6. Kalenderwoche ausgesetzt hat.

Die Wahl einer oder eines Beigeordneten für das Dezernat IV ist noch im Februar 2019 im Rahmen einer Sondersitzung des Rates vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Aktualisierte Vorlage:

Aktualisierter Beschlussvorschlag der Verwaltung (siehe Anlage):

1. *Der Rat beschließt, das aufgrund des Ratsbeschlusses vom 27.09.2018 eingeleitete Verfahren zur Besetzung der Stelle der / des Beigeordneten für das Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport – zu beenden.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die notwenigen Schritte einzuleiten, um die Stelle erneut auszuschreiben.*
3. *Hierzu wird die Verwaltung erneut gebeten, unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen auszuwählen und dieses mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der Führung von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse zu beauftragen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und Frau Oberbürgermeisterin Reker sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018
3179/2018

TOP 10.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018
hier: Errichtung einer Gesamtschule für Rondorf und den Kölner Süden
AN/0226/2019

Ich habe als Ersten Herrn Philippi auf der Rednerliste stehen.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es fällt an dieser Stelle durchaus nicht leicht, jetzt wieder zur Tagesordnung überzugehen. Ich kann für meine Fraktion aber sagen, so sehr Sie sich heute Abend auch hier an uns abarbeiten wollen: Wir bleiben bei unserer konstruktiven Oppositionspolitik. Sie können damit rechnen, dass wir das weiter durchziehen und hier weiter treiben.

(Beifall bei der SPD)

Manche von Ihnen werden sagen: Da kommen sie schon wieder mit Rondorf. - Ich antworte: Ja, wir kommen wieder mit Rondorf,

(Beifall bei der SPD)

weil aus unserer Sicht dieser Schulstandort einer weiterführenden Schule ein Gesamtschulstandort werden soll, auch wenn wir das hier in aller Breite vor zwei Monaten in der Dezember-Sitzung schon diskutiert haben.

Die Kölner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben ein ganz klares Bildungsprofil und innerhalb dieses Bildungsprofils ein Gesamtschulprofil. Deshalb sind wir für diesen Standort als Gesamtschule.

Im Umkehrschluss bedeutet das im Übrigen nicht, dass wir gegen Gymnasien wären. Das Gymnasium ist an diesem Standort der falsche Ort. Wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass durch die Umstellung von G8 auf G9 ein großer Druck bei den Gymnasien besteht. Das ist gar keine Frage. Deshalb sind wir nachher auch für die Prioritätenliste, in der auch reichlich Gymnasialplätze oder neue Gymnasialstandorte vorgeschlagen werden.

Meine Damen und Herren, wie ich gehört habe, ist der Bezirksbürgermeister verschiedentlich dafür kritisiert worden, dass er nach dem Ratsbeschluss im Dezember noch einmal zusammengeführt hat, wie die Situation im Stadtbezirk Rodenkirchen ist. Sie kennen alle die Beschlusslage der Bezirksvertretung.

Noch viel wichtiger und entscheidender finde ich aber, dass die Menschen, die dort vor Ort in Bildungseinrichtungen arbeiten, mit ihrem ganzen Expertenwissen alle geschlossen ebenfalls für eine Gesamtschule sind.

Es ist eigentlich seit vielen Jahren guter Brauch gewesen - insbesondere, seitdem Frau Dr. Klein das Bildungsdezernat leitet -, dass wir gesagt haben: Wir machen Schulentwicklungsplanungen und -entscheidungen im dialogischen Verfahren von unten nach oben und nicht von oben nach unten.

Deshalb appelliere ich heute Abend in diesem speziellen Fall hier noch einmal an die Mehrheit. Man kann eine falsche Entscheidung auch korrigieren. Wir hatten eben den Protest. Überlegen Sie sich das noch einmal. Ich bitte Sie darum. Wir finden an anderer Stelle gewiss auch einen passenden Gymnasialstandort. Aber machen Sie Ihre Entscheidung hier rückgängig. Man kann auch Fehler korrigieren. Rondorf sollte ein Gesamtschulstandort werden und kein Gymnasialstandort. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann führen wir die Debatte heute noch einmal. Wir haben sie im Schulausschuss geführt. Wir haben sie in den Fraktionen geführt. Wir haben sie, was auch korrekt ist, auf der Straße geführt. Wir haben sie in Rodenkirchen geführt. Dann führen sie heute hier noch einmal.

Nach meiner Kenntnis hat der Rat der Stadt Köln im Dezember 2018 final entschieden, dass in Rondorf ein Gymnasium und in Ossendorf eine Gesamtschule errichtet werden. Nach meiner Kenntnis - das ist nur formal - kann der Rat heute gar nicht noch einmal darüber beschließen und entscheiden, es anders zu machen.

Ich muss auch darauf hinweisen, dass die Entscheidung „Rondorf oder Ossendorf?“ überhaupt nicht mehr Bestandteil der Schulentwicklungs-

planung ist. Das wurde laut Aussage der Dezernentin vor die Klammer gezogen, und die Entscheidung ist final im Rat im Dezember 2018 gefasst worden.

(Zuruf von der SPD)

- Doch, das ist so. Auch wenn man es überprüfen würde, käme genau das als Ergebnis heraus.

Aber ich will mich jetzt gar nicht rechtlich streiten. Das bringt ja nichts. Jeder darf hier noch einmal sagen, was er meint und wie er das sieht.

Die Fakten haben sich seit Dezember oder seit Sommer letzten Jahres nicht mehr geändert. Im Sommer hat uns die Schuldezernentin vorgeschlagen, nach der Schulentwicklungsplanung, die bis dahin gültig war, in Rondorf ein Gymnasium und in Ossendorf eine Gesamtschule zu errichten. Das sieht die Schulentwicklungsplanung bis zum Sommer 2018 vor. Und ich wiederhole mich: Auf diesem Weg begleiten wir die Schuldezernentin und stimmen genau für diese Umsetzung.

Schauen Sie sich einmal die Zahlen an. Ich kann sie auch gerne jetzt um kurz vor 21 Uhr noch einmal zum Besten geben, um nicht einseitig stehen zu lassen, dass alle Fakten nur für eine Möglichkeit sprechen würden, nämlich die, die man teilweise in Rodenkirchen für die richtige hält.

Ich kann auch nicht ändern, dass 960 Kinder an Gesamtschulen abgelehnt wurden und dort keinen Platz bekommen haben. Das finden wir bedauerlich. Davon, dass wir Gesamtschulen bauen müssen, brauche ich hier auch niemanden zu überzeugen, glaube ich. Und auf dem Weg sind wir.

Schauen wir uns jetzt aber auch einmal an, wo die 960 Plätze fehlen. Es gibt drei Stadtbezirke, in denen die Gesamtschulplätze am meisten fehlen. Das sind Mülheim, die Innenstadt und Ehrenfeld. Und es gibt zwei Stadtbezirke, in denen auch Gesamtschulplätze fehlen, aber am wenigsten. An achter und neunter Stelle kommen der Stadtbezirk Porz, wo 51 Plätze fehlen, und der Stadtbezirk Rodenkirchen, wo 74 Plätze fehlen.

Ja, das sind 74 und 51 Plätze zu viel. Wenn ich aber eine Entscheidung treffen muss, wo ich eine neue Gesamtschule baue und wo ich ein neues Gymnasium baue, nehme ich doch den Stadtbezirk, der an dritter Stelle steht und wo 142 Gesamtschulplätze fehlen - das ist der Stadtbezirk Ehrenfeld, zu dem auch der Stadtteil Ossendorf gehört - und sage: Wenn ich Prioritäten setzen muss, weil wir nicht so schnell bauen können, wie wir es bräuchten, oder weil man zu spät damit angefangen hat, dem Schulnotstand zu begegnen, dann entscheide ich mich in der Abwägung dafür, nicht in Rodenkirchen eine Gesamtschule zu errichten, sondern zum Beispiel in Ossendorf.

Dass die Schulentwicklungsplanung vorsieht, 13 neue Gesamtschulen und acht neue Gymnasien zu bauen, muss ich hier auch nicht x-mal wiederholen. Zur Wahrheit gehört aber auch - ich zitiere Horst Thelen -: Schön wäre es, alles sofort zu machen; aber das ist leider nicht realistisch. Deshalb sind wir ja auch zu einer Priorisierung gekommen.

Ich könnte Ihnen jetzt auch noch sagen - aber das interessiert ja auch nicht jeden -, wo denn die Dichte an Gesamtschulplätzen am höchsten ist. Raten Sie doch einmal. Ist es Ossendorf? Ist es Porz? Nein, es ist der Stadtbezirk Mülheim.

Und in welchem Stadtbezirk gibt es die zweitmeisten Gesamtschulplätze? Im Stadtbezirk Rodenkirchen mit 17,9 Prozent oder 378 Plätzen. Das ist auch gut so. Das freut mich für den Stadtbezirk Rodenkirchen auch.

Aus den Daten können Sie aber doch nicht ablesen, dass primär eine weitere Gesamtschule zum Beispiel in dem Neubaugebiet Rondorf Nord-West errichtet werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Fakten haben sich seit letztem Sommer nicht verändert. Diese Fakten haben sich seit Dezember 2018 nicht geändert.

Ich rede doch gar nicht gegen Gesamtschulen. Aber ich erkläre Ihnen hier eine Entscheidung, mit der wir sowohl fehlende Gesamtschulplätze als auch fehlende Gymnasialplätze schaffen wollen. Mit Blick auf diese Daten haben wir uns im Dezember 2018 für die Beschlüsse entschieden, die wir hier gefasst haben.

Ich möchte noch einmal sagen: Der Rat hat diese Frage final entschieden.

Dann stimmen wir eben noch einmal darüber ab. Vielleicht machen wir es künftig jede Ratssitzung so, dass wir alle Dinge noch einmal wiederholen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Bitte nicht!)

Aber man kann in Ruhe hinterher noch einmal klären, ob das der richtige Duktus ist und ob das so in Ordnung ist. Das ist mir auch egal. Stimmen wir ruhig noch einmal darüber ab.

Bitte kommen Sie aber nicht in vier Wochen noch einmal damit. Irgendwann sind die Schulentwicklungsplanung als Rahmenplanung und einzelne Maßnahmen auch einmal entschieden.

Ich wäre froh, wenn wir dann auch anfangen würden und schauen - Herr Greitemann, das ist jetzt gar kein Vorwurf -, dass wir nun einmal Performance auf die Strecke kriegen und die Umsetzung beschleunigen.

Hätten wir vor zehn Jahren nicht darüber diskutiert, die Gebäudewirtschaft kaputt zu schlagen, sondern überlegt, wie wir Verfahren umsetzen, hätten wir vielleicht schon eine fertige Schule in Rodenkirchen

(Beifall bei der CDU)

und würden vielleicht schon über eine weitere weiterführende Schule reden.

Diese Chance ist uns nicht gegeben. Daraus können wir doch nur für die Zukunft lernen. Die Entscheidung ist gefallen. Okay; sie wird heute noch einmal bestätigt. Meinetwegen kann das nächste Woche noch einmal geschehen. Aber dann sollten wir bitte auch einmal anfangen und die Entscheidungen endlich umsetzen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Thelen das Wort.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zu den Zahlen, die Helge Schlieben genannt hat, werde ich jetzt nichts mehr sagen. Denn es ist völlig klar, dass der Bedarf in anderen Stadtteilen viel höher ist - selbst bei Gründung von neuen Gesamtschulen wie in Ehrenfeld - als in Rodenkirchen.

Er hat allerdings eine Zahl falsch genannt. Du weißt auch, welche.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Da hast du recht! Sorry!)

Wir haben nämlich durch unseren weisen Beschluss, den Elternwillen im Hinblick auf die Vermehrung von Gesamtschulplätzen zu berücksichtigen, das Zahlenverhältnis zwischen Gymnasien und Gesamtschulen verändert. Es beträgt nicht mehr 13 zu 8, sondern 14 zu 7.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das war ein Test, Horst! Gut gemacht!)

Jetzt möchte ich aber etwas zu dieser bedeutenden Vorlage, der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, sagen. Denn darum geht es doch eigentlich. Die Rondorf-Sache ist entschieden.

Diese Vorlage der Stadtverwaltung ist die erste von wirklich zwei bedeutenden Vorlagen in der heutigen Sitzung. Diese umfangreiche Vorlage zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung ist in sämtlichen Ausschüssen, in allen Bezirksvertretungen und in allen Schulen beraten und vorgestellt worden. Die große Mehrzahl der genannten Institutionen hat diesen Planungen ohne Veränderungen zugestimmt, was wir als Zeichen für eine äußerst solide Planungsgrundlage werten.

Wir haben es hier - das muss man jetzt wirklich sagen - nicht mit einem fest gefügten Maßnahmenkatalog zu tun, sondern mit einer Rahmenplanung, die im Blick auf die konkreten Einzelmaßnahmen prozesshaft angelegt ist. Das bedeutet, dass auch alle ergänzenden Bemerkungen und Stellungnahmen bei den konkreten Planungen berücksichtigt werden. Das steigert dann nicht nur die Akzeptanz der Beschlussvorlagen und der Umsetzungen, sondern selbstverständlich - und das hoffen wir - auch die Qualität der Maßnahmen.

Die in dieser großen Planung vorgelegten Zahlen für die nächsten mindestens zehn Jahre von neu zu bauenden Schulen, nämlich von über 40, zeigen, vor welchem Umsetzungsproblem - ich schaue da einmal Herrn Greitemann an - die Stadt steht. Deshalb müssen wir, wo immer es möglich ist, versuchen, andere Institutionen als die Gebäudewirtschaft dafür zu gewinnen, Schulen zu bauen. Das tun wir ja auch schon. Es ist in Rondorf der Fall. Das versuchen wir auch in Ossendorf bereits. Ich hoffe, dass sich noch andere Institutionen dazu bereit erklären. Ich habe die GAG schon einmal angesprochen. Sie wollte das zuerst nicht. Die moderne stadt wäre auch ein denkbarer Akteur dafür. Wir brauchen das wirklich.

Ebenfalls ist es natürlich nötig, dass wir die Bauweise etwa durch Module vereinfachen, um dadurch Beschleunigungen zu erzielen. Selbstverständlich sollten darunter weder die bauliche

Qualität noch die pädagogische Qualität und die Aufenthaltsqualität unserer Schulgebäude leiden.

Viele von Ihnen haben sicher schon vergessen, welch fortschrittliche Schulbaurichtlinien wir hier in Köln haben.

Des Weiteren ist zu begrüßen, dass diese Vorlage deutlich macht, wohin der Weg für die weiterführenden Schulen gehen soll, nämlich zu einem zweisäuligen System von Gesamtschulen und Gymnasien. Ich werde jetzt nicht die Zahlen nennen. Wir haben das Verhältnis verbessert.

Bei den Bauten für die weiterführenden Schulen suchen wir nach einer Lösung, die nicht schon frühzeitig festlegt, für welche Schulform gebaut werden soll. Diese Flexibilität erleichtert uns dann die konkrete Entscheidung, die ja auch immer abhängig ist von den sich verändernden Wünschen der Eltern, von Veränderungen der Bevölkerungszahl, von anderen Baugebieten usw.

Ehrlicherweise müssen wir sagen, dass durch diesen Katalog das große Problem der Umsetzung nicht gelöst ist. Deshalb wird es auch für längere Zeit nötig sein, mit Provisorien zu arbeiten, um allen Schülern und Schülerinnen einen Schulplatz anbieten zu können.

Dieser skeptische Satz soll aber nicht am Ende stehen. Die vorgelegte Planung ist die notwendige, aber auch qualitativ hinreichende Voraussetzung dafür, dass unser Schulsystem bedarfsgerecht ausgebaut werden wird. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Schulverwaltung hat unter äußerst schwierigen schulpolitischen Bedingungen mit dieser Schulentwicklungsplanung eine Menge geleistet. Sie enthält eine Reihe konkreter Vorschläge für die nötige Gründung zusätzlicher Schulen. Ich finde es schon beachtlich, wie viele Gesamtschulen und Gymnasien gegründet werden.

Dennoch möchte ich mir erlauben, weniger von 13 Gesamtschulen als von elf zu sprechen; denn 2018, als 1 000 Kinder in Köln abgelehnt wurden, waren schon zwei dort genannte Schulen, die Gesamtschule in Vogelsang und die Heliosschule, am Start und haben bereits Kinder aufgenommen.

Wir haben danach im Schulausschuss auch Beschlüsse gefasst, die teilweise beachtlich sind und auch auf einen gewissen Konsens unter den Parteien schließen lassen. Ich nenne hier die bereits erwähnte Gesamtschule in Ossendorf und die Gesamtschule in der Parkstadt Süd. Hinter diese Beschlüsse sollten wir auch nicht zurückfallen.

Allerdings wird uns - ich werde das nachher genauer ausführen; denn wir kommen ja noch zu unserem Änderungsantrag zu der Schulpriorisierungsliste - das Problem der hohen Ablehnung an Gesamtschulen - das sieht meines Wissens auch niemand im Schulausschuss anders - weiter begleiten. Da gibt es also weiterhin eine Lücke. Diesem Problem stehen die momentane Ratsmehrheit und die Stadtverwaltung offenbar einfach gegenüber, ohne es lösen zu können.

Die Bedingungen sind zugegebenermaßen schwierig. Man müsste vielleicht bei der Suche von Grundstücken für Schulen mehr Nachdruck darauf legen, dass diese für Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen sind. Natürlich könnte das Land NRW den Großstädten in Nordrhein-Westfalen auch stärker entgegenkommen. Denn in Kalk und in der Parkstadt Süd verhandelt die Stadt ja bereits seit längerem über zwei große Grundstücke. Es ist traurig, dass nicht nur unter der heutigen Regierung, sondern auch schon unter der Vorgängerregierung das Land NRW den großen Städten dort zu wenig hilft.

Die Gesamtschule in der Parkstadt Süd, die eine Gesamtschule für den Stadtbezirk Rodenkirchen ist, aber am nördlichen Rand, liegt noch in weiter Ferne. In der Priorisierungsliste ist sie unter der sogenannten Prio B aufgeführt. Bis zu ihrer Realisierung werden noch viele Jahre ins Land gehen. Der Stadtbezirk braucht aber schon früher Gesamtschulplätze, insbesondere dann, wenn das große neue Wohngebiet Rondorf Nord-West entsteht.

Deshalb tragen wir auch den Antrag mit, in Rondorf Nord-West jetzt eine Gesamtschule zu gründen. Schon jetzt konnten 16 Prozent der Anmeldungen an Gesamtschulen, also die genannten 74, in Rodenkirchen nicht realisiert werden. Wenn das Wohngebiet steht, wird diese Zahl wahrscheinlich steigen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Freien Demokraten stehen zu ihrem Beschluss aus der Ratssitzung im Dezember 2018. Damals haben wir gemeinsam mit der CDU und den Grünen das Gymnasium in Rondorf beschlossen. Die Faktenlage hat sich, wie Helge Schlieben richtig ausgeführt hat, nicht verändert.

Auch ich habe selbstverständlich erneut den Brief von den Schulpflegschaften etc. zur Kenntnis genommen und auch noch einmal durchgelesen. Natürlich haben wir die Demonstration mitbekommen. Trotzdem möchten wir bei der Priorisierung, die wir hier im Dezember vorgenommen haben, bleiben.

Es ist richtig, dass wir beides brauchen. Wir brauchen für unsere Stadt Gymnasialplätze und auch Gesamtschulplätze. Da müssen wir immer abwägen. Das wird ein Prozess sein, der uns in den nächsten Jahren weiter verfolgt.

Wir halten es heute immer noch für richtig, in Rondorf das Gymnasium zu bauen. Im zweiten Schritt - das habe ich im Dezember auch gesagt - müssen wir selbstverständlich auch dort noch weiter an eine Gesamtschule denken.

Herr Philippi, da sind wir auch gar nicht weit voneinander entfernt. Sie wollen es einfach andersherum haben. Es ist in der Tat wichtig, dass wir beide Schulen in den nächsten Jahren schaffen und dort Plätze neu entwickeln.

Des Weiteren möchte ich mich bei der Dezernentin für die Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung bedanken. Darum haben ja viele Stadtbezirke gerungen. Ich selber habe noch vor einem Jahr in Porz relativ viel Rambazamba gemacht. Dementsprechend freue ich mich auch darüber, dass Sie die Stadtbezirke dort sehr ernst nehmen und die Beschlüsse mitnehmen, die die Bezirksvertretungen gefasst haben.

Es ist richtig - das habe auch ich vernommen; ich habe das Nicken der SPD schon gesehen -, dass die Bezirksvertretung Rodenkirchen für die Gesamtschule in Rondorf gestimmt hat. Ich glaube aber, dass wir unsere Entscheidung hier wohlüberlegt haben.

Dementsprechend sollten wir auch zu unseren Beschlüssen stehen und diese weiter fokussieren. Ich fände es sehr schwierig, wenn wir jetzt in jeder Sitzung unsere Beschlüsse noch einmal überdenken würden. Das sollten wir zwar immer tun. Man kann sich auch mal korrigieren. Aber gerade in der Schullandschaft geht es auch darum, weiterzukommen. „Bauen, bauen, bauen“ ist das Stichwort. Damit sollten wir dann schnell anfangen und nicht in jeder Sitzung erneut bestimmte Standorte wieder aufmachen. Wenn eine Entscheidung steht, sollten wir sie hier auch gemeinsam vorantreiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch, Bezirksbürgermeister Homann.

Bezirksbürgermeister Mike Homann (Rodenkirchen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Bürger, Eltern und Kinder, die heute hier demonstriert haben und mittlerweile schon zu Hause sind! Zunächst möchte ich mich bei der Stadtschulpflegschaft und allen anderen bedanken, die heute hier zum Rathaus gekommen sind und für eine Gesamtschule demonstriert haben. Sie sind hierhin gekommen, weil sie noch an etwas glauben. Sie glauben nämlich daran, dass sich in einer Demokratie die besten Argumente durchsetzen.

Meine Damen und Herren, ich könnte mich hier hinstellen und erneut alle Argumente aufzählen, warum ein Gymnasium in Rondorf einfach die zweitbeste, die falsche Lösung ist und warum dort eine Gesamtschule entstehen muss.

Ich habe Ihnen zusammen mit 17 von 18 Schulleitungen meines Bezirks und elf Schulpflegschaften einen Brief geschrieben und alle Argumente aufgezählt. Bis auf die Oberbürgermeisterin hat niemand darauf geantwortet. - So viel zum Respekt.

Sie kennen alle die Argumente, und Sie kennen alle die unzähligen Unterstützer, die ebenfalls dieser Auffassung sind, seit neuestem auch die Lehrergewerkschaft. Ich darf zitieren:

> Eine solche Missachtung der Meinung gewählter Institutionen und der Bürgerinnen und Bürger ist auch in Köln ohne Beispiel.

Ich könnte mich jetzt hier auch noch gegen die haltlosen und unsinnigen Vorwürfe gegen meine

Person verteidigen, weil ich für den Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen kämpfe. Aber ich werde dieses Spiel nicht mitspielen. Es ist schlicht absurd.

Wir haben alle Argumente auf unserer Seite. Dennoch weigern Sie sich, diese Argumente anzuerkennen, geschweige denn entsprechend zu handeln. Für Sie ist diese unsinnige Vereinbarung, die übereilt zusammengestrickt wurde, damit man bloß nicht das Votum der BV abwarten muss, ein Deal, der Stadtteile und Stadtbezirke gegeneinander ausspielt, wichtiger als die Kinder vor Ort.

Und wissen Sie, was das Schlimmste ist? Sie glauben auch noch, Sie hätten gewonnen. Es gibt vielleicht einige wenige Kinder, die von diesem Gymnasium profitieren werden. Aber es fallen auch sehr viele Kinder bei Ihrer Entscheidung hinten herunter - Kinder, für die Sie ebenfalls die Verantwortung tragen.

Wissen Sie, Thomas Hegenbarth und einige andere haben sich heute daran erinnert - und das ist richtig -: Die Bürger sind es leid, dass sich die Politik in Köln nur um sich selber zu drehen scheint. Es scheint, dass sie sich nur von einem mutlosen Kompromiss zum nächsten schwingt, um irgendwelche Bündnisse zu retten, Posten zu ergattern, Pfründe zu sichern, Rechnungen zu begleichen.

Carsten Fiedler hat es heute überspitzt „kommunalpolitische Sandkastenspiele“ genannt, bei denen es nur noch darum geht, wer wem das Förmchen geklaut hat.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer von Ihnen kann es mit seinem Amt vereinbaren, dass eine machtpolitische Vereinbarung, die Sie getroffen haben, mehr wert ist als die sachlich richtige Lösung?

(Christoph Klausing [CDU]: Arrogant!)

- Nein, das ist nicht arrogant. Sagen Sie das doch bitte den 17 Schulleitern und allen anderen Kompetenten im Kölner Süden.

Aber ich würde Sie gerne in dieser turbulenten und emotionalen Sitzung um etwas Ungewöhnliches bitten. Ich würde Sie bitten, einmal für zehn Sekunden die Augen zu schließen, einmal tief einzuatmen und einmal tief auszuatmen. Und dann möchte ich, dass Sie sich daran erinnern, was für ein Gefühl Sie hatten, als Sie das erste Mal durch diese Türen gingen, als Sie das erste Mal diesen Ratssaal betreten haben. Erinnern Sie sich bitte, welche Nervosität, wahrscheinlich welche Neugierde, welchen Stolz, aber auch welche Ehrfurcht Sie vor der großen Verantwortung und der 800 Jahre alten Geschichte dieses Rates hatten, welche Vorfreude Sie für Ihre aufkommenden Aufgaben hatten, welche Motivation in Ihnen steckte. Sie waren mit Sicherheit voll von positivem Tatendrang.

Sie sind dann vom Oberbürgermeister verpflichtet worden und haben gesagt: und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen. Meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen!

Jeder von Ihnen wird, bevor er das erste Mal diese Worte gehört hat, bis in die Haarspitzen motiviert gewesen sein, das Beste für diese Stadt zu geben. Und diese Motivation, unsere geliebte Heimatstadt weiterzuentwickeln, sie nach vorne zu bringen, sie in die Zukunft zu führen, die richtige Entscheidung für die Stadt zu treffen, brauchen wir heute.

An Ihrem ersten Tag wird kaum einer von Ihnen über irgendwelche machttaktischen Fragen nachgedacht haben. Sie haben sich nicht wie in den letzten Wochen und Monaten oder vielleicht Jahren hier verbal die Köpfe eingeschlagen. Sie wollten diese Stadt nach vorne bringen. Ihre Motivation war es, das Richtige zu tun.

Und jetzt frage ich Sie: Wo ist diese Motivation hin? Hören Sie auf, sich gegenseitig zu bekämpfen, und treten Sie endlich in den Wettstreit der besten Argumente.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie die besten Argumente auch gewinnen. Und die besten Argumente, eigentlich alle Argumente, sprechen für eine Gesamtschule.

Meine Damen und Herren, stecken Sie Ihre Energie in die Gestaltung einer besseren Zukunft für die Bürger dieser Stadt; denn die Bürger dieser Stadt haben Ihnen die Verantwortung für die Zukunft von 1 Million Menschen und für jährlich über 4 Milliarden Euro übertragen. Die Bürger dieser Stadt haben von Ihnen das Beste verdient, was Sie zu bieten haben.

Sie haben sich bei Ihrem Amtsantritt zum Wohle der Stadt verpflichtet - nicht zum Wohle Ihrer selbst, nicht zum Wohle Ihrer Fraktion, nicht zum Wohle von irgendwelchen Vereinbarungen oder Koalitionen - zum Wohle dieser Stadt.

Die Bürger möchten, nein, die Bürger verlangen von Ihnen, dass Sie dieser Pflicht nachkommen und die sachlich richtige, die beste Entscheidung für alle Kinder im Kölner Süden treffen. Und das

ist eine Gesamtschule, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Bernd Petelkau [CDU]: Sie haben sich vollkommen diskreditiert, Herr Homann! - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit! Und kein einziges sachliches Argument! - Weitere Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr und würde gerne abstimmen lassen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der SPD, der LINKEN und der Ratsgruppe BUNT ab. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Herr Wortmann enthält sich. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Vorlage auf und lasse über diese Vorlage wie Schulausschuss bzw. Finanzausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Beschluss:

Änderung zur durch den Ratsbeschluss vom 22.11.2018 der geänderten Vorlage:

Der Rat beschließt – wie ursprünglich von der Verwaltung vorgeschlagen, von der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossen und von sämtlichen Schulen im Stadtbezirk Rodenkirchen unterstützt – die Planungsaufnahme zur Errichtung eines Schulgebäudes für eine 6/5-zügige Gesamtschule, einer Hausmeisterdienstwohnung, einer 1-fach und einer 3-fach Turnhalle im Neubaugebiet Rondorf Nord-West.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT und Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Ursprungsvorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. *beschließt die „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2018“ als Rahmenplanung, mit der ein aktualisierter Gesamtüberblick über gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen (stark steigende Schülerzahlen, Schulstruktur im Wandel, G9, Inklusion) sowie Lösungsansätze zur bedarfsgerechten Gestaltung der Kölner Schullandschaft allgemein bildender Schulen gegeben wird;*

2. *beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis und im weiteren Dialog mit Schulen und Bezirksvertretungen entsprechende schulorganisatorische Maßnahmen vorzubereiten und als Beschlussvorlagen bei gesicherter Finanzierung in die politischen Gremien einzubringen. Dabei ist der Auftrag zur Priorisierung von Schulbaumaßnahmen zu beachten, der mit einer gesonderten Vorlage erfüllt werden wird;*

3. *beauftragt die Verwaltung insbesondere, die notwendigen Flächen für die erforderlichen neuen Schulen aufgrund stark steigender Kinder- und Schülerzahlen durch ein Flächenbereitstellungskonzept Schulen zu sichern und planungsrechtlich entwickeln und dieses Konzept zu einer weiteren Beschlussfassung vorzulegen.*

4. *beauftragt die Verwaltung, zeitnah nach Vorliegen einer neuen städtischen, kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung die vorliegende Fortschreibung der Kölner Schulentwicklungsplanung zu ergänzen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenhaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Wirtschaftsplan 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3639/2018

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2019 erforderlich ist, wird auf 269,1 Mio. Euro festgesetzt. Die Betriebsleitung wird ferner in Höhe von 50,9 Mio. Euro zum Abschluss von Verpflichtungen für investive Maßnahmen ermächtigt, die in künftigen Jahren zu Ausgaben führen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2019 auf 75,0 Mio. Euro festgelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.3 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln
3887/2018

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 GAG Darlehen Butzweilerhof
3996/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln ein Darlehen, das der Finanzierung des Projektes „Butzweilerhof" der GAG Immobilien AG dient, bis zu einer Gesamthöhe von 16.515.829 € gewährt. Für das Darlehen wird ein marktübliches Entgelt gezahlt. Die Verwaltung kann ergänzende Erklärungen abgeben, die zur rechtssicheren Darlehensgewährung erforderlich sind.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Priorisierende Schulbaumaßnahmenliste 2018
3648/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0225/2019

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes hat das Wort.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Man traut sich als Kölner Schulpolitiker oder Schulpolitikerin mittlerweile kaum noch, an eine Vorlage, in der es um Schulbau geht, ein Fragezeichen zu setzen. Heilfroh sind wir über jede Botschaft, die in irgendeiner Form signalisiert: Es geht weiter.

Nun können wir alle nicht darauf hoffen, dass ein Wunder vom Himmel fällt. Denn das Maximale, was uns die Bauverwaltung derzeit zusagen kann, ist eine sogenannte Transparenz dahin gehend, dass es mit dem überwiegenden Teil im Moment und auf Jahre nicht vorwärtsgehen wird.

Meine Fragezeichen sind hier sehr groß. Die Prioritätenliste wurde heute schon angesprochen. Denn was haben wir vor uns liegen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Eine Prio 0. Diese Projekte laufen, und es gibt Personal, um sie in den nächsten Jahren umzusetzen. Das ist lobenswert und eine positive Nachricht.

Eine Prio A. Sie umfasst alle Bauten, die aus schulfachlicher Sicht bis 2023 fertiggestellt sein müssen, für deren Bearbeitung es aber aktuell kein notwendiges Personal gibt.

Dazwischen: eine Prio Generalinstandsetzung 1. Dort kann aus baulicher Sicht kein Aufschub mehr geduldet werden. Da sind wir uns alle einig. Dort wird einem aber angst und bange. Wir haben hier schwarz auf weiß das gesamte Drama des Schulbaunotstandes in Köln vor uns.

Das ist zwar transparent. Es hilft aber keiner einzigen Schule und keinem einzigen Kind, das sich in übervolle Klassen quetschen muss oder das - noch schlimmer - in der gewünschten Schulform abgelehnt werden muss.

In der Vorlage kündigen Sie, Herr Greitemann, ein Schulbauprogramm an. Darauf warten wir dringend. Nicht umsonst mahnen wir seit nunmehr zwei Jahren eine Gesamtstrategie und Priorisierung für den Schulbau an. Wir fragen nach weiteren Paketen in Modulbauweise - das wurde eben schon angesprochen - und nach Ideen, aber vor allen Dingen nach Flächen, die wir dringend brauchen, um das, was gefordert ist, zu realisieren.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Die für die SPD wichtigste Botschaft zum Schluss: Bei allen Maßnahmen, die sich in der Prio A oder weiter hinauf finden, fordern wir die Verwaltung dringlich auf, eine ganz klare Priorität auf die Gesamtschulen und die Berufskollegs - sie sind heute noch gar nicht angesprochen worden - zu legen. Wir brauchen modernste und leistungsfähige Berufskollegs, wenn wir dem Fachkräftemangel gerecht werden wollen.

Das müssen wir alle gemeinsam stemmen - vor dem Hintergrund von knapp 1 000 Ablehnungen für Kinder, die eine Gesamtschule besuchen könnten, aber keinen Platz finden. Das darf nicht sein. Dies ist ein trauriger Rekord der letzten Jahre.

Lassen Sie uns deswegen alle gemeinsam dafür streiten, dass wir mehr Personal einstellen, um das, was wir auch im Schulausschuss immer wieder bekräftigen, hier voranzubringen. Es wird dringend gebraucht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Dr. Schlieben hat das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Ich freue mich ja darüber, dass der Rat heute der erweiterte Schulausschuss ist und wird. Wir können es gerne weiter so machen, dass wir alle Debatten, die wir ausreichend geführt und nach denen wir gut und konstruktiv beschlossen haben, hier noch einmal wiederholen. Das interessiert die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Massen von Gästen auf der Tribüne um 21.30 Uhr wirklich sehr. Sonst gibt es keine spannenden Themen.

Dies gilt gerade dann, wenn man solche Beschlüsse einstimmig in den entsprechenden Fachausschüssen getroffen hat und wenn man sich sogar in einer gemeinsamen Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft und des Schulausschusses zusammengesetzt hat und einstimmig beschlossen hat, um zu zeigen, wie bedeutsam das Thema ist.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich ja gar nicht, jetzt darüber zu streiten. Deshalb sehe ich auch nicht ein, warum man hier sagt: Wir wollen jetzt noch einmal darüber befinden.

Wir danken der Verwaltung dafür, dass hier ein Auftrag, den wir im Rat erteilt haben, umgesetzt wird, sodass wir endlich eine Ordnung in die Priorisierung dieser über 200 Schulbaumaßnahmen bekommen. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Diesen Dank hatten wir schon in diversen Sitzungen vorher bekundet. Herr Greitemann hatte uns in der gemeinsamen Sitzung auch erklärt, dass das der Auftakt dazu ist und wir erwarten können, dass die Verwaltung jetzt ganz konkret an den Umsetzungen arbeitet und uns noch im Frühling Umsetzungsvorschläge vorlegen wird, in denen steht, wie diese Liste auch konkret in Beton umgesetzt werden kann und welche der 59 Maßnahmen sofort oder etwas verzögert wie umgesetzt werden können.

Auch das hatten wir in der gemeinsamen Sitzung sehr positiv und konstruktiv diskutiert. Dahin gehört es auch, finde ich. Es ist aber eine wichtige Sache. Man kann hier auch noch einmal betonen, wie einig wir uns waren und was die Verwaltung uns dort zugesagt hat.

Wir nehmen auch mit - das haben wir bereits in der gemeinsamen Sitzung mitgenommen -, dass es sich dabei natürlich um eine Rahmenplanung handelt, in der nicht jede letzte Frage geklärt ist. Das war aber auch nicht der Anspruch. Der Anspruch war, dass wir die über 200 Maßnahmen, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle wehtun wird, sortieren müssen.

Für die Maßnahmen, die wir jetzt nach vorne gestellt haben, die Maßnahmen, für die wir der Verwaltung das Go geben, die Maßnahmen, für die uns die Verwaltung hoffentlich in größeren Paketen die Lösungen auf den Tisch legen wird, sage ich Ihnen jetzt auch zu: Da wird die Politik dann nicht mehr reingrätschen. Wenn wir das einmal auf den Weg gebracht haben, machen wir es nicht so wie bei anderen Maßnahmen - ich will jetzt keine Beispiele nennen -, bei denen wir

dann jedes halbe Jahr wieder einen Änderungswunsch haben. Dann ist der Deckel zu. Dann wird das umgesetzt.

Und dann kommen Sie nach fünf Jahren wieder, Herr Greitemann, wenn die nächsten sieben Schulen in dem Paket - oder am besten noch mehr - fertiggestellt sind. Daher vielen Dank.

Eines werden wir heute nicht tun. Darauf hat die Kollegin Scho-Antwerpes gar keinen Bezug genommen. Ich nehme es ja ernst, dass die Fraktion DIE LINKE hier noch einen Antrag gestellt hat.

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Dazu wird sie ja noch reden!)

- Die Antragstellerin hätte ja zuerst reden können. - Ich erkläre für meine Fraktion: Wir werden heute im Rat keine Änderung der bestehenden Priorisierungen und Listen vornehmen. Die Bedeutung von Gesamtschulplätzen und Gymnasialplätzen habe ich schon betont. Das können Sie mir auch abnehmen. Aber nur durch den Beschluss werden wir nicht dafür sorgen, dass wir von heute auf morgen mehr Beton und mehr Bauten auf den Weg bringen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie mir einen Hinweis. Die Antragstellerin hat einen Änderungsantrag gestellt. Deswegen wurde die Rednerliste so zusammengestellt. - Herr Thelen hat das Wort.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man kann ja sagen, dass mit dieser Beschlussvorlage jetzt die notwendige Fortsetzung der in der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung genannten Maßnahmen vorliegt. Erst mit dieser Priorisierung haben sich Schulverwaltung und Bauverwaltung ehrlich gemacht im Blick darauf, was wann umgesetzt werden kann und umgesetzt werden muss.

Dass die Maßnahmen nach Prioritätskategorien in Gruppen vorgestellt werden und nicht als nacheinander gereihte Einzelmaßnahmen, ist der Komplexität der Aufgabe geschuldet. Diese Liste von sieben Gruppen gibt erstmals einen transparenten und realistischen Überblick über den Schulbau der nächsten Jahre. Zentrales Anliegen der genannten 219 Maßnahmen ist die Schaffung und der Erhalt von Schulplätzen.

Die genannten, nach Kategorien priorisierten Maßnahmen sind im hohen Maß davon abhängig, wie sie in der Gebäudewirtschaft personalisiert sind und personalisiert werden. Die personalisierten und im Bau oder in der Planung befindlichen 59 Maßnahmen stellen einen wichtigen Teil dar, aber eben nur einen Teil. Die im zweiten und dritten Abschnitt genannten Baumaßnahmen, die innerhalb von fünf Jahren erstellt werden sollen, sind bisher nicht personalisiert. Das sind vor allen Dingen Sanierungsmaßnahmen, Erweiterungen und Neubauten.

Wir müssen die Verwaltung dringend auffordern, schnellstmöglich für diesen Bereich, der schon zum großen Teil beauftragt ist, Personal zu suchen und natürlich einzustellen.

Dass auch Instandsetzungsmaßnahmen genannt werden, deren Baubeginn innerhalb der nächsten zehn Jahre erfolgen soll, ist sicherlich für viele Schulen nicht tröstlich, jedoch gegenüber dem bisherigen Zustand, der bloß dem Prinzip Hoffnung folgte und in dem es keine Angaben dazu gab, wann denn mit der Bautätigkeit zu rechnen ist, ein sinnvoller Fortschritt. Im Übrigen erhalten die Schulen zwar kein genaues Datum, aber die Information über einen Zeitbereich, in dem mit der Bautätigkeit begonnen werden soll.

Wie immer, wenn eine Maßnahme nicht sofort und unmittelbar umgesetzt wird, wird es Kritik und Klagen geben. Die Alternative, über den Zeitraum zu schweigen, wie das bisher der Fall war, ist jedoch in jedem Fall die schlechtere.

Die dem Vorschlag angehängte Liste über die beauftragten Containereinheiten macht deutlich, dass es nur mit baulichen Provisorien möglich ist, Schulplätze in ausreichender Zahl zu schaffen. Ohne Provisorien und Interimsmaßnahmen ist auch eine sinnvolle Schulbautätigkeit überhaupt nicht denkbar.

Ob es möglich ist, an manchen Standorten statt eines Interims einen mit Modulen fortschreitenden Endausbau zu gestalten, muss in jedem Fall bei Neubauten geprüft werden, Herr Greitemann. Damit würden wir auch massiv Kosten und nicht nur Zeit sparen.

Die in dieser Vorlage genannten Zahlen machen klar, vor welch riesiger Herausforderung die Stadt im Schulbereich steht. Die Verwaltung hat mit dieser die Maßnahmen konkretisierenden Liste eine solide Grundlage für die Umsetzung

geschaffen, wofür wir ihr große Anerkennung schulden. Wir bitten um Zustimmung. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Priorisierungsliste zeigt auch, dass es Rat und Verwaltung der Stadt nicht schaffen, zwischen Gesamtschulen und Gymnasien ein ausgewogenes Verhältnis herzustellen. Wie gesagt, bestreitet keiner, dass es über viele Jahre noch eine hohe Zahl von Ablehnungen an Gesamtschulen geben wird. Viele Eltern in dieser Stadt werden sich fragen, warum es eigentlich so ist, dass es an einem Gymnasium, an einer Realschule und auch an einer Hauptschule einen garantierten Platz gibt, während der Wunsch, eine Gesamtschule zu besuchen, so diskriminiert wird, wie das im Moment der Fall ist.

Deshalb hat es mich eigentlich gefreut, dass im Dezember 2018 Frau Dr. Klein und Herr Greitemann zu einer Sitzung geladen haben, in der sie angekündigt haben, ein Programm zu starten, mit dem Bewegung in den Schulbau geraten soll - ein Ausbauprogramm, ein Schulbauprogramm. Dann wurde jedoch vorgestellt, dass dieses Schulbauprogramm lediglich für Gymnasien gilt.

Ich muss sagen: Es ist berechtigt, dass dieses Programm für Gymnasien gilt. Da besteht ein Bedarf. Aber wieso wird dieses Schulbauprogramm nicht auch um einen Teil für Gesamtschulen ergänzt?

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb stellt meine Fraktion heute hier den Antrag, in die Kategorie A der Priorisierungsliste unter Nr. 124 das in unserem Antrag aufgeführte Programm aufzunehmen und fünf neue Gymnasien und fünf neue Gesamtschulen vorzusehen. Denn es ist wahrscheinlich eine sehr sportliche Aufgabe, dass fünf Gymnasien bis 2024 gestartet sein sollen bzw. dass sie 2020 an einem Interimsstandort starten sollen und dann ein Grundstück gesucht werden soll, um die Schulen zu bauen. Aber wenn man das für die Gymnasien macht, warum macht man das nicht für die Gesamtschulen? Deshalb stellen wir diesen Antrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Thelen hat eine Zwischenfrage.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte Herrn Kockerbeck eine Frage stellen. Es wird ja ein bisschen bemängelt, dass wir hier quasi Schulausschuss spielen. Wieso habt ihr den Antrag nicht im Fachausschuss gestellt, Heiner?

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Diese Frage kann ich dir gerne beantworten. Leider müssen wir manche Frage, die im Ausschuss erörtert wurde, hier noch einmal erörtern. Ich hatte im Ausschuss gesagt, dass wir diese Liste noch studieren, dass wir noch nicht so weit sind und dass wir deshalb im Rat einen Antrag stellen werden. - Danke für die Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus; denn ich möchte nur kurz für die FDP-Fraktion darstellen, dass wir den Änderungsantrag der LINKEN ablehnen werden. Wir werden der Prioritätenliste und dementsprechend der Beschlussvorlage der Verwaltung folgen. Wir halten das für gut ausgewogen und lehnen daher den Änderungsantrag ab.

Inhaltlich ist alles gerade intensiv von den Kollegen dargestellt worden. Das möchte ich an dieser Stelle um diese Uhrzeit nicht noch einmal wiederholen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich gerne abstimmen lassen.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der LINKEN. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage mit den in Anlage 5 enthaltenen Änderungen abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

I. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

1. Der bisherige Beschlusspunkt wird zu Beschlusspunkt 1.

2. Darunter wird ein neuer Beschlusspunkt 2 eingeführt.

In die Kategorie A wird die Maßnahme 124 erweitert: (Ergänzungen fett gedruckt)

124/GY & GE/Stadtweit/Machbarkeitsstudie/Neubau 5 neue Gymnasien und 5 neue Gesamtschulen/

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT und bei Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Ursprungsvorlage in der aktualisierten Fassung (s. Anlage 5)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die in Anlage 1 beiliegende priorisierende Schulbaumaßnahmenliste mit den in Anlage 5 vorgenommenen Klarstellungen und Aktualisierungen (Schulbauliste 2018) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der aufgelisteten Schulbaumaßnahmen in der Abfolge der aufgezeigten Kategorien vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Bestellung von Frau Prof. Dr. Dörte Diemert zur Ersten Betriebsleiterin
3788/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert mit sofortiger Wirkung zur Ersten Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln.

Die Bestellung gilt für ihre Wahlzeit als Beigeordnete der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln - Soll/Ist-Vergleich
3695/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Soll-Ist-Vergleich über den gesamten Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln als Grundlage für zukünftige Fahrzeugbeschaffungsmaßnahmen.

Die Kostenfolge mit einer Gesamtsumme von 8.325.000 € verteilt sich auf einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren und wird ab dem Haushaltsjahr 2020 je nach Bedarf zur jeweiligen Haushaltsplanung im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, angemeldet.

Vor Einleitung des jeweiligen Beschaffungsvorganges wird entsprechend der städtischen Vorlagegrenzen auch weiterhin eine Bedarfsprüfung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
Baubeschluss
3333/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die Kostenberechnung für die Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und der Baudurchführung. Die kalkulierten Gesamtkosten nach Abschluss der Leistungsphase 3 der HOAI (Kostenberechnung) belaufen sich derzeit auf 9.034.500 € inklusive der Risikokosten und Baukostenindexsteigerungen für die nächsten zwei Jahre.

Zur Finanzierung der Gesamtkosten der Maßnahme i. H. v. 9.034.500 € erfolgt neben den bereits veranschlagten Mitteln i.H.v. insgesamt 5,2 Mio. € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Finanzstelle 3701-0212-9-5500, „Erweiterung FW 9“ eine weitere Veranschlagung von 3.834.500 € zur Haushaltsplanung 2020.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Befristete Fortsetzung des Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU
3710/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

a. die befristete Weiterführung des Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ – bisher Bestandteil des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) „Starke Veedel – Starkes Köln“- in den bisherigen Sozialräumen:

- *Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord*
- *Humboldt / Gremberg und Kalk*
- *Meschenich und Rondorf*
- *Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße*

für den Zeitraum 01.01.2019 bis einschließlich 31.12.2019.

b. zur Finanzierung des Projektes im genannten Zeitraum überplanmäßigen Aufwand im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von insgesamt 675.000 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen (611.520 €) und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (63.480 €).

Die Deckung erfolgt in Höhe von:

325.000 € aus Teilergebnisplan 0902 - Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

250.000 € aus Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

100.000 € aus Teilergebnisplan 1401 - Umweltordnung, -vorsorge, Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen

c. Zur Durchführung des Projektes werden 1,5 Stellen in der Bewertung A13 LG

22 bzw. LG21 LbesG NRW, die bereits für die Vorgängerprojekte eingerichtet

wurden, weiterhin im Stellenplan zur Verfügung gestellt. Die erforderlichen Personalaufwendungen betragen insgesamt 158.500 €.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 ‚Integrationsbudget‘ - Verteilung der Finanzmittel in 2019
4173/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Sozialausschuss und Integrationsrat.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses / Ausschusses Soziales und Senioren und des Integrationsrates:

Der Rat beschließt, auf der Grundlage der in 2015 entschiedenen Verteilung der Finanzmittel aus dem „Integrationsbudget“ (ursprünglich in 2015 = 915.700 €; in 2019 aufgrund von Tariferhöhungen insgesamt 986.093 €), die in der Anlage dargestellte Anpassung einzelner Finanzpositionen (mit Ausnahme der Position ‚Fortschreibung Gesundheitswegweiser für KölnerInnen mit Zuwanderungsgeschichte‘ 8.435 € sowie die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als „Integrationslotsen Gesundheit“ in Höhe von 32.500€) in einer Gesamthöhe von 945.158 €.

Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Höhe von 986.093 € für das Jahr 2019 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2019
0019/2019

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2019, veranschlagte Mittel zur Förderung der Interkulturellen Zentren in Höhe von 410.090 € gemäß Anlage 2 zu verwenden.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2019 / 1. Teil
0103/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Förderung von Antirassismusarbeit wie folgt:

1. *„Stärkung der Arbeitsstruktur des ‚Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung‘ durch Finanzierung einer 450 €- Kraft zur organisatorischen Unterstützung für 12 Monate*

   Betrag in Höhe von 8.482 € (incl. der Abgaben an die Minijob-Zentrale)

   Antragsteller: Kölner Flüchtlingsrat e.V.

2. *Maßnahme zur Weiterentwicklung und Optimierung der Arbeit im „Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung“*

   Betrag in Höhe von 650,00 €

   Antragsteller: AntiDiskriminierungsBüro/ Caritas-Zentrum Kalk

3. *Durchführung einer Veranstaltung zur Präsentation und Prämierung von Beiträgen zum Wettbewerb an Kölner Schulen und Jugendeinrichtungen „Dissen - mit mir nicht - Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung“*

   Betrag in Höhe von 2.000 €

   Antragsteller: AntiDiskriminierungsBüro/ Caritas-Zentrum Kalk

4. *Durchführung eines Fachtages mit dem Titel „Rassismus wirkt: Aus der Perspektive der Betroffenen und Privilegierten“ am Internationalen Tag gegen Rassismus.*

   Betrag in Höhe von 5.000 €

Antragsteller: DTVK e.V.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“ 0020/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Fortschreibung des auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“ (Ratsbeschluss vom 18.05.2017, Vorlage-Nr. 1381/2017). Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“ wird um die Maßnahmen „Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüTZe“ (Anlage 1) und „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ (Anlage 2) fortgeschrieben.*

2. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die zusätzlichen Einzelmaßnahmen im Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht bis 2023 hinterlegt sind (siehe Anlage 3). Er beauftragt die Verwaltung mit vorbereitenden Maßnahmen, um eine potentielle Förderung dieses Projektes zu klären. Die Umsetzung der Maßnahme steht unter Vorbehalt der Bewilligung aus dem avisierten Förderzugang sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 Prozent der Gesamtkosten. Der zusätzlich entstehende Aufwand und die zusätzlich entstehenden investiven Zahlungsermächtigungen betragen für die Maßnahme „Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüTZe“ 5.036.370 Euro und für die Maßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ 979.400 Euro. Im Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“ soll die Maßnahme „Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüTZe“ bis 2023 und die Maßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ bis 2022 umgesetzt werden. Die Kosten der Baumaßnahme werden zum Haushaltsplan 2020 ff. angemeldet.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der zusätzlichen investiven Maßnahmen (Anlage 1 und 2) „Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüTZe“ und „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“ im Sozialraum. Darüber hinaus wird die Verwaltung mit der Anpassung der Maßnahmenkonzeption beauftragt, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage von Beschlussvorlagen zu den genannten investiven Maßnahmen, sofern die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmen.*

4. *Der Rat nimmt die in Anlage 4 tabellarisch aufgeführten Anpassungen des vom Rat im Mai 2017 beschlossenen Einzel-ISEKs (Vorlage-Nr. 1381/2017), die notwendig wurden,*

   a. *da durch eine Richtlinienänderung sowie die neue Schwerpunktsetzung des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich des ESF während der Projektlaufzeit für vorgesehene Maßnahmen die Fördergrundlage weggefallen ist.*

   b. *um den städtebaulichen Ansatz zu stärken und dabei ein angemessenes Verhältnis von städtebaulichen nachrangigen konsumtiven Maßnahmen zu städtebaulichen investiven Maßnahmen zu erreichen.*

   c. *um die Erreichung der im ISEK festgelegten Ziele sicherstellen zu können.*

zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, laufend Fördermöglichkeiten zur weiteren Umsetzung des beschlossenen Maßnahmenprogramms für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“, ggfs.

auch alternative Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen und zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Förderung des Bildungsberatungszentrums Köln-Mülheim 0098/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. *die Förderung des "Bildungsberatungszentrum Mülheim“ als Maßnahme innerhalb des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“.*

2. *die Finanzierung der Aufwendungen in Höhe von jährlich 60.000 € (rd. 43 % städtischer Eigenanteil), die im Haushaltsplan 2019 bzw. in der Mittelfristplanung zum Haushaltsplan 2019 für die Jahre 2019 und 2020 im Teilplan 0902 – Stadtentwicklung, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt sind.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20 0079/2019

Da würde ich Ihnen gerne Folgendes berichten: Derzeit gibt es ja, wie die meisten von Ihnen oder vielleicht auch Sie alle wissen, bei den städtischen Bildungs- und Kultureinrichtungen keine einheitliche Ermäßigung für Menschen mit Behinderung. Zwei Drittel der Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung erhalten in den meisten Kultureinrichtungen und Bildungseinrichtungen keine Ermäßigung. Ich habe an einer Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik teilgenommen. Dort haben wir beraten, dass die Verwaltung eine einheitliche Umsetzung der Ermäßigungsregelung vorschlagen wird, und zwar nach Maßgabe der Schwerbehindertenstelle, die für alle städtischen Einrichtungen gelten soll.

Das mag dann so gelöst werden, dass Menschen je nach Grad der Behinderung auch eine Ermäßigung erhalten, beispielsweise in Höhe von 50 Prozent. Wir entwickeln das gerade und stehen da im Wort, es auch sehr bald zum Abschluss zu bringen.

Deswegen möchte ich Sie heute bitten, abzustimmen wie Finanzausschuss. Dann würden wir nämlich keine Vorfestlegung beschließen.

Ich wollte Ihnen das nur berichten, damit Sie wissen, wie ich beabsichtige, abstimmen zu lassen. Jetzt frage ich: Gibt es Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Im Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester ist ja nicht nur darüber diskutiert worden und dann auch einstimmig beschlossen worden, dass Schwerbehinderte und Begleitpersonen freien Eintritt haben. Es wurde auch noch beschlossen, auf welche Weise die Ticketpreise erhöht werden sollen bzw. nicht erhöht werden sollen. Das war ebenfalls eine Änderung zu der ursprünglichen Verwaltungsvorlage - auch in Abstimmung mit dem Gürzenich-Orchester.

Ein weiterer Punkt wurde aus der Vorlage herausgetrennt, nämlich der Punkt D, bei dem es um den Verkauf von Programmheften und Ähnlichem geht. Auch dieser Herauslösung wurde einstimmig zugestimmt.

Insofern möchte ich darum bitten, dass wir über die Fassung wie Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester abstimmen. Meines Erachtens hatte das bereits Eingang in die Abstimmung im Finanzausschuss gefunden. Jetzt höre ich, dass es dort nicht zugrunde gelegen haben soll. Wenn das doch der Fall ist, ist es ja unstrittig. Ansonsten würde ich beantragen, im Sinne des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester, der ja der Fachausschuss dafür ist, abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht darf ich einmal zitieren, was im Finanzausschuss, dem ich ja selber nicht angehöre, beschlossen wurde:

Der Rat setzt die Eintrittspreise für die Konzerte des Gürzenich-Orchesters Köln in der Kölner Philharmonie ab der Spielzeit 2019/2020 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung neu fest.

Da sind die Kartenpreise zugrunde gelegt. Ich spreche jetzt nur von dem Passus der Schwerbehinderten. Alles andere würden wir nach der Vorlage, die ich jetzt habe, mit dem Finanzausschuss besprechen. - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Konkret hat der zuständige Bühnenausschuss beschlossen, dass die beiden unteren Kartenpreissegmente unverändert bleiben und dass das zulasten der oberen Kartenpreissegmente geht. Das heißt, dass die Gegenfinanzierung über die beiden oberen Kategorien stattfindet. Es wäre gut, wenn das in der neuen Gebührenordnung dann auch Niederschlag finden würde.

Wir haben uns, weil die Diskussion heute in der Fraktion noch einmal aufgekommen ist, den Beschlusstext noch einmal angeschaut. Darin ist richtigerweise aufgeführt, wer alles in den Genuss von Ermäßigungen kommen kann, zum Beispiel Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende. Das ist alles sehr gut. Dieser Text kann natürlich auch so übernommen werden. Köln-Pass-Inhaber sind dort auch erwähnt.

Allerdings fehlen - und dazu gibt es einen allgemeinen Beschluss - die Ehrenamtskarten und die Juleicas, also die Jugendleiter-Karten. Hier im Rat der Stadt Köln ist es Beschlusslage, dass deren Inhaber auch in den Genuss von Ermäßigungen beim Besuch öffentlicher Einrichtungen kommen sollen. Es wäre gut, wenn das dann im Rahmen der Gebührenordnung auch mitberücksichtigt würde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Meine Damen und Herren! Meiner Kenntnis nach lag dem Finanzausschuss ja die Beschlusslage des zuständigen Fachausschusses gar nicht vor.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, das Protokoll!)

- Ja? Ich kann nur sagen: nach meiner Kenntnislage. Wenn das anders war, ziehe ich diesen Einwand jetzt zurück.

Aber wir haben uns auch ganz bewusst nach intensiver Debatte für den Vorschlag der CDU-Fraktion, auch die Menschen mit Behinderung zu befreien, ausgesprochen. Wir hatten da eine Einstimmigkeit. Deswegen würde ich auch dem Antrag von Frau von Bülow folgen. Wir sollten über diesen Beschluss hier so abstimmen, wie er im zuständigen Fachausschuss beschlossen worden ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir hatten des Weiteren beschlossen - das ist auch in dem als Anlage beigefügten Auszug aus dem Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester enthalten -, den Punkt D ersatzlos zu streichen. Dabei geht es um die kostenfreie Abgabe von Programmheften. Das wollten wir nicht mehr in der Vorlage stehen haben, weil letztendlich ein Dissens zwischen - - Es gehört eigentlich in den nichtöffentlichen Teil. Wenn man das streichen würde, würde die Kassenführung für das Servicepersonal wegfallen. Und das ist ein wichtiger Bestandteil zur Eingruppierung. Wenn er nicht mehr existiert, wird es nur noch eine Eingruppierung der einfachsten Art geben.

Weil da ein Dissens besteht, haben wir gesagt, dass wir diesen Punkt herausnehmen, bis das geklärt ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe an der Sitzung des Finanzausschusses teilgenommen. Der Vorsitzende ist, glaube ich, gerade nicht im Raum.

Es gibt eine Anlage 1. Sie lag im Finanzausschuss vor und wurde dort zur Abstimmung gestellt. Diese Anlage 1 beinhaltet den Beschluss des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester. Und hier steht:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Sie beinhaltet unter anderem den Punkt der Ermäßigung:

- 50 % für Schüler; Studenten (bis 28 Jahre), Auszubildende, Wehr- und Bundesfreiwilligendienstleistende, Köln-Pass sowie Köln-Card Inhaber,

- Schwerbehinderte und Begleitpersonen für Schwerbehinderte oder Rollstuhlfahrer erhalten freien Eintritt.

Darüber stehen die veränderten Kategorien und Preisskalen für das Abonnement.

Dem sind wir so gefolgt. Ich gehe davon aus, dass der Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester wusste, was er tat. Der Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester hat ja einstimmig beschlossen. Sie müssen also auch zugestimmt haben, Frau Stahlhofen. Deshalb sehe ich jetzt überhaupt keinen Grund, warum wir hier ad hoc etwas verändern sollten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sich eine Gleichbehandlung vorstellt.

Ich würde gerne noch einmal, weil ich jetzt zwei verschiedene - -. Ja, aber wenn man eins schon beschlossen hat und eine Gleichbehandlung möchte, muss man alles so machen. Ob das für die anderen städtischen Einrichtungen möglich ist, weiß ich nicht.

Ich würde aber gerne noch einmal den Vorsitzenden des Finanzausschusses fragen; denn ich habe hier zwei völlig unterschiedliche Berichte und weiß jetzt nicht, was passiert ist. - Danke, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es hilft: Ich glaube, dass der Sitzungsleitung des Rates die richtige Beschlussfassung übermittelt worden ist. Es ist im Ergebnis aber irrelevant; denn der Rat entscheidet ja selbst, was er entscheiden möchte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So ist es, ja.

Martin Börschel (SPD): Insofern sind Sie frei, heute Abend das zu tun, was Sie möchten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist völlig klar. Ich wollte nur darüber aufklären, was in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik angeregt wurde, nämlich eine Vereinheitlichung der Preise. Aber selbstverständlich ist der Rat in seiner Entscheidung frei.

Herr Börschel, ich habe Sie jetzt so verstanden, dass der Finanzausschuss wie Vorlage beschlossen hat.

(Martin Börschel [SPD]: Ja!)

- Ja. Vielen Dank. Dann ist das so. - Dann stelle ich das jetzt so zur Abstimmung.

(Zurufe)

- Der Vorsitzende des Finanzausschusses hat gerade dargestellt, wie beschlossen wurde.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wir haben einen anderen Vorschlag!)

- Dann stellen Sie doch einen Antrag.

Martin Börschel (SPD): Genau. Das wollte ich gerade auch anregen. Es mag ja sein, dass das ein Fehler war. Aber es gibt nun einmal Mitglieder des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester, die in Personalunion auch Mitglieder des Finanzausschusses sind. Ihnen ist diese Differenz offensichtlich nicht aufgefallen. Das kommt in den besten Familien vor. Dann muss man es eben heute korrigieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So ist das. - Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Wenn ich es richtig verstanden habe, hat Frau von Bülow eben den Antrag gestellt - und wir haben uns diesem Antrag angeschlossen -, so zu beschließen, wie der Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester beschlossen hat.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt haben wir den Sachverhalt jedenfalls geklärt. Vielen Dank dafür. Das ist die Grundlage, um hier eine Entscheidung treffen zu können.

Dann lasse ich zunächst - Herrn Dr. Elster sprechen.

Dr. Ralph Elster (CDU): Ich hatte für die CDU-Fraktion vorgetragen, dass die Ehrenamtskarten und die Juleicas auch zu berücksichtigen sind, wenn dann noch einmal über die Gebührenordnung nachgedacht wird; denn es gibt Beschlüsse, dass sie bei Ermäßigungen berücksichtigt werden müssen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würde ich Sie doch bitten, jetzt einen Antrag zu formulieren, über den ich dann beschließen lassen kann.

Bernd Petelkau (CDU): Der Antrag ist, so zu beschließen wie der Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester inklusive - das ist jetzt die Ergänzung - Jugendleiter- und Ehrenamtskarten.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Vor dem Hintergrund der Beschlusslage des Rates!)

Das ist der Antrag.

(Zuruf: Und vor dem Hintergrund der Wünsche der Stadtarbeitsgemeinschaft!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, vor dem Hintergrund der Wünsche der Stadtarbeitsgemeinschaft kann man das nicht beschließen lassen. Das müssen wir dann irgendwie anders nachholen.

Dann lasse ich zunächst über den soeben formulierten Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, Rot-Weiß, die AfD und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Wie wunderbar.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Und die Oberbürgermeisterin?)

- Die Oberbürgermeisterin stimmt mit. Das ist ja völlig klar. Ich stimme doch nicht alleine dagegen. - Enthaltungen kann es nicht mehr geben. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Gürzenichorchester vom 29.01.2019 und ergänzt durch den mündlichen Antrag von RM Petelkau:

Der Rat setzt die Eintrittspreise für die Konzerte des Gürzenich-Orchesters Köln in der Kölner Philharmonie ab der Spielzeit 2019/2020 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung neu fest.

In der Begründung der Ratsvorlage wird Punkt

D Ab der kommenden Spielzeit intendiert die Geschäftsleitung Abendprogramme kostenfrei an alle Konzertbesucher zu verteilen und nicht mehr zu verkaufen.

ersatzlos gestrichen.

Die Eintrittspreise der Sinfoniekonzerte werden im Abonnement wie folgt geändert:

Platzgruppe	*alt (seit 01.09.2016*	*neu (ab 01.09.2019)*
I	*38*	*43*
II	*30*	*34*
III	*24*	*27*
IV	*16*	*18*
V	*14*	*14*
VI	*9*	*9*

und im ersten Spiegelstrich unter Ermäßigungen – Schwerbehinderte gestrichen – sowie im zweiten Spiegelstrich – Schwerbehinderte hinzugefügt - heißt es wie folgt:

- *50 % für Schüler; Studenten (bis 28 Jahre), Auszubildende, Wehr- und Bundesfreiwilligendienstleistende, Köln-Pass sowie Köln-Card Inhaber,*
- *Schwerbehinderte und Begleitpersonen für Schwerbehinderte oder Rollstuhlfahrer erhalten freien Eintritt.*

Des Weiteren soll der Aspekt „Ermäßigung auch für Inhaber von Jugendleiter- und Ehrenamtskarten“ mitaufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Bildungslandschaft Altstadt Nord (BAN) - Baubeschluss für Baufeld C - Abendgymnasium

2589/2018

Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und Finanzausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft / Finanzausschusses:

1. *Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die Kostenschätzung für die Baumaßnahmen im Baufeld C mit Gesamtbaukosten für die Objekte des Sondervermögens der Gebäudewirtschaft in Höhe von brutto circa 27.024.618 Euro (Kostenschätzung in Höhe von 23.061.592 Euro zuzüglich Indexierung von 3.963.026 Euro) zuzüglich Einrichtungskosten in Höhe von circa 750.000 Euro und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung, der Submission und Baudurchführung. Bei der Umsetzung wird die Energieleitlinie EnEV 2014 (Stufe 1) zur Grundlage genommen.*

2. *Der Rat der Stadt Köln genehmigt einen Risikozuschlag in Höhe von 25% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten in Höhe von 5.220.584 Euro. Durch diesen Baubeschluss wird das Maßnahmenbudget mit Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Der Rat beauftragt die Verwaltung, jeweils unmittelbar anzuzeigen, wenn Maßnahmen aus diesem Risikobudget finanziert werden müssen.*

3. *Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die erforderlichen Mittel sollen aus dem Flächenverrechnungspreis generiert werden.*

   Auf Basis des aktuellen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Kosten für die Reinigung in Höhe von rund 1.077.152 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird.

4. *Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 600.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 150.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 hinsichtlich der Federführung für die Maßnahme Kapazitätserweiterung durch Verlängerung der Bahnsteige an Haltestellen der Linien 4 und 13 sowie Beschluss über die Umsetzung der Planung bis Leistungsphase 3 HOAI durch die KVB
2723/2018

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0218/2019

Dazu liegt eine Rednerliste vor. Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich erst einmal dafür entschuldigen, dass ich diese Fachdebatte jetzt noch zu so später Stunde in den Rat trage. Es war mir leider aus beruflichen Gründen nicht möglich, diesen Änderungsantrag schon vor der Sitzung des Verkehrsausschusses zu stellen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Und wir müssen jetzt darunter leiden!)

- Genau; Niklas Kienitz muss darunter leiden. - Deswegen gebe ich auch denjenigen, die von Verkehrspolitik in Köln nicht ganz so viel Ahnung haben, eine kurze Einführung.

Wir haben bei der KVB bisher Niederflurstraßenbahnen und Hochflurstraßenbahnen. Nach diesem Beschluss, den wir hier fassen sollen, um mehr Kapazität insbesondere auf die Linien 4 und 13 zu bringen, haben wir künftig nicht nur Niederflurfahrzeuge und Hochflurfahrzeuge; von den Hochflurfahrzeugen gibt es dann auch welche mit 60 Metern und welche mit 70 Metern.

Es kann sicherlich nur ein Provisorium sein, hier 10 Meter dazwischenzuschweißen. Wir sind auf der Suche nach einer Lösung für die lange Frist.

Das ist der Inhalt unseres Änderungsantrags. Es geht darum, auf der Linie 4 auch eine Dreifachtraktion möglich zu machen, also drei der bisherigen Wagen hintereinanderzukoppeln. Dabei gibt es zwei Problemhaltestellen, nämlich den Wiener Platz und die Grünstraße, die nicht so einfach zu erweitern wären. In unserem Änderungsantrag geht es aber gerade darum, die Vorkehrungen dafür zu treffen, dass man die Haltestellen immer noch erweitern kann, und nichts zu verbauen. Für die beiden Haltestellen, die ich gerade genannt habe, müsste dann eine andere Lösung gefunden werden.

Die Linie 13 halte ich eigentlich für den Hidden Champion - das habe ich im Verkehrsausschuss auch gesagt - unseres KVB-Straßenbahnnetzes. Dort ist eigentlich noch mehr Kapazität möglich. Die Kölner Fahrgäste haben ja alle das Bestreben, zum Neumarkt zu wollen, weil dort so viele Bahnen fahren und man so schön umsteigen kann. Das Ziel sollte es sein, Fahrgäste von der Innenstadt fernzuhalten und dazu zu bringen, sich andere Wege suchen. Wir wissen ja, dass die Fahrgäste der KVB gerne surfen und einfach gucken: Wie komme ich am schnellsten mit den besten Verbindungen zu meinem Ziel?

Daher sollten wir aus meiner Sicht die Linie 13 attraktiver machen und dort im Regelbetrieb einen Fünfminutentakt anbieten. Das haben wir sonst auch auf allen Strecken. Auf der 13 fährt aber nur eine Linie. Sonst liegen zwei Linien übereinander bzw. gibt es auf der Linie 18 einen engeren Takt.

Der zweite Teil unseres Änderungsantrags ist, auch das nicht aus dem Auge zu verlieren und die KVB zu beauftragen, die nötigen Maßnahmen - da geht es um die Endhaltestelle und den Fuhrpark - in die Wege zu leiten, damit wir irgendwann auf der Linie 13 auch einen Fünfminutentakt fahren können, wie wir das auf allen anderen Strecken durch übereinanderliegende Linien auch haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich würde mich freuen, wenn wir dafür heute Abend noch eine Mehrheit finden würden. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Auf der Rednerliste stehen Herr Pöttgen, Herr Hammer und Herr Weisenstein. Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Ich mache das von hier unten. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist einer dieser Schnellschüsse, von denen ich eben gesprochen habe. Ich kann mir ganz viel vorstellen. An ganz vielen Stellen in dieser Stadt ist ein Ausbau des Netzes denkbar. Zwar ist es schön, zu überlegen, wie man die Linie 13 irgendwie verlängern kann. Wir sind jetzt aber nicht an der Stelle, diese Debatten zu führen. Vielmehr ist das hier die erste Maßnahme, die jetzt endlich einmal kommt, um die Roadmap umzusetzen. Das sollten wir tun.

Wie irgendwann einmal vielleicht ein Fünfminutentakt möglich wäre, ist eine ganz andere Frage. Ralph, du hast dabei jetzt völlig verschwiegen, dass wir im Rechtsrheinischen tatsächlich ein Trassenbelegungsproblem haben und dass das im Linksrheinischen heute schon möglich wäre. Dann musst du auch schon einmal sagen, was du mit der Linie 18 machen willst. Das ist nicht mal eben so verlegt.

Wir halten das wirklich für einen Schnellschuss aus der Hüfte nach dem Motto: Herr Lehrer, ich habe auch noch eine Idee. - Den Vorschlag, jetzt mal eben nebenbei noch den Vertrag zu ändern, der über eine halbe Ewigkeit vorzubereiten ist, finden wir unseriös. Deswegen stimmen wir heute dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte es auch kurz von hier unten machen. - Der Änderungsantrag geht nach unserer Interpretation vor allen Dingen in die Richtung, jetzt nichts zu verbauen. Es wird gar nicht konkret gesagt: Wir machen das jetzt soundso.

Im Übrigen reden wir ja generell davon, dass wir die Infrastruktur in dieser Stadt - sei es Verkehrsinfrastruktur, seien es andere große Infrastrukturen - generell flexibler halten müssen, um jetzt schon Vorkehrungen treffen zu können, damit wir in den nächsten zehn, 20 und 30 Jahren - denn das sind die Zeithorizonte, über die wir da teilweise leider reden müssen - nicht wieder anfangen müssen, groß neu zu planen und umzuplanen. Deshalb geht es darum, schon jetzt die Vorkehrungen dafür zu treffen, wie es zukünftig einmal aussehen könnte.

Das gilt auch im Sinne dessen, was wir heute ganz am Anfang der Sitzung auch schon zum Verkehr beschlossen haben. Wir müssen nämlich schauen, wie wir uns denn jetzt nichts für die Zukunft verschlagen. Daher kann unsere Fraktion diesem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Sterck, grundsätzlich ist es natürlich immer gut, wenn man vorausschaut und sich Möglichkeiten und die Zukunft nicht verbaut. Was Sie hier vorschlagen, ist aber schon ein Riesenbrocken. Um das noch einmal zu verdeutlichen: Wir gehen ja momentan davon aus, dass wir auf den genannten Linien etwas längere Züge bekommen, aber keine Dreifachtraktion, sondern die aufgeschnittenen und wieder zusammengeschweißten Wagen. Das ist doch wahrscheinlich schon allein baulich etwas ganz anderes.

Ich tue mich etwas schwer damit, einfach für diesen Antrag zu stimmen, ohne ein bisschen Fachexpertise von der Verwaltung zu haben. Daher möchte ich jetzt die Verwaltung fragen: Kann die Verwaltung etwas dazu sagen, ob es durch die Maßnahmen, die wir mit diesem Änderungsantrag beschließen sollen, bei den aktuellen Planungen der kleineren Kapazitätserweiterung zu wesentlichen Verzögerungen kommt? Oder sagen Sie: „Kein Problem; das wuppen wir; das können wir machen“? Das wäre für mich ausschlaggebend.

Gestatten Sie mir noch eine Anregung an den Antragsteller. Vielleicht können Sie noch einmal überlegen, ob es mit einem Prüfauftrag auch getan wäre.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir würden das, wenn es so beschlossen wäre, natürlich prüfen und würden Ihnen dazu dann auch ein entsprechendes Zwischenergebnis vorlegen können.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann beschließen wir das als Prüfauftrag?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. Da besteht jetzt ein Dissens zwischen Ihnen. Sie verstehen das als Antrag und nicht als Prüfauftrag, oder?

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

- Okay. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Die LINKEN enthalten sich. Dann ist er angenommen.

Jetzt lasse ich über die geänderte Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Änderungsantrag der FPD-Fraktion

Beschluss:

Hinter dem zweiten Satz wird folgendes in den Beschlussvorschlag eingefügt:

Langfristig kann eine Verlängerung der Bahnsteige der Linie 4 zum Betrieb in Dreifachtraktion notwendig sein. Um dies nicht zu verbauen, sind die Bahnsteigverlängerungen, dort wo möglich, direkt erweiterbar für eine spätere Dreifachtraktion erweiterbar zu planen.

Mittelfristig wird als weitere Kapazitätserweiterung ein 5-Minuten Regelbetrieb der Linie 13 angestrebt, um die Innenstadtlinien und –verknüpfungshaltestellen mit einem attraktiven Angebot im Zuge des Gürtels zu entlasten. Die KVB werden aufgefordert, alle dafür nötigen Maßnahmen, z.B. zum Umbau der rechtsrheinischen Endhaltestelle und zur Erweiterung des Fuhrparks einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der Gruppe GUT und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Vorlage in geänderter Fassung

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Kölner Verkehrs-Betrieben (KVB) in Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09.1991 bzw. 09.09.1991 die Federführung für die Umsetzung der Kapazitätserweiterungen durch die Verlängerung der Bahnsteige an den in Anlage 2 und 3 aufgeführten Haltestellen zu übertragen.*

   In diesem Zusammenhang beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, den als Anlage 1 beigefügten Nachtragsvertrag zum Stadtbahnvertrag mit der KVB abzuschließen.

2. *Weiterhin beschließt der Rat der Stadt Köln, dass die KVB für die Kapazitätserweiterungen durch die Verlängerung der Bahnsteige an den in Anlage 2 und 3 aufgeführten Haltestellen der Linien 4 und 13 zunächst die Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung (Leistungsphase 3 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 2013 (HOAI 2013)) erarbeitet, die Förderung sicherstellt und die notwendigen Genehmigungen beantragt.*

   Langfristig kann eine Verlängerung der Bahnsteige der Linie 4 zum Betrieb in Dreifachtraktion notwendig sein. Um dies nicht zu verbauen, sind die Bahnsteigverlängerungen, dort wo möglich, direkt erweiterbar für eine spätere Dreifachtraktion erweiterbar zu planen.

   Mittelfristig wird als weitere Kapazitätserweiterung ein 5-Minuten Regelbetrieb der Linie 13 angestrebt, um die Innenstadtlinien und –verknüpfungshaltestellen mit einem attraktiven Angebot im Zuge des Gürtels zu entlasten. Die KVB werden aufgefordert, alle dafür nötigen Maßnahmen, z.B. zum Umbau der rechtsrheinischen Endhaltestelle und zur Erweiterung des Fuhrparks einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme „Umgestaltung des Rochusplatzes“ in Köln-Bickendorf aus dem Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf)
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung von externen Planungsleistungen und Grundstückskosten
2423/2018

Ich gebe Herrn Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Vorlage hat in den letzten beiden beratenden Ausschüssen kein Votum erfahren. Warum? Insbesondere der Stadtentwicklungsausschuss hat auf Bitten der CDU-Fraktion nicht entschieden, weil wir noch Beratungsbedarf angemeldet hatten.

Es ist dann in Rücksprache mit Herrn Greitemann und Frau Blome gelungen, kleine Ergänzungen vorzunehmen, die ich hier kurz vortragen möchte. Ich habe das auch mit den Stadtentwicklungsausschuss-Kollegen abgesprochen.

Wir möchten die Vorlage gerne um einen Punkt ergänzen, in dem die Verwaltung beauftragt wird, die von der Bezirksvertretung gewünschte Verschwenkung in der Planung und Umsetzung frei zu halten sowie den gewünschten Kreisverkehr an der Wilhelm-Mauser-Straße planerisch zu berücksichtigen.

Eine weitere Ergänzung möchten wir mit einem neuen Punkt 6 vornehmen, in dem die Verwaltung beauftragt wird, ein Fachgespräch mit der Bezirksvertretung mit Beteiligung der Bürgerschaft zur weiteren Gestaltung des Rochusplatzes zu initiieren.

Der Hintergrund ist, dass sich dort seit mehr als zehn Jahren Menschen engagiert haben, also mit ihren Ideen eingebracht haben. Sie sind ja auch teilweise berücksichtigt worden. Es gibt aber insgesamt ein Kommunikationsproblem, glaube ich.

Es gibt ja durchaus Gründe, die dafürsprechen, mit der Verwaltung diesen Weg zu gehen. Insbesondere gibt es die dringende Bitte von Herrn Greitemann, der Vorlage zuzustimmen, damit Fördergelder nicht verloren gehen. Das sehen wir alles.

Wir sehen aber auch einen dringenden Gesprächsbedarf, um dort vor Ort für eine größere

Zustimmung und um Verständnis für das Vorgehen der Verwaltung zu werben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte sehr, Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank für die Erläuterungen, Herr Kienitz. In der Tat hatten wir im Stadtentwicklungsausschuss eine intensive Debatte darüber geführt.

Wir hatten Herrn Greitemann zuletzt so verstanden, dass das Entscheidende natürlich ist, dass dieser Ausbau des Bickendorfer Marktes sehr eng mit dem Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ verbunden ist und dass die Fördergelder auf keinen Fall gefährdet werden dürfen.

In der Anlage 10 hat die Verwaltung auch noch einmal deutlich gemacht: Wenn man sich in einigen Jahren vielleicht überlegen würde, die Situation an der Venloer Straße zu verändern, beispielsweise durch die von der Initiative „Künstler für Bickendorf“ angeregte Verlegung der Straße, könnte man das dann zwar machen. Allerdings wäre es doch zumindest förderschädlich, wenn man die Anlagen, die man dort jetzt einbaut, wieder zurückbauen würde.

Andererseits habe ich Herrn Greitemann so verstanden - korrigieren Sie mich bitte gegebenenfalls, Herr Greitemann -, dass dann, wenn man den Ausbau in dieser Form, wie die Verwaltung ihn jetzt vorgeschlagen hat, nicht beschließt, also sich im Grunde genommen auf zehn oder vielleicht eher 20 oder 25 Jahre - vielleicht können Sie das noch einmal beziffern, Herr Greitemann - festlegt, das gesamte Förderprogramm gefährdet wäre.

Mir sind also zwei Dinge wichtig: Erstens. Ist das Förderprogramm nicht gefährdet? Zweitens. Ist es richtig, dass wir jetzt eigentlich gar keine andere Möglichkeit haben, als für die Beschlussvorlage der Verwaltung und den von ihr vorgeschlagenen Ausbau zu stimmen, weil die Alternative, die die Bickendorfer Künstler vorgeschlagen haben, überhaupt nicht als Planungsgrundlage zur Verfügung steht, sodass Sie uns, wenn wir diese noch verfolgen wollten, im Grunde genommen gar keine Chance lassen, sie in den nächsten 20 Jahren dann noch zu realisieren?

Deswegen wäre es für mich wichtig, Herr Greitemann, dass Sie noch einmal erläutern: Was ist der Unterschied zwischen dem, was Herr Kienitz jetzt formuliert hat, und dem von der Verwaltung in der Anlage 10 Vorgetragenen? Da schreiben Sie ja auch schon, dass Sie zumindest die Bäume nicht so pflanzen, dass sie wieder gefällt werden müssen, wenn man die Straße verlegt. Aber was ist der Unterschied zwischen der Anlage 10 und dem, was Herr Kienitz gerade vorgetragen hat? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann, darf ich Sie um Erläuterung bitten?

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frenzel, wenn wir diesen Antrag, der jetzt ergänzt worden ist, so beschließen, ist das unschädlich bezüglich der Fördermittel, insbesondere des ISEK. Das ist eindeutig.

Zweitens. Sie haben vollkommen recht. In unserer Vorlage steht, dass wir diesen Ausbauzustand - erstens wegen der Förderunschädlichkeit, aber zweitens auch, weil das sinnvoll ist, wenn man so etwas baut - für 15 Jahre dort haben werden. Das ist auch ehrlich und ist wahr.

Drittens. Die Trasse, die von den Bickendorfer Künstlern und auch einigen Bewohnern und Bürgern von Bickendorf gewünscht wird, werden wir frei halten. Dann können wir auch entsprechend umbauen, wenn der Bedarf wirklich da ist, bezüglich Verkehre etc. Diese Möglichkeiten haben wir also.

Viertens. Mir war es auch ein Anliegen - so weit sind wir in den Gesprächen auch übereingekommen -, dass wir als Fachverwaltung die gesamte Situation vor Ort noch einmal erläutern. Deswegen habe ich dem auch ausdrücklich zugestimmt. Auch wir beiden haben uns gewünscht, dass wir da als Fachverwaltung immer selbst hingehen und den Beschluss so erläutern - allein wegen der Transparenz und wegen der Kommunikation, die vorher vielleicht nicht ganz so glücklich gewesen ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank für die Erläuterungen, Herr Greitemann. - Nun hat es ja schon eine Bürgerbeteiligung gegeben. Der Beschluss von Herrn Kienitz ist also nicht so zu verstehen, dass wir noch einmal eine Bürgerbeteiligung nachholen, sondern so, dass es ein

Gespräch zwischen der Verwaltung, der Initiative, den Bürgern, der Bezirksvertretung und dem Stadtentwicklungsausschuss geben wird, und zwar über den Ausbau, der jetzt geplant ist?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist so vorgetragen worden. Herr Greitemann? - Ja, das ist gerade mündlich vorgetragen worden:

> … beauftragt die Verwaltung, ein Fachgespräch mit der Bezirksvertretung mit Beteiligung der Bürgerschaft … zu initiieren.

(Niklas Kienitz [CDU]: Der Kollege hat es auch schriftlich!)

- Entschuldigung. Dann brauche ich es ja nicht noch einmal vorzutragen. Aber es wurde noch einmal nachgefragt. Ich will es ja nur klarstellen.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin, ganz kurz: Es steht ausdrücklich darin. Sie haben vom Stadtentwicklungsausschuss gesprochen. Wir sehen es als unsere Aufgabe als Fachverwaltung, ein Fachgespräch zu führen.

Um das noch einmal deutlich zu machen: Ja, es hat letztes Jahr im Juli bereits eine Bürgerbeteiligung gegeben. In der Zwischenzeit hat es keine weiteren Gespräche gegeben - nur persönlich von mir, nichts öffentlich. Das Gespräch werden wir jetzt noch einmal aufnehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kron.

Peter Kron (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Eben fiel der Begriff „zehn Jahre“. Ich persönlich bin mit diesem Platz seit 25 Jahren politisch verbunden.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich habe da schwimmen gelernt!)

- Auf dem Platz?

(Niklas Kienitz [CDU]: Da stand ein Schwimmbad!)

- Ist das wahr? - Ich bin seit 25 Jahren damit befasst. Da fand nämlich der erste Architektenwettbewerb zur Bebauung des Platzes statt. Mittlerweile hat man ja damit angefangen, weil es eine Menge Bürgerbeteiligung gab - mit großen Veranstaltungen, die dann dazu geführt haben, dass jetzt endlich gebaut wird.

Da aber die Förderanträge dieses Jahres gestellt werden müssen - im ersten Halbjahr oder jedenfalls dieses Jahr -, darf es ja keine Verzögerungen durch Diskussionen über den Standort von zwei bis drei Bäumen oder einem Brunnen mehr geben. Man sollte zwar diesen Kontakt mit der BV und der Initiative suchen. Es darf aber nicht zu einer Verzögerung kommen, die dann ja auch förderschädlich wäre. Es muss endlich einmal etwas passieren - Wohnungen sind ja dabei, gebaut zu werden -, damit dieser Platz vernünftig gestaltet wird.

Danke für die Anlage 10, Herr Greitemann. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es scheint keine weiteren Wortmeldungen zum Rochusplatz mehr zu geben.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der CDU abstimmen. Er ist mündlich vorgetragen worden und liegt auch schriftlich vor, wie ich eben gelernt habe. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, Rot-Weiß und die AfD. Dann ist das so beschlossen. Es kann auch keine Enthaltungen mehr geben.

Nun lasse ich die so geänderte Vorlage beschließen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die geänderte Vorlage so beschlossen.

I. Mündlich vorgetragener Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird ergänzt um folgende Ziffern 3. und 6.:

3. beauftragt die Verwaltung, die von der Bezirksvertretung gewünschte Verschwenkung in der Planung und Umsetzung freizuhalten sowie den gewünschten Kreisverkehr an der Wilhelm-Mauser-Str. planerisch zu berücksichtigen.

6. beauftragt die Verwaltung, ein Fachgespräch mit der Bezirksvertretung mit Beteiligung der Bürgerschaft zur weiteren Gestaltung des Rochusplatzes zu initiieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Geänderte Vorlage

Beschluss ergänzt um den mündlichen Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Ergänzung um Ziffer 3 und Ziffer 6):

Der Rat

1. stellt den Bedarf für die Durchführung der Maßnahme "Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf fest. Die Planungs- und Grundstückskosten – ohne Ausbaukosten - für das Verfahren werden insgesamt auf etwa 231.500 EUR netto (= 275.485 EUR brutto für Bodengutachten, Grundstückskosten, Honorar für Verkehrsanlagen Leistungsphasen 5-9 und Honorar für technische Ausrüstung Leistungsphasen 1-9) geschätzt;

2. beschließt die Umsetzung der Maßnahme " Umgestaltung des Rochusplatzes" in Köln-Bickendorf (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf);

3. beauftragt die Verwaltung, die von der Bezirksvertretung gewünschte Verschwenkung in der Planung und Umsetzung freizuhalten sowie den gewünschten Kreisverkehr an der Wilhelm-Mauser-Str. planerisch zu berücksichtigen.

4. beschließt, die Erstellung eines Bodengutachtens, die Erarbeitung der Leistungsphasen 1 bis 6 für Technische Anlagen und der Leistungsphasen 5 bis 6 für Verkehrsanlagen sowie unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Fördermittel die Leistungsphasen 7, 8 und 9 an für das jeweilige Fachgebiet qualifizierte Ingenieurbüros zu vergeben;

5. Beschließt zur Finanzierung der Planungs- und Grundstückskosten in Höhe von 231.500 EUR netto (=275.485 EUR brutto) die außerplanmäßige Bereitstellung von Finanzmitteln gemäß § 83 Abs. 2 GO NW auf der neu einzurichtenden Finanzstelle 1502-0902-4-1006, Starke Veedel, Um-gestaltung Rochusplatz, im Haushaltsjahr 2019. Die Deckung erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 Stadtentwicklung, Finanzstelle 1502-0902-0-1200, Städtebauförderung.

6. beauftragt die Verwaltung, ein Fachgespräch mit der Bezirksvertretung mit Beteiligung der Bürgerschaft zur weiteren Gestaltung des Rochusplatzes zu initiieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Projekt OptiWohn: Quartiersspezifische Sondierung und Entwicklung innovativer Strategien zur optimierten Nutzung von Wohnflächen - klimafreundliches Wohnen in Köln
2783/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das dreijährige Projekt „OptiWohn“ (01.03.2019 – 28.02.2022) unter dem Vorbehalt der Projektförderung (100% Förderung) aus Fördermitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchzuführen. Hierzu wird die Oberbürgermeisterin ermächtigt, die notwendigen Verträge zu unterzeichnen.

2. Der Rat beschließt zur Realisierung des Projektes befristet vom 01.01.2020 bis 28.02.2022 die Einrichtung einer 0,5 Stelle (voraussichtlich Architektur) zum Stellenplan 2020 beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt, Koordinationsstelle Klimaschutz.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsjahre 2020 bis 2022 die entsprechenden Mittel im Rahmen der Haushaltsplanung 2020/2021, im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in den Teilplanzeilen: 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen, 11 Personalaufwendungen und 16 sonstige ordentliche Aufwendungen, zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Rheinische Musikschule Köln, Mittelfreigabe und Konzept
3536/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt das Konzept zur Ausweitung des Angebotes und der finanziellen Aufwertung der Honorarkräfte der Rheinischen Musikschule zur Kenntnis und beschließt dessen Umsetzung.*

2. *Für die diesbezügliche Finanzierung beschließt er die im Hpl. 2019 im TP 0415 Rheinische Musikschule bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach-und Dienstleistungen zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 500.000,00 EUR p.a. freizugeben.*

3. *Der Rat stimmt der Einrichtung von sieben weiteren Planstellen in der Entgeltgruppe 9b für die Rheinische Musikschule im Rahmen der aufgezeigten Finanzierungmöglichkeiten und entsprechend dem vorliegenden Konzept zu.*

   Die Mehrstellen werden zum Stellenplan 2020 eingerichtet. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2020 wird die Verwaltung beauftragt, die entsprechenden Stellen intern zur Verrechnung zur Verfügung zu stellen.

   Zur Finanzierung der Personalaufwendungen wird in 2019 ein Betrag von 464.800,00 EUR im Wege einer Sollumbuchung aus der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in die Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen umgeschichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Zügigkeitserhöhung des Bildungsgangs Fachoberschule FOS 12 Typ B / Technik am Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg (BK 18)
0132/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einrichtung einer weiteren Klasse Fachoberschule FOS 12 Typ B nach Anlage C3 Technik, Schwerpunkt Metalltechnik in Teilzeit am Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg, Eitorfer Str. 16, 50679 Köln (BK18) zum Schuljahr 2019/20.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Aufbau eines Kriminalpräventiven Rates Köln
0252/2019

Hier schlage ich vor, zunächst über den Beschlusspunkt 1 - das ist das Konzept Kriminalpräventiver Rat - und dann über den Beschlusspunkt 2 - das ist die Wahl - abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden? - Gut.

Beschlusspunkt 1. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschlusspunkt 2. Zu der Wahl liegen mir folgende Vorschläge vor - gewählt wird ja je ein Vertreter der im Hauptausschuss stimmberechtigten Fraktionen -:

- Mitglied: Herr Dr. Krupp
  Stellvertreter: Herr Dr. Schulz(?)

- Mitglied: Frau Sommer
  Stellvertreter: Herr Michel

- Mitglied: Frau Prof. Dr. Killersreiter
  Stellvertreter: Herr Schwanitz

- Mitglied: Frau Tokyürek
  Stellvertreter: Herr Detjen

- Mitglied: Herr Görzel
  Stellvertreter: Herr Breite

Sind Sie damit einverstanden, dass wir jetzt über die Wahlvorschläge in toto abstimmen? - Ja.

Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gegen diese Wahlvorschläge gibt. - Es gibt Gegenstimmen der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über Beschlusspunkt 1:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Gründung eines Kriminalpräventiven Rates in Köln und beauftragt die Verwaltung, eine gemeinsame Geschäftsstelle mit dem Polizeipräsidium Köln für einen solchen Kriminalpräventiven Rat einzurichten. Die Geschäftsstelle ist beim Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit (I/3) angebunden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

II. Abstimmung über Beschlusspunkt 2:

2. Der Rat bestimmt als Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

1.: Herr Dr. Krupp

2. Vertretung: Herr Dr. Schultz

CDU- Fraktion im Rat der Stadt Köln

1.: Frau Sommer

2. Vertretung: Herr Michel

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Köln

1.: Frau Prof. Dr. Killersreiter

2. Vertretung: Herr Schwanitz

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln

1.: Frau Tokyürek

2. Vertretung: Herr Detjen

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

1.: Herr Görzel

2. Vertretung: Herr Breite

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Einrichtung eines Last-Minute-Angebots bei der Volkshochschule Köln
4269/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung eines Last-Minute-Angebots bei der Volkshochschule Köln für den in § 4 Abs. 2 Nr. 1 der Entgelt und Benutzungsordnung der VHS genannten Personenkreis zum 2. Semester 2019 sowie die damit verbundene Änderung ebendieser Entgelt- und Benutzungsordnung in der als Anlage 1 dieser Beschlussvorlage beigefügten Fassung. Zudem beschließt der Rat der Stadt Köln die in der Anlage 1 hervorgehobenen ausschließlich redaktionellen Änderungen in der Entgelt- und Benutzungsordnung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Erstellung eines Neubaus für die Heliosschulen - Grund- und Gesamtschule mit einer Ein- und einer Dreifeldsporthalle als inklusive Universitätsschule der Stadt Köln an der Vogelsanger Str. (ehemaliges Helios-Gelände) in Köln-Ehrenfeld
Baubeschluss
3635/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr

geehrte Damen und Herren! Ich bin gerne kurz nach vorne gekommen, weil dieser Baubeschluss den heutigen Tag für mich zu einem persönlichen Freudentag macht.

Ich bin seit 2009 Mitglied im Rat. 2010 musste ich in der *StadtRevue* lesen, dass Superschurken ein Einkaufszentrum mitten in unserem Veedel bauen wollten. Wir haben am 2. Mai 2010 im Lokal „Weltempfänger“ - manchem auch bekannt - an der Venloer Straße eine Bürgerinitiative dagegen gegründet.

Das lief alles ganz gut. Dann wurde es immer größer. Die Überlegungen gingen hin und her. Was machen wir denn mit dem Gelände, wenn dahin kein Einkaufszentrum kommt? Wir müssen positive Alternativen formulieren. Ehrlich gesagt, lag Wohnbebauung ziemlich nahe. Wir haben auch über gemischte Gewerbehöfe etc. gesprochen, eine Fahrradfabrik oder natürlich auch unseren Park, den wir damals vorgeschlagen hatten. Das waren alles tolle Ideen.

Aber niemand hat am Anfang von einer Schule gesprochen, Frau Klein. Ich schlug dann morgens den *Kölner Stadt-Anzeiger* auf - Schule war überhaupt nicht in der Diskussion - und traute meinen Augen nicht, als ich einen halbseitigen Artikel von Herrn Frangenberg las, in dem stand: Auf dem Helios-Gelände soll auf Vorschlag von Frau Klein eine Gesamtschule errichtet werden.

Es war wirklich sensationell. Wir hatten das alle nicht auf dem Schirm. Ich gratuliere Ihnen heute dazu, dass das gelungen ist. Schließlich ist es auch nicht irgendeine Schule. Es ist ja nicht nur gut, dass man ein Einkaufszentrum, das eher zu Verblödung anregt, durch eine Bildungsstätte ersetzt. Das ist schon einmal sensationell. Aber dann errichtet man auch noch eine inklusive Gesamtschule an diesem Standort. Das war wirklich großartig.

Uns allen ist ein Stein vom Herzen gefallen, als das dann Realität wurde - auch wenn der eine oder andere, der dafürgestimmt hat, vielleicht gar nicht ganz genau wusste, was für eine Art von Schule das wird, und sich über das pädagogische Konzept möglicherweise nicht richtig informiert hatte. Ich finde es dennoch großartig.

Ich möchte aber auch einen flammenden Appell - um hier alle wieder aufzuwecken - an den Investor richten. Wir haben noch eine ganze Menge Baustellen auf dem Helios-Gelände. Die Schule ist hervorragend. Das ist inzwischen wieder städtisches Gelände. Da läuft es jetzt ganz gut. Darüber freuen wir uns. Mit dem Rest des Geländes haben wir aber auch noch große Probleme. Wir sind da noch nicht rund. Wir haben auch noch nicht den Kulturriegel und die ganze Wohnbebauung. Alles steht noch in den Sternen. Deshalb möchte ich hier appellieren, dass da auch wieder Schwung in die Sache kommt. Da möchte ich den Investor auch ausdrücklich in die Pflicht nehmen.

Die Schule war nämlich ein Bestandteil des später folgenden Kodexes der Bürgerbeteiligung. Diesen Haken haben Sie drangemacht, Frau Klein. Dafür danken wir Ihnen und der Verwaltung. In diesem Kodex stand aber noch eine ganze Menge mehr auf der Liste. Es ist auch die Pflicht von Herrn Greitemann, sich darum zu kümmern, aber auch die Pflicht des Investors. Haben Sie das Helios-Gelände bitte auf dem Schirm. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel und dann Herr Brust.

Michael Frenzel (SPD): Herr Zimmermann, vielen Dank dafür, dass Sie den Ball hier noch einmal aufgenommen haben. In der Tat gab es auf dem Helios-Gelände ein sehr langwieriges Verfahren. Man hat auch lange Zeit nicht gewusst, ob es tatsächlich zu einem guten Ende kommt.

Im Übrigen war es gerade die SPD vor Ort in Ehrenfeld, die sich sehr intensiv in diesen Prozess eingeschaltet hat und auch insbesondere das Projekt einer Universitätsschule in Ehrenfeld auf dem Helios-Gelände sehr vorangebracht hat.

(Niklas Kienitz [CDU]: Dafür musste das „Underground“ sterben!)

- Nun gut, Herr Kienitz; Sie hätten die entsprechende Möglichkeit gehabt. Inzwischen haben Sie die Mehrheiten. Sie hätten das „Underground“ retten können.

Ich bin auch gespannt, wie es in Ehrenfeld mit der Klubszene unter Ihrer Mehrheit weitergeht. Lassen Sie uns in einem Jahr gerne noch einmal darüber sprechen. Ich bin ganz gespannt, ob es da tatsächlich irgendeinen Fortschritt geben wird.

Der Kulturriegel war ja von Anfang an mit geplant. Wie er dann ausgeführt wird, ist in der Tat

nicht mehr Bestandteil dieser Bürgerbeteiligung gewesen, Herr Kienitz. Es ist meiner Meinung nach auch eine gewisse Schwäche dieses Verfahrens, dass sich die Erwartungen, die wir bei den Bürgern an dieser Stelle geweckt haben, möglicherweise nicht alle erfüllen lassen.

Trotzdem haben wir mit der Universitätsschule auf jeden Fall einen sehr guten Schritt nach vorne gemacht. Ich glaube, da stimmen Sie mir zu, Frau Pakulat. Das ist auf jeden Fall eine gute Entwicklung. Darauf freuen wir uns auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur darum bitten, wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das hatte ich vor. Das ist in diesem Fall auch wichtig.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen - wie schon gesagt, wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, Anlage 12. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der geänderten Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft/ Anlage 12 der Vorlage:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau der Heliosschulen - Grund- und Gesamtschule mit einer Ein- und einer Dreifeldsporthalle, Vogelsanger Str., Köln-Ehrenfeld mit Gesamtkosten in Höhe von brutto rund 91,72 Mio. € (einschließlich rund 3,08 Mio. € für die Ausstattung und Einrichtung inkl. Großküchenausstattung) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 9,17 Mio. €. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Zur Sicherstellung des Fertigstellungstermins der Heliosschule zum Schuljahr 2024/2025 beschließt der Rat die Vergabe der Bauleistungen in Vergabeeinheiten. Ähnlich einer Generalunternehmervergabe werden hier mehrere Gewerke zusammen vergeben.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf Basis der derzeitigen Flächenverrechnungspreise ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inkl. Nebenkosten und Kosten für Reinigung in Höhe von rund 2,90 Mio. €, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2025 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 2,15 Mio. € sind im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 0,93 Mio. € erfolgt zum Haushaltsjahr 2024 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Die Heliosschule wird an das vorhandene Fernwärmenetz angeschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Trinkbrunnen für Köln
3100/2018

Hierzu hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich mache es ganz kurz; das ist wirklich versprochen. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kol-

legen! Wir freuen uns sehr darüber, dass diese Vorlage heute verabschiedet wird. Wir freuen uns auch deshalb darüber, weil das eine ganz wichtige Sache für die Gesundheit der Bevölkerung ist.

Natürlich sind wir auch ein bisschen stolz darauf, dass dieses Projekt verwirklicht wird. Wir haben es 2011 und 2013 im Gesundheits- und im Umweltausschuss gefordert.

Ganz besonders freut uns, dass die Gesamtschule Holweide im Jahr 2015 bei der Stadt eine Eingabe für Trinkbrunnen gemacht hat.

Deswegen sage ich herzlichen Dank an die Verwaltung und alle, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Umweltausschuss und Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der geänderten Fassung des Stadtentwicklungsausschusses / Ausschusses Umwelt und Grün / Finanzausschusses:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept „Zwölf Trinkbrunnen für Köln"“ (Anlage 1) umzusetzen.*

   Der Auftrag erfolgt mit den Maßgaben:

   a. *den Evaluationszeitraum auf 1 Jahr zu verkürzen und*

   b. *die Standortvorschläge der Bezirksvertretungen zu berücksichtigen.*

   Gleichzeitig beschließt der Rat - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2019 - die Freigabe der im HPL 2019, Teilergebnisplan 1301 - Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigung in Höhe von 253.000 €.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der RheinEnergie AG den Vertrag über die Erbringung der Dienstleistung „Trinkbrunnen für Köln“ abzuschließen.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie, nach Ablauf von einem Jahr einen Evaluationsbericht mit einer Empfehlung zur weiteren Entwicklung des Projekts vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Planungsaufnahme zur Generalinstandsetzung und Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich
3676/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI)

- *zur Erstellung eines Erweiterungsbaus sowie*

- *für die Generalinstandsetzung des Schulgebäudes Paul-Humburg-Str. 13 (einschließlich Turnhalle und Hausmeisterhaus)*

für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule, Ossietzkystr. 2, 50737 Köln-Longerich an der Nebenstelle Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich zur Erfüllung des Raumprogramms für eine 6-zügige Gesamtschule in der Sekundarstufe I und 5-zügige Gesamtschule in der Sekundarstufe II.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben. Dabei ist die Priorisierung entsprechend der Schulbauliste 2018, die dem Rat mit der Beschlussvorlage 3648/2018 zur Entscheidung vorgelegt wird, zu beachten.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1).

Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf

- *rd. 3,5 Mio. € brutto für den Erweiterungsbau*
- *rd. 2,7 Mio. € brutto für die Generalinstandsetzung.*

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ 3789/2018

Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wie Kalk!)

- Bei mir steht: wie Finanzausschuss. Aber das ist in diesem Fall das Gleiche. Änderungsantrag LINKE wie BV 8, ja. Das ist der Änderungsantrag. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache das hier vom Platz aus; denn ich möchte nur Herrn Greitemann bitten, uns noch einmal Folgendes darzustellen:

Die Bezirksvertretung 8 hat ja beschlossen, aus dem Förderprogramm einen Posten herauszukürzen. Nun kann man sich darüber streiten, ob dieses Projekt tatsächlich sinnvoll ist oder nicht. Unsere Überlegung war nur, dass es ja eine Möglichkeit ist, das jetzt drinzulassen und gegebenenfalls so anzupassen, dass es hinterher auch Sinn macht, zusammen mit der Bezirksvertretung 8 dort ein Verfahren abzustimmen.

Deswegen vermute ich - abhängig von Ihrer Antwort; Sie nicken -,

(Beigeordneter Markus Greitemann: Ja!)

dass es Sinn machen würde, diese 50 000 Euro drinzulassen - das heißt, dass wir wie Finanzausschuss abstimmen würden -, um dann gemeinsam mit der Bezirksvertretung Einvernehmen darüber herzustellen, dass wir dieses Geld sinnvoll einsetzen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, ich hatte Sie so verstanden, als wollten Sie den Änderungsantrag stellen, so wie BV 8 abzustimmen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich würde aber trotzdem gerne noch kurz den Sachverhalt klären, damit wir wissen, worüber wir abstimmen.

Wir hatten im Stadtentwicklungsausschuss die Vorlage, und es war klar, dass wir damit nicht zurande kommen, weil wir telefonisch aus Kalk das Ergebnis mitgeteilt bekommen haben.

Die Kalker haben nicht beschlossen, soweit ich das verstanden habe - bitte korrigieren Sie mich, wenn es falsch ist -, dass sie diesen integrativen Supermarkt nicht brauchen, sondern sie haben beschlossen: Wir brauchen keine Bedarfsprüfung für diesen Supermarkt, sondern wir wissen, dass wir diesen Supermarkt brauchen; also müssen wir die 50 000 Euro nicht für ein Gutachten ausgeben.

Wenn ich richtig informiert bin, hat der Finanzausschuss diesen Beschluss der Bezirksvertretung Kalk nicht übernommen. Wenn das so ist und der Finanzausschuss sagt, dass wir diese 50 000 Euro ausgeben, obwohl schon klar ist, dass man diesen Laden haben will, macht das keinen Sinn.

Vielleicht kann der Vorsitzende des Finanzausschusses - er steht schon; das ist schön - hier noch Aufklärung herbeiführen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das versuche ich gerne. In diesem Fall finde ich den Beschluss des Finanzausschusses, den wir einstimmig getroffen haben, außerordentlich weise. Er hat nämlich den Hintergrund, dass wir die

50 000 Euro, die in konsequenter Umsetzung des Beschlusses der BV Kalk ersatzlos wegfallen würden, trotzdem zur Verfügung stellen wollen, um im Einvernehmen mit der BV Kalk zu überlegen, ob sie bei ihrem Beschluss bleiben möchte oder ob man das Geld im Sinne der Ziele der Maßnahme und des Förderprogramms anderweitig sinnvoll einsetzen kann.

Wir haben uns also entgegen unserer Gewohnheit einmal großzügig gezeigt und haben gesagt: Das Geld soll auf jeden Fall für das Gesamtprojekt zur Verfügung stehen, und zwar auf eine im Optimalfall mit der BV Kalk abzustimmende Art und Weise. - Die BV Kalk hätte das Geld gestrichen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, wollen Sie an Ihrem Vorhaben festhalten? Oder wollen Sie sich dem Vorschlag anschließen, über die Vorlage wie Finanzausschuss abzustimmen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Der Vorsitzende des Finanzausschusses hat mich überzeugt! Danke schön!)

- Gut. Danke sehr. - Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen wie Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

5. *Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.*

6. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kostenübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von circa 4 Mio. € sind im Hpl. 2019 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand in den Haushaltsjahren nach 2022 in Höhe von circa 3,1 Mio. € wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.*

7. *Der Rat beauftragt die Verwaltung,*

   a. *mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“,*

   b. *die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren,*

   c. *mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Anmerkung zu Ziffer 1 des Beschlusses:

RM Börschel informiert, dass der Finanzausschuss wie Vorlage entschieden hat, damit die Mittel für die Maßnahme unter 3.10.1 auf Seite 82 in Höhe von 50.000€ weiterhin für das Gesamtprojekt zur Verfügung stehen, auf eine im Optimalfall mit der Bezirksvertretung Kalk abzustimmende Art und Weise.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ 4249/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Fortschreibung des auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschlüsse vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016 und vom 18.12.2018, Vorlage-Nr. 2788/18) erstellten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ (Ratsbeschluss vom 28.09.2017, Vorlage-Nr. 2481/2017). Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ wird um die Maßnahme „Umgestaltung Rochusplatz“ (Anlage 1) fortgeschrieben.*

2. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die zusätzliche Einzelmaßnahme für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht bis 2023 hinterlegt sind (siehe Anlage 2). Er beauftragt die Verwaltung mit vorbereitenden Maßnahmen, um eine potentielle Förderung dieses Projektes zu klären. Die Umsetzung der Maßnahme steht unter Vorbehalt der Bewilligung aus dem avisierten Förderzugang sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 Prozent der Gesamtkosten.*

   Der zusätzlich entstehende Aufwand und die zusätzlich entstehenden investiven Zahlungsermächtigungen betragen für die Maßnahme „Umgestaltung Rochusplatz“, 3,7 Mio. Euro. Die Maßnahme soll bis 2023 im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ umgesetzt werden. Die Kosten der Baumaßnahme werden in der Haushaltsplananmeldung 2020/2021 ff. im Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung unter der Finanzstelle 1502-0902-4-1006 Aufwertung Rochusplatz veranschlagt. Die Planungskosten werden in 2019 budgetneutral im Rahmen einer APL zur Verfügung gestellt (Session Nr. 2423/2018).

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der zusätzlichen investiven Maßnahme (Anlage 1) im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeption, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.*

4. *Der Rat nimmt die in Anlage 3 tabellarisch aufgeführten Anpassungen des vom Rat im September 2017 beschlossenen Einzel-ISEKs (Vorlage-Nr. 2481/2017), die notwendig wurden,*

   d. *da durch eine Richtlinienänderung sowie die neue Schwerpunktsetzung des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich des ESF während der Projektlaufzeit für vorgesehene Maßnahmen die Fördergrundlage weggefallen ist,*

   e. *um den städtebaulichen Ansatz zu stärken und dabei ein angemessenes Verhältnis von städtebaulichen nachrangigen konsumtiven Maßnahmen zu städtebaulichen investiven Maßnahmen zu erreichen,*

   f. *um die Erreichung der im ISEK festgelegten Ziele sicherstellen zu können,*

   zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung laufend alle Fördermöglichkeiten zur weiteren Umsetzung des beschlossenen Maßnahmenprogramms für „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.29 Generalsanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler Maßnahme im Rahmen des Kommunalinvestitionsfördergesetzes NRW 0067/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Sanierung des Umkleidehauses auf der Bezirkssportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler unter Inanspruchnahme einer Förderung des Landes NRW. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf rd. 2.000.000,- € (brutto). Die Finanzierung des Eigenanteils der Stadt Köln in Höhe von 348.261,50 € erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Zentralansatz Sportpauschale Hj. 2019.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln
3701/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH (AWB) den in der Anlage beigefügten „Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln“ abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.31 Wahl einer / eines Beigeordneten für Dez. IV - Bildung, Jugend und Sport
0284/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Dem Elternwillen entsprechen – Beigeordnetenwahl zügig durchführen!"
AN/0229/2019

Anmerkung:
Der Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag von RM Kienitz als TOP 10.0 in der Sitzung behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 KölnKlimaAktiv 2022
3680/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0219/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um eine Vorlage mit dem klangvollen Titel „KölnKlimaAktiv 2022“. Wie man mitbekommt, wird unser zuständiger Dezernent ja seit einiger Zeit nicht müde, bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder zu betonen, dass wir in Sachen Klimawandel hier jetzt wirklich Maßnahmen von nie da gewesenem Ausmaß ergreifen müssen, um auch nur ansatzweise die Ziele zu erreichen, die sich die Weltgemeinschaft zumindest mehrheitlich gesetzt hat.

Nun bekommt man diese Vorlage und denkt sich erst einmal: Wow, jetzt wird da einmal richtig etwas herausgehauen. „KölnKlimaAktiv 2022“ klingt erst einmal vielversprechend.

Als Stadt haben wir uns ja das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2030 die CO_2-Emissionen im Vergleich zu 1990 zu halbieren. Auf diesem Weg haben wir auch schon einiges erreicht. Allerdings sind wir irgendwann ein bisschen vom Pfad abgekommen. Wir hatten Ende letzten Jahres die Energie- und Treibhausgasbilanz vorliegen. Da haben wir gesehen, dass zwischen 2008 und 2015 gerade einmal ein weiteres Prozent eingespart wurde, was ich persönlich eher in den Bereich statistischer Ungenauigkeiten und nicht als wirklichen Fortschritt einordnen würde.

Jetzt wollen wir bis 2020 noch einmal 40 Prozent sparen und haben bislang 18 Prozent geschafft. Das heißt: Es sind in der Tat ehrgeizige und wirksame Maßnahmen erforderlich.

Wenn wir nun aber in die Vorlage schauen und einfach einmal anfangen, zu lesen, wird schon auf der ersten Seite klar, dass die Vorlage diesen

wirklich dringlichen Notwendigkeiten in keinerlei Weise gerecht wird.

Laut dieser Vorlage werden mit dem vorgelegten Programm 11 678 Tonnen CO_2 eingespart. Nötig wären aber - das kann man nur wenige Zeilen später lesen - 3,9 Millionen Tonnen pro Jahr. Man weiß also nicht: Soll man jetzt lachen oder weinen?

Man liest dann weiter und kommt zu der Tabelle, in der mit einem schönen prägnanten Ampelsystem diverse Maßnahmen bewertet werden. Eine der bestbewerteten Maßnahmen ist die Verbesserung des Internetauftritts. Im Weiteren finden wir unter den Punkten 3.2, 4.1, 4.2 etc. die Themen Stromeinsparung, Altbausanierung usw. Da sieht man plötzlich überall rote Punkte. Dabei wissen wir aus der eben zitierten Studie aus dem Jahr 2018, dass genau dort die größten Verursacher liegen. Gerade diese Bereiche mit dem größten Potenzial werden jedoch nicht in den Fokus genommen.

Wie man es besser machen kann, zeigt zum Beispiel die Stadt Bottrop. Sie hat innerhalb von zehn Jahren ihren CO_2-Ausstoß nahezu halbiert. Wie hat sie das gemacht? Sie hat sich konsequent eng mit der Industrie ausgetauscht, sich auf die Bereiche konzentriert, in denen man mit dem geringsten Aufwand die größte Wirkung erzielen kann, und gerade im Bereich Altbausanierung einen starken Schwerpunkt auf die Sozialverträglichkeit gesetzt. Denn man muss wissen: Es war ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister, der diese ehrgeizigen Klimaziele erreicht hat. - Ja, da freuen sich sogar die Grünen. Das sehe ich schon.

Hier in dieser Vorlage werden jetzt 500 000 Euro im Jahr für Personal zugesetzt. Es werden merkwürdige Doppelstrukturen geschaffen. Wir haben unter den 7er-Punkten auf einmal ganz viel aus dem Bereich Mobilität und Verkehr. Das soll alles im Umweltdezernat angesiedelt werden. Ich dachte immer, dafür hätten wir ein eigenes Dezernat. Ich weiß nicht, ob das wirklich das ist, was man sich im Zuge der Verwaltungsreform hier vorstellt. Da haben wir als SPD doch erhebliche Zweifel.

Dies betrifft auch andere Bereiche wie die Energieberatung. Das machen die RheinEnergie und die Verbraucherzentrale. Jetzt wird noch eine Struktur zum Thema Energieberatung geschaffen. Gut; es geht im Wesentlichen darum, zu informieren und zu kommunizieren. Das ist zwar schön und nett, bringt aber keine direkten Wirkungen für das Klima. Und einmal ganz ehrlich: Wir haben kein Informationsdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit.

Insofern können wir dieser Vorlage unter keinen Umständen zustimmen, meine Damen und Herren. Das gilt auch für den Änderungsantrag, der zwar einiges verbessert, aber leider aus einer Kuh noch kein Rennpferd macht. Was uns hier vorgelegt wird, ist wirklich ein Klima-Placebo - oder sollte ich es besser als Klima-Globuli bezeichnen? -: ein bisschen Zucker, ein klangvoller Name, aber keine nachweisbare Wirkung.

Meine Damen und Herren, man hätte diese jährlich 500 000 Euro auch investieren können, um Bäume zu pflanzen. Damit wäre dem Klima wahrscheinlich mehr geholfen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass wir noch ein bisschen wach und aufnahmefähig sind. Das ist nämlich ein Thema, bei dem es jetzt um Zahlen und prozentuale Angaben geht. Nach meinem Eindruck können wir aber davon ausgehen, dass wir uns auch zu diesem Thema eine Meinung bilden können.

Lassen Sie mich mit folgendem Zitat beginnen:

> Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, ist ein sofortiges entschlossenes Handeln notwendig, weshalb ein radikales Umdenken gefordert wird. Die Zeit wird immer knapper, es muss jetzt gehandelt werden.

So steht es in der Begründung der Verwaltungsvorlage. Wir stimmen dieser Aussage auch vollumfänglich zu.

Wir begrüßen, dass sich die Stadt Köln dem Klima-Bündnis der europäischen Kommunen angeschlossen hat und sich damit verpflichtet, den CO_2-Ausstoß von 1990 bis 2030 um 50 Prozent zu verringern.

In der im August 2018 veröffentlichten und dem Rat zur Kenntnis gegebenen Fortschreibung der Energie- und Treibhausbilanz, erstellt vom Institut für Energie- und Umweltforschung, wurde ermittelt, dass die Treibhausgase in Köln von

2008 bis 2015 gerade einmal um ein mickriges Prozent zurückgegangen sind.

Diese Erkenntnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte uns alle schon in Alarmbereitschaft versetzen müssen. Aber weit gefehlt! Stattdessen legt uns die Verwaltung ein Papier „KölnKlimaAktiv 2022“ zum Beschluss vor, das mit 19 Klimareduzierungsmaßnahmen bis einschließlich 2022 11 678 Tonnen CO_2 einsparen soll. Wie mein Vorredner schon gesagt hat, ist das nur 1 Prozent dessen, was Köln an CO_2 bis zum Jahr 2022 einsparen müsste, nicht mehr. Die Stadt scheint beim Klima ein immerwährendes 1-Prozent-Problem zu haben.

Wenn uns die Vorlage eines lehrt, dann Folgendes: Wir werden bei diesem Tempo die Erreichung der Klimaziele nicht mehr erleben - und unsere Urenkel auch nicht.

Um das selbst gesteckte 2030er-Ziel nicht völlig aus den Augen zu verlieren, müssen Maßnahmen entwickelt werden, die das Potenzial haben, den CO_2-Ausstoß signifikant zu reduzieren.

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat in seinen zwölf Einzelpunkten auf Seite 10 aufgezeigt, wohin die Reise gehen muss. Wir brauchen wirkungsreiche Ziele, und zwar jetzt. Denn um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, reicht eine 50-prozentige Reduzierung schon nicht mehr aus. Es müssen mittlerweile 60 Prozent sein.

Wie heißt es in der Begründung der Stadtverwaltung?

> Die Zeit wird immer knapper, es muss jetzt gehandelt werden.

Deshalb beauftragen wir die Verwaltung in unserem Änderungsantrag, noch bis zu dieser Sommerpause einen Katalog weiterer Maßnahmen vorzulegen. Unterstützen Sie unseren Antrag bitte. Zwar hat die SPD schon gesagt, dass er bei ihr keine Unterstützung findet. Wir bitten aber alle darum, unseren Änderungsantrag zu unterstützen, um gemeinsam unseren Klimazielen gerecht zu werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Brust, bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben diese Debatte ja umfänglich im Umweltausschuss geführt. Deswegen möchte ich nur kurz vom Platz aus begründen, warum wir den Antrag der LINKEN ablehnen.

Wir sind uns natürlich einig darüber, dass diese Verwaltungsvorlage nur einen minimalen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann und nur eine von sehr vielen Maßnahmen ist. Sie muss aber jetzt beschlossen werden, damit der European Energy Award verabschiedet werden kann.

Herr Struwe hat darauf hingewiesen, dass man in Bottrop 60 Prozent CO_2 eingespart hat. Das mag in einer Ruhrgebietsstadt, in der gerade die letzte Zeche geschlossen wurde, natürlich gehen, wenn man die Industrie zumacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei uns sieht die Klimabilanz anders aus, weil bei uns vor allem zu Buche schlägt, dass wir eine wachsende Industrieproduktion hatten. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätten wir auch bessere Werte.

Es geht allerdings nicht, wie die LINKEN das jetzt möchten, die Verwaltung zu beauftragen, bis zum Sommer einen Vorschlag zu machen, wie man in Köln 60 Prozent einsparen kann. Das ist einfach unseriös, weil jeder weiß, dass die Verwaltung so etwas nicht vorschlagen kann. Dazu brauchen wir ganz andere Rahmenbedingungen auf Bundesebene - CO_2-Steuer usw. Deswegen müssen wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse nun über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Ratsgruppe BUNT und von Rot-Weiß. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist das so beschlossen.

I. Änderungsantrag Die Linke.

Beschluss:

Der Beschlussvorlage wird folgender Beschlusspunkt hinzugefügt:

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis vor der Sommerpause 2019 einen Katalog weiterer Maßnahmen vorzulegen, mit denen eine tatsächliche Emissionsminderung von 60% gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu erreichen ist, um den Anteil der Stadt Köln an der Erreichung des 1,5°-Zieles beizutragen.*

   Die Verwaltung möge dabei die Beispielrechnung des Wuppertal-Institutes zu Grunde legen, die in der Ausarbeitung zum derzeitigen Maßnahmenpaket vorgestellt wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Vorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Klimaschutzmaßnahmenumsetzungsprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ in der als Anlage dargestellten Fassung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der im Konzept enthaltenen Maßnahmen.

Die für diese Zwecke veranschlagten Haushaltsmittel werden im Haushaltsjahr 2019 um 400.000 € erhöht, ab dem Haushaltsjahr 2020 um jährlich 500.000 €. Die separat im Teilergebnisplan 1401 – Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen veranschlagten Mittel „Z an Zentrum für Energieeffizienz (ZEFF) zur Förderung der privaten Altbausanierung“ werden in diesem Umfang umgewidmet und bleiben damit für den vorgesehenen Zweck „Klimaschutz“ verfügbar.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD und der Gruppen BUNT und Rot-Weiß sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06

Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen
2786/2018

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer V – Seite 5).

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

Tagesordnungspunkt

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
3669/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord – Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord– für das Gebiet zwischen Aachener Straße im Süden, Hohenzollernring im Osten, Friesenplatz und Venloer Straße im Norden sowie der Bahntrasse Köln – Bonn im Westen in

der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
2816/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 17. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2819/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse so abstimmen, wie die Vorlage im Verkehrsausschuss abgestimmt wurde.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
0058/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt Frau Martina Schönhals (Evangelischer Kirchenverband Köln und Region) gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für den AWO Kreisverband Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Frau Martina Schönhals wird die persönliche Vertretung für Frau Ulrike Volland-Dörmann wahrnehmen. Frau Helga Blümel gibt damit ihren Sitz im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Berufung eines Vertreters sowie einer Stellvertreterin der Stadtschulpflegschaft als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 3852/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, aus der Stadtschulpflegschaft Köln für den Ausschuss Schule und Weiterbildung

- *Herrn Lutz Tempel als ständiges Mitglied mit beratender Stimme*
- *sowie als seine Vertreterin Frau Silvia Behrendt ebenfalls als Mitglied mit beratender Stimme*

zu berufen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz Mitte - Revitalisierung des Porzer Zentrums hier: Änderung der Zusammensetzung des Beirates Porz Mitte 4271/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Erweiterung des Beirates Porz Mitte um ein Mitglied und stellvertretendes Mitglied als Vertreter bzw. Vertreterin der Polizei:

Institution	*Mitglied*	*Funktion*
Polizei Köln	*Herr Hermann Schiffer*	*1. Mitglied*
Polizei Köln	*Herr Markus Grommes*	*Stellvertreter*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzung“ AN/0144/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Herr Wilhelm Geraedts wird für Herrn Sven Tritschler als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 KölnBäder GmbH - Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat 3953/2018

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt gemäß § 108a GO NRW – Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten Herrn Heiko Seifert als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH.

Die Bestellung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden. Die Bestellung endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis zur KölnBäder GmbH.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat
0261/2019

Mir liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag für die Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH vor. Ich trage ihn einmal kurz vor:

- von der Verwaltung wird entsendet: Herr Beigeordneter Greitemann
- SPD: Herr Joisten, Herr van Geffen, Herr Pöttgen, Herr Karaman
- CDU: Frau Heithorst, Herr Dr. Schoser, Herr Lucks, Herr Dr. Botermann
- Grüne: Herr Frank, Frau Pakulat, Frau Thelen
- LINKE: Herr Petri
- FDP: Herr Görzel

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Da das nicht der Fall ist, stimmen wir jetzt ab.

Gibt es Gegenstimmen gegen diesen gemeinsamen Wahlvorschlag? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende 14 Mitglieder in den Aufsichtsrat der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH:

1. *Herrn Beigeordneten Markus Greitemann*

   (Gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. eine von ihr vorgeschlagene Bedienstete/ ein von ihr vorgeschlagener Bediensteter der Stadt Köln)

2. *Herr Joisten (SPD)*
3. *Herr van Geffen (SPD)*
4. *Herr Pöttgen (SPD)*
5. *Herr Karaman (SPD)*
6. *Frau Heithorst (CDU)*
7. *Herr Dr. Schoser (CDU)*
8. *Herr Lucks (CDU)*
9. *Herr Dr. Botermann (CDU)*
10. *Herr Frank (GRÜNE)*
11. *Frau Pakulat (GRÜNE)*
12. *Frau Thelen (GRÜNE)*
13. *Herr Petri (Die Linke.)*
14. *Herr Görzel (FDP)*

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln, bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS): Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in die Verbandsversammlung
0449/2019

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Frau Gabriele C. Klug

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg (gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW den Oberbürgermeister bzw. eine(n) von ihm vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln) und schlägt der Verbandsversammlung deren Weiterentsendung in die Gremien des Zweckverbands Nahverkehr Rheinland vor.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei dem Oberbürgermeister bzw. dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss“
AN/0193/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Carl Kurlanda (sachkundiger Bürger nach § 58 Absatz 3 GO NRW) als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für das Ratsmitglied Christoph Klausing in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -. Herr Carl Kurlanda wird damit Nachfolger von Herrn Gero Fürstenberg-Schröder.

Herr Gero Fürstenberg- Schröder gibt damit seinen stellvertretenden Sitz im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen für Gruppenmitglieder
AN/0196/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, als weitere Vertretungsregelung für die Fachausschüsse die Vertretung des Mitglieds einer Ratsgruppe durch ein anderes Ratsmitglied der Gruppe vorzusehen. Die Fälle, in denen aufgrund besonderer rechtlicher Vorgaben eine persönliche Vertretung vorgeschrieben ist, bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Stadtentwicklungsausschuss - sachkundige Einwohnerin“
AN/0213/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Für den Stadtentwicklungsausschuss wählt der Rat Frau Christiane Martin als sachkundige Einwohnerin.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neubesetzung des Verkehrsausschusses“
AN/0221/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Wahl eines sachkundigen Einwohners für den Verkehrsausschuss (Sitz bisher vakant):

1. Wahl von Herrn Lukas Lorenz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)“

AN/0222/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Das Ratsmitglied Kirsten Jahn hat ihr Mandat im Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH gemäß § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags niedergelegt.

Der Rat entsendet anstelle von Frau Kirsten Jahn mit sofortiger Wirkung Herrn Lino Hammer in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Nachbesetzung Aufsichtsrat Zoologischer Garten Köln AG“
AN/0223/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Herrn Walter Grau

Frau Monika Ross-Belkner MdR

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Zoologischer Garten Köln AG.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Einführung von Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe externer Moderationsleistungen im Rahmen des Leitlinienprozesses
4206/2018

Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erkennt den Bedarf für externe Moderationsleistungen im Rahmen des Einführungsprozesses der Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit in Höhe von maximal 1.232.000 Euro (netto) an und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, damit komme ich zum nichtöffentlichen Teil und bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 22.40 Uhr)

Korrektur der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 08.11.2018 zu TOP 5.1 „Zuschuss zum „Tag des guten Lebens“, Session-Nr. 2572/2018:

Der Beschluss des Finanzausschusses vom 24.09.2018 wurde in der Niederschrift nicht korrekt wiedergegeben. Daher wird die Niederschrift im dritten Absatz des Beschlusstextes auf Seite 8 wie folgt korrigiert:

„…(60.000 € p.a.)…“ wird ersetzt durch „…(80.000 € p.a. für 2019 und 60.000 € p.a. für 2022 – 2023)…“.

In der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 08.11.2018 wird auf Seite 8 mit einer Fußnote auf diese Korrektur hingewiesen.

Korrektur der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 18.12.2018 zu TOP 10.34 „Beschluss des fortgeschriebenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg- Nord“, Session-Nr. 2788/2018:

Der bereitzustellende Betrag von 97,2 Mio. € ist in der Niederschrift im Beschluss in Ziffer 2, Satz 2, 2. Halbsatz ohne das Wort „Mio.“ wiedergegeben.

Der Betrag erschließt sich jedoch aus den in den nächsten beiden Absätzen von Ziffer 2 des Beschlusstextes genannten Beträgen.

In der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 18.12.2018 wird auf Seite 54 mit einer Fußnote auf diese Korrektur hingewiesen.

48. Sitzung vom 4. April 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Gruppe BUNT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Ausverkauf des Wahlrechts durch die schwarz/gelbe Landesregierung stoppen. Ratsmitglieder sind für alle da! Stichwahl beibehalten!“

AN/0445/2019

1.2 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Aktuelle Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt – Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten“

AN/0455/2019

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung von Kunstwerken des Künstlers Johannes Wohnseifer an das Museum Ludwig

0795/2019

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend "Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung"

AN/0414/2019

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ford gehört zu Köln"

AN/0417/2019

3.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Köln sagt Nein zum Upload-Filter – Appell gegen Artikel 13 der Urheberrechtsrichtlinie"

AN/0412/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

AN/0466/2019

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Prüfung Verlegung der Messstationen für Feinstaubmessung"

AN/0419/2019

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Sportentwicklungsplanung – jetzt umsetzen!"

AN/0411/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0457/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

AN/0468/2019

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Installation einer Schuldenuhr an prominenter Stelle am Rathaus"

AN/0420/2019

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen - Mo-

bilitätsfonds für Köln aufbauen!"

AN/0424/2019

zurückgestellt

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfragen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend "Kommunales Wohnungsbauförderprogramm"

AN/0161/2019

Antwort der Verwaltung vom 25.03.2019

0797/2019

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß. Was tut die Stadtverwaltung?"

AN/0198/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019

1181/2019

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0361/2019

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Einbeziehung Kölns in die Planungen zum Strukturwandel im „Rheinischen Revier“"

AN/0360/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019

1193/2019

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Drogenkonsumraum/ Drogenkonsummobil - Sachstand"

AN/0439/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019

1219/2019

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Treffen der Oberbürgermeisterin mit Kölner Abgeordneten im Landtag und im Deutschen Bundestag"

AN/0449/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019

1251/2019

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Puppenspiele der Stadt Köln - Erhöhung der Eintrittspreise und Änderung der Entgeltordnung ab dem 01. Januar 2020

3718/2018

6.2.2 Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln

0612/2019

6.2.3 Nutzungs- und Entgeltordnung für das FORUM Volkshochschule

0618/2019

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019 an den aufgeführten Tagen und Zeiten

4160/2018

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung

hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht

3430/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT

AN/0464/2019

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalsanierung der Waldsiedlung

4254/2018

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Einrichtung eines Preises unter dem Namen "Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt"

0477/2019

10.2 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Betriebskonzept

0513/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT

AN/0456/2019

10.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vergabe zur Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

0503/2019

10.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste sowie Betrauung der KVB mit der weiteren Sicherstellung des Systems "KVB Rad"

4240/2018

10.5 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Standortkonzept

3677/2018

10.6 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel" - Starkes Köln" für den Sozialraum "Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil"

3777/2018

10.7 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln

3887/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

AN/0451/2019

10.8 Nutzungsvertrag MiQua

4075/2018

zurückgestellt

10.9 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2019 / 2. Teil

0556/2019

10.10 Verteilung der verbleibenden Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2019

0870/2019

10.11 Kulturentwicklungsplanung (KEP)

0240/2019

10.12 Fortführung des Förderprojekts "Einwanderung gestalten NRW"

0113/2019

10.13 Infrastrukturfinanzierung Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. (LRNK)

0608/2019

10.14 Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe

0558/2019

10.15 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln

0149/2019

10.16 Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum – stationsbasiertes Carsharing –

und Förderung der Elektromobiliät durch Reduzierung der Parkgebühren für Elektrofahrzeuge

2020/2018

zurückgestellt

10.17 Bedarfsfeststellung, Beschaffung und Aufstellung von Schulpavillons für das Schuljahr 2019/20

4152/2018

10.18 Planungsaufnahme zum Abriss und Ersatzbau des OGS-Hauses der Kath. Grundschule Forststr. 20, 51107 Köln (Rath-Heumar)

2839/2018

10.19 Planungsbeschluss für die Sanierung der Medienleitungen im Betriebshof im Botanischen Garten, Amsterdamer Straße 34, 50735 Köln

1494/2018

10.20 Förderprogramm "SmartCity Cologne GO"

0725/2019

10.21 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland

Ziffer 1 des Beschlussvorschlags

3110/2018

10.22 Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten für Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport

1079/2019

10.23 Rahmenvertrag für Baumpflegearbeiten auf Kölner Sportanlagen (36 Monate)

0624/2019

10.24 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Köln

0815/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT

AN/0465/2019

10.25 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten.

(wird unter TOP 6.3.1. behandelt.)

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06

Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen

2786/2018

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven

Arbeitstitel: Eisenbahnersiedlung

0393/2019

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

17 Wahlen

17.1 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Schule und Weiterbildung auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

0365/2019

17.2 Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Stadtentwicklungsausschuss auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

0244/2019

17.3 Bestellung eines stellvertretenden Vertreters der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN

0579/2019

17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausschussumbesetzung"

AN/0372/2019

17.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausschussumbesetzung"

AN/0373/2019

17.6 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

0987/2019

17.7 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule Transgender

0986/2019

17.8 Vertretung der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH

1000/2019

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wahl eines Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages"

AN/0410/2019

17.10 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde

(Anlage 1 und 2 im nicht öffentlichen Teil unter TOP 25.2)

0274/2019

17.11 Antrag der Gruppe GUT betr. "Wahl eines Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages"

AN/0422/2019

17.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales"

AN/0395/2019

17.13 Berufung einer sachkundigen Einwohnerin als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

1209/2019

17.14 Antrag der Fraktion Die Grünen betreffend "TOP 17 "Wahlen"

hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien"

AN/0458/2019

17.15 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Besetzung von Gremien"

AN/0459/2019

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau GU/TU - Baubeschluss zum Neubau einer Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 1 in 50939 Köln durch einen Generalunternehmer

0459/2019

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Klein, Agnes, Beigeordnete Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Dresler-Graf, Margret; Hoyer, Katja; Schultes, Monika; Pohl, Stephan; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 20.52 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 48. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße zunächst unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, insbesondere Herrn Robert Voigtsberger und seine Familie, sehr herzlich, -

(Beifall)

- außerdem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten Herrn Koenen, -

(Beifall)

- alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die Bezirksbürgermeister. Ich begrüße natürlich auch Sie alle, die Mitglieder des Rates, sehr herzlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute wählen wir nicht nur einen neuen Beigeordneten für den Jugend-, Schul- und Bildungsbereich, sondern es stehen auch weitere wichtige Themen aus unterschiedlichen Bereichen auf unserer Tagesordnung. Wir können Entscheidungen treffen, die ganz konkret voranbringen können. Dazu gehören zum Beispiel die direkte Beauftragung der KVB mit der Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste mit Stadtbahnen und Bussen, -

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- die Sportentwicklungsplanung, eine Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge mit 400 zusätzlichen Ladepunkten und die Kulturentwicklungsplanung.

Besonders begrüßen möchte ich auf der Verwaltungsbank die neue Geschäftsführerin der Kölner Verkehrs-Betriebe, Frau Haaks.

(Beifall)

Wir alle freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen, Frau Haaks.

Außerdem begrüße ich heute unsere neuen Ratsmitglieder Frau Schmerbach -

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- und Herrn Hauser, -

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- die ich gleich verpflichten möchte.

Frau Schmerbach wurde als Nachfolgerin für Herrn Börschel und Herr Hauser wurde als Nachfolger für Frau Jahn gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt. Beide haben die Nachfolge angenommen.

Ich möchte heute noch einmal die Gelegenheit nutzen, mich bei Kirsten Jahn und Martin Börschel auch in diesem Rahmen für ihren langjährigen und engagierten Einsatz für die Stadt Köln zu bedanken. Beide haben hier im Rat als Fraktionsvorsitzende besondere Verantwortung übernommen. Bei beiden bedanke ich mich für die Zusammenarbeit. Ich bin bei beiden ganz sicher, dass sie sich auch in Zukunft an anderer Stelle ebenso für unsere Stadt einsetzen werden.

Frau Schmerbach und Herr Hauser, ich bitte Sie nun beide, zu mir nach vorn zu kommen, und ich bitte alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben; bitte auch die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreter der Medien sowie die Bezirksbürgermeister.

(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen - Frau Schmerbach und Herr Hauser treten nach vorn zur Oberbürgermeisterin)

Frau Schmerbach und Herr Hauser, ich verpflichte Sie im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung, Ihre Aufgaben als Ratsmitglieder des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten sowie Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen. - Vielen Dank.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall - Christian Joisten [SPD] überreicht Frau Schmerbach Blumen - Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Dresler-Graf, Frau Hoyer, Frau Wolter und Frau Schultes.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Walter, Herrn Michel und Herrn Richter.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind darin gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Kommen wir zunächst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Im Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie der Ratsgruppe BUNT vom

28.03.2019 geht es um „Ausverkauf des Wahlrechts durch die schwarz/gelbe Landesregierung stoppen. Ratsmitglieder sind für alle da! Stichwahl beibehalten!“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.1.

Im Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der Ratsgruppe GUT vom 03.04.2019 geht es um „Aktuelle Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt - Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht aber die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen.

Konnte eine solche Einigung erzielt werden, habe ich zu fragen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung abstimmen, ob wir heute zwei Aktuelle Stunden durchführen werden. Wer für die Durchführung beider Aktueller Stunden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppen GUT und BUNT.

War das jetzt schon eine Gegenstimme, obwohl Sie noch nicht aufgerufen waren?

(Markus Wiener [Rot-Weiß]: Das war noch eine Ja-Stimme!)

- Dann ist das so beschlossen, und ich muss nicht mehr nach Enthaltungen und Gegenstimmen fragen. Wir werden also zwei Aktuelle Stunden behandeln.

Ich schlage vor, TOP 1.2 wegen der großen Aktualität des Themas als erste Aktuelle Stunde gemeinsam mit dem Antrag TOP 3.1.2 zu behandeln.

Weiterhin schlage ich die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.5 und TOP 4.6, die Verwaltungsvorlage unter TOP 6.3.1, der als TOP 10.25 umgedruckt wurde, sowie TOP 10.23 und TOP 10.24, TOP 17.12 bis 17.15 und dann im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6 und TOP 24.7.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.8 und 10.16.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, TOP 10.22 - das ist die Beigeordnetenwahl - an den Beginn der Sitzung zu ziehen. Des Weiteren sollten wir die Vorlage zur Sportentwicklungsplanung unter TOP 10.15 gemeinsam mit dem Antrag unter TOP 3.1.5 behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Für die Antragsteller beantrage ich, TOP 3.1.7 „Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren“ um eine Runde zu schieben und in der Tagesordnung der Ratssitzung am 21. Mai erneut aufzunehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich lasse jetzt über den Änderungsvorschlag zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Bevor wir in die Sitzung eintreten, meine Damen und Herren, habe ich alle Ratsmitglieder noch einmal auf die Änderung beim Livestream hinzuweisen. Wie vom Rat beschlossen überträgt ab der heutigen Sitzung eine weitere Kamera auch Redebeiträge aus dem Plenum. Jedes Ratsmitglied kann weiterhin natürlich selbst entscheiden, ob der eigene Redebeitrag im Livestream gezeigt werden soll. Wie bereits im Vorfeld der Sitzung erläutert: Wenn Sie nicht wünschen, dass Ihre Wortmeldungen aus dem Plenum im Livestream zu sehen sind, teilen Sie das bitte vorher mit. Bisher liegen uns dazu noch keine Rückmeldungen vor. Wer einen Hinweis zur Übertragung seiner Beiträge geben möchte, den bitte ich, sich bei unserer Stimmführerin Frau Lange zu melden.

Zudem möchte ich, bevor wir in die heutige Sitzung eintreten, noch ganz besonders Frau Dr. Klein begrüßen. Liebe Frau Dr. Klein, liebe Agnes, für dich ist die heutige Ratssitzung die letzte Ratssitzung als Beigeordnete der Stadt Köln. Nachdem der Rat dich im September 2006 zur Beigeordneten gewählt hat, hast du im November 2006 das erste Mal das Dezernat Bildung, Jugend und Sport hier im Rat vertreten. Das sind nun über zwölf Jahre, in denen du dich für den Ausbau der Kinderbetreuung, die Entwicklung unserer Schullandschaft und natürlich auch für den Sport eingesetzt hast - ein Thema, was wir heute auch noch einmal auf der Tagesordnung haben. Zwar bleibst du noch einige Wochen im Dienst und wir werden noch eine Verabschiedung an gebührender Stelle vornehmen, ich möchte dennoch heute auch schon einmal in diesem Rahmen einen ganz herzlichen Dank sagen für den engagierten und erfolgreichen Einsatz für die Stadt Köln, die Bürgerinnen und Bürger und vor allem auch für ihre Kinder und möchte mich sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken.

(Lang anhaltender Beifall)

Und ganz persönlich möchte ich jetzt noch hinzufügen: Liebe Agi, das ist ja die letzte Ratssitzung, in der ich dich hier an meiner Seite habe, und „an meiner Seite“ meine ich ganz wörtlich. Du hast vor acht Jahren dafür gesorgt, dass ich den Platz an deiner Seite bekam, und ich bin mir ganz sicher, dass deine wohltemperierte und besonnene Art nicht nur einmal positiv auf mich abgefärbt hat. Ich habe fachlich und persönlich großen Respekt vor deiner Leistung, die du in diesen vielen Jahren hier erbracht hast, und ich bin sehr dankbar, dich diese vielen Jahre um mich gehabt zu haben. Du bist klug und professionell in allen Situationen, und du warst mir immer eine gute Wegbegleiterin. Vielen Dank dafür.

(Lang anhaltender Beifall - Stehende Ovationen)

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates! Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, liebe Henriette, zunächst einmal vielen Dank für die wertschätzenden, persönlichen Worte. Ich danke auch für - ich habe jetzt nicht genau nachgezählt - mehr als 15 Jahre Zusammenarbeit in verschiedenen Funktionen, zunächst als Kollegin in Münster und Gelsenkirchen - da hatten wir schon einen recht engen Fachaustausch; ich kann mich noch an die Einführung des NKF erinnern -, dann als Kollegin im Verwaltungsvorstand hier in Köln und zuletzt als meine Vorgesetzte, eben als die Oberbürgermeisterin dieser schönen Stadt. Viele Klippen und Fährnisse haben wir freundschaftlich-kollegial überwunden. Ich bin sehr froh und dankbar, dass wir das gut hinbekommen haben.

In diesen Dank beziehe ich auch die beiden früheren Oberbürgermeister Herrn Dr. Fritz Schramma und Herrn Jürgen Roters ausdrücklich mit ein, auch wenn sie heute nicht hier sind.

Ausdrücklich danke ich den vielen Kolleginnen und Kollegen im derzeitigen Verwaltungsvorstand und in früheren Verwaltungsvorständen. An dieser Stelle müsste ich einfach zu viele einzelne Namen erwähnen, um alle persönlich zu würdigen, aber fühlen Sie sich insgesamt angesprochen.

Dem Rat der Stadt Köln, ganz besonders natürlich meiner Fraktion der SPD, aber Ihnen allen danke ich für mehr als zwölf Jahre gemeinsame Arbeit, und damit meine ich nicht nur die Arbeit hier im Rat, sondern die Arbeit in zahllosen Sitzungen meiner drei Fachausschüsse, in Arbeitskreisen, Gremien, runden und eckigen Tischen, Telefonaten, diversen Gesprächen, Podiumsdiskussionen und, und, und. Ich glaube, wir haben gemeinsam - das ist zumindest meine Überzeugung - viel erreicht. Wir haben in dieser Zeit 10 000 Plätze für die unter Dreijährigen geschaffen, 1 000 Plätze pro Jahr, mit privaten Investoren. Das macht 20 Kitas im Jahr. Die Anzahl der Ganztagsplätze in Grundschulen wurde nahezu verdoppelt. Dafür haben Sie die - auch finanzwirksamen - Beschlüsse gefasst. In den weiterführenden Schulen wurden die Plätze im gebundenen Ganztag verdreifacht. Wir haben sieben Gesamtschulen gegründet mit 1 000 zusätzlichen Plätzen in den Eingangsklassen - es reicht noch nicht, es müssen noch mehr sein - und die Kapazitäten für umgerechnet vier neue Gymnasien ausgebaut.

So muss es auch weitergehen in der stark wachsenden Stadt Köln. Die Weichen dafür haben mein Dezernat und ich gestellt. Der Rat hat vor einigen Monaten die vierte Schulentwicklungsplanung beschlossen, die Planung des Kitaausbaus liegt vor sowie die Spielplatzbedarfsplanung, die Jugendhilfeplanung. Zudem werden Sie heute - es sieht ja durchaus positiv aus - den Sportentwicklungsplan beschließen. Das alles konnten Sie und ich nur mit Hilfe vieler Menschen in der Verwaltung auf den Weg bringen: in meinem Dezernatsbüro, das ich ausdrücklich

grüße, bei den Ämtern der Stadtverwaltung, natürlich auch bei den Ämtern des Dezernats IV.

Um so erfolgreich sein zu können, benötigt man einen klaren politischen Willen, eine entschlossene Bürgerschaft und eben auch eine gute Verwaltung - Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle setze ich mich nachdrücklich für die vielen Kolleginnen und Kollegen in unserer Stadtverwaltung ein. Diese Menschen, die bienenfleißig für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, oft - das kann ich auch persönlich bestätigen - über die normale Arbeitszeit hinaus, sind es, die das Uhrwerk in Gang halten und in der Öffentlichkeit dennoch zuweilen der öffentliche Nubbel 365 Tage im Jahr sind. Das ist nicht gerecht, und das ist auch nicht richtig. Natürlich ist nicht alles perfekt - ich nicht, Sie nicht. Wer ist das schon? Wir alle treffen aber die Entscheidungen, die wir treffen können aufgrund der Informationen, die wir zu dem Zeitpunkt zur Verfügung haben und das durchaus klug und durchdacht.

Der Rat - das ist mein Rat - der Stadt Köln sollte mehr und öfter auf seine Verwaltung vertrauen. Dort sitzen zumeist - das sage ich natürlich als Verwaltung, das ist klar -

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

- hochspezialisierte Fachleute, die wissen, was sie tun. Gehen Sie sorgsam mit dieser Verwaltung um, denn Sie haben nur diese eine.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bedanke mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Presse, die meine und unsere Arbeit stets konstruktiv kritisch verfolgt haben. Ich fühlte mich zumeist sehr fair und fachkundig begleitet. Manchmal habe ich auch von Pressevertretern wichtige Hinweise für die Arbeit bekommen. Danke für das alles.

(Christian Joisten [SDP]: Aha!)

- Ja, die Presse bekommt schon eine ganze Menge mit, was in der Stadt so los ist.

Ich sage „Tschö“ und wünsche den Mitgliedern des Rates, dass sie trotz berechtigter politischer und programmatischer Unterschiede immer bemüht sind, konstruktiv und fair miteinander umzugehen. Ich fühle mich geehrt, ein Teil der Geschichte meiner Geburtsstadt gewesen zu sein, und werde stets mit tiefem Stolz auf diese Zeit zurückblicken. Ich hoffe, dass ich den großen und kleinen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gut gedient habe. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Frau Dr. Klein werden Blumen und ein Präsent überreicht - Lang anhaltender Beifall - Stehende Ovationen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir jetzt in die Sitzung eintreten und zur Wahl eines neuen Beigeordneten kommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, besonders die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten Herrn Koenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Sie begrüßt besonders die neue Geschäftsführerin der Kölner Verkehrsbetriebe, Frau Stefanie Haaks. Außerdem begrüßt sie Frau Cornelia Schmerbach und Herrn Frank Hauser als neue Ratsmitglieder.

Frau Oberbürgermeisterin Reker begrüßt Frau Beigeordnete Dr. Klein zu ihrer letzten Ratssitzung als Beigeordnete der Stadt Köln.

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker verpflichtet Frau Cornelia Schmerbach und Herrn Frank Hauser im Sinne des § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Walter, Herrn Michel und Herrn Richter vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Es liegen zwei fristgerecht eingegangene Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor.

TOP 1.1

Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT zum Thema "Ausverkauf des Wahlrechts durch die schwarz/gelbe Landesregierung stoppen". Ratsmitglieder sind für alle da! Stichwahl beibehalten!“

AN/0445/2019

TOP1.2

Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Aktuelle Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt – Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten“

AN/0455/2019

Die Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretung sieht grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde vor. Da – wie bei mehreren Anträgen möglich – keine Einigung auf eine Aktuelle Stunde erzielt werden konnte, lässt Frau Oberbürgermeisterin Reker darüber abstimmen, dass zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis::
Einstimmig zugestimmt.

IV. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu-

bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Drogenkonsumraum/ Drogenkonsummobil - Sachstand"

AN/0439/2019

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Treffen der Oberbürgermeisterin mit Kölner Abgeordneten im Landtag und im Deutschen Bundestag"

AN/0449/2019

6.3.1 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019 an den aufgeführten Tagen und Zeiten

4160/2018

10.23 Rahmenvertrag für Baumpflegearbeiten auf Kölner Sportanlagen (36 Monate)

0624/2019

10.24 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Köln

0815/2019

17.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales"

AN/0395/2019

17.13 Berufung einer sachkundigen Einwohnerin als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

1209/2019

17.14 Antrag der Fraktion Die Grünen betreffend "TOP 17 "Wahlen"

hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien"

AN/0458/2019

17.15 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Besetzung von Gremien"

AN/0459/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

24.6 RheinEnergie AG

hier: Erwerb von 45 % der Geschäftsanteile an der Energieversorgungsgesellschaft mbH, Sankt Augustin (EVG)

0965/2019

24.7 Übertragung der Planung des Erweiterungsbaus und der Blockrandbebauung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud an einen Generalplaner (Ergänzung zu 1832/2017)

0692/2019

Absetzungen:

Öffentlicher Teil

10.8 Nutzungsvertrag MiQua

4075/2018

10.16 Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum – stationsbasiertes Carsharing – und Förderung der Elektromobiliät durch Reduzierung der Parkgebühren für Elektrofahrzeuge

2020/2018

V. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, TOP 10.22 „Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten für Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport“, 1079/2019, an den Beginn der Sitzung zu ziehen.

Weiterhin schlägt sie vor, TOP 1.2 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Aktuelle Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt – Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten“,

AN/0455/2019, wegen der Aktualität als erste Aktuelle Stunde gemeinsam mit dem Antrag TOP 3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ford gehört zu Köln", AN/0417/2019, zu behandeln.

Die Vorlage unter TOP 10.15 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln, 0149/2019, soll gemeinsam mit dem Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Sportentwicklungsplanung – jetzt umsetzen!", AN/0411/2019, unter TOP 3.1.5 behandelt werden.

VI. RM Pöttgen bittet, TOP 3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen - Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!" AN/0424/2019, bis zur nächsten Ratssitzung am 21.05.2019 zurückzustellen.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Anmerkung:
Hinweis zum Livestream

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert über die Änderung beim Livestream.

Wie vom Rat beschlossen überträgt ab der heutigen Sitzung eine weitere Kamera auch Redebeiträge aus dem Plenum. Jedes Ratsmitglied kann weiterhin selbst entscheiden, ob der eigene Wortbeitrag im Livestream übertragen werden soll. Wenn jemand nicht wünscht, dass dessen Wortmeldungen aus dem Plenum im Livestream zu sehen sind, ist dies vorher der Verwaltung mitzuteilen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf den vorgezogenen Tagesordnungspunkt

10.22 Wahl einer Beigeordneten/eines Beigeordneten für Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport
1079/2019

Ich habe Ihnen mitzuteilen, dass aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Stelle beauftragt wurde, Herr Robert Voigtsberger für die Beigeordnetenstelle vorgeschlagen wird.

Ich habe zunächst zu fragen, ob es weitere Vorschläge gibt. - Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann schlage ich vor, dass wir zur Abstimmung kommen. Gibt es jemanden, der nicht wünscht, offen abzustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nicht der Fall. Das ist wunderbar.

Dann frage ich jetzt: Wer wünscht Herrn Voigtsberger zu wählen? Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppen GUT und BUNT. Wer wünscht, sich zu enthalten? - Das sind die Fraktion DIE LINKE sowie Rot-Weiß und die AfD-Fraktion. Damit kann es keine Gegenstimmen mehr geben.

Ich stelle fest, dass Herr Voigtsberger vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezernat IV gewählt wurde und bitte Sie jetzt sehr gern zu uns herunter, damit Sie hoffentlich die Wahl annehmen werden.

(Anhaltender Beifall - Herr Voigtsberger betritt den Sitzungssaal)

Herr Voigtsberger, darf ich davon ausgehen, dass Sie die Wahl annehmen?

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Ja, sehr gern.

(Beifall - Herr Voigtsberger nimmt Blumen und Glückwünsche entgegen - Es werden Fotos gemacht - Herr Voigtsberger verlässt den Sitzungssaal)

1079/2019

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Robert Voigtsberger zum Beigeordneten für die Dauer von acht Jahren. Als Geschäftskreis wird ihm das Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport übertragen.

Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises vor. Es werden Bezüge nach der Besoldungsgruppe B 7 gemäß Anlage 7 zum Landebesoldungsgesetz Nordrhein-Westfalen gezahlt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke, AfD und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt:

1.2 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Aktuelle Entwicklungen auf dem Kölner Arbeitsmarkt - Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten“
AN/0455/2019

und

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ford gehört zu Köln“
AN/0417/2019

Ich gebe zunächst Herrn Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln hat in den 80er- und 90er-Jahren die erste schwere Zeit gehabt, als die klassische Industrieproduktion sich sukzessive weiterentwickelt hat und viele Unternehmen - gerade auch im Kölner Rechtsrheinischen - damals durch schwere Zeiten gegangen sind. Wenn wir uns heute den Mülheimer Süden oder Teile von Deutz und Kalk anschauen, dann wissen und sehen wir immer noch, welch schwere Entwicklungsphase Köln durchgemacht hat mit den entsprechenden Auswirkungen für einerseits die Menschen, die sich neue Beschäftigungen suchen mussten, und für andererseits die Stadt und deren Herausforderungen sowohl bei der Entwicklung der Steuereinnahmen als auch ganz konkret in den Weiterentwicklungen der bisherigen Industriezonen.

Wir erleben leider heute im Jahre 2019 eine weitere Zäsur. Zwei Bereiche sind davon besonders betroffen: zum einen der Einzelhandel, wo wir nicht nur bei den großen, sondern bei vielen kleinen Unternehmen erleben, dass durch das Internet die Rahmenbedingungen für den lokalen Einzelhandel komplett neu dargestellt werden, neue Wettbewerbsformen entstehen und damit klassische Arbeitsplätze bedroht werden, und zum anderen der Automobilbereich. Vor fünf Jahren waren die Aussichten noch so, dass man gemeint hätte, dass für die nächsten zehn, 20 Jahre Deutschland weiterhin unangefochten Weltmarktführer sein und dieser unendliche Boom durch die Erschließung der asiatischen Märkte weitergehen wird. Wir wissen heute, dass neue Herausforderungen für diese Branche hinzugekommen sind, insbesondere beim Thema autonomes Fahren, aber auch bei der Frage fossiler Brennstoffe und der negativen Auswirkungen auf die Umwelt.

Wir haben in Köln zwei wichtige Großunternehmen, die genau für diese beiden Bereiche stehen. Das eine ist Galeria Kaufhof, die von einem Unternehmen übernommen werden, das nicht in Köln ansässig ist. Das andere ist Ford, die nicht nur selbst Arbeitsplätze in Köln als größter Arbeitgeber bieten, sondern auch für die gesamte Region durch die Vielzahl von Zuliefererunternehmen viele Arbeitsplätze und viel Gewerbesteueraufkommen produzieren.

Beide Unternehmen, sowohl der Einzelhandelsbereich als auch der Automotive-Bereich, sind, wie gesagt, in schwierigem Fahrwasser. Deswegen ist es unsere Aufgabe als Politik vor Ort, für zwei Dinge zu sorgen: Einerseits - deshalb bin ich der Oberbürgermeisterin auch sehr dankbar, dass sie in dieser Woche die Initiative mit den Betriebsräten von Ford ergriffen hat - müssen wir uns um die Menschen kümmern, die Sorge haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, oder die schon genau wissen, dass ihr Arbeitsplatz verloren geht. Da sich sicherlich nicht für jeden die optimale Situation bieten wird, dass man vielleicht in den Vorruhestand geht oder ein großes Abfindungspaket findet, geht es hier darum, das Potenzial der Menschen, die dort freigesetzt werden, in verantwortungsvoller Form nutzen. Es kann nicht sein - dieser kleine Hinweis möge an dieser Stelle gestattet sein -, dass ein großes

deutsches Unternehmen in Form der Bundeswehr direkt vor den Werkstoren eine Werbung platziert, die nicht angemessen ist. Das möchte ich an der Stelle auch einmal betonen. Wir wollen uns um die Menschen kümmern, aber auf ordentliche Art und Weise. Deshalb ist der Dialog, den die Oberbürgermeisterin gestartet hat, gut, dass wir, die städtischen Unternehmen und die Stadtverwaltung mit den Betriebsräten und mit Ford Diskussionen führen, dass wir Menschen, wenn sie freigesetzt werden, helfen, eine neue vernünftige Beschäftigung zu suchen und vielleicht auch eine neue Heimat in der Stadtverwaltung oder bei den städtischen Unternehmen zu finden. Das ist die erste Dimension: bei den Menschen zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Die zweite wichtige Dimension ist, dass wir den Wirtschaftsstandort Köln stärken, dass die Chancen, die gerade auch in den Umbruchzeiten liegen, entsprechend genutzt werden. Deshalb bin ich sehr froh, dass das jetzt fusionierte Karstadt-Quelle-Unternehmen mit Kaufhof zusammen am Onlinehandel in Köln praktizieren will. Das heißt, hier sind die Zukunftsarbeitsplätze. Wir müssen weiterhin darum kämpfen, dass diese zukunftsfähigen Arbeitsplätze weiter ausgebaut werden.

Das Gleiche gilt für den Autobereich. Hier müssen wir gemeinsam schauen - im Zusammenhalt mit der Landesregierung -, dass wir neue Akzente setzen und die Themen E-Mobilität und autonomes Fahren vorantreiben. Unsere neue Wirtschaftsförderungs GmbH ist dafür prädestiniert, in Zusammenarbeit mit den Unternehmen in der Region, -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das wüsste ich wohl! Das wüsste ich wohl!)

- mit der Universität und vielen anderen das weiterzuentwickeln.

Wenn wir heute hier im Rat - die Resolution müsste verteilt worden sein - gemeinsam ein Zeichen setzen, dass wir die Menschen nicht allein lassen und gleichzeitig auch den Wirtschaftsstandort weiter stärken, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist das ein starkes Zeichen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserer Resolution. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes hat Frau von Bülow das Wort.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Es gibt keine Resolution, Herr Petelkau!)

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Die erste Hiobsbotschaft des Jahres kam im Januar: Die Kaufhof AG kündigte an, an ihrem Stammsitz in Köln mehrere Hundert Arbeitsplätze abzubauen und die Zentrale der neuen Galeria Karstadt Kaufhof GmbH nach Essen zu verlegen. Dem folgte kurz danach die Nachricht vom Arbeitsplatzabbau bei Ford. Von bis zu 5 000 Arbeitsplätzen in der Region ist die Rede. Damit haben zwei mitarbeiterstarke Kölner Unternehmen innerbetriebliche Veränderungen angekündigt, die zu einem spürbaren Verlust von Arbeitsplätzen am Wirtschaftsstandort Köln führen werden.

Für die Beschäftigten ist diese Lage extrem belastend und das nicht nur für die direkt betroffenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sondern auch für die Beschäftigten in Zulieferbetrieben, zum Beispiel in der Region in Brühl und im Bergischen Land.

Viele von uns werden gefragt, was denn der Rat, was denn die Politik, was denn die Oberbürgermeisterin vorhaben. Deswegen haben wir auch heute diese Aktuelle Stunde hier im Rat aufgerufen, nachdem sich bereits der Wirtschaftsausschuss intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt hat und einen richtungsweisenden Beschluss einstimmig verabschiedet hat.

Wir finden es wichtig, dass auch hier vom gesamten Rat aus ein wichtiges Signal an die Beschäftigten der betroffenen Unternehmen gesandt wird. Darum heute die Aktuelle Stunde. Und zwar wollen wir ein anderes Signal senden als das - wie mein Vorredner schon angedeutet hat -, was heute als Anzeige an prominenter Stelle im *Express* zu lesen war: „Job Fort? Mach, was wirklich zählt. Bundeswehr." Dies ist an Zynismus meines Erachtens nicht zu übertreffen, schadet der Sache, schadet aber auch der Bundeswehr und ihrem Ansehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Zurück zur Aktuellen Stunde: Seitens der Oberbürgermeisterin und vieler Akteurinnen und Akteure in der Stadt gibt es bereits einen guten Austausch zur Frage, was seitens der Stadt Köln

für die Zukunftssicherung des Standortes getan werden kann und welche Hilfen für die vom Stellenabbau betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen denkbar sind. Ich möchte daher auch noch einmal meinen Dank an die Oberbürgermeisterin dafür aussprechen, dass sie am 1. April zum Austausch zum Thema Ford eingeladen hatte in einer großen kompetenten Runde, wie ich finde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Es geht jetzt um die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Kölns, um die Wettbewerbsfähigkeit, vor allem um den Erhalt von Arbeitsplätzen und Möglichkeiten für die Menschen hier vor Ort und in der Region. Hierbei zählen alle Arbeitsplätze, ob nun in der Industrie wie bei Ford oder im Einzelhandel und Dienstleistungssektor wie bei Galeria Karstadt Kaufhof.

Der Wirtschaftsausschuss hat in seinem Beschluss am 21.03. hervorgehoben, wie notwendig eine frühzeitige strategische industrielle Weichenstellung im Automobilsektor gewesen wäre. Das Management von Ford hat diese nicht rechtzeitig vollzogen, und diese Fehlentscheidungen, die vor allem in den USA getroffen wurden, führen nun dazu, dass in der Kölner Region ungefähr 5 000 Arbeitsplätze bedroht sind bzw. abgebaut werden sollen.

Die gesamte Automobilindustrie befindet sich in einem erheblichen Veränderungsprozess. Sie muss sich auf ein verändertes Mobilitätsverhalten der Verbraucher und Verbraucherinnen durch vermehrte Nutzung von ÖPNV, Fahrrad und Sharing-Konzepten einstellen und entsprechende Konzepte entwickeln.

Neben den strukturellen Veränderungen zeigen sich vor allem hier in Köln auch weitere kurzfristige Risiken für die Automobilhersteller. Momentan kann niemand wirklich vorhersehen, wie es in Großbritannien weitergeht. Sollte es zu einem harten Brexit kommen, bedeutet das zusätzlich noch einmal ein massives Problem auch für Ford in Köln. Umso mehr sind wir gefragt. Doch was können wir tun als Politik, was können wir als Stadt tun? - Die Politik kann und darf nicht unternehmerische Entscheidungen ersetzen. Aber wir als Rat und Verwaltung können Innovationen und Zukunftstechnologien unterstützen. Wir setzen uns zum Beispiel für den Aufbau eines Zentrums für die Entwicklung und den Bau, für die Distribution und die Wiederaufarbeitung und letztlich auch für das Recycling von Speichertechnologien ein. Ein solches Kompetenzzentrum E-Mobilität kann einen wichtigen Beitrag dafür leisten, den Standort zukunftsfähiger zu machen.

Nach dem Ratsbeschluss von 2016 zum Thema haben Rat und Verwaltung bereits vor zwei Jahren den Ford-Werken Industrieflächen für den Produktionsbereich von Elektroantriebs- und Speicherzellenfertigung angeboten. Daraufhin ist bisher leider noch nichts erfolgt, aber es gilt, hier noch einmal anzusetzen und neue Wege zu beschreiten.

Wir als Politik können auch dafür sorgen, dass zum Beispiel für den wachsenden Bedarf an Fahrzeugen für den ÖPNV klare und belastbare Konzepte entwickelt werden, auf die sich die Automobilbranche in ihrer jeweiligen Ausrichtung einstellen kann. Insbesondere im Bereich des autonomen Fahrens stecken noch viele Potenziale, welche auch hier in Köln gehoben werden können.

Im Gespräch am 1. April herrschte große Einigkeit bei allen, die am Gespräch beteiligt waren, darüber, dass die Stadt viel für die vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen tun wird. Beispielhaft seien die Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten genannt, damit nicht nur die Beschäftigten von Ford und Kaufhof eine Zukunft in Köln haben werden. Gleichzeitig bleiben Köln und der Region auf diese Weise, wenn diese Maßnahmen greifen, wichtige qualifizierte Arbeitskräfte erhalten. Allein derzeit 2 000 offene Stellen bei der Stadt sprechen dabei für sich.

Heute bekräftigt der Rat noch einmal seinen Willen, nicht nur den Standort Köln zukunftsfähig machen zu wollen und alles dafür zu tun, was in seiner Macht steht, er bekräftigt auch seinen Willen, die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen, Anschlussperspektiven zu entwickeln und für den Kölner Arbeitsmarkt weiterhin qualifizierte Fachkräfte zu erhalten.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Die Resolution, die angesprochen worden ist, um das kurz zu sagen, befindet sich mittlerweile im Umdruck und müsste Ihnen bald vorliegen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat jetzt das Wort.

Volker Görzel (FDP): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wirtschaftliche Herz Kölns hat in diesem Jahr zwei Stöße bzw. zwei Schläge erlitten. Zwei Unternehmen, die wie kaum andere Unternehmen für die Identität Kölns stehen, wurden getroffen. Die Galeria Kaufhof GmbH und die Ford GmbH haben massive Standortschließungen und Stellenkürzungen angekündigt. Allein bei Kaufhof sind hier im Herzen Kölns 3 500 Arbeitsplätze bedroht. Das sind 3 500 Menschen, die grünes Blut in ihren Adern tragen, die für ein Unternehmen arbeiten, das wie kaum ein anderes für den wirtschaftlichen Standort Kölns steht.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, die Farbe von Kaufhof ist grün, und die Mitarbeiter von Kaufhof empfinden es als ihre Identität. Ich meine nicht euch, diesmal ausnahmsweise nicht.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das sind keine Sklaven von Kaufhof!)

Ich kann von dieser Stelle aus nur hoffen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kaufhof, die momentan über Abfindungen verhandeln, eine ordentliche Abfindung heraushandeln können.

Bei Ford geht es auch nicht um irgendein Unternehmen oder gar ein amerikanisches Unternehmen, sondern es ist das Vermächtnis Konrad Adenauers, unseres ehemaligen Oberbürgermeisters, der es geschafft hat, in Köln Ford anzusiedeln. Was sagt uns das? - Ich denke, wir müssen uns als Kölner auch als Wirtschaftsstandort verstehen. Wir sind gut im Fußball, wir sind gut im Karneval, wir können auch andere Dinge sehr gut, aber wenn es darum geht, welche Stadt für wirtschaftliche Kompetenz oder neudeutsch für Business steht, so finde ich, hat Köln Aufholbedarf. Hier müssen wir besser werden. Das ist eine Aufgabe, die von oben nach unten gelebt wird. Ich wünsche mir, dass die Oberbürgermeisterin - so, wie sie es vorgestern bei Ford getan hat - auch mit den Verantwortlichen von Kaufhof ins Gespräch geht. Ich wünsche mir aber vor allem, dass zukünftig gar nicht erst reagiert werden muss, sondern dass proaktiv gehandelt wird, dass unsere Vertreter der Stadt Köln und unsere neu gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft, bevor eine solche Maßnahme verkündet wird, schon Gespräche führen, dass die Kontakte immer funktionieren. Das sind wir den Mitarbeitern und den Unternehmen schuldig.

Ich möchte hier auch selbstkritisch anmerken, dass wir über zwei Branchen sprechen, denen wir es in der Vergangenheit nicht immer so einfach gemacht haben. Wir haben häufig über den Einzelhandel hier in Köln gesprochen, und ich kann mich, ohne das hier vertiefen zu wollen, an die eine oder andere Entscheidung erinnern, wo wir es dem Einzelhandel in Köln schwer gemacht haben, beispielsweise bei den verkaufsoffenen Sonntagen. Wir müssen auch - das gehört zur Ehrlichkeit dazu - sagen, dass wir es auch der Automobilbranche in diesem Rat nicht immer einfach gemacht haben.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Wir haben stets davor gewarnt, dass man die Axt nicht an den Zweig ansetzen darf, auf dem man sitzt. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP)

Die Verwaltung hat den Gesprächsfaden aufgenommen, und ich kann hier nur wiederholen, was schon angedeutet wurde: Wir haben bei der Verwaltung der Stadt Köln etwa 2 000 Plätze frei. Insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kaufhof GmbH, die aus kaufmännischen Bürojobs kommen, sollten alle Möglichkeiten eröffnet werden, sich bei der Stadt Köln zu bewerben.

Wir müssen den Blick allerdings auch nach vorn richten. Wir müssen dafür sorgen, dass die tollen Alleinstellungsmerkmale, die der Wirtschaftsstandort Köln bietet, nach außen bestmöglich verkauft werden. Der Stadtdirektor hat im letzten AVR vergangene Woche zu Recht darauf hingewiesen, dass unsere Stadt Köln beim Thema Digitalisierung bundesweit führend ist. Wir haben das beste Gigabyte-System in Deutschland. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern müssen. Wir müssen das ins Schaufenster stellen und sagen: Wir Kölner können das!

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen natürlich auch dafür sorgen, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die seit 1. April auch einen Geschäftsführer hat, ordentlich an den Start kommt, dass diese gut ausgestattet wird mit Personal, damit Köln zukünftig positive Wirtschaftsnachrichten und keine negativen Nachrichten macht, damit das wirtschaftliche Herz Kölns weiter schlägt. In diesem

Sinne geht die Resolution in die richtige Richtung. Ich möchte Sie bitten, diese Resolution zu unterstützen. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes hat Herr Tritschler das Wort.

Lassen Sie mich bitte die Gelegenheit nutzen, Ihnen zur Vollständigkeit mitzuteilen, dass ich selbstverständlich mit der Geschäftsführung von Karstadt Kaufhof und auch mit der Geschäftsführung von Ford seit vorigem Jahr im Gespräch bin und dass wir seitdem schon ausloten, was wir tun können.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag auf eine Aktuelle Stunde vermengt ein wenig die Fälle von Kaufhof und Ford, obwohl sie kaum vergleichbar sind. Ich will mich deshalb an der Stelle heute mit Ford beschäftigen.

Eines vorweg: Natürlich ist die Krise bei Ford nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen, und natürlich sind die Probleme, die Ford hat, zum Teil auch auf das eigene Management zurückzuführen. Wenn aber die Existenz von 4 000 Kölnern bedroht ist, ja sogar der Fortbestand des derzeit noch größten privatwirtschaftlichen Arbeitgebers in Köln, ist das ein Thema, das hier auf die Agenda gehört. Es sind eben nicht nur Managementfehler, die zur Krise beigetragen haben. Immerhin bei Herrn Görzel habe ich gerade zumindest Spurenelemente von Selbstkritik gehört; denn es ist ein skandalöses Politikversagen der Umwelt-, der Wirtschafts-, der Energie- und der Verkehrspolitik, das hier auch eine Rolle spielt. Unsere Stadt ist an dieser Stelle leider ganz vorn mit dabei.

Wir haben hier kein reines Ford-Problem. VW baut 5 000 bis 7 000 Stellen ab, Audi 5 000, Daimler hat schon im letzten Jahr 2 500 Stellen gestrichen, und Opel macht ganze Werke zu. Das ist kein Zufall, meine Damen und Herren. Das ist das Ergebnis Ihrer katastrophalen Industriepolitik. Sie sägen damit an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Und dann tun Sie auch noch so, als würden Sie dabei die Welt retten.

Über 800 000 Menschen arbeiten für die deutsche Automobilindustrie und ein Vielfaches an Arbeitsplätzen hängt mittelbar daran. Sie ist eine der letzten Branchen, in denen unser Land noch führend ist. Etwas Neues kommt seit Jahrzehnten kaum noch hinzu. Warum auch? - Niemand mit ökonomischem Sachverstand wird in das Land der Rekordstrompreise, der wuchernden Umweltbürokratie, der bröckelnden Infrastruktur, der hohen Steuern und der Datennetze auf albanischem Niveau investieren. Das Wenige an Industrie, was uns verblieben ist, ekeln Sie jetzt mit aller Gewalt aus dem Land. Sie lassen sich eben in Ihren politischen Entscheidungen lieber von 16-jährigen Schwedinnen leiten als von ökonomischem Sachverstand.

(Beifall bei der AfD - Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Was soll das denn für ein dummer Schwachsinn sein?)

Und dann predigen Sie Ihr Evangelium etwa von der sogenannten Elektromobilität. Das steht heute auch wieder gefühlt zwanzigmal auf der Tagesordnung. Dabei ist diese Technik alles andere als ausgereift, und es ist mehr als fraglich, ob sie jeweils marktfähig wird. Die Akkutechnologie kommt trotz massiver Subventionen seit Jahren nicht voran. Die Rohstoffe sind knapp und werden unter menschenunwürdigen Bedingungen und massiven Umweltverschmutzungen gewonnen. Wo soll überhaupt der Strom herkommen? Aus Atomkraftwerken in Frankreich und Belgien? Und mit welchem Netz? - Das wirtschaften Sie auch seit Jahren herunter.

Bezeichnenderweise ist inzwischen die Stadt Köln, die Stadtverwaltung, der größte Arbeitgeber. Wir werden wie Berlin. Herr Petelkau hat es gerade erzählt: Das soll noch weiter ausgebaut werden. Meine Damen und Herren, wir können aber nicht davon leben, dass wir uns gegenseitig verwalten.

Konrad Adenauer holte Ford 1929 mit intensivem Einsatz in unsere Stadt. Generationen von Kölnern sind dank seines Engagements mit den Ford-Werken verbunden. Gemessen daran ist Ihr aller Einsatz für den Standort geradezu beschämend. Im Epizentrum der Kölner Kommunalpolitik, dem Wirtschaftsausschuss, wird eine oberlehrerhafte Resolution, frei von jeglicher Selbstkritik, verabschiedet. Ja, hier im Rat wäre es nicht einmal Thema, wenn wir es nicht auf die Tagesordnung gesetzt hätten. Daran ändert auch nichts, dass Sie jetzt noch schnell kurz vor Feierabend eine Resolution nachschieben, Herr Petelkau. Zudem geht die Spätnachfolgerin Ade-

nauers tagelang auf Tauchstation. Vielleicht mussten irgendwo neue Lastenfahrräder eingeweiht werden; ich weiß es nicht. Über die Presse lässt sie ihre Enttäuschung verlautbaren und bequemt sich erst nach massiver Kritik der Arbeitnehmervertreter zu einem Gespräch mit den Betroffenen. Ja, ich weiß, der kommunale Handlungsspielraum ist an dieser Stelle begrenzt, aber sonst drehen Sie doch auch gern das große bundespolitische Rad und schreiben Briefe an die Kanzlerin, Frau Reker. Wo ist dieses Engagement, wenn es um die Ford-Arbeiter geht? Sind sie weniger wert?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wie gut, dass Ihr Vorstellungsvermögen die Realität nicht erreicht.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Reker, mein Verständnis von der Geschäftsordnung ist, dass Sie die Sitzung leiten und nicht die Redner unterbrechen. Aber vielleicht lassen wir das mal anwaltlich prüfen.

(Zurufe: Oh!)

Wo ist dieses Engagement, wenn es um die Ford-Arbeiter geht? Sind sie weniger wert, weil sie Autos bauen? - In Wahrheit sind Ihnen die Menschen dort egal. Sie weihen lieber neue Radspuren ein und sonnen sich im Glanz Ihres vermeintlich guten Tuns. Die AfD jedenfalls wird weiterhin für den Industriestandort Deutschland und ebenso für den Automobilstandort Köln auf allen Ebenen und mit Nachdruck kämpfen. Darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr van Geffen das Wort.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auf die arrogante und dümmliche Polemik meines Vorredners will ich jetzt nicht eingehen; das erspare ich uns.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, vereinzelt bei der CDU und FDP sowie von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Die Entscheidungen von Ford und von Galeria Karstadt Kaufhof und der damit verbundene Verlust an Arbeitsplätzen haben uns in dieser Stadt tief getroffen. Es kann niemanden kalt lassen, wenn die wirtschaftliche Existenz von Menschen in der Folge von branchenbedingten Krisen, insbesondere aber infolge von Managementfehlern gefährdet wird. Mich macht das zornig.

Natürlich wissen wir alle, dass die Möglichkeit der Einflussnahme von Politik, zumal von Kommunalpolitik, auf unternehmerische Entscheidungen begrenzt ist. Wenn diese Entscheidungen dann auch noch maßgeblich weit weg in den Vereinigten Staaten von Amerika fallen, dann ist es umso schwerer. Trotzdem erwarten die Menschen in unserer Stadt zu Recht, dass wir als Politik und Verwaltung im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind deshalb froh, dass die Oberbürgermeisterin in dieser Woche das Gespräch mit den Arbeitnehmervertretern von Ford gesucht hat - ein wichtiges Signal, unseres Erachtens etwas spät. Als SPD-Fraktion haben wir uns schon vor Wochen mit dem Betriebsrat ausgetauscht. Es ist aber in jedem Fall ein wichtiges Signal, das wir ausdrücklich begrüßen.

Eine intensive Kommunikation der Stadtspitze mit dem Management ist natürlich weiterhin mindestens genauso erforderlich. Es ist gut, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, noch einmal darauf hingewiesen haben, dass der Rat bereits vor zwei Jahren dem Unternehmen Industrieflächen für den Produktionsbereich für Elektroantriebs- und Speicherzellenfertigung angeboten hat. Im Wirtschaftsausschuss haben wir in der Sitzung vom 21. März im Rahmen einer keineswegs oberlehrerhaften, sondern einstimmig verabschiedeten Resolution bekräftigt, dass wir Köln als Schwerpunktstandort für E-Mobilität positionieren wollen. Die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Sektor der Produktion, Montage und Wiederaufbereitung von E-Speichertechnologie wollen wir gezielt fördern. Es liegt nun aber tatsächlich am Management von Ford, den Ball aufzunehmen und den Standort Köln gezielt in diesem Sinne weiterzuentwickeln.

Der Verlust der Arbeitsplätze bei Galeria Karstadt Kaufhof ist nicht weniger schmerzhaft. Es ist enttäuschend, dass es nicht gelungen ist, die Stärken Kölns als Standort für die neue Konzernzentrale in ausreichendem Maße zu vermarkten. Wir hoffen, dass die Teile der Konzernzentrale, die in

Köln verbleiben sollen, nun auch dauerhaft hier gehalten werden können.

Eine Randbemerkung: Auch wenn wir als Stadt Köln definitiv keine Einflussmöglichkeiten haben, wenn es um Fragen des Tarifvertrags geht, möchte ich nicht verhehlen, dass ich die Entscheidung des Konzerns, aus dem Tarifvertrag des Einzelhandels auszusteigen, für schwer erträglich halte. Auch hier zahlen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Zeche für Managementfehler vergangener Jahre, und jeder weiß, dass die Menschen im Einzelhandel schon jetzt nicht zu den Großverdienern zählen.

Abschließend noch eine kurze Anmerkung: Ich finde es schade, dass sich die Antragsteller nicht dazu durchringen konnten, diese Aktuelle Stunde gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften in diesem Rat zu beantragen. Diese Gemeinsamkeit wäre ein starkes Signal an die Kölnerinnen und Kölner gewesen; denn ich bin mir sicher, dass die Sorge um Arbeitsplätze wenig bis gar nichts mit dem Parteibuch zu tun hat. Wer mich kennt, weiß, dass das nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Umso mehr wünsche ich mir, dass wir, genau wie dies im Wirtschaftsausschuss gelungen ist, zu einem gemeinsamen Beschluss der Resolution kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei Ihnen nochmals bedanken, dass Sie meinen Vorschlag aufgegriffen haben, uns mit dem Betriebsrat von Ford, Herrn Martin Hennig, mit dem Vertreter der IG Metall, Herrn Kolsch, und mit dem DGB-Vorsitzenden Herrn Rossmann zu treffen. Sie sind mit einer kompetenten Crew angerückt. Wir hatten ein sehr gutes Gespräch. Ich hoffe, dass heute Abend die Kölner Bundestagsabgeordneten, wenn sie sich mit dem Ford-Chef Herrn Herrmann in Berlin treffen, ähnliche Sachen bewegen, wie wir in diesem Gespräch zumindest einmal auf die Schiene gesetzt haben.

Ford steht am Ende einer langen Wertschöpfungs- und Produktionskette. 3 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger bei Ford Köln bedeuten zusätzliche Verluste von insgesamt mindestens 10 000 Jobs in Köln.

Ford ist seit Jahrzehnten nicht nur ein wichtiges internationales Unternehmen. Dieses Unternehmen zahlt auch seit Jahrzehnten ordentliche Löhne dank einer kämpferischen und internationalen Belegschaft. Immer wieder haben die Kolleginnen und Kollegen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen gestreikt und gekämpft, ohne das große Ganze dieses Unternehmens aus dem Auge zu verlieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ford ist in Sachen Integration immer sehr weit und hat die Stadtgesellschaft mitgeprägt.

Die Umstellung auf E-Mobilität wird auch in der Region zu erheblichen Einschnitten führen. Das Eisenwerk Brühl produziert mit 1 800 Beschäftigten Motoren für die gesamte Automobilindustrie, davon etwa 20 Prozent für Ford. Federal-Mogul in Burscheid mit 2 500 Beschäftigten ist ebenfalls Zulieferer von Ford und der gesamten Automobilindustrie.

Anders als die AfD in ihrem zurückgewandten Antrag stellen sich die ganze Stadtgesellschaft und die Beschäftigten von Ford der Herausforderung der E-Mobilität. Deshalb ist der gemeinsam von Betriebsrat, Stadtverwaltung und Ratsfraktion entwickelte Gedanke - das vermisse ich in dieser Resolution - eines „Kompetenzzentrums Alternativer Antriebstechnologien“ ein wichtiger Schritt, gestaltend in diesen Prozess einzugreifen. Denn darüber sind wir uns im Gespräch einig gewesen, das soll uns gemeinsam bewegen.

Wir müssen als Stadt das Wenige, was wir tun können, jetzt anpacken und zielstrebig umsetzen:

- Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Jobcenter, der Agentur für Arbeit und der Stadt Köln,
- Verbesserung des Logistikstandorts Niehler Hafen mit Land und Bund,
- bessere Industrieflächen für Antriebstechnologien, zum Beispiel Batteriebearbeitung,
- intelligente Fahrsysteme zwischen Ford, KVB und RheinEnergie.

Das waren Essentials, die wir in diesem Gespräch erarbeitet haben.

Frau Oberbürgermeisterin, ich würde Sie ganz herzlich bitten, die Zusammenarbeit in der Region noch einmal in Sachen Automobilstandort et-

was anzugehen. Das wäre einer der nächsten Schritte, die man anpacken sollte.

Dabei darf es meines Erachtens nicht bleiben. Sie haben Karstadt angesprochen. Ich spreche etwas ganz anderes an, was auch sehr wichtig ist, nämlich: Der Rat der Stadt Köln muss sich auch mit den Arbeitsplätzen im Rheinischen Revier befassen, weil es diese Region auch in erheblichem Umfang mit aller Härte treffen wird. Auch dies sind Arbeitsplätze, die ebenfalls eine lange Wertschöpfungskette haben. Die Braunkohlekommission geht von 9 000 direkt betroffenen Arbeitsplätzen aus und von 18 000 weiteren Arbeitsplätzen. Wir müssen den Umbau der Energieversorgung mit dem Umbau der Automobilindustrie zusammen sehen. Sie gehören zusammen, sie sind eine Sache, deswegen müssen wir diese Verbindung herstellen.

Gedankenstrich: Im Oktober 1929, vor 90 Jahren, hatte Konrad Adenauer angefangen, mit Ford über die Ansiedlung in Köln zu verhandeln. Adenauer lockte Ford von Berlin nach Köln und schloss am 30. Januar 1930 einen Geheimvertrag mit Ford ab. Er lief über zweimal sechs Jahre und umwarb Ford mit den wildesten Finanztricks, nämlich einem Verzicht der Gewerbeertragsteuer und einem Verzicht auf die Gewerbekapitalsteuer. Das wäre heute, meine Damen und Herren, so nicht mehr möglich, auch wenn der Redner der AfD gerade frohlockt hat und gesagt hat: Das war doch super, das war toll. - Das war Konrad Adenauer. Er hat strategisch gedacht und konkret gehandelt - das eine oder andere Mal auch rechtswidrig.

Dennoch ist der Gedanke da: 90 Jahre Ford ist ein Grund zum Feiern. 90 Jahre Ford ist aber auch ein Grund, nachdenklich zu sein, umtriebig zu sein und zu schauen, dass wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Ford in ihren Anliegen unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann möchte ich zunächst sagen, dass ich über den Ausgang der Aktuellen Stunde abstimmen lasse, aber ich werde diese Resolution, die mir mittlerweile auch vorliegt, nicht formell beschließen lassen können in der Form, wie sie uns vorliegt, weil in der Aktuellen Stunde der Rat nicht beauftragen kann. Ich darf Ihnen aber versichern, dass die Verwaltung das in jeder Einzelheit als Auftrag verstehen und umsetzen wird und darüber auch - wenn Sie mir gleich zustimmen und die Sache dadurch abschließen, dass sie zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen wird -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es gedacht! - Niklas Kienitz [CDU]: Ja!)

- im zuständigen Ausschuss vorgetragen werden wird.

In dem Sinne würde ich jetzt gern über die Aktuelle Stunde mit Ihnen beschließen, und zwar als Abschluss, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der FDP sowie von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich lasse über den Antrag der AfD-Fraktion noch abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das abgelehnt.

AN/0455/2019

Die Angelegenheit wird gemäß § 5 Abs. 10 b der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
TOP 1.2 wird gemeinsam mit TOP 3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ford gehört zu Köln", AN/0417/2019 unter TOP 1.2 behandelt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist darauf hin, dass der Rat im Rahmen einer Aktuellen Stunde keine konkreten Aufträge an die Verwaltung beschließen kann. Sie versichert aber, dass die Verwaltung im Sinne der Antragsteller handeln werde.

AN/0417/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zum Automobil-, Industrie- und Ford-Standort Köln und fordert die Verwaltung auf, gemeinsam mit der Unternehmensspitze nach Lösungen zu suchen, um einen größeren Stellenabbau bei Ford in Köln zu verhindern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Faktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe als Nächstes die nächste Aktuelle Stunde auf.

1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Gruppe BUNT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Ausverkauf des Wahlrechts durch die schwarz/gelbe Landesregierung stoppen. Ratsmitglieder sind für alle da! Stichwahl beibehalten!“ AN/0445/2019

Als Erstes hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Thema Wahlrecht mutet zunächst dem Titel nach trocken an; es ist aber alles andere als das. Es ist eigentlich das Kernthema einer Demokratie. Das Gelingen einer Demokratie - egal, welchen Typ sie hat - hängt von dieser geringfügigen technischen Einzelheit ab, nämlich vom Wahlrecht. Das stammt nicht von mir, sondern von einem spanischen Philosophen, einem klügeren Menschen als mir.

Die schwarz-gelben Pläne zur Reform des Kommunalwahlgesetzes hier in NRW geben uns heute Anlass für diese Aktuelle Stunde, um uns diesen Plänen entschieden entgegenzustellen. Ich will Ihnen gern aufzeigen, warum es aus unserer Sicht zwingend nötig ist, hier von der kommunalen Ebene aus dagegenzuhalten. Es betrifft zwei Punkte: zum einen die Neuzuschneidung von Wahlkreisen, sozusagen die Messwerte, anhand derer Wahlkreise bestimmt werden, und zum anderen die beabsichtigte wiederholte, nochmalige Abschaffung der Stichwahl bei der Wahl der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister.

Was die Neuzuschnitte der Wahlkreise angeht, müssen wir eines festhalten: Kommunalpolitik lebt doch viel mehr als jedes andere Politikfeld davon, dass die entsprechenden Mandatsträger sehr nah an den Menschen in ihrem Gebiet sind. Es ist doch wirklich im besten Sinne des Wortes kleinteiliger Kontakt zu den Bürgern, der Kommunalpolitik prägen sollte, wenn sie gelingen soll.

An der Stelle ist festzuhalten, dass es in der Tat so ist, dass nach dem Kommunalwahlrecht nur EU-Bürger das Wahlrecht bei der Kommunalwahl haben. Trotzdem ist es doch richtig, alle Menschen vor Ort mitzunehmen; denn die Menschen vor Ort brauchen, auch wenn sie nicht wahlberechtigt sind, selbstverständlich Repräsentanz und Ansprechpartner. Oder fragt hier irgendjemand von den anwesenden Ratsmitgliedern - das ist hoffentlich nicht der Fall -, wenn jemand mit einem Anliegen zu ihm kommt, das vor Ort geregelt werden muss, welchen Pass derjenige eigentlich hat? - Ich denke, das würde doch keiner von uns tun. Das Beispiel zeigt doch schon, dass gerade auf der Ebene der Kommunen der direkte Kontakt vor Ort wichtig ist - wichtiger als auf jeder anderen Ebene von Land und Bund, die abstrakter sind, die sich mit Gesetzgebung beschäftigen und nicht die Verhältnisse vor Ort direkt regeln. Deshalb ist es richtig, nach wie vor - wie bisher - auf die Einwohnerzahl bei der Zuschneidung der Wahlkreise abzustellen und alle zu berücksichtigen, ob wahlberechtigt oder nicht.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Das Protokoll vermerkt warmen Applaus.

(Heiterkeit)

Was passiert bei der Änderung, wie Schwarz-Gelb sie vorgesehen hat? - Die Tendenz ist, dass Wahlkreise größer werden an den Orten, wo viele Nicht-EU-Ausländer wohnen, also häufig Stadtteile - das ist statistisch so; das gibt Ihr eigener Innenminister von der CDU auch in seiner Stellungnahme zu -, die sozial eher benachteiligt sind und wo die Verhältnisse vor Ort schwierig sind. Diese Stadtteile verlieren an Repräsentanz, gerade dort, wo es eigentlich wichtig wäre, dass die Repräsentanz und Ansprechbarkeit vor Ort gewährleistet ist.

Im Übrigen ist das auch völlig unabhängig davon, ob sich tatsächlich die Gesamtzahl der Wahlkreise in einer Stadt oder auch nur in einem Stadtbezirk ändert; denn Stadtbezirke sind sehr disparate Gebilde, wie wir alle wissen. Ich selbst komme aus dem Stadtbezirk Kalk. Dort ist nun tatsächlich von einem Villenviertel bis zu äußerst schwierigen Gegenden alles dabei. Wenn man innerhalb der Stadtbezirke Wahlkreise neu zuschneidet, Stimmbezirke hinzunimmt oder weg-

schneidet, verändert auch das selbstverständlich die Verhältnisse vor Ort.

Meine Damen und Herren, wenn wir gleich hören, rechtliche Überlegungen stünden im Hintergrund, das sei geboten: Nein, das ist eben nicht der Fall. Das Bundesverwaltungsgericht hat deutlich festgehalten, dass entsprechende Grundsätze des Bundeswahlrechts nicht ohne Weiteres auf das Kommunalwahlrecht übertragbar sind.

Kommen wir zum Thema Abschaffung der Stichwahl. Die Wahl der Oberbürgermeister ist eine Wahl, die auf Personen zugespitzt ist. Es ist nicht eine Wahl eines Gremiums, bei der sich erst eine Mehrheit bildet, wie es hier im Rat der Fall ist, sondern die Mehrheit folgt unmittelbar aus der Wahl. Da kann es doch nicht sein, wenn demnächst Leute fragen: „Warum sind Sie denn Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister von Köln geworden?“, dass die Antwort lautet: „Weil ich die am wenigsten wenigen Stimmen von allen Kandidaten bekommen habe.“ - Das kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Am Ende des Tages könnte ohne Weiteres jemand mit 33 Prozent Oberbürgermeister werden und soll dann ganz Köln repräsentieren? - Ich glaube nicht, dass das gewollt ist; auch nicht von den Kandidaten.

Wer hat die Stichwahl 2009 abgeschafft? - Schwarz-Gelb. Wer hat sie wieder eingeführt? - Rot-Grün. Wer schafft sie jetzt wieder ab? - Schwarz-Gelb. Das kann es doch nicht sein. Das ist politisch nicht opportun. Ich habe es aufgezeigt, das ist verfassungsrechtlich äußerst bedenklich. An der Stelle müssen Sie nicht mir glauben, sondern schauen Sie sich das Anhörungsverfahren im Landtag an. Professor Morlok, renommierter Verfassungsrechtler, sagt im Wortlaut:

> Die Abschaffung der Stichwahl begegnet mithin stärksten verfassungsrechtlichen Bedenken.

Selbst Michael Bertrams, der ehemalige Vorsitzende des Verfassungsgerichtshofs in NRW, der die Abschaffung 2009 noch durchgewinkt hat, sagt jetzt, auf der aktuellen Grundlage sehe er dafür eigentlich keine Möglichkeit.

Am Ende des Tages kann ich Sie nur auffordern: Erkennen Sie die Zeichen an der Wand, um es einmal so zu sagen. Oder um es mit Bertrams zu sagen: Gehen Sie nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern erkennen Sie die Zeichen an der Wand; sehen Sie von dieser Wahlrechtsreform ab. Zudem beantrage ich, dass wir den letzten Absatz dieses Antrags auf Aktuelle Stunde als Resolution zum Schluss verabschieden. Die Begründung dafür ergibt sich aus den vorstehenden Absätzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es hat schon Tradition bei CDU und FDP, die Stichwahl bei der Oberbürgermeisterwahl abzuschaffen. Das haben sie 2007 gemacht, und jetzt wollen sie es wieder tun.

Der Antrag von CDU und FDP im Landtag beinhaltet keine Übergangsregelung. Das Gesetz soll sofort umgesetzt werden. Der Städtetag, der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag in NRW kritisieren das ganz klar. Zum Beispiel finden in einigen Städten im Rahmen der Europawahl jetzt Oberbürgermeisterwahlen statt. Das ist ein Problem. Zudem finde ich es ausgesprochen makaber, dass es bei der CDU und bei der FDP keinen Funken Rechtsbewusstsein gibt, zu sagen: Wir führen diese neue Wahl nicht in dieser, sondern in der darauffolgenden Legislaturperiode ein. - Das wäre ein richtiges rechtsstaatliches Verfahren, wie man so etwas gesetzlich organisieren und umsetzen muss.

(Beifall bei der LINKEN und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grüne])

Deswegen sage ich, meine Damen und Herren: Dieses Gesetz ist ein Lex CDU/FDP mit der Strategie, Oberbürgermeister von der SPD und von den Grünen oder gemeinsame zu verhindern. Das ist die Strategie, die dahintersteckt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade in der Kommunalpolitik muss doch es darüber hinaus möglich sein, dass über eine Stichwahl parteilose Kandidatinnen und Kandidaten sowie Kandidaten und Kandidatinnen der FDP oder der Grünen Oberbürgermeister werden können.

(Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Das hat es doch in der Geschichte schon gegeben und nicht zu selten. Diese Möglichkeit wird jetzt durch diesen Schachzug unterminiert. Deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir Salz in der Suppe in der Kommunalpolitik; dazu gehört auch die Stichwahl.

Ich habe hier die Oberbürgermeister Blum, Schramma und Roters sowie Frau Oberbürgermeisterin Reker erlebt, wie sie alle gesagt haben: Ich bin doch die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister aller Kölnerinnen und Kölner. - Ich glaube nicht, dass das einfach leere Worte waren. Je weniger Stimmen ein Oberbürgermeister oder eine Oberbürgermeisterin auf sich vereint, desto weniger kann er oder sie Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin aller Kölnerinnen und Kölner sein. Das ist das Ergebnis dessen, was gerade stattfindet.

Ich komme zum zweiten Punkt: zu den Stimmbezirken. Das bisherige Kommunalwahlgesetz nimmt alle Einwohner als Grundlage der Betrachtung, in diesem Fall also alle Kölnerinnen und Kölner. Meine Damen und Herren, wir kennen genau den Unterschied zwischen „Bürger“ und „Einwohner“. Wir haben daher im Rahmen des Godorfer Hafens eine Einwohnerbefragung durchgeführt, damit sich alle Kölnerinnen und Kölner an diesen Prozedere beteiligen können.

(Beifall bei der LINKEN, bei der Ratsgruppe GUT, vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen und von Peter Kron [SPD])

Das war auch richtig so.

Was macht jetzt die CDU? - Sie führt den „deutschen Einwohner“ ein. Es gibt keinen „deutschen Einwohner“, sondern es gibt nur Einwohner. Dieser kann alles sein - Türke, Deutscher, was auch immer. Das ist der Einwohner. Insofern muss ich sagen, dass ich es diskriminierend finde, dass so ein Begriff des deutschen Einwohners in diesem Gesetzentwurf eingeführt wird. Das lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT)

Die Gemeindeordnung spricht in § 1 - und die Gemeindeordnung ist ja der Implizit unserer Arbeit - davon:

Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung …

Das ist doch der große Unterschied zwischen Bund, Land und Kommune. Wir leben hier mit allen Leuten zusammen, und für uns sind das die Einwohner. Das muss unsere Bezugsgröße sein. Das sind die Menschen, mit denen wir sprechen und aktiv sind.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, 45 der Ratsmitglieder sind direkt gewählte Ratsmitglieder. Sie vertreten die Interessen aller Einwohner ihres Wahlkreises, und es ist schwer genug, das umzusetzen. Viele von ihnen versuchen das. Deswegen bin ich über die Betrachtungsweise der „deutschen Einwohnerschaft“ empört und muss sagen: So geht es auf keinen Fall! Wir brauchen diskriminierungsfreie Gesetze, die entsprechend auch umgesetzt werden. Deswegen sage ich zum Schluss: Gemeinsam sind wir Köln - alle Einwohnerinnen und Einwohner.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD, bei der Ratsgruppe GUT und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen - Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Oberbürgermeisterin!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ein Zwischenruf, Herr Detjen.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Darf ich?)

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ja.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Jörg Detjen, ich möchte noch hinzufügen, dass auch die Einwohnerinnen angesprochen werden sollten, damit sie nicht diskriminiert werden.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Marion, da hast du völlig recht. - Danke schön.

(Beifall und Heiterkeit bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Herrn Wortmann auf der Redeliste.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Ich mache es vom Platz aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich dieser Aktuellen Stunde im Antrag angeschlossen, weil ich überhaupt nicht verstehe, was dieser Ansatz soll. Ich glaube, Sie missachten die Menschen in den Bezirken, um die es hier geht, gewaltig. Das ist für mich eine Auslese und eine Selektion, die Sie hier betreiben, die ich überhaupt nicht unterstützen kann.

Wenn Sie die Demokratie nach dem Prinzip der Gewichtung der Mündigkeit walten lassen wollen, laufen Sie nach meinem Dafürhalten Gefahr, gerade die sozialen Brennpunkte damit noch deutlich aufzuwerten. Diese Gebiete, die davon betroffen sein werden, werden ihre Fürsprecher, nämlich die wenigen Wahlberechtigten, die dort sind und die hier im Plenum für diese Leute sprechen können, und somit ihre Stimme verlieren. Deshalb schließe ich mich diesem Antrag an und bitte Sie, sich dieser Resolution auch anzuschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat jetzt das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier zwei unterschiedliche Sachverhalte, die in der Resolution der Antragsteller entsprechend angesprochen werden. Ich würde gern auf beide Punkte unterschiedlich eingehen.

Wir haben zunächst einmal die Frage, wie Stimmbezirke bzw. Wahlkreise zugeschnitten werden sollen. Hier haben wir einen klaren Auftrag als Politik auf der Landesebene durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der Landesverfassungsgerichte generell, und zwar ist das der Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Dabei gilt es nicht nur, dass in den Wahlkreisen jeder Kandidat die gleichen Chancen hat, sondern dass auch der Erfolgswert gleich sein muss. Das ist eines der Grundprimate in unserer Verfassung, dass in jedem Wahlkreis - nehmen wir einmal Köln - im Prinzip jeder von ungefähr der gleichen Zahl von Wählerinnen und Wählern gewählt wird. Wenn wir uns nicht an dem Grundsatz der Wahlberechtigten orientieren, könnte es rein theoretisch so sein, dass in einem Wahlkreis zwar genauso viele Einwohner wie in anderen wohnen, aber wir vielleicht nur 100 Wahlberechtigte haben. Das heißt, eine Person, die in diesem Wahlkreis kandidiert, würde dann im Zweifel, wenn man 50 Prozent von diesen 100 nimmt, von 51 Stimmen gewählt werden. Das ist aber nicht der Durchschnittswert im Rest der Stadt. Das heißt, da haben wir Durchschnittswerte in den Wahlkreisen von Drei- oder Dreieinhalbtausend.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist theoretischer Natur!)

Genau diese Ungerechtigkeit oder Ungleichverteilung, die in dieser extremen Form - so sage ich es einmal - heute überspitzt dargestellt worden ist, ist der Grund, warum die Verfassungsrichter gesagt haben, dass das Verfahren, das wir im Übrigen bei der Einteilung von Bundestagswahlkreisen und bei Landtagswahlkreisen zwingend haben, auch auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden muss. Die Grundaussage, Herr Detjen, wir seien ja nur für den Wahlkreis und die Leute, die in dem Wahlkreis leben, verantwortlich, zeigt ein vollkommen falsches Verständnis. Wir sind gewählte Mandatsträger, und wir sind für alle Bürgerinnen und Bürger, die in Köln leben, verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Maxime, die der Gesetzgeber uns mit auf den Weg gegeben hat. Wir sind nicht nur für unsere Wahlkreise zuständig - dafür auch -, sondern für die gesamte Stadt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das habe ich auch nicht gesagt! Sie müssen zuhören! - Zuruf von Gisela Stahlhofen [DIE LINKE])

Wir sind Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger - egal, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht. Es geht darum, grundsätzlich klarzumachen, dass wir einen verfassungsrechtlichen Auftrag haben. Die schwarz-gelbe Regierung nimmt diese Aufgabe an. Rot-Grün hat das lange ausgesessen; denn die Urteile gibt es auf Landesebene schon länger. Wir setzen sie jetzt um. Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun.

(Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden am Ende sehen, wie viele Wahlkreise in den Metropolen überhaupt davon betroffen sind; es gibt dazu keine Modellrechnungen. Hier geht es darum, den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen.

Das zweite Thema ist die Frage der Stichwahl. Bei der Stichwahl war es so, dass immer argumentiert wurde, die Legitimation fehle, wenn wir keine Stichwahl haben. Dazu möchte ich noch einmal klar ausführen, dass - egal, ob in Nordrhein-Westfalen Stichwahl war oder nicht - im ersten Wahlgang 75 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten mehr als 50 Prozent der Stimmen hatten. Unsere Oberbürgermeisterin ist das beste Beispiel dafür, dass dies zum Großteil passiert. Was war bei der letzten Stichwahl? - Wir hatten in ganz Nordrhein-Westfalen 98 Wahlkreise oder Positionen, in denen überhaupt eine Stichwahl erforderlich wurde. Davon sind wiederum Dreiviertel derjenigen, die in der ersten Runde vorn gelegen haben, bestätigt worden. Wir hatten nur in 20 Fällen überhaupt veränderte Ergebnisse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn man jetzt unterstellen würde, dass die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang deutlich höher wäre, dann könnte man noch sagen: Ja, dann hat es auch eine demokratische Legitimation. - Das Gegenteil war aber der Fall. Das heißt, derjenige, der im zweiten Wahlgang mit 51 Prozent gewählt wurde, hatte in absoluten Zahlen deutlich weniger Stimmen als in vielen Fällen im ersten Wahlgang. Das ist der Punkt. Es geht darum, dass wir die Legitimation erhöhen. Das können wir dadurch erreichen, indem wir alle dafür kämpfen, dass wir eine höhere Wahlbeteiligung haben und die Menschen gern zur Kommunalwahl gehen. Wenn wir es gemeinsam als Demokraten schaffen, dass die Wahlbeteiligung auch bei Kommunalwahlen bei mehr als 70 oder 80 Prozent liegt und nicht bei 30 bis 40 Prozent, dann haben wir einen größeren Erfolg, als uns über Verfahren zu streiten.

Wir haben auf der einen Seite einen klaren Verfassungsauftrag und auf der anderen Seite eine saubere demokratische Legitimation. Daher werden wir im Landtag das Gesetz auch so beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat jetzt das Wort.

(Malik Karaman [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin, eine Zwischenfrage!)

- Oh, Entschuldigung! Eine Zwischenfrage noch, Herr Petelkau.

Malik Karaman (SPD): Lieber Herr Petelkau, dann lasst uns das Kommunalwahlrecht für alle Migranten einführen. Dann sind wir für alle da, dann können auch alle Wähler sein, dann brauchen wir auch keinen Zuschnitt zu machen.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war ein Appell, der nicht beantwortet werden muss.

(Bernd Petelkau [CDU]: Genau, das war keine Frage! - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Aber das ist doch selbstverständlich! - Weitere Zurufe - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Darf ich?)

- Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem gerade schon andere schlaue Menschen zitiert wurden, möchte ich das auch tun. Aristoteles sagte einmal:

> Demokratie entsteht, wenn man nach Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger strebt und die Zahl der Bürger, nicht aber ihre Art berücksichtigt.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Dieses Zitat beschreibt meiner Meinung nach sehr gut, worum es bei Wahlen eigentlich geht, nämlich darum, dass alle Bürgerinnen und Bürger eines Wahlkreises sich durch ihre jeweiligen Direktkandidatinnen und -kandidaten vertreten fühlen sollen. Und ja, nicht alle, die in einem Wahlkreis wohnen, dürfen auch an den entsprechenden Wahlen teilnehmen. Die Antwort darauf kann doch jetzt aber nicht sein, dass wir die Wahlkreise nur noch nach der Zahl der Wahlberechtigten zuschneiden. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen doch vielmehr dafür sorgen, dass diese Menschen bei den Wahlen, die sie unmittelbar betreffen, dann auch wählen dürfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen ist es auch richtig, dass bei Kommunalwahlen junge Menschen ab 16 bereits wählen dürfen.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Es ist auch richtig, dass die sogenannten EU-Ausländer, also EU-Bürgerinnen und -Bürger, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, daran teilnehmen können. Das ist doch der Weg, den wir gehen müssen, um für eine angemessene Repräsentation zu sorgen. Nicht die Wahlkreise müssen den Wählerinnen und Wählern angepasst werden, sondern das Wahlrecht muss entsprechend ausgedehnt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zur Einteilung der Wahlkreise: Das ist immer so eine schwierige Sache; denn wenn man im Vorhinein schon Wahlkreise ändert, um etwas an möglichen Mehrheitsverhältnissen zu ändern, erinnert mich das immer so ein bisschen an die Diskussionen, die in den USA geführt werden, wenn es um das sogenannte Gerrymandering geht, wo also einzelne Straßenzüge so zugeschnitten werden, dass die eine Hochburg noch einen entsprechenden Zipfel mitbekommt, um den Gegenkandidaten zu schwächen. Dort ist es momentan gar nicht mehr unüblich, dass komplette Straßenzüge in Abschnitte aufgeteilt werden.

Wir müssen aufpassen, dass die Hochburgen nicht durchschnitten werden und so geschickt durchschnitten werden, dass die Partei, die eigentlich dort vorn liegt, nur noch auf den zweiten Platz kommt, weil völlig andere Gebiete hinzugezogen werden. Wer sich einmal den Zuschnitt der Kölner Landtagswahlkreise anschaut und sieht, wie zufällig die Kölner Innenstadt durchschnitten ist, weiß, glaube ich, auch, was ich meine.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wenn wir nicht wollen, dass es den Menschen egal ist, ob sie wählen gehen oder nicht, müssen wir doch gewährleisten, dass jede einzelne Stimme möglicherweise die eine ausschlaggebende Stimme sein kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das führt mich direkt zum zweiten Teil dieser Aktuellen Stunde: zur geplanten Abschaffung der Stichwahl bei den Wahlen zum Stadtoberhaupt - der erneuten Abschaffung; denn unter der letzten schwarz-gelben Landesregierung wurde diese bereits einmal abgeschafft. Dass die rot-grüne Landesregierung sie wieder eingeführt hatte, war gut und richtig; schließlich hatte es hier vorher auch nie wirklich Probleme gegeben. Wenn nun aber jede neue Landesregierung anfängt, am Wahlrecht herumzudrehen, halte ich das persönlich für sehr bedenklich.

Gerade bei der Wahl zum Bürgermeister oder zur Bürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin muss es doch gewährleistet sein, dass auf den oder die Kandidierenden mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen entfallen. So zeigt auch eine Auswertung des Vereins Mehr Demokratie e.V., dass die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich einer Stichwahl stellen mussten, sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen eine höhere demokratische Legitimation erhielten.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Stichwahlen mögen das eine oder andere Wahlkampfbudget noch einmal ausreizen und sie mögen auch den städtischen Haushalt noch ein wenig mehr belasten und auch wenn wir aus den Erfahrungen der letzten Stichwahlen wissen, dass die Wahlbeteiligung oft niedriger ausfällt als beim ersten Wahlgang: Wir können doch nicht unser Wahlverfahren von einer möglichen Wahlbeteiligung oder den Kosten einer Wahl abhängig machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Es muss hier doch vielmehr als Demokratinnen und Demokraten unsere Aufgabe sein, für die Teilnahme an der Wahl und dann auch an der Stichwahl zu werben - dafür zu werben, dass es sich lohnt, zur Wahl zu gehen, dass jede einzelne Stimme den Ausschlag geben kann.

Wir leben hier in NRW glücklicherweise nicht in einem reinen Zwei-Parteien-System, sondern wir haben eine vielfältige Parteienlandschaft. Das ist auch gut so. Deshalb haben wir doch umso mehr dafür zu sorgen, dass man, wenn vier, fünf, sechs oder wie viele Kandidatinnen auch immer zur Wahl stehen, am Ende wirklich die Wahl hat, diejenige Person zu wählen, von der man sich am liebsten vertreten lassen möchten.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, gehen Sie noch einmal in sich, überdenken Sie die angedachte Wahlrechtsreform! Die Stichwahl wurde bereits einmal abgeschafft. Machen Sie nicht den gleichen Fehler zweimal, sondern sehen Sie von der geplanten Wahlrechtsänderung ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Verehrte Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, die Debattenbeiträge waren doch ein bisschen besser als die Überschrift der Aktuellen Stunde mit „Ausverkauf des Wahlrechts“. Denn, meine Damen und Herren, der Ton macht die Musik, und die Überschrift dieser Aktuellen Stunde war so schrill und von der Tonlage so daneben, dass sie nicht von gewinnender Natur war, sondern eher abschreckend wirkte.

(Beifall bei der FDP und von Christoph Klausing [CDU])

- Ja, liebe CDU, jetzt klatscht ihr noch.

(Heiterkeit bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Denn ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen klarstellen, dass die Kölner FDP-Fraktion kein Freund der Abschaffung der Stichwahl ist.

(Beifall bei der FDP, SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann die Stichwahl abschaffen; das ist rechtens. Der Verfassungsgerichtshof von Nordrhein-Westfalen - das wurde hier schon erwähnt - hat in seiner Entscheidung vom 26. Mai 2009 festgestellt, dass die Abschaffung der Stichwahl von kommunalen Hauptverwaltungsbeamten mit der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen vereinbar ist. Das Urteil macht aber auch deutlich, dass man die Stichwahl nicht abschaffen muss, meine Damen und Herren, und das ist auch die Position der FDP-Fraktion.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört, hört!)

Die CDU und meine FDP haben im Land einen konsensualen Prozess anders entschieden. Das kommt in den besten Familien vor, auch bei der liberalen Familie. Koalitionen sind kein Wunschkonzert. Wem sage ich das hier in Köln, meine Damen und Herren, ob früher Rot-Grün oder jetzt Schwarz-Grün?

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ulli, wir haben Mitleid!)

Wer da keine Kompromisse eingegangen ist, wer keine Abstriche gemacht hat in seiner Position, der werfe hier bitte den ersten Stein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung: Die Kritik an der zu geringen Wahlbeteiligung wurde auch schon von der SPD gern genutzt. Ich möchte daran erinnern, dass wir in NRW das erfolgreiche süddeutsche Modell, die Räte und die Bürgermeister getrennt zu wählen, wieder abgeschafft haben - leider, leider, nach meiner Meinung. Wir haben es auch nicht wieder eingeführt, weil man nicht wieder alles in der Form machen kann, aber da ging es bei der SPD auch darum: Nein, das ist zu kompliziert für die Menschen und die geringe Wahlbeteiligung.

(Beifall bei der FDP)

Dann kann man der CDU jetzt in der Form - egal, ob wir anderer Meinung sind - das mit der Wahlbeteiligung nicht vorwerfen. So ehrlich sollte die SPD auch sein, meine Damen und Herren.

Ich komme aber noch einmal zurück zum Ton dieser Überschrift der Aktuellen Stunde. Ja, es ist wahr, ich zitiere jetzt zwar nicht Aristoteles, aber das wahre Lebenselixier der Demokratie, damit es fair und gewaltlos zu Machtwechsel und Machtbestätigung kommen kann, ist in Deutschland durch freie, gleiche und geheime Wahlen garantiert. Bei allen Unterschieden oder Veränderungen bei Wahlen in den Ländern der Bundesrepublik ist, bitte schön, das Postulat weiterhin gegeben. Wir sollten froh darüber und stolz darauf sein.

Selbstverständlich können wir uns über die Ausgestaltung des Wahlrechts streiten. Jedoch bei der Abschaffung der Stichwahl oder bei der Einteilung der Wahlkreise nach Wahlberechtigten von „Ausverkauf des Wahlrechts“ zu sprechen und damit irgendwie die Legitimität der Gesetzesänderung abzusprechen, ist meiner Meinung nach der SPD unwürdig und sollte nicht so geschrieben werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und von Bernd Petelkau [CDU])

Nach meiner Meinung geht es hier aber noch toller zu, wenn es um die Legitimität des Wahlrechts und die Einteilung der Wahlkreise nach Wahlberechtigten geht.

Ich muss gestehen - man lernt hier nie aus -, dass ich die Wahlkreiseinteilung in NRW nach Einwohnern, unabhängig davon, ob sie ein Wahlrecht besitzen oder nicht, gar nicht kannte; je-

doch, wenn ich es auch nicht kannte: Falsch bleibt falsch, meine Damen und Herren. Das muss geändert werden. Denn unabhängig davon, dass wir Ratsmitglieder - das wurde hier schon angesprochen - alle Kölnerinnen und Kölner vertreten, können und werden wir nur von den Wahlberechtigten gewählt. Wenn wir eine Ausgewogenheit und Gleichheit in Köln in den 45 Wahlkreisen haben wollen, kann nur die Basis die der Wahlberechtigten sein.

(Beifall bei der FDP)

Zählen wir die Nicht-Wahlberechtigten in die Wahlkreiseinteilung mit hinzu, ist die Stimmabgabe in einem Wahlkreis mit vielen Nicht-Wahlberechtigten höher gewichtet, meine Damen und Herren, als eine Stimmabgabe in einem Wahlkreis mit weniger Nicht-Wahlberechtigten. Das Prinzip „one man, one vote“ - dabei ist mit „one man“ nicht Mann, sondern Mensch gemeint - wird eindeutig verwässert. Anders ausgedrückt: Ein Kandidat muss sich zum Erringen eines Ratsmandats überproportional mehr Wählerinnen und Wählern stellen als ein Kandidat eines anderen Wahlkreises. Das kann nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Das ist nicht regelkonform und verletzt den Gleichheitsgrundsatz.

Ich komme zum Ende. Nun müssen Sie, verehrte Damen und Herren von SPD und LINKE, meiner Argumentation der Landesregierung keinen Glauben schenken. Daher hole ich mir die höchste Instanz in dieser Frage zur Hilfe: das Bundesverfassungsgericht. Möge deren Urteil zur Erleuchtung verhelfen. Ich darf zitieren, Frau Oberbürgermeisterin:

> Die Wahlrechtsgleichheit gebietet grundsätzlich eine Einteilung der Wahlkreise auf der Grundlage der Zahl nur der Wahlberechtigten.

Der Gleichheitsgrundsatz knüpft laut Gericht an die Trägerschaft des Wahlrechts an. Damit wäre die Wahlkreisgröße allein - so das Bundesverfassungsgericht - nach der Zahl der Wahlberechtigten zu berechnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinen Worten ausgedrückt: Treffer, die Aktuelle Stunde ist versenkt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wahlrecht ist so etwas wie der Bauplan einer Demokratie, und ein stabiles, über lange Zeit gewachsenes Wahlrecht ist in der Regel der Ausweis einer stabilen und funktionierenden Demokratie. Dass sich hingegen die jeweils Herrschenden ein eigenes Wahlrecht auf den Leib schneidern, um möglicherweise eigene Vorteile zu bekommen, ist eher ein Erkennungsmerkmal von Bananenrepubliken. Gleichwohl können veränderte politische Rahmenbedingungen auch den Bedarf nach einem neuen Wahlrecht nach sich ziehen. Die abnehmende politische Bedeutung der sogenannten Volksparteien führt zum Beispiel zu einem gewaltigen Zuwachs an Sitzen durch Überhang- und Ausgleichsmandate im Bundestag. Obwohl es einen Kompromissvorschlag gab, um dieses Problem zu beheben, bekamen wir gestern die Nachricht aus Berlin, dass die CDU sich dem verweigert.

Im Land steht die Union offensichtlich Wahlrechtsänderungen derweil etwas offener gegenüber, vermutlich auch hier nicht ganz uneigennützig. Klar ist natürlich jetzt schon, dass die sogenannte Volkspartei, die noch die größte Bindungskraft entfaltet, sich hiervon einen veritablen Vorteil versprechen kann. Das ist angesichts der politischen Insolvenz der SPD ohne Frage die CDU. Denn wenn sie die Stichwahl abschaffen, gewinnt eben oft oder meistens die Partei mit der relativen Mehrheit, und das ist landesweit gesehen eindeutig die CDU. Und wer weiß, Herr Petelkau, vielleicht müssen Sie sich nächstes Jahr dann auch gar nicht mehr bei den Grünen andienen und können es wieder einmal mit einem eigenen Kandidaten probieren. Schlimmer kann es ja nicht werden.

Doch bei aller Sympathie für dieses Gedankenspiel ist Ihr Vorgehen natürlich trotzdem verwerflich; denn das Wahlrecht ist nicht der Platz für parteipolitische Ränkespiele. Änderungen müssen auf eine breite Akzeptanz stoßen und dürfen nicht mit Einstimmenmehrheiten wie im Landtag durchgewinkt werden.

Die Antragsteller wiederum möchten ähnlich platt einfach am Status quo festhalten. Dabei verkennen sie, dass Stichwahlen, an denen sich nur noch ein Fragment der Wählerschaft beteiligt, unter demokratischen Gesichtspunkten fragwürdig sind. Eine große Mehrheit bei geringer Wahl-

beteiligung ist im Zweifel eben auch nicht besser als eine relative Mehrheit bei vielen Wählern. Insoweit hat die Regierungskoalition in Düsseldorf ein Problem zutreffend erkannt, aber sie schüttet mit ihrer vermeintlichen Lösung das Kind mit dem Bade aus. Ihre Kollegen im Landtag hätten vielleicht besser einmal der Anhörung folgen sollen, die zum Thema stattfand. Kaum ein Sachverständiger, nicht einmal die von der CDU und FDP berufen wurden, konnte sich für das Vorhaben erwärmen.

Anders war es dagegen mit unserem Vorschlag einer integrierten Stichwahl. Hier können die Wähler unterschiedliche Präferenzen gleichzeitig in einem Wahlgang angeben. Das ist zum Beispiel bewährte Praxis in Irland oder in Australien und wird in ähnlicher Form auch vom Verein Mehr Demokratie e.V. präferiert. Die Wähler können neben ihrer ersten Wahl weitere Vorschläge wählen, falls der präferierte Kandidat eben nicht durchkommt. In diesem Fall hätten Sie beide Fliegen mit einer Klappe geschlagen und müssten auch nicht mit der Gefahr leben, dass schon wieder ein Kommunalwahlgesetz vom Verfassungsgericht kassiert wird, weil Sie damit Machtpolitik betreiben. Meine Fraktion wird jedenfalls nächste Woche einen entsprechenden Antrag ins Plenum des Landtags einbringen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Darüber sind wir aber froh!)

Sie werden ihn natürlich ablehnen, weil Sie so tolle Demokraten sind.

Zum Schluss noch ein Wort zum zweiten Teil dieser Aktuellen Stunde. Dieser befasst sich mit dem Zuschnitt der Wahlkreise. Das ist natürlich, wie es schon mehrere Redner gesagt haben, Unsinn. Natürlich sollen sich die Wahlkreise nach der Zahl der Wähler bemessen. Alles andere ist unter Demokratiegesichtspunkten - Stichwort „Gleichheit der Wahl“ - hochgradig problematisch. Das hat auch das Verfassungsgericht schon so festgestellt.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, der Meinung sind, dass man ein Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer einführen sollte, dann beantragen Sie das und versuchen Sie nicht, hier eine Repräsentanz durch die Hintertür einzuführen, weil Sie Angst vor der Debatte haben. Wir haben jedenfalls keine Angst davor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und am Livestream! Wir feiern dieses Jahr 70 Jahre Grundgesetz. Ich würde sagen, dass es bislang doch eigentlich ganz prima geklappt hat. Das Wahlrecht sowie das kommunale Wahlrecht gehören auch dazu - eine große Errungenschaft. Daher störte es mich wiederholt in den letzten Jahren, dass daran herumgedoktert wurde.

Es wurde schon mehrfach erwähnt: Die Stichwahl ging mehrfach hin und her in den letzten 20 Jahren. Diesmal nimmt der Landtag bzw. die Mehrheit des Landtags wieder einen neuen Anlauf. Wir hatten im Jahr 2016 von SPD, CDU und Grünen sozusagen einen weiteren Angriff, wenn man so möchte, auf das kommunale Wahlrecht in NRW, als die Sperrklausel eingeführt werden sollte. Auch das wurde vom Landesverfassungsgericht kassiert. Ich vermute Ähnliches auch jetzt für die Abschaffung der Stichwahl.

(Peter Kron [SPD]: Außer BV!)

- Stimmt, die BV ist davon ausgenommen.

Damals wurden pragmatische Gründe angeführt für die Sperrklausel gegen die Zersplitterung der Räte und dass es dann doch einfacher wäre. Nun schiebt speziell die CDU wieder pragmatische Gründe vor und nennt Kosten und Ähnliches, die eine Stichwahl sozusagen unnötig machen.

Wie sieht es in Köln aus? - Die letzten 20 Jahre waren leider, so muss man sagen, in den wenigsten Fällen reguläre Wahlen. Es waren leider meistens Wahlen unter einem unglücklichen Stern.

Lassen Sie uns einen kurzen Blick auf die OB-Wahl 2020 werfen. Falls unsere Oberbürgermeisterin nicht antritt - das ist reine Spekulation jetzt -, halte ich es für durchaus wahrscheinlich, dass wir in Köln sieben oder acht Kandidaten haben werden. Das hatten wir bei der letzten Wahl nicht. Das lag aber zum Großteil daran, dass diese Wahl entkoppelt war von der Kommunalwahl, dass es eine eigene Wahl war. Das wird 2020 nicht der Fall sein. Die Wahl wird parallel zur Kommunalwahl stattfinden. Gerade für kleinere Parteien und Wählergruppen ist die Aufmerksamkeit, die ein OB-Kandidat genießt, im Wahlkampf wichtig. Daher wären kleinere

Parteien und Wählergruppen - wie sagt man? - mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie nicht eine Kandidatin oder einen Kandidaten ins Rennen schicken würden.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Ja. Wir wissen ja noch nicht, wer ins Rennen geht.

Falls solch eine Zersplitterung eintritt - das wäre okay; es soll ja jeder kandidieren dürfen -, wäre es in Köln durchaus möglich, dass ein Kandidat oder eine Kandidatin mit 30 Prozent im ersten Wahlgang gewählt wird, und das, so frage ich speziell die CDU im Landtag, kann ich mir nicht unter einer weiteren wirklich dringend notwendigen Stärkung der Demokratie vorstellen. Die Legitimation eines solchen Oberbürgermeisters bzw. einer solchen Oberbürgermeisterin wäre nicht gegeben.

Herr Petelkau, wir wissen, dass Sie hier heute zwei Hüte aufhaben. Ich spreche Sie hier im Ratssaal jedoch als Ratsmitglied an. Emanzipieren Sie sich doch von Ihrer Fraktion im Düsseldorfer Landtag!

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie die FDP!)

Das gelingt uns immer wieder, auch bei verschiedenen anderen Resolutionen. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum Sie so eine Situation in Köln heraufbeschwören wollen, dass eine Kandidatin oder ein Kandidat nur mit einer relativen Mehrheit ins Amt gewählt wird.

Der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofes von NRW, der immer wieder mal zitiert wurde, der auch vorhin zitiert wurde, Herr Breite - -

(Martin Erkelenz [CDU]: Herr Breite? Er hieß Herr Bertrams!)

- Er hieß Herr Bertrams, natürlich. Aber Herr Breite hat das Urteil von damals gesprochen, dass es damals okay gewesen wäre, dass die Stichwahl abgeschafft wurde.

Nun sagt der gleiche ehemalige Präsident, dass man sich auf dieses Urteil heute bitte nicht berufen soll, da damals 2009 die Landschaft noch nicht so derart zersplittert war, wie sie es 2020 höchstwahrscheinlich bei der OB-Wahl sein wird, und dass man deswegen höchstwahrscheinlich dieses Gesetz im Landtag ganz anders beurteilen wird, als es 2009 der Fall war. Daher empfehle ich dringend: Belassen Sie es bei der Stichwahl! - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, beim Bündnis 90/Die Grünen, vereinzelt bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Ich hätte gern eine Frage. Dürfte ich Ihnen eine Frage stellen? - Möchten Sie wieder zurückgehen? - Sie können es auch gern von dort machen.

Sie hatten gerade den ehemaligen Präsidenten, der ja schon ein bisschen länger ehemaliger Präsident ist und sehr gern redet und Interviews führt, angesprochen. Geben Sie mir recht, dass die Rechtslage heute immer noch so verbindlich ist, dass die Vorlagen bzw. Urteile, die vom höchsten Verfassungsgericht beschlossen worden sind, zählen und nicht die nachträgliche Kommentierung eines Ex-Vorsitzenden eines Gremiums?

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrter Herr Breite, ich weiß sehr wohl, dass die Äußerungen eines früheren Landesverfassungsgerichtshofvorsitzenden keine Rechtswirkung haben. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, dass gegen dieses Gesetz Klagen erhoben werden, und ich könnte mir vorstellen, dass es zu einem neuen Verfassungsgerichtsurteil kommt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann würde ich jetzt über diese zweite Aktuelle Stunde gern abstimmen lassen.

Ich habe Herrn Dr. Krupp so verstanden, dass der letzte Satz des Antrags sozusagen als Resolution, in der die Landesregierung zu einem Tun aufgefordert wird, beschlossen werden soll.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Richtig!)

Ich würde vorschlagen, darüber abzustimmen, dass wir die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überweisen, die dann diesen Satz als Resolution an die Landesregierung übermittelt.

Können wir das so abstimmen lassen? War das so in Ihrem Sinne?

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ja!)

- Gut.

Dann bitte ich um Handzeichen, wer dem zuzustimmen wünscht. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Herr Wortmann und die Ratsfraktionen BUNT und GUT. Enthaltungen?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Und die Oberbürgermeisterin?)

- Die Oberbürgermeisterin stimmt mit.

Enthaltung von der AfD und Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf, meine Damen und Herren, das ist 3.1.1, und gebe Herrn Pöttgen als Erstem das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Schenkung! - Andreas Pöttgen [SPD]: Was ist mit der Schenkung?)

- Ach, die Schenkung. Weil wir dazu keine Rednerliste haben, ist uns das durchgegangen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das wäre ja noch was!)

Ich darf mich dann gleich für alle bedanken, das ist schön.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird gemäß § 5 Abs. 10 b der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. sowie der Gruppen BUNT und GUT und der Stimmen von RM Wortmann, von der Oberbürgermeisterin und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Schenkung von Kunstwerken des Künstlers Johannes Wohnseifer an das Museum Ludwig 0795/2019

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Ich darf mich sehr, sehr herzlich bedanken beim Schenker Herrn Frank Fischer im Namen des Rats der Stadt Köln und auch des Museums Ludwig.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung von zwei Kunstwerken des Künstlers Johannes Wohnseifer mit einem Gesamtwert von 36.000 Euro an das Museum Ludwig mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und FDP betreffend „Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung“ AN/0414/2019

Herr Pöttgen, jetzt sind Sie dran.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist eine gute Nachricht für den Verkehr. Köln bekommt einen Sustainable Urban Mobility Plan, kurz SUMP. Das Instrument ist nicht neu, sondern wurde seit Anfang des Jahrzehnts entwickelt, und ist mittlerweile Standard der EU-Kommission. Viele Fördermittel werden in ganz Europa bereits danach vergeben. Aus zwei Gründen ist es längst überfällig, dass auch Köln einen bekommen: Zum einen ist SUMP die Entwicklung eines Kölner Büros. Von hier ist es ausgegangen, dass Europa danach arbeitet. Zudem ist SUMP bereits 2014 in „Köln mobil 2025“ als nächster notwendiger Schritt beschrieben worden. Während man damals angefangen hat, haben wir alle gespürt: Der Themenbereich Verkehr gewinnt immer mehr an Bedeutung. In „Köln mobil 2025“ hat man versucht, das Thema zu strukturieren und ein gemeinsames Ziel für die Verkehrswende zu formulieren, ohne es jemals beschlossen zu haben. Als im vergangenen Jahr noch einmal so ein bisschen die Debatte aufkam, ob man das nicht mal beschließen müsste, haben wir gesagt: Das ist eigentlich gar nicht notwendig, weil wir schon einen Schritt weiter sind. Ich freue mich, dass wir das heute gemeinsam machen.

Infolge von „Köln mobil 2025“ sind viele Pläne und Konzepte geschrieben worden, beispielhaft seien an der Stelle der Nahverkehrsplan für Köln, die Kölner Anmeldung zum ÖPNV-Bedarfsplan mit einem massiven Ausbau des Straßenbahnnetzes, die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans inklusive des bedeutenden 3,7-Milliarden-Projektes des Bahnknotens Köln, diverse Radverkehrskonzepte sowie zuletzt die Radrouten in der Region erwähnt. Wir haben in der letzten Sitzung im Februar noch über das Übereinanderlegen von ÖPNV-Plänen diskutiert, und als Nächstes steht die Neuaufsetzung des Regionalplans an.

Teil des SUMP ist es - darüber hatten wir letztes Mal bereits zu diskutieren begonnen -, vorhandene Pläne, Zahlenwerke und Parameter zu sortieren, in eine Übersicht zu bringen und daraus Ziele abzuleiten, zu definieren und aufeinander abzustimmen, sodass die Zahnräder auch ineinandergreifen, um anschließend Zeit- und Maßnahmenpläne abzuleiten, deren Umsetzung sich evaluieren und fortschreiben lässt. Dabei werden alle wesentlichen Akteure, das heißt die Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region, einbezogen.

Als SPD-Fraktion sehen wir das große Potenzial dieses Beschlusses heute darin, ein Ende der Flickschusterei der vielen Pläne zu erreichen, und die Chance, einen Gesamtverkehrsplan für die Kölner Region zu erhalten und außerdem einen Konsens für die Verkehrswende zu erzielen, da wir uns in den vergangenen Jahren sehr heftig immer wieder über jedes einzelne Detail gestritten haben, sodass man manchmal außerhalb des Rathauses nicht mehr verstanden hat, worum es eigentlich geht. Deswegen sehen wir im SUMP das Fundament für die Richtschnur im Kölner Verkehr.

Es ist für uns auch klar, dass wir durch diesen SUMP nicht alle anderen Umsetzungsschritte anhalten wollen, bis wir den SUMP vielleicht in fünf Jahren fertig haben, sondern wir müssen bis dahin sinnvolle, strukturierte Maßnahmen umsetzen. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass wir uns auf die Darstellung der notwendigen Ressourcen geeinigt haben. Ich möchte mich auch bedanken, dass wir das heute gemeinsam machen, damit wir an der Stelle den ersten Schritt für eine gemeinsame Verkehrspolitik in Köln gehen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie von Dirk Michel [CDU] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Mit den Kölner Perspektiven zur Mobilität und den Leitsätzen aus „Köln mobil 2025“ haben wir vor vier oder fünf Jahren mit einem Umdenken in der Verkehrspolitik begonnen. Seitdem ist das Handeln der Verwaltung und sind zumindest die Beschlüsse der meisten Fraktionen danach ausgerichtet. Mit der Gründung des Dezernats für Mobilität bekam das Thema Verkehr in unserer Stadt mehr Bedeutung. Unsere Dezernentin Frau Blome sorgt dafür, dass wir die Herausforderung Tag für Tag meistern.

(Beifall bei der CDU - Niklas Kienitz [CDU]: Großartig!)

Ihr großes Engagement weckt aber auch ein enormes Nachholbedürfnis, was erst einmal abgearbeitet werden muss: Köln hat jetzt ein Amt für Verkehrsmanagement, die Fahrradwende ist sichtbar, Fußgänger erhalten mehr Aufenthaltsqualität, und wir haben Planungsbeschlüsse für große ÖPNV-Investitionen auf den Weg ge-

bracht. Heute beschließen wir noch die Voraussetzung für mehr Elektromobilität.

Städtische Verkehrs- und Mobilitätsplanung ist eine sehr komplexe Aufgabe und wird durch geforderte Luftreinhaltepläne nicht einfacher. Das, was wir aber nicht aus den Augen verlieren dürfen, ist eine Vision. SUMP ist zumindest ein strategischer Plan, der uns dabei helfen wird, die Mobilitätsbedürfnisse von Bürgern und Unternehmen in unserer Stadt mit einer hohen Lebensqualität zu befriedigen. Es geht nicht um einen weiteren Plan; denn wir bauen auf bestehende Planungen auf.

Finanziell unterstützt die EU sowohl Städte als auch Metropolregionen. Die ausgewogene und integrierte Entwicklung aller Verkehrsträger ist eine Verkehrspolitik, mit der wir uns als Kölner CDU identifizieren. Im Prozess von SUMP ist die Selbsteinschätzung ein wichtiger Bestandteil. Dass hier in der Ratssitzung im Februar eine von bedeutenden Verkehrsplanern geforderte Gesamtnetzbetrachtung abgetan wurde, zeigt, dass einige noch nicht so weit sind.

Wir werden mit unserem Beschluss heute „Köln mobil 2025“ fortführen und hoffentlich auch verinnerlichen. Ich danke unserem Bürgermeister Andreas Wolter, der uns SUMP seit Jahren nähergebracht hat. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dieser Bürgermeister Andreas Wolter hat jetzt das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Seit vielen Jahren kursiert das Strategiepapier „Köln mobil 2025“ durch die Gremien dieser Stadt. Alle kennen es, es wird viel zitiert. Es war ein Meilenstein für die Veränderung der Mobilität hier in Köln, aber es war eben nur ein Meilenstein, weil es ein Papier ist, das durch viele Akteure der Stadtgesellschaft erarbeitet wurde, was der Rat aber nur zur Kenntnis genommen hat; es wurde nie beschlossen, das ist eben gesagt worden.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Das brauchte es auch nicht, weil in dem Strategiepapier ein Hinweis gegeben wurde, nämlich ganz am Schluss. Darin steht:

> Die Leitziele ... müssen in den kommenden Jahren durch einen zusammen mit der Bürgerschaft zu erarbeitenden Verkehrsentwicklungsplan ... konkretisiert, operationalisiert und mit messbaren Zielindikatoren versehen werden. Hierbei sind die Vorgaben der EU-Kommission zur Aufstellung von strategischen urbanen Mobilitätsplänen („SUMP“) zu beachten.

Dort steht es. Nach vier Jahren wollen wir das jetzt endlich beschließen. Ich bin froh, dass es gelungen ist, eine breite Mehrheit dafür hier im Rat und auch in der Verwaltung zusammenzubekommen, sodass wir jetzt so weit sind, zu sagen: Wir wollen diese Mobilitätswende in Verwaltungshandeln umsetzen.

86 Prozent der Kölnerinnen und Kölner nennen Verkehrsprobleme als das drängendste Problem in der Stadt. Da reicht dann auch kein gut gemeinter Inkrementalismus mehr, um am Ausbau oder der Veränderung von bestehenden Systemen weiter zu wurschteln. Wir brauchen konzeptionelle Lösungen; wir brauchen eine Vision für den Verkehr, weil wir einfach mit so einem Muddling-Through nicht mehr weiterkommen. Das beste Beispiel konnten Sie heute in der Zeitung lesen: Selbst wenn die Gleise am Hauptbahnhof für die S-Bahn erweitert werden, wissen wir heute schon, dass das nicht ausreichen wird. Die Stadt wächst, das Umland wächst, die Menschen ändern ihr Mobilitätsverhalten, aber die Straßen werden nicht breiter und die Schadstoffe müssen sinken.

Die Europäische Union fördert die integrierte Entwicklung von solchen Mobilitätsplänen. Wir sind in verschiedenen Netzwerken unterwegs. Gerade heute diskutieren Fachleute aus Tokio, Bristol und Murcia hier in Köln Fragen von E-Mobilität, Car- und Bike-Sharing und Mobility-Hubs. Wir wissen alle: Es muss sich viel verändern.

Zudem wissen wir, dass wir eine integrierte Verkehrsplanung nur gemeinsam mit den Akteuren aus Bürgerschaft, Wirtschaft und Umlandkommunen erreichen. Das wird ein partizipativer Prozess sein. Da das Aggregierungslevel vom Stadtentwicklungskonzept Köln 2030 - davon war anfangs die Rede - viel zu hoch ist, um daraus operative Handlungsempfehlungen abzuleiten, brauchen wir diesen nachhaltigen Mobilitätsplan. Wir brauchen eine methodisch saubere Diagnose, bei der auch Ursachen der zweiten und dritten Reihe wie Raum- und Schulplanung, Wertewandel, aber auch Marktdynamiken mit in

Betracht gezogen werden. Wir brauchen eine bürgerschaftlich getragene Diskussion und eine breite Akzeptanz von konkreten Zielvorgaben mit den dazugehörigen Zeithorizonten als Grundlage und auch als Legitimation für die Prioritätensetzung.

Wir brauchen eine systematische Suche nach kreativen und ganzheitlichen Lösungen unter der Berücksichtigung neuster technologischer Entwicklungen. Ich darf darauf hinweisen: Ich glaube, der alte Mobilitätsplan stammt aus dem Jahr 1992, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Da helfen auch eine Inspirationssuche und ein intensiverer Austausch in den teils weltweit agierenden Netzwerken.

Last, but not least: Wir brauchen eine strategische zeitliche Staffelung und die Nutzung von Synergien, um die Effizienz und Effektivität des Gesamtpakets zu erhöhen.

Wenn man einmal über den Tellerrand von Köln hinaussieht, stellt man zwei Dinge fest: Zum einen haben wir, wie ich finde, ein leistungsfähiges und zuverlässiges Verkehrssystem, das solide funktioniert. Zum anderen sind wir in einigen Bereichen wie beim Fahrradverkehr, bei den Mobilitäts-Hubs, im Tarifverbund, in der Kombination verschiedener Mobilitätsarten auch schon ganz gut unterwegs. Da hat sich auch in den letzten Jahren viel getan. Heute erzählte mir die Kollegin aus Tokio, die ein Jahr hier in Köln studiert hat, als Erstes, als sie mich begrüßte: Oh, wie hat sich die Stadt verändert in den letzten Jahren! - Sie habe sie nicht wiedererkannt, weil sich so viel, insbesondere bei den Radwegen, in der Innenstadt getan habe.

Es fehlt bei uns aber - das ist die Kritik - an Dynamik, weil Planung und Finanzierung - vor allem Letzteres - mit der Entwicklung des Bevölkerungszuwachses, aber auch mit der Änderung des Mobilitätsverhaltens einfach nicht mithalten. Da unser ÖPNV-System wegen der Infrastruktur, aber auch personell - wir suchen dringend Busfahrer - am Limit fährt, ist das eine Gefahr, die wir nicht einfach mit Aktionismus und Einzelmaßnahmen, sondern wirklich konzeptionell und strukturell angehen müssen. Wir müssen wissen, mit welchen Maßnahmen wir zum Ziel kommen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als LINKE freuen uns, dass eine so breite Mehrheit in diesem Stadtrat sich zu einer nachhaltigen Verkehrsplanung bekennt. Doch jetzt müssen wir einmal schauen, was Nachhaltigkeit denn bedeutet. Ich probiere an der Stelle ein bisschen konkreter zu werden,

Nachhaltigkeit bedeutet zum Beispiel: effektiver Umgang mit Fläche. Einen effektiven Umgang mit Verkehrsfläche finden wir in Köln nicht vor. Viel zu viel Fläche ist für den Autoverkehr reserviert. Wer sich ein bisschen mit Verkehrspolitik beschäftigt, weiß, dass auf einer gleich großen Fläche mit dem Fahrrad oder mit der Bahn fünf- bis sechsmal so viele Menschen transportiert werden können als im Pkw.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Nachhaltigkeit bedeutet auch Lebensqualität. Lebensqualität für Menschen auf der öffentlichen Fläche ist in einer autogerechten Stadt, wie wir sie in Köln immer noch in weiten Teilen vorfinden, schlecht durchführbar. Von daher müssen wir, wenn wir eine nachhaltige Verkehrspolitik betreiben wollen, auch an dieser autogerechten Stadt schrauben. Wir müssen die autogerechte Stadt abschaffen; wir müssen das Auto in der Stadt zurückdrängen, damit Lebensqualität, also Nachhaltigkeit geschaffen werden kann.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Nachhaltigkeit hat auch immer etwas damit zu tun, wie ich vorhandene Ressourcen oder vorhandenes Geld einsetze. Das steht im krassen Widerspruch zu dem, dass wir uns es immer noch erlauben, U-Bahnen zu planen, die ein Zigfaches von dem kosten, was man an der Oberfläche an ÖPNV realisieren kann.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was mich jetzt wirklich sehr gefreut hat, ist, dass der Kollege Wolter die Frage der regionalen Verknüpfung angesprochen hat. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Punkt. Daran müssen wir arbeiten. Zudem müssen wir nachvollziehen und verstehen können, dass wir im Umland andere Verkehrsgewohnheiten als in der Stadt haben. Es ist völlig klar, dass wir den Menschen aus dem Umland nicht die gleichen Bürden, was den Autoverkehr angeht, auferlegen

können, wie wir es uns Kölnerinnen und Kölnern auferlegen müssen. Von daher müssen wir dafür sorgen, dass es vernünftige Umsteigemöglichkeiten am Rand der Stadt gibt. Das ist Nachhaltigkeit. Denn ich glaube, wir müssen auch dazu kommen, dass wir Leute aus dem Umland zum Umsteigen bewegen müssen. Das kann nur gehen beispielsweise mit Pedelecs an Mobilitätsstationen.

Jetzt habe ich das eine oder andere Kritische gesagt, möchte aber heute hier gar nicht so kritisch enden, weil ich insgesamt doch der Auffassung bin, dass ein großer Teil des Rats wirklich verstanden hat, dass es mit dem Auto nicht weitergeht. Dieser Beschluss ist ein Indikator für dieses Umdenken. Von daher freue ich mich, dass dieser Beschluss jetzt gleich verabschiedet wird. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Man kann an der Debatte jetzt schon sehen, was die einzelnen Fraktionen da hineinprojizieren, welche Hoffnungen sie entsprechend damit verbinden. Das werden wir uns später bei den konkreten Maßnahmen einmal anschauen, inwieweit uns das entsprechend weiterbringt.

Ich möchte jedoch bei dieser ganzen Begeisterung und bei dem breiten Bündnis, das wir heute hier schmieden, dem breiten Beschluss, den wir heute fassen, noch etwas Wasser in den Wein gießen, auch wenn wir Mitantragsteller in dieser Sache sind.

Wir haben in der letzten Sitzung einen Gesamtnetzplan beschlossen, an dem die Verwaltung sicherlich seitdem mit voller Power arbeitet.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Er ist nächste Woche fertig!)

- „Fieberhaft“ sagte mir die Beigeordnete gerade.

Wir beschließen heute die nachhaltig urbane Mobilitätsplanung. Vielleicht kommt in der nächsten Sitzung dann das „Mobilitätskonzepte-Konzept“.

Meine Damen und Herren, wir müssen aufpassen, dass wir der Verwaltung nicht zu viele dieser theoretischen Grundsatzfragen auferlegen. Wir haben in Köln in diesen Fragen kein Beschlussdefizit, meine Damen und Herren; wir haben ein Umsetzungsdefizit.

(Beifall bei der FDP)

Der Vertreter der KVB hat irgendwann einmal gesagt - das ist gar nicht so lange her -: Die Kassen sind voll, die Stadt Köln hat aber leider keine baureifen Planungen. - Das ist es, worauf wir die erste Priorität setzen sollten. Ich habe auch in der letzten Ratssitzung gesagt, dass es gar nicht darum geht, wo wir das Netz erweitern. Die Hauptsache ist, wir kommen an irgendeiner Stelle - egal, ob es Flittard, Rondorf oder Zündorf-Süd ist; ich könnte sie alle aufzählen - entsprechend weiter. Wenn wir aber der Verwaltung immer mehr von diesen konzeptionellen Fragen aufhalsen, kommen wir mit den konkreten Planungen nicht weiter.

Meine Damen und Herren, bitte halten Sie sich deswegen zurück mit gut gemeinten Beschlüssen und unterstützen Sie die Verwaltung lieber bei der konkreten Umsetzung, -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Von letzter Woche zum Beispiel! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir unterstützen die Verwaltung immer!)

- damit wir endlich mehr für den ÖPNV in dieser Stadt tun können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Warum haben Sie dann die Seilbahnprüfung beschlossen letzte Woche, Herr Sterck?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Herrn Wortmann auf der Rednerliste. Ich kann ihn aber nicht sehen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Wenn das nicht der Fall ist, dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Zunächst frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, eine nachhaltige urbane Mobilitätsplanung nach den Vorgaben und Richtlinien der Europäischen Union (Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP) zu erstellen. Vor allem folgende Punkte werden beachtet:*

   - *Ziel ist eine verbesserte Erreichbarkeit der Stadt durch eine hochqualitative und nachhaltige Mobilität, die eine ausgewogene und integrierte Entwicklung aller Verkehrsmittel beinhaltet. Die regionale Zusammenarbeit soll dabei besondere Beachtung finden.*

   - *Bestehende Planungen und langfristige Konzepte werden sinnvoll verknüpft und an die Anforderungen einer klimafreundlichen wachsenden Stadt angepasst. Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen werden in einem transparenten Zeitplan gebündelt.*

   - *Erstellung von Strukturen, die ein hohes Maß an Kooperation, Koordination und Beratung zwischen den relevanten Behörden und Ämtern auf kommunaler- und Landesebene möglich machen.*

   - *Umfassende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft während des gesamten Prozesses.*

   - *Ein fortlaufendes Berichtswesen soll das Erreichen der Ziele mit vertretbarem Aufwand dokumentieren.*

   - *Fördermöglichkeiten sind auszuschöpfen, soweit möglich sollen externe Büros eingebunden werden. Die darüber hinaus benötigten finanziellen Mittel werden in der Haushaltsplanung 2020/2021 berücksichtigt.*

2. *In einem ersten Schritt soll die Verwaltung den Aufwand an Personal, Zeit und finanziellen Mitteln darstellen und dem Rat vorlegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ford gehört zu Köln"
AN/0417/2019

Anmerkung:
Der Antrag wird gemeinsam mit TOP 1.2 behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend „Köln sagt Nein zum Upload-Filter - Appell gegen Artikel 13 der Urheberrechtsrichtlinie“
AN/0412/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT
AN/0466/2019

Ich gebe als Erstem Herrn Dr. Krupp das Wort.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Herr Hegenbarth zunächst!)

- Gut, wenn Sie das so verabredet haben.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln sagt Nein zu Upload-Filtern und ist gegen Artikel 13 aka 17. Es ist schon erstaunlich, dass so viele vor allem junge Menschen auf die Straße gehen. Die Sorge um das Netz, die Digitalisierung, aber auch die Umwelt - „Fridays for Future“ - bewegt ganz offensichtlich Millionen. Es zeigt auch, wie viele Menschen ihren Lebensmittelpunkt im Netz, aber auch in einer gesunden Umwelt suchen, finden und ausleben. Das gilt es nicht nur ernst zu nehmen, sondern festzustellen, dass uns hier die Zukunft ansieht, ob wir das nun wollen oder nicht. Dabei taugt es nichts, wenn man Hunderttausende als Bots diffamiert.

Ich erkläre kurz das Wort „Bot“: Das ist ein Programm, das automatische Aufgaben erfüllt ohne einen regelmäßigen Benutzer oder als Handlanger amerikanischer Konzerne fungiert, die laut dem CDU-Abgeordneten Caspary bis zu 450 Euro für die Demoteilnahme zahlen, oder weswegen der EU-Parlamentspräsident fünf Millionen Unterschriften gegen den Artikel gar nicht erst annimmt und sich auch noch darüber lustig macht. So wird eine junge, europafreundliche Generation schrittweise von Europa und seinen Institutionen entfremdet. Sie treibt es schlimms-

tenfalls in die Arme der blauen Luftpumpen, die wir auch hier kennen.

Zu den Punkten, weswegen wir diesen Appell in den Rat eingebracht haben. Vorweg: Niemand, selbst die Kritiker der aktuellen Vorlage wie zum Beispiel die Speerspitze der Bewegung, die ehemalige Piratin und nun ebenso wie ich parteilose EP-Politikerin Julia Reda, ist gegen eine Reform des Urheberrechts, das noch zu Zeiten entstand, als weder Facebook noch YouTube existierten. Das war und ist notwendig, aber eben nicht so ein unpraktikabler und schädlicher Murks, der durch Lobbyinteressen bestimmt wird, die Zeiten nachweinen, als Nachrichten nur in Zeitungen und Musik nur auf Schallplatten verfügbar waren und Vielfalt von Videoprogrammen nur Kabelfernsehen hieß. Eigentlich geht es um weniger und doch um sehr viel: um sogenannten user-generierten Upload, also um das, was man ins Netz einstellen kann.

Ein Beispiel: Ich habe am Anfang von Lebensmittelpunkten gesprochen. Trotz aller Beteuerungen sind auch Onlineforen betroffen. Millionen Menschen schreiben in Foren über ihre Hobbys, über Kochen, Politik, Fahrräder, Liebe und viel Schräges, aber auch Wichtiges wie Selbsthilfegruppen zu Krebs, Kindererziehung, also zu allem, was uns Menschen so bewegt. Ja, auch diese Foren sind betroffen. Sie müssen in Zukunft gewährleisten, dass keine urheberrechtlich geschützten Texte, Bilder, Grafiken, Videos oder Musik hochgeladen werden. Technisch gesehen ist das eben nur durch einen Filter möglich.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein!)

Die Befürworter argumentieren, dass man YouTube und Google in die Verantwortung nehmen und so für eine gerechte Bezahlung von Komponisten und GEMA-Mitgliedern sorgen will. Man zielt auf die großen Plattformen, die Upload-Filter schon einsetzen, und trifft vor allem kleine, die bislang ohne Filtersysteme ausgekommen sind. Sie müssen künftig ebenfalls filtern, auf Uploads ihrer Nutzer verzichten oder den Dienst ganz einstellen.

Wieso betrifft uns das in Köln? - Die wirtschaftliche Existenz vieler kleiner und mittlerer Unternehmen wird gefährdet, nicht aber die von YouTube und Co. Letztlich stützen wir hier das Monopol der Großen; 100 Millionen für einen Filter können sich eben nur die leisten. Start-ups und Gründer können da nicht mithalten und werden von den Großen abhängig. Da nutzt auch eine zeitlich befristete Ausnahme nicht viel. Köln ist zu Recht stolz darauf, eine aktive und große Gründerszene zu haben, die auch vielfältig durch die Stadt unterstützt wird. Es wird Zeit, dass wir uns auch politisch vor diese Szene stellen.

Die Redezeit ist wirklich zu kurz für dieses Thema. Ich könnte hier noch lange darüber reden, warum nach wie vor private Nutzer bei nichtkommerziellen Alltagshandlungen Abmahnungen riskieren, man die Zahl der betroffenen Plattformen nicht auf die wenigen begrenzt, die den Markt dominieren, die Lizenzpflicht auf jene Inhalte und Nutzungen einschränkt, für die es überhaupt Verwertungsgesellschaften gibt, warum es bei uns ein Fair-Use-System wie in den USA nicht gibt, die CDU-Idee, auf nationaler Ebene Upload-Filter verhindern zu wollen, blödsinnig ist, weil die Richtlinien des Gesetzes nur mit einer solchen Software überhaupt umzusetzen sind, man nicht laut und deutlich genug sagen kann, dass Verleger und Verwertungsgesellschaften wie die GEMA die Hauptprofiteure sind.

Abschließend: Mit der knappen Entscheidung im EU-Parlament ist noch lange nichts endgültig entschieden; denn der Bund muss dem noch zustimmen und die Richtlinie in nationales Recht umsetzen. Daher ist diese Resolution wichtig.

Zum Änderungsantrag möchte ich gern folgenden Vorschlag machen: den Punkt 1 und 3 unseres ursprünglichen Antrages zu streichen. Wir werden diesem Änderungsantrag nur zustimmen, wenn auch unserem Punkt 2 zugestimmt wird. Ansonsten ist der Änderungsantrag Unsinn und die Grünen und die FDP lassen sich hier von der CDU vorführen. Denn der Artikel 13 aka 17 fordert Maßnahmen zur Umsetzung, und dies geht eben nur mit Filtern oder einer sogenannten Erkennungssoftware. Alles andere ist eine Nebelkerze der CDU in der Hoffnung, Liberale und Grüne sehen nicht so genau hin.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Das sehen übrigens Bundesgrüne und Bundesliberale genauso, die schon mit Initiativen auf Bundesebene genau dazu gerade agieren. Insoweit: Schaut noch einmal ganz genau hin an dieser Stelle, wo ihr euch hier gerade vorführen lasst. - Das war es. Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es ausnahmsweise kurz. Das hat nicht etwa etwas damit zu tun, dass das Thema irrelevant wäre - ganz im Gegenteil, das Thema ist höchstrelevant -, sondern es hat etwas damit zu tun, dass Thomas Hegenbarth die richtigen Argumente gerade eben auf den Punkt gebracht hat. Deswegen nur noch einmal aus Sicht der SPD-Ratsfraktion Folgendes:

Der Wille, Urheberrechtsverletzungen zu verhindern, ist sicherlich nicht falsch, aber die Konsequenzen, die aus Artikel 13 folgen, schießen völlig über das Ziel hinaus. Was sind die Konsequenzen? - Letztlich kann Artikel 13 technisch nur durch Upload-Filter umgesetzt werden. Das führt dazu, dass das sogenannte Overblocking eintritt, also nicht etwa nur - weil die Maschinen und die KI, die Künstliche Intelligenz, noch nicht so gut sind - wirkliche Urheberrechtsverletzungen herausgefiltert werden, sondern eben auch Vieles gefiltert wird, was rechtlich eigentlich in Ordnung wäre. Damit werden letztlich zulässige Beiträge im Netz verhindert. Ich will jetzt nicht so weit gehen, das Zensur zu nennen, das hat vielleicht eine andere Motivation, aber im Ergebnis läuft es auf Ähnliches hinaus. Das kann nicht sein.

(Beifall)

- Danke.

Zweitens: Die Technologie Upload-Filter ist so komplex, dass im Prinzip nur die Tech-Giganten sie momentan zur Verfügung stellen können. Wozu wird das führen? - Diese werden sie einführen. Sie sind vielleicht nicht begeistert davon, aber sie haben die Technologie, im Zweifel auch heute schon. Die kleinen Start-ups, die aus der Dreijahresfrist, die die EU-Regelung vorsieht, heraus sind, werden sich der Technologie dieser Giganten bedienen müssen. Damit wird deren Marktmacht auch in Bezug auf die kleinen Start-ups noch einmal gestärkt. Das kann es nicht sein.

An der Stelle ist auch - das hat Thomas Hegenbarth eben richtig angemerkt - der Köln-Bezug gegeben; denn wir haben uns ja auf die Fahne geschrieben, gerade ein Standort für Start-ups im digitalen Bereich zu sein. Deswegen ist es auch für uns hier vor Ort unter diesem wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt ein höchstrelevantes Thema.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Kurze Rede, langer Sinn: Nein zu Artikel 13 in der Form, wie er verabschiedet wurde; konsequente Aufforderung gemäß unseres Antrags Ziffer 2, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass diese Regelung rückabgewickelt und neu gedacht wird. Dann - deshalb ist es mit im Antrag; das hat Thomas ganz gut auf den Punkt gebracht - können wir auch gern dem Text des Änderungsantrags zusätzlich zustimmen und ihn hinzunehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die gesamte Debatte um die Urheberrechtsrichtlinie ist ein Lehrstück, wie man Politikverdrossenheit Vorschub leisten kann, nämlich indem man erstens die Menschen, die gegen die Urheberrechtrichtlinie auf die Straße gegangen sind, vollständig ignoriert und - Thomas Hegenbarth hat es bereits erwähnt - indem man sie zweitens einfach beleidigt, sie „Bots“ oder „gekaufte Demonstranten und Demonstrantinnen“ nennt. So geht es nicht. Deswegen ist der Antrag genau richtig, damit von Köln eine Stimme ausgeht: Wir haben verstanden, warum 10 000 Menschen am 23. März auf die Straße gegangen sind, um gegen diese Urheberrechtsrichtlinie zu demonstrieren.

Es ist grundsätzlich richtig und wichtig, dass das Urheberrecht an das digitale Zeitalter und den digitalen Binnenmarkt angepasst wird.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das gibt es gar nicht, diese Aussage!)

Es ist auch richtig, dass Kreative sowie Künstlerinnen und Künstler für ihre Arbeit angemessen bezahlt werden. In der Kritik steht jedoch der Artikel 17 - -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wenn es dann umgesetzt wird, geht es!)

- Lassen Sie mich einfach aussprechen, Dr. Elster. Sie können anschließend gern eine Frage stellen, wenn Sie möchten.

In der Kritik steht der Artikel 17, vormals 13. Es geht um die sogenannten Upload-Filter. Das heißt, die Onlineplattformen müssen diese Uplo-

ad-Filter einsetzen, um eine Haftung für Urheberrechtsverletzungen zu vermeiden, sofern der Upload nicht lizenziert wird oder es keine Ausnahmen dazu gibt. Zwar werden Upload-Filter nicht explizit gefordert von der Richtlinie, -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ach!)

- in der praktischen Umsetzung wird es jedoch auf sie hinauslaufen müssen. Ohne Upload-Filter kann die Richtlinie nicht umgesetzt werden. Es ist, glaube ich, inzwischen bis zum Letzten durchgedrungen, dass automatische Filtersysteme nicht entscheiden können, ob eine Urheberrechtsverletzung vorliegt oder nicht oder ob der Inhalt überhaupt ein menschliches Werk ist. Das führt zu diesem Overblocking. Wer argumentiert, man solle sich einfach bei fehlerhafter Blockierung mit einer Beschwerde an die Plattformbetreiber wenden, der verkennt jedoch die Logik der viralen Verbreitung.

Der Bundesdatenschutzbeauftragte hat auch da Kritik geäußert, weil gerade kleine Plattform- und Dienstarbeiter diese Upload-Filter überhaupt nicht selbst programmieren können. Das heißt, sie sind auf die Angebote von IT-Konzernen angewiesen, die solche Algorithmen bereits im Angebot haben. Dazu sagt der Datenschutzbeauftragte Folgendes:

> Letztendlich entstünde so ein Oligopol weniger Anbieter von Filtertechniken, über die dann mehr oder weniger der gesamte Internetverkehr relevanter Plattformen und Dienste laufe.

Auch aus wettbewerbspolitischen Gründen sollte uns das zu denken geben, wenn die Marktposition der bereits monopolähnlichen Plattformen weiter gestärkt wird. Das können wir nicht wollen.

Die CDU will nun die maßgeblich von ihr vorangetriebene Urheberrechtsreform in Deutschland ohne Upload-Filter machen. Siehe da! Jetzt kommt plötzlich ein neuer Vorschlag. Der Einsatz von Upload-Filtern soll dadurch vermieden werden, dass Pauschallizenzen eingeführt werden und unterhalb einer zeitlichen Grenze alle Uploads von Lizenzgebühren ausgenommen sind. Damit wären private Nutzer von einer Haftung durch Urheberrechtsverletzungen ausgenommen. Das hört sich auf dem Papier sehr schön an. Fraglich ist aber, ob das Konzept der CDU mit der Richtlinie und den EU-Vorgaben vereinbar ist. Nach Einschätzung des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb darf Deutschland eine derartige Regelung gar nicht mehr einführen, weil es vom europäischen Recht nicht vorgesehen ist. Die EU hat Deutschland bereits vor diesem Sonderweg gewarnt.

(Beifall von Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT])

Hintergrund des fragwürdigen Vorschlags dürfte eher die parteiinterne Kritik an den Plänen der CDU sein und die starke Anti-CDU-Kampagne im Netz unter dem Hashtag *#NieMehrCDU*.

(Beifall bei der LINKEN und von Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe GUT])

Der Koalitionsvertrag lehnt Filtersysteme als unverhältnismäßig ab. Daher hat die Bundesregierung noch die Möglichkeit, im Rat der Europäischen Union gegen die Reform der Richtlinie zu stimmen. Heute werden im Bundestag just um diese Uhrzeit Anträge der LINKEN und der FDP behandelt, die beide die Ablehnung der Urheberrechtsrichtlinie im EU-Rat beantragen. FDP, Sie wissen das, das ist der Antrag Ihrer Bundes-FDP.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Die möchten diese Urheberrechtsrichtlinie ablehnen.

Meine Damen und Herren, einen gerechten Interessenausgleich für eine angemessene Entlohnung der Kreativen und Künstlerinnen und Künstler und die Verbreitung im Netz kann sicher nicht über Upload-Filter erreicht werden. Insofern können wir diesem Antrag der CDU, der Grünen und der FDP nur insoweit zustimmen, wenn Punkt 2 von uns auch angenommen wird. Ansonsten macht Ihr Antrag einfach überhaupt keinen Sinn. Denn wenn der Artikel 13 oder jetzt 17 kommt, dann muss man Upload-Filter einsetzen, ansonsten ist diese Urheberrechtsrichtlinie nicht umsetzbar. Insofern ist das wirklich eine Nebelkerze. Sie möchten einfach damit unseren Antrag vom Tisch wischen. Das machen wir nicht mit, nur wenn der Punkt 2 mit abgestimmt wird. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Hegenbarth, nicht die Redezeit für dieses Thema

war zu kurz, sondern es war einfach der falsche Ort, an dem diese Rede gehalten worden ist.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Letztlich hätte Ihre Rede wunderbar in Brüssel bekannt gegeben werden können. Sie hätten all Ihre vermeintlichen Zahlen, Daten, Fakten auch in Berlin kundtun können. Aber jetzt hier den Rat der Stadt Köln damit zu beschäftigen, ist natürlich schon schwere Kunst. Ich sage es einmal so: Man muss sich einfach anhören, was hier in den letzten Minuten passiert ist. Es ist eigentlich das gleiche Postfaktische passiert, was in den vergangenen Wochen und Monaten auch passiert ist. Anstatt über die Richtlinie zu reden, die tatsächlich in Brüssel diskutiert worden ist, hat man den Eindruck in verschiedenen Medien, dass es um ein Gesetz zur Begrenzung von Meinungsfreiheit und zur weiteren Verbreitung von Upload-Filtern oder anderen technischen Lösungen ginge. Dabei taucht, wie gerade zugestanden worden, das Wort „Upload-Filter“ in der Richtlinie an keiner Stelle auf.

Es wird natürlich - „Gott sei Dank“ muss man sagen - an keiner Stelle von technischen Lösungen gesprochen, weil wahrscheinlich niemand im EU-Parlament vor einem halben Jahr oder Dreivierteljahr gewusst hat, wie man „Upload-Filter“ schreibt oder wofür sie überhaupt sinnvoll sind. Das sind technische Lösungen. Technische Lösungen gehören nicht in den Gesetzgebungsprozess. Der Gesetzgeber muss sich mit Rahmen beschäftigen. Das ist nicht das Gesetz für Upload-Filter, meine Damen und Herren, sondern es ist das Gesetz für den Urheberschutz. Und der Urheberschutz muss gewährt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wirklich dreist, was Sie gerade gesagt haben, dass von diesem Gesetz tatsächlich die Verwertungsgesellschaften wie die GEMA profitieren würden. Das ist ja wohl der absolute Knüller, meine Damen und Herren. Wer von diesem Gesetz am Ende profitieren soll, sind die Künstlerinnen und Künstler, die kreativen Menschen, die unter anderem auch hier in Köln leben.

Wenn man das Ganze auf Köln bezieht, meine Damen und Herren: Liebe Oberbürgermeisterin, Sie haben uns im vorvergangenen Jahr zusammen mit der IHK dargestellt, wie viele Menschen in Köln tatsächlich in kreativen Jobs arbeiten. Es ist gerade ja auch von der LINKEN gesagt worden. Bei uns arbeiten fast 10 Prozent der Menschen in Jobs, die diese EU-Richtlinie tatsächlich thematisiert, die diese EU-Richtlinie in den Fokus nimmt, nämlich so in den Fokus nimmt, dass diese Menschen auch zu ihrem Recht kommen, wenn ihr geistiges Eigentum im Internet gebraucht wird. Denn geistiges Eigentum muss doch geschützt sein, egal wie der Zugriff erfolgt, ob analog oder digital. Geistiges Eigentum gehört auch im Internet geschützt. Wenn Dinge im Internet für kommerzielle Zwecke genutzt werden, dann muss der Betreiber des Portals - oder wer auch immer das geistige Eigentum nutzt - dafür die Urheber entsprechend entlohnen. Anders ist es gar nicht möglich.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU] und Dirk Michel [CDU])

Zum Stichwort „Zensur“: Von Zensur im Zusammenhang mit Urheberrecht zu sprechen, ist letztlich nichts anderes als Wahlkampfgeplänkel, meine Damen und Herren. Das ist auch gerade noch einmal herausgekommen: Hashtag *#NieMehrCDU*. Sie versuchen den Europawahlkampf einzuläuten und greifen sich so ein Thema heraus und das auf dem Rücken der Menschen, die hier leben und im kreativen Bereich arbeiten.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Darauf fallen wir doch nicht herein!)

Das werden wir auf gar keinen Fall zulassen, meine Damen und Herren.

Wir haben diesen Beschlusstext jetzt hier umformuliert. Der Rat bekennt sich zu einem effektiven Urheberrechtsschutz; denn darum geht es. Er lehnt Upload-Filter natürlich ab, weil grundsätzlich eine automatisierte Zensur im Internet dadurch möglich wäre. Das ist übrigens auch die Linie der Bundes-CDU. Ob wir uns am Ende mit diesem Thema in Berlin oder auch im Landtag beschäftigen müssen, das wird man sehen. Wir werden natürlich dieses Gesetzesvorhaben in den nächsten Wochen und Monaten begleiten.

Wir brauchen ein Gesetz zum Schutz der Rechte der Kreativwirtschaft, weil die Kreativwirtschaft einen sehr großen Beitrag für unsere Stadt leistet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Schwanitz das Wort.

Hans Schwanitz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir einige Elemente dieser Diskussion vom Kopf auf die Füße stellen. Es ist zunächst einmal sehr gut und sehr zu begrüßen, dass wir uns zumindest über ein paar Sachen hier in der Runde einig sind, und zwar über Folgendes: A) Es scheinen alle gegen Upload-Filter zu sein, ein sehr breites Dagegen. Ich glaube, es ist gut, wenn die Möglichkeit besteht, das heute mit unserem Antrag auch festzuschreiben. B) Wie schon gesagt wurde, wollen alle das Urheberrecht stärken, und natürlich wollen alle das gern auch auf Kosten der großen Internetkonzerne tun. Niemand hat im Europäischen Parlament gefordert, dass alles umsonst sein soll oder ähnlichen Unfug, der verbreitet wird.

Wenn wir uns das aber im Detail anschauen, ist das hier eine Debatte zur Unzeit; denn wenn ich mir in dem ominösen Punkt 2 des SPD-Antrages, der mehrfach genannt wurde, ansehe, an wen sich dieser richtet, sind das zuvorderst die Abgeordneten im Europäischen Parlament. Es tut mir leid, das zu sagen - ich glaube, der Antrag ist vom 22. -, aber seitdem ist das Kind in den Brunnen gefallen. Diese Schlacht ist verloren. Das Europäische Parlament hat doch schon zugestimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe GUT]: Genau!)

Die Richtlinie, die beschlossen wurde, ist unzweifelhaft schlecht. Sie ist handwerklich und inhaltlich schlecht, und sie ist schlecht für die Menschen, die sich im Internet bewegen. Es ist unbestritten: Wenn ich die Aufgabe stelle, dass du in acht Stunden von Köln in New York sein sollst, dann kann ich auch behaupten, ich habe das Wort „Flugzeuge“ nie erwähnt, aber es ist natürlich anders technisch nicht machbar. Das Gleiche ist mit den Upload-Filtern der Fall.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wissen auch, dass im Europäischen Parlament Leute beschlossen haben, die sich - vorsichtig gesagt - nicht sonderlich im Internet bewegen. Es gibt Interviews von führenden Wortführern, die mir wirklich unangenehm sind, wo man merkt, dass das technische Verständnis für das freie Internet begrenzt ist. Deshalb ist es gut, dass wir in unserem Beschluss den Beschluss des Europäischen Parlaments ausdrücklich bedauern; denn dieser Beschluss ist inhaltlich zu bedauern. Er ist teilweise nur dadurch zu erklären, dass im Europäischen Parlament der Altersdurchschnitt noch älter als im Bundestag ist. Ganz besonders ist die Diffamierung der vielen, vielen Menschen, die sich auf der Straße eingesetzt haben, zu bedauern, die damit einhergegangen ist.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur technischen Frage der Upload-Filter ist sehr, sehr viel gesagt worden. Das muss ich jetzt nicht wiederholen. Doch wir müssen auch der Ehrlichkeit halber sagen, dass die Diskussion im Europäischen Parlament quer durch alle Parteien gemischt gewesen ist. Von meiner eigenen Fraktion haben sogar 8 Prozent der europäischen Abgeordneten dieser Richtlinie zugestimmt. Das war zwar zumindest der geringste Wert unter allen Fraktionen im Europäischen Parlament, aber es ist durchaus kein Ruhmesblatt; das sind 8 Prozent zu viel.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Das, was wir aber sagen müssen, ist Folgendes: Damit diese Richtlinie deutlich angenommen wurde, bekam sie mehr als 50 Prozent der Stimmen aus der europäischen Volkspartei, mehr als 50 Prozent aus der Partei der europäischen Sozialdemokraten und mehr als 50 Prozent aus der Partei der europäischen Liberalen.

Ich möchte mich ausdrücklich noch einmal bei Julia Reder, der erwähnten ehemaligen Piratin - wenn sie auch inzwischen von den Piraten abrät - bedanken, die den Kampf gegen diese Richtlinie so gut geführt hat.

Was passiert nun? - Seit diese Richtlinie im Europäischen Parlament beschlossen wurde, sind alle Befürchtungen, die die Netzaktivisten zuvor formuliert haben, wahr geworden: Der EU-Kommissar Oettinger hat dem Bund, bereits bevor das Ganze Rechtskraft bekommt, mit Strafen gedroht, wenn es nicht umgesetzt wird, und zwar mit technischen Maßnahmen. Die ersten Plattformen - Twitch zum Beispiel - haben die Upload-Filter schon eingeführt. Das heißt, sie haben bereits gesagt: Natürlich gibt es keine andere Möglichkeit; die Upload-Filter sind schon da. Das bedeutet natürlich auch: keinen einzigen Euro für Urheber/Schaffende, sondern sozusagen nur ein großer Zwang besonders für die kleinen Plattformen, sich mehr und mehr an die großen anzuschließen. - Was kann man da noch tun?

Punkt 2 des SPD-Antrages - zum Europäischen Parlament habe ich mich geäußert -: Wer steht

noch darin? - Die diversen Mandatsträger im Land, die Mandatsträger im Bund. Es ist gesagt worden, dass der Bundestag darüber in 45 Minuten diskutiere. Die Große Koalition im Bundestag hat sich entschieden, das Thema zu vertagen. Die Landesregierung steht auch darin. Wer steht denn nicht darin? - Die Bundesregierung steht nicht darin, obwohl die Bundesregierung der Großen Koalition die einzige ist, die etwas dagegen machen könnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und von Sven Werner Tritschler [AfD])

Die Bundesregierung muss im Ministerrat zustimmen. Warum steht sie also nicht darin? Das finde ich wirklich ein wenig peinlich. Deshalb werden wir diesem Antrag so auch nicht zustimmen, liebe SPD.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wir lassen uns doch hier nicht verkackeiern, um das noch einmal nett zu formulieren. Die Bundesregierung muss im Ministerrat zustimmen, und die Bundesregierung, die es machen soll, wird als einzige nicht erwähnt. Ich bin auch nicht optimistisch, dass man die Bundesregierung überzeugen kann, auch wenn es in Ordnung ist, wenn wir einen generellen Beschluss fassen, dass wir gegen die Upload-Filter sind; denn es gibt bereits interessante Anzeichen. So wurde, obwohl Ministerin Barley eigentlich zuständig ist und die Hand dafür heben müsste - wie soll man das ausdrücken? -, auf mysteriöse Art und Weise im Geschäftsordnungsprozess des Europäischen Ministerrates auf einmal beschlossen, dass das Ganze nicht die Justizminister oder Wirtschaftsminister abstimmen. Es stimmen darüber im Ministerrat auf Betreiben der Bundesregierung die europäischen Landwirtschaftsminister ab - das muss man sich einmal vor Augen führen - mit Julia Klöckner an der Spitze.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das kann man sich nicht ausdenken. Also auch da ist keine Hoffnung. Gut, aber es steht uns, denke ich, gut an, wenn wir noch irgendetwas bewirken wollen, wenn wir mit breiter Mehrheit heute hier einen Beschluss gegen die Upload-Filter fassen. Dafür ist unser Änderungsantrag gut geeignet. Deshalb, auch wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, bitte ich hierfür um breite Unterstützung. Das wäre ein starkes und eindeutiges Zeichen der Stadt Köln. - Danke fürs Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Ulrich Breite [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Dienstagabend hatte ich mit meinem 10-jährigen Filius am Abendbrottisch die erste politische Diskussion, die nicht von mir initiiert wurde. Er meinte nämlich am Abendbrottisch zwischen Leberwurst und Käse: Papa, ist eigentlich Artikel 13 jetzt durch? - Mir wäre fast das Abendbrotbrötchen aus dem Mund gefallen. Unser Sohn ist richtig in einer politischen Debatte angekommen.

(Niklas Kienitz [CDU]: War jetzt Wurst oder Käse auf dem Brötchen?)

Ich glaube, Herr Dr. Elster, mein Sohn und seine Klassenkameradinnen und -kameraden und Altersgenossen haben dieses Thema viel besser begriffen als Sie und ich gemeinsam. Ich glaube, wir alten weißhaarigen oder „gar-keine-haarigen“ Politiker verstehen gar nicht mehr, was diese jungen Menschen umtreibt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist jetzt ein bisschen verallgemeinert!)

Die wachen morgens auf und checken YouTube, die gehen abends ins Bett und checken YouTube. Bei NetCologne habe ich letzte Woche gelernt, dass 26 Prozent des von NetCologne eingespielten Breitbandvolumens auf YouTube entfällt, nicht Netflix oder irgendetwas anderes, sondern YouTube. Genau da sind wir beim Thema. Wir haben nicht begriffen, dass dieser Artikel 13 oder 17 ein Freiheitsthema ist. Die Kölner sind zum Beispiel ganz weit vorn dabei. Julien Bam ist einer der bekanntesten YouTuber hier aus Köln; er macht viel mehr Geld als alle anderen. Wenn diese keine Möglichkeit mehr haben, sich kreativ im Netz auszutoben, dann ist das ein Freiheitsthema. Wir müssen aufpassen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir außerdem Mechanismen einbauen, wie wir sie sonst nur aus Russland oder China kennen, ist das ein Haltungsthema. Wir müssen Haltung für unsere Werte zeigen. Darum geht es auch heute hier.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben allerdings auch die technische Seite zu beachten. Denn wer will denn garantieren, ob ein lizenzgeschütztes Stück der 5. Sinfonie von Beethoven durch das Gürzenich-Orchester gespielt wird oder ob ein nicht-lizenzgeschütztes Stück des Philharmonic Orchestra aus Philadelphia gespielt wird? Das kann kein Upload-Filter herausfinden; das geht nicht. Und wenn es nicht geht, dann führt es dazu, dass zum Teil legaler Content geblockt und verboten wird. Das können wir nicht zulassen. Aus technischer Sicht können wir nicht dafür sein.

Außerdem - der Kollege hat es schon angedeutet - hat Twitch gestern verkündet, Geoblocking einzuführen. EU-Nutzer dürfen zukünftig in den Vereinigten Staaten abgestreamten Content nicht mehr sehen, und umgekehrt dürfen amerikanische User in Europa abgestreamten Content nicht mehr sehen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das gibt es schon ganz lange!)

- Herr Dr. Elster, machen Sie den Twitch-Test, checken Sie auf Ihrem Handy oder auf Ihrem iPhone die Twitch-App und checken Sie es. Sie werden keinen amerikanischen Content mehr sehen. Wer es begriffen hat, sind unsere Kinder, nicht wir beide.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Herr Kollege, checken Sie es einfach, bevor Sie dazwischenreden.

Last, but not least: Wofür stehen wir hier in Köln? - Wir stehen für Haltung, wir stehen für Freiheit, und wir stehen für Technik. Wir haben vor zwei Stunden vollmundig bekannt: Wir sind der beste Standort dieser Welt.

In der Tat, Herr Dr. Elster, wir sind Kreativstandort, wir sind Medienstandort, hier sind die Startups, hier sind die Julien-Bams, die sich in der Ehrenstraße abbilden lassen, die Millionen von Follower haben. Diese Leute müssen wir auch im Blick behalten. Doch diesen Leuten stellen wir ein Bein, stechen ihnen ins Herz mit Upload-Filtern. Deswegen ist es ein Kölner Thema, und deswegen sind wir gut beraten, wenn wir sagen: Nein zu Upload-Filtern, der Kölner Rat will das nicht, Ende der Durchsage. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eine Rückfrage von Herrn Dr. Elster, bitte.

Volker Görzel (FDP): Ich habe noch 57 Sekunden, Herr Dr. Elster. Nutzen Sie die Zeit!

(Heiterkeit - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das reicht ja!)

- 51 Sekunden.

Dr. Ralph Elster (CDU): Lieber Kollege, weil Sie ja alles so gut wissen: -

(Volker Görzel [FDP]: Ja, das ist mein Beruf. - Heiterkeit)

- Wissen Sie, dass am 04.04. um 15.30 Uhr Twitch dementiert hat, dass es zu den von Ihnen hier mehrfach thematisierten Sperrungen kommt?

Volker Görzel (FDP): Lesen Sie es mal vor!

Dr. Ralph Elster (CDU): Das habe ich doch gerade!

Volker Görzel (FDP): Nein, lesen Sie es bitte vor. Lesen Sie die ganze Nachricht vor.

Dr. Ralph Elster (CDU):

> Twitch will es trotz der neuen Urheberrechtsreform vermeiden, dass es zu Stream-Sperrungen kommt.

Volker Görzel (FDP): „Will vermeiden“ - genau das ist es! Denn wenn man etwas vermeiden - -

(Unruhe)

Dr. Ralph Elster (CDU): Was denn vermeiden? - Sie haben gerade dreimal gesagt, dass sie das schon machen.

Volker Görzel (FDP): Herr Dr. Elster, ich habe das Wort. Sie haben die Frage gestellt. Sie haben sich gerade ein Eigentor geschossen.

Dr. Ralph Elster (CDU): Nein, Sie haben sich ein Eigentor geschossen.

Volker Görzel (FDP): Sie haben gesagt, Twitch möchte - -

(Unruhe - Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Herr Dr. Elster, wir beide verstehen uns doch gut, und Verständnis beruht auf Ausreden-Lassen. Sie haben gerade vorgelesen, Twitch will es vermeiden. Umkehrschluss: Wenn es nicht vermieden wird, wird es eingeführt. Das ist Lobbyismus, das ist Politik. Twitch kündigt es an.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein, Sie haben gesagt: Ich soll checken, dass es Twitch schon macht! Sie haben das Eigentor geschossen! Sie haben gelogen!)

- Das mag ja sein, aber Sie haben ein wunderbares Beispiel dafür genannt, dass die Gefahr akut ist und es vermieden werden soll. Deswegen haben Sie jetzt die Gelegenheit, Twitch zu unterstützen, indem Sie die Hand heben.

(Beifall bei der FDP - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das war schlicht und ergreifend nicht die Wahrheit! Sie haben nicht die Wahrheit hier vorgetragen! - Unruhe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Thema? - Das sehe ich nicht.

Ich darf Sie vielleicht einmal daran erinnern, dass Sie eigentlich alle das Gleiche wollen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das ist gerade herausgekommen! - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gut, das gab es schon ein paar Mal in diesem Rat, das habe ich schon ein paar Mal erlebt. Das heißt auch nicht, dass Sie für das Gleiche abstimmen.

Ich habe zunächst den Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und GUT aufzurufen. Ich frage nach Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Gegenstimmen? Waren das Gegenstimmen?

(Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT]: Ich habe vorhin einen Vorschlag gemacht! - Niklas Kienitz [CDU]: Wir sind in der Abstimmung! - Unruhe)

- Ich möchte trotzdem Herrn Hegenbarth noch einmal seinen Vorschlag wiederholen lassen.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich habe ja vorhin, glaube ich, klargemacht, dass eine Abhängigkeit besteht zwischen unserem ursprünglichen ersten Antrag und zwischen dem zweiten -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, der ersetzt den anderen!)

- und einer Zustimmung, die wir zum Änderungsantrag geben können. Deswegen würde ich gern dazu auffordern, den ersten Antrag von uns abzustimmen, nur Punkt 2, und Punkt 1 und 3 zu streichen und diesem Punkt 2 zuzustimmen aus unserer Sicht. Wenn das nicht passieren sollte, werden wir dem Änderungsantrag nicht zustimmen. So einfach ist das. Es ist ja eine gewisse Logik, die dazwischen besteht.

(Bernd Petelkau [CDU]: Änderungsantrag zuerst! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Machen Sie es doch einfach, Frau Oberbürgermeisterin! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, so, wie wir ihn vorgelegt haben! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nur den Punkt 2!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn jetzt der Antrag einen nicht nur im Vortrag konstruierten, sondern tatsächlichen Bezug zu Köln hätte, könnte man vielleicht auch diesen Teil herausnehmen und als Änderungsantrag stellen. Das hat er aber nicht. Ich müsste mir vorbehalten, die Beschlussfassung zu beanstanden. Herr Hegenbarth, wir brauchen das nicht zu diskutieren. Wir machen es jetzt so.

(Thomas Hegenbarth [Ratsgruppe BUNT]: Doch, ich bin Mandatsträger!)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Also, ich frage noch einmal - ich weiß ja jetzt zum Teil schon, wer dagegen stimmen wird - nach Gegenstimmen bezüglich des Änderungsantrages. Wer gegen den Änderungsantrag stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Von AfD. Damit ist der Änderungsantrag beschlossen.

(Beifall bei der CDU und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Er ersetzt damit den ursprünglichen Antrag. Dann brauche ich den nicht mehr abstimmen zu lassen, dann habe ich auch kein Problem mehr mit Köln.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Köln kann man kein Problem haben!)

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf.

(Michael Frenzel [SPD]: Wir haben ein Problem! Wir haben keinen Ersetzungsantrag, sondern nur einen Änderungsantrag abgestimmt!)

- Wir haben einen Ersetzungsantrag abgestimmt.

(Michael Frenzel [SPD]: Da steht aber etwas anderes drauf!)

- Es ist aber ein Ersetzungsantrag.

(Zuruf: Das stimmt doch nicht! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmen Sie einfach noch einmal über den geänderten ab!)

- Das brauche ich nicht. Das steht da immer.

I. Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

Beschluss:

Der Rat bekennt sich zu einem effektiven Urheberrechtsschutz, lehnt Upload-Filter jedoch strikt ab, da sie das Risiko einer automatisierten Zensur im Internet beinhalten und eine unverhältnismäßige Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit zur Folge haben können.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT

Der Antrag hat sich aufgrund der Beschlussfassung über den Änderungsantrag (Ersetzung) erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Prüfung Verlegung der Messstationen für Feinstaubmessung“ AN/0419/2019

Als Erster hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Anfang dieser Woche ist der neue Luftreinhalteplan in Kraft, und - siehe da! - schon einen Tag später verkündete die Bezirksregierung den ersten Erfolg. Auf der Aachener Straße würden die Grenzwerte für Stickoxide bereits eingehalten.

Ist das eine gute Nachricht? Offensichtlich nicht gut genug; denn unserem Umweltdezernenten reicht das anscheinend noch immer nicht. Auf seiner Facebook-Seite forderte Herr Dr. Rau jüngst allen Ernstes die „Enteignung aller Autofahrerinnen und Autofahrer“. Ich sage dazu nur eines: Ist eine Forderung auch noch so hirnverbrannt; Hauptsache, sie ist in gendergerechter Sprache formuliert.

(Beifall bei der AfD)

Frau Oberbürgermeisterin Reker, mit so einem erklärten Autofeind als Dezernenten an Ihrer Seite können Sie sich Ihre Besuche beim größten Industriearbeitgeber unserer Stadt, den Ford-Werken, getrost sparen.

Wir als AfD fordern Sie daher auf: Nehmen Sie Ihre Richtlinienkompetenz endlich wahr, und weisen Sie Herrn Dr. Rau in die Schranken.

Die Stadt Offenburg wollte ihn nicht als Oberbürgermeister. Die Stadt Köln braucht ihn nicht als Dezernenten. Herr Dr. Rau ist eine Belastung für unsere Stadt und fachlich eine Fehlbesetzung.

(Beifall bei der AfD)

Das gilt umso mehr, als die zugrunde liegenden Zahlen und Fakten die ganze Absurdität dieser Dieselfahrverbote zeigen. Die gesamte Diskussion dreht sich ja im Wesentlichen um die Stickoxide, also die Grenzwerte für NO_x. Lassen Sie einfach noch einmal folgende Fakten auf sich wirken: Wir reden über 40 µg am Clevischen Ring. Das strenge Kalifornien fordert 100 µg. 950 µg, mehr als das 20-Fache, gestatten wir an Arbeitsstätten, also im Gewerbe und damit dort, wo Menschen acht Stunden und länger arbeiten.

Meine Damen und Herren, diese Relationen machen eines doch vollkommen deutlich: Der Grenzwert von 40 µg ist absurd niedrig. Er ist wissenschaftlich in keiner Weise begründet. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes aus der Luft gegriffen.

Selbst die Bundesregierung hat das mittlerweile eingesehen. Wie Sie alle wissen, ist ein Gesetz auf dem Weg, das Überschreitungen bis zu 50 oder gar 60 µg erlauben wird.

Nur das Umweltbundesamt und, wie es scheint, Herr Dr. Rau kämpfen noch verzweifelt. Das Umweltbundesamt schreibt auf seiner Homepage tatsächlich - gestern noch überprüft -:

> Bei der Ableitung von Grenzwerten für Stickstoffdioxid in der Außenluft können nicht die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie für Arbeitsplatzgrenzwerte …

Das heißt: Der Wert von 950 µg gilt für gesunde Arbeitende, die dort acht Stunden pro Tag und 40 Stunden pro Woche arbeiten. Aber den Werten in der Außenluft - so die Aussage des Umweltbundesamtes - sind ja alle Menschen rund um die Uhr ausgesetzt, also insbesondere empfindliche Personen, Asthmatiker, Kinder, Schwangere und alte Menschen.

Meine Damen und Herren, merken Sie eigentlich, was für eine menschenverachtende Argumentation das ist? Kennen Sie einen Asthmatiker, der dauerhaft in vier Metern Abstand von einer Straßenkreuzung lebt? Aber einer Facharbeiterin, die jeden Tag acht Stunden in einer Werkhalle malocht, können wir 950 µg zumuten.

Diesen menschenverachtenden Widerspruch kann auch das Umweltbundesamt nicht auflösen.

Aber was wollen Sie von grünen Pharisäern auch erwarten, meine Damen und Herren? Für die wertschaffenden Milieus in unserem Land, für die Menschen, die jeden Tag acht Stunden in einer Werkhalle stehen, haben die sich noch nie interessiert. Für die meisten Grünen ist das Wort „Werkhalle“ ohnehin ein Fremdwort. Die wenigsten von ihnen wissen überhaupt, wie es in einer Werkhalle aussieht. Wie auch bei einer Klientel, bei der am 15. des Monats regelmäßig das Geld auf dem Konto ist und die sich vornehmlich aus Sozialpädagogen und Studienabbrechern zusammensetzt?

> (Prof. Dr. Birgitt Killersreiter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was glauben Sie, was ich alles gemacht habe!)

Merken Sie eigentlich nicht, dass die Politik in Deutschland und gerade auch hier in Köln dabei ist, die letzte Glaubwürdigkeit zu verspielen? Welchen Bürger wollen Sie angesichts dieser Zahlenverhältnisse denn noch davon überzeugen, dass diese Verbote sinnhaft oder angemessen sind? Fahrverbote bringen der Umwelt rein gar nichts. Das zeigen die Erfahrungen in anderen Städten. Die Autofahrer machen Umwege und belasten die Umwelt damit nur noch mehr.

Unser dringender Appell an die Verantwortlichen lautet daher: Holen Sie schleunigst alle Akteure an einen Tisch. Überprüfen Sie endlich und kritisch die Standorte der Messstationen. Suchen Sie nach alternativen Aufstellorten. Das sklavische Festhalten an dem absurd niedrigen Grenzwert ist zu beenden. Fahrverbote für die Bürger und Gäste dieser Stadt sind das Letzte, was wir brauchen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt über diesen Antrag, TOP 3.1.4, abstimmen. Wer ist dafür? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltungen. Dann ist er mit Mehrheit abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung für die Standorte der Messstationen in Köln der zuständigen Behörde Alternativstandorte vorzuschlagen und Lösungen zu finden, die der europäischen Handhabung im Sinne einer repräsentativen und flächendeckenden Messung genügen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Anmerkung:
Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung. (18:30 Uhr)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung auf:

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Sportentwicklungsplanung - jetzt umsetzen!“
AN/0411/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0457/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
AN/0468/2019

10.15 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln
0149/2019

Herr Kron, bitte.

Peter Kron (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommt wieder etwas Schönes. Gott sei Dank beschäftigen wir uns jetzt mal wieder mit etwas Angenehmem, nämlich mit der Sportentwicklungsplanung.

Sie ist schon lange in der Diskussion. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Sportausschuss wissen, dass wir schon immer bei allen möglichen Diskussionspunkten die Notwendigkeit gesehen haben, einen solchen Plan in Auftrag zu geben und zu bekommen.

Dann haben wir im November 2016 diesen Beschluss für die Ausschreibung und die Vergabe einer Sportentwicklungsplanung gefasst. Dieser Auftrag umfasste nicht nur rein sportliche Belange, sondern eine integrierte Planung, die weit über Sportbelange hinausging und auch die Freiraum-, Stadt-, Jugend- sowie Schulentwicklungsplanung einbezog.

Wir haben dann - ich glaube, ich spreche für alle, die dabei waren - mit großem Glück Herrn Professor Dr. Kähler und sein Team - das sind Herr Professor Dr. Thieme, Herr Professor Dr. Brandl-Bredenbeck und Herr Dr. Fischer - gefunden. Sie haben den Auftrag übernommen und im Frühjahr 2017 damit begonnen. Das ist ein ganz intensiver Prozess in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, vor allen Dingen mit dem Sportamt, dem Stadtsportbund und sonstigen Beteiligten.

Dann haben wir ein vorbildliches transparentes Verfahren erlebt - mit einer großen Information, mit einem Beirat der Sprecher für Sportpolitik der Fraktionen, mit öffentlichen Veranstaltungen, mit Berichten im Ausschuss, mit Besuchen in Arbeitskreisen. Herr Professor Dr. Köhler war immer bereit, zu kommen und zu berichten.

Nun ist das Gutachten da. Es liegt als Anlage 1 zur Beschlussvorlage unter TOP 15 vor und umfasst immerhin 210 Seiten. Vielen Dank dafür.

Seit Anfang dieses Jahres ist die Verwaltungsvorlage mit dem Gutachten auf der Reise durch sieben Ausschüsse und neun Bezirksvertretungen. Heute folgt hoffentlich die einstimmige Zustimmung hier im Rat.

Insgesamt ist das also ein guter Start mit dem ersten Schritt.

Den zweiten Schritt müssen die Politik, die Verwaltung und die Akteure, also die Bevölkerung, die Vereine und der Stadtsportbund, jetzt zusammen gehen - oder, wie Frau Dr. Klein vor kurzem noch schriftlich mitteilte:

> Das Ende der Untersuchung bedeutet jedoch nicht, dass die Sportentwicklung nun vollendet ist. Im Gegenteil! Sie fängt erst richtig an. Ich würde mich freuen, wenn wir den so gut begonnenen kooperativen Prozess beibehielten, um gemeinsam die Maßnahmen des Sportentwicklungsplans nach und nach umsetzen zu können.

Zum Inhalt der Planung und der Vorlage: Die Erkenntnisse der Planung sollen insbesondere zunächst einmal im Rahmen von fünf Modellprojekten umgesetzt werden. Dort stehen erfreulicherweise auch schon für 2019 bis einschließlich 2022 Mittel bereit, und zwar pro Jahr 2,65 Millionen Euro.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Handlungsempfehlungen für die Umsetzungsphase, die es unmittelbar aufzugreifen gilt. Denn im Beschlussvorschlag steht - das sind für meinen Begriff die Kernsätze -, dass das Gutachten „Handlungsleitfaden“ soll und die Verwaltung beauftragt wird, auf seiner Basis „entsprechende Maßnahmen zu entwickeln“.

Die SPD-Fraktion wird dem mit großer Freude zustimmen.

Allerdings muss noch mehr passieren als „nur“ - „nur“ in Anführungszeichen - die fünf Modellprojekte. In der Vorlage sind eine Menge Punkte aufgeführt, die es mit Leben zu erfüllen gilt. Das geht von Kunstrasenplätzen über die Neuaufstellung des Sportamtes - wie es hier sehr schön heißt, soll es zu einem Kompetenzzentrum „Sport und Bewegung“ weiterentwickelt werden -

bis hin zur Zusammenarbeit mit dem Amt für Schulentwicklung, zum Neubau eines barrierefreien Sportzentrum usw. usf. Diese Einzelpunkte müssen mit Leben erfüllt werden.

Die SPD-Fraktion hat das Ganze diskutiert und dann gesagt: Wir müssen dort - bei aller Freude über die Verwaltungsvorlage - etwas konkreter herangehen.

Daraufhin haben wir unseren Antrag formuliert, in dem wir das fordern, was schon in der ursprünglichen Vorlage zur Beauftragung der Planung stand:

- Erarbeiten eines Maßnahmenkatalogs und einer konkreten Maßnahmenplanung für die einzelnen Stadtbezirke
- auf jeden Fall die sozialräumliche Ausrichtung
- eine entsprechende Finanzierung

Denn über die fünf Projekte hinaus brauchen wir noch mehr Mittel, um die Einzelprojekte durchzuführen. Das Sportamt kann das mit der derzeitigen Belegschaft - auch mit zwei Stellen, die jetzt versprochen sind - nicht wahrnehmen. Dieser Auffassung sind wir.

Daher bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag der SPD-Fraktion, der darauf abzielt, das Ganze konkreter zu formulieren.

Es liegen zwei Änderungsanträge vor, zum einen von der LINKEN und zum anderen von CDU, Grünen und FDP.

In diesen Änderungsanträgen stehen Allgemeinplätze, die aber alle okay sind und denen wir zustimmen können.

Der Antrag der LINKEN enthält eine Formulierung, die genau dem Beschlussvorschlag entspricht. Das kann man noch einmal beschließen.

Im Antrag von CDU, Grünen und FDP stehen Zahlen aus dem Haushalt. Wir können sie noch einmal beschließen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr habt den Haushalt gar nicht mit beschlossen! Ihr habt jetzt die Chance, das zum ersten Mal mit zu beschließen!)

Es ist also alles richtig. Es ist alles korrekt. Nur: Ich schlage vor, dass wir bei einer Sache, für die alle sind und die alle wollen, jetzt nicht hier irgendwelche Abstimmungen machen, bei denen der eine Antrag gegen den anderen gestellt wird.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum legt ihr dann einen Antrag vor?)

Ich schlage vor, die Änderungen der beiden anderen Anträge in unseren Antrag zu übernehmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte formulieren Sie den Satz zu Ende und beenden dann Ihre Rede.

Peter Kron (SPD): Auch wenn meine Redezeit vorbei ist, würde ich gerne noch zwei Sätze sagen, die sich an Frau Dr. Klein richten.

Frau Dr. Klein ist im Moment in einem Verabschiedungsmarathon. Aber auch von hier aus möchte ich ihr im Namen des Sportausschusses noch einmal alles Gute wünschen. Vielen Dank für die kompetente, gute Zusammenarbeit!

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum habt ihr das nicht im Ausschuss gemacht?)

Alles Gute für die Zukunft! Wir werden uns bei vielen Sportereignissen häufig wiedersehen. Ich habe schon gesagt: Die nächste Möglichkeit zum Wiedersehen ist am ersten Tag in Freiheit - so hätte ich es fast formuliert -, also am ersten Tag außerhalb des Amtes, nämlich am 1. Mai 2019, einen Tag nach dem Ausscheiden, beim Pokalendspiel der Frauen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Vorher zur Mai-Demo!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Kron.

Peter Kron (SPD): Noch einmal: Ich übernehme die beiden Anträge in unseren Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Kron. - Herr van Benthem, bitte.

Henk van Benthem (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ganze ist jetzt ein bisschen schwer verständlich.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem ich die Rede von Peter Kron gehört habe, frage ich mich wirklich: Was machen wir jetzt hier?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Zieht doch alle Anträge zurück!)

Lieber Peter, du hast ja gerade gesagt, was für den Sportentwicklungsplan so wichtig und richtig ist.

Bevor ich weiterrede, möchte ich aber zweimal Danke sagen.

Zunächst möchte ich mich bei der Frau Oberbürgermeisterin herzlich dafür bedanken, dass der Tagesordnungspunkt 10.15 gleichzeitig mit diesem Antrag und unserem Änderungsantrag behandelt wird.

Wir werden nämlich - das kann man vorwegschicken - dem Sportentwicklungsplan so, wie er vorliegt, zustimmen. Ich sage das ganz bewusst, damit es keine Geschichtsklitterung gibt und wir nicht demnächst in der Zeitung lesen können, CDU, Grüne und FDP seien gegen Vereine oder Verbände. Ganz klar ist: Wir werden hier zustimmen.

Welches Problem haben wir jetzt mit dem vorliegenden Antrag von SPD und BUNT? Ganz einfach! Erst einmal bin ich der Meinung: Das hätte im Sportausschuss diskutieren werden können.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Ulrich Breite [FDP])

Es war sehr bemerkenswert, dass der Antrag für den Rat schon vorlag, bevor der Sportausschuss überhaupt getagt hat.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ach!)

Ich hätte gedacht, dass er dorthin gehört. Ich wusste schon vor dem Sportausschuss, dass der Antrag eingestellt wird. Dort hätten wir ihn diskutieren können.

Dazu kommt noch das, was unsere scheidende Dezernentin - die ich natürlich genauso herzlich verabschiede, wie Peter Kron das getan hat; zum sechsten Mal machen wir das -

(Heiterkeit bei Niklas Kienitz [CDU] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

auch ganz klar im Sportausschuss gesagt hat. Sie hat nämlich betont, dass sie im Sportausschuss das Fair Play im Umgang untereinander - das stimmt auch - unheimlich geschätzt hat.

Es ist die Frage, inwieweit es Fair Play ist, dass wir etwas im Rat behandeln, was anschließend den Anschein erwecken könnte, wir seien dagegen. Nein!

Wogegen sind wir aber? Wir sind dagegen, dass im Antrag von SPD und BUNT die sechs Punkte aus dem Papier von Herrn Professor Dr. Kähler stehen.

Punkt 1: Erarbeiten eines Maßnahmenkatalogs. - Das steht im Gutachten auf Seite 13:

> 3 Die Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges

Das steht da.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist nicht wahr! Echt?)

Punkt 2: Sozialräumliche Ausrichtung. - Da muss man natürlich weiterlesen. Das steht auf Seite 148

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Das ist der Hammer!)

hinter dem dritten Spiegelstrich:

> Die Sozialräume stehen dabei besonders im Blickpunkt.

Leute, was wollt ihr?

Punkt 3: Rechtzeitiges Aufstellen einer Finanzierungsplanung. - Auf Seite 4 der Vorlage steht - Peter Kron hat es ja gerade gesagt -:

> Zur Umsetzung der aus dem Gutachten resultierenden Einzelmaßnahmen sind … Auszahlungsermächtigungen i. H. v.

- man höre und staune -

> 2.650.000,00 € im Haushaltsjahr 2019 und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 p. a. veranschlagt.

Was wollen wir denn mehr?

Punkt 4: Akquise des erforderlichen Personals für das Sportamt. - Darüber wurde gerade auch gesprochen. Seite 5 der Vorlage, letzter Punkt - ich trage es hier vor, damit man nicht so lange suchen muss -:

> Das Sportamt gibt sich auf der Grundlage der Sportentwicklungsplanung eine

angepasste Organisationsstruktur und Aufgabenverteilung.

Punkt 5: Abschluss eines „Paktes für den Sport“ mit dem Stadtsportbund. - Hier geht die Vorlage sogar weiter. Auf Seite 4 steht nämlich:

Sportamt und Stadtsportbund/Sportjugend Köln bauen ihre Zusammenarbeit inhaltlich und formal aus.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wie können die Sozialdemokraten nur so eindimensional sein?)

Punkt 6: Beauftragung einer Evaluierung. - Was sagt die Vorlage?

Die Sportentwicklungsplanung wird in einem Zeitraum von 15 Jahren umgesetzt, der Prozess wird evaluiert und weiterentwickelt.

Wer sagt, das seien keine konkreten Angaben, dem empfehle ich, einfach einmal über Folgendes nachzudenken: Das Schwarze sind die Buchstaben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Da kann man vielleicht nachsehen, was dort gemeint ist.

Ich persönlich sage für meine Seite: Wir haben wirklich in allen Bezirksvertretungen und in allen Ausschüssen das Ding rauf und runter diskutiert.

Um deutlich zu machen, dass man es tatsächlich ernst meint, hätte man den Verbänden, den Vereinen und auch den Menschen in unserer Stadt zeigen sollen, dass wir nicht immer nur streiten wollen. Hier gibt es eine Vorlage zum Sportentwicklungsplan. Daran haben wir lange gearbeitet. Wir waren uns alle einig. Und dann bekommen wir das hier auf den Tisch gelegt. Ich weiß nicht, ob das der richtige Ansatz ist.

Das Einzige, was durchaus gefehlt hat, ist Folgendes: Wenn man neu baut, muss man darauf achten, dass eine Versiegelung der Fläche nicht unendlich sein kann, sondern endlich ist. Deshalb sollte man für den Bau neuer Sportgeräte möglichst bereits versiegelte Flächen nehmen.

Meine Damen und Herren, eine Frage möchte ich wirklich aufwerfen. Wir reden über den Sportentwicklungsplan. Die Sportler und Sportlerinnen in unserer Stadt, ob Freizeitsportler oder Vereinssportler, nehmen unsere Natur ernst. Diejenigen, die denken oder befürchten, das sei nicht der Fall, waren nie in einem Sportverein und haben nie Freizeitsportler in Aktion gesehen.

Ich bin der Meinung, dass unser Antrag mit der darin thematisierten Vorsicht bei Versiegelung ein vernünftiger Weg ist. Deswegen werden wir den Antrag der SPD ablehnen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr van Benthem, lassen Sie eine Frage von Herrn Kron zu?

Henk van Benthem (CDU): Mit dem allergrößten Vergnügen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön.

Peter Kron (SPD): Ich weiß nicht, ob du bei deiner letzten BV-Sitzung vorige Woche dabei warst. Das ist auch die Frage: Warst du dabei?

Denn ich könnte jetzt vorlesen - dann würdet ihr euch wundern -, wie der Antrag lautet, der in der BV Porz einstimmig, also auch mit den Stimmen von CDU und Grünen, beschlossen worden ist. Er entspricht nämlich genau dem Antrag der SPD-Fraktion, der heute vorliegt. Ihr habt ihn dort als Ergänzung zur Sportentwicklungsplanung beschlossen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Als Ergänzung, aber nicht als eigenständigen Antrag!)

Du musst natürlich nicht innerhalb von zwei Wochen zweimal dasselbe beschließen. Das kann man jetzt natürlich ablehnen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist doch kein eigenständiger Antrag!)

Mir fiel das nur auf. Es erstaunt mich, dass du das, was du vor einer Woche selber beschlossen hast, jetzt so rigoros ablehnst.

(Beifall bei der SPD)

Henk van Benthem (CDU): Darauf kann ich sehr gern eine Antwort geben. An dieser Stelle möchte ich auch an das Gedächtnis appellieren.

Bereits im Vorfeld der Sportausschusssitzung habe ich gesagt bzw. die Mitglieder der FVB gefragt - und da fehlt euer SPD-Vertreter in der FVB; dafür kann ich nichts -, ob wir so gegen diesen Antrag, der hier vorliegt, verfahren können. Da haben wir auch vereinbart, dass wir das im Sportausschuss dann genauso machen. Die FVB in Porz hat mir mit den anwesenden Teilnehmern - und das ist die Mehrheit - die Genehmigung gegeben, so gegen den Beschluss der Bezirksvertretung zu verfahren. Das kannst du nicht wissen. Ich kläre gern auf.

(Peter Kron [SPD]: Ich bin nur erstaunt!)

Das ist der Grund, warum ich das mache. Ich mache es auch, weil es vernünftig ist und weil wir dazu stehen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr van Benthem. - Frau Thelen, bitte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Die Buchstaben sind das Schwarze!)

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Die Buchstaben sind bei mir das Schwarze, genau. Vielen Dank. - Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einige wenige Sätze über das Papier selbst verlieren und dann einige wenige Sätze zu der Antragslage sagen.

„Draußen, spontan, ohne Verein“ überschrieb der *Kölner Stadt-Anzeiger* heute seinen Bericht über die Entscheidung, die wir hier treffen. In der Tat betreiben 70 Prozent der Kölnerinnen und Kölner ihren Sport unorganisiert in den Parks und auf den Straßen der Stadt: Joggen, Radfahren, Fitnesssport.

Das vorliegende Gutachten macht hierzu attraktive Vorschläge für den Sport im öffentlichen Raum. Es umfasst auch noch vieles mehr. Es versucht, den neuen Trend, den wir schon lange kennen, immer mehr Sport unorganisiert zu treiben, damit zu vereinen, sucht dabei aber auch das Bündnis mit den Sportvereinen und bemüht sich, die Infrastruktur herzustellen.

Innerhalb des zweijährigen Prozesses hat es Herr Professor Dr. Kähler mit seinem Team vor allen Dindort istgen geschafft, eine Begeisterung und Motivation aller Beteiligten herzustellen, die ihresgleichen sucht.

Ich war selbst Mitglied der Steuerungsgruppe. Differenzen haben wir dort keine gehabt. Man hatte den Eindruck, dass alle gern dort mitmachen. Meines Erachtens kann man das dem Papier auch entnehmen. Es ist darin gut wiedergegeben.

Es wurde erreicht, eine intersektorale Zusammenarbeit von Ämtern, Politik und Stadtsportbund herzustellen. Das ist gewachsen. Für die Umsetzung des Sportentwicklungsplans ist es unbedingt notwendig, dass wir dies auch weiter so fortsetzen.

Wir stimmen heute darüber ab, dass das vorliegende Gutachten Grundlage und Werkzeugkasten für die Sportentwicklung der nächsten 15 Jahre sein soll. Das ist schon einiges.

Es gibt eine lange Liste von Handlungsempfehlungen, von denen ich jetzt fünf vortragen werde.

Erstens: die verstärkte Nutzung des öffentlichen Raums nach Kriterien der Nachhaltigkeit.

Zweitens: die intersektorale Zusammenarbeit von Ämtern, insbesondere Grünflächenamt, Planungsamt und Schulamt.

Drittens - ganz wichtig -: der Vorrang der Sanierung von Sportanlagen mit identifizierten Mängeln. Es hat umfangreiche Begutachtungen und Begehungen von Sporteinrichtungen gegeben. Dort sind eine Reihe von Mängeln aufgetaucht. Da müssen wir etwas tun. Das steht ganz oben auf der Agenda.

Viertens: Wir wollen Bewegungsangebote für Menschen schaffen, die geringe Chancen zur Teilhabe am Sport haben.

Fünftens: Nicht zuletzt ist das digitale Belegungsmanagement von Sporteinrichtungen wichtig. Dies zu erreichen, ist in den nächsten Jahren unser Ziel.

Erfolgen soll alles das zusammen mit Sportvereinen und Stadtsportbund, die mit uns allen zusammen den Prozess getragen haben.

Für die Sportpartie hier im Rat ist ganz wichtig, dass wir dies heute beschließen und damit auch die dort formulierten Modellprojekte angehen, die große Strahlkraft haben.

Weil wir in den letzten Monaten und den letzten beiden Jahren so einvernehmlich daran gearbeitet haben, mutet es für mich schräg an, wenn

dann die SPD - Henk van Benthem hat es gerade dargestellt - Punkte, die ohnehin Teil des Gutachtens sind, hier zum Antrag erhebt. Damit versucht sie, sich vor uns anderen als Vorreiter der Sportentwicklungsplanung darzustellen. - Das ist das eine.

Das andere ist, dass die SPD hier versucht, dem Sportamt, das maßgeblicher Treiber des Prozesses war, zu sagen, was es denn jetzt zu tun hat.

Ich habe dazu im letzten Sportausschuss nachgefragt. Natürlich sind die Dinge, die in diesem Antrag aufgeführt sind, beim Sportamt in der Planung. Daher ist er im Grunde genommen überflüssig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich möchte kurz die vier Punkte darstellen, die wir im Änderungsantrag formuliert haben.

Erstens: Lasst das Sportamt mal machen und formuliert nicht zu kleinteilige Vorgaben.

Zweitens: Geht die Sanierung mit dem Personalamt an.

Drittens: Wir haben schon viel gemacht; daran gilt es anzuknüpfen.

Viertens: Wir dürfen die Ökologie nicht vergessen und müssen sorgsam Ausgleich schaffen oder Eingriffe sogar dort vermeiden, wo sie entstehen.

Letzter Satz: Lassen Sie uns die Sportentwicklungsplanung heute unter dem Motto „Lebensfreude in Bewegung“ beschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Thelen. - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allen Dingen liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Sportausschuss! Ich hatte eigentlich vor, wenn überhaupt, nur ganz kurz etwas zu sagen. Aber jetzt haben wir eine andere Sachlage und Änderungsanträge über Änderungsanträge.

Ich wollte eigentlich so anfangen, wie es Frau Thelen gerade getan hat. Als ich heute Morgen die Presse gelesen habe, dachte ich: Wow! Wir haben einen Sportentwicklungsplan, mit dem auf einmal Tischtennisplatten erneuert werden oder der Innere Grüngürtel gemäht und attraktiver gemacht wird. Dort besteht schließlich großer Bedarf. Dann habe ich aber festgestellt: Ach nein; wir beschließen heute eine Sportentwicklungsplanung.

Jeder Antrag - der Antrag der SPD, der Änderungsantrag von CDU usw. - beginnt mit den Worten „Sportentwicklungsplanung - jetzt umsetzen!“. Es geht also nicht um einen Entwicklungsplan. Das sind zwei verschiedene Dinge. Ich habe auch mehrfach im Ausschuss darauf hingewiesen, dass wir jetzt eigentlich an den Plan herangehen müssen. Wir müssen jetzt Kriterien entwickeln und das Ganze präzisieren, damit wir einen Plan herstellen, der dann eine Priorisierung erfährt und in die Umsetzung kommt.

Aber nein; wir verharren jetzt erst einmal dabei. Wir planen, planen, planen. Wir machen ein Konzept. Und was passiert? Nichts!

Das finde ich sehr ärgerlich. Denn dieses Gutachten mit 159 Seiten ist sehr inhaltsreich. Darin stehen unheimlich viele Empfehlungen, die Sie als Antragsteller von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auch übernommen haben. Anders als Herr van Benthem kann ich Ihnen hier nicht die jeweilige Seitenzahl anbieten. Es steht aber genau so in den Empfehlungen drin. Richtig kreativ waren Sie an dieser Stelle also auch nicht, genauso wenig wie die SPD. Aber sei es drum!

Wir wollen hier alle das Gleiche. Wir wollen, dass diese Planung jetzt endlich in einen Plan übergeht. Daran sollten wir arbeiten, statt uns hier gegenseitig irgendwelche Vorwürfe zu machen, was der Sache überhaupt nicht dienlich ist.

Ich habe sehr dafür geworben - im Sportausschuss und auch in anderen Ausschüssen -, die Spiegelstriche der Entwicklungsplanung mit in den Beschlusstext zu übernehmen. Wir finden das jetzt unter neuen Beschlusspunkten im Änderungsantrag. Seinerzeit konnten Sie unserem Vorschlag nicht folgen. Das bedaure ich sehr. Denn das wäre die Konkretisierung gewesen, die wir unbedingt brauchen, um diese Planung in einen Plan umzusetzen. Meines Erachtens sollten wir uns an dieser Stelle auf das zurückziehen, um das es hier geht, nämlich darauf, eine Entwicklungsplanung in einen Plan umzusetzen.

Ihre Änderungen sind genauso wie die Änderungen der SPD und auch unser Beitrag, die Initiativen stärker zu berücksichtigen, in den Anlagen

zu dieser Vorlage enthalten, und zwar seitenweise. Ich weiß nicht, wer es alles gelesen hat. Ich empfehle noch einmal, das zu tun. Wer eine Kurzfassung haben möchte, kann bei uns im *Platzjabbeck* nachschauen; denn dort habe ich es noch einmal beschrieben. Das ist zwar nur eine Kurzfassung. Trotzdem ist es noch einmal zur Vertiefung zu empfehlen.

Insofern denke ich: Wenn wir alle hier alles gemeinsam beschließen können, sind wir auf dem richtigen Weg. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Stahlhofen. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Verehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

(Der Redner hält ein Dokument hoch)

Das ist das Werk, um das es geht und über das wir hier alle sprechen.

Danke schön, Frau Dr. Klein. Wir haben uns in mehreren Sitzungen bemüht, das Ganze in eine Form zu bringen, in der wir uns auch alle wiederfinden. Frau Dr. Klein, das haben Sie und das Sportamt ganz hervorragend gemacht. Auch dafür herzlichen Dank.

Darum habe ich jetzt auch ein bisschen Beißhemmungen, muss ich sagen. Bei dem lieben Peter Kron habe ich sowieso Beißhemmungen. Schließlich ist das Ergebnis so toll geworden. Dann wollten wir das doch alles gemeinsam machen.

Wenn man dann plötzlich einen Ratsantrag einer anderen Fraktion bekommt - ich schaue Sie nur an, damit Sie wissen, was ich damit meine -, in dem man, nachdem wir alle zusammen diese wunderschöne Kurzfassung geschrieben haben, auch eigenes geistiges Eigentum wiederfindet, findet man das nicht schön. Das werden Sie verstehen.

Nachdem Herr Kron und die SPD gesagt haben, dass wir das alle zusammen machen wollen, bin ich der Meinung, dass man eine solche Sache auch gemeinsam machen sollte, anstatt diesen Sportentwicklungsplan selber zu kapern.

Ganz wichtig ist mir nämlich auch - das wurde schon angesprochen - „Lebensfreude in Bewegung“. Dieses Motto für den Sport in Köln soll doch morgen als Ergebnis unserer Arbeit in den Zeitungen stehen - und nicht „Sportentwicklungsplanung jetzt umsetzen“; denn das klänge so, als würden wir im Rat nur Kritik üben, meine Damen und Herren. Das würde der Arbeit meiner Meinung nach nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP und von Niklas Kienitz [CDU])

Das muss ich in dieser Form noch einmal sagen.

Mit Ihrem Kapern wollen Sie den Eindruck erwecken, wir hätten vielleicht ein bisschen mitgemacht, aber die SPD sei der Motor und wisse ganz genau, was jetzt hier gemacht werden müsse. Darum haben wir in unserem Antrag noch einmal deutlich gemacht, dass in Köln schon etwas gelaufen ist.

Man braucht sich nur die letzten Haushalte anzuschauen. Da ist Geld geflossen, und da ist auch etwas umgesetzt worden. Ich will jetzt nicht noch einmal den Grundsatzbeschluss zu den Zweifachhallen anführen; mittlerweile findet die SPD das ja auch sehr gut. Lassen Sie mich aber die Umsetzung dessen erwähnen, was wir in die letzten Haushalte für den Sport über die Jugendpauschale eingestellt haben - 1,2 Millionen Euro, mehrmals erhöht. Das kommt bei den Kindern und Jugendlichen super an. Das muss man in dieser Form einmal sagen.

(Beifall von Sylvia Laufenberg [FDP])

Nein, hier brauchen wir nicht eine Sache neu umzusetzen. Vielmehr wollen wir das weiterführen.

Wir haben tolle Ideen bekommen, die wir auch umsetzen wollen. Dort sind nämlich 2,65 Millionen Euro jährlich für die Umsetzung eingeplant. Das dort hineinzunehmen, wollen wir sicherlich auch verabschieden. Das ist sehr viel Geld. Da müssen wir erst einmal die richtigen Maßnahmen finden. Das hilft uns dabei. Darum haben wir das gemacht.

Ich bin mir sicher, dass es uns gemeinsam gelingt - dazu lade ich auch die SPD ein, gerade am heutigen Tag -, die richtigen Sachen mit dem Leitfaden zu finden. Machen Sie hier bitte keine Alleingänge. Hier sollten alle Sportpolitiker in einer Fraktion spielen. Wir müssen manchmal auch unsere anderen Fraktionsmitglieder überzeugen. Da hilft es, wenn wir das gemeinsam machen.

Ich würde mich freuen, wenn wir wieder zu diesem Weg zurückkämen. Freuen wir uns darüber,

dass wir den Sportentwicklungsplan haben! - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Breite. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst zu TOP 10.15 abstimmen - so wie Vorlage, so wie Sportausschuss. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, DIE LINKE, die FDP, die AfD, Herr Wortmann, BUNT und GUT. Damit sind fast alle im Boot. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Vorlage so zugestimmt.

Nun kommen wir zu den Abstimmungen zu TOP 3.1.5. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP ab. - Herr Kron.

Peter Kron (SPD): Wie ich eben schon einmal sagte, übernehmen wir die beiden Texte in unseren Antrag.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Als Ersetzung oder als Ergänzung?)

- Als Ergänzung natürlich.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die anderen wollen das aber nicht übernehmen. Daher lasse ich auch über die beiden Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Ersetzungsantrag von CDU, FDP und Grünen ab. Wer ist dafür? - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, BUNT und GUT. Wer enthält sich? - Die AfD. Damit ist der Ersetzungsantrag so angenommen.

Dann hat sich der ursprüngliche Antrag erledigt. Daher lasse ich über nichts mehr abstimmen, weil wir damit nach langem Ringen ein Ergebnis gefunden haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

I. Abstimmung über die Beschlussvorlage 0149/2019 - TOP 10.15

Der Rat der Stadt Köln

1. nimmt das Gutachten zur Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln gemäß Anlage 1 zur Kenntnis.

2. erkennt das Gutachten als Handlungsleitfaden für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen von Sport und Bewegung in der Kölner Stadtgesellschaft an.

3. beauftragt die Verwaltung auf Basis des Gutachtens entsprechende Maßnahmen zu entwickeln und diese bei allen über die Geschäfte der laufenden Verwaltung hinausgehenden Maßnahmen den politischen Gremien unter Beachtung der bezirklichen Belange zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP AN/0648/2019 zu TOP 3.1.5

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat der Stadt Köln begrüßt den ausgearbeiteten Sportentwicklungsplan als wichtiges Fundament, um den Kölner Sport voranzubringen. Er beauftragt die Verwaltung, auf Basis des Gutachtens die konkreten weiteren Maßnahmen durchdacht und nachhaltig in die Wege zu leiten und die politischen Gremien unter Beachtung der bezirklichen Belange einzubinden.

2. Um die Sanierung von Sportanlagen mit identifizierten Mängeln zügig voranzutreiben, sind kurzfristig die personellen Voraussetzungen beim Sportamt zu schaffen.

3. Der Rat der Stadt Köln bekräftigt sein Engagement auch zukünftig weiter in den Sport zu investieren und den Sport auf allen Ebenen zu unterstützen. Der Sportentwicklungsplan dient dafür als wichtige Grundlage. Die Basis dafür sind die bereits eingeleiteten Maßnahmen wie Wegfall der Hallengebühren, Umwandlung von Tenne in Kunstrasenplätze und Errichtung von Bewegungsräumen als erfolgreiche erste Schritte. Ein wichtiger Beschluss ist die Realisierung von Zweifachturnhallen beim Neubau von Grundschulen. Auch mit dem Ratsbeschluss zur Haushaltsplananmeldung 2018 wurden

für die Ausstattung im Bereich des Schulsportes über den politischen Veränderungsnachweis Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro für die Schulen bereitgestellt. 2019 flossen 2 Mio. Euro zusätzlich in verschiedene Sportprojekte. Und letztlich wurde die Jugendbeihilfe für die Sportvereine auf über 1,25 Mio. Euro erhöht.

4. *Bei der Umsetzung der Sportentwicklungsplanung - insbesondere der neuen Bewegungsräume in Grünanlagen - sollen neue Flächenversiegelungen vermieden oder kompensiert werden. Zur Aufstellung der Bewegungsgeräte sollen vorrangig bereits versiegelte Flächen genutzt werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, der Gruppen BUNT und GUT sowie von RM Wortmann und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

III. Ursprungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT AN/0411/2019 und Änderungsantrag der Fraktion Die Linke AN/0457/2019 zu TOP 3.1.5

Die Anträge haben sich aufgrund der Beschlussfassung zu dem Änderungsantrag (Ersetzung) der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP erledigt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Installation einer Schuldenuhr an prominenter Stelle am Rathaus“ AN/0420/2019

Herr Geraedts, bitte.

Wilhelm Geraedts (AfD): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach einem Henk van Benthem hier zu stehen, ist wahrlich schwierig; denn der Mann gehört auf die Bühne und an das Mikrofon.

Ich möchte gleichzeitig heute einen kleinen Nachweis dafür erbringen, dass es nicht zwangsläufig wehtun muss, sich eine Rede der AfD anzuhören. Die hier anwesenden Mitglieder der BV Porz könnten Ihnen das in Bezug auf meine Person sicher bestätigen.

Es geht um den Antrag auf eine Schuldenuhr an einer prädestinierten Stelle, wo sie gut zu sehen ist. Wie kommen wir dazu?

Eine Schuldenuhr könnte natürlich als originelles und fast unscheinbares Thema geeignet sein, um erstmals vor Ihnen allen, was bei mir heute der Fall ist, zu sprechen, ohne dass das von großer Wichtigkeit ist. Das könnte man meinen. Es ist aber nicht so.

Die Frau Oberbürgermeisterin hatte im vergangenen Jahr im Zuge der Haushaltsdebatte darauf verwiesen, dass in 2019 die Erträge der Stadt stärker wachsen würden als die Ausgaben. Weiterhin stellte sie in Aussicht, dass die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage auf 2,5 Prozent zurückgehe, den niedrigsten Wert seit Jahren. Übrig blieb demnach lediglich ein Haushaltsloch von „nur“ 118 Millionen Euro. Ich finde, das ist immer noch eine Menge Geld. Im Vorjahr betrug es allerdings noch 229 Millionen Euro.

2019 sollte die Neuverschuldung - so die damaligen Ausführungen - wieder auf 215 Millionen Euro steigen, um 2020 dann bei 107 Millionen Euro zu verharren, was 2,5 Prozent entspräche. Ab 2023 stellte die Oberbürgermeisterin im Zuge der Haushaltsdebatten des vergangenen Jahres einen Haushalt ohne Griff in die Rücklage in Aussicht. Die Kämmerin, Frau Klug, sagte dazu, man könne und wolle schließlich nicht dauerhaft an die Reserven gehen. - So weit, so gut.

Jedoch sagte die Kämmerin seinerzeit auch, dass wir kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem haben. Ausdrücklich geht es hier natürlich nicht um die notwendigen Investitionen in Schule, Bildung, Infrastruktur oder Hilfen an Hilfsbedürftige, gleich welcher Nationalität, in unserer Stadt. Da sollte selbstverständlich noch mehr möglich sein und wohl auch erforderlich werden. Vielmehr geht es, wie von Frau Klug seinerzeit angesprochen, um problematische Ausgaben.

An dieser Stelle muss ich ganz kurz meine Rede unterbrechen und sagen, dass ich eigentlich vorhatte, Sie jetzt aufzufordern, in der Größenordnung von 10 bis 15 Prozent alle durcheinanderzulaufen, sich zu unterhalten und mir als Redner der AfD keine Achtung zu schenken, wie ich das seit einigen Jahren hier beobachte. Ich bin sehr froh darüber, dass das im Moment nicht stattfindet. Danke schön dafür.

(Beifall von Sven Werner Tritschler [AfD] - Lino Hammer [Bündnis 90/Die

Grünen]: Weil es einfach absolut langweilig ist!)

- Ja, Benehmen ist nicht jedermanns Sache.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Hierzu ist allerdings anzumerken, dass der Niedergang der Autoindustrie in - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich bitte, von solchen Äußerungen Abstand zu nehmen.

Wilhelm Geraedts (AfD): Meinen Sie jetzt die Äußerung, die von dort kam, oder meine?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich meine Ihre.

Wilhelm Geraedts (AfD): Aha. Ich nehme das zur Kenntnis.

Hierzu ist allerdings anzumerken, dass der Niedergang der Autoindustrie in Köln mehrheitlich auch unter Ihrer jahrelangen Mitwirkung, wie es vorhin schon einmal angesprochen worden ist, sei es aktiv oder passiv, irgendwie mit herbeigeführt wurde. Denn es war ja absehbar, was heute mit Ford hier bei uns passiert.

Als einen kleinen Gegenpol für mehr Transparenz verstehe ich daher die von uns beantragte Schuldenuhr. Außerdem macht sie keine Genderprobleme. Bunt wäre sie wohl auch.

Vor allen Dingen aber wären die Zahlen rot. Denn trotz Rekordsteuereinnahmen schafft diese Stadt es seit Jahren nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. 66 Prozent der Kommunen in NRW haben dies im letzten Jahr geschafft.

Wie schon gesagt, hat Köln zumindest in der jüngeren Vergangenheit nach den Worten der letzten Stadtkämmerin kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Ergo: Zu viele und zu hohe Ausgaben für alles Mögliche verhindern einen Schuldenabbau.

Desaströse und auch vom Bund der Steuerzahler angemahnte unsinnige Ausgaben müssen also zuverlässig verhindert werden - ob es sich dabei um den unsäglichen Kalkberg, die unendliche Geschichte der Oper, unsinnige Sonnenenergie, Pressmülleimer mit immensen Folgekosten ohne zuverlässige Funktion, überteuerte Aussichtsplattformen für den Blick ins Nichts oder die angeblich notwendige Ausgabe von über 260.000 Euro für Trinkbrunnen handelt. Ich spare mir weitere Aufzählungen finanzieller Schildbürgerstreiche. Wir können uns solche Dinge nicht mehr erlauben. Auch der Erhalt möglicher Fördermittel für nicht dringend erforderliche Projekte darf nicht als Begründung für die Vergrößerung unserer Schulden herhalten.

Aktuell drohen dunkle Wolken am Konjunkturhimmel, was uns dann doch noch - entgegen den Worten der damaligen Kämmerin - auch ein Einnahmenproblem bescheren könnte.

Nicht zuletzt die Geschehnisse bei Ford und auch bei Kaufhof erfordern gerade jetzt Sparanstrengungen, damit die Stadt für die Zukunft auf einer stabilen finanziellen Grundlage steht.

Eine Schuldenuhr kann hier zu einem Bewusstseinswandel zumindest beitragen und mahnt beständig an, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Sie wäre außerdem ein äußeres Zeichen dafür, dass die nach Meinung sehr vieler Bürger oft weit von der Realität entfernte Politik tief innen drin doch etwas verstanden hat.

Ich bitte Sie daher, in Ihrem Sinne, aber vor allen Dingen auch im Sinne unserer Bürger diesem Antrag zuzustimmen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass eine "Schuldenuhr" an prominenter Stelle vor dem Rathaus (spanischer Bau) zu installieren ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen AfD-Fraktion abgelehnt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen - Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!“ AN/0424/2019

Herr Weisenstein, bitte.

(Bernd Petelkau [CDU]: Der Antrag ist vertagt! Diesen Punkt gibt es nicht mehr! - Dirk Michel [CDU]: Nächste Sitzung!)

- Okay. - Damit kommen wir schon zu den Anfragen.

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe auch Ziffer VI – Seite 5).

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfragen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend „Kommunales Wohnungsbauförderprogramm“ AN/0161/2019

Antwort der Verwaltung vom 25.03.2019 0797/2019

Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte schön, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank an die Verwaltung für die Beantwortung dieser Frage.

Sie führen in dieser Beantwortung aus, dass es durchaus möglich wäre, den preisgedämpften Wohnraum mit kommunalen Mitteln zu fördern. Daraus ergibt sich natürlich eine Reihe von Fragen. So, wie Sie das jetzt hier beantworten, ist das natürlich eine sehr wichtige Information, aber auch sehr abstrakt.

Ich würde darum bitten, dass die Verwaltung ausführt, welche Modelle zur Förderung des preisgedämpften Wohnraums möglich wären, ohne den sozialen Wohnungsbau zu gefährden. Es wäre sehr nett, wenn Sie dazu etwas ausführen könnten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Rau steht zur Beantwortung bereit. Bitte schön.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Frau Bürgermeisterin! Herr Weisenstein! Meine Damen und Herren! Wir haben geschrieben, dass rein hypothetisch die Möglichkeit bestünde. Wir sind natürlich bereit, dass wir das ein bisschen weiter ausführen, und Ihnen dann auch schriftlich vorlegen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Entschuldigung. Aber dort steht nicht, dass das rein hypothetisch möglich wäre. Insofern würde ich Sie bitten, in die Beantwortung noch einmal konkret hineinzuschauen.

Zu Frage 3 steht im letzten Absatz:

> Neben der Schaffung der erforderlichen organisatorischen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen muss …

Moment. Jetzt finde ich natürlich die Zeile nicht.

> Unter der Voraussetzung, dass die erforderlichen haushaltsmäßigen Mittel zur Verfügung gestellt werden

- das ist der Fall mit den 33 Millionen Euro -,

> wäre die Schaffung eines weiteren Förderinstruments in Form einer Zuschussgewährung für alle Investorengruppen für den preisgedämpften Wohnungsbau aus Sicht der Verwaltung sinnvoll. Neben der Schaffung der erforderlichen organisatorischen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen muss weiterhin die EU-Beihilfekonformität … geprüft werden.

Die Verwaltung antwortet hier nicht in der Form, dass es hypothetisch möglich wäre, sondern, dass es konkret möglich ist. Zudem zielt sie darauf ab, den geförderten Wohnungsbau dadurch nicht zu gefährden.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Darf ich noch einmal kurz?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte, Herr Rau.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Das Hypothetische bezog sich auf die Zurverfügungstellung des Budgets, -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Können Sie bitte etwas näher ans Mikrofon gehen?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: - sofern ein Budget zur Verfügung steht, sofern beihilferechtliche Fragen geklärt sind und sofern auch unsere Satzung es erlaubt. Die jetzt zur Verfügung gestellten Mittel sind wirklich für den geförderten Wohnraum gedacht. Wir müssten da also einen neuen Beschluss herbeiführen.

Ich habe Ihnen aber zugesagt und werde das auch so einlösen, dass wir Ihnen wirklich eine Ausarbeitung liefern werden, sodass Sie dann dort weiterdenken und weiter entscheiden können.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Rau, Sie sind ganz schlecht zu verstehen. Sie müssen bitte näher an das Mikrofon herangehen. Ich bekomme das Signal, dass das nicht zu verstehen ist.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Okay. - Ich habe gesagt, dass wir gern eine Ausführung machen. Ich habe gesagt, dass die hypothetische Aussage sowohl das zur Verfügung stehende Budget betraf, beihilferechtliche Fragen betraf als auch die Sache, dass die jetzigen genehmigten 33 Millionen Euro nicht für gedämpften, sondern wirklich für geförderten Wohnraum von Ihnen beschlossen wurden.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die werden aber nicht abgerufen!)

Deshalb habe ich dann gesagt: Jawohl, wir machen eine Ausarbeitung für Sie, um Sie zu weiteren Beratungen in dieser Frage zu befähigen. Wir machen eine Ausarbeitung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Nachfrage von Herrn Weisenstein wird schriftlich beantwortet, und zwar mit der letzten kurzen Nachfrage von Ihnen. - Danke schön.

Frau Pakulat, bitte.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Auch von meiner Seite schönen Dank für die umfangreiche Beantwortung dieser Anfrage, die von allen demokratischen Parteien gestellt worden war.

Bei dem preisgedämpften Wohnraum geht es auch immer wieder um die Frage: Wie kontrolliert man das eigentlich hinterher? Angenommen, dort gehen wirklich Fördergelder hinein: Wer kontrolliert das? Wie kann überhaupt kontrolliert werden, dass dieser Wohnraum tatsächlich preisgedämpft bleibt?

Wir hatten konkret die Frage gestellt bzw. die Behauptung aufgestellt: Richtige Kontrolle ist eigentlich nur im Genossenschaftswohnungsbau möglich, weil dort die Mieter quasi selbst an der Genossenschaft beteiligt sind und sich gegen die direkten Auswirkungen von Mieterhöhungen wehren können.

Nun haben Sie geantwortet, dass der Zuschuss - wenn es einen gäbe - im Grunde für alle Investoren für preisgedämpften Wohnraum sinnvoll wäre. Heißt das im Umkehrschluss, dass alle Investoren ein Recht darauf hätten, wenn wir einen solchen Zuschuss zur Verfügung stellen, oder wäre die Politik nach wie vor frei, diesen Zuschuss an bestimmte Zielgruppen - so sage ich es einmal - zu vergeben?

Das wäre meine konkrete Nachfrage dazu für den Moment. Ansonsten würde ich darum bitten, diese Beantwortung, die Sie eben gegeben haben, noch einmal zur Kenntnis in die Ausschüsse Soziales, Stadtentwicklung und Liegenschaften zu geben, weil ich glaube, dass das Thema tatsächlich so komplex und umfangreich ist, dass wir das nicht hier im Rat diskutieren können, sondern dass das zunächst in die Fachgremien verwiesen werden sollte. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Pakulat. - Herr Rau, würden Sie die erste Frage jetzt beantworten wollen?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Natürlich ist es so, dass der Rat beschließen kann und die Verwaltung ausführen kann, dass wir Zuschüsse an bestimmte Kriterien - beispielsweise im Sinne von Konzeptvergaben - knüpfen oder in der Tat genossenschaftliches Bauen bevorzugen. Eine solche Konstruktion ist sicherlich herbeiführbar.

Wenn der Rat uns den Auftrag gibt, dazu weiter zu forschen und weitere Vorschläge zu erarbeiten, nehmen wir das gern auf. Ich halte es für bedeutsam. Ich denke, in der Frage ist auch das Zusammenwirken mit dem Dezernat von Herrn Greitemann relevant; in meinem Dezernat sind wir für den geförderten Wohnraum verantwortlich, und Wohnen ist auf der anderen Seite. Das ist ein interessantes Thema. Wir nehmen uns dieser Aufgabe gern an. Aber es wird ein großes Thema. Das sage ich jetzt schon einmal.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ein wichtiges Thema. - Vielen Dank für die vorläufige Beantwortung.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Nachfragen von RM Weisenstein werden schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß: Was tut die Stadtverwaltung?“
AN/0198/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019
1181/2019

Gibt es dazu Nachfragen? - Das sehe ich nicht.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“
AN/0361/2019

Gibt es dazu Nachfragen? - Das sehe ich auch nicht.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Moment! Die Antwort liegt gar nicht vor!)

- Bitte?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Es liegt ja nichts vor! Herr Greitemann wollte etwas dazu sagen, habe ich gehört!)

- Dann ist es Ihre Sache, noch einmal nachzufragen. Das passiert jetzt gerade. - Herr Greitemann, bitte.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, die Beantwortung liegt deswegen nicht vor, weil wir im Moment einen Standard erarbeiten, den wir jährlich - das hatten wir letztes Jahr schon angekündigt - zur Sommerpause liefern wollen. Das heißt, dass Sie jedes Jahr im gleichen Format mit ähnlicher Aussagekraft einen Bericht über die Mehrkosten in Großprojekten bekommen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Greitemann.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Einbeziehung Kölns in die Planungen zum Strukturwandel im ‚Rheinischen Revier‘„
AN/0360/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019
1193/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Die Antwort ist erst heute gekommen. Ich bitte, dies in die nächste Sitzung zu schieben.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Eigentlich nicht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Entschuldigung! Aber die Antwort ist heute Mittag um 14 Uhr gekommen! Bei einer so großen Anfrage kann man sie doch nicht studieren!)

- Gut. Dann entscheide ich das jetzt so. Das kommt also noch einmal in die nächste Sitzung.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Danke schön!)

- Bitte schön.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Herr Detjen bittet darum, die Anfrage mit Antwort, die kurzfristig vorgelegt wurde, in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Drogenkonsumraum / Drogenkonsummobil - Sachstand“ AN/0439/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019 1219/2019

Gibt es dazu Nachfragen? - Das sehe ich nicht.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Treffen der Oberbürgermeisterin mit Kölner Abgeordneten im Landtag und im Deutschen Bundestag“ AN/0449/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019 1251/2019

Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte schön.

Sven Werner Tritschler (AfD): Jetzt ist die Frau Oberbürgermeisterin leider nicht da; vielleicht kann es jemand anderes beantworten.

Verstehe ich die Antwort der Verwaltung richtig, dass sich die Frau Oberbürgermeisterin nicht erinnern kann, welche Bundes- und Landtagsabgeordneten sie seit der letzten Wahl getroffen hat?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Eine Antwort der Verwaltung liegt Ihnen bereits vor.

Sven Werner Tritschler (AfD): Diese Frage ist nicht beantwortet worden. Das ist eine Nachfrage.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Oberbürgermeisterin ist jetzt nicht da. Ich vertrete sie hier. Ich kann Ihnen dazu jetzt die Antwort nicht zur Verfügung stellen. Sie bekommen die Antwort der Oberbürgermeisterin schriftlich.

Sven Werner Tritschler (AfD): Danke sehr.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Unter den Punkten 5.1, 5.2, 5.3 und 5.4 liegt nichts vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Nachfrage von RM Tritschler wird schriftlich beantwortet.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 Puppenspiel der Stadt Köln - Erhöhung der Eintrittspreise und Änderung der Entgeltordnung ab dem 1. Januar 2020 3718/2018

Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann können wir darüber abstimmen, und zwar wie Anlage 6.

Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, BUNT, GUT, die CDU, die FDP, DIE LINKE, die AfD und Herr Wortmann. Damit ist das mit großer Mehrheit genehmigt.

Beschluss in der Fassung des modifizierten Beschlussvorschlages (s. Anlage 6), der die Änderungen aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 26.03.2019 beinhaltet:

1. *„Der Rat der Stadt Köln beschließt für die Dauer der Spielzeit 2019/2020 (01.09.2019 bis zum 31.07.2020) die Neufestsetzung der Eintrittspreise im Bereich der Puppenspiele der Stadt Köln und die Änderung des § 5 der Entgelt- und Benutzungsordnung der Puppenspiele der Stadt Köln gemäß der Anlage 1.“*
2. *Menschen mit einer Schwerbehinderung erhalten auf Nachweis 50 % Ermäßigung.*

Sofern im Schwerbehindertenausweis der Buchstabe »B« vermerkt ist, erhält zudem eine Begleitperson eine kostenlose Eintrittskarte.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

6.2.2 Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln 0612/2019

Wir stimmen ab wie Finanzausschuss, Schulausschuss und AVR. Dort wurde einstimmig zugestimmt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann können wir das hier auch machen!)

Gibt es heute Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich auch nicht. Dann ist das so genehmigt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die aktualisierte Honorarordnung für die Volkshochschule Köln in der als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügten Fassung und zugleich die damit verbundene Anhebung der Honorare für die Dozentinnen und Dozenten der VHS.

Ab dem Jahr 2020 werden Mehraufwendungen in Höhe von rd. 166.000 EUR im Teilergebnisplan 0414 – Volkshochschule und der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entstehen. Demgegenüber stehen Mehrerträge in Folge einer moderaten und differenzierten Erhöhung der Teilnehmerentgelte in der Teilplanzeile 05 – privatrechtliche Leistungsentgelte in gleicher Höhe.

Die entsprechenden Aufwendungen und Erträge werden im Haushaltsplan 2020 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

6.2.3 Nutzungs- und Entgeltordnung für das FORUM Volkshochschule 0618/2019

Der Schulausschuss hat einstimmig zugestimmt; der AVR hat ohne Votum geschoben.

Wir stimmen ab wie Kulturausschuss, Anlage 3.

Die AfD, bitte.

Wilhelm Geraedts (AfD): Frau Bürgermeisterin! Wir haben uns Rechtsbehelf besorgt. Daraufhin hat Herr Dillmann aus dem Amt der Oberbürgermeisterin heute Nachmittag im Namen der Stadt Köln -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Dillmann ist vom Rechtsamt, bitte.

Wilhelm Geraedts (AfD): - vom Rechtsamt - Folgendes geschrieben:

> Die Stadt Köln beabsichtigt nicht, wegen der heute möglicherweise vom Rat beschlossenen neuen Nutzungsordnung für das FORUM Volkshochschule im Kulturzentrum am Neumarkt den bereits beschlossenen Nutzungsvertrag für die Anmietung des Veranstaltungssaales durch Ihre Mandantin

- also die AfD -

> am 13. April zu verändern.
>
> Auch danach gehe ich aber davon aus, dass Ihre Mandantin dafür Sorge trägt, dass demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt und insbesondere auf der Versammlung keine diskriminierenden oder menschenfeindlichen Inhalte verbreitet werden.

Das ist wohl selbstverständlich und hätte nicht besonders erwähnt werden müssen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es scheint ja doch besonders wichtig zu sein, das immer wieder zu sagen.

Wilhelm Geraedts (AfD): Ja, das ist immer besonders wichtig. Aber Sie können unsere Veranstaltung gern besuchen. Und dann erzählen Sie uns einmal, warum es notwendig gewesen ist, das hier hineinzuschreiben.

Aber darum geht es im Augenblick gar nicht. Es geht darum, dass wir aufgrund einer anderen Äußerung, die wir auch noch aus dem Anwaltsbüro erhielten, hier noch internen Beratungsbedarf haben.

Wir halten die Vorlage - Sie werden es kaum für möglich halten - für grundsätzlich richtig. Wir sind nämlich eigentlich eines der größten Opfer in dieser Stadt von Radikalität

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Uh!)

und sind deswegen ebenfalls - -

(Zuruf: Ja, Opferrolle!)

- Das sind wohl andere. - Hier wird gerade gesagt, ich stünde in einer Opferrolle. So viel zum Thema Zwischenrufe! Darüber mag sich jeder seine Gedanken machen.

Insofern ist es so, dass wir noch internen Beratungsbedarf haben. Wir möchten diese Vorlage nicht ablehnen, was wir müssten, wenn sie jetzt zwangsweise abgestimmt werden müsste.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, dann stimmen wir ab!)

Deswegen bitten wir darum, sie wegen Beratungsbedarfs einer Fraktion in die nächste Sitzung zu schieben. - Danke.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir stimmen ab!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das ist ein Vertagungsantrag. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist für diesen Vertagungsantrag? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung; wie gesagt, wie Kulturausschuss, Anlage 3. Wer ist dagegen? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist es einstimmig so beschlossen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] - Sven Werner Tritschler [AfD]: Nicht einstimmig!)

- Nicht einstimmig, ja. Sie sind ja im Protokoll erwähnt.

I. Vertagungsantrag der AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Beschlussvorlage in der Fassung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 26.03.2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die in der Anlage 1 vorgelegte Nutzungs- und Entgeltordnung für das FORUM Volkshochschule im Kulturzentrum am Neumarkt.

Unter § 5.3 der Nutzungs- und Entgeltordnung wird folgenden Zusatz eingefügt:

Dies gilt ebenso für Organisationen, die zwar nicht als gemeinnützig anerkannt sind, von der Stadt Köln jedoch eine Förderung erhalten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Antrag auf Vertagung von RM Geraedts

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun kommen wir zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019 an den aufgeführten Tagen und Zeiten 4160/2018

Kann ich gleich darüber abstimmen lassen?

(Zuruf von CDU: Ja!)

Wer ist gegen diese Vorlage? - Das sind GUT und DIE LINKE. Wer enthält sich? - Das sind die SPD und BUNT. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 01 beigefügten 2. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019 an den aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich komme zu:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht 3430/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT AN/0464/2019

Dazu gibt es Wortmeldungen. - Es meldet sich niemand. Dann lasse ich über den Änderungsantrag von SPD und BUNT - - Herr Joisten, bitte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wir waren aber doch schon in der Abstimmung!)

Christian Joisten (SPD): Wir bitten nur darum, bei diesem Beschluss die Anregungen der BVen zu berücksichtigen. Meine Bitte ist also, dass wir das mit ins Protokoll aufnehmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bei dem Änderungsantrag?

Christian Joisten (SPD): Nein, wir stimmen zu unter Berücksichtigung der Anregungen durch die BVen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo sind wir jetzt? Bei 6.4.1?)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ja, wir sind bei 6.4.1. Da gibt es eine Satzung. - Bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht um die Änderung der Zuständigkeitsordnung. Wir haben dazu einen Änderungsantrag gestellt. Er ist relativ unspektakulär, aber doch wichtig. Wir geben mit dieser Änderung durchaus ein erhebliches prozentuales Maß an Beschlüssen über Bedarfsfeststellungen aus den Händen. Das ist auch in Ordnung. Das machen wir jetzt erst einmal so.

Uns ist aber wichtig, dass das jetzt eng controlled wird und zumindest der derzeit amtierende Rat bis zum Ende der Wahlperiode sehen kann, was letztlich an ihm vorbeigegangen ist, um dann entscheiden zu können, ob die Regelung sinnvoll ist oder nicht, und das vielleicht unseren Nachfolgern mit auf den Weg zu geben - nicht mehr und nicht weniger. Es geht also nicht darum, tief in diese Vorlage einzugreifen, sondern tatsächlich nur um einen zusätzlichen Punkt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Dr. Krupp. - Gibt es noch eine Wortmeldung? - Herr Kienitz, bitte schön. Danach würde ich gern unsere Kämmerin zu Wort kommen lassen.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gegen den Änderungsantrag sprechen. Der Sinn und Zweck der Vorlage ist ja, hier Verwaltungsprozesse abzukürzen, zu straffen und, wie man so schön sagt, das ganze Thema auch zu entbürokratisieren. Deswegen wäre in der Tat auch mein Ansatz gewesen, die Meinung der Verwaltung zu erfragen und sie zu bitten, uns da noch einmal etwas schlauer zu machen.

Meines Erachtens ist es eigentlich selbstverständlich, dass man sich irgendwann noch einmal im Fachausschuss darüber unterhält, ob die Vorlage erfolgreich war, sodass die Verfahren dann schneller abgewickelt werden können. Deswegen freue ich mich, wenn die Stadtkämmerin auch noch etwas dazu sagt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön, Frau Kämmerin.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, vertretungshalber hier die Einschätzung der Verwaltung vorzutragen.

Zunächst vorweggeschickt: Selbstverständlich steht es dem Rat frei, die Zuständigkeitsordnung und die Handhabung der Zuständigkeitsordnung regelmäßig zu evaluieren oder einen Erfahrungsbericht anzufordern.

In diesem Fall ist es so, dass die Änderung der Zuständigkeitsordnung im Vorfeld intensiv beraten worden ist, auch unter Einbindung des Rechnungsprüfungsamtes. Sie dient dazu, Verfahren zu beschleunigen und weniger Vorlagen zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung, die ohnehin in einem regelmäßigen Austausch über Anpassungsnotwendigkeiten in der Zuständigkeitsordnung ist, einen Quartalsbericht, der ja wieder zu mehr Vorlagen führt, für nicht erforderlich gehalten. Wie gesagt, steht es dem Rat aber selbstverständlich frei, das zu beschließen. Aus Sicht der Verwaltung ist das nicht erforderlich. Vielmehr würde die Verwaltung, wenn es Änderungsnotwendigkeiten gäbe, diese aufgreifen.

Es steht dem Rat selbstverständlich frei, bei Gelegenheit auch Erfahrungsberichte anzufordern oder Änderungsnotwendigkeiten anzuzeigen. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Beigeordnete.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die SPD, DIE LINKE und BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Von Herrn Zimmermann bzw. GUT. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann komme ich zur Abstimmung über die Vorlage mit Neufassung der Anlage 2. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dem einstimmig so zugestimmt.

I. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

4. Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales – zunächst befristet auf 2 Jahre – vierteljährlich über Bedarfsfeststellungen bzw. Vergaben die von der Anhebung der Wertgrenzen in der Zuständigkeitsordnung betroffen sind.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Beschlussvorlage mit Anlage 2 in der Neufassung

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

2. Der Rat beschließt die 15. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln in der als Anlage 3 beigefügten Fassung.

3. Der Rat nimmt den Erfahrungsbericht zu den Auswirkungen der am 11.07.2017 beschlossenen Neufassung der Zuständigkeitsordnung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun rufe ich auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

Das nehmen wir zur Kenntnis.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KomHVO

7.2.1 Generalisierung der Waldsiedlung 4254/2018

Das nehmen wir auch zur Kenntnis.

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann kommen wir schon zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Einrichtung eines Preises unter dem Namen „Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt“ 0477/2019

Der Finanzausschuss hat einstimmig zugestimmt.

Ich sehe keine Wortmeldungen dazu.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die AfD. Wer enthält sich? - Rot-Weiß. Damit ist dieser Vorlage so zugestimmt, und sie ist beschlossen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Integrationsrates beschließt der Rat der Stadt Köln, den Preis „Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt“ als Sonderpreis im Rahmen des bereits existierenden Kölner Ehrenamtspreises einzurichten, der ab dem Jahr 2020 vergeben wird. Der Kostenaufwand für diesen Sonderpreis beträgt insgesamt 7.000 €.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie das Engagement für eine integrative Stadtgesellschaft durch einen „Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt“ besser sichtbar gemacht und in den Ehrenamtspreis integriert werden kann.

Teil des Konzeptes soll dabei eine klare Kommunikation des „Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt“ sowie ein Angebot seitens der Stadtverwaltung zur Hilfestellung bei der Bewerbung um diesen Preis sein.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den zahlungswirksamen Mehraufwand in Höhe von 7.000 € im Teilergebnisplan 0101 -, Politische Gremien, Verwaltungsführung und internationale Angelegenheiten, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen bei der Haushaltsplananmeldung 2020ff. zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.2 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Betriebskonzept
0513/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT
AN/0456/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz vom Platz aus. - Im Kern geht es uns darum, das öffentliche Interesse an der Förderung von Elektromobilität letztlich auch bei der Preisgestaltung sichtbar zu machen.

Uns ist sehr bewusst, dass wir mit einem solchen Antrag durchaus als Stadt Köln in die Pflicht gehen müssen und eventuell auch auf Gewinne aus dem Stadtwerke-Konzern in dem entsprechenden Umfang verzichten müssen, um das Ganze öffentlich zu fördern. Das ist uns sehr bewusst.

Wir halten es aber bei diesem wichtigen Thema für geboten, darauf zu achten, dass hier eine Tarifierung stattfindet, die dem Sinn und Zweck des Ganzen - nämlich, die Elektromobilität zu fördern - gerecht wird. Deshalb haben wir diesen Änderungsantrag gestellt. Wir bitten um Zustimmung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Dr. Krupp. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist es selbstverständlich, dass die Stadtwerke durchaus in der Lage sind, dafür zu sorgen, dass die Preise so gestaltet werden, dass auch Abnehmerinnen und Abnehmer für die entsprechenden Ladesäulen gefunden werden. Daher halten wir ein solches Zwischenspiel durch die Verwaltung, dort regulierend einzugreifen, für unnötig und plädieren deswegen dafür, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ja! - Zuruf: So ist es!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die SPD, BUNT und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Verwaltungsvorlage so angenommen.

I. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT

AN/0456/2019

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt ergänzt (Ergänzung im Fettdruck):

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Grundlage des „Betriebskonzeptes für eine Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln“

einen Betreibervertrag mit der Stadtwerke Köln GmbH zu verhandeln. Wegen des starken öffentlichen Interesses an der Förderung der Elektromobilität soll die Verwaltung in die Tarifgestaltung eingebunden werden. Ziel ist eine wirtschaftlich tragfähige und für die Nutzerinnen und Nutzer attraktive Tarifierung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT abgelehnt.

II. Beschlussvorlage

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Grundlage des „Betriebskonzeptes für eine Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln" einen Betreibervertrag mit der Stadtwerke Köln GmbH zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vergabe zur Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
0503/2019

Wir stimmen ab wie Verkehrsausschuss und Finanzausschuss; dort wurde einstimmig zugestimmt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Vorlage so genehmigt.

Beschluss:

1. *Der Rat erkennt den Bedarf für die Maßnahmen zur Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur mit Kosten in Höhe von brutto 1.878.736 € (davon 1.623.334 € investiv und 255.402 € konsumtiv) an und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf die Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.*

2. *Der Rat beschließt die erstmalige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 684.000 € für die Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6400-1201-0-0004, Schaltgeräte für Lichtsignalanlagen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

3. *Der Rat beschließt die erstmalige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 201.300 € für die Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 0000-1201-0-0001, Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.*

4. *Der Rat beschließt die erstmalige Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung für die Ertüchtigung und Digitalisierung der LSA-Infrastruktur im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6400-1201-0-0005, Kleinere Verkehrstechnische Maßnahmen in Höhe von 35.700 €, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2019.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die KVB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste sowie Betrauung der KVB mit der weiteren Sicherstellung des Systems „KVB Rad"
4240/2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verkehrsausschuss und Finanzausschuss haben einstimmig zugestimmt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Vorlage so genehmigt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU und der LINKEN)

Frau Haaks, sehr gern. Bitte.

Stefanie Haaks (Kölner Verkehrs-Betriebe): Im Namen der KVB möchte ich mich herzlich für das ausgesprochene Vertrauen bedanken. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in den nächsten 23 Jahren ab heute. - Danke schön.

(Beifall)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gute Vorlage. Vielen Dank, Frau Haaks. Wir alle wünschen Ihnen viel Erfolg und alles Gute. Vielen Dank.

Beschluss:

1. *Die Stadt Köln vergibt an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit Wirkung zum 01.01.2020 einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag („ÖDLA“) über die Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Stadtbahnen, Bussen und flexiblen Bedienformen in Köln und auf den abgehenden Linien der KVB in die benachbarten Gebietskörperschaften über eine Laufzeit von 22,5 Jahren. Der ÖDLA wird im Wege der Direktvergabe auf der Grundlage von Art. 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (nachfolgend „VO 1370/2007“) vergeben.*

2. *Die Stadt Köln betraut die KVB ferner mit der weiteren Sicherstellung des Systems „KVB Rad“ als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) mit Wirkung ab dem 01.01.2020 für eine Laufzeit von 10 Jahren. Die DAWI-Betrauung erfolgt auf Grundlage des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission vom 20.12.2011.*

3. *Der Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) wird beauftragt, die Geschäftsführung der SWK anzuweisen,*

   a. *den Beschluss des Rates, den ÖDLA und die DAWI-Betrauung dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der KVB zu übermitteln;*

   b. *auf Grundlage des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen SWK und KVB den Vorstand der KVB anzuweisen, den ÖDLA und die DAWI-Betrauung einzuhalten, und während der Laufzeit des ÖDLA und der DAWI-Betrauung für deren Umsetzung Sorge zu tragen;*

   c. *die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber der KVB auf Grundlage des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages sicherzustellen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.5 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln): Standortkonzept
3677/2018

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen wie Verkehrsausschuss und StEA. - Frau Pakulat, doch noch etwas?

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, alles gut!)

- Alles gut.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: 10.6 ist auch wie StEA! - Gegenruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Das hatte ich vorgetragen.

Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 26.03.2019 und des Stadtentwicklungsausschusses vom 28.03.2019:

Der Rat nimmt das Standortkonzept „Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln)“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit Folgendem:

1. *Das Standortkonzept mit den ermittelten Standorten ist für den Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum zu Grunde zu legen. Dabei werden bei der konkreten Umsetzung folgende Maßgaben berücksichtigt:*

   - *Es kommt zu keinerlei Einschränkungen für den Fuß- und Radverkehr.*

   - *Bei der weiteren Festlegung der konkreten Standorte sind die Bezirksvertretungen in geeigneter Weise einzubinden.*

2. *Die im Standortkonzept dargelegten Kriterien sind für etwaige Ausbauvorhaben zu Grunde zu legen.*

3. *Der Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum ist fortzuführen, sofern hierfür weiterer Bedarf angemeldet oder ermittelt wird.*

4. *Der Ausbau der Ladeinfrastruktur im halböffentlichen Raum ist bei Liegenschaften der städtischen Eigenbetriebe voranzutreiben.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.6 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“
3777/2018

Herr Frenzel, bitte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wo sind wir jetzt?)

- Bei TOP 10.6.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht hier um das Integrierte Stadtentwicklungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“. Die Bezirksvertretung 7 hat dazu einige Ergänzungen beschlossen. Dabei geht es unter anderem um die Platz- und Straßengestaltung, nämlich die Aufwertung und teilweise Neugestaltung von Frankenplatz, Bahnhofsplatz und Platz an der Hohenstaufenstraße.

Dazu habe ich eine Frage an Herrn Beigeordneten Greitemann; denn die Ausschüsse Soziales und Senioren und, ich glaube, auch Umwelt und Grün sind dem Beschluss der Bezirksvertretung gefolgt, der Stadtentwicklungsausschuss hingegen nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das haben wir auch da schon diskutiert!)

Meines Wissens gibt es in der Verwaltung die Überlegung, diese Platzgestaltung sowieso mit in das Konzept aufzunehmen. Wir haben es aber bisher nicht protokolliert, Herr Hammer. Deswegen ist meine Bitte, dass Herr Greitemann sich hier noch einmal dazu äußert, damit sichergestellt ist, dass die Anregung der Bezirksvertretung 7

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist protokolliert!)

im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes - Herr Kienitz, auch für Sie - hier noch einmal protokolliert wird, sodass wir das schwarz auf weiß haben.

Herr Greitemann, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Information hier noch einmal bestätigen würden. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Frenzel, Sie sind zu Recht dankbar; denn der Beigeordnete signalisiert, noch einmal antworten zu wollen. - Bitte schön.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! So, wie wir es im StEA beschlossen haben, und so, wie ich es auch zugesagt habe, können wir es heute auch protokollieren. Es werden natürlich die Anregungen und die Einlassungen mit aufgenommen und auch bei der Verwaltung weiterverarbeitet.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herzlichen Dank, Herr Beigeordneter.

Dann lasse ich darüber abstimmen - wie StEA und Finanzausschuss; so, wie es im Protokoll zu finden ist. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. - Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit ist diese Vorlage einstimmig so angenommen.

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses vom 07.02.2019:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

1. *Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.*

2. *Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von ca. 4,8 Mio. € sind im Hpl. 2019 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von ca. 100.000 € wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung,*

   a. *mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.*

   b. *die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Porz vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.*

   c. *mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Herr Beigeordneter Greitemann bestätigt auf Nachfrage von Herrn Frenzel, dass die Anregungen aus der Bezirksvertretung Porz mitaufgenommen und weiter bearbeitet werden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.7 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU-Drittmitteln
3887/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT
AN/0451/2019

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da haben wir einen Änderungsantrag!)

Ein Änderungsantrag.

Spricht jemand dazu? - Nein. Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Die AfD ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Rot-Weiß eine Enthaltung. Damit ist der Änderungsantrag so abgestimmt.

Ich rufe die Nr. 2, die Vorlage in geänderter Fassung, auf. Wer ist dagegen? - Keine Gegen-

stimmen. Was denn jetzt? - Ich hatte schon aufgerufen. Sind das jetzt Gegenstimmen der AfD?

(Zuruf von der AfD)

- Okay, dann bitte ich das festzuhalten. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Doch.

(Markus Wiener [Rot-Weiß]: Gucken wäre von Vorteil!)

- Ich habe meine Brille an, vielen Dank für die Belehrung. Ich habe Sie, nachdem Sie später aufgezeigt haben, zur Kenntnis genommen, Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

I. Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Konzept des Projektes zur Fördermittelakquise und – abwicklung von EU-Drittmitteln zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung - ausgehend vom Kernziel des Konzepts, die Quote der eingeworbenen Mittel für die Stadt Köln signifikant zu erhöhen – mit der weiteren Präzisierung und Umsetzung des vorliegenden Konzepts unter Berücksichtigung folgender Maßgaben:

a. Es soll eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation einschließlich eines vereinheitlichten Daten- und Prozessmodells mit dem Ziel der Bündelung, Stärkung und Koordinierung der notwendigen Prozesse unter Einbeziehung der Querschnittsämter (11, 15, 20, 27, 30) etabliert werden.

b. Die Schwerpunkte einer zentralen EU-Förderunterstützung sollen insbesondere auf das Screening und die Informationsaufbereitung der Förderprogramme und Förderkulissen für die Fachdezernate bzw. -ämter, des Abgleichs mit den strategischen Handlungsfeldern der Stadt Köln, der Koordination und des Monitorings der initiierten Förderprozesse liegen.

c. Beim Aufbau des städtischen Fördermittelmanagements soll die Verwaltung mit bewährten Institutionen, wie z.B. Compass beim Region Köln/Bonn e.V., der Stabsstelle Daseinsvorsorge beim Stadtwerke-Konzern und der deutschen Sektion des europäischen Verbandes der öffentlichen Unternehmen (CEEP) eng kooperieren und ihre Dienstleistungen nutzen. Doppelstrukturen sollen vermieden werden.

d. Jeweils im Rahmen der Einbringung des jeweiligen Haushaltsplanentwurfs werden die Prioritäten für die Förderschwerpunkte den zuständigen Ausschüssen und dem Rat vorgelegt.

e. Ab dem Haushaltsplan 2020/2021 sind die notwendigen sachlichen und personellen Ressourcen entsprechend den Förderschwerpunkten für die am zukünftigen EU-Fördermittelverfahren beteiligten Verwaltungsbereiche zu berücksichtigen und im Rahmen der Haushaltseinbringung vorzulegen. Dies soll in Form eines gesamtstädtischen Kofinanzierungspools (zentraler Haushaltsansatz des Finanzdezernats), in dem auch die jeweils bereitzustellenden Eigenanteile an Förderprogrammen insgesamt aufwandsneutral ausgewiesen werden, erfolgen.

f. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und der Finanzausschuss wird bis Beginn des 4. Quartals über die Zeit/Maßnahmen-Übersicht für die Umsetzung des Konzepts „Fördermittelakquise und -abwicklung von EU-Drittmitteln unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

II. Beschlussvorlage in geänderter Fassung:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Konzept des Projektes zur Fördermittelakquise und – abwicklung von EU-Drittmitteln zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung - ausgehend vom Kernziel des Konzepts, die Quote der eingeworbenen Mittel für die Stadt Köln signifikant zu erhöhen – mit der weiteren Präzisierung und Umsetzung des vorliegenden Konzepts unter Berücksichtigung folgender Maßgaben:

g. Es soll eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation einschließlich eines vereinheitlichten Daten- und Prozessmodells mit dem Ziel der Bündelung, Stärkung und Koordinierung der notwendigen Prozesse unter Ein-

beziehung der Querschnittsämter (11, 15, 20, 27, 30) etabliert werden.

h. Die Schwerpunkte einer zentralen EU-Förderunterstützung sollen insbesondere auf das Screening und die Informationsaufbereitung der Förderprogramme und Förderkulissen für die Fachdezernate bzw. -ämter, des Abgleichs mit den strategischen Handlungsfeldern der Stadt Köln, der Koordination und des Monitorings der initiierten Förderprozesse liegen.

i. Beim Aufbau des städtischen Fördermittelmanagements soll die Verwaltung mit bewährten Institutionen, wie z.B. Compass beim Region Köln/Bonn e.V., der Stabsstelle Daseinsvorsorge beim Stadtwerke-Konzern und der deutschen Sektion des europäischen Verbandes der öffentlichen Unternehmen (CEEP) eng kooperieren und ihre Dienstleistungen nutzen. Doppelstrukturen sollen vermieden werden.

j. Jeweils im Rahmen der Einbringung des jeweiligen Haushaltsplanentwurfs werden die Prioritäten für die Förderschwerpunkte den zuständigen Ausschüssen und dem Rat vorgelegt.

k. Ab dem Haushaltsplan 2020/2021 sind die notwendigen sachlichen und personellen Ressourcen entsprechend den Förderschwerpunkten für die am zukünftigen EU-Fördermittelverfahren beteiligten Verwaltungsbereiche zu berücksichtigen und im Rahmen der Haushaltseinbringung vorzulegen. Dies soll in Form eines gesamtstädtischen Kofinanzierungspools (zentraler Haushaltsansatz des Finanzdezernats), in dem auch die jeweils bereitzustellenden Eigenanteile an Förderprogrammen insgesamt aufwandsneutral ausgewiesen werden, erfolgen.

l. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und der Finanzausschuss wird bis Beginn des 4. Quartals über die Zeit/Maßnahmen-Übersicht für die Umsetzung des Konzepts „Fördermittelakquise und -abwicklung von EU-Drittmitteln unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

10.8 Nutzungsvertrag MiQua

4075/2018

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV – Seite 4).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.9 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2019 / 2. Teil
0556/2019

Wie Integrationsrat, Soziales, Finanzausschuss. Dort wurde einstimmig zugestimmt.

Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß eine Enthaltung. Dann ist TOP 10.9 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Förderung von Antirassismusarbeit wie folgt:

1. Workshop: Roots & Wings! Afrodeutsche und Schwarze Kinder in Deutschland stark machen.

- einen Betrag in Höhe von 3.280,00 €

Antragsteller: Öffentlichkeit gegen Gewalt (Köln) e.V.

2. Workshop: Share your story! – Empowerment durch Graphic Storytelling

- einen Betrag in Höhe von 3.300,00 €

Antragsteller: Öffentlichkeit gegen Gewalt (Köln) e.V.

Die Gesamtsumme der aktuell aufgelisteten Projektanträge beträgt 6.580,00 €.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.10 Verteilung der verbleibenden Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2019

Im Integrationsrat, Sozialausschuss und Finanzausschuss wurde einstimmig zugestimmt. Gibt es heute Gegenstimmen? - Von der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Rot-Weiß. Damit ist TOP 10.10 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2019 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2019 in Höhe von 35.910 € gemäß Anlage 2.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.11 Kulturentwicklungsplanung (KEP) 0240/2019

Frau Laugwitz-Aulbach, liebe Beigeordnete. Sie kommen nach vorn?

(Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach: Ja, bitte!)

- Ja, das muss ich ja wissen, ob ich hier drücken muss.

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe festgestellt, wir sind heute in der Ratssitzung der Entwicklungspläne. Ich freue mich jedenfalls sehr, dass wir hier und heute die Kulturentwicklungsplanung 2019 für Köln - so hoffe ich - gemeinsam beschließen können.

Diese KEP, wie wir sie prägnant abkürzen, ist eine große Chance für unsere gesamte Stadt. Sie zeigt vielfältige Wege auf, die Kultur unserer Metropole erfolgreich weiterzuentwickeln für mehr Lebensqualität und Vielfalt und auch für ein tolerantes Miteinander und natürlich für einen weiteren Schritt nach vorn im Wettbewerb der Städte.

0870/2019 Die Basis bildet dabei das Wirken der städtischen Kultureinrichtungen und der freien Szene, und zwar auf Augenhöhe, als feste Säulen des kulturellen Panoramas von Colonia.

Die Vision und die Forderungen der Kulturschaffenden sind hier formuliert, und Sie haben vor sich ein starkes Bekenntnis zur Kultur selbst. Dieses Bekenntnis, das von den Künstlerinnen und Künstlern, von Politik und Verwaltung gemeinsam getragen wird, bietet den Kölnerinnen und Kölner die Möglichkeit zu einem Schulterschluss mit ihrer Kultur, für die sich so viele auch ehrenamtlich ganz außerordentlich hier in dieser Stadt engagieren.

Die KEP benennt Handlungsfelder und Maxime und versteht Kunst und Kultur in einem ganz umfassenden Sinne als Gestaltung des Gemeinwesens. Sie ist kein Maßnahmenkatalog einfach und schnell umsetzbarer Pläne, sondern eine innovative Leitlinie für die künftige Kulturpolitik unserer Stadt.

Der vom Ausschuss Kunst und Kultur eingesetzte Lenkungskreis hat sich bei der Erarbeitung für ein partizipatives Verfahren entschieden, um so vielen wie möglich eine Stimme zu geben. Hiermit konnte die breite Expertise der Teilnehmenden mit in den kreativen Pool für die KEP hineingeholt werden. Andererseits bestand dann in 26 Runden Tischen und einer großen Arbeitstagung im Plenum sowie ungezählten Lenkungskreissitzungen ganz klar die Chance, bewusst auch Erwartungen zu wecken bei den Kulturschaffenden, ihre Ideen in der Beschlussfassung auch wirklich wiederzuerkennen. So finden Sie in der heutigen Vorlage auch den sehr umfangreichen Impulskatalog der Runden Tische wieder.

An diesen KEP-Leitlinien haben sehr viele mitgewirkt, meine Damen und Herren: die kommunalen Einrichtungen, die freie Kulturszene, die Kulturpolitik natürlich, die Freundeskreise und die Kulturverwaltung. Unter der ausgezeichneten Moderation von Dr. Jörg Biesler wurden letztlich die inhaltlichen Texte so formuliert, dass diese vom gesamten Lenkungskreis und auch gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand im Konsens getragen wurden und Ihnen heute zum Beschluss vorliegen.

Meine Damen und Herren, dieser KEP ist heute natürlich nicht abgeschlossen. Im Gegenteil, jetzt beginnt er erst als nachhaltige kulturelle Stadtentwicklungsinitiative. Aber wie heißt es manchmal so schön: Papier ist geduldig. So viel Geduld auch der eine oder andere im Laufe der letzten zwei Jahre im Sinne der Sache aufgebracht hat,

die KEP ist ein lebendiges Spielfeld der Künste und - das darf man niemals vergessen - deren Rahmenbedingungen. Nicht umsonst nimmt auch das Thema Räume einen sehr wichtigen Platz ein; ebenso die Finanzen. Es liegt nun zuvorderst in der Verantwortung der Kulturverwaltung, hierbei immer vehement am Ball zu bleiben, damit die KEP zukünftig nicht als ein reines Druckexemplar in irgendwelchen Schubladen ruht. Darum werden wir in diesem Jahr 2019 auch sofort beginnen: mit der Entwicklung eines professionellen Kultur-Marketings - auch ein Leitprojekt des Dezernats -, mit der Konzeption eines Raummanagements und mit dem Preis der Stadt Köln für Popmusik.

Ich bedanke mich nun sehr herzlich bei allen Beteiligten, die diesen intensiven Weg unermüdlich mitgegangen sind, beim Ringen und Diskutieren und oft auch beim Streiten um Themen und Formulierungen, bei den Mitwirkenden der freien Szene, insbesondere dem Kulturnetz, bei den städtischen Institutionen, den kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern, dem Kulturrat und natürlich der Verwaltung und dem Moderator.

Sie sehen mich, meine Damen und Herren, im Sinne des KEP heute sehr optimistisch, und ich hoffe, Sie können das mit mir teilen im Dienste für die Kultur unserer Stadt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Beigeordnete. - Da sich alle gemeinsam dafür angestrengt haben, werden wir darüber, denke ich, jetzt auch wunderbar abstimmen können. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist TOP 10.11 genehmigt und mit großer Mehrheit beschlossen.

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN sowie von Christian Joisten [SPD])

Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei allen kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern, die das nicht nur heute, sondern in einem langen Prozess möglich gemacht haben. - Vielen Dank.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Kulturentwicklungsplanung (Anlagen) als kulturpolitische Handlungsmaxime der Stadt Köln.*
2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in der Kulturentwicklungsplanung beschriebenen Entwicklungsideen/Maßnahmen zu prüfen und unter dem Vorbehalt der haushaltrechtlichen Möglichkeiten umzusetzen, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2020. Dazu wird eine Prioritätenliste erarbeitet und zur Abstimmung vorgelegt.*
3. *Jede umzusetzende Entwicklungsidee/Maßnahme bedarf eines gesonderten Ratsbeschlusses.*
4. *Die Kulturentwicklungsplanung ist hinsichtlich ihrer Zielsetzung und ihrer Entwicklungsideen/Maßnahmen jährlich zu überprüfen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der Überprüfung und eine daraus resultierende Fortschreibung der Kulturentwicklungsplanung dem Rat in Form eines Berichtes zum 30.6. eines jeden Jahres, beginnend 2020, vorzulegen.*
5. *Die Kulturentwicklungsplanung wird in einem kontinuierlichen partizipativen Prozess fortgeführt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.12 Fortführung des Förderprojekts „Einwanderung gestalten NRW“ 0113/2019

Im Integrationsrat, Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss und AVR wurde einstimmig abgestimmt.

Ich rufe zur Abstimmung auf. Wer ist dagegen? - Die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Rot-Weiß. Damit ist TOP 10.12 positiv abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortführung des Förderprojekts „Einwanderung gestalten NRW“ in Köln im Zeitraum 01.04.2019 bis 31.12.2019 gemäß Förderbescheid des Landes NRW vom 01.03.2019.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2019 die Inanspruchnahme von folgenden vorhandenen Stellen im

Stellenplan 2019 für Projektkoordination und -steuerung:

0,5 Stelle in der BGr. A 14 LBesG NRW

1,0 Stelle in der BGr. A 13 21 LBesG NRW

0,5 Stelle in der BGr. A 11 LBesG NRW

Das Finanzierungsvolumen für Personal- und anteilige Sachaufwendungen beträgt im Haushaltsjahr 2019 insgesamt 175.971 €.

Das Land NRW gewährt eine Förderung von 90% der zuwendungsfähigen Kosten, was einem Betrag von 158.374 € entspricht. Die zweckgebundenen Mehrerträge werden im Rahmen der Bewirtschaftung als zusätzliche Aufwandsermächtigung zur Verfügung gestellt.

Der verbleibende kommunale Eigenanteil von 10 % beträgt vorbehaltlich der Anerkennung der Förderfähigkeit der jeweiligen Kostenpositionen voraussichtlich rund 17.597 €. Die Deckung des Eigenanteils erfolgt durch zu erwartende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.13 Infrastrukturfinanzierung Lernende Region - Netzwerk Köln e.V. (LRNK)
0608/2019

Wie Schulausschuss, Finanzausschuss - dort wurde einstimmig zugestimmt.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.13 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Förderung des Vereins Lernende Region-Netzwerk Köln e.V. zur Finanzierung der anteiligen Infrastrukturkosten der Geschäftsstelle jeweils 90.000,- EUR für die Haushaltsjahre 2019 ff. zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0414 – Volkshochschule, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2019 und in der Mittelfristplanung bis 2022 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.14 Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe
0558/2019

Abstimmung wie Bezirksvertretung 1, wie Finanzausschuss, Anlage 4. Eine Wortmeldung von AfD und Rot-Weiß.

(Markus Wiener [Rot-Weiß] macht eine verneinende Geste)

- Sie hatten aber aufgezeigt.

(Markus Wiener [Rot-Weiß]: Nein! Als Sie nach Gegenstimmen gefragt haben, habe ich aufgezeigt!)

Bitte, sprechen Sie jetzt.

Wilhelm Geraedts (AfD): Ja, gern, Frau Bürgermeisterin. - Wir haben in diesem Punkt noch Beratungsbedarf, weil wir erst eine entsprechende Anfrage heute am Nachmittag kurz vor der Ratssitzung beantwortet erhielten und uns darüber nicht mehr eindeutig abstimmen konnten. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich lasse jetzt über den Vertagungsantrag der AfD abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, BUNT, GUT und DIE LINKE.

Ich lasse über TOP 10.14 abstimmen, wie ich das eben vorgetragen habe. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist TOP 10.14 so beschlossen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

I. Vertagungsantrag der AfD-Fraktion

Abstimmungsergebnis: über den Vertagungsantrag der AfD-Fraktion:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

II. Beschlussvorlage in der Fassung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 21.03.2019 und des Finanzausschusses vom 01.04.2019 (Anlage 4):

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt für die Zeit, bis ein dauerhafter fester Standort in Neumarktnähe gefunden ist, vorübergehend ein mobiles Drogenhilfeangebot einzurichten, welches in zwei Fahrzeugen sowohl ein Beratungsangebot als auch die Möglichkeit zum Drogenkonsum bereitstellt, um dem Konsum illegaler Drogen im öffentlichen Raum in dem Bereich um den Neumarkt entgegenzuwirken.*

2. *Für die Beschaffung der o.a. zwei Fahrzeuge beschließt der Rat die Verwendung investiver Finanzmittel in Höhe von 206.000 €, die im Rahmen der in 2018 nicht umgesetzten Maßnahme „Drogenkonsumraum am Neumarkt“ im Teilfinanzplan 0701 Gesundheitsdienste zur Verfügung stehen.*

3. *Für die erforderlichen Aufwendungen des mobilen Drogenhilfeangebotes in Neumarktnähe in Höhe von insgesamt ca. 200.450 € in 2019 sowie von ca. 801.800 € ab 2020 stehen im Haushaltsplan 2019 sowie in der Mittelfristplanung zum Haushaltsplan 2019 ausreichend veranschlagte Haushaltsmittel im Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen zur Verfügung.*

4. *Da bislang noch kein fester Standort für einen Drogenkonsumraum am Neumarkt zur Verfügung steht, können die ursprünglich für den Betrieb dieses Drogenkonsumraums veranschlagten Mittel für den Betrieb des mobilen Angebotes verwendet werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

10.15 Sportentwicklungsplanung der Stadt Köln
0149/2019

Die Angelegenheit wird unter TOP 3.1.5 behandelt (s. Seite 21 – 23).

10.16 Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum – stationsbasiertes Carsharing – und Förderung der Elektromobiliät durch Reduzierung der Parkgebühren für Elektrofahrzeuge 2020/2018

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV– Seite 4).

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.17 Bedarfsfeststellung, Beschaffung und Aufstellung von Schulpavillons für das Schuljahr 2019/20
4152/2018

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.17 einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich Schulpavillons zur Bildung von 44 Klassenräumen, 2 OGTS-Räumen und 4 Mensen mit Küchen und Nebenräumen im Rahmen der vergaberechtlich vertretbaren Möglichkeiten zu beschaffen und an 10 Standorten (s. Anlage 1) zur Nutzung als Vorbereitungsklassen, zur Mehrklassenbildung oder als Interim aufzustellen.

Der Rat stellt für diese Beschaffung vorgezogen den Bedarf fest. Das Rechnungsprüfungsamt wird richtlinienkonform in den Beschaffungsvorgang eingebunden.

Die Finanzierung der Flächenbereitstellung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis) ab 2020 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen, die sich für die Schulpavillons inklusive der Reinigungs- und sonstiger Nebenkosten

auf rund 782.000 € p.a. beläuft. Die anteilig für das Jahr 2019 zu entrichtende Miete beträgt für die Schulpavillons inklusive der Reinigungs- und sonstiger Nebenkosten rund 261.000 €. Sie ist im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand veranschlagt.

Die Finanzierung der Einrichtungskosten in Höhe von einmalig ca.1.346.500 € brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2019. Der investive Anteil in Höhe von ca. 748.000 € sowie der konsumtive Anteil in Höhe von 598.500 € werden im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, aus Mitteln des Förderprogramms Gute Schule 2019 finanziert.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.18 Planungsaufnahme zum Abriss und Ersatzbau des OGS-Hauses der Kath. Grundschule Forststr. 20, 51107 Köln (Rath-Heumar)
2839/2018

Wie Schulausschuss, Betriebsausschuss, Gebäudewirtschaft und BV 8 - dort wurde einstimmig zugestimmt.

Ich lasse zur Abstimmung aufrufen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.18 einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zum Abriss des alten Gebäudes der Offenen Ganztagsschule (OGS) und Erstellung eines Ersatzbaus für die Kath. Grundschule (KGS) Forststr. 20, 51107 Köln (Rath-Heumar).

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben. Dabei ist die Priorisierung entsprechend der Schulbauliste 2018, die dem Rat mit der Beschlussvorlage 3648/2018 zur Entscheidung vorgelegt wird, zu beachten.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rund 180.000 €. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0301 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.19 Planungsbeschluss für die Sanierung der Medienleitungen im Betriebshof im Botanischen Garten, Amsterdamer Straße 34, 50735 Köln
1494/2018

Umweltausschuss, Betriebsausschuss, Gebäudewirtschaft, Bezirksvertretung 5 und Finanzausschuss haben hierüber einstimmig beschlossene. Gibt es Gegenstimmen im Rat der Stadt Köln? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.19 einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Sanierung der Medienleitungen im Betriebshof im Rahmen des Neubaus des Schaugewächshauses im Botanischen Garten Amsterdamer Straße 34, 50735 Köln.

Der Planungsbeschluss zur Sanierung umfasst folgende Teilmaßnahmen:

1. *Sanierung des Grundleitungsnetzes als Trennsystem (Schmutz- und Regewasser getrennt)*
2. *Erneuerung der Wasserversorgung für den Gesamtkomplex*
3. *Erneuerung und Erweiterung der Stromversorgung für den Gesamtkomplex*
4. *Installation von Leerrohren für spätere Nachverlegung von Leitungen*
5. *Hebewerke an beiden Abwasseranschlusspunkten und*
6. *Herstellen eines umwelt- und normgerechten Waschplatzes für die Fahrzeuge des Botanischen Gartens.*

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die erforderlichen Planungskosten bis inklusive Leistungsphase 3 nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in Höhe von circa 60.000 Euro netto werden aus dem Flächenverrechnungspreis für Grünobjekte generiert, der nach Fertigstellung der Maßnahme als Mietaufwand im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen zu berücksichtigen ist.

Der Planungszeitraum wird genutzt, um eine belastbare Vorstellung der voraussichtlichen Baukosten und des vollständigen Umfanges aller notwendigen Bauleistungen auf dem Grundstück zu erlangen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.20 Förderprogramm „SmartCity Cologne GO“
0725/2019

Umweltausschuss und Finanzausschuss haben einstimmig zugestimmt. Ich lasse jetzt darüber abstimmen im Rat der Stadt Köln. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist eine Enthaltung von Rot-Weiß. Damit ist TOP 10.20 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt im Rahmen der städtischen Klimaschutzaktivitäten das als Anlage beigefügte Förderprogramm „SmartCity Cologne GO“ und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.

Zur Finanzierung der Maßnahme stehen im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, - vorsorge, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen i. H. v. 100.000 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.21 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland
Ziffer 1 des Beschlussvorschlags
3110/2018

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Abstimmung über Ziffer 1 des Beschlussvorschlags: Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem jetzigen Leistungserbringer, ADAC Luftrettung gGmbH, als Fluggerätebetreiber des Intensivtransporthubschrauber (ITH) „Christoph Rheinland“ inkl. Pilotenbesetzung, einen Interimsvertrag vom 01.07.2019 bis 29.02.2020 zu schließen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Ziffer 2 des Beschlussvorschlages wird in den nächsten Sitzungen des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales, des Gesundheitsausschusses, des Finanzausschusses und des Rates behandelt.

10.22 Wahl einer Beigeordneten / eines Beigeordneten für Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport
1079/2019

Anmerkung:
Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung behandelt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.23 Rahmenvertrag für Baumpflegearbeiten auf Kölner Sportanlagen (36 Monate)
0624/2019

Wie Sportausschuss - dort wurde einstimmig zugestimmt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Ge-

genstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 10.23 einstimmig so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung von Baumpflegearbeiten zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit auf Kölner Sportanlagen.

Zur Durchführung der Pflegearbeiten soll ein Rahmenvertrag mit einer Laufzeit von 36 Monaten abgeschlossen werden. Die voraussichtlichen Kosten für die Maßnahme betragen, nach Prüfung durch das RPA, ca. 583.500,- €/Jahr (1.750.000,- € für eine Laufzeit von 36 Monaten, inkl. Nebenkosten).

Die entsprechenden Aufwandsermächtigungen sind im Haushaltsplan 2019 im Teilergebnisplan 0801 – Sportförderung /Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, veranschlagt und in der mittelfristigen Finanzplanung 2020/21 fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

10.24 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Köln
0815/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT
AN/0465/2019

Herr Struwe, bitte.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt die 2. Fortschreibung zum Luftreinhalteplan auf der Tagesordnung in Form einer Mitteilung, wie man im Ausschuss sagen würde, vor. So etwas gibt es im Rat bekannterweise nicht. Deswegen ist es - wie soll ich sagen? - aus unserer Sicht eine etwas verwunderliche Formulierung in dem Text, nämlich dass wir zum einen darüber beschließen, dass wir diese Fortschreibung zur Kenntnis nehmen, zum anderen aber beschließen, dass wir die Stellungnahme der Verwaltung genehmigen sollen. Das ist auch insofern verwunderlich, als dass das Ding Anfang der Woche in Kraft getreten ist. Das ist zunächst einmal gut und will ich hier überhaupt nicht in Abrede stellen. Das finden wir als SPD-Fraktion sehr, sehr gut.

Als Vorsitzender des zuständigen Fachausschusses möchte ich allerdings meinen Unmut über Folgendes zur Kenntnis geben: Diese Stellungnahmen trägt das Datum 14.03. Wir haben heute den 04.04. Die Vorlage ist am 02.04. eingestellt worden. Bei einem solch wichtigen Thema wäre es doch eine Sache des Respekts vor den politischen Gremien gewesen, diese Stellungnahme zu diesem nicht ganz unbedeutenden Thema auch entsprechend frühzeitig zur Kenntnis zu geben.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, so sehr wir uns freuen, dass wir jetzt einen gültigen Luftreinhalteplan haben, so sehr müssen wir allerdings auch kritisch anmerken, dass die Grenzwerte nach § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes weiterhin nicht eingehalten werden. Es wird prognostiziert, dass es bis 2020 eine Überschreitung um bis zu 5 µg/m³ NO_x gibt. Das wird gewissermaßen billigend in Kauf genommen. Insofern kann uns das Ganze nicht zufriedenstellen.

An dieser Stelle sei mir ein kleiner Einschub gestattet. Es wurden heute schon viele kluge Menschen zitiert. Ich möchte jetzt einen weniger klugen Menschen zitieren, nämlich - für einen Sozialdemokraten vielleicht nicht erwartbar - Kaiser Wilhelm II.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] - Niklas Kienitz [CDU]: Der sägt doch nur Holz!)

Er sagte seinerzeit nämlich Folgendes:

> Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung. Ich glaube an das Pferd.
>
> (Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört, hört! - Niklas Kienitz [CDU]: Andere wollen ihr Pferd aus dem Rosenmontagszug rausschmeißen!)

Dieses Zitat erinnert mich an einige Dinge, die - ich sage es einmal so - aus der braunen Ecke dahinten heute zu verschiedenen Fragen der innovativen Mobilität geäußert wurden. Auch da hängt man einem gewissen ewig gestrigen Denken nach, was sich allerdings vom geistigen Niveau durchaus auf der Höhe von Wilhelm II. seinerzeit befindet.

Meine Damen und Herren, es geht hier um die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner. Wir müssen an dieser Stelle - auch wenn vereinzelten Lungenfachärzte sich über Grenzwerte geäußert haben - noch einmal klarstellen, dass es insbesondere um die Menschen geht, die an den viel befahrenen Straßen wohnen. Das sind nicht diejenigen mit dem dicksten Portemonnaie. Insofern ist an der Stelle einfach noch einmal eine Schippe zusätzlich erforderlich aus unserer Sicht. Deswegen haben wir auch gemeinsam mit den LINKEN und BUNT diesen Änderungsantrag formuliert. Es braucht einfach noch einmal zusätzliche Power hier.

Sie können das nachlesen. Zusätzlich zu dem Enthaltenen wollen wir Express-Busse am Clevischen Ring und an der Universitätsstraße. Wir wollen einen klaren Vorrang für den Umweltverbund. Zudem wollen wir zumindest noch einmal über das Thema kostenfreier ÖPNV nachdenken.

Gleichzeitig hat uns, wie ich eingangs schon erwähnt hatte, die Form ein bisschen verwundert. Deshalb wollen wir die Vorlage entsprechend abändern, dass wir diese Stellungnahme, die uns bereits vorliegt, schlicht und ergreifend nur zur Kenntnis nehmen und dafür nicht noch einmal die Genehmigung erteilen, weil wir in dem Sinne vorher auch nicht gefragt wurden.

Wir bitten um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Struwe. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich mache es vom Platz aus, weil der Kollege Struwe das Wesentliche schon gesagt hat.

Ich möchte jetzt noch einmal ganz kurz Folgendes darlegen: Wir sind der Auffassung, dass dieser Luftreinhalteplan in seiner 2. Fortschreibung nicht ausreicht, weil die Grenzwerte nicht eingehalten werden. Von daher ist unsere Auffassung, dass es ausreicht, wenn wir diesen Antrag hier zur Kenntnis nehmen und nicht beschließen. Die Verwaltung hat auch grundsätzlich bestätigt, dass dies möglich ist. Der erste Satz der Vorlage würde dann nur noch wie folgt heißen:

Wir nehmen das zur Kenntnis.

Der Antrag ist zweistufig aufgebaut. Natürlich würden wir uns darüber freuen, wenn auch da das Gestaltungsbündnis zustimmen würde, weil nur so - der Kollege Struwe hat die Maßnahmen schon umrissen: Busspuren, kostenloser Nahverkehr und die Reduzierung des Autoverkehrs - es dazu führen kann, die Bevölkerung vor den gesundheitsgefährdenden Stickoxiden zu schützen. Deswegen freuen wir uns, wenn Sie auch über den Absatz 2 abstimmen. Insbesondere freuen wir uns natürlich darüber, dass nicht nur BUNT und LINKE jetzt für den fahrscheinlosen ÖPNV sind, sondern auch die SPD zumindest ernsthaft darüber nachdenkt. Das ist ein kleiner Erfolg. Darüber freuen wir uns. Wir bitten um Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Zimmermann bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Struwe hat vollkommen recht: Das ist ein wichtiges Thema, das landauf und landab im vergangenen Jahr oder in den vergangenen Jahren diskutiert wurde. Nun stehen in dem Luftreinhalteplan erst einmal keine Fahrverbote. Alle sind zufrieden und lesen sich das Papier gar nicht mehr durch.

Wir sind mit dem Papier auch unzufrieden. Uns ist vollkommen bewusst, dass es in diesem Beschluss nur noch um eine Kenntnisnahme der bereits veröffentlichten 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans und der Stellungnahme der Stadt Köln zum Entwurf geht. Es ist aber die einzige Gelegenheit, hier im Rat unseren Unmut kundzutun. Verstehen Sie bitte unsere Ablehnung der Kenntnisnahme als Ablehnung der Fortschreibung.

Wir wollen es ablehnen, da wir uns nicht an einer Täuschung der Öffentlichkeit und des Gerichts beteiligen wollen. Wir halten die Maßnahmen des Oberverwaltungsgerichts für unzureichend und halten Einschränkungen im emittierenden Verkehr für notwendig.

Wir stützen uns dabei auch auf die Aussagen der Gutachterin Frau Dr. Schneider, die klar zum Ergebnis kam, dass selbst bei Umsetzung sämtlicher Maßnahmen die Grenzwerte nicht einzuhalten seien. Es war am 5. Februar 2018 in diesem Saal, als dieses AVISO-Gutachten vorgestellt wurde.

Auch aktuell ist auf einer Webseite der Stadt Köln zu lesen: Erst die Kombination der Fahrverbote mit anderen Maßnahmen führt laut Gutachten zu einer Unterschreitung der Grenzwerte.

Eine Verkehrswende, die wir alle vermeintlich wollen - Lippenbekenntnisse -, bedeutet nicht, lediglich Fahrverbote verhindern zu wollen. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die textlichen Änderungen zwischen Entwurf und Endfassung der 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans. Schrieb die Bezirksregierung Köln in ihrem Entwurf vom 01.02. noch von zahlreichen weiteren Maßnahmen der Stadt Köln, die die Verkehrswende in der Stadt Köln belegen, so schreibt sie in ihrer finalen Fassung nur noch von Maßnahmen, die die Verschiebung des Modal Split zugunsten des Umweltverbundes in der Stadt Köln belegen.

Noch spannender ist es, wie die Bezirksregierung mit der Prioritätensetzung dieses Rates umgeht. Das führt auch zu unserer Ablehnung. Wir hatten im Februar 2018, glaube ich, nahezu einstimmig beschlossen: Der Rat der Stadt Köln bekräftigt, den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung als höchste Priorität zu behandeln.

Frau Reker erwähnt diese hohe Priorität in ihrer Stellungnahme zwar, aber sie geht nicht darauf ein, dass die Bezirksregierung das mit der höchsten Priorität ganz anders sieht. Es werden verschiedene Rechtsgüter abgewogen: Eigentum, Freiheit der Bewegung, Mobilität etc., und eben auch Gesundheit. Die Bezirksregierung kommt zu dem Schluss, dass die Gesundheit nicht höchste Priorität in diesem ganzen Verfahren haben kann.

Des Weiteren befasst sich die Bezirksregierung natürlich auch ausführlich mit den Fahrverboten. Da wird es richtig kurios. Fahrverbote lehnt die Bezirksregierung strikt ab. Im Gegenteil, sie dreht den Spieß um. Ein Beispiel: Bei Fahrverboten müssten Pendler auf den ÖPNV umsteigen. Da aber die Bahnen in Köln überlastet sind, hält die Bezirksregierung dies für eine Gesundheitsgefährdung. Es wird tatsächlich mit Atemluft und Gedrängel an Bahnsteigen argumentiert. In dem gleichen Papier wird jedoch auch der von uns hier immer wieder neu beschlossene Ausbau des ÖPNV gefeiert. Jede Busspur wird erwähnt für Stickoxidreduzierungen etc. Ich finde, man muss sich an der Stelle schon entscheiden, ob man nun den ÖPNV für ausgebaut hält und deswegen glaubt, dass die Emissionen sich reduzieren werden, oder ob man den ÖPNV für so schlecht empfindet, dass er ehemals dieselfahrende, nun ÖPNV-nutzende Menschen gar nicht aufnehmen kann, sondern dies im Gegenteil zu einer Gesundheitsgefährdung führt.

Es gibt noch viele andere Punkte, die in diesem Papier sehr kurios sind, und ich glaube nicht, dass sie vor dem Gericht Bestand haben werden. Doch apropos körperliche Unversehrtheit: Alles hängt miteinander zusammen. Das stellt die Bezirksregierung klar. Wir sehen es aber immer noch als die höchste Priorität an, die Gesundheit der Menschen zu schützen und nicht - es taucht wirklich fast wortwörtlich so in diesem Papier auf -, dass Dieselfahrern, die nicht mehr fahren dürfen, die Möglichkeit genommen wird, in die City zum Einkaufen zu fahren. Das steht so darin. Es ist wirklich unglaublich.

An der Stelle muss ich sagen: Die Gesundheit steht für uns vorn, deswegen können wir dieses Papier nicht akzeptieren. Wir wollen es so nicht zur Kenntnis nehmen und auch die Stellungnahme nicht. Wir haben leider den Eindruck, dass viele eine ökologische Verkehrswende als Last empfinden, die Umsetzung beschlossener Maßnahmen als lästig - nur, um die Fahrverbote zu verhindern -, und vielleicht bleibt unsere Stadt auch deshalb weiter unter ihren Möglichkeiten.

Es hilft, nicht nur nach Berlin und auf Betrüger in der Autoindustrie als Hauptverantwortliche zu zeigen, sondern lassen Sie uns doch bitte die Perspektive wechseln. Vergesst Berlin, vergesst Wolfsburg. Hier in Köln, hier vor Ort können wir aktiv zum Schutz unserer Einwohnerinnen und Einwohner beitragen. Lassen Sie uns doch die Möglichkeiten, die wir hier haben, verstärkt als eine riesige Chance begreifen, tatsächlich etwas tun zu können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und vereinzelt bei der LINKEN)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Herr Wortmann, bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten gestern Abend eine fast denkwürdige Veranstaltung auf der Aachener Straße. Wir haben dort eine Protestveranstaltung abgehalten, die sich ganz klar gegen die Express-Busspur richten sollte. Ich greife diesen Punkt einmal heraus und stelle anhand dieses Punktes auch den Luftraumreinhalteplan, der nun vorliegt - inklusive der Fortschreibung -,

abermals infrage. Wir werden uns diesem Plan nicht anschließen können.

Wir können ihn nicht mittragen, weil er in erster Linie von einer durchgängigen Autofeindlichkeit geprägt ist.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wovon?)

- Von einer Autofeindlichkeit geprägt ist.

Fast eine halbe Million Fahrzeuge verkehren täglich in Köln. Davon sind ein Drittel oder mehr Pendler. Express-Busspuren im Westen und andernorts sollen den städtischen Ein- und Ausfallverkehr entspannen und den ÖPNV ergänzen. Das ist das Ziel.

Ich möchte einmal mit Ihnen ein Rollenspiel spielen als möglicher Passagier eines solchen Express-Busses: Ich habe auf einem Park+Ride-Platz für einen geringen Tarif einen bewachten Parkplatz gefunden. Der Express-Bus steht pünktlich bereit. Ich habe ein günstiges Monatsticket in der Tasche, mit dem ich auch innerstädtisch auf Bahn und Bus umsteigen kann, um zu meinem Arbeitsplatz zu kommen. Der Express-Bus fährt flüssig auf der eigens eingerichteten Busspur. Essen und Getränke habe ich mir an meinem Wohnort gekauft. - Die Wirklichkeit sieht doch anders aus. Das funktioniert so nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wissen wir doch noch gar nicht!)

Wir haben keine Parkflächen für Pendler, die in die Stadt hineinfahren, um dann möglicherweise auf den ÖPNV zu wechseln. ÖPNV ist ohnehin ein Thema. Würde man den Express-Bus nehmen, dann fährt man keinesfalls staufrei bzw. wird er damit zum Stauproblem. Ich zitiere einen Auszug aus dem Luftraumreinhalteplan aus den Kommentaren zur Express-Busspur:

> Sehr kontrovers wird die Einrichtung von Express-Busspuren bzw. von Vorrangschaltungen für den ÖPNV im Allgemeinen diskutiert. Hier besteht insbesondere die Besorgnis, dass der Vorteil für den ÖPNV durch einen verschlechterten Verkehrsfluss für andere Verkehrsteilnehmer erkauft wird.

Das, was auch fehlt, sind die entsprechenden Ticketpreise. Das sind Zusatzkosten mit geringem Anreiz.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wortmann, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Weisenstein an der Stelle zulassen?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Noch einen Punkt, dann kannst du gern fragen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Die Nahversorgung an der Aachener Straße mit Lebensmitteln ist sowieso vorbei, weil ich mit dem Express-Bus, wenn ich ihn dann nehme, vorbeifahre. - Bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Wortmann, Ihnen ist als Aktivist sicherlich bekannt, dass vor wenigen Tagen eine Demonstration gegen die Busspur auf der Aachener Straße stattgefunden hat. Die etwa 30 Demonstranten haben eine Spur der Aachener Straße während der Rushhour gesperrt und verblüfft zur Kenntnis genommen, dass es keinen Autostau gab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Der Vorgang ist mir wohl bekannt. Ich sage es einmal so: Ob das ein Zufall ist oder ob das immer zutrifft, sage ich nicht, aber es ist eine punktuelle Veranstaltung oder Demonstration gewesen, natürlich.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Das ist aber auch an einer anderen Stelle geschehen. Wir reden hier von einem anderen Bereich. Wir reden von der Aachener Straße auf der Höhe Braunsfeld.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Lassen Sie auch eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Strahl zu?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ja.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Herr Wortmann, ist Ihnen bekannt, dass die Nebenstraßen der Aachener Straße hoffnungslos verstopft waren während dieser Zeit?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ja, natürlich ist mir das bekannt; denn schon jetzt suchen die Autos einen Ausweg. Das ist sonnenklar. Das ist nicht nur in der Aachener Straße so, das ist in der Zülpicher und der Berrenrather Straße ebenso der Fall. Davon reden wir eigentlich.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was schlagen Sie vor?)

Sie haben heute zu Beginn der Sitzung sehr emphatisch eine Resolution für die Erhaltung oder für den Ausbau von Arbeitsplätzen abgegeben. Doch was machen Sie denn wirklich? - Sie machen Jagd auf das Auto, -

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was wollen Sie denn? Sagen Sie einmal, was Sie wollen!)

- egal, wie der Antrieb heißt. Denn von den Staus sind nicht nur Dieselfahrzeuge betroffen, sondern davon sind alle Fahrzeuge betroffen. Sie dünnen die Nahversorgung aus, indem Sie Parkflächen und Kurzzeithaltezonen wegrationalisieren, um den Express-Bus zu betreiben.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist Ihre Maßnahme gegen den Stau? Das würde ich gern wissen!)

Sie treiben so auch dem Online-Handel die Kunden zu, obwohl Sie hier dafür plädieren, den stationären Handel zu stärken. Das alles ist als ein großer Widerspruch zu sehen. Deshalb werden wir uns auf keinen Fall diesem Luftraumreinhalteplan anschließen.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie wollen Sie die Luft verbessern?)

Mit der Aufnahme der Express-Busspur in diesen Luftraumreinhalteplan haben Sie mehr oder weniger die Handlungsfähigkeit an die Bezirksregierung abgegeben. Sie können sich jederzeit dahinter zurückziehen, aber sie hat die Spielmasse durch den Zwang dieser Express-Busspur, diese Stadt mehr oder weniger wieder in Richtung Fahrverbote zu drängen. Das ist ein Punkt, wozu ich Ihnen ganz klar sage: Da machen wir nicht mit. Deshalb enthalten wir uns. - Vielen Dank.

(Einzelbeifall)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank. - Herr Sterck bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich auch gerade noch an dem Änderungsantrag etwas abarbeiten, wobei man sagen muss, Herr Zimmermann, dass man sich das nicht so schönreden und sagen kann: Wir machen hier die Augen und Ohren zu, nehmen das nicht zur Kenntnis und deuten das dann irgendwie um. - Sie haben natürlich die Möglichkeit, Ihren Protest gegen den Luftreinhalteplan deutlich zu machen. Diese haben Sie auch genutzt. Das haben Sie hier zu Protokoll gegeben. Dem kann ich mich aus anderen Gründen auch anschließen, weil wir natürlich - wie Sie sich vorstellen können - mit einer solchen Maßnahme wie der Busspur auf der Aachener Straße nicht leben wollen und können. Wir müssen es trotzdem zur Kenntnis nehmen, dass es im Plan entsprechend steht.

Das, was mir bei der Debatte noch zu kurz kommt, ist das, was in diesem Änderungsantrag sonst noch vorgesehen ist. Von denjenigen, die die Busspur auf der Aachener Straße beschlossen haben, gibt es einige, die das jetzt schon bedauern. Das zeigt auch die eben angesprochene Demonstration auf der Aachener Straße oder auch der Protest, den es zum Beispiel in Braunsfeld gibt.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Die Verwaltung rudert zurück und sagt: Ja, das, was dort beschlossen wurde, deuten wir jetzt einmal um. Das machen wir eigentlich ganz anders. Das machen wir nicht so, wie der Rat es beschlossen hat. - Wir werden sehen, was dann darin steht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben vollstes Vertrauen in die Verwaltung!)

Deswegen ist es mir wichtig, den Fokus einmal darauf zu richten, was hier die Antragsteller SPD, DIE LINKE und BUNT beantragen. Das ist nämlich ein ganzes Füllhorn neuer Busspuren. Herr Weisenstein freut sich. Mich wundert immer, dass die SPD so etwas mitmacht und immer noch versucht, -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die lernen dazu! Im Gegensatz zu Ihnen!)

- die Grünen an dieser Stelle zu überholen, weil das leider nun einmal weder auf das Konto der

SPD noch auf das der LINKEN einzahlt, sondern im Grunde nachher immer auf das der Grünen. Herr Lino Hammer freut sich hier vorn.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann muss man auch mal zustimmen!)

Herzlichen Glückwunsch! Das sind die Dinge.

Meine Damen und Herren - auch diejenigen, die es vielleicht von draußen beobachten -, im Änderungsantrag steht:

> Einrichtung von Expressbuslinien auf eigenen Busspuren … auf dem Clevischen Ring zwischen Leverkusen und Mülheim mit Anbindung über die Zoobrücke an den Hauptbahnhof, … auf der Inneren Kanalstraße von der Universität über Ehrenfeld und Nippes mit Anbindung über die Zoobrücke an den Deutzer Bahnhof

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Ein wunderbares Netz. Sie können sicher sein, dass ich diesen Antrag nehmen werde und unseren Ortsverbänden in Mülheim, in Nippes, in Ehrenfeld, in der Innenstadt als Wahlkampfmaterial für die Köln-Wahl im nächsten Jahr geben werde. Dann wollen wir einmal sehen, liebe SPD, wie wir gegen diese Sachen hier mobilisieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Sterck. - Herr Brust, bitte.

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Ich möchte mich zunächst einmal dem Unmut von Herrn Struwe anschließen. Es ist schon ein Unding, dass die Verwaltung uns, wenn der Luftreinhalteplan schon in Kraft ist, ihre Stellungnahme zuleitet, die sie fast drei Wochen vorher abgegeben hat. Vielleicht können Sie einmal beantworten, warum es drei Wochen dauert, bis wir die Stellungnahme zu sehen bekommen.

(Zuruf von Michael Frenzel [SPD])

- Ja, aber die Stellungnahme wurde schon Mitte März abgeschickt.

Wir unterstützen auch den Punkt 1 des Änderungsantrags von SPD und LINKE usw.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE] - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber nur den Punkt 1 - das ist ein bisschen schwach!)

- Nur den Punkt 1. Ich begründe das auch, und zwar: Auch in unserer Fraktion herrscht Konsens darüber, dass wir nicht die Stellungnahme der Verwaltung genehmigen wollen, allein schon aus folgendem Grund: Die Verwaltung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass das Urteil des Verwaltungsgerichtes nicht sachgerecht gewesen wäre. Wir wollen uns erstens hier nicht an der Gerichtsschelte beteiligen, da uns als Rat das nicht zusteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist zweitens auch falsch, zu sagen, dass es nicht sachgerecht war. Aufgrund der Datenlage und der Gesetzeslage konnte das Gericht gar nicht anders entscheiden. Insofern war es zur damaligen Zeit, als es noch keine Änderung der Grenzwerte gab, sicherlich sachgerecht. Es steht uns nicht an, das zu kritisieren.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Allein aus dem Grund hätten wir auch beantragt, diese Stellungnahme nur zur Kenntnis zu nehmen.

Nun zum Punkt 2 des Änderungsantrags: Es macht überhaupt keinen Sinn, darüber heute zu diskutieren, weil wir vor einem Jahr diskutiert haben, was die Grundlage des Luftreinhalteplans sein soll. Am 05.02. haben wir hier die Vorlagen des Runden Tisches diskutiert. Der Runde Tisch hat uns zig Maßnahmen empfohlen. Wir haben die meisten übernommen und hier beschlossen. Diese sind Grundlage des jetzigen Luftreinhalteplans geworden.

Uns ist auch klar, dass wir mit diesen Maßnahmen wahrscheinlich die Grenzwerte nicht schnell unterschreiten werden und dass wir in der nächsten Zeit weitere Maßnahmen vorschlagen müssen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Da liegen sie auf dem Tisch!)

Es gibt aber überhaupt keinen Grund, heute als Tischvorlage neue Busspuren oder gar kostenlosen Nahverkehr zu diskutieren. Dafür haben wir einen Fachausschuss, der sich damit beschäftigen soll, wo eventuell sinnvolle neue Busspuren notwendig sind. Das kann man nicht mal eben so nebenbei als Tischvorlage hier im Rat beschließen, -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

- vor allem dann nicht, wenn es überhaupt nicht dringlich ist. Der Plan ist in Kraft. Wir haben jetzt Zeit, der Verwaltung weitere Vorschläge zu machen, was darüber hinaus noch umgesetzt werden soll. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Brust, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Weisenstein zulassen?

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Brust, ich habe dazu noch eine Nachfrage. Sie haben eben die Verwaltung dafür kritisiert, dass die Stellungnahme so spät hier auf dem Tisch liegt. Sie haben recht, sie ist gestern den Ratsmitgliedern zugegangen. Doch jetzt stellen Sie sich hier hin und kritisieren die Antragsteller dafür, dass wir einen Änderungsantrag als Tischvorlage bringen. Das kann wohl nicht Ihr Ernst sein. Ich würde gern darum bitten, dass Sie dazu eine Erläuterung abgeben.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Ich hätte noch eine weitere Nachfrage, Herr Brust. Sie haben soeben gesagt, die Grenzwerte wären verändert worden. Ist Ihnen denn nicht bekannt, Herr Brust - ich muss es ja als Frage formulieren -, dass nicht die Grenzwerte geändert wurden, sondern dass es Bestimmungen gibt, die besagen, dass die Verhältnismäßigkeit bezüglich der Fahrverbote in den Bereich 50 µg gesetzt worden ist? Ist Ihnen bekannt, dass die Grenzwerte nicht verändert wurden? - Ansonsten würde ich empfehlen, das noch einmal nachzulesen.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das braucht Herr Brust nicht!)

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Das habe ich so gemeint, wie Sie es gerade formuliert haben.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aha, dann sagen Sie es doch!)

Zu dem ersten Punkt: Das habe ich eben auch begründet.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Was?)

Da der Luftreinhalteplan schon in Kraft ist, gibt es keinen Grund, eine Tischvorlage zur Änderung des Luftreinhalteplans zu machen. Wenn die Verwaltung einen Fehler macht, müssen wir nicht den gleichen Fehler machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Was für ein Quatsch!)

Wir können doch gar nicht mehr den Luftreinhalteplan ändern. Dieser ist in Kraft getreten. Das, was wir machen können, ist, in den nächsten Monaten neue Vorschläge zusätzlich zum bestehenden Luftreinhalteplan zu diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Dafür haben wir einen Fachausschuss, der das dann im Einzelnen diskutieren muss.

(Michael Frenzel [SPD]: Warum haben wir die Vorlage dann hier? - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Dr. Ralph Elster [CDU])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Änderungsantrag von SPD, LINKE und BUNT abstimmen, und zwar zunächst über Punkt 1. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, CDU, FDP, DIE LINKE, Herr Wortmann und BUNT. Gibt es noch Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Punkt 1 Änderungsantrag so genehmigt und beschlossen.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Gegenstimme?)

Dann kommt der Punkt 2. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Hui, Grüne gegen die Busspur! - Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, die AfD, Rot-Weiß und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist der Punkt 2 so mit der Mehrheit abgelehnt worden.

Die Verwaltungsvorlage wird jetzt abgestimmt in geänderter Fassung wie Punkt 1. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD, Herr Zimmermann und Rot-Weiß. Ent-

haltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das auch so beschlossen.

TOP 10.25 rufe ich nicht auf, weil wir den Punkt vorhin zusammen mit TOP 6.3.1 schon behandelt haben.

I. Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT

Zu Ziffer 1

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat nimmt den Entwurf der 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans Köln 2019 sowie die seitens der Kölner Stadtverwaltung abgegebene Stellungnahme zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, der Ratsgruppe BUNT sowie RM Wortmann zugestimmt.

Zu Ziffer 2

Beschluss:

Der Rat stellt fest, dass die 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans Köln 2019, die zum 1.4.2019 in Kraft getreten ist, nicht das gesetzte Ziel erreicht, bis 2020 die Einhaltung der NO2-Grenzwerte zu gewährleisten.

2. Der Rat beauftragt daher die Verwaltung, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, mit denen eine Einhaltung der Grenzwerte flächendeckend und damit auch an den Messstellen Clevischer Ring, Justinianstraße, Neumarkt und Luxemburger Straße erreicht werden kann. Zu diesen Maßnahmen sollen gehören:

- *Einrichtung von Expressbuslinien auf eigenen Busspuren (a) auf dem Clevischen Ring zwischen Leverkusen und Mülheim mit Anbindung über die Zoobrücke an den Hauptbahnhof, (b) auf der Inneren Kanalstraße von der Universität über Ehrenfeld und Nippes mit Anbindung über die Zoobrücke an den Deutzer Bahnhof*
- *Vorrangschaltung und Bevorrechtigung des Umweltverbundes durch Signalisierung und bauliche Maßnahmen*
- *Prüfung, ob und wie eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV außerhalb der Stoßzeiten realisiert werden kann*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD sowie der Ratsgruppe Rot-Weiß und RM Wortmann sowie bei Stimmenthaltung der Ratsgruppe GUT abgelehnt.

II. Beschlussvorlage in der geänderten Fassung

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf der 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans Köln 2019 sowie die seitens der Kölner Stadtverwaltung abgegebene Stellungnahme zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Ratsgruppen Rot-Weiß und GUT zugestimmt.

10.25 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten.

Die Angelegenheit wird unter TOP 6.3.1 behandelt (siehe Seite 28).

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 2. Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66470/06 Arbeitstitel: Osterather Straße / Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen 2786/2018

Ich würde darüber gern abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 66470/06 für das Gebiet Julio-Goslar-Straße, Osterather Straße, Liebigstraße, Hornstraße, Lämmerstraße, Grundstücke Escher Straße 88, 90 und Grundstücke Geldernstraße 20, 22 und Escher Straße in Köln-Bilderstöckchen —Arbeitstitel: Osterather Straße/Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. *den Bebauungsplan 66470/06 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

Tagesordnungspunkt

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven Arbeitstitel: Eisenbahnersiedlung 0393/2019

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 14.1 beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Proz-Gremberghoven –Arbeitstitel: Eisenbahnersiedlung– für das Gebiet betreffend die Häuser beidseitig der Hohenstaufenstraße nordwärts der Häuser Hohenstaufenstraße 64 und 33, die Bebauung entlang des Bahnhofplatzes, der Rather Straße, einschließlich des Talweges, der Heilig-Geist-Straße bis zu den Grundstücken Heilig-Geist-Straße 23 und 5, die Bebauung am Langobardenplatz sowie des Frankenplatzes unter abschließender Einbeziehung der Wohngebäude Frankenplatz 11 und 16 in Köln-Porz-Gremberghoven in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Schule und Weiterbildung auf Vorschlag der

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
0365/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber bitte abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 17.1 beschlossen.

Beschluss:

Gem. § 23a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln i. V. m. § 58 Abs. 4 Geschäftsordnung NRW wählt der Rat auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Frau Stephanie Stangier als sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.2 Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Stadtentwicklungsausschuss auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
0244/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.2 so beschlossen.

Beschluss:

Gem. § 23a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln i. V. m. § 58 Abs. 4 GO NRW wählt der Rat auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Herrn Bernd Fahlenbock als stellvertretenden sachkundigen Einwohner in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.3 Bestellung eines stellvertretenden Vertreters der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)
0579/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.3 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet Herrn Frank Bücher, stellvertretender Dienststellenleiters des Amts für Informationsverarbeitung, als stellvertretenden Vertreter der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des KDN- Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzung“
AN/0372/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.4 so beschlossen.

Beschluss:

Herr Philipp Busch wird für Frau Diana Finsterle als Mitglied des Verkehrsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzung“

AN/0373/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist TOP 17.5 so beschlossen.

Beschluss:

Frau Diana Finsterle wird für Herrn Helmut Nickenig als Mitglied des Ausschusses für Soziales und Senioren benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.6 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
0987/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.6 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt Herrn Holger Bowe für die Selbsthilfe (bisher Frau Ute Schinke) und Herrn Ralf Beutelstahl für die Gesetzliche Krankenversicherung (bisher Herr Jürgen Engels) zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen sowie Frau Felicitas Vorpahl-Allweins für die Seniorenvertretung der Stadt Köln (bisher Herr Dr. Dr. Herbert Mück) zum stellvertretenden Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellung der genannten bisherigen Mitglieder und des stellvertretenden Mitgliedes wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.7 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender
0986/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.7 so beschlossen.

Beschluss:

Gem. § 23b Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln i. V. m. § 58 Abs. 4 GO NRW wählt der Rat der Stadt Köln auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (Stadt-AG LST) folgende vier Personen als sachkundige Einwohnerin/sachkundigen Einwohner bzw. als Stellvertreterin/Stellvertreter in die benannten Ausschüsse:

Ausschuss	*Sachkundige/r Einwohner/in*	*Vertreter/in*
Gesundheitsausschuss	*Sophie Sänger* *TX Köln* *(Beschlussfassung vom 04.12.2018)*	*NEU: Kathrin Balke* *Jugendzentrum anyway e.V.* *bisher Sophie Sänger*
Stadtentwicklungsausschuss	*Sascha Korinek* *LSVD Köln e.V.*	*NEU: Ina Wolf* *KLuST e.V.* *bis 2016 Herr Jürgen Ulrich* *(KLuST e.V.)*
Wirtschaftsausschuss	*NEU: Dirk Bachhausen* *St. Sebastianus und Afra Schützenbruderschaft* *bisher Jörg Kalitowitsch* *(KLuST e.V.)* *Rücktrittserklärung*	*NEU: Natalie Hagen* *KLuST e.V.* *bisher Claudia Mewaldt* *(KLuST e.V.) Rücktrittserklärung 28.11.2018*

	28.11.2018	

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.8 Vertretung der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH
1000/2019

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es dazu Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.8 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt analog des Beschlusses des Rates der Stadt Köln „Vertretung der Stadt Köln in Haupt- und Gesellschafterversammlungen“ vom 07.06.2018 (Vorlagen-Nr. 1753/2018) – in Abänderung seines Beschlusses vom 16.12.2004 – die Oberbürgermeisterin und die Stadtkämmerin zu den Vertreterinnen für die Gesellschafterversammlung der Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH. Soweit sich die Oberbürgermeisterin die Vertretung nicht im konkreten Einzelfall selbst vorbehält, wird die Vertretung von der Stadtkämmerin wahrgenommen. Als Stellvertreterinnen oder Stellvertreter bestellt der Rat der Stadt Köln die jeweils von der Stadtkämmerin zu benennenden Bediensteten des Büros der Stadtkämmerin, der Leitung der Kämmerei sowie Bediensteten der Abteilung Zentrale Finanzwirtschaft – Beteiligungsverwaltung und Steuerberatung, soweit sich die Oberbürgermeisterin oder die Stadtkämmerin sich die Vertretung nicht im konkreten Einzelfall selbst vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wahl eines Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages“
AN/0410/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.9 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt anstelle von Frau Ursula Gärtner Herrn Dirk Michel als Abgeordneten für die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.10 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
(Anlage 1 und 2 im nicht öffentlichen Teil unter TOP 25.2)
0274/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss in der Anlage 3. Ist jemand dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses Umwelt und Grün (Anlage 3):

1. *Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das ordentliche Beiratsmitglied im Naturschutzbeirat Herrn Bodo Tschirner auf Vorschlag des Naturschutzbundes NRW e.V.*

   Herrn Jacob Risch, derzeit stellvertretendes Mitglied

2. *Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied im Naturschutzbeirat Herr Risch auf Vorschlag des Naturschutzbundes NRW e.V.*

   Herrn Volker Brinkmann

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der Gruppe GUT betr. „Wahl eines Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages“ AN/0422/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.11 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt anstelle von Herrn Joachim Schalke Herrn Thor Zimmermann als Abgeordneten für die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales“ AN/0395/2019

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.12 so beschlossen.

Beschluss:

Herr Michael Kühle scheidet als Sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales aus. Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolger Herrn Florian Franzen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.13 Berufung einer sachkundigen Einwohnerin als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 1209/2019

Keine Wortmeldungen? - Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.13 so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, Frau Schulreferentin Carmen Schmitt als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu berufen.

Frau Utta Brauweiler hat ihr Amt niedergelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.14 Antrag der Fraktion Die Grünen betreffend „TOP 17 'Wahlen' hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien“ AN/0458/2019

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.14 so beschlossen.

Beschluss:

1. *In den Hauptausschuss wählt der Rat anstelle von Frau Kirsten Jahn Ratsmitglied Ulrike Kessing.*
2. *In den Jugendhilfeausschuss wählt der Rat anstelle von Frau Kirsten Jahn Ratsmitglied Luisa Schwab.*
3. *In den Ausschuss für Soziales und Senioren wählt der Rat anstelle von Ratsmitglied Luisa Schwab Ratsmitglied Frank Hauser.*
4. *In den Ausschuss Kunst und Kultur wählt der Rat Herrn Mario Michalak als sachkundigen Einwohner.*
5. *In den Stadtentwicklungsausschuss wählt der Rat Herrn Jörg Beste als sachkundigen Bürger, für die dadurch freiwerdende Position des sachkundigen Einwohners Herrn Manfred Waddey.*
6. *In den Ältestenrat wählt der Rat auf die Position von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied*

Brigitta von Bülow und auf die dadurch freiwerdende Position das Ratsmitglied Ulrike Kessing.

7. *Der Rat entsendet anstelle von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Brigitta von Bülow in den Aufsichtsrat Koelnmesse GmbH.*

8. *Der Rat schlägt der nächsten Hauptversammlung vor, anstelle von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Sabine Pakulat für den Rest der ordentlichen Amtsdauer in den Aufsichtsrat GAG AG zu wählen.*

9. *Der Rat entsendet anstelle von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Birgitt Killersreiter in den Aufsichtsrat KölnTourismus GmbH.*

10. *Der Rat entsendet anstelle Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Sabine Pakulat in den Aufsichtsrat moderne Stadt GmbH.*

11. *Der Rat wählt anstelle von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Brigitta von Bülow in die Hauptversammlung des Deutschen Städtetag.*

12. *Der Rat entsendet anstelle von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Brigitta von Bülow in die Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag NRW.*

13. *Der Rat entsendet anstelle von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Ulrike Kessing und anstelle des Ratsmitglieds Sabine Pakulat das Ratsmitglied Hans Schwanitz in den Verein Region Köln/Bonn e.V.*

14. *Der Rat entsendet anstelle von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Sabine Pakulat in das Wohnungsbauforum Köln.*

15. *Der Rat wählt anstelle von Kirsten Jahn das Ratsmitglied Luisa Schwab und als stellvertretendes Mitglied von Frau Schwab das Ratsmitglied Ulrike Kessing, sowie als stellvertretendes Mitglied für Ratsmitglied Jörg Frank das Ratsmitglied Firat Yurtsever in die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbands Sparkasse Köln/Bonn.*

16. *Der Rat wählt anstelle von Frau Kirsten Jahn das Ratsmitglied Brigitta von Bülow in die Mitgliederversammlung der Metropolregion Rheinland e.V.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Tagesordnungspunkt

17.15 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Besetzung von Gremien“ AN/0459/2019

Zu 17.15, Herr Görzel? - Bitte.

Volker Görzel (FDP): Ja, zu 17.15 eine Wortmeldung, und zwar bin ich in formeller Hinsicht der Auffassung, dass in Absatz 2 der Antragstext zu unbestimmt ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Moment! Ich muss es erst einmal aufschlagen.

Volker Görzel (FDP): Dort ist der Antragstext zu unbestimmt. Dort heißt es:

> Herr Martin Börschel führt die vom Rat der Stadt Köln ihm übertragenen Aufgaben über die Niederlegung des Ratsmandats hinaus fort, soweit nicht im Folgenden anderes beschlossen wird:

Ich gehe davon aus, dass die Neuwahl erforderlich ist, weil das Ratsmandat zurückgegeben wurde, ergo er aus den Aufsichtsräten ausgeschieden ist, ergo er wieder hineingewählt werden muss.

An dieser Stelle müsste es nach meiner Auffassung heißen, in welche entsprechenden Aufsichtsräte Martin Börschel wiedergewählt werden soll. Das ist im Antragstext nicht dezidiert genug positiv bestimmt dargelegt, weswegen ich den Fraktionsvorsitzenden bitten möchte, uns zu erklären, in welche Aufsichtsräte Martin Börschel gewählt werden soll.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Görzel, ich kann dazu gerade nichts sagen, weil mir das nicht vorliegt.

Volker Görzel (FDP): Der Antrag ist zu unbestimmt. Wir müssen positiv jemanden in ein Gremium wählen. Ich weiß nicht, in welches Gremium ich heute den geschätzten Kollegen Börschel wählen soll.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Joisten steht schon auf und wird die Frage gern beantworten.

Volker Görzel (FDP): Sehr gut; so lieben wir das.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön, Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Bürgermeisterin! Herr Görzel, so, wie es dort steht, ist es. Wir haben tatsächlich eine Wahlentscheidung bereits getroffen und können hier in dieser Form - das ist gängige Rechtsauffassung - den Fortbestand sichern, zumindest vorübergehend. Wir werden in der nächsten Sitzung noch andere Umbesetzungen vornehmen. Bis dahin kann das auf diesem Weg gewährleistet werden.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Nein, das geht so nicht!)

Volker Görzel (FDP): Ich darf dazu Folgendes erklären: Ich sehe das anders. Diese gesicherte Rechtsauffassung ist mir nicht bekannt. Ich kann heute nicht darüber entscheiden, in welchen Aufsichtsrat Martin Börschel bei aller zweifellos vorhandenen Kompetenz heute gewählt werden soll. Ich möchte Sie bitten, mir zu erklären, welche Gremien das sind.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Gar keines!)

- Er soll in gar kein Gremium gewählt werden heute. Ist das richtig?

Christian Joisten (SPD): Er verbleibt in den Gremien, in denen er ist. Das ist die Aussage.

Volker Görzel (FDP): Welche Gremien sind das? - Nein, er ist in keinem Gremium.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Doch, natürlich!)

Mit der Rückgabe des Mandats des Rates verliert er sein Aufsichtsratsmandat.

Christian Joisten (SPD): Das ist nicht an das Ratsmandat gebunden. Mit diesem Beschluss verbleibt er bis auf Weiteres in diesen Gremien. Das ist genau der Beschluss, den wir treffen.

Volker Görzel (FDP): In welchen denn?

Christian Joisten (SPD): In den Gremien, in denen er ist.

Volker Görzel (FDP): Das geht nicht.

Christian Joisten (SPD): Das geht. Das ist gängige Praxis und Rechtsauffassung.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Er hat es heute Nacht verloren! - Andreas Pöttgen [SPD]: Nein!)

Volker Görzel (FDP): Er hat heute Nacht seine Aufsichtsratsmandate verloren, -

(Andreas Pöttgen [SPD]: Nein! Das ist Quatsch!)

- die an den Bestand der Ratsmitgliedschaft gekoppelt sind.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verwaltung muss sprechen! - Christian Joisten [SPD]: Verwaltung bitte! Vielleicht kann uns die Verwaltung helfen! - Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Kann die Verwaltung dazu Stellung nehmen?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Kämmerin spricht dazu.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ist es so, dass es grundsätzlich möglich ist, in Aufsichtsräte auch Nicht-Ratsmitglieder zu entsenden. Es kommt ganz konkret auf den Entsendungsbeschluss an.

Da ich jetzt nicht genau weiß, an welchem Mandat Sie sich stoßen, ist es schwierig, das aus der Lamäng heraus zu beantworten. Im Konkreten kommt es immer sehr genau auf die Konstellation an, ob es tatsächlich der Rat als solcher war, der entsandt hat und diesen Entsendungsbeschluss mit einer automatischen Auflösungsklausel versehen hat, oder ob es ein anders geartetes Gremium war, beispielsweise die Zweckver-

bandsversammlung, die Trägerversammlung bei der Sparkasse. Das wäre im Einzelnen dezidiert zu prüfen. Deswegen müssten Sie noch einmal konkretisieren, was Sie konkret meinen, sonst ist das schwer zu beurteilen von hier aus. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Kämmerin. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Entschuldigung, Frau Bürgermeisterin. Das können Sie zwar allgemeinrechtlich beurteilen, aber natürlich haben wir die Beschlüsse vor einigen Jahren hier gefasst, als wir das alles gewählt haben.

Es hat hier in diesem Haus mal ein Ratsmitglied gegeben - ich nenne es einmal ganz allgemein Schmitz -, das nach seinem Ausscheiden aus dem Rat an den Mandaten festgehalten hat. Deswegen hat der Rat der Stadt Köln das geändert, dass in den Entsendungsbeschlüssen steht, dass das Mandat im Aufsichtsrat mit dem Ausscheiden aus dem Rat erlischt.

Wenn der geschätzte Martin Börschel heute Nacht um 24 Uhr aus dem Rat ausgeschieden ist, würde er dann in dieser logischen Sekunde auch seine Aufsichtsratsmandate verlieren. Das mag bei der Sparkasse anders geprüft worden sein - das kann ein Sonderrecht sein; das kenne ich jetzt nicht -, aber wir haben im Rat 2014 bei allen Wahlen, die wir beschlossen haben, gesagt: Es ist beendet mit dem Ausscheiden aus dem Rat - wegen dieses Herrn Schmitz`, den es da einmal gegeben haben soll.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Vorsitzende, ich stelle den Änderungsantrag, den zweiten Absatz des Antrags zu streichen und den Rest zu beschließen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich würde vorschlagen, wir machen eine kurze Sitzungsunterbrechung. Bis dahin habe ich auch die Unterlage vorliegen. - Danke schön.

(Unterbrechung von 20.32 bis 20.47 Uhr)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Sitzung fort zu Tagesordnungspunkt 17.15, wenn Sie dann so weit sind. Ich finde, die Unterbrechung war lang genug; wir können jetzt fortsetzen.

Die Stadtkämmerin erklärt sich bereit, die Einigung hier vorzutragen. Dann ist Herr Joisten noch einmal so freundlich und bestätigt es oder bestätigt es nicht. - Ich darf Ihnen jetzt das Wort erteilen. Bitte schön.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Sitzungsunterbrechung. Wir haben sie für ein kurzes Rechtsgespräch mit den Beteiligten und eine erste vorläufige Einordnung genutzt. Das Ergebnis möchte ich Ihnen kurz wie folgt vorstellen:

Da die Entsendungsbeschlüsse für die GEW und die RheinEnergie einen Automatismus dahin gehend vorsehen, dass mit Ausscheiden des Rates auch die Entsendung endet, spricht dies dafür, dass Herr Börschel im Aufsichtsrat der GEW und der RheinEnergie mit Niederlegung des Mandats ausscheidet, - und insoweit eine Neubestellung bzw. Neuentsendung erforderlich ist, wenn sie denn gewünscht ist.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD mir gegenüber ihren Antrag wie folgt konkretisiert. In Absatz 2 des vorgelegten Beschlusstextes soll es heißen:

> Herr Martin Börschel wird in den Aufsichtsrat von GEW und RheinEnergie entsandt.

Das ist die Konkretisierung, die Änderung des Beschlussantrages, weshalb ich die Ihnen hier an der Stelle noch einmal so vortrage.

Der Rest soll unverändert bleiben.

Absatz 4 des Beschlusses lautet:

> Über die Vakanzen in der Metropolregion Rheinland, im Zweckverband Sparkasse KölnBonn und in der Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetags NRW wird bei nächster Gelegenheit entschieden.

Das ist kein expliziter Beschlussvorschlag, sondern ist eine Klarstellung, ein Hinweis bzw. eine Begründung und ist nicht Gegenstand des Beschlusses, der gleich gefasst werden soll.

(Niklas Kienitz [CDU]: Herzlichen Dank für die Klarstellung!)

Im Übrigen soll der Beschluss ausweislich der Konkretisierung der SPD so gefasst werden, wie er hier vorgelegt worden ist.

Ich hoffe, Herr Joisten, dass ich das zutreffend wiedergegeben habe.

(Christian Joisten [SPD]: Ich kann das so bestätigen!)

- Sie bestätigen das so.

Das wäre tatsächlich dann die Vorgehensweise, wie sie zu treffen wäre.

Ein Hinweis an dieser Stelle noch: Die mit den Aufsichtsratsgremien verbundenen Funktionen, beispielsweise der Aufsichtsratsvorsitz, würden bei dieser Rechtslage gegebenenfalls entfallen. Das heißt, da müsste in den Aufsichtsräten bzw. in den Gremien eine Neubestellung erfolgen, so der Rat denn diesen Beschluss gleich hier so fasst. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herzlichen Dank, Frau Kämmerin. Das war exakt zusammengefasst.

Herr Joisten hat für die SPD-Fraktion bereits zugestimmt: alles korrekt vorgelesen und vorgetragen.

Dann würde ich jetzt gern über TOP 17.15 abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das sind Rot-Weiß und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist TOP 17.15 so beschlossen.

Beschluss in mündlich geänderter Fassung:

Der Rat der Stadt Köln beschließt nachfolgende Gremienbesetzungen:

Frau Cornelia Schmerbach bleibt auch in ihrer neuen Eigenschaft als Ratsmitglied Mitglied im Ausschuss Soziales und Senioren. Sie wird anstelle von Herrn Christian Joisten Mitglied im Integrationsrat.

Herr Martin Börschel wird in die Aufsichtsräte der GEW-Köln AG und der RheinEnergie AG entsandt.

Herr Christian Joisten wird in Nachfolge für Herrn Martin Börschel Mitglied im Finanzausschuss und im Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln.

Herr Pascal Pütz wird sachkundiger Einwohner im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (Sitz bisher vakant).

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Anmerkung:
Sitzungspause von 20:32 bis 20:47 Uhr.

In der Sitzungspause hat die antragstellende Fraktion den Antrag konkretisiert.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich darf nun an die Oberbürgermeisterin den Tagesordnungspunkt 18.1 weitergeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau GU/TU - Baubeschluss zum Neubau einer Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 1 in 50939 Köln durch einen Generalunternehmer
0459/2019

Ich frage nach Wortmeldungen. - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es gibt Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss des Hautpausschusses:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, den nach Abschluss eines europaweiten Vergabeverfahrens einzigen Bieter als Generalunternehmer mit dem Neubau der Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium

Leybergstraße 1 in 50939 Köln zu beauftragen. Grundlage der Beauftragung ist das zuschlagnehmende Angebot mit Gesamtkosten in Höhe von 39.239.686,71 Euro brutto.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Frau Oberbürgermeisterin Reker übernimmt die Sitzungsleitung (20:43 Uhr).

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zum Ende des öffentlichen Teils und bitte darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.52 Uhr)

49. Sitzung vom 21. Mai 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Annullierung der Wahl in Istanbul – Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt“

AN/0660/2019

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung didaktische Sammlung indischer Miniaturmalerei

1257/2019

2.2 Annahme einer Schenkung von Grafiken an die artothek – Raum für junge Kunst

1296/2019

2.3 Zweckbezogene Spende in Höhe von 50.000 € für das Museum für Ostasiatische Kunst

1512/2019

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Nutzung der Windenergie in Köln"

AN/0670/2019

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen - Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!"

AN/0424/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0739/2019

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Förderung von Entfernung illegaler Wandschmierereien"

AN/0657/2019

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Schulsozialindex weiterentwickeln und breit anwenden!"

AN/0474/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT

AN/0737/2019

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffen "Aussteigerprogramm Linksextremismus"

AN/0656/2019

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen – Eigentümer verpflichten, auf freien Grundstücken Wohnungen zu bauen!"

AN/0669/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0742/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

AN/0746/2019

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37

Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben

Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 - AN/1429/2018

0065/2019

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten"

AN/0361/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019

1740/2019

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Einbeziehung Kölns in die Planungen zum Strukturwandel im „Rheinischen Revier“"

AN/0360/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019

1193/2019

4.3 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betreffend "Wohnraumknappheit und Mietpreisexplosion"

AN/0566/2019

Antwort der Verwaltung vom 20.05.2019

1645/2019

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Urbanes Grün im Klimawandel"

AN/0693/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019

1736/2019

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Wohnungsnot in Köln"

AN/0710/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019

1750/2019

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Wie wird es mit der dringend gebotenen CO2-Reduzierung in Köln weitergehen?"

AN/0709/2019

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Ausstattung der Feuerwehr in Bezug auf E – Fahrzeuge"

AN/0708/2019

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)

1203/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT

AN/0705/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

AN/0719/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0718/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT

AN/0749/2019

6.1.2 Beteiligungsrechte des Integrationsrates

hier: Anregung zur Änderung der Hauptsatzung

3576/2018

6.1.3 Gebührenfestsetzung für die Inanspruchnahme der Standplätze auf den Kölner Wochenmärkten

3817/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0738/2019

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Integriertes Handlungskonzept Lindweiler; Umgestaltung des Pingenweges zwischen Volkhovener Weg und Unnauer Weg

1156/2019

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 KölnTourismus

hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus - für das Haushaltsjahr 2019

0873/2019

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens

Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln

0691/2019

10.2 Antirassismus-Arbeit 2019 / 3.Schritt

1371/2019

10.3 Aufhebung der Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses "Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch"

2324/2018

10.4 Schließung und Rückbau der städtischen Notunterkunft für Geflüchtete an der Butzweilerhofallee 51, 50829 Köln-Ossendorf - Baubeschluss

0546/2019

10.5 Errichtung eines Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich

hier: Einrichtung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, Auszahlung für den Er-

werb von beweglichem Anlagevermögen

1315/2019

10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2018; Ergebnisverwendung Wirtschaftsjahr 2018

1494/2019

10.7 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2019/20

1241/2019

10.8 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wirtschaftsjahr 2019/20

1360/2019

10.9 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln

1330/2019

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (SteB); Abwasserbeseitigungskonzept 2020

3993/2018

10.11 Baubeschluss zur Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße, nördlicher Platz

0415/2019

zurückgezogen

10.12 Bestellung der Betriebsleitung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln/ Abberufung des bisherigen geschäftsführenden Betriebsleiters

1155/2019

10.13 Baubeschluss für die Umgestaltung der linksrheinischen Uferpromenade und die Erneuerung des Ufergeländers von Deutzer Brücke bis Malakoffturm so-

wie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

0076/2019

zurückgestellt

10.14 Bewerbung der Stadt Köln für die Austragung des NRW-Tages 2020

0386/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0695/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT

AN/0748/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0744/2019

10.15 Bundesprogramm "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus", Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung"; hier: Baubeschluss für die Umgestaltung der Gürzenichstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

0930/2019

10.16 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für die Ost-West-Achse mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

1137/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0703/2019

10.17 Bedarfsfeststellungsbeschluss Umzug und Möblierung neues Dienstgebäude

siehe TOP 24.5 n.ö.T.

10.18 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2018

1518/2019

10.19 Änderung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-

Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20

1361/2019

zurückgestellt

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 6456/06, 7. Änderung

Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlingen/Merkenich, 7. Änderung

0520/2019

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 62554/02

Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord

2469/2018

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 269. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

4127/2018

16.2 270. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

1143/2019

17 Wahlen

17.1 Neubenennung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner in Fachausschüssen

0512/2019

17.2 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mit beschränkter Haftung (KGAB)

hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes

1312/2019

17.3 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge - Sterbeversicherung VVaG

1468/2019

17.4 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds

1340/2019

17.5 Flughafen Köln/Bonn GmbH

hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes

1492/2019

17.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausschussumbesetzung"

AN/0658/2019

17.7 Kölner Sportstätten GmbH: Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat

1474/2019

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 "Wahlen"

hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien"

AN/0722/2019

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wahlen hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien" - Neufassung

AN/0745/2019

17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Besetzung von Gremien"

AN/0747/2019

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Dresler-Graf, Margret; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Kockerbeck, Heiner; Nesseler-Komp, Birgitta; Schultes, Monika; Tokyürek, Güldane; van Geffen, Jörg; Welter, Thomas; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 15.33 Uhr - Ende: 21.33 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 49. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister, die hier sind, und alle Mitglieder des Rates natürlich. Ganz besonders herzlich möchte ich heute Herrn Thelen begrüßen und mich bei ihm dafür bedanken, dass er hier ist. Er hat heute Geburtstag.

(Beifall)

Außerdem begrüße ich unser neues Ratsmitglied Herrn Kara, den ich gleich verpflichten möchte. - Herzlich willkommen zurück im Rat, Herr Kara.

(Beifall)

Herr Kara wurde als Nachfolger für Herrn Klausing gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Herr Kara, ich bitte Sie nun, sofort zu mir nach vorn zu kommen. - Zudem bitte ich Sie alle, meine Damen und Herren, sich wieder von Ihren Plätzen zu erheben, auch die Gäste auf der Zuschauertribüne bitte sowie die Vertreter der Medien. Die Bezirksbürgermeister kennen das schon.

(Efkan Kara [CDU] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker)

Herr Kara, wir haben uns eben schon begrüßt, aber wir tun das noch einmal. Ich verpflichte Sie im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Efkan Kara [CDU]: Sehr gern! - Beifall)

- Vielen Dank.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Tokyürek, Frau Dresler-Graf und Frau Wolter entschuldigt.

Die Stimmzählerinnen - es sind keine Stimmzähler dabei; es sind alles Frauen heute - sind Frau Akbayir, Frau Nesseler-Komp und Frau Schwab.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die CDU-Fraktion hat am 10.05. dieses Jahres fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Annullierung der Wahl in Istanbul - Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.4 bis 4.7, die Verwaltungsvorlage unter TOP 10.19, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.8, 17.9 und 17.10 sowie TOP 22.1. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.11, 10.13, 10.17 - dieser Tagesordnungspunkt wird im nichtöffentlichen Teil unter TOP 24.5 behandelt - und TOP 23.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Für unsere Fraktion würde ich für den Tagesordnungspunkt 10.19, der uns nur sehr kurzfristig erreicht hat, darum bitten, das Ganze im Zweifel über eine Dringlichkeitserklärung machen zu lassen und heute noch nicht zu behandeln, weil dazu noch Fragen bei uns bestehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann lasse ich zunächst über den Antrag von Herrn Hammer abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich, nachdem ich keine weiteren Wortmeldungen mehr sehe, über die soeben geänderte Tagesordnung insgesamt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Bevor wir in die Sitzung eintreten, meine Damen und Herren, möchte ich alle Ratsmitglieder noch einmal darauf hinweisen, dass wir eine Änderung des Livestreams haben. Seit der letzten Sitzung überträgt eine weitere Kamera auch Ihre Redebeiträge aus dem Plenum. Natürlich kann jedes Ratsmitglied weiterhin selbst entscheiden, ob der eigene Redebeitrag im Livestream gezeigt werden soll. Wenn Sie aber nicht möchten, dass Ihre Wortmeldungen zu sehen sind, dann teilen Sie das bitte unserer Schriftführerin Frau Lange mit, sonst sind Sie im Livestream zu sehen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Frau Oberbürgermeisterin Reker gratuliert Herrn Thelen zu seinem heutigen Geburtstag. Sie begrüßt Herrn Kara als neues Ratsmitglied.

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker verpflichtet Herrn Efkan Kara im Sinne des § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler und Stimmzählerinnen Herrn Pohl, Frau Schwab und Frau Tokyürek, vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Es liegt ein fristgerecht eingegangene Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor.

TOP 1.1

Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Annullierung der Wahl in Istanbul – Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt“

AN/0660/2019

IV. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu-

bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Urbanes Grün im Klimawandel"

AN/0693/2019

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Wohnungsnot in Köln"

AN/0710/2019

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Wie wird es mit der dringend gebotenen CO2-Reduzierung in Köln weitergehen?'"

AN/0709/2019

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Ausstattung der Feuerwehr in Bezug auf E – Fahrzeuge"

AN/0708/2019

10.19 Änderung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20

1361/2019

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 "Wahlen" hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien"

AN/0722/2019

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Wahlen hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien" - Neufassung

AN/0745/2019

17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Besetzung von Gremien"

AN/0747/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

22.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Die Zukunft der Städtischen Kliniken"

AN/0711/2019

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.11 Baubeschluss zur Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße, nördlicher Platz

0415/2019

10.13 Baubeschluss für die Umgestaltung der linksrheinischen Uferpromenade und die Erneuerung des Ufergeländers von Deutzer Brücke bis Malakoffturm sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

0076/2019

10.17 Bedarfsfeststellungsbeschluss Umzug und Möblierung neues

Dienstgebäude (wird unter TOP 24.5 n.ö.T. behandelt.)

II. Nichtöffentlicher Teil

23.1 Grundstücksverkauf Quatermarkt in Köln-Altstadt-Nord

3136/2018

V. Auf Antrag von RM Hammer wird die Vorlage TOP 10.19 „Änderung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab

2019/20“, 1361/2019, wegen Beratungsbedarf zurückgestellt.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Anmerkung:
Hinweis zum Livestream

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert erneut über die Änderung beim Livestream.

Wie vom Rat beschlossen überträgt eine weitere Kamera auch Redebeiträge aus dem Plenum. Jedes Ratsmitglied kann weiterhin selbst entscheiden, ob der eigene Wortbeitrag im Livestream übertragen werden soll. Wenn jemand nicht wünscht, dass dessen Wortmeldungen aus dem Plenum im Livestream zu sehen sind, ist dies vorher der Schriftführerin, Frau Lange, mitzuteilen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe dann, meine Damen und Herren, zunächst auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Annullierung der Wahl in Istanbul - Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt“ AN/0660/2019

Ich möchte dazu gern vorab noch etwas erläutern. Die heutige Aktuelle Stunde betrifft die Annullierung der Wahl in Istanbul und die Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt. Nach unserer Geschäftsordnung dient die Aktuelle Stunde dem vorläufigen Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zu einem aktuellen kommunalpolitischen Ereignis oder Problem. Das Thema der für heute beantragten Aktuellen Stunde fällt somit grundsätzlich in den außenpolitischen Bereich. Die Stadt Köln und die Stadt Istanbul verbindet aber seit 1997 eine Städtepartnerschaft. In der Städtepartnerschaftsurkunde ist festgehalten, dass sich beide Städte bemühen, partnerschaftliche Beziehungen zu fördern. Dazu gehört auch - ich zitiere jetzt wörtlich aus der Urkunde - „der Austausch von Informationen über politische Strukturen der beiden Städte“. Der städtepartnerschaftliche Vertrag legt außerdem ausdrücklich fest, dass es Zweck der Zusammenarbeit ist - ich zitiere wieder -, „die Probleme der Städte in Solidarität zu lösen und einen Beitrag für die Demokratie zu leisten“.

Mehrere Fraktionen haben ihr Interesse bekundet, sich über die Umstände der Wahl in Istanbul auszutauschen. Deswegen sehe ich es als meine Pflicht an, diesen Austausch auch angemessen hier heute zu ermöglichen. Ich erteile nun zunächst der Antragstellerin das Wort. - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei ist seit Jahrzehnten durch eine tiefe Freundschaft, ja, man kann sogar sagen, durch eine verlässliche und stabile Partnerschaft geprägt. In Köln besteht zudem die besondere Situation, dass etwa 5 Prozent der Kölnerinnen und Kölner einen türkischen Pass haben; wenn man die Türkischstämmigen hinzuzählt, sind es fast 10 Prozent. Diese Menschen sind nicht nur ein fester Bestandteil unserer vielfältigen Stadt, sondern leben auch in einem weitgehend guten und friedlichen Miteinander.

Aus diesem Geist des friedlichen Miteinanders und der besonderen Verbundenheit heraus ist vor 22 Jahren der Städtepartnerschaftsverein Köln-Istanbul entstanden. Wie es damals im Rat hieß, sollte diese Partnerschaft einen kommunalen Beitrag zu den deutsch-türkischen Bemühungen um Frieden, Stabilität und europäische Integration leisten. Besiegelt wurde sie am 15. März 1997 durch die Unterschrift des damaligen Oberbürgermeisters von Köln, Dr. Norbert Burger, und des damaligen Oberbürgermeisters von Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan, dem heutigen Präsidenten der Türkischen Republik. Diesen Geist der besonderen Verbundenheit gilt es zu bewahren und die dahinterliegenden Grundlagen - dazu gehören insbesondere die Demokratie und die Menschenrechte - zu verteidigen.

Wenn von Menschen in Deutschland und der Türkei die aktuelle Entwicklung - dazu gehört insbesondere die Annullierung der Oberbürgermeisterwahl in Istanbul - mit großer Sorge betrachtet wird, dann muss man diese Sorge sehr ernst nehmen und darüber auch diskutieren. So drängt sich zunächst einmal die Frage auf, wa-

rum die Begründung für eine Annullierung nicht einer öffentlichen Untersuchung zugänglich gemacht wird. Auch in Deutschland gibt es Gerichtsurteile, die eine Wahl wegen formeller Fehler aufheben.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Auch in Köln!)

Der Unterschied ist, dass es eine ausführliche schriftliche Urteilsbegründung gibt, die von jedem Bürger gegebenenfalls per Einspruch und Verweis an eine höhere Instanz angezweifelt werden kann. Genau diese Überprüfung wird neutralen internationalen Beobachtern und Experten aber verwehrt. Dies gibt Anlass zur Sorge. Denn jede Wahl, auch in unserer Partnerstadt Istanbul, sollte entsprechend der demokratischen Grundsätze als freie, gleiche und geheime Wahl fair und transparent durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehört es auch, nach diesen Prinzipien mehrheitlich gewählte Vertreter als Wahlgewinner anzuerkennen.

Wir sind der Auffassung, dass eine Freundschaft auch dafür da ist, ehrlich miteinander umzugehen und Dinge, die Anlass zur Sorge geben, offen anzusprechen. Das haben wir im Mai 2017 hier getan, als wir unsere Solidarität mit den Demokraten in der Türkei bekundet haben. Das haben wir im September 2018 getan, als wir die Resolution mit dem Titel „Menschenrechte sind unteilbar“ verabschiedet haben. Und das möchten wir auch jetzt tun, nachdem die Wahlen in Istanbul annulliert wurden. Denn dieser Vorgang hat unsere Sorge um den Zustand der Demokratie in der Türkei und in Istanbul im Speziellen noch einmal mehr verstärkt. Wir sehen die Annullierung überaus kritisch.

Wir möchten erneut ein starkes Plädoyer abgeben für die demokratischen Grundsätze einer freien, gleichen und geheimen Wahl. Ein weiteres Mal möchten wir uns uneingeschränkt solidarisch erklären mit den Menschen, die sich in der Metropole am Bosporus zu demokratischen Werten bekennen und immer wieder auch die Einforderung der Menschenrechte erklären. Wir erklären in unserer Resolution, dass wir als Partnerstadt, als Stadt, in der viele Menschen aus der Türkei ihre Heimat gefunden haben, und als Demokraten eng an der Seite unserer Freunde in Istanbul stehen. Wir möchten den demokratischen Kräften in unserer Partnerstadt mit dieser Aktuellen Stunde, mit unserer breit getragenen Resolution den Rücken stärken und klarmachen, dass wir weiterhin für einen partnerschaftlichen Dialog mit der Türkei, mit unseren Freunden in Istanbul einstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

> Im heutigen Europa, Schauplatz drastischer Veränderungen, sind die Städte eine wesentliche Stütze der Demokratie. Ohne Zweifel sind der Dialog und der Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen Menschen mit verschiedenem kulturellem Erbe ein wichtiger Beitrag zum Weltfrieden. Dieser Dialog muss auf den unterschiedlichen Ebenen und in den verschiedensten Bereichen geführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, woher stammt dieser Satz? - Wenn Sie der Oberbürgermeisterin am Anfang zugehört haben, kennen Sie die Antwort. Er ist aus der Partnerschaftsurkunde entnommen worden, die - Herr Petelkau hat es gesagt - vom damaligen Oberbürgermeister der Stadt Köln, Norbert Burger, und dem jetzigen Staatspräsidenten der Türkei, damals Oberbürgermeister von Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan, unterzeichnet worden ist.

Deutschland und die Türkei, Köln und Istanbul verbinden außerordentlich vielfältige und intensive Beziehungen, die Jahrhunderte zurückreichen und bis in die Gegenwart wirken. Gleichwohl müssen wir feststellen, dass sich der Spielraum für Presse, Opposition und Zivilgesellschaft in der Türkei zunehmend verkleinert. Die Annullierung der Kommunalwahl vom 6. Mai dieses Jahres in Istanbul ist kein gutes Zeichen für die Demokratie und die rechtsstaatliche Entwicklung der Türkei. Die Einhaltung demokratischer Prinzipien mit transparenten Wahlbedingungen ist ein hohes Gut. Wir begegnen diesen Entwicklungen in der Türkei schon seit Längerem mit Sorge. Es ist äußerst beunruhigend, dass der Wille der Wählerinnen und Wähler in unserer Partnerstadt Istanbul nicht respektiert wurde. Es entsteht der Eindruck, dass zukünftig nur genehme Wahlergebnisse Geltung erlangen.

Auch werden wir heute zum wiederholten Male an die Türkei appellieren müssen. Wir können es nicht dulden, dass unter anderem auch Kölnerinnen und Kölner in der Türkei festgesetzt sind. Wir als Partnerstadt halten aber an dieser Partnerschaft fest und wollen von hier aus ein Zeichen der Versöhnung senden, statt die Spaltung zu forcieren. Uns verbindet immer noch eine tiefe Freundschaft zur Türkei und zu ihren Bürgerinnen und Bürgern. Und als Freund und Freundin haben wir das Recht, uns auch kritisch zu den Entwicklungen in unserer Partnerstadt zu äußern.

In diesem Jahr und insbesondere in diesem Mai jähren sich deutsche und europäische historische Ereignisse, die für unsere Demokratie und das friedliche Zusammenleben in Europa maßgebend sind: der 70. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Ebenfalls vor 70 Jahren wurde der Europarat gegründet. Der Beitritt Deutschlands zu diesem Rat markiert einen wichtigen Schritt zur Rückkehr Deutschlands in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten. Auch die Türkei ist Mitglied im Europarat, und zwar genauso lange. Anlässlich dieses 70. Geburtstags sollten wir uns gemeinsam mit der Türkei die Werte des Europarates und die Verpflichtungen, die mit dem Beitritt eingegangen wurden, in Erinnerung rufen. Bis Sonntag können die Bürgerinnen und Bürger hier an demokratischen, gleichen und freien Wahlen zum EU-Parlament teilnehmen. 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, ihre Stimme gegen Nationalismus und für Menschenrechte abzugeben. In Köln zeigten an diesem Wochenende zehntausende Menschen, wie wichtig uns diese Werte sind. Darauf sind wir zu Recht stolz.

Die Istanbuler Wahl findet am 23. Juni statt. Das Mandat der Wahlbeobachter der EU wurde durch den Europarat, von dem ich eben erzählt habe, verlängert. Wir wünschen uns dringend, dass der Hohe Wahlrat die Wahlbeobachter, geführt durch die OSZE, willkommen heißt. Wir begrüßen es auch sehr, wenn die Oberbürgermeisterin bei ihrem anstehenden, geplanten Besuch in Istanbul unsere Position des Rates dort vertreten wird.

Unsere Städtepartnerschaftsarbeit ist eine alltäglich gelebte Gemeinschaft, geprägt von Zusammenarbeit, Gleichberechtigung und Toleranz. Wir reichen als Stadt Köln - natürlich spreche ich hier auch für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - immer die Hand zum Dialog. Somit gilt das, was unser früherer Bundespräsident Johannes Rau mit seiner Lebenseinstellung „Versöhnen statt spalten“ ausdrückte, heute mehr denn je. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bürgermeister Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen, die aus der Türkei zu uns gekommen sind, leben als gute Nachbarn hier mit uns in Köln. Deshalb hat auch keine Partnerschaft den Rat der Stadt Köln so sehr beschäftigt wie Istanbul in den letzten Jahren, aber dann leider zuletzt auch wegen Inhaftierungen von Kölnerinnen und Kölnern, Gewalt gegen Lesben und Schwule, Einschränkungen der Menschenrechte. Und nun: die sachgrundlose Annullierung der Kommunalwahl und Bürgermeisterwahl, weil Herrn Erdoğan das Ergebnis nicht passt.

Wir stehen als Demokratinnen und Demokraten eng an der Seite der Menschen, die sich für eine vielfältige, demokratische und rechtsstaatlich geprägte Gesellschaft einsetzen. Das möchten wir jetzt auch mit dieser Resolution unterstützen.

Köln unterhält viele Städtepartnerschaften. Es sind einige Länder dabei, in denen Unterdrückung, Ausgrenzung und Willkür herrschen. Wir bekennen uns im Umgang mit unseren Partnerstädten zur Menschenrechtskonvention, zu demokratischen Strukturen, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsvielfalt, Respekt und Toleranz. Wir unterstützen die Bürger und demokratischen Gruppen. Daher ist es richtig, den Dialog und den Kontakt nicht abzubrechen. Falsch wäre es, wenn wir uns nun als Stadt zurückzögen. Nein, wir machen das Gegenteil. Wir müssen uns zu Wort melden - so, wie wir das heute tun. Menschen, die als Opfer von Repressionen, Verfolgung und Inhaftierung bedroht werden, werden wir weiter nach Kräften unterstützen.

Herzlichen Dank auch noch einmal an Jörg Detjen und den Unterstützerkreis, die sich beispielsweise sehr für die Freilassung von Sharo Garip und anderen eingesetzt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Wir unterstützen Gruppen, die sich für Menschenrechte, LGBT-Rechte, Frauenrechte, eine freie Presse und eine unabhängige Justiz einsetzen. Einige beeindruckende Grußbotschaften zu diesem Thema konnten letzte Woche hier im Rathaus anlässlich des Internationalen Tages

gegen Homo- und Transphobie aus Istanbul und anderen Partnerstädten gezeigt werden. Erschreckend ist zum Beispiel auch in diesem Zusammenhang die Situation von Menschen in Corinto, Nicaragua, die unter der linkspopulistischen Regierung Ortegas massiv unter staatlicher Willkür, Ausgrenzung, Verfolgung und Gewalt leiden.

Im Rahmen der Partnerschaftsbewegung wurde ich in der Kölner Haltung immer wieder bestärkt. Bei offiziellen Terminen sprechen wir mit Vertretern der Unrechtsregime, unterstützen sie damit. Es gibt aber auch immer wieder die Möglichkeit, deutlich zu machen, dass wir die Situation kritisch betrachten und keinen Zweifel an unserer Haltung zulassen. Wir tun das für die Menschen und nicht für die regierenden Parteien, und wir stärken damit demokratische Kräfte und können hoffentlich einzelne Personen schützen oder der Zivilgesellschaft den Rücken stärken. Wir wurden von den zivilgesellschaftlichen Gruppen oft gebeten, in diesem Engagement nicht nachzulassen.

Es ist auch deshalb wichtig, weil uns keiner garantieren kann, dass ein gesellschaftlicher Rollback nicht auch im Haus Europa passieren kann. Ich glaube, wir waren alle sprachlos, wie skrupellose Politiker der rechtspopulistischen FPÖ in Österreich bereit waren, die freie Presse unter ihre Kontrolle zu bringen, russischen Oligarchen staatliche Aufträge zuzuschanzen und sich durch ein System von Vetternwirtschaft und Korruption den Staat zur Beute zu machen.

Meine Damen und Herren, wir wollen ein demokratisches Europa, und dazu zähle ich auch die Türkei, die sich aber leider immer weiter von diesen Werten entfernt. Dazu zählen freie, geheime und transparente Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit und eine unabhängige Justiz. Wir hören ja auch, dass nicht nur die Wahl in Istanbul annulliert wurde, sondern auch weiterhin gewählte Bürgermeister ihre Wahl nicht annehmen durften und auch andere, wie zum Beispiel Gültan Kışanak aus Diyarbakır, immer noch in Haft sitzen.

Es ist in meinen Augen Aufgabe einer kommunalen Außenpolitik, den Kontakt zu den Partnerstädten zu stärken und die Unterstützung der Zivilgesellschaft und deren bürgerschaftliches Engagement in Städten wie Istanbul, Corinto, Rio, Peking und Betlehem zu verstärken und in den Fokus der Städtepartnerschaft zu nehmen. Unsere Möglichkeiten sind zwar beschränkt, aber wir sind nicht allein: Tausende deutscher Städte verfahren ähnlich. Damit gibt es eine breite öffentliche Wahrnehmung der bestehenden Probleme und Ungerechtigkeiten.

Meine Damen und Herren, internationale Kontakte, Wahrnehmung und auch Öffentlichkeit können ein wirksamer Schutz für bedrohte Menschen in unseren Partnerstädten sein. Wir wollen, dass die Annullierung der Wahl zurückgenommen wird. Sollte das nicht der Fall sein, blicken wir gespannt auf das Ergebnis der Neuwahl und sind frohen Mutes, Herrn İmamoğlu als gewählten Bürgermeister bald beglückwünschen zu dürfen und mit ihm auf Sachebene erfolgreich zusammenzuarbeiten. Wir haben es aber in der Türkei mit einem Despoten und einem Regime zu tun, und ich gehe davon aus, dass wir uns leider nicht das letzte Mal mit dem Fall Istanbul im Rat beschäftigen müssen.

Wir stehen als Rat eng an der Seite der Demokraten in unserer Partnerstadt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe mir sagen lassen, dass der türkische Generalkonsul in Köln, Herr Erciyes, in der letzten Woche einige Fraktionen wegen der Aktuellen Stunde und der Verabschiedung der Resolution angerufen hat. Ich hatte Anfang des Jahres auch einen Termin mit dem Generalkonsul. Leider ist der Termin nicht zustande gekommen, weil er ihn kurzfristig abgesagt hat; und neue Terminvorschläge von mir hat er nicht bestätigen können.

Ich hätte einen Vorschlag an den Generalkonsul, was er machen kann: Es wäre eine große Hilfe, wenn er sich dafür einsetzen könnte, dass die Wahlbeobachter bei der Oberbürgermeisterwahl am 23. Juni in Istanbul auch tatsächlich einreisen können. Es gibt eine Vereinbarung mit dem Europarat - Herr Heinen hat es gerade schon angesprochen -, das funktioniert jedoch nur, wenn der betroffene Staat den Europarat und die Delegation einlädt. Sonst funktioniert es nicht. Also, mein Vorschlag, Herr Generalkonsul: Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Delegation einreisen kann!

Eine solche Wahlbeobachtung ist dringend erforderlich, weil Künstler, Schauspieler, Schriftsteller und andere Personen, die die Annullierung der Wahlen kritisieren, regelrecht bedroht werden.

Die FAZ berichtet, dass der Archivar von Präsident Erdoğan, Muhammet Safi, erklärte, dass alle Personen, die den Hashtag „Alles wird sehr gut“ des Oberbürgermeisterkandidaten der CHP İmamoğlu teilen, registriert werden. Und die FAZ zitiert Herrn Safi:

> Wir haben sie notiert, wir rechnen mit ihnen ab.

Die Lage in der Türkei und insbesondere in Istanbul ist sehr gefährlich. Als ich vor zwei Jahren in Istanbul war, bekam ich 3,60 Lira für 1 Euro. Wenn ich heute in die Türkei fliegen würde, bekäme ich 6,70 Lira als Austausch. Daran können Sie die dramatische Entwicklung sehen.

Zudem wird, glaube ich, deutlich, meine Damen und Herren, wenn selbst der türkische Unternehmerverband mehr Rechtsstaatlichkeit fordert, in welcher Zerreißprobe sich die Türkei und Istanbul befinden.

Der Oberbürgermeister İmamoğlu von der CHP hatte ja einen Kassensturz angekündigt. Leider ist es dazu nicht mehr gekommen. Einen solchen Kassensturz haben verschiedene neugewählte HDP-Bürgermeister in der kurdischen Region gemacht. In Cizre hinterließ die Zwangsverwaltung von Erdoğan einen Schuldenberg von 220 Millionen Türkische Lira, in Şırnak von 46 Millionen Türkische Lira, in Mardin von 82 Millionen Türkische Lira. Das sind alles Städte, meine Damen und Herren, die nie verschuldet waren.

Deshalb, meine Damen und Herren, fordere ich von der Bundesregierung: Schlagen Sie einen anderen Kurs in Sachen Türkei ein! Keine Waffenexporte in die Türkei! Deutsche Panzer dürfen in der Türkei nicht am Krieg gegen Syrien teilnehmen.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Und, meine Damen und Herren, ich fordere für viele Ratsfrauen und -männer sowie für viele Kölnerinnen und Kölner: Herr Erdoğan, lassen Sie Adil Demirci aus Istanbul ausreisen! Die Vorwürfe Ihrer Justiz sind haltlos. Adil Demirci soll seine Mutter besuchen können.

(Beifall)

Lassen Sie Hozan Canê aus der Untersuchungshaft frei! Sie ist unschuldig und gesundheitlich in keiner guten Verfassung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist unerträglich, dass neben unserer Kölnerin und unserem Kölner - es sind ja nur zwei - Tausende von Menschen in den türkischen Gefängnissen sitzen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen zwei Solidaritätspostkarten für Hozan Canê mitgebracht. Das war die Idee einer Teilnehmerin, die auf unserer gemeinsamen Veranstaltung im Januar hier im Ratssaal war. Hozan Canê ist in Untersuchungshaft und in gesundheitlich schwieriger Verfassung, deswegen haben wir gedacht, schicken wir ihr eine aufmunternde Postkarte.

Wir haben zwei Versionen: eine Version für Sie und eine Kinderversion. Bei der Kinderversion kann man ein Bild malen und ihr zuschicken. Der Text für Sie ist auf Türkisch, damit er auch schnell durch die Zensur geht. Sie müssten nur unterschreiben und eine 90-Cent-Briefmarke darauf kleben. Das ist eine Aktion, die wir - ich habe es Ihnen extra mitgebracht - eröffnen wollen. Der Start ist am 29. Mai auf der Veranstaltung „30 Jahre Tüday“. Das wird sozusagen die Premiere der Aktion. Die Urpremiere ist natürlich hier bei Ihnen, weil wir auf der Postkarte den Ratsbeschluss für die Freilassung der beiden mit abgedruckt haben. - Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Wir befinden uns zurzeit im Europawahlkampf, und obwohl hier alle Parteien natürlich für ihre eigenen Kandidaten und auch für ihre eigenen Programme werben, eint doch alle Wahlkämpfer und Wahlkämpferinnen der demokratischen Parteien ein Ziel: Möglichst viele Menschen mögen nächsten Sonntag zur Wahl gehen und eine Partei wählen, die sich einem demokratischen Europa verpflichtet fühlt.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie - das ist die Orientierung, die uns auf allen Ebenen des politischen Handelns leitet. Wir sind nicht bereit, dieses Werteverständnis in irgendeiner Form zu revidieren. Das gilt für die politische Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten im Inland. Diese Überzeugung gilt aber auch im Dialog mit

den Partnern im Ausland. Der Rat der Stadt Köln ist nicht zuständig für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland; die wird an anderer Stelle gemacht. Aber nichtsdestotrotz muss unsere Verpflichtung für Freiheit, Rechtstaat und Demokratie unser Handeln auch auf kommunaler Ebene bestimmen. Dies gilt insbesondere, wenn in unserer Partnerstadt Istanbul Ergebnisse demokratischer Wahlen nicht akzeptiert werden. Jede Regierung muss den Diskurs mit allen gesellschaftlichen Kräften im Land aushalten können und Politik verstehen als den Wettbewerb um die besten Ideen und Personen. Dieser Wettbewerb drückt sich in freien, gleichen und geheimen Wahlen aus. Die Ergebnisse dieser Wahlen sind bindend.

(Beifall bei der FDP)

Die Annullierung der Istanbuler Wahlergebnisse ist umso verstörender, weil die türkische Regierung der Forderung der EU, die Entscheidung der Obersten Wahlbehörde zu veröffentlichen, nicht nachgekommen ist. - Der Kollege Petelkau sprach das schon an. - Die Aussage der türkischen Regierung, dass einige Helfer an den Wahlurnen nicht wie vorgeschrieben Staatsbedienstete waren, kann nicht überzeugen. Das war in anderen Wahlbezirken sowie bei den Präsidentschaftswahlen ganz genauso.

Diese mangelnde Transparenz ist ein fatales Signal nicht nur für das Ausland, sondern vor allem für die Menschen in der Türkei. So sagte Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarates:

> Die Entscheidung des Hohen Wahlrates hat das Potenzial, das Vertrauen der türkischen Wähler in die Wahlbehörden schwer zu beschädigen.

Und weiter - ich zitiere -:

> Die notwendigen Voraussetzungen für freie und faire Wahlen müssten vor dem Wahltag überprüft werden und nicht danach.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Einschub. In der Vorbereitung dieser Rede habe ich mich mit vielen Aussagen europäischer Politiker beschäftigt. Ich muss sagen, sie haben mich erheblich mehr überzeugt als die offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung. Nun denn, nehmen wir es als Beleg dafür, wie wichtig Europa ist.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, der Dialog mit der Türkei ist ein schwieriger. Viele Menschen in der Türkei haben das Gefühl, sie würden vom Ausland bevormundet. Wir müssen deutlich machen, dass es nicht um Bevormundung geht, sondern um die Einhaltung so existenzieller Werte - ich wiederhole mich - wie Freiheit, Rechtstaat und Demokratie. Diese Werte sind eben nicht verhandelbar und müssen unseren Dialog mit der Türkei bestimmen. Wir müssen deutlich machen, dass mehr Freiheit, mehr Rechtsstaat und mehr Demokratie nicht nur für den Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft von unschätzbarem Wert sind. Das ist wichtig im Interesse der vielen türkischstämmigen Menschen in unserer Stadt, aber auch im Interesse der vielen mutigen Menschen in der Türkei, die sich für Freiheitsrechte und Demokratie einsetzen. Ich denke dabei an die Politiker, an die Künstler, an die vielen Journalisten, aber auch an die Unternehmer - an die man vielleicht nicht zuerst denkt -, die wegen der wirtschaftlichen Isolation der Türkei Angst haben und sich Sorgen machen. Zudem denke ich an die vielen Menschen in Istanbul: Sie brauchen unsere Unterstützung. Und wenn nicht von ihrer Partnerstadt Köln, von wem denn dann?

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Türkei versteht sich als Teil der europäischen Familie. In einer Familie müssen nicht alle einer Meinung sein, aber bestimmte Regeln müssen eingehalten werden, sonst klappt das Familienleben nicht. Und noch etwas ist wichtig: In einer Familie muss auch ein kritisches Wort erlaubt sein. - In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Antragstellern gar nicht absprechen, dass sie diesen nicht in aufrichtiger Sorge um den Zustand der Demokratie in der Türkei gestellt hätten. Es ist ja auch ganz nett, seien wir ehrlich, wenn Sie von der CDU Köln mit Ihrem Antrag knapp eine Woche vor der Europawahl ein bisschen internationalen Glanz in unsere bescheidene Hütte bringen. Aber einmal ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Konnte, wer auch nur ei-

nigermaßen aufmerksam die Geschehnisse in den letzten Jahren in der Türkei verfolgt hat, von der jetzigen Entwicklung überrascht sein? Kann man im Jahre 2019 noch ernsthaft davon überrascht sein, dass der politische Islam, der seit Jahrzehnten weltweit auf dem Vormarsch ist, auch vor unserer Partnerstadt Istanbul nicht Halt macht? Und gerade heute, wenige Tage vor der Europawahl, meine Damen und Herren, wäre es da nicht endlich an der Zeit, sich einzugestehen, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zum Scheitern verurteilt sind und auf absehbare Frist und schleunigst abgebrochen werden sollten?

(Beifall bei der AfD)

Übrigens, meine Damen und Herren: Die Mehrheit der Bevölkerung in der EU und interessanterweise auch die Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei lehnen den Beitrittsprozess ab. Selbst das EU-Parlament hat im Jahre 2016 bereits ein Einfrieren der Beitrittsverhandlungen gefordert. Das EU-Parlament! Das hindert die EU-Kommission aber nicht daran, einfach munter weiterzumachen. Zwischen 2007 und 2020 werden 9 Milliarden Euro - unser Steuergeld - an sogenannten Heranführungshilfen nach Ankara geflossen sein. Das, meine Damen und Herren, ist ein weiterer Beleg für die Abgehobenheit des Raumschiffs in Brüssel. Ich bin mir sicher: Die Menschen in Europa werden bei der Europawahl am 26. Mai -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Hoffentlich richtig wählen und nicht so einen Quatsch!)

- dieses Brüssel abstrafen.

Doch zurück zu unserer Partnerstadt Istanbul. Ja, liebe CDU, die Lage dort ist bedenklich - überhaupt keine Frage. Ich fordere Sie aber als Kommunalpolitiker auf: Richten Sie Ihren Blick doch statt an den Bosporus mal auf „Klein-Istanbul“ rund um die Keupstraße. Dort haben nämlich bei der letzten Wahl 66 Prozent der Menschen Erdoğan gewählt; in der gesamten Türkei waren es übrigens 52 Prozent und am Bosporus noch einmal deutlich weniger. Und wir leben hier in Köln seit Jahr und Tag Tür an Tür, Seit’ an Seit’ mit Menschen, die Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und demokratische Kultur trotz der Jahrzehnte, die sie hier in dieser Stadt leben, -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind aber nicht die Migranten! Das sind ganz andere!)

- offensichtlich nicht im Ansatz teilen. Meine Damen und Herren von der CDU, das wäre einmal ein Thema für eine Aktuelle Stunde hier im Rat. Aber nein, stattdessen machen Sie sich - das ist ja auch viel bequemer - mit dem Brustton der moralischen Überlegenheit lieber Sorgen um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt.

Und wenn, meine Damen und Herren, wir schon über den Zustand der Demokratie in einer unserer Partnerstädte reden: Wie wäre es, wenn wir uns selbst einmal an die eigene Nase fassen, wenn wir einmal bei uns anfangen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Fangen Sie einmal bei sich selbst an!)

Ich war im letzten Monat für unsere Fraktion vor dem Verwaltungsgericht Köln in Sachen Fraktionszuwendungen für die AfD im Rat der Stadt Köln, und zwar -

(Zurufe: Zum Thema!)

- dies, nachdem das Oberverwaltungsgericht in Münster festgestellt hat, dass die geltende Regelung gesamtrechtswidrig sei. Seit 2014 dauert dieser Zustand an.

(Zurufe: Zum Thema!)

- Das ist zum Thema.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte zum Thema sprechen?

Stephan Boyens (AfD): Ich spreche zum Thema.

Frau Gies war bei der Verhandlung zugegen und kann bestätigen, was die Vorsitzende der Kammer wörtlich sagte. Ich zitiere:

> Es kann doch nicht sein, dass die viertgrößte Stadt in Deutschland es über Jahre nicht fertigbringt, eine gesamtrechtskonforme Regelung der Fraktionszuwendungen zu beschließen.

Das, meine Damen und Herren, ist eine dicke Klatsche für Sie und sagt viel über die demokratische Kultur in dieser Stadt aus.

Bevor Sie sich über den Umgang mit der größten Oppositionspartei in der Türkei echauffieren, sollten Sie eher einmal mit der demokratischen Kultur in Köln beginnen und sich fragen, wie der Umgang mit der größten Oppositionspartei hier

in Deutschland ist. Ich erinnere nur an die jüngsten Bürgerdialoge und Wahlkampfveranstaltungen, die wir hatten, die von einem hasserfüllten linken Mob, der Antifa und sogenannten gesellschaftlichen Gruppen unmöglich gemacht wurden - und das oft mit stillschweigender Billigung der Stadt und ihrer Repräsentanten. Ein klares Bekenntnis zu demokratischen Werten, so wie Sie es in Ihrer Resolution fordern, sieht anders aus.

Meine Damen und Herren, leben Sie erst einmal konkrete Demokratie hier in Köln vor, bevor Sie sich Sorgen um den Zustand der Demokratie in Istanbul machen. - Vielen Dank. Wir als AfD lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Die sehe ich nicht.

Der Antrag sieht vor, dass der Rat seine uneingeschränkte Verbundenheit und Solidarität mit den Menschen in Istanbul erklärt, die sich klar zu demokratischen Werten bekennen. Das ist soeben in den Redebeiträgen erfolgt.

Zum Abschluss der Aktuellen Stunde schlage ich daher vor, die Angelegenheit nach Buchstabe b) zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit der Resolution!)

Die Verwaltung soll und wird dieses Bekenntnis in der künftigen städtepartnerschaftlichen Arbeit beachten, wie sie es bisher auch getan hat.

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist die Resolution damit mit verabschiedet?)

- Ich habe es jetzt so gemacht, wie es mir vorliegt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Resolution ist gerade verteilt worden!)

- Auf meinem Platz lag keine, meine Damen und Herren.

Dann erweitern wir das jetzt um die Resolution, die hier bei Ihnen verteilt worden ist, nehme ich an. Nur damit wir wirklich vom Gleichen sprechen: Sie ist unterzeichnet von den Geschäftsführern der SPD-Fraktion, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Ratsgruppe BUNT, der CDU-Fraktion, der LINKEN und der Ratsgruppe GUT.

(Beifall)

Dann ist das Verfahren so mit der Resolution beschlossen. Ich frage jetzt nicht noch einmal, ob es Gegenstimmen und Enthaltungen gibt. Es ist ganz offensichtlich, dass Sie alle diese Haltung vertreten wollen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird mit der als Anlage beigefügten Resolution gemäß § 5 Abs. 10 b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Schenkung didaktische Sammlung indischer Miniaturmalerei
1257/2019

Wer dieser Schenkung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD. Damit ist die Annahme der Schenkung beschlossen.

Ich bedanke mich sehr bei Herrn Professor Dr. Ludwig Habighorst für die Schenkung an das Rautenstrauch-Joest-Museum.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der didaktischen Sammlung indischer Miniaturmalereien durch

Herrn Prof. Dr. Ludwig Habighorst an das Rautenstrauch-Joest-Museum mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme einer Schenkung von Grafiken an die artothek - Raum für junge Kunst
1296/2019

Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich sehr beim Verein Freunde der artothek Köln e. V. für die Schenkung an die Stadt Köln, artothek - Raum für junge Kunst.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Freunde der artothek Köln e.V. an die Stadt Köln, artothek – Raum für junge Kunst mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes rufe ich auf Tagesordnungspunkt

2.3 Zweckbezogene Spende in Höhe von 50.000 € für das Museum für Ostasiatische Kunst
1512/2019

Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gegenstimmen gibt es keine. Enthaltungen auch nicht. Dann ist auch diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei Herrn Erwin Conradi für diese Schenkung für das Museum für Ostasiatische Kunst.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Spende von Herrn Erwin V. Conradi in Höhe von 50.000 EUR im Jahr 2019 an das Museum für Ostasiatische Kunst mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Nutzung der Windenergie in Köln“
AN/0670/2019

Ich gebe Herrn Götz das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wer A sagt, muss auch B sagen. Wir haben Ja gesagt zum Ausstieg aus der Kernenergie, wir haben Ja gesagt zum Kohlekompromiss, der in Berlin geschlossen worden ist, und wir sagen auch Ja zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir stellen hier und heute diesen Antrag, weil wir das einerseits bereits in unserer Kooperationsvereinbarung 2016 so beschlossen haben, aber weil uns andererseits die neue Landesregierung auch in die Lage dazu versetzt hat, da die Planungskompetenz und Entscheidungskompetenz in dieser Frage zurück an die Kommunen gegangen sind. Der ehemalige Umweltminister Remmel hatte das Ganze auf die Ebene der Bezirksregierung gehoben. Wir hatten keine Entscheidungsmöglichkeiten. Im neuen Entwurf für

den Landesentwicklungsplan unter Federführung des Landeswirtschaftsministers ist nunmehr diese Entscheidungskompetenz zu den Kommunen richtigerweise zurückgekehrt.

Auch wenn wir noch nicht wissen, was am Ende herauskommen wird, so ist doch einiges schon klar: Erstens werden wir kein Windrad auf der Kölner Domplatte haben, zweitens werden wir mindestens einen Abstand von 1 500 Metern zu Wohngebieten haben, und drittens werden wir versuchen, die Standorte im größtmöglichen Konsens festzulegen. Gleichzeitig ist auch klar: Wenn wir Konzentrationszonen in Köln ausweisen, sind alle anderen Teile des Stadtgebietes für weitere Windräder tabu.

Die Kölner Bucht ist sicherlich keine Eins-a-Lage für Windradparks, aber dennoch müssen auch wir unseren Anteil leisten. Wir müssen unseren Anteil leisten, wenn wir nicht eines Tages im Kalten oder im Dunklen sitzen wollen. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, wenn wir nicht eines Tages Atomstrom oder Braunkohlestrom oder Steinkohlestrom aus den Nachbarländern importieren wollen. Zudem müssen wir schauen, wo es sinnvoll und möglich ist, dass auch Köln hierzu seinen Beitrag leistet. Daher haben wir heute diesen Antrag gestellt. Daher bitten wir um Zustimmung. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt ziemlich genau 15 Jahre her - es war im Wahlkampf 2004 -, dass ein Investor nach Köln kam und im Kölner Norden, nördlich von Esch, drei Windanlagen errichten wollte. Damals waren weder CDU noch die SPD so weit, dass man bereit und mutig genug war, der Kölner Bevölkerung zu erklären: Wir brauchen diese Anlagen, wenn wir aus Kohle und Atom aussteigen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Folge war, dass 2005 eine Konzentrationszone im Bereich Gut Horbell ausgewiesen wurde, wo, wenn Investoren gekommen wären, diese hätten bauen müssen. Aber zehn Jahre lang kam dann keiner.

Im Jahr 2014 haben wir mit der SPD zusammen einen neuen Antrag im Rat eingebracht und die Verwaltung aufgefordert, ein attraktives Gebiet im Kölner Stadtgebiet auszuweisen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Wo ist das?)

Als die Verwaltung auch daraufhin nicht reagierte, haben wir 2017 angefragt, was aus unserem Antrag geworden ist. Die Verwaltung hat sich dann dazu hinreißen lassen, zu antworten: Die Kölner Bucht sei für Windanlagen offensichtlich ungeeignet, weil in Horbell keiner bauen würde. - Dass das falsch ist, kann man in den Nachbargemeinden von Köln, zum Beispiel in Wesseling, das auch in der Kölner Bucht liegt, sehen. Dort funktionieren diese Anlagen auch wirtschaftlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Problem war vor allem die Höhenbegrenzung. In Horbell durfte die Anlage insgesamt mit Flügel maximal 140 Meter hoch sein. Dazu muss man wissen, dass jeder Meter zählt, wenn man Windstrom ernten will. Je höher die Anlage ist, desto höher ist der Ertrag. Es gibt inzwischen Anlagen - das ist mittlerweile üblich - um die 240 Meter, also 100 Meter höher. Dass ein Investor in Horbell dagegen mit 140 Metern nicht konkurrieren kann, ist selbstverständlich. Deswegen kann die Tatsache, dass dort unter solchen Bedingungen kein Investor bauen will, nicht als Beleg dafür gelten, dass die Kölner Bucht ungeeignet sei.

Das zweite Argument gilt dem Landschaftsschutz. Wer allerdings ernsthaft behauptet, auf dem gesamten Kölner Stadtgebiet, also auch zum Beispiel im Kölner Norden vor der Kulisse von Bayer Leverkusen oder Bayer Dormagen, würde eine Windanlage das Landschaftsbild zerstören, der sagt damit nichts anderes, als dass praktisch Windanlagen in ganz Deutschland unmöglich sind; denn es gibt sicherlich schönere Gebiete in Deutschland als den Kölner Industrienorden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Zurufe von der FDP)

Herr Götz hat eben schon darauf hingewiesen: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn wir aus Atomkraft, Braunkohle und Steinkohle aussteigen wollen, -

(Beifall bei Teilen der FDP)

- dann brauchen wir erneuerbare Energien. Wir hatten im letzten Jahr etwa 40 Prozent erneuerbaren Strom im Netz. Das Ziel der Bundesregie-

rung - es ist eigentlich zu niedrig, aber trotzdem - liegt bei 65 Prozent bis 2030. Dazu kommt, dass wir bis dahin auch einen guten Teil der Elektromobilität auf Strom umstellen wollen. Das heißt, wir haben eine gewaltige Aufgabe vor uns, die wir in den nächsten zehn Jahren erledigen müssen. Da geht es nicht, dass ganze Kommunen wie die Stadt Köln sagen: Daran beteiligen wir uns nicht.

Es sind Anstrengungen nötig. Es kann natürlich sein, dass bei genauer Prüfung irgendwann herauskommt: Aus Vogelschutzgründen oder sonstigen Gründen gibt es tatsächlich keine geeignete Fläche in Köln mehr. Das, was aber nicht geht, ist, dass man von vornherein sagt: Wir suchen erst gar nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erwarte von der Kölner Verwaltung, dass sie jetzt ernsthaft danach sucht, wo in Köln eine Windkonzentrationszone, die tatsächlich auch von Investoren angenommen wird, möglich ist.

Die Lage ist heute ganz anders als vor 15 Jahren. Damals gab es in der Tat Widerstand. Mittlerweile sagen Umfragen, dass sich 70 Prozent der Bevölkerung auch Windanlagen in ihrer Nähe vorstellen können. Ich denke, auch die SPD sollte jetzt einmal über ihren Schatten springen und endlich einsehen: Wir brauchen in Köln Flächen für Windkraft. Auch die Kölner RheinEnergie würde gerne mehr Windanlagen bauen und sucht händeringend Flächen. Denn das Problem ist die mangelnde Flächenverfügbarkeit. Die Bundesregierung hat die Windkraft ohnehin gedrosselt, und es gibt jedes Jahr Ausschreibungen für diese gedrosselten Pakete. Beim letzten Paket war es so, dass so wenige Angebote kamen, dass jeder genommen werden musste und trotzdem die Obergrenze nicht erreicht wurde. Das zeigt: Wir haben ein ernsthaftes Problem. Wenn wir die Erneuerbaren ausbauen wollen, brauchen wir mehr Flächen. Dazu muss dann auch jede Kommune bereit sein, auf ihrem Gebiet zu suchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch in Köln weht Wind, und es wäre unsinnig, diesen Wind nicht auch zur Stromerzeugung zu nutzen. Gerhard Brust erwähnte es indirekt: Es geht heute nicht darum, dass wir Windkraftanlagen beschließen, sondern es geht darum, zu untersuchen, ob wir Flächen finden und ob es Potenziale gibt, tatsächlich später einmal welche zu bauen.

Der Klimaschutz erfordert von uns, alle Anstrengungen auf regenerierbare Ideen und Energien zu setzen. Dazu gehört selbstverständlich auch in Köln die Windkraft. Es ist wichtig, sich auch in Köln darüber Gedanken zu machen, da die Energieversorgung dezentralisiert werden muss. Wir machen das bei Photovoltaik; da brauchen wir auch mehr Anstrengungen. Wir dürfen aber die Windkraft nicht ungenutzt lassen. Dieses Potenzial liegt in Köln bislang leider brach.

Noch zwei Anmerkungen. Zum einen in Richtung SPD: Natürlich wissen wir alle, dass dieses Bemühen der Grünen mehrfach hier im Rat schon vorgetragen wurde in verschiedenen Jahren, das letzte Mal 2014. Ich erinnere mich wirklich noch sehr gut - es ist im Kopf noch lebendig - an die Rede von Götz Bacher. Ich habe mir sie jetzt noch einmal im Protokoll durchgelesen. Wenn man es schwarz auf weiß liest, ist es eigentlich ganz seriös vorgetragen, und er spricht sich eigentlich auch positiv zur Windkraft aus. Wenn man sich aber daran erinnert, wie er es vorgetragen hat, in einem gewissen rheinischen Singsang, wie es nun einmal seine Art ist, so merkte man, dass er null Komma null hinter dieser Idee stand. Das war leider auch für mich persönlich - das sage ich ganz privat - ein Anzeichen dafür, dass es bei Rot-Grün irgendwie am Beuteln ist.

Nun versuchen es CDU, Grüne und wir dieses Mal gemeinsam, noch einmal diesen Anlauf zu machen, die Windkraft in Köln zu etablieren. Ich freue mich darüber.

In Richtung CDU und FDP aber auch eindeutig Folgendes: Die Windkraft und auch die anderen Regenerativen stehen unter keinem guten Stern bei dieser Landesregierung. Ich würde mir sehr, sehr wünschen, dass aus Düsseldorf wirklich kein Gegenwind kommt, sondern dass das Thema in NRW wieder stärker unterstützt wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe hat das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da fallen einem ja gleich verschiedenste Filmzitate ein, wenn man so die Reden der Antragsteller hört, wie „Viel Wind um nichts“ oder „Vom Winde verweht“ oder „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Es wurde auch schon vom Kollegen Brust die Historie der zahlreichen erfolglosen Versuche der Grünen, das Thema Windkraft voranzubringen, ein bisschen aufgedröselt. Ich weiß nicht, ob es eine Wiedervorlage in der Grünen Partei gibt, dass einmal in jeder Wahlperiode irgendwie etwas herausgehauen werden muss. Ich weiß es nicht.

Ein Wort zur SPD: Wenn hier jetzt so getan wird, als wären wir die energiepolitischen Betonköpfe, möchte ich an den leider viel zu früh verstorbenen Hermann Scheer erinnern, der schon Ende der 80er-Jahre hochgradig innovative Ideen zum Thema erneuerbare Energien hatte. Aus unserer Sicht bleibt es trotzdem dabei, dass wir die notwendige Energiewende selbstverständlich gestalten müssen, und das auch auf der kommunalen Ebene tun müssen, das allerdings ökonomisch sinnvoll und pragmatisch.

Die beste Form der Ressourcenschonung ist ja das Einsparen von Energie. Insofern will ich hier auch noch einmal bestimmte Dinge zitieren. Der berühmte Redebeitrag von meinem lieben Vorgänger Götz Bacher ist schon angesprochen worden, der seinerzeit - ich kann es natürlich nicht in diesem rheinischen Singsang - hier ausführte:

> Bei den im Binnenland eher niedrigen Winderträgen müssten unserer Kenntnis nach große Anlagen mit Nabenhöhen von rund 150 Meter - dies bedeutet Gesamthöhen inklusive Flügel von über 200 Meter - aufgestellt werden.

Jetzt sagt Herr Kollege Brust, er will sogar 240 Meter.

(Ulrich Breite [FDP]: 300 Meter!)

Ich zitiere weiter:

> Das ist bekanntlich - das wissen Sie alle - höher als der Dom. Derartige Anlagen, die in halb Köln besser zu sehen sind als der Dom, möchte ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

- Danke.

> Doch wir Sozialdemokraten haben ein großes Interesse daran, gemeinsam aktiv die Energiewende auch lokal umzusetzen, gibt es doch bereits jetzt schon viele Möglichkeiten, wie zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen, Geothermie, Bioenergie, energieeffizientes Bauen oder auch die Kraft-Wärme-Kopplung […].

Dem ist aus unserer Sicht auch heute nichts hinzuzufügen.

Jetzt möchte ich jemand anders zu dem damaligen Antrag zitieren:

> Dieser Antrag liest sich wie aus dem Handbuch für Gutmenschen abgeschrieben. Leider haben Sie vergessen, unten hinzuzufügen: bitte nur für ländliche Regionen einsetzen. Dieser Antrag zeigt ganz eindeutig, dass Sie nicht verstanden haben, wo in Köln die Probleme liegen. […]

Weiter:

> Es gibt eben in Köln nicht genug Wind und nicht genug Flächen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

> Wenn die Investoren in Horbell nicht in Windenergie investieren, dann werden sie es wahrscheinlich auch an anderer Stelle nicht tun. Insofern ist es eine Zeit- und Kraftverschwendung und vor allem auch eine Ressourcenverschwendung in dieser Stadt, sich mit dieser Sache zu beschäftigen.

Das wurde damals, glaube ich, sehr energetisch von der lieben Kollegin Frau Welcker vorgetragen. Insofern rate ich der CDU, sich vielleicht intern noch einmal ein bisschen zu sortieren, was denn jetzt gilt. Denn - und dann kommen wir langsam zum Knackpunkt - die Sachlage hat sich ja mitnichten geändert. Es ist ja nicht so, als hätte die Verwaltung einfach gesagt: Nein, wollen wir nicht. - Wir haben das noch einmal herausgesucht. Es wurden umfangreiche Studien dazu durchgeführt, wo es in Köln möglich ist, entsprechende Anlagen zu errichten; und die Anzahl der Flächen ist ja nicht mehr geworden.

Der Kollege Brust hat eben die Antwort der Verwaltung aus 2017 zitiert, allerdings die entscheidenden Stellen weggelassen. Das möchte ich hier gern nachholen; denn neben diversen Abstands- und Ausschlusskriterien und Radien, die

noch einmal aufgeführt wurden, sagt die Verwaltung sinngemäß: alles ganz, ganz schwierig.

> […] zumal die aktuelle Suche nach neuen Wohnbauflächen die Nutzbarkeit von Flächen für Windenergieanlagen weiter einschränken und das Ergebnis zur Standortfindung aus 2005 noch weiter verkleinern wird.

Meine Damen und Herren, das sind doch alles objektive Fakten und Gesetze der Physik, an denen wir nicht vorbeikommen - selbst die Grüne Partei per Parteitagsbeschluss nicht, auch wenn das in der Satzung möglicherweise anders vorgesehen ist, was sozusagen den Geltungsrang angeht.

Deswegen fragen wir uns: Was sind denn für neue Erkenntnisse zu erwarten? Ich wüsste gern von der Verwaltung - 2017 wurde das Ganze ja noch einmal betrachtet -, ob sich seit 2017 bis heute irgendetwas geändert hat. Ich nehme an, dass das nicht der Fall ist.

> (Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Innerhalb der Verwaltung: ja! Innerhalb der Verwaltung schon!)

- Wir reden hier ja aber über objektive Fakten, und das wird sich auch durch den Wechsel von Personen in der Verwaltung nicht ändern. Wenn dem doch so ist, Frau Kollegin, dann sollten Sie sich fragen, wie Sie es so mit den Fakten halten.

Deswegen, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam Schritte unternehmen, wie wir wirklich die Energiewende hier voranbringen können, wie wir Energie einsparen können und das in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Daran hat die RheinEnergie aber kein Interesse!)

- Das halte ich für Quatsch, Herr Kollege; denn die RheinEnergie investiert massiv in den Ausbau der erneuerbaren Kapazitäten. Aber das ist noch einmal eine eigene Debatte.

Wir möchten ungern einen zwar inhaltlich durchaus gut gemeinten, aber schlecht gemachten Antrag ablehnen, deswegen noch einmal der Appell an die Antragsteller: Ziehen Sie diesen Antrag zurück!

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie uns gemeinsam an vernünftigen und umsetzbaren Lösungen arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Akbayir hat das Wort.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Oberbürgermeisterin, erlauben Sie mir, zu Beginn meiner Rede eine kurze persönliche Anmerkung zu machen, und zwar möchte ich mich persönlich noch einmal dafür bedanken, dass wir heute mit überwältigender Mehrheit, mit großer Mehrheit eine Resolution zur Annullierung der Wahlen in der Türkei beschlossen, aber auch allgemein auf die Situation in der Türkei aufmerksam gemacht haben. Danke schön dafür.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute einen Antrag vorliegen, der eigentlich nicht falsch ist. Aber in Jubelstürme kann er uns leider auch nicht ausbrechen lassen.

Es gibt in Deutschland kaum windärmere Gegenden als unsere, und das hat die Verwaltung damals auch so ähnlich beantwortet. Die antragstellenden Fraktionen haben es in ihrem Antrag ja noch einmal zitiert. Und wenn wir jetzt ehrlich sind, dann gab es auch im März 2017 bereits die im jetzigen Antrag erwähnten Windenergieanlagen, die explizit für schwache und mittlere Anlagen konzipiert wurden und einen rentablen Betrieb auch an windarmen Standorten möglich machen.

Übrigens: Für die Prüfung dieser Windenergieanlagen hat die Verwaltung damals rund drei Jahre gebraucht. Wir gehen davon aus, dass diese der Verwaltung damals nicht unbekannt waren. Die Verwaltung schrieb aber damals auch - ich zitiere -, dass

> […] die aktuelle Suche nach neuen Wohnbauflächen die Nutzbarkeit von Flächen für Windenergieanlagen weiter einschränken und das Ergebnis zur Standortfindung aus 2005 noch weiter verkleinern wird.

Daran hat sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, bis heute überhaupt nichts geändert. Für uns ist klar, dass wir keinen Wohnungsbau für drei Windräder blockieren werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber meine Damen und Herren, nochmals das Potenzial zu untersuchen, kann ja nicht schaden,

außer dass es Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Übrigen seit Anfang dieser Diskussion auch auf die Möglichkeit vertikaler Rotationsachsen verwiesen, die bis in den mittleren Bereich effektiv arbeiten, aber einen erhöhten konstruktiven Mehraufwand benötigen. Dies nur nebenbei zur Info.

Wir werden dem Antrag heute zustimmen, aber bitten darum, dass die Potenziale an Dächern und Fassaden in der Stadt, die zur Gewinnung von Energie aus Sonnenlicht geeignet sind, intensiver erschlossen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich werde in meiner Argumentation so durchgängig sein, dass das, was ich vorher begründe, nachher auch der Beschlussvorschlag für unsere Fraktion sein wird. Nicht wie bei der Vorrednerin, die die ganze Zeit dagegen gesprochen und am Ende gesagt hat, sie stimme doch zu. Also das schon einmal als Vorwarnung vorweg.

Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, aus beruflichen Gründen den 85 Gutachten beizuwohnen, die vor der Energiekommission beim Bundeswirtschaftsministerium in Berlin vorgetragen wurden im letzten Jahr. Dabei habe ich viel gelernt und viel mitgenommen. Ich habe nicht mitgenommen, dass es für die Energiewende notwendig ist, in Ballungszentren Windräder zu errichten.

(Beifall bei der FDP)

Ich hatte heute Vormittag einen Termin mit dem Bürgermeister von Bedburg, der ganz stolz berichtet hat, dass er den größten kommunalen Windenergiepark auf seinem Stadtgebiet hat und jetzt noch einmal ein zweiter hinzukommen soll. Ja, das Rheinische Revier will Energieregion bleiben. Das ist eigentlich auch die Arbeitsteilung, die wir hier haben. Wir können nicht in allen Bereichen des Landes, in allen Kommunen gleiche Aufgaben erfüllen. Es kommt doch auch keiner auf die Idee, in Bedburg ein Opernhaus zu bauen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso eigentlich nicht?)

- Ja, vielleicht besser als hier.

Das ist die Aufgabe des Oberzentrums Köln. Wir leisten gewisse Dienste für die ganze Region. Daher gibt es eine Arbeitsteilung. Und im Rheinischen Revier, meine Damen und Herren, ist sehr viel Platz und viel Potenzial für Windenergieanlagen und Windräder.

Wir hatten früher die Diskussion mit der UNESCO - auch gerade, glaube ich, von grüner Seite mit unterstützt - zu Fragen von Hochhausbauten, Stadtsilhouetten, Sichtachsen auf den Kölner Dom. Wenn man heute von der A 4 kommend am Frechener Berg auf Köln schaut und den Blick auf den Dom schon durch das Gebäude der früheren DKV-, heutigen ERGO-Versicherung an der Ecke Aachener Straße/Gürtel verstellt bekommt, möchte man sich gar nicht vorstellen, wie das Stadtbild aussieht, wenn wir im Grunde in den Grünzug West nach Horbell Windenergieanlagen bekommen entsprechend der damals ausgewiesenen Konzentrationszonen - egal, ob sie jetzt mit 200 oder mit 240 Metern den Kölner Dom überragen.

Es wurde gesagt - selbst die Kollegin der LINKEN hat eben darauf hingewiesen -, dass alles beschlossen sei und alles von der Verwaltung geprüft worden sei. Deswegen gibt es hier in dieser Frage eigentlich keinen Handlungsbedarf. Der einzige Handlungsbedarf, der anscheinend besteht, ist der schwarz-grüne Kooperationsvertrag. Hier muss anscheinend nach der Verhinderung der Vollendung des nördlichen Gürtels, nach der Busspur auf der Aachener Straße, nach der Einbahnstraße auf der Venloer Straße ein weiteres Zückerchen von der CDU an die Grünen gegeben werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, machen Sie da nicht mit! Wir brauchen keine Alibiwindräder im Kölner Stadtgebiet, die unser Stadtbild verschandeln. Dieser Antrag gehört abgelehnt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Eine Zwischenfrage wurde nicht zugelassen, Herr Brust.

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um

das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT. Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD und BUNT. Dann ist dieser Antrag beschlossen, meine Damen und Herren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung auf Basis des Beschlusses aus 2014 - AN/0214/2014 - mit einer neuen Potentialuntersuchung.

Zielsetzung ist, den Flächennutzungsplan zu aktualisieren und rechtssicher zu gestalten. Hierbei soll auch die Expertise der RheinEnergie genutzt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP, AfD, der Gruppen Rot-Weiß und BUNT sowie der Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen - Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!“
AN/0424/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0739/2019

Ich gebe zunächst Herrn Pöttgen das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte starten mit einem Zitat aus dem Rat vom 14. Februar 2017 und nehme Sie mit auf eine Reise. Dort wurde gesagt:

> Morgens aktivieren Sie Ihr Smartphone. Sie haben natürlich eine Mobilitäts-App installiert. Sie treten aus dem Haus und freuen sich, dass die Straße, in der Sie leben, umgestaltet wurde. Statt jeder Menge parkender Autos haben Sie jetzt breite Gehwege, breite und sichere Radverkehrsanlagen und schöne Aufenthaltsbereiche.
>
> [...]
>
> Weil Sie kein eigenes Auto mehr haben, nutzen Sie Carsharing oder eine Mitfahrzentrale. Für Fahrradboxen und Fahrradbügel ist genug Platz im Straßenraum. Sie gehen zur Mobilitätsstation um die Ecke und aktivieren das zuvor über die App reservierte Fahrrad. Auf Ihrem Weg zum Bahnhof bekommen Sie die Information, dass Ihr Zug Verspätung hat. Die App hat für Sie bereits eine alternative Wegekette berechnet. Über das Pendlerportal wird Ihnen eine Mitfahrgelegenheit angeboten.
>
> Sie schauen sich um und sind froh darüber, dass das hässliche Parkhaus gegenüber endlich abgerissen wird.
>
> [...]
>
> Dort wird ein ganz besonderes Wohnhaus gebaut, das auf die Bedürfnisse von Fahrradfahrenden abgestimmt ist.
>
> [...]
>
> Die sonst notwendigen Pkw-Stellplätze werden nicht geschaffen.
>
> [...]
>
> Dafür muss ein gleichwertiges Mobilitätskonzept entwickelt werden.
>
> Neben umfangreichen Annehmlichkeiten für den Radverkehr wie komfortablen Abstellmöglichkeiten und einer kleinen Fahrradwerkstatt erhalten die Mieter eine Mitgliedschaft bei einem Carsharinganbieter und ein ÖPNV-Abo als Mieterticket. In der unmittelbaren Nähe gibt es Supermärkte, Restaurants und ÖPNV-Haltestellen, sodass man ohne eigenes Auto prima zurechtkommt.

Es tat Ihnen ja schon weh, sich die eigenen Ansprüche vorführen zu lassen. Man hat es richtig gemerkt hier oben. Es wusste jeder nach dem zweiten Satz: Das war die Antrittsrede unserer Verkehrsdezernentin - zumindest ein Teil davon.

Diese Vision, die ich gerade vorgelesen habe, Frau Verkehrsdezernentin Blome, teilen wir als SPD-Fraktion ausdrücklich und möchten wir unterstützen.

(Zuruf)

- Das ist keine Neuigkeit, aber falls es immer noch nicht angekommen ist: Diese teilen wir.

Sie haben damals in Ihrer Rede auf das Jahr 2030 rekurriert und haben gesagt: Dann ist das Realität. - Damit das 2030 Realität ist, müssten wir heute, 2019, die ersten Entscheidungen treffen; denn es liegt genug an: Mülheim-Süd, die Parkstadt Süd, Kreuzfeld, der Deutzer Hafen und viele Gebiete mehr müssen aktiv von uns autoarm gestaltet werden. Das entscheiden wir in diesen Tagen, in diesen Monaten, in diesen Jahren. Bis zur Kommunalwahl sind ja noch einzelne Beschlüsse von uns zu fassen. Unser Antrag ist der Impuls, dafür eine Struktur zu schaffen, die notwendige Debatte zu führen und Ihnen das Angebot zu machen: Lassen Sie uns doch einfach umsetzen, was Frau Blome vollkommen richtig vorgeschlagen hat als Vision.

Ich muss ehrlicherweise sagen: Ich finde es persönlich schade, dass die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen unsere Einladung auf eine gemeinsame Verständigung zu dem Thema nicht verfolgt haben. Wir hatten es in der letzten Ratssitzung von der Tagesordnung genommen, um den Spielraum zu lassen. Sie verpassen damit unseres Erachtens heute eine Gelegenheit, die Verkehrswende in unseren Wohnquartieren gemeinsam zu verfolgen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Götz das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Gut gemeint bedeutet nicht immer gut gemacht. Vielleicht war dieser Antrag auch gut gemeint, aber er ist schlecht gemacht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Deswegen kommt unser Änderungsantrag!)

Ich will Ihnen deswegen jetzt nicht alle Einzelheiten vortragen. Ich kann auch direkt die LINKEN mit einbeziehen: Der ist auch nicht gut gemacht. Aber entscheidend ist: Wir haben überhaupt keinen Bedarf für einen neuen Mobilitätsfonds; denn wir haben schon einen, und zwar die Stellplatzablösesatzung mit den politischen Beschlüssen über die Verwendung der Mittel, die dort eingenommen werden. Herr Pöttgen, Sie wissen das doch auch: Die Verwaltung arbeitet gerade an einer Neufassung dieser Stellplatzablösesatzung. In diesem Zusammenhang kann man diese Fragen auch alle mit diskutieren; denn die Stellplatzablösesatzung ist das richtige Mittel. Sie ist quasi das kommunale Gesetz, das auch die entsprechende Verpflichtung mit sich bringt. Alles andere funktioniert nicht. Die Verwaltung kann dazu sicherlich auch noch einmal Stellung nehmen.

Wenn also das das richtige Instrument ist, dann lassen Sie uns doch gemeinsam über diese Themen bei der Beratung über die Neufassung der Ablösesatzung diskutieren. In Mülheim-Süd sehen wir doch, dass dieses Projekt auch funktioniert.

Wir wollen den Wohnungsbau in Köln stärken und nicht erschweren durch weitere Bürokratie. Wir wollen nicht mehr Bürokratie, sondern weniger. Wir wollen keine Lösungen für einige neue Bewohner, sondern wir wollen Mobilitätsstationen für alle Kölnerinnen und Kölner.

Es war sicherlich gut gemeint, aber es war nicht gut gemacht. Lassen Sie uns gemeinsam über dieses Thema diskutieren, wenn es an der Zeit ist, wenn die Verwaltung die Vorlage zur Novellierung der Ablösesatzung fertig hat und damit dann auch die Frage der Verwendung der eingenommenen Mittel diskutiert wird. Wenn das alles da ist, können Sie auch wieder an die Presse gehen. Ich kann das ja verstehen: Eine Opposition sucht natürlich nach Themen. Aber das hier war ein untaugliches Mittel, ein untauglicher Versuch. Wir müssen Ihren Antrag daher leider ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Änderungsantrag - mein Vorredner hat es schon gesagt - ist teilweise ein Sammelsurium an diversen Dingen, die ja auch schon Frau Blome in ihrer zitierten Antrittsrede erwähnt hatte, an Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, um die Verkehrswende in dieser Stadt vorwärtszubringen. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten diverse Beschlüsse getroffen, die genau in diese Richtung

gehen, nämlich die Verkehrswende voranzubringen.

Wenn ich mich konkret auf diesen Antrag stütze - wir sprachen darüber auch schon in persönlichen Gesprächen -, so ist die Stoßrichtung nicht ganz klar. Es geht um einen Fonds, der aufgebaut werden soll, aus Mitteln, die wir jetzt schon bei den Stellplatzablösemitteln haben, die aber auch nicht wirklich verausgabt werden, weil sie dann zweckgebunden sind für Quartiersgaragen. Da gehen wir gerade heran und schauen, wie wir diese Mittel auch für andere Mobilitätsangebote nutzen können. Es ist, glaube ich, noch jede Menge Geld da, das man auch entsprechend ausgeben kann, sodass die Frage eines Fonds, der eingerichtet werden muss, in dem Zusammenhang auch noch einmal diskutiert werden sollte.

Des Weiteren geht es in dem Antrag nicht nur um die Finanzierung, sondern auch konkret um Mobilitätsstationen. Ich persönlich glaube, wir sind auf einem guten Weg, wenn wir die Investorinnen und Investoren, die sich in großen Baugebieten darum kümmern, Mobilstationen einzurichten, das auch einfach einmal machen lassen und nicht hingehen und vorschreiben, was genau in jeder Mobilstation vorhanden sein muss. Denn je nach Gebiet, in dem ich baue, habe ich unterschiedlichste Ansprüche an Mobilität, an das, was die Bewohnerinnen und Bewohner dort brauchen, sodass man da gar nicht nach Schema F verfahren kann.

Ja, es ist sicherlich wünschenswert, dass das Ganze auch nach halbwegs einheitlichen Kriterien gemacht wird. An der Stelle wird aber auch vom VRS gerade schon an diversen Kriterien gearbeitet, sodass man nicht nur in der Kommune allein die Lösung finden muss. Wir reden die ganze Zeit auch über interkommunale Mobilität. Da ist der VRS, der Verbund genau der richtige Ansprechpartner, das alles entsprechend umzusetzen, sodass wir nicht wieder eine kommunale Eigenlösung kreieren, sondern das Ganze im Verbund machen. Wer wird das Ganze letztlich in Köln umsetzen? - Ich kann mir durchaus vorstellen, dass das die KVB als unsere städtische Verkehrsdienstleisterin macht; aber wenn, dann bitte nur mit den Partnerinnen und Partnern in der Region zusammen.

Jetzt hattest du, lieber Michael Weisenstein, gerade noch gesagt, dass euer Änderungsantrag aus einem schlechten SPD-Antrag quasi einen guten SPD-Antrag machen würde. Meiner Meinung oder unserer Meinung nach macht er das Ganze nur noch komplizierter, weil dann noch mehr Dinge vermischt werden, die explizit mit Mobilstationen oder der Finanzierung von Nahmobilität nicht so viel zu tun haben. Daher - auch das ist ein ernst gemeintes Angebot - lasst uns doch uns noch einmal zusammensetzen und schauen, was wir wirklich bei den großen Themen, was die Nahmobilität, mobile Stationen etc. angeht, tun können. Danach können wir gern alle einen gemeinsamen Antrag einbringen und hangeln uns nicht am Gerüst eines Antrags entlang, sondern kommen noch einmal zusammen und schauen: Wie gehen wir damit um? Welche Maßnahmen sind nötig? Wo machen wir das im Verbund, wo machen wir es allein?

Daher werden wir diese beiden Anträge so, wie sie hier vorliegen, ablehnen. Wie gesagt, mit der expliziten Einladung: Lasst uns zusammenkommen, lasst uns noch einmal vielleicht nicht bei null anfangen, aber bei eins anfangen und nicht bei 15, um dann wieder zurückzudrehen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der SPD dafür bedanken, dass sie die Initiative zu diesem Antrag ergriffen hat.

Lieber Lino Hammer, ich habe nicht gesagt, dass es ein schlechter SPD-Antrag ist.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das klang so durch!)

Ich habe gesagt, er muss ein bisschen deutlicher gemacht werden.

Ich probiere jetzt einmal, zu betonen, was uns wichtig ist und wo ich glaube, wo Änderungen am SPD-Antrag dazu beitragen können, dass es ein Antrag wird, der auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Vorab: Es ist natürlich sinnvoll, wenn weniger Stellplätze gebaut werden und das eingesparte Geld in den Umweltverbund investiert wird. Vor allem von Neubaugebieten am Stadtrand wissen wir, dass wir hunderte, vielleicht tausende Stellplätze bauen, die wir nicht brauchen, weil die Leute die Miete nicht zahlen wollen, sondern die Autos oben abstellen und die Tiefgaragen unten

leer stehen. Aktuelles absurdes Beispiel Swinestraße: Die GAG muss 250 Stellplätze bauen; die GAG hat gegenüber ein Parkhaus stehen, das überhaupt nicht in Verwendung ist. Wir müssen also schauen, dass weniger Stellplätze gebaut werden.

Jetzt müssen Sie bitte wirklich zuhören, damit es verständlich wird. Es ist ungünstig, dass die Ablöse und der neue Mobilitätsfonds ein Stück weit hier vermischt werden. Deswegen probiere ich es noch einmal, das auseinanderzuklamüsern. Ablöse muss der Investor nur bezahlen, wenn er eigentlich Stellplätze bauen müsste, er diese aber nicht bauen kann, weil es unverhältnismäßig ist. Da haben wir momentan die Richtgröße von einem Stellplatz. Die Verwaltung arbeitet daran, dass es künftig nur noch 0,5 sein sollen. Diese Satzung ist vorhergesagt und wird auch hoffentlich bald kommen. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist zu dem SPD-Änderungsantrag. Ich versuche, es zu verdeutlichen: ein Investor, der künftig nicht mehr einen, sondern nur noch einen halben Stellplatz pro Wohneinheit bauen kann. Nehmen wir einmal folgendes Beispiel: Die GAG baut 200 Wohneinheiten und muss künftig nur noch 100 Stellplätze bauen, weil der Stellplatzschlüssel gesenkt wurde, und sie kann diese Stellplätze auch bauen. Dann hat das mit der Ablöse nichts mehr zu tun, sondern dann müssen wir als Politik hingehen und sagen: Nein, die GAG muss jetzt nicht mehr für die 200 Wohneinheiten 100 Stellplätze bauen, sondern die GAG entscheidet selbst, wie viele Stellplätze sie tatsächlich für dieses Wohngebiet errichten möchte. - Wenn sie dann sagt: „Nein, wir kriegen da keine 100 Stellplätze vermietet, wir bauen nur 50“, spart sie round about 1,5 Millionen Euro. Und von diesen 1,5 Millionen Euro, so sagt unser Antrag, schöpfen wir die Hälfte ab. - Nein, Entschuldigung, Rechenfehler.

(Heiterkeit)

- Nein, nein, nein. Jetzt müsst ihr einmal kurz zuhören.

Wir haben die 1,5 Millionen Euro, die sie eigentlich für die 100 Stellplätze aufbringen müsste. Jetzt sagt die GAG aber: Wir bauen nur die Hälfte, das kostet also nur 750 000 Euro. - Dann sagen wir: Wenn die GAG 750 000 Euro spart, soll sie die Hälfte von diesem Geld in den Mobilitätsfonds überweisen. Dann haben wir etwas in unserem Säckel für den Mobilitätsfonds, für die Infrastruktur, und die GAG hat 375 000 Euro gespart, die sie in günstigen Wohnraum investieren kann. Es sind immerhin fast zwei kleine Wohneinheiten, die sie von dem Geld bauen kann.

Es ist wichtig, das zu verstehen. Man muss das trennen. Ich habe auch der SPD gesagt: Wartet doch, bis die neue Ablösesatzung da ist. - Dann wäre das natürlich einfacher zu erklären gewesen. Aber grundsätzlich kann man das heute so beschließen. Unterm Strich spart die GAG, unterm Strich gibt es mehr Infrastruktur im Mobilitätsfonds, und es gibt weniger Stellplätze.

Jetzt läuft mir die Zeit davon, weil es doch recht komplex war. Ich will noch eine Sache zu unserem Antrag sagen. Ich bitte, Frau Oberbürgermeisterin, mir eine Minute zu gönnen.

Es muss zwischen der Finanzierung Infrastruktur und Betrieb getrennt werden. Das macht der SPD-Antrag nicht. Wir wollen, dass das getrennt wird, und sind sehr dafür, dass Mieterinnen und Mieter der GAG als Pilotprojekt künftig ein sogenanntes Mieterticket für weniger als 50 Euro im Monat bekommen. Wir möchten dazu auffordern, dass die Vorstände von GAG und KVB sich hinsetzen und beraten, wie das finanzierbar ist, ob gegebenenfalls die Stadt da noch etwas zuschießt, ähnlich wie sie es jetzt beim Köln-Pass tut.

Ich bitte um Zustimmung und hoffe, ich konnte es einigermaßen erklären. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, ich weiß nicht, bei Ihrer Rede habe ich mich irgendwie an Edmund Stoiber erinnert, wie er erzählt hat, wie man in zehn Minuten vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen kommt.

(Heiterkeit)

Aber Schwamm drüber! Sie können ja vielleicht noch Einzelne hier direkt beatmen, wie das mit Ihrem Antrag gemeint war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Stefan Götz hat im Grunde schon genau den Finger in die richti-

ge Wunde gelegt. Es geht darum, dass immer mehr Hürden aufgebaut werden für Investoren, die in Wohnungsbau in Köln investieren wollen, immer mehr Bürokratie geschaffen wird, die die Verwaltung davon abhält, Planungsrecht und Baurecht entsprechend zu schaffen. Leider trägt die CDU bei den wohnungsbaupolitischen Beschlüssen selbst zu diesem Phänomen bei.

Ja, wir haben Stellplatzablösen in Köln, die leider auch nicht immer so genutzt werden, wie sie eigentlich ursprünglich eingerichtet worden sind, nämlich für die Schaffung von Parkplätzen, eben weil der jeweilige Investor - das ist eben schon erklärt worden - auf seinem Grundstück für vertretbaren Aufwand keine Plätze schaffen kann und dann die Fahrzeuge in den öffentlichen Raum geparkt werden. Dafür gibt es eigentlich mit den Stellplatzablösen ein entsprechendes Instrument, das man einsetzen könnte. Leider wird es nicht richtig eingesetzt. Ich will nur das Beispiel Ebertplatz hier aufrufen, wo eben nicht an einer Stelle, an der es eigentlich angebracht gewesen wäre, entsprechend Stellplätze geschaffen werden. Stattdessen hat es hier einen Beschluss von CDU und Grünen gegeben, der die Verwaltung mal wieder auf eine große Prüfungsschleife geschickt hat. Die Kommunalwahl wird ins Land ziehen und nichts ist in der Richtung entsprechend passiert.

Kollege Pöttgen hat aus Sicht der SPD gesagt, sie will Gebiete autoarm gestalten. Das ist ja immer die Bevormundungspolitik, die hier einige Gruppen im Rat bevorzugen. Ich kann auch ein aktuelles Beispiel anfügen, nämlich das Clouth-Quartier in Nippes, wo Tiefgaragenstellplätze entsprechend geschaffen wurden. Und selbst in den härtesten Winternächten, wenn man morgens sein Auto freikratzen muss, sind dort immer noch Fahrzeuge, ist draußen alles vollgeparkt, obwohl es ein großes KVB-Angebot gibt. Also der Bedarf in so einem Wohngebiet, innenstadtnah mit guten Anbindungen, ist vorhanden. Wir müssten einmal genau untersuchen, wie dort der richtige Stellplatzschlüssel gewesen wäre, damit nicht das Ordnungsamt, das jetzt abends kommt und Knöllchen verteilt, zum Einsatz käme.

Also, meine Damen und Herren: Keine weitere Bevormundung für die Bürgerinnen und Bürger, keine weiteren Hürden für Investoren und keine weitere Bürokratie, die die Verwaltung von den eigentlichen Aufgaben im Wohnungsbau abhält! Deswegen gilt es, diesen Antrag und auch den etwas schwierig zu verstehenden Änderungsantrag der LINKEN abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Zunächst einmal: Mir erscheint dieser Mobilitätsfonds auch eher ein bürokratisches Monster zu werden, da ich eigentlich denke, dass unser Haushalt der Stadt Köln auch ein wunderbarer Mobilitätsfonds sein sollte, wenn wir ihn nur entsprechend gestalten. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn wir die Verkehrswende nicht auch ohne einen solchen Fonds hinkriegen würden.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Aber darum bemühen wir uns weiterhin.

Da Sie, Frau Beigeordnete Blome, von Herrn Pöttgen ja so ausführlich zitiert wurden, würde ich Sie gern um eine kurze Stellungnahme zum Mobilitätsfonds bitten, ob das im Sinne Ihrer Vision ist. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Verwaltung ist um eine Stellungnahme gebeten worden. Darf ich bitte erst die Ratsgruppe BUNT zu Wort kommen lassen? - Ich gebe danach Frau Blome das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es auch von der Seite aus machen. - Also ich habe Michael vorhin verstanden. Man muss ihm natürlich auch ein bisschen folgen. Das ist manchmal nicht so einfach. Aber es ist eine komplexe Thematik, und ich denke, da kann man ruhig ein paar Minuten Gehirnzeit investieren.

Um das, Herr Götz, an der Stelle vielleicht noch einmal zusammenzufassen: Das jetzige System der Ablösemittel gibt es so weit nicht her. Es gibt kein System und keine Struktur an der Stelle, um ein System, wie wir es wollen, zu schaffen. Ich sehe da überhaupt kein Bürokratiemonster, lieber Thor, an der Stelle. Es ist relativ einfach und strukturiert, wie wir es auch dargestellt haben.

Zudem ist ein ganz wichtiger Punkt, der ein bisschen untergegangen ist, folgender: Die Investoren sollen hier nämlich mit zahlen. Es geht nicht darum, dass das Geld ausnahmslos aus dem

Stadtsäckle kommt oder so etwas. Das ist sogar ein Hauptanteil an dieser Stelle.

Danke, dass ich die Zeit zur Ergänzung hatte.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt könnte Frau Blome einige Sätze dazu sagen. Eine ausführliche Stellungnahme könnten wir nachreichen.

Beigeordnete Andrea Blome: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde tatsächlich vorschlagen, das Thema mitzunehmen, sodass wir es, wenn wir die überarbeitete Stellplatzsatzung vorlegen, anhand der Vorschläge, die wir Ihnen dann im Zuge der Neufassung der Stellplatzsatzung unterbreiten werden, noch einmal mit aufgreifen.

Das verkehrspolitische Ziel ist, denke ich, klar: dass wir möglichst auch den Ziel- und Quellverkehr verhindern wollen. Damit schreiten wir zum Beispiel - das ist auch schon gesagt worden - im Mülheimer Süden voran, möglichst wenige Stellplätze vor Ort herzustellen. Ich meine aber, die neue Stellplatzsatzung wäre der richtige Zeitpunkt und Ort, um darüber noch einmal zu diskutieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Blome. - Soll über die Anträge heute entschieden werden?

(Zurufe: Ja, klar!)

- Ja, okay.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion - -

(Peter Kron [SPD]: Aufpassen!)

- Alles geklärt? Wir lassen gerade über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen.

Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und DIE LINKE stimmen dem zu. Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Von der LINKEN und der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

Der vorgelegte Antrag wird mit den folgenden Änderungen (Änderungen kursiv) beschlossen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Mobilitätsfonds für die Verkehrswende zu schaffen. Der Mobilitätsfonds soll eine attraktive, umwelt- und ressourcenschonende Quartiersmobilität und deren nachhaltige Finanzierung in erster Linie in neuen Wohnquartieren sicherstellen.

Aus dem Mobilitätsfond werden Infrastrukturmaßnahmen des Umweltverbundes finanziert.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Regelung zu erarbeiten, mit der die Erhebung der Zahlung und die Vereinnahmung als kommunale Mittel im Mobilitätsfonds umgesetzt werden.

Mit der seitens der Verwaltung angekündigten Ablösesatzung sollen insbesondere in neuen Wohngebieten wesentlich weniger Kfz-Stellplätze erstellt werden.

Liegt der Bedarf an Stellplätzen unterhalb der Vorgaben des neuen Stellplatzschlüssels (z.B. durch ausreichend Stellplätze in der Umgebung oder eine gute ÖPNV- oder Radanbindung), dann kann die Zahl der zu bauenden Stellplätze weiter reduziert werden. Die dadurch eingesparten Baukosten fließen zu 50 % in den Mobilitätsfond.

Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit der neuen Ablösesatzung einen Verfahrensvorschlag hierfür zu unterbreiten.

3. Zur Umsetzung von Maßnahmen mit Finanzierung aus dem Mobilitätsfonds wird die Verwaltung beauftragt, einen Verfahrensvorschlag erarbeiten, der eine bedarfsgerechte und transparente Verwendung der Mittel des Mobilitätsfonds gewährleistet. Insbesondere

ist dabei auch der Zielsetzung Rechnung zu tragen, dass die aus dem Mobilitätsfonds finanzierten Maßnahmen den Bewohnerinnen und Bewohnern ab dem Bezug verlässlich und langfristig zur Verfügung stehen sollen. Es ist in geeigneter Weise sicher zu stellen, dass ein Ausweichen in öffentlichen Parkraum in der Umgebung nicht statt-findet.

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Kooperation mit der KVB und unter Einbeziehung weiterer relevanter Partner aus dem Stadtwerkekonzern ein Konzept für den Aufbau und den Betrieb von Mobilitätshäusern zu entwickeln und umzusetzen.*

5. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Vorstände von KVB und GAG, ein Mieterticket einzuführen, welches für die ÖPNV-Kund*innen für das Stadtgebiet Köln nicht teurer als 50 Euro ist. Gegebenenfalls sind Kompensationszahlungen seitens der Stadt an die KVB zu leisten.*

   Andere Großvermieter können sich diesem Modell anschließen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, einen Mobilitätsfonds für die Verkehrswende zu schaffen.*

   Der Mobilitätsfonds soll eine attraktive, umwelt- und ressourcenschonende Quartiersmobilität und deren nachhaltige Finanzierung in erster Linie in neuen Wohnquartieren sicherstellen.

   Der Mobilitätsfonds soll vorrangig finanzieren:

   - *Infrastruktur für Fuß- und Radverkehr*
   - *ÖPNV-Infrastruktur und Dienstleistungen, ÖPNV-Mietertickets*
   - *Stationsbasierte Carsharingangebote*
   - *Mobilitätshäuser mit Sharingangeboten, Werkstatt, Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, Mikrodepot und Paketannahme.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, eine Regelung zu erarbeiten, mit der die Erhebung der Zahlung und die Vereinnahmung als kommunale Mittel im Mobilitätsfonds umgesetzt werden.*

   Die Finanzierung des Fonds erfolgt über eine Zahlung seitens der Bauträger, Investoren bzw. Projektentwickler. Die Einzahlung in den städtischen Mobilitätsfond soll auf dieser Grundlage jeweils 50 % der eingesparten Herstellungskosten für KFZ-Stellplätze betragen, die durch Mobilitätsmaßnahmen ersetzt werden. Die Höhe der jeweils zu entrichtenden Zahlung soll sich an den in der Ablösesatzung von 2009 festgelegten Herstellungskosten für Stellplätze orientieren. Diese werden mit einer 2,5-prozentigen Steigerung pro Jahr dem heutigen Niveau angepasst und stadtweit auf der Höhe für die Gebietszone I vereinheitlicht.

   Die in der Ablösesatzung unter § 2.2 bis §-2.6 festgelegten Reduzierungsmöglichkeiten der Berechnung kommen mit Ausnahme von 3c (öffentlich geförderter Wohnraum) nicht zum Einsatz.

   Aktuell zur Verfügung stehende freie Mittel aus noch nicht verplanten Stellplatzablösemitteln sollen zum Aufbau des Mobilitätsfonds einbezogen werden. Die Stellplatzablösemittel sollen zukünftig in die Finanzierung des Mobilitätsfonds eingebunden werden können.

3. *Zur Umsetzung von Maßnahmen mit Finanzierung aus dem Mobilitätsfonds wird die Verwaltung beauftragt, einen Verfahrensvorschlag erarbeiten, der eine bedarfsgerechte und transparente Verwendung der Mittel des Mobilitätsfonds gewährleistet. Insbesondere ist dabei auch der Zielsetzung Rechnung zu tragen, dass die aus dem Mobilitätsfonds finanzierten Maßnahmen den Bewohnerinnen und Bewohnern ab dem Bezug verlässlich und langfristig zur Verfügung stehen sollen. Es ist in geeigneter Weise sicher zu stellen, dass ein Ausweichen in öffentlichen Parkraum in der Umgebung nicht stattfindet.*

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Kooperation mit der KVB und unter Einbeziehung weiterer relevanter Partner aus dem Stadtwerkekonzern ein Konzept für den Auf-*

bau und den Betrieb von Mobilitätshäusern zu entwickeln und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Förderung von Entfernung illegaler Wandschmierereien“ AN/0657/2019

Ich gebe Herrn Geraedts das Wort.

Wilhelm Geraedts (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Köln ist in einigen Bereichen in einem eher bemitleidenswerten optischen Zustand. Ich rede von Graffitis und davon, dass sie entfernt werden sollten. Das findet teilweise statt; denn im Rahmen einer sogenannten Ordnungspartnerschaft kämpft in Köln die Kölner Anti Spray Aktion, KASA, gegen diese illegalen Farbsprühereien.

Kürzlich berichtete sogar das WDR-Fernsehen über bauliche Missstände am Kölner Dreikönigsgymnasium und in diesem Zuge auch über die Tätigkeit der KASA dort. Es stehen dort Zäune, damit Schüler und Menschen nicht von Trümmern der zerbröckelnden Fassade getroffen werden. Geändert hat sich während der vergangenen vier Jahre der Abstand der Zäune zum Gemäuer, weil die Teile, die herunterfallen, größer werden. Das hat die KASA nicht davon abgehalten, mit Hochdruck an dieser maroden Fassade Graffitis, die aufgebracht wurden, zu entfernen. Denn es handelt sich um ein öffentliches Gebäude, und die KASA hat dazu einen entsprechenden Auftrag.

Laut Internetveröffentlichung der KASA wird neben der zügigen Reinigung der städtischen Objekte - wohl von jeglichen Schmierereien - auch jedes illegale Graffiti überall entfernt. Anschließend wird, so die Berichterstattung, durch Anzeigenerstattung bei der Polizei und Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche gegen die Täter vorgegangen. Es soll wohl eine Aufklärungsquote von 10 Prozent geben. Daraus könnte man jetzt folgern, dass unaufgefordert aufgebrachte Graffitis an privaten Immobilien legal sind, solange sie keinen strafrechtlich relevanten Inhalt aufweisen. Immerhin werden sie nicht mit den Mitteln der Stadt Köln entfernt; denn hier wird die KASA nur kostenpflichtig tätig.

Auffassung von uns - und nicht nur von uns - ist, dass der Bürger einen Anspruch auf Schutz seines Eigentums durch den Staat, in diesem Fall also durch die Kommune, hat - das insbesondere auch in Köln. Es ist kaum vorstellbar, dass die Schmierereien von Angehörigen des bürgerlichen Lagers getätigt werden.

(Unruhe)

- Lachen Sie nur; das vergeht Ihnen vielleicht noch.

Die linksideologischen Hochburgen in Köln liefern mit ihrem Erscheinungsbild ein beredtes Zeugnis. Wir wissen also, in welchen Bereichen fast ausschließlich nach den Tätern zu suchen ist. Gleichzeitig fördert Köln den gepflegten Linksradikalismus und die politische und materielle Unterstützung vom Verfassungsschutz beobachteter linksradikaler Vereinigungen. Aus deren Unterkünften heraus wurde Meldungen zufolge auch das unsägliche Treiben sogenannter Umweltschützer im Hambacher Forst organisiert. Weitere Großtaten sind die organisierte Behinderung der Demokratie mit Unterstützung städtischer Ordnungskräfte bei einer Veranstaltung der AfD vor Kurzem in Kalk.

Köln fördert mit dem Geld seiner Bürger das Umfeld, aus dem heraus fast ausschließlich die beklagten Straftaten, das Aufbringen von Graffitis, begangen werden. Und dann lässt Köln ebenfalls mit dem Geld der Bürger einen Teil der Folgen dieser Unterstützung und Förderung entfernen, aber nur an städtischem Eigentum, während der private Immobilienbesitzer die Folgen einer solchen Politik auszuhalten oder auf eigene Kosten zu beseitigen hat.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie behaupten von sich, im Zweifel linke bzw. grüne Positionen zu vertreten. Das haben Sie einmal zu Beginn Ihrer Wahlperiode öffentlich gesagt. Auch andere linksideologische Parteien im Rat der Stadt Köln sowie die ehemals rechtskonservative, bürgerliche und leider diesbezüglich ziemlich eingeschlafene CDU sollten in diesem Fall doch so konsequent sein, die Folgen ihrer Politik auch vom Privateigentum auf städtische Kosten entfernen zu lassen. Diesem Antrag nicht zuzustimmen wäre meiner Meinung nach ein Schlag ins Gesicht derer, die diese Politik auszuhalten haben. Man könnte hier also nicht nur das Stadtbild, sondern vielleicht auch das Verhältnis des

Rates der Stadt Köln oder der Stadt Köln zu ihren Bürgern verbessern. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss richtigstellen, dass städtische Ordnungsträger in keinem Fall die Behinderung der Demokratie unterstützen.

(Beifall)

Außerdem erinnere ich in diesem Zusammenhang an die Geschäftsordnung. Sie haben keinen Deckungsvorschlag gebracht, deshalb ist es schwierig, über diesen Antrag eine Beschlussfassung herbeizuführen, wenn nicht gar unmöglich. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Entfernung von Farbschmierereien an nicht – öffentlichen Gebäuden bezuschusst wird. Dies gilt insbesondere auch für die Farbschmierereien ohne strafrechtlich relevante Inhalte.

Abstimmungsergebnis:
Der Antrag wird nicht zur Abstimmung gestellt, da ein Deckungsvorschlag fehlt.

Anmerkung:
s. § 3 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen:

(4) Anträge können nur beschlossen werden, wenn die notwendigen einmaligen und/oder laufenden Ausgaben dafür zur Verfügung stehen. Erfordert ein Antrag Mittel, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, kann über ihn nur beraten und ab-gestimmt werden, wenn er gleichzeitig einen ausreichenden und gesetzlich zulässigen Deckungsvorschlag enthält.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt.

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Schulsozialindex weiterentwickeln und breit anwenden!“ AN/0474/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT AN/0737/2019

Als Erster hat Herr Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Änderungsantrag der demokratischen Fraktionen und Gruppen zum Thema und möchte mit einer Klarstellung und Präzisierung beginnen, weil wir erfahren haben, dass es vonseiten der Verwaltung gewisse Vorbehalte gab bezüglich des dritten Beschlusspunktes unseres Textes. Ich räume ein: Wenn man den so herunterliest, dann könnte der Eindruck entstehen, die Antragsteller forderten, dass zusätzliche Millionen ins System einfließen. Das ist nicht gewollt; das wollen wir richtigstellen.

Die Botschaft dieses Antrags ist die, dass das, was da ist, und das, was von dritter Seite als Bezuschussung kommt durch den Sozialindex, ins System einfließen muss und soll und nicht zusätzliche Mittel.

Deshalb schlagen wir als Antragsteller beim dritten Beschlusspunkt folgende Präzisierung vor in Analogie zum zweiten Punkt:

> 3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die genannten Schulen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Dazu gehört eine Verbesserung der personellen Ausstattung, soweit es vom Schulträger möglich ist.

Damit ist Schluss.

Der Halbsatz „etwa durch Verstärkung der Schulbegleitung“ soll gestrichen werden, weil er hierhin fachlich nicht passt.

Das wäre die Aktualisierung. Ich glaube - ich schaue zur Kämmerin -, mit dieser Änderung kann die Verwaltung leben. - Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss nicht Bildungsexpertin oder -experte sein, um den Zusammenhang zu verstehen, dass bei uns im Land leider immer noch die soziale Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet. Bei der Bürgerbeteiligung zum Regierungsbericht über Lebensqualität in Deutschland im November 2017 brachte es einer der Teilnehmer wie folgt auf den

Punkt. Er sagte: „Bildung ist das Sprungbrett zu einem guten Leben."

Uns allen ist aus der eigenen Schullaufbahn, aus der Schule bekannt, wie heterogen die Zusammensetzung in den einzelnen Klassen ist. Diese Ungleichheit verteilt sich eben nicht nur innerhalb einer Klasse oder einer Schule, sondern insbesondere auch unter den Schulen in einem Sektor, wie zum Beispiel in unserem Kölner Stadtgebiet.

Meine Damen und Herren, um die Weichenstellung in Richtung Chancengleichheit herbeizuführen, sind wir daher verpflichtet, Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Es ist in diesem Kontext gut zu wissen und sehr zu begrüßen, dass die Fachverwaltung dies schon lange in ihre Überlegungen und Entscheidungen mit einfließen lässt.

Der Klassiker in der Fachliteratur zum Thema hat im Übrigen den gleichen Titel: „Ungleiches ungleich behandeln. Standortfaktoren berücksichtigen - Bildungsgerechtigkeit erhöhen - Bildungsarmut bekämpfen", von Professorin Gabriele Bellenberg und Gerd Möller, herausgegeben 2017.

Dort heißt es in Kapitel 3, „Gründe und Folgen für sozial segregierte Schulen", dass - ich zitiere -:

> wissenschaftliche Befunde belegen, dass offensichtlich nicht nur individuelle Merkmale einer Schülerin oder eines Schülers, wie Leistungspotenzial und soziale Herkunft, für den Bildungserfolg entscheidend sind, sondern auch der Besuch einer Schule in einem bestimmten sozialen Umfeld und in Folge die soziale und leistungsmäßige Zusammensetzung der Schülerschaft. Vor dem Hintergrund von Chancengleichheit werden Schülerinnen und Schüler aus schwierigen sozialen Verhältnissen doppelt benachteiligt, zum einen durch ihre soziale Herkunft und zum anderen durch die Lernumgebung [...].

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Anwendung des Sozialindexes ein wertvolles und hilfreiches Instrument. Ohne an dieser Stelle weiter oder tiefer fachlich darauf einzugehen, ist die Kombination der anonymisierten Schülerwohndaten aus dem normalen Schulverwaltungsprogramm mit kleinräumigen Armutsdaten der Bundesanstalt für Arbeit ein sehr, sehr zuverlässiger Messwert für das Armutsrisiko und insoweit die Unterstützungsnotwendigkeit an einzelnen Schulen in Köln.

Der im Antrag angesprochene Bildungsmonitoring-Bericht der Fachverwaltung dokumentiert, dass kommunale Bildungsressourcen nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern eben bedarfsorientiert verteilt werden sollen. Zugleich verweist die Verwaltung darauf, dass weiterer Handlungsbedarf besteht. Deshalb ist es konsequent, wenn wir fordern, dass alle zu verteilenden Ressourcen durch den Filter des Sozialindexes müssen: Schulsozialarbeit, Ganztagsangebote, Sprachförderung, personelle und sachliche Ausstattung der Schulen bis hin zur Prüfung der Senkung von Klassenfrequenzen. Das ist natürlich schwierig, weil da die Schulaufsicht ein Wörtchen mitzureden hat. In Hamburg wird es uns vorgemacht; aber die Hamburger haben es einfacher, weil sie ein Landesparlament sind.

Die Filterung über den Sozialindex findet dann selbstverständlich - wie ich auch eingangs schon sagte - auch Anwendung auf alle Förderungen und Bezuschussungen von Land und Bund wie etwa das Programm, das derzeit sehr erfolgreich läuft, „Gute Schule 2020".

Meine Damen und Herren, besondere Förderung verdienen sich alle Schulen, die Inklusionsangebote vorhalten und sich weiterhin um die Verbesserung und den Ausbau des gemeinsamen Lernens kümmern. Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz klipp und klar und deutlich an die Adresse der Kölner Gymnasien Folgendes sagen: Das, was da passiert ist und passiert, geht nicht. Es kann nicht sein, dass sich eine ganze Schulform aus der Inklusion verabschiedet.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/ Die Grünen und der LINKEN)

Ich habe hier und an anderer Stelle schon mehrfach für unsere Fraktion gesagt, dass wir bei den weiterführenden Schulen die klare Priorität auf die Gesamtschulen legen.

Zudem ist natürlich richtig, dass wir durch die Umstellung von G9 auf G8 den Bedarf an zwei oder drei neuen Gymnasien haben. Das ist völlig unbestritten. Aber wenn das der Fall ist, dann müssen wir es hier konsequent durchziehen, dann müssen sich die Gymnasien bei der Anwendung des Sozialindexes und bei der Verteilung von kommunalen Ressourcen ganz hinten anstellen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich habe vereinzelt gehört, dass dieser Antrag, der hier zur Beschlussfassung vorliegt, eigentlich ein Fachantrag für den Schulausschuss sei. Dem möchte ich ausdrücklich wider-

sprechen. Jeder Ratsantrag hat in der Regel eine inhaltliche Anbindung an einen oder mehrere Ausschüsse. Ich möchte für unsere Fraktion sehr deutlich machen, dass die Frage, wie man nachhaltig Verbesserungen auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit macht, für uns jedenfalls eine ganz zentrale Frage für unsere Stadt ist. Deshalb ist der Antrag hier im Rat auch genau an der richtigen Stelle.

Zum Schluss möchte ich allen demokratischen Fraktionen und Gruppen dafür danken, dass sie mit uns diesen Weg gegangen sind, dass sie unsere Initiative aufgegriffen haben. Wir haben gemeinsam die Beschlusspunkte ergänzt und präzisiert. Deshalb ist es gut, wenn die Unterstützung benachteiligter junger Menschen an den Kölner Schulen eine breite politische Mehrheit findet. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth, wünschen Sie an dieser Stelle zu sprechen? - Nein, okay. Dann rufe ich Herrn Dr. Schlieben auf.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Franz Philippi hat schon richtig erwähnt, dass die CDU und auch andere Fraktionen immer für gute Politik und gute Entscheidungen zu haben sind - auch an dieser Stelle. Inhaltlich ist zu dem Antrag ja schon einiges gesagt worden, was ich weder aus dem Antrag noch aus der vorangehenden Rede hier wiederholen möchte.

Wenn Sie sich aber mit Sozialindexierung einmal kurz auseinandersetzen wollen, finden Sie von Professor Peek von der Universität zu Köln schon vor einigen Jahren entsprechende Fragen formuliert:

- Welche Daten sollen überhaupt in so einen Index eingehen?
- Wo liegen die Möglichkeiten?
- Wo liegen die Grenzen der Zugänglichkeit zu den Daten, aber auch der Sozialindexierung?
- Wie geht man mit den Daten um, und woher bekommt man sie? Aus Fragebögen von Schülern und Eltern, oder kann man sie durch die amtliche Schulstatistik erheben?
- Trägt der Sozialindex wirklich dazu bei, schulische Qualitätsentwicklung zu betreiben?

Das sind alles Fragen, die sich schon vor vielen Jahren im Zuge der Schulsozialindexierung gestellt haben. Die Stadt Köln gibt auch seit 2012 eine Antwort darauf.

Ich möchte aus einem Beschluss zitieren, den wir schon im Februar dieses Jahres gefasst haben, als wir uns mit der Schulsozialarbeit beschäftigt haben. Auch da - ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen - haben wir die Konzeptionierung der Schulsozialarbeit unter Einbeziehung des Schulsozialindexes beschlossen. Es wurde uns von der Verwaltung noch einmal dargelegt, dass wir seit 2012 im Schulsozialindex „die Schülerinnen und Schüler, deren Familien sich im SGB II-Bezug befinden“ sowie „die Schüleranzahl an einer Schule“ berücksichtigen und eben auch die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die staatliche Transferleistungen beziehen.

Ich möchte damit sagen, dass die Stadt Köln und die Politik eine Reihe der Fragen, die ich vorhin aufgeworfen habe, beantwortet und, wie ich denke, auch sinnvoll umgesetzt haben. Unser Antrag, den wir hier quer über alle Grenzen formuliert haben, lässt darauf noch einmal einen kritischen Blick zu und fragt oder beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, wie man dieses Instrument noch besser, noch schärfer verwenden kann, und das immer mit dem Blick, dass man auf der einen Seite die Ressourcensteuerung hat und auf der anderen Seite Adjustierungsmodelle, die zu fairen Vergleichen und auch zu einer fairen Verteilung der Ressourcen führen.

Das finde ich wunderbar. Hier sind wir schon unterwegs. Jetzt schauen oder prüfen wir, ob wir noch weiter gehen können. Frau Oberbürgermeisterin muss nicht wie vorhin anmerken, dass wir hier zusätzliche Haushaltsmittel verteilen. Das tun wir natürlich nie. Sondern die Verwaltung prüft für uns: Was ist hier machbar? Wenn etwas machbar ist, muss es dazu ein Preisschild geben, und dann wird man sich noch einmal hier oder in anderer aktueller Zusammensetzung treffen, um darüber weiter zu befinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schenke Ihnen eineinhalb Minuten Ihrer Lebenszeit. Stimmen Sie diesem Antrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Thelen das Wort.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst bei der Verwaltung für die hervorragende Terminfindung für den heutigen Tag. Es freut mich doch sehr, dass ich heute hier reden kann.

(Heiterkeit)

- Ja, wirklich. Wer hat schon eine solche Chance an seinem Geburtstag?

(Beifall)

Der gemeinsame Änderungsantrag der Demokraten in diesem Rat gliedert sich - ich versuche, näher auf den Antrag einzugehen - in zwei Teile. Ich muss zugeben, dass ich für meine Rede kein pädagogisches Buch gelesen habe.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Die kennst du alle auswendig!)

- Ich kenne welche, ja.

Es sind also zwei Teile. Im ersten Teil wird - was die Schulverwaltung, wie ich finde, schon hervorragend macht - die konsequente Weiterführung der Sammlung empirischer Daten gefordert, um zu ermitteln, wo aufgrund der sozialen Lage für die entsprechenden Schulen mehr Ressourcen bereitgestellt werden müssen.

Im zweiten Teil wird aufgezeigt, wie durch konkrete Maßnahmen die Situation solcher Schulen in dem schwierigen Umfeld verbessert werden kann. Die genannten Maßnahmen zielen darauf ab, dem zentralen bildungspolitischen Ziel zu entsprechen, nämlich jedem Kind, jedem Schüler, jeder Schülerin die bestmögliche Förderung angedeihen zu lassen.

Jetzt muss ich tatsächlich auch etwas zu den Gymnasien sagen nach dem Ausstieg aller Gymnasien aus der vollständigen Inklusion. Man muss das ja so sagen; denn wenn ich beispielsweise im Rollstuhl sitze und entsprechend angeblich begabt bin, dann darf ich aufs Gymnasium gehen. Ich will auch nicht darüber diskutieren, wie es mit den Grundschulgutachten steht und wie deren Auswirkungen sind. Das ist vielen bekannt.

Die Gymnasien haben sich also aus der vollständigen Inklusion verabschiedet, was wir sehr bedauern - nicht nur aus menschlichen Gründen, sondern auch, weil teilweise entsprechend gebaut und die Schulen ausgestattet worden sind.

Deshalb finden wir es umso wichtiger, die anderen Schulformen bei der menschenrechtlich geforderten Aufgabe der Inklusion stärker zu unterstützen. Dabei ist natürlich nicht nur der Schulträger gefragt. Er muss alles, was möglich ist, in personeller Hinsicht, in der Ausstattung mit Sachmitteln und auch in baulicher Hinsicht tun, um Gerechtigkeit für alle Schüler und Schülerinnen durch die Gleichheit der Chancen herzustellen. Das hat Franz Philippi gesagt; das hat auch Herr Schlieben gesagt.

Vielleicht ist es nicht falsch, etwas zu den Möglichkeiten personeller Verbesserung zu sagen. Ich schaue die Frau Kämmerin an. Natürlich wissen wir, dass die Schulbegleitung ein individuelles Recht darstellt, das der Schulträger nicht bereitstellen kann, aber eine Verstärkung der Sozialarbeit wäre zum Beispiel möglich, und vielleicht findet die Schulverwaltung kreativ andere Möglichkeiten. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, im gesamten Bereich von Schulen und auch dem, was in anderen Bundesländern möglich ist, nach entsprechenden Möglichkeiten zu suchen.

Im Punkt 4 des Antrags wird an die Bezirksregierungen appelliert, die Frequenz in den Klassen des gemeinsamen Lernens der Absichtserklärung der Landesregierung anzupassen - bitte genau aufpassen: Absichtserklärung; das ist nicht umgesetzt -, nämlich auf höchstens 25 zu beschränken. Ich kenne Klassen mit 31 Schülern und Schülerinnen darunter fünf Förderkinder. Das ist unzumutbar für die Lernenden, aber sicherlich auch für die Lehrenden.

Aber auch der fünfte Punkt unseres gemeinsamen Änderungsantrags sollte nicht übersehen werden. Er bedeutet, dass die Sache brandeilig ist; sie duldet keinen Aufschub. Wir wünschen deshalb dem neuen Schuldezernenten, dass er dies als erste Bewährungsprobe auffasst und diese erfolgreich besteht. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand die Rede von Horst The-

len eben sehr gut; sie hat mir total gut gefallen. Man kann das ja auch mal loben.

Ich möchte jetzt gern - ohne jeglichen Professor zitieren zu wollen - einfach nur an das Land der Dichter und Denker erinnern, in dem noch immer unendlich viele Talente verschwendet werden. Begabte Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien werden in Schulen nicht so gefördert, wie es sein müsste. Damit sie ihre Talente und Begabungen entfalten können, brauchen sie Unterstützung.

Diese Kinder haben es schwerer in der Schule:

- wenn ihre finanziell benachteiligten Eltern mit mehreren Jobs versuchen müssen, über die Runden zu kommen, und sich deshalb nicht so viel Zeit nehmen können, um ihre Kinder zu fördern,

- wenn es keine Bücher oder andere Bildungsangebote im Elternhaus gibt,

- wenn ihre Eltern nach der Flucht versuchen, in einem fremden Land Fuß zu fassen,

- oder wenn sie eigene Traumata aus Krieg und Flucht verarbeiten müssen.

All diese und noch mehr Gründe führen dazu, dass diese Kinder mehr Förderung als andere Kinder brauchen. Doch diese Förderung gibt es leider nicht umsonst. Der Einwand ist schon gebracht worden: Es geht hier jetzt nicht um irgendwelches Geld, was wir zwar brauchen, aber im Moment nicht fordern.

Dennoch: Förderung gibt es nicht umsonst. Es kam eben - darum danke ich Herrn Thelen an der Stelle ganz besonders - noch einmal der Hinweis, dass Schulen Ausstattungen erhalten haben, die sich aber an der Inklusion nicht beteiligen. Es wäre ein erster Schritt, der auch kein Geld kostet, weil die Sachen bereits da sind, dass die Schulen diese Ausstattungen bekommen, die sie auch tatsächlich benötigen. Das ist Umverteilung von Bildung oder von möglichen Handreichungen an der Stelle.

Wir freuen uns, dass es hier im Rat eine große Einigkeit darüber gibt, diesen Weg zu beschreiten - jetzt nicht speziell diesen, aber im Gesamten mit dem Antrag. Leider gibt es in der Tat zu wenig Stellschrauben, an denen die Kommune drehen kann. Sozialarbeiter, Schulbegleitung, offener Ganztag an den Grundschulen sind die drei wichtigsten Felder der Kommune, auf die wir auch hier unsere Aufmerksamkeit richten wollen.

Wir sollten im Zuge der Haushaltsberatungen auch einmal darüber reden, wie die sogenannten Brennpunktschulen vielleicht doch wieder ihren einmaligen Zuschlag erhalten, um eine bessere Förderung zu bekommen. Im Jahr 2015 hatten wir das schon einmal auf Anregung der LINKEN im Haushalt. Leider wurde das durch Schwarz-Grün gleich im folgenden Jahr wieder herausgenommen. Daher reden wir vermutlich auch heute wieder darüber, weil einfach diese Gelder an der Stelle fehlen.

Neben den Entscheidungen der Kommune müssen wir aber auch vor allem das Land in die Pflicht nehmen. Einer der Schlüssel für Bildungserfolg sind die Klassengrößen. Wir freuen uns sehr über die Absichtserklärung von Frau Gebauer, die Klassengröße in den Klassen des gemeinsamen Lernens abzusenken. Die Landesregierung will ermöglichen, in den Klassen des gemeinsamen Lernens nur noch 25 statt 27 Kinder aufzunehmen. Wir appellieren an Frau Gebauer, dass es nicht bei einer Absichtserklärung bleibt, sondern dass auch Taten folgen.

Nun senden wir mit dem gemeinsamen Antrag ein deutliches Zeichen, dass wir mindestens den Richtwert von 25 in Köln umsetzen wollen und gleichzeitig weiterhin einen kleineren Wert verhandeln wollen.

Von der schwarz-gelben Landesregierung würden wir ebenso gern ein klares Signal für eine bessere Schulsozialindexierung sehen. Die Ressourcen für die zusätzliche Förderung sind einfach notwendig. Im Moment ist es einfach nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. 60 Talentschulen können darüber nicht hinwegtäuschen.

Im Schuljahr 2015/2016 wurden lediglich 916 Stellen bei insgesamt 2 845 Grundschulen in ganz NRW zur Verfügung gestellt. Die neue Landesregierung hat immerhin 600 zusätzliche Sozialpädagogen-Stellen für insgesamt 2 800 Schulen geschaffen. Gleichzeitig klagen Inklusionsschulen - darauf hatte ich bereits am Anfang hingewiesen -, an denen sich immer mehr soziale Schwierigkeiten abbilden, darüber, dass die Sozial- und Sonderpädagogen abgezogen werden, um Klein- und Kleinstförderschulen am Leben zu erhalten.

Wenn uns tatsächlich - es blinkt rot, aber es blinkt im wahrsten Sinne des Wortes rot - mehr an Bildungsgerechtigkeit gelegen ist, dann müssen wir uns das auch etwas kosten lassen. Die Investition in die Zukunft - das wird hier immer wieder betont - ist eine Investition, die sich hundertfach auszahlen wird. Deswegen, meine lie-

ben Kollegen der FDP, der CDU, der Grünen und der SPD - all jene, die im Landtag vertreten sind -, bitte unterstützen Sie das, was die Stadt Köln im Landtag, aber nicht nur im Landtag braucht, sondern in ganz NRW, vor allem für unsere Kinder. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg, bitte.

Sylvia Laufenberg (FDP): Meine sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben schon viel gesagt. Der Kölner Schulsozialindex ist das Vorbild für den Schulsozialindex in NRW gewesen und ist auch bei der Auswahl unserer Talentschulen bereits zum Tragen gekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte dementsprechend hier auf die Kritik der SPD und auch meiner Vorrednerin an unserer Schulministerin im Land eingehen. Ich möchte diese nämlich ganz scharf zurückweisen.

Sie haben dargestellt, dass wir die Inklusion als FDP/CDU-Regierung komplett zurückfahren würden. Das entspricht nicht der Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben, wie angekündigt und wie Lehrerschaft, Schüler und Eltern das wollten, zunächst das Tempo herausgenommen und wieder dafür gesorgt, dass wir unsere Förderschulen erhalten und diese wieder ausbauen und stärken.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch - das gehört zur Wahrheit dazu - dem Wunsch der Eltern und der Schülerschaft entsprochen und G9 wieder eingeführt.

Ja, es ist richtig, dass viele Gymnasien dementsprechend weniger Inklusion einführen oder betreiben, wie wir uns das wünschen. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir ehrlich: Das ist doch ein Prozess. Wir wollen doch alle gemeinsam selbstverständlich die Inklusion vorantreiben, und das wird den Gymnasien demnächst wieder gelingen, wenn auch in kleineren Schritten.

Das war die Kritik, die an der alten Landesregierung täglich gefahren worden ist, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern überfordert haben mit dem Tempo, was Sie vorher einfach gebracht haben, und zwar ohne Finanzierung und ohne Ideen. Das wird jetzt endlich richtig gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Das ist unsere Regierung aus FDP und CDU und unsere Schulministerin, die hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie hierzu die Berichterstattung verfolgen würden, könnten Sie sehen, dass wir natürlich auch die Schulsozialarbeiter weiter gestärkt haben und auch weitere Stellen eingeführt haben, wie die Kollegin gerade schon gesagt hat. Vor zwei Tagen hat Frau Gebauer erneut ausgerufen, dass wir weitere 100 Schulsozialarbeiter einstellen werden; denn wir werden auch ein neues Thema intensiv bearbeiten, was Sie in den letzten Jahren außer Acht gelassen haben, und zwar Mobbing und Gewalt an unseren Schulen, und das tagtäglich in NRW. Auch das werden wir jetzt angehen. Deswegen gibt es wieder Schulsozialarbeiter.

Dementsprechend muss ich diese Kritik zurückweisen. Der Schulsozialindex ist in Ordnung hier in Köln. Das ist ein guter Ansatz, den das Land übernommen hat. Dementsprechend stimmen wir natürlich diesem Antrag hier auch zu. Aber die Kritik an das Land ist nicht angebracht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den mündlich geänderten Antrag unter Ziffer 3 abstimmen, und zwar heißt diese Ziffer 3 jetzt im ersten Satz:

> Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die genannten Schulen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Dazu gehört eine Verbesserung der personellen Ausstattung, soweit es vom Schulträger möglich ist.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Punkt, Halbsatz gestrichen, und dann geht es weiter!)

- Genau, das ist die Änderung, über die wir jetzt abstimmen. Wir lassen jetzt also über den gesamten Änderungsantrag in dieser Form abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT mit der mündlichen Anpassung von Ziffer 3 des Änderungsantrages durch die Antragsteller

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, das bewährte Verfahren zur Ermittlung eines Sozialindexes für Kölner Schulen konsequent weiterzuführen und weiterzuentwickeln. Ziel ist und bleibt die kindgerechte Verteilung von Ressourcen an den Kölner Schulen zum Zweck der Verteilungsgerechtigkeit und der Verhinderung von Bildungsarmut.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welche städtischen Mittel und Ressourcen, die der örtliche Schulträger an die Schulen verteilt, über die bisherige Praxis hinaus eine Anwendung des Sozialindexes sinnvoll umgesetzt werden kann. Hier kommt aus fachlicher Sicht unter anderem der Ausbau von Sprachförderung, Inklusions- und Ganztagsangeboten bis hin zu der Steuerung der Größe von Lerngruppen in Betracht. Eine solche Prüfung muss auch Bezuschussungen von Land und Bund in den Blick nehmen, soweit diese nicht ohnehin schulscharf vergeben wurden.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die genannten Schulen bedarfsgerecht ausgestattet werden: dazu gehört eine Verbesserung der personellen Ausstattung, soweit es vom Schulträger möglich ist. Weiter sind die Schulen im Sachmittelbereich so auszustatten, dass sie jeden Schüler und jede Schülerin bestmöglich fördern können. Ebenfalls sind Verbesserungen im baulichen Bereich prioritär umzusetzen.*

4. *Die Verwaltung wird gebeten mit der Bezirksregierung darüber zu verhandeln, die Klassenfrequenzen in Klassen des gemeinsamen Lernens nach Möglichkeit zu senken.*

5. *Dem Schulausschuss ist in möglichst kurzer Frist darzulegen, mit welchen Maßnahmen das genannte Ziel der Stärkung der genannten Schulen erreicht werden kann.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Ursprungsantrag

Die Abstimmung über den Ursprungsantrag erübrigt sich aufgrund der Beschlussfassung zum Änderungsantrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Aussteigerprogramm Linksextremismus“
AN/0656/2019

Herr Tritschler hat das Wort.

Ich möchte schon am Anfang sagen, dass auch dieser Antrag keinen Deckungsvorschlag enthält, deswegen ist hierzu ein Beschluss gemäß § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung nicht möglich. - Herr Tritschler.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Jeder Extremist ist Mist“ - so hört man es gelegentlich von Teilen dieses Hauses. Aber wie ernst kann man das eigentlich nehmen?

Herr Petelkau, der den Nachlass der Kölner CDU verwaltet, feierte sich im Dezember 2018 mit folgender Aussage auf der Webseite seines Kreisverbands - ich zitiere -:

> Ich begrüße es sehr, dass der Bundesparteitag einstimmig dem Antrag der CDU Köln und anderer Kreisverbände gefolgt ist und damit eine klare Abgrenzung zur AfD und zur Linkspartei vorgenommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Das hört sich nett an, war aber leider schon gelogen, bevor es aufgeschrieben wurde. Denn noch einige Monate davor hatten Sie im Rat mit der „sozialistischen Einheitsfront“ Karl Marx hochleben lassen; und das zieht sich weiter durch Ihre Arbeit.

Die FDP wiederum, die vermeintlich alle Ideologien verneint, lässt im aktuellen Europawahlkampf Flugblätter verteilen, die zur Wahl der Linkspartei aufrufen. Dahin ging auch der erste Redebeitrag des heutigen Tages.

Die Insolvenzmasse der SPD wiederum träumt öffentlich von Enteignungen unbescholtener Unternehmen und muss sich fragen lassen, was sie eigentlich von den Altstalinisten bei der LINKEN unterscheidet.

Meine Damen und Herren, Ihre vermeintliche Abgrenzung zur extremen gewalt- und terrorbereiten Linken ist nicht glaubwürdig. Das gilt in besonderem Maße für das politische Establishment in dieser Stadt.

Auf meine Vorhaltung, Sie würden linken Terror in dieser Stadt wohlwollend tolerieren, reagierten Sie vor einigen Wochen mit viel Krach und künstlicher Empörung. Argumentativ konnten Sie freilich kein einziges Wort davon widerlegen und haben dies auch bis heute nicht getan.

Herr Klausing, der uns heute verlassen hat, sang unter stürmischem Applaus seiner eigenen sowie der Fraktion DIE LINKE ein Loblied auf das Autonome Zentrum, ein Nest von Kriminellen und Verfassungsfeinden.

Wenn dieses Autonome Zentrum zu Straftaten aufruft, wie das vor wenigen Tagen geschehen ist, dann müssen sowohl Herr Klausing als auch all jene, die geklatscht haben, sich vorhalten lassen, dass sie jetzt Komplizen dieser Straftäter sind.

Aber nicht nur er ist ein Komplize, alle anderen in diesem Hause, die das AZ decken, gehören dazu, und natürlich auch die geschätzte Frau Oberbürgermeisterin.

Meine Damen und Herren, die Zustände, die der aktuelle Wahlkampf - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss Ihnen einen Ordnungsruf erteilen. Wir sind keine Komplizen von Straftätern!

(Beifall)

Sven Tritschler (AfD): Ich werde es wie einen Orden tragen, Frau Oberbürgermeisterin.

Meine Damen und Herren, die Zustände, die der aktuelle Wahlkampf in Köln offenbart und offenbart hat, wie zum Beispiel in Kalk, müssen jeden wirklichen Demokraten beschämen. Ich rede jetzt nicht von abgerissenen Plakaten - ich bin nicht aus der CDU und verfalle diesbezüglich gleich in Weinkrämpfe -, sondern ich rede von Gewalt, von Morddrohungen, vom Niederbrüllen des politischen Gegners, von Einschüchterungen und von Terror.

Und nein, Sie alle können Ihre Hände da nicht in Unschuld waschen; denn dieses Verhalten wird von Ihnen allen, von der Stadtverwaltung und auch von deren Spitze befördert und toleriert.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Davon distanziere ich mich auch auf das Schärfste! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Was redet der da eigentlich?)

Ich stelle das übrigens - - Bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss jetzt den zweiten Ordnungsruf innerhalb von drei Minuten verhängen. Wir befördern keine Morddrohungen!

Sven Tritschler (AfD): Ich habe es schon verstanden, Frau Oberbürgermeisterin. Es ist gut.

Ich stelle das übrigens ganz nüchtern fest. Das ist kein Gejammer. Wenn ich mich ausheulen will, spreche ich lieber mit Leuten, die charakterlich integer sind.

(Unruhe)

Aber eines verspreche ich Ihnen: Wir werden da nichts vergessen. Und die Kölner sehen da inzwischen durch.

(Unruhe)

Nochmals vielen Dank an die CDU für die tolle Umfrage: Jeder zehnte Kölner will uns also trotz aller Widrigkeiten wählen. Das werden noch mehr, ich verspreche es Ihnen.

Mit unserem Antrag jedenfalls haben Sie jetzt schon die Möglichkeit, den linksextremen Tumor in dieser Stadt zu bekämpfen. Das werden Sie aber natürlich nicht tun; denn die Schlägertrupps sind Ihnen ja ganz nützlich. Wie dem auch sei, ich fordere Sie zur Unterstützung des Antrags auf.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt, hat mich das, was ich gerade hören musste, doch ein bisschen fassungslos gemacht. Ich denke, auf diese Weise ist es absolut nicht angebracht, hier im Rat der Stadt Köln zu sprechen und auch sonst nicht zu sprechen.

(Lebhafter Beifall)

Wer hier auf diese Weise das, was wir im Rat machen, diskreditiert, der schadet der ganzen Stadt Köln. Ich möchte, dass Ihnen das irgendwann auch einmal klar wird. Vielleicht gelingt das ja. Ich gebe die Hoffnung nie auf, aber ich denke, es ist viel zu tun.

Zu Ihrem Antrag: Mein erster Impuls, als ich ihn las, war: Was soll ein solcher Antrag? Ich fragte mich, ob die Antragsteller eigentlich wissen, was sie da schreiben und fordern. Das war mein zweiter Gedanke. Wie kommen Sie auf die teilweise absurden Setzungen und Behauptungen, die im Antrag stehen? Fantasie, böse Unterstellungen, Nichtwissen oder eine Mischung aus allem? - Ich weiß es nicht.

Als Drittes drängte sich mir die Frage nach dem möglichen Motiv auf.

Fangen wir mit dem Motiv an: Wer andere angreift, lenkt von sich selbst ab - dazu mit Sätzen, die einer genaueren Recherche überhaupt nicht standhalten würden. Interpretationen von Fakten werden in Ihrem Antrag zu Behauptungen, weitgehend aus der Luft gegriffen, und daraus entstehen absurde Unterstellungen - das haben wir jetzt auch gerade gehört -, politische Gegner werden verunglimpft, zivilgesellschaftliches Engagement wird diskreditiert, als ginge eine Gefahr für unsere Gesellschaft und unser friedliches Zusammenleben hauptsächlich von links aus und nicht viel stärker von rechts -

(Zuruf von der AfD)

- ja, hören Sie mal zu, dann können Sie weiterreden -, was alle Statistiken belegen, die sich mit politisch motivierter Kriminalität befassen. Das kann jeder nachlesen, das ist alles öffentlich.

(Beifall)

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Wenn die Demokratie in Gefahr ist - wenn! -, heißt es, sich querzustellen. Meine Überzeugung ist, dass jeder in einer Demokratie die Rechte des Grundgesetzes, das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit hat und dass gewaltsame Auseinandersetzungen und alle Formen von Extremismus zu verurteilen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Es hat aber auch jeder das Recht darauf, vor übler Nachrede geschützt zu werden, und das erst recht durch Angehörige einer Partei, die einen ganz eigenen Umgang mit Recht und Gesetz zu pflegen scheint. Wir erinnern uns an die Parteispendenaffäre in der AfD, wir erinnern uns an Herrn Strache in Österreich, der in engem Kontakt zur AfD stand und dem Herr Meuthen am Wochenende noch bescheinigte, dass er zu ihm stehe und seinem österreichischen Partner, der FPÖ, nicht in den Rücken fallen werde aufgrund einer singulären Angelegenheit.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Georg Pazderski hält daran fest, dass er mit der FPÖ nach wie vor auf europäischer Ebene gut zusammenarbeiten kann und werde.

Auch in Köln gibt es - zuweilen leider auch hier im Rat - genug Erfahrungen mit rechten, menschenverachtenden Reden, mit nationalistischen Parolen, mit rassistischen Inhalten, mit herabwürdigenden, mit antimuslimischen und mit antisemitischen Äußerungen und mehr.

Aber kommen wir auf den Antrag selbst zurück: Schon auf Bundesebene versuchte die AfD im April 2018, das Thema zu besetzen. Auf ihre Kleine Anfrage im Bundestag zum Aussteigerprogramm für Linksextremismus des Verfassungsschutzes erhielt sie bereits Antworten, die einen Antrag wie den heute vorliegenden deutlich als überflüssig erkennbar machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn in der Antwort auf die Anfrage hieß es bereits mit Blick auf das Programm, dass das Aussteigerprogramm zum 1. September 2011 begonnen habe. Seitdem gebe es rund um die Uhr ein Kontakttelefon. Insgesamt gab es seit 2012 bis heute ganz genau 28 Kontaktversuche, die im Regelfall entweder per Telefon oder als sporadische Erstberatungsgespräche stattfanden. Längere Kontakte gab es zu keinem einzigen Ausstiegswilligen. 2016 gab es ganze sieben Anrufe; das sind 0,6 Kontaktaufnahmen im Monat.

Motive der Anrufer waren vor allem psychischer und sozialer Art, nicht jedoch politischer.

Schon diese Antwort macht deutlich, dass der Antrag der AfD obsolet ist. Es braucht keine kommunale Ausstiegsstelle mit einer täglich erreichbaren Telefon-Hotline. Es ist wohl völliger Unkenntnis oder Ignoranz der Zahlen geschuldet, dieses Programm, das bundesweit nahezu keinerlei Resonanz findet, aufleben lassen zu wollen mit einem Programm für Köln, mit einer Telefon-Hotline, die täglich besetzt ist. Ein Antrag also, der an der Realität völlig vorbeigeht.

Ja, es gibt auch politisch links motivierte Kriminalität, aber die große Gefahr liegt an anderer Stelle. Das Bundesinnenministerium veröffentlichte dazu vergangene Woche neue Zahlen. Die Polizei hat im Jahr 2018 wieder zahlreiche rassistische und antisemitische Straftaten registriert. Im März veröffentlichte der NRW-Innenminister Herbert Reul entsprechende Zahlen für NRW. Auch hier gab es einen weiteren Anstieg bei der politisch rechts motivierten Kriminalität vor allem im Bereich der Gewaltdelikte, darunter vor allem Körperverletzungsdelikte, daneben in den Bereichen Nationalsozialismus, Sozialdarwinismus und Hasskriminalität. Das ist wirklich besorgniserregend.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich bin daher sehr froh, dass sich hier alle demokratischen Parteien und Gruppen im Rat immer wieder für eine Stärkung der Demokratie und gegen jede Form des Extremismus einsetzen. Die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus der Stadt leistet zudem wichtige Arbeit.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das NS-Dok wird gerade zu einem „Haus für Erinnern und Demokratie“ erweitert. Damit wird ein weiterer Beitrag zur Demokratieförderung geleistet, und die pädagogische Arbeit sowie das Bildungsangebot werden verstärkt. Mit der AWO unterstützt durch einen Begleitausschuss bestehend aus Personen der städtischen Verwaltung, des NS-Dok, zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, religiös orientierten Trägereinrichtungen und Vereinen aus dem Stadtgebiet sowie der Polizei Köln setzt Köln das Programm „Demokratie leben!“ um - ein Programm, das für die Förderperiode ab 2020 sogar noch einmal gestärkt und noch einmal neu aufgelegt wird.

All das sind richtige Antworten und Voraussetzungen, um ein friedlicheres Miteinander in Köln zu gestalten: gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit, gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Ausgrenzung und Rassismus, für Demokratie, Menschenwürde und Toleranz. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe eben schon darauf Bezug genommen, dass nach § 3 Abs. 4 Ihrer Geschäftsordnung kein Beschluss in dieser Sache möglich ist.

Beschluss:

Die Stadt Köln schafft nach dem Vorbild des Bundesamtes für Verfassungsschutz ein Aussteigerprogramm für Mitglieder der linksextremen Szene. Dieses Programm beinhaltet eine täglich erreichbare Telefonhotline. Zudem soll eine Präsenz - Beratungsstelle in Rathausnähe eingerichtet werden. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden Hilfesuchende sozialpädagogisch im erforderlichen Umfang zu betreuen und in ein nicht fremdgesteuertes Leben zurückzuführen. Vorbild für dieses Aussteigerprogramm soll die Anlaufstelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz sein.

Abstimmungsergebnis:
Der Antrag wird nicht zur Abstimmung gestellt, da ein Deckungsvorschlag fehlt.

Anmerkung:
s. § 3 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen:

(4) Anträge können nur beschlossen werden, wenn die notwendigen einmaligen und/oder laufenden Ausgaben dafür zur Verfügung stehen. Erfordert ein Antrag Mittel, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, kann über ihn nur beraten und ab-gestimmt werden, wenn er gleichzeitig einen ausreichenden und gesetzlich zulässigen Deckungsvorschlag enthält.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Daher rufe ich jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Wohnen.Bezahlbar.Machen - Eigentümer verpflichten, auf freien Grundstücken Wohnungen zu bauen!“
AN/0669/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0742/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT
AN/0746/2019

Ich gebe zunächst Herrn Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorab die Bemerkung: Sozialdemokratie steht seit mehr als 150 Jahren für die Demokratie in diesem Land. Wir haben die Weimarer Verfassung maßgeblich mitgeprägt, wir haben das Grundgesetz maßgeblich mitgeprägt, und ich bin sehr froh darüber - das sage ich ausdrücklich in Richtung der rechten Ecke -, dass wir heute von den Konservativen über die Liberalen bis hin zu den LINKEN Parteien haben, die mit uns diese Demokratie und dieses Grundgesetz verteidigen werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir lassen uns diese Demokratie nicht noch einmal von Ihnen kaputtmachen.

Das Grundgesetz überträgt uns aber auch eine soziale Verantwortung. Da geht es um das Eigentum, das grundgesetzlich geschützt ist, aber auch verpflichtet. Hier setzt unser Antrag an: Eigentümer verpflichten, auf freien Grundstücken Wohnungen zu bauen. Wer freie Baugrundstücke in einer Stadt wie Köln hat, sollte sie auch bebauen. Dafür bietet das Baugesetzbuch auch die Möglichkeit von Zwangsmaßnahmen wie das sogenannte Baugebot. Dies muss endlich konsequent angewandt werden.

Angesichts der immer dramatischer werdenden Lage auf dem Wohnungsmarkt muss die Stadtverwaltung auch dieses Mittel nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen; denn von den seitens der Verwaltung angestrebten 24 000 neuen Wohnungen für den Zeitraum von 2015 bis 2018 sind gerade einmal 12 400 fertiggestellt worden. Um die Zahl des Stadtentwicklungskonzeptes bis Ende 2019 zu erreichen, müssten dieses Jahr demgemäß fast 17 600 Wohnungen fertiggestellt werden, was offenkundig utopisch ist.

Die Folge dieses Mangels an Wohnraum ist ein überhitzter Wohnungsmarkt mit zum Teil irrsinnigen Neuvertragsmieten, die sich breite Teile der Kölner Bevölkerung nicht mehr leisten können. Zur Bereitstellung von mehr Wohnbauflächen muss daher mehr getan werden bzw. alles getan werden, um neue Wohnungen auf den Markt zu bringen, um das Angebot zu erhöhen.

Der dringende Wohnbedarf der Bevölkerung ist als städtebaulicher Grund zur Anordnung eines Baugebotes gesetzlich ausdrücklich anerkannt in Art. 175 Abs. 2 Baugesetzbuch. Wir schlagen deshalb vor, die Verwaltung zu beauftragen, dieses Instrument konsequent zu nutzen. Mit einem Baugebot können Eigentümer von freien Grundstücken, zum Beispiel Baulücken, verpflichtet werden, ihre Grundstücke zu bebauen und neue Wohnungen zu schaffen.

Alternativ soll bei den Eigentümern dieser Grundstücke die Bereitschaft geweckt werden, ihre Grundstücke zum Verkehrswert an die Stadt Köln zu verkaufen, damit dort beispielsweise durch GAG, WSK oder Wohnungsversorgungsbetriebe Wohnungsbau entstehen kann.

Im ersten Schritt möchten wir, dass den 234 Grundstückseigentümern Baugebote ausgesprochen werden, die sich im Rahmen der Wiederaufnahme des Baulückenprogramms 2017/2018 nicht zurückgemeldet haben, sowie den 169, die gar nicht bauen wollen. Ihnen sind ausreichende Fristen zur Bebauung und zur Einreichung von Bauanträgen vorzugeben sowie Hinweise auf die Wohnungsförderungsprogramme von Land und Kommune.

Soweit die Stadt das Grundstück nicht für eigene Zwecke nutzen kann, ist eine Erbbaurechtsvergabe zur Errichtung von öffentlich gefördertem oder preisgedämpftem Wohnungsbau von maximal 9 Euro Netto-Kaltmiete vorzusehen.

Zusätzlich zum Baugebot und vorrangig vor Enteignungsverfahren ist den Grundstückseigentümern der Ankauf der Grundstücke durch die Stadt oder eine städtische Wohnungsbaugesellschaft anzubieten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns liegen zu unserem Antrag zwei Änderungsanträge vor. Zum einen möchte ich vorwegschicken: Den Änderungsantrag der LINKEN - ich habe das gesagt, Enteignung sehen wir nicht als ers-

tes Mittel, aber als Ultima Ratio an - würden wir übernehmen.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh!)

Zum anderen muss ich zum Änderungsantrag der Kollegen von CDU und Grünen sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist mal wieder so etwas aus Ihrer Kiste „Prüfen statt handeln“. Sie tun sich damit meiner Meinung nach keinen Gefallen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hier so tun, als würde das Baugebot bereits überall angewandt. Das ist nämlich nicht der Fall. Das ist auch nicht Teil des aktuellen Baulückenprogramms. Vielleicht kann Herr Beigeordneter Greitemann etwas dazu sagen, ob tatsächlich das Baugebot systematisch in der Stadt schon bei der Behandlung von Baulücken angewandt wird. Nach meiner Information ist es so, dass es früher durchaus - vielleicht haben Sie noch einen älteren Stand - im Baulückenprogramm enthalten war, im aktuellen aber nicht.

Insofern möchte ich noch einmal an Sie appellieren, auch hier konsequent zu handeln, anstatt noch einmal einen neuen Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben, der wieder nur Arbeit und wieder nur Papier produziert. Lassen Sie uns endlich vielmehr im Sinne bezahlbaren Wohnraums für diese Stadt handeln! Stimmen Sie dem Antrag von SPD und der Gruppe BUNT im Rat zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In zwei Tagen ist ein besonderer Tag: Wir feiern 70 Jahre Grundgesetz. Man könnte meinen, lieber Herr Frenzel und liebe SPD, Ihr Antrag ist zu einem sehr guten Zeitpunkt eingestellt worden.

In Art. 14 Abs. 2 unseres Grundgesetzes heißt es:

> Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Damit sind wir mitten in der wohnungspolitischen Debatte. Auch in diesem Fall scheut leider die SPD, die Debatte im Fachausschuss zu führen. Vielmehr bevorzugt sie, die Diskussion lieber im Rat anzusetzen.

Aber bringen wir es doch einfach mal auf den Punkt: Seit einigen Monaten schwelt eine recht unsinnige Diskussion um die Enteignung von Wohnungseigentümern als eine Kur der Wohnungsnot in deutschen Großstädten. Ihr Antrag ist die Vorstufe der Enteignung, während die LINKEN heute mutig genug sind, das Kind beim Namen zu nennen. Das machen wir so nicht mit.

Nicht durch die Enteignung verbessert sich die Lage, sondern durch Anreize, und die Verwaltung hat bereits richtige Schritte eingeleitet, wie wir den jüngsten Mitteilungen vom 26. April und 13. Dezember 2018 entnehmen konnten.

Ich möchte aber auch noch einmal an das Jahr 1990 erinnern: Damals hat der Rat der Stadt Köln das Kölner Baulückenprogramm beschlossen, um möglichst kurzfristig eine Vielzahl neuer Wohnungen zu schaffen. Wir haben damals beschlossen, unbebaute und mindergenutzte Grundstücke systematisch zu erfassen. Zu jedem Fall wurden auch alle verfügbaren Informationen und Unterlagen zusammengestellt. Danach sind alle Eigentümer und Eigentümerinnen angeschrieben worden, um ihnen Hilfe und Beratung anzubieten. Bis heute konnten dadurch 6 000 offene Baulücken und auch Mindernutzungen erfasst werden. 3 800 Fälle sind endgültig abgeschlossen worden. Dadurch entstanden mehr als 22 000 neue Wohnungen. Das sind rund sechs Wohnungseinheiten je Fall. Keine andere Stadt in Deutschland hat so viele Baulücken geschlossen und so viele Wohnungen in Baulücken geschaffen wie Köln. Deshalb sind Sie auf einem falschen Pfad mit Ihrer Anmerkung, dass es hier nicht ordentlich angewendet wird und nicht zu einem Erfolg führt.

(Beifall bei der CDU)

Man sollte sich doch einmal hin und wieder diese Zahlen ins Gedächtnis rufen. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns getrost zurücklehnen können.

Liebe SPD, verfallen Sie nicht in Hektik und versuchen Sie nicht, Ihr Nichtstun vergangener Jahre zu reparieren. Verabschieden Sie sich heute endlich von Ihrem einzigen Wahlkampfthema, der Wohnungsnot. Während Sie immer noch diskutieren, bekommen Sie nicht mit, dass Wohnungen geschaffen werden.

(Christian Joisten [SPD]: Zu wenige!)

Köln hat bei den Fertigstellungen von Wohnungen im vergangenen Jahr das zweitbeste Ergeb-

nis seit 18 Jahren erreicht: Fast 4 000 Wohnungen wurden im vergangenen Jahr fertiggestellt.

Auch die Zahl der Genehmigungen ist angestiegen. Im Jahr 2018 sind für rund 3 000 Wohnungen von der Stadt Köln Baugenehmigungen erteilt worden. Das ist im Vergleich zum Jahr 2017 ein Plus von 17 Prozent. Man sieht, die Steigerungsrate nimmt zu, und das erwarten wir auch für 2019. Die Verwaltung ist seit geraumer Zeit demzufolge auf dem richtigen Weg.

Mit unserem Antrag wollen wir sie stärken, weiterhin mit den Eigentümern im Gespräch zu bleiben und auch die Aktivitäten und Ergebnisse den Fachausschüssen Stadtentwicklung und Liegenschaft vorzulegen. Dahin gehört es unserer Meinung nach zunächst.

Die Berichterstattung soll die Anzahl von Bauanträgen realisierter Wohneinheiten im Vergleich zu den Potenzialen beinhalten. Ohne Aufforderung wünschen wir uns auch eine jährliche Berichterstattung.

Liebe Kollegen von SPD und Gruppe BUNT, ich lade Sie ein, unserem Antrag zuzustimmen und die Verwaltung wohlwollend in ihren Aktionen zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu unserem Änderungsantrag komme, noch einige Worte zu dem Antrag der SPD.

Baugebote können durchaus ein sinnvolles Instrument sein; die Verwaltung wendet das schon an, gerade bei dem Verkauf städtischer Flächen, wo ein Baugebot in die Verträge hineingeschrieben werden kann, woran sich dann auch der neue Eigentümer halten muss.

Bei privaten Flächen hineinzugrätschen ist natürlich ungleich schwieriger. Meine Kollegin Teresa De Bellis hat das eben schon erläutert. Es gibt einfach im Grundgesetz den Schutz auf Eigentum, und der wird in diesem Lande nun einmal auch sehr hochgehalten, und zwar aus gutem Grund.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Das heißt, das Baugebot bei Flächen durchzusetzen, die im Privatbesitz sind, ist schwierig und juristisch sehr aufwendig. Zudem muss man sich auch überlegen: Für wie viele Wohnungen betreibt man diesen Aufwand? - Bei Baulücken sprechen wir durchaus auch von kleineren Grundstücken, auf die vielleicht zehn Wohnungen passen. Das Baulückenprogramm zeigt uns auch - das weiß die SPD auch; wir bekommen die Aufstellungen jedes Jahr -, wie hoch der Aufwand ist und wie wenig dabei tatsächlich an Wohnungen herumkommt. Ich meine, wir müssen trotzdem hinterher sein, und zwar nicht nur aus wohnungspolitischer Sicht, sondern natürlich auch aus städtebaulicher Sicht. Ich könnte in meinem Veedel auch einige Orte benennen, an denen ich mir wünschte, das Baugebot würde greifen können, weil es einfach zu einem städtebaulich sehr unbefriedigenden Bild führt. Es greift aber an der Stelle nicht. Das ist auch verschiedentlich geprüft worden. Sie haben selbst die Mitteilungen der Verwaltung aus dem letzten Jahr erwähnt; darin stehen jede Menge Zahlen und auch jede Menge Gründe, warum manche Menschen auf diesen freien Grundstücken nicht bauen können oder nicht bauen wollen. Da ist der Klassiker mit der Erbengemeinschaft, die über die Welt verstreut lebt und intern völlig zerstritten ist - an die kommen Sie überhaupt nicht heran mit so einem Baugebot -, oder es sind klassisch die alten Leute, die sagen: „Nein, so lange haben wir gar nicht mehr zu leben“, -

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

- oder: „Das wollen wir überhaupt nicht mehr auf uns nehmen“.

Es ist ja so: Nicht jeder ist zum Unternehmer geboren. Um dort ein Haus mit zehn oder 20 Wohnungen hinzusetzen, muss man erst einmal zur Bank gehen und einen Millionenkredit dafür aufnehmen. Das kann auch nicht jeder.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich finde es auch schade, dass Sie solche persönlichen Gründe, die ich wirklich für völlig gerechtfertigt halte, unter den Tisch fallen lassen. Aber vielleicht sagt das auch etwas aus.

(Michael Frenzel [SPD]: Bestimmt!)

Ihr dreiseitiger Antrag will nicht nur das Baugebot verpflichtend machen, sondern auch alle möglichen anderen Dinge vorschreiben. Für diese Grundstücke - Herr Frenzel hat es eben einzeln aufgeführt; das geht so weit, dass er vorschrei-

ben will, wie die Erdgeschosse zu nutzen sind, ohne zu wissen, von welchem Ort er redet - fehlte eigentlich noch der Vorschlag, wie die Fassaden gestaltet werden sollten.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Rot!)

Ich finde das wirklich etwas problematisch, wenn Ratsanträge zu solchen Weihnachtswunschlisten werden nach dem Motto: Was ich immer schon mal haben wollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich finde, man sollte hier ruhig sachbezogene Arbeit machen und diese Anträge, die wirklich auch in die Tiefen juristischer Abgründe gehen, dann doch lieber in den Fachausschüssen diskutieren.

Zu unserem Änderungsantrag: Wir wollen noch einmal eine genaue Auflistung, was die Verwaltung innerhalb des Baulückenprogramms macht und welchen Effekt das hat. Die Anzahl von Bauanträgen und realisierten Wohnungen soll auch im Vergleich zum Potenzial hergestellt werden. Zudem möchten wir wissen, inwieweit eine bisherige Anwendung des Baugebots überhaupt stattgefunden hat. Dann könnten wir in den zuständigen Fachausschüssen auch diskutieren, ob das Baugebot tatsächlich ein scharfes Schwert ist - so, wie Sie das darstellen wollen - oder ob man für die Schaffung von mehr Wohnraum im größeren Stil eigentlich viel bessere Instrumente zur Verfügung hat.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das ist doch grüne Ideologie!)

Deshalb freue ich mich auf die zukünftigen Diskussionen darüber und bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal der erneute Dank an die SPD, diesen Antrag heute hier gestellt zu haben.

(Beifall bei Teilen der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen in Köln alle Möglichkeiten ausnutzen, mehr Wohnraum zu schaffen. Ich bin schon ein bisschen erschrocken über die Redebeiträge von Schwarz und Grün in dem Sinne: Wir haben jetzt 4 000 Wohnungen, jetzt macht euch mal ein bisschen locker. - Genau das ist der falsche Weg. Vielmehr müssen wir jede Möglichkeit nutzen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der Änderungsantrag, der von Jamaika plus GUT hier vorgelegt wird, tut nur so, als wäre er ein Änderungsantrag. Es ist eine Anfrage und sonst nichts. Es ist eine Anfrage, und ich unterstelle einmal, dass das eine Anfrage geworden ist nicht aus handwerklichem Ungeschick, sondern weil man sich nicht mit der Wohnungswirtschaft anlegen will.

(Sabine Pakulat [Bündnis /Die Grünen]: Das ist doch Unsinn!)

Ihr habt Angst vor der Wohnungswirtschaft, Angst vor den Begriffen „Baugebot“ und „Enteignung“ und fangt dann an, hier irgendwelche Diskussionen völlig zu vermischen.

Kollegin Pakulat, das, was Sie eben bezüglich der juristischen Untiefen erzählt haben, ist hanebüchen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich möchte Sie doch wirklich bitten: Lesen Sie doch einmal, was im Baugesetzbuch alles möglich ist.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich getan!)

Lesen Sie doch bitte mal, was im Baugesetzbuch alles möglich ist und was der wissenschaftliche Dienst des Bundestags zu der Frage „Enteignung im Rahmen von Baugesetzbuch“ gesagt hat. Er sagt nämlich ganz klar: Lässt ein Besitzer Fristen zur Antragseinrichtung verstreichen, ist die Enteignung die Ultima Ratio, die die Kommune anwenden kann.

Das, liebe Kollegin Pakulat, hat nichts mit der Enteignungsdebatte zu tun, die euer Parteichef oder -

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein, nein!)

- die der Juso-Chef oder die meine Genossen in Berlin anstoßen, sondern das ist uraltes bundesrepublikanisches Recht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen ist es richtig, die Verwaltung aufzufordern, davon Gebrauch zu machen.

Des Weiteren haben Sie, Frau Pakulat, probiert, Nebelkerzen zu werfen. Sie wollten sich darüber lustig machen, dass die SPD in ihren Antrag etwas zur Parterrenutzung geschrieben hat. Warum denn nicht? Sie hat doch dazugeschrieben, dass wir dringend Kitas brauchen. Wenn wir ein Grundstück enteignet haben, bei dem wir bei einem dort zu bauenden Wohngebäude oben fünf Wohnungen bauen, dann ist es doch verdammt noch mal richtig, wenn wir unten eine städtische Kita bauen, solange wir bei diesen Zahlen noch so weit hinterherhinken.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Da verstehe ich nicht, wie man so etwas lächerlich machen kann. Das muss man ernst nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Im Übrigen: Ich bin eigentlich schon fertig mit meiner Rede, ich habe alles zitiert, -

(Heiterkeit)

- aber ein kleines Schmankerl habe ich noch dabei, und das geht eigentlich ein bisschen mehr an die CDU. Der Adenauer spricht auch von Enteignung in seiner Ausgabe dieser Postille - wie heißt es noch mal? - *Eigenheim aktuell*. Da sagt er doch ganz frech: Man könnte diese ganze Enteignungsdebatte damit beerdigen, indem man sagt, die großen Wohnungsbauunternehmen sollen all ihre Wohnungen privatisieren, dann gibt es nichts mehr zu enteignen. - Daran sieht man doch, welcher Gedanke dahintersteckt. Sie wollen das alles kapitalisieren. Sie wollen die Wohnungen kapitalisieren, und das ist der eigentliche Angriff auf das Grundgesetz, das nämlich dafür Sorge trägt, dass Eigentum zum Allgemeinwohl einzusetzen ist.

Insofern machen Sie sich mit dieser Anfrage, die in einen Antrag verkleidet ist, zum Verbündeten des Großkapitals, -

(Lachen bei der FDP)

- die einen Angriff auf die Wohnungswirtschaft verübt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, es ist wirklich immer schön, nach Ihnen zu reden. So bekommt man eine Ahnung davon, wie es früher in der Volkskammer hergegangen sein muss, wenn der 5-Jahres-Plan beschlossen wurde -

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

- und auf den Kapitalismus im bösen Westen geschimpft wurde. Ich bin froh, dass Sie als lebendes Beispiel aus dieser Generation uns erhalten geblieben sind. Herzlichen Dank.

Das sind natürlich zwei widerstreitende Interessen, die wir hier mit diesem Antrag vorliegen haben. Ja, wir haben noch mehrere Tausend Baulücken in der Stadt, die meisten aus dem Zweiten Weltkrieg übriggeblieben, die das Stadtbild belasten und verschandeln. Wir haben alle in unserer Umgebung entsprechende Beispiele vor Augen. Zudem hat uns die Verwaltung selbst einmal in der Frage den Mund wässrig gemacht, indem in irgendeiner Vorlage mal gestanden hat: In diesen Baulücken könnten bis 2030 15 000 Wohnungen geschaffen werden. - Das ist eine Ansage. Insofern kann ich nachvollziehen, dass man sich mit dem Phänomen beschäftigt. Auch unsere Fraktion hat entsprechende Initiativen ergriffen, wie wir mit Baulücken umgehen. Die Kollegin De Bellis hat ein bisschen nachgezeichnet, was wir schon für Aktivitäten entwickelt haben.

Aber - da sind wir auch bei der Debatte, die wir davor schon einmal geführt haben; ich habe das Argument eben schon einmal gebracht - wir haben nun einmal das Phänomen, dass die Kapazitäten in unserer Verwaltung endlich sind und dass wir schon jetzt sehr viel Bürokratie im Baubereich haben, die Verwaltung eben nicht in ausreichendem Maße dazu kommt, Planungs- und Baurecht zu schaffen.

Es gab eine Anfrage unserer Fraktion im Stadtentwicklungsausschuss, die ergeben hat, dass allein im Bauaufsichtsamt 30 Prozent aller Stellen unbesetzt sind, um entsprechende Baugenehmigungen auszusprechen. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn wir mit den Zielen, die wir uns für den Wohnungsbau gesetzt haben, nicht nachkommen. Die 4 000 Wohnungen, die

wir erfreulicherweise im letzten Jahr geschaffen haben und die vollendet worden sind, sind dann auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Deswegen müssen wir feststellen: Es ist ein sehr, sehr aufwändiges, sehr rechtsunsicheres Instrument, das uns hier in dem Antrag vorgeschlagen wird. Ja, es ist ein bisschen wie Häuserkampf, juristisch mit jedem einzelnen Eigentümer hier auszufechten, um entsprechend Wohnungen zu schaffen. Deswegen hängen die 15 000 Wohnungen, diese süßen Früchte, mit denen die Verwaltung vor Jahren hier gewedelt hat, sehr, sehr hoch am Baum. Ich würde uns allen empfehlen, dass wir uns erst mit den Potenzialen in unserer Stadt beschäftigen, bei denen wir schneller Wohnraum schaffen können, bevor wir uns diesem Phänomen weiter zuwenden.

Insofern ist es richtig, dass wir in dem Änderungsantrag mal Bilanz ziehen, wie weit wir mit diesem Instrument in der Vergangenheit gekommen sind, um dann zu überlegen: Welche Instrumente können wir einsetzen? Welche dieser 15 000 Wohnungen sind wirklich mit vertretbarem Aufwand noch zu erschließen? Welche Unterstützung können wir bekommen, zum Beispiel vom Haus- und Grundbesitzerverein, den der Kollege Weisenstein hier eben schon so freundlich eingeführt hat? - Insofern ist, glaube ich, der Antrag, den wir hier gemeinsam mit CDU, Grüne, FDP und der Gruppe GUT einbringen, der richtige Weg in dieser Frage. Daher werbe ich um Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von CDU, Grüne, FDP und GUT abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ich möchte darum bitten, den Antrag von der SPD mit der Übernahme der Ergänzung der LINKEN zuerst abstimmen zu lassen, weil dies der weitergehende Antrag ist ganz eindeutig. Das andere ist ja nur ein Prüfauftrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel, es ist ein Änderungsantrag. Das sind unsere Regeln.

(Ulrich Breite [FDP]: Das müsste Herr Frenzel aber wissen!)

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die AfD, Rot-Weiß und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Damit ist der ursprüngliche Antrag erledigt; er ist ersetzt.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Stadtentwicklungs- und Liegenschaftsausschuss

- *für den Zeitraum 2016 bis einschließlich 2018 die Ergebnisse ihrer Aktivitäten gegenüber Grundstückseigentümern, sie zur Bebauung von Baulücken und Grundstücken infolge von Bebauungsplan-Festlegungen aufzufordern, darzulegen,*
- *die Berichterstattung soll die Anzahl von Bauanträgen, realisierter Wohneinheiten im Vergleich zu noch vorhandenen Potenzialen beinhalten,*
- *die Anwendung von Baugeboten gem. § 176 des Baugesetzbuches im Zeitraum 2016 bis einschließlich 2018 bezogen auf Baulücken und auf Basis von Festlegungen durch rechtsgültige Bebauungspläne – differenziert nach privaten und von der Stadt veräußerten Grundstücken – darzustellen.*
- *Die Darstellung als jährliche Berichterstattung an diese Fachausschüsse fortzuführen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD und der Gruppen Rot-Weiß und BUNT zugestimmt.

II. Ursprungsantrag mit dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Eine Abstimmung über den Ursprungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT, die den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. mündlich übernommen haben, hat sich aufgrund der Beschlussfassung unter I erübrigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gehe zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen.

3.2.1 Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen bei Konzeptvergaben

Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 05.11.2018 - AN/1429/2018 0065/2019

Wer spricht für die SPD? - Der Bezirksbürgermeister. Es wäre schön gewesen, wenn wir das vorher gewusst hätten, aber wir können das so machen. - Herr Bezirksbürgermeister.

Bezirksbürgermeister Josef Wirges (Ehrenfeld): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Damen und Herren des Rates! An und für sich melde ich mich, wenn es um bezirkliche Belange geht, immer zu Wort, wenn es um die Umsetzung geltenden Rechts geht und wenn es darum geht, was wir in unserer Kommission „Stärkung der Stadtbezirke“ verhandeln. Heute muss ich mich aber auch melden, wenn es nur um eine Anhörung geht - eine Anhörung der Bezirksvertretungen zu, wie ich finde, einem wichtigen Punkt, nämlich zur städtischen Konzeptvergabe.

Es ist klar - das sage ich schon einmal vorweg -: Der zuständige Liegenschaftssauschuss entscheidet über die Kriterien und letztlich auch über den Verkauf, aber unsere Bezirksvertretung hat am 05.11. des vergangenen Jahres aufgrund eines Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in unserer BV einstimmig beschlossen, dass wir dort gern in ein Anhörungsverfahren mit eingebunden werden möchten. Also keine Mitteilung, denn auf Mitteilungen kann man, wenn sie kommen, keinen Antrag basteln, sondern man nimmt sie zur Kenntnis und hat vielleicht nach vier Wochen die Gelegenheit, einen Antrag zu stellen. Wir wollen aber eingebunden werden, wie es in den meisten Verfahren üblich ist, nämlich im Rahmen der Anhörung.

Ich zitiere aus der Begründung der antragstellenden Bezirksfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es wurde gesagt:

> Mit Vorlage 1775/2016 hat der Rat der Stadt Köln einen Grundsatzbeschluss zur Vergabe städtischer Grundstücke nach Konzeptqualität beschlossen. Im Liegenschaftsausschuss am 13.9.2018 wurde auf Nachfrage von Ratsmitglied Pakulat zur oben genannten Vorlage seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass die Bezirksvertretungen „selbstverständlich Vorschläge zu Grundstücken bzw. den konzeptionellen Inhalten machen können […]“.

Wichtig ist aber Folgendes: Damit wir besser eingebunden werden - das ist der Grundtenor dieses Antrags -,

> ist es notwendig, die Bezirksvertretungen

- wir haben das jetzt auch für die anderen acht gemacht -

> im Vorfeld einer Ausschreibung bzw. des entsprechenden Beschlusses des Liegenschaftsausschusses darüber zu informieren, welche städtischen Grundstücke als Konzeptvergaben und nach welchen Kriterien diese ausgeschrieben werden sollen

- und zwar im Rahmen eines Anhörungsrechts.

Wir fordern - nicht mehr, aber auch nicht weniger - das, was wir immer schon als quasi geübte Praxis haben, dass das auch für diesen Bereich wichtig ist. Wir in unseren Bezirksvertretungen, so denke ich einmal, haben auch ein bisschen Know-how, wenn es um bestimmte Objekte in unseren Veedeln geht. Wir kennen sie gut. Daher bitte ich Sie, meine Damen und Herren, nicht dem Beschlusstext, sondern der Alternative dieses Antrags 3.2.1 zuzustimmen. Das wäre dann eine Änderung unserer Zuständigkeitsordnung, dass wir das Anhörungsrecht bekommen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Sommer das Wort; die Reihenfolge ist nach Größe der Fraktionen geordnet. - Frau Sommer verzichtet. Dann sehr gern Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Bezirksbürgermeister! Es sind ja einige hier. Ich glaube, dass offenbar nicht bekannt ist, was der Liegenschaftssau-

schuss vor einigen Tagen beschlossen hat. Deshalb versuche ich, das noch einmal darzustellen.

Wenn wir dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt wären, dann würde das eintreten, was Herr Bürgermeister Wirges dargestellt hat, nämlich: Die Bezirksvertretungen werden gar nicht befasst. Das ist aber eben nicht der Fall.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Ehrenfeld hat Folgendes beantragt, womit sie auf Zustimmung gestoßen ist. Zitat:

> Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, bei allen Vergaben nach Konzeptqualität die Bezirksvertretungen über die geplante Konzeptvergabe zu informieren, bevor der Liegenschaftsausschuss darüber entscheidet, ob und nach welchen Kriterien die Ausschreibung über einen Verkauf […] erfolgt.
>
> Außerdem sind die Bezirksvertretungen über die Verkaufsentscheidung der politischen Gremien des Rates zeitnah zu unterrichten.

Nun der Beschluss des Liegenschaftsausschusses, der mit breiter Mehrheit gefasst worden ist. Zitat:

> Die Bezirksvertretungen werden über Vergaben von Wohnungsbaugrundstücken nach Konzeptqualität in ihrem Stadtbezirk in Form einer Mitteilung informiert, wenn die Entscheidung über eine Konzeptausschreibung im Liegenschaftsausschuss ansteht. Im Anschluss werden die Bezirksvertretungen über die Vergabeentscheidung des Liegenschaftsausschusses bzw. des Rates zeitnah unterrichtet.

Zusätzlich sollen, weil wir uns in einem Pilotverfahren befinden, natürlich der Beratungsgang und das Entscheidungsverfahren auch evaluiert werden, weil Konzeptausschreibungen hier noch nicht die Regel sind.

Wer also beides vergleicht, stellt fest, dass der Liegenschaftssauschuss dem Rat vorschlägt, so zu verfahren, wie es in der Bezirksvertretung Ehrenfeld diskutiert worden ist. Das bedeutet, die Bezirksvertretung hat den Sachverhalt vorliegen, und wenn sie der Meinung ist, dazu etwas beitragen zu können oder Anregungen zu geben, dann kann sie das tun, dann wird das auch dem Liegenschaftssauschuss mitgeteilt und er kann damit dann verfahren bzw. Anregungen aufnehmen.

Unabhängig davon kann auch jede Bezirksvertretung sagen: Wir haben hier ein städtisches Grundstück, da würden wir zum Beispiel vorschlagen, so und so damit umzugehen. - Auch solche Anregungen sind möglich. Sie decken sich auch mit der Gemeindeordnung, weil wir wissen, dass die Gemeindeordnung den Bezirksvertretungen Grenzen setzt. Das hat die Verwaltung in ihrem Text ausgeführt. Sie hat zudem darauf verwiesen, dass es kein generelles Anhörungsrecht gibt. Das heißt, wir sind mit unserer Beschlussfassung darüber hinausgegangen, was die Verwaltung vorgeschlagen hat. Wir sind aber in dem Rahmen so weit vorausgegangen, dass es im Kontext der Gemeindeordnung und des Gemeinderechts auch machbar ist. Ich denke, wir sind damit weiter als früher und somit auch in einer Situation, die die Bezirksvertretungen dort, wo es geht, und da, wo sie auch etwas vorzubringen haben, konstruktiv einbindet.

Insofern kann ich hier nur empfehlen, dass wir dem Beschluss, den wir im Liegenschaftssauschuss so gefasst haben, folgen. Ich bitte um Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Sommer überlässt zunächst Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Liebe Ratsfrauen und -männer aus Ehrenfeld! Lieber Bezirksbürgermeister Josef Wirges! Sehr geehrter Kollege Frank! Wenn der Beschluss des Liegenschaftsausschusses dem der Bezirksvertretung Ehrenfeld entsprechen würde, dann wäre ein eigener Beschluss des Liegenschaftsausschusses gar nicht nötig gewesen; denn dann hätte man sagen können: Wir nehmen den Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist doch so.

Ich weiß, dass Sie gern solche Sachen machen, etwas noch einmal ein bisschen anders formulieren, aber der Kern der Sache ist doch ein ganz anderer. Der Kern von Ihrem Antrag des Liegenschaftsausschusses ist es eben nicht, den Bezirksvertretungen ein Anhörungsrecht zu geben,

sondern sie werden informiert, dann berät der Liegenschaftssauschuss darüber, und dann wird der Bezirksvertretung das mitgeteilt. Das ist der Prozess.

Die Bezirksvertretungen wollen eine Diskussion und Beratung auf Augenhöhe, aber - das haben Sie auch deutlich gemacht - die Beschlussfassung soll schlussendlich natürlich vom Liegenschaftssauschuss erfahren. Das ist das, was die Bezirksvertretungen wollen.

Insofern ist das, was der Bezirksbürgermeister aus Ehrenfeld vorgeschlagen hat, völlig richtig: Dann könnten wir doch, wenn wir uns darüber einig sind - ich glaube, Herr Frank, darüber sind wir uns nicht einig -, eine Alternative abstimmen, und das wäre der Grundsatz, nämlich die Alternative wie die Bezirksvertretung Ehrenfeld. Das wäre mein Vorschlag, und das beantrage ich hiermit auch, Frau Oberbürgermeisterin, abzustimmen wie die Bezirksregierung Ehrenfeld.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich wundere mich doch: In der Bezirksvertretung Ehrenfeld - ich bin ganz selten bei deren Sitzungen, aber auf der letzten Sitzung war ich anwesend - herrscht ein sehr gutes Klima und ein sehr guter Dialog. Dort gibt es kompetente Diskussionen. Das sind Diskussionen, bei denen man sich sozusagen auch im Rahmen der Diskussionen gegenseitig unterstützt und kritisiert. Bei diesen Diskussionen kommt einiges heraus. Ich glaube, davon können wir als Rat der Stadt Köln sogar eine Menge lernen. Das würde ich mal sagen.

Wenn Ihre Fraktion in der Bezirksvertretung Ehrenfeld einen solch guten Antrag durchsetzt, warum wollen Sie diesem Beschluss sozusagen in den Rücken fallen? - Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Lassen Sie uns doch abstimmen wie die Alternative, und dann ist klar, das ist der Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld. - Das beantrage ich hiermit.

Ansonsten glaube ich, dass es klug wäre gerade bei solchen Fragen, wo es um Konzeptvergaben geht, wenn wir sowohl dieses Know-how als auch die Empathie - die Bezirksvertreter haben ja Empathie, die kennen sich aus und haben ein Herz für solche Projekte - nehmen und sagen: Jawohl, das brauchen wir; gerade bei Konzeptvergaben wollen wir dieses Wissen und diese Empathie nutzen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Sommer hat jetzt das Wort.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind ja gar nicht so weit voneinander entfernt. Eigentlich geht es hier doch um die Frage: Was ist eine Anhörung bzw. was bedeutet eine Mitteilung? Wir können doch den Zeitablauf nicht so weit ziehen, dass wir sagen: Ja, es muss noch angehört werden. - Hier kommen wir in große Schwierigkeiten, was die Zeitabläufe angeht. Wir müssen entscheidungsfähig sein. Diese Entscheidung ist uns über den Ratsbeschluss gewährt worden, indem der Liegenschaftsausschuss hier entscheidet.

Wenn das aber auf der anderen Seite bedeutet, dass die Bezirksvertretungen regelrecht angehört werden, dann sind wir in der Entscheidung blockiert. Das geht nicht. Aber wir sagen hier, dass die Vorgehensweise evaluiert wird. Geben Sie uns doch die Gelegenheit, hier unsere Arbeit zu tun. Wir können dann schauen, was nachher im Rahmen einer Evaluation dabei herauskommt. Dann können wir auch erkennen: War es richtig oder nicht?

Wir haben einen Beschluss. Der Rat hat beschlossen, dass der Liegenschaftsausschuss entscheidet. Dabei soll es auch erst einmal bleiben.

Sie erhalten zwei Mitteilungen - die eine zuvor, die andere danach. Das gibt Ihnen auch die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen.

Und noch etwas: Vertrauen Sie Ihren Ratsmitgliedern. Sie haben Ratsmitglieder, die hier ihre Arbeit tun. Das sollte man auch nicht ignorieren und so tun, als seien sie nicht kompetent. Kompetent sind wir. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den von Herrn Detjen gestellten Änderungsantrag der LINKEN, so zu beschließen wie die BV Ehrenfeld, abstimmen. Soll ich das noch einmal vorlesen? - Nein, das ist nicht nötig. Okay. Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN und die Ratsgruppe GUT. Bei der SPD ist es offensichtlich

umstritten. Was machen Sie? Manche melden sich, manche melden sich nicht. Wie darf ich das interpretieren? Was sagt der Fraktionsvorsitzende?

(Christian Joisten [SPD]: Wir stimmen da nicht mit!)

- Gut. - Wer enthält sich? - Herr Wortmann, was haben Sie gemacht? Haben Sie sich enthalten?

(Zuruf von Walter Wortmann [Freie Wähler Köln])

- Sie haben mitgestimmt. Okay. - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen wie Liegenschaftsausschuss, Anlage 2. Gibt es Gegenstimmen?

(Unruhe)

- Ich lasse jetzt abstimmen wie Liegenschaftsausschuss. Erst habe ich ja über den Änderungsantrag abstimmen lassen. Er ist nicht beschlossen worden. Jetzt lasse ich abstimmen wie Liegenschaftsausschuss. Ich frage nach Gegenstimmen. - Da könnte man sich melden, wenn man der Meinung ist, dass - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das scheint einstimmig zu sein!)

Enthaltungen? - Der LINKEN, von Herrn Wortmann und GUT. Das ist immer noch einstimmig. Es spiegelt auch das Ergebnis von eben wider. Gut. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Mündlicher Antrag der Fraktion Die Linke. auf Abstimmung über die Vorlage in der Fassung wie Bezirksvertretung Ehrenfeld (siehe alternativer Beschlussvorschlag der Vorlage)

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln (ZustO) künftig zu ändern und den Bezirksvertretungen für die Vergabe städtischer Grundstücke nach Konzeptqualität ein Anhörungsrecht einzuräumen. Dafür soll § 2 Abs. 2 Ziffer 2.2 ZustO um folgenden Halbsatz ergänzt werden: …„Vergaben städtischer Grundstücke nach Konzeptqualität;“. Die Änderung wird bei der nächsten Änderung der ZustO mit aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung wie Liegenschaftsausschuss (siehe Anlage 2):

Beschluss:

Der Rat beschließt, in Hinsicht auf die Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus ihrer Sitzung am 05.11.2018 – AN/1429/2018 – folgendes Verfahren für Konzeptausschreibungen für städtische Wohnungsbaugrundstücke:

„Die Bezirksvertretungen werden über Vergaben von Wohnungsbaugrundstücken nach Konzeptqualität in ihrem Stadtbezirk in Form einer Mitteilung informiert, wenn die Entscheidung über eine Konzeptausschreibung im Liegenschaftsausschuss ansteht. Im Anschluss werden die Bezirksvertretungen über die Vergabeentscheidung des Liegenschaftsausschusses bzw. des Rates zeitnah unterrichtet.

Im Rahmen der geplanten Evaluation des Verfahrens der Konzeptvergabe wird auch diese Vorgehensweise mit bewertet.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke., der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“
AN/0361/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019
1740/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Sie ist sehr umfangreich. Daher schlage ich vor, sie als Mitteilung in die Fachausschüsse zu geben, damit

sie dort beraten werden kann. - Ich habe aber eine Wortmeldung von Herrn Detjen vorliegen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, die Beantwortung hat lange gedauert. Das ist bei diesen Anfragen aber normal. Damit rechnen wir. Deswegen stellen wir sie auch immer früh. Es ist im Kalender vermerkt, und dann stellen wir die Anfrage. Das ist also überhaupt kein Problem.

Ich möchte mich vor allem für die sehr gute Antwort der Verwaltung ganz herzlich bedanken, insbesondere für die Verbesserungen der Antwort. Das hatten Sie ja schon angekündigt, Herr Greitemann; Stichwort „Clusterbildung“ - woran kann es liegen, dass es zu Mehrkosten gekommen ist? - und die Unterscheidung, dass Sie sagen: Wir müssen die Kostensteigerungen insbesondere ab Planungsphase 4 noch einmal besonders darstellen. - Da gehe ich mit. Das ist die spannende Diskussion. Insofern können wir damit erst einmal zufrieden sein.

Trotzdem bleibt natürlich die Tatsache, dass alle Projekte ab Leistungsphase 4 eine Kostensteigerung von 16,5 Prozent aufweisen. Das ist immer noch zu viel. Das müssen wir ganz klar konstatieren. Darüber müssen wir auch in den Fachausschüssen diskutieren.

Ich weiß nicht - ich habe einen Moment nicht aufgepasst -, ob Sie schon die Fachausschüsse genannt haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe sie noch nicht genannt, sondern nur gesagt, dass grundsätzlich verwiesen werden soll. Und ich warte noch auf Ihre Nachfrage, Herr Detjen. Aber wir nehmen natürlich Ihr Lob gerne entgegen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ich habe leider vergessen, die Nachfrage zu stellen. - Genau. Frau Oberbürgermeisterin, können Sie mir sagen, in welche Fachausschüsse diese Anfrage verwiesen wird?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann, ich gebe Ihnen das Wort.

Beigeordneter Michael Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, zumindest in den Betriebsausschuss; ich denke, da es viele verkehrliche Sachen sind, auch in den Verkehrsausschuss; und ich stelle anheim, auch in den Rechnungsprüfungsausschuss, weil wir die Dinge da ja auch intensiv diskutieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Sie wird den zuständigen Fachausschüssen (Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, Verkehrsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss) als Mitteilung zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Einbeziehung Kölns in die Planungen zum Strukturwandel im ‚Rheinischen Revier‘“
AN/0360/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019
1193/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Detjen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Können wir das kurz zurückstellen? Ich finde meine Notizen gerade nicht!)

- Ja. Dann machen wir das am Ende des Tagesordnungspunktes 4. Einverstanden?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ja!)

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betreffend „Wohnraumknappheit und Mietpreisexplosion“
AN/0566/2019

Antwort der Verwaltung vom 20.05.2019
1645/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Urbanes Grün im Klimawandel“ AN/0693/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019 1736/2019

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die recht schnelle Beantwortung der Anfrage. Es geht um die Dürre und in unserer Anfrage explizit um die Straßenbäume. Jetzt sind in Köln wohl 50 Straßenbäume aufgrund der Dürre, also infolge der Trockenheit, gestorben.

In den Antworten kommt zum Ausdruck, dass eine hilfsweise Bewässerung durch die Bevölkerung nicht nötig ist, da dies von anderen Stellen schon gemacht wird. Da stellt sich natürlich die Frage: Warum sind dann die Bäume gestorben, wenn die anderen Stellen das eigentlich professionell machen?

Meine Frage wäre, ähnlich wie gerade bei Herrn Detjen, ob es nicht auch möglich ist, dies als Mitteilung in den Ausschuss Umwelt und Grün zu geben, um es dort diskutieren zu können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, da das eine Gemeinschaftsarbeit war, würde ich darum bitten, uns diese Antwort schriftlich zu gestatten und dies in die Fachausschüsse zu geben. Ist das so in Ordnung?

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT] nickt)

- Okay. Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Wohnungsnot in Köln“ AN/0710/2019

Antwort der Verwaltung vom 21.05.2019 1750/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Sie wird dem Ausschuss für Umwelt und Grün mit der Beantwortung der Nachfrage von RM Zimmermann als Mitteilung zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Wie wird es mit der dringend gebotenen CO_2-Reduzierung in Köln weitergehen?“ AN/0709/2019

Diese kurzfristig eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Ausstattung der Feuerwehr in Bezug auf E-Fahrzeuge“ AN/0708/2019

Das gilt auch für diese Anfrage.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, jetzt rufe ich Sie noch einmal zum Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Einbeziehung Kölns in die Planungen zum Strukturwandel im ‚Rheinischen Revier‘“ AN/0360/2019

Antwort der Verwaltung vom 04.04.2019 1193/2019

auf.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Greitemann, die Bundesregierung hat ja vorgestern zugesichert, 40 Milli-

arden Euro für die Braunkohlestandorte bereitzustellen. Das ist eine große Summe. Sie wird zwar nicht reichen. Trotzdem ist das erst einmal ein Riesenbetrag.

Meine erste Frage lautet - die zweite Frage stelle ich nach der Beantwortung der ersten Frage -: Vonseiten der Stadt Köln ist ja praktisch verpasst worden, Bestandteil des planerischen Kernraumes dieses Braunkohlereviers zu werden; wir sind nur indirekt Wirkungsraum. In diesem Zusammenhang würde mich Folgendes interessieren: Wie soll die weitere Arbeit erfolgen, die Sie in der Antwort auf die Frage 2 angedeutet haben? Wie wollen Sie weiter an diesem Thema arbeiten? - Das ist die erste Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nur zu dem „verpasst worden“: Wir gehören nicht zum Braunkohlegebiet. Das ist schon vor Urzeiten verpasst worden.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Reker, danke für die Frage an mich. Darauf kann ich nur Folgendes antworten: Im Vorfeld hat es verschiedene Diskussionen gegeben. Und zum Beispiel Mönchengladbach ist unmittelbar Bestandteil des ersten Raumes.

(Zuruf von der FDP: Die haben ja auch einen Braunkohletagebau!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Spezialisten sollten darüber in eine Diskussion eintreten. Ich habe das auch darauf zurückgeführt, dass wir keinen Braunkohleabbau haben. - Aber Sie haben das Wort, Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, auch die Antwort auf diese Nachfrage möchte ich Ihnen gerne schriftlich nachreichen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Kann jetzt die zweite Frage auf der Antwort aufbauen, wenn sie schriftlich nachgereicht wird?

Jörg Detjen (DIE LINKE): Die zweite Frage hatte ich mir natürlich schon ansatzweise überlegt. Die zweite Frage, die sich aus Ihrer Antwort ergibt, lautet: Sie haben ja angedeutet, dass wir nur eine Stelle für Strukturpolitik haben. Meine Frage ist, ob es nicht zielführend wäre, das Personal aufzustocken, um diesem ganzen Problem in der Diskussion über Strukturpolitik mehr Gewicht zu geben und auch die Möglichkeiten auszunutzen, die sich da eventuell eröffnen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, Ihre Anfragen sind so gut - ganz ernsthaft -, dass ich intensiv darüber nachdenken werde und Ihnen das auch schriftlich geben werde. Wir haben uns mit dem Thema in den letzten Wochen intensiv beschäftigt - Stichworte: „Agglomerationsgebiet“, „Konzept Regionalplan“. Ich bin bei der POLIS in Gespräche eingestiegen. Das geht jetzt sehr ins Detail. Aber ich werde darauf auch schriftlich antworten und darstellen, wie wir weiter vorgehen wollen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Vielen Dank!)

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Nachfragen von RM Detjen werden schriftlich beantwortet.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann verlassen wir den Tagesordnungspunkt 4 und kommen zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)
1203/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT
AN/0705/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen
AN/0719/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0718/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT
AN/0749/2019

Dazu hat als Erster Herr Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte es hier kurz machen. Ich bin auch von den Kollegen darum gebeten worden.

Wir freuen uns zum einen darüber, dass wir bei der Wohnraumschutzsatzung jetzt doch mit einem gemeinsamen Antrag der großen Fraktionen hier ins Rennen gehen. Ich finde das auch deswegen bemerkenswert, weil wir das eigentlich nicht zu hoffen gewagt haben, als wir als SPD diese Initiative ergriffen haben, sich die Satzung noch einmal genauer anzuschauen und sie in einigen Punkten doch noch ein bisschen zu verschärfen.

Ich finde das deswegen wirklich bemerkenswert, Frau Pakulat, weil Sie vorhin schon versucht haben, das Thema „preiswerter Wohnraum“ ein bisschen lächerlich zu machen, indem Sie sich darüber lustig gemacht haben.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz im Gegenteil!)

Ich finde das nicht günstig; denn wir sollten schon die Probleme der Kölner Bevölkerung ernst nehmen.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Die nehme ich auch ernst, nur nicht die Probleme der SPD!)

Zwei Drittel der Kölner können sich heute im Grunde eine Neubauwohnung von der Miete her gar nicht mehr leisten, wie eine aktuelle Untersuchung des ARD-Magazins „Panorama“ zeigt.

Insofern ist es beispielsweise im Hinblick auf das Entstehen solcher Dinge wie Abriss/Neubau unsere verdammte Pflicht als Ratsmitglieder, die Nöte dieser Menschen, die in Wohnungen wohnen, die heute vielleicht 4 oder 5 Euro kosten, ernst zu nehmen. Für sie sind selbst 9 Euro noch eine verdammt hohe Zahl. Wir sollten darauf achten, dass wir diesen Bogen nicht überspannen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich sage das auch deswegen noch einmal, weil 2007 sogar die Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers noch der Meinung war, dass sich die Wohnraumzweckentfremdung im Grunde genommen überlebt hat. Es hieß, der Markt werde das richten.

Ich finde es - das meine ich ganz aufrichtig - einen sehr guten Zug, dass die CDU jetzt bei dieser Initiative dabei ist.

Frau Hoyer, in der Ratssitzung, in der wir dieses Thema schon einmal besprochen haben, weil wir als SPD einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, haben Sie ja angekündigt, dass auch die FDP mit dabei sein werde. Ich finde das schon bemerkenswert. Denn natürlich ist, Frau Pakulat, auch die Wohnraumschutzsatzung ein Eingriff in das grundgesetzlich garantierte Eigentum, weil wir damit die freie Verfügbarkeit von Wohnungen auf dem Markt für Ferienwohnungen oder anderes verhindern.

Also noch einmal herzlichen Dank dafür, dass wir das hier mit einer so breiten Mehrheit auf den Weg bringen!

Ich hoffe, Herr Sterck, Frau Hoyer und Herr Petelkau, dass Ihr langer Arm auch in Düsseldorf stark genug ist, um das, was die Landesregierung vorhatte, tatsächlich dauerhaft zu verhindern, damit es nicht dazu kommt, dass das Zweckentfremdungsverbot im Grunde genommen aus dem Gesetz gestrichen wird und dann freie Bahn gegeben wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat jetzt das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Frenzel, es ist in der Tat bemerkenswert, dass wir zu einem Änderungsantrag zu der Wohnraumschutzsatzung zusammengefunden haben. Denn in der Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss sah das zunächst nicht so aus, weil da doch einige Akteure - auch Ihre Fraktion - noch ein bisschen anders unterwegs waren.

Deswegen sage ich der Verwaltung herzlichen Dank für die zahlreichen Hinweise und rechtlichen Beratungen, die dann dazu geführt haben, dass unter anderem auch Sie, Herr Frenzel, verstanden haben, dass wir - was Sie ja gerade auszuführen versucht haben - keinen neuen günstigen Wohnraum schaffen können, wenn wir den Investoren - und da sind wir auch sehr deutlich aus der Wohnungswirtschaft und insbesondere von den Genossenschaften angesprochen worden - vorschreiben, dass hier der Wohnraum nur zu einer bestimmten Miete errichtet werden darf, nämlich der ortsüblichen Vergleichsmiete. Sie reicht bei den aktuellen Kosten eben leider nicht, um Wohnraum erstellen zu können, selbst für Genossenschaften nicht. Insofern muss man immer aufpassen, was man beantragt.

Aber auch da sind wir, denke ich, insgesamt dem Ziel - im Übrigen ist das ja nur ein Nebenthema der Satzung gewesen -, hier Wohnraum zu schaffen bzw. zweckentfremdeten Wohnraum wieder der Wohnnutzung zuzuführen, nähergekommen.

Das andere Thema war das viel prominentere Thema. Es war sozusagen das überlagernde Thema, weil es hier auch in der Öffentlichkeit sehr stark diskutiert wird. In der Innenstadt und in anderen Stadtteilen - in Ehrenfeld, in Nippes - haben wir das Phänomen, dass über Airbnb und andere Anbieter Wohnungen vermietet werden und damit der Wohnraum dem Wohnungsmarkt entzogen wird. Da haben wir als schwarz-grün-gelbes gutes Haushaltsbündnis, schon die richtigen Akzente gesetzt, indem wir hier die Ressourcen - Personal und Finanzen - zur Verfügung gestellt haben, um die Wohnraumschutzsatzung entsprechend anzuwenden.

Mit dem heutigen Änderungsantrag schärfen wir dieses Thema noch einmal, was die Kontrolle betrifft, was die Gebühren betrifft und was eventuell auch die Höhe der Bußgelder betrifft. Insofern herzlichen Dank an alle Beteiligten! Heute ist ein guter Tag, um sich dieses Themas anzunehmen und die Wohnraumzweckentfremdung zurückzudrängen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die neue Wohnraumschutzsatzung wollen wir heute alle beschließen. Das zeigt ja unser gemeinsamer Änderungsantrag. Das heißt auch, dass wir alle ohne Unterschied, Herr Frenzel, das Thema ernst nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings war der Vorgang, muss ich sagen, schwer wie die Geburt von Fünflingen. Die Diskussion in den letzten Tagen war ziemlich kontrovers bis konfus - und dazu auf allerhöchstem juristischem Niveau. Da bin ich, ehrlich gesagt, als Nichtjuristin ziemlich überfordert, zumal ich ja Ehrenamtlerin bin. Nicht zuletzt belegt auch die Flut der Anlagen, der Beschlussvorlage, ihrer Neufassung und korrigierten Neufassung sowie der diversen Änderungsanträge das, was ich gerade gesagt habe.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung beinhaltet - das ist gegenüber der alten Satzung neu - die Ausweitung auf Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen. Hier steht Wohnraum insgesamt unter Schutz, was wir sehr begrüßen.

Wir unterstützen ebenso die Einrichtung eines Meldeportals bei Verdacht auf illegale Vermietung von Ferienwohnungen. Auch diesen Bestandteil der neuen Satzung kann man nur unterstreichen.

Wir Grüne stehen klar für folgende Punkte:

Erstens sind wir für eine Registrierungspflicht möglichst auch für die Ferienwohnungen, die vor 2014 legal gewerblich vermietet wurden. Aber hier ist voraussichtlich die Umsetzung und Kontrolle der Regelung vor Ort laut juristischer Bewertung der Verwaltung nicht vom Wohnungsaufsichtsgesetz NRW, kurz WAG, gedeckt.

Zweitens sind wir für die Benennung von Stadtgebieten bzw. Stadtbezirken, die im Vergleich zur Gesamtstadt stark erhöhten Wohnbedarf haben. Damit soll aus unserer Sicht erreicht werden, dass Ersatzwohnraum auch nur in diesem Stadtteil oder Stadtbezirk geschaffen werden kann. Aber auch das steht außerhalb des gesetzlichen Rahmens.

Drittens. Wir sind für einen Ersatzwohnraum, der nach Größe und Standard mit dem zweckentfremdeten Wohnraum vergleichbar ist. In den Erläuterungen der korrigierten Neufassung, Anlage 01b, nimmt die Verwaltung das unter § 7 wie folgt auf:

> Der neu zu schaffende Wohnraum enthält grundsätzlich nicht weniger Wohnfläche als der zweckentfremdete Wohnraum. Zuschnitt und Standard des Ersatzwohnraums müssen für die allgemeine Wohnversorgung geeignet sein.

Wir sind außerdem für eine Ausschöpfung des Gebührenspielraums durch die Verwaltung. Hier gilt es, das Willkürverbot zu beachten.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass das Wohnungsaufsichtsgesetz in vielen Punkten konkrete Bestimmungen benötigt, da es derzeit zu viele Rechtsunsicherheiten für eine Verschärfung der Kölner Satzung gibt. Insofern bleibt die Aufforderung unsererseits an die Landesregierung, hier nachzubessern, damit effektiver Wohnraumschutz gelingen kann.

Wir freuen uns auch darüber, dass wir zu einem gemeinsamen Änderungsantrag zusammengefunden haben. Das kann man nur begrüßen. Dazu ist das Thema auch viel zu wichtig. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! DIE LINKE will mehr Wohnraumschutz als das, was wir gleich gemeinsam hier beschließen. Wir wollen, dass bei Abriss und Neubau der neue Wohnraum im gleichen Viertel entsteht. Wir finden es nicht akzeptabel, dass eine Wohnung im Zentrum abgerissen wird und der Ersatz gegebenenfalls am Stadtrand neu errichtet wird.

Zum Mietpreis: Es gibt - wenn auch viel zu wenige; aber es gibt sie noch - die preiswerten Wohnungen in Köln. Wird eine solche preiswerte Wohnung mit einer Kaltmiete von 5 Euro abgerissen und eine andere Mietwohnung für 10,50 Euro pro Quadratmeter gebaut, ist das kein wirklicher Ersatz für eine preiswerte Wohnung.

Wir alle wissen, dass insbesondere preiswerte Wohnungen fehlen. Der Mieter oder die Mieterin, der oder die die alte Wohnung verlassen muss und in die neue, teure Wohnung ziehen muss, kann sich das gegebenenfalls nicht leisten und kann, wenn es ganz schlecht läuft, überhaupt nicht in Köln wohnen bleiben, sondern muss ins Bergische oder ins Oberbergische Land ausweichen.

Meine Damen und Herren, wir von der LINKEN wissen, dass die Gesetzeslage, die von der Landesebene vorgegeben ist, uns enge Manschetten anlegt. Deswegen müssen wir hier von der Landesregierung fordern, dass sie initiativ wird, damit die Kommunen mehr Handlungsspielraum bei der Erstellung von Wohnraumschutzsatzungen erlangen. Insbesondere erwarten wir, dass die Landesregierung ermöglicht, dass wir als Kommune festlegen können, in welchem räumlichen Umfeld die Ersatzwohnung geschaffen werden muss. Wir müssen auch über den Preis auf der kommunalen Ebene mitreden können.

Meine Damen und Herren, den vorliegenden Beschluss tragen wir mit - unter großen Schmerzen, weil er uns natürlich nicht weit genug geht. Ich will aber in wenigen Sätzen erklären, warum wir da mitgehen.

Es ist jetzt wichtig, dass diese Wohnraumschutzsatzung überhaupt weiterlebt. Wir wissen, dass sie ausläuft. - Das ist der erste Punkt.

Als Zweites möchte ich sagen: Es ist uns immerhin gelungen, dass in diesem Antragstext jetzt mit drinsteht, dass der Ersatzwohnraum auch für Menschen mit niedrigen und kleinen Einkommen erschwinglich ist.

Deswegen bedanke ich mich auch noch einmal bei den anderen Antragstellern dafür, dass uns da entgegengekommen worden ist und dass wir das gemeinsam verabschieden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu der Vorlage und dem Antrag spreche, möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei der Verwaltung bedanken; denn die Verwaltung hat diese Vorlage mit einer Synopse so vorbereitet, dass sehr schnell zu erkennen war, wo Änderungen vorgenommen wurden und warum diese Änderungen erfolgt sind.

In persona muss man auch einmal Herrn Ludwig ansprechen. Sie haben immer bereitwillig Auskunft gegeben. Sie haben uns - oder vielleicht auch gerade den anderen Kollegen - auch sehr oft deutlich gemacht, dass die Umsetzung bestimmter politischer Wünsche rechtlich überhaupt nicht möglich ist. Damit ist der eine oder andere Wunsch dann auch schon einmal hinfällig gewesen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Die Freien Demokraten begrüßen die Ratsvorlage und den Antrag, obwohl dies ja - das hat Herr Frenzel auch schon angesprochen - bei uns in der FDP-Landtagsfraktion durchaus anders gesehen wird. Ich kann das auch gut nachvollziehen. Lassen Sie es mich einmal erläutern.

Der Schutz des Eigentums, das heute ja schon oft genug angesprochen worden ist, gehört eigentlich zu der DNA jedes Freien Demokraten und jeder Freien Demokratin. Deswegen ist das für uns auch unheimlich wichtig. Daher fällt es uns immens schwer, wenn Eingriffe in das Eigentum erfolgen. Das ist ja im weitesten Sinne auch bei einer Wohnraumschutzsatzung der Fall.

Trotz alledem hat uns die Situation hier in Köln, die, wie Sie auch alle beschrieben haben, von großer Wohnungsnot und großen Problemen gekennzeichnet ist, dazu veranlasst, dass wir gesagt haben: Hier in Köln werden wir eine Wohnraumschutzsatzung unterstützen.

Das haben wir auch schon im letzten Jahr deutlich gemacht. Die Fehlentwicklungen mit Ferienwohnungen haben uns das gezeigt. Im letzten Jahr gab es ja die Vorfälle in der Wetzlarer Straße und der Gebrüder-Coblenz-Straße. Das waren alles schlechte Beispiele.

Eines muss ich allerdings sagen, Herr Frenzel. Von Ihnen wurde es ja ein bisschen so dargestellt, als seien Sie der Initiator gewesen; aufgrund Ihrer Initiative sei dann dieser Antrag zustande gekommen. Bei Ihren Worten hätte man den Eindruck bekommen können, Sie hätten sich hier eins zu eins durchgesetzt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn Sie das getan hätten, hätten wir heute nicht zugestimmt.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Antrag ist ein klassischer Kompromiss. Bei einem klassischen Kompromiss haben alle ein bisschen Schmerzen. Das hat auch Herr Weisenstein gerade für seine Fraktion deutlich gemacht.

Ich sage Ihnen, Herr Weisenstein, ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen - aber ich muss heute auch noch einmal deutlich machen, dass wir als FDP auch eine gewisse Distanz zu SPD und LINKEN haben -: Ihre Aussage, dass Sie heute mit großen Schmerzen zustimmen, war für mich im Grunde genommen der Beleg dafür, dass wir als FDP auch zustimmen können.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen, und zwar über den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen, LINKEN, FDP, BUNT und GUT. Die weiteren Änderungsanträge hätten sich damit erledigt. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse jetzt noch über die Verwaltungsvorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt in Anbetracht des fortbestehenden erhöhten Wohnungsbedarfs in Köln und im Interesse der Rechts- und Planungssicherheit für die Wohnungswirtschaft den Erlass der als Anlage beigefügten Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung) in Form der Neufassung (Anlage 01b) mit Gültigkeit vom 01.07.2019 bis zum 30.06.2024 mit folgender Ergänzung:

§ 7 "Genehmigung aufgrund von Ersatzwohnraum" erhält in Absatz 2 Nr. 4 folgende weitere Sätze 3 und 4: "Familiengerechter Wohnraum soll durch ebensolchen Wohnraum ersetzt werden. Der ursprüngliche Standard darf nicht erheblich überschritten werden (kein Luxus-Wohnraum), damit der Ersatzwohnraum für Menschen mit mittlerem und niedrigen Einkommen erschwinglich bleibt."

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, in die Wohnraumschutzsatzung für die Anbieter von Ferienwohnungen und Wohnungen zur Fremdenbeherbergung eine Anzeige- und Registrierungspflicht einzuführen. Die Registrierungspflicht gilt hierbei auch für alle Wohnungen, die vor Erlass der Wohnraumschutzsatzung zweckentfremdet wurden. Die rechtlichen Voraussetzungen sind mit der Kommunalaufsichtsbehörde zu klären.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Anhebung der Gebühren gemäß §13 der Satzung zu prüfen und dem Rat zeitnah einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.*

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Landesregierung und den Landtag Nordrhein-Westfalen bei der Überarbeitung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG) zu unterstützen und sich insbesondere für eine deutliche Erhöhung des Bußgeldtatbestandes für Wohnraumzweckentfremdungen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sowie Regelungen zu einer kontrollierbaren und durchsetzbaren Anzeige-und Registrierungspflicht einzusetzen, soweit sich aus dem Auftrag aus Nr. 2 ein rechtlicher Regelungsbedarf im WAG ergibt. Das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Zweckentfremdungsverbotsgesetz (ZwVbG), insbesondere zur Rückwirkungsthematik, ist dabei zu beachten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT

AN/0705/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

AN/0719/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0718/2019

Eine Abstimmung über die weiteren Änderungsanträge hat sich somit erledigt.

III. Abstimmung über die Verwaltungsvorlage in der geänderten Fassung:

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt in Anbetracht des fortbestehenden erhöhten Wohnungsbedarfs in Köln und im Interesse der Rechts- und Planungssicherheit für die Wohnungswirtschaft den Erlass der als Anlage beigefügten Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung) in Form der Neufassung (Anlage 01b) mit Gültigkeit vom 01.07.2019 bis zum 30.06.2024 mit folgender Ergänzung:*

   § 7 "Genehmigung aufgrund von Ersatzwohnraum" erhält in Absatz 2 Nr. 4 folgende weitere Sätze 3 und 4: "Familiengerechter Wohnraum soll durch ebensolchen Wohnraum ersetzt werden. Der ursprüngliche Standard darf nicht erheblich überschritten werden (kein Luxus-Wohnraum), damit der Ersatzwohnraum für Menschen mit mittlerem und niedrigen Einkommen erschwinglich bleibt."

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, in die Wohnraumschutzsatzung für die Anbieter von Ferienwohnungen und Wohnungen zur Fremdenbeherbergung eine Anzeige- und Registrierungspflicht einzuführen. Die Registrierungspflicht gilt hierbei auch für alle Wohnungen, die vor Erlass der Wohnraumschutzsatzung zweckentfremdet wurden. Die rechtlichen Voraussetzungen sind mit der Kommunalaufsichtsbehörde zu klären.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Anhebung der Gebühren gemäß §13 der Satzung zu prüfen und dem Rat zeitnah einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.*

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Landesregierung und den Landtag Nordrhein-Westfalen bei der Überarbeitung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG) zu unterstützen und sich insbesondere für eine deut-*

liche Erhöhung des Bußgeldtatbestandes für Wohnraumzweckentfremdungen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sowie Regelungen zu einer kontrollierbaren und durchsetzbaren Anzeige-und Registrierungspflicht einzusetzen, soweit sich aus dem Auftrag aus Nr. 2 ein rechtlicher Regelungsbedarf im WAG ergibt. Das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Zweckentfremdungsverbotsgesetz (ZwVbG), insbesondere zur Rückwirkungsthematik, ist dabei zu beachten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Beteiligungsrechte des Integrationsrates
hier: Anregung zur Änderung der Hauptsatzung
3576/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD-Fraktion so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat folgt der Anregung des Integrationsrates zur Erweiterung seiner Beteiligungsrechte und beschließt, dass der Integrationsrat künftig über § 22 Absatz 6 Satz 2 der Hauptsatzung hinaus wie folgt zu beteiligen ist:*

   Der Integrationsrat ist in allen wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde, die die Interessen der Kölner Migrantinnen und Migranten als solche betreffen, auch vor Beschlussfassung durch die Fachausschüsse zu beteiligen.

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, nach einem Zeitraum von einem Jahr einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der erweiterten Beteiligungsrechte des Integrationsrates zu erstellen und diesen dem Rat mit der Anregung des Integrationsrates zur Änderung der Hauptsatzung zur Entscheidung vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 Gebührenfestsetzung für die Inanspruchnahme der Standplätze auf den Kölner Wochenmärkten
3817/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0738/2019

Hier hat zunächst Herr Dr. Krupp das Wort.

Ich sage noch einmal - wir müssen ja immer wieder auf die Geschäftsordnung hinweisen -: Änderungsanträge sind bei der Reihenfolge der Wortmeldungen nicht zu berücksichtigen.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Thema Marktgebührensatzung klingt trocken, ist aber für Köln wichtig. Denn wir sind uns sicherlich schnell einig, dass in Köln Wochenmärkte eine wichtige Funktion haben, gerade zur Stärkung der Veedel. Und da zeigt sich doch eine ziemlich disparate Situation. Es gibt nämlich Wochenmärkte, die sehr gut laufen und sehr vital sind, und es gibt gerade in den Außenbezirken leider auch Wochenmärkte, die Not leiden, die dahindarben und bei denen man nicht weiß, ob sie die nächsten Jahre überleben.

Wenn wir doch gemeinsam das Ziel haben, Wochenmärkte allgemein zu stärken, weil damit auch die Stärkung der Veedel verbunden ist, müssen wir schauen, wie wir dieses Ziel erreichen können.

Eine Idee für die Zukunft wäre vielleicht - das steht heute nicht an, aber für die Zukunft möglicherweise -, einmal zu überlegen, ob man nicht die Marktgebühren staffeln kann. Das heißt, je nachdem, wie vital und stabil ein Markt ist und wie attraktiv er für die Händler ist, dann auch eine Staffelung vorzunehmen.

Hier und heute haben wir aber die Verwaltungsvorlage samt Änderungsantrag der LINKEN zu beurteilen. An diesem Tag geht es also um eine allgemeine Gebührenerhöhung. Und da können wir nicht mitgehen. Wir können zwar mit dem Änderungsantrag der LINKEN mitgehen, aber

nicht mit der Gebührenerhöhung in der Form, in der die Verwaltung sie vorsieht.

Dass die Verwaltung durch eine entsprechende Spreizung der Gebühren ein Zurückfahren der Tageshändler und ein Hochfahren der Dauerzuweisungen erreichen will, ist ja vom Ziel her vielleicht nicht verkehrt. Wir glauben nur, dass das Mittel der Gebühr hier nicht eingesetzt werden sollte, weil am Ende des Tages auch die Tageshändler wichtig sind. Mir ist lieber, einen Tageshändler zu haben als gar keinen Händler und gar keine Dauerzuweisung. Denn gerade die Märkte, die Not leiden, profitieren doch davon, wenn ein Händler spontan sagt: Okay, ich habe heute doch Zeit; dann fahre ich dahin und mache das. - Das ist allemal besser als die Situation, dass keiner kommt und sich niemand darauf einlässt, sich für diesen Markt als Dauerzuweisung vorsehen zu lassen.

Die Stadt erklärt jetzt: Wir wollen die Wochenmärkte stärken. - Dazu läuft eine Marketingkampagne, die ich immer zur Kenntnis nehme, wenn ich das Wochenblättchen lese. Ich bin nicht gut in der Küche. Aber da wird regelmäßig präsentiert, mit welchen Gemüsesorten man was zaubern kann. Das finde ich auch alles charmant und gut. Vor diesem Hintergrund muss man sich aber natürlich fragen: Ist eine Gebührenerhöhung hier und heute in dieser Quantität das richtige Signal, wenn man dieses Ziel erreichen will?

Da zitiere ich - das erlaube ich mir - aus dem Änderungsantrag der LINKEN, die meinen Humor getroffen haben. Sie schreiben nämlich, dass die Stadt eine Marketingkampagne durchführt und in der Vorlage auch ankündigt, diese Kampagne ausbauen zu wollen. Dann kommt in dem Änderungsantrag der schöne Satz:

> Dass eine Erhöhung für die Tageshändler um 21 % […] diese Marketingkampagne zu unterstützen vermag, ist möglich, aber zweifelhaft.

Das kann ich nur unterschreiben. Deswegen sind wir heute auch nicht für diese Gebührenerhöhung.

An dieser Stelle ist die Rede davon, wir sollten einmal die Kirche im Dorf lassen; es gehe schließlich nur um 21 Prozent; das sei doch nicht so viel. Wir müssen uns aber bewusst machen - ich habe das noch einmal nachgeschaut -, dass wir im Dezember 2016 zum letzten Mal die Gebühren erhöht haben. In der aktuellen Vorlage wird ja dargestellt, wie die Gebühren sich zu dieser Erhöhung verhalten. Alles gut; alles richtig.

Wenn man aber einmal nachschlägt, was wir im Dezember 2016 gemacht haben - also vor nicht einmal zweieinhalb Jahren; die neue Gebührenerhöhung soll ab dem 1. Juni 2019 gelten -, dann stellt man fest: Die 21-Prozent-Erhöhung gegenüber der letzten Gebührensatzung, deren Verabschiedung gar nicht lange her ist, stellt sich heute für die Dauerzuweisungen dar. Die Dauerzuweisungen werden ab 1. Juni 2019 um 21 Prozent teurer sein, als sie Ende 2016 waren. Bei den Tageshändlern ist es aber, wenn man diesen Zeitraum betrachtet - wie gesagt, sind das nicht einmal zweieinhalb Jahre -, eine satte Erhöhung um 59 Prozent.

Da muss ich sagen: Wenn wir die Wochenmärkte stärken wollen, können wir bei einer Erhöhung für Tageshändler um 59 Prozent in zweieinhalb Jahren nicht mitmachen. Deswegen sind wir heute gegen diese Verwaltungsvorlage. Wir würden aber den Änderungsantrag der LINKEN mittragen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man kann natürlich zu jeder Vorlage, die die Verwaltung in den Rat einbringt, einen Änderungsantrag schreiben. Das muss man aber nicht. Vor allem muss man es dann nicht machen, meine Damen und Herren, wenn die Verwaltung genau das tut, womit sie durch den Rat der Stadt Köln beauftragt worden ist.

Ich schaue jetzt einmal Herrn Detjen an. Er ist ja der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses. Am 19. März 2015 wurde in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses die Verwaltung der Stadt Köln beauftragt, beim Gebühreneintreiben auf den Märkten darauf zu achten, dass insbesondere bargeldlose Gebührenabrechnungen betrieben werden sollen und dass von den Bargeldeinnahmen Abstand genommen werden soll.

Daraufhin hat die Verwaltung gearbeitet. Sie hat ein halbes Jahr später im Dezember desselben Jahres 2015 einen Vorschlag unterbreitet und dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis gegeben, in dem das Verfahren, das in Zukunft praktiziert werden soll, genau vorgestellt worden ist. Dem hat der Rechnungsprüfungsausschuss auch zugestimmt. Er hat das für gut befunden.

Jetzt kommt die Verwaltung zwei Jahre später - das ist immer der Zweijahresturnus - mit einem Vorschlag, wie das Ganze künftig aussehen soll. Der damalige Plan wird ganz klar verfolgt.

Das erste Ziel ist der bargeldlose Gebühreneinzug.

Das zweite Ziel ist - darüber bestand auch Einstimmigkeit -, dass wir vor allem das Werkzeug der Dauerzuweisungen nutzen und schauen, dass wir Dauermarktbeschicker bekommen, weil das Ganze dann viel besser planbar ist und viel einfacher abrechenbar ist, und dass von den Tagesmarktständen Abstand genommen werden soll.

Da ist die Verwaltung in den letzten Jahren sehr gut auf dem Weg. Als sie 2015 angefangen hat, gab es nur 57 Prozent Dauerzuweisungen. Jetzt plant die Verwaltung für diesen neuen Turnus 2019 und 2020 mit fast 75 Prozent Dauerzuweisungen.

Das bedeutet Planungssicherheit für die Menschen vor Ort; denn dann wissen sie, dass der Gemüsehändler aller Wahrscheinlichkeit nach am Donnerstag, wenn der Markt auf dem Marktplatz stattfindet, auch da ist. Der Händler hat dort nämlich eine Dauerzuweisung und kommt nicht in Abhängigkeit vom Wetter oder von anderen Dingen.

Damit ist die Planungssicherheit gegeben, die sowohl die Menschen vor Ort als auch die Märkte brauchen, damit sie vital sein können. Das ist genau das Konzept, das die Verwaltung vorgestellt hat.

Jetzt erfolgt die Fortschreibung dieses Konzeptes. Und jetzt identifizieren Sie plötzlich irgendwelche Probleme. Herr Krupp möchte hier andere Werkzeuge diskutiert haben. Es ist ja gar kein schlechter Vorschlag, darüber nachzudenken, in den nicht so spannenden Marktbereichen über eine Staffelmiete noch ein bisschen Akzent hineinzubringen. Dieser Vorschlag ist durchaus gut. Aber warum kommt er jetzt in der Ratssitzung? Warum ist dieser Vorschlag nicht beispielsweise im Wirtschaftsausschuss diskutiert worden, also da, wo die Fachleute sitzen?

Das nächste Thema, das jetzt hochgezogen wird, ist die tatsächliche Mietsteigerung. Schauen wir uns doch einmal an, was die Verwaltung tatsächlich möchte. Sie möchte die Tageszuweisungen zurückdrängen und die Dauerzuweisungen fördern. Bei den Dauerzuweisungen werden die Kosten für den laufenden Meter Marktstand um netto - die Markthändler haben ja Nettopreise zu kalkulieren - 5 Cent erhöht. Das macht bei einem 10-Meter-Gemüsestand 50 Cent pro Tag. Wenn der Gemüsehändler eine Tomate oder auch eine Orange mehr verkauft, hat er die Erhöhung im Prinzip schon wieder eingearbeitet. Dies hier überhaupt zum Thema zu machen, ist einfach lächerlich.

Insgesamt ist die Erhöhung bei den Tageshändlern etwas höher. Aber das ist auch tatsächlich gewollt. Ich habe das ja gerade dargestellt. Die Verwaltung macht letztendlich genau das, was wir beauftragt haben. Wir haben uns gewünscht, dass die Marktsituation stabiler wird, sodass die Menschen zuverlässig wissen, welche Händler da sind.

Wir können in den nächsten Jahren immer noch über Werkzeuge reden. Aber jetzt müssen wir erst einmal eine Marktsatzung auf die Reise schicken, die kostendeckend ist. Die Verwaltung hat ja auch noch einmal dargestellt, dass diese Kalkulation, die jetzt zur Beschlussfassung vorgelegt wird, kostendeckend ist. Wir machen damit keine Gewinne.

Wenn wir den Beschluss aussetzen, müssen wir aber irgendwann in der Zukunft, nämlich mit der neuen Marktsatzung 2020 oder 2021, die 250 000 Euro, die wir aktuell an Verlusten ausweisen würden, wieder gutmachen. Das heißt, dass die Erhöhung in den Folgejahren dann umso größer ausfallen muss, wenn wir uns rechtskonform verhalten. Das kann doch nicht Sinn und Zweck der Übung sein. Deswegen bitten wir darum, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In unserem Änderungsantrag beantragen wir, die Gültigkeit der derzeitigen Gebühren um ein Jahr zu verlängern. Herr Elster, wir sagen ja gar nicht, dass wir generell gegen eine Erhöhung sind. Vielmehr sagen wir, dass wir jetzt ein Jahr Sicherheit haben wollen. Denn es gibt - das hat Herr Krupp auch ausgeführt; diese These kann ich nur stützen - bei den Marktbeschickern eine sehr große Unruhe und Zukunftsängste. Ich möchte Ruhe in die ganze Sache bekommen und diese Diskussio-

nen erst einmal beruhigen. Es gibt sehr viele Diskussionen, meine Damen und Herren. Deswegen haben wir gesagt, dass wir es noch ein Jahr so wie bisher lassen wollen. Dann wissen wir auch, wie die Haushaltslage ist. Das wissen wir jetzt noch gar nicht. Im Jahr 2020 kann man diese Diskussion dann noch einmal führen. - Das ist unsere Position.

Dass wir auch vonseiten des Rechnungsprüfungsausschusses am Thema Wochenmärkte dran sind, Herr Elster, haben Sie sehr gut dargestellt. Das Amt war da sehr aktiv. Auch bezüglich der Abrechnungen gibt es einen Fortschritt. Auf den Wochenmärkten läuft viel über das persönliche Gespräch der Marktaufseher mit den Marktbeschickern. Das ist eine sehr wichtige Kommunikation. Sie muss möglichst geldfrei sein, indem man die Gebühren elektronisch abbucht. Die Gespräche mit den Marktbeschickern müssen vor allem in Richtung Zuspruch erfolgen.

Ich bin - um nur ein Beispiel zu schildern - letzten Samstag von einer Marktbeschickerin angesprochen worden. Sie hat sich beklagt: Der neue Marktamtsleiter verlangt, dass um 13 Uhr die Schotten fallen; wenn ein Kunde um 13.05 Uhr kommt, dürfen wir ihn nicht mehr bedienen. - Wir dürfen doch nicht mit solchen kleinlichen Dingen da Unruhe schüren. Deswegen glauben wir, dass es vernünftig ist, ein Jahr Perspektive zu schaffen.

Das tragen wir auch deswegen vor, meine Damen und Herren, weil aufgrund der Diskussion über den Großmarkt unter den Marktbeschickern - das hat heute noch niemand angesprochen - sehr große Unruhe herrscht. Ich habe am letzten Samstag zum Beispiel auf dem Wochenmarkt in Ehrenfeld ein Flugblatt zum Thema „Wochenmärkte und Großmarkt“ verteilt und habe mit den Marktbeschickern über genau dieses Thema diskutiert. Die Marktbeschicker sagen: Wir wollen Klarheit. Wir wollen eine Perspektive. Wir wollen wissen, wie es weitergeht.

Da fehlt, muss ich sagen, die nötige Klarheit vonseiten der Verwaltung und auch vonseiten der CDU. Deswegen ist unseres Erachtens jetzt wirklich Ruhe angesagt und keine Gebührenerhöhung. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat jetzt das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich etwas erstaunt. Über diese Gebührensatzung haben wir ein Quartal lang im Wirtschaftsausschuss diskutiert, bevor sie jetzt im Rat vorliegt. Das heißt, dass alle Gesichtspunkte diskutiert wurden und Fragen gestellt wurden - die Antworten kann man den Anlagen entnehmen -, weil natürlich sowohl bei uns als auch bei den Kollegen der CDU das Interesse bestand, dem genau nachzugehen. Das haben wir getan.

Am Tage der Ratssitzung bekommt DIE LINKE jetzt Bedenken, und die SPD sagt sich: Wenn DIE LINKE Bedenken hat, sollten wir vielleicht auch welche haben. - Wo waren denn Ihre Vorschläge und Änderungsanträge im Wirtschaftsausschuss oder meinetwegen auch noch im AVR, als der Schlussakkord dort lief, weil der AVR für Satzungen zuständig ist? Das hat Herr Elster ausgeführt. Ich frage mich, ob Sie wirklich eine ernsthafte Diskussion wollen.

Was ist denn der Hintergrund? Der Hintergrund ist, dass die Stadt nach KAG verpflichtet ist, in bestimmten Abständen die Satzung anzupassen. Dass sie das aber sehr vorsichtig tut, sieht man schon allein daran, dass sie zulasten des Haushaltes auf 90 000 Euro Gewinn verzichtet. Das heißt, dass sie die Gebühren mit Augenmaß anpasst. Herr Elster hat die Daten genannt. Wir reden hier über sehr bescheidene Beträge.

Die Dauerhändler zu stärken, ist doch gerade das wesentliche Element, um funktionierende Wochenmärkte zu stabilisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das muss man sich doch einmal klarmachen. Darüber wird überhaupt nicht mehr geredet.

Die anderen Aspekte sind unabhängig davon. Dass ein Teil der Wochenmärkte kränkelt, hat nichts mit der Gebührensatzung zu tun. Das hat etwas damit zu tun, welche Waren angeboten werden. Das hat etwas mit dem veränderten Konsumverhalten zu tun. Das hat zum Beispiel auch etwas damit zu tun, wann ein Markt geöffnet hat und wann nicht. Deshalb haben wir eine völlige Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen in einzelnen Stadtteilen.

Daran arbeitet die Verwaltung aber. Wir haben das ja auch durch eine Anfrage noch einmal eingebracht. Diese Diskussion steht erst am Anfang. Es wird eine Veränderung bei den Wochenmärkten geben müssen, weil sie tatsächlich

für die Versorgung, mit Frischeprodukten, eine große Bedeutung haben.

Insofern bin ich auch zuversichtlich, dass die neue Leiterin des Marktwesens da sicherlich den richtigen Weg geht.

Die Fragen dahin gehend, was sich strukturell ändern muss, können Sie mit dieser Satzung nicht klären. Dazu bedarf es anderer Maßnahmen.

Jetzt eine Satzung einfach auszusetzen und auf irgendetwas zu warten, ist wirklich Den-Kopf-in-den-Sand-Stecken und nutzt überhaupt niemandem. Deshalb denke ich, dass man hier getrost dieser Gebührensatzung zustimmen kann, um eine gewisse Stabilität für die Märkte hinzubekommen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist er abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD, DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag:

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Rat nimmt die als Anlage 1 beigefügten Gebührenbedarfsberechnungen zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Gültigkeit der aktuellen Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten der Stadt Köln für ein Jahr zu verlängern.

Die Verwaltung legt aktualisierte Gebührenbedarfsberechnungen für die Jahre 2020 und 2021 inklusive einer Änderungssatzung für diese beiden Jahre parallel zu den Haushaltsverhandlungen vor.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmungsergebnis über die Vorlage:

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage 1 beigefügten Gebührenbedarfsberechnungen zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten der Stadt Köln gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Integriertes Handlungskonzept Lindweiler; Umgestaltung des Pingenweges

zwischen Volkhovener Weg und Unnauer Weg
1156/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Dann wird das so zur Kenntnis genommen. Wir müssen nicht darüber abstimmen. Die Nachfrage aus dem Finanzausschuss wurde beantwortet.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann komme ich zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 KölnTourismus
hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus - für das Haushaltsjahr 2019
0873/2019

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die KölnTourismus GmbH möchte mit dem vorliegenden Antrag einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von rund 260 000 Euro für das laufende Jahr von uns haben. Wir sagen: Dieses Geld können wir als Stadt Köln getrost sparen. - Gern erläutere ich Ihnen, warum meine Fraktion dieser Ansicht ist und wie das zu bewerkstelligen wäre.

Vor einigen Wochen haben wir durch einen zufälligen Hinweis eines Studenten von erheblichen Papier- und Druckmengenerzeugnissen erfahren, die von der KölnTourismus GmbH regelmäßig immer wieder entsorgt werden. Wir haben daraufhin im Ausschuss Umwelt und Grün eine entsprechende Frage gestellt und nach Auflagenhöhe, nach verkauften, verteilten, entsorgten Mengen usw. über die letzten drei Jahre gefragt.

Daraufhin haben wir eine wirklich bemerkenswerte Antwort der KölnTourismus GmbH bekommen, die eigentlich nur zwei Schlussfolgerungen zulässt: Entweder möchte die KölnTourismus GmbH diese Zahlen auf keinen Fall der Öffentlichkeit preisgeben - das wirft dann die Frage auf: was hat man hier zu verbergen und warum? -, oder die KölnTourismus GmbH erhebt und kennt diese Zahlen nicht. Das wiederum wirft die Frage auf: Wie kann ich eine Gesellschaft mit rund 80 Mitarbeitern ohne Kenntnis dieser grundlegenden Zahlen auch nur ansatzweise vernünftig führen oder steuern?

Kurzum: Die KölnTourismus GmbH hat sich mit der Beantwortung unserer Anfrage keinen Gefallen getan.

Nun wird ein neuer Geschäftsführer gesucht. Der bisherige Geschäftsführer geht Ende dieses Jahres in den Ruhestand. Per Stellenausschreibung wird ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gesucht.

Wir fragen: Ist die Stadt Köln gut beraten, jetzt einen Geschäftsführer für eine Gesellschaft zu suchen, deren bisheriges Geschäftsmodell durch die Marktentwicklung, insbesondere durch die zunehmende Digitalisierung, erheblich infrage gestellt wird?

Dazu müssen Sie wissen, dass die KölnTourismus GmbH zwei Aktivitätenfelder hat. Das eine sind die hoheitlichen Aufgaben. Da wird die Stadt Köln als Reiseziel vermarktet; Repräsentation auf Messen findet statt. Der zweite Tätigkeitsbereich sind sogenannte gewerbliche Aufgaben. Da geht es um Merchandising, um Verkauf von Stadtplänen und um Organisation von Führungen.

Diese zuletzt genannten gewerblichen Tätigkeiten haben in der Vergangenheit noch einen gewissen Deckungsbeitrag erwirtschaftet. Ehrlich gesagt, ist mehr als fraglich, ob das heute noch so ist. Denn schauen Sie sich einmal die Situation rund um den Dom an: ein Souvenirladen neben dem anderen, die alle mehr oder weniger exakt das gleiche Sortiment haben. Außerdem erfolgen Information, Planung und Durchführung eines Köln-Besuches - das wissen Sie selber, wenn Sie in andere Städte reisen - heute weitgehend digital. Ich brauche immer weniger Stadtpläne und andere Druckerzeugnisse, sondern Google weist mir den Weg.

Vor diesem Hintergrund fragen wir: Gehört es zur Daseinsvorsorge der Stadt Köln, T-Shirts, Tassen und Taschenstadtpläne an Touristen zu verkaufen? Und: Sind die hoheitlichen Aufgaben der KölnTourismus GmbH nicht möglicherweise besser in der gerade neu entstehenden Wirtschaftsförderung aufgehoben?

Daher fordern wir:

Unterziehen Sie die KölnTourismus GmbH einer grundlegenden Aufgabenkritik.

Prüfen Sie die gegenwärtige strategische Ausrichtung äußerst kritisch. Analysieren Sie insbe-

sondere, ob die bestehenden Schnittstellen richtig definiert sind.

Solange dieser Prozess nicht abgeschlossen ist, muss eine Aussetzung der laufenden Stellenausschreibung erfolgen. Das spart uns pro Jahr circa 260 000 Euro, also ziemlich genau den Betrag, den man jetzt von uns als Betriebskostenzuschuss haben möchte.

Wir haben gestern im Finanzausschuss lange über ein großes Sorgenkind unter unseren Beteiligungen gesprochen, bei dem wir in den nächsten Jahren etliche Millionen Defizit sehen werden. Wir haben auch darüber gesprochen, dass die finanziellen Handlungsspielräume in unserer Stadt deutlich enger werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie nicht zu, dass mit der KölnTourismus GmbH in der gegenwärtigen Aufstellung ein weiteres Sorgenkind für unsere Stadt hinzukommt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen für den Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – in Höhe von 257.592 EUR in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – für das Haushaltsjahr 2019.

Die Deckung dieser Mehraufwendungen erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in Höhe von 257.592 EUR im Teilergebnisplan 0401, Museumsreferat, - Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen-.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln 0691/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf zur Vergabe der Wartungs- und Entleerungsarbeiten an Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Köln fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren durchzuführen. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Antirassismus-Arbeit 2019 / 3.Schritt 1371/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Förderung von Antirassismusarbeit wie folgt:

1. *Visualisierung des ‚Denkmals zum Anschlag des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse‘*
   - *einen Betrag in Höhe von 5.500,00 €, Antragsteller: Prof. Ulf Aminde*

2. *Veranstaltung mit dem Titel „Die Kraft des kollektiven Gedächtnisses-Umgang mit Rassismus, Intoleranz, Antisemitismus und Antiziganismus“*

   - *einen Betrag in Höhe von 3.200,00 €, Antragsteller: Alevitisches Kulturzentrum*

     Köln-Porz e.V.

Die Gesamtsumme der aktuell aufgelisteten Projektanträge beträgt 8.700,00 €.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Aufhebung der Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses „Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch“ 2324/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 8.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 02.05.2019 (Anlage 8):

Die Verwaltung wird gebeten, Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW aufzunehmen mit der Zielsetzung, der Intention der Bezirksvertretung Chorweiler nachkommen zu können, d.h. eine Prüfung einer tiersensitiven Beleuchtung (z.B. das „Gladbecker Modells“).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Schließung und Rückbau der städtischen Notunterkunft für Geflüchtete an der Butzweilerhofallee 51, 50829 Köln-Ossendorf - Baubeschluss 0546/2019

Hierzu hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diesem Beschluss nicht zustimmen, weil wir glauben, dass solche Anlagen nicht zurückgebaut werden können. Insbesondere lehnen wir ihn aus folgendem Grund ab: Die Anlage befindet sich auf einem stadteigenen Grundstück. Wir sehen im Moment einfach nicht den Zwang und die Not, dass hier für einen Investor eine Wohnanlage geräumt wird, die möglicherweise auch weiterverwendet werden kann. Ich nenne nur das studentische Wohnen oder das Leerräumen von Hotels und die Umsiedlung von Migranten in solche Wohnanlagen.

Für uns ist überhaupt nicht erklärbar, dass an anderer Stelle für enormes Geld Wohnungen gebaut werden, aber hier rückgebaut wird. Deshalb können wir dieser Beschlussvorlage keineswegs zustimmen. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Eine Gegenstimme von Herrn Wortmann und Enthaltungen von der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Schließung und dem Rückbau der städtischen Notunterkunft für Geflüchtete am Standort Butzweilerhof-Allee 51, 50829 Köln-Ossendorf, Gemarkung Longerich, Flur 8, Flurstücke 1652, 1653 und 1654.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Errichtung eines Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich

hier: Einrichtung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen
1315/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2019 die Einrichtung des Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 4,1 Mio. € mit gleichzeitiger investiver Mittelfreigabe in Höhe von 1,5 Mio. € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4014-0301-5-1124.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2018; Ergebnisverwendung Wirtschaftsjahr 2018
1494/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) zur Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2018 zu.

Weiterhin stimmt der Rat der Stadt Köln dem Beschluss des Verwaltungsrates der StEB zur Ergebnisverwendung zu:

Gewinnausschüttung für das Wirtschaftsjahr 2018

Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 19.061.787,94 €

Entnahme aus der Kapitalrücklage 1.837.069,44 €

Vorabgewinnausschüttung an Stadt Köln 0,00 €

Bilanzgewinn 31.12.2018 20.898.857,38 €

Zuführung zur Gewinnrücklage im Geschäftsjahr 2019 -2.598.332,00 €

davon ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag 2.598.332,00 €

Gewinnausschüttung in 2019 für 2018 in Höhe von 18.300.525,38 €

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2019/20
1241/2019

Wortmeldungen? - Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte unser Stimmverhalten zu diesem Punkt deutlich machen und für das Protokoll auch klarstellen, warum wir uns so verhalten, wie wir uns hier verhalten. Wir werden uns nämlich der Stimme enthalten.

Wir werden nicht zustimmen können - aber nicht, weil wir die Arbeit der beiden Bühnen, Schauspiel und Oper, nicht wertschätzen würden. Im Gegenteil! Wir haben uns immer für die Arbeit der Oper und des Schauspiels eingesetzt. Auch die Berücksichtigung des Tanzes und die Erhöhung des Landeszuschusses für die Bühnen sind ein deutlicher Erfolg für die Kulturpolitik. Ich hoffe, dass wir auf genau diesem Weg auch weiter deutliche Schritte nach vorne machen. Heute Mittag ist uns bei der Vorstellung des neuen Programms für 2019/20 von beiden Intendanten noch einmal gezeigt worden, wie erfolgreich und wie positiv die Arbeit ist. Deswegen wollen wir ausdrücklich betonen, dass dies nicht unser Ansatzpunkt unserer kritischen Haltung im Wirtschaftsplan ist.

Wir haben aber Sorge bezüglich der Entwicklung der Sanierungskosten in der mittelfristigen Finanzplanung. Sie schlagen jetzt mit 2,5 Millionen

Euro zu Buche. Innerhalb von drei Jahren werden sie sich auf rund 24 Millionen Euro verzehnfachen, und die Steigerung wird weitergehen.

Sie wissen, dass wir damals gegen die jetzige Art des Umbaus waren. Insoweit bleibt uns auch nichts anderes übrig, als uns hier der Stimme zu enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019/20 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung fest.*

2. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben im Zusammenhang mit dem Spielbetrieb der Bühnen Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 2,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.*

3. *Die bisher im Stellenplan für das Sanierungsteam bis zum 31.12.2019 befristet geführten Stellen werden bis zum Abschluss der Maßnahme verlängert (vorerst bis zum 31.12.2022). Die Betriebsleitung wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschließen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wirtschaftsjahr 2019/20
1360/2019

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Ich sehe keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Betriebssatzung i.V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Eig. VO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester für das Wirtschaftsjahr 2019/2020 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 0,5 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln
1330/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes (Rettungsdienstsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.*

2. *Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis von der als Anlage 2 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.*

3. *Der Rat beschließt die Auflösung des Sonderpostens für Gebührenausgleich für den Bodenrettungsdienst in Höhe von 1.091.036,33 € im Haushaltsjahr 2019.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwasserbeseitigungskonzept 2020
3993/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 6. Fortschreibung des Kölner Abwasserbeseitigungskonzeptes (Fortschreibung ABK 2020) nach Kapitel 5.1.1 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.11 Baubeschluss zur Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße, nördlicher Platz
0415/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer V – Seite 3).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Bestellung der Betriebsleitung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln/ Abberufung des bisherigen geschäftsführenden Betriebsleiters
1155/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, neben dem Beigeordneten Herrn Dr. Rau als Ersten Betriebsleiter, Herr Dr. Kreitsch als geschäftsführenden Betriebsleiter zu bestellen.

Herr Winkels scheidet aus dem Dienst der Stadt Köln aus und wird als geschäftsführender Betriebsleiter abberufen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.13 Baubeschluss für die Umgestaltung der linksrheinischen Uferpromenade und die Erneuerung des Ufergeländers von Deutzer Brücke bis Malakoffturm sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
0076/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer V – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Bewerbung der Stadt Köln für die Austragung des NRW-Tages 2020
0386/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0695/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT
AN/0748/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0744/2019

Ich gebe Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung sucht also verzweifelt nach einem Standort, nach einem Sponsor und nach einem Ausrichter ihrer Festspiele wenige Wochen vor der Kommunalwahl. Ein Schelm, der einen Plan dahinter vermutet!

Grundsätzlich sind wir als Kölnerinnen und Kölner ja gastfreundlich, nehmen jeden herzlich auf und lassen auch gerne mit uns feiern. Warum wir aber eine Nabelschau der Landesregierung mit Mitteln aus dem Kölner Haushalt, die uns doch an allen Ecken und Enden fehlen, finanzieren sollen, erschließt sich uns nicht. Deswegen können wir ein solches Vorhaben nur ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Interessanterweise kamen auch die Kollegen oder zumindest einzelne Kollegen der Grünen zu einem ähnlichen Ergebnis. Ich zitiere aus dem *Kölner Stadt-Anzeiger* den Kollegen Jörg Frank:

> „Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Landesregierung im Kommunalwahljahr 2020 an Köln denkt“, sagt der finanzpolitische Fraktionssprecher der Grünen, Jörg Frank, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Der NRW-Tag sei „eine Selbstdarstellung des Landes und liegt somit in Verantwortung der Landesregierung“. Zwar beteilige sich das Land mit bis zu 300 000 Euro an den Ausgaben. Es sei jedoch nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Köln rund 800 000 Euro und somit mehr als 60 Prozent der Kosten aufbringen soll. „Diese Haushaltsmittel“, so Frank, „könnten für wichtigere städtische Aufgaben verwendet werden, statt für ein Fest, das Köln angesichts seiner Vielfalt an Kultur-, Sport- und Unterhaltungs-Events eigentlich nicht braucht.“

Dem ist aus meiner Sicht eigentlich nichts hinzuzufügen. Es unterstützt meine These, dass man diesem Vorhaben hier nicht zustimmen kann.

Wer aber gemeint hat, die Grünen seien an dieser Stelle klar aufgestellt und konsistent, sieht sich dann mit dem heutigen Änderungsantrag konfrontiert. Darin stehen ein bisschen Vielfalt, ein bisschen Mobilität und ein bisschen Nachhaltigkeit, und schon kann man sich einem solchen Ansinnen nähern. Man ist sogar bereit - auch das steht klar darin -, am Ende Geld aus dem Stadtsäckel, das wir an anderen Stellen dringend brauchen, dafür zu verwenden und einzusetzen. Das nenne ich Umfallen auf offener Bühne.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Damit es besonders absurd wird, kommt dann noch der dritte Player aus dem Jamaika- oder Reker-Bündnis mit einem weiteren Änderungsantrag dazu und versucht, die Mobilität wieder herauszuschmeißen und zu sagen, Vorfahrt für Autos sei doch schon immer gut gewesen; also freie Fahrt für freie Bürger auch in der Kölner Innenstadt an jedem Tag. Das bezeichne ich einmal als Jamaika-Chaostage.

Alles in allem können wir an dieser Stelle doch nur zu folgendem Ergebnis kommen: Wir feiern gerne mit allen hier in Köln. Wir laden ja auch auf städtische Kosten ganz viele Menschen jedes Jahr zum Karneval hierhin ein. Da darf auch die Landesregierung mitfeiern. Wir zahlen das gerne auch aus unserem Stadtsäckel. Wer allerdings ein eigenes Fest hier feiern möchte, ist natürlich herzlich eingeladen, dies in Köln auf unserem Grund und Boden zu tun; er darf aber auch das Geld dafür mitbringen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Insofern heißen wir die Landesregierung herzlich willkommen. Wir können uns dem Antrag von Herrn Wortmann, der ja Ähnliches vorschlägt, deswegen grundsätzlich auch nähern. Wir würden uns durchaus freuen, wenn die Landesregierung hier feiern würde - vielleicht nicht kurz vor der Kommunalwahl, aber es gibt ja noch andere Termine, und dann auf eigene Kosten. Da sind wir dabei und feiern gerne zusammen.

In diesem Sinne lehnen wir die Vorlage sowie die Änderungsanträge der eben genannten Parteien, die in irgendeiner Weise eine Mitfinanzierung durch die Stadt Köln vorsehen, ab und wünschen uns ansonsten eine weiterhin feierfreudige Kommune in Köln. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der NRW-Tag wird hier ein wenig so dargestellt, als ob das eine Riesenbelastung sei. De facto ist es aber eine Riesenchance. Das ist die Chance, dass die Stadt Köln sich hier in NRW, aber auch darüber hinaus entsprechend positiv positionieren kann. Denn dabei steht nicht die Selbstdarstellung der Landesregierung im Vordergrund, sondern die Präsentation einer Stadt. Wer sich die NRW-Tage in den letzten Jahren angeschaut hat, hat das gesehen.

Diese Veranstaltung ist auch keine Erfindung der aktuellen Landesregierung. Es gibt sie schon länger. Der NRW-Tag findet alle zwei Jahre statt. 2018 war er in Essen. Wer ihn dort miterlebt hat, weiß, dass das für die Stadt Essen wirklich eine super Angelegenheit gewesen ist.

Er findet nun einmal im August statt. Damit komme ich auch auf den Termin zu sprechen. Der Termin ist ja nicht willkürlich festgelegt worden, sondern richtet sich nach dem Jahrestag der Gründung unseres schönen Bundeslandes. Das kann man auch nachlesen. Deshalb findet er nun einmal im August statt, weil unser Bundesland da gegründet worden ist.

Dass er im August stattfindet, passt de facto auch wunderbar in den Zusammenhang. Denn das ist die Zeit der gamescom, und wir haben hier dann auch andere Themen. Deshalb ist das eine wirklich gute Sache.

Jetzt kann man entweder das Standardkonzept nehmen oder es in Köln - deshalb waren wir hier auch sehr offen für weitere Ergänzungs- und Änderungsanträge - mit bestimmten anderen Programmen, die wir ohnehin vorgesehen haben, super ergänzen.

Wie gesagt, haben wir dann die Zeit der gamescom. Auch deshalb wird unsere Stadt voll sein. Einen vernünftigen Mobilitätsmix sicherzustellen, ist etwas, mit dem wir uns als moderne Großstadtpartei, als CDU, absolut anfreunden können. Ich glaube, dass wir die Zuschauermengen nicht alleine mit dem Auto transportiert bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Gar nicht mit dem Auto!)

sondern hier in bewährter Manier unseren Mobilitätsmix und insbesondere auch die Vorkehrungen bei Großveranstaltungen umsetzen sollten. Zu Karneval kommen die Leute ja auch nicht mit dem Auto in die Stadt hineingefahren, sondern auch da werden die vielfältigen Angebote, die wir in der Region haben, zur Verfügung gestellt.

Meines Erachtens sollte man das Ganze nicht grundsätzlich als Bedrohung oder als Risiko sehen. Denn es ist wieder einmal eine wunderbare Gelegenheit, unsere Stadt zu positionieren und zu präsentieren. Das dient nicht nur unseren eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sondern ist auch ein guter Werbeträger für unsere Stadt in Nordrhein-Westfalen und in der Welt. Diese Chance sollten wir nicht verstreichen lassen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Zustimmung sowohl zu dem Änderungsantrag als auch zu der dann geänderten Verwaltungsvorlage in Gänze. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Joisten, ich glaube, wenn Hannelore Kraft gekommen wäre, hättet ihr heute schon den Partyservice bestellt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben es insofern einmal davon unabhängig betrachtet.

Als vor einigen Wochen die Vorlage auf den Tisch kam, haben wir das in der Grünenfraktion in der Tat sehr skeptisch diskutiert und betrachtet. Warum? Noch ein Dreitagesfest mit bis zu 800 000 Personen in der Innenstadt bedeutet noch einmal eine Belastung der Anwohner und Anwohnerinnen. Da haben wir schon Nachfragen gestellt. Als dann klar wurde, dass das Innenstadtkonzept bzw. das Vergabekonzept nicht angetastet wird, haben wir aber gesagt: Ja, dann schauen wir uns einmal an, was da möglich ist und wie es aussehen könnte.

Das erste Konzept, das vorgelegt wurde, wurde von der BV Innenstadt fast einstimmig - bis auf die FDP-Kollegen - abgelehnt. Diese Ablehnung erfolgte auch zu Recht. Denn diese erste Version enthielt viel Altbewährtes, also viele alte Formate, während neue Dinge, die auch eine Chance bieten, NRW und Köln darzustellen, darin gänzlich fehlten.

Seitens der Verwaltung kamen schon gute Signale, dass einzelne Bausteine weiterentwickelt und fortentwickelt werden. Unser Änderungsantrag soll Ziel und Richtung vorgeben, was da noch geändert werden muss.

Erstens. Köln ist eine Diversity-Stadt und zeigt dies auch beim NRW-Tag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Alle Gruppen und alle Initiativen sind eingeladen, sich aktiv zu beteiligen und mitzugestalten.

Zweitens. Der NRW-Tag 2020 in einer urbanen Stadt wie Köln muss auch moderne Verkehrskonzepte transportieren. Ergo muss dieser NRW-Tag in der Innenstadt autofrei sein. Ein autofreies Wochenende ist also ein weiterer wichtiger Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit kombiniert ist zu prüfen, ob der fahrscheinlose Tag dort auch stattfinden kann.

Drittens. Für ein solches Wochenende ist viel zu organisieren und viel zu beschaffen. Was da zu tun ist, weiß man von den Weihnachtsmärkten, die natürlich länger dauern, ja zu Genüge. Auch hier sollen die Kriterien der Nachhaltigkeit gelten. Das heißt, dass die Gastronomie bei Beschaffungen die Kriterien des Fair Trade, der Müllvermeidung und des Einkaufs von regionalen Produkten einhalten soll. Das ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil eines NRW-Tages.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Rahmen dieses Konzeptes - offen für alle, autofrei, Fair-Trade-Produkte - ist es möglich, dass dieser NRW-Tag 2020 ein guter Tag für Köln wird. Darum bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Joisten.

Christian Joisten (SPD): Vielen Dank, Herr Richter, für Ihre Ausführungen und die Darstellung Ihres Änderungsantrags. Ich würde nur gerne wissen, was denn die finanzielle Dimension in Ihrem Änderungsantrag bedeutet. Weniger als in der Vorlage wären ja auch 790 000 Euro. Gibt es irgendein Limit? Der Rat würde heute mit diesem Beschluss ja den Auftrag erteilen, sich zu bewerben. Wir bekommen das vorher nicht noch einmal zurück. Dementsprechend müsste man eigentlich auch über Kosten reden, die damit verbunden sind.

Insofern wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie hier Ihre Vorstellungen noch einmal kundtun würden. - Danke.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für die Nachfrage, Herr Kollege. Das habe ich in meiner Rede vergessen. Im Antrag steht in der Tat, dass über die Kostenverteilung noch einmal nachverhandelt wird. Denn es kann nicht sein, dass NRW bestellt und wir mit 800 000 Euro zwei Drittel der Kosten übernehmen. Das geht nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht aber auch nicht, dass wir, wie Herr Kollege Wortmann möchte, gar nichts bezahlen, weil wir als Stadt Köln natürlich auch Vorteile von diesem Tag haben und mit daran partizipieren. Das heißt: Es sollte unter 800 000 Euro liegen.

(Christian Joisten [SPD]: Was heißt das?)

Ich will hier aber nicht dem vorgreifen, was die Fachmänner und Fachfrauen dort mit dem Land NRW verhandeln. Aber dieser Kostenansatz muss reduziert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Aber in welcher Dimension? - Gegenruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Frage, eine Antwort!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Der NRW-Tag soll im August 2020 in der Kölner Innenstadt stattfinden. Es ist schon bezeichnend, dass die übergroße Mehrheit der Bezirksvertretung Innenstadt diese Vorlage abgelehnt hat. Bezeichnend ist auch die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses. Das ist ein Zweizeiler, in dem lediglich steht, man habe die Vorlage „zur Kenntnis genommen“. Punkt, aus, vorbei!

Die Landesregierung bestellt eine Feier bei der Kölner Stadtverwaltung. Und was macht die Kölner Stadtverwaltung? Sie schlägt die Hacken zusammen und sagt: Jawohl!

(Zuruf)

- Doch, sie schlägt die Hacken zusammen. Ich bleibe bei diesem Begriff. Das kann man gut sehen.

Wer im Leben steht, weiß, dass man dann, wenn man eine Feier bestellt, sie auch bezahlen muss. In der Geschichte der Stadt Köln war es immer so, dass die Kardinäle und der Adel stets versucht haben, dem Bürgertum gewisse Festivitäten zu übertragen. Sehr oft hat die Stadt Köln gesagt: Nein, das machen wir nicht. - Das ist die Geschichte der Stadt Köln.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

An diese Tradition hält sich die Stadtverwaltung leider nicht. Hier geht es nämlich um eine konkrete Auseinandersetzung mit dem Konnexitätsprinzip. Wer bestellt, der muss auch zahlen. Meine Damen und Herren, wie oft hat der Kölner Rat schon gesagt: „Das Land hält das Konnexitätsprinzip nicht ein; wir fordern das und das und das“? Und was findet jetzt statt? Das Land bestellt, und wir zahlen.

Ich ärgere mich sehr darüber, dass das Konnexitätsprinzip von uns aufgegeben wird, meine Damen und Herren. Es gibt wichtige Auseinandersetzungen, die wir führen, zum Beispiel zu den Kosten der Unterbringung der Flüchtlinge. Das kostet uns pro Flüchtling im Jahr 19 000 Euro. Wir erhalten vom Land 11 000 Euro. Man will jetzt so freundlich sein und uns eventuell 16 000 Euro geben. Da sagen wir: Wir wollen eine Spitzabrechnung.

Deswegen sind wir dafür, dass in diesem Fall, in dem das Land eine Feier hier in Köln durchführt, auch eine solche Spitzabrechnung erfolgt und das Land die Kosten trägt. Wir hätten in diesem Fall auch Kosten, und zwar durch das Ordnungsamt oder was auch immer. Dann soll das Land, bitte schön, diese Kosten zahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre doch eine super interessante Auseinandersetzung gewesen. Man hätte diese Diskussion einmal bei diesem sehr populären Anlass führen können. Aber was macht die Verwaltung? Sie führt diese Auseinandersetzung nicht.

Und was machen die Grünen? Fällt den Grünen nichts anderes ein, ziehen sie den Öko ein.

(Zurufe: Oh!)

Das ist mein Spruch dazu - abgeleitet von den Schriftsetzern. Dort heißt es nämlich: Fällt dem Schriftsetzer nichts anderes ein, zieht er einen Kasten ein. - Das ist meine Übersetzung dessen, was Sie machen.

Meine Damen und Herren, mit 800 000 Euro könnten wir viele soziale, kulturelle und ökologische Projekte finanzieren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zweites Argument: Diese Feier findet mitten im Kommunalwahlkampf statt. Wo bleiben die Unabhängigkeit und vielleicht auch ein bisschen Bescheidenheit? Es gibt Wahlkampfauftritte der Oberbürgermeisterin und der Oberbürgermeisterkandidatin des Jamaika-Bündnisses oder vielleicht nur der Grünen; das wird sich zeigen. Ist das eine gute Planung? Meine Damen und Herren, Sie planen eine Feier. Das ist ein Heimspiel. Da kann man Punkte machen. Das wollen wir nicht. Deswegen ist das meine zweite Kritik. Daher werden wir mit Nein stimmen.

Meine Damen und Herren von den Grünen, wenn ich mir Ihren Antrag anschaue, muss ich wirklich schmunzeln. Wie wollen Sie eine so große Feier müllfrei durchführen? Das ist doch ein bisschen gaga, oder?

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Wie wollen Sie eine solche Feier klimaneutral durchführen? Das ist doch bekloppt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie wollen Sie das klimaneutral machen, wenn Leute aus NRW nach Köln anreisen? Das ist doch wirklich absurd.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ihr Bündnispartner will noch die Sonntagsöffnung haben. Das kumuliert. Ich muss wirklich sagen: So etwas Einfallsloses verstehe ich nicht.

Die Stadt Essen hat letztes Jahr die Feier gehabt. Dort waren sie ganz pfiffig. Sie haben das der Messe übertragen. Wir haben ja auch eine Messe. Das wäre doch ein schlauer Gedanke gewesen, um das Konnexitätsproblem zu lösen. Das haben Sie nicht gemacht.

Aber wir werden ja eine Anfrage stellen, wie klimaneutral das Ganze war und wie viel Müll die AWB - hoffentlich profitiert wenigstens die AWB davon - einsammeln musste. - Danke schön und viel Spaß!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, ja, da haben Sie recht. Ich hatte mich mit den Aspekten „klimaneutral“ und „überhaupt kein Müll“ gar nicht weiter befasst, weil das überhaupt nicht geht. Da haben Sie vollkommen recht. Das kann ich nur bestätigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich wundere mich übrigens auch darüber, dass die Fachpolitiker im Umweltbereich nicht einmal in dieser Form draufgeschaut haben. Das ist doch das ABC, das man eigentlich kennen sollte.

Frau Oberbürgermeisterin, wie auch schon in der Bezirksvertretung Innenstadt - das wurde hier bereits erwähnt - steht die FDP-Fraktion zu Ihrer Verwaltungsvorlage. Am liebsten hätten wir sie genau so, wie Sie sie eingebracht haben, abstimmen lassen. Wir hätten dafürgestimmt. Das möchte ich hier einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann auch die Argumentation der SPD und die Argumentation mit dem Konnexitätsprinzip nicht verstehen. Denn die Bedingungen, die für die Bewerbung gelten, sind nicht von dieser Landesregierung speziell für die Stadt Köln festgelegt worden. Vielmehr gab es sie schon bei den anderen NRW-Tagen. Die Aufteilung der Kosten erfolgte immer hälftig.

Die Verwaltung hat sich etwas Besonderes überlegt, was dann auch mehr kostet. Das steht in der Verwaltungsvorlage auch drin. Dann muss man verhandeln, ob die Landesregierung bzw. das Land es in dieser Form auch übernimmt. Als Verwaltung wollten Sie aber doch erst einmal zeigen, welche Ideen Sie für diese Stadt haben. Sie haben sie auch eingepreist. Da waren Sie ehrlich.

Jetzt wird der Verwaltung vorgeworfen, dass sie Ideen hat und auch Preise dafür aufführt. Dass das falsch sein soll, kann ich nicht nachvollziehen. Ich kann verstehen, dass in dem Antrag von Schwarz-Grün noch einmal deutlich gemacht worden ist, man müsse bei den Preisen aufpassen, ob das wirklich alles zu verwirklichen sei. Das kann man in dieser Form dort einbringen. Aber die Verwaltungsvorlage hat uns nur aufgezeigt, was möglich ist. So ehrlich sollte man sein.

Verehrte SPD, ich bin mir hundertprozentig sicher: Wenn es eine andere Mehrheit gäbe und Frau Kraft Ministerpräsidentin wäre, hätten Sie das hier für Köln sicherlich ganz toll bejubelt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist jetzt eine Scheinheiligkeit, die wir nicht nachvollziehen können. Die Bürgerinnen und Bürger werden das auch merken.

Einen Punkt gibt es hier, der von Herrn Joisten auch offen angesprochen worden ist. Herr Joisten, wir können den Änderungsantrag von Schwarz-Grün in der Tat nicht mittragen, wie Sie gesehen haben. Wir haben einen anderen Antrag gestellt.

Darin geht es erstens um die Aufnahme der verkaufsoffenen Sonntage. Diese Idee gab es bei anderen NRW-Tagen schon. Das haben wir nicht erfunden. Wir haben es nur noch einmal eingebracht, um es zur Diskussion zu stellen. Dafür wird es keine Mehrheit geben, Herr Joisten. Das haben Sie schon gehört.

Zweitens halten wir es nicht für möglich, das Ganze mit einem autofreien Wochenende zu verbinden. Wenn wir Leute von außerhalb hierher einladen, können wir ihnen nicht sagen, sie dürften nicht mit dem Auto kommen. Dafür sollte man andere Tage nehmen. Hier funktioniert das in dieser Form nicht.

Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte in diesem Zusammenhang auch deutlich sagen: Wir können nicht verstehen, dass gerade auch Herr Petelkau als SPD-Chef und -Fraktionsvorsitzender hier in Köln den Mitarbeitern - -

(Bernd Petelkau [CDU]: SPD-Chef? - Zurufe von der SPD: Um Gottes willen! - Heiterkeit)

- Entschuldigung; nicht SPD, sondern CDU. Um Gottes willen! Verehrter Herr Petelkau, das wollte ich Ihnen jetzt nicht antun. Aber meine Kritik möchte ich vortragen.

Wir haben uns alle hinter die Ford-Mitarbeiter gestellt. Wir haben alle gesagt: Wir müssen etwas tun für Ford, für den Standort Köln, für den Fiesta hier. - Was für eine Botschaft geben wir denn nach außen, wenn wir sagen, dass es zum NRW-Tag ein autofreies Wochenende geben soll? Wie sollen sich da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ford und ihre Familien fühlen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP)

Sie dürfen mit einem Fiesta noch nicht einmal nach Köln hineinfahren. Denn in Ihrem Antrag steht auch, dass die An- und Abreise autofrei erfolgen soll.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben bis dahin Dieselfahrverbote! Dann ist das eh gestorben!)

Ich kann nicht verstehen, wie nach Ihrem Antrag die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Ford ist übrigens der größte Arbeitgeber hier - mit frohem Herzen feiern sollen. Ich glaube nicht, dass sie das dann können.

Noch einmal zurück zur Sonntagsöffnung: Wir wollen auch ein Zeichen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kaufhof setzen. Sie sehen ja genau, wie der Einzelhandel hier gebeutelt ist. Andere tragen Sonntagsreden vor. Wir wollen unsere Solidarität hier praktisch zeigen. Ich glaube, es täte gerade auch dem Standort des Einzelhandels gut, wenn wir hier ein Zeichen setzen würden.

(Beifall bei der FDP)

Darum können wir diese in dem Antrag enthaltenen Botschaften nicht mittragen. Wir werden diesen Antrag deshalb auch ablehnen und möchten diese Botschaft insbesondere auch den Ford-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern herüberbringen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich musste zwischendurch schon lachen. Manchmal war ich ein bisschen entsetzt und habe mir gedacht, was für Kleingeister oder Kniesköppe hier doch zum Teil auch im Rat unterwegs sind. Aber dazu später mehr.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das ist aber sehr grenzwertig!)

- Das werde ich gleich auch gerne erklären.

Uns ist klar, dass das in der Beschlussvorlage genannte Konzept nur ein grobes Konzept war - das steht, glaube ich, auch so darin -, das noch Platz für neue Ideen lässt. Mit unserem Antrag wollen wir diesen Raum für neue Ideen füllen.

Wir glauben auch, dass sämtliche Änderungsvorschläge, die Sie darin finden, durch Ratsbeschlüsse gedeckt sind. Wir haben uns der Nachhaltigkeitsresolution der UN angeschlossen. Wir sind ausgezeichnete Fair-Trade-Stadt. Die Oberbürgermeisterin wünscht sich zwei autofreie Tage im Jahr. Wir sind auf dem Weg dahin. All dies ist durch Beschlüsse des Rates gedeckt. Eine einzige Ausnahme gibt es vielleicht. Wir haben nämlich noch kein Zero-Waste-Konzept abgestimmt oder beschlossen. Aber auch das ist Teil der Nachhaltigkeitsstrategie unserer Stadt.

Drei wesentliche Punkte sind in unserem Antrag genannt.

Wir wollen Vielfalt. Das ist für jeden von uns selbstverständlich. Alle sollen sich beteiligen. Wir wollen aber auch im inhaltlichen Konzept und im Programm der Veranstaltungen klarstellen, dass kein konventionelles Fest stattfindet. Denn wir wollen ein Fest haben, das auch die gesamte Vielfalt dieser Stadt darstellt, speziell in der Kultur. Da schließen wir die Avantgarde genauso ein wie die Subkultur. Auch die sollen sich an diesem Tag präsentieren können.

Wir wollen - es wurde genannt - Mobilität in dieser Stadt anders darstellen. Wir wollen eine autofreie Innenstadt, kombiniert mit einem fahrscheinlosen Tag. Auch das ist übrigens Beschlusslage der Stadt Köln. Wir halten es für eine hervorragende Idee, Mobilität an diesem Tag fahrscheinlos zu gestalten.

Wir wollen, dass dieser Tag nachhaltig wird, dass er fair wird, dass er klimaneutral wird und dass er den 17 sogenannten SDGs, den Nachhaltigkeitszielen, folgt. Auch das ist alles Beschlusslage und wäre ein Aushängeschild für Köln.

Ein Beispiel dafür wurde hier gerade der Lächerlichkeit preisgegeben - auch von den LINKEN und der SPD, was ich interessant finde, und zuletzt von Herrn Breite. Zu der These, es sei nicht möglich, eine solche Veranstaltung klimaneutral zu gestalten oder ohne Müllaufkommen durchzuführen, möchte ich nur zwei Dinge sagen.

Erstens. Bei der EnergieAgentur NRW können Sie sich eine mehrseitige Broschüre als PDF herunterladen. Darin steht, wie man auch solche Großveranstaltungen klimaneutral gestaltet. Das ist alles konzeptionell schon längst erarbeitet. Die Broschüre enthält übrigens ein Grußwort des ehemaligen Ministers Remmel.

Zweitens. Ja, wir wollen als Ziel festlegen, dass diese Veranstaltung müllfrei durchgeführt wird. Ich glaube, es waren die BUNTen, die im Umweltausschuss eine Anfrage gestellt haben, wie die Verwaltung damit umgeht. Die Verwaltung schreibt, dass sie es bei vielen von ihr durchgeführten Veranstaltungen bereits so praktiziert. Deswegen sehen wir darin eigentlich kein Problem.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Nun komme ich zur Finanzierung. Hier wurde gesagt: Wer bestellt, bezahlt. - Rein formal ist es aber anders. Das Land bestellt diese Feier gar nicht bei uns. Vielmehr werden wir uns darum bewerben, diesen Tag auszurichten. Insofern gilt

der Spruch: Jeder Gast, und ist er noch so schlecht, wird geehrt, es ist sein Recht.

(Heiterkeit und Beifall bei der Ratsgruppe GUT und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun mag man von der aktuellen Landesregierung halten, was man will. Wir als Kölner stehen aber zu der Gastfreundschaft. Im Übrigen laden wir ja nicht nur die Landesregierung ein. Vielmehr laden wir alle Menschen aus den ganzen anderen Städte und Kommunen in NRW ein, hier nach Köln zu kommen. Wir laden sie gerne ein. Wenn uns das Geld kostet, dann wird es uns eben Geld kosten. Aber wir geben dieses Geld für diesen Zweck - wohlgemerkt unter diesen Gegebenheiten - gerne aus und präsentieren uns hier als eine Stadt, die Beschlüssen zu Nachhaltigkeit auch Taten folgen lässt, also nicht nur Worte macht, sondern auch wirklich zeigt, dass es geht.

Das ist unser Ziel der Veranstaltung. Auch der Stabsstelle Events ist bewusst, dass wir diesen Tag so durchführen wollen. Wir wollen natürlich nicht, dass sie sagen: Wir haben es doch wieder normal gemacht; denn anders ging es nicht. - Nein, das ist die Vorgabe. Der Tag soll so aussehen. Wir entscheiden uns also für das gastfreundliche Köln und wollen dies auch zeigen.

Die genannten 800 000 Euro sind, wie gesagt, ein Deckel, der reduziert werden soll. Selbstverständlich soll da nachverhandelt werden. Aber wir sind auch optimistisch, dass dies gelingt. Wenn das Geld nicht ausreicht - unser Tag wird mit diesen Kriterien natürlich etwas teurer; das ist uns schon klar; Müll wegschmeißen etc. ist heute leider immer noch billiger -, dann muss das Programm eben abgespeckt werden. Aber dafür haben wir dann Klasse statt Masse.

Die Erfahrungen, die Köln mit den Tagen des guten Lebens gemacht hat, machen uns hoffnungsvoll, dass auch ein derartiges großes Event mit mehreren Hunderttausend Besuchern in Köln gelingen kann.

Ein Letztes: Köln ist übrigens Teil von Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe: Ach!)

- Ja. Das ist offenbar nicht allen bewusst. - Ich weiß nicht, ob man mit Westfalen tatsächlich feiern kann.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann man!)

Das müsste man dann einmal ausprobieren.

Aber wir sind gerne dabei. Wir laden gerne NRW dazu ein. Wir feiern auch gerne diesen Jahrestag.

Wir möchten auch darauf hinweisen - das wurde hier noch gar nicht erwähnt -, dass laut Konzept der Stadt auch andere Kommunen eingeladen sind, sich bei uns zu präsentieren. Wir glauben wirklich, dass es viele kleinere Kommunen gibt, die sich auf diesen Tag freuen, also irgendwelche Schulchöre etc., die in anderen Städten unterwegs sind und sich auf diesen Tag vorbereiten. Diese wollen wir hier willkommen heißen und zeigen, dass Köln nicht nur anders kann, sondern es auch tatsächlich macht. - Vielen Dank. Wir freuen uns auf den NRW-Tag.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, es gibt Tausende von Menschen, die das nicht zur Kenntnis nehmen und immer singen: Das schönste Land der Welt ist Kölle.

Aber ich bitte Sie, etwas respektvoller mit Ihren Kollegen umzugehen. Das tut uns, glaube ich, allen gut. - Vielen Dank.

Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gar nicht gewusst, dass das so ein Riesending ist. Ich freue mich über diese fast ausufernden Diskussionen. Eigentlich hatte ich meine Anfrage bereits gestern im Finanzausschuss gestellt, weil ich dachte, da könnten wir das schon ein bisschen vorentscheiden. Aber nein, jetzt sind wir im Rat.

Ich greife einmal deine Anmerkung auf, Thor. Wir können ja auch einmal großräumig denken. Vielleicht schaffen wir die Voraussetzungen und sind dann bereit, 2026 den 80. Geburtstag hier in Köln zu feiern. Das wäre ja eine Sache. Dann können wir hier alles so beschließen, und dann ist eitel Freude und Sonnenschein. So weit sind doch gar nicht auseinander - bis auf die Finanzierung.

Köln kann feiern - das wissen wir -, im Guten wie manchmal auch im Schlechten. Deshalb sagen wir grundsätzlich Ja zu dem NRW-Tag. Wie ge-

sagt, muss die Zeche aber schon das Land zahlen. Die Kosten sollen sich auf - erst einmal vage dahingestellte - 1,35 Millionen Euro belaufen. Dagegen sollen ungefähr 530 000 Euro Einnahmen stehen. Das sind für mich Zahlen, die sehr dünn sind und denen ich auch gar nicht trauen will.

Aber lassen Sie mich gar nicht erst über die Zahlen reden. „Zu Selbstkosten“ ist für mich überhaupt keine Option. Denn wir haben einen latent angespannten Haushalt, wir haben auch personelle Engpässe, und wir haben hohe Sicherheitsanforderungen. Wegen der wenig erfreulichen Steuerschätzungen allgemein und insbesondere für den Standort Köln sollten wir jeden Euro herumdrehen. Deshalb ist dieser NRW-Tag für Köln nächstes Jahr keine Option.

Lassen Sie mich das Ganze noch etwas realistischer betrachten. Seit der Auslobung des Termins - das ist eben schon erwähnt worden; sie ist 2013 erfolgt; damals sind mehrere Termine ausgelobt worden - hat sich bis heute niemand gemeldet. Dann hat das Land uns angeboten, diesen NRW-Tag durchzuführen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen beim Lesen dieser Vorlage gegangen ist. Ich jedenfalls habe schon deutlich zündendere Texte gelesen. Abgerundet wird das auch durch dieses doch sehr schmale Statement der Rechnungsprüfer, die das einfach zur Kenntnis nehmen.

Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag und um die grundsätzliche Überlegung, diesen NRW-Tag zu einem späteren Zeitpunkt, wenn wir dann auch einen konsolidierten Haushalt haben, noch einmal in die Diskussion zu bringen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe hier, um den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu vertreten und auch ein bisschen zu erklären. Meines Wissens ist er einstimmig gefasst worden. Wir hatten da auch eine sehr lange Tagesordnung. Sie war sehr intensiv und enthielt auch einige Brocken. Das eine oder andere BV-Mitglied hat dann gesagt: Ich glaube, da war ich ein bisschen überlastet.

Aber zu dem Punkt selbst: Das war eine spannende Diskussion. Natürlich muss man auch sagen, dass man die Feste feiern soll, wie sie fallen. Eben wurde auch schon daran erinnert, dass es in Köln ja so schön heißt: Wer die Musik bestellt, der soll sie auch bezahlen. - Aber der Vertreter der Verwaltung hat uns da sehr versiert sachlich dargelegt, dass die Landesregierung gesagt hat: Ihr kriegt 450 000 Euro - wenn ich das noch richtig im Kopf habe -; dafür könnt ihr es machen. Wenn ihr es für 450 000 Euro macht, dann ist das okay. - Dann ist auch die Summe genannt worden, die jetzt hier durch den Raum schwebt. Diesen Betrag soll die Stadt Köln dazutun.

Das war bei uns auch ein Kritikpunkt, aber nicht der Hauptkritikpunkt. Wir aus der Innenstadt - und damit will ich es auch einmal auf den Punkt bringen; ich weiß gar nicht, ob wir dann noch eine Unterbrechung gemacht haben; das ist jetzt aber auch egal - haben gesagt: Es reicht. Es reicht wirklich.

Wenn immer von unserem schönen Köln gesprochen wird - das hat man ja auch heute hier gehört -, muss man auch einmal Folgendes zur Kenntnis geben: Unser Gebiet umfasst inklusive Deutz 25 Quadratkilometer von 405 Quadratkilometern der Stadt Köln. Auf diesen 25 Quadratkilometern spielt sich, würde ich einmal aus dem Bauch heraus sagen, 95 Prozent von allem ab. Ich kann Ihnen nur den guten Rat geben, auf das zu achten, was bei uns ankommt. Wir sind ja nun die Seismografen. Es gibt viele Initiativen, Bürgergemeinschaften usw., die dann sagen: Wir haben die Nase voll.

Und jedes Event rockt die Innenstadt herunter. Das ist einfach so. Hier geistert ja auch die Zahl herum, dass 750 000 Menschen an diesem Tag nach Köln kämen. Das ist keine kleine Nummer.

Lassen Sie uns das in Zukunft wirklich diskutieren, damit in der Innenstadt dieses freundliche und weltoffene Klima - klar; wir sind auch Nordrhein-Westfalen; das ist unser Heimatland - nicht kippt. Das muss auch bedacht werden.

Wir werden das auch einfordern und natürlich kommunizieren, dass nach solchen Brocken, die noch zusätzlich kommen, für die Innenstadt dann auch mehr an Pflege gemacht werden muss. Sonst klappt das in der Zukunft so nicht mehr. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann zu? Er hatte sich noch einmal gemeldet.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Ja, gerne.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Keine Zwischenfrage!)

- Okay. - Einen Satz will ich noch sagen. Das ist jetzt aber meine persönliche Meinung. Damit will ich auch nicht einem anderen die Argumente bezüglich der zusätzlichen Kosten wegnehmen, die sich auf, ich sage einmal, 500 000 oder 600 000 Euro belaufen. Da kann ich nur festhalten - und das bedeutet nicht, dass ich jetzt von dem zurücktrete, was ich gerade gesagt habe -: Das kommt auf dem Wege der Umwegrentabilität wieder herein. Da ist es bei Kultur genauso wie bei Sport. Das war bei uns dann auch das Limit. Das kommt ganz klar herein.

Es geht aber - das sage ich jetzt noch einmal - um den Druck, der hier auf den Leuten lastet. Überlegen Sie sich das für die Zukunft noch einmal gut. 25 Quadratkilometer von 405 Quadratkilometern! - Vielen Dank.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen! Ich will mich nur ganz kurz formal, aber auch von Herzen für das Wort „kleingeistig“ entschuldigen. Ich glaube, das war es - ich habe das nicht richtig mitgeschnitten -, was zur Empörung geführt hat. Dafür, dass ich diesen Begriff verwandt habe, möchte ich mich in aller Form entschuldigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich war nur erschrocken darüber, wie auf die Worte „autofrei“ und „Müllvermeidung“ hier im Saal reagiert wurde. Das hat mich zu einer falschen Wortwahl gebracht. Dafür bitte ich um Verzeihung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich folgendermaßen - - Herr Joisten, machen wir jetzt eine zweite Runde? Nehmen Sie die Entschuldigung an?

Christian Joisten (SPD): Ich nehme die Entschuldigung von Herrn Zimmermann natürlich gerne an, auch im Namen der SPD-Fraktion.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist schön.

Christian Joisten (SPD): Ich möchte aber zu diesem Tagesordnungspunkt geheime Abstimmung beantragen. - Danke.

(Zurufe: Oh!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, sagen Sie bitte auch noch, über welchen Antrag Sie geheim abstimmen möchten?

Christian Joisten (SPD): Ich gehe ja davon aus, dass die Sitzungsleitung zunächst einmal über den Änderungsantrag von Schwarz-Grün abstimmen lässt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. Dann würde ich Ihnen jetzt einmal vortragen, was ich - -

Christian Joisten (SPD): Dann machen Sie einmal Ihren Vorschlag, und ich sage Ihnen dann - - Ansonsten beantrage ich für jeden Antrag geheime Abstimmung. Aber das wollen wir ja nicht. Wir wollen das doch schön der Reihe nach machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich hatte Folgendes vor: Ich wollte zunächst über den Antrag von Herrn Wortmann abstimmen lassen, dann über den Änderungsantrag der FDP und dann über den Ersetzungsantrag von CDU, Grünen und GUT - in dieser Reihenfolge.

Christian Joisten (SPD): Auch wenn sich der FDP-Antrag erst auf den Antrag von CDU und Grünen bezieht? Macht das Sinn?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir fanden alle, dass das Sinn macht, ja. Sonst würde ich es nicht vorschlagen.

Christian Joisten (SPD): Dann beantrage ich die geheime Abstimmung über den zuletzt genannten Antrag von CDU und Grünen, der dann zur Abstimmung steht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Meine Damen und Herren, dann lasse ich zunächst über die beiden erstgenannten Anträge abstimmen. Danach kommen wir zu dem dritten Antrag.

Wir beginnen mit dem Antrag von Herrn Wortmann. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die AfD und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Damit ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Damit ist er abgelehnt.

(Unruhe)

- Was gibt es jetzt? Alles gut?

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir ärgern uns, aber sonst ist alles gut!)

- Ja, das kann hier passieren.

Ich rufe dann den Antrag von CDU, Grünen und GUT auf. Die SPD-Fraktion hat geheime Abstimmung über diesen Änderungsantrag beantragt.

Nach § 23 Abs. 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung wird auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Rates geheim abgestimmt. Heute sind 83 Mitglieder des Rates anwesend. Erforderlich wären für den Antrag auf geheime Abstimmung also 20 Prozent. Damit wäre das erforderliche Quorum erfüllt. Von der SPD-Fraktion sind genügend Ratsmitglieder anwesend, um dieses Quorum zu erfüllen. Wir werden also geheim abstimmen.

Ich bitte die Stimmzähler, die ich eben benannt habe, nach vorne zu kommen. Das sind Frau Akbayir, Herr Pohl in Vertretung für Frau Nesseler-Komp und Frau Schwab.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie Ihre Entscheidung bitte eindeutig durch ein Kreuz deutlich machen. Stimmzettel mit Zusätzen oder mehreren Kreuzen sind ungültig. Wenn Sie sich der Abstimmung enthalten wollen, kreuzen Sie bitte den Kreis bei „Enthaltung“ an. Das kennen Sie alles.

Wir rufen jetzt die Namen auf. Frau Lange, Sie werden die Ratsmitglieder am Mikrofon in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Ich bitte Sie, zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Auszählung erfolgen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten wieder in den Tagesordnungspunkt 10.14 ein. Ich teile Ihnen das Ergebnis der geheimen Abstimmung mit und möchte auch darauf hinweisen, dass damit die Abstimmung über die Vorlage entfällt.

Es sind 82 Stimmen abgegeben worden. Davon haben 42 mit Ja und 37 mit Nein gestimmt. Damit ist der Antrag von CDU, Grünen und GUT beschlossen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Es handelt sich um einen Ersetzungsantrag. Darum ist das die Folge. - Okay.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln):

Beschluss:

Der Rat stimmt unter der Voraussetzung dem vorgestellten Verwaltungskonzept und der Bewerbung der Stadt für den NRW-Tag 2020 zu, sofern das Land NRW die gesamten Kosten für die Planung, die Durchführung sowie die personellen und sicherheitstechnischen Mehraufwendungen des Gesamtprogramms trägt.

Sollte das Land NRW die Kostenübernahme verweigern oder nur zu einer Teilkostenübernahme bereit sein, verzichtet die Stadt Köln und zieht ihre Bewerbung zurück.

Die Kosten für die bisherige Erarbeitung des Konzeptes trägt die Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD und der Gruppe BUNT sowie der Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Folgender Punkt wird hinzugefügt:

Standort stärken:

Die Domstadt wird an dem Tag viele Gäste aus der Region und weit darüber hinaus begrüßen. Köln sollte dies als Chance begreifen, ihren arg gebeutelten Einzelhandel zu stärken. Dafür soll das Konzept so konzipiert sein, dass der NRW-Tag durch einen Verkaufsoffenen Sonntag begleitet wird.

Folgender Punkt wird entfernt:

Mobilität:

Die Planungen der Verwaltung zu autofreien Tagen (Mitteilung 2143/2018) werden bei der Durchführung des NRW-Tages berücksichtigt. Dies gilt sowohl für die An- und Abreise als auch die Innenstadt selbst. Zur Unterstützung der autofreien Innenstadt wird der fahrscheinlose Tag 2020 am NRW-Tag stattfinden, unterstützend sorgt das Land NRW für günstige Anreise-Möglichkeiten mit der Bahn.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

III. Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und der Gruppe GUT

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das vorgestellte Veranstaltungskonzept zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, sich mit dem durch die folgenden Maßgaben geänderten Konzept für den NRW-Tag zu bewerben:

Vielfalt:

Die Vielfalt des Landes NRW und der Gastgeberstadt Köln werden durch vielfältige kulturelle Angebote präsentiert und zeigen die komplette Breite von Vereinen und Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements aus Köln und NRW. Dies gilt für musikalische Darbietungen genauso wie für andere Präsentationen. Köln ist eine Diversity-Stadt, und zeigt dies auch. Alle Kölner Gruppen und Initiativen, die sich durch Ihr gesellschaftliches Engagement in der Stadt auszeichnen, können sich beteiligen.

Mobilität:

Die Planungen der Verwaltung zu autofreien Tagen (Mitteilung 2143/2018) werden bei der Durchführung des NRW-Tages berücksichtigt. Dies gilt sowohl für die An- und Abreise als auch die Innenstadt selbst. Zur Unterstützung der autofreien Innenstadt wird der fahrscheinlose Tag 2020 am NRW-Tag stattfinden, unterstützend sorgt das Land NRW für günstige Anreise-Möglichkeiten mit der Bahn.

Nachhaltigkeit:

Die Organisation des NRW-Tages erfolgt nach den UN-Zielen für Nachhaltigkeit, zu denen sich der Rat bereits 2017 bekannt hat. Die Veranstaltung wird somit ein „Zero-Waste"-Konzept verfolgen und klimaneutral ausgerichtet. Sowohl das gastronomische Angebot als auch weitere Beschaffungen, die für den NRW-Tag benötigt werden, orientieren sich an den Kriterien des Fair-Trades und dem Gebot der CO2- und Müllvermeidung. Bevorzugt sind Waren und Dienstleistungen aus dem regionalen Umfeld, beziehungsweise aus dem regionalen Umfeld NRWs zu beziehen.

Das Veranstaltungskonzept soll so konzipiert sein, dass die aufzuwendenden städtischen Mittel im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag reduziert werden können. Bei der Wahl der Veranstaltungsorte ist auf eine Entlastung der Innenstadt zu achten, die Berücksichtigung weiterer Stadtbezirke durch die Stabsstelle Event ist wünschenswert.

Das Ergebnis der Bewerbung ist dem AVR und Finanzausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis (geheime Abstimmung):

Insgesamt abgegebene gültige Stimmen: 82

Ja-Stimmen 42

Nein-Stimmen 37

Enthaltungen 3

Mehrheitlich in geheimer Abstimmung zugestimmt.

IV. Da es sich bei dem Änderungsantrag um einen Ersetzungsantrag handelt, hat sich die Abstimmung über die Vorlage somit erledigt.

Anmerkung:
Geheime Abstimmung auf Antrag von RM Joisten

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“, Projekte des Mantelprojektes „Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung“; hier: Baubeschluss für die Umgestaltung der Gürzenichstraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 0930/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 2. Das ist auch wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das bei Enthaltung der AfD beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 02.05.2019 (Anlage 2) und des Stadtentwicklungsausschusses vom 16.05.2019 (Anlage 9):

1. *Der Rat nimmt die Entwurfsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“ - mit der Umgestaltung der Gürzenichstraße mit Gesamtkosten in Höhe von 6.423.776,95 €.*

2. *Der Rat beschließt - vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus - die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Umgestaltung der Gürzenichstraße in Höhe von 300.000 € im Haushaltsjahr 2019 im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

3. *Die Maßnahme ist dahingehend umzusetzen, dass im Kreuzungsbereich Gürzenichstraße/Quatermarkt/Kleine Sandkaul ein Zebrastreifen in einer Breite der Flucht der westlich angrenzenden Gürzenichstraße entsteht.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für die Ost-West-Achse mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 1137/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) AN/0703/2019

Als Erstem gebe ich Herrn Pöttgen das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat sich intensiv mit der Ost-West-Achse auseinandergesetzt. Das wissen Sie alle. Ziemlich genau vor einem halben Jahr haben wir hier die Debatte geführt. Das ist also kein ganz neues Thema. Jetzt haben wir die Umsetzung des Ratsbeschlusses vor uns liegen. Es ist schön, dass das

nach einem halben Jahr in eine Verwaltungsvorlage gegossen werden konnte.

Ich will nur Folgendes in Erinnerung rufen: Für unsere Fraktion war die ganze Zeit völlig klar, dass ein Tunnel kein Selbstzweck ist, sondern nur dann Sinn ergibt und auch Investitionen rechtfertigt, wenn damit zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden. Und das sehen wir heute nicht.

Zur Erinnerung: Wir haben als SPD zwei Ebenen in zwei Schritten vorgeschlagen, und zwar schnellstmöglichen oberirdischen Ausbau mit Ergänzung einer leistungsfähigen Metrolinie von Deutz bis zum Aachener Weiher, um so tatsächlich zukunftsfähige Kapazitäten für Köln zu schaffen und in Köln über Wiener Verhältnisse reden zu können, damit das mit der Verkehrswende auch klappt.

Die Vorlage der Verwaltung, über die wir heute entscheiden werden, bringt uns daher keinen großen Wurf, den wir in Köln brauchen, um den ÖPNV wirklich voranzubringen und die Ost-West-Achse tatsächlich fit für die Bedarfe von morgen zu machen.

Besonders bitter ist, dass Sie heute wider besseres Wissen 20 Millionen Euro Planungskosten für einen Tunnel durchwinken, der keine zusätzlichen Kapazitäten bringt und für dessen Realisierung es auch keine Mehrheit geben wird. Was Sie heute beschließen, ist keine verantwortungsvolle Politik, sondern ein fauler Kompromiss.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass nunmehr die Bahnsteigverlängerung für den linksrheinischen Streckenabschnitt auf den Weg gebracht wird. Wer in den Details dabei war, weiß, dass das seinerzeit Teil unseres Vorschlags war. Wir müssen auch schnellstmöglich die Voraussetzungen für den rechtsrheinischen Ausbau schaffen, damit die Langzüge durchgehend von Ost nach West fahren können.

Die Umsetzung bis zur Fußball-Europameisterschaft - auch das ist ja in der Debatte Konsens geworden - finden wir an der Vorlage gut.

Trotzdem lehnen wir die Vorlage insgesamt ab. Wir möchten keine Ressourcen in einen Tunnelbau stecken, der keinen überzeugenden Mehrwert und keine zusätzlichen Kapazitäten bringt. Ein zukunftsfähiges Konzept für den Ausbau der Ost-West-Achse sehen wir nicht. Wir haben eine andere Vorstellung, wie dargestellt.

Daher halten wir den Antrag von CDU und Grünen vom Dezember 2018, der heute umgesetzt wird, nicht für zukunftsweisend und auch den Änderungsantrag von Herrn Wortmann, der einfach nur den Tunnel bauen will, nicht für zielführend, weil auch das nicht die zukunftsweisende Kapazität bringt. Das ist keine Überraschung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben die inhaltliche Debatte über den Antrag hier schon im Dezember 2018 geführt. Auch da gab es eine geheime Abstimmung, wie alle wissen, und auch da haben wir vom schwarz-grünen Bündnis zusammen mit den GUTen gezeigt, dass wir die Mehrheiten, die wir organisieren, hier auch durchstehen können.

Daher bin ich froh darüber, dass mir jetzt die Gelegenheit gegeben wird, noch einmal einige Sätze zur Vorlage zur Ost-West-Achse zu sagen. Wir haben das ja im Verkehrsausschuss auch schon diskutiert.

Im Dezember 2018 hatten wir hier die schnellstmögliche Ertüchtigung der Ost-West-Achse beschlossen, und zwar mit städtebaulich hochwertigem Interim in dem umzubauenden Teil in der Innenstadt. Es freut mich sehr, dass es jetzt möglich ist, höchstwahrscheinlich bis zur Fußball-Europameisterschaft der Männer, also bis 2024, auch die Bahnsteigverlängerungen auf der Strecke zum Stadion hinzubekommen, um möglichst viele Leute schnell zum Stadion und wieder zurück transportieren zu können.

Nun komme ich zu der Frage nach den Planungskosten und danach, wie viel denn welcher Teil eigentlich kostet. Ja, es ist richtig; wir nehmen hier Geld für seriöse Planungen in die Hand. Damit möchte ich nicht andeuten, dass die Vorlagen und Unterlagen vorher unseriös gewesen seien. Aber hier gehen noch einmal tiefer greifende Zahlen und Fakten ein. So schaffen wir die Grundlage dafür, dass dann, wenn es denn zu der Entscheidung kommt, ob wir dauerhaft oben bleiben oder auf dem infrage kommenden Teilstück nach unten gehen, nicht nur aufgrund einer Machbarkeitsstudie darüber entschieden wird, welche finale Variante letztendlich herauskommt; denn dann haben wir schon Planungen, anhand derer wir abschätzen können, welche

Baukosten auf uns zukommen, welche weiteren Planungskosten auf uns zukommen etc. pp.

Das ist auch das, was damals im Rahmen der Befragung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger diskutiert wurde. Seinerzeit ging es nämlich um die Frage, auf welcher Grundlage wir so etwas eigentlich durchführen wollen.

Wenn wir wollen, dass Entscheidungen entsprechend legitimiert sind, sollte jedes Ratsmitglied, das hinterher für oder gegen einen Baubeschluss die Hand heben muss, sich auch darauf verlassen können, dass fundierte Planungen vorliegen. Bei anderen Großprojekten sehen wir hier in den letzten Jahren ja leider immer wieder, wohin sich die Kosten und die Zeitdauern sonst entwickeln.

Wenn wir eine Grundlage dafür schaffen, dass man von Anfang weiß, wie teuer es wird, wie lange es dauert und welchen Nutzen wir letztendlich davon haben, dann finde ich es auch in Ordnung, wenn man am Anfang eines solchen Prozesses noch Geld in die Hand nimmt, um das Ganze weiterzuführen. Daher können wir als grüne Fraktion auch dieser Verwaltungsvorlage so zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier eine absurde Vorlage vorliegen. Dafür kann die Verwaltung aber nichts. Der Grund ist vielmehr, dass die Politik im Dezember 2018 einen absurden Beschluss gefasst hat.

Schwarz-Grün ist sich in der Frage „oben oder unten?“ so einig wie Feuer und Wasser oder wie Teufel und Weihrauch.

Hinzu kommt, dass Sie mit Schwarz-Grün alleine überhaupt keine Mehrheit für diesen absurden Beschluss bekommen hätten. Deswegen mussten Sie großzügig auf die Ratsgruppe GUT zugehen. Jetzt dürfen wir noch eine schöne Machbarkeitsstudie für den Papierkorb bezahlen, mit der eine Seilbahn überprüft werden soll.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stand aber nicht in der Ratsvorlage!)

- Nein, das stand nicht in der Ratsvorlage. Aber wer drei und drei zusammenzählen kann, wird zu diesem Ergebnis kommen.

Es ist sehr bedauerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie heute beschließen, dass ein Planungsteam für den Papierkorb arbeitet. Zugegebenermaßen wissen wir noch nicht, welches Team das ist - entweder das Team, das für oben plant, oder das Team, das für unten plant. Ein Team arbeitet jedenfalls für den Papierkorb. Das halten wir für eine absolute Demotivation der Planungskräfte, die ohnehin nicht sehr umfangreich vorhanden sind.

Gestern hat die Verwaltung im Finanzausschuss die Beantwortung einer Anfrage, die wir im Verkehrsausschuss gestellt haben, vorgelegt. Die Antwort ist natürlich erst jetzt und relativ kurzfristig gekommen. An dieser Stelle geht es um relativ kompliziertes Zahlenmaterial. Ich habe heute am frühen Abend schon einmal probiert, kompliziertes Zahlenmaterial hier vorzustellen, was nur bedingt gelungen ist. Das wird mit Sicherheit jetzt auch schwierig. Aber ich möchte es trotzdem gerne probieren.

Wir hatten im Dezember 2018 für die Variante 2+ 760 Millionen Euro veranschlagt. In der aktuellen Vorlage finden wir einen Betrag, der weitaus höher ist. Nun wird die Verwaltung kontern, das eine seien Nettozahlen, und das andere seien Bruttozahlen. Das ist auch nicht falsch. Trotzdem muss die Verwaltung sich hier die Frage gefallen lassen, warum wir im Dezember 2018 mit Nettozahlen gearbeitet haben und jetzt mit Bruttozahlen arbeiten. Die Bruttozahlen sehen doch schon wesentlich uncharmanter aus.

Des Weiteren würde ich von der Verwaltung gerne Folgendes wissen: Sie schreiben in der Antwort, die gestern im Finanzausschuss vorgelegt wurde, dass die neuen Zahlen keine Auswirkungen auf die Nutzen-Kosten-Berechnung haben. Das wundert mich. Aber ich gehe davon aus, dass Sie das gleich erläutern können. Mich wundert das deswegen, weil ich noch sehr gut in Erinnerung habe, dass bei der Nord-Süd-Stadtbahn jeder kleine Nachtrag - insbesondere beim Los Süd kamen sie massenhaft; der eine oder andere wird sich daran erinnern - dazu geführt hat, dass die Nutzen-Kosten-Berechnung neu durchgeführt werden musste.

Weiterhin führt die Verwaltung in der gestern vorgelegten Beantwortung der Fragen Folgendes aus - damit es vielleicht ein bisschen einfacher wird, beziehe ich mich jetzt nur auf die Nettozahlen, die Sie freundlicherweise auch noch einmal dort hineingeschrieben haben -: Der Tunnel ist mit netto 678 Millionen Euro veranschlagt. Zur Erinnerung: Für die Gesamtstrecke von Weiden-West bis Bensberg sind es 760 Millionen Euro. Es bleiben also 82 Millionen Euro für die Ertüchtigung der Haltestellen östlich des Heumarktes und westlich des Rudolfplatzes. Das sind 33 Haltestellen; ich habe sie gezählt. Dies entspricht einer Summe von circa 2,5 Millionen Euro pro Haltestelle. Bei der rein oberirdischen Ertüchtigung gehen wir von Nettozahlen von 250 Millionen Euro aus. Dann haben wir natürlich noch drei oberirdische Haltestellen mehr, weil sie nicht in den Tunnel gelegt werden. Rechnet man bei der rein oberirdischen Ertüchtigung die 250 Millionen Euro auf insgesamt 36 Haltestellen um, kostet bei dieser Ausbauvariante jede Haltestelle im Schnitt 6,9 Millionen Euro.

Da muss mir die Verwaltung noch erklären - vielleicht habe ich es ja einfach nicht verstanden; aber diese Erklärung ist unabdingbar, um das zu beschließen -, wie es zu dieser Differenz bei den oberirdischen Haltestellen zwischen 2,5 Millionen Euro bei dem unterirdischen Ausbau und 6,9 Millionen Euro bei dem rein oberirdischen Ausbau kommt.

Jetzt habe ich die Redezeit ein klein wenig überzogen. Ein Satz noch - dann bin ich auch weg -: Ich erwarte von der Verwaltung, dass mir diese Fragen jetzt beantwortet werden. Wenn das nicht möglich ist, können wir diese Vorlage heute nicht beschließen, weil die Antwort auf unsere Anfrage erst gestern im Finanzausschuss vorgelegt worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal gibt es ja glückliche Fügungen.

(Der Redner hält seinen Tablet-PC hoch)

Das ist das Kalenderblatt des KVB-Kalenders „Köln damals“ vom Mai 2019. Sie haben diesen Kalender wahrscheinlich alle zu Hause an der Wand hängen und kennen das aktuelle Kalenderbild deswegen. Hier kommt die Linie 5 auf der Turiner Straße heraus. So sähe unsere Stadt wahrscheinlich aus, wenn die Grünen in den 70er-Jahren schon mehr Einfluss gehabt hätten. Dann wäre der U-Bahn-Bau bereits damals eingestellt worden. Das heißt, wir hätten hier diese Rampe und der Ebertplatz wäre wahrscheinlich nie unterirdisch gebaut worden.

Deswegen ist das eine glückliche Fügung, weil man sieht, wie sich die Stadtbahn in Köln entwickelt hat. Das ist auch die Weichenstellung, vor der wir hier stehen. Heute machen wir ja nur einen Zwischenschritt. Die große Entscheidung steht uns irgendwann in der nächsten Ratsperiode noch ins Haus. Ich kann nur hoffen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, lieber Andreas Pöttgen, dass es bis dahin bei euch so viel Weisheit geregnet hat, dass ihr von den Bildern, die ihr euch hier selbst gemalt habt, wegkommt.

Ich will nicht ausschließen, dass wir Mitte der 30er-Jahre oder in den 40er-Jahren diese Kapazitäten brauchen. Heute sieht diese Notwendigkeit aber außer der SPD-Fraktion keiner. Die KVB sagt: Wir kommen über Jahrzehnte mit diesen Kapazitäten aus. - Aber ich will es nicht ausschließen.

Heute sagen auch alle außer der SPD-Fraktion: Das ist nicht förderfähig. Weder ist der Rheintunnel förderfähig, noch ist „oben und unten gleichzeitig“ förderfähig. - Vielleicht ändert sich das in den 30er-Jahren. Ich kann es nicht voraussagen. Das müssen auch spätere Generationen von Ratskolleginnen und -kollegen dann hier bewerten und entscheiden.

Nur: Wir machen Realpolitik. Auf Annahmen, von denen lediglich Andreas Pöttgen und die Mehrheit der SPD-Fraktion ausgehen, können wir keine Planung aufbauen. Auch auf Förderungen, die nur Andreas Pöttgen und die Mehrheit der SPD-Fraktion sehen, kann man keine Planung aufbauen. Deswegen hoffe ich, dass es dort ein Einsehen gibt. Bisher sind leider alle guten Ratschläge - auch von Parteifreunden von euch, von Genossen - verhallt.

Wenn wir diesen Beschluss gefasst haben, können wir alle noch einmal abkühlen. Dann gehen wir in die Kommunalwahl. Danach hat der Rat eine andere Zusammensetzung. Dann muss man sich irgendwie zusammenraufen. Da muss sich die SPD mit der CDU zusammenraufen. Eine solche Entscheidung muss von den Volksparteien über Koalitionen und über Kommunalwahlen hinweg über Jahrzehnte getragen werden.

Das kann man nicht mit einer Stimme Mehrheit im Rat machen.

(Beifall bei der FDP)

Daher hoffe ich darauf, dass wir da noch entsprechende Weisheit bekommen.

Ich freue mich bei der Vorlage auch über den Punkt mit der Europameisterschaft 2024. Solche Dinge haben ja nachher viele Väter. Ich meine, in die Verhandlungen, die wir damals geführt haben, diese Idee als Erster eingeführt zu haben. Aber es ist ja schön, wenn das heute State of the Art ist und die Grünen es selbst auch gut finden. Alles wunderbar! Ich kann das gerne im Sinne der Stadt entsprechend weitergeben.

Heute geht es erst einmal darum, wie wir mit der etwas verkorksten Entscheidung vom Dezember 2018 hier weiter umgehen und wie wir weitermachen.

Die zweite Hälfte der verkorksten Entscheidung mit der Busspur auf der Aachener Straße werden wir in der nächsten Sitzung behandeln.

Es ist schade, dass dieses Geplänkel hier insbesondere Planungskosten für die oberirdische Version, die keine Mehrheit in diesem Rat hat, wenn sich CDU und SPD richtig zusammenraufen, in Höhe von 2 Millionen Euro nach sich zieht. Wir jonglieren ja immer mit riesigen Zahlen. Deswegen merken wir vielleicht gar nicht, wie viel Geld hier einfach rausgeschmissen wird.

(Andreas Pöttgen [SPD]: 20 Millionen Euro!)

2 Millionen Euro werden für eine oberirdische Planung ausgegeben, für die in diesem Rat eigentlich keine Mehrheit da ist. Das ist ein Zugeständnis nur an die Grünen. Ihr solltet euch dafür schämen, dass das Geld hier so verschwendet wird.

(Beifall bei der FDP)

Weil wir dieser Verschwendung nicht zustimmen wollen, Frau Oberbürgermeisterin, bitte ich Sie darum, abschnittsweise abstimmen zu lassen bzw. über den Punkt 3, der diese oberirdische Planung enthält, getrennt abstimmen zu lassen, damit wir die Möglichkeit haben, dort mit Nein zu stimmen.

Damit es mit dem U-Bahn-Bau weitergeht und wir nicht solche Torsos wie hier wie auf dem Kalenderbild vom Mai 2019 bekommen, werden wir der Gesamtvorlage am Ende zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, ich wollte Frau Blome am Ende der Debatte das Wort geben; nicht, dass Sie meinen, ich hätte das vergessen. - Herr Michel.

Dirk Michel (CDU): Das ist der logische Next Step nach der Variantenentscheidung im Dezember 2018. Diese muss auch heute nicht mehr ausgefochten werden. Für das Protokoll wiederholen wir als CDU noch einmal unsere Zustimmung aus dem Verkehrsausschuss zu dieser Vorlage.

Dieser Beschluss hat schon eine größere Bedeutung für unser Verkehrsunternehmen und damit auch für unseren Stadtwerke-Konzern. Eine unserer strategischen Ausrichtungen bei der KVB ist die Umsetzung dieses Beschlusses und auch weiterer aus dem ÖPNV-Bedarfsplan. Der Aufsichtsrat hat dem letzte Woche einstimmig zugestimmt.

Zu den oberirdischen Planungen sei einmal erklärt - das richtet sich an Herrn Sterck und auch an Herrn Weisenstein -, dass sie erforderlich sind, weil der Fördergeber sie einfordert. Wären wir dem Vorschlag von SPD und LINKEN gefolgt, wären die Planungskosten ohnehin verloren, da deren Projekt nicht förderfähig ist.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Damit hier keine Missverständnisse entstehen: Der Vorschlag der SPD hat keine Akzeptanz; das gilt in Köln, in NRW oder auch national. Er spielt in keiner strategischen Überlegung eine Rolle; bei KVB, SWK, NVR, im ÖPNV-Bedarfsplan oder in Berlin spielt er keine Rolle.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Hört! Hört!)

Wir übernehmen heute Verantwortung; ich hoffe, die SPD auch wieder. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir stehen selbstverständlich zu unserem Beschluss vom Dezember 2018.

Dennoch hat Herr Sterck natürlich recht. Es gibt hier im Saal weiterhin keine Mehrheit für eine rein oberirdische Lösung. Herr Sterck hat aber auch dargestellt, dass es in diesem Rat weiterhin keine Mehrheit für eine Tunnellösung gibt, wie sie die Verwaltung zwischendurch auch einmal vorgeschlagen hatte.

In dieser Situation befanden wir uns auch im Dezember 2018. Dennoch haben wir es geschafft, einen Beschluss herbeizuführen, der es der Verwaltung ermöglichte, mit den Planungen zu beginnen. Insofern können wir sagen, dass wir äußerst konstruktiv an der Sache gearbeitet haben.

Zwar kostet es mehr Geld - das stimmt -, als es gekostet hätte, wenn man sich von Anfang an für eine Variante hätte entscheiden können. Aber das ist nicht unser Verschulden. Diese Mehrheiten sind einfach nicht da gewesen.

Nun werden wir Planungen beginnen. Wir werden weiterhin für „oben“ plädieren. Die Kostenentwicklungen auch bei den Planungen zeigen uns in der Tendenz schon, dass sich die Mehrheiten vielleicht irgendwann einmal ändern werden, und zwar hin zu einer rein oberirdischen Lösung, da sie deutlich kostengünstiger werden wird.

Zu Herrn Weisenstein: Ich möchte mich in diesem Fall einmal ganz kurz bei dir beschweren. Du kannst doch nicht solche Zusammenhänge wie mit dieser Seilbahn herstellen. Das ist vielleicht früher in diesem Haus üblich gewesen. Aber solche Deals gehen nicht mit mir, nicht mit Zimmermann! Nein, solche Deals gibt es nicht, kennen wir nicht, machen wir überhaupt nicht. Das ist also absoluter Quatsch.

Im Verkehrsausschuss ist dieser Beschluss zur Seilbahn übrigens nur gegen die Stimmen der LINKEN gefasst worden; alle anderen haben dafürgestimmt. Unsere Idee ist inzwischen auch durch die Bundesstiftung Baukultur geadelt worden. Sie war bei einem Workshop im Wallraf-Richartz-Museum Thema. Unser Referent, Herr Schmeckpeper, war dort Keynote Speaker.

Wir stehen also zu dem Beschluss. Auch in den letzten Monaten sind mir persönlich keine wirklichen Zweifel an diesem Beschluss gekommen. Was kann denn besser sein, als wenn wir, wie Lino Hammer vorhin dargelegt hat, endlich einmal einen Beschluss auf ordentlichen Planungsgrundlagen fassen und nicht nur auf groben Schätzungen einer Machbarkeitsstudie?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch das, was wir in Köln eigentlich immer wollen und was wir bei vielen anderen Projekten auch besser vorher so gehabt hätten.

Zu dem Beschluss gehören aber auch verschiedene andere Dinge - nicht nur die reinen Planungen für die U-Bahn, sondern natürlich auch die öfters erwähnte Busspur, die für viel Aufregung sorgt. Wer sich die Pläne einmal vorstellen lässt, wird aber schnell merken, dass es nicht darum geht, Braunsfeld zuzumauern und keine Kunden mehr in die Ladengeschäfte zu lassen. Im Gegenteil! Die KVB arbeitet zusammen mit der Verwaltung an einer Lösung, die äußerst sinnvoll ist und das ÖPNV-Angebot attraktiv verbessern wird. Deswegen stehen wir natürlich weiter zu der sogenannten Busspur.

In der Form, in der die Verwaltung sie dann vorschlagen wird, werden wir sie uns natürlich genau anschauen. An dieser Stelle muss ich Frau Blome auch ein wenig widersprechen. Das ist nicht nur eine temporäre Maßnahme, die schnell umgesetzt werden muss und deswegen keiner großen baulichen Maßnahmen bedarf. Wir werden natürlich schauen, was Sie da vorschlagen. Wenn dann vielleicht der eine oder andere Stellplatz einer ordentlichen Lösung im Weg ist, werden wir vorschlagen, zumindest noch einmal darüber nachzudenken. Diese Freiheit werden wir uns dann auch nehmen.

Wir erwarten natürlich auch, dass ein weiterer Teil des Beschlusses umgesetzt wird. Wir haben ja ebenfalls beschlossen, dass in der Innenstadt über eine Busspur zwischen Deutz und dem Eisenbahnring zumindest einmal in Form eines Prüfauftrages vertieft nachgedacht wird. Auch da erwarten wir ein faires Ergebnis - genauso fair, wie wir jetzt dieser Beschlussvorlage zustimmen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Ich spreche wieder vom Platz aus, weil

ich es kurz machen kann. Vieles ist schon gesagt worden.

Der von mir vorliegende Änderungsantrag greift letztendlich den Redebeitrag bei der Ratssitzung im Dezember 2018 auf. Wir bleiben ganz klar dabei, dass wir ausschließlich eine unterirdische Lösung präferieren. Deshalb kann diese Beschlussvorlage von uns auch keinesfalls mitgetragen werden.

Ich möchte aber noch einmal deutlich auf die Situation auf dem Teilstück zwischen dem Rudolfplatz und der Moltkestraße hinweisen. Dort sollen nun Gleisverlegungen in Richtung Aachener Straße stattfinden bzw. soll umgekehrt der Gegenverkehr auf die Richard-Wagner-Straße gelegt werden. Auch das muss mit in ein Papier hinein; das muss mit geprüft werden.

Insbesondere ist die Express-Busspur für uns überhaupt keine Lösung. Dazu habe ich vor allem im Dezember 2018 schon einiges gesagt.

Ich möchte auch noch einmal an die kritischen Anmerkungen der Rechnungsprüfer zu dieser Vorlage und den damit verbundenen Kosten erinnern - insbesondere vor dem Hintergrund dessen, dass hier eigentlich der Masterplan Verkehr für den städtischen Raum angefordert wird, der aber nicht auf dem Tisch liegt.

Meines Erachtens reden wir hier über eine Teillösung, ohne sie im Kontext eines Gesamtverkehrsplans zu sehen. Die Seilbahn ist für mich übrigens kein Blickfang, sondern ein Trugbild. Deshalb werden wir diesen Beschluss hier nicht mittragen. - Danke.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, ich bitte Sie noch um kurze Erläuterungen zu den Fragen von Herrn Weisenstein.

Beigeordnete Andrea Blome: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Weisenstein, es geht in diesem Beschluss nicht um den Beschluss von Baukosten, die auch gar keine Baukosten sind, die wir mit einer seriösen Planung festgestellt haben. Das habe ich schon mehrfach besonders betont. Deswegen haben wir hier den Begriff der Kostenorientierungswerte geprägt. Es ging darum, dass wir aus den Volumen für die einzelnen Abschnitte Planungswerte ermittelt haben. Wir haben das Ganze wieder auseinandergeschnitten und daraus dann die Werte abgeleitet, die wir für die Planer brauchen.

Das verhält sich nicht eins zu eins. Die alten Kosten, die wir genannt hatten, waren für die Standardisierte Bewertung. Das ist eine ganz andere Herangehensweise. Da gibt es eine andere Systematik. Deswegen sind das auch Nettokosten. Dabei sind auch gewisse Planungspauschalen eingezogen, aber andere Dinge, was Objektplanung, Oberflächenplanung, Provisorien und alles das betrifft, natürlich nicht.

Hier haben wir schon deswegen Bruttowerte genannt, weil wir später, wenn es dann zum Einplanen von Baukosten in den Haushalt kommt, natürlich die Bruttokosten in den Haushalt einplanen werden. Dem steht eine Einnahmeposition aus genau der Mehrwertsteuer gegenüber, weil das Ganze über den BgA abgewickelt wird, der vorsteuerabzugsberechtigt ist.

Insofern gilt: Das eine ist das, was die Klarheit im Haushalt betrifft, und das andere ist das, was die Standardisierte Bewertung betrifft.

Dann haben wir es, wie gesagt, auseinandergenommen. Wir haben da die Werte für die Planungskosten hergeleitet. Hier haben wir keinerlei wundersame Baukostenvermehrung oder sonst irgendetwas betrieben. Vielmehr brauchen wir die Kosten hier, damit wir das europaweite Vergabeverfahren überhaupt starten können; denn um es starten zu können, müssen wir natürlich die Volumen im Haushalt stehen haben. Es ist also dafür da, um später die eigentlichen Planungskosten im Wettbewerb auch entsprechend zu vergeben.

Das heißt: Ein Eins-zu-eins-Vergleich oder eine Addition oder eine Subtraktion oder ein Aufteilen von Kosten auf die Zahl der Haltestellen funktioniert anhand der hier enthaltenen Zahlen nicht.

Aber insgesamt sind wir ganz und gar bei dem geblieben, was wir gesagt haben. Das sind weiterhin die Kostenorientierungswerte. Wir sind auch nicht darauf eingegangen, dass diese Kosten aus 2016 stammen und wir jetzt im Jahr 2019 sind. Auch da hätten ja schon baukonjunkturelle Anpassungen passieren können. All das haben wir nicht gemacht. Wir sind auf dieser Basis geblieben und haben hier die Planungskosten seriös hergeleitet.

Das ist der Inhalt des Beschlusses heute. Es ist nicht ein Beschluss über Kostenentwicklungen. Das spielt hier gar keine Rolle.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Nachfrage.

(Zuruf von der CDU: Macht das doch im „Consilium“!)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Nein, das mache ich nicht im „Consilium“. Das mache ich jetzt hier, weil ich glaube, dass das eine ganz wichtige Sache ist.

Wir haben ja im Dezember 2018 durchaus von Nutzen-Kosten-Faktoren gesprochen. Sie schreiben jetzt in Ihrer Antwort, die gestern im Finanzausschuss vorlag:

> Auswirkungen auf den Nutzen-Kosten-Index hat diese weitergehende differenzierte Kostenschätzung nicht.

Es sind aber höhere Kosten. Bei dieser Frage reicht mir also Ihre Antwort leider nicht, um jetzt damit arbeiten zu können.

Zu der zweiten Frage: Es geht ja nicht um Heller und Pfennig. Aber es sind einmal 2,5 Millionen Euro und einmal 6,9 Millionen Euro für eine Haltestelle. Dabei sind es überwiegend die gleichen Haltestellen. Das geht doch sehr weit auseinander. Es kann ja sein, dass ich etwas Falsches zugrunde lege. Aber Sie müssten doch zumindest einmal erklären können, wie so etwas zustande kommt. Vielleicht haben wir es ja falsch gelesen. Allerdings vermute ich, dass ein Großteil der hier anwesenden Ratsmitglieder, wenn er sich tief damit beschäftigt, diese Frage auch stellen müsste. Vielleicht gibt es ja eine einfache Antwort oder eine erklärende Antwort.

Solange diese Antworten nicht gegeben sind, kann meiner Meinung nach dieser Beschluss nicht gefasst werden, weil sich niemand von uns ernsthaft Vorstellungen machen kann, was für ein monströses und teures Projekt da auf uns zukommen wird.

Daher beantrage ich für meine Fraktion jetzt Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, mögen Sie bitte noch einmal Stellung nehmen?

Beigeordnete Andrea Blome: Ja, sehr gerne, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Weisenstein, vielleicht kann ich es auch nicht besser erklären. In der NKU sind stadtbahnbedingte Kosten enthalten. Die Ermittlung dieser stadtbahnbedingten Kosten obliegt einer Verfahrensanleitung. Das ist sehr standardisiert und wird immer wieder auf den Basiswert 2016 zurückgeführt werden. Auch in der weiteren Zukunft wird es zurückgerechnet werden. Das sind Projekte, die länger laufen. Es wird nicht jedes Mal, wenn der Baupreisindex gestiegen ist, noch einmal neu ausgerechnet, sondern auf die Basis zurückgerechnet.

In diesen stadtbahnbedingten Kosten sind gewisse Kosten nicht enthalten, die wir aber für die Objektplanung eines Planers brauchen, der sich auch mit Oberflächen, mit Anschlüssen, mit Provisorien etc. beschäftigen muss. Deswegen sind das Volumina. Das kann man einfach nicht vergleichen. Darum habe ich Ihnen ja beschrieben, wie wir die Abschnitte angegangen sind. Wir haben das hier auch in einer Tabelle niedergelegt.

Wir können gerne noch darüber sprechen. Vielleicht können Sie mir noch einmal näherbringen, wie Sie zu Ihrer Rechnung bezüglich der Haltestellen gekommen sind. Ich kann nur sagen, dass auch eine interne Verschiebung dieser Kosten im Ergebnis nichts in Bezug darauf ausmacht, was wir jetzt an einem Planungstopf hier schaffen. Es geht um diesen Planungstopf und nicht um Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Elemente.

Sie dürfen uns genauso glauben, dass wir das nicht künstlich hochgerechnet haben. Wir haben auch nichts künstlich heruntergerechnet. Denn es geht, wie gesagt, nicht um die Baukosten. Zu einem Schönen von irgendetwas ist auch Folgendes zu sagen: Wir wären ja schön blöd, wenn wir jetzt hier zu wenig Planungsmittel hätten und nachher dann den Auftrag gar nicht an einen Planer vergeben könnten. Das ist also alles sehr ordentlich und sehr vernünftig gemacht worden.

Ihre Frage bezüglich Ihrer Berechnungen pro Haltestelle kann ich wirklich nicht beantworten, weil die Kosten auch nicht so ermittelt worden sind. Daher kann ich daraus jetzt auch keine Rückschlüsse ziehen.

Wir können uns aber im Nachhinein sehr gerne noch darüber unterhalten. Ich würde auch wirklich versuchen, das noch einmal ausrechnen zu lassen, damit Sie dann auch diese Frage beantwortet bekommen - aber bitte im Nachgang zu einem Beschluss, der jetzt hoffentlich gefasst wird. Entschuldigung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, haben sich damit Ihre Fragen und Ihr voraussichtlicher Antrag auf Vertagung - ich weiß nicht genau, wie ich das deuten soll - erledigt?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein, der Antrag auf Vertagung bleibt aufrechterhalten!)

- Er hat sich nicht erledigt und bleibt aufrechterhalten. Gut.

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, meine Damen und Herren. Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Vertagung und anschließend über die Änderungsanträge abstimmen.

Wer wünscht, dem Antrag auf Vertagung zuzustimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann abstimmen. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das ist Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Verwaltungsvorlage abstimmen, und zwar erst über den grundsätzlichen Beschluss und dann punkteweise. Der grundsätzliche Beschluss lautet:

Der Rat der Stadt Köln stellt den grundsätzlichen Bedarf für die Vergabe von externen Ingenieur- und Dienstleistungen für die Planung der Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse für den Streckenverlauf der Linie 1 von Weiden-West bis Heumarkt sowie den betroffenen Abschnitt der Linie 9 fest.

Das ist das Erste, worüber ich abstimmen lasse. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der LINKEN und von Ratsmitglied Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Einzelabstimmung der Aufträge an die Verwaltung.

Ziffer 1. Gegenstimmen? - DIE LINKE und Herr Wortmann stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 2. Gegenstimmen? - Herr Wortmann stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 3. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, Herr Wortmann, DIE LINKE und die FDP stimmen dagegen. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ziffer 4. Gegenstimmen? - Die SPD und die Ratsgruppe BUNT stimmen dagegen. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Nun komme ich zur Gesamtabstimmung. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, Herr Wortmann und DIE LINKE stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen. - Damit sind wir auch fertig. Wunderbar. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

I. Antrag auf Vertagung von RM Weisenstein

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln):

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planungsvariante einer unterirdischen Streckenführung der Linie 1 zwischen den Haltepunkten Heumarkt und Moltkestraße. Damit entfallen alle Vorhaben und Maßnahmen einer durchgängigen, oberirdischen Variante und insbesondere die mit dem Interim geplanten Verlängerungen der Haltepunkte auf diesem Streckenabschnitt.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf eine Veränderung des Schienen- und Straßenverkehrs auf dem Teilstück zwischen Aachener Weiher und Rudolfplatz zu verzichten und dementsprechend honorarwirksame Planungsvergaben zu unterlassen. Damit entfällt die mögliche Variante der Öffnung der Richard-Wagner-Straße für den Gegenverkehr sowie der Verlegung der Stadtbahntrasse von der Richard-Wagner-Straße auf die Aachener Straße.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung/KVB, die geplante Einrichtung einer Express-Bus-*

Verbindung zwischen Heumarkt und Aachener Straße (und zurück) einzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

III. Punktweise Abstimmung über die Vorlage

Absatz 1:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den grundsätzlichen Bedarf für die Vergabe von externen Ingenieur- und Dienstleistungen für die Planung der Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse für den Streckenverlauf der Linie 1 von Weiden-West bis Heumarkt sowie den betroffenen Abschnitt der Linie 9 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Ziffer 1

Beschluss:

1. *Zur Vorbereitung und Durchführung der Vergabe von Generalplanungsleistungen werden ein technisches Büro und eine Anwaltskanzlei für die Rechtsberatung beauftragt.*

Abstimmungsergebnis.

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Ziffer 2

Beschluss:

2. *Für die Kapazitätserweiterung auf dem Abschnitt von Weiden West bis Heumarkt (Ertüchtigung und Verlängerung der oberirdischen Haltestellen) werden Generalplanungsleistungen von den Leistungsphasen 1 bis 9 HOAI stufenweise vergeben. In der ersten Stufe werden die Leistungsphasen 1 bis 4 (Genehmigungsplanung) beauftragt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Ziffer 3

Beschluss:

3. *Für die Variantenuntersuchung im Innenstadtbereich (Heumarkt bis Eisenbahnring, U-Bahn und oberirdische Führung der Stadtbahn) werden Generalplanungsleistungen von den Leistungs-phasen 1 bis 9 HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) stufenweise vergeben. In der ersten Stufe werden die Leistungsphasen 1 und 2 beauftragt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP sowie der Gruppe BUNT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Ziffer 4

Beschluss:

4. *Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die erstmalige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 50.000 € für die Planung der Ost-West-Achse im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1088, Ost-West-Achse, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, sowie die erstmalige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV- in Höhe von 100.000 € bei Finanzstelle 6903-1202-0-5200, Ost-West Stadtbahn, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2019.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung über die Vorlage

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Einzelabstimmung auf Antrag der Fraktionen Die Linke. und FDP)

10.17 Bedarfsfeststellungsbeschluss Umzug und Möblierung neues Dienstgebäude siehe TOP 24.5 n.ö.T.

Die Angelegenheit wird unter TOP 24.5 n.ö.T. behandelt (s. Ziffer V – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2018
1518/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass aus dem Jahresüberschuss, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2018 erwirtschaftet hat, ein Betrag in Höhe von 48.300 T€ an die Stadt Köln ausgeschüttet wird.

Die Vertreterin/ der Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.19 Änderung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20
1361/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer VI – Seite 4).

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 6456/06, 7. Änderung
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlingen/Merkenich, 7. Änderung
0520/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. *über die zum Entwurf betreffend die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 6456/06, 7. Änderung für das Gebiet nordwestlich des Mohlenweges, nordöstlich der Industriestraße (Umgehungsstraße Fühlingen) und südwestlich des REWE-Logistikzentrums in Köln-Fühlingen/Merkenich —Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlingen/Merkenich, 7. Änderung — eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2, 3 und 4;*

2. *die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 6456/06, 7. Änderung mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung*

der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 62554/02 Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord
2469/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD so beschlossen.

Beschluss:

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 62554/02 für das Gebiet südlich der Swinestraße und dem angrenzenden Fußweg, westlich und nördlich der Kriegerhofstraße und östlich des Weichselrings —Arbeitstitel: Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2, 3 und 4;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 62554/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 269. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4127/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 269. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 270. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1143/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD und von Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 270. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Neubenennung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner in Fachausschüssen
0512/2019

Ich lasse abstimmen wie Anlage 1.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Integrationsrat schlägt dem Rat folgende sachkundige Mitglieder als sachkundige Einwohnerin / sachkundigen Einwohner bzw. stellvertretende sachkundige Einwohnerin / stellvertretenden sachkundigen Einwohner für die Fachausschüsse als Ersatz für ausgeschiedene bzw. zurückgetretene Mitglieder vor:

Ausschuss Kunst und Kultur

- *Herrn Ahmed Altinova als Stellvertretung*

Ausschuss Schule und Weiterbildung:

- *Herrn Nebil Bayrakcioglu als sachkundiger Einwohner*
- *Herr Mehmet Cambaz als Stellvertretung*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mit beschränkter Haftung (KGAB)
hier: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes
1312/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Herrn Karl-Heinz Merfeld

Frau Dr. Katja Robinson

(gemäß § 113 Abs. 2 GO die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln) als Mitglied in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mit beschränkter Haftung (KGAB).

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Bestellung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge - Sterbeversicherung VVaG
1468/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

- *Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert und*
- *Herrn VA Thomas Blaeser, Zusatzversorgung und Beihilfe,*

für die Stadt Köln als Vertreterin bzw. Vertreter in den Aufsichtsrat der KölnVorsorge – Sterbeversicherung VVaG zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds
1340/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt

Herrn Frieder Kurbjeweit (Die SJD – Die Falken Kreisverband Köln)

gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stimmberechtigtes Mitglied für die SJD – Die Falken Kreisverband Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Herr Omer Semmo behält seinen Sitz und wird die persönliche Stellvertretung für Herrn Kurbjeweit wahrnehmen. Herr Lukas Lorenz verliert damit seinen Sitz im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes
1492/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH vor, an Stelle von Herrn Stadtdirektor Dr. Stephan Keller zum 01.07.2019

Prof. Dr. Dörte Diemert

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen. Er beauftragt den städt. Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH entsprechend zu votieren.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gesellschafterversammlung der FKB aufgrund der Vorschläge des Rates der Stadt Köln neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzung“
AN/0658/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Herr Roman Gudel wird für Herrn Dr. Viktor Heese als Mitglied des Wirtschaftsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Kölner Sportstätten GmbH: Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat
1474/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?

(Peter Kron [SPD] meldet sich zu Wort)

- Normalerweise machen wir bei den Wahlen keine Wortmeldungen. Aber fragen kann man ja immer. Herr Kron.

Peter Kron (SPD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich war erstaunt, als ich die Vorlage sah. Es geht ja um die Nachfolge von Dr. Klein im Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH. Mich erstaunt, dass nicht ihr Nachfolger, Herr Voigtsberger, entsendet werden soll. Das hat - das ist für mich wichtig - nicht mit einer Geringschätzung des Herrn Wolfgramm zu tun; auf keinen Fall. Mich wundert nur, dass der Sportdezernent da nicht benannt ist.

Mir kam zu Ohren, dass das eine temporäre Maßnahme sein soll. Am 1. Juli 2019 beginnt Herr Voigtsberger ja seinen Dienst. Gibt es denn da noch vor der Sommerpause wieder einen Wechsel? Das ist meine Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich will die Frage gerne beantworten. Aber niemand hier im Saal weiß wahrscheinlich besser, welche Entscheidungen da im Moment anstehen, und zwar vor dem 1. Juli 2019. - Das ist der erste Punkt.

Zweitens. Ehrlich gesagt, habe ich es in den letzten 20 Jahren noch nicht erlebt, dass Entscheidungen eines Oberbürgermeisters, wie er seinen Sitz besetzt, kommentiert werden.

Aber ich darf Ihnen sagen: Es ist natürlich keine Entscheidung gegen den neuen Dezernenten, sondern eine Entscheidung, die jetzt getroffen worden ist, weil es eilt. Und Sie sehen ja, wie die Aufsichtsräte hier wechseln. Es ist also auch keineswegs so, dass Aufsichtsratssitze immer in einer Hand bleiben.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich rufe diesen Punkt jetzt noch einmal zur Abstimmung auf. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet an Stelle von Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Herrn William Wolfgramm

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 ‚Wahlen'; hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien"
AN/0722/2019

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *In den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden wählt der Rat anstelle des Ratsmitglieds Lino Hammer das Ratsmitglied Frank Hauser.*

2. *Der Rat entsendet anstelle des Ratsmitglieds Hans Schwanitz das Ratsmitglied Luisa Schwab in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH.*

3. *Der Rat entsendet anstelle des Ratsmitglieds Hans Schwanitz das Ratsmitglied Luisa Schwab in die Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim.*

4. *Der Rat entsendet anstelle des Ratsmitglieds Elisabeth Thelen Herrn Frank Hauser als stellvertretendes Mitglied für Frau von Bülow in die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Köln-Bonn.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wahlen; hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien“ - Neufassung AN/0745/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils. - Ach, es gibt noch TOP 17.10.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Martin Erkelenz anstelle von Herrn Christoph Klausing in den Ausschuss für Soziales und Senioren.*
2. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsfrau Ira Sommer anstelle von Herrn Christoph Klausing in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH.*
3. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Martin Erkelenz anstelle von Herrn Christoph Klausing in den Aufsichtsrat der SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH.*
4. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsfrau Ira Sommer anstelle von Herrn Christoph Klausing in den Verwaltungsausschuss Arbeitsagentur.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Besetzung von Gremien“ AN/0747/2019

Diesen Antrag habe ich noch nicht drauf, weil er während der Ratssitzung gekommen ist. Wo ist der Antrag denn bitte? Ich habe ihn leider nicht vorliegen. Ich würde ja wenigstens gerne einmal den Antrag kennen. Haben Sie den Antrag bitte einmal für mich?

(Christian Joisten [SPD] übergibt Oberbürgermeisterin Henriette Reker ein DIN-A4-Blatt)

- Ich danke Ihnen, dass Sie ihn mir zur Verfügung stellen. Danke schön. - Okay.

Ich lasse jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Hier geht es um Gremienbesetzungen. Der Antrag ist verteilt worden, wie ich eben gehört habe. Er müsste also Ihnen allen vorliegen. Er ist auch unter TOP 17.10 eingestellt.

Ich frage zunächst, ob wir zusammen darüber abstimmen können. Das müsste meines Erachtens bei den Wahlen ja möglich sein. Gibt es hier eine andere Auffassung dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann - - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, ich kann mich nicht erinnern, dass wir zu Beginn bei der Festlegung der Tagesordnung über diesen Punkt gesprochen haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Doch, das habe ich gemacht.

Bernd Petelkau (CDU): Das habe ich nicht wahrgenommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe es gemacht. Mir hat dann einer zugerufen: Es gibt noch einen Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 17.10. - Ich kannte ihn, wie gesagt, nicht. Er ist aber eingestellt. Er ist auch verteilt. Ich habe ihn bei Feststellung der Tagesordnung angemeldet. Jetzt habe ich gefragt, ob darüber zusammen abgestimmt werden kann, und keinen Widerspruch bekommen. Deswegen würde ich jetzt gerne so darüber abstimmen lassen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Gremienbesetzungen:

1. *Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales:*

   Der Rat wählt mit Wirkung zum 01.06.2019 Herrn Thomas Hegenbarth zum stimmberechtigten Mitglied anstelle von Herrn Christian Joisten.

2. *Stadtentwicklungsausschuss:*

   Wahl von Herrn Sven Kaske zum stimmberechtigten Mitglied anstelle von Herrn Rafael Christof Struwe.

3. *Ausschuss Soziales und Senioren:*

   Wahl von Frau Lena Teschlade als sachkundige Einwohnerin (Sitz bisher vakant).

4. *Jugendhilfeausschuss:*

   Wahl von Herrn Uwe Grunert als sachkundigen Einwohner anstelle von Frau Waltraud Blümcke.

   Wahl von Frau Iris Frerich als sachkundige Einwohnerin anstelle von Frau Zeynep Alraqeb.

5. *Ausschuss Schule und Weiterbildung:*

   Wahl von Frau Heidi Irlenbusch als sachkundige Einwohnerin (Sitz bisher vakant).

6. *Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales:*

   Wahl von Frau Chantal Schalla als sachkundige Einwohnerin anstelle von Frau Dr. Annette Wittmütz.

7. *LVR-Klinik Köln, Forensikbeirat:*

   Benennung von Herrn Dietmar Ciesla-Baier anstelle von Herrn Michael Paetzold für die SPD-Fraktion.

   Der zuständige Krankenhausausschuss des Landschaftsverbands Rheinland wird gebeten, entsprechend zu votieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit sind wir jetzt wirklich am Ende des öffentlichen Teils angekommen.

(Schluss: 21.28 Uhr)

50. Sitzung vom 9. Juli 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Verbesserungen in der Stationären und Ambulanten Pflege"

AN/0907/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1039/2019

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Wohnungsbaugrundstücke aktiv erwerben - Erbbaurecht als Regelvergabe einführen"

AN/0970/2019

3.1.3 Antrag der Fraktion FDP und der Gruppe GUT betreffend "Livestream attraktiver gestalten"

AN/0973/2019

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Graffitischutzsysteme"

AN/0976/2019

3.1.5 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Köln baut mit Holz: Holzbau in der Stadt vorantreiben"

AN/0977/2019

3.1.6 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Frischezentrum in Marsdorf realisieren!"

AN/0740/2019

zurückgestellt

Änderungsantrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0972/2019

zurückgestellt

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Bewerbung von Aussteigerprogrammen"

AN/0974/2019

3.1.8 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Colonius – Prüfung einer Wiedereröffnung"

AN/0944/2019

3.1.9 Antrag der Fraktionen Die Linke., der Gruppe GUT, Frau Gerlach und Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Hubschrauberbetriebsstationen am Flughafen, statt im Wohngebiet"

AN/0975/2019

3.1.10 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Gewerbliche Nutzung statt Casino am Standort Deutz"

AN/0945/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1028/2019

3.1.11 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Mietendeckel jetzt!"

AN/0971/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und von RM Gerlach

AN/1044/2019

3.1.12 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Weiteres Vorgehen Hubschrauberlandeplatz"

AN/0983/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1029/2019

3.1.13 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion sowie von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"

AN/1031/2019

zurückgestellt

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus"

AN/1032/2019

zurückgestellt

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Wie wird es mit der dringend gebotenen CO2-Reduzierung in Köln weitergehen?"

AN/0709/2019

Antwort der Verwaltung vom 09.07.2019

2185/2019

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Ausstattung der Feuerwehr in Bezug auf E – Fahrzeuge"

AN/0708/2019

Antwort der Verwaltung vom 09.07.2019

1910/2019

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Stand der Erfassung und Umsetzung von Umweltgerechtigkeit"

AN/0797/2019

Antwort der Verwaltung vom 08.07.2019

2275/2019

4.4 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betreffend "Aktuelle Situation im Weidenbad"

AN/0914/2019

Antwort der Verwaltung vom 08.07.2019

2335/2019

4.5 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Flugscham – Städtische Flugreisen vermeiden"

AN/0958/2019

Antwort der Verwaltung vom 08.07.2019

2353/2019

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Aufsichtsräte Köln"

AN/1012/2019

zurückgestellt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Hausbesetzer"

AN/1013/2019

Antwort der Verwaltung vom 08.07.2019

2407/2019

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr. Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency

1223/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und von RM Gerlach

AN/0968/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

AN/1046/2019

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014

2139/2019

6.1.2 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen für die Zeit vom 01.01.2017-24.01.2018

1269/2019

6.1.3 Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen rückwirkend ab dem 25.01.2018

1273/2019

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019

1712/2019

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2019

0644/2019

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018

2206/2019

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Umgestaltung der Vogelsanger Straße zwischen Innerer Kanalstraße und Ehrenfeldgürtel (1. Bauabschnitt)

1946/2019

7.2.2 Generalsanierung der Vogelsanger Straße zwischen den Hausnummern 250 und 282

1386/2019

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2018

1060/2019

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Änderung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20

1361/2019

zurückgestellt

10.2 Haushaltsplan-Entwurf Doppelhaushalt 2020/2021

Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach

§ 37 Abs. 3. GO NRW

1545/2019

10.3 Koelnmesse GmbH

hier: Liquidation der Tochtergesellschaft Koelnmesse Co. Ltd.,

Bangkok, Thailand

1955/2019

10.4 Einführung eines Frauenpreises in Köln

hier: ELSE-FALK-Preis

1475/2019

10.5 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland

(Beschlussfassung zu Punkt 1 erfolgte in der Sitzung des Rates vom 04.04.2019, in der Sitzung am 09.07.2019 somit nur Beschlussfassung

zu Ziffer 2.

3110/2018

10.6 Baubeschluss für die Umgestaltung der linksrheinischen Uferpromenade

und die Erneuerung des Ufergeländers von Deutzer Brücke bis Malakoffturm sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

0076/2019

10.7 Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer; Bedarfsfeststellungs-

und Planungsbeschluss

0350/2019

10.8 Busnetzerweiterung Interim

1103/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0886/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1024/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1019/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1026/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen

AN/1041/2019

10.9 Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes

hier: Dauerhafte Erweiterungen

1215/2019

10.10 Stärkung und Ausweitung des KVB-Stadtbahnnetzes

1418/2019

10.11 SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH: Unterschwellenvergabe

1171/2019

10.12 Entwurf des Jahresabschlusses 2018

1920/2019

10.13 Gigabit Masterplan Cologne sowie Bedarfsfeststellung über den Eigenbeitrag zur Förderung des Breitbandausbaus in der Stadt Köln durch den Bund und das Land NRW

1737/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen,

FDP und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1045/2019

10.14 EU-Charta - 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan

0217/2019

10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2018

2189/2019

10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Auflösung der Kapitalrücklage

2203/2019

10.17 Neufassung des Vertrags über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln einschließlich Betrauungsakt

0680/2019

10.18 Neufassung des Vertrags über die Finanzierung der Verbraucherberatung im Quartier einschließlich Betrauungsakt

0681/2019

10.19 „Integrationsbudget“: Mittel für die Fortschreibung des Gesundheitswegweisers und die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als

„Integrationslotsen Gesundheit“

1316/2019

10.20 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser

1841/2019

10.21 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung

hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten

in städtebaulich integrierter Lage

3860/2018

zurückgestellt

10.22 Wirtschaftsplan 2019 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung

- Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln -

0976/2019

10.23 Freigabe- und Baubeschluss über die Maßnahme "Partizipatorische Neugestaltung Platz an St. Adelheid" in Köln-Neubrück aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.10.4 im Sozialraum Ostheim und Neubrück)

3075/2018

10.24 Planungsbeschluss für Projekte im Botanischen Garten, Amsterdamer

Straße 34, 50735 Köln - Sanierung des Subtropenhauses

0430/2019

10.25 Gesamtkonzept Bewegungsparcours im Kölner Grün

0639/2019

10.26 TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpaket: Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer

– Erweiterung und Aktualisierung

1503/2019

10.27 Programm "Starke Veedel - Starkes Köln"

Sozialraum Humboldt/Gremberg und Kalk

4.7.1 "Integrierte Maßnahme zur ökologischen Revitalisierung

Westerwaldstraße"

hier: Baubeschluss

1595/2019

10.28 Stärkung des Tanzes – Unterstützung der Kompanie Richard Siegal / Ballet of Difference

2257/2019

10.29 Klimanotstand

2081/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1033/2019

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1038/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1042/2019

Änderungsantrag der Gruppe GUT

AN/1043/2019

10.30 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR; Aktualisierung des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 zur Festlegung von Umsetzungsmaßnahmen an der Strunde im Bereich Strunder Mühle, Köln-Dellbrück

4167/2018

10.31 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR; Aktualisieren des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 zur Festlegung von Umsetzungsmaßnahmen an der Strunde im Bereich Wichheimer Mühle, Köln-Dellbrück

4169/2018

10.32 Baubeschluss zur Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße,

nördlicher Platz

1773/2019

10.33 Parkgebührenordnung 2019

0445/2018

zurückgestellt

Änderungsantrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0978/2019

Zurückgestellt

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0997/2019

zurückgestellt

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1021/2019

zurückgestellt

10.34 Änderung der Betrauung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH mit der Erbringung von Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse

2044/2019

10.35 Förderung des KölnAgenda e. V. durch die Stadt Köln

2038/2019

10.36 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2019

2090/2019

10.37 Empfehlung des Ältestenrates zur Ergänzung des Ehrenkodex

hier: Bezugnahme auf den Public Corporate Governance Kodex der

Stadt Köln

2136/2019

10.38 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Eiler Schützenplatz und Platz an der Leidenhausener Straße)" in Köln-Porz-Eil aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil) in Kooperation mit den Stadtentwässerungsbetrieben

4262/2018

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 71476/02

Arbeitstitel: "Herler Straße" in Köln - Buchheim

1726/2019

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03

Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth

0396/2019

zurückgestellt

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch

Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch

1738/2019

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Markgrafenstraße von Clevischer Ring bis Kreisverkehr Berliner Straße in Köln-Mülheim

0616/2019

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Am Kutzpfädchen vom Ende des vorhandenen Teils (Höhe Kasseler Weg) bis Wendekreis in Köln-Fühlingen

0627/2019

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Zur Eiche von Lülsdorfer Straße bis Sandbergstraße in Köln-Porz-Langel

0638/2019

16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Am Bahnhof von St.-Sebastianus-Straße (Kreisverkehr) bis Zum Bergfried in Köln-Porz-Wahn

0641/2019

16.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Niederkasseler Straße (Stichstraße) von Niederkasseler Straße bis Wendeanlage in Köln-Porz-Lind

0648/2019

16.6 271. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

1303/2019

17 Wahlen

17.1 KölnBäder GmbH: Nachbesetzung eines Mitgliedes im Aufsichtsrat

1553/2019

17.2 Jugendzentren Köln gGmbH: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes

1592/2019

17.3 Vorsitz der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim

1661/2019

17.4 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für den Ausschuss Schule und Weiterbildung

1753/2019

17.5 Mitteilung zu der Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

1877/2019

17.6 Bestellung eines städtischen Vertreters in den Vorstand der Stiftung Deutsches Sport & Olympia Museum

2034/2019

17.7 Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Wahlausschusses für die Kommunalwahl 2020

1584/2019

17.8 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausschussumbesetzung"

AN/0963/2019

17.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Ausschussumbesetzung"

AN/0962/2019

17.10 Bestellung eines städtischen Vertreters im Verein Kölner Sportgeschichte e.V.

1823/2019

17.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss"

AN/0966/2019

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss"

AN/1014/2019

17.13 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines stellvertretenden Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss"

AN/1023/2019

17.14 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Ausschusses Kunst und Kultur"

AN/1036/2019

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 70380/02

Arbeitstitel: Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen

1853/2019

18.2 KfW Wettbewerb "Smart City"

1764/2019

18.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord

Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord

2149/2019

18.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord

Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord

2313/2019

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder
Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Kolkmann, Dirk; Vogel, Alexander;

Schriftführerin
Lange, Maria;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Dresler-Graf, Margret; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Kaske, Sven; Schultes, Monika; Wiener, Markus;

Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 14.10 Uhr - Ende: 21.24 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 50. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen.

Ich begrüße zunächst sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, liebe Kollegen, liebe Mitglieder des Rates. Ganz besonders möchte ich heute unseren neuen Beigeordneten Herrn Voigtsberger zu seiner ersten Ratssitzung begrüßen.

(Beifall)

Er wird gleich zu Beginn der Sitzung das Wort an Sie richten.

Ich habe Ihnen eine Änderung mitzuteilen. Die Ratsgruppe BUNT hat sich zum 31. Mai 2019 aufgelöst. Herr Hegenbarth hat sich zum 1. Juni 2019 der SPD-Fraktion angeschlossen. Frau Gerlach gehört dem Rat jetzt als parteiloses Mitglied an.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Herr Wiener, Frau Akbayir, Frau Dresler-Graf, Frau Schultes, Frau Gräfin von Wengersky und Herr Kaske.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Pohl, Herrn Schwanitz und Herrn Kockerbeck.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen ja vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind darin gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: Im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.6 und 4.7, die Bürgereingabe unter TOP 5.1.1, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.38, die Gremienbesetzungen unter den Tagesordnungspunkten 17.12 bis 17.14, die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidungen unter TOP 18.4 und im nichtöffentlichen Teil die Zusetzung des Tagesordnungspunktes 24.11.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.33, 12.2, 24.1, 24.2, 24.3. Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Unter TOP 3.1.13 liegt ein Antrag der SPD-Fraktion und Frau Gerlach vom 05.07.2019 zum Thema „Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten“ vor. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sache mit dem Odysseum ist für unsere Fraktion insofern nicht dringlich, als dass dort bereits Gespräche stattfinden, was die Zukunft des Odysseums angeht, und dass man diese Gespräche auch entsprechend zunächst abwarten sollte und schauen sollte, welche Ergebnisse dabei herauskommen. Bevor man sich hier als Rat festlegt, wie und mit welchen Konzepten es weitergehen soll, sollte man vielleicht erst einmal schauen, welche Konzepte an diesem Standort überhaupt möglich und nötig sind. Von daher ist für uns die Dringlichkeit hier nicht gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich darüber abstimmen. - Ach so, eine Gegenrede. - Bitte sehr, Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nein, wir haben keine Zeit, Gespräche abzuwarten, was das Odysseum angeht. Wir wissen spätestens seit dem Frühjahr aus der Berichterstattung der Presse, dass die Stiftung Wissen der Sparkasse nachhaltig nicht mehr in der Lage ist, diese besondere Bildungseinrichtung in der Form weiterzuführen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: 2024!)

Es drohen der Verkauf an einen privaten Investor und damit auch der Verlust des Bildungskerns des Odysseums. Es ist die Rede davon, dass die Kernausstellung auf ein Viertel der Ausstellungsfläche reduziert werden soll. Wir wollen kein Spaß-, Spiel- und Unterhaltungs-Odysseum, sondern wir wollen ein Odysseum als Bildungsschwerpunkt, als außerschulischen Lernort mit dem MINT-Schwerpunkt, und zwar ganz genau dort in Kalk erhalten. Deshalb brauchen wir heute aus diesem Rat ein klares politisches Signal, dass der Rat der Stadt Köln sich hinter diesen außerschulischen Lernort stellt. Im September ist das eindeutig zu spät.

(Beifall bei der SPD)

Gerade vor dem Hintergrund der vielen jungen Leute frage ich mich dann, wenn so ein wichtiger Punkt zu so einer außergewöhnlichen Einrichtung hier in Köln geschoben werden soll: Wo ist das Bildungsprofil der anderen Fraktionen?

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Bitte stimmen Sie für die Dringlichkeit, damit wir das nachher hier, auch wenn die Tagesordnung voll ist, weiter behandeln können.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen dazu sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann. Enthaltungen? - Von der LINKEN. Dann ist der Antrag nicht aufgenommen.

Ich komme als Nächstes zu einem Antrag der FDP-Fraktion vom 08.07.2019 zum Thema „3. Frauenhaus“. Das ist der TOP 3.1.14. Gibt es Wortmeldungen? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte an die Fraktion der FDP, an die Kolleginnen und Kollegen, die sich hier inhaltlich noch einmal viel Mühe gegeben haben, doch angesichts der umfangreichen Tagesordnung das Thema, mit dem wir uns dieses Jahr schon häufiger befasst haben, zu einem anderen Zeitpunkt zu beraten. Ich möchte gern den Kollegen die Gelegenheit dazu geben, vielleicht etwas zu sagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe das als eine Bitte meines geschätzten Fraktionsvorsitzenden-Kollegen der CDU aufgefasst - -

(Zurufe: Geschäftsführer!)

- Geschäftsführerkollegen! Habe ich „Vorsitzenden“ gesagt? - Oh, Entschuldigung! Nein, so weit habe ich das noch nicht gemacht. Ich habe mich hier wohl versprochen.

Um beim Thema zu bleiben: Da am 28. August auch der Haushalt eingebracht wird und wir dann die Verhandlung führen und auch in einem Monat immer noch die Dringlichkeit gegeben ist, wenn man sich die Zahlen anschaut, warum wir ein drittes Frauenhaus benötigen, können wir das selbstverständlich auch in der nächsten Ratssitzung behandeln. Darum wird meine Fraktion Sie bitten, Frau Oberbürgermeisterin, das auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Selbstverständlich.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Anträge unter TOP 3.1.9 und 3.1.12 gemeinsam unter 3.1.9 zu behandeln. Die Vorlage zum Klimanotstand unter TOP 10.29 sollten wir vorziehen und gemeinsam mit der Bürgereingabe unter TOP 5.1.1 behandeln.

Zur Bürgereingabe unter TOP 5.1.1 hat der Ausschuss für Umwelt und Grün in seiner Sitzung am 27.06.2019 angeregt, einem der Petenten ein Rederecht in der heutigen Ratssitzung einzuräumen, sodass er sein Anliegen hier mündlich erläutern kann. Die Entscheidung über die Erteilung des Rederechts liegt natürlich bei Ihnen, beim Rat. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Dann lasse ich über die Erteilung des Rederechts abstimmen. Wer dem wünscht zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. - Sie waren auch dafür? Entschuldigung! Ich habe Sie nicht gesehen. Rot-Weiß ist auch dafür. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD. Dann ist das so beschlossen und das Rederecht wird eingeräumt.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Joisten und Herr Zimmermann.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen auch ein bisschen zur Entschlackung der Tagesordnung beitragen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

- Ja, ich hatte gehofft, dass Applaus an der Stelle kommt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir würden gern angesichts des begonnen Gesprächsfadens zum Thema Frischezentrum, den wir zuletzt aufgenommen haben und wozu wir auch einige Verabredungen getroffen haben, wie es da weitergehen soll, diesen Antrag unter TOP 3.1.6 heute zurückstellen und in die nächste Ratssitzung verweisen. Er bleibt also auf der Tagesordnung, aber eben nicht heute, sondern dann im September. Damit sind wir heute viel-

leicht ein bisschen schneller durch. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir zu TOP 10.29 mit Beginn der Sitzung noch einen Änderungsantrag eingebracht haben, „Klimanotstand – Höchste Priorität“. Ich bitte darum, das doch dringend noch bis zum Beginn der Debatte umzudrucken. Darauf wollte ich die Kollegen nur hinweisen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für diesen Hinweis. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten bei uns in der Fraktionssitzung gerade noch zum Tagesordnungspunkt 10.21 Beratungsbedarf und würden gern darum bitten, das Ganze eine Runde zu schieben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch das ist aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich gebe zunächst Herrn Voigtsberger das Wort.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Bezirksvertretungen! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsvorstandes und der Stadtverwaltung! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Gästetribüne! Starten möchte ich heute in dieser Ratssitzung und nach der ersten Woche meiner Amtszeit mit einem ganz herzlichen Dank für Ihr Vertrauen, das Sie mir am Tage meiner Wahl am 4. April durch Ihr einstimmiges Votum entgegengebracht haben und das ich seither bei meinen ersten Gesprächen und Antrittsbesuchen erfahren durfte. Hierbei gilt mein besonderer Dank unserer Oberbürgermeisterin, den Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsvorstandes sowie den Kolleginnen und Kollegen des Dezernates IV.

Wie Sie wissen, bin ich Vater von zwei kleinen Kindern. Ich spreche somit nicht nur als neuer Dezernent für Bildung, Jugend und Sport zu Ihnen, sondern gleichzeitig auch als jemand, dem die Sorgen und Interessen von Familien nicht fremd sind. Mit dem Ausscheiden meiner Tochter aus dem Kindergarten haben nunmehr meine beiden Kinder ihre Zeit in der Kita hinter sich. Es war eine schöne Zeit, in der ihre besonderen Fähigkeiten und Interessen stets erkannt und auch gefördert wurden. Meine Tochter freut sich nun ebenfalls auf ihren neuen Lebensabschnitt in der Grundschule, auf die auch schon ihr Bruder seit nunmehr drei Jahren geht. Für beide wünsche ich mir, dass sie die Schulabschlüsse machen, die passend für sie sind, und dass sie in der Schule bedarfsgerecht nicht zuletzt auf die digitalen Herausforderungen vorbereitet werden, die die zukünftige Arbeitswelt für sie bereithält, aber auch, dass sie in ihrem Umfeld weiterhin gute Sportangebote und Vereine sowie Frei- und Spielflächen finden, wo sie ihren großen Bewegungsdrang ausleben können. All das und noch viel mehr wünsche ich dabei nicht nur meinen, sondern auch allen Kölner Kindern, Jugendlichen und Familien - wozu ich selbstverständlich auch die Generation der Großeltern zähle. Und genau daran werde ich in den kommenden Jahren mein Handeln ausrichten. Dabei weiß ich bereits nach den ersten Tagen, dass ich nicht allein bin mit diesen Aufgaben, sondern dass ich mich auf viele nette Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand verlassen kann und auch ein gut aufgestelltes Team im Dezernat IV vorfinde, das sich gemeinsam mit meiner Vorgängerin Frau Dr. Agnes Klein ein wichtiges Leitziel gesetzt hat, nämlich ein gelingendes, gesundes und unbeschwertes Aufwachsen und Lernen für alle Kölner Kinder und Jugendlichen.

Ich werde an die erfolgreiche Arbeit meiner geschätzten Vorgängerin anknüpfen und mich mit voller Kraft und auf Basis meiner bisher gesammelten Erfahrungen in diesen Aufgabenfeldern auf den Weg machen. Dabei möchte ich mich vor allem für die Chancengleichheit der jungen Menschen in dieser Stadt einsetzen, denen nicht so gute Startmöglichkeiten in die Wiege gelegt wurden. Es ist und war mir stets ein besonderes An-

liegen, die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien mit all ihren Besonderheiten und individuellen Entwicklungen nicht nur in der Kita und in der Schule, sondern auch beim Sport und - ganz wichtig - beim lebenslangen Lernen zu unterstützen und ihnen Rahmenbedingungen für gerechte Chancen auf Bildung und auch Teilhabe zu ermöglichen. Jede und jeder trägt eigene Befähigungen und Ressourcen in sich. Diese nach Kräften zu schützen, zu fördern und weiterzuentwickeln, damit die Menschen ihr Leben in die eigene Hand nehmen können, wird der Kompass meiner Arbeit und auch meines Handelns sein.

In der Kupferstadt Stolberg, wo ich zuletzt als Erster Beigeordneter für die Bereiche Jugend, Schule, Soziales, Sport, Kultur und Tourismus verantwortlich war, war mir das Thema Inklusion ein besonderes Anliegen. Auch in Köln sehe ich die Fortschreibung des kommunalen Inklusionsplanes als eine meiner ersten wichtigen Aufgaben an.

Ich möchte mich bei meinen Entscheidungen stets ehrlich und umfassend an den Wünschen und Interessen der jungen Menschen orientieren. Ich erlebe es ja auch regelmäßig zu Hause: Was Erwachsene einfach nur vorschreiben, wird von den Kindern oftmals nicht so sehr geschätzt wie die Dinge, an denen sie mitarbeiten und auch mitentscheiden durften. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir Kinder und Jugendliche verstärkt an Entscheidungen beteiligen müssen. Die mit dem Gütesiegel der Kinderfreundlichen Kommune verbundenen Handlungsaufträge nehme ich mir dabei zu Herzen. Deshalb müssen aus meiner Sicht die Bedürfnisse und Wünsche unserer Jüngsten in das Verwaltungshandeln einfließen.

Unter dem Stichwort „Kinderrechte“ kann ich einige meiner Zielvorstellungen zusammenfassen. Ich denke hierbei nicht nur an das Recht auf einen gut erreichbaren und qualitätsvollen Betreuungsplatz in einer Kita oder in der Tagespflege, sondern auch an das Recht auf einen Platz an der Schule, die individuell die richtige ist. Und wenn ein Platz im offenen Ganztag einer Grundschule benötigt wird, weil beide Elternteile für das Einkommen sorgen müssen oder andere familiäre Gründe das einfordern, muss es möglich sein, einen solchen Platz in einem akzeptablen Zeitraum und in erreichbarer Entfernung zu bekommen.

Mir ist es aber auch ein besonderes Anliegen, dass junge Menschen in benachteiligten Sozialräumen durch den Ganztag ein Mehr an Chancengleichheit bekommen. Für die neuen Entwicklungsräume der Stadt, beispielsweise den Deutzer Hafen und für Rondorf-Süd, sollten meines Erachtens nicht nur neue Schulen und Kitas entstehen, sondern auch attraktive Sporthallen und innovative Sport- und Bewegungsangebote im Sinne unserer bereits beschlossenen Sportentwicklungsplanung, die in der gesamten Stadtgesellschaft so viel Zuspruch erfahren hat und die nun mit ihren Modellprojekten in die Umsetzung kommt.

Mir ist klar, dass dies ein hehres Ziel in einer wachsenden Metropole wie Köln ist. Ich bin mir der knappen Flächen und der großen Herausforderungen im Schulbau sowie beim Ausbau der Kinderbetreuung durchaus bewusst, aber das macht es umso wichtiger, dass wir uns alle mit aller Kraft dafür einsetzen, dass das Aufwachsen der Kleinsten in dieser Stadt gut gestaltet wird. Hierbei sehe ich mich im engen Schulterschluss mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand bei der Bewältigung dieser gesamtstädtischen Herausforderungen. Ein effektiver Kinderschutz, frühe Hilfen von Anfang an, lückenlose Präventionsangebote ohne Brüche und eine funktionierende Sport- und Gesundheitsförderung sind das A und O in einer Millionenstadt wie Köln mit einigen besonderen Sozialräumen, auf die man auch genauer schauen muss.

Ich werde den Blick auf die Förderprogramme im Land und Bund richten, um alle finanziellen und organisatorischen Ressourcen abzuschöpfen, die uns hier in Köln bei der Umsetzung der notwendigen Angebote helfen können. Diese Chancen dürfen wir in Verantwortung für die Menschen in dieser Stadt nicht ungenutzt lassen.

Große Chancen bietet auch die zunehmende Digitalisierung unserer Lebenswelten. Der digitale Wandel verändert die Arbeitswelt und somit die Zukunft nicht zuletzt unserer Kinder maßgeblich. Schon jetzt arbeitet ein Team von engagierten Menschen in der Stadtverwaltung an der Ausgestaltung der digitalen Infrastruktur in den Kölner Schulen. Ich sehe es als wichtiges Handlungsziel an, für unsere Schulen Formate zu entwickeln, die ein ganzheitliches Lernen in einer digitalisierten Lernumgebung ermöglichen. Hier sind die Angebote der VHS zur Vermittlung von Medienkompetenz an Erwachsene, ja, auch insbesondere an ältere Menschen ebenfalls von großer Bedeutung.

Die Ämter und Dienststellen meines Dezernates erlebe ich nach den ersten Kennenlern-Gesprächen als gut aufgestellt. Die vielfältigen Schnittstellen machen mir deutlich, dass der Zuschnitt des Dezernates gut gewählt wurde und

auch in der Zukunft erfolgreich sein wird. Denn die Verzahnungen beispielsweise zwischen Jugendhilfe und Schule, zwischen Sportentwicklung und Spiel- bzw. Bolzplatzplanung, zwischen Weiterbildungs- und kulturellen Bildungsangeboten sowie bei den gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut sind vorhanden und funktionieren.

Bei all diesen Aufgaben setze ich große Hoffnung in den gelebten Austausch von Meinungen und eine dauerhafte Teamarbeit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dezernat verstehe ich dabei als Fundament meiner Arbeit und als wertvollste Ressource. Schon bei meinen ersten Gesprächen habe ich festgestellt, dass ich in Köln eine aktive und vielfältige Landschaft an städtischen, freien und auch kirchlichen Trägern der Jugendhilfe antreffe. Sie helfen uns bei der Umsetzung vieler Aufgaben und besitzen damit eine sehr wichtige Funktion in dieser Stadt. Bei der Entwicklung von bedarfs- und auch generationsgerechten Spiel-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sehe ich mich im engen Schulterschluss mit einem lebendigen Kreis von Partnern wie zum Beispiel insbesondere dem StadtSportBund Köln sowie einer aktiven Vereinslandschaft. Weiterhin erlebe ich einen großen Unterstützerkreis in der Stadtgesellschaft. Viele zugewandte Briefe und Gesprächsangebote haben mich in den letzten Tagen erreicht, und ich freue mich auch hier über die Unterstützungsangebote und auf die Zusammenarbeit mit diesen vielen Akteuren.

Wie schon bisher setze ich darauf, dass wir in gemeinsamer Verantwortung zum Wohle der Familien in Köln tätig sind und deren Bildungs- und Teilhabechancen nachhaltig verbessern werden.

Damit wende ich mich auch an Sie, verehrte Mandatsträger in diesem Hohen Haus. Ich habe mich eingangs bereits dazu geäußert, wie sehr ich Ihre breite Unterstützung bei meiner Wahl zu schätzen weiß. Für die Zukunft lade ich Sie herzlich ein, unabhängig von politischen Standpunkten den Konsens zu pflegen und gemeinsam an dem Ziel zu arbeiten, Köln für Familien noch lebenswerter und liebenswerter zu machen. Denn Kinder sind unsere Zukunft, unser höchstes Gut. Wir alle müssen gemeinsam am gleichen Strang ziehen, um ihr Aufwachsen und Lernen zu fördern. Ich bin wirklich sehr dankbar für Ihr Vertrauen und freue mich, mit Ihnen gemeinsam für die Menschen in dieser Stadt etwas bewegen und gestalten zu können. - Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Voigtsberger.

Meine Damen und Herren, ich schlage nun vor, dass wir in die Tagesordnung eintreten. Ich kündige Ihnen an, dass wir etwa um 18.00 Uhr, vielleicht 18.30 Uhr - je nach Tagesordnung - eine kleine Pause machen von höchstens zehn Minuten, damit wir uns hier noch ein bisschen ordnen können. Ich bitte, das zu verstehen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Frau Oberbürgermeisterin Reker begrüßt insbesondere Herrn Voigtsberger, den neuen Beigeordneten für das Dezernat IV, zu seiner ersten Ratssitzung.

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert über die Auflösung der Ratsgruppe BUNT zum 31. Mai 2019. Herr Hegenbarth hat sich zum 1. Juni 2019 der SPD-Fraktion angeschlossen. Frau Gerlach gehört dem Rat jetzt als parteiloses Mitglied an.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler Herrn Pohl, Herrn Schwanitz und Herrn Kockerbeck vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu-

beziehungsweise abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Aufsichtsräte Köln"

AN/1012/2019

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Hausbesetzer"

AN/1013/2019

5.1.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr. Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency

1223/2019

10.38 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Eiler Schützenplatz und Platz an der Leidenhausener Straße)" in Köln-Porz-Eil aus dem Programm "Starke Veedel – Starkes Köln" (Sozialraum Porz-Ost, Finkenberg, Grembergh-oven und Eil) in Kooperation mit den Stadtentwässerungsbetrieben

4262/2018

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss"

AN/1014/2019

17.13 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines stellvertretenden Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss"

AN/1023/2019

17.14 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Ausschusses Kunst und Kultur"

AN/1036/2019

18.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord

Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord

2313/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

24.11 Zustimmung zur Bewerberauswahl aus Dialogverfahren Filmhaus Köln, Maybachstraße 111 und Institutionelle Förderung

1843/2019

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.1 Änderung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20

1361/2019

10.33 Parkgebührenordnung 2019

0445/2018

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03

Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth

0396/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

24.1 Anpassung Parkentgelte in den städtischen Parkeinrichtungen Lanxessarena und Tiefgarage Philharmonie

1399/2019

24.2 Anmietung von drei Mehrfamilienhäusern Martin-Luther.-Str. 6 a, 50767 Köln-Esch zur Unterbringung dringend wohnungssuchender Personen

1694/2019

24.3 Anmietung von zwei Mehrfamilienhäusern Zum Dammfelde 37 a und 37 b, 50859 Köln zur Unterbringung dringend wohnungssuchender Personen

1695/2019

IV. Es liegt zur Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vor:

TOP 3.1.13

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion sowie von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"

AN/1031/2019

RM Hammer spricht sich gegen, RM Philippi für die Dringlichkeit aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

Der Antrag wird somit in der nächsten Sitzung des Rates am 28.08.2019 behandelt.

TOP 3.1.14

Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus"

AN/1032/2019

Die antragstellende Fraktion stellt den Dringlichkeitsantrag bis zur nächsten Sitzung des Rates am 28.08.2019 zurück.

V. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Tagesordnungspunkte unter TOP 3.1.9 Antrag der Fraktionen Die Linke., der Gruppe GUT, RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Hubschrauberbetriebsstationen am Flughafen, statt im Wohngebiet", AN/0975/2019 und TOP 3.1.12 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Weiteres Vorgehen Hubschrauberlandeplatz", AN/0983/2019 gemeinsam unter TOP 3.1.9 zu behandeln.

Weiterhin schlägt sie vor, die Vorlage unter TOP 10.29 „Klimanotstand“ 2081/2019 vorzuziehen und gemeinsam mit der Bürgereingabe unter TOP 5.1.1 „Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr. Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency“, 1223/2019 zu behandeln.

VI. Zur Bürgereingabe unter TOP 5.1.1 hat der Ausschuss für Umwelt und Grün in seiner Sitzung am 27.06.2019 angeregt, einem der Petenten ein Rederecht in der heutigen Ratssitzung einzuräumen, sodass er sein Anliegen mündlich erläutern kann. Die Entscheidung über die Erteilung des Rederechts liegt beim Rat.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Erteilung des Rederechts an den Petenten abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

VII. TOP 3.1.6 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Frischezentrum in Marsdorf realisieren!" AN/0740/2019 und der dazugehörenden Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln), AN/0972/2019 werden auf Antrag von RM Joisten bis zur Sitzung des Rates am 26.09.2019 zurückgestellt.

Auf Antrag von RM Hammer wird TOP 10.21 „Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage“, 3860/2018 wegen weiteren Beratungsbedarfs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgestellt.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt als Erstes - unter 1 und 2 haben wir keine Tagesordnungspunkte - auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Verbesserungen in der Stationären und Ambulanten Pflege“ AN/0907/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1039/2019

Ich gebe zunächst Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und auch draußen! Mein Thema sind Verbesserungen in der stationären und ambulanten Pflege.

In der Sitzung des Sozialausschusses im Dezember letzten Jahres hat die Verwaltung auf Anfrage von CDU und Grünen einen erheblichen künftigen Bedarf an zusätzlichen Plätzen in der Pflege bestätigt. Zwischenzeitlich ist die Ausschreibung zur Erstellung eines Berichtes über die örtliche Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW erfolgt. Wir wissen aber, dass die Erstellung und Auswertung des Berichtes noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden.

Bereits jetzt ist jedoch der zusätzliche Bedarf genauso unstrittig wie das Wissen darum, dass die Realisierung stationärer Plätze eines erheblichen Planungs- und Fertigstellungsvorlaufs bedarf. Daher können die Ergebnisse des Berichtes nicht abgewartet werden; sofortiger, dringender Handlungsbedarf ist gegeben. Dabei geht es nicht nur um die pflegebedürftigen Menschen selbst, sondern auch um deren Angehörige - ja, eigentlich sind alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt von dem Thema betroffen.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass unser Antrag nicht alle Aspekte der Problematik abdeckt. Für uns gilt auch nach wie vor der Grundsatz „ambulant vor stationär“, aber wir halten es für unerlässlich - dies gilt vor allem für den stationären Sektor -, nicht zu warten, sondern Dinge, die eines zeitlichen Vorlaufs bedürfen und bei denen dringender Handlungsbedarf besteht, bereits jetzt tatkräftig anzupacken.

Der Mangel an Plätzen in der stationären Pflege hat mehrere Ursachen. Eine ist, dass das Land eine deutliche Verbesserung der Standards in den stationären Altenzentren eingeführt hat. Diese Verbesserungen kommen den Bewohnerinnen und Bewohnern zugute, aber dadurch müssen Plätze in Doppelzimmern abgebaut und größere Flächen für Bäder zur Verfügung gestellt werden. Allein das hat einen merklichen Rückgang von Plätzen ergeben. Es wurden sogar Häuser geschlossen, die nicht zu ertüchtigen waren. Es müssen also dringend zusätzliche Plätze geschaffen werden, zumal die demografische Entwicklung und die von uns sicherlich begrüßte höhere Lebenserwartung zu einem Mehrbedarf führen.

Bei der Neuerrichtung solcher Einrichtungen steht aber auch die Flächenpolitik im Fokus. Hier gibt es eine schwierige Konkurrenzsituation. Wir benötigen Flächen für Wohnungsbau, für Schulen, Kitas; die Wirtschaftsförderung benötigt Gewerbeflächen. Deshalb: Was zum Beispiel für Schulen gilt, muss auch für Pflegeeinrichtungen gelten. Bei der Stadtentwicklung müssen die Belange pflegebedürftiger Menschen bezüglich des Bedarfs an stationären Plätzen berücksichtigt werden.

Die Verwaltung soll daher prüfen, wie städtische Grundstücke für den Bau von Pflegeeinrichtungen gesichert werden können, ob und wie bei neuen Flächenentwicklungen Grundstücke auch für Pflegeheimbau gesichert werden können, wie Baugenehmigungsverfahren für aktuelle Projekte beschleunigt werden können , zum Beispiel durch eine priorisierende Maßnahmenliste stationärer Pflegeeinrichtungen.

Was uns auch ein wichtiges Anliegen ist: Wir benötigen dabei eine quartiersbezogene Bedarfsanalyse, wobei geprüft werden soll, welche Liegenschaften in den Veedeln für den Bau von stationären Einrichtungen in Betracht kommen. Wir wollen zudem, dass Wohngemeinschaften für ältere Menschen und neue Angebotsformen der Pflege forciert und dazu weitere Modellprojekte entwickelt werden. Wir müssen auch neue Wege beschreiten. Bei der ambulanten Pflege wollen wir ein Modellprojekt initiieren, bei dem ein regionaler Schwerpunkt für die Versorgung durch ambulante Hilfen gebildet wird. Ziel ist es, dass verschiedene Akteure zusammenarbeiten, um die Fahrzeiten für die Pflegekräfte zu reduzieren und so einen Beitrag zu leisten, den Fachkräftemangel abzumildern. Es macht wenig Sinn, dass viele Pflegekräfte einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit im Auto verbringen.

Dramatisch ist derzeit die Situation in der Kurzzeitpflege. Bei ihr gibt es einen eklatanten Mangel, der mit der Finanzierungsregelung ursächlich zusammenhängt. Daher fordern wir die Pflegesatzkommission auf, die Refinanzierung der Kurzzeitpflege, insbesondere durch Senkung der geforderten Auslastungsquote, zu verbessern, damit mehr Angebote geschaffen werden können.

Meine Damen und Herren, abschließend unser Appell: Es muss schnell etwas geschehen! Und das ist das Ziel unseres vorliegenden Antrages. Weiteres Abwarten wäre unverantwortlich. Daher bitten wir um breite Zustimmung.

Ich möchte auch noch etwas zum Antrag der LINKEN sagen: Wir werden die beiden Punkte in unseren Antrag übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Aus dem Bericht der Verwaltung über die Ergebnisse der örtlichen Planungen für Köln aus dem vergangenen Jahr geht hervor, dass noch die Bedarfe an stationären Pflegeplätzen gedeckt sind. Aber klar wird auch, dass die Zahl der Pflegebedürftigen, insbesondere der hochaltrigen, zunehmen wird und damit auch der Bedarf an Pflegeplätzen wächst. In der Beantwortung unserer Anfrage aus Dezember 2018 liegt die rechnerische Prognose bei 1 500 Plätzen bis 2025.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Punkt 1 in unserem gemeinsamen Antrag zielt daher folgerichtig darauf ab, dass bei der Stadtplanung Grundstücke für Pflegeeinrichtungen gesichert und bereitgestellt werden müssen. Wir Grünen drängen, bei der Auswahl der Grundstücksflächen darauf zu achten, dass Flächen mit hoher Wärmemehrbelastung - sprich: Hitzeentwicklung - gemieden werden. Daher der Hinweis auf die Empfehlungen des Abschlussberichtes „Klimawandelgerechte Metropole Köln“ des LANUV von 2013.

Was den Antrag der LINKEN anbetrifft, der den Zusammenhang von Pflegeeinrichtungen mit Wohnen von Mitarbeitenden verknüpft: Das ist völlig richtig; dem stimmen wir zu. Deswegen hat meine Kollegin ja auch schon gesagt, dass wir ihn gern übernehmen wollen.

Dem Wunsch vieler Menschen entsprechend, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung leben zu können, dem auch der gesetzliche Auftrag „ambulant vor stationär“ folgt, fördert die Stadt Köln schon seit vielen Jahren verschiedene aufeinander abgestimmte, integrierte Programme und Unterstützungsmaßnahmen in Stadtbezirken und Stadtteilen. Dennoch, meine Damen und Herren, ist aufgrund des demografischen Wandels auch hier von einem steigenden Bedarf an professioneller Hilfe in der ambulanten Pflege sowie bei hauswirtschaftlichen Dienstleistungen auszugehen. Allerdings gibt es schon jetzt Engpässe in der Personalfindung. Daher zielt Punkt 3 unseres Antrags auf einen effektiveren Einsatz ambulanter Pflegedienste ab.

Nicht zuletzt muss auch über innovative Modelle des Wohnens und der Pflegeangebote auf Quartiersebene nachgedacht werden, um die zukünftigen Bedarfe zu decken. Der Änderungsantrag der LINKEN weist zu Recht darauf hin, dass wir auch spezifische Angebote für die Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten benötigen. Wir gehen noch einen Schritt weiter und sagen: Wir benötigen neben kultursensiblen Angeboten auch solche für den Queer-Bereich. Von daher: Auch das wollen wir dann - erweitert sozusagen - aufnehmen.

Die Verwaltung hat bereits signalisiert, dass sie unseren gemeinsamen Antrag als Unterstützung wertet. Ich würde mich auch über Ihre Zustimmung freuen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Ich mache das jetzt kurz, liebe Frau Oberbürgermeisterin; wir haben ja eine Tagesordnung. Ich hoffe, dass Sie dann, wenn ich nachher zu einem anderen Tagesordnungspunkt spreche, nicht ganz so streng sind, was die Zeit betrifft.

(Heiterkeit)

Das schon einmal vorweg.

Ich kann es auch sehr kurz machen, weil meine Kolleginnen sehr eindringlich und sehr gut unseren Antrag begründet haben.

In der Tat haben wir das Postulat „ambulant vor stationär“. Das wird von niemandem hier in diesem Saal infrage gestellt. Es ist gut und richtig. Ich denke aber, wir müssen auch ehrlich mit uns sein: Wir haben in der Vergangenheit, glaube ich, ein bisschen zu sehr das Stationäre vergessen. Das holt uns nun in der Tat ein. Deswegen auch hier unser Antrag, in dem wir sagen: Es ist ganz wichtig, dass wir in unserer Stadt im Zeichen des demografischen Wandels uns darum bemühen, stationäre Plätze zu schaffen.

Ich muss Ihnen allerdings sagen: Ich bin so ein bisschen unschlüssig, was das Verwaltungshandeln betrifft. Die Kolleginnen von CDU und Grünen haben ja gesagt, dass sie im Dezember eine Anfrage gestellt haben, wie es denn nun aussieht, wenn wir neue Flächen ausweisen. Da war die Antwort der Sozialverwaltung ganz positiv. So zitiere ich:

> Ein weiterer wichtiger Baustein für den Ausbau der pflegerischen Versorgungsstruktur in Köln ist, bei neuen größeren Planungsgebieten, wie z.B. dem Neubaugebiet Rondorf-Nord oder dem neuen Stadtteil Kreuzfeld, Grundstücke für Pflegeangebote […] einzuplanen bzw. vorzusehen.

Wir haben dann im März diesen Jahres im StEA eine Anfrage gestellt nach dem Motto: Welche konkreten Schritte unternimmt die Verwaltung, um Seniorenheime und stationäre Einrichtungen zu forcieren? - Dazu kam dann folgende Antwort:

> Grundsätzlich gehören auch Seniorenheime in Neubaugebieten zur Vielfalt des Angebotes von Wohnformen. Seniorenheime sind im allgemeinen Wohngebiet allgemein zulässig, insofern ist eine explizite Ausweisung von Seniorenheimen im Bebauungsplan nicht erforderlich.

Ich würde sagen, da gibt es eine unterschiedliche Gewichtung bei den unterschiedlichen Dezernaten. Unser Wunsch ist es, dass Sie in der Verwaltung einheitlich auftreten und unseren Anspruch, unsere Wünsche sowie Forderungen, wie sie hier im Antrag formuliert sind, aufnehmen und alle gemeinsam uns bei diesem wichtigen Anliegen unterstützen.

(Beifall bei der FDP und von Bernd Petelkau [CDU])

Noch etwas zum Antrag der LINKEN, den wir unterstützen: Ich möchte auch einmal, weil wir ja öfter nur kritisieren, beim Thema kultursensible Pflege unsere eigenen städtischen Einrichtungen sehr loben. Die SBK ist, was die kultursensible Pflege angeht, wirklich ein Vorreiter und immer sehr offen und aufgeschlossen bei dem Thema. Ich glaube, dass wir mit ihr einen guten Mitstreiter an unserer Seite haben. Darauf können wir auch einmal stolz sein. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, Grünen, FDP und GUT, das ist ein recht kluger Antrag, den Sie da stellen. Und wenn Sie - wie es früher einmal üblich war - mit uns geredet hätten, dann hätten wir den Antrag wahrscheinlich auch mitgetragen. Aber aus irgendwelchen Gründen wollten Sie das nicht.

Wir hätten Ihnen dann aber auch vorgeschlagen, diesen Antrag im Sozialausschuss zu stellen; denn da gehört er hin. Dort haben wir uns bereits intensiv mit dieser Problematik auseinandergesetzt, und dort hätten wir auch mehr Zeit gehabt, uns mit der Problematik auseinanderzusetzen und Ihre Vorschläge zu diskutieren. Aber sei es drum.

Sie haben ja recht: Der Bau von vollstationären Dauerpflegeeinrichtungen - das hieß früher einmal „Altenheim“ - muss vorangetrieben werden. Schon in sechs Jahren werden uns 1 500 Pflegeplätze fehlen. Das heißt dann, 1 500 pflegebedürftige Kölnerinnen und Kölner finden keinen Platz mehr in dieser Stadt. Da ist es sicher gut, der Verwaltung aufzugeben, Liegenschaften für den Bau von Pflegeheimen zur Verfügung zu stellen. Ob das die Bereitschaft der Investoren erhöhen wird, ist fraglich. Die Verwaltung hat ja in der eben schon zitierten Beantwortung ausgeführt, dass Seniorenheime zu bauen keine besonders hohe Rendite verspricht und dass Investoren eher auf andere Objekte ausweichen.

Und ja, wir sind auch für Wohngemeinschaften für ältere Menschen und neue Angebotsformen in der Pflege. Hier sollten wir viel mehr ausprobieren. Wir glauben zwar nicht, dass das von Ihnen angeregte Modellprojekt zur ambulanten Pflege viel bringen wird, weil zum Beispiel die Pflegedienste, die ich kenne, alle schon regional begrenzt arbeiten - da fährt keiner von Chorweiler nach Vingst und zurück -, aber man kann es auf jeden Fall einmal ausprobieren. Vielleicht lässt sich ja da noch etwas einsparen.

Ihr Antrag vernachlässigt aber ein weit größeres Problem in der Alten- und auch Krankenpflege: Sicherlich werden uns auf Dauer Zimmer und Betten fehlen, aber jetzt fehlt uns schon das Fachpersonal. Schon jetzt können Altenheime - das wissen Sie - ihre freien Betten und Zimmer nicht mehr belegen, weil ihnen eben das Personal fehlt. Und ambulante Pflegedienste, die frü-

her bei jedem Telefonat, das ich mit ihnen geführt habe, gesagt haben: „Wenn Sie einen neuen Patienten haben, denken Sie einmal an uns“, die also aktive Akquise betrieben haben, winken heute schon ab, wenn ich versuche, einen Patienten unterzubringen: kein Personal. Bei uns in Kalk ist es vorgekommen, dass Pflegedienste bestehende Pflegeverträge kündigen mussten, weil es kein Personal gab. Das bedeutet für die Gepflegten und die Angehörigen eine mittlere Katastrophe. Deshalb ist Punkt 3, den die Fraktion Die LINKE vorschlägt, ein Schritt in die richtige Richtung. Es geht aber sicher noch nicht weit genug.

Wir stimmen Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Ergänzungen der LINKEN gerne zu. Wir müssen uns aber dringend darüber unterhalten, was die Stadt gegen den Personalmangel in der Pflege tun kann und muss. Denn das ist das Problem, das uns zuallererst auf die Füße fallen wird. Das sollten wir dann aber wirklich im Sozialausschuss tun, wo ich ja auch Ihren Antrag gern beraten hätte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat jetzt das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Es herrscht Pflegenotstand in Deutschland - auch in Köln. Die wichtigsten Stellschrauben, dagegen anzugehen, liegen jedoch bei Bund und Land. Trotzdem ist es richtig, auch in den einzelnen Kommunen zu schauen, was wir tun können, um die Lage zu verbessern. Deswegen findet DIE LINKE den vorliegenden Antrag prinzipiell gut und freut sich umso mehr, dass unsere beiden Beschlusspunkte übernommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Um ausreichende Pflegekapazitäten aufzubauen, ist der Fachkräftemangel aber sicher noch das drängendere Problem. Auch wenn dazu schon einiges auf den Weg gebracht worden ist, bleibt der Beruf des Altenpflegers keiner, mit dem man große Sprünge machen kann. Deswegen sind Altenpfleger darauf angewiesen, eine bezahlbare Wohnung mieten zu können. Sie können auch nicht so ohne Weiteres durch Wohnungen im preisgünstigen Umland ersetzt werden. Deswegen soll die Kommune prüfen - dazu unser erster Beschlusspunkt im Änderungsantrag -, inwieweit sie den Bau von Werkswohnungen unterstützen kann, und ebensolches im Bereich der Azubi-Wohnheime tun.

Die stadteigenen Sozialbetriebe stellen Werkswohnungen zur Verfügung, das Deutsche Rote Kreuz in Köln ebenso. Das erscheint uns, flächendeckend angewandt, ein wichtiger Standortvorteil, der Köln für Altenpflegerinnen und Altenpfleger attraktiv und bezahlbar macht.

Doch es gibt noch einen zweiten wichtigen Punkt, wenn wir das Pflegesystem für Köln in der Zukunft gut aufstellen wollen. Viele der Pflegebedürftigen werden dann Migrantinnen und Migranten der ersten Generation sein. Unser Pflegesystem muss an einigen Stellen spezielle Angebote für sie bereithalten, weil das herkömmliche System ihren Bedürfnissen leider nicht gerecht wird.

Demenzkranke Menschen vergessen zum Beispiel relativ schnell Deutsch als nachträglich erworbene Sprache. Sie finden sich aufgrund ihrer Beeinträchtigung auch ohne Kommunikationsproblem nicht mehr gut zurecht. Wenn dann die Pflegenden die Pfleger nicht mehr verstehen und die Pfleger die Pflegenden nicht verstehen, ist verantwortungsvolles Arbeiten kaum mehr möglich. Hier machen zum Beispiel Demenzgruppen Sinn, die komplett auf die Bedürfnisse einer Gruppe von Migranten und Migrantinnen zugeschnitten sind. Denn diese Menschen, die ihr Leben lang für unsere Gesellschaft gearbeitet haben, brauchen jetzt einen Schutzraum, und das Leben in ihrer Sprache ist so ein Schutzraum, den wir ihnen bieten sollten. Dazu sind wir in Köln gut aufgestellt, das Know-how ist also bereits vorhanden.

Die SBK betreibt in Mülheim ein Projekt für türkeistämmige Pflegebedürftige. Frau Hoyer, Sie hatten die SBK erwähnt. Genau so ist es: Sie machen da schon einiges. In Köln hat sich vor circa zwei Jahren ein Verein für Demenzkranke mit türkeistämmigem Hintergrund gegründet, der mit der Universität kooperiert. Also es gibt schon einige Sachen. Daran kann man anknüpfen.

Aufgrund des wachsenden Bedarfs dürfen diese Aspekte der Pflege nicht mehr nur auf Modellprojekte beschränkt werden, sondern müssen sich langsam in die Fläche ausdehnen und standardisiert vorhanden sein.

Ich möchte den Antragstellern noch einmal sagen: Sie tun etwas Gutes! Der Arbeitskreis des Integrationsrates Gesundheit, Senioren und Soziales ist an diesen Stellschrauben dran. Und in-

dem Sie unsere Beschlusspunkte übernommen haben, besonders was die Migrantinnen und Migranten angeht, helfen Sie auf jedem Fall dem Arbeitskreis auf dem weiteren Weg.

Noch etwas zu dem, was Marion Heuser gesagt hatte: Danke dafür, das sehen wir genauso, dass es für queere Personen auch dieses Angebot geben muss. Das finde ich gut. Dem werden wir auf jeden Fall auch sehr wohlwollend zustimmen.

Insofern bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und danke dafür, dass Sie unsere beiden Beschlusspunkte übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen über den Antrag von CDU, Grünen, FDP und GUT mit den mündlich übernommenen Ergänzungen des Änderungsantrags der LINKEN. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Antrag mit den mündlich übernommenen Änderungen aus dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., mündlich ergänzt durch Frau Heuser:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt,

bei der Stadtentwicklung die Belange pflegebedürftiger Menschen bezüglich des Bedarfs an stationären Plätzen zu berücksichtigen, dabei ist zu prüfen

a. wie städtische Grundstücke für den Bau von Pflegeeinrichtungen gesichert werden können,

b. ob und wie bei neuen Flächenentwicklungen Grundstücke auch für den Pflegeheimbau gesichert werden können,

c. wie die Baugenehmigungsverfahren für aktuelle Projekte beschleunigt werden können z.B. durch eine priorisierende Maßnahmenliste stationärer Pflegeeinrichtungen,

2. eine quartiersbezogene Bedarfsanalyse vorzunehmen (teilräumliche Bedarfsanalyse) und zu prüfen, welche Liegenschaften dort für eine stationäre Einrichtung zur Verfügung stehen könnten.

3. zu prüfen, wie die Fachkräftegewinnung durch die Bereitstellung weicher Standortfaktoren wirksam unterstützt werden kann (z.B. bezahlbaren Wohnraum durch Werkswohnungen und Wohnheimen für Auszubildende und Absolventen des freiwilligen sozialen Jahres oder des Bundesfreiwilligendienstes)

4. bezüglich der Ambulanten Pflege ein Modellprojekt zu initiieren, bei dem ein regionaler Schwerpunkt für die Versorgung durch ambulante Hilfen gebildet wird, bei dem die verschiedenen Akteure zusammenarbeiten, um die Fahrzeiten für die Pflegekräfte zu reduzieren und so einen Beitrag zu leisten, den Fachkräftemangel abzumildern.

5. Wohngemeinschaften für ältere Menschen und neue Angebotsformen der Pflege zu forcieren und dazu weitere Modellprojekte zu entwickeln. Dabei sollen insbesondere auch spezifische Angebote für die Bedürfnisse von Migranten und queere Personen entwickelt bzw. weiterentwickelt werden.

6. an die Pflegesatzkommission die Forderung zu stellen, die Refinanzierung der Kurzzeitpflege, insbesondere durch Senkung der geforderten Auslastungsquote, zu verbessern, damit mehr Angebote geschaffen werden.

7. über den Sachstand der Ausschreibung und Vergabe der erforderlichen Leistungen zur Realisierung eines Berichts über die örtliche Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Die Abstimmung über den Änderungsantrag hat sich somit erledigt.

Anmerkung:
Mündliche Ergänzung des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke. durch Frau Heuser unter

Ziffer 5 um die Formulierung: „…und queere Personen…“. Die Fraktion Die Linke. ist damit einverstanden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. sowie von Frau Gerlach und Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Wohnungsbaugrundstücke aktiv erwerben – Erbbaurecht als Regelvergabe einführen“ AN/0970/2019

Ich gebe zunächst Herrn Struwe das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht um unseren gemeinsamen Antrag zum Thema „Wohnungsbaugrundstücke aktiv erwerben – Erbbaurecht als Regelvergabe einführen“.

Meine Damen und Herren, bei der Wohnungspolitik sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass die Bodenpolitik von ganz erheblicher strategischer Bedeutung ist. Ich glaube, auch da spreche ich Binsenwahrheiten aus, wenn ich sage, dass wir im Bereich des Wohnungsbaus weiterhin vor enormen Herausforderungen stehen. Das Ziel lautet nach wie vor, 6 000 Wohnungen im Jahr zu bauen. Zuletzt waren es teilweise kaum 2 000. Das heißt, die Lücke wird immer größer, und wir schieben eine riesige Bugwelle an nicht gebauten Wohnungen vor uns her. Da ist es zwar erfreulich, wenngleich längst nicht ausreichend, dass zuletzt ein gewisser Aufwärtstrend zu verzeichnen war. Gleichwohl muss man anerkennen, dass angesichts des Nachholbedarfs hier also an keiner Stelle Anlass besteht, sich zufrieden auf die Schultern zu klopfen, sondern ganz im Gegenteil weiterhin alle Anstrengungen erforderlich sind.

Die Verfügbarkeit von Boden ist, wie gesagt, ein ganz erheblich entscheidender strategischer Hebel, um Entwicklungen anzustoßen und eben auch im Sinne eines demokratischen Prozesses zu steuern und zu lenken; denn wohnungspolitische Ziele sind für uns als SPD nicht die schiere Masse, sondern natürlich auch qualitativer Natur, also welche Wohnungen entstehen. Wir sagen ganz klar: Wir wollen Wohnen bezahlbar machen. Das heißt, wir brauchen günstige und für breite Bevölkerungsschichten bezahlbare Wohnungen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Angesichts der Debatte, die wir sicherlich gleich noch führen werden, sind natürlich auch andere Ziele zu verwirklichen, wie zum Beispiel die Schaffung der notwendigen Infrastruktur oder auch des Klimaschutzes.

Für all diese Ziele ist eine entsprechend ausgerichtete Bodenpolitik ein entscheidender Hebel. Wir können nicht alles dem Markt überlassen. Wir sehen es bei den Bodenpreisen, die momentan bzw. seit längerer Zeit nur eine einzige Richtung kennen, und die zielt nach oben. Wir sind uns aber, glaube ich, alle einig, dass auf teuren Grundstücken nur selten preiswerte Wohnungen entstehen.

Der Antrag enthält daher mehrere Aspekte. Zum einen geht es um ein politisches Bekenntnis zu einer aktiven Liegenschaftspolitik. Das heißt, uns geht es hier darum, noch einmal ein klares Signal zu senden, dass aktiv Grundstücke erworben werden. Wir wissen und erkennen an, dass die Verwaltung schon vieles tut, aber Beispiele aus jüngster Vergangenheit zeigen, dass da noch entscheidend Luft nach oben ist, beispielsweise im Mülheimer Süden, wo ein entsprechendes Landesgrundstück nicht erworben wurde.

Das knüpft direkt an den nächsten Punkt an: Wir haben hier auf unsere Initiative, aber mit großer Mehrheit beschlossen, das allgemeine Vorkaufsrecht wieder einzuführen. Die Verwaltung berichtet, dass das auch ganz gut funktioniert. Wir stehen aber vor dem Problem, dass auch das an gewisse Voraussetzungen geknüpft ist. Das heißt, hier müssen wir nachjustieren, damit wir weitere Bereiche haben, in denen die Voraussetzungen vorhanden sind, dass wir Grundstücke erwerben können, um idealerweise dann auch die Haushaltsmittel, die hierfür zur Verfügung stehen, entsprechend auszunutzen und insofern auch in Bereichen wie Kreuzfeld oder der Parkstadt Süd noch aktiver werden zu können.

Ein weiterer und sehr wichtiger Aspekt ist das Thema Erbbaurechte. Ein kleiner historischer Exkurs: Die gesetzlichen Regeln dazu haben in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag. Es war damals der Rat der Volksbeauftragten, der das Gesetz erlassen hat. Uns ist es allerdings nicht aus historischer Sentimentalität wichtig, sondern aus handfesten und pragmatischen Aspekten. Zum einen ist Boden nicht vermehrbar; daher haben wir eine besondere Verantwortung auch für künftige Generationen, hier das Eigentum zu erhalten und demokratisch zu kontrollieren. Zum anderen ist das Erbbaurecht natürlich eine dauerhafte

Beziehung, die noch viel bessere Möglichkeiten bietet, hier eben auch für bezahlbare Mietpreise auf die Wohnungsbauunternehmen einzuwirken. Viele Länder, wie zum Beispiel die Niederlande, machen das ausschließlich. Auch in München werden schwerpunktmäßig auf dem Wege des Erbbaurechtes die öffentlichen Wohnungsgrundstücke vergeben.

Wir begrüßen sehr, dass die Verwaltung hier schon Vorarbeit geleistet hat und auch ihre Ideen im Wohnungsbauforum vorgestellt hat. Um dem Vorwurf vorzugreifen, der wahrscheinlich gleich kommen wird, wie ich es jedenfalls Presseverlautbarungen der Grünen Partei entnehmen konnte: Nein, wir wollen hier nicht ein Thema politisch instrumentalisieren, -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist der SPD ja fremd!)

- das ohnehin schon virulent ist. Im Gegenteil: Wir begrüßen, wie gesagt, die Arbeit der Verwaltung. Uns geht es nur darum, auch politisch eine klare Haltung zu zeigen, dass wir sagen: Jawohl, wir wollen das Erbbaurecht als Regel für die Zukunft. Aus dem Grund haben wir unseren Antrag auch allen demokratischen Fraktionen angeboten, damit sie hier mitmachen. Wir wollen ein klares Signal für eine strategische Bodenpolitik setzen und laden alle herzlich ein, sich dem anzuschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat jetzt das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten uns zunächst einmal bei der Liegenschaftsverwaltung bedanken, dass sie das Thema Erbpacht in jüngerer Vergangenheit auf die Agenda gebracht hat. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* hat letzte Woche berichtet und darauf aufmerksam gemacht, dass Frau Oberbürgermeisterin, Frau Blome und Herr Greitemann nun die Möglichkeit haben, in der Bodenpolitik einen Kurswechsel zu vollziehen. Wir als LINKE fordern seit vielen Jahren auf allen Ebenen „Erbpacht statt Verkauf“ und freuen uns natürlich, dass das Thema jetzt an Fahrt gewinnt.

Meine Damen und Herren, der Boden ist begrenzt. Er ist nicht vermehrbar. Er kann deshalb auch nicht als eine normale Ware angesehen und gehandelt werden. Als Folge der Finanzkrise ist der Boden für die Kapitalisten immer interessanter geworden. Das Resultat: explodierende Bodenpreise. Die Erbpacht bietet die Chance, diesen Trend zu stoppen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gemeinschaft ist in der Verantwortung, darüber zu entscheiden, was auf dem Boden gebaut oder eben nicht gebaut wird. Deshalb darf die öffentliche Hand ihre Flächen nicht privatisieren. Mit dem Stopp des Ausverkaufs unserer Flächen können wir als Stadt wieder die Gestaltungshoheit gewinnen. Nachfolgende Generationen in Jahrzehnten entscheiden, was auf den Flächen passiert, wenn wir die Flächen heute nicht verkaufen.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, die Bezirksvertretung in Ehrenfeld hat parteiübergreifend erkannt, dass wir sofort mit dem Verkauf von Land aufhören müssen. Deswegen fordern wir gemeinsam mit der SPD, Frau Gerlach und Herrn Wortmann, dass ab sofort keine Verkaufsverhandlungen mehr angestoßen werden. Wir möchten die Verwaltung bitten, verstärkt anzukaufen. Das Budget der Ankäufe wird bei Weitem nicht ausgereizt, die Vorgaben für die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen sehr wohl. Dieser Trend, meine Damen und Herren, muss sich umdrehen. Wir müssen für Kreuzfeld, in der Südstadt für das ESIE-Gelände und auch im Mülheimer Süden verstärkt Land kaufen, um die Hoheit über die Stadtentwicklung zu behalten bzw. zurückzugewinnen. Wir brauchen viele Flächen, um unsere städtebaulichen Vorstellungen mit dem Instrument der Erbpacht verwirklichen zu können. Wir brauchen dauerhaft preiswerte Wohnungen, damit wir als Stadt auch für junge Familien attraktiv werden oder bleiben. Mit der Erbpacht haben wir die Möglichkeit, auf den Mietpreis Einfluss zu nehmen - weit über die Zeit der üblichen Bindung hinaus, meist sogar für den gesamten Erbpachtvertrag. Das, meine Damen und Herren, ist besonders wichtig. Daher möchte ich Sie alle bitten, diesem Antrag zuzustimmen und der Verwaltung mit einem breiten Votum Rückenwind zu verleihen, damit die Erbpacht möglichst rasch das bevorzugte Modell in unserer Flächenpolitik wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Sommer das Wort.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Antragsteller! Diesen Antrag werden wir ablehnen. Es sind viele Fragen abschließend noch nicht geklärt. Für eine Entscheidung ist es unseres Erachtens zu früh.

Es sollen jetzt zu einem Zeitpunkt Fakten geschaffen werden, zu dem Parameter noch nicht festgestellt sind. Wir haben selbst noch viele Fragen zu dieser Sache. Wir meinen, dass eine Zustimmung zu einem erheblichen Einschnitt führen würde, und können die Konsequenzen im Ganzen noch nicht absehen.

Wenn ich mir überlege, was die Wohnungswirtschaft dazu sagt - und das ist das, liebe SPD, was mir hier fehlt: Sie gehen mit keinem Wort auf das Wohnungsbauforum ein.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sehr nett! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Sie gehen auch mit keinem Wort darauf ein, was hier eigentlich abgesprochen wurde, nämlich dass mit der Verwaltung Gespräche aufgenommen werden, um auch dieses Thema zu besprechen und im Einzelnen durchzugehen. Das wird hier vollkommen ignoriert. Überlegen Sie einmal, was wir hier für Fragen haben, die nach wie vor nicht geklärt sind: Was ist mit der Finanzierung? Wer geht in den ersten Rang, wer in den zweiten Rang? Hierüber haben wir noch keine verlässlichen Äußerungen.

Zur Attraktivität einer Fläche: Wie sieht die Wohnungswirtschaft ihr Bauvolumen, wie sieht sie, wie sie weiter arbeiten kann, wenn wir das tun und die Grundstücke nur noch im Erbbaurecht vergeben? Auch das muss hier geklärt werden.

Zu Fragen der Verwaltung: Eigentlich würde das, was wir heute hier tun sollen, einem Veräußerungsverbot gleichkommen. Das bedeutet, die Verwaltung würde vollkommen präkludiert werden, wäre nicht mehr in der Lage, auch nur ein Grundstück anders zu veräußern. Jetzt, im Liegenschaftsausschuss, sagen wir sehr oft, die Verwaltung möge doch bitte prüfen, ob das Grundstück auch im Erbbaurecht vergeben werden kann, aber das wird dann geprüft und ist eine andere Situation.

Wir haben in der letzten Sondersitzung des Liegenschaftsausschusses zu diesem Thema gehört, dass ein finanzieller Vorteil laut Kämmerei nicht vorliegt. Dann ist die Frage: Was ist mit dem Verwaltungsaufwand?

Hinzu kommt: Wenn das Grundstück wieder zurückfällt, also der Heimfall eintritt, was ist dann mit den Aufbauten? Diese müssen ausgeglichen werden. Dafür müssen Rückstellungen gebildet werden. Auch das ist nicht geklärt. Darüber muss insgesamt gesprochen werden, sodass wir diesem Antrag heute nicht zustimmen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat jetzt das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, den uns SPD und Freunde vorgelegt haben, ist ja eine Mischung aus allem Möglichen. Deshalb ist es wahrscheinlich gut, ihn noch einmal punktweise durchzugehen.

Unter Ziffer 1 wird eine strategische und aktive Bodenvorratspolitik gefordert. Da frage ich mich: Wo waren wir eigentlich die letzten Jahre? Es gibt mehrere Ratsbeschlüsse zu einem strategischen Flächenmanagement, die wir sogar mit breiter Mehrheit getroffen haben - auch mit der SPD im Übrigen. Die Verwaltung macht sich das zu eigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Insofern frage ich mich, ob es etwas bringt, immer wieder in bestimmten Abständen Beschlüsse zu wiederholen, oder wäre es nicht besser, sich an dem zu orientieren, was die Verwaltung dann im Detail macht?

Des Weiteren sollen Schlüsselgrundstücke gekauft werden. - Nein, das machen wir natürlich überhaupt nicht. Ich erinnere einmal daran, was wir in dieser Wahlperiode gemacht haben: Wir haben das große ehemalige Güterbahnhofsgelände Bonntor erworben - ich nenne nur Beispiele -, wir haben in der Parkstadt Süd einige relevante Flächen erworben, wir haben in Porz noch in der letzten Liegenschaftsausschusssitzung eine große Fläche erworben, sodass wir insgesamt sie mit dem vorhandenen Eigentum der Stadt so arrondieren können, dass dort eine wirklich veritable Wohnungsbaufläche entsteht. Ich könnte das jetzt noch weiter fortsetzen, aber vielleicht sagt eine Zahl etwas: 37 Prozent der

Gesamtfläche der Stadt Köln gehören der Stadt. 37 Prozent!

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das war noch weniger, als wir in diese Wahlperiode eingetreten sind. Also von Schwund kann keine Rede sein. Diese Bodenbevorratung gilt natürlich für verschiedene Dinge: Infrastruktur, auch Grünflächen zu sichern, Gewerbe, Wohnen.

Insofern frage ich mich, was uns der Antrag sagen will. Insbesondere auch, weil in Ziffer 3 auf die Parkstadt Süd verwiesen wird. Dabei haben wir ja in der Richtung Beschlüsse gefasst.

Dann zum Erbbaurecht: Es wird jetzt begrüßt, dass die Anregung aus der Politik aufgegriffen wird. Also, wir müssen da doch einmal ehrlich sein: Diese Initiative ist nicht von der Politik ausgegangen, sondern von der Verwaltung aufgrund vieler Konferenzen und Arbeitskreise, die sich im Bereich der kommunalen Spitzverbände abgespielt haben vor dem Hintergrund, dass alle Städte, die wachsen, das Problem haben, bebaubare Flächen zu sichern und sich dadurch auch die Diskussion verstärkt hat, Instrumente einzusetzen, die nachhaltig Boden sichern. Das ist auch unsere Auffassung als Grüne. Wir stellen zudem fest, dass es nun eine breitere Zustimmung gibt. Das ist prima. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Wiederkaufsrechte, die wir fast immer im Liegenschaftsausschuss in letzter Zeit anwenden, durch höchstrichterliche Rechtsprechung leider nur eine Zeit von 30 Jahren gelten können, danach nicht mehr. Das heißt also, eine nachhaltige Bodenpolitik ist inzwischen in großem Maße auch die Position des Kölner Rates.

Der Teufel liegt aber im Detail. Die Kapitalmarktzinsen, die wir seit einiger Zeit haben, führen dazu, dass es Investoren und Vorhabenträgern schwerfällt, auf das Erbbaurecht einzugehen. Denn wenn wir das Erbbaurecht nach dem Verkehrswert bestimmen, dann ist der fast völlig verschwundene Kapitalmarktzins immer der Gewinner. Das sind doch die eigentlichen Probleme, an denen jetzt auch die Verwaltung arbeitet.

Wir haben in einer Sondersitzung des Liegenschaftsausschusses gesagt - das war einvernehmlich -, dass wir die Verwaltung bitten, uns eine Verwaltungsvorlage vorzulegen, die versucht, diese Kriterien, wonach wir Erbbaurecht als Instrument anwenden, im Detail zu klären. Dabei wird sicherlich eine große Rolle spielen, dass wir eine Änderung der Gemeindeordnung haben, nämlich in § 90, dass wir erstmals Grundstücke unter Verkehrswert vergeben können. Dies gilt aber nur für sozialen Wohnungsbau und für Sozialprojekte. Das heißt, hier sieht man schon die Einschränkung. Insofern, denke ich, bringt uns dieser Antrag nicht weiter.

Ich möchte aber zum Schluss noch sagen, wo man hätte handeln können. Im öffentlichen Teil des Liegenschaftsausschusses stand an, 15. 230 Quadratmeter im Sürther Feld für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. CDU und Grüne haben beantragt, dass dort bis zu 50 Prozent öffentlicher Wohnungsbau entstehen soll. Gegen diesen Vorschlag, den wir eingebracht haben, hat sich dann eine Mehrheit von SPD und LINKEN gebildet, die das schnöde abgelehnt hat. Wenn es also um praktische soziale Wohnungsbaupolitik geht, denke ich, sollten Sie sich überlegen, auch praktisch zu handeln, aber uns jetzt nicht hier mit Ladenhütern zu bedenken, mit Anträgen, die wir nicht brauchen und wo die Kernpunkte längst beschlossen worden sind. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe zwei Zwischenfragen notiert.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich habe eine Zwischenfrage an den Redner und Vorsitzenden des Liegenschaftsausschusses. Ich wollte ihn fragen, ob es ihm vielleicht aus dem Gedächtnis entschwunden ist, dass viel länger vorher ein Änderungsantrag von SPD und Grünen vorlag, der sich sehr intensiv mit der Situation im Sürther Feld beschäftigt hat, und dass ohne irgendwelche Absprachen oder wie auch immer kurz vor der Sitzung Schwarz-Grün etwas darüber gelegt hat und somit die Axt des Todes an dieses Konzept gelegt hat.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde die Frage beantworten, Frau Oberbürgermeisterin. - Mir ist dieser Antrag oder der Änderungsantrag der LINKEN, den wohl auch die SPD unterstützt hat, bekannt. Er hat aber zum Inhalt, den Bebauungsplan für große Teile des Sürther Felds erst einmal zu ändern. Daraufhin hat die Verwaltung in Gestalt von Frau Müller, die in den Ruhe-

stand gegangen ist, ausführlich dargelegt, dass wir dafür etwa drei Jahre brauchen - das war die Mindestzeit, manche haben auch gesagt, länger - und ob dabei eine höhere Flächenausnutzung herauskommt, weil ja schon Teile bebaut sind, auch nicht sicher ist. Das heißt also: drei Jahre Stillstand. Ich kann mich erinnern, dass bei den verschiedenen Sitzungen gerade die LINKE immer gesagt hat: Wir müssen jetzt bauen, wir müssen jetzt sozialen Wohnungsbau schaffen. - Sie hätten die Chance gehabt. Sie haben sie schnöde vertan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Rückfrage von Herrn Struwe. - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Überraschenderweise bezieht sich meine Rückfrage auf denselben Antrag. Ergänzend zur Frage vom Kollegen Weisenstein möchte ich den Kollegen Frank fragen, ob ihm bekannt ist, dass zum einen dieses angebliche Totschlagkriterium dieser zeitlichen Dauer lediglich ein Prüfauftrag war, dass aber der rot-rote Antrag in der Summe eine deutlich höhere Ausnutzung auch mit sozial geförderten Wohnungen vorgesehen hat, als am Ende dann von Schwarz und Grün vorgetragen wurde.

(Michael Frenzel: So ist es!)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, das sind alles Hätte und Wenns. Es standen 15. 230 Quadratmeter Baufläche letzte Woche im Liegenschaftsausschuss zur Entscheidung, wo wir bis zu 50 Prozent sozialen Wohnungsbau hätten schaffen können. Bis heute ist mir völlig unerfindlich, warum Sie dem nicht zugestimmt haben. Aus der Nummer kommen Sie nicht raus.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht überlegen Sie sich in der Sommerpause, ob Sie es schaffen, da noch die Kurve zu kriegen. - Besten Dank.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ihr seid doch verantwortlich für die Organisation von Mehrheiten und nicht wir! - Weitere Zurufe: Oh!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr zu dem Tagesordnungspunkt. - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, ich habe so ein bisschen das Gefühl bei diesem Antrag, Sie treibt das schlechte Gewissen um, dass Sie durch die Bürokratie, die Sie mit in dieser Stadt geschaffen haben, mit dazu beigetragen haben, den Wohnungsbau fast zum Erliegen gebracht zu haben.

Und Herr Struwe, wenn Sie dann das Vorkaufsrecht hier anbringen und einfach einmal so in den Saal rufen, was das für ein tolles Erfolgsmodell ist, muss man, glaube ich, diejenigen, die sich mit Wohnungsbau nicht so beschäftigen, darüber informieren, was für ein Rohrkrepierer dieses Vorkaufsrecht geworden ist: Es haben sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung ein Jahr daran gearbeitet, haben dabei 8 000 Kaufverträge gescannt und am Ende festgestellt, dass acht von diesen Verträgen für die Stadt Köln von besonderem Interesse sind, nämlich sieben, weil es dabei um Straßenerweiterungsland geht, und ein einziges Wohnbaugrundstück. Dagegen hat derjenige, dem das Grundstück abgenommen werden sollte, auch noch geklagt. Also so ist die Bürokratie. Dafür haben wir sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden, die wir besser einsetzen würden, um Bebauungspläne zu schreiben oder Baugenehmigungen zu erteilen; denn da sind nämlich 30 Prozent der Stellen unbesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen - das haben meine Vorredner auch gesagt - ist Ihr Antrag nahezu inhaltsleer, weil er nur das bekräftigt, was im Grunde bestehende Regelungen sind. Dann verkleiden Sie das so schön und sagen: Die Verwaltung hat entsprechende Vorarbeiten geleistet. - Ja, weil alles schon in dieser Richtung entsprechend läuft.

Wenn man sich die Punkte 2 und 3 anschaut, dort sagen Sie, wir sollen also Schlüsselgrundstücke kaufen. Der Kollege Jörg Frank hat es eben angesprochen: insbesondere auch in Kreuzfeld. - Wie schön, dass die SPD die Liebe zu Kreuzfeld entdeckt, nachdem sie es Jahre und Jahrzehnte entsprechend verhindert haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Für wie doof halten Sie eigentlich die Verwaltung, für wie doof halten Sie eigentlich das Liegenschaftsamt, dass Sie hier meinen, der Rat müsste noch einmal mitgeben, dass wir Schlüsselgrundstücke und gerade in Kreuzfeld kaufen? Also solche Dinge sind es wirklich nicht einmal wert, hier in diesem Rat beraten zu werden.

Im Punkt 5 wird es dann sehr verräterisch, wenn Sie davon sprechen, dass das Erbbaurecht im Wohnungsbauforum nicht abgelehnt werde. Das ist natürlich eine schöne Umschreibung: „nicht abgelehnt“, aber liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, „nicht abgelehnt“ ist mir zu wenig. Wir müssen doch aufpassen, dass wir den Investitionsstandort Köln nicht weiter belasten. Solange die Bedenken, die dort bestehen, nicht ausreichend ausgeräumt sind, sollten wir uns diesem Instrument nicht weiter hier verschreiben - schon gar nicht mit so einem Schnellschuss hier im Rat, damit es ein bisschen gut aussieht. Dafür sind die Wohnungen in Köln viel zu wertvoll. Das kann man nicht hier einfach so schnell abtun. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich möchte - deshalb habe ich mich auch an diesem Antrag beteiligt - nur eines dazu sagen: Erklären Sie mir, Herr Sterck, als erfahrener Mensch in der Stadtentwicklung, wie Sie den enormen Grundstückspreissteigerungen entgegenwirken wollen außer mit einem Erbpachtvertrag. Das ist eigentlich der Grund, warum ich mich dem Antrag angeschlossen habe.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Nein, das können Sie nicht.

In Köln haben sich innerhalb der letzten 15 Jahre die Grundstückspreise verfünffacht. Das können Sie nicht aufhalten, indem Sie das ein oder andere Schlüsselgrundstück damit belegen.

Ich sage es einmal so: Nehmen Sie es doch als konstruktiven Vorschlag. Die Stadt Münster hat im November das Erbbaurecht verpflichtend eingeführt. Die Stadt München macht es partiell. Das sind alles Städte, die unter einer enormen Bodenpreissteigerung zu leiden haben. Deshalb verstehe ich dieses Bashing jetzt nicht, sondern ich erwarte von Ihnen dann auch aufgrund dieses Antrags konstruktive Vorschläge, wie wir diese Entwicklung eindämmen wollen. Darum geht es, um nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dem wünscht zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Von AfD und der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat bekennt sich zu einer strategischen und aktiven Bodenvorratspolitik als Bestandteil von Daseinsvorsorge und aktiver Stadtentwicklung. Er begrüßt das Vorgehen der Verwaltung, künftig die Erbpacht als Leitlinie der Bodenpolitik zu verfolgen.*

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die Entwicklung von Wohnungsbauflächen die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um möglichst umfänglich Grundstücke, insbesondere aber sog. „Schlüsselgrundstücke“ zu erwerben. Dazu zählt erstens eine aktive und perspektivisch vorausschauende Ankaufspolitik, zweitens müssen die planungs- bzw. satzungsrechtlichen Grundlagen für die Ausübung von Vorkaufsrechten nach den §§ 24 und 25 Baugesetzbuch frühzeitig geschaffen werden. Ziel ist es, die verfügbaren Haushaltsmittel zum Ankauf von Liegenschaften stets auszuschöpfen.*

3. *Die Verwaltung wird insbesondere beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu verfolgen, auch planungs- und satzungsrechtlicher Art, um Grundstücke im Bereich der geplanten neuen Stadtviertel „Kreuzfeld“ und „Parkstadt-Süd“ zu erwerben.*

4. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt, dass die Stadtverwaltung die Anregung aus der Politik aufgegriffen hat, die Vergabe städtischer Grundstücke prinzipiell im Erbbaurecht vorzunehmen und vom Verkauf städtischer Grundstücke abzusehen.*

5. *Der Rat begrüßt, dass die Kölner Wohnungswirtschaft im Rahmen des Wohnungsbauforums diese Zielsetzung vom Grundsatz nicht ablehnt, sondern Verständnis dafür zeigt, dass die Stadt Köln auch langfristig im Besitz ihrer Flächen bleiben will.*

   Der Rat begrüßt, dass die Verwaltung die Gespräche mit der Kölner Wohnungswirtschaft fortsetzt und ermuntert sie, sich an den bisher vorgestellten Grundsätzen für ein Kölner Erbbaurecht zu orientieren.

6. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung, bis Ende des Jahres eine entsprechende Verwaltungsvorlage in den Rat einzubringen. Der parteiübergreifende Vorschlag der BV Ehrenfeld wird insoweit aufgegriffen, als dass neue Verhandlungen über Verkäufe nicht angestoßen werden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe GUT abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktion FDP und der Gruppe GUT betreffend „Livestream attraktiver gestalten“
AN/0973/2019

Ich gebe zunächst Herrn Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die Sie jetzt in diesem Augenblick in Echtzeit die Gelegenheit haben, diese Ratsdebatte zu verfolgen!

(Peter Kron [SPD]: Das sind nur zwei! - Weitere Zurufe)

Sie freuen sich sicherlich, dass die digitale Hauptstadt Köln den Weg gefunden hat, hier aus dem Allerheiligsten des Rathauses hinaus in die Welt zu senden. Aber wenn Sie jetzt Zuhause sich eine Tasse Kaffee holen wollen oder wenn Sie gar nicht die Gelegenheit haben, weil Sie am Arbeitsplatz sind, dieser Ratsdebatte zu folgen, dann haben Sie keine Gelegenheit, später über eine Mediathek oder über ein gespeichertes Medium diese Debatte zu verfolgen.

(Beifall bei der FDP, der AfD und der Ratsgruppe GUT)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, der Rat der Stadt Köln ist weit davon entfernt, seinen eigenen Ansprüchen an ein digitales Gremium zu genügen. Meine Fraktion, unterstützt von den GUTen, möchte dies ändern. Wir meinen, die Zeit ist reif für einen Livestream 4.0.

(Beifall bei der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es mag in der Vergangenheit angemessene, andere Absprachen gegeben haben, warum wir uns entschieden haben, im Rat der Stadt eben keine gespeicherten Ratssitzungen vorzuhalten. Aber meine Fraktion und die mit antragstellende Gruppe sind der Meinung: Die Zeit ist reif, das jetzt zu ändern. Das öffentliche Interesse der Kölner Bürgerschaft, möglicherweise darüber hinaus, ist evident. Schauen Sie bitte auf die heutige Tagesordnung! Wir reden über Mietendeckel, wir reden nachher über den Klimanotstand, wahrscheinlich wird in ganz Deutschland heute Abend über diese Ratssitzung berichtet. Und wir wollen es allen Ernstes in Kauf nehmen, dass keine Redaktion in Deutschland - bis auf die hier vertretenen - in der Lage ist, die entscheidenden Redebeiträge von Ihnen aufzunehmen und zu verwerten? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf nicht sein! Das ist nicht progressiv und auch nicht digital, und das steht uns nicht gut zu Gesichte.

(Beifall bei der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Das öffentliche Interesse, der Zeitgeist und die technischen Möglichkeiten sind inzwischen sehr weit vorangeschritten.

Wir meinen auch, dem geänderten Verhalten der Bürgerinnen und Bürger, ja, dem Bürgerwillen zu entsprechen, wenn wir jedem einzelnen die Möglichkeit geben, zu der Zeit, zu der es ihm oder ihr möglich oder genehm ist, im Internet unsere Ratssitzung zu verfolgen. Wir reden an anderer Stelle von Flexibilisierung des öffentlichen Lebens, von Zugriff auf Internetdaten jederzeit, wir fordern dies, wir diskutieren nachher über den Breitbandausbau, Gigabit-Strategie für Köln, aber wir verwehren unseren Bürgern, diese Ratssitzung jederzeit abzurufen. Das passt nicht zusammen. Wir haben hier heute die Gelegenheit, das zu ändern.

(Beifall bei der FDP, der AfD und der Ratsgruppe GUT)

Geben Sie mir bitte zum Abschluss meines Beitrags die Gelegenheit, auf Bedenken einzugehen.

(Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

- Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, Frau Dr. von Bülow, ist ein herausragendes Recht.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Keine falschen Titel!)

Ich verkenne überhaupt nicht, dass jeder Einzelne von Ihnen darüber entscheiden sollte, ob er auf Facebook, ob er in öffentlich zugänglichen Mediatheken sichtbar ist oder nicht. Das ist Ihr gutes Recht, das steht jedem zu. Das will keiner streitig machen. Wir haben aber heute die technischen Möglichkeiten, genau diesem allgemeinen, individuellen Persönlichkeitsrecht ausreichend Genüge zu tun. Keiner braucht zu befürchten, dass gegen seinen Willen sein Beitrag hier live gesendet wird. Aus diesem Grunde meinen wir, dass es - Stichwort: „Widerspruchslösung“ - einen angemessenen Ausgleich gibt zwischen den individuellen Interessen am Persönlichkeitsrecht und aus unserer Sicht dem öffentlichen Interesse eines Mediums, wie es der Digitalhauptstadt Köln zu Gesichte steht. Sie haben die Gelegenheit, hier heute einen großen Schritt in Richtung Bürgerfreundlichkeit und Transparenz zu gehen. Gehen Sie diesen Weg mit! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Besucherinnen auf der Tribüne! Und wie Herr Görzel gerade auch begrüßt hat: Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Eine kleine Korrektur: Wir haben eine gewisse Latenzzeit, richtig live ist es nicht. Es sind, glaube ich, etwa fünf Sekunden Verzögerung.

(Peter Kron [SPD]: Ach du Schande!)

Ich möchte den Ausführungen von Herrn Görzel vollumfänglich zustimmen und mich aber auch noch einmal an die zahlreichen Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne wenden. Ich vermute einmal, dass sehr, sehr viele von Ihnen heute anwesend sind, weil Sie sich für die beiden Tagesordnungspunkte zum Klimanotstand interessieren. Es ehrt Sie, dass Sie diese Tribüne aufgesucht haben, um die Debatte hier live zu verfolgen. Sie könnten das natürlich auch im Livestream machen und zuhause bleiben.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Die kriegen die Stimmung nicht mit, ja.

Sie könnten sich das in Gruppen anschauen oder sich in einer Kneipe treffen und dort ansehen. Das würde ja theoretisch alles gehen. Aber wie Herr Görzel gerade richtig ausgeführt hat, ist es leider nicht möglich, wenn Sie morgen Ihren Freundinnen zeigen wollen: Ich habe da eine Debatte erlebt, ihr glaubt es nicht! - Entweder der Klimanotstand wurde ausgerufen, großer Jubel, oder irgendetwas. Ihr könnt es euren Freunden nicht vermitteln; denn ihr dürft nicht drehen, ihr dürft den Stream nicht aufzeichnen und ihr könnt es eben morgen nicht nachschauen - oder Sie können das morgen nicht nachschauen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich finde es toll, wenn man seinen Freunden Geschichten erzählt!)

Das ist in der Tat bedauerlich. Daher haben wir gern mit der FDP diesen Antrag zusammen gestellt.

(Zuruf: Ein Wortprotokoll!)

- Ein Wortprotokoll, das mehrere Wochen später erscheint, genau.

(Zurufe)

Es ist in der Tat auch sehr eigenartig, welche Fraktionen sich hier einer Archivierung des Streams verweigern, einer Archivierung, die in vielen deutschen Städten in Nordrhein-Westfalen längst üblich und an der Tagesordnung ist - in Düsseldorf, glaube ich, auch und in vielen anderen Städten wie Bonn, Mönchengladbach. Überall wird es gemacht. In Köln wird es nicht gemacht mit den Bedenken, dass sich die zumeist ehrenamtlichen Ratsmitglieder nicht in komischen Situationen etc. irgendwie wiederfinden wollen; es geht um die Bildrechte, die Persönlichkeitsrechte und so weiter. Alles ehrenwerte Anliegen, aber es wird der Redner, die Rednerin hier gefilmt, und es gibt keine Aufnahmen aus

dem Publikum, wie man sich gerade in der Nase bohrt oder Ähnliches. Es gibt die Möglichkeit, gerade bei der Archivierung, jederzeit zu sagen: Ich habe mich total versprochen, ich habe Quatsch erzählt oder sonst etwas, ich möchte, dass der Beitrag eben nicht in der Mediathek zur Verfügung gestellt wird. - Diese Möglichkeit gibt es. Daher verstehe ich nicht, warum man die Gefahr sieht, dass die Bildrechte verletzt werden.

Liebe Besucherinnen, liebe Beobachter dieses Livestreams, beobachten Sie bitte gleich das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen. Sie werden überrascht sein, dass unser Antrag leider vermutlich gnadenlos scheitern wird. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer an den Bildschirmen im Livestream! Liebe Besucher auf der Zuschauertribüne! Ich hoffe, zuhause - es ist noch nicht vier; kein Bier vor vier, also muss der Kaffee herhalten - wird der Kaffee nicht kalt oder sauer mit der Milch darin. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eingangs der Wahlperiode festgelegt, wie wir hier miteinander umgehen wollen, und auch festgelegt, was wir im Netz zeigen und übertragen wollen. Dabei handelt es sich nach wie vor, auch wenn hier im Rat tolle Reden gehalten werden, um ein Gremium, das ehrenamtlich besetzt ist und nicht wie ein Landtag oder Bundestag Mitglieder versammelt, die hauptamtlich dem Beruf des Politikers nachgehen.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Danke schön.

Wir haben uns diese Regeln eingangs festgelegt. Ich finde es wirklich sehr bedauerlich - es ist ja auch so, dass man hier im Vorfeld von den Kolleginnen und Kollegen der FDP angefragt wird, ob man so einen Antrag mittragen will -, weil ich ausdrücklich den Kollegen Breite darauf hingewiesen habe, dass wir da Probleme sehen. Wir haben das natürlich auch in unserer Fraktion diskutiert. Es gibt durchaus auch Kolleginnen und Kollegen, die gesagt haben, sie können sich das vorstellen. Es ist aber eben so, dass wir mehrheitlich beschlossen haben, in dieser Wahlperiode - dafür haben wir die Vereinbarung getroffen - bis Ende 2020 das so festzulegen.

Ich glaube, dass es immer eine wichtige Frage ist, sich zu überlegen, wie man die Ratssitzungen attraktiver gestalten kann, wie man auch die Übertragung im Netz attraktiver gestalten kann, aber wie es die Kollegin von Bülow gerade sagte: Es ist doch auch einmal toll und sehr erlebnisreich, wenn man das, was hier passiert ist in den die Debatten, im Freundeskreis mitteilen und erzählen kann und darüber auch einfach ein anderer Austausch stattfindet, als zu sagen: Gut, dann klick mal, im Internet kannst du es dir angucken, was der- oder diejenige gesagt hat. - Es ist im Übrigen auch toll zu sehen, dass sich auch mal wieder mehr Leute hier auf der Zuschauertribüne eingefunden haben, um so eine Livedebatte mitzuerleben, und nicht irgend so eine Konserve im Internet anklicken.

(Beifall)

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir auch die Verpflichtung haben, Kolleginnen und Kollegen zu schützen. Natürlich ist der Hinweis berechtigt, zu sagen, dass man die Dinge dann nicht freischalten kann. Aber die Debatte möchte ich den Kolleginnen und Kollegen, die sich entscheiden, ihre Beiträge nicht freizuschalten, ersparen, dann im Internet angeschrieben zu werden: Hast du etwas zu verbergen - und so weiter -, warum steht dein Beitrag nicht im Netz? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. Es ist eine Frage des Rates der Wahlperiode 2020 bis 2025, sich dieser Sache erneut anzunehmen. Das können dann andere entscheiden. Ich finde, wir haben hier sehr einvernehmlich Spielregeln vereinbart. Daran sollten wir uns auch halten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat jetzt das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Alles gut! Ich ziehe zurück!)

Frau Tokyürek? - Auch nicht. - Frau Gerlach.

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Ganz schnell vom Platz aus etwas dazu. Ich finde, es kann nicht sein, dass die Mitglieder des

Rates sich hier mehrheitlich ihrer Verantwortung verweigern mit dem Hinweis, dass sie nicht zu ihrem gesprochenen Wort stehen können.

(Beifall bei der FDP - Zurufe)

Ich kann das verstehen, dass Sie sich ein bisschen drücken wollen. Einiges, was ich hier mitbekomme, ist manchmal ziemlich peinlich. Aber gerade deswegen sollte es auch so transparent wie möglich werden.

(Unruhe)

Es ist ja so: Hier sitzen große Fraktionen, da bekommen die Leute ihre Reden auf Wunsch, sogar professionell vorgeschrieben. Richtig toll! Das kostet die Bürgerinnen und Bürger ein Budget von einigen Millionen Euro pro Jahr, nur damit wir Politikerinnen und Politiker druckreif sprechen können. Ich finde, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf haben, dass sie dafür auch etwas zu sehen und zu hören bekommen. Denn alles andere wäre meines Erachtens Verschwendung von Steuergeldern. Darum bitte ich, den Antrag anzunehmen. - Danke.

(Beifall bei der FDP - Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz direkt dazu.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Gerlach, bei aller Wertschätzung, das ist totaler Blödsinn, was Sie hier erzählen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Kolleginnen und Kollegen haben die Möglichkeit, Ihre Redebeiträge freizugeben. Ich weiß nicht, ob Sie davon schon Gebrauch gemacht haben, aber den Beitrag, den Sie gerade hier geäußert haben, werden Sie in einigen Tagen vom Protokoll bekommen, und Sie werden ihn freigeben. Dann kann man ihn auch nachlesen.

Im Übrigen weiß ich nicht, ob Sie so weit schon einmal recherchiert haben. Man kann das tatsächlich sehr gut. Die Funktionen dafür sind da, und das ist sehr gut. Man kann alles nachlesen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir schreiben unsere Reden selbst!)

Ich darf zudem darauf hinweisen, dass hier auch Konsens besteht, dass es nicht nur ums Reden-Schreiben geht, was das Budget der Fraktionen und der Gruppierungen im Rat betrifft, sondern es geht auch darum, Arbeit zu gewährleisten, Bürgeranfragen zu beantworten, Anträge zu recherchieren und dergleichen. Darum geht es. Es geht nicht darum - die Referenten, die Kollegen sitzen ja dort hinten -, dass wir hier die Reden geschrieben bekommen. Darum geht es bei Weitem nicht. Ich weise Ihre Äußerungen ausdrücklich zurück, Frau Gerlach.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich gern über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer dem wünscht zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Wer wünscht, sich zu enthalten? - Keine Enthaltung. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den Livestream noch attraktiver zu gestalten.

Insbesondere soll als nächste Stufe die Archivierung der Sitzungen in einer öffentlich

zugänglichen Mediathek ermöglicht werden. Auch bei der Archivierung wird das Recht der Ratsmitglieder am persönlichen Bild durch entsprechende Widerspruchsmöglichkeiten jederzeit gewährleistet.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, beim Livestream zusätzlich zum aktuell besprochenen Tagesordnungspunkt auch den dazugehörigen Titel einzublenden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD und der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Graffitischutzsysteme“ AN/0976/2019

Ich gebe Herrn Geraedts das Wort.

Wilhelm Geraedts (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag - es geht um einen Prüfantrag an die Verwaltung bezüglich der Problematik mit Vandalismus in Form von widerrechtlichem Aufbringen von mehr oder weniger kunstvollen Farbwerken auf Eigentum und mithin von Sachbeschädigung - fußt auf dem Antrag, den wir in der vergangenen Ratssitzung in einer ähnlichen Form, aber nicht als Prüfantrag gestellt hatten. Sie hatten diesem Antrag nicht zugestimmt mit dem Verweis darauf, dass es keine Gegenfinanzierung für unseren Vorschlag geben würde.

Nichtsdestotrotz: Wir haben die Tatsache, dass das Verhalten von jungen Menschen und jungen Erwachsenen gegenüber fremdem Eigentum in dieser Hinsicht sich im Laufe der Jahrzehnte so verändert hat, dass wir schon seit 1998 einen Zusammenschluss von 37 Firmen in der KASA haben, die in letzter Konsequenz hier symptomatisch tätig sind. Und Laborieren am Symptom kostet, wie Sie wissen, immer doppelt; denn dann ist der Schaden ja bereits eingetreten. Darum sind wir für eine nachhaltigere Lösung, die aber selbstverständlich erst einmal gefunden werden muss.

Daher - im vollen Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung - würde also unser Prüfauftrag ergehen, wenn Sie dem zustimmen würden. Ich bin der Meinung, wer den Antrag gelesen hat, der kann ihn nicht guten Gewissens ablehnen. Wer ihn ablehnt, der kann ihn nicht gelesen haben. Also entscheiden Sie weise! - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt die öffentlichen Gebäude der Stadt Köln mit speziellen Graffitischutzsystemen auszustatten. Dazu zählen sowohl spezielle Fassadenbeschichtungen, die die Reinigung wesentlich einfacher machen und somit die Kosten für die Entfernung senken.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Köln baut mit Holz: Holzbau in der Stadt vorantreiben“ AN/0977/2019

Ich gebe zunächst Herrn Dr. Schoser das Wort.

Dr. Martin Schoser (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bevölkerung Kölns wächst weiter, und das führt zu steigendem Bedarf bei Wohnraum und zu steigenden Infrastrukturbedarfen. Hier kann uns die Holzbauweise helfen - sowohl beim Neubau wie bei der Nachverdichtung oder auch bei der Sanierung. Das Schulgebäude, die Sporthalle, die Kindertagesstätte, auch das Betriebsgebäude aus Holz sind inzwischen fester Bestandteil moderner Industriegesellschaften. Wir finden zahlreiche auch schon mehrgeschossige Gebäude in Metropolen Europas, in Wien, in Mailand und auch in München. Wir sehen auch Beispiele: Das Gymnasium im Norden Frankfurts wird in Modulbauweise mit 210 Holzmodulen gefertigt. Es wird in Münster eine Gesamtschule für 1 400 Schülerinnen und Schüler an den Start gehen.

Wir sehen: Holzbau ist durch den hohen Vorfertigungsgrad sehr schnell. Es ist dank der technischen Leistungsfähigkeit sehr flexibel und sehr vielseitig und mit seinen kurzen Bauzeiten sehr wirtschaftlich. Zudem - das ist natürlich auch ein wichtiger Punkt - ist es nachhaltig; denn das Bauen mit Holz ist eine sinnvolle Antwort auf den globalen Klimawandel, weil viele Stahl- und Betonbauten, die mit einem hohen Kohlendioxidausstoß verbunden sind, durch das Naturprodukt Holz ersetzt werden könnten.

Der Holzbau kann uns auch helfen in der wachsenden Millionenstadt als wichtiger Teil der Wirtschaft. Er bietet neue Arbeitsplätze und Perspektiven für kleine und mittlere Unternehmen. Diese Bauweise spricht eben weitere Firmen und Büros

an, die sich auf diese spezielle Bauaufgabe spezialisiert haben. Auch dies bietet uns Chancen.

Die Landesregierung NRW hat mit dem Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechtes für das Bauen mit Holz notwendige Voraussetzungen geschaffen und Gesetzesanpassungen vorgenommen, sodass das intensiviert werden kann - dies auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen bei modernen Holzbau- und Brandschutztechnologien.

Angesichts dieser Chancen und des zeitlichen Drucks, den wir bei baulichen Bedarfen haben, haben wir in unserem Antrag verschiedene Punkte zur Beschlussfassung aufgeführt. Hervorheben möchte ich vor allem, dass die Gebäudewirtschaft uns bis Ende dieses Jahres darstellt, ob ein Projekt „Schulen in Holzbauweise“ zeitnah umgesetzt werden kann. Wir haben es also auch eilig, da Ergebnisse zu sehen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag „Köln baut mit Holz“. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir werden ja später im Laufe des Abends über den Klimanotstand reden und vor allem über die Maßnahmen, die notwendig sind, um eine weitere Erderwärmung zu verhindern. Selten wird dabei über das Thema der grauen Energie geredet. Mit „grauer Energie“ ist die Energie, die in Gebäuden enthalten ist - meistens in Form von Zement und Stahl - gemeint. Die Herstellung von Stahl und Zement ist besonders CO_2-intensiv, weil sie mit sehr hohem Energieaufwand verbunden ist. Deswegen ist es notwendig, dass wir, wenn wir die Erderwärmung begrenzen wollen, auch darüber nachdenken, wie wir in Zukunft unsere Häuser bauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist nicht nur notwendig bezüglich des CO_2-Ausstoßes. Beim CO_2-Ausstoß wird geschätzt für den gesamten Gebäudebestand, dass dieser etwa ein Drittel des weltweiten CO_2-Ausstoßes ausmacht. Aber noch entscheidender ist der Ressourcenverbrauch. Es gab am Wochenende im *Kölner Stadt-Anzeiger* einen schönen Artikel über den Sand: Weltweit wird der Bausand knapp, weil allein ein Einfamilienhaus etwa 200 Tonnen Sand braucht für Glas, für Wände, für PV-Anlagen und so weiter. Dieser Sand, der einmal verbaut ist, ist auf alle Zeiten weg. Es gibt keinen nachwachsenden Sand. Deswegen müssen wir versuchen, wenn wir die Generationen nach uns auch noch bauen lassen wollen, mit diesen Ressourcen sorgsam umzugehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Wir müssen deswegen beim Bauen auch dazu kommen, dass wir eine Bauweise finden, die mit der Natur in Einklang zu bringen ist. Dazu bietet sich Holz in hervorragender Weise an. Man kann Holzhäuser heute hervorragend bauen. Selbst Hochhäuser können heute aus Holz gebaut werden. Dieses Holz kann bis zu Jahrhunderte in diesen Häusern existieren und CO_2 im Holz gespeichert halten. Später kann das Holz für andere Zwecke, notfalls auch zu Energiezwecken genutzt werden, und es beginnt der natürliche Kreislauf von vorn. Diese Kreislaufwirtschaft müssen wir also auch im Baubereich einführen.

Es passiert heute im Ein- und Zweifamilienhausbau schon weitgehend: Jedes fünfte Einfamilienhaus ist heute aus Holz gebaut. Wo das nicht passiert oder fast nicht passiert ist beim mehrgeschossigen Bau und besonders bei Sonderbauten wie Schulen. Es gibt andere Länder wie zum Beispiel Berlin, es gibt Kommunen wie Stuttgart oder auch München, die heute auch schon Schulen in Holzbauweise errichten. In Köln und NRW war das bisher nicht möglich aufgrund der Landesbauordnung. Diese ist mittlerweile geändert.

(Zuruf von Bernd Petelkau [CDU])

- Das war aber nicht zu Zeiten der CDU, Herr Petelkau. Das haben die Grünen ja damals noch in die Wege geleitet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Landesbauordnung legt mittlerweile fest, dass man auch mehrgeschossige Häuser in Holzbauweise errichten kann. Deswegen haben wir heute diesen Antrag eingebracht, da wir endlich auch in Köln dazu kommen müssen, städtische Gebäude verstärkt in Holzbauweise zu errichten.

Es gibt neben der bisherigen Landesbauordnung ein zweites Problem. Das ist das Freimessen der Gebäude. Wir haben eine sehr strenge Positivliste, was die Materialien angeht, die in Gebäuden verbaut werden dürfen. Dabei machen uns die

Terpene, die im Holz enthalten sind, einen kleinen Strich durch die Rechnung, obwohl sie selbst gar nicht schädlich sind. Aber beim Messen der VOCs führt das eben beim bisherigen Messverfahren dazu, dass man diese Gebäude für den Schulbesuch nicht freigeben kann. Deshalb müssen wir hier in Köln zu einem anderen Messverfahren kommen, damit die Terpene aus der Holzbauweise uns in Zukunft nicht daran hindern, in Holz zu bauen.

Neben dem Klima- und Ressourcenschutz gibt es mehrere weitere Gründe, in Zukunft in Holz zu bauen. Mit Holz kann man beispielsweise wesentlich schneller bauen. Gerade in einer engen Stadt wie Köln spielt es eine große Rolle, dass die Baustellen möglichst kurzzeitig sind und die Nachbarn möglichst wenig belastet werden. Vor allem beim Schulbau ist es sinnvoll, wenn wir in den Ferien zum Beispiel eine ganze Schule errichten können, was mit Holz möglich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte Sie daher bitten, unseren Antrag, demnächst in Köln verstärkt mit Holz zu bauen, zu unterstützen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die beiden Vorredner, die den Antrag bereits begründet haben, den wir hier gemeinsam - CDU, Grüne, FDP und die Ratsgruppe GUT - heute einbringen, haben schon viel Richtiges dazu gesagt, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie wir ressourcenschonend bauen. Dafür gibt es verschiedene Modellprojekte. Ich habe in meiner beruflichen Tätigkeit die Möglichkeit gehabt, mir ein Faktor-X-Haus anzuschauen in Inden, wo der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes nachvollzogen wird von der Errichtung bis zum Abriss später, oder in Eschweiler, wo zurzeit die erste Wohnbausiedlung aus Recyclingbeton in Nordrhein-Westfalen errichtet wird.

So ist auch das Thema Holz hier zu bewerten. Der Stadtentwicklungsausschuss hat auf einer seiner - in Klammern - (selbstfinanzierten) Reisen nach Hamburg sich einige dieser Gebäude in Hamburg auch angeschaut. Wohnhäuser waren es dort in erster Linie. Wir waren schon damals begeistert davon, was man mit dem Baustoff Holz alles entsprechend errichten kann. Es wurden auch hier von den beiden Vorrednern Beispiele genannt. Wir haben das Schmuttertal-Gymnasium in Diedorf oder auch die Gesamtschule Münster-Ost - Herr Schoser hat sie angesprochen. Durch die neue Landesbauordnung sind diese jetzt auch als Holzbau hier in Nordrhein-Westfalen entsprechend möglich.

Deswegen ist der erste Punkt unseres Antrages, dass im Grunde beim Aufsetzen eines solchen Projektes geschaut wird: Ist eine Holzbauweise hier sinnvoll und möglich? Und wenn das nicht in vollem Umfang der Fall ist: Gibt es Möglichkeiten einer Mischbauweise - die ja auch entsprechend möglich ist -, also möglichst viel Holz im Neubau unterzubringen?

Man muss aber ein bisschen Wasser hier in den Wein gießen. Eine Empfehlung kann ich in Richtung Gebäudewirtschaft geben: Es ist meistens nicht die technische Leistungsfähigkeit, die darüber entscheidet, ob man Holzbau einsetzt oder nicht, sondern es sind meist die Erfahrungen der Planer, auf die man setzen muss. Es macht keinen Sinn, solche Erfahrungen hier mit der Gebäudewirtschaft und irgendwelchen Architekten selbst zu sammeln, sondern da muss man auf erfahrene Planer entsprechend zurückgreifen. Diesen Tipp, Herr Greitemann, möchte ich Ihnen mitgeben, damit Sie nicht irgendwann hier stehen und sagen: Ja, wir haben versucht, Schulen in Holz zu bauen, aber es hat leider noch nicht beim ersten oder zweiten Anlauf geklappt. - Von daher drücke ich Ihnen die Daumen, dass wir so ein Projekt auch hier in Köln entsprechend realisieren können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Halberstadt-Kausch das Wort.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Vorredner haben schon viele gute Gründe für das Bauen mit Holz vorgetragen, die ich jetzt nicht noch einmal wiederholen will. Zumal Sie mit Ihrem Antrag bei der SPD-Fraktion offene Türen einrennen. Bereits 2015 hat der Landesbetrieb Wald und Holz NRW auf einer Fachtagung, die hier in Köln stattfand, vorgestellt, dass das Bauen in Holzbauweise vielfältige Möglichkeiten bie-

tet. Daraufhin haben wir damals gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen eine Anfrage gestellt, in der wir die Verwaltung nach alternativen Bauformen, speziell auch nach Holzbauweise, gefragt haben. Unsere Intention war damals vor allem eine Verringerung der viel zu langen Bauzeiten bei konventioneller Bauweise. Der heutige Antrag hat eine Reihe weiterer inzwischen festgestellter guter Gründe benannt.

Die damalige Antwort der Verwaltung könnte man positiv mit „zurückhaltend“ beschreiben. Es wurde zwar das Beispiel einer Schule in Frankfurt benannt, die von einer österreichischen Firma in Holzbauweise realisiert wurde, gleichzeitig hat die Verwaltung darauf verwiesen, dass diese Schule lediglich für 400 Schüler geplant sei und damit wesentlich kleiner als die anstehenden Neubauprojekte in Köln. Auch das Gesundheitsamt hatte erhebliche Bedenken wegen eventueller Ausdünstungen der Leimverbindungen und Ähnlichem bei den Holzträgern. Ich erinnere mich, dass auch zahlreiche Ratskolleginnen und -kollegen sich damals kritisch zu einer Holzbauweise geäußert haben. Da fielen schon einmal Argumente wie Billigbauweise, gesichtslose Architektur, nicht nachhaltig und Ähnliches.

Inzwischen sind einige Jahre vergangen und es wurden eine Reihe von Kitas auch hier in Köln - soweit ich weiß - in Holzbauweise errichtet. Hier in Köln werden die Kitas allerdings von Investoren errichtet und nicht von der Stadt selbst; sie werden dann von der Stadt angemietet. Bei den Schulen ist man meines Wissens in Köln noch nicht weitergekommen. Vielleicht wurde ja der eine oder andere Erweiterungsbau oder eine kleinere Aufstockung in Holzbau errichtet. Das kann uns die Verwaltung ja einmal berichten, ob es schon so etwas gibt.

In Münster wurde im Übrigen gerade - Kollege Schoser hat es erwähnt - eine Gesamtschule für 1 400 Schülerinnen und Schüler in Holzbauweise gebaut. Dort ist nach einigen Problemen, die es in der Planungsphase gab und die eine Verzögerung von etwa einem Jahr zur Folge hatten, vor kurzem der erste Spatenstich erfolgt. Ich gehe davon aus, die Bauverwaltung hier in Köln ist klug beraten, sich mit den Kollegen in Münster einmal auszutauschen, um die Erfahrungen, auch die Negativerfahrungen die man dort gemacht hat zu benennen und die Probleme hier in Köln nicht zu wiederholen.

Zum Ende: Wir als SPD-Fraktion hoffen, dass nun endlich mehr Fahrt in die Sache kommt. Der Antrag, der hier vorliegt, geht dabei in die absolut richtige Richtung. Und wir als Fraktion haben die Größe, auch einmal einem Antrag - wenn er gut ist - zuzustimmen, auch wenn er nicht von uns geschrieben wurde.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht uns mit euren Anträgen ja genauso! Das beruht also vollkommen auf Gegenseitigkeit!)

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe das so verstanden, dass einige Fragen an die Bauverwaltung gestellt worden sind. - Herr Greitemann, ich würde Sie bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für den Antrag. Ich will es kurzfassen auch in Anbetracht der Zeit. Nicht nur ich als Sauerländer, der mit Holz groß geworden ist, sondern auch die Gebäudewirtschaft hat bereits ihre Bauqualitäts- und Ausstattungsstandards auf den Prüfstand gestellt. Holzbau ist inzwischen auch in unseren Ausschreibungen enthalten. Das zu Ihrer Information. Soweit ich es aus dem Kopf weiß, sind einige Ausschreibungen auch sehr positiv in die Richtung gegangen, sodass wir eventuell demnächst - wenn der Preis stimmt; das kommt noch hinzu - Schulen in Holzständerbauweise bauen können. Die weiteren Schulbaumaßnahmen haben wir gemeinsam mit dem Dezernat IV, mit den Kolleginnen und Kollegen von Herrn Voigtsberger, bereits auf den Prüfstand gestellt, wo wir weitere Schulbaumaßnahmen in Holzbauweise durchführen können.

Mit der Industrie bin ich persönlich und sind auch meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in sehr engem Benehmen mit denjenigen, die Holzbau, aber auch anderes modulares Bauen bevorzugen, um bei den Schulbaumaßnahmen schneller und auch ökologisch verträglicher zu werden. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Greitemann. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse dann über den Tagesordnungspunkt abstimmen. Gibt es Ge-

genstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei Neubau und Erweiterung von Gebäuden der Stadt Köln, insbesondere an Kindergärten und Schulen, in verstärktem Maße Holzbaustoffe einzusetzen, bzw. diese in Holzbauweise zu errichten. Zu verarbeitende Holzbaustoffe müssen dabei grundsätzlich FSC oder ähnlich ökologisch hochwertig zertifiziert sein.*

2. *Die Gebäudewirtschaft wird beauftragt, bis zum Jahresende 2019 darzustellen, ob zumindest ein Projekt „Schulen in Holzbauweise“ zeitnah umgesetzt werden kann.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt in einem ersten Schritt die Konzeptvergabe eines Grundstücks mit der Vorgabe „Holzbauweise“ vorzubereiten.*

4. *Die städtischen Beteiligungsunternehmen sollen aufgefordert werden bei Neubauten und Erweiterungen von Gebäuden gleichfalls in verstärktem Maße Holzbaustoffe einzusetzen, bzw. diese in Holzbauweise zu errichten.*

5. *Die Zusammenarbeit und der Austausch mit regionalen Akteuren, wie die TH Köln, HWK, IHK und der Wohnungswirtschaft sind zu suchen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3.1.6 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Frischezentrum in Marsdorf realisieren!"
AN/0740/2019

Änderungsantrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0972/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer VII – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Bewerbung von Aussteigerprogrammen“
AN/0974/2019

Ich gebe Herrn Tritschler das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verfassungsschutzbehörden betreiben eine Reihe von Aussteigerprogrammen für verschiedene Formen des Extremismus. So richtet sich das Programm „left“ an Linksextreme, das Programm „Spurwechsel“ an Rechtsextreme, „API“ zielt auf radikale Islamisten, und „Wegweiser“ betrifft gewaltbereite Salafisten. In der Selbstbeschreibung des Programms „Spurwechsel“ heißt es zum Beispiel - Zitat -:

> Das Programm verfolgt das Ziel, Ausstiegswillige auf ihrem Weg zurück in die demokratische Gesellschaft zu begleiten, und damit das extremistische Personenpotential zu reduzieren und mögliche einschlägige Straftaten zu verhindern. Ein wesentliches Element der Ausstiegsarbeit ist die Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit und Ideologie. In persönlichen Gesprächen werden Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Denkmuster hinterfragt.

In verschiedensten Debatten haben wir hier den schönen Satz „Jeder Extremist ist Mist“ gehört. Doch offenbar folgen diesen schönen Worten seitens der Verantwortlichen in der Stadt keinerlei Taten. Vielleicht liegt es auch einfach daran, dass das eine oder andere Mitglied dieses Hauses selbst ganz gut in einem Aussteigerprogramm aufgehoben wäre.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn Sie es mit Ihrer mantraartig besungenen Liebe zu Demokratie, Toleranz und Grundgesetz ernst meinen, ist es dringend an der Zeit, dass Sie jede Art von Extremismus in der Stadt mit dem gleichen Einsatz bekämpfen. Dann ist es auch an der Zeit, sich endlich einmal mit dem wuchernden und gewaltbereiten Linksextremismus in unserer Mitte auseinanderzusetzen.

Es muss doch ein Warnsignal sein, dass das Autonome Zentrum in Köln im letzte Woche erschienenen Verfassungsschutzbericht ganze anderthalb Seiten bekommen hat.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie viele habt ihr?)

- Keine.

Abschließend heißt es dort bezeichnenderweise - Zitat -:

> Obwohl die vorzeitige, aber weiterhin befristete Verlängerung des Mietvertrages durch die Stadt Köln befriedenden Charakter besitzt, bleibt das AZ Köln ein Themenschwerpunkt für den Bereich Linksextremismus. Es ist weiterhin der wichtigste Anlaufpunkt des lokalen, regionalen und überregionalen linksextremistischen Spektrums im Regierungsbezirk Köln. Die lokale linksextremistische Szene hat ihren hohen Organisations- und Vernetzungsgrad unter Beweis gestellt und es ist anzunehmen, dass ohne die befristete Lösung des Konfliktes wohl auch mit einer weiteren gewalttätigen Eskalation zu rechnen gewesen wäre.

Mit anderen Worten: Man hat Angst vor linksextremer Gewalt und stellt Verfassungsfeinden - mindestens aus Feigheit - großzügig städtische Infrastruktur zur Verfügung.

Es ist vermutlich aus der Sicht der vermeintlich ja so bürgerlichen Damen und Herren im Haus auch ganz praktisch: Man hält sich den linksextremen Mob vom Hals, und der kümmert sich zum Dank oder als angenehmer Nebeneffekt zumindest, quasi als Kampfreserve der Altparteien um unliebsame Wettbewerber.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese müssen dann halt damit leben, mit Steckbriefen gesucht zu werden und im persönlichen Lebensumfeld bedrängt, schikaniert, diffamiert und von Gewalt bedroht zu sein. Manche, meine Damen und Herren, können sogar nur noch unter Polizeischutz leben - natürlich nicht in der Deluxe-Variante, wie sie ein Politikpromi bekommt. Das ist das direkte Ergebnis Ihrer Politik, meine Damen und Herren.

Liebe Kollegen, Sie haben also heute wieder einmal die Chance, sich zum Grundgesetz, zur wehrhaften Demokratie und zu einem umfassenden Kampf gegen alle extremistischen Bestrebungen in unserer Stadt zu bekennen. Oder aber Sie zeigen wieder einmal, dass es mit Ihrer freiheitlich demokratischen Gesinnung nicht so weit her ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Ich möchte nur darauf hinweisen, dass diese Rede nicht so unwidersprochen hier einfach stehen bleiben kann. Letztes Mal haben wir uns in der Sitzung bereits damit befasst, was für ein Unsinn es gewesen ist, zu fordern, dass es ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten geben soll. Ich könnte meine Rede aufrufen und sie jetzt genau so noch einmal halten.

Ich denke, dieser Antrag heute ist sowieso obsolet, weil er genau das Gleiche beinhaltet wie beim letzten Mal.

Ansonsten möchte ich sagen, dass er jetzt noch dramatischer und mehr daneben ist als alles andere, was wir gehört haben, angesichts der rechten Drohungen gegen Mitglieder des Rates, gegen Mitglieder, die Amtsträger sind, angesichts des Mordes an Walter Lübcke. Ich denke, es ist eine Unverschämtheit, auf diese Weise sich hier darzustellen und das kaputtzumachen, wofür wir hier alle stehen. - Danke sehr.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Geraedts.

Wilhelm Geraedts (AfD): Zu meiner Vorrednerin möchte ich sagen, dass es unerträglich ist, wie Menschen wie Sie die AfD auch nur in die Nähe des Todes des Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke bringen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich würde dann gerne abstimmen lassen. Wer wünscht, dem Antrag zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

1. *dass das Aussteigerprogramme „Left“, „Spurwechsel“, „Wegweiser“ und „API“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz unterstützt und auf der Internetseite der Stadt Köln und allen sozialen Netzwerken aktiv beworben wird. Diese Unterstützung umfasst eine Vorstellung des Programms, eine Verlinkung auf die Internetseite des Verfassungsschutzes und die Schaffung von Kontaktmöglichkeiten mittels Direktklick.*

2. *einen Gesamtbetrag von 10.000 Euro für die Ausweitung der Bewerbung bestehender Ausstiegs- beziehungsweise Präventionsmaßnahmen bereitzustellen. Hierfür wird der Ansatz der Produktgruppe 0504 (freiwillige Sozialleistungen und Diversity“, speziell die Kosten für das Antirassismus - Training) entsprechend verringert.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Colonius – Prüfung einer Wiedereröffnung“ AN/0944/2019

Ich gebe zunächst Herrn Sterck das Wort. - Kann das denn sein? Bei mir hat sich bisher niemand anderes gemeldet. - Bitte sehr, Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vom 27. bis 29. November 1987 fand der Bundeskongress der Jungen Liberalen hier in Köln statt. Jetzt werden Sie sich fragen: Herr Sterck, reden Sie zum Thema, was hat das denn mit dem Colonius zu tun? - Liebe Kollegin Pakulat, ja, am Samstagabend dieser Veranstaltung hat nämlich auf dem Colonius oben die Kongressparty stattgefunden, und ich habe an diesem Abend in meinen 22. Geburtstag hineingefeiert auf dem Colonius.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn ich Ihnen jetzt noch sage, dass bei diesem historischen Ereignis meine Ratskollegin Katja Hoyer und die Ratskollegen Ulrich Breite und Volker Görzel auch dabei waren, wissen Sie, mit welcher Emotion wir im Grunde dem Colonius hinterhertrauern. Ich glaube, das gilt auch für Sylvia Laufenberg, aber sie hat in dieser Frage vielleicht die Gnade der späten Geburt.

(Heiterkeit)

Wir sind hier als Liberale also sehr eng mit dieser Location in Köln verbunden. Ich glaube, das geht auch vielen Kölnerinnen und Kölnern so, die schöne Erinnerungen daran haben, was man mit diesem Fernsehturm alles machen konnte auf den beiden Etagen, mit dem Café, mit dem Restaurant, mit der Aussichtsplattform. Ein wirkliches Highlight hier in Köln. Es ist eine Schande, dass es heute nicht mehr genutzt wird.

Wenn wir uns anschauen, wie das in anderen Städten läuft - in unserer nördlichen Schwesterstadt zum Beispiel oder in der Bundeshauptstadt -, was das dort für eine Attraktion, was für eine Sehenswürdigkeit ist, so ist es schade, dass wir in Köln nicht mehr daraus machen können.

Sie können sich vorstellen, als diese Idee insbesondere von der Gruppe GUT in den Haushaltsplanberatungen kam, „Was können wir als Stadt Köln tun, um diese Sensation wieder zum Leben zu erwecken, ihr neues Leben einzuhauchen?“, dass wir gern gesagt haben: Wir schauen, was wir als Stadt Köln machen können. - Sicherlich nicht, dass wir nachher selbst das dort pachten, das ist sicherlich keine staatliche Aufgabe, aber um gerade mit dem Eigentümer zu schauen, welche Möglichkeiten es gibt.

Ja, der Colonius liegt nicht ganz so ideal wie in Düsseldorf oder so zentral wie in Berlin, aber wenn man ein gutes Konzept hat, glaube ich, kann man Gäste überall hinlocken, auch hier in den inneren Grüngürtel. Von daher hoffen wir, dass wir mit dieser Initiative dem Colonius neues Leben einhauchen können und wir dann vielleicht auch zu einer der späteren Veranstaltungen dort mal wieder feiern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine Haushaltsinitiative, und wir sind jetzt froh, dass wir - etwas verspätet, wir hatten dieses Jahr auch andere wichtige Themen - nun die Prüfung einer Wiedereröffnung des Colonius mit auf den Weg geben.

Wir hatten die Gelegenheit, bei der Deutschen Funkturm GmbH anzuklopfen, und wurden auch dort hoch gelassen in den Colonius. Ich kann den anderen Fraktionen nur empfehlen, da auch einmal wieder hochzufahren. Dann erschließt sich Ihnen unser Antrag wesentlich mehr, was für ein fantastischer Ort das ist. Wir stellen diesen Antrag nicht nur, um ein touristisches Highlight sozusagen wiederherzustellen, sondern es geht uns tatsächlich auch darum, ein Kulturangebot für Kölnerinnen und Kölner, die vielleicht nicht in ein Museum oder Ähnliches gehen wollen, sondern einfach mit der Familie einen Ausflug machen wollen und auf ihre Stadt herunterblicken wollen, zu schaffen. Das geht natürlich auch beim Dom, aber die Perspektive vom Colonius ist in der Tat eine ganz andere.

Daher bitte ich Sie um Zustimmung. Es geht letztlich darum, dass die Funkturm GmbH und die Stadt Köln ins Gespräch miteinander kommen und ausloten, was für Möglichkeiten es gibt. Wir erwarten von diesen Gesprächen ein Ergebnis und werden uns dann damit befassen und schauen, was die Stadt tatsächlich durch Beschlüsse oder vielleicht finanzielle Förderung machen kann. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn wir uns diesen Antrag „Colonius – Prüfung einer Wiedereröffnung“ im Kontext der vielen Diskussionen von komplexen Baustellen in Köln vergegenwärtigen, ist dieser Antrag beschämend und verantwortungslos. Und dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin Reker, aus Ihrem Etat die Kosten für diesen Gag der Ratsgruppe GUT auch noch finanzieren, macht die Sache meines Erachtens auch nicht besser.

Warum soll die Stadt Köln für einen milliardenschweren, weltweit agierenden, börsennotierten Konzern Telekom Personalkosten und Kosten für ein externes Gutachten in die Hand nehmen, wenn der seine Immobilien nicht instand hält?

(Beifall bei der LINKEN)

Und: Dieses Gutachten wollen Sie als Antragsteller mit dieser Gesellschaft auch noch gemeinsam stemmen und wollen dann in dem Gutachten klären lassen, wie Sie auf dieses Unternehmen einwirken können. Das halten wir für einen Widerspruch in sich, wenn man erst mit jemandem ein Gutachten macht, und dann will man auf den einwirken. Für Sie ist das offenbar kein Widerspruch; ich finde schon.

In Ihrem Antrag werfen Sie die Frage auf: „[…] private Investoren bei vorgeschriebenen Sanierungsmaßnahmen zu fördern?“ Das macht in gewisser Weise schon klar, worum es geht, nämlich soll die Bringschuld in diesem Prozess die Stadt Köln haben und nicht der Investor. Der Stadt Köln soll die Bringschuld aufoktroyiert werden. Meines Erachtens ist das peinlich verhandlungstechnisch. Wie kann man so jemandem schon im Vorhinein sagen: „Fordere mal das, wir zahlen dann schon“?

Zweiter Gedanke: Im ersten Quartal 2020 soll also diese Einschätzung - so nennen Sie das - vorliegen. Genau zum richtigen Zeitpunkt vor der Kommunalwahl hier in Köln, womit auch der Zweck dieses Antrages, meine Damen und Herren, klar ist. Aber nehmen wir doch einmal diesen Antrag ernst. Schauen wir uns an, wie verantwortungslos eine Beteiligung der Stadt Köln an der Sanierung des Fernsehturms wäre.

Der Colonius ist ein komplexes und kompliziertes Bauwerk - ein Unikat, so wie Oper und Schauspielhaus. Es ist doch schon jetzt für den Laien erkennbar, wenn dieses Bauwerk saniert werden und für den Publikumsverkehr in Betrieb genommen werden soll, dass wir ein gigantisches Brandschutzproblem bekommen werden und dass dieser Brandschutz, wie er jetzt da ist, gar nicht stimmen kann, wenn der Publikumsverkehr freigegeben werden soll. Und Sie machen genau den gleichen Fehler, den alle bei den Bühnen gemacht haben. Haben wir nicht in diesem Haus einiges lernen müssen? Können wir solche Sachen nicht anders diskutieren? Die Reformkommission der Großprojekte der Bundesregierung schreibt - Zitat -:

> Wenn es beim Bauen Probleme gibt, liegt das oft an einer ungenügenden Bedarfsplanung.

Und in den Verhandlungsempfehlungen schreibt die Kommission - ich zitiere -:

> [...] eine Bedarfsanalyse [...] sowie eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten, dazu den erforderlichen projektspezifischen Sachverstand in Erfahrung zu bringen und die notwendige Fach- und Beratungskompetenz sicherzustellen.

Zitat der Reformkommission der Bundesregierung. - Genau das, was die Stadt Köln über Jahre falsch gemacht hat und wir teuer bezahlt haben.

Der zweite Schritt neben der Bedarfsanalyse und neben der Machbarkeitsstudie ist nämlich, dieses dann erneut zu prüfen. Es ist also eine doppelte Prüfung, die man machen muss.

In dem Gutachten über die Störung der Sanierung der Bühnen kam die Rechtsanwaltskanzlei Hecker Werner Himmelreich zum gleichen Ergebnis. Ich zitiere:

> Beim Bauen im Bestand sollte auf eine ordnungsgemäße, sorgfältige und aussagekräftige Bestandsaufnahme (Voruntersuchung) des Baubestandes vor Planungsbeginn besonders Wert gelegt werden.

Meine Damen und Herren, die Politik verlangt, dass die Verwaltung gut arbeitet. Das ist auch richtig so. Aber dann müssen wir als Politik auch gut arbeiten und müssen im Prinzip dafür sorgen, dass hier nicht Erwartungen geschaffen werden mit Ihrem Antrag, die überhaupt nicht umzusetzen sind, und mit den Problemen fahrlässig umgegangen wird. Das, meine Damen und Herren, ist meine Kritik.

(Beifall bei der LINKEN)

Als letzten Punkt möchte ich noch zu Ihren Ausführungen im Antrag zu einem Kulturangebot - wie Herr Zimmermann es hier auch noch einmal ausgeführt hat, dass sozusagen der Tourismus ins Auge genommen wird und mit dem Colonius verbunden wird - Folgendes sagen: Meine Damen und Herren, wenn wir wissen, dass wir in Ehrenfeld - Stichwort: „Tourismus“ - sehr viel Tourismus und ein Problem mit Airbnb haben, muss ich sagen, dass ich diese Ausführungen von den Grünen und von den GUTen im Antrag in Sachen Tourismus schlicht und ergreifend peinlich finde. Wir haben sehr viel Tourismus, das ist auch schön, aber irgendwo reicht es auch. Da müssen wir nicht noch etwas Zusätzliches bauen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Hat Frau Gerlach das Wort. - Sie verzichten, gut. - Weitere Wortmeldungen dazu? - Frau Pakulat.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Detjen, es freut mich sehr, dass Sie auch einmal sparen wollen in dieser Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das hören wir ja hier nicht so oft von Ihnen. Es ist schade, dass es gerade den Colonius treffen soll. Denn ich denke, es gibt keinen besseren Zeitpunkt, das überhaupt noch einmal anzugehen, die Frage, ob man ihn wieder in Betrieb nimmt oder nicht, als jetzt. Das hat mit der Kommunalwahl gar nichts zu tun. Es wird sich ja inzwischen herumgesprochen haben, dass die Telekom noch mehr in dieser Stadt zu tun vorhat, und zwar gar nicht so weit weg vom Colonius. Da kann man ja durchaus einmal Gespräche führen, ob sich diese Dinge miteinander verbinden lassen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, nur der Vollständigkeit halber: Der Betrag ist zwar im Teilplan 1501 etatisiert, ist aber aus der Kulturförderabgabe vom Haushaltsbündnis zur Verfügung gestellt worden - nur der Vollständigkeit halber.

Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann kann ich über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das sind DIE LINKE, die AfD-Fraktion und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Machbarkeit einer Wiedereröffnung des Kölner Fernsehturmes "Colonius" zu prüfen.*

In einem ersten Schritt soll die Verwaltung gemeinsam mit einem externen Gutachter und der Deutschen Funkturm GmbH eine erste Einschätzung erarbeiten.

Dabei soll ergebnisoffen, aber lösungsorientiert untersucht werden:

Welche Bedeutung und Potentiale hat der Colonius für Köln?

(zur Identifikation, für den Tourismus, als mögliche Bildungseinrichtung …)

- *Welche Möglichkeiten hat die Stadt Köln auf die Deutsche Funkturm GmbH einzuwirken, mit dem Ziel die Aussichtsplattformen im Colonius wieder öffentlich zugänglich zu machen?*
- *Gibt es im Rahmen der Wirtschaftsförderung Möglichkeiten, private Investoren bei vorgeschriebenen Sanierungsmaßnahmen zu fördern?*
- *Welche Kosten würden auf die Stadt Köln zukommen, wenn sie selbst als Pächterin auftreten würde?*
- *Welche Fördermöglichkeiten gibt es durch Land/Bund/EU? Wäre es in diesem Zusammenhang sinnvoll den Colonius unter Denkmalschutz zu stellen?*

2. *Anhand der Ergebnisse wird die Verwaltung dem Rat bis zum ersten Quartal 2020 einen Vorschlag für das weitere Vorgehen zu einer möglichen Wiedereröffnung des Colonius vorlegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD sowie von RM Gerlach zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der Fraktionen Die Linke., der Gruppe GUT, Frau Gerlach und Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Hubschrauberbetriebsstationen am Flughafen, statt im Wohngebiet“ AN/0975/2019

gemeinsam zu behandeln mit Tagesordnungspunkt

3.1.12 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Weiteres Vorgehen Hubschrauberlandeplatz“ AN/0983/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1029/2019

Als erster Redner hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum wiederholten Male debattieren wir heute über Anträge zur Hubschrauberstation auf dem Kalkberg. Am 18. Mai dieses Jahres haben rund 500 Bürgerinnen und Bürger der Stadt in einer Demonstration in Buchforst rund um den Kalkberg sich Zugang zum Baugelände verschafft, weil sie in einem großen, freudigen Spaziergang sozusagen diesen Kalkberg für sich als Bürgerinnen und Bürger in Besitz nehmen wollten. Sie haben sich sozusagen auch einen Vorgeschmack darauf verschafft, was wäre, wenn dort keine Hubschrauberstation in Betrieb genommen wird, sondern der Kalkberg als Grünanlage den Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben heute drei Anträge vorliegen, davon gehen zwei Anträge nahezu in die gleiche Richtung: der Antrag der SPD und der Antrag der LINKEN, von den Freien Wählern und unseren anderen Freunden.

(Heiterkeit)

- Ja, ich kann sie gern noch nennen: die Gruppe GUT und Frau Gerlach.

Sie unterscheiden sich lediglich in der Frage der Kernträgerschaft, ob wir die für unablässig halten oder nicht. Der Antrag von den Grünen und der CDU wiederholt aber eigentlich nur einen bereits gestellten Antrag.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Dieser Antrag möchte nämlich den bereits 2015 beschlossenen Baustopp bei der Hubschrauberstation „bis auf Widerruf“ - so steht es dort - fortsetzen. Das heißt, es ist im Antrag schon angedacht, möglicherweise diesen Baustopp zu widerrufen und die Hubschrauberstation zu beenden. Kommt dieser Antrag durch, steht der Standort Kalkberg also heute keineswegs vor

seinem endgültigen Aus, wie es bereits in der Kölner Presse gemutmaßt wurde. Nein, das schwarz-grüne Bündnis behält sich vor, je nach Verlauf der Verhandlungen mit dem Flughafen Köln/Bonn doch noch zurückzukehren zum eigentlich gescheiterten und in weiten Teilen der Bevölkerung berüchtigten Projekt.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Das halten wir auch für den weiteren Prozess der Verhandlungen mit dem Flughafen Köln/Bonn für einen Fehler. Man stärkt damit die Verhandlungsposition des Flughafens. Denn angesichts der durchaus realen Probleme, die wie bei allen Standorten auch beim Standort Flughafen zu lösen sind, kann die Geschäftsführung des Flughafens, die die Hubschrauberstation bisher abgelehnt hat auf ihrem Flughafen, darauf verweisen, die Stadt Köln habe doch bereits einen Standort, nämlich den Kalkberg.

Findet der schwarz-grüne Antrag also heute eine Mehrheit, bezieht die Stadt Köln keine klare Verhandlungsposition in den Verhandlungen mit dem Flughafen. Deshalb warnen wir vor diesem Fehler.

(Beifall bei der LINKEN)

Diejenigen bei den Grünen und vielleicht auch hier und dort bei der CDU, die den Standort Kalkberg ablehnen, sollten also Folgendes berücksichtigen: Der Antrag lässt Zweifel aufkommen am klaren Willen der schwarz-grünen Ratsmehrheit und der Verwaltung, mit dem Skandalstandort Kalkberg wirklich Schluss zu machen. Wer das Letztere endlich verwirklichen will, sollte sich also heute den Anträgen von Linksfraktion, GUT, Frau Gerlach, den Freien Wählern und der SPD anschließen.

Wir möchten gern, dass der Antrag der SPD punktweise abgestimmt wird.

Hinzu kommen übrigens in diesem Jahr einige Vorgänge. In der lokalen Presse wurden in den vergangenen Monaten Meldungen lanciert, nach denen die Oberbürgermeisterin und Stadtdirektor Dr. Keller zügig die Hubschrauberstation am Kalkberg in Betrieb nehmen wollen. Diese Meldungen wurden bis heute nicht dementiert; sie treffen also offenbar zu.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Zugleich wurde erst zwei Wochen vor der heutigen Ratssitzung das Rechtsgutachten zu den Alternativstandorten veröffentlicht. Das Gutachten zu den Alternativstandorten, das der Rat im März vergangenen Jahres in Auftrag gegeben hatte, liegt aber bereits seit Dezember 2018 vor. Das Gutachten hätte also vor mehr als einem halben Jahr veröffentlicht werden müssen, damit die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und auch die anderen Fraktionen im Rat es einsehen können.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Es handelt sich hier um die Instrumentalisierung eines vom Rat in Auftrag gegebenen Gutachtens, das aus Steuermitteln bezahlt wurde. Es handelt sich um eine Missachtung des Informationsrechtes von Rat und Öffentlichkeit. Mit diesem Verhalten, Herr Dr. Keller, setzen Sie das Tricksen und Taktieren des vorherigen Stadtdirektors Kahlen beim Kalkberg fort.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Es gibt nun zwei Schlussfolgerungen für die heutigen Beratungen aus den Vorgängen des letzten halben Jahres. Erstens wird deutlich, dass die Oberbürgermeisterin und der Stadtdirektor die Hubschrauberstation auf dem Kalkberg innerhalb von zwölf Monaten - so steht es im Alternativgutachten - in Betrieb nehmen wollen. Zweitens gibt es offenbar seit einem halben Jahr innerhalb des schwarz-grünen Ratsbündnisses Auseinandersetzungen um die Frage: Ja oder Nein zum Standort auf dem Kalkberg?

Ein halbes Jahr wurden die übrigen Parteien und die Öffentlichkeit deshalb in Unkenntnis darüber gelassen, was das in Auftrag gegebene Gutachten aussagt. Dann wird das 102-seitige Dokument zwei Wochen vor der heutigen Ratssitzung veröffentlicht. Das ist genau das Gegenteil der den Bürgerinnen und Bürgern versprochenen Politik von Transparenz und Offenheit. Das ist Machtpoker in Hinterzimmern unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Aufgrund der bekannten Argumente, die wir in den letzten Jahren wiederholt vorgebracht haben - es leben 26.000 Menschen im unmittelbaren Umfeld des Kalkbergs, und der Kalkberg wird nicht für zehn, 15, 20 Jahre garantiert stabil bleiben können -, sollte der Rat heute die Kraft finden, endgültig vom Projekt Abschied zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Scholz das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Entsprechend dem gemeinsamen Antrag von Frau Gerlach, der Ratsgruppe GUT, der LINKEN und den Freien Wählern sollten wir heute den gescheiterten Versuch, den Kalkberg mit einer Rettungshubschrauberbetriebsstation zu bebauen, und die damit einhergehende Verschwendung öffentlicher Gelder beenden und das Projekt aufgeben.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Allerdings finden wir auch das aktuelle Rechtsgutachten spannend. Denn folgt man dem aktuellen, von der Stadt in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten, muss auch die Frage gestellt werden, warum überhaupt die damalige, optimal liegende Rettungshubschrauberbetriebsstation am Städtischen Klinikum Merheim, das auch über eine 24-stündige Notfallambulanz verfügt hat, aufgegeben wurde. Laut Gutachten spielten sich verschärfende EU-Richtlinien damals nur eine untergeordnete Rolle. Letztlich ging es um wirtschaftliche Interessen, und die Stadt Köln wurde dabei vermutlich über den Tisch gezogen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN - Zurufe)

- Das steht alles genau so im Gutachten.

Denn 2003 kam es zum Abschluss städtebaulicher Verträge zwischen der Stadt Köln und der GBA Projektentwicklung GmbH Köln-Merheim und der Rotonda achtzehn Merheim Vermögensverwaltung GmbH, die in unmittelbarer Nähe des Klinikums auf dem Merheimer Madaus-Areal Grundstücke für eine mögliche Wohnbebauung entwickelten.

Im Rahmen des Bebauungsplans wurde damals festgestellt, dass die Bebauung in Teilen mit neuen Sicherheitsvorschriften für den Betrieb von Hubschrauberstationen kollidierte. Entsprechend kostenintensiver wäre das Projekt für die Firmen geworden, und ihre Rendite hätte sich vermutlich etwas verringert. Um dies zu vermeiden - alles laut Gutachten - wurde der Stadt Köln 1 Million Euro als Umzugshilfe für eine Verlegung der Merheimer Rettungshubschrauberstation angeboten. Die Stadt nahm 2017 an.

(Zuruf von der FDP: 2017?)

- 2007. Danke für den Hinweis.

Und wie im Rechtsgutachten aufgeführt, erreichten damit die GBA und Rotonda ihr wirtschaftliches Ziel, die Grundstücke aufgrund der ermöglichten Wohnbebauung wie ursprünglich geplant zu entwickeln und bei Verkauf entsprechend höhere Gewinne zu generieren.

Wie es weiterging, erwähnte ich an dieser Stelle in den vergangenen Jahren schon mehrere Male. Die Stadt Köln kaufte 2012 die Altlast Kalkberg für 440 000 Euro der damaligen Eigentümerin GSE ab, um darauf eine Rettungshubschrauberbetriebsstation zu errichten. Eine fatale Entscheidung, denn infolgedessen nahm der desaströse Bauverlauf an Fahrt auf. Es wurde mangelhaft geplant, mangelhaft gebaut, und am Ende war doch die allgemeine Verwunderung groß, als die Betriebsstation in Teilen absackte, obwohl klar war, dass der Baugrund nicht für eine Bebauung geeignet war und nach wie vor nicht geeignet ist.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Auf die fehlende Nachtfluggenehmigung für den Standort Kalkberg möchte ich an dieser Stelle gar nicht genauer eingehen.

Die Kosten für eine Stabilisierung des Kalkbergs betragen bis heute etwa 17,2 Millionen Euro. Der Bau der Station hat bislang weitere 13 Millionen Euro gekostet. Davon abzuziehen ist natürlich die damals erhaltene Umzugshilfe von der GBA und Rotonda von 1 Million Euro.

Ich weise an dieser Stelle noch einmal darauf hin: Es wurde eine sehr gute Rettungshubschrauberbetriebsstation am Klinikum Merheim auf Kosten der Rettungsteams und der Patienten ohne Notwendigkeit aufgegeben und damit auch die Luftrettung im Gebiet der Trägergemeinschaft gefährdet - wie wir finden: ein Skandal!

Konsequenterweise sollten wir heute beschließen, auf die Bauvollendung der Hubschrauberbetriebsstation zu verzichten, gemeinsam mit der Kalker Bevölkerung über zukünftige Nutzungskonzepte nachzudenken und diese entsprechend umzusetzen, Vorbereitungen bezüglich einer ordentlichen Rettungshubschrauberbetriebsstation am Flughafen Köln/Bonn zu treffen und entsprechende Gespräche mit den Umlandkommunen bezüglich der Kernträgerschaft entsprechend unseres Antrages zu führen.

Wie schon so oft möchte ich mich abschließend auch wieder bei der Bürgerinitiative Kalkberg be-

danken, die jahrelang die Arbeit auf sich genommen hat, die zur Verfügung stehenden Unterlagen zu analysieren und auf Fehlentwicklungen bzw. Risiken sachlich und transparent hinzuweisen. - Vielen Dank dafür und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben klar den Auftrag, hier im Rat für die Gesamtbevölkerung von Köln Politik zu machen. Das ist das, wozu wir uns alle verpflichtet haben für alle Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört zunächst bei dieser konkreten Sache, dass wir die Rettungsversorgung in allen Teilen von Köln sicherstellen müssen für jede Kölnerin und für jeden Kölner.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die klare Aufgabe der Trägerschaft, die die Verwaltung übernommen hat und die wir als Politik entsprechend entschieden haben.

Wenn ich diese Trägerschaft - in welcher Form auch immer - infrage stelle - egal, ob ich sie herausgebe oder nach verschiedenen Standorten frage -, brauche ich zunächst einmal eine Alternative. Und genau das ist es, was in den diversen Anträgen, die heute hier von der Opposition auf den Tisch gelegt worden sind, fehlt. Sie können nicht mit Garantie sagen, dass Sie einen anderen Standort haben, der eine entsprechende Genehmigung bekommt.

(Beifall bei der CDU)

Genau in der Situation haben wir jetzt noch einmal gesagt - weil wir natürlich die Sorgen der Leute vor Ort ernst nehmen -: Vielleicht gibt es ja doch noch einmal eine Alternative. - Genau deshalb lassen wir hier noch einmal prüfen.

Es ist aber am Ende nicht ausgeschlossen, dass diese Prüfung zu keinem Ergebnis führt. Vor diesem Hintergrund kann ich heute nicht guten Gewissens entscheiden, dass wir die Station Kalkberg entsprechend komplett negieren. Und am Ende, wenn die finale Vorlage seitens der Verwaltung vorliegt, ob an einer anderen Stelle eine andere Hubschrauberstation möglich ist, müssen wir natürlich auch nach den Stadtzielen alles noch einmal gewichten.

Das ist zum einen die Frage der Kostenerstattung, weil alle hier genau wissen, alle Ratskolleginnen und -kollegen, dass wir die Baukosten für den Kalkberg inklusive der Fertigstellungskosten von der Krankenkasse erstattet bekommen. Das heißt, wenn wir den Kalkberg aufgeben, sind das Kosten in kleiner zweistelliger Millionenhöhe, die wir als Rat selbst aufbringen müssen; die Kostenerstattung fällt weg. Das ist ein wichtiger Punkt.

Ein zweiter wichtiger Punkt, den man in Zeiten des Klimaschutzes auch nicht vergessen darf, ist, dass wir beim Neubau einer anderen Station natürlich auch einen erhöhten CO_2-Verbrauch haben. Wir müssen das alte Gebäude abreißen, etwas Neues bauen. Auch wenn wir - so sage ich einmal - einen Standort haben, der nicht mehr in der Mitte der Stadt liegt, haben wir natürlich neue Emissionen, die zusätzlich kommen. Auch das muss in der Gesamtentscheidung mit berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb haben wir gesagt: Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Sache noch nicht entscheidungsreif. Wir bitten deshalb in unserem Antrag, entsprechend noch einmal zu prüfen, ob wir an anderer Stelle die Sorgen der Menschen rund um den Kalkberg mit berücksichtigen können, ob wir eine andere gute Alternative finden. Aber erst in der Gesamtabwägung aller Punkte ist dann eine Entscheidung final zu treffen, wenn diese Prüfung abgeschlossen ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer ganz hilfreich, wenn man sich die Originalunterlagen anschaut. Ich habe mir einmal den öffentlich zugänglichen Genehmigungsbescheid für den Kalkberg vom 21.10.2008 herausgenommen. Darin finden Sie auf Seite 9 unter Ziffer 2, Betriebszeit, Folgendes - ich zitiere -:

> Die Betriebszeiten für Flüge nach Sichtflugregeln

- darauf werde ich gleich eingehen -

> bei Tag und bei Nacht [...] werden von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr Ortszeit [...] festgelegt. Es besteht keine Betriebspflicht.

An der Stelle ist völlig klar, dass wir hier über den jetzigen Zustand, über Sichtflüge sprechen und dass wir so etwas in Zukunft - im Übrigen auch schon heute - auch ändern können. Das ist klar. Wir müssten dann die Betriebszeiten verändern, das heißt, wir müssten wieder zur Bezirksregierung Düsseldorf gehen und einen entsprechenden Antrag schreiben. Das ist mit den entsprechenden Risiken der Genehmigung oder auch Nichtgenehmigung behaftet; denn die Bezirksregierung schreibt auf Seite 14 sehr ausführlich unter dem Unterpunkt 15, Lärmschutz, was für die 26 000 Menschen in unmittelbarer Nähe, die der Kollege eben angesprochen hat, zu gelten hat.

Auf Seite 16 finden Sie dann die schöne Begründung, warum aus Sicht der damaligen Antragsteller Merheim kein geeigneter Standort ist, nämlich weil in unmittelbarer Nähe zu Köln-Merheim eine Wohnbebauung steht. Das war also der offizielle Grund, der hier auf Seite 16 festgehalten ist, warum es so sein soll, dass man eben in Merheim keine Hubschrauberbetriebsstation mehr betreiben kann. Wenn wir dieses Kriterium an Kalk anlegen, sehen wir, dass wir da zumindest große Schwierigkeiten bekommen, und zwar nicht nur in Bezug auf die Themen Zukunftsfestigkeit und Nachhaltigkeit, sondern auch beim gegenwärtigen Status heute bereits.

Das fliegende Personal hat mir schriftlich mitgeteilt, dass in den letzten zwei Wochen insgesamt drei Flüge nach 23.30 Uhr am Verkehrsflughafen Köln ankamen - also Hubschrauberflüge nach Einsätzen. Das ist dort auch relativ unproblematisch im Vergleich zu - wir erinnern uns - dem Kalkberg und der Lärmschutzproblematik, den 26 000 Menschen. Wir haben - und zwar von Anfang an - ein mangelhaftes Mitnehmen der Bevölkerung in Kalk, wir haben ein Demokratiedefizit, die Bevölkerung vor Ort lehnt den Standort ab, und wir haben - das haben die Kollegen ausgeführt, das muss ich nicht wiederholen - eine Historie von Havarien der verschiedensten Arten an dieser Stelle.

Grundsätzlich ist aus unserer Sicht, aus grüner Sicht, der Hubschrauber notwendig, um die Rettung sicherzustellen, auch um die Verlegung sicherzustellen. Wenn wir uns die Einsatzgebiete anschauen, sehen wir aber, lieber Bernd Petelkau, dass nicht nur im Stadtgebiet gerettet wird, sondern weit weniger als 50 Prozent im Stadtgebiet gerettet wird. Wenn man sich nämlich die Zahlen herauszieht und abgleicht, die innerhalb des Autobahnrings gerettet werden, kommen wir auf eine Zahl von etwa einem Drittel der Einsätze; wenn wir das gesamte Stadtgebiet Köln heranziehen, sind es etwa die Hälfte. Das heißt, es ist so, dass wir durchaus massiv im Umland retten und auch retten wollen.

Ich habe einmal nachgefragt, ob irgendjemand zu Schaden gekommen ist, tödlich oder schwer zu Schaden gekommen ist, in den letzten elf Jahren, weil der Hubschrauber nicht zentral in Köln stationiert ist, sondern am Flughafen im Moment. Antwort: keiner. Keiner! Das heißt also, das Lage-Argument können Sie vergessen an dieser Stelle. Es ist niemand - das ist aktenkundig - zu Schaden gekommen, weil wir vom Flughafen aus starten und nicht vom Kalkberg.

Die angesprochenen Baukosten am Kalkberg sind aus meiner Sicht ebenfalls nicht als verloren zu verbuchen; denn die Sanierung des Berges war dringend notwendig - Stichwort: „Altlasten“. Auch ein merkwürdiger Zusammenhang, dass das im Kaufvertrag nicht geregelt ist. Es ist ein Unikat in der Bundesrepublik Deutschland, dass diese Altlast gekauft worden ist, ohne das zu regeln. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Aber auch das nehmen wir einmal zur Kenntnis.

Das heißt, nach meiner Kenntnis ist es so, dass Fluggeräte schlicht und ergreifend an Flughäfen gehören. Ich würde mir persönlich wünschen - und ich war bei der Gruppe dabei, die vor Ort war -, dass wir dort eine Station bekommen, die der ISO 9001 entspricht. Das heißt, wir haben ein weiteres Unikat - das muss man wissen -: Unsere Station ist die einzige vom ADAC betriebene - und als Grüner bin ich, glaube ich, frei vom Verdacht, besonderer ADAC-Fan zu sein -

(Heiterkeit)

-, die nicht zertifizierungsfähig ist. Ich würde mir sehr vom Stadtdirektor wünschen, dass er an dieser Stelle noch ein paar Worte dazu sagen kann, was auch das, was wir im Moment planen, was wir im Moment bauen, beinhaltet.

Abschließend kann man aus meiner Sicht noch sagen, dass wir das Thema Kernträgerschaft auch diskutiert haben. Ich würde im Moment nicht dazu raten, das weiter zu diskutieren. Warum, liebe SPD? Warum? - Das, was Sie in Ih-

rem Antrag geschrieben haben, ist ein Ausschluss von allem Möglichen. Wenn wir uns einmal für einen kurzen Moment vorstellen - was ich nicht möchte -, dass es am Flughafen tatsächlich nicht funktionieren würde und Sie die Kernträgerschaft ausschließen und Sie den Kalkberg ausschließen und gleichzeitig aber Hubschrauber haben wollen in dieser Stadt, dann ist das die Quadratur des Kreises. Dazu kann ich nicht raten, und dazu kann ich als grüne Fraktion auch nicht unsere Stimme geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Das heißt, ich würde dringend raten, den SPD-Antrag und auch den weiteren Antrag abzulehnen und dem schwarz-grünen Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Gäste! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, lieber Ralf Unna: Ich hatte ja fast gedacht, Sie würden eine Rede zu unserem Antrag halten; denn stellenweise klang es ganz so, als ob Sie mit uns gegen den Kalkberg sind.

(Beifall bei der SPD)

Nachher haben Sie irgendwie die Kurve gekriegt - ich weiß gar nicht wie, aber: Chapeau!

Zunächst einmal - ich bin immer so dankbar -: Ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, der Ratsgruppe GUT, Ihnen, Frau Gerlach, und Ihnen, Herr Wortmann, und natürlich auch Ihnen, liebe CDU und liebe Grüne, dass Sie Anträge eingebracht haben, damit wir endlich über den Kalkberg hier diskutieren können.

Eigentlich habe ich ja gedacht, dass uns nach der umfangreichen Mitteilung die Verwaltung einen Beschlussvorschlag vorlegen würde. Das hat sie nicht getan. Warum, weiß ich nicht. Aber jeder tut eben, was er so kann.

Von meiner Fraktion brauchen Sie keinen Antrag zu erwarten, denn wir haben schon in der Sitzung des Rates vom 20. März 2018 erklärt, dass wir jedes, aber wirklich jedes Vertrauen in diesen Kalkberg als Hubschrauberbetriebsstation verloren haben. Daran hat auch das neue, teure Gutachten nichts geändert. Wir haben schon diverse Gutachten gehört, die uns immer wieder gesagt haben: Alles ist gut auf dem Kalkberg. - Und immer wieder sind wir eines Besseren belehrt worden. Auch das neue Gutachten ist nicht ganz ohne Fragezeichen. Ich zitiere aus dem Beispiel des Bereichs des Los 5, südliche Böschung:

> In Bezug auf die Böschung parallel zur Stadtautobahn liegt ein Gutachten aus den 90er Jahren vor, welches derzeit mit aktuellen Normen und Kennwerten nachgerechnet

- nicht nachgemessen! -

> wird, um die Standsicherheit, die damals bescheinigt wurde, erneut nachzuweisen.

Ende der 90er Jahre - da hatten wir noch keinen Spatenstich am Kalkberg gemacht. Und auf das Gutachten sollen wir uns verlassen. Das haben wir Ihnen auch schon im März 2018 gesagt: Es war Quatsch, nur drei alternative Standorte verproben zu lassen. Und dass Merheim nicht funktionieren würde, habe ich Ihnen damals schon mit den gleichen Argumenten vorgetragen, die jetzt auch der Gutachter anführt. Mein Rat war nur 50 000 Euro billiger.

Meiner Fraktion will immer noch nicht in den Kopf, dass in dieser wirklich sehr großen Stadt es keinen anderen Standort für eine Hubschrauberbetriebsstation geben soll als eben diesen Kalkberg oder den Flughafen. Ich habe die fertige Betriebsstation auf dem Kalkberg gesehen und kenne die Zustände auf dem Flughafen. Ich war mit Herrn Unna dort. Es tut mir in der Seele weh, dass wir nicht besser heute als morgen den Rettungsmannschaften diese hervorragenden Räumlichkeiten da oben auf dem Kalkberg zur Verfügung stellen können. Aber was ist denn, wenn der Kalkberg sich nicht an das Gutachten hält, wenn die Südflanke doch bröckelt oder der Kalkpudding im Inneren ein Eigenleben entwickelt?

(Niklas Kienitz [CDU]: Das hätten Sie mal früher mit Ihrem Stadtdirektor klären sollen!)

- Das hätte man tun sollen, genau.

Dann machen wir die Hubschrauberbetriebsstation über Nacht dicht und wissen nicht, wohin mit dem „Christoph 3“ und dem ITH, Herr Unna. Genau diese Frage hatten wir ja gerade schon.

Nun zu Ihren Anträgen und zunächst zu Ihnen, liebe Grüne und liebe CDU. Das ist doch wirklich ein verschwurbelter Antrag unter Punkt 1. Ich will ja gar nicht ausschließen, dass man bei einer anderen Bewertung des Gutachtens zu der Auffassung kommen kann, dass der Kalkberg als Standort für die Hubschrauberbetriebsstation taugt. Aber dann muss man es doch auch laut und deutlich sagen, Herr Petelkau. Dann tun Sie das doch und überzeugen Ihre grünen Kollegen!

Ich finde, wir müssen das hier und heute beschließen. Entweder der Kalkberg taugt nicht - das glauben wir -, dann sollten wir ihn auch hier und jetzt und endgültig begraben.

(Beifall bei der SPD)

- Danke schön.

Oder es findet sich in diesem Haus vielleicht doch eine Mehrheit, die sagt, dass der Kalkberg taugt, dann soll es diese Mehrheit bitte auch beschließen und die Verantwortung dafür übernehmen. Mit der Formulierung: „Wir halten den Baustopp bis auf weiteren Ratsbeschluss aufrecht“, bezieht man keine Position, sondern hält sich ein Hintertürchen offen. Wenn ich mir die politische Gemengelage so anschaue, weiß ich auch, warum der Antrag so zustande gekommen ist: allen wohl und keinem weh. Ihrem Antrag können wir deshalb sicher nicht zustimmen.

Nun zum Antrag, der unter der Führung der LINKEN gestellt wurde. Ihren Punkt 3 können Sie doch nicht wirklich ernst meinen. 50 Prozent der Einsätze der Hubschrauber werden im Kölner Stadtgebiet geflogen. Ralf Unna hat es eben noch einmal ergänzt, dass es um den Autobahnring geht. Ich ergänze noch einmal den Chemiegürtel, der darum herum liegt. Wenn Sie jemals in Ihrem Leben neben einem Schwerverletzten werden hocken müssen, mit nichts dabei als Ihren Händen und vielleicht einem Arztkoffer, dann wird Ihnen der Rotorenlärm eines Hubschraubers wirklich wie süßer Engelgesang vorkommen; denn da naht rettungsmedizinischer Sachverstand und modernstes Equipment. Und Sie werden dem Rat der Stadt Köln danken, dass er niemals auch nur auf die Idee gekommen ist, die Kernträgerschaft aufzugeben. Das können Sie doch nicht wirklich infrage stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns die Mühe gemacht, aus Ihren beiden Anträgen das Beste zusammenzustellen und etwas Gutes daraus zu machen.

Erstens. Es wird keine Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg geben.

Zweitens. Der Übergangsstandort am Flughafen wird schnellstmöglich ertüchtigt, damit die Rettungsmannschaften sich dort gescheit aufhalten und erholen können.

Drittens. Die Verwaltung kümmert sich darum, dass es einen dauerhaften Standort der Betriebsstation auf dem Flughafen gibt.

Viertens. Niemand, aber auch wirklich niemand hier im Rat stellt die Kernträgerschaft infrage.

Fünftens. Wir überlegen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, was aus dem Kalkberg werden soll.

Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Reden jetzt hört von der SPD und die Reden - wenn man schon dabei war -, die man am Anfang dazu gehört hat, als hier noch Stadtdirektor Guido Kahlen saß, kann man sich immer nur wundern, wie schnell man sich um 180 Grad drehen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Eigentlich müssten wir doch den Berg umbenennen: von Kalkberg in Guido-Kahlen-Berg. Dann haben wir immer die Erinnerung daran, wem wir das zu verdanken haben, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Zuruf von Michael Frenzel [SPD])

- Ja, da können Sie sich melden. Ich freue mich schon. Wollen Sie vielleicht eine Frage stellen, Herr Frenzel? Kennen Sie noch Herrn Guido Kahlen? Kennen Sie ihn noch?

Michael Frenzel (SPD): Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Breite?

Ulrich Breite (FDP): Ja, selbstverständlich.

Michael Frenzel (SPD): Herr Breite, es ist Ihnen aber schon bekannt, dass die Planungen für die Hubschrauberlandestation auf dem Kalkberg lange vor der Übernahme von Guido Kahlen als Stadtdirektor begonnen haben und hier auch entsprechende Beschlüsse bereits gefasst wurden?

Insofern weiß ich nicht, Herr Breite, was Sie hier jetzt für Legenden stricken. Die Krawatte steht Ihnen nicht, Herr Breite.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Breite (FDP): Herr Kollege Frenzel, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, aber zu den Fraktionsführungen ist damals der Stadtdirektor Guido Kahlen gegangen und wollte uns überzeugen, dass wir dort an diesem Standorte bauen. Wir hatten mehrere und hatten diese damals - vielleicht können Sie sich noch erinnern - überprüfen lassen. Dann hat Herr Guido Kahlen - und nur Guido Kahlen! - damals so ein Blatt gehabt, auf dem Kreuze waren, welches der beste Standort war, und das war sein Kalkberg, meine Damen und Herren. Das muss ich der SPD und dem Fragesteller Herrn Frenzel sagen: So war es.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde es auch interessant, was beim Kalkberg immer wieder für Änderungen und neue Situationen eintreten. Ich war hier auch schon einmal, als es gar nicht mehr weiterging. Da habe ich zu Herrn Kahlen das alte indianische Sprichwort gesagt: Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig' ab! - Interessanterweise muss ich mich jetzt hier wieder sozusagen verbessern. Herr Kahlen ist weg, der Kalkberg ist immer noch da. Vielleicht war das mit dem Pferd doch etwas anders gemeint als in der Form, in der ich damals hier gesprochen habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Kommen wir jetzt einmal zu den Anträgen der Fraktion der LINKEN, der Ratsgruppe GUT und den beiden Einzelmandatsträgern. Wir hatten hier Diskussionen über die Gefahren des Kalkbergs und dass man darauf eigentlich gar nichts mehr machen kann, da es darin so blubbert und wegen der ganzen Giftstoffe. Vielleicht können Sie sich an die Diskussionen erinnern. Das hört sich nicht nur im Gutachten, sondern auch im Antrag jetzt anders an; denn jetzt soll es ein alternatives Nutzungskonzept geben. Es soll weiterhin das Gebäude bleiben, aber es soll sozusagen anders von Menschen genutzt werden. Plötzlich ist die Gefahr nicht mehr da, meine Damen und Herren. So, so! Dann bin ich aber der Meinung, dass wir uns dann das Gutachten genau anschauen und alles genau prüfen müssen. Denn wenn wir dort zum Beispiel eine Kita hineinnehmen können, dann können wir nach meiner Meinung auch diese Hubschrauberbetriebsstation nehmen, wofür wir das Geld schon ausgegeben haben.

Beim Kernträgergeschäft hat die SPD das vollkommen Richtige gesagt. Ich erinnere mich an: Wasch' mir den Pelz, mach' mich nicht nass. - Meine Damen und Herren, die Kernträgerschaft hier aufzugeben für die größte Stadt von Nordrhein-Westfalen, finde ich nur peinlich. Hier sollten wir uns der Verantwortung stellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt komme ich noch zum Antrag von CDU und Grünen, die es in der Form tatsächlich offen lassen. Trotzdem - und das müssen wir dann in den Verhandlungen sehen - ist es anders als bei der SPD, die ja sagt: Wir machen Flughafen. Wir machen Flughafen, dahin geht alles. - Das weiß wahrscheinlich Herr Frenzel nicht, aber der Fraktionsvorsitzende der SPD weiß es. Er hat nämlich eine Mail bekommen vom Köln/Bonn Airport - die CDU und Grüne wahrscheinlich auch -, wo der Flughafen klipp und klar sagt - es haben ja auch Gespräche mit den Fraktionen stattgefunden -, dass das dort einfach nicht so geht. Also müssen wir wohl erst einmal die Argumente des Flughafens hören und dann auch ausräumen, wenn wir das wollen. Darum ist - man muss es sagen - der Antrag von CDU und Grünen ehrlicher, die sagen: Wir müssen in Verhandlungen treten.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: So sind wir!)

- Dazu sage ich nichts.

(Heiterkeit)

Aber wir kennen das Ergebnis noch nicht. Die SPD weiß schon, wie es ausgeht. Das war bei Herrn Kahlen ja auch immer so. Und deswegen sind wir jetzt in dem Schlamassel. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir doch den Verhandlungsweg gehen und uns das anschauen sollten. Man muss auch so ehrlich sein, Herr Stadtdirektor Keller. Sie haben uns jetzt das Gutachten gegeben. Wir sollten es sorgfältig lesen, uns die Rückschlüsse anschauen. Wir können dann

auch sagen: Wir nehmen einen anderen Standort, wenn wir die Verhandlungen haben. - Aber wir sollten wohl doch so ehrlich sein. Das Gutachten einfach wegzuwischen hat mit Vernunft nichts zu tun. Darum bin ich der Meinung, dass wir damit viel vorsichtiger umgehen sollten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, Herr Detjen hat sich noch einmal gemeldet. Damit eröffnen wir eine zweite Runde.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Herr Breite, Sie sind ja dreimal hereingefallen. Ja! Nicht nur auf Herrn Kahlen sind Sie hereingefallen, sondern jetzt fallen Sie wieder auf CDU und Grüne herein, indem Sie jetzt diesen Antrag - das konnte man Ihrer Äußerung entnehmen - unterstützen werden. Zudem sind Sie ganz am Anfang auch hereingefallen, nämlich auf folgenden Vorgang - es wurde ja hier angesprochen -: Merheim. Der Hintergrund, warum der Standort Merheim weggefallen war, war die Bebauung unmittelbar am Krankenhaus. Das hat damals Herr Bietmann eingefädelt. Das war Anfang der 2000er-Jahre. Das war der Grund. Sehenden Auges hat diese Bebauung stattgefunden. Das habe ich hier schon einmal zum Thema gemacht. Das war der erste Fall, darauf sind Sie hereingefallen. Dann sind Sie auf Herrn Kahlen hereingefallen. Wir übrigens nicht, obwohl wir ihn mit gewählt haben. Wir haben ihn mit gewählt, aber wir sind nicht auf ihn hereingefallen. Sehen Sie, Herr Breite? Und jetzt fallen Sie wieder auf Schwarz-Grün herein. Also Ihre Linie in Sachen Kalkberg ist ein bisschen seltsam. Da muss man sagen: So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich habe das schon angedeutet: Den Flugplatz Merheim auf dem Krankenhaus hätte ich mir auch gewünscht. Der ist aber sozusagen weggedrängt worden von der Wohnbebauung.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Vom Wohnungsbau? Wie unverschämt!)

- Natürlich stimmt das. Das habe ich doch die ganze Zeit recherchiert.

Anfang der 2000er-Jahre ist dieser Standort weggedrängt worden. Dass dieser Standort komplizierter geworden wäre, ist wieder eine andere Frage, über die man diskutieren muss, meine Damen und Herren. Was hier aber offensichtlich geworden ist, ist, dass die CDU ihren Antrag so begründet und die Grünen begründen ihn so - völlig unterschiedlich.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, so geht das! Dann gibt es eine Schnittmenge!)

Das Spannende in der Diskussion ist die Argumentation, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Herr Petelkau hier vorgestellt hat, der gesagt hat, diese vielen Millionen Euro für den Kalkberg, diese Fehlinvestition, will er von der Krankenkasse zurückhaben. Haben Sie das gehört? Das halte ich für unrealistisch. Das halte ich für total unrealistisch. Herr Unna, Sie haben elegant darauf geantwortet und gesagt: Die Bebauung des Kalkbergs waren ja gewisse Infrastrukturkosten, die müssen wir schon selbst tragen. - Das sehe ich genauso in der Konsequenz. Aber Ihr Bündnispartner hat das Level so hoch gehängt und gesagt: Wir wollen die 20 Millionen Euro von der Krankenkasse wiederhaben. - Da kann ich nur sagen: Das wird nichts werden. Wir müssen zu unserem Fehlverhalten auch selbst stehen. Und dazu gehören viele, die hier im Rat sitzen. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Zweites Argument: Herr Unna hat ein interessantes Argument in die Diskussion gebracht - das hast du so nebenbei gemacht - und gesagt: Die letzten Flüge sind ja um 23.30 Uhr gestartet worden. Der Kalkberg hatte ja nur eine Berechtigung für 22 Uhr. - Das ist doch aber eigentlich ein Grund, zu sagen: Mensch, auch wenn ich für den Kalkberg wäre, ist doch das Argument von 23.30 Uhr am Flughafen ein super Argument, um zu sagen: Ja, der Kalkberg ist auch von der Frage der Flugzeiten ungeeignet. Oder andersherum betrachtet: Der Flughafen ist viel besser, weil wir auch Risikoflüge nach 22 Uhr meines Erachtens machen können. - Ich finde, das sollte doch die Grünen einmal nachdenklich machen, zu sagen: Mensch, dann stimmen wir doch diesem Punkt 1 der LINKEN zu. - Wir nehmen ja Ihren Flugplatzgedanken voll auf. Das haben wir auch darin. Insofern ist er noch einmal begründet. Also meine Damen und Herren, insofern noch einmal ein gutes Argument von Herrn Unna für den Standort Flughafen.

Zur Kernträgerschaft: Ich verstehe das gar nicht, meine Damen und Herren von der SPD. Sie denken doch eigentlich auch regional und nicht so Köln-borniert. Warum soll denn nicht eine Nachbarkommune die Kernträgerschaft vom Flugplatz übernehmen, wenn wir es nicht gewuppt kriegen? Das muss man doch einmal ganz klar sagen. Ich habe so viel Respekt und Anerkennung für die Kommunen in der Region, dass ich der einen oder anderen Kommune zutrauen würde, so einen Hubschrauber zu betreiben. Und wenn eine Kommune sagen würde „Hey, wir würden das gern machen!“, was ich nicht für ausgeschlossen halte, warum soll diese Kommune das nicht machen? Lassen Sie uns doch einfach einmal ein bisschen regional denken, dann werden wir diese Probleme auch in den Griff bekommen. Denn die Entfernung vom Kölner Zentrum zum Flughafen ist ja größer als vom Kalkberg - unbenommen -, aber wir werden so eine Entfernung in einer Umlandkommune ebenfalls finden. Insofern hängen wir nicht an der Kernträgerschaft, sondern wir hängen daran, dass der Kalkberg endlich zu Ende gebracht werden muss. Der Kalkberg muss weg. Und liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wenn Sie nicht zur Besinnung kommen, haben wir ein super Wahlkampfthema im Kommunalwahlkampf. Ein super Thema! Das werden wir Ihnen dann aufs Brot schmieren. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Zunächst einmal, Herr Detjen, finde ich Ihre letzte Äußerung an dieser Stelle vollkommen deplatziert. Es kann nicht sein, dass die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung ein Wahlkampfthema wird. Das ist etwas, das hier nicht hingehört.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Hier geht es darum, für die Menschen in Köln die beste, maximal mögliche Versorgung zu gewährleisten. Ich wiederhole noch einmal: Solange wir keinen anderen Standort haben, müssen wir an diesem Standort zunächst einmal festhalten. Wir versuchen ja jetzt noch einmal, Gespräche aufzunehmen, aber das ist leider kein Selbstläufer. Wir werden diese Gespräche führen.

Das Zweite, was Sie gesagt haben, möchte ich auch noch einmal aufgreifen. Wenn die Kämmerin jetzt hier wäre, könnte sie die Frage auch so beantworten. Zu den Baukosten: Ich rede nicht von den Kosten, die entstanden sind, weil Herr Kahlen 2 000 Tonnen Erde für 2 Millionen Euro hat hochschaffen lassen, die dann für 2 Millionen Euro wieder heruntergefahren wurden. Diese 4 Millionen Euro sind weg, genauso wie die Kosten davon, dass die Halde, die Deponie aufgeplatzt ist. Das werden wir als Stadt Köln zahlen müssen. Es war aber immer die Aussage der Kämmerei, dass die Gebäudekosten - das sind die 10, 12 Millionen Euro in der Fertigstellung - Infrastrukturkosten sind, die im Regelfall - das ist die gesetzliche Ausgangssituation bzw. die vertragliche Situation - seitens der Krankenkassen bezahlt werden. Wenn wir, sage ich einmal, innerhalb kürzester Zeit einen Standort aufgeben und an anderer Stelle einen neuen bauen, dann zahlen die vielleicht den neuen, aber der alte geht auf unsere Kappe. Das noch einmal zur Klarstellung. Sie haben gesagt, wir würden den ganzen Kalkberg zahlen müssen. Das ist in der Form nicht richtig.

Was auch nicht richtig ist, ist, dass Sie das Thema Luftrettung zu einem Nachtflugthema machen, Herr Detjen. Sie wissen ganz genau, dass die Rettungshubschrauber in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich auf Sicht fliegen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Das heißt, hier gibt es nachts keine Starts und Landungen. Die fliegen nur bei Tageslicht. Das heißt, im Sommer ist es abends etwas später und im Winter etwas früher. Das sind Sicherheitsvorkehrungen, weil die Bundesrepublik Deutschland entsprechend eng bebaut ist. Wir haben Stromleitungen, Oberleitungen und Ähnliches. Deshalb ist es für den Piloten und die Patienten viel zu gefährlich wie auch für die behandelnden Ärzte, hier nachts zu fliegen. Vor dem Hintergrund ist das etwas, das Sie in die Diskussion einbringen, was überhaupt kein Thema ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand es schon sehr interessant, wie Sie sich in verschiedenen Debat-

tenbeiträgen quasi darin überholen wollen, in welcher Geschwindigkeit jetzt wie der Kalkberg, ob nur die Gebäude oder gleich der komplette Berg direkt, abgeräumt werden soll und dass wir am besten auch gleich heute beschließen, welche Art von Nachnutzung wir da eigentlich haben wollen.

Wenn man sich einmal ansieht, welche Gemengelage es hier gibt, muss man sich doch auch über Folgendes im Klaren sein: Wenn man sich dafür entscheidet, die Hubschrauberstation am Kalkberg nicht mehr fertig zu stellen - und sie ist ja noch nicht fertig, sonst müssten wir den Baustopp nicht verlängern; wir verlängern den Baustopp übrigens insoweit, dass nur ein Rat ihn aufheben kann und er nicht einfach so aufgehoben werden kann, wenn man sagt: „Ja, wir sind der Meinung, man könnte hier einmal aufheben"; es ist ein Ratsbeschluss erforderlich, um diesen Baustopp aufzuheben -,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

dann können wir doch aber auch nur, wenn wir ehrlich sind, sagen, dass wir an den Flughafen gehen, wenn wir auch wissen, dass wir dort wirklich hin können.

Wenn wir heute beschließen, dass wir jetzt allesamt mit dem Fluggerät an den Flugplatz gehen - da gebe ich meinem Kollegen Ralf Unna auch recht -, wo es nämlich auch hingehört, wir aber in einem halben oder Dreivierteljahr feststellen, dass es dann doch aus diversen Gründen nicht geht - auch wenn wir diese Gründe noch nicht sehen, aber man weiß ja nicht, was am Ende des Tages dabei herumkommt -, haben wir das Problem, dass wir gar keinen Standort für einen Rettungshubschrauber in dieser Stadt mehr haben. Dieses Risiko heute einzugehen und zu sagen, dass wir das alles einfach einmal abräumen, ohne vorher mit dem Flughafen wirklich in die Gespräche, die nötig sind, um das Ganze auch dauerhaft, ernsthaft und glaubhaft zu verlagern, gegangen zu sein, ist höchst unverantwortlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich kann es vom Platz aus machen, weil inhaltlich eigentlich alles von unserem gesundheitspolitischen Sprecher Michael Paetzold gesagt wurde. Jörg Detjen hat aber eben noch einmal das Thema Kernträgerschaft angesprochen und uns da ins Gewissen reden wollen. Da kann ich nur umgekehrt sagen: Lieber Jörg Detjen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Überzeugung, dass Köln auch in medizinischer Hinsicht eine Zentrenfunktion haben muss. Das gilt für die Krankenhausversorgung ebenso wie auch für die Rettungsversorgung. Das Umland und auch wir profitieren am Ende von einer Zentralität in so einem System. Deswegen kann es nicht sein, dass der Hubschrauber am Ende in Gummersbach steht. Bei der Regionalität, die du aufgemacht hast, lieber Jörg Detjen, wäre das ja eine durchaus ernst zu nehmende Option. Auch die haben ein gutes Krankenhaus.

Das heißt, wir sind schon der Überzeugung: Köln hat hier eine Verantwortung. Diese Verantwortung muss Köln wahrnehmen. Wir streiten uns in der Tat um einen Standort. Das ist völlig legitim; denn wir haben das Vertrauen in den Kalkberg verloren. Der Flughafen ist nun einmal ein 24 Stunden offenes Flugfeld, wo es sich anbietet, einen solchen Hubschrauber dauerhaft zu platzieren. Wir kommen ja auch nicht auf die Idee, zu sagen: Eine Oper brauchen wir in Köln nicht, Kerpen hat auch schöne Flächen, wo man so etwas bauen kann. - Auch da übernehmen wir Zentrenfunktion. Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir hier auch in Verantwortung für die Region wieder zu einer Gemeinsamkeit zurückfinden würden, diese Kernträgerschaft nicht infrage zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt folgendermaßen abstimmen: zunächst über den Tagesordnungspunkt 3.1.9 - und zwar auf Antrag der SPD punktweise, dann über den Tagesordnungspunkt 3.1.12, zunächst über den Änderungsantrag der SPD und dann gegebenenfalls über den Ursprungsantrag von CDU und Grünen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber auch punktweise!)

- Auch getrennte Abstimmung nach Ziffern, aber nicht punktweise, sondern es ist wie folgt beantragt: erst Ziffer 4 isoliert und dann die Ziffern 1, 2, 3 und 5 gemeinsam. Anschließend gibt es die Gesamtabstimmung. Ja?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Genau!)

- Okay.

Dann zu Tagesordnungspunkt 3.1.9. Ich lasse zunächst über Punkt 1 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT, Frau Gerlach und Rot-Weiß. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist Punkt 1 abgelehnt.

Ich lasse über Punkt 2 abstimmen. Wer wünscht, zuzustimmen? - Die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, Rot-Weiß, GUT, Frau Gerlach.

(Christian Joisten [SPD]: Und die Oberbürgermeisterin?)

- Die Oberbürgermeisterin stimmt dagegen. - Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Punkt 3: Zustimmung? - DIE LINKE, Herr Wortmann, Rot-Weiß, GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Gesamtabstimmung.

(Bernd Petelkau [CDU]: Es sind alle Punkte abgelehnt!)

- Lassen Sie uns diese aber trotzdem noch durchführen; das sieht unsere Geschäftsordnung nämlich so vor.

Wer ist dafür? - DIE LINKE, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über den Tagesordnungspunkt 3.1.12, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und hier zunächst über Ziffer 4 des Änderungsantrags. Wer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über die Ziffern 1, 2, 3 und 5. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, Rot-Weiß, GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Gesamtabstimmung: Zustimmung? - Von der SPD-Fraktion, der LINKEN, von Herrn Wortmann, Rot-Weiß, GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

(Christian Joisten [SPD]: Die Oberbürgermeisterin war wieder dabei?)

- Die Oberbürgermeisterin war wieder dabei, ja, genau.

Ursprungsantrag von CDU und Grünen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür oder dagegen?)

Wer stimmt dafür? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Beschlüsse:

zu Punkt 1

Beschluss:

1. *Auf die Vollendung der Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg wird verzichtet und die Verwaltung beauftragt, ein alternatives Nutzungskonzept unter Einbeziehung der Einwohner zu erstellen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

zu Punkt 2

Beschluss:

2. *Da der ITH Christoph Rheinland seit jeher am Flughafen Köln-Bonn stationiert war, wird dieser dort bleiben und Vorbereitungen für eine ordentliche doppelte Hubschrauberbetriebsstation auch für den RTH Christoph 3 getroffen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

zu Punkt 3

Beschluss:

3. Da rund 50% der Hubschraubereinsätze nicht auf Kölner Stadtgebiet anfallen, führt die Verwaltung parallel Gespräche mit den Umlandkommunen zur Übernahme der Kernträgerschaft.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Abstimmungsergebnis über den Gesamtantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Anmerkungen:

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 3.1.12 behandelt.

Punktweise Abstimmung auf Antrag der SPD-Fraktion.

AN/0983/2019

AN/1029/2019

I. Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Beschlüsse:

zu Ziffer 4:

Beschluss:

Der Beschlussteil wird zu 4. wie folgt ersetzt:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

4. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich ausdrücklich zur Kernträgerschaft für die Rettungshubschraubereinsätze.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

zu Ziffern 1, 2, 3 und 5

Beschluss:

Der Beschlussteil wird zu 1., 2., 3. und 5. wie folgt ersetzt:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

*1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit Anwohner*innen und Initiativen ein neues, naturverträgliches und nachhaltiges Nutzungskonzept für den Kalkberg zu entwickeln.*

2. Die Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg wird nicht in Betrieb genommen.

3. Stattdessen wird der Übergangsstandort der Luftrettungsstation am Flughafen Köln/Bonn schnellstmöglich vollständig hergerichtet, sodass Rettungsflüge und Arbeitsabläufe reibungslos verlaufen können. Dabei müssen insbesondere Sofortmaßnahmen in die Wege geleitet werden, die die unhaltbaren Zustände in den Räumen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beseitigen und so deren Wohl verbessern.

5. Die Oberbürgermeisterin und der Stadtdirektor führen Gespräche mit dem Flughafen Köln/Bonn und weiteren beteiligten Akteuren mit dem Ziel, einen dauerhaften Standort auf dem Flughafengelände zu verwirklichen. Alle hierfür erforderlichen Maßnahmen werden eingeleitet.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Ursprungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Beschluss:

1. „Der Rat hält seinen Beschluss vom 15.12.2015 zum Baustopp für die Rettungs-

hubschrauberstation auf dem Kalkberg bis auf Widerruf durch einen Ratsbeschluss aufrecht.“ (analog zum Ratsbeschluss vom 15.12.2015)

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Verhandlungen mit der Flughafen Köln/Bonn GmbH und dem Bundesverteidigungsministerium aufzunehmen mit dem Ziel, eine dauerhafte und fachgerechte Stationierung der Rettungshubschrauber auf dem Flughafengelände, ggf. auch auf dem militärischen Teil zu erreichen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und AfD und der Stimme von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

Anmerkung:
Punktweise Abstimmung auf Antrag der Fraktion Die Linke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Gewerbliche Nutzung statt Casino am Standort Deutz“
AN/0945/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1028/2019

Ich gebe zunächst Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor gut drei Jahren haben wir das Wettbewerbsverfahren zum Bau eines Casinos in Deutz eingeleitet. Zwischenzeitlich ist viel Zeit vergangen und die WestSpiel-Gruppe ist bis heute nicht weitergekommen. Das mag zum einen an Entscheidungen liegen, die die WestSpiel-Gruppe nicht beeinflussen kann, und zum anderen wohl auch an taktischen Spielchen.

Erlauben Sie mir bitte, kurz einen Abriss der vergangenen Jahre aufzuführen: Wir haben im Dezember 2016 im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens die Architektur entschieden. Es sind Bauleitplanungen beschlossen worden. Zwei Jahre später konnte die WestSpiel-Gruppe immer noch keine Überarbeitungen der Planungen in Bezug auf Nutzung und Gestaltung vorlegen.

Wie beim Roulette hat die WestSpiel-Gruppe stets die Möglichkeit der Weiterveräußerungen vor Fertigstellung gefordert, dem die Stadt Köln nicht nachgekommen ist. Ganz im Gegenteil: Die Stadt Köln hat sogar ein dingliches Vorkaufsrecht für 20 Jahre in den Vertrag aufgenommen.

Am 8. Mai 2018, also vor gut einem Jahr, hat die Landesregierung dann entschieden, die WestSpiel-Gruppe zu privatisieren. Und nun? - Nun schreiben wir das Jahr 2019, und wir wollen der „unendlichen Geschichte“ - so, wie die *Rundschau* dieses Vorhaben vor kurzem in der Zeitung zitiert hat - ein Ende bereiten, da die WestSpiel-Gruppe sich auch in den aktuellen Gesprächen nicht zu einer konkreten Umsetzungszusage durchringen konnte. Dieser lukrative Standort in Deutz in der Nähe der Koelnmesse hat eine bessere Nutzung verdient. Wir können uns hier zum Beispiel sehr wohl ein Hotel vorstellen; wie wir wissen, gibt es auch da immer noch Bedarf in der Stadt Köln.

Zum anderen darf man auch nicht vergessen: Der große Knotenpunkt für die Bahn in Köln Deutz bietet sich für einen Mobilitätshub an. Auch das ist eine Nutzung, die für alle Verkehrsmittel sinnvoll sein könnte.

Unser Antrag ist keine Absage an ein Spielcasino. Vielmehr sind im Rahmen der anstehenden Gespräche auch Alternativstandorte zu überlegen. Wir haben das in unserem Antrag aufgeführt: Hier würde der Flughafen Köln-Bonn ebenfalls eine Möglichkeit sein.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die freuen sich, was die alles kriegen!)

- Ich habe nur weitergedacht. Das möchte ich jetzt aber nicht äußern.

Der Antrag der LINKEN, lieber Herr Detjen, ist uns zu kurzsichtig an dieser Stelle. Deutz hat mehr verdient als lediglich nur den Mobilitätshub auf der grünen Fläche. Deswegen hoffe ich sehr, dass Sie unserem Antrag an der Stelle zustimmen werden. Unser Antrag hat auch strategische Überlegungen und städtebauliche Aspekte, die wir tatsächlich an einem solch markanten Punkt in der Stadt berücksichtigen sollten.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat hat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Meine Kollegin Teresa De Bellis hat schon viel zur Geschichte von dem Projekt „Casino“ erzählt und auch davon, wie die WestSpiel im Moment aufgestellt ist und dass wir dort nicht weiterkommen. Ich will das an dieser Stelle gar nicht mehr wiederholen, sondern meinen Blick eher in die Zukunft richten und versuchen, Ihren Blick auch in die Zukunft zu richten.

Dass für die Grünen das Casino an dem Standort Bahnhof Deutz keine Herzensangelegenheit war, dürfte hinreichend bekannt sein. Es ist aber schon so, dass dort eine alternative Nutzung sein sollte. Ich persönlich habe durchaus Sympathie für den Antrag der LINKEN „Grünfläche mit Mobilitätsstation“; das sage ich ganz ehrlich. Aber andererseits - auch wenn man sich die Bebauung gegenüber anschaut - wäre es schon schön, dort auch eine städtebauliche Kante zu haben. Es wird sich zeigen, ob dort tatsächlich so gebaut werden kann, wie ein Hotel das verlangt. Schließlich wissen wir auch von WestSpiel, wie viele Probleme es bei einer Gründung geben würde. Es gibt die Tunnel der KVB darunter - das muss ja auch alles ordentlich geschützt sein. Insofern müssen wir das jetzt erst einmal sehen.

Aber was liegt als alternative Nutzung näher, als an diesem zweitwichtigsten Bahnhof von Köln tatsächlich eine Mobilitätsstation einzurichten? Ich rede hier nicht von einem Fahrradkeller, -

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- sondern von einer Station, die dem veränderten Lebensstil der urbanen Bevölkerung Rechnung trägt. Es gibt als Leitlinie dafür das wunderbare „Handbuch Mobilstationen NRW“, das mit Unterstützung des Ministeriums Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr erstellt worden ist - ich glaube, das heißt jetzt „Heimatmuseum“ - und in dem alle Funktionen ausführlich beschrieben sind, die eine solche Station tatsächlich zu einem funktional-hochwertigen Baustein der Stadtentwicklung machen. Denn Stadtentwicklung heißt nicht nur, Wohnorte und Bauwerke zu schaffen, sondern auch dem sich ständig entwickelnden Verhalten der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen.

Der Modal Split ist ein Teil davon; verschiedene Verkehrsmittel werden miteinander kombiniert, damit man möglichst schnell und bequem von A nach B kommt, aber auch möglichst klimaschonend, und für die verschiedenen Verkehrsmittel braucht es Raum - sei es für Radabstellanlagen, für Leihfahrräder, Lastenräder, Elektroroller, Car-Sharing-Angebote, Ladestationen oder Fahrpläne des ÖPNV. Denn die ganze Information und Informationstechnologie, die man für ein solches Verhalten braucht, gehören natürlich auch in eine solche Station hinein. Das ist durchaus auch High-Tech, was dort verlangt wird.

Herr Sterck, ich denke zum Beispiel auch an vernünftige Stadtpläne, die dort mal hängen könnten, die auch an vielen Ecken dieser Stadt fehlen. Dazu gehören zum Beispiel auch das Brötchen und der Kaffee, den ich mir morgens dort holen kann, oder Gepäckschließfächer oder eine Station von Paketzustellern, bei der man abends seine Päckchen abholen kann.

Mobilstationen sind Aufenthaltsorte und Orte der Begegnung. Ja, und wenn es dann auch noch ein Übernachtungsangebot in den oberen Geschossen gibt, so ist das sicherlich sehr begrüßenswert und geht sogar weit über die Forderung des Standards einer Mobilstation hinaus. Deshalb freue ich mich über breite Unterstützung an dieser Stelle für ein neues Konzept an einem solch herausragenden Standort wie dem Bahnhof Deutz. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Nur kurz vom Platz aus: Sehr gern tragen wir diesen Antrag mit.

Zur Historie von uns: Wir wollten dieses Casino nie. Wir wollen es auch heute nicht, und wir sind froh, wenn wir es vielleicht an den Stadtrand schieben können. Der arme Flughafen tut uns dann natürlich leid, was er da alles aufnehmen muss: den Kalkberg, das Casino etc. Aber Glücksspiel und so ein Casino sind kein Vergnügen, das ist kein Spaß. Ich habe es vor einigen Jahren hier schon einmal gesagt: Viele haben Bilder von James Bond etc. im Kopf. Es geht hier ganz knallhart um Automatensucht. Das Automatenspiel ist das Spiel, das das höchste Suchtpotenzial unter den Glücksspielen hat. Das hat bei uns in Köln nichts zu suchen.

(Zuruf: Aber am Flughafen?)

Wenn wir es wenigstens aus Deutz und der Messe herausbekommen, dann ist das schon einmal ein Erfolg, und dann hoffen wir, dass es am Flughafen endgültig scheitern wird. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag gelesen habe, hat es bei mir auch geklingelt; denn das Stichwort „Flughafen/Spielbank am Flughafen“ hatte ich irgendwo schon einmal gehört. Es liegt zwar lange zurück, aber in der Tat - wir haben es eben schon gehört - gab es einen Ratsbeschluss am 15.12.2005. Mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und der FDP wurde damals beschlossen, dass die Verwaltung beauftragt wird - jetzt zitiere ich -, „unverzüglich alle notwendigen Schritte zur Erlangung einer Zulassung für eine öffentliche Spielbank im Bereich der Stadt Köln gegenüber dem Land NRW einzuleiten“.

Ferner wurde die Verwaltung an dieser Stelle beauftragt, geeignete Standorte zu prüfen, darunter - Sie ahnen es bereits - der Flughafen Köln-Bonn. Das Thema ist an der Stelle also überhaupt nicht neu.

Es hat dann einige Jahre gedauert - 2013 war es, bis die Lizenz erteilt wurde -, und noch einige Jahre später haben wir dann im Jahr 2016 den Ottoplatz als den richtigen, den tauglichen Standort beschlossen, und seitdem harren wir der Dinge, aber Entwicklungen dauern in Köln leider manchmal etwas länger.

Kaum wird es dann in der Tat etwas holprig, springen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier von der Stange und wollen den Standort Deutz einfach mal so aufgeben und den Standort Flughafen Köln-Bonn wieder ins Spiel bringen. Darauf muss man erst einmal kommen.

Eines muss doch klar sein: Ein Casino am Flughafen Köln-Bonn macht aus Sicht des Betreibers heute keinen Sinn mehr. 2015 hatte immerhin noch der Flughafen Interesse signalisiert, aber jetzt sind einige Jahre ins Land gegangen und auch die Entwicklung am Flughafen ist nicht spurlos an diesem vorübergegangen. Zudem sind die Planungen dort auch deutlich weiter. Deswegen ist es heute deutlich schwieriger, dort eine Spielbank wirtschaftlich sinnvoll zu integrieren. Aus diesem Grund sind wir von einer Zustimmung des Flughafens - auch das habe ich noch einmal hinterfragt - noch meilenweit entfernt, geschweige denn, dass sie tatsächlich in Aussicht steht.

Hier deswegen heute Fakten zu schaffen - auch in diesem Fall zulasten des Flughafens - ist kein guter Umgang mit diesem Partner, weshalb wir das ablehnen.

Gleiches gilt auch im Umgang mit dem Partner WestSpiel. Mir ist völlig schleierhaft, unter welchen Bedingungen WestSpiel mit einem Alternativstandort wie dem Flughafen Köln-Bonn einverstanden sein soll. Geschäftsgrundlage für die bisherigen Verhandlungen war doch immer, dass der Standort innerstädtisch nah sein muss. Es ist dann zwar nicht die Cäcilienstraße geworden, wie ursprünglich mal geplant, sondern der Ottoplatz, doch ist das ein zentraler Standort, was man vom Flughafen Köln-Bonn nun einmal nicht sagen kann, was auch gut so ist; denn wir wollen den Flugverkehr nicht mitten in der Stadt haben.

Wenn Sie den Standort Deutz jetzt aufgeben, drehen Sie das Rad auf null. Das muss allen klar sein und auch ehrlich gesagt werden. Da sind die LINKEN mit ihrer Haltung, auch wenn ich sie nicht teile, deutlich klarer in dem, was sie hier an Ansagen machen, und Sie sind es, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der CDU und Grünen, an der Stelle nicht.

„Wir wollen keine Spielbank mehr!“, das ist Ihre Botschaft. Wir sind der Meinung, dass eine Spielbank für Köln nach wie vor wichtig ist. Warum? - Weil sie immerhin Einnahmen in Höhe von rund 4,5 Millionen Euro für diese Stadt bedeutet. Diese würden dann ausbleiben. Zudem werden neue Arbeitsplätze geschaffen, über die man auch nicht hinweggehen dürfte.

Eines darf man an der Stelle auch nicht vergessen: Die Spielbanken dienen auch dazu, ein legales Angebot für die Bevölkerung vorzuhalten. Auch das ist ein Auftrag, den WestLotto im Auftrag der Politik hat. Köln bekleckert sich nun einmal gerade nicht mit Ruhm bei der Umsetzung des neuen Glücksspielstaatsvertrages. Die Aufgabe einer offiziellen, einer landeseigenen Spielbank ist eben dann die fehlende Alternative zu den unerlaubten Glücksspielen, die oft keine Standards hinsichtlich Jugendschutz oder gegen Glücksspielsucht einhalten.

Nach all dem halte ich fest, dass Ihr Antrag in die völlig falsche Richtung geht. Sie beerdigen hier klammheimlich den Standort Köln für eine Spielbank, trauen sich aber nicht, es den Kölnerinnen und Kölnern einfach klar zu sagen und ihnen reinen Wein einzuschenken. Deswegen wollen Sie mit diesem Antrag das an den Rand verschieben und am Ende des Tages beerdigen. Wir sind dagegen und lehnen das ab.

Herrn Greitemann würde ich bei der Gelegenheit gern einmal fragen, ob er denn überhaupt Planungskapazitäten hat, mit diesem Grundstück am Ottoplatz sinnvoll umzugehen, dass dort schnell etwas passiert. Ich kann mir das nicht vorstellen. Wir sind der Überzeugung: Ein richtiger Platz für eine Spielbank in Köln ist am Ottoplatz; denn er ist zentrumsnah. Wir lehnen Ihren Antrag ab und würden uns freuen, wenn hier möglichst viele diesem Vorschlag folgen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein Spielcasino fördert die Glücksspielsucht. Die Konsequenz muss deshalb sein: Kein Casino in Köln - weder in Deutz noch am Flughafen!

(Beifall bei der LINKEN)

Deutz möchten Sie heute mit diesem Antrag beerdigen. Aber warum der Flughafen? - Dazu haben Sie überhaupt keine Begründung geliefert - weder die Grünen noch die CDU. Unser Antrag wurde als kurzsichtig dargestellt, Frau De Bellis. Das ist er nicht. Er ist auch nicht weitsichtig. Er ist nämlich ganz klare Kante: Wir sind weder für ein Spielcasino in Deutz noch am Flughafen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Zimmermann hat es schon kurz dargestellt, deswegen wundert es mich, dass er jetzt überhaupt für den Alternativstandort Flughafen mitstimmt. Herr Zimmermann, Sie haben es dargestellt: Spielautomaten machen den Großteil eines Spielcasinos aus. Es ist zu erwarten, dass ein Kölner Spielcasino zu 60 Prozent mit Automaten bestückt wäre. Gerade das Spielen am Automaten ist die Form der Glücksspielsucht, die am weitesten verbreitet ist, und nicht, wie Sie es schon dargestellt haben, à la James Bond: Ich bin reich und habe genug Geld. Nein, ganz im Gegenteil. Es sind Menschen, die dadurch in ganz prekäre Situationen kommen.

Gern wird vorgebracht, dass ein Teil der Gewinne aus dem Spielcasino eingesetzt wird, um gegen die Glücksspielsucht vorzugehen. Meine Damen und Herren, auf eine derartige Argumentation sollten wir uns nicht einlassen. Eine Sucht zu fördern, um mit dem eingenommenen Geld gegen diese Sucht vorzugehen, ist doch absurd und verrückt. Das kann man doch als Stadträte gar nicht wollen!

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das Spielcasino nach Köln zu holen, wurde damals als großer Coup dargestellt. Die Stadt würde von der Spielbankabgabe profitieren, der defizitäre Kölner Haushalt erhielte neue Einnahmen. Diese Hoffnungen sollten Sie deutlich herunterschrauben. Im Handlungskonzept „Glücksspielsucht“ können Sie lesen, dass die Spielbankabgabe in Bad Oeynhausen in 2012 etwa 3,4 Millionen Euro betrug. Der Anteil der Stadt an dieser Abgabe ist aber gering. Gerade einmal 12 Prozent der Abgabe flossen in den städtischen Haushalt; das sind circa 400 000 Euro.

Meine Damen und Herren, es gibt keinen guten Grund, eine Spielbank in Köln anzusiedeln. Wir sollten dieses Projekt hier und jetzt sofort beerdigen und auch nicht über einen Alternativstandort am Flughafen nachdenken.

Einen guten Punkt sehen wir allerdings im Antrag der CDU, Grünen und GUT: Der Deutzer Bahnhof braucht dringend einen Mobilitätshub, um die Verkehrsträger des Umweltverbundes miteinander zu verbinden. Für den Rest der Fläche finden wir allerdings eine ansprechende Grünfläche städtebaulich deutlich sinnvoller als die nächste Büronutzung.

Also nutzen Sie heute die Gelegenheit und beerdigen Sie das Spielcasino in Köln! So etwas brauchen wir hier nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mei-

ne Damen und Herren! Ich muss sagen, ich bin sehr traurig über diesen Antrag und auch über die eine oder andere Rede, die ich hier gehört habe: von Teresa De Bellis und von Sabine Pakulat. Das hörte sich mehr nach einer Bewerbungsrede für die Mitgliederschaft im Stadtverhinderungsausschuss an als nach etwas, was wir eigentlich in dieser Stadt hier bewegen wollen.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD] - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grundsatzdebatte, ob Spielcasinos aus Suchtpräventionsgründen sinnvoll sind oder nicht, die gehört - Entschuldigung - nicht in diesen Stadtrat. Die können Sie gern Ihren Kollegen und Kolleginnen im Landtag Nordrhein-Westfalen mitgeben, die diese Lizenz entsprechend geschaffen haben. Es wird genug andere Städte geben, die sich danach die Finger lecken, wenn wir in Köln die Sache hier in der Form versauen.

Ja, meine Damen und Herren, es ist kompliziert bei der WestSpiel - das kann man nicht anders sagen. Aber warum gerade wir als Rat der Stadt Köln einen Investor, der 4,5 Millionen Euro in die Stadtkasse spülen will, aus der Stadt treiben müssen, entzieht sich meiner Kenntnis. Das verstehe ich nicht.

Dann wird gesagt, es soll zum Flughafen verlagert werden - wohin wir gern die Dinge schieben, die wir sonst nicht haben wollen, vom Fernbusterminal angefangen bis zum Hubschrauberlandeplatz; die Debatte haben wir gerade geführt.

(Beifall bei der FDP)

Wie kommen wir als Rat der Stadt Köln dazu, einem Investor - als solchen betrachte ich das hier - eine Vorschrift zu machen, wo er am besten sein Geschäft machen kann. Das ist Planwirtschaft, meine Damen und Herren. Da sollte sich die Politik aus meiner Sicht heraushalten.

Der Kollege Joisten hat gesagt, dass die Prüfung schon durchgeführt worden ist. Da war vielleicht die Situation des Flughafens noch eine andere. Was sind das denn für Kunden, die da kommen sollen? Fliegen die vielleicht von London ein, haben zwei Stunden Aufenthalt am Köln-Bonner Flughafen, bis die Maschine nach Bangkok geht? Sind das die Leute, die wir hier erreichen wollen? Gibt es die überhaupt? Oder sind das Bundesbedienstete, die vielleicht nach der Woche in Berlin Freitagabend zurückkommen und noch irgendwie ihren Wochensold dort einsetzen sollen? - Meine Damen und Herren, diese Kunden gibt es doch an unserem Flughafen gar nicht.

(Beifall bei der FDP)

Das können Sie vielleicht in Frankfurt machen oder so; vielleicht noch in Düsseldorf. Entschuldigung, wenn ich das sage, aber dafür ist doch der Köln-Bonner Flughafen mit dem Wegfall der Fernstrecke nicht ausgelegt. Es ist doch vollkommen illusorisch, Kunden für ein Spielcasino am Flughafen zu treffen.

Deswegen ist es ganz klar: Das ist hier eine Beerdigung zweiter Klasse. Damit ist die Sache tot. Sie wollen es nur nicht entsprechend so entscheiden, sondern Sie lassen es dann einfach in dieser Form totlaufen.

Es ist das Traurige, dass wir diese Entscheidung - natürlich ist in Düsseldorf eine Diskussion, was man mit WestSpiel macht - nicht den Düsseldorfern überlassen, sondern das denen jetzt in dieser Form abnehmen.

Vor allem für welche Alternative? Was wird hier vorgeschlagen für dieses Filetgrundstück? Das ist wirklich das Beste, was wir in Köln haben am ICE-Terminal.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da haben wir aber bessere Grundstücke!)

In 48 Minuten sind Sie am Frankfurter Flughafen. Das ist wirklich das Beste, das Teuerste, was wir haben. An der Stelle ist es ja toll, dass hier der Vorschlag kommt, wir können entsprechend Gras aussäen und dort eine Grünfläche schaffen - ja, wunderbar -, oder andere - Entschuldigung, wenn ich das sage - Mindernutzungen. Hier wird gesagt: Dort kann man sich morgens schön Brötchen kaufen. - Das hat die liebe Sabine Pakulat gesagt. Ich meine, wir sind direkt am Deutzer Bahnhof. Da kann man sich seine Brötchen kaufen. Parkplätze haben wir an der Lanxess-Arena genug - zu Hunderten, zu Tausenden -, die man dafür entsprechend nutzen kann. Ja, was glauben Sie denn, welches Hotel oder welches Motel One bereit ist, die teure Gründung auf der U-Bahn zu bezahlen? - Die Büros sind in der Messe-City noch nicht mal komplett vermietet und verkauft, da wollen Sie hier schon den nächsten Standort schaffen. Das sind im Grunde alles Mindernutzungen.

Wenn Sie heute kommen und sagen würden: „Wir haben eine super Idee, wir haben eine super Konzernzentrale, die wir hier entsprechend ansiedeln wollen, aber dafür brauchen wir das Grundstück, dafür ist uns die WestSpiel zu lang-

sam“, dann wäre ich bei Ihnen. Aber jetzt zu sagen, wir säen Gras auf diesem teuren Grundstück aus, das kann es wirklich nicht sein, meine Damen und Herren. Sie haben sich eigentlich verpflichtet, Schaden von der Stadt Köln fernzuhalten. Wenn Sie das heute hier beschließen, fügen Sie der Stadt Köln Schaden zu.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Schließlich sind die 4,5 Millionen Euro jährlich weg, und die können Sie in Ihre nächste Haushaltsplanberatung entsprechend einbuchen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt? - Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen.

Ich will das jetzt hier nicht verzögern. Ich könnte die ersten beiden Punkte mit Ihnen stimmen, aber ich halte die Grünfläche dort auch nicht für richtig. Ich wollte zumindest mein Abstimmungsverhalten erklären. Ich bin aufgrund meiner Jahre als Gesundheitsdezernentin auch nicht der Meinung, dass wir hier ein solches Spielcasino brauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich lasse erst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen, bei dem ich mich enthalten werde. Gibt es Stimmen für diesen Änderungsantrag? - Das sind DIE LINKE und die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag von CDU, Grüne und GUT abstimmen. Hier frage ich nach Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Gegenstimmen? - Das sind die SPD, DIE LINKE, FDP sowie Frau Gerlach und Herr Wortmann. Dann ist das angenommen.

(Beifall bei der LINKEN)

I. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat der Stadt Köln spricht sich gegen die Schaffung eines Spielcasinos in Köln aus. Die diesbezüglichen Gespräche mit der WestSpiel GmbH werden beendet.*

2. *Der Beschluss zur Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens, Arbeitstitel: "Casino Köln" in Köln-Deutz [2263/2016] wird aufgehoben.*

3. *Das Grundstück in Deutz verbleibt im Eigentum der Stadt Köln. Das Grundstück wird als ansprechende Grünfläche gestaltet, in die ein Mobilitäts-Hub eingebettet wird.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung von Frau Oberbürgermeisterin Reker abgelehnt.

II. Ursprungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der

Gruppe GUT

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. *die in den Mitteilungen [1404/2019] und [1090/2019] angekündigten Gespräche mit der WestSpiel GmbH mit dem Ziel zu führen, am Standort Deutz nicht länger die Errichtung einer Spielbank zu planen und den Flughafen Köln/Bonn als Alternativstandort auf Kölner Stadtgebiet in die Gespräche mit der WestSpiel GmbH einzubringen.*

2. *die Aufhebung des Beschlusses über die Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens, Arbeitstitel: "Casino Köln" in Köln-Deutz [2263/2016] einzuleiten.*

3. *das Grundstück im Wege einer Konzeptvergabe, die eine gewerbliche Nutzung (Hotel, Büro, etc.) sowie einen Mobilitäts-Hub vorsieht, zu vermarkten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP sowie von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Mietendeckel jetzt!“ AN/0971/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und von RM Gerlach AN/1044/2019

Ich gebe Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Seit der „Leben in Köln“-Umfrage zum Wohnen 2016 ist klar: Der Kölner Wohnungsmarkt ist heftig. Bereits im Jahre 2016 lag bei frei finanzierten Wohnungen die Bruttowarmmiete bei 35 Prozent vom Haushaltseinkommen. Je niedriger das Einkommen, desto höher sind die Mietbelastungen. Der Bericht kommt zu folgendem Ergebnis - ich zitiere -:

> Haushalte mit weniger als 1.000 Euro Nettoeinkommen [haben] eine Mietbelastung von 54 % […]. In Stadtteilen mit unterdurchschnittlicher Nettokaltmiete ist die Mietbelastung dennoch hoch - dies vor allem in Chorweiler: Hier lag die durchschnittliche Nettobelastung bei 52 % des Haushaltseinkommens.

So viel aus dieser Umfrage.

Das, meine Damen und Herren, sind Zahlen aus 2016. Seitdem sind die Mieten stärker gestiegen als die Einkommen in den letzten Jahren. Die Kölner Baulandpreise beim Geschosswohnungsbau sind gegenüber 2018 - also ganz aktuelle Zahlen - um 15 Prozent gestiegen. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass wir in den nächsten Jahren eine enorme Mietpreissteigerung bekommen werden.

10,90 Euro beträgt die Durchschnittsmiete in Berlin, aber auch in Köln. Berlin hat einen Mietendeckel, Köln nicht. In den letzten fünf Jahren ist die Miete in Berlin um circa 50 Prozent gestiegen, in Köln immerhin um 18 Prozent. Deshalb fordern wir einen Mietendeckel für Köln und die Landesregierung auf, hierfür die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, insbesondere für Wohnungen, in denen die Mieter mehr als 30 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommen zahlen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns nichts vormachen: Wenn wir in Köln nicht die GAG, die WSK und einen kleinen Bestand an städtischen Wohnungen hätten, wäre die Lage noch dramatischer. Diese 45 000 Wohnungen und die Wohnungen der Genossenschaften stabilisieren insgesamt den Kölner Wohnungsmarkt. Aber dieser Anteil an allen Wohnungen ist noch zu klein, um ein starkes Gegengewicht zu bilden. Ich finde den Vorschlag des Berliner Baustadtrates Schmidt von den Grünen sehr sympathisch, der dafür eintritt, dass in Berlin 50 Prozent des Wohnungsbestandes in kommunaler Hand sein müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil die GAG gute Arbeit macht, wollen wir einen generellen Mietendeckel, der vor allem für die freifinanzierten Wohnungen angewendet wird, und eine Ermäßigung für alle Mieterinnen und Mieter, wenn der Mietzins höher als 30 Prozent des jeweiligen Nettoeinkommens ist. Wir gehen davon aus, dass die Weniger-Einnahmen durch die Reduzierung der Gewinnausschüttung kompensiert werden könnten. Das heißt, die GAG muss nicht mit weniger Einnahmen rechnen, die GAG könnte mehr Wohnungen bauen.

Deswegen, meine Damen und Herren: Das, was die Deutsche Wohnen in Berlin kann oder vorgegeben hat zu können, kann die GAG allemal.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

In der letzten Woche hat der *Express* eine Online-Umfrage zum Mietendeckel durchgeführt. Die Umfrage war nicht repräsentativ, aber interessant ist sie doch, da sich nämlich 60 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für einen Mietendeckel ausgesprochen haben. Die Idee vom Mietendeckel kommt von der SPD in Berlin. Grüne und LINKE haben in Berlin dann mitgemacht. Sogar die NRW-SPD ist für einen Mietendeckel. Sebastian Hartmann fordert einen Mietendeckel, um - ich zitiere - „Zeit für den Bau von mehr Wohnungen zu bekommen“.

Ich finde, es ist ein sehr wichtiges Argument - den Mietendeckel auf einen Zeitraum von fünf Jahren reduziert - zu sagen: Wir brauchen das jetzt in dieser Phase, wo zu wenig gebaut wird. Das betrifft Köln auch. Verschiedene Grundstücke werden für den Mietbau vorbereitet. Da wäre diese Argumentation der Zeitverzögerung meines Erachtens ein richtiges Argument.

Meine Damen und Herren, SPD, Grüne und LINKE haben in Bremen ebenfalls einen Mietendeckel beschlossen.

Lassen Sie mich zum Schluss Folgendes sagen - ich bin gespannt auf die Argumente der Grü-

nen; bei der SPD weiß ich das ja, die Argumente liegen durch einen Änderungsantrag vor -: Ich finde, diese Argumente helfen uns nicht weiter. Wir werden Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen. Wir haben mit der GAG ein gutes Wohnungsunternehmen, das eine super Arbeit macht. Warum sollen wir nicht versuchen, die GAG als Vorbildfunktion in dieser Auseinandersetzung in der Stadtgesellschaft zu gewinnen und einzusetzen?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube, das ist doch das entscheidende Argument und die entscheidende Möglichkeit, tatsächlich einen Mietendeckel umzusetzen und entsprechend auch anzuwenden. Deswegen ist, glaube ich, Ihr Antrag verzagt und bringt uns nicht weiter. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was haben wir heute gesehen? - Keine Entscheidung gegen den Kalkberg, Wackelpolitik beim Casino-Standort, Stillstand beim Klimaschutz - ich sage nur: 1 Prozent CO_2-Einsparung statt der benötigten 50 Prozent -, keine Verkehrswende auf der Ost-West-Achse, ein ambitionsloser Luftreinhalteplan, der seinen Namen nicht verdient, und auch beim Wohnungsbau verfehlt die Ratsmehrheit aus CDU, Grüne und FDP seit Jahren die im StEK Wohnen festgestellten Ziele von 6 000 Wohnungen pro Jahr.

8 Prozent geförderte Wohnungen haben wir aktuell noch im Bestand. Das heißt, 42 Prozent der Kölner und Kölnerinnen, die eigentlich ein Anrecht auf eine geförderte Wohnung hätten, bekommen keine. Wir haben praktisch keinen Leerstand mehr beim freifinanzierten Wohnraum in Köln. Wir haben alleinstehende Personen in Einfamilienhäusern wie Witwen und Witwer, die auf 250 Quadratmeter leben, das ganze Haus heizen, weil sie gar nicht mehr aus dem Haus ausziehen können, weil es keine freien kleineren Wohnungen gibt. Auch das ist ein Problem der Wohnungspolitik, wo sie mit Klima zusammenkommt.

Wir haben Hunderte von Bewerbern auf eine einzige GAG-Wohnung im geförderten Wohnungsbau, und wir haben Studenten, die zu Semesterbeginn in Notschlafstellen im Keller der Universität übernachten. Zudem haben wir eine steigende Obdachlosigkeit. Meine Damen und Herren, wenn das kein Wohnungsnotstand ist, dann weiß ich es auch nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Für die SPD kommt deshalb in Köln für einen begrenzten Zeitraum auch ein Mietendeckel infrage. Ich denke, wir sollten das Thema unbedingt vorantreiben, um Wohnen bezahlbar zu machen. Dazu benötigen wir jedoch - vielen Dank, Herr Detjen, für die Klarstellungen; das erschien mir in Ihrem Antrag doch an einigen Stellen etwas missverständlich - eine gesetzliche Regelung, die für alle Vermieter gilt und nicht nur für diejenigen Akteure des Wohnungsmarktes - so, wie ich in Ihrem Antrag den Eindruck hatte -, die man sich herausgreift; denn das führt nicht weiter, sondern zu privilegierten Mietverhältnissen und zu Ungerechtigkeiten.

Auch reicht es nicht aus, die Mieten einfach nur einzufrieren. Aus diesem Grund ist unser Ansatz aus meiner Sicht auch etwas weitreichender.

Erstens. Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen in den Wohnungsmarkt. Die SPD-Ratsfraktion fordert seit einigen Jahren ein Wohnungsbauprogramm über 500 Millionen Euro für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Hier ist auch das Land gefragt, ein Unterstützungsprogramm aufzulegen, und zwar für Genossenschaften und kommunal-beherrschte Unternehmen im Wohnungsmarkt.

Zweitens. Bund und Land müssen Klarheit bei der Wohnungspolitik schaffen. Mietwohnungen in angestammten Wohnungsmärkten wie in Köln dürfen nicht weiter in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Hierzu gehört beispielsweise auch das Thema Luxussanierung und die Zweckentfremdung von Wohnraum, die beispielsweise auch durch touristische Vermietung über Airbnb gesetzlich klar bekämpft werden muss. Nur so schaffen wir es, bezahlbaren Wohnraum auch zu erhalten.

Drittens. Die kommunale Wohnungsaufsicht muss zu einem kraftvollen Interessensvertreter der Mieterinnen und Mieter werden. Je niedriger die soziale Stellung oder das Einkommen, desto weniger wissen Menschen um ihre Rechte und desto weniger setzen sie diese durch. Diese Menschen muss die Stadt unterstützen, sonst sind sie noch mehr abgehängt.

Eklatante Verstöße gegen das Mietrecht, wie zum Beispiel unberechtigte Mieterhöhungen, müssen durch das Einschreiten der Wohnungsaufsicht untersagt werden.

Herr Detjen, noch einmal vielen Dank für Ihre Initiative, die an unsere gemeinsamen Projekte anknüpft und wozu wir auch die Unterstützung der Grünen haben. Aber Sie wissen natürlich auch, dass wir mit der GAG eine Aktiengesellschaft haben, die nicht ohne Weiteres der Weisung des Rates unterliegt. Das ist ein Grund, warum wir hier mit unserem Antrag - wie Sie sagen - etwas zaghafter sind, weil wir einfach die rechtlichen Gegebenheiten beachten. Für uns ist auch die GAG nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Für uns auch!)

Das gilt ebenso für Wohnungsgenossenschaften und alle öffentlichen und privaten Vermieter, die eine umsichtige und soziale Mietenpolitik fahren. Deshalb darf es auch für die GAG keine Insellösung geben, zumal die GAG bereits heute bei den Mieterhöhungen sehr - sagen wir es einmal so - vorsichtig ist. Besser wäre es hier, wenn die Stadtverwaltung endlich mit einem qualifizierten und differenzierten Mietspiegel kommt, an dem sich Vermieter orientieren können. Wir sprechen uns bei der Nettokaltmiete für eine Belastungsgrenze von maximal 30 Prozent des Haushaltseinkommens aus. Das soll dann aber auch für alle Vermieter gelten.

(Niklas Kienitz [CDU] Und somit auch für die GAG?)

- Und somit auch für die GAG.

Daher ist unser Vorschlag eine verantwortungsvolle Mietenpolitik unter Berücksichtigung der Sozialbindung des Eigentums. Wir bitten die Oberbürgermeisterin, dieses Thema im Wohnungsbauforum der Stadt zu erörtern und mit dem Kölner Wohnbündnis eine entsprechende Vereinbarung zu treffen.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Lieber Herr Frenzel!

(Es ertönen Sprechchöre von der Zuschauertribüne: Klimanotstand jetzt! Klimanotstand jetzt! Klimanotstand jetzt! - Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut! Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut! Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Liebe Gäste von der Tribüne! Liebe Gäste, ich habe Sie gerade bewundert, wie viel Geduld Sie haben. Ich bitte darum, das jetzt nicht zu negieren!

(Weitere Zurufe von der Zuschauertribüne - Die Zurufer verlassen auf Aufforderung des Ordnungsdienstes die Zuschauertribüne)

Herr Weisenstein, mögen Sie bitte Ihre Zwischenfrage stellen?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Der Spannungsbogen ist jetzt ein bisschen heraus, aber ich probiere es trotzdem.

Lieber Herr Kollege Frenzel, es ist mit Sicherheit richtig, dass wir uns alle wünschen, dass der Mietendeckel für alle gilt. Ich bin aber bis dato davon ausgegangen, dass die Sozialdemokratie - ähnlich wie wir - ein kommunales Unternehmen auch stärker in der Pflicht sieht bei der Daseinsvorsorge. Ich denke, es müsste doch eigentlich Einigkeit darüber bestehen, dass das kommunale Unternehmen in erster Linie für Leute da ist, die sich nicht aus eigener Kraft am Wohnungsmarkt versorgen können. Da müsste doch die Frage des Mietendeckels bei der GAG mit finanzieller Unterstützung der Stadt - ganz klar -, nämlich Verzicht auf die Gewinnausschüttung, etwas sein, was die SPD unterstützt. Insofern meine Frage: Sie stehen doch dazu, dass Wohnungsversorgung für arme Leute ein Teil der kommunalen Daseinsfürsorge ist, oder nicht?

Michael Frenzel (SPD): Herr Weisenstein, natürlich stehen wir als SPD für die Wohnungsversorgung der Stadt und auch für die Daseinsvorsorge durch kommunale Unternehmen. Wir müssen allerdings Folgendes sehen: Die GAG ist eine Aktiengesellschaft. Sie ist keine städtische Beteiligung in dem Sinne, wie es der Stadtwerke-Konzern ist. Das können Sie bei der WSK machen. Bei der GAG müsste das entsprechend über den Vorstand und den Aufsichtsrat eingeführt werden. Ich würde es einmal so sagen: Gerade unter dem Gesichtspunkt der Sonderprüfung, die bei der GAG im Zusammenhang mit

dem Ankauf von Chorweiler läuft, halte ich das für eine relativ gefährliche Sache. Wir können das gern noch einmal diskutieren, aber ich wäre an der Stelle, ehrlich gesagt, vorsichtig. Im Ziel stimmen wir vollkommen überein, Herr Weisenstein.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- War das noch eine Frage?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin, ehrlich gesagt, sprachlos, wie sich hier die Kollegen Frenzel und Weisenstein besoffen reden.

Wir hatten vor der Debatte, lieber Michael, darüber gesprochen, dass der Fraktionsvorsitzende hier in die Bütt steigen und den Antrag begründen wird. Aber ich bin, ehrlich gesagt, sprachlos, welchen Blödsinn die Kollegen hier aus dem Aufsichtsrat der GAG verzapfen.

Ja, du lächelst jetzt auch, das ist auch richtig, weil es total entlarvend ist, wie ihr euch hier total betrunken redet über einen Mietendeckel, über Systeme, die ihr etablieren wollt, die jegliche ökonomische Grundlage, jegliche wirtschaftlichen Zusammenhänge komplett ausblenden - auch bei einer GAG.

Die GAG hat eine durchschnittliche Quadratmetermiete von ca. 7 Euro bei 40 000 Wohnungen. Habt ihr mal geschaut, wie das in Spanien war, als der Staat das reguliert hat? Habt ihr das mal recherchiert, wie das 20 oder 30 Jahre lang gewesen ist und was das heute noch für Auswirkungen hat? - Da gab es einen Mietendeckel, und keiner hatte Lust, in seine Wohnungen zu investieren. Niemand hat in seinen Bestand investiert. Die Eigentümer haben teilweise ihre Wohnungen gar nicht mehr am Markt angeboten. Warum? - Weil sich eine Investition überhaupt nicht mehr lohnte. Das blendet ihr aus.

Bezüglich der GAG, die wir dringend brauchen, um neue Wohnungen zu bauen, blendet ihr aus, dass wir über eine Eigenkapitalquote reden. Ihr blendet aus, dass wir hier gemeinschaftlich das Kooperative Baulandmodell Köln vereinbart haben mit einer Quote von 30 Prozent, wo wir geförderten Wohnungsbau machen. Ihr blendet bestimmte Mechanismen aus, dass wir zu einer Entspannung am Mietmarkt nur kommen, wenn wir das Angebot vergrößern, das heißt, wenn wir mehr Grundstücke zur Verfügung stellen. Ja, darüber können wir reden; wir hatten eben das Thema Erbpacht und dergleichen.

Diese ganzen Sachen werden komplett ausgeblendet, und man möchte sich jetzt staatlich reguliert überlegen: ab 30 Prozent des Gesamteinkommens. Wer kontrolliert das denn? Wer soll das denn kontrollieren? Was ist das denn für ein Wahnsinn, den ihr hier aufschraubt?

Ehrlich gesagt, ich bin völlig entsetzt, dass die Kollegen hier aus dem GAG-Aufsichtsrat diesem Unternehmen dermaßen in den Rücken fallen, einem Partner am Wohnungsmarkt.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Dann reden wir mal über die anderen: Der Berliner Markt hat eine Vonovia und Deutsche Wohnen usw. Der ist völlig anders strukturiert als der Kölner Markt. Der Kölner Markt zeichnet sich übrigens dadurch aus, dass wir alle miteinander im Wohnungsbauforum Köln sitzen und über die Sachen diskutieren. Zum Thema Erbpacht gab es einen hochintensiven und sehr inhaltlich geprägten Austausch, wie ich finde.

Sie treffen mit Ihrem Mietendeckel die Genossenschaften, die gern ihre Bestände erneuern, sanieren und gegebenenfalls auch barrierefrei umbauen wollen, weil eben - wir hatten das Beispiel gebracht - die älter werdenden Mieterinnen und Mieter vielleicht gern im Viertel wohnen bleiben wollen und eine barrierefreie Wohnung benötigen. Die Genossenschaft saniert das. Natürlich muss sie auch die Kosten umlegen; so ist das in einer sozialen, in einer freien Marktwirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN.

Sie blenden komplett aus, dass der Wohnungsmarkt in Köln so aufgestellt ist, dass wir hier sehr viele mittelständische und private Vermieter haben, die gar nicht diejenigen sind, die Sie eigentlich treffen wollen. Ja, Sie wollen die großen Heuschrecken - die Vonovia und so weiter - treffen. Aber die treffen Sie in Köln gar nicht. Sie treffen eine GAG, Sie treffen eine Ehrenfelder Wohnungsgenossenschaft, eine Kölner Wohnungsgenossenschaft. Die treffen Sie, und denen berauben Sie die wirtschaftliche Grundlage, um ihre Bestände nachhaltig zu bewirtschaften und in Schuss zu halten, Kolleginnen und Kollegen. Ich finde das entsetzlich. Ich finde es furchtbar, was Sie hier machen.

Ich hatte mir eigentlich mal aufgeschrieben: Mensch, wir haben doch so viele Sachen gemeinsam beschlossen: Kooperatives Baulandmodell, wir haben ein StEK Wohnen, was uns in den nächsten Jahren mehrere Tausend Wohneinheiten ermöglicht, wir haben große Bauvorhaben wie Deutzer Hafen, Parkstadt Süd, Kreuzfeld mit einem tollen Verfahren, das wir da angestoßen haben, wo wir mehrere Tausend Wohneinheiten am Markt haben werden, und zwar immer mit 30 Prozent gefördertem Wohnungsbau.

Ich verstehe es wirklich nicht, wie Sie alles vom Tisch wischen, was den Kölner Wohnungsmarkt ausmacht, nämlich ein partnerschaftliches Miteinander im Wohnungsbauforum. Ich kann den Kolleginnen und Kollegen der SPD nur sehr viel Freude wünschen bei der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen im Wohnungsbauforum. Die werden sich von Ihnen abwenden, das kann ich Ihnen versprechen. Mit denen bauen Sie keine neue Wohnung mehr. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Da hat sich mein Kollege aber ordentlich echauffiert.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Zu Recht!)

Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ein Mietendeckel für Köln, und schon sind alle Probleme gelöst. Auch wir Grüne sind der Meinung, dass es keinen Anspruch auf unbegrenzte Rendite gibt. Auch wir wollen dem Anstieg der Mietpreise entgegenwirken und die Qualität des Wohnens sichern. Das mag sich alles zwar erst einmal gut für potenzielle Wählerinnen und Wähler anhören, aber ist das Instrument des Mietendeckels wirklich das richtige?

Worum geht es eigentlich bei Ihrem Antrag und überhaupt beim Mietendeckel? - DIE LINKE blickt nach Berlin, wo die rot-rot-grüne Landesregierung sich auf Eckpunkte für einen Mietendeckel für Berlin geeinigt hat. Meines Erachtens gibt es den also noch gar nicht. Genauer: Dort dürfen die Mieten für fünf Jahre nicht erhöht werden, und überhöhte Mieten können sogar auf Antrag gesenkt werden. Bei Neuvermietung darf die Miete höchstens so hoch sein wie beim Vormieter. Auch Modernisierungen sollten künftig beschränkt werden. Wollen Vermieter die Kosten dafür auf die Mieter umlegen, brauchen sie eine Genehmigung, wenn die Miete dadurch um mehr als 50 Cent je Quadratmeter steigt. Insgesamt können davon in Berlin 1,6 Millionen Wohnungen betroffen sein. Berlin wäre das erste Bundesland in Deutschland mit Mieterhöhungsstopp.

Das Gesetz soll nach bisherigen Plänen bis 2020 in Kraft treten. Um zwischenzeitliche Mieterhöhungen zu verhindern, soll es rückwirkend ab dem Senatsbeschluss vom 18. Juli 2019 gültig sein. Bei Verstößen sollen Geldbußen von bis zu 500 000 Euro möglich sein. - So die Ausgangslage in Berlin.

In Bremen hat die rot-grün-rote Landesregierung einen Vorbehalt im Koalitionsvertrag formuliert, man könne sich auch vorstellen, einen Mietendeckel für Bremen oder für einzelne Stadtteile zu erlassen, wolle aber zuvor die Erfahrungen in Berlin auswerten, was meines Erachtens ziemlich klug ist.

Welche Rückmeldungen gibt es auf den Vorstoß aus Berlin? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, die einen kommen zu dem Schluss, dass der Mietendeckel verfassungsrechtlich bedenklich oder sogar verfassungswidrig sei, gegen die Berufsfreiheit gewerblicher Vermieter und gegen das Grundrecht der Vertragsfreiheit verstoße. Einige wollen sogar klagen. Sie meinen, ein Erschweren der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, ein Kündigungsschutz für Seniorinnen und Senioren, mehr Schutz vor Luxusmodernisierung oder höhere Hürden für Eigenbedarfskündigung seien wesentlich fokussierter als ein Mietendeckel. Andere wiederum beziehen sich auf die Föderalismusreform von 2016 und meinen - Zitat -:

> Preisrechtliche Vorschriften, die durch sozialpolitische Ziele legitimiert werden, sind aber verfassungsrechtlich nicht ausgeschlossen.

Zu welcher Bewertung kommen wir Grüne? - Wir sehen folgende Gefahren: Qualitativ schlechtere und schlechte Wohnungen werden innerhalb der 5-Jahres-Frist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht renoviert. Das sehen Genossenschaften genauso. Dadurch verschlechtert sich die Wohnsituation für den Mieter weiter, die Bausubstanz wird dadurch auch nicht besser. Anschließend sind die Baukosten gestiegen, wie die Erfahrung zeigt, und stärkere Mieterhöhungen wahrscheinlich die Folge.

Energetische Sanierungen, die für uns Grüne immer ein wichtiges Thema sind, fallen ganz unter den Tisch. Durch den Mietendeckel wird keine einzige Wohnung mehr geschaffen. Die Gefahr besteht, dass die Entwicklung hin zum Bau von Eigentumswohnungen und weg vom Mietwohnungsbau verläuft. Also wird der Bestand an bezahlbarem Mietraum nicht größer, sondern im Verhältnis eher kleiner.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zum Punkt 3: GAG. Ich frage mich, wieso Sie denn die GAG knechten wollen. Das ist bei uns die Gesellschaft, die baut und dann auch noch den größten Anteil an Sozialwohnungsbau macht.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Fazit: Der Mietendeckel ist unter Fachleuten umstritten, die Rechtslage also völlig offen, was aus unserer Sicht sinnvollerweise darauf hinauslaufen sollte, eine Klärung abzuwarten, anstatt einen populistischen Schnellschuss zu machen.

Von daher lehnen wir als grüne Fraktion diesen Antrag der LINKEN ab, folgerichtig auch den Änderungsantrag der SPD. Wir setzen stattdessen bis zu einer Klärung weiterhin auf bereits beschlossene kommunale Instrumente, unter anderem im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes „Wohnen“ - mein geschätzter Kollege hat es schon gesagt - und im Rahmen des Kooperativen Baulandmodells, die zum Beispiel wären: verbilligte Vergabe von Grundstücken nach Konzept, die sogenannte Konzeptvergabe, vor allem an Genossenschaften und Baugemeinschaften, die besondere soziale und kulturelle Leistungen vollbringen, intensivere Nutzung des Vorkaufsrechts, mehr Baulandvergabe in Erbpacht sowie Nutzung der im kommunalen Bau- und Planungsrecht vorgesehenen Baupflicht innerhalb einer bestimmten Frist.

Insgesamt setzen wir Grüne auf Bundesebene auf die Wiedereinführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit, wie es sie bis 1989 in Deutschland gab und in Österreich gibt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Livestream!

(Heiterkeit)

Ja, wir haben einen der weiteren Höhepunkte unserer Debatte, nachdem wir eben über den Pflegenotstand, zwischendurch über den Verkehrsnotstand gesprochen haben und jetzt über den Wohnungsnotstand sprechen. Aus dem Giftschrank - das kann ich hier ruhig sagen - linker Wohnungspolitik kommt nun - über Berlin und Bremen letzte Woche beschlossen - in Köln auch der Mietendeckel an. Da hört man, wie die Genossen von ganz links mit den Genossen aus der linken Mitte sagen: Ihr habt doch eigentlich das gleiche Ziel; das können wir in Berlin, das können wir auch in Bremen, warum machen wir das nicht in Köln? - Aber so einfach ist es nicht; denn der Mietendeckel weist eine Reihe von Schwierigkeiten auf, auf die ich mir jetzt erlaube hinzuweisen.

Erstens. Laut wissenschaftlichem Dienst des Deutschen Bundestages - ja, das ist der gleiche wissenschaftliche Dienst, der auch schon die Unwirksamkeit der Ausländermaut von Herrn Scheuer vorhergesagt hat - steht den Ländern überhaupt nicht die Gesetzgebungskompetenz für Fragen der Mietpreise zu. Das ist Zivilrecht, das lernt ein Jurastudent im ersten Semester: Das gehört zur Kompetenz des Bundes und nicht der Länder. Insofern werden die Berliner, denke ich, ohnehin noch zittern. Soweit ich informiert bin, wurden dort auch schon Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt.

Zweitens. Es entsteht durch den Mietendeckel keine einzige neue Wohnung.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen gar nicht nach Spanien zu schauen, es reicht schon, lieber Niklas, ein Blick in unsere Partnerstadt Barcelona.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist in Spanien!)

- Ich weiß. Aber mein Freund, ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen: Bevor wir uns in Andalusien oder sonst wo herumtummeln, können wir uns bei unseren Schwestern und Brüdern in Barcelona erkundigen.

Die Oberbürgermeisterin kann das demnächst vielleicht von Amt zu Amt und sich bei ihrem Amtsbruder oder ihrer Amtsschwester in Barcelona erkundigen, dass dort keine einzige neue Wohnung entstanden ist. Ganz im Gegen-

teil. Der Wohnungsbestand ist im Inventar und in der Ausstattung sehr stark nach unten gegangen. Ein Desaster für den dortigen Wohnungsmarkt!

Drittens. Wir können uns aber auch schon ein erstes Bild aus Berlin machen. Die Berliner Handwerkskammer ist zwar nicht unverdächtig, hat aber letzte Woche eine Statistik veröffentlicht, wonach die Handwerker schon mit Auftragsstorno zu tun bekommen, weil viele Investoren schlicht kein Geld mehr in die Hand nehmen ob des drohenden Mietendeckels.

Viertens. In Barcelona und auch in Berlin kann man beobachten - auch in anderen Städten, in denen ein Mietendeckel eingeführt wurde -, dass die Ankündigung eines Mietendeckels bereits genügt, um kurzfristig Preiserhöhungsmechanismen in Gang zu setzen. Das können Sie nicht wollen. Deswegen ist der Mietendeckel ungeeignet.

Fünftens. Sie treffen nicht die großen bösen internationalen Wohnungsbaukonzerne, sondern Sie treffen zu 50 Prozent den SPD-Facharbeiter, der bei Ford gearbeitet hat, der sich in der Gartenstadt in Köln Longerich, in der ich wohne, eine Wohnung zur Altersvorsorge gekauft hat und der jetzt damit rechnen muss, dass er aufgrund des Mietendeckels der LINKEN enteignet wird. Das ist ein Stück soziale Ungerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Herr Detjen, dass das aus Ihrem Mund kommt, kann ich nicht verstehen.

Erkundigen Sie sich bitte, liebe Genossen von der halben linken Seite, bei Ihren Freunden, bei dem Facharbeiter, die Privateigentum in ein Häusle investiert haben, die jetzt Angst haben müssen, dass sie dieses am Markt nicht mehr platziert bekommen. Das ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, über die wir hier reden.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Last, but not least: Die evangelische Kirche hat - das wissen wir aus Gesprächen - schon angekündigt, dass viele Wohnungsprojekte, die von der evangelischen Kirche in Köln unterstützt werden, bei einem Mietendeckel nicht mehr vorangetrieben werden können, weil sie immer nur auf kurze Frist finanziert sind. Wenn sie plötzlich damit rechnen müssen, dass Investitionsstau behoben werden muss oder Zinsen erhöht werden, dann können diese finanziellen Belastungen ebenfalls nicht weitergehen.

Also, Herr Detjen, der Griff in die linke Berliner-Bremer Mottenkiste verfängt sich. Lassen wir den Mietendeckel dort, wohin er gehört: im Giftschrank. Keine einzige Wohnung wird dadurch gebaut, und wir brauchen neue Wohnungen. Deswegen: Bitte dem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich mache das jetzt vom Platz aus. Ich habe mich auch nur bemüßigt gefühlt, mich noch einmal zu Wort zu melden, weil ich den Eindruck hatte, dass Herr Kienitz doch das eine oder andere sehr emotional aufgenommen hat. Insofern möchte ich das vielleicht noch einmal richtigstellen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das wird nicht gelingen!)

Ich weiß nicht ganz, welche Rede Sie eben mit Ihrer - „Ausbruch“ will ich es nicht nennen - doch emotionalen Rede gemeint haben. Ich hatte den Eindruck, ich habe es sehr klar gemacht, dass wir als SPD für die GAG eintreten und die GAG auch als wichtigen Stabilisator für den Wohnungsmarkt in Köln sehen und deshalb einem einseitigen Vorgehen gegen bestimmte Vermieter bzw. einer Einbindung bestimmter Vermieter in ökonomische Prozesse, die wir nicht für sinnvoll halten, nicht zustimmen - anders als die Kollegen von der LINKEN das gesagt haben. Insofern noch einmal sehr eindeutig: Wir sind gegen eine einseitige Belastung der GAG.

Frau Heuser, zur Ihrer Aussage „die GAG knechten“: Das haben wir in der Tat überhaupt nicht vor. Das war, glaube ich, auch nicht auf unseren Änderungsantrag gemünzt. Im Gegenteil. Unser Änderungsantrag war wahrscheinlich von dem gleichen Eindruck geprägt wie der, den Sie als Grüne hier auch in Ihrer Rede vorgebracht haben.

Natürlich ist es richtig, dass keine einzige Wohnung mehr durch den Mietendeckel entsteht. Das ist aber auch nicht Sinn der Sache. Sinn der Sache ist, dem Notstand, den wir aktuell in der Stadt haben, zu begegnen, und zwar dem Notstand, der sich in den Portemonnaies der Mieter äußert. Das ist der Grund, dass wir dann gesagt haben: Wir wollen eben genau dieses Woh-

nungsbauförderungsprogramm mit 500 Millionen Euro, um den Wohnungsneubau zu befeuern.

Ich möchte Sie auch auf Folgendes hinweisen: Der eine oder andere wird vielleicht auch diese Zeitschrift des Haus- und Grundbesitzerverbands in seinem Briefkasten haben. Da gab es in der aktuellen Ausgabe einen sehr interessanten, lesenswerten Bericht über die aktuellen Initiativen in Bayern: Volksbegehren für den Mietendeckel. Die haben das relativ sauber abgeschichtet und gesagt: Das gilt eben nicht für neu vermietete Wohnungen.

Insofern, Herr Görzel, ist das Argument, dass die Leute nicht mehr bauen würden, weil es einen Mietendeckel gibt, völlig unsubstantiiert, da der Mietendeckel - aus unserer Sicht zumindest - überhaupt nicht für die neu gebauten Wohnungen gelten würde, sondern es geht um den Bestand.

Frau Heuser, dann sind wir wieder bei dem Thema der energetischen Sanierung. Es ist richtig, dass man nicht dadurch, indem man kubikmeterweise Styropor auf die Fassade klatscht, anschließend einen Freibrief für jahrelange eklatante Mieterhöhungen hat. Das wollen wir in der Tat auch nicht mehr. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel hat jetzt die zweite Runde eröffnet. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte nur noch Folgendes sagen: Herr Frenzel, Sie haben jetzt zum zweiten Mal von dem Wohnungsbauprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro gesprochen. Ich möchte jetzt unsere neue Kämmerin, die diese Vorstellung noch nicht kennt, mit dieser Situation nicht belasten, aber irgendwann werden wir Ihnen eine Antwort dazu geben, wie illusorisch das bei unserem Haushalt ist, -

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

- so sehr ich die Ziele auch mit vertrete; das muss ich sagen.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, meine Damen und Herren, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der SPD und von Frau Gerlach. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion.

Frau Gerlach, Sie stimmen sicherlich auch Ihrem eigenen Antrag zu?

(Lisa Hanna Gerlach [Einzelmandatsträgerin]: Nein!)

- Nein, okay.

(Heiterkeit)

Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das auch abgelehnt.

Ich erinnere jetzt noch einmal daran, dass der Tagesordnungspunkt 3.1.12 wegfällt; 3.1.12 wurde mit 3.1.9 behandelt. 3.1.13 und 3.1.14 sind nicht mehr Bestandteil der Tagesordnung.

I. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und von RM Gerlach

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Der Rat spricht sich für einen starken Mieterschutz und eine wirksame Wohnungsaufsicht in den Kommunen aus. Er befürwortet daher Folgendes:

a. Eine bundes- oder landesgesetzliche Regelung für einen Mietendeckel maximal bis zur Inflationsrate in überhitzten Wohnungsmärkten wie insbesondere Köln, bis wieder mehr bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht oder der Nachfrageüberhang beim Wohnraum deutlich zurückgegangen ist. Der Mietenddeckel soll den Mietanstieg beschränken, sowohl bei Bestands- als auch bei Neuvertragsmieten. Das Land wird aufgefordert, deutlich mehr Fördermittel für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, insbesondere für gemeinwohlorientierte Unternehmen und Genossenschaften.

b. Um den vorhandenen bezahlbaren Wohnungsbestand zu erhalten, muss auch das dafür bereits vorhandene

Rechtsinstrumentarium zeitgemäß fortentwickelt werden. Insbesondere in überhitzten Wohnungsmärkten muss die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, Luxussanierungen zur Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung und Zweckentfremdung durch spekulativen Leerstand sowie durch gewerbsmäßige Vermietung zu touristischen Zwecken durch klare bundes- und landesgesetzliche Vorgaben gestoppt werden.

*c. Die öffentlich-rechtliche Wohnungsaufsicht muss auch beim Schutz von Mieterrechten gestärkt werden. Viele Mieter*innen strengen aus unterschiedlichen Gründen keine zivilrechtlichen Klagen an, um ihre Rechte zu wahren. Daher müssen Kommunen rechtlich und materiell in die Lage versetzt und gleichzeitig verpflichtet werden, bei schweren Verstößen gegen Mieterrechte selbst tätig zu werden.*

*2. Der Rat bedankt sich insbesondere bei der GAG Immobilien AG und den Kölner Wohnungsgenossenschaften für ihre umsichtige und sozial verantwortungsvolle Mietenpolitik auch unter Berücksichtigung der privaten Einkommensverhältnisse der Mieter*innen als Teil ihrer selbständigen Unternehmenspolitik. Er dankt zudem den zahlreichen privaten Vermieterinnen und Vermietern, die ebenso handeln.*

*3. Der Rat spricht sich für das Ziel aus, dass Mieter*innen aller Altersklassen und Bevölkerungsschichten maximal 30 % ihres Nettohaushaltseinkommens für die Nettokaltmiete im frei finanzierten Wohnungsbau aufbringen müssen. Dies gilt sowohl für neue, als auch bei bestehenden Mietverhältnissen. Er beauftragt die Oberbürgermeisterin, dieses Ziel im Wohnungsbauforum zu erörtern und eine entsprechende Vereinbarung mit den anderen Partnern des Kölner Wohnbündnisses zu schließen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Ursprungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt Köln bittet die Landesregierung, die rechtlichen Grundlagen für einen Mietendeckel für angespannte Wohnungsmärkte in NRW zu schaffen.

2. Der Rat fordert die im Kölner Wohnbündnis organisierten Wohnungsbauunternehmen auf, in den nächsten fünf Jahren keine Mieterhöhungen durchzuführen.

3. Die Stadt Köln weist GAG-Vorstand und Aufsichtsrat an, in den nächsten fünf Jahren keine Mieterhöhungen durchzuführen.

Auf Antrag senkt die GAG die Miete, wenn der Mietzins 30 % des jeweiligen Netto-Haushaltseinkommens übersteigt. Dies gilt auch bei Modernisierungsmaßnahmen. Die entgangenen Mieteinnahmen werden durch den städtischen Haushalt kompensiert, ggf. durch geringere Dividendenausschüttung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

3.1.12 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Weiteres Vorgehen Hubschrauberlandeplatz"
AN/0983/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1029/2019

Anmerkung:
Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit TOP 3.1.9 behandelt.

3.1.13 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion sowie von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"
AN/1031/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV – Seite 4/5).

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus"
AN/1032/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV – Seite 5).

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit sind wir bei:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Wie wird es mit der dringend gebotenen CO_2-Reduzierung in Köln weitergehen?“
AN/0709/2019

Antwort der Verwaltung vom 09.07.2019
2185/2019

Gibt es Nachfragen?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Vielen Dank! Die Antwort ist sehr ausführlich! Wir werden sie studieren!)

- Danke.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Ausstattung der Feuerwehr in Bezug auf E-Fahrzeuge“
AN/0708/2019

Antwort der Verwaltung vom 09.07.2019
1910/2019

Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Stand der Erfassung und Umsetzung von Umweltgerechtigkeit“
AN/0797/2019

Antwort der Verwaltung vom 08.07.2019
2275/2019

Gibt es Nachfragen? - Keine.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betreffend „Aktuelle Situation im Weidenbad“
AN/0914/2019

Antwort der Verwaltung vom 08.07.2019
2335/2019

Gibt es Nachfragen? - Keine.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Flugscham - Städtische Flugreisen vermeiden“
AN/0958/2019

Antwort der Verwaltung vom 08.07.2019
2353/2019

Gibt es Nachfragen? - Bitte, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage. In dieser Anfrage ging es um unseren Beschluss zur Vermeidung städtischer Flugreisen.

In der Tendenz sehen wir die Antwort positiv, haben aber eine Nachfrage zu den Leitlinien für Dienstreisen, die als Teil der Antwort beigefügt wurden. Darin wird ausgeführt, dass Dienstreisen mit dem Flugzeug nur in den Fällen zu vermeiden sind, in denen die Reisezeit mit der Bahn unter drei Stunden liegt. Mit der Bahn kommen Sie in drei Stunden nach Stuttgart oder nach

Frankfurt, aber nicht nach Berlin, nach Hamburg oder nach München.

Meine Nachfrage lautet: Warum wurden Dienstreisen mit dem Flugzeug zu den zuletzt genannten Zielen in den Leitlinien nicht ausgenommen? Warum haben Sie keine Regelung getroffen, dass alle innerdeutschen Flüge zu vermeiden sind?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Haben Sie nur diese eine Nachfrage?

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Das war meine Nachfrage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben ja die Möglichkeit, zwei Nachfragen zu stellen. Deswegen habe ich aus sitzungsökonomischen Gründen nachgefragt. - Herr Dr. Keller, bitte.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Zimmermann, das liegt daran, dass es beispielsweise bei Reisen nach Berlin manchmal unerlässlich ist, das Flugzeug zu nehmen, wenn man eine Übernachtung vermeiden will; denn aufgrund der längeren Bahnreisezeit kann man Termine beispielsweise um 9 Uhr oder auch um 10 Uhr in einem Ministerium mit der Bahn schlicht und ergreifend nicht erreichen.

Die Alternative wäre dann, am Vorabend anzureisen. Das würde aber so viel Dienstzeit in Anspruch nehmen und auch höhere Kosten verursachen, dass wir an dieser Stelle sagen: Da ist der Flug durchaus gerechtfertigt.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller beantwortet die Nachfrage von RM Zimmermann mündlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Aufsichtsräte Köln“ AN/1012/2019

Die kurzfristig eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

(Peter Kron [SPD]: Die Antwort steht im Internet!)

- Der Zwischenruf wird aufgenommen.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Hausbesetzer“ AN/1013/2019

Antwort der Verwaltung vom 08.07.2019 2407/2019

Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Tagesordnungspunkt 5.1.1 wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 10.29 behandelt. Ich rufe daher jetzt auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr. Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency 1223/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und von RM Gerlach AN/0968/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen AN/1046/2019

10 Allgemeine Vorlagen

10.29 Klimanotstand 2081/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1033/2019

Änderungsantrag der AfD-Fraktion
AN/1038/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1042/2019

Änderungsantrag der Gruppe GUT
AN/1043/2019

Als Erster hat Herr Struwe das Wort.

(Rafael Struwe [SPD]: Der Petent sollte doch reden!)

- Der Petent spricht am Ende, nachdem die Politik gesprochen hat. Wir haben immer noch das Primat der Politik.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle sage ich zunächst einmal herzlichen Dank an den Petenten oder die Petenten; es waren ja mehrere. Ich hatte eigentlich gedacht, dass der Petent hier zuerst redet, weil das aus meiner Sicht ein schöner Einstieg in die Debatte gewesen wäre. Im letzten Umweltausschuss hatten wir ihn ja auch zu Gast. Ich finde, dass Herr Flammer das ganze Thema dort noch einmal sehr eindrücklich vorgetragen hat.

Von der SPD-Fraktion gehen auch Dank und Ermunterung an die zahlreichen Aktivisten von Fridays for Future etc., die jetzt durchaus feststellen mussten, dass die Mühlen der Politik manchmal ein bisschen langsam mahlen. Gleichwohl hoffe und wünsche ich, dass viele dabeibleiben. Denn von ihnen sind zahlreiche gute Beiträge gekommen. Das Thema wurde noch einmal vorangebracht und hat neue Aufmerksamkeit erfahren. Angesichts der Bedeutung dieses Themas ist das aus unserer Sicht auch nur angemessen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über den menschengemachten Klimawandel und die Folgen sprechen, sagen einige immer so nett: Wie soll ich denn den Planeten retten? - Ganz ehrlich: Dem Planeten ist relativ egal, was wir hier machen. Denn es gibt ihn seit 4,5 Milliarden Jahren, und wenn die Astronomen recht haben, wird es ihn auch noch einmal so lange geben.

Eigentlich reden wir hier darüber, dass wir unsere eigenen Lebensgrundlagen systematisch zerstören und letzten Endes einen Prozess in Gang gesetzt haben, der sich, wie die jüngsten Untersuchungen zeigen, immer weiter beschleunigt. Mittlerweile wird ja davon ausgegangen, dass durch das Auftauen der Permafrostböden, das Schmelzen der Polkappen etc. dieser Prozess in eine enorme Beschleunigung gerät und zu befürchten ist, dass er bald nicht mehr gestoppt werden kann.

Diese Herausforderung müssen wir auch hier in Köln angehen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Wir haben die Bürgereingabe ursprünglich im Umweltausschuss behandelt und hatten dazu auch einen Änderungsantrag formuliert. Der Anlass dafür war ein Stück weit, dass sich unseres Erachtens die Verwaltung ein bisschen zu sehr selbst gelobt hat und ansonsten sehr im Vagen geblieben ist. Aus unserer Sicht wollten wir noch einmal deutlich machen, dass es mit der Ausrufung des Klimanotstandes alleine nicht getan ist, sondern darum gehen muss, dass wir hier wirksame Maßnahmen verabreden und auch durchführen, mit denen wir tatsächlich unsere Klimaziele erreichen können. Die bisherigen Einsparungen von 12 000 Tonnen, die in der Vorlage KölnKlimaAktiv 2022 stehen, sind da aus unserer Sicht nicht ausreichend.

Gleichwohl ist es so, dass es ursprünglich nur darum ging, die Verwaltung zu beauftragen, eine Vorlage zum Klimanotstand auszuarbeiten, was mittlerweile geschehen ist. Insofern ist unser Änderungsantrag von damals auch erledigt. Entsprechend haben wir uns jetzt dem gemeinsamen Antrag mit den Grünen und der CDU angeschlossen.

Wir wollen hier nicht über den Begriff streiten, meine Damen und Herren. Das führt in der Sache überhaupt nicht weiter. Denn entscheidend ist, dass wir anerkennen, dass wir hier vor einer riesigen Herausforderung stehen und es ein Weiter-so nicht geben darf.

Den Klimanotstand auszurufen, bedeutet für uns: Wir erkennen an, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, und sind bereit, diese Herausforderung anzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind sehr einverstanden damit, diesem Thema eine sehr hohe Priorität beizumessen. Wenn wir das ernst nehmen - und als SPD tun wir das -, muss künftig bei allen Entscheidungen, die wir für unsere Stadt treffen, das Thema Klimawandel eine zentrale Rolle spielen. Das bedeutet: Maßnahmen, die geeignet sind, den Klimawandel einzudämmen, müssen mit großer Entschlossenheit vorangebracht wurde.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen sind gewaltig. Verantwortungsvolle Politik muss aus unserer Sicht immer alle im Blick haben, also auch diejenigen, die nicht selber Eigentum besitzen und zum Beispiel nicht durch Altbausanierungsförderung profitieren.

Wir wollen Wohnen bezahlbar machen, und wir wollen, dass dringend benötigte Schulen gebaut werden. Das bedeutet für uns, dass wir diese Ziele klug mit den Zielen des Klimaschutzes kombinieren müssen - zum Beispiel durch konsequente Dach- und Fassadenbegrünung sowie Einsatz von regenerativen Energien und Fernwärme. Gleiches gilt für den konsequenten Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs sowie Maßnahmen beispielsweise im Wärmesektor.

Entscheidend aus unserer Sicht ist allerdings auch, dass die notwendigen Ressourcen dafür im Haushalt bereitgestellt werden. Wie heißt es so schön? Ohne Moos nix los. Das gilt auch hier. In einigen Wochen werden wir den Doppelhaushalt auf dem Tisch liegen haben. Da erwarten wir von der Verwaltung, dass das Thema „Bekämpfung des Klimawandels“ eine angemessene und aus unserer Sicht auch größere Rolle als bisher spielt, wenn wir das Ganze ernst meinen.

Denn was weder die Petenten noch die Engagierten vor dem Rathaus wollen, sind bloße Lippenbekenntnisse und reine Symbolpolitik. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Die Vorlage von heute ist nur ein erster Schritt, meine Damen und Herren. Wir wünschen uns, dass wir diesen Weg, der vor uns liegt, gemeinsam entschlossen gehen.

Jetzt ist meine Redezeit zu Ende. Ich darf allerdings noch kurz etwas zu den vorliegenden Änderungsanträgen sagen.

Der Antrag der GUTen ist aus unserer Sicht nicht ganz einlassungsfähig; denn er stellt den sehr durchschaubaren Wunsch dar, hier Fishing for Compliments zu betreiben.

Im Antrag der LINKEN haben wir in der Tat gute Ansätze gesehen, halten es allerdings nicht für zielführend, das heute in diesem Detailgrad hier zu beschließen und jetzt flächendeckend zum Beispiel Waschmaschinen zu verschenken.

Auch der FDP-Antrag hat uns im Grunde gut gefallen. Allerdings biegt er leider direkt im ersten Punkt falsch ab, indem er fordert, jetzt alles zu tun, damit kein Klimanotstand eintritt. Wir meinen, dass der Klimanotstand schon eingetreten ist und wir jetzt überlegen müssen, was wir damit machen. Daher werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Wir haben uns in unserer Fraktion natürlich auch mit der Vorlage der Verwaltung, aber auch mit der Petition auseinandergesetzt und sehr intensiv miteinander gerungen und diskutiert.

Wie Herr Struwe gerade schon gesagt hat, ist die Frage, ob man sich jetzt damit aufhalten will, zu klären, ob man das Wort Klimanotstand eher juristisch auslegen will oder so, wie es die Petenten selbst machen, die ja ausführen, dass sie den Begriff symbolisch sehen. Meines Erachtens sollten wir ihn hier symbolisch verstehen - natürlich in dem Sinne, dass man es heute nicht abtut, sondern auch ernst nimmt. Wie gesagt, sollen aber keine Notstandsmaßnahmen im juristischen Sinne vollzogen werden.

Wie nähern wir uns der Herausforderung, die der Klimawandel mit sich bringt? Wir haben diese Thematik auch diskutiert: Es stellt sich ja die Frage, wie wir uns auf lokaler Ebene mit dieser Problematik auseinandersetzen. Wir alle wissen, dass gerade die großen Städte sich der Herausforderung der CO_2-Minderung, aber auch dem Klimafolgenwandel stellen müssen. Somit haben die großen Städte und die Ballungszentren da sicherlich eine Vorbildfunktion.

Speziell Köln, aber auch andere urbane Regionen stehen ja vor der besonderen Herausforderung, sich dem Wachstum stellen zu müssen. Wir müssen uns also damit auseinandersetzen, dass wir Mobilität organisieren müssen und soziale Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, aber auch Wohnungen bauen müssen.

Wie ich vorhin schon gesagt habe, haben wir in den nächsten zehn Jahren verschiedene Baumaßnahmen oder große Entwicklungen vor uns. Nehmen wir einmal Kreuzfeld vor den Toren der Stadt. Dieses Gebiet ist im Moment nicht versiegelt. Das muss man dann letztendlich abwägen. Es ist die Aufgabe und Herausforderung, solche

Gebiete klug zu entwickeln, und zwar so, dass sie klimasensibel errichtet werden.

Aus unserer Sicht kann die Frage nicht sein, dass wir keine Wohnungen mehr anbieten wollen. Vielmehr geht es darum, dass wir diesen Wachstumsprozess als Herausforderung betrachten und ihn auch intelligent gestalten.

Auf der regionalen Ebene haben wir ähnliche Herausforderungen. Wir hatten am vergangenen Donnerstag eine Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsausschusses, des Umweltausschusses und des Verkehrsausschusses. Da stellen sich ja ähnliche Fragen: Wie reagieren wir in der Region auf die Herausforderungen des Klimawandels und des Klimafolgenwandels?

In diesem Zusammenhang kann man noch einmal gut abbilden, welche Schwerpunkte und welche Punkte wichtig sind. Natürlich stellen sich auch hier wieder die Frage des Wohnraums, die Frage der Verkehrsflächen und die Frage der Flächen, die wir brauchen, um Gewerbe und Industrie anzusiedeln. Es stellt sich aber auch die Frage, wo wir weiterhin Freiraum haben, der als Erholungsraum dient, aber insbesondere auch der Raum ist, in dem Kaltluft bzw. Frischluft entsteht, Windschneisen sind und dergleichen.

Wir werden auf nationaler Ebene natürlich auch die Diskussion - im Herbst dieses Jahres, nehme ich an - haben, dass wir uns auf Bundesebene der Frage stellen müssen, wie wir CO_2 besteuern und wie wir mit der Frage der Klimagesetzgebung umgehen.

Natürlich - ich würde das auch für die CDU Deutschland in Anspruch nehmen - ist die größte Herausforderung hier die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Denn nach unserer Ansicht wird das ein Prozess der ökologischen Veränderung, der Veränderung der Lebensweise und der Veränderung der Art, zu wirtschaften, sein. Am allermeisten wird es auch ein Prozess der wirtschaftlichen Modernisierung unseres Landes, unseres Gewerbes und unserer Industrie sein.

Wenn man das ökonomisch betrachtet, wird klar, dass es um die Alternative geht, ob wir den Status quo verwalten und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in Kauf nehmen oder ob wir die Ambition und die Geschlossenheit haben - und diese auch entwickeln -, dass Deutschland als eines der reichsten Länder dieser Welt eine weltweit führende wirtschaftliche und innovative Rolle übernimmt. Meines Erachtens ist Deutschland eines der Länder mit den größten Innovationskräften, die wir global einbringen wollen. Wir als CDU wollen das. Gerade durch die ökologische Modernisierung haben wir den Anspruch, eine der führenden Volkswirtschaften zu bleiben.

Ich komme zum Schluss. In Bezug auf die globale Ebene möchte ich nur einen kurzen Punkt anführen, der aktuell auch in der Presse diskutiert wird. Dabei geht es um das Thema Aufforstung. Manchmal liegen die Lösungen ja eigentlich sehr nahe. An dieser Stelle ist die Herausforderung, dass wir global miteinander vereinbaren, Flächen nicht nur aufzuforsten, sondern auch schon das Abholzen in Indonesien, Brasilien und weiteren Ländern zu unterlassen. Das kann heute hier natürlich nicht entschieden werden. Ich halte es aber für richtig, wenn wir da mit gutem Beispiel vorangehen.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss sagen, dass für die CDU Köln, aber auch für uns insgesamt, glaube ich, neben dem Klimawandel die größte Herausforderung das Stoppen des Verlustes der biologischen Vielfalt ist. Es geht darum, zu erkennen, dass die Ökosysteme die Grundlage allen Lebens sind und die Leistungen der Ökosysteme für die Menschen unverzichtbar sind. Saubere Luft, gesunde Ernährung, sauberes Wasser und gesunde Böden sind unser aller Lebensgrundlage. Deshalb ist der Schutz der Ökosysteme eine sehr wichtige Aufgabe; denn es geht darum, die Schöpfung in unserer Zeit zu bewahren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Michael Frenzel [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Bercher-Hiss das Wort.

Susanne Bercher-Hiss (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich sehr, dass ich heute meine letzte Ratsrede zum Thema Klimaschutz halten kann; denn ich werde in den nächsten Jahren in einem Land arbeiten und leben, das sehr stark vom Klimawandel auf globaler Ebene betroffen ist.

Diesen Klimawandel verantworten wir auch großteils mit. Seine Konsequenzen tragen wir allerdings in großen Teilen nicht. Zwar erleben wir in unserer Stadt momentan auch Auswirkungen des Klimawandels, Wir haben aber noch weitaus

mehr Möglichkeiten, mit den Konsequenzen umzugehen, als es andernorts der Fall ist.

Der Rat dieser Stadt wird heute für Köln als erste Millionenstadt Deutschlands und als größte Stadt NRWs den Klimanotstand erklären. Das ist eine wichtige Botschaft für die Bürger der Stadt und hoffentlich auch darüber hinaus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Köln reiht sich damit in eine Reihe von großen internationalen Städten wie Vancouver, London oder Basel ein.

Der Ausruf des Klimanotstandes ist eine Symbolik, aber dennoch mit hoffentlich großer Wirkung und Strahlkraft. Denn unsere Kommune bekennt sich nun dazu, Treibhausgase einsparen zu wollen und generell dem Thema Klimawandel besondere Aufmerksamkeit zu verleihen. Aktiver Klimaschutz soll die Arbeit der Verwaltung leiten und immer mit bedacht werden.

Der Weltklimarat hat bekräftigt, dass die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden muss, um größere Schäden zu verhindern. Aber die aktuellen Maßnahmen reichen dazu bei Weitem nicht aus. Auch die Maßnahmen, die die Stadt Köln selbst ergreifen kann, reichen dazu nicht aus.

Der Klimawandel betrifft letztlich uns alle - in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Gesundheit. Wir haben hier schon viele Beispiele gehört. Dennoch ist es kein lokales Problem. Wir brauchen eine globale Gemeinschaft, um diese Herausforderung global in einem großen gemeinschaftlichen Kraftakt angehen zu können.

Die Auswirkungen betreffen uns überall, aber unterschiedlich stark. Manche Regionen der Erde sind von den Veränderungen deutlich stärker betroffen, und manche Regionen spüren die Auswirkungen unseres Handelns deutlich stärker, als wir sie hier spüren. Ich werde das gleich an einem Beispiel verdeutlichen.

Was bedeutet der Klimaschutz denn konkret für uns in Köln als Kommune? Er bedeutet beispielsweise Investitionen in die Reduktion von Treibhausgasen. Er bedeutet außerdem, zum Beispiel die Beschaffungsrichtlinien der Stadt Köln zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen - auch wenn das ein sehr komplizierter Vorgang ist. Klimawandel kann konkret sehr kompliziert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Ich möchte das eben Angesprochene nun an einem Beispiel aus meiner beruflichen Praxis der Entwicklungszusammenarbeit verdeutlichen, und zwar an einem Produkt, dessen Herkunft Herr Kienitz gerade schon benannt hat, am Produkt Palmöl. Angebaut wird es entlang des Äquators in vielen Ländern, die weit von uns entfernt sind. Was hat Palmöl mit uns und mit dem Klimanotstand in Köln zu tun? Nun, der Rohstoff ist ein interessantes Beispiel dafür, wie der Klimaschutz auf kommunaler Ebene eine bemerkenswerte Wirkung in anderen Erdteilen entfalten kann. Weil nämlich alles mit allem zusammenhängt, können wir uns nicht herausreden.

Denn in vielen Produkten, die wir täglich verwenden, ist Palmöl enthalten. Wir sehen es nicht und riechen es nicht; trotzdem ist es fast überall enthalten. Es ist das am meisten verwendete Pflanzenöl der Welt. Palmöl hat besondere chemische Eigenschaften und ist deshalb für eine Vielzahl von Nutzungen geeignet: bei Lebensmitteln, bei Kosmetikartikeln, bei Waschmitteln, bei Reinigungsmitteln und vielem mehr.

Wenn wir Palmöl verwenden, müssen Flächen entlang des Äquators für den Anbau bereitgestellt werden. Im besten Fall sind diese bereits gerodet und vor vielen Jahren degradiert worden oder werden nur umgenutzt, weil vorher etwas anderes angebaut wurde. Im schlechtesten Fall werden die Flächen aber genau heute und aktuell zu diesem Zeitpunkt gerodet - in Indonesien, in Kolumbien, in Westafrika. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen. Dadurch werden sehr große Mengen von gespeichertem CO_2 freigesetzt - besonders, wenn der Anbau auf Torfmoorböden stattfindet.

Eine positive Wirkung entfaltet Palmöl dadurch, dass wir die Primärwälder nicht roden. Das ist dann nachvollziehbar möglich, wenn Palmöl nach Nachhaltigkeitskriterien zertifiziert wurde und wir es mit Standards, die diesen Ansprüchen genügen, beschaffen. Dann - und nur dann - kann man sicherstellen, dass keine neuen Flächen für Palmöl gerodet wurden.

Der zertifizierte Anbau von Palmöl beinhaltet auch andere Vorteile, zum Beispiel den Erhalt von Biodiversität - Sie haben es eben angesprochen -, Waldschutz, Menschenrechtsaspekte, weniger Einsatz von Pestiziden usw.

Nun komme ich zurück zu der Frage: Was hat das alles mit uns hier und unserem heutigen An-

trag zu tun? Köln könnte als Kommune sehr einfach dafür einstehen, dass bei allen städtischen Beschaffungen ausschließlich nachhaltig zertifiziertes Palmöl verwendet wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

Dies beträfe Verträge mit allen Herstellern von Convenience-Produkten im Lebensmittelbereich. Das würde bedeuten, dass sich alle Kantinen und alle Caterer verpflichten müssten, ausschließlich zertifiziertes Palmöl in ihren Produkten zu verwenden. Es beträfe auch die Stadtverwaltung und die Schulen, nämlich die Reinigungsmittel, die Kosmetikartikel und die Putzmittel, die überall in der Stadt und in den städtischen Gesellschaften verwendet werden.

Das klingt einfach, ist es aber leider nicht. Beschaffungsrichtlinien sind ziemlich kompliziert, vor allen Dingen auf kommunaler Ebene. Dennoch würde es eine riesige Wirkung entfalten, wenn alle Kommunen in Deutschland ihre Beschaffungsrichtlinien anpassten. Am Ende würde Deutschland ausschließlich zertifiziertes Palmöl verwenden und damit global einen großen Beitrag leisten.

Dieser Exkurs diente zur Verdeutlichung der Komplexität des Themas. Der Fall Palmöl lässt sich auf viele andere Bereiche übertragen. Wichtig ist, dass wir schnell handeln.

Ja, der Klimaschutz hat für mich persönlich heute und hier die höchste Priorität. Auch für uns als Grüne und als grüne Fraktion im Rat hat er die höchste Priorität. Wir sind es unserem Planeten und den nachfolgenden Generationen schuldig, dass wir da handeln. Nur leider war diese Formulierung im Rat nicht mehrheitsfähig.

Mit dem in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagenen Verfahren, künftig bei jeder Vorlage deutlich zu kennzeichnen, ob sie eine positive oder negative Klimaauswirkung hat, bekommen wir als Politik doch genau die Möglichkeit, dies für uns selbst zu beurteilen. Dann wird jedes Ratsmitglied für sich persönlich entscheiden müssen, welche Alternative die richtige ist.

Wir haben ja jetzt schon die Situation, dass Alternativen vorgeschlagen werden müssen. Denn bekanntlich ist nichts alternativlos. Wenn man dann die Alternative hat, entweder mit großer Mehrheit in diesem Rat heute den Klimanotstand auszurufen oder auf dem Wort „höchste“ Priorität zu bestehen, wofür es in dieser Konstellation aber keine Mehrheit gibt, sind wir eben für die Ausrufung des Klimanotstandes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD und der CDU)

Mit unserem Änderungsantrag und der Verwaltungsvorlage gemeinsam wurden alle Punkte der Bürgereingabe nun letztendlich doch in die Tat umgesetzt und konnten übernommen werden.

Als Grüne und auch persönlich bin ich froh darüber, dass wir den Klimanotstand so ausrufen können und auf den Weg bringen können, und zwar getragen von einer breiten politischen Mehrheit.

Mögen die nächsten Jahre in Köln eine positive Veränderung in Sachen Klimaschutz mit sich bringen! Ich werde den Klimaschutz und den Klimawandel von Afrika aus beobachten können und bin gespannt, wie sich die Dinge hier entwickeln. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Ich habe eine Rückfrage an die Rednerin. Denn ich bin ein bisschen verwundert. Einerseits sagen Sie, dass wir hier eine Vorlage haben, die von einer großen Mehrheit und auch von Ihnen unterstützt wird. Andererseits höre ich jetzt, dass es einen anderen Antrag gibt und Sie die Vorlage nur unterstützen, weil der Antrag keine Mehrheit finden wird. Das habe ich nicht ganz verstanden.

Warum stehen Sie nicht mit auf dem Antrag der GUTen drauf?

Susanne Bercher-Hiss (Bündnis 90/Die Grünen): Weil er keine breite politische Mehrheit hat; ganz einfach. Wir unterstützen die Verwaltungsvorlage - -

Rafael Struwe (SPD): Das heißt, Sie handeln hier rein taktisch und nicht aus Überzeugung?

Susanne Bercher-Hiss (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Struwe, das ist jetzt wirklich wieder

Wortklauberei. Ich habe gerade deutlich gemacht, dass es uns hier um die Sache geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Leider sind jetzt nicht mehr so viele Besucher auf der Tribüne. Einige sind zwar noch da. Aber das Sitzfleisch der jungen Leute wurde schon ziemlich überstrapaziert. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür und bin auch gerade noch einmal extra zu ihnen heruntergegangen.

Vor allen Dingen freue ich mich aber besonders darüber, den Petenten zu begrüßen, der auf unsere Initiative hin heute hier Rederecht haben wird. Er wird Ihnen, glaube ich, gleich noch einmal die Notwendigkeit darstellen. - Herr Brust, Sie schütteln den Kopf. Lesen Sie das Protokoll. Dann wissen Sie mehr.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir schütteln den Kopf, weil es eine Initiative aller demokratischen Fraktionen ist!)

Dennoch: Es ist erfreulich, dass wir heute den sogenannten Klimanotstand ausrufen können. Es ist aber bedauerlich, dass es so weit kommen musste.

Die entsprechende Verwaltungsvorlage - das habe ich auch im Ausschuss schon gesagt - fand ich ausgesprochen enttäuschend. Denn sie ist nur ein minimaler Schritt in die richtige Richtung. Darum mussten wir einen Ersetzungsantrag stellen. Er ist vielleicht für den einen oder anderen zu feingliedrig; das mag sein. Aber wir steuern nun einmal auf eine Klimakatastrophe zu. Daher müssen wir ganz klar und schnell konkrete Maßnahmen finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn wir können noch etwas dagegen tun, und wir müssen etwas dagegen tun.

Darum reicht es auch nicht aus, nur den Klimanotstand auszurufen. Das Ganze muss mit Maßnahmen hinterlegt sein. Sonst ist es einfach ein Etikettenschwindel. Bei so etwas werden wir auf jeden Fall nicht mitmachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir etwas zur Rettung des Klimas beitragen wollen und die Herausforderungen ernst nehmen, werden wir Maßnahmen ergreifen müssen, die nicht überall Beifall finden. Das ist völlig klar. Aber wir haben es gemeinsam so weit getrieben, dass wir jetzt genau das tun müssen - ob es Fahrverbote sind oder, um einmal die positive Form zu nehmen, mehr Fahrradwege, die Dachbegrünung usw. Alle diese ganzen Programme, die wir beschlossen haben, müssen auch umgesetzt werden. Wir machen die tollsten Programme, aber leider funktioniert es dann am Ende nicht.

Auf jeden Fall dürfen solche Dinge, wie wir sie eben beim Thema Wohnen gehört haben, nicht passieren. Es darf nicht eine Klimapolitik für Besserverdienende sein. Wir brauchen - das wurde hier ja schon mehrfach gesagt - vernünftigen Wohnraum für alle und nicht nur für Menschen, die es sich leisten können, ein begrüntes Haus in der Südstadt zu beziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Klimawandel ist wie vieles im Kapitalismus recht ungerecht. Ein Beispiel: Im Umweltausschuss habe ich gefragt, wie sie denn die heißen Tage empfunden haben. Damit habe ich allerdings nicht diejenigen gemeint, die im Garten ihres klimatisierten Eigenheims am Pool sitzen, sondern diejenigen, die in der Mietwohnung mit Ventilatoren warme Luft verwirbeln und damit auch weitaus mehr CO_2 verursachen. Ich bekam darauf keine Antwort. Ich werde auch hier keine Antwort bekommen. Das finde ich schade. Es wäre schön, da einmal eine Ehrlichkeit zu haben.

Die Kollegin hat gerade auch noch einmal dargestellt, dass unser Verhalten die Armen und auch viele Teile dieser Welt trifft. Auf die Flüchtlingsproblematik will ich an dieser Stelle gar nicht eingehen. Sie ist aber auch ein Teil.

Herr Kienitz, Sie haben soeben gesagt, wir sollten weniger Bäume schlagen. Da bin ich ganz bei Ihnen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was habe ich gesagt?)

- Wir sollten weniger Bäume schlagen, also weniger Holzwirtschaft betreiben.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Weniger Bäume schlagen. Ich bleibe dabei. Das haben Sie explizit gesagt.

Auf der anderen Seite haben wir gerade Holzhäuser beschlossen. Woher kommt denn das Holz? Aus Brasilien zum Beispiel.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Nichts verstanden! - Nachhaltigkeit! - Sustaineable Development! - Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

Das war ein gutes Beispiel für „lokal handeln und global denken“.

Unsere Vorschläge sind deshalb einfach richtig. Die Maßnahme mit den Kühlschränken und Waschmaschinen ist notwendig. Das ist eine Sache aus dem Sozialrecht. Wenn jemand eine kaputte Waschmaschine hat, kann er sich eine A+-Waschmaschine besorgen, die er mit 5 Euro im Monat aus seiner Regelleistung abbezahlen muss. Er darf gar keine A+++-Waschmaschine anschaffen. Das ist gemäß SGB II überhaupt nicht gestattet.

Darum fordern wir die Stadt in unserem Antrag auf, jährlich 12 000 Bedarfsgemeinschaften energiesparende Kühlschränke und Waschmaschinen zur Verfügung zu stellen. Das würde nicht nur Strom sparen, sondern auch zu geringen Kosten für die Menschen führen.

Außerdem sollten wir Fußgängerstädte entwickeln. Damit ist ein Fortschritt für Mensch und Umwelt verbunden. Der Normalmensch kann sich ohnehin kein Elektroauto leisten.

Noch eine ganz kurze persönliche Anmerkung zu den Prioritäten: Wir haben für Gesundheit bereits die höchste Priorität vergeben. Derzeit habe ich bei der Klimadiskussion das Gefühl, als säße ich in einem Rettungswagen mit einem Patienten, der aufgrund der schlechten Kölner Luft Erstickungsanfälle hat und kreuz und quer durch Köln kutschiert wird, bis man ein freies Intensivbett findet. Das ist Priorität: der Mensch. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! In den letzten Wochen war man in der Tat sehr beeindruckt von dem vielfältigen Engagement. Das, was sich in der öffentlichen Debatte abgespielt hat, konnte niemanden, der Politik verantwortlich betreibt, unbeeindruckt lassen.

Ich muss auch selbstkritisch in Richtung meiner eigenen Partei sagen, dass wir in Sachen Klimaschutz durchaus auch mal einen Anstoß von außen gut gebrauchen konnten. Die Beschlüsse auf unserem letzten Bundesparteitag sind für mich dafür aber sehr viel ermutigender. Ich glaube, dass das Signal sehr gut erkannt worden ist und dass wir mit Lösungen gekommen sind, die sich gerade im Hinblick auf Innovation und Technologie sehr gut in der Debatte zum Umweltschutz positioniert haben.

Allerdings befürchte ich schon, dass ich auch heute den Petenten mit der Position der FDP nicht nur Freude bereiten werde und dass sie sehr wahrscheinlich nicht damit einverstanden sein werden, obwohl wir uns bei der Definition der Begrifflichkeiten durchaus einig sind.

Ich möchte jetzt gerne noch einmal auf das zu sprechen kommen, was Herr Struwe und Herr Kienitz gesagt haben.

Herr Struwe, Sie haben gesagt, wir sollten uns nicht über Begriffe streiten. Aber natürlich müssen wir uns über Begriffe streiten, weil die Begriffe das politische Handeln betreffen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kienitz, in Bezug auf den Klimanotstand haben Sie gesagt, das sei hier heute nur symbolisch.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das habe ich so nicht gesagt!)

Ist das, was die Petenten wollen, nur symbolisch zu verstehen? Nein, natürlich nicht. Der Klimanotstand wird ausgerufen, und sie wollen ihn nicht als Symbolik haben, sondern damit konkretes Handeln verbunden haben. Das mag Ihnen passen oder auch nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wer den Klimanotstand erklärt und das wirklich ernst meint, muss dem Klimaschutz natürlich höchste Priorität einräumen und ihm alle anderen Zielsetzungen der Stadtstrategie unterordnen.

Insofern ist die Beschlussvorlage der Verwaltung nicht konsequent. Man ruft den Notstand aus, aber räumt dem Klimaschutz nicht die höchste Priorität ein - getreu dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, in den vergangenen Tagen haben mich genau wie Sie zahlreiche Mails von Bürgern und Bürgerinnen erreicht. Sie schrieben - ich zitiere -:

> Wir werden nicht akzeptieren, dass sich die Stadt Köln oder einzelne Ratsfrauen und -herren mit dem Begriff „Klimanotstand“ schmücken, wenn dieser nicht die Formulierung „höchste Priorität“ enthält.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von SPD, CDU und Grünen, wenn Sie heute den Klimanotstand à la Beschlussvorlage ausrufen, dürfen Sie nicht auf den Beifall der Petenten hoffen. Denn das ist nicht das, was diese fordern.

Meine Damen und Herren, gerne möchte ich erläutern, warum die FDP mit der offiziellen Erklärung des Klimanotstandes Probleme hat. „Notstand“ ist ein politischer Begriff, der in Deutschland insbesondere mit den Notstandsgesetzen verbunden ist. Durch sie sollten der Regierung besondere Machtbefugnisse eingeräumt werden.

Im Klimanotstand soll das politische Handeln vollständig auf den Klimaschutz ausgerichtet sein. Auf jeden Fall gilt: im Zweifel für den Klimaschutz.

Das kann dazu führen, dass soziale Projekte, Bildung oder Infrastruktur in der Abwägung zum Klimaschutz den Kürzeren ziehen.

Ich darf in diesem Zusammenhang an die Demonstration der Bewohner aus der Stegerwaldsiedlung hier vor dem Rathaus erinnern, die dagegen protestierten, dass sie aufgrund hoher Umweltschutzauflagen auf einmal ihre Miete nicht mehr zahlen konnten.

Wie Sie sehen, kommt der absolute Vorrang des Klimaschutzes besonders zum Tragen, wenn Zielkonflikte entstehen. Soziales oder Ökologie? Wer zuvor den Klimanotstand befürwortet hat, tappt hier in eine Glaubwürdigkeitsfalle, wenn er sich jetzt für das soziale Anliegen ausspricht.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von den Grünen, durchaus erstaunt hat mich die hier gefallene Äußerung, eigentlich würden Sie diesem Thema ja höchste Priorität einräumen. Das ist verständlich. Ich kann gut verstehen, dass die Grünen das machen wollen. So, wie ich Sie kenne, und so, wie Sie ja auch auftreten, müsste das für Sie doch ein Thema der absoluten Glaubwürdigkeit sein. Und dann stimmen Sie heute dieser Vorlage und diesem Antrag zu? Die Frage von Herrn Struwe war absolut gerechtfertigt: Warum sind Sie nicht dem Antrag der GUTen beigetreten? Wenn Sie sich hier so aufstellen, müssten Sie eigentlich anders abstimmen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, im Vorfeld dieser Debatte habe ich mit vielen Bürgern und Bürgerinnen gesprochen - Menschen, die den Klimawandel nicht leugnen; Menschen, die sich Sorgen um unser Klima machen und wollen, dass Politik hier viel entschlossener handelt; Menschen, die mir aber auch gesagt haben: Neben dem Klimaschutz gibt es in unserer Stadt auch viele andere wichtige Probleme, zum Beispiel den Wohnungsmangel sowie fehlende Kita- und Pflegeplätze.

Auch hier wird schnell von Pflege- oder Wohnungsnotstand gesprochen. Aber wie wollen Sie denn diesen Menschen begegnen, werte Kollegen und Kolleginnen? Wollen Sie jetzt wochenweise offiziell einen neuen Notstand ausrufen? Merken Sie eigentlich gar nicht, wie sehr Sie den Begriff des Notstandes seines Sinnes entleeren?

Die FDP fordert in ihrem Antrag, die Erklärung des Klimanotstandes durch folgende Formulierung zu ersetzen:

> Der Rat der Stadt entwickelt sein Klimaschutzkonzept sowohl bei den Projekten als auch in der Verwaltungsorganisation intensiv weiter, um einen „Klimanotstand“ in Köln zu verhindern.

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass man dem Klimawandel am besten durch Taten - und nicht durch Aktionismus - begegnen kann.

Wir müssen auch anerkennen, dass es schon viele Konzepte gibt, die nur auf die Umsetzung warten. Als FDP sind wir nicht mit allen Maßnahmen dieser Konzepte einverstanden. Aber viele Projekte könnten im Sinne der Umwelt rascher und effizienter umgesetzt werden.

Darüber hinaus finden sich in unserem Änderungsantrag aber auch Vorschläge, die über die Verwaltungsvorlage hinausgehen. So fordern wir beispielsweise die sofortige Ausweitung der positiven Ergebnisse des SmartCity-Projekts oder die Präzisierung der Klimawandelvorsorgestrategie der Region Köln/Bonn für die Stadt Köln.

Meine Damen und Herren, bei meinen Ausführungen dürfte klar geworden sein, dass die FDP den Änderungsanträgen sowohl von GUT als auch von den LINKEN - ich glaube, dass die An-

schaffung von Waschmaschinen dem Thema hier auch nicht ganz gerecht wird - in dieser Fassung nicht zustimmen kann.

Wir können auch nicht der vorgelegten Beschlussvorlage zustimmen.

Zu dem Antrag, den CDU, SPD und Grünen jetzt noch zur Petition vorgelegt haben, muss ich Folgendes sagen: Die Forderungen sind ja alle schön und gut. Da sie sich aber immer wieder auf die Beschlussvorlage mit dem Begriff Klimanotstand beziehen, müssen wir auch diesen Antrag ablehnen.

Die Oberbürgermeisterin macht mich gerade auf das Ende der Redezeit aufmerksam. Vorhin hatte ich ja schon angekündigt, dass ich jetzt vielleicht ein Polster hätte. Es ist aber gut und richtig. Dann komme ich zu meinem letzten Satz.

Wir fordern konsequenteres und schnelleres Handeln von der Politik und sagen, dass wir alles tun müssen, um den Klimanotstand zu verhindern. Für die Bürger und Bürgerinnen, die dieser Meinung sind, steht die FDP heute mit ihrem Änderungsantrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob den Antragstellern wirklich klar ist, was sie hier fordern. Es geht ja um nicht weniger als die Ausrufung des Notstandes, des sogenannten Klimanotstandes. Dazu muss man Folgendes wissen:

Der Notstandsbegriff ist ein juristisch schweres Geschütz. Er hat nämlich zur Folge, dass die öffentliche Gewalt auf ihre Bindung an Recht und Gesetz insoweit verzichten kann, als es zur Bekämpfung dieses Notstandes erforderlich ist. Damit bedeutet er eine massive Einschränkung der Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat.

Da hilft es den Antragstellern auch nicht, wenn der Begriff „Klimanotstand“ in Anführungsstriche gesetzt wird oder es in einer der früheren Versionen des Antrags sogar wörtlich hieß, das sei alles nur symbolisch zu verstehen. Ja, was denn nun, meine Damen und Herren? Wollen Sie hier die Welt retten, oder machen wir heute Symbolpolitik?

Insofern ist es auch nur konsequent, dass dieser Antrag ursprünglich unter Punkt 10.29 - hinter der Stärkung des Tanzes und vor der Begradigung des Baches Strunde in Köln-Dellbrück - auf die Tagesordnung gesetzt war. Diese prominente Platzierung lässt eigentlich nur zwei Schlüsse zu. Entweder ist das Ganze doch nicht so ernst zu nehmen, oder man will hier einen folgenschweren Antrag irgendwo zwischen Tanzstärkung und Bachlaufbegradigung durchmogeln.

Eines muss ich den Antragstellern aber lassen: Sie befinden sich mit der Ausrufung des Notstandes - diesen Begriff haben wir heute ja schon mehrfach gehört - in allerbester Gesellschaft. Es war - daran darf ich nur erinnern - Donald Trump, der im März dieses Jahres den nationalen Notstand an der Grenze zu Mexiko ausgerufen hat.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat Ihnen doch gefallen!)

Vor sechs Wochen hat er den nationalen Telekommunikationsnotstand ausgerufen. Offensichtlich haben sich die Antragsteller gedacht: Von Donald Trump lernen heißt siegen lernen. - Ich sage dazu nur: Jedem Tierchen sein Pläsierchen.

Meine Damen und Herren, machen wir uns aber bitte bewusst: Bundesweit und in ganz NRW läuft derzeit eine abgestimmte Kampagne.

Und ja, es gibt Kommunen, die dem Druck der Straße erlegen sind - da draußen sind ja die Krakeeler; wir hatten sie eben noch hier auf der Tribüne -

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Hey, hey, hey! Vorsicht! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt keinen Druck der Straße!)

und den Klimanotstand ausgerufen haben.

Es gibt aber auch - machen Sie sich das bitte bewusst - eine ganze Reihe von Kommunen, die dem Druck der Straße widerstanden haben. Ich zähle allein für NRW hier nur die wichtigsten auf: Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Essen - dort hat man die Weltrettung bis nach der Sommerpause verschoben -, Krefeld, Kerpen, Remscheid, Siegburg, Verl, Warendorf usw. Die Liste ist nicht vollständig, meine Damen und Herren. Sie wird noch länger werden; denn die meisten Kommunen haben noch gar nicht darüber entschieden.

Doch nun zum Inhalt des Antrages: Wir von der AfD sprechen uns, um das ganz klar zu sagen,

ohne Wenn und Aber für Umweltschutz aus. Und ja, das Klima wandelt sich. Und ja, CO_2 ist ein Treibhausgas. Allein - es gibt ja noch ganz viele andere Treibhausgabe und klimabeeinflussende Faktoren - die totale und einseitige Verengung nur auf das Thema CO_2 lehnen wir ab.

Nehmen Sie bitte einfach folgende Fakten zur Kenntnis:

Das Klima ist ein hochkomplexes chaotisches System mit zahlreichen Rückkopplungseffekten, die bis heute nicht im Detail verstanden sind. Der Weltklimarat arbeitet mit computergestützten Modellen, um Prognosen abzugeben.

Man muss sagen, dass sich in der Vergangenheit viele dieser Prognosen als komplett falsch herausgestellt haben. Beispielsweise wurde 2007 prognostiziert, die Arktis werde 2013 eisfrei sein. Es wurden Prognosen zu einer Versteppung und zunehmenden Dürren in Nordafrika abgegeben. Fakt ist: Satellitenmessungen bestätigen die Zunahme der Vegetation gerade in dieser Region. Als Grund dafür wird pikanterweise angegeben, CO_2 wirke als Dünger.

Der Weltklimarat schreibt dazu selber auf Seite 774, also ganz weit hinten im Kleingedruckten - ich zitiere -:

> Klimamodelle arbeiten mit gekoppelten nichtlinearen chaotischen Systemen, dadurch ist eine langfristige Voraussage des Systems Klima nicht möglich.

Was lernen wir daraus? Meine Damen und Herren, egal, ob Sie eine Versicherung abschließen oder die Welt retten wollen: Lesen Sie vorher das Kleingedruckte.

Der vorliegende Antrag ist reine Symbolpolitik. Er dient einzig und allein einem politisch gewollten Framing. In Zukunft wird er, wenn Sie denn zustimmen sollten, immer wieder als Grundlage herangezogen werden, um irgendwelche ineffizienten und unsinnigen Ausgaben und Aktionen zu rechtfertigen. Wir von der AfD lehnen diesen Antrag ab.

Gleichzeitig haben wir aber einen Änderungsantrag eingebracht, der Ihnen für den Fall vorliegt, dass wir doch mehrheitlich diesem Antrag zustimmen sollten. Unser Antrag verpflichtet die Verwaltung und die Stadtspitze und auch uns selber dazu, mit gutem Beispiel voranzugehen, bevor die Bürger wieder mit weiteren Belastungen und Verboten drangsaliert werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an die Petentinnen und Petenten! Heute wird ein Petent sprechen. Aber es waren ja mehrere Personen, die die erste Petition eingereicht haben. Vielen Dank für das intensive Engagement!

Auch an die Verwaltung geht großer Dank für die Beschlussvorlage - mir ist vollkommen klar, dass es höchstwahrscheinlich doch ein intensiver Prozess innerhalb des Stadtvorstandes war, die Beschlussvorlage in dieser Form zu erstellen; es ist höchstwahrscheinlich auch ein Lernprozess gewesen, von dem Sie hoffentlich weiterhin profitieren werden -, auch wenn wir die Beschlussvorlage insgesamt kritisch sehen.

Alle von uns kennen die Bilder und die Berichterstattung der letzten Tage. Kürzlich wurde die Situation im *heute-journal* noch einmal recht intensiv dargestellt. Es würde mich sehr wundern, wenn nicht der eine oder andere auch Angst empfindet, wenn er diese Bilder sieht oder diese alarmierenden Zahlen und Berichte hört.

Da schreien die einen „Alarmismus“, und die anderen sagen vielleicht, Angst sei ein schlechter Ratgeber. Herr Rau als Psychologe wird mir aber sicher bestätigen können, dass Angst auch eine durchaus sinnvolle Funktion hat. Angst schützt uns in der Regel nämlich vor Fehlern, und Angst motiviert uns auch zu Höchstleistungen, die wir sonst nicht zustande bringen würden.

Herr Struwe, uns geht es hier nicht um Fishing for Compliments bei den Petentinnen und Petenten, sondern um eine Höchstleistung in Sachen Klimaschutz. Das bedeutet für uns eben auch höchste Priorität. Und da wird es schon direkt blamabel.

(Rafael Struwe [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Struwe, jetzt nicht. Sie können gerne am Ende eine Zwischenfrage stellen. Dann ist es eine Anschlussfrage.

In Bonn und in Düsseldorf sind vor wenigen Tagen zwei Beschlüsse gefasst worden. Beide

Städte haben es geschafft, höchste Priorität zu beschließen - mit den Stimmen der Grünen und der SPD, in Bonn auch mit den Stimmen der CDU. In Köln bekommen es SPD, CDU und Grüne nicht hin, höchste Priorität zu beschließen. Das mag mir einer einmal erklären. Ich finde es in der Tat beschämend.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich will nicht auf den Grünen herumhacken. Aber ich verstehe es nicht. Manche behaupten, die Grünen liefen hier, frisch gestärkt durch die Europawahlergebnisse, mit stolzgeschwellter Brust durch das Rathaus und wollten alles bestimmen. Es ist eine Angst von Herrn Petelkau, dass er ständig von den Grünen über den Tisch gezogen wird. Ihr habt in Köln über 30 Prozent der Stimmen bekommen. Damit sind Erwartungen verbunden, die die Wählerinnen und Wähler zu Recht haben - speziell auch in Sachen Klimaschutz. Deswegen haben sie euch gewählt. Und jetzt könnt ihr euch nicht deutlicher positionieren als mit einem Antrag, der schwächer ist als das, was in Düsseldorf und in Bonn beschlossen worden ist?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um den Inhalt! Es geht nicht nur um Symbole!)

- Was die Symbolpolitik angeht, ist Folgendes zu sagen: Wir sind uns doch alle einig, dass wir gesagt haben, dass wir dieses Symbol „Klimanotstand“ heute beschließen wollen. Dass das ein Symbol ist, war von Anfang an ganz klipp und klar.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht uns um die Inhalte!)

- Um die Inhalte. Okay. Dann reden wir über die Inhalte. Was steht denn im Beschluss drin? Wir berufen uns auf Köln mobil 2025 mit einem Drittelmix inklusive MIV; von dort aus soll es vorwärtsgehen.

Das ist heutzutage totaler Quatsch. Wir sind inhaltlich schon längst viel weiter. Auch die Frau Oberbürgermeisterin ist inzwischen weiter, wenn man ihre Aussagen auf *Radkomm* richtig zu deuten weiß bzw. wenn das so stimmt, wie es berichtet wird.

Oder nehmen wir KölnKlimaAktiv 2022. Dieses Programm, das auch in der Beschlussvorlage zitiert wird, haben wir zur Kenntnis genommen. Es enthält einen Katalog ganz konkreter Maßnahmen, mit denen wir unsere Klimaziele noch erreichen können. Keine einzige Maßnahme hat Herr Rau oder ein anderes Mitglied des Stadtvorstandes bis heute als Handlungsauftrag erhalten. Es war eine Kenntnisnahme. Auch heute erfolgt wieder keine Beauftragung, den Maßnahmenkatalog von KölnKlimaAktiv 2022 umzusetzen.

Zwar können wir uns loben. Da sind wir nämlich viel weiter als andere Städte. Wir haben immerhin schon ein solches Programm. Andere Städte haben das gar nicht. Aber wir setzen es nicht um, und wir beschließen es auch heute nicht.

Die Redezeit ist kurz. Ich möchte daher noch kurz auf etwas eingehen, was mich wirklich vehement nervt, nämlich dieses Auseinanderdividieren und diese alberne Besserwisserei, was höchste Priorität in Bezug auf die konkurrierenden Ziele der Stadtstrategie bedeuten würde. Keiner der Petenten und sicherlich auch niemand im Publikum versteht höchste Priorität so, dass wir hier künftig nur noch Wälder pflanzen und keine Schulen mehr bauen dürfen.

Höchste Priorität bedeutet schlicht und einfach, dass wir uns zum Beispiel bei einem Schulbau danach ausrichten, was der Klimaschutz als Leitbild, als höchste Priorität, vorgibt. Dann ist es in der Tat ein Unterschied, ob wir die Schule nach Passivhausstandard bauen oder in Holzbauweise errichten oder ob wir vielleicht einen Altbau nutzen, der schon irgendwo steht. Danach richten wir uns aus. Aber selbstverständlich werden auch weiterhin Schulen gebaut werden.

Das Gleiche können wir auch zur Mobilität und zu allen anderen Zielen der Stadtstrategie durchdeklinieren. Höchste Priorität verhindert überhaupt nichts - auch nicht beim Thema Gesundheit. Selbstverständlich können wir weiterhin Krankenhäuser bauen. Aber wir überlegen uns, was für welche wir bauen und ob sie später, nachdem sie gebaut sind, in ihrer Funktion klimaneutral sind.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch in der Vorlage!)

- Ja, anhand der Beschlussvorlage können wir uns dann überlegen, was für ein Krankenhaus wir bauen. Aber selbstverständlich sollte das berücksichtigt werden.

Ein Letztes: Sie werden das heute so beschließen. Wir werden es nicht beschließen. Das möchte ich auch ganz klar sagen. Natürlich sind wir für einen Klimanotstand, aber nicht in dieser

Form. Wir werden schon in der nächsten Ratssitzung sehen, was dieser Beschluss heute wert ist. Wir sind gespannt auf die Entscheidungen zum Rather See und zum Grüngürtel-Ausbau. Es gibt auch noch viele andere Dinge, bei denen wir sehen werden, was dieser Beschluss wert ist und was hohe Priorität in Köln zu bedeuten hat. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt gibt es noch die Nachfrage von Herrn Struwe. Wollen Sie sie dann vom Platz aus beantworten? - Danke.

Rafael Struwe (SPD): Herr Zimmermann, Sie plädieren für höchste Priorität. Unter einem der vorigen Tagesordnungspunkte haben wir gerade über das höchste Gebäude in dieser Stadt beschlossen. Das ist ja eines Ihrer Lieblingsthemen. Machen wir uns einmal nichts vor: Wenn der Klimaschutz die höchste Priorität hat, muss man doch entsprechend berücksichtigen, dass bei einem solchen Nice-to-have-Gebäude durch den Umbau CO_2 entsteht, durch den Aufzugsbetrieb CO_2 entsteht etc. pp.

Wäre es dann nicht konsequent, auf solche - in Anführungsstrichen - „Nice-to-have-Projekte“ zu verzichten? Denn die Nulloption ist in jedem Fall die klimaschonendste.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrter Herr Struwe, ich überlasse es Ihnen, inwieweit Sie als Umweltausschussvorsitzender sich hier selbst diskreditieren möchten, und weise einfach auf Folgendes hin: Wir können den Aufzug selbstverständlich mit regenerativen Energien fahren lassen. Im Übrigen steht das Gebäude auch schon längst; es wird ja nicht neu gebaut.

Selbstverständlich ist es auch weiterhin ein Ziel, touristische Attraktionen anzubieten.

(Rafael Struwe [SPD]: Auch ein Ziel?)

- Natürlich ist es auch ein Ziel. Das negiert doch überhaupt niemand. Das negiert auch keiner der Petenten. Wir sagen ja nicht, dass es nur noch Klimaschutz gibt. Aber er soll vorrangig behandelt werden. Das ist alles. Eigentlich ist das auch nicht so schwer zu verstehen.

(Rafael Struwe [SPD]: Was denn nun?)

- Wenn wir selbst als Pächterin des Colonius auftreten, könnten wir zum Beispiel in den Vertrag schreiben, dass der Fahrstuhl nur mit regenerativen Energien zu betreiben ist. Wir könnten zum Beispiel auch hineinschreiben, dass nicht mit Parkplätzen, sondern mit der ÖPNV-Anbindung geworben wird. Damit bekommen wir das übereinander. So viel Fantasie sollten Sie haben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gerlach hat jetzt das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das mit dem Klimanotstand ist ja eine schwere Geburt gewesen. Schon im März dieses Jahres hatten wir 15 000 Schülerinnen und Schüler sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten von Fridays for Future auf dem Kölner Heumarkt stehen. Seit einem halben Jahr gehen unsere Kinder nicht zur Schule, weil sie nicht mehr an eine Zukunft glauben.

Heute wollten sie sich selbst davon überzeugen, was wir hier beschließen. Ihre Enttäuschung ist bis hierhin hörbar.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Wir beschließen doch!)

Im Februar dieses Jahres habe ich im Schulausschuss einen Antrag auf Ausrufung des Klimanotstandes für Köln und Solidarität mit Fridays for Future eingereicht. Das wollte man nicht hören. Es passte irgendwie nicht. Jetzt sind wir vier Monate und drei Sitzungen zu diesem Thema weiter.

Inzwischen sind in Kanada die Permafrostböden aufgetaut. Das war einer der wesentlichen Kippunkte. Wir wissen jetzt, dass das Klima weltweit außer Kontrolle ist.

Aber in Köln haben wir in diversen Sitzungen vor allem eines gesehen: mit was für Rollenspielchen sich die Politikerinnen und Politiker des Jamaika-Bündnisses in den Ausschüssen amüsiert haben, um ein echtes Commitment vor sich herzuschieben. Das hat nämlich bis jetzt gedauert. Es hätte auch alles viel früher geschehen können. Einige Parteien brauchen offenbar größtmöglichen Druck, bis sie auch nur im Sinne

ihres eigenen Parteiprogramms handlungsfähig werden.

Warum ist das alles so zäh? Christine Lagarde vom IWF hat es im März 2019 vorgerechnet. Sie kam auf 6,5 Prozent der Weltwirtschaftsleistung. Das sind die weltweiten Subventionen für fossile Energieträger. Sie betragen 5,2 Billionen Dollar. Würde man damit stattdessen die erneuerbaren Energien subventionieren, wäre der Klimawandel ganz schnell und weltweit lösbar. - Dies nur zur Einordnung im Gesamtszenario einer Welt, die ihren Reichtum auf fossilen Energien aufgebaut hat.

Ökologie und Ökonomie sind nicht trennbar. Darum sollte man auch auf das Ausspielen des einen gegen das andere verzichten. Die Rückversicherungsunternehmen fordern nämlich derzeit, dass eine CO_2-Bepreisung vorgenommen wird, die fast dreimal so hoch ausfällt wie das, was die Grünen sehr artig vorschlagen. Dennoch liegt sie immer noch weit unter den vom Umweltbundesamt berechneten Folgekosten. 640 Euro pro Tonne CO_2 müssten eigentlich genommen werden, damit wir zu einem versicherbaren Planeten kommen - für die Rückversicherer, aber auch für uns.

Man hat sich also lange gesträubt. Es ging um die Frage: Wer hat denn einen Anteil am Klimawandel? Irgendwie wir alle; also ist keiner schuld. Oder es hieß, die Wirtschaft werde sicher freiwillig umstellen. Die letzten 30 Jahre zeigen aber, dass die Wirtschaft das dann doch nicht so schnell oder auch gar nicht tut.

Jetzt haben wir das Problem, dass die Konsumenten es im Zweifel richten sollen, wenn immer noch nichts passiert. Ich frage Sie: Wollen Sie das wirklich erleben? Die Wirtschaft würde dies ganz empfindlich treffen. Was ist denn, wenn künftig 30 Prozent der Konsumierenden Flugscham praktizieren oder weitgehend auf Fleisch- und Milchprodukte verzichten oder insgesamt deutlich weniger Lust auf Konsum zeigen? Dann brechen die paar Prozent Gewinnmarge weg, die ein recht großer Teil der Unternehmen weltweit braucht, weil sie sie von der Insolvenz trennen. Dann haben wir eine Weltwirtschaftskrise, bevor uns die Klimakrise trifft.

Wenn wir jetzt den Klimanotstand ausrufen - ich freue mich darüber; ich finde das super -, ist uns Düsseldorf mit empfehlenswertem Beispiel ein paar Tage voraus. Düsseldorf möchte bis zum Jahre 2035 klimaneutral werden. Was erleben wir in Köln, wenn wir diesem Beispiel folgen?

- Die Kinder werden sich auf ihre Zukunft freuen.
- Die Einwohnerinnen und Einwohner haben eine höhere Lebensqualität, weil sie unter anderem nachts besser schlafen werden.
- Wir haben ein gesünderes, längeres Leben; denn die Schadstoffbelastung in der Luft wird abnehmen.
- Die städtische Landwirtschaft wird ökologisch sein.
- Radverkehr ist auf gut ausgebauten Wegen innerhalb der Stadt als gesunder Ausdauersport möglich und empfehlenswert.
- Es wird mehr vegane Ernährung geben. Ich persönlich ziehe sie der tradierten Küche vor und kann das auch aus gesundheitlichen Gründen sehr empfehlen.
- Die Menschen werden Geld für Strom und Heizung sparen; denn erneuerbare Energien, zum Beispiel als Fernwärme, sind dann deutlich günstiger als Energie aus fossilen Brennstoffen.
- Köln wird im Sommer etwas kühler und im Winter etwas wärmer sein.
- Es wird Aufforstungen und Fassadenbegrünungen geben.
- Wir werden neue Techniken im Wohnungsbau haben. Eine Bauweise mit Holz ist möglicherweise günstiger. Auf jeden Fall werden diese neuen Techniken auch für ein sehr angenehmes Wohnklima sorgen.

Jetzt kommt wirklich eine Menge auf uns zu. Wir stehen vor vielen Investitionen in Infrastruktur. Aber der Geldmarkt sieht für solche Dinge sehr günstig aus. Die Zinsen sind historisch niedrig. Sie liegen unterhalb der Inflationsrate. Wann, wenn nicht jetzt, kann man Zukunftsinvestitionen verantworten?

Wenn wir die Vorlage der Verwaltung nun annehmen, bedeutet das vor allem, dass wir jetzt anfangen können - mit viel Arbeit. Ich freue mich darauf und danke allen, die sie heute annehmen werden.

(Beifall bei Teilen der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. Ich mache es von meinem Platz aus. - Ich weigere mich, diesen Begriff des Klimanotstandes anzuwenden, weil ich mich frage, was die Steigerung dessen ist. Man hat ja schon versucht, mit dem Begriff der höchsten Priorität diesen Notstand auch noch aufzuwerten. Dabei geht es eigentlich nur um Klimaschutz.

Nach dem Prinzip „all business is local“ mag es andere Städte geben, die das stärker betrifft als uns. Ich sehe nur eines: Seit ich in diesem Rat tätig bin, reden wir über Klimaschutz und bringen viele Projekte auf den Weg. Teilweise werden sie natürlich durch die unterschiedlichen politischen Interessen ausgebremst oder behindert.

Mir wäre aber daran gelegen, heute ein Klimaschutzziel zu veröffentlichen, dem letztendlich die Sammlung aller bisher in diese Richtung führenden Projekte und ein Status zugrunde liegen. Denn dann wissen wir, woran wir arbeiten.

Ich habe überhaupt kein Interesse, an einem Thema Klimanotstand zu arbeiten, weil es für mich vollkommen diffus und mit keiner einzigen Maßnahme belegbar ist.

Hier appelliere ich noch einmal dafür, bei diesem Begriff vorsichtig zu sein - insbesondere, wenn Klimanotstand zu einem juristischen Fachbegriff wird und man viele Maßnahmen in dieser Stadt einfach anderen überlässt, womit wir auch teilweise handlungsunfähig werden.

Wir werden dem Beschluss auf keinen Fall zustimmen, solange er Klimanotstand heißt.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte jetzt Herrn Flammer bitten, zu uns zu sprechen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu Wort)

Entschuldigung. Würden Sie noch einmal Platz nehmen, Herr Flammer? Es gibt noch eine Wortmeldung aus den Reihen des Rates. - Herr Hammer, vielleicht sollten wir aber doch erst den Petenten hören.

Herr Flammer, dann darf ich Sie noch einmal bitten. Das ist dann der zweite Anlauf. Aber Sie waren ja bereits im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und im Umweltausschuss. Deswegen ist es eigentlich schon der dritte Anlauf. Und Sie sehen, was Sie damit in Gang gebracht haben. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Michael Flammer: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal bedanke ich mich dafür, dass Sie mir heute das Rederecht gegeben haben. - Ich stehe hier als Privatperson und Familienvater von drei Kindern; mein jüngstes ist erst ein Jahr alt. Meine Kinder wissen heute noch gar nicht, wie düster ihre Zukunft vielleicht wirklich aussieht, wenn wir alle so weitermachen wie bisher.

2015 hat sich die Welt für ein Pariser Abkommen gefeiert, das bisher nur geduldiges Papier produziert hat. Die relevante Größe der Klimakrise sind die Treibhausgase in der Atmosphäre. Diese sind seither nur weiter gestiegen.

Nach der Behandlung der Petition im Ausschuss für Umwelt und Grün bin ich nun optimistisch, dass Sie sich heute für die Ausrufung des Klimanotstandes entscheiden werden. Doch auf das Kleingedruckte kommt es an.

So wurde im Ausschuss auch lange darüber debattiert, ob Klimaschutz nun hohe oder höchste Priorität bekommen soll. Das ist ein entscheidendes Detail. Seit 20 Jahren, spätestens seit Kyoto, hätte Klimaschutz mit hoher Priorität behandelt werden müssen. Das ist heute schon Ihre Aufgabe und Ihre Verantwortung. Da habe ich allerdings auch echte Zweifel, nachdem ich eben gehört habe, dass eine Frage nach der Vermeidung von Inlandsflügen lapidar damit beantwortet wurde, das sei zu teuer.

Ein Klimanotstand mit der Formulierung „hohe Priorität“ wäre eine Mogelpackung und nichts anderes, als das, was jetzt schon lange Standard sein sollte, mit einem schicken, plakativen Namensschild zu versehen. Das würden die Menschen auch durchschauen.

Sollten Sie dem Klimaschutz heute tatsächlich nur hohe Priorität geben, dann nennen Sie es wenigstens nicht Klimanotstand. Da war die Analyse von Frau Hoyer völlig richtig, ihre Schlussfolgerung allerdings nicht. Nennen Sie es lieber so, wie es dann auch wirklich ist. Sagen Sie: Klimaschutz ist der Stadt Köln sehr wichtig, also jetzt wirklich richtig wichtig, aber nur, solange es niemandem wehtut.

Denn im Zielkonflikt mit anderen Themen wird der Klimaschutz Gefahr laufen, ausgehöhlt zu werden. Ich weiß, wie schwierig das ist; denn Sie haben sehr, sehr viele Baustellen, die miteinander konkurrieren. Aber keine dieser Baustellen hat das Potenzial, unsere Zivilisation existenziell zu bedrohen.

Professor Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sagte dazu einmal:

> Aber wenn die heutige Politik niemandem wehtun will, bedeutet dass, dass sie später allen weh tun wird.

Wenn Sie es mit dem Klimaschutz ernst meinen, dann räumen Sie ihm die höchste Priorität ein.

Düsseldorf hat vergangene Woche vorgemacht, wie es geht. Dort will man in 15 Jahren klimaneutral werden. Das ist gut so. Denn 2050 ist dafür deutlich zu spät. Selbst Klimaforscher werden von der Geschwindigkeit überrascht, mit der der Klimawandel aktuell voranschreitet.

Eben habe ich schon etwas über die Methankonzentrationen gehört, die aktuell sehr, sehr schnell ansteigen. Zurückzuführen ist das möglicherweise auf die tauenden Permafrostböden, mit denen bis jetzt niemand gerechnet hat. In diesen Tiefen und Geschwindigkeiten ist das Tauen erst in 70 Jahren erwartet worden. Dort lagern 1 300 bis 1 600 Gigatonnen Kohlenstoff. Das ist doppelt so viel wie in der gesamten Atmosphäre. Beim Tauen wird dieser Kohlenstoff zu CO_2, aber hauptsächlich zu Methan zersetzt. Methan ist ein Treibhausgas, das 84 Mal wirksamer ist als CO_2, wenn man es über 20 Jahre betrachtet. Das Tauen der Permafrostböden ist in den aktuellen Klimamodellen des IPCC noch nicht einmal berücksichtigt worden.

Es gibt einen Punkt, an dem sich der Klimawandel verselbstständigt - da, wo er sich selbst verstärkt und wir es nicht mehr aufhalten können. Wo dieser Punkt genau ist, weiß niemand.

Zum Schluss möchte ich Sie bitten, mir in eine gedankliche Analogie zu folgen, die unsere aktuelle Situation aus meiner Sicht veranschaulichen soll.

Wir sind auf der Autobahn unterwegs, viel zu schnell. Die gesamte Familie sitzt im Wagen. Seit geraumer Zeit warnen schon Schilder vor zu hoher Geschwindigkeit. Wir haben aber entweder alle Schilder ignoriert oder unsere Geschwindigkeit nur halbherzig reduziert. Außerdem werden wir vom Wesentlichen immer abgelenkt; das Handy klingelt, die Kinder streiten sich. Hinter einer Kurve erscheint das Stauende - plötzlich, viel zu nah -, und es wird klar, dass wir einen Unfall nicht mehr verhindern können. Es wird einen Aufprall geben.

Ich behaupte einmal, dass jeder von uns in dieser Situation sofort wissen würde, was zu tun ist: eine Vollbremsung. Wir würden sofort handeln; denn wir wissen, dass jede Sekunde des Zögerns den Aufprall nur tödlicher machen würde. In diesem Moment hält uns nichts mehr vom Wesentlichen ab. Wir würden uns nicht fragen, was mit dem Auto hinter uns ist und ob wir die Ladung gut gesichert haben, sondern sofort eine Vollbremsung durchführen.

Nun können Sie sagen, dieses Szenario sei ja nicht wirklich mit dem Klimawandel vergleichbar. Das stimmt. Was allerdings vergleichbar ist, sind die Folgen. Nichtstun werden wir und unsere Kinder nicht überleben. Aber auch Zögern oder halbherziges Handeln wird katastrophale Folgen haben.

Was tatsächlich unterschiedlich ist, ist die Tatsache, dass wir das Stauende gar nicht sehen können, obwohl es da ist. Das Tückische am Klimawandel ist, dass Ursache und Wirkung so weit auseinanderliegen. Das CO_2, das wir heute in die Atmosphäre blasen, wird dort noch bis zu 1 000 Jahre bleiben. Wir können also das Stauende nicht erkennen. Gleichzeitig haben wir einen extrem langen Bremsweg. Der Aufprall erfolgt genauso sicher, mit genau derselben Wucht.

In dieser Situation eine Vollbremsung zu machen, ist etwas, was extrem viel Weitsicht und auch Mut erfordert. Glücklicherweise hat die Wissenschaft uns zahllose Warnschilder aufgestellt. Aber bisher ignorieren wir sie alle oder handeln unentschlossen.

Noch einmal: Wir können den Aufprall nur noch abmildern und nicht mehr verhindern. Jetzt ist der Zeitpunkt, das Bremspedal zu finden. Bitte treten Sie darauf, so fest Sie können. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall - Lebhafter Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Flammer.

Ich habe übrigens den Jugendlichen, die so lange auf der Besuchertribüne ausgeharrt haben - wir haben sie hier schon dafür bewundert -, na-

türlich angeboten, zurückzukommen, um die Diskussion zu verfolgen. Aber sie haben dieses Angebot nicht angenommen - ich vermute einmal, weil sie auch nicht wirklich glauben, dass dieser Rat es mit seiner Entscheidung ernst meint.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Deswegen erlauben Sie mir einige Worte dazu. Ich finde es gut, dass Sie alle sich heute hier so leidenschaftlich, so vehement und so ernsthaft mit dem Thema Klimaschutz beschäftigen. Teilweise überholen Sie sich sogar gegenseitig in Ihren Bemühungen.

Ich bin ja fünf Jahre Umweltdezernentin gewesen und hätte mir gewünscht, diese Rahmenbedingungen damals schon vorzufinden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Dann wären wir nämlich heute zwar nicht fertig, aber schon einmal viel weiter.

Deswegen finde ich es grundsätzlich gut, dass wir uns heute hier so ernsthaft und so leidenschaftlich endlich einmal mit diesem Thema beschäftigen. Dazu hat sicherlich auch die Petition beigetragen.

Die Verwaltung - es war übrigens nicht schwer, das abzustimmen - hat den Begriff des Klimanotstandes gewählt. Ich möchte das noch einmal erklären. Wir haben viele Juristen, die ganz genau wissen, was ein Notstand ist. Ich weiß es auch. Also vielen Dank für diese Hinweise, die hier gegeben worden sind. Aber mittlerweile ist der Begriff des Klimanotstandes ein Terminus technicus, den jeder versteht und unter dem sich jeder etwas vorstellen kann. Deswegen haben wir diesen Begriff gewählt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

In Bezug auf die Diskussion über die Einordnung, ob Klimaschutz nun hohe Priorität oder höchste Priorität hat, möchte ich nur noch einmal daran erinnern, dass Sie hier bereits die höchste Priorität für die Gesundheit beschlossen haben. Das liegt gar nicht weit auseinander; denn Gesundheit hat auch etwas mit unserem Klima zu tun.

Es wird darauf ankommen, was wir jetzt tatsächlich daraus machen. Ich möchte nicht, dass nach unserer heutigen Entscheidung weiter im Raum stehen bleibt, hier werde Symbolpolitik gemacht.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Diese Entscheidung wird der Verwaltung vieles ermöglichen, was sie vorher nicht tun konnte, weil das Rechnungsprüfungsamt vielleicht auf den Preis geschaut hätte, wenn er höher wird, weil eine Maßnahme den Klimazielen entspricht. Solche Dinge werden uns dadurch ermöglicht. Das ist eine wichtige Voraussetzung, die wir brauchen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Es wird darum gehen, jetzt bei jeder Vorlage aktiven Klimaschutz mitzubedenken und abzuwägen, ob dann noch gebaut werden kann oder nicht. Allerdings müssen wir 46 Schulen bauen, und dazu gehört auch, dass wir die Fläche versiegeln. Es muss also abgewogen werden. Das werden wir vernünftig und mit Augenmaß tun und Ihnen dann vorlegen.

Für mich als Oberbürgermeisterin ist ein Ziel, das 30 Jahre in der Ferne liegt, auch zu weit weg. Das Pariser Klimaabkommen mit 2050 geht mir also zu weit in die Zukunft. Mir wird es darauf ankommen, die Klimaziele wesentlich früher zu erreichen. Es mag 2035 gelingen. Aber 2050 ist für mich auch keine Alternative.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Damit bin ich erst einmal das losgeworden, was mich jetzt umgetrieben hat.

Wenn Sie noch eine zweite Runde wünschen, würde ich nun Herrn Hammer das Wort geben.

(Zurufe: Nein! - Keine zweite Runde!)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich habe den Unmut über eine zweite Runde sehr wohl wahrgenommen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Es müssen ja nicht alle sprechen!)

Aber weil gerade unsere Fraktion hier immer wieder benannt wurde - von wegen, man würde jetzt nur scheinheilig handeln etc. -, möchte ich doch die Chance nutzen, noch die eine oder andere Sache klarzustellen.

Wie Frau Oberbürgermeisterin gerade schon gesagt hat, haben wir seinerzeit mit dem Luftreinhalteplan auch beschlossen, dass die Gesundheit der Menschen in Köln höchste Priorität besitzt. Wenn wir es ernst nehmen, dass die Gesundheit der Menschen in Köln höchste Priorität besitzt, ist selbstverständlich auch klar: Wenn wir der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ebenfalls höchste Priorität zuschreiben, kommen wir auf der höchsten Ebene auch in Konkurrenzen. Natürlich geht das eine nicht ohne das andere. Wir sollten hier aber keinen Kampf darum führen, was denn nun das Allerhöchste und das Allerallerhöchste ist. Lassen Sie uns doch einfach Folgendes festhalten:

Wir haben hier eine Beschlussvorlage der Verwaltung. Es ist die Verwaltung, die uns als Rat vorschlägt, den Klimanotstand auszurufen. Das ist in anderen Städten auch nicht überall so gewesen. Dort waren es vor allen Dingen Initiativen aus der Politik. Hier kam die Initiative aus dem Raum der Bürgerschaft. Die Verwaltung hat sich darangemacht, eine Beschlussvorlage mit der entsprechenden Qualität zu erstellen. Ich bin schon einmal sehr froh darüber, dass das hier gelungen ist. Wer gesehen hat, welchen Zeitraum dies in Anspruch genommen hat, kann sicherlich nachvollziehen, dass ich mich wirklich sehr über diese Vorlage freue, in der nun auch steht: Ja, auch die Stadt Köln bekennt sich zu diesen Zielen; ja, auch die Stadt Köln ist bereit, den Klimanotstand auszurufen. - Darüber freuen wir uns sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Es wird kritisiert, was darin stehe, sei nur weiße Salbe; darin würden keine konkreten Maßnahmen genannt. Dann legt die Fraktion der LINKEN uns hier ein Papier mit Maßnahmen vor, die jetzt alle umgesetzt werden sollen. Darin steht zum Beispiel, dass wir keine Fahrzeuge mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren mehr anschaffen. Wir bekommen doch im Verkehrsausschuss schon jetzt regelmäßig Vorlagen, in denen uns dargelegt wird, bei welchen Fahrzeugen es Modelle ohne herkömmlichen Verbrennungsmotor gibt. Dann wählen wir selbstverständlich auch diese Modelle aus. Das ist bei vielen Vorlagen, die wir bekommen, also heute schon alltägliches Handeln.

Künftig werden wir zusätzlich - das steht in dem Punkt 3 der Verwaltungsvorlage - seitens der Verwaltung dargestellt bekommen, welche Maßnahme denn welche Klimaauswirkung hat und welche Alternativen es gibt. Denn es werden Alternativen dargestellt werden. Nichts ist alternativlos, wie meine Kollegin vorhin gesagt hat. Uns werden Alternativen dargelegt werden. Die Verwaltung wird darauf achten, dass dort selbstverständlich auch die klimafreundlichste Alternative ihren Platz findet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern werden wir eben nicht einfach so wie bisher weitermachen und so tun, als ob uns der Klimawandel in dieser Stadt gar nichts angehe.

In unserem Änderungsantrag, der Ihnen vorliegt, nehmen wir auch Bezug auf die Verwaltungsvorlage. Wir gehen aber noch weiter als die Verwaltungsvorlage und sagen: Selbstverständlich können wir den Klimawandel nicht alleine in Köln aufhalten. Wir geben hier unser Bestes. Es sind aber auch Land und Bund in der Pflicht. - Auch damit haben wir Forderungen aus der Petition aufgenommen.

Wir beschränken uns auch nicht darauf, entsprechende Gesetze auf Bundes- und Landesebene oder Informationskampagnen zu fordern. Nein, wir gehen darüber hinaus und sagen konkret, dass wir als Stadt Köln auch finanziell von Bund und Land unterstützt werden wollen, damit wir hier die Maßnahmen noch schneller und noch zügiger umsetzen können, als wir das bei der angespannten Haushaltslage, in der wir teilweise sind, alleine erreichen könnten. Da sind wir auf Bund und Land angewiesen.

Daher kann ich nur noch einmal um Unterstützung für unseren Änderungsantrag werben. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens möchte einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. So habe ich die beiden erhobenen Arme verstanden.

Stephan Boyens (AfD): Ja, das ist richtig. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, dass die Argumente zu diesem Thema, dem Thema Notstand, jetzt weitreichend ausgetauscht sind. Insofern wäre mein Vorschlag, nicht noch eine zweite Runde zu machen.

Ich stelle den Antrag auf Ende der Debatte und Eröffnung der Abstimmung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Antrag erübrigt sich!)

Insoweit erübrigt sich der Antrag zur Geschäftsordnung. Ist das hier Konsens?

(Beifall bei Teilen der CDU)

- Okay. - Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung, meine Damen und Herren.

Ich lasse in folgender Reihenfolge abstimmen: zunächst über die Änderungsanträge zum Tagesordnungspunkt 10.29, dann über die Vorlage zu diesem Punkt, dann über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen zum Tagesordnungspunkt 5.1.1 - da gibt es zwei Anträge; wir stimmen aber erst über den neueren und danach über den älteren ab, wenn er sich dann nicht erledigt hat; das müssen wir einmal sehen - und dann über die Vorlage zu diesem Punkt.

Wir beginnen mit der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 10.29.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Bei Enthaltung der LINKEN abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag der AfD. Zustimmung?

(Sven Tritschler [AfD]: Ich würde hier punktweise Abstimmung beantragen!)

- Wir sind in der Abstimmung. Das hätten Sie bitte vorher tun sollen, Herr Tritschler.

(Sven Tritschler [AfD]: Gut!)

Ich habe eben gesagt, wie ich abstimmen lasse. Das wäre der richtige Zeitpunkt gewesen.

Wer stimmt dem Änderungsantrag der AfD zu? - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Zustimmung? - Der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Frau Gerlach und die Ratsgruppe GUT. Dann ist er auch abgelehnt.

Nun kommen wir zur Vorlage. Jetzt frage ich einmal: Wer wünscht dieser Vorlage zuzustimmen? Es ist wichtig genug, dass wir hier unsere Hand heben. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion DIE LINKE, die CDU-Fraktion und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die Ratsgruppe GUT. Dann ist diese Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. - Ich bedanke mich sehr bei Ihnen.

(Beifall - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Nun kommen wir zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 5.1.1.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen abstimmen. Wer diesem Ersetzungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion und die Gruppe GUT. Dann ist dieser Antrag beschlossen.

Dadurch hat sich der zweite Änderungsantrag erledigt; denn der beschlossene Antrag war ein Ersetzungsantrag.

Nun lasse ich über die Vorlage in der soeben mit dem Ersetzungsantrag geänderten Fassung abstimmen. Zustimmung? - SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion und Frau Gerlach. Enthaltungen? - FDP, LINKE, Herr Wortmann und GUT. Dann ist sie auch so beschlossen. - Vielen Dank.

(Christian Joisten [SPD]: Und die Frau Oberbürgermeisterin hat wie abgestimmt?)

- Hat mitgestimmt, ja.

(Christian Joisten [SPD]: Das möchten wir doch wissen! - Gegenruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hat natürlich mitgestimmt!)

- Herr Joisten, wenn Sie möchten, kann ich das auch jedes Mal sagen. Aber das ist sehr aufwendig.

(Niklas Kienitz [CDU]: Machen wir jetzt eine Pause?)

- Ja. Ich würde jetzt gerne eine kurze Sitzungspause von zehn Minuten machen, wenn Sie einverstanden sind. Um Viertel vor acht treffen wir uns bitte wieder.

(Unterbrechung von
19.34 Uhr bis 19.54 Uhr)

I. Ersetzungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen:

Beschluss:

Der vorliegende Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Der Rat der Stadt Köln dankt den Petentinnen und Petenten für ihre Eingaben und Anregungen. Der Rat der Stadt Köln unterstützt das grundlegende Anliegen der Petentinnen und Petenten und bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015.

2. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 14.02.2019 zum Maßnahmenprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ als verbindliche Verpflichtung für den Klimaschutz und Grundlage für erfolgreiche kommunale Klimaschutzaktivitäten. Die dort enthaltenen Anregungen müssen mit erheblicher Energie und Geschwindigkeit umgesetzt werden, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.“ Die von der Verwaltung zu dieser Ratssitzung erarbeitete Beschlussvorlage zum Klimanotstand schafft hierzu die notwendigen Grundlagen.

3. Der Rat regt die Einführung eines Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene an, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz soll sicherstellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.

4. Der Rat ruft zu einer umfassenden Informationskampagne auf Bundes- und Landesebene über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie

über die Maßnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden, auf.

Die Stadt Köln regt an, dass die Bundesregierung Förderprogramme und Instrumente entwickelt, die Kommunen und Kreise bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen nachhaltig unterstützen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und RM Gerlach sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und FDP sowie der Gruppe GUT zugestimmt.

II. Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und von

RM Gerlach

AN/0968/2019

Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und von RM Gerlach hat sich dadurch erledigt.

III. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages

der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln dankt den Petentinnen und Petenten für ihre Eingaben und Anregungen. Der Rat der Stadt Köln unterstützt das grundlegende Anliegen der Petentinnen und Petenten und bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015.

2. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 14.02.2019 zum Maßnahmenprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ als verbindliche Verpflichtung für den Klimaschutz und Grundlage für erfolgreiche kommunale Klimaschutzaktivitäten. Die dort enthaltenen Anregungen müssen mit erheblicher Energie und Geschwindigkeit umgesetzt werden, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.“ Die von der Verwaltung zu dieser Ratssitzung erarbeitete Beschlussvorlage zum Klimanotstand schafft hierzu die notwendigen Grundlagen.

3. Der Rat regt die Einführung eines Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene an, des-

sen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz soll sicherstellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.

4. *Der Rat ruft zu einer umfassenden Informationskampagne auf Bundes- und Landesebene über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden, auf.*

Die Stadt Köln regt an, dass die Bundesregierung Förderprogramme und Instrumente entwickelt, die Kommunen und Kreise bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen nachhaltig unterstützen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und RM Gerlach sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und FDP sowie der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und der Stimme von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

2081/2019

AN/1033/2019

AN/1038/2019

AN/1042/2019

AN/1043/2019

I. Änderungsantrag der Gruppe GUT

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 und den Feststellungen des Weltklimarats IPCC in seinem Sonderbericht von 2018 „1,5° globale Erwärmung“. Er bewertet die schon beschlossenen und in Umsetzung befindlichen Maßnahmen der Stadt Köln für den Klimaschutz positiv. Gleichzeitig erkennt der Rat, dass diese Maßnahmen erst der Anfang einer zwingend erforderlichen Transformation der Stadt sind, die schnellstmöglich über technische, Kultur- und Verhaltensänderungen zu einer erheblichen Reduktion der Treibhausgasemission führt. Erhebliche weitere Anstrengungen zur Unterstützung dieser Transformation sind erforderlich, damit das Ziel zur „Klimaneutralen Kommune 2050“ erreicht wird. Um die globale Erwärmung auf 1,5° zu begrenzen, sind sofortige, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereich der Gesellschaft erforderlich.

Der Rat der Stadt Köln erklärt den „Klimanotstand“ und bekennt sich dazu, dass die Eindämmung des vom Menschen verursachten Klimawandels in der städtischen Politik zukünftig höchste Priorität besitzt.

Weitere Zielsetzungen der Stadtstrategie behalten hohe Priorität, der Rat fordert die Verwaltung auf diese im Einklang mit Kölns Klimaschutzzielen weiter zu ver-

folgen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung

1. *dem Rat regelmäßig über die Auswirkungen und Folgen von Treibhausgasemissionen und die Maßnahmen der Stadt zu deren Verringerung zu berichten.*

2. *mit der Weiterentwicklung und Umsetzung des Klimaschutzkonzepts „KölnKlimaAktiv“ 2020- 2030 inkl. Darstellung der von finanziellen Auswirklungen. Dabei sollen auch externe Akteure mit einbezogen werden.*

3. *dass alle relevanten Verwaltungsvorlagen durch Kenntlichmachung einer Bewertung versehen werden, ob die zu realisierende Maßnahme a) keine, b) positive oder c) negative Auswirkungen auf den Klimaschutz enthält und welche das sein werden. Maßnahmenalternativen im Sinne Kölns Klimaschutzziele werden künftig als Beschlussvorschlag dargestellt, Alternativen mit negativer Klimaauswirkung werden als Beschlussalternative vorgestellt*

4. *zur Aufnahme von Gesprächen mit den SWK mit dem Ziel der Ausweitung regenerativer Energien inkl. der Darstellung von finanziellen Auswirkungen.*

5. *mit der Vorlage eines Entwicklungsplans zur Erreichung einer klimaneutralen Energienutzung von städtischen Immobilien sowie zur Nutzung für die Energiegewinnung mittels Photovoltaik inkl. Darstellung von finanziellen Auswirkungen.*

6. mit einer Mobilitätstransformation im Sinne des Konzepts KölnKlimaAktiv 2022 und des beschlossenen Aufbaus der Elektro-Ladeinfrastruktur inkl. Darstellung von finanziellen Auswirkungen. Die dargestellten Maßnahmen sollen in den Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) mit hoher Priorität einfließen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe GUT und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat möge folgende Änderungen beschließen:

Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

Der Rat der Stadt entwickelt sein Klimaschutzkonzept sowohl bei den Projekten als auch in der Verwaltungsorganisation intensiv weiter, um einen „Klimanotstand" in Köln zu verhindern. Er bestätigt damit, dass die Eindämmung des von Menschen verursachten Klimawandels in der städtischen Politik eine hohe Priorität besitzt und zukünftig bei allen Entscheidungen grundsätzlich zu beachten ist.

Absatz 3, Punkt 1 wird wie folgt, nachstehend, ergänzt:

Die Klimabilanz ist jährlich zu aktualisieren und parallel zu den regelmäßigen Daten zur sozialen und Ökonomischen Entwicklung der Stadt zu publizieren.

Absatz 3, Punkt 2 wird wie folgt, nachstehend, ergänzt:

Die positiven Ergebnisse des Smart City Projektes sollen sofort stadtweit ausgeweitet werden.

Absatz 3, Punkt 4 wird wie folgt ersetzt:

Zur Aufnahme von Gesprächen mit den SWK und StEB Köln AöR, mit dem Ziel der Ausweitung regenerativer Energiequellen inklusive einer Gegenüberstellung der ökologischen und finanziellen Konsequenzen.

Absatz 3, Punkt 6 wird wie folgt ersetzt:

Mit einer Mobilitätstransformation im Sinne des Konzepts Köln Mobil 2025, des Luftreinhalteplans, der abgesprochenen Verkehrsprojekte Köln-Bergisch-Gladbach, des regionalen Nahverkehrskonzeptes, der Lärmminderungsplanung und des beschlossenen Aufbaus der Elektro-Ladestruktur inkl. Darstellung der ökologischen und finanziellen Auswirkungen. Die Maßnahmen sollen schnellstmöglich in einen Sustainable

Urban Mobility Plan („SUMP") einfließen.

Absatz 3, Punkt 7 wird wie folgt hinzugefügt:

Die Stadtverwaltung präzisiert schnellstmöglich die von der Regio KölnBonn präsentierte Klimawandelvorsorgestrategie für das Stadtgebiet Köln.

Absatz 3, Punkt 8 wird wie folgt hinzugefügt:

Die Verwaltung wird gebeten, dem zuständigen Ausschuss zeitnah über den Stand der internationalen Projekte von Stadt, SWK und StEB außerhalb des SmartCity Projekts zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

III. Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung Köln, die Mitglieder des Rates und aller anderen politischen Gremien verzichten ab sofort auf Flüge innerhalb von Deutschland.

2. Auslandsflüge der unter Punkt 1 genannten Personengruppen sind nur noch nach Genehmigung durch den Rat der Stadt Köln erlaubt. Die Genehmigung wird nur erteilt, wenn dargelegt wird, wie das durch den Auslandsflug erzeugte CO2 wieder neutralisiert wird.

3. Die Dienstwagen der Dezernenten werden abgeschafft und der Dienstwagen der OB wird durch einen vollelektrischen FORD (sobald erschienen) ersetzt.

4. In allen öffentlichen Gebäuden wird ab der nächsten Heizperiode die Durchschnittstem-

peratur um 1 Grad Celsius abgesenkt, sofern wirtschaftlich.

5. *Alle Lampen in städtischen Gebäuden werden durch LED-Lampen ersetzt.*

6. *In den städtischen Kantinen wird ab dem Jahr 2020 vollständig auf tierisches Fleisch verzichtet. Es werden nur noch vegetarische und vegane Gerichte angeboten.*

7. *Die Stadt Köln legt ein Förderprogramm für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf. Mit diesem Programm wird die Anschaffung von Fahrrädern gefördert. Dies unter der Voraussetzung, dass der bisher genutzte PKW abgeschafft wird. Bei Personen ab 50 Jahren wird auch die Anschaffung eines E-Bikes gefördert.*

8. *Die kostenlosen Parkplätze für Ratsmitglieder werden zum 31.12.2019 abgeschafft.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

IV. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um die folgenden Punkte ergänzt:

I. Ausgehend vom erklärten Willen des Rates, den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung als höchste Priorität in Sachen Luftqualität zu behandeln (Ratsbeschluss am 6.2.2018), stellt der Rat fest, dass der Klimawandel neben der Gefährdung durch Armut und Krieg die global größte Bedrohung für Leben und Gesundheit darstellt und mit entsprechender Priorität bekämpft werden muss

II. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen auszuarbeiten, mit denen die Stadt Köln ihre CO2-Minderungsziele für 2030 erreichen wird.

1. *Als Zwischenziel muss die „weitere notwendige Minderung 2019 bis 2022“ um 1,036 Mio. Tonnen CO2 erreicht werden, die in KölnKlimaAktiv 2022 dargelegt ist (S.15).*

2. *Die Ausarbeitung dieser Maßnahmen muss bis Herbst 2019 erfolgen, so dass der aus ihnen folgende Finanzbedarf im Haushalt 2020/21 berücksichtigt werden kann.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen zur CO2-Minderung in ihrem Veränderungsnachweis 2 zum Haushalt 2020/21 bereitzustellen.*

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, ihrer Ausarbeitung der Maßnahmen die Vorschläge zu Grunde zu legen, die in der Modellrechnung der Studie KölnKlimaAktiv 2022 dargestellt werden (Seite 10). Dazu werden unter anderem folgende Sofortmaßnahmen ergriffen:*

   - *Die Stadt Köln wird ab sofort jährlich jeweils 12.000 Bedarfsgemeinschaften je eine Waschmaschine und einen Kühlschrank mit der höchsten Energieeffizienzklasse (A+++) kostenlos zur Verfügung stellen, bis alle Bedarfsgemeinschaften damit ausgestattet sind.*

   - *Die Stadt Köln legt ein sofortiges Förderprogramm für Sanierungsmaßnahmen zur Reduktion des Öl- und Gasverbrauches in privaten Haushalten auf, mit der Förderbedingung, dass die Mieten durch diese Sanierung nicht steigen dürfen.*

   - *Die Stadt Köln stoppt die Vermarktung ihrer eigenen Dachflächen und errichtet dort in Zusammenarbeit mit der Rheinenergie AG gemeinsame Anlagen für Photovoltaik und Solarthermie gemäß Energieatlas NRW*

   - *Die Stadt Köln verdoppelt die Anzahl an Kilometern für neugebaute und sanierte Radwege, wandelt auch in Wohnsiedlungen öffentliche Parkplätze in Fahrradabstellplätze um und fördert die Anschaffung und Aufstellung von Fahrradboxen an Mehrfamilienhäusern, die den Mietern gegen eine Anerkennungsgebühr zur Verfügung gestellt werden.*

   - *Die Stadt Köln wird gemeinsam mit der KVB mehr Straßenbahnen und Busse auf die Strecke bringen und zur Kapazitätserweiterung auch*

oberirdische Strecken entlang unterirdischer Routen bauen.

- *Die KVB AG senkt die Preise in einem ersten Schritt um rund 25 Prozent und führt sofort eine KölnPass-Fahrkarte für Kinder, sowie das kostenlose Kurzstreckenticket ein.*
- *Die KVB AG muss bei ihrem nächsten Energieliefervertrag garantieren ausschließlich regenerativ erzeugten Strom zu beziehen, ebenso bei der fälligen Erweiterung des derzeitigen Energievertrags um das notwendige zusätzliche Bahn-Angebot bereitzustellen,*
- *Anbieter von Ladesäulen zur E-Mobilität werden verpflichtet, ausschließlich regenerativ erzeugten Strom anzubieten.*
- *Die Stadt Köln schafft für ihre diversen Fuhrparks keine Fahrzeuge mehr mit herkömmlichem Verbrennungsmotor an, wenn es für diese Fahrzeugen eine alternative Antriebsmöglichkeit gibt.*
- *Städtische Laubbläser, Rasenmäher und ähnliche Kleingeräte mit Verbrennungsmotoren sind unmittelbar gegen solche ohne Verbrennungsmotor auszutauschen.*
- *Die Stadt Köln führt Gespräche mit den anderen Anteilseignern des Flughafen Köln Bonn mit dem Ziel einer Reduzierung der aus- und eingehenden Flüge um rund 25 Prozent.*

*III. Der Rat der Stadt Köln folgt den vier in der Resolution genannten Punkte der Petent*innen und beauftragt die Verwaltung unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit mit den entsprechenden Maßnahmen.*

1. *Die Stadt Köln wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.*
2. *Die Stadt Köln orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.*
3. *Die Stadt Köln fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz soll sicherstellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.*
4. *Die Stadt Köln fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT und RM Gerlach abgelehnt.

V. Abstimmung über die Ursprungsvorlage

Beschluss:

Der Rat bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 und den Feststellungen des Weltklimarats IPCC in seinem Sonderbericht von 2018 „1,5° globale Erwärmung“. Er bewertet die schon beschlossenen und in Umsetzung befindlichen Maßnahmen der Stadt Köln für den Klimaschutz positiv. Gleichzeitig erkennt der Rat, dass diese Maßnahmen erst der Anfang einer zwingend erforderlichen Transformation der Stadt sind, die schnellstmöglich über technische, Kultur- und Verhaltensänderungen zu einer erheblichen Reduktion der Treibhausgasemission führt. Erhebliche weitere Anstrengungen zur Unterstützung dieser Transformation sind erforderlich, damit das Ziel zur „Klimaneutralen Kommune 2050“ erreicht wird. Um die globale Erwärmung auf 1,5° zu begrenzen, sind sofortige, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereich der Gesellschaft erforderlich.

Der Rat der Stadt Köln erklärt den „Klimanotstand“ und bestätigt damit, dass die Eindämmung des vom Menschen verursachten Klimawandels in der städtischen Politik eine hohe Priorität besitzt und zukünftig bei allen Entscheidungen grundsätzlich zu beachten ist.

Der Rat beauftragt die Verwaltung

1. *dem Rat regelmäßig über die Auswirkungen und Folgen von Treibhausgasemissionen und die Maßnahmen der Stadt zu deren Verringerung zu berichten.*

2. *mit der Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzepts „KölnKlimaAktiv“ 2020- 2030 inkl. Darstellung der von finanziellen Auswirklungen. Dabei sollen auch externe Akteure mit einbezogen werden.*

3. *dass alle relevanten Verwaltungsvorlagen durch Kenntlichmachung einer Bewertung versehen werden, ob die zu realisierende Maßnahme a) keine, b) positive oder c) negative Auswirkungen auf den Klimaschutz enthält und welche das sein werden. Maßnahmenalternativen mit positiver oder zumindest der geringsten negativen Klimaauswirkung sollen bevorzugt geplant und umgesetzt werden.*

   Dabei sind die konkurrierenden Zielsetzungen der Stadtstrategie zu berücksich-

   tigen.

4. *zur Aufnahme von Gesprächen mit den SWK mit dem Ziel der Ausweitung regenerativer Energien inkl. der Darstellung von finanziellen Auswirkungen.*

5. *mit der Vorlage eines Entwicklungsplans zur Erreichung einer klimaneutralen Energienutzung von städtischen Immobilien sowie zur Nutzung für die Energiegewinnung mittels Photovoltaik inkl. Darstellung von finanziellen Auswirkungen.*

6. *mit einer Mobilitätstransformation im Sinne des Konzepts Köln Mobil 2025 und des beschlossenen Aufbaus der Elektro-Ladeinfrastruktur inkl. Darstellung von finanziellen Auswirkungen. Die dargestellten Maßnahmen sollen in den Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP) mit hoher Priorität einfließen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. und RM Gerlach sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT und mit der Stimme von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir jetzt die Pausenzeit verdoppelt haben, würde ich die Ratssitzung gerne fortsetzen. Wir haben immer noch eine umfangreiche Tagesordnung.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014 2139/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage I beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18. November 2014 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunter-

künften für ausländische geflüchtete Personen für die Zeit vom 01.01.2017-24.01.2018
1269/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die „Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) für die Zeit vom 01.01.2017 – 24.01.2018 und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen rückwirkend ab dem 25.01.2018
1273/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es bei Gegenstimmen der AfD so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die „Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1) rückwirkend ab dem 25.01.2018 und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019
1712/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 01 beigefügten 3. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Ich rufe auf:

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

Tagesordnungspunkt

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85

Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2019
0644/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018
2206/2019

Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Umgestaltung der Vogelsanger Straße zwischen Innerer Kanalstraße und Ehrenfeldgürtel (1. Bauabschnitt)
1946/2019

Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Generalsanierung der Vogelsanger Straße zwischen den Hausnummern 250 und 282
1386/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2018
1060/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von insgesamt 4.606.000 € im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze im Haushaltsjahr 2018.

Der Betrag teilt sich auf folgende Teilplanzeilen auf:

Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 2.220.000 €,

Teilplanzeile 14, Bilanzielle Abschreibungen in Höhe von 970.000 €,

Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.215.000 €,

Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen in Höhe von 201.000 €.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2018 durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 4.606.000 € im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV. Der Betrag kann in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.980.000 €, in Teilplanzeile 14 – Bilanzielle Abschreibungen in Höhe von 970.000 € und in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Höhe von 1.656.000 € erbracht werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Änderung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20
1361/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (s. Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.2 Haushaltsplan-Entwurf Doppelhaushalt 2020/2021
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW
1545/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, wie folgt festzusetzen:

Für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 werden die Mittel auf 974.400 € p.a. festgesetzt.

Von diesem Betrag entfallen auf den Stadtbezirk:

1 Innenstadt 112.700 €

2 Rodenkirchen 101.700 €

3 Lindenthal 128.700 €

4 Ehrenfeld 100.800 €

5 Nippes106.800 €

6 Chorweiler 83.900 €

7 Porz 103.900 €

8 Kalk 108.800 €

9 Mülheim 127.100 €

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs. 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung der Mittel muss hinreichend bestimmt sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Koelnmesse GmbH
hier: Liquidation der Tochtergesellschaft Koelnmesse Co. Ltd., Bangkok, Thailand
1955/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Liquidation der thailändischen Tochtergesellschaft Koelnmesse Co. Ltd., Bangkok zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Einführung eines Frauenpreises in Köln
hier: ELSE-FALK-Preis
1475/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, in Köln einen Frauenpreis einzuführen. Der „ELSE-FALK“- Preis soll erstmalig am 7.3.2020 anlässlich der Feierlichkeiten zum Internationalen Frauentag vergeben werden.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Basis des beiliegenden Konzeptes (Anlage 1) die Ausschreibung des Wettbewerbes für den „ELSE-FALK“-Preis durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland
Beschlussfassung zu Punkt 1 erfolgte in der Sitzung des Rates vom 04.04.2019; in der Sitzung am 09.07.2019 somit nur Beschlussfassung zu Punkt 2.
3110/2018

Wortmeldungen? - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden - wir hatten im Finanzausschuss schon darüber gesprochen - gerne eine kleinere Modifikation vornehmen. Ich habe das gerade mit dem Stadtdirektor besprochen. Vorgesehen ist ja eine zehnjährige Ausschreibung. Man kann wohl auch nachrangig ein weiteres Angebot ausschreiben, und zwar mit einer halbjährigen Kündigungsfrist nach fünf Jahren, damit wir sehen, ob es hier signifikante Preisunterschiede gibt, und danach entscheiden können, welches der Angebote wir bevorzugen.

Deshalb bitten wir darum, diese Ausschreibung dahin gehend zu modifizieren, dass wir diese Alternative dann mit beschließen. - Vielen Dank.

(Christian Joisten [SPD]: Können wir den Wortlaut haben?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist also ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion, im Punkt 2 des Beschlusstextes statt „für die Dauer von zehn Jahren“ „für die Dauer von fünf Jahren“ zu schreiben. Habe ich Sie richtig verstanden?

Bernd Petelkau (CDU): Nein, es bleibt bei der Originalausschreibung. Aber zusätzlich soll als Alternative mit ausgeschrieben werden, dass nach fünf Jahren eine Kündigungsfrist von einem halben Jahr gilt. Das heißt, dass die Laufzeit auch zehn Jahre beträgt, aber die Stadt Köln die Option hat, nach fünf Jahren ein Sonderkündigungsrecht auszuüben. Genau so hatten wir es auch im Finanzausschuss. Da hatten wir es nur als Komplettalternative. Um einfach einmal zu sehen, was das wirtschaftlich bedeutet, kann man das wohl auch parallel ausschreiben, sodass die entsprechenden Bieter beide Alternativen darstellen können.

Bei jedem anderen Bestellvorgang kann man das auch machen. Wenn man privat ein Auto bestellt, kann man sich auch die unterschiedlichen Leasingraten für Laufzeiten von fünf Jahren, drei Jahren oder einem Jahr darstellen lassen. Genau das wollen wir hier auch haben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Das verstehe ich jetzt als Änderungsantrag. Ich sage für die SPD-Fraktion: Wir lehnen diesen Änderungsantrag ab.

Herr Stadtdirektor Keller hat gestern im Finanzausschuss sehr eindrücklich klargemacht, dass fünf Jahre sowohl wirtschaftlich als auch organisatorisch keinen Sinn ergeben.

Insofern ist das für uns gar keine Option. Deswegen lehnen wir diesen Änderungsantrag ab. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen - mit dem Zusatz, als Alternative mit auszuschreiben, dass nach fünf Jahren mit einer Kündigungsfrist von einem halben Jahr gekündigt werden kann. So habe ich es jetzt verstanden. Das ist dann eine Variante.

Ich lasse insgesamt über die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Erst über den Änderungsantrag!)

- Ja, erst über den Änderungsantrag.

(Zuruf: Ist das wie Finanzausschuss?)

- Nein.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Das hat er doch gerade vorgetragen!)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE und die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann so beschlossen.

Jetzt stimmen wir über die Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage in der soeben geänderten Fassung ab. Zustimmung? - SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion und Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Mündlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion

I. Mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Beschluss:

Die Ausschreibung soll zusätzlich eine Alternative mit einer Kündigungsmöglichkeit nach 5 Jahren bei einer Kündigungsfrist von einem halben Jahr enthalten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

II. Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage in der Fassung des mündlich vorgetragenen

Änderungsantrages der CDU-Fraktion:

Beschluss:

2. Der Rat erkennt den Bedarf für die Sicherstellung der luftrettungsdienstlichen Leistungen mit dem Intensivtransporthubschrauber „Christoph Rheinland“ an und beauftragt die Verwaltung die Leistungen mittels einer europaweiten Ausschreibung für die Dauer von 10 Jahren auf der Basis des § 10 Abs. 2 RettG NRW in Verbindung mit § 13 Abs. 3 Satz 2 RettG NRW ab dem 01.03.2020 zu beschaffen.

Die Ausschreibung soll zusätzlich eine Alternative mit einer Kündigungsmöglichkeit nach 5 Jahren bei einer Kündigungsfrist von einem halben Jahr enthalten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. und FDP sowie der Gruppe GUT zugestimmt.

Anmerkung:
Ziffer 1 des Beschlussvorschlags wurde in der Sitzung des Rates am 04.04.2019 beschlossen. In der Sitzung des Rates vom 09.07.2019 somit nur noch Beschlussfassung zu Ziffer 2 der Vorlage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Baubeschluss für die Umgestaltung der linksrheinischen Uferpromenade und die Erneuerung des Ufergeländers von Deutzer Brücke bis Malakoffturm sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
0076/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 12

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Alles identisch!)

- ja -, Finanzausschuss, Anlage 13, und Verkehrsausschuss, Anlage 14. Das ist alles das Gleiche.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses vom 04.07.2019 (Anlage 12), des Finanzausschusses vom 08.07.2019 (Anlage 13) und des Verkehrsausschusses vom 09.07.2019 (Anlage 14):

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlages:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung der linksrheinischen Uferprome-

nade von Deutzer Brücke bis Malakoffturm entsprechend der überarbeiteten Planung unter Berücksichtigung der Vorgaben aus dem Gestaltungshandbuch unter Vollsperrung von Teilabschnitten durchzuführen. Die Kosten belaufen sich auf rd. 4.088.220 €.

Für die Bauzeit ist für den Fuß- und Radweg (gegenläufig) eine Breite von mindestens 5 m zu planen. Die Verkehrsführung auf der Rheinuferstraße ist dementsprechend anzupassen. Die überarbeiteten Planungen sind den zuständigen Ausschüssen nach den Sommerferien zur Kenntnis zu geben.

2. *Der Rat stimmt der Fällung von Hecken, elf strauchartigen Bäumen zu.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Zuge der Straßenbaumaßnahme das Ufergeländer zwischen Deutzer Brücke bis Malakoffturm gemäß der beigefügten Planung (Anlage 6) zu erneuern. Die Kosten belaufen sich auf rd. 503.755,00 € brutto.*

4. *Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 160.000 €, einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.100.000 € zulasten des Haushaltsjahres 2020 sowie einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 870.100 € zulasten des Haushaltsjahres 2021 für die Umgestaltung der linksrheinischen Uferpromenade von Deutzer Brücke bis Malakoffturm im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-1-1049, Rheinboulevard - Sanierung.(Deutzer Brücke bis Malakoffturm), Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer; Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss
0350/2019

Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen.

(Zuruf: Wie Stadtentwicklungsausschuss!)

- Nein, 10.7 ist nicht wie Stadtentwicklungsausschuss. 10.7 war im Finanzausschuss einstimmig. Ohne Änderungen lasse ich das abstimmen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf zur Vergabe von Planungsleistungen für den Abbruch und den Neubau der Kragplatte am Altstadtufer fest und beauftragt die Verwaltung, die Finanzierung sicherzustellen und die Maßnahme bis zur Ausschreibung (Leistungsphase 6 HOAI) vorzubereiten.*

2. *Zur Finanzierung erster Planungsschritte beschließt der Rat, die außerplanmäßige Bereitstellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 150.000 € brutto des Teilfinanzplans 1302 – Wasser und Wasserbau, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen bei der neuen Finanzstelle 6904-1302-1-0100 Ersatzneubau Kragplatte Rheinufer, für das Haushaltsjahr 2019. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen in gleicher Teilplan-*

   zeile im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV –, bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0310 „Grunderneuerung Mülheimer Brücke“, Haushaltsjahr 2019. Aufgrund von Anpassungen der Bauabläufe bei der Grunderneuerung der Mülheimer Brücke ist absehbar, dass die dort veranschlagten Mittel im Haushaltsjahr 2019 nicht, wie ursprünglich geplant, in voller Höhe im Haushaltsjahr 2019 abfließen werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Busnetzerweiterung Interim
1103/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0886/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1024/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1019/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1026/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen
AN/1041/2019

Dazu gibt es Wortmeldungen. Als Erster spricht Herr Hegenbarth. Bitte.

Thomas Hegenbarth (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Die Vorlage der Verwaltung lehnen wir ab. Trotz aller ehrenwerten Bemühungen von Verwaltung und KVB, unter hohem Zeitdruck das vermeintlich Beste aus einem krummen Beschluss zur Ost-West-Achse zu machen, gelingt es nicht, ein stimmiges Konzept vorzulegen.

Durch das Hauruckverfahren droht Park- und Stauchaos im Kölner Westen. Ich zähle einmal beispielhaft ein buntes Portfolio an Defiziten auf.

Erstens. Pförtnerampel ohne Angebot zum Umstieg für Pendlerinnen und Pendler, zum Beispiel rund um Weiden erst ab 2022, zu alledem keine Kommunikation mit den Nachbarkommunen.

Zweitens. Absehbare Ausweichverkehre durch die Wohnviertel bei Verengung der Aachener Straße. Untersuchungen liegen hier auch noch nicht vor.

Drittens. Durch die vorgesehene befristete Einrichtung des Bussonderstreifens zwischen Militärring und Eisenbahnring dürfte es zu erheblichen Problemen des Lieferverkehrs und damit der Funktionsfähigkeit des Einzelhandels in Braunsfeld kommen. Entsprechende Befürchtungen äußert auch die IG Braunsfeld oder die BIG Junkersdorf.

Viertens. Die Sammelfunktion für Lövenich, Widdersdorf, Weiden und Junkersdorf ist zwar zu begrüßen. Das Ganze ist dann allerdings alles andere, nur keine Expresslinie mehr.

Fünftens. Die angekündigten Erweiterungen im Busnetz sollen zurückgestellt werden: die Linie 174 als Entlastungslinie für die Linie 4, die Verlängerung der Linie 136 als Entlastungslinie für die Linie 1 und die Linie 178 von Hürth zur Universität; okay, die Zustimmung von Hürth fehlt noch. Auch hier ist eine schlüssige Gesamtkonzeption nicht zu erkennen. Der Beschluss zur Ost-West-Achse führt zu Prioritätenverschiebungen im Gesamtnetz, ohne dass dies differenzierter betrachtet wurde.

Sechstens. Als letzten Punkt nenne ich die Einbiegungen in Brauweilerweg und Aachener Straße bis Höhe Militärring in Bezug auf die Linie 172 und die entstehende Stausituation am Knotenpunkt Junkersdorf/Militärring, um hier Vorrang für die Linie 173 zu ermöglichen. Die Realisierbarkeit ist noch nicht klar, da die Prüfung der verkehrlichen Auswirkungen noch nicht abgeschlossen ist.

Ergo müssen wir zusammenfassend nach nur diesen wenigen Beispielen sagen: Expressbus gleich Bremsbus.

Aufgrund der Redezeit belasse ich es einmal bei diesen Punkten. Es gibt noch etliche mehr.

Ich lege Ihnen daher heute unseren Änderungsantrag ans Herz und werbe um Zustimmung. Wir haben einen Vorschlag vorgelegt, mit dem es gelingt, mit Bahnen, die vorhanden sind, mehr Kapazität auf die Linie 1 zwischen Weiden und Neumarkt zu bringen, ohne an fehlenden Trassenkapazitäten zu scheitern.

Der Einsatz der vorgeschlagenen Busse im Kölner Westen mit allen damit verbundenen Problemen erübrigt sich dann, und wir ersparen uns ein Park- und Stauchaos.

Wie kann das gelingen? Bislang auf der Linie 9 eingesetzte Verstärkerbahnen werden vom Neumarkt kommend nicht in Richtung Sülz eingesetzt, sondern weiter nach Weiden auf der Strecke der Linie 1 fahren.

Wir können heute gemeinsam Verwaltung und KVB beauftragen, ein entsprechendes Betriebskonzept zu entwickeln, das dann zum Fahrplanwechsel Ende dieses Jahres umgesetzt wird. Das ist eine echte Win-win-Situation.

Natürlich ist uns sehr bewusst, dass eine Lösung für die Ost-West-Achse nicht allein die Verkehrsprobleme unserer Stadt lösen kann. Wir brauchen attraktive Angebote im ÖPNV. Es wird sicher noch Jahre dauern, bis wir den Stadtbahnausbau, den wir wollen und dringend brauchen, auch auf die Schiene bekommen.

Ein unverzichtbarer Schritt auf dem Weg dahin ist der gesamtstädtische Einsatz von Expressbussen. Das macht für uns den Unterschied aus. Mit unserem Änderungsantrag fordern wir daher auch die Umsetzung des Beschlusses ein, den wir bereits im Mai 2016 hier gemeinsam gefasst haben. Hier gibt es ein massives Umsetzungsde-

fizit. Die gesamtstädtische Einführung von Expressbussen kann einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des ÖPNV und für den Klimaschutz in unserer Stadt leisten.

Letztlich sind solche Angebote auch notwendig, um den Einstieg in eine deutlich preisgünstigere Tarifpolitik leisten zu können. Zu diesem Ergebnis kommt übrigens auch eine aktuelle Untersuchung des VRS.

Und in aller Deutlichkeit: Die Pförtnerampel ist Murks. Sie steht hier inhaltlich und sinnbildlich für Kirchturmpolitik, Aktionismus und eine Symbolpolitik, die nur auf Placebos setzt.

Abschließend dann doch noch: Für unseren Vorschlag des entsprechenden Ausbaus der Ost-West-Achse haben wir in der Debatte neben viel Zuspruch selbstverständlich auch sehr viel Widerspruch bekommen. Es hieß, dass eine Realisierung in Zukunft angesichts der Förderbestimmungen absolut unwahrscheinlich sei. Unsere Hinweise, dass drohende Fahrverbote und Klimawandel auch Dynamik in die Diskussion um die Förderbedingungen bringen werden, wurden von euch als Wunschdenken abgetan.

Aktuell erleben wir aber doch genau das Gegenteil. Hier ist massiv etwas in Bewegung. Eine Novellierung der sogenannten Standardisierten Bewertung steht nach Aussagen des Bundesverkehrsministeriums bis Ende dieses Jahres an, um insbesondere auch Erweiterungsinvestitionen in Großstädten zu ermöglichen.

Wir bleiben daher dran und haben auch weiterhin die verkehrspolitisch sinnvollste und zukunftsweisende Lösung für den Ausbau der Ost-West-Achse nicht abgeschrieben. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Nach großen Investitionen in die Busnetzerweiterungen, die wir heute auch im Verkehrsausschuss behandelt haben, stehen wir vor dem größten Fahrplanwechsel seit Jahrzehnten. Das ist ein großer Erfolg für unsere Stadt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Auf der Ost-West-Achse können wir schon ab Dezember dieses Jahres erstmalig in den Spitzenzeiten Expressbusse unseres eigenen Verkehrsunternehmens einsetzen. Die Buslinien 172 und 173 schaffen Direktverbindungen in stark wachsende Wohngebiete wie Widdersdorf. Mit der Universität, dem Bahnhof West und dem Hauptbahnhof werden wichtige Ziele miteinander verbunden.

Mit der Umsetzung fördern wir den Einstieg für den Umstieg und verbessern damit unsere Chancen auf Vermeidung von Fahrverboten.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen die gesunde Einzelhandelsstruktur auf der Aachener Straße erhalten und setzen darauf, dass zusätzliche ÖPNV-Angebote zusätzliche Kunden bringen.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Nach den Abstimmungen mit dem Rhein-Erft-Kreis hoffen wir, dass Lösungen für zusätzliche P+R-Plätze und Ampellösungen gemeinsam erarbeitet werden. Hier sind auch innovative Firmen herzlich willkommen.

Um die Strecken stetig zu verbessern, benötigen wir auch das Know-how aus den Bezirken. Deswegen bitten wir, die Anliegen aus dem Bezirk Lindenthal zu berücksichtigen.

Ich wünsche mir mittelfristig, dass das Design französischer Schnellbusse - alternative Antriebsformen und attraktive Reisezeiten - von den Schnellbussen übernommen wird.

Was nervt, ist die Schwarzmalerei einiger Medien. Dabei brauchen wir die Unterstützung der Medien; denn bei der Verkehrswende haben die Medien die gleiche Verantwortung wie wir.

Zum SPD-Antrag kann ich nur sagen, dass diese Vorschläge nicht umsetzbar sind. Sie sind nicht seriös. Damit nimmt die SPD den Studenten die Linie 9 weg.

Falls es nötig ist, kann Frau Haaks bestimmt auch noch etwas dazu sagen. Das würde ich ihr aber auch gerne ersparen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wolter hat das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal bedanke ich mich bei der Verwaltung für die Vorlage. Sie kam in der Zeit. Hier im Rat gibt es ja Leute, denen das jetzt zu schnell geht. Wir finden aber, dass wir das so beschlossen haben und die Vorlage jetzt haben wollten. Deshalb bedanke ich mich sehr dafür.

Denn dies ist ein Beitrag zur CO_2- und zur Stickoxidminimierung. Das ist einfach wichtig, um auch die angedrohten Dieselfahrverbote, die im September dieses Jahres zur Verhandlung anstehen, zu verhindern. Die Gerichte wollen nämlich Resultate sehen. Sie wollen keine Prüfaufträge und keine langwierigen Verhandlungen. Herr Hegenbarth, sie wollen auch nicht auf den Big Bang im Jahr 2025 warten, wenn das große Expressbusnetz kommt. Insofern müssen wir jetzt handeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viele Städte weltweit setzen auf Expressbusse - zur Verbesserung der Luftqualität, zur Vermeidung des Verkehrskollapses und um den Pendlern die Fahrt zur Arbeit zu verkürzen. Wir sind eine wachsende Stadt. Deshalb kümmern wir uns um die Menschen und wollen ihnen ein attraktives Angebot machen. Das geht nur mit einer separaten Fahrspur und attraktiven Reisezeiten, die durchaus auch attraktiver sein können als die der Stadtbahn.

Ja, wir wollen mehr Expressbusse. Aber wir müssen irgendwo anfangen. Unseres Erachtens geht das nirgendwo besser als auf der Aachener Straße. Die Aachener Straße ist durchweg zweispurig und hat über weite Strecken zusätzlich eine sogenannte Mehrzweckspur, die weitgehend als Parkraum dient.

Im Übrigen ist die Linie 1 in der Rushhour derzeit völlig überlastet. Momentan gibt es überhaupt keine Alternative dazu. An bestimmten Haltestellen - ich sage einmal, ab Junkersdorf Richtung Stadt - finden Sie morgens einfach keinen Platz mehr in der Bahn.

Wir müssen da handeln. Das geht auch, weil die KVB sowohl die Busse als auch die Fahrer und Fahrerinnen dafür bereitstellen kann.

Ich würde es begrüßen, wenn die Betriebszeiten des Expressbusses ausgedehnt werden würden. Momentan lassen wir sie ja nur zu den Pendlerzeiten fahren. Aber ich prognostiziere auch, dass das weitergehen wird. Wir werden mehr Expressbusse bekommen. Das werden wir erleben. Irgendwann haben wir sie auch den ganzen Tag über.

Denn letzte Woche konnten wir in der Zeitung lesen, dass der VRS in Auftrag gegeben hatte, einmal zu untersuchen, was das 365-Euro-Jahresticket bedeuten würde. Es würde 35 Prozent mehr Verkehr im ÖPNV bedeuten.

Ich sage: Wir haben vorhin über Klimaschutz diskutiert. Wenn wir die Begrenzung auf 1,5 Grad oder meinetwegen auch 2 Grad zugrunde legen, müssen wir den motorisierten Individualverkehr massiv reduzieren. Selbst die in der VRS-Studie genannten 35 Prozent mehr ÖPNV reichen nicht aus, um das aufzufangen.

(Der Redner hält ein Blatt mit vier Kreisgrafiken hoch)

Diese Studie kommt auch zu einem weiteren Ergebnis. Das kann man auf diesem Blatt sehen. Es wurde ja auch allen mitgegeben. Alle Stadtbahnlinien sind hier rot eingezeichnet. Sie sind jetzt schon ausgelastet und zum Teil überlastet. Wenn wir 35 Prozent mehr Verkehr im ÖPNV haben, sind fast alle Bahnen überlastet - die Busse im Übrigen auch.

Deshalb brauchen wir mehr Expressbusse. Zur Umsetzung sind übrigens 120 Millionen Euro im Jahr notwendig, um den Betrieb zu finanzieren.

Liebe SPD, ich kenne keine nicht benötigten Bahnen auf der Linie 9.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Selbst in den Bahnen, die morgens gegen die Lastrichtung fahren, sitzen immer noch genügend Menschen. Außerdem gehen Sie jetzt von drei Stationen vom Neumarkt in Richtung Universität aus. In Richtung Weiden-West müssen Sie aber 20 Stationen hin und zurück bedienen. Ich weiß nicht, woher Sie die Bahnen holen wollen. Deshalb ist Ihr Ersetzungsantrag für uns eine Nebelkerze.

Im Übrigen wollen wir auch hören, was geht, und nicht, was nicht geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Da brauchen wir konkretere Vorschläge.

Keine Lösung ist leider auch die Linie 2, die von der FDP vorgeschlagen wird und die ich toll finde. Das haben wir auch geprüft. Aber wo endet

sie? Und vor allen Dingen: Wann ist sie realisiert? Es dauert nämlich ein paar Jahre, bis es dazu kommt.

Letzter Punkt: Ja, wir reden mit den Umlandkommunen. Wir freuen uns, wenn es in der Zukunft gelingt, weitere Expressbusse aus dem Umland in die Stadt hineinfahren zu lassen - gerne auch mit einem schicken Look wie in Frankreich, Dirk Michel. Diese Busse, die dort fahren, sind regelrechte Identifikationsobjekte.

Wenn uns das gelingt, ist das eine Demonstration für Innovationsfähigkeit. Denn bei den Expressbussen sind die Infrastrukturkosten erst einmal wesentlich geringer als bei den schienengebundenen Lösungen - was nicht heißt, dass wir den Schienenverkehr nicht weiter nicht ausbauen müssten.

Aber wir müssen in Zukunft - jetzt sage ich doch noch etwas zu der Pförtnerampel - den Zufluss der Autos in die Stadt reduzieren, um einen Kollaps zu vermeiden. Ich kann ja auch nicht 100 Liter Freibier ausgeben und dazu 1 000 Leute einladen. Dann ist einfach nicht genug da. So ist es auch mit dem Platz in der Stadt. Der Stadtraum ist begrenzt.

In Europa werden auch entsprechende Maßnahmen diskutiert. Das Ganze nennt sich Urban Vehicle Access Regulations. Es gibt wirklich sehr innovative Dinge - zum Beispiel, dass Autos, die mit mehreren Personen besetzt sind, dann auch schneller in die Stadt kommen. Das hat nichts mehr mit den Mitfahrzentralen zu tun, die wir in den 80er-Jahren hatten. Es sind übrigens Start-up-Unternehmen hier aus Köln, die da aktiv sind. Damit kann man sich einmal auseinandersetzen oder zusammensetzen.

Ich freue mich jedenfalls, wenn diese Busspur kommt, und prognostiziere, dass auch weitere folgen werden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne unseren Änderungsantrag kurz vorstellen, weil ich davon ausgehe, dass ihn nicht jeder bis ins Detail gelesen hat.

Vorwegschicken möchte ich Folgendes: Wir finden es grundsätzlich richtig, dass die Verwaltung diese Vorlage erstellt hat, sind aber schon der Auffassung, dass diese Vorlage an vielen Stellen der Verbesserung bedarf.

Die Überschrift für unseren Änderungsantrag könnte lauten: Wer dem Auto nichts nimmt, kann dem Bus nichts geben.

Wir sind uns, denke ich, alle einig, dass wir die Fläche in der Stadt künftig anders verteilen müssen. Dementsprechend müsste man natürlich auch die Konsequenz ziehen, dass man zumindest zwischen Müngersdorf und der Inneren Kanalstraße eine Spur konsequent für den MIV sperrt und dort nur Busse, Räder, Taxen und natürlich Rettungsfahrzeuge erlaubt.

Das ist allerdings nicht genug, weil wir noch ein Nadelöhr von der Inneren Kanalstraße bis zur Venloer Straße haben, bevor der Bus dann über die Magnusstraße weiter in die Innenstadt fahren kann. Auch dort müsste eigentlich eine Spur komplett gesperrt werden. - So viel zu den örtlichen Dingen.

Nun zu den zeitlichen Dingen: Wir halten es für nicht ausreichend, dass der Bus nur morgens in eine Richtung und abends in die andere Richtung fährt. Das Zeitfenster ist auch zu kurz. Nein, wir brauchen Busspuren in beide Richtungen für die gesamte Betriebszeit.

Jetzt möchte ich noch auf die vorliegenden Änderungsanträge Bezug nehmen. Das kann ich eigentlich ganz kurz machen, weil der Kollege Wolter das hier meiner Meinung nach relativ vernünftig zusammengefasst hat.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Relativ!)

- Entschuldigung. Nein, so meine ich das nicht.

Meines Erachtens macht man es sich ein bisschen zu einfach, wenn man hier die Einführung einer Linie 2 vorschlägt, Herr Sterck. Wir wissen alle, dass das ewig dauert. Im September dieses Jahres findet aber die Gerichtsverhandlung statt, und bis zur Gerichtsverhandlung müssen wir irgendetwas vorlegen. Das haben wir hundertmal hier gefordert. Heute müssen wir es natürlich unterstützen, wenn jetzt etwas vorgelegt wird, auch wenn es uns zu wenig ist. Aber es muss etwas vorgelegt werden - im Übrigen nicht nur, damit die Dieselfahrverbote vermieden werden, Kollege Wolter, sondern in erster Linie, damit die Gesundheit der Menschen geschützt wird.

(Beifall bei der LINKEN - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Höchste Priorität!)

An der Aachener Straße und am Clevischen Ring hilft uns in dieser Sache jetzt ein Stück weit - das wissen wir mittlerweile auch - die Sperrung einer Fahrspur je Richtung auf der Mülheimer Brücke. Dadurch wurde der Clevische Ring deutlich entlastet, und die Belastung ist heruntergegangen.

Insofern müssen wir - so sehe ich das - die Straßen für Autos sperren und Busse darüber fahren lassen. Dann werden wir auch die Stickoxidbelastung in den Griff bekommen.

Jetzt würde ich gerne noch etwas zu dem Änderungsantrag der SPD sagen, insbesondere zu zwei Punkten.

Die SPD schlägt vor, weniger auf der Linie 9 und dafür mehr auf der Linie 1 zu fahren. Ich glaube, dass das nicht der richtige Ansatz ist. Wir müssen grundsätzlich dafür Sorge tragen, dass wir dem Auto etwas wegnehmen und es dem ÖPNV zuschlagen. Den ÖPNV an einer Stelle zu verringern, um ihn an einer anderen Stelle auszubauen, ist nicht zielführend. Es muss dem Auto genommen und dem ÖPNV sowie dem Rad- und Fußverkehr zugeschlagen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt möchte ich noch ein unangenehmes Thema ansprechen; denn irgendwie schimpfen alle auf diese Pförtnerampel. Wir tun es nicht. Wir finden diese Pförtnerampel sinnvoll.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Ja, natürlich. Man muss ja auch einmal erklären, warum, Herr Breite. Die Autoinfrastruktur ist am Ende. Das führt dazu, dass die Autos sich stauen und die Stickoxidbelastung insbesondere in Weiden ins Unendliche schießt. Da ist es doch nicht mehr als konsequent, zu sagen: Unsere Infrastruktur ist jetzt am Ende; also müssen wir eine Begrenzung vornehmen. - Bei der Bahn können wir ja auch nur so viele Züge über die Schienen schicken, wie wir Schienen haben. Warum machen wir das nicht beim Auto? Beim Auto sagen wir: Kommt doch, kommt doch, kommt doch. - Nein, es ist richtig, wenn nach 700 Autos in der Stunde Schluss ist. Und ich sage Ihnen, Herr Breite: Das ist erst der Anfang.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Daher bin ich der Verwaltung auch dankbar dafür, dass sie diesen Mut zusammennimmt und sich auch im Umland die Hucke hat vollhauen lassen. Vielleicht ist die Kommunikation ja auch nicht optimal gelaufen. Das kann ich nicht beurteilen. Aber grundsätzlich ist das natürlich richtig.

Ein Satz noch: Kollege Walter Wortmann, ich bin wirklich entsetzt. Wie 20 Jahre verkehrspolitische Debatte völlig an einem vorbeigehen können, ist mir ein Rätsel.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Man muss an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern, woher wir kommen, nämlich von einem im Dezember 2018 gefassten Ratsbeschluss. Damals ist hier mit den Stimmen von CDU und Grünen beschlossen worden, zwischen Weiden-West und Eisenbahnring eine durchgehende Busspur zu erzeugen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein guter Beschluss!)

- Ein guter Beschluss, höre ich hier noch einmal. Ja, schade, dass es nicht weiter so gekommen ist. - Da die vermeintlich Minderjährigen die Sitzung verlassen haben, kann ich sagen: Die Verwaltung hat mit ihrer Vorlage hier der Ratsmehrheit ganz schön den Arsch gerettet.

Eigentlich ist es ja eine Ohrfeige für diejenigen, die das hier beschlossen haben, dass die Verwaltung sagt: Wir weigern uns, diesen Beschluss umzusetzen, weil er Köln nur ins Chaos geführt hätte.

Vielleicht ist es sogar ein Vorgeschmack - Herr Weisenstein, Sie sind ja auch ein bisschen auf diesem Trip -, dass die Verwaltung sagt: Irgendwo ist auch Schluss; irgendwo müssen wir auch noch Verkehr in Köln ermöglichen.

Dafür ist dieser Vorschlag mit den zwei neuen Buslinien herausgekommen. Für Widdersdorf und für Junkersdorf ist das, auch mit dem An-

schluss an den Hauptbahnhof, durchaus eine Verbesserung. Dafür kann ich sehr lobende Worte finden. Wenn dieser Bedarf gesehen wird, tragen wir das gerne mit. Wie du gesehen hast, steht in unserem Änderungsantrag ja auch, dass wir das durchaus unterstützen.

Dafür braucht man aber keine Busspur. Für die ein, zwei Minuten Fahrzeitgewinn ist die Busspur ein viel zu großer Eingriff, insbesondere auch für den Einzelhandel in Braunsfeld.

Deswegen hat der Punkt 2 unseres Änderungsantrages zum Inhalt, auf die Ausweisung einer Busspur zu verzichten.

Im Punkt 1 wollen wir die Verwaltung noch einmal in ihrem Bemühen unterstützen, die Dreifachtraktion auf dem westlichen Ast der Ost-West-Achse bis zur Fußballeuropameisterschaft 2024 zu realisieren.

Im Punkt 5 geht es um unsere Alternative. Ja, wir fordern eine Linie 2 zwischen Weiden-West und dem Rudolfplatz, weil wir auf der Aachener Straße eine leistungsfähige ÖPNV-Trasse haben. Dafür brauchen wir keine zusätzliche ÖPNV-Trasse. Wir müssen nur überlegen, wie wir mehr Verkehr bewältigt bekommen. Sie haben ja auch die Briefe bekommen, in denen Bürger sich erkundigt haben, warum wir nicht die Busse über die Trasse fahren lassen, wie an der Hahnenstraße. Wir wissen, dass es nicht möglich ist, Busse darüber fahren zu lassen, weil die Breite dafür nicht ausreicht. Aber Bahnen kann man darüber fahren lassen.

Ich höre hier durchaus lobende Worte für diese Idee. Aber - das ist genau richtig - wann ist sie zu realisieren? Wir haben jetzt schon ein halbes Jahr verpasst. Wir hätten es bereits viel früher beschließen können. Jetzt wird es wieder verschoben. Im Jahr 2020 oder 2021 werden wir uns wünschen, wir hätten bereits den Beschluss für die Linie 2 gefasst, damit sie irgendwann auch einmal umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die Bezirksregierung ein so großes Interesse am Umweltschutz im Kölner Westen und auf der Aachener Straße hat, wird sie auch schauen, dass das möglichst schnell realisiert wird. Wir brauchen hier nur noch 100 Meter zusätzliches Gleis. Die Fahrzeuge haben wir schon bestellt. Sie werden Ende 2020 geliefert. Wir müssen es nur beschließen.

Natürlich kommt dieser Vorschlag hier ein bisschen zur Unzeit, weil wir jetzt in Sachen Busspur entsprechend aufgeladen sind. Es wäre aber richtig, wenn wir diesen Beschluss heute fassen würden.

(Beifall bei der FDP)

Dann haben wir noch die Themen der Pförtnerampel und des P+R-Platzes. Es wundert mich wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, dass Sie diese Themen in Ihrem Änderungsantrag völlig ausblenden. Wir haben uns in unseren Punkten 3 und 4 damit beschäftigt.

Wir lehnen die Pförtnerampel ab und fordern ein Konzept zum Umgang mit dem P+R-Platz - mit dem Ziel, dass während der Umbauzeit möglichst viele P+R-Plätze zur Verfügung stehen, damit die Menschen überhaupt die Chance haben, umzusteigen, und nicht zwei Jahre dort schon ganz früh morgens quasi vor verschlossenen Toren stehen, weil alle Plätze belegt sind. Darum kümmern wir uns.

Wir wollen nicht, dass das Verkehrschaos ins Umland verlagert wird - oder insbesondere in die Wohnstraßen darum herum wie den Frechener Weg oder die entsprechenden Straßen in Lövenich wie die Bahnstraße und die Goethestraße. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir die Verkehrsprobleme dorthin verlagern, weil wir glauben, wir müssten da eine Pförtnerampel einrichten.

Das wird von Ihnen vollkommen ignoriert, meine Damen und Herren. So etwas ist kein angemessener Umgang, weder mit den Umlandgemeinden noch mit den eigenen Bürgerinnen und Bürgern.

Deswegen werden wir diese Vorlage natürlich nicht mittragen.

Dem Änderungsantrag der LINKEN, denen das Chaos nicht groß genug sein kann, wie ich eben schon ausgeführt habe, werden wir sicher nicht zustimmen.

Was den SPD-Vorschlag angeht, muss ich Folgendes sagen: Bisher hatte ich sowohl im Verkehrsausschuss als auch im Aufsichtsrat der KVB den Eindruck, dass die KVB ihre Hard- und Software optimal einsetzt. Dass angeblich leere Bahnen bis nach Sülz fahren, die man auf anderen Strecken besser einsetzen könnte, wundert mich. Bisher habe ich die KVB anders verstanden. Daher glaube ich genauso wie die Vorredner, dass das kein sinnvolles Konzept ist.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wenn wir heute diesen Beschluss fassen und damit die Busspur und die Pförtnerampel beschließen, ist das kein guter Tag für Köln und kein guter Tag für den Kölner Westen. Es tut mir leid; aber es wird wahrscheinlich so kommen. Dann müssen Sie mit dem Chaos, das Sie da selbst angerichtet haben, zurechtkommen. Nächstes Jahr ist Kommunalwahl. Dann wird abgerechnet. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Petelkau, wir haben im Dezember 2018 gemeinsam einen Beschluss zur Ost-West-Achse gefasst. Dabei ging es um eine oberirdische Planung, eine unterirdische Planung und noch viele andere Dinge, aber auch um die Busspur bzw. Umweltspur von Weiden-West bis zum Eisenbahnring. Wir haben in diesem Beschluss auch die Prüfung einer Busspur vom Deutzer Bahnhof bis zum Rudolfplatz stehen. Darüber hinaus enthält er solche Dinge wie den Wegfall von Stellplätzen, die Umgestaltung von Straßen etc.

Natürlich kann die Verwaltung nicht alles gleichzeitig umsetzen, und natürlich war es auch ihr eigenes Interesse, zuerst die Planungen für die oberirdische und die unterirdische Lösung in Auftrag zu geben, weil das das Dringendste ist.

Wir haben das, treu wie wir sind, weil es so verabredet war, natürlich mitgetragen und mitbeschlossen - obwohl die Mehrheit immer noch sehr knapp war. Wir haben es ja, glaube ich, damals auch nur mit einer Stimme Mehrheit hingekriegt.

Jetzt kam die Vorlage zu den Interimsbussen. Darin lesen wir nichts, Frau Haaks - obwohl das auch noch mit Ihrem Vorgänger zu tun hat -, von der Prüfung der Busspur in der Innenstadt; gar nichts. Es wurde, glaube ich, auch schlicht und einfach vergessen, Frau Blome.

(Zuruf)

- Aber es findet sich zumindest gar nichts darin.

Jetzt kam also die Vorlage. Dann schauen wir uns die Busspur an. Sie ist natürlich sehr weit von dem entfernt, Herr Petelkau, was wir damals beschlossen haben. Wir haben eine durchgehende Busspur von Weiden-West bis zum Eisenbahnring beschlossen. Das war die Verabredung.

Selbstverständlich - das ist vollkommen klar - sind wir alle keine Dogmatiker. Wenn Frau Blome und Frau Haaks zusammen Vorschläge erarbeiten, die sinnvoller sind, als ganz stur eine Busspur von A nach B durchzuziehen, stehen wir dem natürlich auch aufgeschlossen gegenüber. Es wurde ja schon erwähnt, dass Junkersdorf und Weiden jetzt besser angebunden sind. Das ist ein Erfolg dieser Busspur; ganz klar. Es ist aber deutlich weniger als das, was wir beschlossen haben.

Darüber hinaus fehlt, wie gesagt, die Prüfung der Busspur in der Innenstadt komplett.

Nun haben wir uns überlegt: Was machen wir jetzt? Stellen wir gemeinsam einen Änderungsantrag? Das war unsere Idee; denn wir wollten nicht, dass das einfach hinten herunterfällt. Auch andere Parteien hatten ja Gesprächsbedarf, was sowohl die Anbindung des Umlandes als auch die Beschlüsse der Bezirksvertretung Lindenthal angeht. Ich erinnere an das, was von Ihrer eigenen Bürgermeisterin in Lindenthal zusammen mit den Grünen und vielen anderen beschlossen worden ist.

Wir haben überlegt, ob wir diese Umweltspur nicht zu einer Radspur in der Innenstadt wandeln können - zumindest eine Prüfung, vielleicht sogar einen Verkehrsversuch.

Wir haben überlegt, ob auf der Inneren Kanalstraße nicht auch eine Busspur - Herr Weisenstein hat es gerade gesagt - sinnvoll wäre, damit der Expressbus gut durchkommt. Da geht es auch nicht um Ideologie, Herr Petelkau, sondern um eine Notwendigkeit. Ein Expressbus ist kein Expressbus, wenn er auf der Inneren Kanalstraße im Stau steht. Und gerade in den Zeiten, in denen er eingesetzt werden soll, ist da Stau. Insofern ist dort eine Busspur zwingend notwendig. Ich verstehe nicht, warum man diese Idee nun nicht mehr prüfen möchte.

Im wahrsten Sinne des Wortes über Nacht kam nun ein anderer Entwurf - das andere waren natürlich alles nur Gespräche; das ist klar -, der jetzt als Änderungsantrag von Ihnen vorliegt. Darin ist alles verschwunden - komplett alles, also auch alles zur Pförtnerampel und überhaupt alles, was da diskutiert wurde.

Nur noch folgender Satz findet sich darin:

> Die Verwaltung wird beauftragt, die Betriebszeiten der Expressbuslinien 172 und 173 zu überprüfen und gegebenenfalls bedarfsgerecht zu verlängern.

Das ist eine Prüfung, die die KVB schon längst abgeschlossen hat. Sonst hätten die Betriebszeiten der Busse nicht so in dieser Vorlage gestanden; ganz simpel.

(Beifall bei der FDP)

Diesen Vorschlag, den Sie hier machen, kann man natürlich beschließen. Das tut auch nicht weh. Es bringt uns aber inhaltlich in der Sache überhaupt nicht weiter - insbesondere im Vergleich zu dem, was man mit einer eigentlich verlässlichen Verabredung hätte machen können.

Eine Frage stelle ich mir jetzt natürlich, Herr Petelkau. Auf Ihrem Antrag stehen nur CDU und Grüne drauf. Wie bekommen Sie eigentlich die Mehrheit für diesen Vorschlag?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das werden wir gleich sehen!)

Herr Petelkau, wir sind den damaligen Beschluss gemeinsam angegangen und haben ihn stets gemeinsam durchgezogen. Wir haben ihn in der Öffentlichkeit - übrigens auch gegenüber den Braunsfelder Geschäftsleuten - immer vehement verteidigt. Wir standen da wirklich an Ihrer Seite.

Jetzt hört man, dass die LINKEN diesem Vorschlag zustimmen werden, damit er eine Mehrheit bekommt.

(Ulrich Breite [FDP]: Ha!)

Da frage ich mich und auch Sie als Vorsitzenden der CDU-Fraktion: Was soll das Ihrer Fraktion in diesem Projekt eigentlich zukünftig bringen? Wollen Sie es jetzt mit den LINKEN fortsetzen oder dann, wenn die LINKEN nicht mehr einspringen, zukünftig mit der FDP?

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, nein, nein! Haltet uns da raus!)

Die FDP winkt schon ab. Aber die Grünen hätten daran dann auch keinen Spaß.

Zum Schluss - meine Redezeit ist abgelaufen - muss ich ehrlich sagen: Herr Weisenstein hat sich wohlweislich nicht zu dem Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen geäußert.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

- Aber er hat sich nicht mit diesem einen Satz auseinandergesetzt. - Wir waren in den Verhandlungen mit CDU und Grünen in der Tat wesentlich weiter. Wir hätten wesentlich mehr herausgeholt. Und jetzt wünsche ich euch viel Spaß mit der Busspur, mit den Braunsfelder Geschäftsleuten und mit der CDU. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michael Weisenstein, das mache ich nicht, irgendwo vorbeireden oder so tun, als ob ich es nicht mitbekommen hätte. Ich konzentriere mich eben auf die Kürze. So ist der Redebeitrag auch zu verstehen.

Vorab habe ich aber erst einmal zwei Dinge zu sagen.

Bei der BV-Sitzung in Lindenthal ist ein Antrag unseres Mandatsträgers Rolf Kremers einfach unter den Tisch gefallen. Er war schon bei der BV-Sitzung am 6. Mai 2019 geschoben worden und ist dann am 1. Juli dieses Jahres gar nicht mehr behandelt worden. Frau Bürgermeisterin hat gemeint, dieser Antrag sei mit dem vorliegenden Prüfantrag identisch. Der Antrag von Herrn Kremers war aber ein Ersetzungsantrag und gar kein Prüfantrag und auch inhaltlich vollkommen anders.

Deswegen habe ich gestern im Finanzausschuss erst einmal um Klärung gebeten, Frau Blome. Herr Siermann hat von mir die Unterlagen bekommen.

Ich weiß nicht, wie wir jetzt verbleiben. Wir bestehen darauf, dass über diesen Antrag erst einmal abgestimmt wird, egal wie. Sonst sind wir heute gar nicht beschlussfähig, weil dieser Antrag von uns in der BV Lindenthal, die ja wesentlich dazu beizutragen hat, nicht zur Abstimmung gestellt worden ist. Wenn das nicht geschieht, wenn also nicht über unseren Antrag abgestimmt wird, dann machen wir etwas daraus. Das sage ich Ihnen. Damit müssen Sie dann leben.

Der zweite Punkt vorab ist: Ich hätte mir gewünscht, dass in der Beschlussvorlage, über die wir jetzt abstimmen, die beiden Linien 171 und 142 herausgenommen worden wären. Dann würden wir nämlich nur noch über die Expressbuslinie reden. Das wäre für mich einfacher.

Jetzt komme ich zu der Würze und der Kürze, von der du meinst, ich ginge damit an den Dingen vorbei. Wir sind natürlich ganz klar gegen die Führung der Expressbuslinie auf der Aachener Straße.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo soll sie denn dann fahren? - Zuruf von Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen])

- Nein, ich habe in den Antrag ja hineingeschrieben, was wir wollen. Wir wollen, dass wirklich geprüft wird, ob eine Taktung der Linie 1 oder, wie es die FDP vorgeschlagen hat, eine Neueinführung einer Linie 2 auf gleicher Strecke möglich ist. Die Weiterführung der Expressbuslinie ist für uns nicht relevant. Uns interessiert im Moment, dass auf der Aachener Straße kein Expressbus verkehren darf - und darüber hinaus natürlich auch keine Pförtnerampel oder Zählampel installiert wird; denn hier müssen Sie die enorm hohe Anzahl von Pendlern berücksichtigen.

Sie haben zum Beispiel die Möglichkeit, am Freitag bei einer Sitzung des VRS unseren Antrag zu unterstützen, den Zugang zum Jobticket für mittlere und kleine Unternehmen erheblich zu erleichtern. Das hat nämlich noch nicht stattgefunden. Damit würden Sie möglicherweise schon eine Menge Individualverkehr wegschaffen.

Damit haben Sie aber immer noch keine Parkflächen gefunden und ausgebaut, auf denen die Menschen, die als Pendler einreisen - und wir haben auf dieser Strecke ungefähr 35 Prozent Pendler -, ihre Autos parken können.

Deswegen kann ich diesem Beschluss nicht zustimmen. Ich bitte Sie aber, unserem Antrag zuzustimmen; denn er ist ein Antrag der Vernunft. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es gilt, hier doch noch einmal mit ein paar wirklichen Fakten aufzuwarten.

Was haben wir denn im Dezember 2018 beschlossen? Beschlossen haben wir eine zusätzliche Kapazität im ÖPNV, weil es dringend erforderlich ist, die Menschen im Kölner Westen zu transportieren. Die bestehenden Strukturen reichen nämlich nicht aus, um auch die wachsenden Neubaugebiete, die wir in den letzten Jahren haben und die Jahr für Jahr weiterhin hinzukommen, kapazitätsmäßig abzudecken.

In diesem Zusammenhang ist beschlossen worden, eine neue Buslinie im Kölner Westen einzurichten. Die KVB ist beauftragt worden, diese Linie zu generieren. Denn wir wollen hier nicht Verwaltung spielen. Das ist Aufgabe der Verwaltung. Und sie hat es gut gemacht. Denn sie hat gerade auch die Menschen in Widdersdorf berücksichtigt, die gar nicht transportiert werden können, weil es von 2005 bis 2015 versäumt worden ist, hier die Straßenbahnanbindung zu schaffen. Das ist doch nun einmal Realität.

Im Übrigen haben wir keine Züge. Der eine sagt, dann könnten wir irgendwann irgendwelche bestellten Züge nehmen. Die anderen nehmen sie den Studenten auf der Linie 9 weg. Fakt ist: Wir haben keine Züge.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben keine Straßenbahnzüge, sondern allenfalls Phantomzüge der FDP, die dann als Luftschlösser durch unsere Stadt düsen. Das ist das eine. Aber Realität ist: Wir haben die Züge nicht. Außerdem dauert die Herrichtung der Linie 1 für irgendwelche Wechselbauwerke länger als die erfolgreiche Einführung der Dreifachtraktion. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir wollen Menschen transportieren. Unser Ziel ist, die Mobilität im Kölner Westen aufrechtzuerhalten.

Es geht auch nicht darum - das ist ja heute wieder der nächste Themenbereich; hier werden weitere Fake News verbreitet -, dass die Leute demnächst alle durch die Wohngebiete fahren. Das ist doch Quatsch. Schließlich sind die entsprechenden Vorrichtungen sowohl an der Dürener Straße als auch in der Gegenrichtung vorhanden. Solche Belastungen der Wohngebiete werden wir auch entsprechend unterbinden.

Was die Außengebiete angeht, ist es doch sinnvoll, dass die Menschen umsteigen. Auch dort werden wieder Horrorszenarien gemalt. Man behauptet nämlich, dass der gesamte Park-and-ride-Parkplatz nicht zur Verfügung stehe. Meiner Kenntnis nach ist die KVB in guten Gesprächen. Auch im Umland - ich war noch gestern Abend auf einer entsprechenden Veranstaltung im Umland - wird darüber nachgedacht, weitere Interimsparkplätze in diesem Bereich zu schaffen, um den Pendlern von außen die Gelegenheit zu geben, hier die S-Bahn-Umsteigemöglichkeiten zu nutzen.

Das ist doch das, was wir brauchen. Wir brauchen kurzfristig neue Kapazitäten.

Genauso wichtig ist ein zweiter Punkt. Wir müssen an dieser Stelle den Durchlass an Autos reduzieren. Die Alternative ist nämlich, weil die entsprechenden Schadstoffzahlen nach oben gehen, das Dieselfahrverbot im Kölner Westen. Und davon wären dann alle betroffen. Genau das wollen wir nicht haben. Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dagegen ein. In der Landesregierung machen wir das ja auch zusammen. Deshalb wundert mich der Antrag der FDP ein bisschen. Schließlich versuchen wir, durch sinnvolle Maßnahmen Dieselfahrverbote zu vermeiden. Und umweltsensitive Ampeln sind ein Mittel, das entsprechend zu gestalten.

Nun komme ich zu einem dritten Punkt, der auch immer wieder falsch berichtet wird. Die Behauptung, dass der Einzelhandel zugrunde gerichtet wird, wenn wir in Braunsfeld die Busspur schaffen, ist doch bar jeder Realität. Diese Busspur wird nur bis 9 Uhr morgens genutzt. Bis auf drei oder vier Bäckereien öffnen fast alle anderen Geschäfte erst um 10 Uhr. Dann ist die Busspur aber schon wieder freigegeben. Insoweit kann ich keine Bedrohung des Einzelhandels in Braunsfeld erkennen. Stadtauswärts sieht es durch eine vernünftige Gestaltung ähnlich aus. Das heißt, dass der Einzelhandel hier eine gute Lösung hat.

Wir können aber mehr Menschen im Kölner Westen transportieren. Denn das ist doch das, was wir brauchen. Wir brauchen kurzfristig Kapazitäten, weil in der Vergangenheit die notwendigen Kapazitätserweiterungen nicht stattgefunden haben. Die Kapazitäten sind nicht an die zusätzlichen Baugebiete angepasst worden. Das müssen wir kurzfristig reparieren. Wir werden es mit unseren Beschlüssen auch reparieren.

Diese Schwarzmalereien, die hier regelmäßig plakatiert werden, sind doch kontraproduktiv. Gerade die FDP stellt sich auf der einen Seite hin und will dem Klimaschutz höchste Priorität einräumen. Auf der anderen Seite wird von ihr aber alles getan, um hier immer noch dem Gott Auto das Wort zu reden, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das ist keine moderne Politik. Wir brauchen Mobilität und nicht das, was Sie machen, um dem Auto hier zu frönen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Bernd, erst einmal muss ich meine Kollegin Katja Hoyer in Schutz nehmen. Es tut mir ja leid. Du liest nicht unsere Änderungsanträge, und du hörst bei den Reden nicht zu. Dann kommt nachher so etwas heraus. Das hat sie eben nicht gesagt. Sie hat nur auf das Problem hingewiesen, dass der Beschluss den Petenten dann nicht gerecht wird. Das hat sie in ihrer Rede sehr schön herausgearbeitet.

(Beifall von Rafael Struwe [SPD])

- Danke. Ich gebe es weiter.

Du hast Bedenken geäußert, was die Fahrzeuge angeht. Das ist ja nicht dein Fachgebiet. Das ist auch kein Problem. Deswegen kannst du ja nicht wissen, dass wir im Dezember 2020 neue Stadtbahnwagen bekommen, die wir dann auch dort einsetzen können. Insofern muss man sich einfach damit beschäftigen. Du hast ja auch Fachleute bei dir in der Fraktion, auf die du entsprechend zurückgreifen kannst.

Wofür der Fraktionsvorsitzende dann aber zuständig ist, sind die politische Strategie, die Taktik und das Organisieren von Mehrheiten.

Auf einen Punkt möchte ich in diesem Zusammenhang jetzt doch noch einmal hinweisen. Herr Zimmermann, ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie da den Finger in die Wunde gelegt haben. Denn sonst hätten wir das gar nicht richtig mitbekommen. Es wäre hier so schnell vorübergegangen, dass wir uns nur kurz die Augen gerieben und gefragt hätten: Wie konnte es denn jetzt dazu kommen?

Wenn man sich der LINKEN bedient, um in einer solchen Frage eine Mehrheit zu bekommen - -

Die LINKEN müssen ja selber damit klarkommen. Herr Weisenstein wird wahrscheinlich sagen: Das ist das geringere Übel; wir haben wenigstens ein bisschen etwas bewegt; das ganze Chaos haben wir zwar nicht angerichtet; ein bisschen Chaos ist es aber wenigstens geworden.

Das ist natürlich der Klassiker. Schon Meister Gerhard hat sich mit dem Teufel verbunden, um den Kölner Dom fertigzustellen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier bedient man sich der LINKEN, um die Busspur zu realisieren - statt dass Sie von der CDU zu Ihren Wählerinnen und Wählern im Kölner Westen sagen: Wir haben für die Busspur keine Mehrheit gefunden, weil immer weitere Forderungen kamen; es kamen zusätzliche Forderungen nach Busspuren auf der Inneren Kanalstraße und diesem und jenem. Es hat nicht funktioniert. Wir haben versucht, eine Busspur zu organisieren, aber keine Mehrheit dafür bekommen, weil die Forderungen zu viele wurden. - Das wäre eine gute Position gewesen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Aber nein, Sie tun sich mit den LINKEN zusammen und befriedigen dann deren Bedarf an Chaos im Kölner Westen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das kann wirklich nicht wahr sein, meine Damen und Herren. Sie haben doch eben gehört, dass Herr Weisenstein gefordert hat, die Busspur nicht nur bis 9 Uhr morgens zu nutzen, sondern den ganzen Tag. Und Sie wollen ja jetzt die Betriebszeiten ausweiten. Dann läuft die Busspur also nicht nur bis 9 oder 10 Uhr morgens, sondern entsprechend länger.

Herr Zimmermann hat schon vollkommen richtig darauf hingewiesen, dass die KVB das doch sehr gut abgewogen hat. Auch der Bedarf, der dort besteht, und der Eingriff in die Aachener Straße sind abgewogen worden. Die KVB und unsere Verwaltung sind schließlich nicht doof. Das ist doch gemacht worden. Insofern ist das, was Sie hier tun, alles weiße Salbe.

Aber dass Sie sich in dieser Frage jetzt der LINKEN bedienen, ist wirklich ein Tabubruch.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Das müssen Sie im nächsten Jahr Ihren Wählerinnen und Wählern im Kölner Westen erklären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich hatte, wie Sie sich erinnern, zu Anfang meiner gerade gehaltenen Rede die Frage gestellt, wie wir den Vorgang der Nichtabstimmung über unseren Antrag in der BV Lindenthal klären. Ihnen, Frau Reker, liegen die Unterlagen mittlerweile zur Prüfung vor, weil Sie letztendlich die Kontroll- und Prüfinstanz in dieser Sache sind. Deshalb bitte ich um Auskunft, wie wir hier verfahren.

Der Antrag muss zur Abstimmung gestellt werden. Sonst kann meines Wissens nicht über diese Vorlage abgestimmt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, ich bitte Sie, mir jetzt noch einmal zu helfen. Welcher Antrag muss zur Abstimmung gestellt werden, weil wir sonst nicht über die Vorlage abstimmen können? Welchen Antrag meinen Sie? Wir haben hier verschiedene Änderungsanträge vorliegen.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Nein, ich meine keinen zur heutigen Sitzung vorliegenden Antrag, sondern beziehe mich auf den Antrag, der erstmals am 6. Mai 2019 von den Freien Wählern, von Herrn Kremers - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Über diesen Antrag wird ja auch abgestimmt.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Nein. Er ist in Lindenthal nicht zur Abstimmung gestellt worden, und er liegt hier auch nicht vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier wird er zur Abstimmung gestellt. Hier wird über einen Antrag der Freien Wähler abgestimmt.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Das ist aber mein Antrag. Herr Kremers hat am 6. Mai

2019 in der BV Lindenthal einen eigenen Antrag gestellt.

(Zurufe)

- Entschuldigung. Darf ich einmal zu Ende reden? - Dieser Antrag ist am 6. Mai 2019 auf die Sitzung des Bezirks am 1. Juli 2019 geschoben worden. Am 1. Juli 2019 ist er dann mit Absicht - mit voller Absicht, sage ich einmal ganz klar - nicht zur Abstimmung gestellt worden.

Diesen Antrag und einen Beschluss darüber brauchen Sie einfach. Sie brauchen das Votum der BV Lindenthal, um jetzt den gesamten Vorgang hier abzuschließen. Das ist meine Meinung. Ansonsten bitte ich um eine wirkliche Prüfung dieses Vorgangs. Oder wir müssen an die nächste Kontrollinstanz gehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, ich habe das gerade erfahren. Da ist in Lindenthal ein formaler Fehler passiert. Sie haben jetzt die Möglichkeit, diesen Antrag, der in der BV Lindenthal gestellt worden ist und über den nicht abgestimmt worden ist, hier noch einmal zu stellen. Dann wird er hier zur Abstimmung gestellt. Diese Möglichkeit gibt es jetzt.

Ansonsten schlägt dieser Fehler der BV Lindenthal auch nicht weiter durch, weil hier diese Möglichkeit der Antragstellung nach wie vor besteht.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Dann müssen wir jetzt eine Pause machen. Dann muss ich ihn holen gehen, um ihn hier vorzulesen. Denn ich habe ihn nicht hier.

(Zuruf: Schlecht vorbereitet!)

- Nein, da muss man gar nicht vorbereitet sein. Deswegen habe ich die Unterlagen ja gestern auch zur Verfügung gestellt, damit das geprüft wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich schaue jetzt einmal, ob wir ihn haben. Einen Moment, bitte. Denn wir haben es ja geprüft. Vielleicht haben wir den Antrag hier. - Einen kleinen Moment noch, bitte. Wir finden ihn.

Der Antrag liegt mir jetzt in Papierform vor. Ich lese einmal den Beschlussvorschlag vor:

> Die Bezirksvertretung Lindenthal möge beschließen, Ziffer III (Weiterer kurzfristiger Arbeitsauftrag aus dem Ratsbeschluss vom 18.12.2018) in der Begründung des Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschlusses für die Ost-West-Achse, […] ersatzlos zu streichen. Alle Planungen für eine oberirdische Express-Buslinie auf der Aachener Straße sind einzustellen.

Ich denke, auf diesen Satz wird es wohl ankommen.

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln] nickt)

Meine Damen und Herren, da die Planungen heute vorgelegt werden, können wir sie nicht mehr einstellen. Sie sind ja erfolgt. Sie liegen vor. Deswegen ist die Frage, was man mit einem solchen Antrag macht. Er hat sich für mich auch erledigt.

> (Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Herr Wortmann darüber abstimmen lassen will, dann stimmen wir darüber ab!)

Aber wenn jetzt gewünscht wird, dass wir ihn zur Abstimmung stellen, lasse ich darüber abstimmen. Dann kann niemand mehr irgendeinen formalen Einwand erheben. Deswegen sollten wir das jetzt tun.

Dann schlage ich Ihnen vor, in folgender Reihenfolge abzustimmen: zunächst über den Antrag zur Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal, dann über den Änderungsantrag der FDP, dann über den Änderungsantrag der SPD, dann über den Änderungsantrag von Herrn Wortmann zur heutigen Sitzung, dann über den Änderungsantrag der LINKEN und dann über den Änderungsantrag von CDU und Grünen, bevor ich zum Schluss über die Verwaltungsvorlage abstimmen lasse.

Herr Joisten, Ihnen liegt der Antrag zur Sitzung der BV Lindenthal nicht vor. Bitte sehr.

Christian Joisten (SPD): Frau Reker, mir geht es erst einmal um das Verfahren. Ich kann im Moment noch nicht ganz nachvollziehen, wie wir uns jetzt hier als Rat einen Antrag, der an die BV Lindenthal gestellt wurde, zu eigen machen und darüber abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann hat diesen Antrag jetzt hier gestellt.

Christian Joisten (SPD): Ach so, als Ratsantrag eingebracht. Das hatte ich anders verstanden. Aber wenn Herr Wortmann das bestätigt - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Er hat den gleichen Antrag, der in der BV Lindenthal gestellt wurde, als Ratsantrag eingebracht, um diesen Verfahrensfehler heilen zu können.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Nein. Entschuldigung. Das ist nicht richtig. Ich habe meinen eigenen Antrag gestellt, der lautet - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Über Ihren eigenen Antrag wird ja auch abgestimmt, Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Wenn wir hier über das Verfahrenssystem reden, müssen wir auch etwas ins Kleine gehen. Ich habe keinen Ersatzantrag für den Antrag von Herrn Kremers gestellt. Das wäre eine falsche Annahme.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, Sie haben keinen Ersatzantrag gestellt. Ich habe gesagt, dass dieser formale Fehler jetzt in dieser Sekunde nur dadurch geheilt werden kann - ich hätte auch durchstimmen lassen können; ich wollte Ihnen damit entgegenkommen -, dass dieser Antrag hier noch einmal zur Abstimmung gestellt wird. Denn Sie haben reklamiert, dass dieser Antrag nicht behandelt worden wäre. Jetzt wird er in einem noch höheren Gremium behandelt. Wir haben ihn auch gefunden. Ich bin der Meinung, dass er sich erledigt hat. Aber nein, um jede formale Rüge auszuschließen, wird jetzt in diesem Gremium noch einmal darüber abgestimmt.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ja. Jetzt stimmt es ja wieder. Eben haben Sie aber etwas anderes gesagt.

(Zurufe: Nein!)

Okay. Wenn er hier zur Abstimmung gestellt wird, ist das okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt als Erstes über den Antrag abstimmen, der bereits in der BV Lindenthal gestellt worden ist und den Herr Wortmann hier wiederholt hat. Wer wünscht diesem Antrag zuzustimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Ist das jetzt der Antrag von Herrn Wortmann?)

- Das ist jetzt der Antrag von Herrn Wortmann. Hier kann ja kein Mitglied der BV Lindenthal einen Antrag stellen. - Wissen jetzt alle, worüber wir abstimmen? Über einen Antrag, die Planung für die Busspur einzustellen. Man kann auch beantragen, was schon geschehen ist. Das erleben wir hier ja oft genug.

Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die SPD-Fraktion.

(Zurufe von der FDP: Ha! - Gegenruf von Christian Joisten [SPD]: Die Vorlage ist nicht sauber!)

- Das kann man so machen. - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der SPD auf. Zustimmung? - Der SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag von Herrn Wortmann auf. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der LINKEN auf. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag von CDU und Grünen auf. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Grüne, CDU und LINKE. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist er so beschlossen.

Nun rufe ich die Verwaltungsvorlage in der geänderten Fassung auf. Wer ihr zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Frak-

tion, DIE LINKE und die Oberbürgermeisterin. Dann ist sie so beschlossen. - Vielen Dank.

(Christian Joisten [SPD]: Enthaltungen?)

- Nach Enthaltungen können wir zwar noch fragen. Aber es ist trotzdem so beschlossen. - Enthaltungen? - Keine. - Gut.

I. Mündlich vorgetragener Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) (wortgleich mit dem Änderungsantrag aus der BV- Lindenthal AN/0590/2019)

Beschluss:

Der Rat beschließt, Ziffer III (Weiterer kurzfristiger Arbeitsauftrag aus dem Ratsbeschluss vom 18.12.018) in der Begründung des Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschlusses für die Ost-West-Achse, Vorlagen Nummer: 1137/2019 ersatzlos zu streichen. Alle Planungen für eine oberirdische Express-Buslinie auf der Aachener Straße sind einzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Der Rat möge folgende Änderung der Beschlussvorlage 1103/2019 beschließen:

- *Der Rat unterstützt die Verwaltung beim Bemühen, die Realisierung der Dreifachtraktion auf dem westlichen Ast der Ost-West-Achse bis zur Fußball-Europameisterschaft 2024 zu ermöglichen.*
- *Der Rat fordert einen Erhalt der verkehrlichen Leistungsfähigkeit und den Schutz des Einzelhandels auf der Aachener Straße. Daher ist auf die Ausweisung einer Busspur zu verzichten.*
- *Der Rat lehnt eine Verlagerung der Umweltprobleme an die Stadtgrenze und der Verkehre in die Nebenstraßen durch Programmierung einer Pförtnerampel auf der Aachener Straße in Weiden ab.*
- *Der Rat fordert eine möglichst schnelle Realisierung der Parkpalette am P+R-Platz in Weiden-West. Die Verwaltung legt dazu dem Verkehrsausschuss unter Beteiligung der Bezirksvertretung Lindenthal einen Zeit-Maßnahmen-Plan vor, der alle Beschleunigungsmöglichkeiten und den Erhalt möglichst vieler Stellplätze während der Bauzeit ausweist.*
- *Der Rat beauftragt die Verwaltung in Absprache mit den KVB alle nötigen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einrichtung einer Stadtbahnlinie 2 zwischen Müngersdorf und Rudolfplatz einzuleiten. Dabei sind die Überlegungen des VKT GmbH mit der Schaffung eines Wendegleises in der Hahnenstraße (siehe Anlage) einzubeziehen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

III. Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, zur kurzfristigen Schaffung zusätzlicher Kapazitäten nicht benötigte Verstärkerbahnen der Linie 9 in den Hauptverkehrszeiten auf der Stadtbahnverbindung der Linie 1 einzusetzen. Des Weiteren soll geprüft werden, ob es weitere, nicht benötigte Verstärkerbahnen auf anderen Stadtbahnlinien gibt, die bedarfsgerecht auf die Linie 1 umgelenkt werden können, um dort zusätzliche Kapazitäten zu schaffen.*
2. *Gemeinsam mit der KVB soll die Verwaltung ein entsprechendes Betriebskonzept entwickeln und zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 umsetzen, mit dem in der morgendlichen und nachmittäglichen Spitzenauslastung eine Taktverdichtung auf der Stadtbahnlinie 1 erreicht werden kann.*
3. *Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 10.05.2016, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, Planungsvarianten für ein Express-Bus-Netz zu entwickeln, die auch die an Köln angrenzenden Gebietskörperschaften mit dem Ziel eines regionalen Netzes berücksichtigen. Die Darstellung von möglichen Varianten zum Umfang eines Express-Bus-Netzes sowie ein Entscheidungsvor-*

schlag sind so zeitig vorzulegen, dass die erforderlichen Haushaltsmittel für den Doppelhaushalt 2020/2021 bereitgestellt werden können.

*Die Einrichtung einer Pförtnerampel ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept, das die Situation der Pendler*innen berücksichtigt und mit den Nachbarkommunen kommuniziert und abgestimmt ist, wird abgelehnt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

IV. Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

Beschluss:

Der Rat möge beschließen, die Planungen zur Einrichtung der Expressbusspuren entlang der Aachener Straße einzustellen. Die Zuleitungen von Widdersdorf (172) bzw. Weiden/Junkersdorf (173) sollen bestehen bleiben.

Alternativ werden zu den Spitzenzeiten soll die Taktungen der Linie 1 durch zusätzliche Fahrten zwischen den Haltepunkten Weiden und der Hahnenstraße erhöht werden. Zu prüfen ist, ob die Einrichtung einer Linie 2 auf gleicher Strecke möglich ist.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

V. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

Im Beschlusstext werden nach dem letzten Spiegelstrich folgende Sätze eingefügt:

> *Im Linienverlauf der Linien 172 und 173 wird eine Umweltspur ausschließlich für Busse, Taxen, Fahrräder, Rettungs- und Polizeifahrzeuge in beiden Fahrtrichtungen, rund um die Uhr eingerichtet. Diese Umweltspur ist baulich vom MIV zu trennen. Dies gilt für alle Bereiche, in welchen derzeit zwei oder mehr Streifen pro Fahrtrichtungen für den MIV zur Verfügung stehen.*
>
> *Die separate Führung ist insbesondere für die Aachener Straße von Müngersdorf bis Universität sowie für die Innere Kanalstraße zwischen Venloer Straße und Aachener Straße herzustellen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

VI. Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Beschluss:

Der Beschlusstext der Vorlage wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Betriebszeiten der Expressbuslinien 172 und 173 zu überprüfen und gegebenenfalls bedarfsgerecht zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke. zugestimmt.

VII. Abstimmung über die Vorlage in geänderter Fassung:

Beschluss:

Der Rat spricht sich für die Einrichtung folgender Interims-Busangebote – wie in der Begründung beschrieben - zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2019 aus:

- *Linie 171 (neu)*
- *Veränderung Linie 142*
- *Expressbuslinien 172 und 173 (neu)*

Bis zum Ablauf der Betrauungsregelung am 31.12.2019 beauftragt der Rat die Verwaltung mit

der Aufnahme der sich aus dieser Ausweitung des Busverkehrs ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005 / 24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Für die Zeit ab dem 01.01.2020 beauftragt der Rat die Verwaltung, die Erweiterung des Busnetzes nach Maßgabe der Regelungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (insbesondere Ziff. 9.4) bei der KVB zu veranlassen. Die KVB finanziert das zusätzliche Angebot über den steuerlichen Querverbund. Die Verwaltung wird ermächtigt, später erforderliche Anpassungen des Angebots gegenüber der KVB zu veranlassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Betriebszeiten der Expressbuslinien 172 und 173 zu überprüfen und gegebenenfalls bedarfsgerecht zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. sowie der Stimme von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes
hier: Dauerhafte Erweiterungen
1215/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 3, bzw. wie Verkehrsausschuss, Anlage 4. Das ist das Gleiche.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages mit der Maßgabe die Beschlüsse der Bezirksvertretung Kalk soweit wie möglich zu berücksichtigen:

Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung beschriebenen Erweiterungen des Busnetzes zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2019 aus.

Bis zum Ablauf der Betrauungsregelung am 31.12.2019 beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus dieser Ausweitung des Busverkehrs ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Für die Zeit ab dem 01.01.2020 beauftragt der Rat die Verwaltung, die Erweiterung des Busnetzes nach Maßgabe der Regelungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (insbesondere Ziff. 9.4) bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) zu veranlassen. Die KVB finanziert das zusätzlich entstehende jährliche Defizit von voraussichtlich 440.000 € über den steuerlichen Querverbund, was potenziell zu einer geringeren Gewinnausschüttung der Stadtwerke Köln GmbH an den städtischen Haushalt führen kann. Die Verwaltung wird ermächtigt, später erforderliche Anpassungen des Angebots gegenüber der KVB zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Stärkung und Ausweitung des KVB-Stadtbahnnetzes
1418/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung beschriebenen Erweiterungen des Stadtbahnangebotes zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2019 aus.

Bis zum Ablauf der Betrauungsregelung am 31.12.2019 beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus dieser Ausweitung des Stadtbahnverkehrs ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Für die Zeit ab dem 01.01.2020 beauftragt der Rat die Verwaltung, die Erweiterung des Bus- bzw. Stadtbahnnetzes nach Maßgabe der Regelungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (insbesondere Ziff. 9.4) bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) zu veranlassen.

Die KVB finanziert das bisher nicht im Wirtschaftsplan der KVB abgebildete zusätzliche jährliche Defizit von voraussichtlich 0,39 Mio. Euro über den steuerlichen Querverbund, was potenziell zu einer geringeren Gewinnausschüttung der Stadtwerke Köln GmbH an den städtischen Haushalt führen kann. Die Verwaltung wird ermächtigt, später erforderliche Anpassungen des Angebots gegenüber der KVB zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH: Unterschwellenvergabe
1171/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt den seitens der Geschäftsführung der SBK entwickelten Vorschlag zur Anwendung unternehmenseigener vergaberechtlichen Bestimmungen. An dem bereits bei Ausgründung bekundeten Willen, größerer Freiräume in den Vergabeverfahren für die SBK wird damit weiterhin festgehalten.

Der Rat der Stadt Köln weist daher den Gesellschaftervertreter unter Aufhebung von Ziff. 5.a des Ratsbeschlusses vom 22.06.2006 (Vorlagen-Nr. 0891/006) an, die im Jahr 2006 erteilte Weisung an die Geschäftsführung der SBK Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH zur Anwendung der Vergaberichtlinien der Stadt Köln aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Entwurf des Jahresabschlusses 2018
1920/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und von der Oberbürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das Jahr 2018 zur Kenntnis und beschließt, den Jahresabschluss 2018 zur Prüfung in den Rechnungsprüfungsausschuss gemäß § 59 Gemeindeordnung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Gigabit Masterplan Cologne sowie Bedarfsfeststellung über den Eigenbeitrag zur Förderung des Breitbandausbaus in der Stadt Köln durch den Bund und das Land NRW
1737/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1045/2019

Dazu hat Herr Dr. Elster als Erster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Das mache ich vom Platz aus. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht hier zwar auch um Verkehre, aber nicht um Busspuren, sondern um Datenströme, die in Zukunft durch die Stadt fließen sollen, und zwar zukunftssicher durch ein Glasfasernetz.

Zunächst einmal muss man die Verwaltung für das loben, was sie hier vorgelegt hat; denn der Gigabit Masterplan Cologne und die Vorlage regeln, dass wir demnächst in Köln keine weißen Flecken mehr haben. Das ist einfach toll.

(Beifall bei der FDP)

- Ja, da kann man wirklich klatschen. Das ist eine sehr gute Vorlage.

Angesichts unseres Beschlusses aus dem Jahre 2012, den wir mit unserem Änderungsantrag ja noch einmal aufgerufen haben, kann das aber natürlich nur der erste Schritt sein. Wir haben neben den weißen Flecken auch die grauen Flecken zu behandeln. Es ist ganz wichtig, dass wir uns politisch - da schaue ich auch zur Oberbürgermeisterin - und bei der Verwaltung, also auf allen Ebenen, dafür einsetzen, dass das zustän-

dige Ministerium in Berlin Köln bei der Förderung für die grauen Flecken nicht ausspart. Wir sind da auf Bundesmittel angewiesen. Wir sprechen an dieser Stelle über ein Volumen von mehr als 200 Millionen Euro, die wir ansonsten selber aufbringen müssten. Es ist schon wichtig, dass wir uns dessen gewiss sind.

Ganz am Ende geht es natürlich auch um den 5G-Ausbau, um zukunftssichere Systeme zu schaffen und alles das, was Sie in der Vorlage selber aufführen - Mobilitätsdienste, Gesundheitsdienste etc. -, anbieten zu können. Und 5G ist ohne Glasfaser nicht denkbar. Wir brauchen ein flächendeckendes Glasfasernetz in ganz Köln.

Das soll der Punkt 4 unseres Änderungsantrages uns allen in Erinnerung rufen. Die Verwaltung wird beauftragt, uns per Beschlussvorlage darzustellen, wie dies in Zukunft gewährleistet werden kann.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke, Herr Dr. Elster. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen, FDP und Herrn Wortmann abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Verwaltungsvorlage in geänderter Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Ersetzungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

Beschluss:

Der Beschlusstext der Verwaltungsvorlage wird wie folgt ersetzt:

1. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Gigabit-Masterplans bekräftigt der Rat der Stadt Köln ausdrücklich seinen Beschluss aus dem Jahre 2012, die flächendeckende Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitsinternet in Köln sicher zu stellen und eine gleichberechtigte Teilhabe aller Kölnerinnen und Kölner zu ermöglichen.

2. Der Rat der Stadt Köln beschließt den Masterplan Gigabit Cologne und erkennt für die Beseitigung der „weißen Flecken“ im Stadtgebiet den dargestellten Bedarf eines Eigenanteils in Höhe von bis zu 4.500.000,00 Euro an der Gesamtförderung im Rahmen der Bundesrichtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ an.

3. Zur weiteren Sicherstellung des Gigabitausbaus im Stadtgebiet, wird die Verwaltung gebeten, sich in allen zuständigen Gremien und Behörden nicht nur auf der Fachebene, sondern auch bei den jeweiligen politischen Entscheidungsträgern dafür einzusetzen, dass die Stadt Köln ebenfalls an der von der Bundesregierung geplanten Förderung zur Beseitigung der „grauen Flecken“ partizipieren kann.

4. Angesichts des nach dem Ende des Bieterverfahrens der Bundesregierung nunmehr anstehenden 5G-Ausbaus wird die Verwaltung beauftragt, in einem Konzept darzustellen, wie ein flächendeckender Ausbau der Mobilfunknetze in der Stadt dargestellt werden kann. In Bezug auf die Zukunftsfähigkeit der Versorgung soll die Verwaltung darstellen, welche gigabitfähigen Bereiche in der Stadt derzeit nicht mit Glasfaser sind, sondern lediglich über HFC-Netze versorgt sind und welche Schritte erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die nur mit HFC-versorgten Bereiche künftig ebenfalls zukunftssicher am schnellen glasfaserbasierten Internet teilhaben können.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage:

Beschluss:

1. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Gigabit-Masterplans bekräftigt der Rat der Stadt Köln ausdrücklich seinen Beschluss aus dem Jahre 2012, die flächendeckende Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitsinternet in Köln sicher zu stellen und eine gleichberechtigte Teilhabe aller Kölnerinnen und Kölner zu ermöglichen.

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt den Masterplan Gigabit Cologne und erkennt für die Beseitigung der „weißen Flecken“ im Stadtgebiet den dargestellten Bedarf eines Eigenanteils in Höhe von bis zu 4.500.000,00 Euro an der Gesamtförderung im Rahmen der Bundesrichtlinie „Förderung zur Unterstützung des*

   Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ an.

3. *Zur weiteren Sicherstellung des Gigabitausbaus im Stadtgebiet, wird die Verwaltung gebeten, sich in allen zuständigen Gremien und Behörden nicht nur auf der Fachebene, sondern auch bei den jeweiligen politischen Entscheidungsträgern dafür einzusetzen, dass die Stadt Köln ebenfalls an der von der Bundesregierung geplanten Förderung zur Beseitigung der „grauen Flecken“ partizipieren kann.*

4. *Angesichts des nach dem Ende des Bieterverfahrens der Bundesregierung nunmehr anstehenden 5G-Ausbaus wird die Verwaltung beauftragt, in einem Konzept darzustellen, wie ein flächendeckender Ausbau der Mobilfunknetze in der Stadt dargestellt werden kann. In Bezug auf die Zukunftsfähigkeit der Versorgung soll die Verwaltung darstellen, welche gigabitfähigen Bereiche in der Stadt derzeit nicht mit Glasfaser sind, sondern lediglich über HFC-Netze versorgt sind und welche Schritte erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die nur mit HFC-versorgten Bereiche künftig ebenfalls zukunftssicher am schnellen glasfaserbasierten Internet teilhaben können.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 EU-Charta - 2. Kölner Gleichstellungsaktionsplan
0217/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ists nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Sozialausschuss, Anlage 4, Schulausschuss, Anlage 6, und StadtAG LST, Anlage 3, meine Damen und Herren.

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss über die Vorlage in der Fassung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 24.06.2019 (Anlage 4), des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 24.06.2019 (Anlage 6) und der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender vom 04.06.2019 (Anlage 3):

Der Rat beschließt den 2. Kölner Aktionsplan zur Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und beauftragt die Verwaltung den Aktionsplan unter Berücksichtigung der verschiedenen geschlechtlichen Identitäten weiterzuentwickeln.

Der Aktionsplan soll mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2018
2189/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung*

   Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2018 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von 389.190.896,60 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 811.460,76 Euro fest.

2. *Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2018 von 811.460,76 Euro auf das Geschäftsjahr 2019 vorgetragen wird.*

3. *Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.*

4. *Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage 2203/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2013 stammenden Verlustes von 4.302.470,68 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Neufassung des Vertrags über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln einschließlich Betrauungsakt 0680/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten Neufassung des Vertrages einschließlich Betrauungsakt zwischen der Stadt Köln und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. über die Förderung der Verbraucherbratungsstelle Köln (2020 - 2024) zu und beauftragt die Verwaltung, den Vertrag entsprechend abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Neufassung des Vertrags über die Finanzierung der Verbraucherberatung im Quartier einschließlich Betrauungsakt 0681/2019

Hier hat zunächst Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Es geht um Folgendes: Wir hatten diese Vorlage natürlich auch im Sozialausschuss. Dort gab es eine Anlage, und zwar eine Stellungnahme der Verbraucherzentrale NRW zum Klärungsbedarf des Sozialdezernats zur Verbraucherberatung im Quartier. Sie schlug am 24. Juni 2019 im Sozialausschuss auf. Darin steht auf Seite 4:

> Einer Ausweitung der Sozialräume steht die Verbraucherzentrale NRW grundsätzlich offen gegenüber. Mit dem für die Jahre 2020 bis 2024 beantragten Stellenausbau wäre eine Ausweitung lediglich auf einen vierten Sozialraum bezogen auf den erforderlichen Ressourceneinsatz realistisch …

Mit der heutigen Stellungnahme, die Frau van Eik, die Leiterin der Verbraucherberatung im Quartier, uns zukommen lassen hat, ist ein vierter Sozialraum ausgeschlossen. Das hat uns ein bisschen irritiert.

Wir sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher haben aber heute ausgemacht, zu beantragen, dass wir, sobald eine Änderung des Tableaus der jetzigen Sozialräume ansteht, in die Beratung im Ausschuss einbezogen werden. - Habe ich das verständlich erklärt?

> (Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein, weil du jetzt nur für die sozialpolitischen Sprecher der CDU und der Grünen gesprochen hast!)

- Nein, der SPD auch.

> (Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ich bin da aber nicht gefragt worden und bin auch nicht dabei!)

- Sorry. Gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte, Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Wenn ich mich recht entsinne - es ist ja noch nicht so lange her -, hatten wir gesagt, dass wir dann involviert werden wollen, wenn ein vierter Sozialraum dazukommen soll. Wenn ich mir das Tableau - -

(Zuruf von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja. Aber ich würde schon die Verständigung dahin gehend sehen, dass wir dann involviert werden, wenn wir einen vierten Sozialraum in den Blick nehmen. Ich möchte mich nicht über die anderen noch einmal unterhalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Frau Hoyer und dann Herr Detjen.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir haben einen Beirat der Verbraucherzentrale. Darin sind alle Parteien vertreten. In diesen Beirat gehören Diskussionen über die Arbeit der Verbraucherberatung, finde ich.

Es ist natürlich wichtig, dass die Kollegen und Kolleginnen dann auch zu diesen Beiratssitzungen kommen. Dann funktioniert das vielleicht auch ein bisschen besser.

Wir haben uns in diesem Beirat sehr intensiv und ausführlich unterhalten und sind zu dieser Überzeugung gekommen, die heute auch von der Verwaltung vorgelegt worden ist, weil wir gesagt haben: Diese Diskussion um noch einen Sozialraum und noch einen Sozialraum ist bestimmt nicht so hilfreich wie das, was die Verwaltung uns dankenswerterweise aufgeschrieben hat.

Wir haben nämlich drei Sozialräume und haben jetzt die Erfahrung gesammelt. Sie ist auch evaluiert worden. Das kann die Verwaltung nutzen, um für alle anderen Sozialräume auch das Know-how der Verbraucherberatung weiterzugeben. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist.

Ich bin der Verwaltung dankbar für diese Vorlage. Auch nur so möchte ich sie beschließen. Alles andere ist eine Diskussion für den Beirat.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es verschlägt ja vielleicht nichts, dass wir heute über die Verwaltungsvorlage beschließen und dass dann, wenn ein weiterer Sozialraum hinzukommt, zunächst der Beirat und dann die sozialpolitischen Sprecher dazu ins Gespräch kommen. Das kostet ja auch Geld. Insofern müsste man das auch in die Haushaltsberatungen bringen.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

- Einverstanden?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut!)

Herr Detjen, Sie haben aber noch das Wort.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein! Danke!)

- Gut. - Dann lasse ich jetzt über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist sie so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten Neufassung des Vertrages einschließlich Betrauungsakt zwischen der Stadt Köln und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. über die Durchführung einer Verbraucherberatung im Quartier zu und beauftragt die Verwaltung, den Vertrag entsprechend abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 „Integrationsbudget“: Mittel für die Fortschreibung des Gesundheitswegweisers und die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als „Integrationslotsen Gesundheit“ 1316/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt im Nachgang zum Ratsbeschluss vom 14.02.2019 (Vorlage Nr. 4173/2018), die restlichen Mittel in Höhe von 40.935,00 € aus dem für 2019 veranschlagten

Integrationsbudget in Höhe von insgesamt 986.093,00 € wie folgt zu verteilen:

1320/2015 Fortschreibung Gesundheitswegweiser für Kölner/innen mit Zuwanderungsgeschichte; GA1 8.435,-€

1342/2015 Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als Integrationslosten Gesundheit; GA 4 32.500,-€.

Die Mittel in Höhe von 40.935,00 € werden im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen (32.500,-€) und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (8.435,-€) überplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser 1841/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Ich mache es ganz kurz vom Platz aus. - Wir haben diese Vorlage im Sozialausschuss ohne Votum geschoben. Deshalb hatten wir keine Möglichkeit, dazu zu reden. Daher möchte ich hier meine große Freude über diese Vorlage zum Ausdruck bringen und für die SPD-Fraktion mitteilen, dass sie diese Freude teilt. Es ist eine wirklich gute Vorlage. Wir freuen uns sehr.

Die Rede, die ich vorbereitet habe, gebe ich zu Protokoll[1].

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist prima. Vielen Dank.

[1] siehe Anlage

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Verwaltung Maßnahmen zur Unterstützung Langzeitarbeitsloser in folgendem Umfang umsetzen kann:

- *37 Vollkräfte über die KGAB für die Unterstützung der Schulen und der Feuerwehr (Zeitraum: 1.1.2019-31.12.2020; Mittelvolumen insgesamt: 606.000 €)*
- *30 Stellen für die Verwaltung aus dem Teilhabechancengesetz (Zeitraum: 1.7.2019-31.12.2024; Eigenanteil / Mittelvolumen insgesamt: 973.500€)*
- *160 Vollkräfte über die KGAB. aus dem Teilhabechancengesetz (Zeitraum: 1.7.2019-31.12.2024; Mittelvolumen insgesamt: 2.282.500€)*
- *30 weitere Stellen für die Verwaltung aus dem Teilhabechancengesetz (Zeitraum: 1.1.2020-31.12.2024; Eigenanteil / Mittelvolumen insgesamt: 885.000€)*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.21 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung

hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage 3860/2018

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer VII – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Den Punkt 10.21 haben wir vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

Tagesordnungspunkt

10.22 Wirtschaftsplan 2019 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung - Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln - 0976/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Abs. 1 Buchst. b der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 Buchst. b der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019 in der beigefügten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Freigabe- und Baubeschluss über die Maßnahme „Partizipatorische Neugestaltung Platz an St. Adelheid“ in Köln-Neubrück aus dem Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ (Einzelmaßnahme 2.10.4 im Sozialraum Ostheim und Neubrück)
3075/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat:

1. *stimmt der Neugestaltung des Platzes "An St. Adelheid" in Köln-Neubrück einschließlich eines Spielplatzes zu und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Entwurfsplanung (Anlage 6) – vorbehaltlich der Bewilligung von Städtebaufördermitteln – die Ausführungsplanung vorzunehmen und die Maßnahme baulich umzusetzen. Die förderfähigen Gesamtkosten betragen ca. 1.500.000 €. Ausgehend von einer Förderquote von 70 % belaufen sich die zu erwartenden Fördermittel auf ca. 1.050.000 €. Der Eigenanteil der Stadt Köln beläuft sich somit auf ca. 450.000 €;*

2. *beschließt unter gleichem Vorbehalt die Freigabe der benötigten investiven Auszahlungsermächtigungen;*

3. *bewilligt Mittel zur Regulierung der Pflasterflächen aufgrund von Wurzelschäden der Bestandsbäume;*

4. *beschließt die Errichtung einer 1-Raum-City-WC-Anlage auf dem Platz an St. Adelheid in Köln-Neubrück, entsprechend der Entwurfsplanung (Anlage 6) und dem Detailplan (Anlage 7);*

5. *beschließt die – nicht förderfähige – Sanierung und Ertüchtigung der öffentlichen Beleuchtung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Planungsbeschluss für Projekte im Botanischen Garten, Amsterdamer Straße 34, 50735 Köln - Sanierung des Subtropenhauses
0430/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung zur Sanierung des Subtropenhauses.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Die geschätzten Planungskosten bis inklusive Leistungsphase 3 nach der HOAI in Höhe von circa 270.000 Euro brutto werden aus dem Flächenverrechnungspreis für Grünobjekte generiert, der nach Abschluss der Maßnahme als Mietaufwand im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen zusätzlich zu berücksichtigen ist.

Der Planungszeitraum wird genutzt, um eine belastbare Vorstellung der voraussichtlichen Baukosten und des vollständigen Umfanges aller notwendigen Bauleistungen auf dem Grundstück zu erlangen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Gesamtkonzept Bewegungsparcours im Kölner Grün
0639/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 6.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses vom 08.07.2019 (Anlage 6):

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Gesamtkonzept Bewegungsparcours im Kölner Grün zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der sukzessiven Umsetzung des Konzeptes nach Sicherung der haushaltsneutralen Finanzierung. Dabei werden die Voten der Bezirksvertretungen berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpaket: Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer - Erweiterung und Aktualisierung
1503/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln hat die Verwaltung im April 2017 (Beschlussvorlage 0864/2017 – Beschlusspunkt Nr. 1) sowie ergänzend im Juli 2018 (Beschlussvorlage 0990/2018) beauftragt, ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchzuführen, mit dem Ziel ausgewählte Schulbaumaßnahmen durch Totalunternehmer planen und errichten oder durch Generalunternehmer errichten zu lassen (TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpaket). Um die damit beabsichtigte beschleunigte Schaffung neuer und Sicherung bestehender Schulplätze sicherzustellen, beschließt der Rat in Erweiterung und Aktualisierung dieses Auftrags das Folgende:

1. *Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis, wonach das TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpaket insgesamt 22 Maßnahmen umfasst (16 Schulbaumaßnahmen, zuzüglich 6 notwendiger baulicher Begleit- und Folgemaßnahmen, vergleiche Anlage 1).*

   Standort I: Alte Wallgasse (Königin-Luise-Gymnasium)

   Maßnahme 1: Generalinstandsetzung Schulgebäude ohne Pädagogisches

   Zentrum | Turnhalle

   Maßnahme 2: Interim als Ersatz für Interim auf Grundstück Palmstraße

   Maßnahme 3: Erweiterungsbau um einen Zug Sekundarstufe 1 und einen Zug

   Sekundarstufe 2 auf dem Grundstück Palmstraße 1 (bauliche G9-Erweiterung nicht möglich)

   Standort II: Frankstraße (igis Integrierte Gesamtschule Innenstadt)

   Maßnahme 4: Erweiterungsbau für unter anderem Aula / Mensa und Verwaltung

   Maßnahme 5: Sanierung Bestand – Brandschutz, Technische Gebäude Ausrüstung und Datentechnik

   Maßnahme 6: Neubau Turnhalle

   Standort III: Severinswall (Gesamtschule Severinswall)

   Maßnahme 7: Abriss und Neubau aufgrund erheblichen Sanierungsbedarfs

   Maßnahme 8: Interim Sekundarstufe 2 im ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museum am Ubierring

   Standort IV: Sürther Feld (Ernst-Moritz-Arndt-Schule)

   Maßnahme 9: Neubau einer 5-zügigen Grundschule im Sürther Feld als Ersatz für die

   3-zügige Evangelische Grundschule Mainstraße

Standort V: Leybergstraße (Hildegard-von-Bingen-Gymnasium)

Maßnahme 10: Erweiterungsbau mit Dreifachturnhalle für den Ganztag und als Ersatz zur Zügigkeitserhöhung von 3 auf 4 Züge Sekundarstufe 1 und von 5 auf 6 Züge Sekundarschule 2 aufgestellten Modulbauten

Maßnahme 11: Umnutzung Bestandsturnhalle zur Mensa und Ganztagsbereich

Standort VI: Zusestraße (Gymnasium Zusestraße)

Maßnahme 12: Neubau 3/5 Züge mit 3-fach Turnhalle

Standort VII: Neue Sandkaul (Gymnasium Neue Sandkaul)

Maßnahme 13: Erweiterungsbau städtisches Gymnasium Neue Sandkaul (als Ersatz für Interim Gymnasium Zusestraße)

Standort VIII: Escher Straße (Dreikönigs-Gymnasium)

Maßnahme 14: Generalinstandsetzung Hauptgebäude, inklusive Modernisierung unter neuen pädagogischen Gesichtspunkten

Erweiterungsbau für den Ganztag, G9-Erweiterung

Maßnahme 15: Interim Komplettauslagerung in BürgerPark Nord; Landschaftsschutzgebiet

Standort IX: Kretzer Straße (Gemeinschaftsgrundschule Kretzer Straße)

Maßnahme 16: Generalinstandsetzung Turnhalle

Maßnahme 17: Erweiterungsbau zur Zügigkeitserweiterung von 2 auf 3 Züge

Standort X: Niehler Kirchweg (Barbara-von-Sell-Berufskolleg und Edith-Stein-Realschule)

Maßnahme 18: Neubau als Ersatz für das marode Gebäude und Fertigbaueinheiten Berufskolleg (BK) und Realschule (RS), Neubau 3-fach Sporthalle

Maßnahme 19: Generalinstandsetzung Realschule

Maßnahme 20: Interim Komplettauslagerung RS und Teilauslagerung BK in Toni-Steingaß-Park

Standort XI: Siegburger Straße (Gemeinschaftsgrundschule) | Auf dem Sandberg (Förderschule)

Maßnahme 21 Siegburger Straße: Neubau Grundschule mit 1-fach Turnhalle 2-zügig auf dem Grundstück Siegburger Straße (Auf dem Sandberg)

Maßnahme 22 Auf dem Sandberg: Neubau Erweiterungsbau Förderschule inklusive Außenanlagen auf dem Grundstück Auf dem Sandberg (Logistisch untrennbar von der Maßnahme Siegburger Straße)

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung dieses TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpakets in der aktualisierten Fassung. Eine erneute Gremienvorlage ist soweit und solange der aktualisierte obere Kostenorientierungswert um nicht mehr als 10% überschritten wird, nicht erforderlich. Die aufgrund öffentlich-rechtlicher Bestimmungen (zum Beispiel im Bereich des Naturschutzrechts, et cetera) erforderliche Gremienbeteiligung bleibt von diesem Beschluss unberührt.*

3. *Der Rat beschließt, dass die Interimsmaßnahmen mit den Nummern 15 und 20 auf den in der Begründung genannten Grundstücken umgesetzt werden.*

4. *Das mit Beschluss vom 4. April 2017 mit Beschlussvorlage 0864/2017 festgelegte Verfahren für das TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpaket wird dahingehend geändert, dass die Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigungsplanung in den politischen Gremien entfällt.*

5. *Der Rat erkennt den aktualisierten Kostenorientierungswert für die Realisierung der 22 Maßnahmen des Gesamtpakets in Höhe von 480 Millionen Euro bis 520 Millionen Euro an.*

   Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Flächenverrechnungspreises.

6. *Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Köln im ersten Quartal 2020 nach voraussichtlichem Abschluss der europaweiten Ausschreibungsverfahren zu 13 der 22 Schulbaumaßnahmen über den Stand der Ausschreibungen berichten. Sofern sich die Summen der erteilten Aufträge um mehr als 10 % des oberen Kostenorientierungswertes (52 Millionen Euro) erhöhen, erfolgt eine unverzügliche Berichterstattung an den Rat der Stadt Köln mit Vorberatung im Finanz- und in den Fachausschüssen sowie den zuständigen Bezirksvertretungen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“
Sozialraum Humboldt/Gremberg und Kalk
4.7.1 „Integrierte Maßnahme zur ökologischen Revitalisierung Westerwaldstraße“
hier: Baubeschluss
1595/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Entwurf für die Integrierte Maßnahme zur ökologischen Revitalisierung Westerwaldstraße bei gleichzeitigem Verzicht auf die Wohnungsbaupotentialfläche 8.08 „Singhofener Straße“ und beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich der Bewilligung von Städtebaufördermitteln und Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), die Maßnahme umzusetzen. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 3.200.000,00 € und sind im Teilfinanzplan 0902-Stadtentwicklung, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen im Haushaltsplan 2019 ff finanziert. Ausgehend von einer Förderquote von 85 % belaufen sich die zu erwartenden Fördermittel auf 2.720.000,00 €. Der Eigenanteil der Stadt Köln beläuft sich somit auf 480.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Stärkung des Tanzes - Unterstützung der Kompanie Richard Siegal/Ballet of Difference
2257/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der LINKEN und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der stadtkölnische Beitrag für das interkommunale und vom Land NRW mitfinanzierte Projekt „Stärkung des Tanzes – Unterstützung der Kompanie Richard Siegal / Ballet of Difference“, wird auf 250 T€ für die Spielzeit 2019/20 und auf 250 T€ für die Spielzeit 2020/21 festgesetzt.*

2. *Zur Finanzierung dieses Beitrags wird der im Wirtschaftsplan der Bühnen Köln vorgesehene Betriebskostenzuschussanteil für die Vorbereitung einer neuen Schauspiel-Intendanz in Höhe von je 250 T€ für die Spielzeiten 2019/20 und 2020/21 für den Zweck „Stärkung des Tanzes – Unterstützung der Kompanie Richard Siegal / Ballet of Difference“ umgewidmet. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt damit im Rahmen des bereits beschlossenen Wirtschaftsplans. Es ergeben sich keine haushaltsmäßigen Veränderungen.*

3. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der tatsächlich genehmigten Fördermittel und der entsprechend anzupassenden künstlerischen Planung die im Erfolgsplan des Wirtschaftsplans der Bühnen Köln für die Spielzeit 2019/20 an-*

   gesetzten Gesamtbeträge sowohl der geplanten Erträge als auch der geplanten Aufwendungen überschritten werden. Eine Veränderung des geplanten Jahresergebnisses ist dadurch nicht zu erwarten.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD zugestimmt.

10.29 Klimanotstand

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR; Aktualisierung des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 zur Festlegung von Umsetzungsmaßnahmen an der Strunde im Bereich Strunder Mühle, Köln-Dellbrück
4167/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Aktualisierung des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 und stimmt der Detaillierung der Umsetzungsmaßnahme in Form der Entfernung des Sohlabsturzes und der Herstellung einer rauen Rampe im Bereich der Strunder Mühle [STR M19: km 5+220 bis km 5+250] zu.

Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln) diese Planung dem Umwelt und Verbraucherschutzamt der Stadt Köln (IWA) zur wasserrechtlichen Genehmigung vorlegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
RM Noak nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR; Aktualisieren des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 zur Festlegung von Umsetzungsmaßnahmen an der Strunde im Bereich Wichheimer Mühle, Köln-Dellbrück
4169/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der LINKEN und der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Aktualisierung des Gewässerentwicklungskonzeptes vom 11.02.2014 und stimmt der Detaillierung der Umsetzungsmaßnahme in Form der Variante 3 (Gewässerverlegung im südlichen Bereich mit Wasser im alten Gerinne) im Bereich der Wichheimer Mühle [STR M1b: km 0+200 bis km 0+370] zu.

Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln) diese Planung dem Umwelt und Verbraucherschutzamt der Stadt Köln (IWA) zur wasserrechtlichen Genehmigung vorlegen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und FDP zugestimmt.

Anmerkung:
RM Noak nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 Baubeschluss zur Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße, nördlicher Platz
1773/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der vorgelegten Entwurfsplanung und Kostenberechnung - vorbehaltlich der Bewilligung von Städtebaufördermitteln – die Ausführungsplanung vorzunehmen und die Maßnahmen baulich umzusetzen.

Das Großspielfeld wird in Naturrasen/Sportrasen hergestellt. Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 2.440.000 € brutto (inkl. bereits bereitgestellter Planungskosten in Höhe von 230.000 €). Bei einem Fördersatz von 70 % würden

1.708.000 € Fördermittel bewilligt. Der Eigenanteil an der Gesamtmaßnahme beträgt für die Stadt Köln voraussichtlich insgesamt 732.000 €.

Der Finanzausschuss beschließt unter gleichem Vorbehalt die Freigabe der benötigten investiven Auszahlungsermächtigungen. Diese stehen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2020/21 für das Haushaltsjahr 2020/21 im Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung, Finanzstelle 1502-0902-7-1004 – „Starke Veedel – Generalsanierung Humboldtstraße“ zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.33 Parkgebührenordnung 2019
0445/2018

Änderungsantrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0978/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0997/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1021/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Punkt 10.33 ist zurückgestellt worden.

Tagesordnungspunkt

10.34 Änderung der Betrauung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH mit der Erbringung von Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
2044/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stimmt den Änderungen des Betrauungsaktes der Stadt Köln für die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH in der als Anlage 1 beigefügten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Förderung des KölnAgenda e. V. durch die Stadt Köln
2038/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die weitere Förderung des KölnAgenda e.V. für die Jahre 2019 bis 2021 mit einer jährlichen Zuwendung in Höhe von maximal 50.000,- Euro als Defizitausgleich.

Er ermächtigt die Verwaltung, die Jahresbeträge in vierteljährlichen Teilzahlungen in Höhe von je 12.500,-.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.36 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2019
2090/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt gem. § 22 Abs. 4 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO, ehemals Gemeindehaushaltsverordnung - GemHVO) Kenntnis von den in den Anlagen dargestellten Übertragungen von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.37 Empfehlung des Ältestenrates zur Ergänzung des Ehrenkodex
hier: Bezugnahme auf den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln
2136/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt die Empfehlung des Ältestenrates zur Ergänzung des Ehrenkodex der Mitglieder des Rates der Stadt Köln (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis.*

2. *Der Rat nimmt die Anregung des Ältestenrates, die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien künftig bei ihrer Wahl anzuweisen, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken, zustimmend zur Kenntnis.*

   Er beauftragt die Verwaltung, dies künftig bei den entsprechenden Beschlussvorlagen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.38 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme „Umbau von zwei öffentlichen Platzflächen zu multifunktionalen Freiräumen mit Retentionsfunktion (Eiler Schützenplatz und Platz an der Leidenhausener Straße)“ in Köln-Porz-Eil aus dem Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ (Sozialraum Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil) in Kooperation mit den Stadtentwässerungsbetrieben
4262/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss und BV 7, Anlage 9. Das ist das Gleiche.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses vom 08.07.2019 (Anlage 12) und der Bezirksvertretung 7 - Porz vom 04.07.2019 (Anlage 9):

Der Rat

1. *stimmt der Umgestaltung der Eiler Plätze einschließlich einer Stellplatzanlage zu und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung (Anlage 6) – vorbehaltlich der Bewilligung von Städtebaufördermitteln und Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) – die Ausführungsplanung vorzunehmen und die Maßnahmen baulich umzusetzen. Die Gesamtkosten betragen 1.630.130 Euro brutto, hiervon 410.665 Euro für die Planung und Ausführung der Platzgestaltung an der Leidenhausener Straße und 1.219.465 Euro für die Umgestaltung des Eiler Schützenplatzes. Von den Gesamtkosten sind 1.547.293 zu 85% Euro förderfähig. Der Eigenanteil an der Gesamtmaßnahme beträgt für die Stadt Köln insgesamt 314.931 Euro.*

2. *spricht sich im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Eiler Schützenplatz für die Installation von neuen Spielelementen aus.*

3. *beauftragt die Verwaltung, die Planungen für den Pfarrer-Oermann-Platz bis auf weiteres einzustellen.*

4. *Der Finanzausschuss beschließt unter gleichem Vorbehalt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung.*

5. *Sollte aufgrund der Drehung des Festzeltes ein neues Lärmschutzgutachten notwendig sein, hat die Finanzierung dieses Gutachtens durch die Stadt Köln als Verursacherin aufgrund der erfolgten Planungen und nicht etwa durch den Schützenverein als Veranstalterin des Schützenfestes zu erfolgen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 71476/02
Arbeitstitel: „Herler Straße“ in Köln-Buchheim
1726/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 71476/02 für das Gebiet im Süden begrenzt durch das Gebäude Herler Straße 99-105 sowie der nördlichen Grundstücksgrenze der Gebäude Herler Straße 93-95, im Westen von der Gebäudereihe östlich der Deutschordensstraße 2-18 und von der Wuppertaler Straße, im Norden von der Grundstücksgrenze zu den Wohngebäuden Wuppertaler Straße 34 beziehungsweise 48 und im Osten von der Grünfläche entlang der Straße Buchheimer Ring (Gemarkung Mülheim, Flur 2, Flurstücke 1851-1854, 1863, 2042, 2844, Teilstück 2845, 2846, 2885-2887, 7635/212 und 207/2 sowie Teilstück des Flurstück 2883) —Arbeitstitel: "Herler Straße" in Köln - Buchheim — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 6;

2. den Bebauungsplan Nummer 71476/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;

3. die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 20.07.2004 (öffentliche Bekanntgabe am 04.08.2004) für das Gebiet zwischen Herler Straße, Deutschordensstraße, Wuppertaler Straßen und der nördlichen Grundstücksgrenze zu den Wohngebäuden Wuppertaler Straßen 34 bzw. 48 (Flurstück 1863 und 207/2) und der östlichen Grenze zur Grünfläche im Bereich der Herler Straße (207/2, 2043, 1962, 1851, 1854, und 1855) in Köln-Buchheim.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03

Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth
0396/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III – Seite 4).

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch
Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch
1738/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage

in Köln-Pesch –Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch– für das Gebiet zwischen zwischen Escher Straße bis in Höhe der Straße Am Baggerfeld, westlich Donatusstraße, südlich und westlich der Straße Im Gewerbegebiet Pesch, westlich Donatusstraße und nördlich der Straße Am Pescher Holz bis zur Escher Straße in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion einstimmig zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen nun zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Markgrafenstraße von Clevischer Ring bis Kreisverkehr Berliner Straße in Köln-Mülheim
0616/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie die Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Markgrafenstraße von Clevischer Ring bis Kreisverkehr Berliner Straße in Köln-Mülheim in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Am Kutzpfädchen vom Ende des vorhandenen Teils (Höhe Kasseler Weg) bis Wendekreis in Köln-Fühlingen
0627/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Am Kutzpfädchen vom Ende des vorhandenen Teils (Höhe Kasseler Weg) bis Wendekreis in Köln-Fühlingen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Zur Eiche von Lülsdorfer Straße bis Sandbergstraße in Köln-Porz-Langel
0638/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Zur Eiche von Lülsdorfer Straße bis Sandbergstraße in Köln-Porz-Langel in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Am Bahnhof von St.-Sebastianus-Straße (Kreisverkehr) bis Zum Bergfried in Köln-Porz-Wahn
0641/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Am Bahnhof von St.-Sebastianus-Straße (Kreisverkehr) bis Zum Bergfried in Köln-Porz-Wahn in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Niederkasseler Straße (Stichstraße) von Niederkasseler Straße bis Wendeanlage in Köln-Porz-Lind
0648/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Niederkasseler Straße (Stichstraße) von Niederkasseler Straße bis Wendeanlage in Köln-Porz-Lind in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.6 271. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1303/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 271. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 KölnBäder GmbH: Nachbesetzung eines Mitgliedes im Aufsichtsrat
1553/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet, als Nachfolger/in der ausgeschiedenen Beigeordneten Frau Dr. Agnes Klein

Herrn Robert Voigtsberger

(gemäß § 113 Abs.2 GO NRW der/die Oberbürgermeister/in bzw. eine/n von ihm/ihr vorgeschlagenen Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder entsandt werden.

Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Jugendzentren Köln gGmbH: Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes
1592/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet anstelle von Frau Dr. Agnes Klein

Herr Robert Voigtsberger

(gem. § 113 Abs. 2 GO die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln) als Mitglied in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der / dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Bei den anderen benannten Aufsichtsratsmitgliedern ist dies die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Benennung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Vorsitz der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim
1661/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Den Vorsitz der Deputation der Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim soll wahrnehmen:

Herr Robert Voigtsberger

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für den Ausschuss Schule und Weiterbildung
1753/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, gemäß § 58 Absatz 4 GO NRW in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Köln, Frau Hedwig Drießen als sachkundige Einwohnerin und Herrn Bernd Tillmann-Gehrken als deren Vertreter im Verhinderungsfall, für die Seniorenvertretung der Stadt Köln in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Mitteilung zu der Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
1877/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesagentur für Arbeit Frau Patrizia Schiochet anstelle des bisherigen Hauptmitgliedes Frau Monika Muylkens und Frau Simone Thölke zur Nachfolgerin des bisherigen stellvertretenden Mitgliedes Frau Jennifer Kraus als beratende Pflichtmitglieder in den Jugendhilfeausschuss bestellt hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Bestellung eines städtischen Vertreters in den Vorstand der Stiftung Deutsches Sport & Olympia Museum
2034/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt Herrn Robert Voigtsberger, Beigeordneter für Bildung, Jugend und Sport zum Vertreter der Stadt Köln im Vorstand der Stiftung Deutsches Sport & Olympia Museum.

Die Wahl gilt für die dafür in der Stiftungssatzung vorgesehene Zeit, d. h. für die Dauer seiner Amtszeit als Beigeordneter der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Wahlausschusses für die Kommunalwahl 2020
1584/2019

Meine Damen und Herren, zunächst fassen wir einen Beschluss über die Anzahl der Beisitzerinnen und Beisitzer. Vorgeschlagen sind zehn Mitglieder. Es liegt auch ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Zunächst muss ich aber über den Vorschlag, zehn Mitglieder vorzusehen, abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieses Verfahren so beschlossen.

Wir kommen nun zur Wahl der zehn Mitglieder. Ich trage den gemeinsamen Wahlvorschlag vor.

Drei Sitze für die SPD:
- Christian Joisten
  Stellvertreter: Peter Kron
- Dr. Gerrit Krupp
  Stellvertreter: Rafael Struwe
- Monika Möller
  Stellvertreterin: Inge Halberstadt-Kausch

Drei Sitze für die CDU:
- Niklas Kienitz
  Stellvertreter: Helge Schlieben
- Bernd Petelkau
  Stellvertreter: Stephan Pohl
- Ursula Gärtner
  Stellvertreter: Hans-Werner Bartsch

Zwei Sitze für Bündnis 90/Die Grünen:
- Lino Hammer
  Stellvertreter: Manfred Richter
- Frank Jablonski
  Stellvertreter: Jonathan Sieger

Ein Sitz für DIE LINKE:
- Güldane Tokyürek
  Stellvertreter: Jörg Detjen

Ein Sitz für die FDP:
- Ulrich Breite
  Stellvertreter: Volker Görzel

Gibt es weitere Wahlvorschläge, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir über diesen gemeinsamen Wahlvorschlag ab. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über die Anzahl der Beisitzerinnen und Beisitzer sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Beschluss:

I. Der Rat beschließt, dass der Wahlausschuss für die Kommunalwahl 2020 mit 10 Beisitzerinnen und Beisitzern sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern besetzt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Wahl – gemeinsamer Wahlvorschlag

In den Wahlausschuss werden gemäß § 50 Abs. 3 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gewählt:

Beisitzerin / Beisitzer Stellvertreterin / Stellvertreter

1. Christian Joisten Peter Kron (SPD)

2. Dr. Gerrit Krupp Rafael Struwe (SPD)

3. Monika Möller Inge Halberstadt-Kausch (SPD)

4. Niklas Kienitz Helge Schlieben (CDU)

5. Bernd Petelkau Stephan Pohl (CDU)

6. Ursula Gärtner Hans-Werner Bartsch (CDU)

7. Lino Hammer Manfred Richter (Grüne)

8. Frank Jablonski Jonathan Sieger (Grüne)

9. Güldane Tokyürek Jörg Detjen (Linke)

10. Ulrich Breite Volker Görzel (FDP)

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzung“ AN/0963/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Herr Luca Leitterstorf wird für Herrn Matthias Büschges als Mitglied des Liegenschaftsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzung“ AN/0962/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Herr Matthias Büschges wird für Herrn Viktor Grimm als Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Grün, sowie den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln benannt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Bestellung eines städtischen Vertreters im Verein Kölner Sportgeschichte e. V. 1823/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, als sachkundigen Vertreter der Stadt Köln, den Amtsleiter des Sportamtes, Herrn Gregor Timmer, in die Mitgliederversammlung im Verein Kölner Sportgeschichte e.V. (gem. § 7 der beigefügten Satzung) zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss“ AN/0966/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Carl Kurlanda (sachkundiger Bürger nach § 58 Absatz 3 GO NRW) als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied für das ausgeschiedene Ratsmitglied Christoph Klausing in

den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie –.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss“ AN/1014/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Roman Friedrich als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für Herrn Carl Kurlanda in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Herr Roman Friedrich wird damit Nachfolger von Herrn Carl Kurlanda (der ordentliches stimmberechtigtes Mitglied wird).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung eines stellvertretenden Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss“ AN/1023/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Herr Stephan Lason scheidet als stellvertretender Sachkundiger Einwohner aus dem Jugendhilfeausschuss aus. Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolger Herrn Marc Bauer.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.14 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neubesetzung des Ausschusses Kunst und Kultur“ AN/1036/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Ausschusses Kunst und Kultur – zugleich Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln, Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester und Betriebsausschuss Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud:

Wahl von Herrn Jérôme J. Lenzen zum sachkundigen Einwohner (Sitz bisher vakant).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 70380/02
Arbeitstitel: Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen
1853/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen[2].

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wird folgender Beschluss gefasst:

[2] Die AfD-Fraktion hat ihre Enthaltung zu TOP 18.1 zu Protokoll erklärt.

Der Rat beschließt

1. *den Aufstellungsbeschluss vom 23. Juni 2016 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 70380/02 —Arbeitstitel: Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen— im Nordwesten des Plangebietes um das Flurstück 675, Flur 4993, Gemarkung Rondorf-Land zu vergrößern undim südwestlichen Bereich des Plangebiets die Industriestraße in Teilbereichen aus dem Geltungsbereich herauszunehmen.*

2. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nummer 70380/02 für das Gebiet südlich der Grünfläche des Reitsportvereins Rodenkirchen e. V., westlich der parallel zur Bahntrasse der KVB-Linie 16 verlaufenden städtischen Grünfläche und sowohl nördlich als auch östlich der Industriestraße in Köln-Rodenkirchen —Arbeitstitel: Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 6;*

3. *den Bebauungsplan 70380/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 KfW Wettbewerb „Smart City“
1764/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, an dem auf 7 Jahre angelegten KFW- Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ teilzunehmen.*

2. *Der Rat erklärt die grundsätzliche Bereitschaft die Projektinhalte entsprechend der Smart City Charta (Digitale Transformation in der Kommune nachhaltig gestalten) umzusetzen - s. Anlage*

3. *Für den Fall, dass die Stadt Köln seitens des Fördermittelgebers für die Umsetzung ausgewählt wird, erfolgt die vorgeschriebene Finanzierung der Eigenmittel (35% über den gesamten Projektzeitraum) über den gesamten Förderzeitraum sofern erforderlich im Rahmen von haushaltsneutralen Umschichtungen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: „Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)“ in Köln-Altstadt/Nord
2149/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Anlage 5. Das heißt: Die Dringlichkeitsentscheidung - wir haben das eben bei der Festlegung der Tagesordnung schon einmal gehabt - wird aufgehoben.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist es so beschlossen.

Beschluss über die Vorlage in der Fassung der Anlage 5 zur Vorlage:

Der Rat hebt die gemäß § 60 Absatz 1. Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gefasste Dringlichkeitsentscheidung vom 25.06.2019 zur Satzung über eine Veränderungssperre für das Gebiet zwischen den Straßen Am Hof, Unter Goldschmied, Große Budengasse, der östlichen Grenze des Flurstücks 1200,

der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1271, der südlichen Grenzen der Flurstücke 1151 und 1037, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Salomonsgasse, Marspfortengasse

und Sporergasse —Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord (Vorlagen-Nummer 2149/2019) auf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: „Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)“ in Köln-Altstadt/Nord
2313/2019

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 1 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) wird wie folgt beschlossen und gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für das Gebiet zwischen den Straßen Am Hof, Unter Goldschmied, Große Budengasse, der östlichen Grenze des Flurstücks 1200, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1271, der südlichen Grenzen der Flurstücke 1151 und 1037, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Salomonsgasse, Marspfortengasse und Sporergasse —Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung abgearbeitet. Ich bitte daher, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 21.24 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.20
von Michael Paetzold (SPD)
zu Protokoll gegebene Rede

Heute ist ein guter Tag für Köln und ein besonders guter Tag für die Menschen, die von dieser Vorlage profitieren.

257 Menschen kommen in Arbeit, in richtige Arbeit.

Angesichts von 14 000 Kölnerinnen und Kölnern, die theoretisch von § 16i SGB II profitieren könnten, könnte man vom sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein reden.

Aber das stimmt nicht!

257 Menschen, die jahrelang ohne Job und ohne selbst erwirtschaftetes Einkommen lebten, verdienen jetzt ihren Lebensunterhalt wieder selbst.

Das Teilhabechancengesetz des Bundesarbeitsministers Hubertus Heil ist in Köln angekommen.

Es ist eben einfach ein guter Ansatz, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit!

Und das, was meine Fraktion in der Sitzung vom 18. Dezember 2018 gewünscht und gefordert hat, ist eingetreten:

Die eingesetzten Kräfte werden nach Tarif bezahlt - mit allen Ansprüchen, die daraus resultieren. Gut so!

Das Modell des Stadtteilkümmerers aus Lindenthal wird auf alle Stadtteile ausgerollt. Gut so!

An vielen Stellen in dieser Stadt werden Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit verbessert. Gut so!

Die Schulhausmeister, die Feuerwehr und viele städtische Dienststellen erhalten Unterstützung. Auch gut so!

Aber bei aller Freude über das Erreichte dürfen wir uns nicht auf den guten Zahlen ausruhen.

Denn immer noch warten, wie gesagt, mehr als 10 000 Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit auf ihre Chance.

Die 257 Plätze sind ein erster Schritt. Es muss jetzt so weitergehen.

Wenn die ersten positiven Erfahrungen vorliegen, wird sicher auch die Wirtschaft neugierig.

Meine Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag mit Freude zu.

51. Sitzung vom 28. August 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Einbringung Haushaltsplanentwurf 2020/2021

1.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das

Haushaltsjahr 2020/2021

2740/2019

1.2 Einbringung des Veränderungsnachweises 1 zum Entwurf des

Haushaltsplans 2020/2021

2741/2019

2 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion sowie von Frau Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 09.07.2019)

AN/1031/2019

zurückgestellt

Änderungsantrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1097/2019

zurückgestellt

2.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 09.07.2019)

AN/1032/2019

verwiesen in die Haushaltsplanberatungen

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

sowie dringliche Verwaltungsvorlagen

3.1 Auslagerung der Schule und Mensa Hauptstraße 432 in 51143 Köln - hier: Baubeschluss "Mensa"

1652/2019

3.2 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Teilaufhebung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 75409/02, Arbeitstitel: 1. Teilaufhebung Neue Eiler Straße in Köln-Porz-Eil

2734/2019

3.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 75405/03

Arbeitstitel: Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil

2715/2019

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Geraedts, Wilhelm; Gerlach, Lisa Hanna; Götz, Stefan; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Nesseler-Komp, Birgitta; Oedingen, Erika;

Pakulat, Sabine; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Homann, Mike, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Engel, Petra; Vogel, Alexander;

Stenografen
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Dresler-Graf, Margret; Görzel, Volker; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Kara, Efkan; Möller, Monika; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Petelkau, Bernd; Schultes, Monika; Sterck, Ralph; Welcker, Katharina; Wiener, Markus; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Mötting, Bettina;

(Beginn: 14.47 Uhr - Ende: 15.54 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 51. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße zunächst unsere Gäste sowie die Kolleginnen und Kollegen auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, liebe Mitglieder des Rates.

Außerdem begrüße ich sehr herzlich unser neues Ratsmitglied, Frau Schlömer.

(Beifall)

Ich möchte Frau Schlömer gleich verpflichten. Sie wurde als Nachfolgerin für Frau Bercher-Hiss gemäß § 45 des Kommunalwalgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Frau Schlömer, ich bitte Sie nun, zu mir nach vorne zu kommen, und alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben; bitte auch die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreter der Medien und alle anderen Anwesenden.

(Ursula Schlömer [Bündnis 90/Die Grünen] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Frau Schlömer, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen. - Herzlichen Glückwunsch!

(Ursula Schlömer [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön! - Beifall - Ursula Schlömer [Bündnis 90/Die Grünen] nimmt von Ratsmitgliedern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Glückwünsche und einen Blumenstrauß entgegen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Bürgermeister Bartsch, Frau Dresler-Graf, Herr Görzel, Herr Kara, Herr Petelkau, Herr Sterck, Frau Schultes, Frau Welcker und Frau von Wengersky.

Als Stimmzählerinnen benenne ich Frau Roß-Belkner, Frau Thelen und Frau Tokyürek.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen ja vor.

Zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für 2020/2021 werde zunächst ich sprechen, bevor dann Frau Professor Dr. Diemert als Kämmerin das Wort hat.

Wie üblich werden wir, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Rednerliste zu diesen Tagesordnungspunkten dann schließen und die Vorlagen zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verweisen.

Danach werden wir die übrigen Tagesordnungspunkte behandeln. Die nachträglichen Zusetzungen sind gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Bei der Sitzung des Rates zur Einbringung des Haushalts werden grundsätzlich keine weiteren Verwaltungsvorlagen eingebracht. Zur Vermeidung von zwei Dringlichkeitsentscheidungen schlägt die Verwaltung jedoch die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 3.2 und TOP 3.3.

Nun komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die SPD-Fraktion hat am 27. August 2019 einen Antrag zum Thema „Aufsichtsrat KVB AG“ gestellt. Das ist TOP 5.1 im nichtöffentlichen Teil.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit dieses Antrags? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den Antragsinhalt kann man jetzt nichts sagen, weil der Antrag im nichtöffentlichen Teil steht. Wir würden gleich auch gerne noch beantragen, diesen Antrag in den öffentlichen Teil zu schieben, weil die Beschlüsse, die dort gefasst werden sollen, durchaus für eine breitere Öffentlichkeit interessant sein könnten.

Wir sehen die Dringlichkeit vor allem aus folgendem Grund nicht gegeben: Man bezieht sich dort auf die nächste Aufsichtsratssitzung der KVB, die nach dieser Ratssitzung, aber vor der nächsten Ratssitzung terminiert ist. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besteht allerdings in dieser Sache keinerlei Handlungsbedarf, sodass wir hier die Dringlichkeit auch nicht anerkennen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich spreche für die Dringlichkeit. Selbstverständlich besteht Handlungsbedarf, weil der Aufsichtsrat am 12. September 2019 einen neuen Aufsichtsratsvorsitzenden wählen muss. Das ist auch zwingend. Eine weitere Vertagung ist nicht möglich.

Insofern ist eine Entscheidung nur heute möglich. Nach dem 12. September 2019 ist dies nicht mehr möglich. Deswegen brauchen wir heute eine Entscheidung des Rates in dieser Frage. - Vielen Dank.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich möchte mich ebenfalls gegen die Dringlichkeit aussprechen. Ich werde auch nicht zum Inhalt Stellung nehmen. Aber das ist vollkommen unmöglich. Ich bin - genauso dürfte es auch anderen hier gehen - erst vor Kurzem aus dem Urlaub zurückgekehrt. Die antragstellende Fraktion hat sich vielleicht schon länger mit diesem Antrag befasst, oder möglicherweise auch andere Parteien. Es geht aber nicht, etwas von solcher Tragweite, was erst gestern eingereicht wurde, heute zu beschließen.

Ich halte es für absolut unangemessen, einen solchen Beschluss in dieser Zeit ohne jegliche Vorbereitung zu treffen. Deswegen spreche ich mich gegen die Dringlichkeit aus.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, bei Dringlichkeit gilt: einer dafür, einer dagegen, und dann wird abgestimmt.

Ulrich Breite (FDP): Nein. Das kann ja auch gar nicht mehr sein. Es war doch schon gesprochen worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Das kann ja nicht sein, weil es nicht logisch ist. Man kann doch über keinen Geschäftsordnungsantrag, der unlogisch ist, abstimmen lassen. Schließlich haben schon Ratsmitglieder gesprochen.

Auch meine Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Ich beziehe mich auf den Beschluss vom 14. Februar 2019 zu diesem Thema. Antragsteller waren damals die CDU, die Grünen und die FDP. Die haben zu dem Thema schon etwas beschlossen. Diese Beschlusslage gilt weiterhin.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die CDU hat damals, muss ich sagen, mit den Grünen und der FDP einen sehr guten Antrag hier beschlossen. Darauf verweisen wir. Darum halten wir die Dringlichkeit auch nicht für gegeben. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen und werde mich selbst bei der Abstimmung enthalten. Wer gegen die heutige Behandlung stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppe GUT, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Gibt es Gegenstimmen? Wer stimmt also für die Dringlichkeit? - Die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, DIE LINKE und Frau Gerlach. Das ist die Mehrheit. Wir werden diesen Antrag also heute behandeln. Er ist damit in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.1 in die nächste reguläre Sitzung des Rates zu vertagen, und ich beantrage, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.2 in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben.

Noch kurz zur Begründung: Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.1 befasst sich ja mit dem Thema des Odysseums. Ich glaube, in der Sommerpause sind dazu leider nicht so tief greifende Gespräche geführt worden, dass wir heute darüber diskutieren könnten. Auch unsere Fraktion führt dazu gerade noch Gespräche. Insofern haben wir hier weiteren Beratungsbedarf. Deswegen beantragen wir die Vertagung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann im Kern das wiederholen, was ich am 9. Juli 2019 hier schon gesagt habe, als die Dringlichkeit dieses Antrags abgelehnt wurde.

Wir alle wissen - das ist auch nachhaltig belegt -, dass die Stiftung Wissen der Sparkasse das Odysseum nicht mehr halten kann. Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass dieses Objekt zeitnah an einen privaten Investor verkauft wird. Das wollen wir nicht. Herr Wortmann, genau das schlagen Sie auch in Ihrem Änderungsantrag vor, den wir natürlich ablehnen.

Wir brauchen aus unserer Sicht nach wie vor ein ganz klares Signal dieses Rates der Stadt Köln für das Odysseum als MINT-Standort genau dort, wo es jetzt ist, in Kalk. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag auf der Tagesordnung zu lassen, damit wir dieses Thema hier diskutieren können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Zurufe von der CDU: Es geht um die Dringlichkeit! - Das falsche Signal!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte erst über die Vertagung von Tagesordnungspunkt 2.1.1 und die Verweisung von Tagesordnungspunkt 2.1.2 abstimmen lassen, bevor wir zu weiteren Änderungsvorschlägen zur Tagesordnung kommen; sonst kommen wir durcheinander.

Wer der Vertagung von Tagesordnungspunkt 2.1.1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, Frau Gerlach, DIE LINKE und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT und der AfD. Damit ist das vertagt.

Dann lasse ich über die Verweisung von Tagesordnungspunkt 2.1.2 in die Haushaltsberatungen abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist auch das so beschlossen.

Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort. Wir sind noch bei Änderungsvorschlägen für die Tagesordnung.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Frau Oberbürgermeisterin, da ich jetzt nicht genau weiß oder registriert habe, ob der Antrag von Herrn Hammer aufgenommen wurde, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 5.1 in den öffentlichen Teil zu verschieben, würde ich das gegebenenfalls dann auch noch einmal beantragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diesen Antrag hat er noch gar nicht gestellt. Er hat ihn angekündigt, aber noch nicht formal gestellt; sagen wir einmal so. Er hatte sich aber schon gemeldet.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann gebe ich erst Herrn Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte es angekündigt: Wir beantragen, diesen Antrag auch in die öffentliche Sitzung zu stellen. Der Ratsantrag, auf den sich dieser Antrag bezieht, wurde damals auch im öffentlichen Teil - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ist doch nicht war! Ist doch gelogen! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Darf ich noch kurz ausreden, oder wollt ihr direkt lospöbeln? - Er wurde damals auch im öffentlichen Teil gestellt. Dann wurde er aus formalen Gründen in den nichtöffentlichen Teil geschoben.

Wir halten es für geboten, dass auch dieser Antrag - - Es macht es bisschen schwer, das Ganze zu begründen, wenn man aus diesem Antrag nichts vorlesen darf, weil wir ja im öffentlichen Teil sind. Wir halten es trotzdem für dringend geboten, dass diese Dinge, die sich auf den KVB-Aufsichtsrat beziehen - so weit darf ich es sagen; um eine Weisung handelt es sich auch; das steht im Titel und auch im Antragstext -, hier auch in aller Öffentlichkeit diskutiert und debattiert werden können, damit wir die möglichen Verquickungen etc., die da entstehen könnten, hier auch auf breiter Bühne debattieren und nicht versuchen, das Ganze im nichtöffentlichen Teil dann noch irgendwie anders zu lösen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Ulrich Breite [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, wollen Sie noch einmal? - Nein. Aber Herr Joisten bittet noch einmal um das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch dazu die Gegenrede: Der Rat hat in der letzten Sitzung zu diesem Thema am 14. Februar 2019 sehr weise und sehr richtig mit Mehrheit entschieden, dieses Thema in den nichtöffentlichen Teil zu schieben. Genau dahin gehört es auch, und genau da sollte auch heute wiederum dieser Themenkomplex KVB-Aufsichtsrat mit personenbezogenen Daten besprochen und diskutiert und anschließend entschieden werden.

Insofern bleiben wir dabei, im nichtöffentlichen Teil über diesen Antrag zu beraten und abzustimmen. - Danke.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wird ohnehin morgen in der Zeitung stehen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gemäß § 2 Abs. 4 Punkt i Ihrer Geschäftsordnung sollen Mitteilungen gemäß § 113 GO - das betrifft die Organe kommunaler Gesellschaften - im nichtöffentlichen Teil behandelt werden. Über Ausnahmen kann der Rat mit der Mehrheit der Stimmen der Ratsmitglieder entscheiden. Ich werde deswegen in diesem Fall darüber abstimmen lassen.

Wer der Behandlung im öffentlichen Teil zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppe GUT, die AfD, Herr Wortmann und die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich stimme hier auch dafür, diesen Antrag im nichtöffentlichen Teil zu behandeln - nur weil Sie beim letzten Mal gesagt haben, Herr Joisten, ich solle häufiger mein Stimmverhalten klarmachen.

(Christian Joisten [SPD]: Ja, da freue ich mich sehr!)

Damit wird dieser Antrag im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Nun frage ich nach weiteren Änderungsvorschlägen für die Tagesordnung. - Ich sehe keine.

Dann lasse ich über die Tagesordnung in der soeben geänderten Form abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Frau Oberbürgermeisterin Reker begrüßt insbesondere Frau Ursula Schlömer als neues Ratsmitglied und Nachfolgerin von Frau Bercher-Hiss.

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker verpflichtet Frau Schlömer im Sinne des § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerinnen Frau Roß-Belkner, Frau Thelen und Frau Tokyürek vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu-

bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

Öffentlicher Teil

3.2 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Teilaufhebung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 75409/02, Arbeitstitel: 1. Teilaufhebung Neue Eiler Straße in Köln-Porz-Eil

2734/2019

3.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 75405/03

Arbeitstitel: Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil

2715/2019

IV. Es liegt zur Sitzung ein Dringlichkeitsantrag vor:

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Aufsichtsrat KVB AG“

AN/1092/2019

RM Hammer, RM Zimmermann und RM Breite sprechen sich gegen, RM Joisten für die Dringlichkeit aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD sowie der Gruppe GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

V. RM Kienitz beantragt,

TOP 2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion sowie von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten",

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 09.07.2019), AN/1031/2019 mit dem Änderungsantrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln), AN/1097/2019 in die Ratssitzung am 26.09.2019 zu vertagen

und

TOP 2.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus", (Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 09.07.2019), AN/1032/2019 in die Haushaltsplanberatungen (Jugendhilfeausschuss, Integrationsrat, Bezirksvertretungen, Finanzausschuss) zu verweisen.

zu 2.1.1

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Vertagung von TOP 2.1.1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke., von RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe GUT zugestimmt.

zu 2.1.2

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Verweisung von TOP 2.1.2 in die Haushaltsplanberatungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und von RM Gerlach und RM Wortmann sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

IV. RM Hammer beantragt, TOP 5.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Aufsichtsrat KVB AG", AN/1092/2019 im öffentlichen Teil zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt gem. § 2 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und AfD sowie der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

Der Antrag wird somit im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

1 Einbringung Haushaltsplanentwurf 2020/2021

Tagesordnungspunkt

1.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020/2021
2740/2019

Ich bitte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte sehr, Frau Oberbürgermeisterin. Sie haben das Wort.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke sehr, Frau Bürgermeisterin. - Sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Köln und der Bezirksvertretungen! Liebe Kolleginnen und Kollegen Beigeordnete! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und Zuschauerinnen und Zuschauer des Livestreams! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute legt die Verwaltung dem Rat den Plan für den Doppelhaushalt 2020/2021 vor. Mit ihm geben wir der Stadt Köln Planungssicherheit über die Kommunalwahlen im kommenden Jahr hinaus - losgelöst von Wahlkampf, Wahlergebnissen und möglichen Kooperationsverhandlungen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung bedanken, die sich an der Aufstellung des Haushalts beteiligt haben und damit diesen frühen Zeitpunkt der Einbringung überhaupt erst ermöglichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Das sage ich natürlich insbesondere in Richtung unserer Kämmerei. Mein großer Dank geht an die gesamte Verwaltung für das strenge Maßhalten und die gewissenhafte Prüfung von städtischen Ausgaben, aber besonders an unsere Kämmerin, Frau Professor Dr. Diemert, die genau daran immer wieder erinnert hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, wir bewegen uns mit dem Haushalt stets in einem Spannungsverhältnis zwischen Investitionen in die Zukunft, hohen Pflichtaufwendungen und der Notwendigkeit zu einer disziplinierten Ausgabenpolitik. Mit einem Großteil des Haushalts bedienen wir, wie Sie wissen, Kosten, die zu decken sind, ob wir wollen oder nicht. Gleichzeitig müssen wir an unserem Ziel eines konsolidierten Haushalts festhalten, wenn wir als Kommune weiterhin handlungsfähig sein und eigenverantwortlich, nachhaltig und generationengerecht arbeiten möchten.

Wir planen den Haushaltsausgleich bereits für 2022 statt für 2023. Darauf werde ich gleich noch einmal zu sprechen kommen. Eines möchte ich aber bereits jetzt festhalten:

Obwohl wir den konsolidierten Haushalt anstreben, gelingt es der Stadtverwaltung mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf, die großen Zukunftsthemen entschlossen anzugehen und unsere Vision von einer lebenswerten, weltoffenen, sozial- und klimagerechten Metropole zu verwirklichen.

Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt treiben wir folgende Themen voran: erstens eine familienfreundliche Stadt mit Bildungschancen für alle, zweitens das Megathema „Klimaschutz und Klimaanpassung“, drittens die Mobilitätswende, viertens bezahlbares Wohnen und fünftens das Thema „solide Wirtschaft, attraktiver Standort“.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal komme ich zum Thema „familienfreundliche Stadt mit guten Bildungschancen für alle“. Ich habe erstklassige Nachrichten für Sie: Wir steigern die Ausgaben für Bildung. In den kommenden beiden Haushaltsjahren wird es eine massive Ausgabensteigerung geben. Allein für Schulträgeraufgaben und Kindertagesbetreuung erhöhen wir unsere Ausgaben von rund 966 Millionen Euro in diesem Jahr auf über 1 Milliarde Euro in 2020.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

2021 geben wir dann rund 21 Prozent des städtischen Gesamthaushaltes für diesen Bereich aus. Hinzu kommt noch die außerschulische Bildung wie die Volkshochschule, die wir mit knapp 23 Millionen Euro jährlich bezuschussen, und viele weitere Bildungsangebote, zum Beispiel in städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie unseren Bürgerzentren.

Und das ist noch nicht alles: Beim Thema Schulbau - Stichwort „Schulbauprogramm“ - legen wir noch einmal nach. Ab kommendem Jahr werden wir bei 61 Großbauprojekten in die Bauphase starten und pro Jahr rund 300 Millionen Euro investieren. Zum Vergleich: In diesem Jahr beliefen sich die Investitionen im Schulbereich auf 176,3 Millionen Euro.

Auch den offenen Ganztag wollen wir erweitern - auf 33 000 Plätze im Schuljahr 2021/2022. Dafür steigern wir die Ausgaben auf knapp 90 Millionen Euro jährlich.

Da wir erfreulicherweise mit mehr Kindern in Köln rechnen, bauen wir die Stadt natürlich auch kindgerecht aus. Bis 2024 wollen wir 26 Millionen Euro in den Bau neuer Spielplätze investieren und setzen unser Engagement für das neu eröffnete kooperative Kinder- und Jugendbüro am Alter Markt fort.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass dadurch eines deutlich wird: Bildung und Familiengerechtigkeit haben für uns hohe Priorität.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Wenn wir die Kinder- und Jugendhilfe, die Bildung und die weiteren Investitionen in eine familienfreundliche Stadt zusammennehmen, wenden wir für keinen anderen Bereich im Haushalt mehr Geld auf.

Wenn wir über Familien und Kinder sprechen, reden wir natürlich über zukünftige Generationen, denen wir eine intakte und lebenswerte Stadt hinterlassen wollen.

Das führt mich zum zweiten Thema: Klimaschutz und Klimaanpassung. Ich bezeichne das bewusst als Megathema, weil sich Klimaschutz und Klimaanpassung durch den gesamten Haushalt ziehen. Dank des von uns beschlossenen Klimanotstands wird die Frage der Klimaverträglichkeit künftig noch viel stärker ins Zentrum des Verwaltungshandelns rücken, und zwar bei sämtlichen Entscheidungen der Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT)

Das bedeutet, dass sich die Kosten hierfür nicht auf eine Summe im Haushalt reduzieren lassen.

Klimaschutz betrifft unser gesamtes Handeln. Deshalb sind Klimaschutz und Klimaanpassung die Summe von vielen einzelnen Maßnahmen über alle Dezernate hinweg. Um Klimaneutralität vor 2050 zu erreichen, sind vielfältige und deutliche Transformationen in den Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung erforderlich.

Das in diesem Jahr beschlossene Handlungsprogramm KölnKlimaAktiv 2022 bündelt Maßnahmen in Handlungsfeldern wie Stadtentwicklung, energetische Sanierung, Stromeinsparung, Photovoltaik und Mobilität. Zusätzlich investieren wir in eine SmartCity Cologne und forschen an intelligenten Lösungen für urbane Herausforderungen.

Ich möchte nur beispielhaft Projekte wie das Projekt OptiWohn nennen, mit dem wir lernen, Bestandsflächen und künftige Bauflächen noch effizienter zu nutzen. Oder nehmen Sie das Forschungsprojekt VertiKKA, mit dem wir an einer vertikalen Klima-Kläranlage arbeiten.

Ein ganz zentrales Thema ist zudem die Mobilität. Denn der von fossilen Energieträgern abhängige Verkehr macht rund ein Viertel der Gesamtemissionen in Köln aus.

Klimaschutz und Mobilitätswende bedingen einander. Eine der wichtigsten Verkehrsregeln in Köln lautet künftig: Klima hat Vorfahrt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT)

Meine Damen und Herren, wir haben miteinander den Klimanotstand beschlossen. Das nehmen wir als Verwaltung auch ernst. Wir forcieren die Mobilitätswende - mit zwei Schwerpunkten: dem Umbau zu einer fahrradfreundlichen Stadt und dem Ausbau des ÖPNV.

Der Radverkehr ist für Köln aus folgenden Gründen so entscheidend:

Erstens setzt die Bevölkerung bereits heute immer stärker auf das Rad. Ich rufe dabei auch in Erinnerung, dass 2018 die Zahl der Radfahrenden wieder 6 Prozent über dem Vorjahreswert lag. Diese Dynamik gilt es natürlich weiterhin zu unterstützen.

Zweitens machen wir durch mehr Rad- und weniger Autoverkehr den öffentlichen Raum insgesamt viel attraktiver.

Drittens wirken - das mag auch ein ganz wichtiger Punkt sein - die Maßnahmen für Radverkehr sehr viel schneller als der Ausbau des ÖPNV. Nur indem wir den Umstieg vom Auto auf das Rad von uns aus noch attraktiver machen, gelingen uns bei dem Klima und der Luftreinhaltung echte Fortschritte.

Der vorliegende Haushalt sieht vor, unsere Ausgaben für reine Radverkehrsmaßnahmen gegenüber 2019 um gut 45 Prozent bis 2021 zu steigern. Hinzu kommen noch Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur, die zu einem bedeutenden Teil dem Radverkehr zugutekommen, zum Beispiel der Rückbau von freilaufenden Rechtsabbiegern oder das Anlegen von Schutzstreifen.

Meine Damen und Herren, diese ambitionierte Planung für den Radverkehr ist das eine, die tatsächliche Umsetzung von Maßnahmen das andere. Wir müssen ohne Frage noch besser dabei werden, die Mittel auch einzusetzen. Deshalb haben wir das Dezernat VIII personell verstärkt, um sicherzustellen, dass wir die Budgets auch ausschöpfen können.

Damit werden wir zwar noch nicht zu den europäischen Vorzeigemetropolen beim Thema Radverkehr gehören. Aber wir treten kräftig in die Pedale, um aufzuholen.

Der zweite Teil der Verkehrswende betrifft den öffentlichen Personennahverkehr. Im Vergleich zum vergangenen Jahr wollen wir unsere Investitionen für die Infrastruktur der Stadtbahn bis 2021 auf 21 Millionen Euro verdreifachen. Damit finanzieren wir beispielsweise Großprojekte wie die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn oder die Verlängerung der Stadtbahn nach Rondorf/Meschenich.

Nicht zuletzt forcieren wir auch das Thema E-Mobilität. Unsere Stadtwerke stecken zwischen 2019 und 2023 rund 257 Millionen Euro in verschiedenste Projekte der Mobilitätswende, darunter die Anschaffung von Elektrobussen und Ladesäulen durch die KVB.

Und nicht nur das: Als Konzern arbeiten wir weiter intensiv an neuen, ökologischen Technologien, beispielsweise der Verwertung und Energiegewinnung in Klärschlammanlagen - übrigens ein gutes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit in der Region.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Im Konzern Stadt machen wir in Sachen klimagerechter Mobilität Nägel mit Köpfen und bringen die Klima- und Mobilitätswende wirklich voran.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT sowie bei Teilen der CDU)

Ein weiteres besonders drängendes Thema ist in Köln „bezahlbares Wohnen“. Ich glaube, das wissen wir alle. Die Voraussetzungen für bezahlbares Wohnen schaffen wir durch ein vielfältiges Maßnahmenpaket.

Lassen Sie mich aber mit der wichtigsten Erkenntnis beginnen: Natürlich ist Bauen das beste Mittel gegen steigende Mieten und Wohnungsknappheit.

Gemeinsam mit der Immobilienwirtschaft haben wir vereinbart, 6 000 Wohnungen pro Jahr, davon 1 000 öffentlich gefördert, zu bauen. Das geht natürlich nur schrittweise. Im letzten Jahr sind bereits 4 000 neue Wohnungen gebaut und knapp 1 000 öffentlich geförderte Wohnungen genehmigt worden. In diesem Jahr werden wir unser Ziel mit über 1 400 geförderten Wohnungen sogar übertreffen. Wir haben damit eine Trendwende geschafft. Aber wir werden uns ganz sicher noch steigern und auch steigern müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Die Voraussetzungen dafür, dass das gelingt, sind gut. Wir erhalten Rückenwind vom Land Nordrhein-Westfalen, das uns für die Jahre 2019 bis 2022 Fördermittel in Höhe von 380 Millionen Euro zum flexiblen Einsatz bei gefördertem Wohnungsbau bewilligt hat.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Meine Damen und Herren, trotz dieser Unterstützung halten wir im Doppelhaushalt an unserem kommunalen Förderprogramm von 33 Millionen Euro jährlich fest. Diese Mittel stehen als Reserve nach Abruf der Landesmittel zur Verfügung. Ich hoffe, dass die private Immobilienwirtschaft von diesen Angeboten künftig auch noch mehr Gebrauch machen wird.

Als Stadt setzen wir bereits heute wichtige Anreize, um Bauen attraktiver und auch schneller zu machen. Wir haben die Baugenehmigungsverfahren beschleunigt, Baulastakten digitalisiert und testen die elektronische Bauakte im Pilotbetrieb.

Und wir arbeiten weiter daran, Prozesse zu digitalisieren und zu verschlanken. Damit bringen wir Tempo in den Kölner Wohnungsbau.

Übrigens geht der Konzern Stadt auch hier mit gutem Beispiel voran. Für Planung von neuen Wohngebieten und Investitionen in Wohnraum nehmen unsere städtischen Beteiligungen in den kommenden beiden Jahren insgesamt mehr als 200 Millionen Euro pro Jahr in die Hand. Mit diesem Geld entstehen über 1 500 Wohnungen, hiervon rund 80 Prozent öffentlich gefördert.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Durch Flächenentwicklung ermöglicht unsere Stadtentwicklungsgesellschaft „moderne stadt“ zudem den Bau völlig neuer Quartiere, zum Beispiel des Clouth-Quartiers in Nippes, des Deutzer Hafens oder des Butzweilerhofs. Zusätzlich investiert die Stadt über 50 Millionen Euro in neue Wohnungen für Menschen mit Wohnberechtigungsschein oder Zugangsbeschränkung am Wohnungsmarkt, für Menschen ohne Obdach und für Menschen, die zu uns geflohen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, neue Wohnungen zu schaffen, gelingt durch Nachverdichtung, aber insbesondere natürlich durch mehr Bauland. Deshalb ist es so wichtig, unsere Flächenpotenziale für den Wohnungsbau ganz genau zu kennen. Deren Ermittlung haben wir zuletzt deutlich professionalisiert und präzisiert.

Unseren neuesten Berechnungen zufolge hat Köln ein Wohnbaupotenzial von rund 30 700 Wohneinheiten. Spitzenreiter ist der Stadtbezirk Rodenkirchen mit rund 6 800 Wohneinheiten, gefolgt von Chorweiler, Mülheim, Porz und der Innenstadt, die jeweils Potenziale um die 5 000 Wohneinheiten aufweisen.

Hier gilt es jetzt, zügig Baurecht zu schaffen, in die Umsetzung zu kommen und die Nutzungskonzepte insbesondere nach ihrem ökologischen Gehalt zu bewerten.

Darüber hinaus werden wir mittelfristig ein leistungsfähiges strategisches Flächenmanagement aufbauen, und zwar für alle Flächenbedarfe, die wir in der Stadt haben, also Wohnen, Schule, Kita, aber auch Gewerbe und Kultur. Damit können wir die statistisch ermittelten Bedarfe der Zukunft dynamisch auf den verfügbaren Flächen abbilden und auch frühzeitig steuern, etwa durch eine aktive Liegenschaftspolitik.

Diese Anstrengungen sind für bezahlbare Mieten und ausreichend Wohnraum wichtig. Denn Köln wird, wie Sie alle wissen, wachsen. Aber wir wollen nicht irgendwie wachsen. Köln wird smart wachsen. Dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen. Das bedeutet: kurze Wege, attraktive

öffentliche Räume mit viel Stadtgrün, die aktive und kontinuierliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Planungsprozessen. So soll es für alle neuen Quartiere gelten, darunter Kreuzfeld oder die Parkstadt Süd.

Mit Großprojekten wie diesen, mit unseren Anreizen für die Immobilienwirtschaft, mit mehr Tempo in Genehmigungsverfahren und mit der kräftigen Bautätigkeit der eigenen Gesellschaft - mit diesem Paket wird es uns gelingen, bezahlbares Wohnen in Köln auch für die Zukunft zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum letzten Haushaltsthema: solide Wirtschaft, attraktiver Standort. Mein Ziel ist, Köln noch lebenswerter zu machen. Dazu gehört vieles, was ich schon benannt habe. Zu einem attraktiven Standort im engeren Sinne zählen aber auch das kulturelle Angebot, ein breites Sportangebot und eine moderne digitale Infrastruktur.

Wenn all dies gegeben ist, sind wir auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Das wiederum bringt Arbeitsplätze mit sich, auf die wir alle an diesem Standort angewiesen sind.

Lassen Sie mich mit der Kultur beginnen. Die Kultur wollen wir mit diesem Doppelhaushalt künftig noch besser ausstatten. Bis 2021 wollen wir die Ausgaben für Kultur und Wissenschaften um 8 Prozent steigern - von 230 Millionen Euro in diesem Jahr bis auf über 250 Millionen Euro im Jahr 2021.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ein wichtiger Posten ist hierbei die Kulturförderung, die wir auch mit Blick auf den neuen Kulturentwicklungsplan kräftig anheben - von gut 100 Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr auf fast 120 Millionen Euro in 2021. Wir investieren damit in unsere städtischen Bühnen, aber auch in die freie Kunstszene.

Die Steigerungen im Kulturetat sind wichtig. Denn die Kultur ist die Seele unserer Stadt. Sie hat die Kraft, Identität zu stiften, und sie wirkt integrativ. Das ist ein wichtiger Punkt - erst recht in den heutigen Zeiten, wo wir beobachten, wie sich Gräben zwischen Teilen unserer Gesellschaft vertiefen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU und der LINKEN)

Integrativ wirkt auch der Sport. Ich denke dabei an die vielen Vereine, die Menschen unterschiedlicher sozialer oder kultureller Herkunft zusammenbringen. Und nicht nur das: Sport ist auch für unser aller Gesundheit unerlässlich. Daher steht für mich vollkommen außer Frage, dass wir in Sport investieren - und das mit Weitblick.

Wir haben deshalb hier den Sportentwicklungsplan beschlossen. Er gilt für die kommenden 15 Jahre und sieht bis 2021 Ausgaben in Höhe von fast 5,5 Millionen Euro vor. Hiermit werden erste Projekte aus dem Sportentwicklungsplan realisiert.

Hinzu kommen Investitionen für den Neubau und die Sanierung von Sportanlagen, die sich auf durchschnittlich 20 Millionen Euro pro Jahr belaufen.

Meine Damen und Herren, zur Standortattraktivität zählt auch eine erstklassige Gesundheitsversorgung. Wie Sie wissen, konkretisieren sich die Überlegungen für einen Klinikverbund. In Kürze werde ich Ihnen hier im Rat über die Ergebnisse der von Ihnen beauftragten Prüfung berichten.

Über allem steht natürlich die Herausforderung der Digitalisierung. Köln hat bereits heute eine der besten digitalen Infrastrukturen der gesamten Republik. Aber wir ruhen uns darauf nicht aus. Es spornt uns an, noch besser zu werden. Denn ich habe ein ganz ambitioniertes Ziel: Ich möchte Köln zur digitalen Hauptstadt Deutschlands machen.

Bis 2025 schaffen wir in Köln eine flächendeckende gigabitfähige Infrastruktur. Das besagt unser Gigabit-Masterplan. Er sieht vor, dass wir 1 500 besonders schlecht versorgte Adressen durch rund 4 000 Einzelanschlüsse zügig ans schnelle Netz anschließen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Im Doppelhaushalt sind dafür bereits 20 Millionen Euro vorgesehen.

All dies, meine Damen und Herren, sind gute Argumente für einen lebenswerten Standort - auch für die Unternehmen. Damit bin ich auch beim nächsten Punkt, der Wirtschaftsförderung.

Ab kommendem Jahr stehen der ausgelagerten KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH 13,5 Millionen Euro zur Verfügung. Privatwirtschaftlich organisiert kann sie noch besser ihre Aufgaben als Partner der Wirtschaft wahrneh-

men. Und das ist für unsere Stadt von immenser Bedeutung. Denn auf Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind wir in hohem Maße angewiesen.

Im eigenen Interesse müssen wir damit weiterhin in einen attraktiven Standort investieren, der auch dank intensiver und erfolgreicher Förderung von Start-ups eine große Innovationskraft ausstrahlt. Mir ist es wichtig, solider Partner für Unternehmen vom Start-up bis zum Großkonzern zu sein - und das gelingt uns mit diesem Doppelhaushalt.

Wir senden ein wichtiges Signal der Verlässlichkeit in Richtung Wirtschaft. Ganz wichtig ist: Die Hebesätze aller kommunalen Steuern bleiben stabil.

Ich habe Ihnen jetzt vorgestellt, wie wir in fünf zentralen Themen in den kommenden beiden Jahren deutliche Fortschritte machen werden, meine Damen und Herren. Dadurch werden wir die Vision von einer lebenswerten, weltoffenen, sozial- und klimagerechten Metropole verwirklichen.

Abschließend möchte ich noch ein Thema hinzufügen: die Modernisierung der Verwaltung. Das ist ja hier und da schon angeklungen. Aber es ist mir wichtig. Mit der Modernisierung der Verwaltung unter dem Motto *#wirfürdiestadt* werden wir als Dienstleisterin, als Arbeitgeberin und als Partnerin für Politik und Stadtgesellschaft noch professioneller und attraktiver.

Betriebswirtschaftlich gesprochen, steigert unser Reformprozess sowohl unsere Effektivität als auch unsere Effizienz. Mit schlankeren und digitalisierten Prozessen und Dienstleistungen ermöglichen wir einen schnelleren und besseren Service für die Kölnerinnen und Kölner und auch ein zeitgemäßes Arbeiten für die Mitarbeitenden.

Dass das funktioniert, zeigt nicht zuletzt unsere Erfolgsquote von 76 Prozent Erfüllungsgrad der geplanten Projekte, ausführlich beschrieben im Transparenzbericht aus dem ersten Quartal dieses Jahres. Das ist im Vergleich mit anderen Verwaltungen und auch der Wirtschaft ein sehr guter Wert.

Daran knüpfen wir an. Wir werden jeden Tag wirksamer und wirtschaftlicher.

Und wir richten unser Augenmerk darauf, die digitale Transformation voranzutreiben. Dies findet sich in den Budgets quer über die Dezernate wieder.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushaltsplanentwurf sind wir für die erwähnten Herausforderungen hervorragend aufgestellt - und das nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell. Wir haben den konsolidierten Haushalt im Blick und erreichen ihn bereits 2022; so sieht es jedenfalls unser Plan vor.

Und dabei sind auch Sie gefragt, liebe Ratsmitglieder. Ich rufe uns alle daher auf, dieses Ziel mit Blick auf die nachfolgenden Generationen mit Nachdruck zu verfolgen.

Natürlich sind wir als Kommune in besonderem Maße von der konjunkturellen Lage und der Weltwirtschaft abhängig. Hier operieren wir derzeit mit zahlreichen Unbekannten, beispielsweise dem Handelsstreit zwischen den USA und China, dem Brexit und weiteren Einflüssen.

Worauf müssen wir uns also einstellen, und wo haben wir im Haushalt bereits Vorkehrungen für Negativszenarien getroffen? Das und viele weitere Details zur Haushaltsplanung wird Ihnen jetzt unsere Kämmerin Professor Dr. Diemert erläutern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin Reker. - Ich übergebe Ihnen die Sitzungsleitung wieder.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Professor Dr. Diemert hat das Wort.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 24. Januar dieses Jahres habe ich in dieser wunderbaren Stadt das Amt der Stadtkämmerin angetreten, und heute, fast genau sieben Monate später, liegt der Entwurf des Doppelhaushalts vor.

(Beifall)

Glauben Sie mir: Er ist ein echtes Schwergewicht. Es sind vier Bände mit insgesamt 2 240 Druckseiten. Da habe ich selbst auch erst einmal gestaunt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die wichtigste Botschaft vorweg - die Oberbürgermeisterin hat es schon gesagt; es war wirklich nicht einfach, aber es ist gelungen -: Nach den jetzt vorliegenden Planungen werden wir schon 2022 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen können.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Das ist das Ergebnis vieler schwieriger, aber - es ist mir sehr wichtig, das hier zu betonen - immer konstruktiver Gespräche in den letzten Monaten und - auch das ist ganz wichtig - einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Verwaltung in einem - das will ich hier deutlich hervorheben - finanzpolitisch zunehmend schwierigeren Umfeld.

Ich habe ja manchmal im Leben ein besonderes Glück. Auch als ich das letzte Mal hier im Rat vor Ihnen sprechen durfte, stand das Thema KVB-Aufsichtsrat auf der Agenda und hat neben anderen Themen in einer denkwürdigen Ratssitzung im Februar dieses Jahres die Diskussion beherrscht. Falls Sie sich trotzdem noch an meine Antrittsrede erinnern, wissen Sie, dass ich Ihnen damals schon in Aussicht gestellt habe, dass es in der Zukunft nicht einfacher werden würde.

Wir haben in den vergangenen Jahren eine einmalige, sehr stabile Wirtschaftslage gepaart mit historisch niedrigen Zinsen erleben dürfen - mit Steuerschätzungen, die sich, wie Sie wissen, ein um das andere Mal mit noch höheren Steigerungsraten überboten. Inzwischen mehren sich hingegen leider die Zeichen einer deutlich spürbaren konjunkturellen Abkühlung. Einige Ökonomen warnen inzwischen sogar vor einer beginnenden Rezession.

Das hinterlässt zwangsläufig auch im Kölner Haushalt sichtbare Spuren. Von den rund 5 Milliarden Euro Erträgen, also dem, was „hereinkommt“, entfallen schließlich rund 3 Milliarden Euro, also 60 Prozent, auf steuerabhängige Quellen.

Dem Vorsichtsprinzip folgend mussten wir daher im Aufstellungsprozess die erwarteten Steuererträge gleich mehrfach nach unten korrigieren. Gegenüber der „alten“ mittelfristigen Finanzplanung, die Sie alle aus dem Haushaltsplan 2019 kennen, bedeutet das unter dem Strich allein bei den drei bedeutenden konjunkturabhängigen Steuerquellen - der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer - ein jährliches Minus von bis zu 94 Millionen Euro. Diese Lücke galt es im Aufstellungsprozess erst einmal zu schließen.

Trotzdem ist es gelungen, den Haushaltsentwurf erneut und damit zum dritten Mal in Folge so früh vorzulegen, dass wir, wenn alles glattgeht, mit einem rechtzeitig beschlossenen und wirksamen Haushalt in das neue Jahr starten können.

Das war nur möglich, weil die Oberbürgermeisterin und meine Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand diese Aufgabe gemeinsam gestemmt haben. Für diese Unterstützung und diesen Schulterschluss, der von jeder/jedem Einzelnen auch Zugeständnisse erfordert hat, möchte ich mich bei Ihnen - ich schaue einmal rechts, und ich schaue einmal links - an dieser Stelle ganz ausdrücklich bedanken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle miteinander wissen, dass ein Riesentanker wie die Stadt Köln nicht von jetzt auf gleich umzusteuern ist.

Umso wichtiger ist es, den eingeschlagenen Kurs gen Haushaltsausgleich weiter zu halten - auch dann, wenn sich, um im Bild zu bleiben, die Wetterbedingungen etwas verschlechtern.

Bei jeder neuen Aufgabe muss gefragt werden, ob sie notwendig ist, wenn ja, in welchem Umfang, und ob dafür an anderer Stelle Einsparungen möglich sind.

Wir alle müssen uns immer wieder vor Augen führen: Aufgaben, die in konjunkturell guten Zeiten beschlossen wurden, müssen auch in konjunkturell schlechteren Zeiten zunächst einmal finanziert werden.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

In den letzten Jahren ist das Haushaltsvolumen der Stadt kontinuierlich gewachsen. Mit dem Haushaltsjahr 2020 wird der jährliche Etat der Stadt Köln erstmals die 5-Milliarden-Euro-Marke überschreiten. Wir werden also auch im kommenden Jahr mehr ausgeben als in diesem Jahr.

Mit dem jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf ist es jedoch gelungen, diese Entwicklung deutlich abzumildern. Von 2018 nach 2019 beträgt die Steigerung gegenüber dem Vorjahr noch rund 348 Millionen Euro. Für 2020 konnte der jährliche Zuwachs auf 170 Millionen Euro, also die Hälfte, und für 2021 sogar auf rund 82 Millionen Euro und damit fast ein Viertel begrenzt werden.

Auch bei den Jahresergebnissen, also bei dem, was unter dem Strich herauskommt, sind wir auf dem richtigen Weg. Unser aktueller 2019er-Haushalt sieht noch einen Fehlbetrag von rund 137 Millionen Euro vor. Nach unseren Planungen und unter Einbeziehung des Ihnen zeitgleich vorgelegten Veränderungsnachweises gehen wir demgegenüber für 2020, also für das kommende Haushaltsjahr, derzeit „nur“ noch von einem Jahresfehlbetrag von rund 51 Millionen Euro aus. Das entspricht auch „nur“ noch einer Fehlbetragsquote von rund 1 Prozent.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

- Ja, ich finde, dazu kann man applaudieren.

Es kommt aber noch besser: In den Folgejahren kalkulieren wir für 2021, also das zweite Jahr unseres Doppelhaushalts, mit einem Jahresfehlbetrag von rund 29 Millionen Euro. Ab 2022 kommt dann der Haushaltsausgleich - konkret geplant mit leichten Überschüssen in Höhe von zunächst knapp 7 Millionen Euro und knapp 2 Millionen Euro in den Jahren 2022 und 2023 sowie dann mit etwas stattlicheren 38 Millionen Euro im Jahr 2024.

Mir ist an dieser Stelle ganz wichtig, eines zu betonen: Der ausgeglichene Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist kein Selbstzweck. Es geht dabei um sehr viel mehr. Es geht darum, dass wir heute nur das an Ressourcen verbrauchen, was wir auch erwirtschaften - oder, um es umgekehrt auszudrücken, dass wir die Rechnung für das, was wir an Leistungen in Anspruch nehmen, selbst bezahlen und nicht an unsere Kinder und Enkelkinder weiterreichen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der AfD)

Es geht also um eine nachhaltige, eine generationengerechte Finanzwirtschaft. Es geht auch - ganz wichtig und nicht zu vergessen - um langfristige finanzielle Spielräume und Handlungsfähigkeit für diese Stadt und die gesamte Stadtgesellschaft in der Zukunft.

Mit dem Haushaltsausgleich ab 2022 soll und kann der stete Eigenkapitalverzehr der letzten Jahre beendet werden. Die Ihnen heute präsentierten Zahlen zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun gilt es, diesen Weg auch mit aller Kraft weiterzuverfolgen.

Dazu wird es - das ist unbestritten - weiterhin erheblicher Managementleistungen der Verwaltung bedürfen. Wir sollten daher die mit dem Doppelhaushalt gewonnenen Kapazitäten verwaltungsintern dazu nutzen, frühzeitig und noch intensiver in Aufgabenanalyse und -kritik einzusteigen.

Gefordert ist aber auch die Stadtpolitik. Denn die Budgethoheit, meine Damen und Herren, liegt bei Ihnen, das heißt hier im Rat.

Erinnert sei an dieser Stelle allerdings auch an die Verantwortlichkeiten und Einflüsse außerhalb dieser Stadtgrenzen.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes hat für den Haushalt der Stadt Köln eine wichtige Bedeutung. Nach der jüngsten, vorläufigen Arbeitskreisrechnung können wir in 2020 mit Zuweisungen von insgesamt rund 500 Millionen Euro rechnen. Das sind 10 Prozent unserer Gesamterträge und bedeutet gegenüber unserer bisherigen mittelfristigen Finanzplanung ein Plus von rund 60 Millionen Euro. Alles in allem ist das also eine sehr gute Nachricht, die uns Anfang August dieses Jahres aus Düsseldorf erreicht hat

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

und die wir mit dem ersten Veränderungsnachweis, der Ihnen vorliegt, berücksichtigt haben. - Entschuldigung, Herr Breite; jetzt!

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Sie alle miteinander müssen allerdings wissen, dass trotz diverser Gutachten die landespolitischen Verteilungskämpfe rund um das Gemeindefinanzierungsgesetz nicht abreißen. Wir werden diese Diskussionen seitens der Stadt Köln sehr aufmerksam und, wenn notwendig, auch sehr kritisch verfolgen müssen.

Ich denke, es ist in diesem Hause unbestritten, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Belange von Köln als größter NRW-Stadt und als Metropole mit zentralen Versorgungsfunktionen weit über die Stadtgrenzen hinaus müssen auch künftig im GFG angemessen Berücksichtigung finden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Von unserem 5 Milliarden Euro schweren Etat entfallen rund 2 Milliarden Euro des Gesamtaufwands auf die Produktbereiche Soziale Hilfen sowie Jugend- und Familienhilfe. Seit Jahren sind diese Bereiche von einer starken gesetzli-

chen, aber auch finanziellen Dynamik geprägt. Umso wichtiger ist es, dass Bund und Land dem Konnexitätsgedanken, also dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“, gerecht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

In der Praxis - ich will an dieser Stelle nur einige Themen schlagwortartig anreißen - ist hier leider viel zu oft noch Luft nach oben:

Erstens. Bis heute ist es nicht gelungen, eine angemessene Beteiligung von Bund und Land bei der Finanzierung der Kosten für die sogenannten Geduldeten sicherzustellen.

Zweitens. Überfällig ist auch die landesseitige Anpassung der Kostenerstattungspauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Drittens. Ab dem Kita-Jahr 2020/2021 soll die Reform des Kinderbildungsgesetzes greifen. Die Aussagen sind, das solle uns nicht viel kosten. Wir wissen derzeit aber noch nicht, welche Mehrbelastungen da tatsächlich auf den Haushalt zukommen werden.

Viertens. Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes rechnet der Landschaftsverband mit höheren Haushaltsbelastungen und steigenden Umlagen. Davon wäre, wie Sie wissen, auch die Stadt Köln betroffen. Der Landschaftsverband hat daher jüngst Verfassungsbeschwerde beim nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof erhoben. Es bleibt abzuwarten, wie die Münsteraner Richterinnen und Richter entscheiden werden.

Fünftens. Schließlich stehen weitere Belastungen in Rede, wenn das auf Bundesebene auf den Weg gebrachte Angehörigen-Entlastungsgesetz in Kraft tritt. Auch hier wissen wir noch nicht, was finanziell auf uns zukommt.

Last, but not least: Was passiert bei der Grundsteuer? Im Kölner Haushalt geht es dabei um immerhin rund 235 Millionen Euro jährlich. Diese Steuererträge fließen bislang konjunkturunabhängig und stellen gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten eine stete und verlässliche Einnahmequelle dar.

Ich kann daher an dieser Stelle nur erneut an Bund und Länder appellieren, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und möglichst schnell Planungssicherheit für die Kommunen, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

In unserem Haushalt 2020/2021 setzen wir jedenfalls - gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden - darauf, dass das notwendige Reformgesetz zur Grundsteuer bis Ende dieses Jahres stehen wird. Denn nur dann kann die Grundsteuer zunächst in gewohnter Weise erhoben werden, und nur dann haben die Finanzverwaltung und die Kommunen weitere fünf Jahre, längstens aber bis Ende 2024, Zeit, die Reform vor Ort auch in der Praxis umzusetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Haushaltsehrlichkeit gehört also dazu, dass wir nicht alle gesetzgeberischen Entwicklungen und nicht alle finanzpolitischen Bedingungen, die unseren Haushalt prägen, zum jetzigen Zeitpunkt sicher voraussagen können.

Auch das Risiko - die Oberbürgermeisterin sprach es an - gravierender wirtschaftlicher Rückschläge aufgrund eines ungeregelten Brexits oder eines eskalierenden internationalen Handelskonflikts ist in den derzeitigen Steuer- und Konjunkturprognosen nur ansatzweise berücksichtigt. Uns allen muss daher bewusst sein, dass ein scharfer wirtschaftlicher Abschwung jederzeit und ohne Vorwarnung eintreten kann.

Umso mehr bedarf es einer vorausschauenden, vorsichtigen Planung dort, wo sie möglich ist, um Risiken abzufangen, Handlungsfähigkeit zu sichern und politische Gestaltung und Schwerpunktsetzung auch in der Zukunft zu ermöglichen. Es gilt daher, langfristige Bindungen bei neuen Aufgaben zu vermeiden und vorhandene Haushaltsspielräume zu bewahren und damit zur Erhöhung der Krisenfestigkeit des Haushaltes beizutragen.

Eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft wird es auch weiter bleiben, den Investitionsstau der Vergangenheit und damit bestehende Infrastrukturrisiken Schritt für Schritt abzubauen.

Für den jetzt vor Ihnen liegenden Haushalt kann ich festhalten: Finanzwirtschaftlich ist sichergestellt, dass die eingeplanten und für realisierbar erachteten Investitionsprojekte umgesetzt werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Allein im Kernhaushalt sind für die beiden Haushaltsjahre 2020/2021 Auszahlungen für Investitionen in Höhe von etwas über 1 Milliarde Euro vorgesehen. Und weil ich weiß, dass wir nicht alltäglich mit Milliarden operieren, obwohl wir hier in einer Großstadt mit über 1 Milliarde Einwohner sind

(Heiterkeit)

- Verzeihung; das wäre noch etwas; ehrlich gesagt, kämen wir dann mit dem Schulbau nicht mehr hinterher -: 1 Milliarde Euro sind 1 000 Millionen Euro; nur damit Sie eine Vorstellung haben, was hier tatsächlich bewegt wird - und das, obwohl, wie Sie schon in der Vergangenheit mehrfach gehört haben, viele wichtige Investitionsmaßnahmen nicht im Kernhaushalt, sondern bei Eigenbetrieben oder im weiteren Konzern Stadt veranschlagt sind.

Nicht nur die Verwaltung, sondern der gesamte Konzern Stadt und allen voran der Stadtwerke-Konzern wird im Übrigen auch angesichts des jüngst im Rat ausgerufenen Klimanotstands gefordert sein.

Derzeit trägt der Stadtwerke-Konzern neben der Finanzierung der ÖPNV-Verluste und der öffentlichen Bäder im Rahmen des sogenannten steuerlichen Querverbundes durch jährliche Ausschüttungen in Höhe von rund 50 Millionen Euro zur Entlastung des Haushaltes bei.

Das ist gut und richtig. Denn selbstverständlich sind die Beteiligungsunternehmen aufgefordert, ihren Beitrag zur Entlastung des Haushalts zu leisten oder, wenn das nicht möglich ist, den Zuschussbedarf zumindest auf das zwingend Notwendige zu begrenzen. Als Kämmerin sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich, dass ich hier an einigen Stellen unseres vielfältigen und weitgefächerten Beteiligungsportfolios im Konzern Stadt durchaus noch Spielräume und Chancen sehe.

Ebenso unabweisbar ist aber auch, dass die Beteiligungsunternehmen gefordert sind, die erforderlichen strategischen Zukunftsinvestitionen anzugehen, und dass es hierfür auch entsprechender finanzieller Spielräume bedarf.

(Beifall bei Teilen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Es wird daher eine zentrale Herausforderung in den kommenden Jahren sein, diese Bedarfe miteinander auszuloten und zukunftsgerecht gegeneinander abzuwägen.

In einem ersten Schritt haben wir daher die mit dem Haushalt 2019 zuletzt sehr deutlich angehobenen, ambitionierten Ausschüttungserwartungen an unsere kommunalen Beteiligungsunternehmen, welche zunächst zentral bei den Stadtwerken verortet worden waren und bis 2022 auf über 100 Millionen Euro ansteigen sollten, deutlich zurückgenommen. Gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung verbleiben hierdurch jährlich rund 25 bis 35 Millionen Euro mehr im weitgefächerten Konzern Stadt.

Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine Form der Risikovorsorge. Auch hiermit schaffen wir Spielräume, um zukünftigen Herausforderungen im Haushalt begegnen zu können.

(Beifall bei Teilen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Haushalt dieser Stadt ist nicht nur 5 Milliarden Euro schwer. Er ist auch so vielfältig und bunt wie diese Stadt. Es ist daher in einer kurzen Rede schlicht nicht möglich, die vielen einzelnen, wichtigen Aufgaben- und Themenfelder, die diese Stadt prägen und lebenswert machen, alle angemessen finanzwirtschaftlich zu beleuchten.

Bitte seien Sie gewiss, dass wir es uns als Verwaltung mit diesem Haushalt nicht leicht gemacht haben und dass wir um die besten Lösungen gerungen haben, damit die politischen Schwerpunkte, die die Oberbürgermeisterin in ihrer Rede dargestellt hat - erstens Bildungschancen für alle in einer familienfreundlichen Stadt, zweitens das Megathema „Klimaschutz und Klimaanpassung“, drittens die Mobilitätswende, viertens bezahlbares Wohnen und fünftens das Thema „solide Wirtschaft, attraktiver Standort“ -, auch angemessen im Haushalt abgebildet sind;

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

wohl wissend, dass viele, gerade pflichtige Aufgaben von der Stadt ja nicht infrage gestellt werden können.

Wir haben die Chancen und Risiken des Haushalts abgewogen und, wie ich meine, in ein angemessenes Verhältnis gebracht. Noch steht nicht fest, ob aktuelle Entwicklungen im Steuerbereich, die noch ausstehende finale Modellrechnung des Landes zum GFG oder andere fi-

nanzrelevante Punkte einen zweiten Veränderungsnachweis notwendig machen werden.

Ich habe jetzt an mehreren Stellen von „wir“ gesprochen und möchte daher hier all jenen danken, die verwaltungsweit an diesem Haushalt mitgewirkt haben. Haben Sie alle miteinander vielen Dank für Ihre Arbeit und die nicht immer leichten, aber - das sage ich gerne nochmals - immer konstruktiven Gespräche!

Mein ganz besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei. Sie sitzen ganz überwiegend oben auf der Zuschauertribüne; die Amtsleiterin sitzt hier unten. Mein ganz besonderer Dank gilt ihnen.

(Beifall)

Sie haben in umsichtiger, manchmal mühevoller Arbeit und bisweilen bis in die späten Abendstunden und am Wochenende sichergestellt, dass Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, dieses Zahlenwerk heute vorliegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Stellvertretend für die vielen denke ich ganz besonders an die Kollegin, die ihren 15. Hochzeitstag bis in die Nacht über Tabellen verbracht hat, damit wir Ihnen heute aussagekräftige und belastbare Daten zur allgemeinen Finanzwirtschaft vorlegen können.

(Beifall)

Ihr Werk, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei, kann sich sehen lassen. Sie haben sich unser aller Dank mehr als verdient.

(Beifall)

Jetzt, meine sehr geehrten Ratsfrauen und -herren, sind Sie am Zug. Ich wünsche gute und konstruktive Beratungen und bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Dann lasse ich abstimmen. Wie eingangs erläutert, soll die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020/2021 mit ihren Anlagen nach Grundsatzreden der Oberbürgermeisterin und der Stadtkämmerin entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Während der Rede von Frau Oberbürgermeisterin Reker übernimmt Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes die Sitzungsleitung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

1.2 Einbringung des Veränderungsnachweises 1 zum Entwurf des Haushaltsplans 2020/2021
2741/2019

Auch diese Vorlage soll in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Wir kommen zu den nächsten Tagesordnungspunkten.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Veränderungsnachweis 1 zum Entwurf des Haushaltsplans 2020/2021 mit seinen Anlagen entgegen und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

2 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion sowie von Frau Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 09.07.2019)
AN/1031/2019

Änderungsantrag von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1097/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung bis zur nächsten Ratssitzung am 26.09.2019 zurückgestellt (s. Ziffer VI – Seite 3).

2.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 09.07.2019)
AN/1032/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung in die Haushaltsplanberatungen (Jugendhilfeausschuss, Integrationsrat, Bezirksvertretungen, Finanzausschuss) verwiesen (s. Ziffer VI – Seite 3/4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: TOP 2.1.1 ist vertagt.

TOP 2.1.2 ist verwiesen.

Daher rufe ich auf:

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

3.1 Auslagerung der Schule und Mensa Hauptstraße 432 in 51143 Köln - hier: Baubeschluss „Mensa“
1652/2019

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Gemäß § 60 Absatz 2, Satz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung beschließen wir im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, zur Auslagerung der Mensa während des Neubaus des Schulgebäudes in der Hauptstraße 432, 51143 Köln, Stahlmodulbauten gemäß der abgestimmten Entwurfsplanung auf dem Schulhof mit Gesamtkosten in Höhe von rund 3.291.480 Euro brutto errichten zu lassen.

Der Rat der Stadt Köln genehmigt, den einzigen Bieter für die Errichtung einer Mensa zu beauftragen. Grundlage der Beauftragung ist das zuschlagnehmende Angebot.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von rund 329.148 Euro. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.2 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Teilaufhebung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 75409/02
Arbeitstitel: 1. Teilaufhebung Neue Eiler Straße in Köln-Porz-Eil
2734/2019

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die CDU-Fraktion enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 75409/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 75405/03 Arbeitstitel: Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil
2715/2019

Auch hier handelt es sich um eine Tischvorlage zur Vermeidung einer Dringlichkeitsentscheidung.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die CDU-Fraktion enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 75405/03 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils erreicht. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, und bedanke mich für Ihr Interesse.

(Schluss: 15.54 Uhr)

52. Sitzung vom 26. September 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung an das Museum Schnütgen

2869/2019

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Hafenausbau Godorf: Beendigung der planungsrechtlichen Verfahren"

AN/1260/2019

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Frischezentrum in Marsdorf realisieren!"

AN/0740/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0972/2019

3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Organisatorischer Wechsel des Amtes 23 und Änderung der Ordnungsnummer Dez. VIII zu Dezernat III"

AN/1254/2019

zurückgestellt

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"

AN/1031/2019

verwiesen in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung als zuständigen Fachausschuss

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/1097/2019

verwiesen in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung als zuständigen Fachausschuss

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1316/2019

verwiesen in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung als zuständigen Fachausschuss

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach betreffend "Die Zukunft des Zeughauses"

AN/1258/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

AN/1329/2019

3.1.6 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Umweltmaut ÖPNV-Abgabe"

AN/1256/2019

verwiesen in den Verkehrsausschuss als zuständigen Fachausschuss

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1314/2019

verwiesen in den Verkehrsausschuss als zuständigen Fachausschuss

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach betreffend "Prüfung eines zusätzlichen Streetworkkonzepts für „Problemgruppen“ aus Erwachsenen im öffentlichen Raum"

AN/1261/2019

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheit im Bezirk stärken - Veedelsschutzmann erhalten"

AN/1327/2019

zurückgestellt

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Hafenausbau Godorf

Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 19.09.2019

3318/2019

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Aufsichtsräte Köln"

AN/1012/2019

Antwort der Verwaltung vom 25.09.2019

2406/2019

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Ausbau des Godorfer Hafens"

AN/1057/2019

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2019

3027/2019

4.3 Anfrage der SPD- Fraktion betreffend "Studentisches Wohnen am Justizzentrum ermöglichen!"

AN/1079/2019

Antwort der Verwaltung vom 25.09.2019

3351/2019

4.4 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betreffend "Städtisches Sicherheitskonzept für den Ebertplatz"

AN/1132/2019

Antwort der Verwaltung vom 16.09.2019

3118/2019

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "„Klimastreik“ am 20. September – Zusatzurlaub auf Kosten der Steuerzahler?"

AN/1294/2019

Antwort der Verwaltung vom 25.09.2019

3360/2019

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "MiStra – Auffällige Asylbewerber in Köln"

AN/1295/2019

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2019

3359/2019

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Zahlung von Sitzungsgeld für Mitglieder des Integrationsrates bei Teilnahme an den Arbeitskreisen – Änderung der Hauptsatzung

1743/2019

zurückgestellt

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung

hier: Anpassung Wertgrenze Finanzausschuss und redaktionelle Korrekturen

1936/2019

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Richtlinie für die Anerkennung und Förderung Interkultureller Zentren

1909/2019/1

6.4.2 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Absatz 2 ÖPNVG NRW

hier: Anpassung der Zuwendungsvoraussetzungen

1027/2019

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2019

3003/2019

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalinstandsetzung der Troisdorfer Straße

1894/2019

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Erhöhung der Institutionellen Förderung des Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler, Köln e.V.

1261/2019

zurückgestellt

10.2 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019

1338/2019

10.3 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen

1142/2019

10.4 Ausbau der Jugendeinrichtung Unnauer Weg 96a im Zuge der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler; Projekt „Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem generationenübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus)"

hier: Planungs- und Baubeschluss

2611/2019

10.5 Vergabe Restmittel Antirassismus-Training 2019

2650/2019

10.6 Nutzungsvertrag MiQua

4075/2018

10.7 Blockrandbebauung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

1568/2019

10.8 Lieferung von Kinderspielgeräten, Ersatzteilen und Zubehör

1752/2019

10.9 Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt

1825/2019

10.10 Aufnahme einer neuen Schule in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen

2017/2019

10.11 Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern

Sachstand zum 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan

2107/2019

10.12 Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebotes auf Kölner Stadtgebiet:

Verlängerung der Buslinie 423

2261/2019

10.13 Gründung der GbR Historische Mitte

2292/2019

10.14 Auslagerung der Klassen an der Grundschule Hauptstraße 432 in 51143 Köln - Baubeschluss

2447/2019

10.15 Werkstattverfahren Hallen Kalk

Hier: Integrierter Plan als Grundlage der weiteren Bearbeitung

2646/2019

zurückgestellt

10.16 Parkgebührenordnung 2019

0445/2018

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

AN/0978/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0997/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1021/2019

10.17 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung

hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage

3860/2018

zurückgezogen

10.18 Befristete Fortsetzung des Projektes WAK für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU

2761/2019

10.19 Baubeschluss zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen

3043/2018/1

10.20 Schließung und Rückbau der städtischen Unterkunft für Geflüchtete am Standort Eygelshovener Straße 33, 50999 Köln-Sürth

3295/2019

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über die Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65520/02

Arbeitstitel: Geestemünder Straße in Köln-Niehl

2227/2019

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 66498/03

Arbeitstitel: Kirchenzentrum Derfflingerstraße in Köln-Weidenpesch

2424/2019

12.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73479/08 - Stellungnahmen/Satzungsbeschluss-

Arbeitstitel: "Oberer Wichheimer Kirchweg in Köln-Holweide"

2639/2019

12.4 2. Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6440 Nd/03 (65410/03)

- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -

Arbeitstitel: Kalscheurer Weg in Köln-Zollstock, 2. Teilaufhebung

2872/2019

12.5 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) Nr. 70439/07

Arbeitstitel: Flamme Möbel in Köln-Poll

2473/2019

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die Ergänzung des Bebauungsplan-Entwurfs 60539/04

Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler

2794/2019

12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03

Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth

(s. auch 24.8 nichtöffentlicher Teil - Ergänzungen zu den

Anlagen 2, 3, 6 und 8)

0396/2019

zurückgestellt

12.8 Teilaufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 70451/03

- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -

Arbeitstitel: "MHD Gelände" in Köln-Kalk

2464/2019

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

17 Wahlen

17.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

2536/2019

17.2 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss

2537/2019

17.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

2760/2019

17.4 Bestellung der Vertretung der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)

2923/2019

17.5 Neubenennung eines Mitgliedes des Ausschusses Soziales und Senioren

2696/2019

17.6 RheinEnergie AG

hier: Vorschlag für die Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsrates

3058/2019

17.7 Neuwahl eines ordentlichen und ggf. eines stellvertretenden Mitgliedes für den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde

2764/2019

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden"

AN/1298/2019

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Stadtentwicklungsausschuss"

AN/1309/2019

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 "Wahlen" hier: Neubesetzung Aufsichtsräte, weitere Gremien"

AN/1325/2019

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Besetzung von Gremien"

AN/1330/2019

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 "Lastenräder für Köln": Finale Erhöhung des Fördervolumens

2456/2019

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Dresler-Graf, Margret; Geraedts, Wilhelm; Heuser, Marion; Kara, Efkan; Kessing, Ulrike; Scholz, Tobias; Schultes, Monika; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 15.42 Uhr - Ende: 19.15 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 52. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und insbesondere die Kinder und Jugendlichen aus den Jugendzentren,

(Beifall)

alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister

(Zuruf: Alle da! - Heiterkeit)

- alle da; das ist ja ganz wunderbar - und natürlich Sie, liebe Mitglieder des Rates.

Nicht begrüßen, weil sie heute entschuldigt sind, kann ich Frau Dresler-Graf, Herrn Geraedts, Herrn Kara, Frau Kessing, Herrn Scholz, Frau Schultes und Frau Wolter. Frau Gerlach hat mitgeteilt, dass sie sich etwas verspäten wird.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Schoser, Herrn Thelen und Frau Laufenberg.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie wie immer bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Anregung der Bezirksvertretung Nippes unter TOP 3.2.1, die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.5 und TOP 4.6, die Verwaltungsvorlage unter TOP 10.20 und die Gremienbesetzungen unter TOP 17.8 bis TOP 17.11.

Abgesetzt wurden folgende Punkte: TOP 10.1, TOP 10.15, TOP 10.17 und TOP 12.7 sowie TOP 24.1, TOP 24.4 und TOP 24.8.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, den Tagesordnungspunkt 3.1.2, bei dem es um das Frischezentrum Marsdorf geht, noch einmal auf die nächste Ratssitzung zu vertagen. Es ist richtig, dass dieser Antrag schon seit längerer Zeit hier liegt. Es ist aber auch so, dass da bekanntermaßen noch Gespräche ausstehen, auch mit allen Akteurinnen und Akteuren, die sich mit dem ganzen Projekt seit längerer Zeit beschäftigen.

Daher ist nach unserer Meinung heute eine Beschlussfassung hier weder hilfreich noch nötig. Man sollte die Gespräche abwarten und schauen, welche neuen Sachstände es dort gibt, damit man dann auch auf einer entsprechend fundierten Grundlage das Ganze beraten kann.

Wir beantragen außerdem, den Tagesordnungspunkt 3.1.6 - da geht es um die Umweltmaut ÖPNV-Abgabe - in den Verkehrsausschuss zu verweisen. Das ist unserer Meinung nach das richtige Gremium, um sich dort noch einmal dezidiert damit auseinanderzusetzen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn es im Verkehrsausschuss vielleicht auch schon eine erste Einschätzung der Verwaltung zu diesem Punkt geben könnte.

Ich habe noch einen dritten Änderungswunsch zur Tagesordnung. Beim Punkt 5.4.1 - da geht es um die Zahlung von Sitzungsgeld für Mitglieder des Integrationsrates - würde unsere Fraktion gerne Beratungsbedarf geltend machen, damit wir das noch einmal in Ruhe debattieren können. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Zimmermann, Herr Kienitz und Herr van Geffen.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich würde gerne eine Gegenrede zu der Verweisung des Tagesordnungspunktes 3.1.6, Umweltmaut, in den Verkehrsausschuss halten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich finde, jetzt sollte erst Herr Kienitz reden. Oder sollen wir erst darüber sprechen?

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich habe neue Punkte!)

- Gut. - Dann machen wir es so. Bitte, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte hier begründen, warum ich nicht glaube, dass dieses Thema in den Verkehrsausschuss verwiesen werden sollte, und warum wir es heute hier behandeln sollten.

Wer den Antrag gelesen hat, wird sich vielleicht im ersten Moment etwas wundern und denken: Das ist doch eine Anfrage. - Das stimmt auch. So klingt der Text. Diese Anfrage haben wir aber auch gestellt, und zwar im Umweltausschuss. Dort haben wir ganz normale fachlich-sachliche Fragen zu dem Thema Umweltmaut gestellt. Dann haben wir eine Beantwortung von der Verwaltung bekommen, gezeichnet von Frau Blome, in der sie unsere Fragen eben nicht beantwortet.

Sie begründet ihre Nichtantwort mit der Beschlusslage und verweist auf unseren Beschluss zum Luftreinhalteplan vom 6. Februar 2018, wonach das Thema City-Maut nicht weiter verfolgt werden sollte. Sie schreibt dann selbst in ihrem letzten Satz:

> Eine weitere Prüfung kann nur auf Grundlage eines entsprechenden politischen Beschlusses erfolgen.

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, weil wir den Rat überzeugen wollen, hier einen Beschluss dahin gehend zu fassen, dass wir diese Informationen rund um das Thema Umweltmaut von der Verwaltung auch bekommen.

Wir denken, dass dies nicht nur ein Thema für den Verkehrsausschuss ist. Es ist auch ein Thema für den Umweltausschuss, und es ist auch ein Thema für diesen Rat - einen Rat, der übrigens vor wenigen Wochen den Klimanotstand beschlossen hat.

Die Umweltmaut wird auch heute landauf, landab diskutiert, nämlich im Zusammenhang mit dem Thema CO_2-Minderung als ein wirksames Mittel. Das können Sie in der nationalen und auch internationalen Presse überall nachlesen. Stockholm konnte die CO_2-Emissionen seit Einführung der Maut um 15 Prozent reduzieren. Warum sollte das in Köln nicht auch gelingen?

Diese Informationen brauchen wir. Wir wollen damit keine inhaltliche Positionierung vornehmen. Deswegen kann ich auch die Angst von Herrn Petelkau vor dieser Debatte gar nicht verstehen; denn es geht uns überhaupt nicht darum, zu sagen, dass wir eine Maut wollen oder keine Maut wollen, sondern - -

(Zurufe von der FDP: Das ist eine Rede zur Sache! - Das geht nicht!)

- Es ist eine Gegenrede, ja; denn die CDU und die Grünen wollen diesen Punkt ja verweisen.

(Zurufe von der FDP)

- Ich verstehe Ihre Aufregung überhaupt nicht.

(Volker Görzel [FDP]: Sie verstehen mich sehr gut!)

- Nein, verstehe ich nicht. Das ist eine Gegenrede, weil ich sage: Das Thema gehört nicht in den Verkehrsausschuss versenkt, sondern es gehört hier behandelt. - Weil Leute noch nicht einmal darüber reden wollen, möchte ich hier eine Mehrheit dafür erreichen, dass das zumindest einmal besprochen wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Ich lasse darüber abstimmen.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sie lassen gleich darüber abstimmen.

Als Letztes möchte ich nur noch daran erinnern, dass auch die Grünen auf ihrer Mitgliederversammlung am 23. Februar 2019 als eine der Maßnahmen, die sofort zu ergreifen sind, beschlossen haben, die notwendigen Informationen zusammenzutragen und Rechtsgrundlagen zu schaffen, um eine fahrleistungs- und abgasabhängige Pkw-Maut in der Stadt einführen zu können. Die Mitgliederversammlung der Grünen forderte das sofort und nicht irgendwann.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Zimmermann.

Ich lasse jetzt über den Verweisungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Der AfD-

Fraktion und von Rot-Weiß. Damit ist dieser Punkt verwiesen.

Nun geht es um die Vertagung des Tagesordnungspunktes 3.1.2. Es gab eben schon eine Wortmeldung zur Gegenrede. Herr van Geffen.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat richtig, dass noch Gespräche ausstehen. Das ist auch nach unserer Kenntnis so. Aber es ist blanker Unsinn, jetzt zu suggerieren, dass diese Gespräche durch einen Beschluss heute irgendwie tangiert würden.

Wir bitten nachdrücklich darum, dass über diesen Antrag heute beraten und abgestimmt wird. Wir haben wirklich keine Zeit mehr zu verlieren. Im Jahr 2023 sollen die Händler in Marsdorf angekommen sein. Wir haben bis heute kein Konzept vorliegen. Bis dahin sind es noch knapp vier Jahre.

Deswegen bitten wir darum, es nicht weiter zu vertagen. Wir können heute darüber diskutieren und debattieren. Das Gespräch Mitte Oktober dieses Jahres, das im Raum steht, wird davon überhaupt nicht tangiert. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, auch zu diesem Tagesordnungspunkt?

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln] nickt)

- Ja. - Bitte.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie sprechen jetzt zur Vertagung von TOP 3.1.2?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): So ist es.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich bitte genauso wie der Kollege von der SPD darum, dass dieser Antrag heute beraten wird.

Zum einen glaube ich nämlich, dass die Zeit einfach reif ist, einmal in Richtung Fakten zu kommen; denn auch der Antrag von SPD und LINKEN enthält nur wenige Fakten, aber sicherlich sehr lyrische Ziele.

Zum anderen glaube ich, dass wir hier kurz vor Rechtsstreitigkeiten stehen; und wenn sie beginnen, können wir nicht mehr offen im Rat beraten.

Deshalb sollten wir heute hier beraten, damit wir einen Schritt weiterkommen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich über den Vertagungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von den LINKEN, der AfD, Herrn Wortmann, der SPD und der Ratsgruppe GUT, und Frau Gerlach ist inzwischen auch da. Enthaltungen kann es somit keine mehr geben. Damit ist der Vertagungsantrag beschlossen.

Dann haben wir eine Wortmeldung zu einem ganz neuen Tagesordnungspunkt. Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zur Tagesordnung insgesamt drei Punkte.

(Zurufe: Hui!)

Zunächst möchte ich den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.3 zurückziehen. Das heißt: Wir möchten ihn in der nächsten Sitzung des Rates beraten.

(Zurufe: Hui! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ich kann Ihnen auch einen Vorschlag machen!)

- Das ist sehr nett, Herr Detjen. Vielen Dank.

Dann beantrage ich, den unter Tagesordnungspunkt 3.1.4 vorliegenden Antrag der SPD und der Kollegin Gerlach zum Odysseum in den Schulausschuss zu verweisen.

Außerdem möchte ich gegen die Dringlichkeit des Tagesordnungspunktes 3.1.8 sprechen. Das ist der SPD-Antrag zum Thema „Veedelsschutzmann erhalten“. Ich lehne die Dringlichkeit ab.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen später zu dem Punkt Dringlichkeit.

Niklas Kienitz (CDU): Ach so. Okay. Dann mache ich das gleich noch einmal. Soll ich das separat anmelden?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, bitte separat.

Niklas Kienitz (CDU): Gut. Machen wir.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Dann haben wir ja gar nichts mehr auf der Tagesordnung stehen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie werden ja darüber beschließen, ob wir das so machen oder nicht.

Bevor ich darüber abstimmen lasse, gibt es noch eine Wortmeldung. Bitte sehr, Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Same procedure as every Ratssitzung! Ich muss wirklich sagen, dass es ein Trauerspiel ist, wie die Mehrheit hier mit dem heute unter TOP 3.1.4 vorliegenden Ratsantrag der SPD umgeht, der jetzt zum dritten Mal hintereinander von der Tagesordnung abgesetzt und geschoben werden soll.

Wir haben uns bei diesem Antrag in der Tat etwas gedacht. Wir glauben, dass hier genau der richtige Ort ist, um ein Zeichen des Rates zum Erhalt des Odysseums in Kalk zu setzen, und dass heute diese Debatte geführt werden soll. Diesen Antrag zum dritten Mal von der Tagesordnung abzusetzen und jetzt in den Schulausschuss zu verschieben, ist wirklich ein dickes Ding.

Das hätten wir allerdings auch bereits am 9. Juli 2019 machen können. Dann hätten wir die Debatte schon im Schulausschuss führen können.

So geht man nicht mit Anträgen einer demokratischen Fraktion um. Wir bestehen hier auf der Debatte im Rat zum Odysseum.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, zu TOP 3.1.4?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ja. - Ich schließe mich der SPD hier vollumfänglich an. Ich glaube, dass das wirklich ein Thema für den Rat ist. Der Trick, es jetzt in den Schulausschuss zu verweisen, entspricht in keiner Weise der Bedeutung dieses Projektes.

Deshalb möchte ich - ich beantrage das auch -, dass das heute hier beraten wird. Denn es ist höchste Zeit. Hier ist auch eine Planungssicherheit gefragt. Deshalb bitte ich um Beratung hier und heute.

Außerdem habe ich eine Frage fachlicher Natur. Wenn der Antrag in den Schulausschuss verwiesen wird, hätte ich dann auch Rederecht im Schulausschuss? Ich bin ja dort nicht Mitglied. Das ist eine Frage fachlicher Art.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diese Frage können wir jetzt hier inzident aber nicht klären. - Herr Zimmermann, zu TOP 3.1.4?

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Nein, zu TOP 3.1.3. Darüber haben wir ja noch nicht beschlossen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zu 3.1.3. - Dann behandeln wir bitte erst TOP 3.1.4 zu Ende. Es ist schon durcheinander genug. Eben habe ich die Gegenreden zugelassen. Gibt es weitere zu 3.1.4? - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch von der Sache her duldet dieser Antrag keinen Aufschub. Das Odysseum selbst ist bereits seit vielen Monaten in Verhandlungen um seine Zukunft. Die Kuratoriumssitzung der Stiftung Wissen findet im Oktober dieses Jahres statt. Das Odysseum braucht Gewissheit darüber, welchen Standpunkt der Rat vertritt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann behandele ich erst TOP 3.1.4 und dann TOP 3.1.3. Mit TOP 3.1.3 bin ich ja ganz schnell fertig.

Ich lasse darüber abstimmen, ob der Antrag unter TOP 3.1.4 in den Schulausschuss verwiesen wird. Wer das wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grü-

nen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Damit ist das so beschlossen.

Über den Antrag unter TOP 3.1.3 brauchen wir uns nicht mehr zu unterhalten, weil der Antragsteller selbst ihn auf die nächste Sitzung geschoben hat.

(Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT]: Ich bin auch Antragsteller!)

- Sie sind auch Antragsteller? - Das stimmt. Sie haben sich nicht abgestimmt, nehme ich an. Oder wollen Sie jetzt noch einmal das Gleiche begründen? Bitte, Herr Zimmermann. Jetzt bin ich ganz gespannt.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Nein. Ich möchte nur zu Protokoll geben bzw. zu Wortprotokoll geben, dass der Rückzug dieses Antrags nicht mit uns abgesprochen wurde, obwohl wir Antragsteller sind. Nur zur Information. - Vielen Dank.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme jetzt zu Protokoll, dass das so ist. Und ansonsten gibt es sicherlich gute Gründe dafür. Ich moderiere das Ganze ja nur und darf die Gründe, die es gibt, nicht aus Verwaltungssicht darstellen. Die gibt es nämlich.

Jetzt habe ich Herrn Joisten auf der Rednerliste. Aber ich weiß noch nicht, wozu.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es geht tatsächlich um den Antrag oder den Punkt, der uns heute wahrscheinlich am meisten beschäftigen wird, nämlich um den TOP 3.1.1. Denn wir beantragen die Absetzung des TOPs 3.1.1. Ich will das auch im Folgenden begründen.

Zum einen haben die Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Nippes nicht zu diesem Thema gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung angehört werden können. Deswegen gibt es hier unter Punkt 3.2.1 der Tagesordnung auch eine Vorlage von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, die diesen Impuls aus der BV Nippes aufgreift. Dazu kommen wir ja gleich auch noch. - Das ist der erste Grund.

Der zweite Grund ist folgender: Wenn der Antrag unter TOP 3.1.1 beschlossen wird, löst er bei der HGK Abschreibungen in Höhe von 8 Millionen Euro für bisherige Investitionen in Planungen und Umweltausgleichsmaßnahmen aus. Diese Mittel werden am Ende dem städtischen Haushalt fehlen. Es gibt aus unserer Sicht bisher keine Kostendeckung. Zumindest ist sie nicht im Antrag enthalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nicht inhaltlich, bitte.

Christian Joisten (SPD): Deswegen kann der Antrag heute hier nicht beschlossen werden und muss von der Tagesordnung genommen werden.

Drittens haben wir bereits mit Datum 23. Juli 2019 zum Hauptausschuss am 5. August 2019 eine Anfrage zu dem Komplex Godorfer Hafen gestellt, die weder am 5. August 2019 noch in den darauffolgenden Sitzungen behandelt bzw. beantwortet wurde. Die Antwort wurde erst heute Mittag eingestellt, obwohl Herr Greitemann uns in der letzten Hauptausschusssitzung eine späteste Vorlage der Beantwortung für den 23. September 2019 zugesagt hatte, also in einer 14-Tage-Frist. Wir sind ein gewählter Teil dieses Gremiums hier und haben Rechte, zu fragen und auch Antworten zu erhalten, um uns auf dieser Basis eine Meinung zu bilden. Logischerweise hatten wir keine Gelegenheit, eine Auswertung dieser Antworten vorzunehmen.

Aus diesen drei Gründen beantrage ich heute die Absetzung des Tagesordnungspunktes 3.1.1. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich darüber abstimmen, ob der Tagesordnungspunkt 3.1.1 abgesetzt wird. Wer der Absetzung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die AfD und Rot-Weiß. Wer enthält sich? - Damit bleibt er auf der Tagesordnung.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Gibt es überhaupt noch etwas auf der Tagesordnung?)

- Ja, es ist noch etwas drauf.

Erst einmal habe ich noch eine Nachfrage an Herrn Zimmermann, der eben darauf hingewie-

sen hat, dass er bei Punkt 3.1.3 auch Antragsteller ist. Das nehme ich zu Protokoll. Ich bin inzwischen zu dem Ergebnis gekommen, dass es gut ist, bei Ihnen nachzufragen, ob Sie möchten, dass - -

(Zuruf von Michael Frenzel [SPD])

- Danke sehr. Danke schön, Herr Frenzel. Ich freue mich über das Kompliment von Ihnen besonders.

(Heiterkeit)

Wünschen Sie, dass das auf der Tagesordnung bleibt, Herr Zimmermann?

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich wünsche nicht, dass es auf der Tagesordnung bleibt, möchte aber gleichzeitig sagen, dass wir als Ratsgruppe GUT von dem Antrag zurücktreten. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nachdem wir das jetzt einigermaßen geordnet haben, bitte ich Sie nun, mit mir über die Dringlichkeitsanträge zu befinden.

Es liegt ein Antrag der AfD-Fraktion vom 25. September 2019 zum Thema „Kliniken der Stadt Köln“ vor. Das ist der TOP 21.1 im nichtöffentlichen Teil. Hier frage ich, ob es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit gibt. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Antragsteller, wir hatten ja eine Diskussion im Hauptausschuss und im Gesundheitsausschuss. Sie wurde, wie Sie wissen, in die nächste Ratssitzung vertagt. Ich bin der Meinung, dass auch dieses Thema dann dort behandelt werden müsste.

Darum sehe ich nicht die Dringlichkeit und bitte den Rat, die Dringlichkeit abzulehnen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte sehr.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Gegenrede zu dem eben von Herrn Breite Formulierten: Wir haben ja vor, der Oberbürgermeisterin ein Verhandlungsmandat zu geben. Die Verhandlungsposition der Stadt Köln wird nur dann gut sein, wenn wir einen gewissen Beitrag zur Sanierung der Kliniken der Stadt Köln leisten. Es ist wichtig und entscheidend, dass der Rat der Stadt Köln sich genau hierzu öffentlich bekennt und ein Zeichen setzt bzw. im nichtöffentlichen Teil dieses beschließt und damit die Verhandlungsposition der Oberbürgermeisterin stärkt.

Deshalb hat dieser Antrag selbstverständlich eine Dringlichkeit. Ihn zu verschieben, hieße, der Stadt Köln weiteren Schaden zuzufügen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke, Herr Boyens. - Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für die heutige Behandlung? - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Damit ist das von der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil geschoben.

Es gibt noch weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit, wie wir eben von Herrn Kienitz gehört haben.

Unter TOP 3.1.8 liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 26. September 2019 vor. Darin geht es darum, den Veedelsschutzmann zu erhalten. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche gegen die Dringlichkeit des Antrags, der unter TOP 3.1.8 vorliegt. Wir alle haben in der Sommerpause verfolgen können, dass dieses Thema bereits damals zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Bezirksbürgermeister aus Mülheim diskutiert wurde.

Ich habe bisher die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion so erlebt, dass sie durchaus in der Lage sind, auch fristgerecht Anträge zu wichtigen Themen zu stellen. Aus unserer Sicht ist der Antrag natürlich nicht dringlich, weil das Thema allseits bekannt ist. Der Antrag hätte hier auch rechtzeitig eingebracht werden können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kienitz, selbstverständlich ist dieser Antrag dringlich.

Um Sie noch einmal abzuholen: Es geht um die Bezirks- und Schwerpunktdienste in Köln, die den Veedelsschutzmann vor Ort aktiv unterstützen und bis jetzt bei allen Polizeiinspektionen vorgehalten werden. Nun gibt es Umstrukturierungspläne dahin gehend, sie zu zentralisieren. Der Polizeipräsident hat das ja auch transparent gemacht und hat verdeutlicht, dass es auch andere wichtige polizeiliche Aufgaben gibt, die durch die Umstrukturierung mit abgedeckt werden sollen.

Es geht aber doch nicht, dass wichtige polizeiliche Aufgaben - und die Arbeit vor Ort mit der Sozialraumorientierung ist eine solche wichtige polizeiliche Aufgabe - aus reinem Personalmangel gegeneinander aufgewogen werden. Dagegen wendet sich die SPD in Köln ganz strikt. Wir sind gegen diese Umstrukturierungspläne.

Selbstverständlich ist dieses Thema wichtig. Es ist wichtig und dringlich, weil jetzt deutlich geworden ist, dass im Kern ein Personalmangel vorliegt, der durch das Land verantwortet ist.

(Niklas Kienitz [CDU]: Entschuldigung! Das ist nicht dringlich! - Bernd Petelkau [CDU]: Zehn Jahre habt ihr geschlafen!)

Es steht diesem Rat gut an, hier und heute nicht mit Formalien zu argumentieren, sondern den Bürgerinnen und Bürgern in Köln zu zeigen, dass wir die Arbeit vor Ort und die Sicherheit vor Ort wichtig nehmen. Und wenn das nicht dringlich ist, dann weiß ich es auch nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung gibt. - Dagegen sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Es enthält sich die Ratsgruppe GUT. Damit ist dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung möchte ich Ihnen vorschlagen, nachdem wir jetzt darüber abgestimmt haben, dass TOP 3.1.1 auf der Tagesordnung bleibt, die Tagesordnungspunkte 3.1.1, 3.2.1 und 4.2 zum Godorfer Hafen gemeinsam zu behandeln.

Gibt es weitere Wortmeldungen von Ihnen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung so, wie wir sie besprochen haben, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. - Doch. Stimmen Sie dagegen?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ich stimme persönlich dagegen, ja, weil ich das, was hier im Saal stattfindet, eine große Sauerei finde! Ich bin jetzt 20 Jahre im Stadtrat! Aber dass so viele Punkte wie heute gestrichen werden, hat es noch nie gegeben! Ich schäme mich! - Beifall bei der LINKEN und der SPD)

- Ich würde Sie nur bitten, das Wort mit S zurückzunehmen; denn das halte ich hier für keine angemessene - -

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein. Sie wollen mich jetzt dazu zwingen, es auszusprechen. Das tue ich aber nicht. Es fängt mit S an.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ich habe gesagt: Ich schäme mich!)

- Aber davor haben Sie ein anderes Wort benutzt, als Sie gesagt haben, wie Sie das hier finden. Und das halte ich für nicht in Ordnung. Das ist auch keine angemessene Sprache.

(Beifall bei der CDU)

Also können wir jetzt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Auch wenn nicht alle damit einverstanden sind, gibt es hier die Mehrheit. Enthaltungen? - Keine. Wunderbar. Damit ist sie so angenommen, und wir werden das so behandeln.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, besonders die Kinder und Jugendlichen aus den Jugendzentren, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler Herrn

Dr. Schoser, Herrn Thelen und Frau Laufenberg vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der

Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

Öffentlicher Teil

3.2.1 Hafenausbau Godorf

Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 19.09.2019

3318/2019

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Klimastreik“ am 20. September – Zusatzurlaub auf Kosten der Steuerzahler?"

AN/1294/2019

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "MiStra – Auffällige Asylbewerber in Köln"

AN/1295/2019

10.20 Schließung und Rückbau der städtischen Unterkunft für Geflüchtete am Standort Eygelshovener Straße 33, 50999 Köln-Sürth

3295/2019

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden"

AN/1298/2019

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Stadtentwicklungsausschuss"

AN/1309/2019

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 "Wahlen" hier: Neubesetzung Aufsichtsräte, weitere Gremien"

AN/1325/2019

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Besetzung von Gremien"

AN/1330/2019

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.1 Erhöhung der Institutionellen Förderung des Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler, Köln e.V.

1261/2019

10.15 Werkstattverfahren Hallen Kalk

Hier: Integrierter Plan als Grundlage der weiteren Bearbeitung

2646/2019

10.17 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung

hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage

3860/2018

12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03

Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth

(s. auch 24.8 nichtöffentlicher Teil - Ergänzungen zu den

Anlagen 2, 3, 6 und 8)

0396/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

24.1 Anpassung Parkentgelte in den städtischen Parkeinrichtungen Lanxess Arena und Tiefgarage Philharmonie

1399/2019

24.4 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund

3050/2019

24.8 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend

den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/0, Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth,

(hier nur Ergänzungen zu den Anlagen 2, 3, 6 und 8, s. auch TOP 12.7 ö. Teil)

III. RM Hammer beantragt,

- *TOP 3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Frischezentrum in Marsdorf realisieren!", AN/0740/2019 und den dazugehörenden Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln), AN/0972/2019 zu vertagen.*

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Vertagung des Antrages mit Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD und der Ratsgruppe GUT, RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

- *TOP 3.1.6 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Umweltmaut ÖPNV-Abgabe", AN/1256/2019 und den dazugehörenden Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., AN/1314/2019 in den Verkehrsausschuss als zuständigen Fachausschuss zu verweisen.*

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Verweisung des Antrages mit Änderungsantrag in den Verkehrsausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

- *TOP 5.4.1 Zahlung von Sitzungsgeld für Mitglieder des Integrationsrates bei Teilnahme an den Arbeitskreisen – Änderung der Hauptsatzung, 1743/2019 aufgrund von noch bestehendem Beratungsbedarf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückzustellen.*

IV. RM Kienitz

- *stellt TOP 3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Organisatorischer Wechsel des Amtes 23 und Änderung der Ordnungsnummer Dezernat VIII zu Dezernat III", AN/1254/2019*

  bis zur nächsten Sitzung zurück.

RM Zimmermann erklärt, dass die Gruppe GUT von diesem gemeinsamen Antrag zurücktritt. Auf Nachfrage teilt er mit, dass er nicht beantragt, dass der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung bleibt soll.

- *beantragt, TOP 3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten", AN/1031/2019, und die dazugehörenden Änderungsanträge in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung als zuständigen Fachausschuss zu verweisen.*

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Verweisung des Antrages mit den beiden Änderungsanträgen in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung abstimmen.

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

V. RM Joisten beantragt, TOP 3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Hafenausbau Godorf: Beendigung der planungsrechtlichen Verfahren", AN/1260/2019 von der Tagesordnung abzusetzen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Absetzung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

VI. Es liegen zur Sitzung ein Dringlichkeitsantrag im öffentlichen Teil und ein Dringlichkeitsantrag im nichtöffentlichen Teil vor:

- TOP 3.1.8

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Sicherheit im Bezirk stärken – Veedelsschutzmann erhalten“

AN/1327/2019

RM Kienitz spricht sich gegen, RM Dr. Krupp für die Dringlichkeit aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie der Gruppe Rot-Weiß und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT abgelehnt.

Der Antrag wird somit in der Sitzung des Rates am 07.11.2019 behandelt.

- TOP 21.1

Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Kliniken der Stadt Köln rasch sanieren – neue Nutzung für den Standort Holweide"

AN/1307/2019

RM Breite spricht sich gegen, RM Boyens für die Dringlichkeit aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß abgelehnt.

Der Antrag wird somit in der Sitzung des Rates am 07.11.2019 behandelt.

VII. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 3.1.1

Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Hafenausbau Godorf: Beendigung der planungsrechtlichen Verfahren"

AN/1260/2019

TOP 3.2.1

Hafenausbau Godorf ,

Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 19.09.2019

3318/2019

TOP 4.2

Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Ausbau des Godorfer Hafens"

AN/1057/2019

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2019

3027/2019

zusammen unter TOP 3.1.1 zu behandeln.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung mehrheitlich gegen die Stimme von RM Detjen zu.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil wir keine Aktuelle Stunde haben, rufe ich als ersten Punkt auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Schenkung an das Museum Schnütgen 2869/2019

Es geht um eine Madonnenfigur. Ich stelle das zur Abstimmung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKE, die FDP-Fraktion, die AfD und die anderen sicher auch, weil das eine wunderbare Schenkung ist. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei den Eheleuten Piecq als Stifter für diese großzügige Schenkung an das Museum Schnütgen.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die private Schenkung an das Museum Schnütgen mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wie eben beschlossen, behandeln wir jetzt die Tagesordnungspunkte 4.2, 3.2.1 und 3.1.1 gemeinsam.

Zunächst rufe ich auf:

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Ausbau des Godorfer Hafens“ AN/1057/2019

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2019 3027/2019

Herr van Geffen.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat ein starkes Stück, dass wir diese Antwort erst heute Mittag bekommen haben. Die Anfrage ist zwei Monate alt. Das ist eigentlich unglaublich.

Wenn man sich den Inhalt anschaut, stellt man fest, dass darin viele ziemlich nichtssagende Sätze stehen. Sie sagen an vielen Stellen im Prinzip, dass Sie nichts wissen.

In der Antwort auf die Frage 1 verweisen Sie mehrfach auf das weitere Bauleitverfahren. Wäre es nicht sinnvoll, dieses Verfahren fortzuführen, um am Ende die entsprechenden Umweltauswirkungen ermittelt zu haben und sich dann entscheiden zu können, und nicht heute, wenn man eben die Informationen nicht hat?

Zweite Nachfrage: Die Frage 4 wird mit einem ziemlich lapidaren Satz beantwortet:

> Die Aussetzung des Planverfahrens ist seinerzeit in Abstimmung mit der HGK erfolgt.

Ich habe so meine Zweifel, ob „Abstimmung“ wirklich Zustimmung bedeutet hat und ob die Zustimmung dann bedeutet, dass man das auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt. Darum geht es mir aber nicht. Ich frage konkret nach: Wenn Sie das mit der HGK abgestimmt haben, ist das schön. Aber warum ist die Aussetzung des Planverfahrens nicht mit den Ratsgremien abgestimmt worden? Soweit ich das sehen kann, haben wir hier keinen VBP, sondern einen ganz normalen B-Plan. Dementsprechend müssten aus unserer Sicht die Gremien des Rates damit befasst werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Greitemann, ich bitte Sie, zu antworten.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr van Geffen, kurz die Antwort von meiner Seite, von hinten angefangen: Das ist die Aktenlage, die ich vorgefunden habe. Das heißt: Es hat eine Abstimmung mit der HGK seinerzeit zur Aussetzung des Verfahrens geführt.

Zu dem Bauleitverfahren: Für vertiefende Untersuchungen, wie sie von Ihnen angesprochen worden sind, müssten umfangreiche Gutachten erstellt werden, um das hundertprozentig zu bewerten, insbesondere unter Berücksichtigung der seit 2012 zusätzlich entstandenen Entwicklung im Hafen Nord und in anderen Bereichen des Verkehrs.

(Jörg van Geffen [SPD] meldet sich zu Wort)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Geffen, ist das eine Rückfrage direkt dazu? Ihre beiden Fragen haben Sie gestellt.

Jörg van Geffen (SPD): Das ist schon klar. - Herr Greitemann, interpretiere ich Ihre Ausführungen richtig, dass Sie uns dann empfehlen würden, das Bauleitverfahren fortzuführen, damit wir dann auch diese Untersuchungen bekommen?

Ich habe eine weitere Rückfrage zu meinem zweiten Punkt. Sie haben auf die Aktenlage verwiesen. Das ist okay. Aber trotzdem bleibt die

Frage: Warum sind die Ratsgremien damit nicht befasst worden? - Diese Frage ist nicht beantwortet worden.

Beigeordneter Markus Greitemann: Verzeihung, dass ich Ihre letzte Frage nicht beantwortet habe - zum Ersten, weil ich sie nicht beantworten kann, und zum Zweiten, weil es vor meiner Zeit war.

(Christian Joisten [SPD]: Das kann ja wohl nicht sein!)

- Es tut mir leid. Das ist definitiv so.

Zu Ihrer vorweg gestellten Frage: Ich gebe keine Empfehlung diesbezüglich, weil es in der Souveränität des Rates liegt, darüber zu befinden, ob dieses Verfahren weitergeführt wird oder nicht und ob Ihnen die Informationen vorliegen, um zu entscheiden, oder nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir jetzt - -

(Christian Joisten [SPD]: Frau Reker!)

- Herr Joisten, zwei Nachfragen.

Christian Joisten (SPD): Aber die Frage ist ja nicht beantwortet worden. Und wenn die Verwaltung das Wissen von Herrn Greitemann - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, wenn eine Frage hier nicht so beantwortet wird, wie Sie sich das vorstellen, gibt es keine dritte Frage, Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Aber wir erwarten eine Antwort der Verwaltung auf die gestellte Frage. Und wenn Herr Greitemann sie nicht beantwortet, dann sind vielleicht andere im Saal, die möglicherweise zu dem Prozess etwas sagen können. Die HGK ist angesprochen. Vielleicht können die Stadtwerke dazu etwas sagen.

Es kann doch nicht sein, dass nur einer das Wissen hat, und dann bekommen wir keine Frage beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, wir sind beim Tagesordnungspunkt 4.2.

(Christian Joisten [SPD]: Richtig!)

Da gibt es eine Anfrage. Diese Anfrage ist von der Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet worden.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie sie sich selber anders beantworten, können Sie das ja machen. Das steht Ihnen frei. Sie ist von der Verwaltung so beantwortet worden, wie die Fachleute das für richtig halten. Und die beiden Nachfragen sind auch beantwortet, und zwar in ausreichendem - -

(Zuruf von der SPD)

- Herr Greitemann hat sich doch dazu verhalten.

(Christian Joisten [SPD]: Das war aber keine Antwort!)

- Doch, natürlich hat er geantwortet. Ich habe ihn ja sprechen gehört, genau wie Sie.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Nachfragen von Herrn van Geffen werden in der Sitzung beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir sind jetzt bei:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Hafenausbau Godorf: Beendigung der planungsrechtlichen Verfahren“
AN/1260/2019

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Hafenausbau Godorf
Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 19.09.2019
3318/2019

Als Erster hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum stellen wir heute einen derartigen Antrag, dieses verfahrensrechtliche Verfahren zu beenden?

(Zuruf von der SPD: Ja, warum?)

Dieses Verfahren ist unter bestimmten Prämissen im Jahre 2012 begründet worden, und diese Prämissen sind heute, im Jahre 2019, obsolet.

Erstens sind die globalen Rahmenbedingungen in der Schifffahrt und im Containertransport heute andere, als damals erwartet wurden. Das beginnt mit den Zuwachsraten, die in dem Gutachten unterstellt worden sind. Seinerzeit ist man dort davon ausgegangen, dass wir ein jährliches Wachstum von 6 Prozent vorfinden würden. Das ist anders gekommen. Wir liegen deutlich darunter. Die Entwicklung ist in den letzten Jahren partiell sogar rückläufig gewesen.

Es ist auch nicht zu erwarten, dass hier grundsätzlich neue Tonnagen entstehen werden, weil sich die Rahmenbedingungen auch in der Europäischen Union geändert haben. Denn in der damaligen Grundüberlegung ist festgehalten worden, dass ein Großteil der Versorgung der Europäischen Union mit Gütern aus Asien und Nordamerika über die Nordhäfen der Europäischen Union, also insbesondere Hamburg, Rotterdam und Antwerpen, erfolgen würde. Zwischenzeitlich, im Jahre 2019, müssen wir aber feststellen, dass die Südhäfen der Europäischen Union, egal ob es Marseille, Genua oder Neapel ist, ausgebaut worden sind. Das heißt: Die Tonnage verteilt sich heute auch anders, als damals unterstellt worden ist.

Das ist etwas, was wir heute zur Kenntnis nehmen müssen.

Ein Zweites kommt hinzu. Die Rahmenbedingungen hier am Mittelrhein haben sich ebenfalls geändert. Die HGK ist heute nicht nur in Köln tätig, sondern im Prinzip als Containerumschlagsbetreiber in nahezu allen Häfen in der Region unterwegs.

Gleichzeitig - das gehört auch mit dazu - sind weitere Kapazitäten dazugekommen, weil der Bonner Hafen ausgebaut worden ist. Dort ist das planungsrechtliche Verfahren anders gelaufen als in Köln, weil in Bonn die Beschlüsse durchgegangen sind und nicht beklagt worden sind.

Ich muss heute in Köln zur Kenntnis nehmen, dass ein funktionierender Hafenausbau vorhanden ist und dass in der Region generell kein Mangel an entsprechenden Kapazitäten herrscht.

Wir investieren - und das ist dann doch die entscheidende Frage -, wenn wir ein derartiges Projekt aufsetzen, zwar kein unmittelbares Kölner Geld. Aber das ist Steuerzahlergeld. Daher muss man schon Prioritäten setzen und das Geld dort einsetzen, wo es auch am besten genutzt werden kann.

Da wir zurzeit in der Region Köln/Bonn - und das geht ja weiter bis nach Düsseldorf/Neuss herauf - keine Unterkapazitäten haben, ist die Notwendigkeit aus wirtschaftlicher Sicht nicht mehr gegeben.

Vor diesem Hintergrund macht es im Jahre 2019 Sinn, einen Beschluss aus dem Jahre 2012 zu revidieren, um hier am Ende für die Region zu handeln. Und das regionale Denken ist ja etwas, was wir weiter vorantreiben wollen - nicht nur als Metropolregion, sondern auch als Wirtschaftsstandort mitten in Europa. Vor diesem Hintergrund macht es absolut Sinn, diesen Beschluss heute zu fassen.

Wir wollen natürlich auch - und das gilt sowohl für das Unternehmen als auch für die Menschen vor Ort - für diesen Bereich Sicherheit schaffen. Denn es macht keinen Sinn, hier einen unsicheren Prozess zu haben - wird das vielleicht noch gebaut, oder wird es doch nicht gebaut? -, weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht klar sind und auch nicht klar ist, ob weitere rechtliche Verfahren gegen einen neuen Antrag und ein neues planungsrechtliches Verfahren folgen. Diese Unsicherheit können wir den Menschen nicht zumuten.

Wenn in der Abwägung am Ende die Wirtschaftlichkeit nicht stimmt und auch volkswirtschaftlich gesehen in der Region keinerlei Einschränkungen zu erwarten sind, kann dieser Beschluss nicht länger aufrechterhalten werden. Genau deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht, um hier für die Region Stabilität zu schaffen und klare Eckpunkte zu setzen. Daher bitten wir um Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Frank das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Projekt Hafenausbau Godorf beschäftigt diesen Rat seit über 30 Jahren. Es ist das einzige Projekt, an dem sich in dieser Zeit offensichtlich immer die Gemüter reiben.

Im August 1985 berichtete unser Newsletter der Grünen-Ratsfraktion bereits über ein „Mega-Projekt Containerhafen“. Dieses sollte nach dem Willen der SPD in den Worringer Bruch gebaut werden, also in einem hochwertigen Biotop entstehen.

Im Oktober 1986 kam dann die Wende. Nun sollte der Containerhafen nach Godorf mitten in das Naturschutzgebiet Sürther Aue.

Darin bleibt sich die SPD bis heute treu: Wenn es um Zerstörung geht, dann aber richtig.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nachdem zunächst die CDU dafür die Mehrheit verweigerte, wurde sie damals umgestimmt; ein CDU-Mann sollte Chef der neuen Hafengesellschaft werden.

Seitdem ist dieser Ausbau heftig umkämpft. Der 2007 erfolgte Planfeststellungsbeschluss wurde durch die Bürgerinnen und Bürger erfolgreich beklagt. Das Bundesverwaltungsgericht hob ihn 2015 auf. Vorher hatte im Juli 2011 eine Bürgerbefragung stattgefunden, bei der sich eine Mehrheit von 56 Prozent ergeben hat, die dagegen ist, aber leider das Quorum knapp verfehlt hat.

Heute, fast 33 Jahre später, ist es nun so weit - und das ist sicherlich historisch -, dass der Rat - so stehen jetzt die Zeichen - die Beendigung aller planungsrechtlichen Verfahren für den Hafenausbau Godorf beschließen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Die Grundlage dafür ist die Kooperationsvereinbarung von CDU und Grünen. Dafür geht auch an dieser Stelle noch einmal der Dank an die CDU-Fraktion.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser besonderer Dank gilt allerdings den unermüdlich engagierten Bürgerinitiativen im Kölner Süden, die über 30 Jahre mit Vehemenz für diese Entscheidung gekämpft haben.

Es ist aber ein Erfolg für ganz Köln; denn letztlich hat sich nun die ökologische und ökonomische Vernunft durchgesetzt. Das 35 Hektar große Naturschutzgebiet Sürther Aue wird komplett erhalten und nachhaltig gesichert. Eine 75-Millionen-Euro-Fehlinvestition wird vermieden. Durch den Hafenausbau wären nämlich auch 15 Hektar Naturschutzgebiet vernichtet worden.

Heutzutage gibt es noch mehr Gründe, für das städtische Ökosystem Grün- und Naturschutzflächen zu erhalten - siehe Negativfolgen durch den Klimawandel.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von Beginn an haben die Befürworter luftige Wachstums- und Rentabilitätsprognosen für den Ausbau des Containerhafens in die Welt gesetzt. Das gilt auch für die angebliche Vermeidung innerstädtischer Lkw-Fahrten. 2008 sollten es noch 130 000 gewesen sein. Wer die jüngsten Veröffentlichungen liest, sieht, dass nur noch 50 000 übrig geblieben sind.

Legte man den Containerumschlag im Hafen zugrunde, der sich 2017 auf 56 000 Einheiten belief, würde das eigentlich bedeuten, dass faktisch der ganze Umschlag aus dem Kölner Süden käme, wenn man das so einschätzen könnte. Dass das Unfug ist, weiß jeder.

Auch das von der HGK zuletzt beauftragte Gutachten zur Potenzialanalyse macht einen da nicht viel schlauer. Auffallend ist, dass diese Gutachten immer nur einen sehr lokalen Bezug haben. Sie betrachten nie die regionale Entwicklung.

Aus der Marktanalyse für die Kölner Häfen zitiere ich einmal die Begründung:

> Selbst wenn es einen Alternativstandort

für Godorf

> außerhalb Kölns gäbe, der die Verkehre abwickeln könnte, hätte dies zur Konsequenz, dass auch Arbeitsplätze und Einkommen nicht in Köln, sondern an anderer Stelle entstehen. Aus Kölner Sicht kann dies nicht wünschenswert sein.

Es ist Kirchturmpolitik reinsten Wassers, wenn man das als Begründung anführen möchte.

Inzwischen ist die Entwicklung auch in der Region über diesen Stand hinausgegangen. Wir haben mittlerweile ein Terminal in Bonn. Wir haben ein Terminal in Eifeltor ausgebaut; da sind wir alle demnächst zu 50 Jahre Efieltor eingeladen.

Wir haben den Niehler Hafen. Wir haben auch Planungen für ein trimodales Terminal in Lülsdorf; es ist gut, wenn sich die HGK daran beteiligt.

Die Firmen konzentrieren somit ihre Verkehre jeweils auf die Süd- und die Nordstandorte. Die Verkehrsbeziehungen haben sich damit vollständig verändert. In 30 Jahren bleibt die Zeit natürlich nicht stehen.

Inzwischen betreibt die HGK den Ausbau des KV-Terminals im Kölner Norden, also im Industriepark Köln-Nord, mit einem Logistikzentrum. Diese 100-Millionen-Euro-Investition spart, wenn sie funktioniert, 250 000 Lkw-Fahrten ein.

Die HGK hat bis 2030 ein Investitionsprogramm von 500 Millionen Euro. Jeder Euro muss sinnvoll eingesetzt werden. Unnötige Investitionen soll man sich sparen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Und dazu besteht heute die große Gelegenheit - auch für die SPD. Denn bereits im September 2009 - ich komme zum Schluss - hat die damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün der Kölner SPD empfohlen:

> Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die kritische Haltung zum Godorfer Hafen nimmt man in der FDP schon mit der politischen Muttermilch auf.

(Heiterkeit)

Daher ist für uns heute ein großartiger Tag, weil wir dieses Projekt, dem so lange hinterhergeeifert wurde, nun endlich beerdigen können.

(Beifall bei der FDP)

Mein Dank gilt den Partnern, die das heute möglich machen. Den Grünen - wir haben damals schon bei der Bürgerbefragung zusammen gekämpft - ist das sicherlich etwas leichter gefallen als den Kollegen der CDU. Aber ich bin froh, dass die CDU jetzt endlich auch springt. Das war lange überfällig.

Der Dank geht natürlich auch - mit Blick auf die Tribüne - an die vielen Bürger, die sich in dieser Frage in den letzten Jahren und Jahrzehnten entsprechend engagiert haben.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bei uns ist, wie Sie sich vorstellen können, der Grund nicht das gewesen, was jetzt so populär ist, nämlich die Debatte darüber, was das mit Klimaschutz zu tun hat; die entsprechenden Schlagzeilen konnte man heute noch in der Zeitung lesen. Vielmehr ging es bei uns als FDP immer um den fehlenden neutralen Nachweis einer Wirtschaftlichkeit. Denn die Wirtschaftlichkeit war schon zu den damaligen Zeiten, als die entsprechenden Beschlüsse gefasst worden sind, nicht gegeben.

Sie ist aber heute noch viel weniger gegeben. Das haben die Vorredner schon geschildert. Die Container-Prognosen haben sich ganz anders entwickelt, als die HGK das erhofft hatte. Und auch das Umland war nicht untätig. Vor dem Hintergrund der Investitionen in Bonn und in Lülsdorf wäre es heute noch irrsinniger denn je, hier im Kölner Süden im Grunde eine dritte Struktur zu bauen.

Natürlich werden hier auf der Seite der SPD gleich noch einige Krokodilstränen fließen; da bin ich mir ganz sicher. Jörg Frank hat aber schon an die lange Leidensgeschichte in dieser Frage erinnert. Die SPD hätte lange Zeit gehabt, als sie die Mehrheit hatte, dieses Projekt entsprechend umzusetzen. Aber nein; sie hat dann sogar noch eine Bürgerbefragung inszeniert, um sich im Anschluss nicht an das ungeliebte Ergebnis zu halten. Die Position der SPD, die Sie gleich dargestellt bekommen werden, ist also wenig glaubwürdig.

(Beifall bei der FDP)

Heute haben wir markige Worte vonseiten der HGK in einer Zeitungsbeilage gelesen. Dem *Kölner Stadt-Anzeiger* und der *Kölnischen Rundschau* war mal wieder die sogenannte Hafen-Prawda beigelegt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss sagen: Dass eine Tochter der Stadt Köln mit Mitteln der Gesellschaft in dieser Form mit den politischen Gremien und auch der Mutter, nämlich der Stadt Köln, umgeht, ist ein ungeheuerlicher Vorgang, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das können sich ein Rat der Stadt Köln und eine Stadtverwaltung eigentlich nicht gefallen lassen.

Herr Steinkamp, ich muss jetzt Sie angucken, weil wir das in der letzten Aufsichtsratsratssitzung der SWK angesprochen haben und gesagt haben: Es kann nicht sein, dass eine Tochterfirma sich in dieser Art und Weise in eine politische Debatte einbringt.

(Christian Joisten [SPD]: Doch, das ist ihre Pflicht!)

Das kann nicht sein. Sie kann alle Wege nutzen, das zu tun, indem sie auf politische Mandatsträger zugeht. Wir haben auch ein Schreiben bekommen. Das ist alles wunderbar. Das ist schon mehr gewesen, als man bei der Kritik der HGK an dem Lkw-Fahrverbot für die Rheinuferstraße getan hat. Da hat es nämlich nur eine Pressemitteilung gegeben. So etwas geht gar nicht. Jetzt hat es mittlerweile auch ein Schreiben gegeben.

Aber ich finde es nicht richtig, dass hier mit den Mitteln der Gesellschaft eine solche Zeitungsbeilage gemacht wird, um den Rat der Stadt Köln in dieser Form zu beeinflussen. Das geht nicht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, Herr Steinkamp, dass Sie das in Ihr Konzerndirektorium mitnehmen müssen; denn das muss nachbereitet werden. Wir sitzen leider nicht im HGK-Aufsichtsrat. Aber ich kann nur alle Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen entsprechend bitten. Das muss dort ein Nachspiel haben. Es gehört auf die Tagesordnung. So etwas kann sich ein Souverän, der Rat der Stadt Köln, nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten [SPD]: Wenn sich ein Unternehmen pflichtgemäß verhält? In welcher Wirtschaftswelt leben Sie?)

Daher bin ich froh darüber, dass diese versuchte Beeinflussung hier nicht auf fruchtbaren Boden fällt und wir heute eine Mehrheit bekommen, um dieses Projekt endgültig zu beenden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von unserer Gruppe herzlichen Dank vor allem an die Aktiven vor Ort in Godorf und an der Sürther Aue.

Dieser Kampf findet heute ein gutes Ende. Er führt in dieser Geschichte endlich zum Erfolg.

Es gab aber in dieser ganzen Zeit auch Tiefpunkte, zum Beispiel die Rodungen vor zehn Jahren in der Sürther Aue. Daher möchte ich anregen, dass wir im Veränderungsnachweis zum Haushalt 2020 auch Mittel für eine Renaturierung der Sürther Aue einstellen. Ich frage gleichzeitig auch die Verwaltung, ob sie schon in diese Richtung gedacht hat. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskolleginnen und -kollegen! Verehrte Bürgerinnen und Bürger hier im Ratssaal und vor den Bildschirmen! Heute soll der Rat endgültig darüber entscheiden - wir haben es schon mehrfach gehört -, dass der Ausbau des Godorfer Hafens nicht erfolgen soll. So wollen es zumindest die Antragsteller von CDU, Grünen, FDP und GUT.

Eine Mehrheit hier im Hause haben Sie damit augenscheinlich. Eine Mehrheit für Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist das allerdings auf keinen Fall.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auf jeden Fall gegen diesen Antrag stimmen - das ist wohl selbstverständlich -; denn wir haben uns folgende Frage gestellt: Was bedeutet dieser Beschluss für unsere Stadt?

Es ist in erster Linie ein Beschluss für Ihre Wählerklientel, liebe CDU und FDP, aber gegen die

Menschen im Kölner Norden. Es ist ein Beschluss wider alle Sachargumente, der umweltpolitisch und verkehrspolitisch fragwürdig ist, die soziale Spaltung in unserer Stadt vorantreibt und zu schlechter Letzt auch ein riesiges Loch in den städtischen Haushalt reißen wird.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Sie müssen sich jetzt einmal die Argumente anhören. Damit müssen Sie sich einmal auseinandersetzen. Es gibt ja tatsächlich gute Sachargumente, die Sie anscheinend stets zu verdrängen versuchen. Diese Argumente müssen Sie sich heute hier noch einmal anhören. Das tut mir ganz furchtbar leid für Sie. Aber ich glaube, dass es für die Öffentlichkeit wichtig ist.

Der Hafenausbau ist ökologisch, ökonomisch und verkehrspolitisch sinnvoll.

Um das Klima zu schonen, müssen wir den Güterverkehr viel stärker auf die Schiene und das Wasser verlagern. Das funktioniert aber nur mit den richtigen Infrastrukturen.

Jedes Binnenschiff ersetzt weit über 100 Lkw, die sonst die Kölner Straßen und Autobahnen verstopfen und CO_2 ausstoßen. Durch den Hafenausbau in Godorf zu einem Containerhafen können wir zielgenau die Industrie im Kölner Süden bedienen.

Für den Hafenausbau soll eine mit Brombeerbüschen bewachsene Aufschüttungsfläche des Betriebsgeländes der HGK genutzt werden. Dass diese Fläche immer wieder als Teil der Sürther Aue bezeichnet wird, ist aus meiner Sicht Teil einer populistischen Kampagne, die den Partikularinteressen Ihrer Wählerklientel ein ökologisches Mäntelchen umhängen soll.

(Beifall bei der SPD)

Dass die HGK aber bereits vorab ihren Verpflichtungen zur Renaturierung von Ausgleichsflächen unter Einsatz erheblicher Mittel nachgekommen ist und dabei weit höherwertiges und klimanützliches Grün geschaffen hat, wird geflissentlich verschwiegen.

Die Güterverlagerung von der Straße auf Schiene und Wasser kann nur gelingen, wenn wir die erforderlichen Hafenkapazitäten ausbauen und haben. Der Ausbau in Godorf würde dazu führen, dass Lkw-Fahrten quer durch die Stadt reduziert würden. Transporte aus Niehl nach beispielsweise Wesseling müssten bei Nichtausbau zusätzliche Strecken von bis zu 40 Kilometern pro Lkw bewältigen. Beim Ausbau Godorfs müssten Lkw dann nicht über den Autobahnring fahren, sondern von Godorf aus nur noch die letzte Meile zurücklegen.

In der Abwägung aller Argumente halten wir den Ausbau des Godorfer Hafens daher gerade aus ökologischen Gesichtspunkten für völlig vertretbar und für klimapolitisch dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen klar konstatieren: Wer die Ausrufung des Klimanotstands ernst nimmt - und das tun wir -, muss für den Ausbau des Godorfer Hafens sein und darf diesem Antrag hier heute nicht zustimmen.

Der Ausbau des Godorfer Hafens ist auch ökonomisch sinnvoll. Die jüngsten Wirtschaftlichkeitsgutachten belegen dies eindeutig. Der Ausbau ist eben keine öffentliche Fehlinvestition. Das Projekt wird in diesem Gutachten mit einem Nutzenfaktor von über 2 qualifiziert. Das bedeutet, dass jeder Euro, der dort hineinfließt, einen Nutzen für die Öffentlichkeit von 2 Euro erwirtschaftet. Und wenn das nicht wirtschaftlich sein soll, meine lieben Kollegen insbesondere von der FDP - Sie halten ja so viel auf Ihre ökonomische Kompetenz -, dann weiß ich es auch nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Sie argumentieren hier, dass die Prognosen für die Entwicklung der Binnenschifffahrt sich in der Vergangenheit nicht bewahrheitet hätten. Aber was heißt das für die Zukunft? Heißt das, dass Sie nur noch Prognosen glauben, die Ihnen politisch in den Kram passen?

Fakt ist: Laut Jahresbericht 2018 der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt verzeichnet der Kölner Containerverkehr im Laufe des Jahres 2017 in der gesamten EU wie auch auf dem Rhein einen Anstieg von 6 Prozent. Man höre: eben die 6 Prozent, die angeblich verfehlt werden. Fast 2,37 Millionen TEU - das sind 20-Fuß-Äquivalente - im Jahr 2017 im Containerverkehr auf den traditionellen Rhein bedeuten eine Steigerung von 84 Prozent seit dem Jahr 2000.

Der Masterplan Binnenschifffahrt des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur - meines Wissens ist das ein CDU-Ministerium - geht folgerichtig von einem Wachstum der Verkehrsleistung der Binnenschifffahrt von 2010 bis 2020 um 23 Prozent aus.

Für uns gibt es daher nur eine ganz klare Folge: Die Hafenkapazitäten müssen erweitert werden.

Ein Ausbaustopp hätte zudem direkte finanzielle Auswirkungen für den Steuerzahler. Die bereits getätigten Investitionen in Höhe von 8 Millionen Euro, die, liebe CDU, im Vertrauen auf den von Ihnen mitgetragenen Ratsbeschluss geflossen sind, müssten unmittelbar abgeschrieben werden und würden sofort eine Ergebnisminderung auslösen.

Liebe Ratsmehrheit, wie wollen Sie das eigentlich finanzieren? Das wissen Sie doch selbst nicht. Ansonsten hätten Sie es nämlich in Ihren Ratsantrag als Deckungsvorschlag hineingeschrieben.

Es ist eine Unverfrorenheit Ihrerseits, uns hier einen solchen Antrag zu präsentieren, ohne das Finanzierungsproblem von Verwaltung und HGK zu lösen, sondern es diesen vor die Füße zu werfen und dann erst über den Ausgleich zu verhandeln.

Eines sage ich Ihnen: Die SPD wird sehr genau darauf achten, dass die Konsequenzen des Ausbaustopps nicht zulasten der Schwächsten und anderer wichtiger Projekte in unserer Stadt erfolgen werden.

Im Übrigen werden wir dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin folgen und für die Anhörung der Bezirke Rodenkirchen und Nippes vor einer endgültigen Entscheidung stimmen. Denn das gebietet auch der Respekt vor den Bezirken. Wir wollen sie doch ständig stärken.

Insofern bitte ich um Ablehnung des Ratsantrags von CDU und Grünen und um Zustimmung zu dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin, die ganze Veranstaltung noch eine Runde zu schieben und auch die Bezirke zu beteiligen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Akbayir das Wort.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die heutige Sitzung zeigt uns in erster Linie ein grundsätzliches Dilemma, was die Einbindung der Bezirke in unsere Entscheidungsfindung anbelangt.

Während es für Vorlagen der Verwaltung sehr eindeutige Regeln über die Einbeziehung der Bezirksvertretungen zur Mitberatung und Entscheidung gibt, mangelt es noch ein wenig am Recht auf Mitteilungen und insbesondere an der Beteiligung bezüglich Anträgen hier im Rat.

Es ist nicht geregelt, ob bei Ratsanträgen ein Anhörungsrecht der Bezirke besteht. Und genau darauf macht uns die Bezirksvertretung Nippes aufmerksam.

Wir wollen jetzt aber keine Diskussion darüber führen, welche Bezirksvertretungen betroffen sind, meine Damen und Herren, und schlagen daher vor, die Vorlage einfach allen neun Bezirksvertretungen zur Beratung vorzulegen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Allen neun?)

Immerhin handelt es sich tatsächlich um eine überbezirkliche Angelegenheit mit stadtweiten Auswirkungen. Auch Porz, Kalk, Mülheim oder Chorweiler sind davon betroffen.

Zum Antrag von Grünen, FDP und GUT, der ja auch von der CDU mitgestellt wird, möchte ich sagen: Endlich! Endlich hat mehrheitlich die Einsicht Einzug gehalten, dass es besser ist, den Godorfer Hafen nicht auszubauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß, dass dies ein schwieriger Prozess ist. Denn auch meine Partei hat ihn damals durchlaufen. Aber wir hatten diesen Prozess schon 2005 abgeschlossen. Und ich bin guter Hoffnung, dass auch die SPD noch dahinterkommen wird. Zwar haben wir von meinem Vorredner gehört, dass das heute noch nicht der Fall sein wird. Aber vielleicht werden Sie trotzdem gemeinsam mit uns versuchen, eine Spaltung zwischen Ausbaubefürwortern im Norden und Ausbaugegnern im Süden zu verhindern.

Denn für die Umwelt ist der Verzicht allemal positiv:

- zum einen, weil auch die HGK endlich weiß, woran sie ist, und sich auf den Ausbau des trimodalen Containerumschlags und die Optimierung des Niehler Hafens konzentrieren kann. Das wird Lkw von der Straße holen, auch wenn Sie es nicht glauben möchten.

- zum anderen aber auch, weil die Sürther Aue nicht zerstört werden wird. Nur wer einmal in diesem Auenland war, kann erkennen, was dort hätte geopfert werden sollen. Es handelt sich um die letzten Reste einer von Menschenhand zerstörten Auenlandschaft, die nebenher auch ein wertvoller naturnaher Pufferstreifen zwi-

schen Wohnbebauung und Chemie- und Raffinerieansiedlungen im Kölner Süden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen uns hier nicht gegenseitig belehren. Aber Umweltpolitik ist ein unverzichtbarer Bestandteil moderner nachhaltiger Stadtpolitik.

(Beifall)

Der Rhein ist nicht nur eine Wasserautobahn mit Häfen, sondern auch ein Erholungsgebiet für die Menschen und mittlerweile hier und da auch für die Natur.

Wir sagen: Wirtschaft, Ökologie und insbesondere Soziales dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie müssen aufeinander abgestimmt sein. Und das dürfte mit dem vorliegenden Antrag von Jamaika-Plus heute zumindest teilweise möglich sein. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als AfD-Fraktion können wir dem Antrag inhaltlich durchaus folgen; denn wenn sich die Rahmenbedingungen geändert haben, ist es ja auch immer schön, wenn man sich lernfähig zeigt und dann Beschlüsse entsprechend revidiert.

Eines sehen wir allerdings kritisch. Es ist ja nicht zu Unrecht in diesem Hause geübte Sitte, dass man bei seinen Anträgen eine Gegenfinanzierung vorzulegen hat. Und das vermissen wir hier schmerzlich.

Meine Frage an die Antragsteller: Wo ist Ihre Gegenfinanzierung für die 8 Millionen Euro, die dann im Stadtwerke-Konzern abgeschrieben werden müssen?

Insofern werden wir uns bei dem Antrag enthalten.

Wie gesagt, würde ich von den Antragstellern gerne noch wissen: Wie gedenken Sie, die sachlich durchaus gerechtfertigte Einstellung des Projektes gegenzufinanzieren? - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln] schüttelt den Kopf)

- Nein. - Herr Schößler ist nicht da. Herr Homann.

Bezirksbürgermeister Mike Homann (Rodenkirchen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Zunächst einmal habe ich meinen Kollegen Bernd Schößler aus Nippes und Norbert Fuchs aus Mülheim, die heute nicht dabei sein können, zugesagt, Ihnen ihre besten Wünsche und Grüße auszurichten.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke! Grüße zurück!)

Die beiden haben auch den Wunsch formuliert, mit ihren BVen ebenfalls noch einmal die Möglichkeit zu haben, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen.

Aber ich stehe hier vor Ihnen als Bezirksbürgermeister von Rodenkirchen und habe als solcher das eindeutige Votum der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu überbringen. Die BV Rodenkirchen hat am 28. Januar 2019 auf den gemeinsamen Antrag der CDU, der Grünen, der FDP und der LINKEN den Beschluss gefasst, die Ausbaupläne zum Godorfer Hafen zu beenden.

(Beifall)

Es gab in der BV, ehrlich gesagt, auch inhaltlich keine große Diskussion, da wir alle gegenseitigen Argumente seit langer Zeit kennen. Lassen Sie mich aber noch einige persönliche Anmerkungen machen, die ich für sehr bemerkenswert halte.

Ich finde den Zeitpunkt dieses Antrags bemerkenswert. Einer der strittigen Hauptpunkte bei der Bürgerbefragung 2011, auf die Herr Frank gerade einging, war, wie viele Lkw-Verkehre vom Norden in den Süden durch den Ausbau verhindert werden können. Die einen sprachen von 120 000 Fahrten, die anderen von 80 000 Fahrten, und wiederum andere sprachen von 50 000 Fahrten im Jahr. Fakt ist, dass im Niehler Hafen Güter ankommen, die für den Kölner Süden be-

stimmt sind. Wir streiten nur darum, wie viele es sind.

Jetzt wurden die Häfen Bonn und Lülsdorf ausgebaut bzw. sollen ausgebaut werden und den Verkehr für den Kölner Süden aufnehmen. Das wird die Bonner und Wesselinger Bürger freuen; denn jetzt wird, wenn es denn wirklich einen nennenswerten Verlagerungseffekt geben sollte, wahrscheinlich der Lkw-Verkehr von Bonn aus in den Kölner Süden fahren. Wir haben diese Fahrten für die Umwelt also nicht verhindert, sondern zulasten unserer Nachbarn verlagert.

Und heute vor 14 Tagen haben wir vom OVG Münster bescheinigt bekommen, dass unser Luftreinhalteplan rechtswidrig ist. Seit zehn Jahren wissen wir, dass wir an dieser Stelle dringend handeln sollten. Wir streiten darüber, wie wir die Luftbelastung durch Dieselverkehre in Köln reduzieren.

Nein, wir müssen die Verkehre von der Straße bekommen, meine Damen und Herren, indem wir sie vermeiden und nicht verlagern. Und darauf habe ich, ehrlich gesagt, heute noch keine zufriedenstellende Antwort von der Mehrheit erhalten.

Aber vom bemerkenswerten Zeitpunkt dieses Antrags einmal abgesehen: Ich bin vor 30 Jahren in den Kölner Süden gezogen und seit 23 Jahren in der SPD aktiv. Mich begleitet der Godorfer Hafen somit mein gesamtes politisches Leben. Es sind Gutachten beauftragt worden und Gegengutachten erstellt worden. Natürlich darf ich auch die Bürger aus dem Süden meines Bezirks nicht vergessen, die 30 Jahre lang gegen dieses Projekt gekämpft haben. Es hieß je nach Mehrheitslage im Rat mal, dass er gebaut werden soll, oder, dass er gestoppt werden soll.

Im Übrigen geht das beim Thema Großmarkt auch schon seit 30 Jahren so.

Meine Damen und Herren, wir sind alle ehrenamtlich tätig und investieren unsere Freizeit in unser gemeinsames Ziel, unseren Kindern eine zukunftsfähige Stadt zu hinterlassen - eine Stadt, die ökonomisch und ökologisch nachhaltig gestaltet wird; eine Stadt, die die Probleme und Chancen der Zukunft erkennt und entsprechend handelt.

Das erfordert aber auch den Mut und die Entschlossenheit, Entscheidungen zu treffen. Wir können es uns nicht leisten, 30 Jahre lang über Infrastrukturmaßnahmen zu diskutieren, Unmengen an Planungsgeldern zu versenken und dann festzustellen, dass nichts passieren wird.

Natürlich darf man auch schlauer werden. Aber wenn wir mit dem Fortschritt und im Wettbewerb mit anderen Städten mithalten wollen, dann sollte das Schlauer-Werden keine generationenübergreifende Angelegenheit werden.

Global betrachtet, erbringen wir Städte den größten Teil der Wirtschaftsleistungen, und wir sind der Stellhebel in Sachen Klima- und Umweltschutz.

Die Vergangenheit zeigt, dass es bei solch großen und für die Gesamtstadt bedeutsamen Projekten keinen Sinn macht, knappe Mehrheiten zu organisieren und unsere Bürger und unsere städtischen Gesellschaften 30 Jahre lang im Unklaren zu lassen, was denn wirklich gewollt ist. Wir brauchen eine klare Richtung.

In der demokratischen Auseinandersetzung müssen wir über die Einzelheiten debattieren. Wir dürfen dabei jedoch unser gemeinsames Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Bei meinem letzten Redebeitrag vor diesem Hause habe ich Sie aufgefordert, diese Stadt nach vorne zu bringen und Ihre Energie in die Gestaltung einer besseren Zukunft für die Bürger dieser Stadt zu stecken. Ich stehe heute noch dazu und beziehe natürlich die Bezirksvertretung und mich selbst da mit ein.

Wenn Sie heute den Godorfer Hafen stoppen, wonach es ja aussieht - ich muss noch einmal betonen, dass das auch der ausdrückliche Wille der Mehrheit der Bezirksvertretung Rodenkirchen ist -, dann bitte ich aber auch um den Mut, die sich daraus ergebenden Konsequenzen klar zu benennen und entsprechend zu handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gebe jetzt Herrn Dr. Steinkamp das Wort.

Dr. Dieter Steinkamp (Stadtwerke Köln): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es entspricht nicht meiner Rolle und meiner eigenen Überzeugung, in einer öffentlich geführten politischen Diskussion in diesem Rat eine politisch-inhaltliche Stellung zu dem zu beziehen, was jetzt hier zum Godorfer Hafen gesagt wird.

Gleichwohl - Herr Sterck, Sie haben mich persönlich angesprochen; Sie haben auch den Stadtwerke-Konzern angesprochen - daher möchte ich keinesfalls den Vorwurf, dass die HGK den Rat unbotmäßig beeinflussen wolle, unkommentiert im Raum stehen lassen. Es ist Aufgabe jeder Geschäftsführung und Aufgabe der Beschäftigten, zur Faktenklärung beizutragen. Insofern glaube ich, dass das sogar eine Pflicht ist. Dass die Fakten dann durchaus unterschiedlich bewertet werden, gehört zur Natur der Sache dazu. Es ist bei einer öffentlich geführten Debatte, wie wir sie zum Godorfer Hafen ja praktisch seit 30 Jahren haben, auch Aufgabe einer Geschäftsführung, öffentlich Stellung zu beziehen. Insofern halte ich den Vorgang erst einmal für vollkommen korrekt und sogar notwendig.

Wenn Sie dann das Instrument, das die HGK ganz grundsätzlich für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit gebraucht, nämlich die *Hafenzeitung,* als sogenannte Hafen-Prawda bezeichnen, finde ich, dass das insbesondere gegenüber den Verantwortlichen schlichtweg eine Formulierung ist, die mangelnden Respekt für alles, was in der HGK geschieht, erkennen lässt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich lege ausdrücklich Wert darauf, dass die Kollegen durchaus nicht nur aus sich heraus handeln. Auch das Management tut das nicht. Es wird durch einen Aufsichtsrat begleitet. Wir haben Strukturen; wir haben Regeln; wir haben eine Governance, die eingehalten wird. Auch die Statements, die dann am Ende in der *Hafenzeitung* öffentlich gemacht worden sind, sind vorher in den Gremien und darüber hinaus jederzeit kommuniziert worden.

Die Qualität der Arbeit der HGK ist keinesfalls zu desavouieren. Schauen Sie sich einmal die Entwicklung der HGK an. Sowohl der Umsatz als auch die positiven Ergebnisbeiträge haben sich in den letzten zehn Jahren deutlich positiv entwickelt.

Dahinter steht die Arbeit von vielen Menschen. Da beziehe ich ausdrücklich das obere Management mit ein, aber selbstverständlich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Insofern sind wir, glaube ich, gut beraten, auch in öffentlich geführten politischen Debatten, die sicherlich auch immer Rhetorik beinhalten, Grenzen nicht zu überschreiten.

Am langen Ende haben wir alle, Sie genauso wie wir als Management, eine Vermögensbetreuungspflicht. Das heißt - das ist vollkommen richtig -, dass egal, was jetzt hier entschieden wird, das Management versucht, einen Schaden, und zwar einen Schaden in der strategischen Ausrichtung, aber letztlich auch einen Vermögensschaden, auf jeden Fall zu vermeiden oder zu minimieren.

Insofern werden wir hinter den Kulissen in den Aufsichtsräten, also nicht im Hinterzimmer - auch das sei noch einmal ausdrücklich erwähnt -, sondern in den Gremien darüber zu reden haben, wie ein möglicherweise entstehender Schaden für die HGK ausgeglichen werden kann.

Sehen Sie mir nach, dass ich diese Anmerkungen noch so machen musste. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, sind Sie damit einverstanden, dass ich jetzt darüber abstimmen lasse?

(Christian Joisten [SPD]: Über 3.2.1?)

- Zunächst über 3.2.1 und dann über 3.1.1. - Ja? Okay?

(Christian Joisten [SPD]: Wir haben noch eine Wortmeldung!)

- Nein, dann machen wir eine zweite Runde. Dann habe ich noch mehrere Wortmeldungen. Darum habe ich gefragt, ob Sie - -

(Zurufe)

- Ja, dann gehen wir jetzt in die zweite Runde.

(Zuruf: Zu 3.2.1?)

- Nein, zu beidem; wir sprechen zu beidem. - Bitte, Herr Dr. Heinen. Dann machen wir eine zweite Runde. Ich habe auch schon andere Wortmeldungen. Frau Heuser hatte sich gemeldet.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hatte aber andere Gründe!)

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die eine oder der andere wundert sich, dass ich hier zu diesem Thema stehe, weil ich in der Regel Kinder, Jugend und Familie sowie Bildung sehr stark vertrete. Aber ich habe ja auch noch eine andere

Biografie; Herr Dr. Schlieben weiß das. Und zu diesem Thema werde ich gleich kommen.

Ich darf etwas zitieren, um das abzubilden, was wir eben hatten. Der *Express* hat geschrieben - und das trifft es, glaube ich, auf den Punkt; viele Medien haben es entsprechend zitiert -, die Frage sei, ob das wirklich gut fürs Klima sei. Zitat:

> Das eigentliche Problem ist doch, dass Sachfragen in den Hintergrund treten - wie so oft …

Wir haben große wirtschaftliche Sachkompetenz der HGK, unabhängiger Gutachter - das letzte Gutachten ist keine drei Jahre alt -, der IHK, der Handwerkskammer und letztlich auch der Landesregierung, die den Ausbau von Häfen und auch von Hub-System innerhalb einer intelligenten Logistik fördert. Diese besteht in den ökonomischen, logistischen und vor allen Dingen auch in ökologischen Vorteilen. Darauf will ich jetzt aber nicht eingehen.

Ich möchte einen weiteren Aspekt einführen, der eventuell en passant oder nebenbei bei diesem Beschluss auch große Auswirkungen auf die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes haben wird. Köln ist eine große Industrieregion. Wir haben einen Industriegürtel, der einer der bedeutendsten und größten Europas ist. Dieser Industriegürtel, den wir in Köln und der Region haben, trägt zur wirtschaftlichen Stabilität Kölns und der gesamten Region bei. Er hat uns in wirtschaftlichen Krisensituationen geholfen, den Wirtschaftsstandort Köln mit seinen vielen Säulen aufrechtzuerhalten. Er schafft und sichert Arbeitsplätze - früher, heute und vor allen Dingen in Zukunft.

In Zukunft - das ist jetzt mein Schwerpunkt - werden wir industrielle Transformationen erleben, die die Industrie auf neue Verfahren und Prozesse umstellen werden. Als Beispiel möchte ich Ihnen die gerade eröffnete Wasserstoffproduktions-Pilotanlage unten im Süden bei der Shell erläutern. Mittels Wasser und Elektrolyse über regenerative Energien wird dort Wasserstoff gewonnen.

Das geschieht in erster Linie - und das ist das Besondere, auch in Bezug auf die Diskussion des Klimanotstandes und unseren gesamten Industriegürtel, den wir hier haben -, um bei den verfahrenstechnischen Prozessen die bis jetzt üblichen fossilen Brennstoffe, speziell Koks, durch klimaneutralen Wasserstoff zu ersetzen.

Eine solche Klimabilanz ist noch nie diskutiert worden. Hamburg hat diese Zeichen erkannt und wird jetzt die allergrößte Elektrolyseanlage für diesen Bereich bauen. Ich erwähne an dieser Stelle noch nicht den weiteren Teil; denn viele in der Industrie sind davon überzeugt, dass neben dem klassischen elektrisch betriebenen Auto das wasserstoffbetriebene Auto eine Riesenzukunft haben wird.

Ich möchte, dass wir dabei sind. Die Umstellung dieser Prozesse von fossilen Trägern auf Wasserstoff ist für die Umwelt hervorragend und für unseren Chemiegürtel geradezu prädestiniert. Tausendfach wurde von uns nach dem Ausrufen des Klimanotstandes beteuert, dass Maßnahmen zu ergreifen sind. Solche Transformationen sind massive Maßnahmen für den Umweltschutz und natürlich auch für die Zukunft unserer Industrie.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den ich eben angedeutet habe, der aber im Kleingedruckten steht. Das Gebiet des Godorfer Hafens und somit im Grunde genommen die südliche Industrieregion soll unter Naturschutz gestellt werden. Das betrifft also den Bereich, den Sie eben genannt haben.

Dies bedeutet natürlich für die Zukunft enorme Schwierigkeiten für industrielle Transformationsprozesse und Genehmigungsverfahren einer solchen Industrie, wie wir sie unten im Süden haben. Schlimmer noch: Die mögliche schleichende Deindustrialisierung des Kölner Südens wird - das haben wir jetzt genannt - auch zu massiven Belastungen des Kölner Nordens und letztlich des gesamten Stadtgebietes führen.

Die Oberbürgermeisterin hat mit ihrem Beschlussvorschlag richtig gehandelt.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD)

Sie schlägt nämlich vor, diese Aspekte gesamtkölnisch zu diskutieren.

Ich bitte alle diejenigen, die noch einen Rest industriellen Sachverstand und gesamtwirtschaftliche Kompetenz besitzen, die Aspekte, die ich gerade genannt habe, für die Zukunft unserer industriepolitischen Entwicklung nicht nur in Köln, sondern in der gesamten Region - und das im Sinne eines nachhaltigen und umweltfreundlichen Ausbaus unseres Standortes der industriellen Produktion in Köln, um Köln herum und für die Kölner Wirtschaft - nicht aus dem Auge zu verlieren.

In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie dies mit in Ihre Entscheidung einbeziehen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Nachfrage.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Kollege. - Bei Ihrem Redebeitrag hat sich mir jetzt die Frage gestellt, ob Ihnen bewusst ist, dass der Godorfer Hafen in seiner derzeitigen Form ja durchaus bestehen bleibt und dieser Antrag, den wir heute hier verabschieden werden, sich darauf bezieht, dass wir auf den Ausbau verzichten, aber der Hafen selber nicht unter Natur- oder Denkmalschutz gestellt wird, sondern in dieser Form bestehen bleibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Ralf Heinen (SPD): Das ist mir bekannt. Aber Ihnen ist wahrscheinlich auch bekannt, dass bei zukünftigen Planungsverfahren direkt neben einem Naturschutzgebiet in Zukunft extreme Hürden bestehen und extreme Grenzen für einen weiteren Umbau und die entsprechenden Genehmigungsverfahren gesetzt sind.

Genau darauf mache ich aufmerksam; denn das war das, was im Kleingedruckten für die Zukunft steht. Insofern ist das - neben dem 30 Jahre lang diskutierten Logistikaspekt - ein weiterer Aspekt. Das war mein Teil.

(Beifall bei der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut! Danke!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frank noch einmal das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Mitglieder dieses Rates! Hier sind ja einige Dinge behauptet worden, die vielleicht auch gar nicht so gemeint sind.

Erstens. Der Hafen Godorf bleibt so, wie er ist, bestehen. Er hat natürlich Bestandsschutz. Herr Heinen, das müssen Sie doch verstehen. Das heißt: Er wird nicht zum Naturschutzgebiet erklärt.

(Peter Kron [SPD]: Ach, was!)

- Ja. Das muss man wissen. - Das ist das Erste.

Zweitens. Inzwischen - und das ist der Unterschied zu der Zeit vor 30 Jahren - geht der Trend sehr deutlich auf kombinierten Ladeverkehr, um möglichst viele Produkte auf die Schiene zu bekommen und nicht auf die Straße. Sowohl die Vorhaben, die von der HGK ausdrücklich geplant werden, was wir sehr begrüßen, als auch der Hafen Lülsdorf, der zum trimodalen Terminal ausgebaut wird, dienen genau diesem Zweck.

Das lässt sich auch alles nachlesen, ohne Unterlagen aus dem Aufsichtsrat zu haben; denn es steht alles im Netz. Das ist der Trend. Diesen Trend unterstützen wir.

Die Prognose, dass der Ausbau des Logistikzentrums im Industriepark Köln-Nord zusammen mit dem KV-Terminal 250 000 innerstädtische Lkw-Fahrten vermeidet, ist auch keine Erfindung aus den Tiefen der Grünen-Ratsfraktion, sondern eine Einschätzung aus den entsprechenden Planungen, die auch nachzulesen sind. Dazu gibt es auch eine Pressemitteilung der HGK.

Wir müssen doch die Entwicklung sehen, die wir haben. Wir haben den Hafen Bonn, der ausgebaut ist und in 2010 bereits 180 000 TEU umgeschlagen hat. Wir haben den Standort Eifeltor, der ausgebaut worden ist. Wir werden demnächst Lülsdorf haben. Wenn ich die Prognosen richtig lese und zusammenfasse, werden diese Standorte 2030 etwa 2 Millionen TEU verarbeiten können, während ein ausgebauter Hafen Godorf nur 490 000 TEU verarbeiten könnte. Man sieht also: Die Kapazitäten in der Region wachsen.

Jetzt kann man natürlich sagen: Ach, tun wir noch den Hafen Godorf obendrauf. - Ja, das kann man natürlich immer. Aber das ist dann eine Abwägung: Wie viel wert ist mir die Sürther Aue als Naturschutzgebiet? Wie viel Wertigkeit hat eine ausgeglichene Politik sowohl für die Freiflächen als auch für Gewerbeansiedlungen?

Das ist die entscheidende Frage, vor der Sie sich drücken. Deshalb kommen Sie zu völlig falschen Annahmen.

Sie haben sich auch nicht mit den neuesten Daten auseinandergesetzt. Die 2016 durchgeführte Potenzialanalyse schränkt selbst ein, dass sie bestimmte Dinge in der Region nicht betrachtet. Der Grund ist, dass sie dafür nicht über Daten verfügt. Wenn aber diese Analyse insgesamt schon so eingeschränkt ist, muss man das auch zur Kenntnis nehmen. Die Gutachter sind da ganz nüchtern.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung zu dem Antrag der BV Nippes. Wenn der Hafen Godorf nicht eines der stadtweiten Projekte ist, über die auch im Rat entschieden werden soll: Was denn sonst? Folgte man dieser Logik, bedeutete das die Auflösung des Rates und die Dezentralisierung über neun Stadtbezirksparlamente, in denen man dann alles irgendwie regelt; und dann treffen sich die Bezirksbürgermeister mal im Rathaus, wo es dann wahrscheinlich auch keine Oberbürgermeisterin mehr gibt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist wirklich eine Satire auf die kommunale Selbstverwaltung. Denn nach der Zuständigkeitsordnung sind sie nicht zuständig. Wir haben das jetzt in der Kommission zur Stärkung der Bezirke diskutiert. Dort sind ja auch gute Dinge herausgekommen. Aber Fakt ist, dass solche großen Vorhaben keine Angelegenheiten sind, die in einem Stadtbezirk geregelt werden. Die Bezirke äußern sich politisch und geben Empfehlungen. Das ist alles gut. Aber Entscheider ist immer noch der Rat der Stadt Köln.

Deshalb können wir jetzt auch hier entscheiden und brauchen nicht zu vertagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, es gibt noch eine Rückfrage von Herrn Joisten, wenn Sie dafür bitte noch zur Verfügung stehen.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frank, aufgrund des letzten Punktes bin ich jetzt wirklich etwas erzürnt. Denn Sie tun so, als würde hier irgendeiner dafür plädieren, die Entscheidung in die Bezirksvertretungen zu verlegen. Es ist aber doch selbstverständlich, dass die Bezirksvertretungen bei so zentralen Fragen ein Anhörungsrecht und ein Mitberatungsrecht haben. Das machen wir jeden Tag. Stellen Sie das doch, bitte schön, jetzt nicht infrage.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es völlig selbstverständlich, dass sie auf ihr Recht pochen.

(Beifall bei der SPD)

Meine erste Frage ist also: Stellen Sie diese Mitbestimmungsrechte der Bezirksvertretungen infrage?

Meine zweite Frage ist: Sie haben eben die tollen Kapazitäten der Häfen rund um Köln dargestellt. Ihnen ist schon sehr bewusst, dass der Hafen Bonn bereits heute mit seinen Kapazitäten am Ende ist? Die Zahlen, die Sie genannt haben, können nicht der Realität entsprechen. Schon heute sind die Kapazitäten in Bonn erschöpft, und Erweiterungspotenziale hat dieser Hafen nicht.

Der Hafen in Lülsdorf ist ein Evonik-Hafen, der auch in erster Linie von Evonik genutzt wird. Zwar wird er auch für eine gewisse öffentliche Nutzung zur Verfügung gestellt. Aber das ist nur ein sehr kleiner Teil der tatsächlichen Hafennutzung.

Und der Verkehr zu diesem Hafen - Herr Frank, ich bin nun einmal auch jemand, der aus dem Stadtbezirk Porz kommt - geht zulasten des Stadtbezirks Porz, und zwar voll und ganz. Das heißt: Wir haben da ein zusätzliches ökologisches Problem mit Verkehren zulasten unseres Stadtbezirks, eines Kölner Stadtbezirks. Das ist doch wieder die klassische Verlagerung von Problemen aus einem Stadtbezirk in den anderen.

Wir denken hingegen ganzheitlich. Deswegen glauben wir, dass der Godorfer Hafen nach wie vor ein Projekt ist, das für ganz Köln Vorteile schafft, und für die Region zumal. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Joisten, Sie denken einfach statisch. Wenn es so ist, dass der kombinierte Ladeverkehr, wenn er gut durchgeführt wird und wenn die Wettbewerbsbedingungen stimmen, dazu dient, Verkehr von der Straße zu nehmen, dann gilt das für jeden Stadtteil. Nach Ihrer Logik hieße das: In Godorf können die Lkw munter herumfahren; Hauptsache, nicht in Porz. - Das ist genau die von mir eben erwähnte Kirchturmpolitik, nur andersherum.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Die Zeiten lassen es nicht mehr zu, dass wir eine solche Kirchturmpolitik machen.

(Christian Joisten [SPD]: Sie machen die Kirchturmpolitik! Seit 30 Jahren! Reine Partikularinteressen!)

Wir müssen uns auch dazu durchringen, Entscheidungen für die Gesamtstadt zu treffen. Und dafür haben wir eine Zuständigkeitsordnung. An diese Zuständigkeitsordnung halten wir uns.

Wenn die SPD die Zuständigkeitsordnung ändern will, steht es ihr ja frei, im nächsten Rat dazu einen Antrag zu stellen, der auf die Abschaffung des Rates hinausläuft. Es besteht ja Antragsfreiheit.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Das wird doch durch Wiederholung nicht besser! - Weiterer Zuruf von der SPD: In welcher Zeit lebst du eigentlich?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau. - Es kann ja keine Rückfrage mehr geben, Herr Homann. - Herr Petelkau hat jetzt das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Ich würde gerne an dieser Stelle noch einmal zwei Dinge klarstellen.

Erstens. In der Rede von Herrn Heinen wurde uns hier implizit mitgegeben, dass wir dann, wenn wir den Hafen Godorf nicht ausbauen, das Wachstum in der Region beschränken. Das ist doch eine Schimäre, weil jedem bewusst ist, dass wir bei den prognostizierten Wachstumsraten von 1 bis maximal 2 Prozent ausreichend Kapazität für die nächsten 20 bis 30 Jahre haben, ohne dass wir heute einen einzigen Euro investieren müssen. Das ist die Realität. Man muss sie einfach zur Kenntnis nehmen.

Zweitens. In meiner ersten Rede zu diesem Punkt habe ich schon die Frage des regionalen Denkens erwähnt. Wenn in der Region neue Kapazitäten entstehen, können wir uns nicht einfach zurücklehnen und sagen, das sei im Prinzip überhaupt nicht interessant. Natürlich ist die HGK in Bonn nicht beteiligt. Dann kommen wir aber zu der ökonomischen Frage: Macht es Sinn, Steuergeld in Köln zu investieren, um damit dem Wettbewerber in Bonn Kunden abzujagen? Denn das ist ja letztlich die Konsequenz, wenn man in der Region Überkapazitäten hat. Wenn ich dieses ökonomische Modell weiterverfolge, habe ich riesige Steuerinvestitionen, die uns am Ende hier in der Region nicht wirklich etwas nützen.

In Berlin kämpfen wir ja gemeinsam, auch überparteilich, dafür, Projekte ins Rheinland und auch nach Köln zu holen. Da gibt es momentan in der Priorität viel wichtigere Dinge. Dazu gehört der Ausbau des Bahnknotens. Wir haben mit der Oberbürgermeisterin ja erfolgreich dafür gekämpft. Wir haben auch die Themen „weitere Rheinbrücke“ und „Sanierung der Autobahninfrastruktur“ vorangetrieben. Das sind alles wichtige Projekte, die im Jahr 2019 eine andere Priorität haben als dieser Hafen, der momentan nicht benötigt wird.

Was die anderen Gutachten angeht, gibt es eine ganze Reihe von Fragen dahin gehend, was dort als Basis genommen worden ist. Sie wissen auch genau, Herr Joisten, dass da vielfach nur Dinge aus dem 2012er-Gutachten fortgeschrieben worden sind. Alles das muss man bei der Entscheidung berücksichtigen.

Ich kann nur noch einmal sagen: Wir sollten hier nicht Schimären setzen, indem wir etwas behaupten, was gar nicht so ist. Wir haben momentan ausreichend Kapazitäten für das Wachstum in der Region. Und dabei sind andere Verkehrsträger noch gar nicht berücksichtigt. Ich erinnere nur an die eiserne Seidenstraße, die künftig zum Transport von Gütern aus Asien nach Europa genutzt werden soll.

An dieser Stelle ist auch der ökologische Effekt zu berücksichtigen. Damit meine ich die Emissionen der Schifffahrt. Hier möchte ich auch einmal an den negativen Beitrag der Rheinschifffahrt zur Luftqualität erinnern. Diese Diskussion haben wir hier an anderer Stelle ebenfalls geführt.

Ich glaube, dass wir heute genau die richtige Entscheidung treffen, indem wir ein Projekt beerdigen, das wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht benötigen. Vor diesem Hintergrund bitte ich nach wie vor um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir sind in der zweiten Runde. Damit jeder zu Wort kommen kann, frage ich: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Tagesordnungspunkt 3.2.1 und dann über den Tagesordnungspunkt 3.1.1. Ja?

(Niklas Kienitz [CDU]: Bitte wie Alternative abstimmen lassen!)

- Ja. Es gibt einen Vorschlag der Verwaltung und eine Alternative. Und Sie wissen ja, dass Alternativen bei mir auch durchaus ernst gemeint sind. Sonst stände die Alternative nicht da.

(Peter Kron [SPD]: Ach so!)

- Ja. So ist das früher nicht gewesen. Herr Kron, Sie wissen, dass die Verwaltung früher immer eine Alternative anbieten musste, auch wenn da stand: „Wir treffen keinen Beschluss“, was ja keine Alternative war. Das machen wir nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Zuerst lasse ich aber selbstverständlich über den Beschlussvorschlag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die LINKEN und Frau Gerlach.

(Christian Joisten [SPD]: Und die Oberbürgermeisterin?)

- Und die Oberbürgermeisterin.

(Christian Joisten [SPD]: Sehr richtig!)

Enthaltungen? - Enthaltungen von der AfD und der Ratsgruppe GUT. Damit hat das keine Mehrheit gefunden.

Jetzt lasse ich über die Alternative abstimmen. Ich frage nach Gegenstimmen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Gegen was?)

- Gegen die Alternative. Ich lasse über die Alternative abstimmen. Wir stimmen nur über die Alternative ab. - Das ist das Gleiche wie eben, nur umgekehrt. Enthaltungen? - Auch wieder von der AfD und der Ratsgruppe GUT. Damit ist die Alternative beschlossen.

Ich lasse jetzt über den unter Tagesordnungspunkt 3.1.1 vorliegenden Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Die OB auch?)

- Die OB auch; die OB hat sich auch gemeldet. - Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist das so beschlossen.

(Lebhafter Beifall)

Beschluss:

I.

Der Rat der Stadt Köln beschließt, seinen Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans sowie zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den Ausbau des Godorfer Hafens (siehe 0295/2011, 1818/2012 und 3433/2012) mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

II.

Der Rat beauftragt daher die Verwaltung,

a. alle bislang eingeleiteten planungsrechtlichen Verfahren für den Ausbau des Godorfer Hafens (B-Plan, FNP-Änderung) einschließlich der wasserrechtlichen und eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahren zu beenden.

b. zu prüfen, auf welche Art und Weise die für den Ausbau vorgesehene Fläche „Sürther Aue“ (ca. 344.000 qm) in ihrer Gesamtheit als Naturschutzgebiet nachhaltig gesichert werden kann. Dies beinhaltet auch die eigentumsrechtliche Übertragung der Fläche an die Stadt Köln. Dazu soll den zuständigen Fachausschüssen und dem Rat kurzfristig ein Beschlussvorschlag vorgelegt werden.

III.

Der Rat unterstützt die zukünftige strategische Ausrichtung der HGK-Gruppe als Logistik-Dienstleister für Köln und die Region. Dies umfasst insbesondere den weiteren Ausbau des KLV-Terminals, die Errichtung eines Logistikzentrums im Industriepark Köln-Nord und die damit verfolgte signifikante Verlagerung innerstädtischer LKW-Verkehre von der Straße auf die Schiene sowie die Optimierung des Niehler Hafens zwecks Kapazitätserhöhung des trimodalen Containerumschlags. Der Rat unterstützt Vorhaben, die das Ziel verfolgen, Warenströme zu bündeln und die Verkehrsträger Straße, Wasserstraße und Schiene miteinander so zu kombinieren, dass LKW-Verkehre zugunsten von Schiene und Wasserstraße reduziert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung dieser Vorhaben aktiv zu begleiten und zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und von RM Gerlach, RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und der Oberbür-

germeisterin sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

3318/2019

I. Abstimmung über den Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, eine endgültige Entscheidung zum Hafenausbau Godorf erst dann zu treffen, wenn alle Bezirksvertretungen, die von dieser Entscheidung betroffen sind, dazu angehört wurden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke., von RM Gerlach und der Oberbürgermeisterin sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Abstimmung über die Beschlussalternative

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 19.09.2019 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke., RM Gerlach und der Oberbürgermeisterin sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe GUT zugestimmt.

Anmerkung:
Die Tagesordnungspunkte TOP 3.1.1 und 3.2.1 und 4.2 werden gemeinsam behandelt. Es wurde zuerst TOP 4.2 aufgerufen, danach über TOP 3.2.1 und anschließend über TOP 3.1.1 abgestimmt.

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend "Frischezentrum in Marsdorf realisieren!"
AN/0740/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0972/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III – Seite 4).

3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Organisatorischer Wechsel des Amtes 23 und Änderung der Ordnungsnummer Dez. VIII zu Dezernat III"
AN/1254/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer IV – Seite 5).

Anmerkung:
Die Gruppe GUT tritt vom Antrag zurück (s. Ziffer IV – Seite 5).

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"
AN/1031/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1097/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1316/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung als zuständigen Fachausschuss verwiesen (s. Ziffer IV – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nachdem wir vorhin die Tagesordnung etwas verändert haben, kommen wir jetzt zu:

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke und von RM Gerlach betreffend „Die Zukunft des Zeughauses“
AN/1258/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen
AN/1329/2019

Als Erste hat Frau Stahlhofen als Antragstellerin das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich die Gemüter wieder etwas beruhigt haben und man anscheinend jetzt auch zum Essen-Fassen läuft,

(Heiterkeit)

möchte ich mich trotzdem kurz zur Zukunft des Zeughauses äußern.

Liebe Gäste auf der Tribüne und auch im Livestream! Wir haben einen Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag von CDU und Grünen zum Zeughaus erhalten, trotzdem will ich mich davon im Moment nicht irritieren lassen, sondern erst einmal unseren Antrag begründen; denn wir werden heute noch weiter über die eine oder andere Sanierung oder gar Neubauten diskutieren.

Ja, unsere Stadt ist im Umbruch. Dennoch gibt es Gebäude, die eine lange historische Geschichte haben.

Das Zeughaus war 60 Jahre lang das Zuhause des Kölnischen Stadtmuseums. Der Renaissancebau wurde 1606 fertiggestellt und im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt. Seit dem Wiederaufbau und Rekonstruktionen wurden Sanierungen leider auf das Notwendigste beschränkt. Seit dem Wasserschaden von 2017 steht das wunderbare Gebäude nahezu leer.

Ein Interim und ein zukünftiges Domizil sind bereits gefunden. Jetzt wollen wir aber aktiv über eine weitere Nutzung diskutieren und entscheiden.

Wir sagen Ja zu einer umfassenden Sanierung, nur muss im Vorfeld geklärt werden, welche Nutzung für das Zeughaus angedacht werden soll. Büroräume bedürfen einer anderen Sanierung als eine weitere museale Nutzung. Darum bitten wir die Verwaltung, uns an ihren Gedanken teilhaben zu lassen. Der Leerstand tut dem Gebäude nicht gut, und wir haben große Sorge, dass ein Verfall eine Sanierung unnötig verteuert.

Herr Greitemann, Sie haben bei der Veranstaltung „Kulturbauten“ im Zeughaus von einer Prioritätenliste für Sanierungen und Neubauten gesprochen, die Sie uns im Herbst oder frühen Winter - jedenfalls in diesem Jahr; ich nehme das Nicken so zur Kenntnis - offerieren wollen. Da eine wie auch immer geartete Nutzung für das Zeughaus nicht geklärt ist, müssen wir annehmen, dass das Zeughaus auf dieser Liste - wenn überhaupt - auf dem letzten Platz zu finden sein wird oder auch gar nicht.

Darum werbe ich für die Unterstützung zu unserem Antrag, damit die Kölnerinnen und Kölner dieses tolle Haus auch weiterhin nutzen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss möchte ich auf den Änderungsantrag oder - besser - Ersetzungsantrag von CDU und Grünen eingehen. Dieser erreichte uns heute um 14.15 Uhr -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Vor der Sitzung!)

- ja, früh genug -, also eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn.

Sie unterstreichen eigentlich unseren Antrag - vielen Dank dafür -; denn Sie verweisen auf Beschlüsse, die mir selbst natürlich auch bekannt sind, aus den Jahren 2015 und 2018.

Fazit ist, dass zwar solch tolle Beschlüsse gefasst worden sind, aber leider noch nichts geschehen ist.

Ihr Änderungsantrag bzw. Ersetzungsantrag ist aber so schön formuliert und entspricht inhaltlich vollkommen unserem, weshalb wir ihn gern übernehmen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben somit einen gemeinsamen Antrag von CDU, Grüne, LINKE und Frau Gerlach. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich mache das von hier aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE erreichte uns natürlich schon vor einiger Zeit, heute Mittag dann der Antrag - was zu erwarten war - von CDU und Grüne, der sozusagen exakt den Ratsantrag, den wir damals beschlossen haben, widerspiegelt. In der Sache sind wir uns, glaube ich, im Kulturausschuss einig.

Eines haben wir aus den gesamten Debatten über die Kulturbauten in den letzten Jahren gelernt: Man kann nicht früh genug die Verwaltung darauf aufmerksam machen, dass wir bestimmte Gebäude haben, die - wenn sie dann leer stehen - schon frühzeitig weitergeplant werden müssen. Wir treten schon dafür ein, dass am Ende auch die Kultur am günstigsten von dieser Einrichtung profitiert, und möchten auch jetzt schon den Finger heben und sagen: nicht einfach verkaufen, einem Investor geben, von dem man nicht weiß, in welche Richtung er geht. Insoweit bestärken wir den Beschluss, den der Rat damals gefasst hat, und würden uns freuen, wenn relativ schnell auch erste Gespräche im Unterausschuss Kulturbauten oder im Ausschuss Kunst und Kultur darüber geführt werden, mit welcher Perspektive die Verwaltung in diese Frage hineingeht. Die sechs Jahre - davon gehe ich mal aus -, die die Historische Mitte noch andauern wird - vielleicht sogar mehr -, werden aber relativ schnell vergehen, wenn es um solche Bauplanungen geht.

Insoweit unterstützen wir den Antrag. Frau Stahlhofen hat gesagt, sie übernimmt den Antrag von Schwarz-Grün. Wir schließen uns dem gern an.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde jetzt - damit Sie auch alle wissen, dass die Verwaltung selbstverständlich das Gebäude auf dem Schirm hat - noch ganz kurz, bevor ich in der Redeliste fortfahre, den Baudezernenten zu Wort kommen lassen wollen.

Beigeordneter Markus Greitemann: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Frau Stahlhofen, weil Sie mich direkt angesprochen haben: Die Verwaltung fühlt sich natürlich an den Beschluss vom 22.10.2015 gebunden. Seit meinem Dienstantritt gab es nicht nur ein, sondern es gab mehrere Gespräche mit Interessenten. Das heißt, wir sind aktuell dabei - zu Ihrer Information -, eine Rahmenkonzeption und Kriterien aufzustellen, um ein vernünftiges Verfahren aufzusetzen - das kann ein Interessenbekundungsverfahren oder andere Verfahren sein -, um die richtigen Protagonisten zu finden, die mit dem Zeughaus adäquat umgehen können. Dabei werde ich natürlich von der Kulturdezernentin unterstützt, wenn es um kulturelle Dinge geht, und ich bzw. wir als Baudezernat arbeiten dem Liegenschaftsdezernat, also der Liegenschaftsdezernentin, in der Sache zu. Das ist das Verfahren, wie wir es im Moment eingeleitet haben.

Unser Ziel ist es tatsächlich, spätestens zum Baubeschluss für die Historische Mitte ein Ergebnis vorzulegen. Vielleicht schaffen wir das auch schneller oder früher, aber das will ich nicht versprechen, weil ich weiß, Herr Joisten, wenn man zwei Tage überzieht, kann einem das auf die Füße fallen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Tat am 03.05.2018 einen Baubeschluss gefasst. Dieser war konditioniert, nämlich dass erst dann der finale Baubeschluss zur neuen Historischen Mitte vorgelegt werden darf, wenn die Voruntersuchungen zum Zeughaus abgeschlossen sind. Insofern haben wir auch schon den spätesten Termin genannt, wann wir darüber informiert werden, was mit dem Zeughaus passiert.

Jetzt sollte man die Verwaltung nicht jedes Jahr mit neuen Beschlüssen irgendwie zu anderen Terminen zwingen, sondern man sollte der Verwaltung Zeit geben, die Beschlüsse abzuarbeiten; denn sie verfristen nicht mit Ende des Jahres, sondern sie gelten fort, auch wenn es jetzt schon 14 Monate her ist.

Herr Greitemann hat jetzt mit unserem Änderungsantrag noch einmal den Auftrag, uns periodisch in den relevanten Ausschüssen über den Fortgang zu berichten. Daher bekommen wir jetzt noch etwas mehr Informationen, und damit ist eigentlich alles gut.

Es ist schön, dass DIE LINKE jetzt diesem Ansinnen zustimmt, weil sie nämlich 2018 leider alles abgelehnt hat - unter anderem auch diesen Punkt, der heute hier mitbeschlossen wird.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Dann mache ich es auch mal von hier unten.

Ich habe mich, ehrlich gesagt, über diesen Antrag wahnsinnig gewundert - auch, dass er hier im Rat aufgeschlagen ist - und habe dann irgendwann gedacht: Na ja, gut, doppelt oder in dem Sinne dreifach hält besser. Wir haben ja nicht nur am 12.11.2015 das Gleiche beschlossen, sondern auch am 03.05.2018; und um das deutlich zu machen, haben wir das in unseren Änderungsantrag noch einmal aufgenommen.

Ich bin eigentlich froh, dass wir 2015 und 2018, wie ich finde - wenn ich das lese, muss ich uns mal selbst loben -, wirklich sehr weise entschieden haben. Denn wir haben entschieden, dass wir ein Folgenutzungskonzept in Auftrag geben. Ich habe gehört, das ist in Arbeit. Wir haben gleichzeitig einen Zeitrahmen gesetzt, nämlich spätestens bis zum Baubeschluss. Auch da höre ich, das ist in Arbeit.

Wir haben jetzt in unserem Änderungsantrag noch einmal aufgenommen, wer darüber auch jeweils schon informiert wird. Auch das ist vielleicht noch einmal eine Schärfung des Ganzen. Aber ansonsten, wenn DIE LINKE alles übernimmt, umso besser, dann bestätigen wir einfach noch einmal das, was wir schon 2015 und 2018 beschlossen haben.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Aber nächstes Jahr nicht noch einmal!)

Ich glaube, auf die Weise können wir dann auch relativ schnell aus dieser Debatte wieder aussteigen, die ich, wie gesagt, verwunderlich finde; denn die alten Beschlüsse haben Gültigkeit, auch wenn damals DIE LINKE und Frau Gerlach nicht zugestimmt haben. Aber jetzt haben Sie es beantragt, umso besser, dass Sie dann auch im Boot sind und dabei sind. Ja, dann warte ich mal gespannt auf die Berichte, die wahrscheinlich bald kommen werden. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Frau Kollegin von Bülow, ich mache es von hier oben, weil ich es für wichtig halte, noch einmal zu betonen, dass nicht alle hier in diesem Haus für die Verlagerung des Stadtmuseums aus dem Zeughaus hinaus sind.

Ich habe in Vorbereitung auf diesen Tagesordnungspunkt die Webseite der Stadt Köln angesehen und habe dort folgendes Zitat gefunden:

> Das Zeughaus hat eine bewegte Vergangenheit: Lange Zeit … Waffenlager … Kriegszerstörung und Wiederaufbau.

Frau Stahlhofen hatte eben schon darauf angespielt.

Aber das Zeughaus ist geradezu prädestiniert für ein städtisches Museum.

(Beifall bei der FDP)

Wir werben dafür, dass die Planungen zu dem Ergebnis kommen, dass es keinen besseren Ort auf Kölner Grund und Boden gibt als das Zeughaus, um ein städtisches Museum zu beherbergen. Aufgebaut auf den römischen Stadtmauern, aufgebaut auf einem mittelalterlichen Gebäude - es war ein sogenanntes Blidenhaus -, aufgebaut an der Alten Wache, neben einem klassizistischen Gebäude, zerstört im Zweiten Weltkrieg und wiederaufgebaut nach dem Zweiten Weltkrieg. Nennen Sie mir einen Ort in Köln, der die Gründung bis zur Neuzeit besser abbildet als das Zeughaus.

(Beifall bei der FDP)

Auf diesen Ort kann nur eine einzige Bestimmung kommen, nämlich die eines städtischen Museums. Wenn wir einen Ort zu suchen hätten, dann diesen.

Bei dieser Gelegenheit einen kurzen weiteren Gesichtspunkt, der heute noch vertieft wird, aber ich lasse es mir nicht nehmen, darauf hinzuweisen. Wir werden uns nämlich mit der Historischen Mitte übernehmen. Die Stadt Köln wird sich übernehmen. Sie wird sich finanziell übernehmen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Wir werden nachher beschließen, dass wir viele Millionen Euro mehr in die Oper schießen. Gehen Sie bitte auf den Rathaus-Vorplatz und schauen Sie sich die MiQua an. Die ist auch doppelt und dreimal so teuer geworden, als wir es vorher geplant hatten. Wer glaubt denn ernsthaft daran, dass die Historische Mitte ihren Finanzspielraum einhält?

Kurz: Es wird teurer in der Historischen Mitte. Der Umzug des Städtischen Museums in diese Historische Mitte ist historisch Unfug, ist finanzieller Unfug, und wir haben es heute in der Hand,

das Städtische Museum dahin zu bringen, wo es war: an den Brennpunkt der Geschichte unserer Stadt - von der Antike bis zur Gegenwart - ins Zeughaus. Sie haben es in der Hand. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich halte mich kurz.

Ich schließe mich natürlich der Meinung der FDP an. Ich möchte aber einfach noch zu den beiden Anträgen etwas sagen, und zwar: Hier wird eigentlich noch einmal ein saniertes Haus auf eine Historische Mitte gesetzt. So interpretiere ich zumindest die Begründungen beider Anträge. Mein Herz schlägt natürlich für das Zeughaus und für die Wiederherstellung, Erweiterung und Etablierung des Stadtmuseums in dem alten Zeughaus, aber mit den Begründungen geben Sie mir einfach keine Möglichkeit, für oder dagegen zu stimmen. Deshalb werde ich mich enthalten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wenn ich DIE LINKE richtig verstanden habe, hat sie den Änderungsantrag übernommen. Deswegen werden wir jetzt nur einmal abstimmen, und zwar über den Antrag in der Form des Änderungsantrags von CDU und Grünen -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Und LINKEN!)

- und LINKEN. Ja, in der geänderten Form.

Die SPD hat sich - so habe ich Sie verstanden, Herr Professor Schäfer - auch angeschlossen.

(Prof. Klaus Schäfer [SPD] nickt)

- Ja, gut.

Also stimmen wir einmal über den gemeinsamen Antrag ab. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann und Rot-Weiß. Dann ist das so angenommen und beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Beschluss in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

1. *Der Rat der Stadt Köln bekräftigt seinen Beschluss vom 22.10.2015 (1301/2015) zu II. 6c: „ Hinsichtlich der zukünftigen Nutzung des historischen Zeughauses wird die Verwaltung beauftragt, die Varianten rentierlicher Folgenutzungen unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes zu ermitteln und zu bewerten. Als rentierliche Nutzung wird auch eine solche Nutzung betrachtet, die keine zusätzliche Haushaltsbelastung verursacht. Es sind auch die Bedarfe des in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Regierungspräsidiums zu prüfen. Zudem sollen Möglichkeiten geprüft werden, etwaige Nutzungsinteressen der Universität zu Köln einzubeziehen sowie anderweitige Interessenten auf dem Immobilienmarkt zu ermitteln. Diese Projektentwicklung für das Zeughaus ist nun ebenfalls zu betreiben. Die Ergebnisse sind zur weiteren Entscheidung dem Rat vorzulegen.“*

2. *Der Rat der Stadt Köln bekräftigt seinen Beschluss 03.05.2018(0353/2018) zu II. 5.:*

   „A.III Nachnutzungskonzept Zeughaus und Alte Wache

   Der Rat beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Voruntersuchungen zum Zustand und zu den Entwicklungspotenzialen des denkmalgeschützten Zeughauses inklusive der Alten Wache und der benachbarten, derzeit als Parkplatz genutzten Fläche durchzuführen. Weiter ist abzuklären, ob eine rentierliche Folgenutzung durch eine städtische Dienststelle möglich ist beziehungsweise ob es potenzielle Nutzer seitens des Landschaftsverband Rheinland, des Landes, des Bundes oder einer renommierten Kultureinrichtung gibt.

   Das Ergebnis der Voruntersuchungen zum Zustand und zu den Entwicklungspotenzialen des Areals „Zeughaus und Alte Wache“ ist dem Rat gemeinsam mit der Vorlage zum Baubeschluss zum Neubau Historische Mitte vorzulegen.

   Die Verwaltung stellt darüber hinaus sicher, dass zum Zeitpunkt, an dem der Umzug des Kölnischen Stadtmuseums terminlich und damit die Verfügbarkeit des Zeughauses und der Alten Wache tatsächlich feststehen, verbindliche Verhandlungen mit den oben-

genannten Einrichtungen beziehungsweise Trägern geführt werden können.

3. *Die Verwaltung wird gebeten über das Vorhaben und die weitere Entwicklung periodisch im Ausschuss Kunst und Kultur, Stadtentwicklungsausschuss und Finanzausschuss zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Die Fraktion Die Linke. und RM Gerlach übernehmen den Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD-Fraktion schließt sich dem geänderten Antrag an.

3.1.6 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Umweltmaut ÖPNV-Abgabe"
AN/1256/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1314/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung in den Verkehrsausschuss als zuständigen Fachausschuss verwiesen (s. Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gerlach betreffend „Prüfung eines zusätzlichen Streetworkkonzepts für ‚Problemgruppen' aus Erwachsenen im öffentlichen Raum"
AN/1261/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Anwesende! Mit unserem Antrag schlagen wir Ihnen vor, die bestehende Streetwork-Arbeit in gewisser Hinsicht neu zu denken.

Bisher haben wir zwölf städtische Streetworker, die Brennpunktarbeit für Jugendliche in ihren Wohngebieten machen. Diese Streetworker bilden zusätzlich eine Art Feuerwehr in anderen Gebieten, in denen plötzlich Gruppen von jungen Erwachsenen Ärger machen. Letzteres funktioniert nicht. Für die feste Wohngebietsarbeit bleibt zu wenig Zeit.

Es gibt noch weitere Stellen für Streetwork, doch sie haben einen anderen Auftrag, als den öffentlichen Raum befrieden, indem sie einerseits Perspektiven aufzeigen und andererseits auf Verhaltenskorrekturen in der Öffentlichkeit wirken. Da gibt es einerseits Streetworker für und an Jugendzentren für Kinder und Jugendliche. Es gibt beim Jobcenter finanziert sechs Streetworker für schwer erreichbare Jugendliche. Die GAG macht sogar Streetwork-Arbeit in ihrem Wohnbereich. Es gibt bereits sogenannte Streetworker für Drogensüchtige und Obdachlose.

Doch der Unterschied zu unserem Konzept ist die dauernde Präsenz an den Szeneorten und ein breiter Ansatz. Die Streetworker sollten alle Gruppen in einem Sozialraum ansprechen. Das geht aber nicht, wenn Streetworker einen speziellen Auftrag nur für Jugendliche, Obdachlose oder Drogensüchtige haben.

Unsere Streetworker sollen der Szene jeden Tag am selben Ort begegnen und so eine dauerhafte Bindung herstellen. Nur so können die Streetworker auch tatsächlich Einfluss auf deren Verhalten nehmen - ein Einfluss, der nicht auf Repression, sondern auf Bindung beruht. Ein rein repressives Vorgehen verlagert das Problem von einem Ort in den nächsten und verschärft den Konflikt, statt ihn zu moderieren und aufzulösen.

(Beifall bei der LINKEN)

In den Hotspot, in denen es große Konflikte gibt, sind es oft nicht Jugendliche, die die Probleme machen, sondern junge Erwachsene und ältere Erwachsene. Auf diese Gruppe zielt das bisherige städtische Konzept von Streetwork, das im Jugendamt angesiedelt ist, überhaupt nicht ab.

Wir wollen diesen Menschen mit einem auf sie zugeschnittenen pädagogischen Konzept begegnen und ihnen eine Perspektive aufzeigen. Damit helfen wir den Menschen aus den „Problemgruppen" selbst, wir helfen aber auch den Anwohnern und tragen meines Erachtens zum sozialen Frieden in dieser Stadt bei.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr oft verschieben sich diese Hotspots von Erwachsenen, oder sie werden von einem Veedel oder von einem Platz in den nächsten verdrängt. Dann müssen die Streetworker ihrer Gruppe hinterherziehen. Ohne persönliche Bindungen bleibt Sozialarbeit wirkungslos. Diese Personen müssen vom selben Streetworker immer wieder angesprochen werden. Feuerwehr-Streetwork, wo immer unterschiedliche Personen agieren, ohne feste Bindung, wirkt nicht in einem Sozialraum. Das ist unsere Konsequenz. Deswegen machen wir diesen Vorschlag.

Im ersten Schritt müsste die Verwaltung Hotspots lokalisieren, in denen sich Straßenkulturmilieu bewegt oder aber auch ein aggressives Partymilieu. Es gibt ja beides. Junge Erwachsene an Orten, die sich meistens eben nicht in Sozialräumen treffen, sondern eher in der Innenstadt - das ist unsere Bezugsgruppe.

Unseres Erachtens sollte das Sozialamt dieses Konzept entwickeln und nicht das Jugendamt. Wir reden hauptsächlich über junge Erwachsene. Selbstverständlich können wir auf die Erfahrungen des Jugendamts mit Streetwork-Arbeit zurückgreifen, aber entscheidend ist, dass wir eine andere Personengruppe ins Auge fassen müssen, die andere pädagogische Konzepte braucht als Jugendliche: junge Erwachsene an Orten, die sich meistens eben nicht in den Sozialräumen treffen, sondern sich eher in die Innenstadt orientieren.

Ich habe jetzt extra bewusst keine Plätze, keine Veedel benannt, weil das ein globales Problem ist, das man nicht bezogen auf einen Punkt oder auf einen Platz diskutieren kann. Es war mir ganz wichtig, das noch einmal zu betonen.

Unser Antrag ist ein Prüfantrag, und unser Antrag ist ein Antrag, der einen Diskussionsprozess auslösen soll.

Sie werden gesehen haben, dass wir weder Stellen fordern noch irgendetwas Ähnliches, was mit Finanzen verbunden ist, sondern uns geht es um einen Diskussionsprozess; denn wir brauchen für sozialorientierte Polizei- und Ordnungsarbeit ein anderes Denken. Dieses Denken fehlt uns leider, und das schlägt immer wieder in konkreten Auseinandersetzungen an einem Platz oder in einem Veedel auf. Ich glaube, wir brauchen einfach mal eine Grundsatzdebatte darüber. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Grundsatzdebatte führen könnten. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit wir diese Grundsatzdebatte auch anhand von Fakten führen können, bitte ich zunächst den Sozialdezernenten, dazu etwas zu sagen.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Detjen, prinzipiell freut den Sozial- und Gesundheitsdezernenten, dass es Anregungen gibt, unser Konzept gemeinsam neu zu überdenken. Ich glaube, das sind einige richtige Anregungen, die Sie hier bringen.

Unsere verwaltungsinterne Bewertung Ihres Antrags hat folgendes ergeben: Wir fühlen uns im Prinzip mit der jetzigen Aufstellung gut und richtig positioniert. Insbesondere unser Aufsuchendes Suchtclearing ist beispielsweise so, dass es sowohl in den Brennpunkten als auch mit den Menschen im Kontakt ist. Wenn ich da unsere Streetworker frage, sagen diese: Wir kennen unsere - ich sage es jetzt mal im weiteren Sinn - Kundinnen und Kunden. Da gibt es also eine große Vertrautheit.

Es gibt relativ regelmäßig eine Art Evaluation: Wo stehen wir? Wo müssten wir hin? - Natürlich, wir können immer besser werden, aber wir fühlen uns in unserer aktuellen Situation relativ gut aufgestellt.

Im Übrigen möchte ich sagen: Dass es eine getrennte Streetwork-Organisation zwischen Jugendhilfe und auch mehr oder weniger Drogenhilfe gibt, hat seine Berechtigung. Ich glaube, das sind schon zwei unterschiedliche Gruppen von Menschen. Damit fahren wir derzeit im Prinzip eher gut.

Insofern: Verwaltungsseitig spüren wir an der Stelle nicht den größten Bedarf für neue Diskussionen und neue Konzeptionen. Wir sind aber grundsätzlich für Anregungen und Argumente jederzeit offen und freuen uns prinzipiell. Aber diese Dringlichkeit, wie ich sie diesem Antrag entnehme, nehmen wir so nicht wahr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Rau. - Herr Paetzold hat das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Rau, ich glaube tatsächlich, die Stadt Köln bzw. die Sozialverwaltung ist

da ganz gut aufgestellt. Sie haben aber auch gesagt - da bin ich dann bei den LINKEN -, man kann immer besser werden. Deshalb finde ich den Prüfauftrag, den DIE LINKE heute stellt, auch durchaus klug. Es geht ja darum, zu prüfen, ob ein Streetwork-Konzept für Erwachsene, die zu den sogenannten Problemgruppen zählen, sinnvoll sein könnte. Das ist wirklich keine schlechte Idee. Denn diese Problemgruppen gibt es, sie machen Probleme, und die Leute, die dort wohnen, nehmen sie auch wahr.

Zurzeit sind zwar 18 Streetworker in Köln unterwegs, aber sie kümmern sich - das hast du gesagt, Jörg - primär um Jugendliche. Das ist auch gut so, damit haben sie alle Hände voll zu tun. Wir haben aber, wie ich gerade sagte, an diversen Hotspots in unserer Stadt auch nicht ganz unerhebliche Probleme mit jungen und nicht mehr ganz so jungen Erwachsenen, die im öffentlichen Raum unangenehm auffallen, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Deshalb ist es, wie gesagt, klug, die Verwaltung zumindest einmal prüfen zu lassen, ob der Einsatz von Streetworkern in den zwei von euch skizzierten Szenen nicht die Lage befrieden und beruhigen könnte. Das würde tatsächlich allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nützen - denen die Radau machen, die eben Problemgruppen sind, aber auch denen, die unter diesen Problemgruppen leiden, die gestört und belästigt werden.

Deshalb werden wir eurem Antrag auch grundsätzlich zustimmen, weil es eben nur ein Prüfantrag ist. Im Detail haben wir doch einige Unterschiede in der fachlichen Meinung. Es ist aber ein Prüfantrag, deswegen können wir dem trotzdem zustimmen.

Auch Folgendes kann man Richtung Verwaltung sagen: Wir wissen, dass es in Sachen Streetwork eine gute Expertise gibt. Deshalb ist der Prüfauftrag dort auch in guten Händen.

Mit eurer schriftlichen Begründung konnten wir nicht so richtig viel anfangen, aber das macht nichts. Wir beschließen nur den Text des Beschlussvorschlags.

Doch auch mit dem haben wir Schwierigkeiten.

Ihr fordert unter 2.: Die Streetworker „sollen fest eingebettet in eine Ordnungspartnerschaft mit Polizei, Ordnungsamt“ sein. - Das sehen wir grundsätzlich anders. Wir sind fast erstaunt darüber, dass DIE LINKEN so etwas fordern. So funktioniert Streetwork nicht. Wenn Streetworker immer im Schlepptau von Ordnungsamt und Polizei auftauchen oder diese immer die Polizei im Rücken haben, dann werden Streetworker als parteiisch für die Gegenseite angesehen. So kann sich nicht das entwickeln, worauf Streetwork beruht, nämlich Vertrauen und Akzeptanz.

Das habe ich mir jetzt nicht ausgedacht, sondern das sehen auch die Landes- und die Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork so. Sie schreiben in ihren Leitlinien sinngemäß: Streetwork grenzt sich eindeutig von sicherheits- und ordnungspolitischer Instrumentalisierung ab. Sie ist auf Vertrauen aufbauendes Angebot der Sozialen Arbeit und muss als solche für die Adressanten und Adressantinnen auch deutlich erkennbar sein. Weiter schreiben sie an anderer Stelle: „Streetwork ist keine soziale Feuerwehr.“

Für diesen Grundsatz hat sich meine Fraktion bereits 2016 ausgesprochen, als es um Streetwork für Jugendliche ging. Ich darf kurz aus einer Pressemitteilung des Kollegen und Bürgermeisters Dr. Ralf Heinen zitieren:

> „Es besteht nun Konsens, dass keine Einbindung von Streetworkern in Ordnungspartnerschaften stattfindet. Dieser Punkt war uns sehr wichtig, da die Streetworker die Möglichkeit haben müssen, ihrer eigentlichen Aufgabe nachzugehen, Jugendliche auf der Straße aufzusuchen und aktiv in ihren Problemlagen zu unterstützen.“

Dann taucht in dem Prüfantrag noch die Idee der „konfrontativen Pädagogik“ auf, die - wenn ich es richtig gelesen habe - in der Kinder- und Jugendarbeit als Ultima Ratio eingesetzt wird, zum Beispiel bei Systemzerstörern. Das halten wir in der Erwachsenenarbeit für überhaupt nicht zielführend oder überhaupt nicht umsetzbar in dem System, in dem wir arbeiten, oder in dem Setting, was wir haben. Wir glauben, dass es sogar durchaus gefährlich für die Streetworker ist. Konfrontative Pädagogik gegenüber einem Zweizentnermann - das muss man mögen.

Was uns auch noch wichtig ist - ich habe noch eine Minute -: Damit die Streetworker keine unterschiedlichen Aufträge haben, damit es nicht die einen gibt, die für die Jugendlichen arbeiten, und die anderen, die mit den Erwachsenen auf einem anderen Trip arbeiten, sollte der Arbeitsauftrag der Streetworker für Erwachsene möglichst nah an dem erfolgreichen Konzept für Kinder und Jugendliche sein, das es in der Stadt schon gibt.

Trotz dieser diversen jetzt aufgezeigten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Antrag

der LINKEN und uns stimmen wir, wie gesagt, dem Prüfantrag zu. Wir würden aber die Verwaltung sehr bitten, unsere Hinweise und Einwände bei der Prüfung zu berücksichtigen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag lautet: „Prüfung eines zusätzlichen Streetworkkonzepts für ‚Problemgruppen' aus Erwachsenen im öffentlichen Raum". Für jemanden, der sich mit dem Thema bisher nicht befasst hat, klingt das erst einmal gut. Der Bedarf soll geprüft werden, die Streetworker sollen in eine Ordnungspartnerschaft eingebunden werden.

Wer auch immer diesen Antrag geschrieben hat, hat unseres Erachtens keine Ahnung, was in unserer Stadt in diesem Betätigungsfeld bereits getan wird. Der Sozialdezernent hat das eben auch schon richtig angesprochen. Das, was gefordert wird, gibt es nicht nur auf dem Papier, sondern wird bereits tagtäglich praktiziert.

Die Antragsteller gehen davon aus, dass es in Köln außer zwölf Streetworkern, die an das Jugendamt angebunden sind und die ihre Angebote entsprechend an Jugendliche und junge Erwachsene richten, keine weiteren effizient arbeitenden Streetworker gibt. In Wirklichkeit - Herr Dr. Rau hat es kurz angesprochen - sind insgesamt 28 Streetworker und Streetworkerinnen tätig, die eben nicht nur im Bereich Jugendliche und junge Erwachsene arbeiten, sondern sich insbesondere um wohnungslose Menschen und um Drogenabhängige kümmern, aber auch um andere, die sich im öffentlichen Raum aufhalten und offenbar Probleme haben. Sie sind bei Trägern der Freien Wohlfahrtspflege angestellt und werden überwiegend aus unterschiedlichen Finanztöpfen bei der Stadt und nicht nur vom Jugendamt finanziert.

Von den 16 weiteren Streetworkern leisten vier aufsuchende Arbeit für wohnungslose Menschen, acht begehen die Szeneplätze, an denen sich drogenabhängige Menschen aufhalten - mit dem Schwerpunkt in der Innenstadt -, und weitere vier kümmern sich um junge Erwachsene im Rahmen des europäischen Förderprogramms EHAP.

All diese Streetworker tun bereits das, was die Antragsteller fordern: Sie lokalisieren Hotspots, identifizieren Wanderbewegungen, suchen hilfebedürftige und auffällige Menschen im öffentlichen Raum auf und versuchen, sie zu beraten und zu motivieren, Hilfeangebote anzunehmen. Bei Störungen gehen sie auf den Personenkreis zu, um sie auf Folgen ihres Verhaltens hinzuweisen.

Alle in der Stadt tätigen Streetworker sind gut vernetzt und arbeiten in einem engen Netzwerk zusammen. Es gibt unterschiedliche Arbeitskreise, enge Kooperationen mit den in Fachfragen tätigen Trägern und Ämtern der Stadt, und nicht zuletzt arbeiten sie auch mit dem Ordnungsamt und der Polizei eng zusammen. Sie leisten, sehr geehrte LINKE, auch den von Ihnen geforderten Diskussionsprozess.

Im Übrigen gibt es zu dem Thema im Sozialausschuss und im Gesundheitsausschuss Berichte - zuletzt in diesem Monat. Wir empfehlen, dass Sie sich damit einmal eingehend auseinandersetzen. Dann wäre es wohl kaum zu diesem Antrag gekommen, der keinerlei Mehrwert darstellt und deshalb von uns abgelehnt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Als ich diesen Antrag gelesen habe, war ich ein bisschen verwirrt, weil ich gedacht habe: Kann es denn sein, dass der LINKEN überhaupt nicht aufgefallen ist, das wir ein Streetwork-Angebot in der Stadt haben? Ich habe mich auch gefragt, wieso wir - wenn schon diese Diskussion so angestoßen werden soll - dafür nicht den Fachausschuss bemühen; denn da gehört es eigentlich hin. Aber ich meine, es macht ja auch mal Spaß, so einem Vortrag über Streetwork zuzuhören, schließlich hört man das nicht jeden Tag.

Auf der anderen Seite kommt noch etwas hinzu: Ich frage mich auch, woher die Bewertung dieses Streetworks in Köln überhaupt kommt. Wer hat Ihnen denn so eine Art Evaluation gegeben, dass Sie das so beurteilen können? Wenn man das so liest, bekommt man den Eindruck: Bei uns passiert gar nichts.

Wir jedenfalls, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, lehnen den vorliegenden Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aufschlussreich ist die Beschreibung in der Begründung, die einerseits die Bereiche von Streetwork im Jugendbereich und Streetwork im Bereich Erwachsene unterscheidet und dabei richtig dem Jugendamt und andererseits dem Sozialamt zuschreibt. Aber ab da geht der Antrag von völlig falschen Daten aus. Um hier sicherzugehen, hätte eine Abfrage bei der Verwaltung gutgetan. Ich will jetzt nicht wiederholen, was die Verwaltung und meine liebe Kollegin Frau Gärtner gesagt haben; das hat sich ja erledigt.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, was mich auch etwas verwirrt, ist die Tatsache, dass die Antragsteller die bereits seit Jahren gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen dem Streetwork des Allgemeinen Sozialen Dienstes und der Ordnungspartnerschaft, bestehend aus Ordnungsamt und Polizei, an den Kölner Ringen und Plätzen, den sogenannten Hotspots, scheinbar völlig ignorieren.

Nach Aussagen der Verwaltung ist diese Ordnungspartnerschaft aber ein Alleinstellungsmerkmal, welches seit Jahren erfolgreich im Kölner Stadtgebiet implementiert ist. Die klare Trennung der verschiedenen Zuständigkeiten - Herr Rau hat eben darauf hingewiesen - ist ein weiterer Erfolgsindikator dieser Partnerschaft. Somit wird schon im Sinne des Antrags gearbeitet.

Im Übrigen wird deutlich, dass hier keineswegs, wie die Antragsteller formulieren, ein „rein repressives Vorgehen“ vorliegt. Grundsätzlich ist Streetwork ein freiwilliges Angebot, arbeitet klientenbezogen, lebensweltorientiert, anonym, akzeptierend, respektierend und niederschwellig.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass jeder Mensch berechtigt ist, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Also ist es völlig Banane, zu erwarten, dass man mit einer konfrontativen Art auf die Menschen zugeht. Mit welchem Recht denn?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die aktive Arbeit von Streetwork ist also nur in einem entsprechenden Einvernehmen mit den Klienten möglich. Der Aufbau von Vertrauen und Beziehung steht im Fokus. Dies steht damit im Gegensatz zu der Forderung nach einer konfrontativen Pädagogik, die übrigens eher in Einrichtungen, wie zum Beispiel im Strafvollzug oder in Jugendeinrichtungen, wo Systemsprenger sind, angewendet wird.

Alles in allem können wir die Forderung der Antragsteller somit nicht unterstützen. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Viele erliegen der Gefahr, alles noch einmal zu wiederholen. Dieser Gefahr will ich jetzt nicht erliegen. Der Sozialdezernent und meine Kolleginnen von CDU und Grünen haben aufgeführt, wie umfänglich das Angebot zum Thema Streetwork hier ist. Auch der Kollege Paetzold hat das eingeräumt.

Ich habe allerdings nicht ganz verstanden, lieber Herr Paetzold, wie Sie eigentlich immer gegen den Antrag gesprochen haben, aber dann doch gesagt haben, dass Sie dem zustimmen wollen. Das hat sich mir nicht erschlossen. Vielleicht lag das an mir, aber vielleicht lag es auch an Ihnen.

Ich habe allerdings einen Punkt, den ich doch gern darüber hinaus gehend ansprechen möchte. Der kam so ein bisschen schon einmal hier in dieser Debatte zur Sprache.

Es ist wohl wirklich in der Tat so, dass wir uns immer fragen müssen: Wie gehen wir denn mit den Problemen an den sozialen Brennpunkten um? Das kam bei dem Thema Ordnungspartnerschaft zum Tragen, das kam bei den LINKEN zum Tragen und auch ein bisschen bei Herrn Paetzold.

Ich glaube, die Frage, die wir uns immer stellen, die auch - das muss man fairerweise sagen - kontrovers im Sozialausschuss diskutiert wird, ist die Balance zwischen sozial-humanitären Unterstützungen auf der einen Seite und die Balance zum Thema repressive Maßnahmen auf der anderen Seite. Ich finde - das möchte ich auch im Auftrag meiner Fraktion sagen -, dass die Verwaltung, was beispielsweise sehr gut an dem Beschluss zu dem Thema humanitäre Hilfen für Menschen aus Osteuropa zu sehen ist, einen sehr guten Gleichklang, einen Ausgleich gefunden hat zwischen a) auf der einen Seite humanitäre Unterstützung und b) auf der anderen Seite repressive ordnungsrechtliche Maßnahmen. Diesen Gleichklang müssen wir immer wieder fin-

den. Ich glaube, das ist der Verwaltung sehr gut gelungen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, würden Sie Zwischenfragen zulassen? Ich habe eine Zwischenfrage von Herrn Detjen und Herrn Paetzold.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein, von mir nicht! Ich wollte mich noch einmal melden! - Michael Paetzold [SPD]: Sie hatte eine Frage an mich!)

Katja Hoyer (FDP): Ich wäre jetzt fertig, aber ich lasse auch alles zu.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann machen wir jetzt eine zweite Runde. Das können wir gern machen.

(Zuruf: Es ist alles gesagt!)

- Ja, Herr Detjen möchte sich noch einmal melden.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich wollte nur noch drei Takte sagen. Zunächst einmal möchte ich mich bedanken, dass sowohl der Sozialdezernent als auch Herr Paetzold gesagt haben: Ja, so eine Diskussion könnte interessant sein.

Ich möchte darauf hinweisen: Ich befürchte, es wurde noch nicht so richtig verstanden, worum es mir geht. Dass es Streetwork gibt, habe ich selbst ausgeführt. Ich habe ja gesagt, dass es selbst bei der GAG Streetworker gibt. Es gibt viele Streetworker. Nur es gibt kein Streetwork-Konzept für Leute und Plätze an einem Platz. So ein Konzept gibt es nicht. Dazu möchte ich gern eine Strategiediskussion führen.

Insofern fand ich die Beiträge selbst von Frau Hoyer interessant, die gesagt hat: Wo ist die Balance, wo muss man da sozial sein? Wo muss man da eventuell die Ordnungspartnerschaft bzw. den Gedanken der Ordnungspartnerschaft und der Polizei einsetzen? - Das ist klar.

Natürlich haben Sie, Herr Paetzold, recht, diese konfrontative Pädagogik - hey, hey, dass wir das in unseren Antrag reingeschrieben haben. Dazu können Sie mal eine Pressemitteilung schreiben, was DIE LINKE jetzt macht. Vielleicht findet das Interesse in unserer Partei, sodass ich da Ärger kriege. Das mag ja sein.

Nur, meine Damen und Herren, wir haben im Moment folgende Situation: Bei bestimmten Konflikten haben wir nur Ordnungspartnerschaft und Polizei und sonst nichts. Wir würden dieses Vakuum gern aufbrechen und Konzepte dafür entwickeln, wo an einem bestimmten Platz in einem bestimmten Veedel so eine Mischung stattfindet. Da kann ich mir dann wiederum eine Zusammenarbeit vorstellen. Die muss natürlich so sein - das ist selbstverständlich -, dass die Streetworker bei ihrer Arbeit und bei ihrer Konzeption den Hut aufhaben und nicht Ordnungsleuten und Polizei hinterherlaufen.

Das wollte ich nur noch einmal deutlich machen. Ich finde es jetzt schade, man hätte diesen Antrag auch in den Sozialausschuss verweisen können, um das weiter zu diskutieren. Wenn Sie den ablehnen wollen, dann müssen Sie den Weg heute gehen, aber alles wegzukanten, was es nur so gibt, selbst einen Diskussionsprozess, finde ich schade, und das ist leider ein neuer Stil in diesem Haus, den ich so nicht kenne.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte mich jetzt auch mal einmischen. Zunächst einmal haben wir die Zahl der Streetworker seit neun Jahren, seitdem ich in diesem Haus bin, mehr als verzehnfacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das möchte ich einfach mal sagen.

Dann möchte ich mal wissen, wieso Sie glauben, die Streetworker seien nicht vernetzt. Ich kenne wahrscheinlich nicht alle Vernetzungen so gut wie der Sozialdezernent, aber ich weiß, dass es beim Ebertplatz zum Beispiel eine Vernetzung der Streetworker aus dem Gesundheitsbereich mit den Ordnungspartnerschaften gibt. An dem Punkt weiß ich es. Es gibt bestimmt viele Stellen, die andere viel besser wissen. Aber ich habe jetzt Herrn Paetzold hier noch auf der Redeliste und Frau Heuser.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich will nur eine Frage stellen!)

- Nur eine Frage.

Herr Paetzold, wenn Sie die Frage direkt zulassen.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Ich frage mich, wieso wir für alles und jeden ein Gesamtkonzept brauchen.

Dann möchte ich nach wie vor - wie ich eben schon meine Frage gestellt habe - wissen, woher diese Bewertung des Streetworks in Köln kommt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wir reden natürlich mit Menschen! Ist doch klar!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Hoyer! Liebe Katja, ich muss es noch einmal erklären. Du sagst, Du hast es nicht verstanden, warum ich einen Antrag in einzelnen Teilen zurückweise oder kritisch sehe und ihm nachher zustimme. Das habe ich erklärt; vielleicht habe ich es nicht deutlich genug gesagt.

Das ist ein Prüfauftrag zu einem Projekt, was ich sehr interessant finde. Als ich ausführte, dass wir in Köln sicher gut sind, aber sicher auch noch besser werden können, hatte unser Sozialdezernent genickt, und das weißt du und wissen wir alle zusammen eben auch. Deshalb stimmen wir diesem Prüfauftrag zu mit der Kritik, die wir daran haben; die habe ich auch benannt. Wir stimmen ja nicht ab über die Begründung. Das habe ich gesagt, damit kann ich nicht so viel anfangen. Ich hoffe, ich habe mich jetzt klar genug ausgedrückt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Detjen, eine Anmerkung muss ich noch machen. Sie haben sich eben darüber beklagt, dass wir diesen Antrag nicht für die Fachdiskussion in den Sozialausschuss geschoben haben, und haben sich über das, was sich heute im Rat hier nach Ihrer Meinung Seltsames abspielt, beschwert. Da muss ich sagen: Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen; denn der Antrag hätte in den Sozialausschuss gehört. Sie haben ihn aber im Rat gestellt. Da sind Sie selbst schuld.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, dass ich darüber abstimmen lasse.

Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Diese gibt es nicht. Dann ist der Antrag nicht beschlossen.

Beschluss:

1. *Die Verwaltung prüft den Bedarf an Streetworkteams für „Problemgruppen“ aus Erwachsenen*

   a. *aus einem Straßenkultur-Milieu aus der Obdachlosen,- Trinker,- und Drogenszene*

   b. *aus dem Partymilieu aus jungen und älteren Erwachsenen und dazugehörigen Jugendlichen, die im öffentlichen Raum durch massive Delikte auffallen.*

2. *Die Streetworkerteams sollen ausschließlich in Hotspots eingesetzt werden. Durch ein „Stay&Move"-Konzept sollen sie der Szene bei ihren Wanderungen folgen können. Sie sollen fest eingebettet in eine Ordnungspartnerschaft mit Polizei, Ordnungsamt, Politik und engagierten Vereinen und Nachbarschaftsinitiativen "vor Ort" rund um den jeweiligen Hotspot agieren. Mittels einer auch konfrontativen Pädagogik unter Aufsicht des Sozialdezernats, evtl. an einen freien Träger vergeben, sollen sie handlungsfähig sein.*

3. *Die Verwaltung lokalisiert die Hotspots und legt den Rats- und Ausschussmitgliedern dar, wie viele Streetworkteams sinnvoll einzusetzen wären und welche Kosten dadurch entstünden.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie von RM Gerlach abgelehnt.

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheit im Bezirk stärken - Veedelsschutzmann erhalten" AN/1327/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer VI – Seite 5/6).

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Hafenausbau Godorf

Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 19.09.2019
3318/2019

Anmerkung:
Die Tagesordnungspunkte TOP 3.1.1 und 3.2.1 und 4.2 werden gemeinsam behandelt. Es wurde zuerst TOP 4.2 aufgerufen, danach über TOP 3.2.1 und anschließend über TOP 3.1.1 abgestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Aufsichtsräte Köln“
AN/1012/2019

Antwort der Verwaltung vom 25.09.2019
2406/2019

Da liegt die Antwort der Verwaltung vorher. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Ausbau des Godorfer Hafens"
AN/1057/2019

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2019
3027/2019

Anmerkung:
Die Tagesordnungspunkte TOP 3.1.1 und 3.2.1 und 4.2 werden gemeinsam behandelt. Es wurde zuerst TOP 4.2 aufgerufen, danach über TOP 3.2.1 und anschließend über TOP 3.1.1 abgestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Studentisches Wohnen am Justizzentrum ermöglichen!“
AN/1079/2019

Antwort der Verwaltung vom 25.09.2019
3351/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betreffend „Städtisches Sicherheitskonzept für den Ebertplatz“
AN/1132/2019

Antwort der Verwaltung vom 16.09.2019
3118/2019

Gibt es Nachfragen? - Nein.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Klimastreik am 20. September – Zusatzurlaub auf Kosten der Steuerzahler?“
AN/1294/2019

Antwort der Verwaltung vom 25.09.2019
3360/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Nachfragen? - Diese sehe ich nicht.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „MiStra – Auffällige Asylbewerber in Köln“
AN/1295/2019

Antwort der Verwaltung vom 26.09.2019
3359/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Nachfragen gibt es keine.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Zahlung von Sitzungsgeld für Mitglieder des Integrationsrates bei Teilnahme an den Arbeitskreisen – Änderung der Hauptsatzung
1743/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer III.- Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

6 Ortsrecht

Tagesordnungspunkt

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung hier: Anpassung Wertgrenze Finanzausschuss und redaktionelle Korrekturen
1936/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Richtlinie für die Anerkennung und Förderung Interkultureller Zentren
1909/2019/1

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die neue Richtlinie zur Anerkennung und Förderung Interkultureller Zentren in Köln (Anlage A).

Die Richtlinie tritt, soweit es das Anerkennungs- und Antragsverfahren betrifft mit Bekanntgabe, hinsichtlich des Förderungsverfahrens und des Berichtswesens zum 01.01.2020 in Kraft und ersetzt die Richtlinie zur Förderung von Interkulturellen Zentren vom 29.10.2007.

Zur Beantragung von Fördermitteln für das Jahr 2020 sind sowohl Anträge auf Anerkennung als auch Anträge auf Förderung entsprechend dieser Richtlinie bis 15.11.2019 beim Amt für Integration und Vielfalt, Kommunalen Integrationszentrum zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.4.2 Richtlinie zur Förderung nach § 11 Absatz 2 ÖPNVG NRW
hier: Anpassung der Zuwendungsvoraussetzungen
1027/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung nach § 11 Absatz 2 ÖPNVG NRW vom 14.02.2012 hinsichtlich der Zuwendungsvoraussetzungen durch Nachtrag in Form der aktualisierten Fassung der Nr. 5.2 Anlage 1 mit Wirkung zum 01.01.2020 zu ändern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2019
3003/2019

Das nehmen wir zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalinstandsetzung der Troisdorfer Straße
1894/2019

Das nehmen wir ebenfalls zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Erhöhung der Institutionellen Förderung des Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler, Köln e.V.
1261/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.2 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019
1338/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 5 der Betriebssatzung i.V. mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2019 fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen 1142/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sanierung der Bühnen ist bekanntlich eine never ending story. Die Argumente wurden aber hier im Hause schon etliche Male ausgetauscht, deswegen kann ich mich jetzt halbwegs kurzfassen.

Zur Erinnerung noch einmal - die Geschichte ist kurz erzählt -: CDU und Grüne haben uns durch den Sanierungsbeschluss in dieses Chaos hineingeführt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Da war die SPD durchaus dabei!)

Sie haben uns versprochen, die Sanierung würde günstiger als die Neubauvariante. Mittlerweile haben sich Ihre damaligen Zahlen mehr als verdoppelt. Nach manchen Berechnungen ist es eher eine Verdreifachung.

Dann haben Sie verhindert, noch einmal innezuhalten und neu zu bewerten, als klar war, dass das Projekt aus dem Ruder laufen würde. Sie tragen die Verantwortung für Ihre damalige Entscheidung - gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin, die die Sanierung vor drei Jahren zur Chefsache gemacht hat. Sie haben aus diesem Projekt ein Fass ohne Boden gemacht. Wir werden sehen, ob dieser Beschluss heute am Ende ausreicht oder wo Sie mit den Beschlüssen noch landen. Die nächste Verzögerung zeichnet sich ja bereits ab.

Deshalb lehnen wir als SPD-Fraktion diese Beschlussvorlage wiederum ab und bitten auch andere, diesem Beispiel zu folgen. Denn wir können dem schlechten Geld, das wir schon verloren haben, nicht weiter gutes hinterherwerfen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, ich muss - Herr Dr. Elster, wenn Sie mir das gestatten - zwei Bemerkungen machen.

Zunächst einmal habe ich in den ersten 14 Tagen meiner Amtszeit rechnen lassen, was schon ausgegeben wurde und wie viele Verpflichtungen schon da waren. Das waren über 300 Millionen Euro.

Zweitens habe ich Transparenz in die Sache gebracht, und wenn alles, in das ich hier Transparenz bringen würde, gleichzeitig Chefinnen-Sache wäre, dann könnte ich damit überhaupt nicht mehr fertig werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Lieber Herr Joisten, Sie waren zu der Zeit, als wir diese Beschlüsse gefasst haben, die Oper zu sanieren oder den Offenbachplatz zu sanieren, nicht Mitglied des Rates. Deswegen müssen Sie sehr vieles nachgelesen haben, oder man hat Ihnen Dinge erzählt. Aber Sie müssen natürlich die richtigen Fakten lesen und nicht Märchenerzählungen hier verbreiten. Das ist total postfaktisch, was Sie jetzt hier gemacht habe. Total postfaktisch!

Wir haben hier einen Sanierungsbeschluss gefasst - gemeinsam im Rat der Stadt Köln, alle Parteien waren da an Bord und haben gesagt: Ja, wir wollen am Offenbachplatz sanieren. Später ist es dazu gekommen - das war aber viel später -, dass wir uns auseinanderdivergiert ha-

ben im Rat der Stadt Köln in Bezug auf das Schauspiel. Aber die Oper mit ihren gesamten Versorgungssträngen letztlich wäre genau das gleiche Thema gewesen, was es heute ist.

(Christian Joisten [SPD]: Nein!)

- Ja, mit Sicherheit.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist jetzt postfaktisch!)

- Natürlich, die Oper ist verantwortlich für die Versorgung des gesamten Geländes. Die Haustechnik der Oper, lieber Herr Joisten, ist das, was uns im Augenblick diese großen Probleme macht.

Seit Jahr und Tag, seitdem die Oberbürgermeisterin - das hat sie gerade noch einmal dargestellt - die Oberbürgermeisterin ist und die Verwaltung angewiesen hat, hier Transparenz reinzubringen, seitdem Herr Streitberger der Projektleiter ist, bekommen wir hier seit Jahr und Tag jeden Monat einen Bericht. Es hat sich in Bezug auf die Vormonate faktisch nichts verändert. Wir haben hier jetzt noch einmal eine Finanzierung dargestellt bekommen, die natürlich auch notwendig gewesen ist. Wir haben mit dieser Beschlussvorlage, die heute eingebracht worden ist, nichts, außer dass wir die Oper ermächtigen bzw. das Sanierungsprojekt ermächtigen, wieder Verpflichtungen einzugehen. Wenn wir das nicht machen, dann würde im September das Geld ausgehen. Wir hätten dann eine stillgelegte Baustelle am Offenbachplatz ohne jegliche Zukunft, müssten aber 2,8 Millionen Euro pro Monat die nächsten 100 Monate bezahlen. Das ist natürlich ein wunderbarer Vorschlag, liebe SPD-Fraktion, um Kosten zu sparen. Ganz grandios!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es wieder von unten.

Im Prinzip hatten wir diese Diskussion schon etliche Male. Ich erinnere mich, damals hat Herr Pöttgen gesagt, dass wir die Baustelle stilllegen sollen. Jetzt sagt Herr Joisten, dass wir die Baustelle stilllegen sollen. Aber das wird dadurch nicht besser. Ehrlich gesagt, wir haben im Dezember 2009 hier zusammengesessen. Ich erinnere mich genau: Nachts um halb 2 haben wir angefangen, darüber zu diskutieren, was wir mit den Bühnen machen. Und zwar ging es in der Tat nur um die Sanierung oder den Neubau beim Schauspiel. Es ging nie darum, ob die Oper abgerissen wird oder was auch immer. Nie!

Ehrlich gesagt, ich habe mal Geschichte studiert, und ich bin doch heute ein bisschen erschüttert darüber, wie einige Leute vielleicht doch nicht gelernt haben, mit historischen Daten umzugehen. Aber auch da könnte man vielleicht noch einmal ein bisschen genauer drangehen. Das kann man auch lernen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich würde wirklich sagen: Dadurch, dass man immer wieder das Falsche erzählt, wird es nicht wahrer. Dass wir es uns alle anders gewünscht hätten, das, denke ich, ist die Wahrheit. Dass wir uns alle gewünscht hätten, dass wir im Kostenrahmen bleiben, den wir damals gemeinsam beschlossen haben, ist auch ein Teil der Wahrheit. Ich denke, keiner von uns ist glücklich über das, was passiert ist. Wir haben jetzt aber, seitdem das alles neu aufgestellt worden ist, mit dem vierten Betriebsleiter tatsächlich die Möglichkeit, mehr Transparenz zu haben. Auch Ihr Kollege, der im Kulturausschuss sitzt, wird Ihnen bestätigen können, dass wir mehr Transparenz haben, was die Bühnen angeht, dass wir sehr genau offengelegt bekommen, wie alles läuft, dass die Projektsteuerung anders läuft.

Ehrlich gesagt, Ihre Vorschläge, die hatten Sie neulich schon einmal. Einfach alles stillzulegen - wenn Sie das machen, dann haben Sie Chaos ohne Ende. Wenn wir jetzt dem folgen, was die Verwaltung vorschlägt und was im Juni bereits angedeutet worden ist und jetzt nachvollzogen wird, dann, denke ich, können wir tatsächlich im geordneten Verfahren das alles zu einem guten Ende bringen. Ich sage wirklich „zu einem guten Ende“, weil ich denke, wenn dann die Häuser eröffnet sind, haben alle etwas davon, dann ist das ein gutes Ende.

Ich sage aber auch: Natürlich ist es ein Horror für diese Stadt, dass das so aus dem Ruder gelaufen ist. Ich würde lieber mehr Geld in lebendige Kultur als in Beton stecken, aber trotzdem nützt es ja jetzt nichts. Da kann ich jetzt auch Stunden darüber reden, aber ich würde sagen: Wir folgen jetzt dem Weg und denken, damit schaffen wir tatsächlich etwas für die Kultur in dieser Stadt nachhaltig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen die Bewilligung dieser Kostenerhöhung für Oper und Schauspielhaus ab, und zwar mit folgender Begründung:

Erstens. Eine drastische Erhöhung des Betriebskostenzuschusses von jährlich 20 Millionen Euro in den nächsten 40 Jahren führt zu einer dramatischen Budgeterhöhung, die mit den laufenden Einnahmen nicht gedeckt ist.

Zweitens. Es liegt kein Letter of Intent vor, der garantiert, dass es deswegen keine Kürzungen in anderen Bereichen des städtischen Haushalts geben wird.

Drittens. Durch die Konzentration einer großen Haushaltssumme befürchten wir, dass darauf verzichtet wird, die dezentralen Planungen für Oper und Schauspiel weiter voranzutreiben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was können die Hamburger froh sein, nicht so eine SPD zu haben.

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da wäre die Elbphilharmonie nämlich jetzt stillgelegt und die vielen Selfies, die man übrigens auch von den Hamburger Sozialdemokraten sieht, würde es gar nicht geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage Ihnen: Wer geht bei der Eröffnung der Kölner Oper ganz vornweg über den roten Teppich? - Unsere Kölner Sozialdemokraten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Nein, Herr Joisten, wir reden hier über Abrechnungen, wie ich gerade sehe.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Da muss man jetzt in der Form hier Verantwortung übernehmen. Das uns das alles nicht gefällt, dass wir angesprochen werden von der Bevölkerung, dass es schwer ist, dies zu erklären - für alle hier -, das ist ganz klar; das haben wir auch in der Form nicht zu verantworten.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir versuchen durchaus und übernehmen die Verantwortung, den Bau fertigzukriegen und das in einem bestimmten Kostenrahmen zu lassen, aber auch, dass wir eine Kölner Oper weiterhin haben. Da sind wir alle in der Verpflichtung - auch die Kölner Sozialdemokratie -, dass wir das hinbekommen. Einfach Nein zu sagen, das löst das Problem hier nicht. Dann müsste man andere Abrechnungen hier vorlegen. Ich kenne nur diese hier, und ich vertraue darauf, dass wir das jetzt schaffen. Ich hoffe, dass wir irgendwann eine tolle Eröffnung unserer Oper erleben werden. Wir stehen zu dem Projekt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir werden der Vorlage auch zustimmen, müssen natürlich dennoch kritisch etwas anmerken. Es wurden diese Schieflage und diese Erklärungsnöte schon mehrfach erwähnt. Dazu zwei Anmerkungen.

Zum einen - ich glaube, da wird mir der Kollege Wortmann auch recht geben - ist eigentlich noch vollkommen unzureichend aufgeklärt, wie wir in dieses Desaster hineinschlittern konnten. Es gab Versuche, aber meines Wissens ist das nicht wirklich aufgeklärt. Da müsste man noch nachlegen.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Das andere ist ein Dank an den vierten Betriebsleiter, Herrn Streitberger. Ich möchte auch daran erinnern, dass wir, nachdem wir in dieses Desaster gerutscht sind, praktisch dastanden und niemanden hatten, der dieses überhaupt noch übernehmen und zu Ende bringen wollte. Insofern von unserer Stelle noch einmal herzlichen Dank dafür - für Ihre Hunderten von Firmengesprächen etc. -, was Sie gemacht haben, -

(Beifall bei der FDP)

- um dieses Projekt überhaupt noch zu retten und wieder in ordentliche Bahnen zu bringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kritisch anmerken muss man aber auch - im Nachhinein ist man immer etwas schlauer -, dass wir vielleicht bei der Sanierung, zu der ich absolut stehe, in dem Gesamtpaket etwas zu viel gewollt haben. Es gibt Projekte wie die Kinderoper, aber auch das Kleine Haus, das sind in diesem Desaster relativ kleine Summen, und sie sind höchstwahrscheinlich auch nicht verantwortlich für das Desaster, aber sie hätten uns natürlich jetzt im Nachhinein vielleicht doch das eine oder andere Milliönchen erspart. Sei es drum. Wir freuen uns natürlich dennoch, dass auch diese Projekte jetzt in dieser Form fertiggestellt werden und stimmen daher gern zu.

An Herrn Joisten dennoch die konkrete Frage: Wir haben die Beschlussvorlage der Verwaltung; das ist auch keine Tischvorlage. Wenn Sie sagen „schlechtem Geld kein gutes hinterherwerfen“, und das wurde jetzt von mehreren anderen Rednern schon so angedeutet, als ob das bedeuten würde, dass Sie diese Baustelle jetzt stilllegen wollen - was ist denn bitte schön Ihre Idee? Stimmt es, wollen Sie diese Baustelle stilllegen und nichts mehr machen, oder haben Sie eine Idee, wie wir kostengünstiger aus diesem Dilemma herauskommen? - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf: Die Antwort interessiert uns jetzt!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat erst noch Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Ich werde mich bei dieser Beschlussvorlage enthalten, weil ich Herrn Wasserbauer im Rahmen der letzten Kulturausschusssitzung gebeten habe, eine Aufgliederung vorzulegen, und zwar weiterer Positionen. Für mich ist dieses Papier nicht vollständig. Wir reden hier über den Gesamtbetrag der Sanierung und die entsprechenden Annuitäten, aber mir fehlt da zum Beispiel eine Parallele der Interimskosten und auch des Regulärbetriebs. Ich möchte gern wissen, wenn die Oper ans Netz geht, welche Subventionen aus diesen drei Elementen letztlich die Bühnenbetriebe haben und was wir hier zu tragen haben. Das ist der Hintergrund.

Thor Zimmermann hat es anklingen lassen: Ich werde für die nächste Finanzausschusssitzung beantragen - ähnlich wie bei den Messehallen Nord -, die Genese dieses gesamten Vorgangs durch ein externes Institut dokumentieren zu lassen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wollen Sie jetzt noch kurz Stellung nehmen, Herr Joisten?

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin direkt angesprochen worden und will gern dazu Stellung nehmen.

Ich habe eben noch einmal die Genese aufgezeigt und habe vor allem aufgezeigt, dass wir vor etwa anderthalb Jahren so einen Beschluss hier eingebracht haben, dass wir noch einmal innehalten und schauen wollen, ob das tatsächlich das richtige Projekt ist, ob wir da auf dem richtigen Weg sind oder ob wir tatsächlich irgendwann mal einen Cut machen und durch ein neues Projekt an anderer Stelle möglicherweise sogar den Opernstandort für Köln erhalten müssen. Das ist für mich kein Widerspruch, aber die Frage ist, ob dieses Projekt am Ende des Tages zu retten ist oder nicht.

In dieser Konsequenz einer damaligen Entscheidung, die die Ratsmehrheit getroffen hat - gegen unsere Stimmen -, verhalten wir uns jetzt. Und das bitte ich zu respektieren. Dass es heute ungleich schwerer ist als vor anderthalb Jahren, ist uns sehr bewusst, aber damals hätte man diese Entscheidung mit vollem Bewusstsein für die Schwierigkeiten, die noch kommen werden, durchaus treffen können.

Ich möchte auf Herrn Elster noch eingehen. Es ist richtig, Herr Elster, dass wir hier im gemeinsamen Konsens unterwegs waren, als es darum ging, die Oper zu sanieren, aber das Schauspiel gleichzeitig neu zu bauen. Es ist falsch, wenn Sie darstellen, das eine habe mit dem anderen

nichts zu tun. Gerade im technischen Bereich haben diese beiden Gebäude sehr viel miteinander zu tun. Es ist doch erwiesenermaßen so, dass ein Teil der Probleme - ich will gar nicht sagen: alle -, die wir heute haben, auch damit zusammenhängen, dass man in ein veraltetes, in den Strukturen nicht mehr erweiterbares Gebäude moderne Technik pressen will. Das funktioniert nicht. Deswegen sind wir heute bei den Problemen, die wir haben. Das betrifft die Oper genauso wie das Schauspiel. Wir waren gemeinsam unterwegs, wir sind aber nicht mehr gemeinsam unterwegs, seitdem sich eine Ratsmehrheit entschieden hat, das Schauspiel nicht neu zu bauen. Das will ich an der Stelle noch einmal glasklar sagen. Da sind wir jetzt sehr, sehr konsequent. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit ist zwar die Frage, was Sie sonst gedenken zu tun, nicht beantwortet, aber manchmal haben wir den Eindruck, wir haben richtig beantwortet, und manchmal haben Sie den Eindruck, Sie haben richtig beantwortet. So ist das eben hier im Rat.

(Christian Joisten [SPD]: Ich hatte heute auch schon nicht beantwortete Fragen!)

Meine Damen und Herren, ich würde dann gern über TOP 10.3 abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - AfD und Herr Wortmann. Dann ist der Beschluss so getroffen. Vielen Dank.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, dass die Bühnen zur Fortführung des Bauvorhabens Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Verpflichtungen eingehen dürfen, die das bisher genehmigte Budget von 404 Mio. € brutto überschreiten. Hierbei wird das Budget um 150 Mio. € ausgeweitet.*

2. *Der Rat verzichtet auf eine Bedarfsfeststellung, ein Vergabevorbehalt wird nicht ausgesprochen.*

3. *Der Rat ermächtigt die Bühnen, Kredite bis zu einer Höhe von 554,1 Mio. € aufzunehmen. Der Rat ermächtigt die Bühnen darüber hinaus Kredite für Bauzeitzinsen gem. Anlage 1 (Berechnungen KHB) in Anspruch zu nehmen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Ausbau der Jugendeinrichtung Unnauer Weg 96a im Zuge der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler; Projekt „Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem generationenübergreifenden Bürgerhaus (Mehrfamilienhaus)“
hier: Planungs- und Baubeschluss
2611/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Planung der Leistungsphasen 4 bis 6 HOAI für den Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem Mehrgenerationenhaus über den Lino-Club e.V. als künftigen Bauherrn fortsetzen zu lassen. Die Freigaben der investiven Ausgabeermächtigungen sind bereits erteilt.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Ausschreibung zur Vergabe der Leistungen einer Projektsteuerung analog der Leistungsphasen 5 bis 9 HOAI über den Lino-Club e.V. als künftigen Bauherrn durchführen zu lassen. Die analogen Leistungsphasen 7 bis 9 HOAI dürfen erst nach Erteilung des Zuwendungsbescheides durch den Fördermittelgeber und Abschluss des öffentlich-rechtlichen Zuschussvertrages zwischen der Stadt Köln und dem Lino-Club e.V. beauftragt werden.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung nach Erteilung des Zuwendungsbescheides durch den Fördermittelgeber und Abschluss des öffentlich-rechtlichen Zuschussvertrages zwischen Stadt Köln und Lino-Club e.V. die Ausschreibung und bauliche Umsetzung für den Ausbau des Sozialen Zentrum Lino-Club e.V. auf der Grundlage der vorliegenden Planung zu einem Mehrgenerationen-*

haus über den Lino-Club e.V. als Bauherrn durchführen zu lassen.

4. *Der Rat beschließt unter dem Vorbehalt des Haushaltsbeschlusses 2020/2021 und der Bewilligung der Städtebaufördermittel die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 7.228.866 € für den Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem Mehrgenerationenhaus im Teilfinanzplan 0902, Stadtentwicklung, Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, Finanzstelle 1502-0902-0-AZ03 – aRAP pRAP – Lindweiler Stadtsanierung/en.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Vergabe Restmittel Antirassismus-Training 2019
2650/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Förderung von Antirassismusarbeit wie folgt:

1. *Bildungsprojekt „Brückenbauer“*

   ein Betrag von 5.000,00 €; Antragsteller: Kölner Flüchtlingsrat e.V.

2. *Veranstaltung „AKWAABA 2019- Afrika in Köln: Auf den Spuren der Migration… eine Zeitreise ins Licht“*

   ein Betrag von 5.000,00 €; Antragsteller: Bündnis 14. Afrika

3. *Workshops zu Demokratie, Teilhabe und Ausgrenzung,*

   ein Betrag von 3.000,00 €; Antragsteller: NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

4. *Workshop und ein Guide „Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann!“*

   ein Betrag von 2.600,00 €; Antragsteller: Integrationshaus e.V.

5. *Gestaltung Homepage Verbund „Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung“*

   ein Betrag von 1.170,00 €; Antragsteller: Caritas –Integrationsagentur

6. *Filmprojekt „Wann ist ein Mann ein Mann?“*

   ein Betrag in Höhe von 1.100,00 €; Antragsteller: Rubicon

7. *Empowerment Workshop*

   ein Betrag von 720,00 €; Antragsteller: DEMASK Kollektiv

8. *Lesung und Informationsveranstaltung „Wie gefährlich sind die Neuen Rechten- auch in Köln?“*

   ein Betrag in Höhe von 500,00 €; Antragsteller: Kein Veedel für Rassismus

Die Gesamtsumme der aktuell aufgelisteten Projektanträge beträgt 19.090,00 €.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Nutzungsvertrag MiQua
4075/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Herr Wortmann. Enthaltungen? - Herr Zimmermann. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, den öffentlich-rechtlichen Nutzungsvertrag zur Umsetzung sowie Abänderung der Rahmenvereinbarung vom 10.09.2013 zum MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln abzuschließen und der Verwaltung die Befugnis zu erteilen, Änderungen nicht-substanzieller Art in den Vertragswerken vornehmen zu dürfen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Blockrandbebauung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
1568/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt das folgende Nutzungsprogramm für die zukünftige Blockrandbebauung des Wallraf-Richartz-Museums.

1. *Das zukünftige Gebäude Martinstraße wird ^ als „Gemeinschaftshaus" konzipiert.*
2. *Das zukünftige Gebäude Steinweg wird als „Arbeitshaus und Büroheimat" konzipiert.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Lieferung von Kinderspielgeräten, Ersatzteilen und Zubehör
1752/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Bedarf eines Abrufvertrages zur Beschaffung von Spielgeräten, Ersatzteilen und Zubehör für das Amt für Kinder, Jugend und Familie, das Amt für Wohnungswesen und das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt
1825/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stimmt dem vorgestellten Konzept zur Einbindung des Miteinander-Preises Köln für Demokratie und Vielfalt in den Kölner Ehrenamtspreis „KölnEngagiert" zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Aufnahme einer neuen Schule in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen
2017/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt in Anlehnung an seine Beschlüsse vom 14.11.2006, 10.09.2009, 15.12.2015 und 20.12.2016, den Titel „Kölner Europäische Grundschule" an die KGS Am Portzenacker zu verleihen und sie in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Europäische Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern
Sachstand zum 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan
2107/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten Sachstandsbericht zum 1. Kölner Gleichstellungsaktionsplan im Rahmen der Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern zur Kenntnis.

Der Abschlussbericht wird 2021 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebotes auf Kölner Stadtgebiet: Verlängerung der Buslinie 423
2261/2019

(Christian Joisten [SPD]: Wie Verkehrsausschuss!)

- Ja, ich frage erst einmal noch, ob es Wortmeldungen gibt.

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, auch wie Finanzausschuss, Anlage 3. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 10.09.2019 (Anlage 1) und des Finanzausschusses vom 23.09.2019 (Anlage 3):

Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung beschriebenen Verlängerung des Linienweges der Buslinie 423 zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2019 aus.

Bis zum Ablauf der Betrauungsregelung am 31.12.2019 beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus dieser Ausweitung des Busverkehrs ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Für die Zeit ab dem 01.01.2020 beauftragt der Rat die Verwaltung, die Erweiterung des Busnetzes nach Maßgabe der Regelungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (insbesondere Ziff. 9.4) bei der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) zu veranlassen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, später erforderliche Anpassungen des Angebots gegenüber der KVB zu veranlassen.

Der Verkehrsausschuss unterstützt die Verwaltung in ihren Bemühungen, zum Fahrplanwechsel 2019 eine Haltestelle für Gut Leidenhausen einrichten zu lassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Das Ergebnis der erbetenen Stellungnahme zu der Anregung der BV Porz aus der Sitzung am 10.09.2019 liegt zur Sitzung vor (Anlage 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Gründung der GbR Historische Mitte
2292/2019

Wortmeldungen? - Frau Pakulat hat zunächst das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns eben ausführlich mal wieder mit der Sanierung der Bühnen beschäftigt. Nun wollen wir unter TOP 10.13 die Gründung einer GbR Historische Mitte beschließen, wo es auch um den Bau eines neuen Museums geht - zusammen mit der Hohen Domkirche, die dort das Kurienhaus neu bauen will.

Die Sanierung der Bühnen ist auch hier immer wieder Thema wegen des Desasters, was wir während der Bautätigkeiten hatten. Mein Kollege Thor Zimmermann fragte eben: Was war damals die Ursache? - Das ist zwar noch nicht endgültig geklärt, aber es wurde schon sehr deutlich damals, dass vieles auch eine Folge von ungeklärten Verantwortlichkeiten war.

Ich möchte gern einmal von der Verwaltung hören im Hinblick auf die GbR, die wir jetzt gründen und die erst einmal sehr schlank aussieht: Wo sollen da eigentlich die Planungen stattfinden? Wer ist da wofür verantwortlich? Ich will jetzt nicht sagen: Wem können wir da hinterher die

Schuld geben, ganz und gar nicht, aber wer hat letztlich den Oberverantwortungshut auf, der uns damals so gefehlt hat?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde vorschlagen, wir beantworten diese Frage vor den weiteren Wortmeldungen, weil das vielleicht die Sache erhellt. - Herr Greitemann.

Man kann natürlich den, der dann dafür verantwortlich ist, dass es klappt, auch loben, wenn es geklappt hat.

Beigeordneter Markus Greitemann: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Vielleicht ein bisschen länger ausholend, weil vorhin auch schon die Historische Mitte andiskutiert worden ist.

Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass dies ein herausragender Ort nicht nur Deutschlands oder Europas, sondern der Welt ist. Es ist europäisch gesehen mit Sicherheit die schönste Kathedrale, die es gibt. Das ist meine persönliche Meinung, und dazu stehe ich auch.

Direkt in der Nachbarschaft wollen wir eine Historische Mitte bauen. Das heißt, das, was jetzt vorhanden ist - ich glaube, darüber sind wir uns auch einig, das Kurienhaus und das, wo das Stadtmuseum hinterher reingehen soll und auch die Verwaltung des Römisch-Germanischen Museums -, ist nicht das, was wir an diesem Ort erwarten.

Im letzten Jahr habe ich dort oben auf der Tribüne gesessen, war gerade gewählt und durfte hier Ihren Beschluss zur GbR-Gründung miterleben. Das, was wir dort geplant haben, ist großartig und für den Ort richtig. Ich denke, da sind wir uns einig.

Jetzt geht es um das Konstrukt der GbR. Verantwortlich für das Ergebnis, das heißt für Kosten, Termine und Qualität dieser Historischen Mitte, dieses herausragenden Projektes wird, wenn die GbR gegründet ist, in erster Instanz die Geschäftsführung sein. Meine persönliche Vorstellung, unsere Vorstellung in dem Lenkungskreis ist, dass in dieser GbR Fachleute sind aus dem kaufmännischen Bereich, Fachleute von der juristischen Seite, aber auch insbesondere Fachleute, die wirklich Fachleute im Bereich Architektur und technische Gebäudeausrüstung sind. Es muss uns aber der Geschäftsführer in einem Businessplan vorlegen, wen er dort vorsieht.

Verantwortlich für das Ergebnis, sowohl für den Prozess als auch für das Produkt, was hinterher da steht, ist zukünftig in erster Konsequenz der Geschäftsführer der GbR.

Beim Lenkungskreis, wenn Sie die ganzen großen Bauprojekte, Kulturbauprojekte sehen, haben Sie die Gelegenheit im Planungsbeschluss, den wir gefasst haben, und im Baubeschluss, den wir im zweiten Quartal 2021 fassen wollen, dort einzugreifen. Das heißt, Sie können darüber hinaus nach dem Baubeschluss - so es Veränderungen im Projekt gibt und wir Geld nachakquirieren müssen - wieder eingreifen. Das ist unbenommen. Diese Gewalt wird Ihnen nicht genommen.

Wir haben zusätzlich - das ist das Besondere - in der GbR einen Lenkungskreis, der aus Fachleuten besteht: Fachleute der Technik von beiden Seiten der Protagonisten, Fachleute aus dem juristischen Bereich, also von der Rechtsabteilung, Fachleute, die aus dem Kaufmännischen kommen, und - was mir ganz wichtig war - meine Kollegin Laugwitz-Aulbach als Kulturfachfrau. Das heißt, dieser Lenkungskreis monitort das Projekt permanent. Das heißt, wir haben eine zusätzliche Sicherung darin.

Wenn Sie fragen, wer in letzter Konsequenz für das Ergebnis verantwortlich ist - auch wenn wir in den Baubeschluss reingehen -, Ihnen die Empfehlung auszusprechen, zu bauen, dann bin ich das, dann ist das definitiv die Position des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Planen und Bauen, derjenige, der das Bauen in Köln zu verantworten hat. Das ist so. Ich hoffe, das ist ausreichend.

Vielleicht noch ein Hinweis: Die Synergieeffekte mit der Hohen Domkirche sind unschätzbar an der Ecke. Ich hoffe, dass das ein Modell ist, das vielleicht auch an anderer Stelle für Köln trägt. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Kollege Volker Görzel hat eben schon etwas im Zusammenhang mit dem Zeughaus gesagt, dass wir das Zeughaus als historisches Gebäude eigentlich für die vornehmste Unterbringung eines Kölnischen Stadtmuseums

halten. Er hat auch gesagt, dass sich die Stadt Köln mit ihren Kulturbauten überhebt. Wir haben das historische Archiv noch nicht fertig, wir haben die MiQua noch nicht fertig. Mit der Sammlung Corboud haben wir noch gar nicht angefangen. Über Oper und Schauspiel haben wir eben hier gesprochen.

Sich vor dem Hintergrund dann wieder auf so ein Abenteuer einzulassen, nur weil einige meinen, das Zeughaus an der Zeughausstraße wäre eine innerstädtische Randlage, und nicht die Chance dieses Gebäudes und dieser Lage erkennen und nutzen, halten wir als FDP-Fraktion für falsch. Deswegen werden wir auch dieser Gründung hier nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist noch keine halbe Stunde her, da haben wir hier über das Desaster Oper gesprochen. Das war fraktionsübergreifender Konsens. Jetzt gehen wir hin vor dem Hintergrund der desaströsen Bilanz - Herr Sterck hat es eben noch einmal aufgeführt, das könnte man noch erweitern um den Kalkberg, das könnte man noch um diverse andere Dinge erweitern - und glauben ernsthaft, wir schaffen es, noch ein weiteres Projekt oben draufzusetzen. Entschuldigen Sie, aber wer so etwas fordert, ist entweder größenwahnsinnig oder hat den Bezug zur Realität verloren. Machen wir doch bitte erst einmal unsere Hausaufgaben, arbeiten wir das ab, was diese Stadt noch vor der Brust hat. Wenn wir das gemacht haben, dann können wir uns neuen Herausforderungen stellen.

Noch ein Letztes zur Sanierung eines anderen bestehenden Gebäudes: Wir planen wahrscheinlich das Gleiche am Standort Holweide. Es kommt heute nicht zu dem Thema, aber wir können nur dringend davon abraten, so etwas zu tun. Der Standort Holweide ist nicht zu retten, und das sollte auch ganz klar den Menschen und der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Noch einmal: Eine Historische Mitte setzt noch ein Weiteres drauf: Wir sind strikt dagegen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Professor Schäfer das Wort.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich haben wir eben auch sehr kritisch und sehr intensiv über die Frage, wie sich die Weiterentwicklung der Oper gestaltet, gesprochen. Aber, Herr Sterck, wenn Sie sagen, dass Sie bei Ihrer Haltung bleiben, das Stadtmuseum soll in einem modern umgerüsteten Zeughaus bleiben, werden Sie genau auf die gleichen Schwierigkeiten und Probleme stoßen, weil es ein altes Gebäude ist. Wenn Sie mal unten im Keller und oben waren, dann wissen Sie: Ein solcher Umbau überfordert uns. Deswegen sind wir dort zwar für eine kulturelle, aber andere Nutzung.

Ich weiß, dass Ihr Traum, dass das Stadtmuseum dort bleiben soll, dadurch nicht erfüllt wird. Wir geben aber Herrn Greitemann recht: Ich will nicht gerade sagen, es ist für die Welt, aber es ist jedenfalls für Deutschland und für die Stadt Köln eine ganz hervorragende Perspektive, dass wir die Historische Mitte bauen. Wir können sie gemeinsam mit der Hohen Domkirche viel flexibler, sozusagen viel flüssiger bauen, als wir das vielleicht in anderen Verwaltungsstrukturen könnten. Insoweit würden wir die Gründung der GbR unterstreichen.

Sie haben die Verantwortungsschiene und auch den Oberverantwortungshut aufgezogen. Insofern können wir, glaube ich, da sehr zufrieden und sehr perspektivisch nach vorn schauen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrter Herr Greitemann, noch einige Fragen an Sie. Ich bedaure es etwas, dass sich DIE LINKEN jetzt dazu nicht äußern. Denn Herr Tautkus hat im Kulturausschuss sehr detaillierte Nachfragen bezüglich der Gründung der GbR gestellt, die zum Teil auch in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, zu denen Sie aber leider jetzt nichts gesagt haben. Da hätte es auch andere Rechtsformen gegeben, dazu haben Sie jetzt aber nichts gesagt.

Ich kann Herrn Tautkus jetzt nur zitieren. Er sitzt für DIE LINKEN im Kulturausschuss. Er bemängelt zum Beispiel Haftungsfragen bei der GbR, die für die Stadt vielleicht ungünstig ausgehen könnten, dass es keine Möglichkeit gibt, einen Aufsichtsrat einzurichten in einer GbR - das sagt er; ich weiß nicht, ob das stimmt oder nicht -, dass in dem Vertrag Klauseln sind, die den Rat quasi auf längere Zeit erst einmal entmachten, man sich also eine Carte blanche in diesem Vertrag holt.

Das waren alles Aussagen, die dort gefallen sind, wozu bislang keine Stellungnahme abgegeben wurde.

Sie sagten auch: Ja, dort arbeiten dann Fachleute. - Ich hoffe, in allen Projekten sind ordentliche Fachleute. Das haben wir auch schon einige Male gesagt. Aber woher kommen die Fachleute? Ist sichergestellt, dass es kein Braindrain von unserer eigenen Verwaltung oder von der Gebäudewirtschaft hin in dieses Projekt gibt? Sind das wirklich neue Leute? Können Sie die anwerben? Kennen Sie die Leute etc.?

Wir stehen zu dem Projekt, weil wir, wie Herr Sterck es auch ansprach, dafür sind, dass wir das Stadtmuseum eben aus dieser Randlage - ich bleibe auch bei Randlage - in die Historische Mitte holen. Das ist eine große Sache. Aber diese GbR, die kommt uns etwas komisch vor. Deswegen werden wir heute dem in diesem Punkt nicht zustimmen, da die Zweifel, die im Kulturausschuss geäußert wurden, nicht ausgeräumt wurden. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Können Sie direkt dazu Stellung nehmen?

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie sehen, ich kann nicht alle Fragen beantworten, weil wir bezüglich der GbR auch kaufmännische Kompetenz durch meine Kollegin haben. Die Fragen kann sie beantworten.

Zur Besetzung der GbR: Man muss unterscheiden zwischen dem Lenkungskreis und der Besetzung der GbR. Wie die GbR besetzt wird, wer da hineingeht - welcher Ingenieur, welcher Kaufmann, eventuell welcher Jurist, welcher Kommunikator, also Pressestelle -, das soll und muss die Geschäftsführung der GbR natürlich im Einvernehmen mit dem Lenkungskreis entscheiden. Der Lenkungskreis hat da direktes Eingriffsrecht und kann auch Direktiven aussprechen.

Der Lenkungskreis ist von jeder Seite besetzt - sowohl von der Hohen Domkirche als auch von vier Personen von uns. Das sind, wie es in der Vorlage steht, Kulturfachkompetenz durch Frau Laugwitz-Aulbach, meine Fachkompetenz im Baubereich, Frau Nehmeyer-Srocke aus dem Bereich der Kämmerei und aus dem juristischen Bereich, also aus dem Fachamt für Rechtsfragen, die vierte Person. Das ist der Lenkungskreis, die Fachleute, die im Prinzip die GbR kontrollieren neben dem ganz normalen nach Gemeindeordnung Ihnen zustehenden Recht den Baubeschluss und auch das Berichtswesen über dem Baubeschluss hinaus zu bekommen und natürlich auch mit zusätzlichem Geld oder wenn Veränderungen da sind, sich den Beschluss hier im Rat abzuholen.

Das heißt also, Sie haben nicht weniger, sondern Sie haben genau das gleiche Recht wie bei jedem großen Museums- oder Kulturbau. Sie haben aber darüber hinaus einen Lenkungskreis über die GbR eingesetzt, der die GbR und deren Tätigkeit überwacht.

Wenn die Antwort auf die Frage bezüglich der Belastung noch erlaubt ist: Die GbR - so habe ich es verstanden; so haben Sie es letztes Jahr auch beschlossen, die GbR zu gründen - soll ja gerade die Fachverwaltung entlasten, dass dort die Arbeit getan wird, die normalerweise bei uns in der Fachverwaltung gemacht wird.

Die letzte Frage, die Sie gestellt haben, ist, ob es zu einer Fluktuation aus der Gebäudewirtschaft in die GbR kommen kann. Das Risiko kann man nie ganz ausschließen. Die Gebäudewirtschaft ist aber inzwischen so gut aufgestellt, das heißt, wir haben so viele Personalentwicklungsmaßnahmen und auch finanzielle Entwicklungsmaßnahmen eingeleitet, dass ich mir keine großen Sorgen mache, dass es zu einer hohen Fluktuation kommt.

Zum GbR-Konstrukt vielleicht eben noch Frau Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht ganz kurz zum GbR-Konstrukt. Zunächst einmal: Die Vor- und Nachteile der verschiedenen Organisationsformen und die Entscheidung für die Wahl der GbR-Rechtsform sind schon vor einem Jahr hier im Rat sehr ausführlich dargestellt worden, sodass ich den einen oder anderen, der das noch einmal nachlesen möchte, auch auf die diesbezügliche sehr umfangreiche Vorlage verweisen möchte.

Hier nur in Kürze: Bauherrengemeinschaften werden üblicherweise als Gesellschaften bürgerlichen Rechts gegründet. Man hat sich nach einer sehr umfangreichen Abwägung der Vor- und Nachteile der verschiedenen Rechtsformen hier entschlossen, die GbR-Rechtsform zu wählen, weil wir damit zweckmäßig und sehr flexibel auf die Bedürfnisse des sehr besonderen und sehr einmaligen Projektes und auch der Partner - die Hohe Domkirche hat da auch das Staatskirchenrecht zu beachten - eingehen können.

Die GbR ist insoweit eine besondere Rechtsform, als wir hierfür eine Einbindung der Bezirksregierung und der Kommunalaufsicht benötigen. Das finden Sie auch in der Vorlage dargestellt, sodass der heutige Beschluss ohnehin vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht gefasst wird.

Was die Aufsichtsratsgremien angeht, so muss selbstverständlich sichergestellt werden, dass neben der engmaschigen operativen Kontrolle, die gerade mein Kollege Greitemann dargestellt hat, auch eine Rückbindung an den Rat sichergestellt ist. Hier wird durch das Weisungsrecht des Rates sichergestellt, dass eine Kontrolle und eine Steuerung durch den Rat an dieser Stelle stattfinden und dass der Rat und seine Untergremien über alle Angelegenheiten von wesentlicher Bedeutung auch informiert werden. Dabei kommt dem Unterausschuss Kulturbauten eine tragende Kontrollfunktion wie bei anderen Bauprojekten der Stadt auch zu. Außerhalb soll der Bauausschuss fester Bestandteil des Sitzungslaufs werden. Das heißt, diese Kontrolle wird wie auch bei anderen städtischen Bauprojekten durch die städtischen Gremien erfolgen. Ein Aufsichtsrat ist dafür nach unserem Dafürhalten nicht erforderlich, um eine Rückbindung an den demokratischen Willen des Rates und eine hinreichende Kontrolle sicherzustellen.

So viel an der Stelle von meiner Seite. Ich hoffe, ich habe Ihre Fragen damit beantwortet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich hatte im Kulturausschuss dazu schon eine umfangreiche Anfrage gestellt, die auch sehr ausführlich und sehr schnell beantwortet wurde. Dennoch ist mir eines nicht klar, weshalb die laufenden Prozesse, die Zwischenschritte, die Präsentationen, der Status, wie es beim Stadtarchiv und ähnlichen Projekten läuft, nicht dem breiten Bereich des Kulturausschusses und auch des Rates zugänglich gemacht werden.

Mich stört an der GbR eine Minimierung letztlich konzentriert auf die Spitzen dieser Ausschüsse, aber wir, die Ratsmitglieder an sich, sind eigentlich hier außen vor. So habe ich das verstanden. So habe ich auch die Beantwortung der Anfrage verstanden.

Dann ist es neu, dass möglicherweise Beschlussvorlagen, Umläufe oder Mitteilungen kommen, die dem Kulturausschuss präsentiert werden - permanent in Schritten wie eben bei den anderen Projekten -, und auch wir die Möglichkeit haben mitzudiskutieren und nachzufragen.

Der zweite Punkt, weshalb ich der GbR nicht zustimme - abgesehen davon, dass wir die Historische Mitte von Grund auf ablehnen -, ist, dass die gewählte Rechtsform der GbR nach meinem Verständnis einen Handlungsspielraum zulässt, der keinem Eigenbetrieb oder ähnlichen Einrichtungen dieser Stadt gegeben ist. Das heißt, Sie können auch diesen Fachkräften, diesen Leuten deutlich höhere Gehälter zahlen. Ich unterstelle mal, das ist auch ein Ziel dessen. Da frage ich mich: Weshalb kriegen wir das nicht aus eigenen Mitteln gehoben? Wir wollen es ohnehin nicht heben, aber warum haben wir nicht die Power, das mit eigenen Mitteln zu heben? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, wir sollten trotz der Grundsatzentscheidung versuchen, das zu beantworten, weil es als Frage sonst im Raum stehen bleibt. Das möchte ich nicht.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Rechtsform der GbR, diese Struktur wird keinesfalls gewählt, um irgendwie eine Kontrollfunktion des Rates oder seiner Gremien einzuschränken. Deshalb hier an dieser Stelle nochmals der Hinweis, dass der Gremienlauf so, wie üblicherweise vorgesehen, auch an dieser Stelle erfolgen soll.

Beispielsweise ist bei dem eigentlichen Baubeschluss, der voraussichtlich im zweiten Quartal 2021 gefasst werden soll, nach derzeitigem

Stand die folgende Beratungsfolge vorgesehen: Ausschuss Kunst und Kultur als federführender Ausschuss Bauprojekt, dann die Bezirksvertretung 1 Innenstadt, dann der Bauausschuss, dann der Stadtentwicklungsausschuss, dann der Finanzausschuss und dann natürlich der Rat zur abschließenden Entscheidung.

Darüber hinaus gilt, dass natürlich die Vorgaben nach der Kommunalhaushaltsverordnung einzuhalten sind, das heißt die Unterrichtung des Rates über wesentliche Kostenerhöhungen im Sinne des § 25 Abs. 1 KommHVO. Das ist grundsätzlich durch den Ausschuss Kunst und Kultur als vorberatender Fachausschuss zu beraten und dann im Finanzausschuss nach unserer Zuständigkeitsordnung. Vielleicht trägt das ein wenig zu Ihrer Beruhigung bei, was die Rückbindung an die kommunalen Gremien angeht.

Was das Vermögen der Verwaltung angeht, ein solches Projekt aus eigener Kraft heraus zu stemmen, dazu würde ich ganz gern noch einmal an meinen Kollegen weitergeben, der das fachlich sicherlich noch einmal einordnen kann. - Vielen Dank.

Beigeordneter Markus Greitemann: Sie haben zum einen die Frage gestellt, Herr Wortmann, warum überhaupt die GbR-Gründung und ob dort mehr Geld gezahlt wird und welches Risiko dahintersteckt.

Die GbR haben wir auch deswegen gegründet - daher ist letztes Jahr auch der Ratsbeschluss gefasst worden -, damit man die Historische Mitte neben der hohen Belastung der Gebäudewirtschaft für Schulbaumaßnahmen und für sonstige Kulturbaumaßnahmen und allgemeine Maßnahmen für die Verwaltung entlasten kann. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Natürlich - da haben Sie vollkommen recht - hat die GbR freiere, bessere Möglichkeiten, die Gehälter zu gestalten. Natürlich! Aber bei beiden, sowohl bei der Hohen Domkirche als auch bei der Stadt, werden wir sehr genau darauf achten - da sind wir als Lenkungskreis auch dabei -, dass das tarifliche Gefüge gegenüber der Stadt nicht so ausufert, dass wir uns gegenseitig kannibalisieren. Das Risiko besteht dennoch, das ist unbestritten. Wir brauchen - ich sage es mal etwas locker - dieses schnelle, aber auch sehr gute Beiboot, um das Projekt Historische Mitte so zu vollenden, wie Sie sich das vorstellen, und nicht mit den Risiken, die vorhin dargestellt worden sind.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das große Glück, dass ich hier seit 20 Jahren beruflich zuständig bin und jetzt in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit wir diesen Beschluss auch in der Bezirksvertretung hatten. Die Bezirksvertretung hat mehrheitlich für diese GbR gestimmt, und zwar, wie ich glaube, auch ganz kräftig. Das war auch gut so.

Nun hat Herr Greitemann mit das Bild schon vorweggenommen. Um Ihnen die Ängste etwas zu nehmen, stellen wir uns das folgende Bild vor: Der Rat ist ein stolzes, umweltfreundliches Kreuzfahrtschiff, und der eine oder andere möchte mit einem Schnellboot ein bisschen Wasserski fahren. Dieses umweltfreundliche Kreuzfahrtschiff, der Rat der Stadt Köln, setzt genau dieses Schnellboot mitten auf dem Meer aus. Aber dieses Schnellboot kann nie abhauen, weil es immer wieder auf dieses große Kreuzfahrtschiff, auf den Rat, angewiesen ist. Und damit hat der Rat immer die Kontrolle.

Was ist daran unglaublich gut? - Unglaublich gut ist daran im Unterschied zur Oper: Diese GbR-Wahl gab es damals nicht. Man muss auch noch sagen, es gibt noch einen weiteren Unterschied, und zwar hatten die armen Dezernenten vor Herrn Greitemann zwei Dezernate. Sie waren Verkehrsdezernenten und Stadtentwicklungsdezernenten. Das war unmenschlich in der Menge und Wucht, was sie alles stemmen mussten. Jetzt haben wir einen Stadtentwicklungsdezernenten, der sich mehr darum kümmern kann, und das ist zumindest auf der Steuerbühne dieses Schiffs ganz entscheidend. Das hat er auch gezeigt - hier in Köln raspelt man ja kein Süßholz - bei der Diskussion im Stadtmuseum, das sehr voll war, was da für eine gute Diskussion über die Historische Mitte gelaufen ist.

Ich kann es nur noch einmal sagen als einer, der seit 45 Jahren in der Innenstadt wohnt und vom Saulus zum Paulus geworden ist: Ich habe da gestanden mit dem SSK gegen die Philharmonie und gegen das Museum Ludwig. Wir haben da mit Trillerpfeifen gestanden, wir haben da mit Töpfen geklappert, dass das nicht gebaut werden soll. Man kann es sich doch gar nicht vorstellen, wenn Köln kein Museum Ludwig und

keine Philharmonie hätte. Das habe ich dann selbst eingesehen und trete jetzt dafür ein.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten den Tunnel nicht.

Jetzt noch einmal zu dem, was eben gesagt wurde: Das ist zumindest die Champions League, wenn nicht tatsächlich sogar ein Weltknaller. - Ich bin sehr froh, dass ich hier diese Zeitanzeige habe. -

(Heiterkeit)

Wir brauchen das. Wir brauchen das in dieser Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen mit dieser Stadt europaweit konkurrieren. Das heißt ganz klar: Wir brauchen ein großes Umfeld von Kultur, natürlich Schulen, Gymnasien, Universitäten und alles, was wir brauchen, damit sich hier Firmen niederlassen. Das, was wir brauchen, ist der Standortvorteil. Den brauchen wir gegenüber anderen - das ist so brutal -, damit sich nämlich hier auch Firmen ansiedeln, die hier Steuern bezahlen. Das ist genau der Grund, warum diese Stadt dann auch prosperieren wird. Dafür brauchen wir die.

(Prof. Klaus Schäfer [SPD]: Godorfer Hafen!)

- Das ist ein anderes Kapitel. Das ist nicht in der Innenstadt, dazu kann ich jetzt nichts sagen. Da habe ich es noch einmal gut.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes sagen: Was hatte diese Stadt 1952 für eine Kraft, als sie darniederlag? Denken Sie, die Kölnerinnen und Kölner, doch mal an Ihre Mütter und Väter. Was haben sie zuerst aufgebaut? - Natürlich die Schulen. Sie haben die Kulturbauten aufgebaut. Da war die Kraft da. Ich habe gelesen, dass der britische Kommandant von dem Überlebenswillen der Menschen in dieser Stadt sehr fasziniert war, dass sie die Oper und andere Kulturbauten auch aufgebaut haben.

Dann sage ich noch zum Schluss zu denen, die immer auf das Geld zielen: Die Umwegrentabilität, die das einbringt - das kommt drei- und vierfach rein. Der Kollege Breite hat schon gesagt: Bei der Elbphilharmonie ist das heute schon der Fall. - Danke für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war eine Punktlandung, Herr Hupke.

(Heiterkeit)

Rein zeitlich war das eine Punktlandung.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Haben Bezirksbürgermeister die doppelte Redezeit?)

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Deswegen würde ich jetzt gern über TOP 10.13 mit der Änderung abstimmen lassen, meine Damen und Herren.

(Christian Joisten [SPD]: Wie Kunst und Kultur?)

- Ja, wie Kunst und Kultur, Anlage 4. So läuft die Abstimmung.

Gegenstimmen? - Gegenstimmen von DIE LINKE, FDP, Herrn Wortmann, Rot-Weiß, AfD und der Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Kunst und Kultur vom 17.09.2019 (Anlage 4):

1. *Der Rat beschließt – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht – die Gründung der GbR Historische Mitte nach den Maßgaben dieser Vorlage sowie des Gesellschaftsvertrags (Anlage 1).*

2. *In der Gesellschafterversammlung wird die Stadt Köln durch die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW vertreten.*

3. *Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Aufsichtsbehörde sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.*

4. *In Punkt 12.3 des Vertrages wird die Unterrichtungspflicht des Unterausschusses Kulturbauten in eine Unterrichtungspflicht des Ausschusses für Kunst und Kultur abgeändert.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP und AfD, der Gruppen Rot-Weiß und GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Auslagerung der Klassen an der Grundschule Hauptstraße 432 in 51143 Köln - Baubeschluss
2447/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, Stahlmodulbauten in der Hauptstraße 432, 51143 Köln gemäß der abgestimmten Entwurfsplanung auf dem Schulhof mit Gesamtkosten in Höhe von 8.020.507 Euro brutto errichten zu lassen und unverzüglich ein Ausschreibungsverfahren einzuleiten. Die Baumaßnahme wird im Vorgriff der Auslagerung der Klassen während des Neubaus oder einer Sanierung des Schulgebäudes bereits jetzt begonnen, da ein Mehrbedarf besteht. Der Modulbau wird anstelle der jetzigen 3-Zügigkeit als 4-zügige Schule errichtet.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 802.051 Euro. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.15 Werkstattverfahren Hallen Kalk

Hier: Integrierter Plan als Grundlage der weiteren Bearbeitung
2646/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 3).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Parkgebührenordnung 2019
0445/2018

Hierzu gebe ich zunächst Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Wir freuen uns, dass unser Vorschlag, die Mehreinnahmen aus Parkgebühren direkt in eine Verbesserung des ÖPNV zu geben, im Verkehrsausschuss bereits auf Zustimmung getroffen ist. Denn eines ist doch klar: Wir brauchen die Mobilitätswende, und wir wollen sie auch. Dabei ist es uns besonders wichtig, die notwendigen Veränderungen in der Mobilität sozial gerecht zu gestalten und den Menschen, die auf ihr Auto verzichten oder es weniger nutzen wollen, attraktive Alternativangebote zu machen. Wir möchten, dass Autofahrer, die Parkplätze in Köln nutzen, daran stärker beteiligt werden, um dies zu finanzieren.

Durch höhere Parkgebühren stehen künftig 1,8 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Diese Summe soll sinnvollerweise in bessere Bus- und Bahnangebote, zum Beispiel bessere Verbindungen in den Außenbezirken und am Abend - ein sehr sinnvoller Vorschlag, wie ich finde -, investiert werden. Das erleichtert auch Kölnerinnen und Kölnern, die weiter draußen wohnen, die Nutzung von Bus und Bahn und ermöglicht, das Auto öfter stehen zu lassen. Wenn Autofahrer jetzt einen stärkeren Beitrag leisten, sollen sie auch direkt etwas davon haben und mit einem besseren ÖPNV-Angebot entspannt mobil sein können.

Nicht nur mit Blick auf die wichtigen Themen wie Luftreinhaltung und Klimawandel ist eine Steuerung über Parkgebühren sinnvoll und richtig. Von geringerem Parkaufkommen und weniger Parksuchverkehr auf unseren Straßen profitieren letztlich alle durch eine hohe Aufenthaltsqualität und zurückgewonnenen Lebensraum in unserer Stadt. Deswegen freuen wir uns, dass diese Vorlage so ergänzt durch den Verkehrsausschuss und unseren Antrag heute hier zur Abstimmung steht und empfehlen allen hier im Hohen Haus eine Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Götz hat jetzt das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Köln mobil 2025 - das ist unsere Leitlinie für die Verkehrspolitik. Köln mobil 2025 sagt auch, dass wir den Individualverkehr in der Innenstadt zurückfahren wollen. Dazu passt auch dieses Parkgebührenkonzept, weil die Parkgebühren in der Innenstadt steigen sollen, aber eine Alternative zur Verfügung steht, nämlich die Parkhäuser, die dann preiswerter sein könnten.

(Beifall bei der CDU)

Dem könnten wir auch zustimmen, meine Damen und Herren, weil wir diese steuernde Wirkung durchaus haben wollen. Das gilt aber leider nicht für die acht anderen Stadtbezirke. Acht Stadtbezirke haben keine Parkhäuser, wo es Alternativen zum Parken auf der Straße gibt. In diesen acht Stadtbezirken ist die Parkgebührenerhöhung einzig und allein ein Griff in die Taschen der Autofahrer.

(Beifall bei der CDU)

Das, meine Damen und Herren, wollen wir nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in Sonntagsreden hören wir auch immer wieder von Ihnen: Die Stärkung der Bezirke, die Veedel müssen berücksichtigt werden. Und genau das machen Sie hier nicht. Die Bezirksvertretungen haben alle beraten. In fünf von acht Bezirksvertretungen haben CDU, SPD und FDP gegen die Erhöhung der Parkgebühren in den Stadtbezirken gestimmt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Das scheint Sie hier alles nicht zu interessieren. Mit Ihren Anträgen haben Sie noch einen draufgesetzt. Dem können wir daher so nicht folgen.

Wir wollen dem folgen, was die Mehrheit in den Bezirken beschlossen hat, nämlich keine Parkgebührenerhöhung in den Außenbezirken. Wir wollen keinen zusätzlichen Griff in die Taschen der Autofahrer. Daher müssen wir diese Vorlage leider ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Parkgebühren ist kein Selbstzweck. Auch Parkgebühren haben eine Steuerungswirkung, wie Parksuchverkehre sich gestalten. Es gibt auch nicht überall in dieser Stadt Parkgebühren. Es gibt sie in der Innenstadt in fast allen Gebieten, das ist richtig. Dort gibt es auch genügend Alternativangebote. Wir haben aber die Parkgebühren nur in den Bezirken, in denen auch Parkraumbewirtschaftung stattfindet. Das ist längst nicht überall so. Daher stimmt diese Analogie, zu sagen, dass man in allen anderen Außenbezirken jetzt auf einmal deutlich mehr für das Parken zahlen muss, so auch nicht.

Man muss sich vielleicht auch einmal anschauen, wie lang die Parkgebühren hier auf einem sehr konstanten Stand geblieben sind. Ich glaube, die letzte Anpassung der Parkgebühren liegt ungefähr sieben Jahre zurück. Da kann man auch sagen, dass im Laufe der letzten sieben Jahre durchaus Parkgebühren angepasst hätte werden können. Daher stimmen wir auch dieser Zielsetzung entsprechend zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss auch differenzieren bei den Parkgebühren, die wir in der Innenstadt haben, wo es in der Tat auch noch Alternativangebote gibt. Da sind die Parkgebühren entsprechend teurer. Ich finde es auch gut, dass es uns gelungen ist, da entsprechend den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt noch einzubauen, indem wir sagen: Selbstverständlich gehört für uns Deutz auch zur Innenstadt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Innenstadt ist nicht nur linksrheinisch, sondern auch rechtsrheinisch. Gerade im Rechtsrheinischen haben wir in Deutz mit Lanxess Arena und Co. genügend Parkhäuser, wo wir eben nicht den oberirdischen Raum für das Parken nutzen sollten.

Dass wir die Mittel jetzt quasi auch dafür nutzen sollen, nutzen werden oder nutzen wollen, den ÖPNV besser auszubauen, dazu hatten wir im letzten Verkehrsausschuss auch schon entsprechende Ideen, wie das Ganze passieren könnte. Wenn wir On-Demand-Verkehre in den Außenbezirken und in den nicht so gut angeschlossenen Stadtteilen anschließen wollen, dann ist das auch ein Schritt in die richtige Richtung.

Was auch noch Teil dieser Beschlussvorlage war - darüber wurde bisher noch gar nicht geredet -, war die Frage der Förderung: Wie wollen wir eigentlich in dieser Stadt E-Mobilität fördern? Wollen wir sie überhaupt fördern oder nicht? Es gab diverse Modelle, die dort vorgestellt wurden. Es ging einmal darum, dass Elektroautos komplett kostenlos parken dürfen. Dann gab es noch den Vorschlag, der letztlich auch heute so zur Abstimmung steht, dass man sagt: Während des Ladevorgangs ist es in Ordnung, wenn für eine Stunde auch die Elektroautos kostenlos parken können. Ich glaube, es ist ein guter Weg, diesen Weg so zu gehen, auf der einen Seite zu sagen: Wir wollen die Elektromobilität fördern, aber nicht quasi das freie Parken ständig und überall haben.

Letztlich - das ist aus unserer Sicht auch noch ein wichtiger Aspekt zu diesem jetzigen Beschlussvorschlag aus dem Verkehrsausschuss - ging es auch um die Kosten: Wie viel Geld wollen wir in die Förderung dieser Elektromobilität durch Umrüstung von Parkscheinautomaten stecken? Ich finde, da ist die Linie, zu sagen, dass wir das auch mit Parkscheiben oder Ähnlichem regeln können und darauf verzichten, für mehrere 100.000 Euro Parkscheinautomaten entsprechend umzurüsten, ein gangbarer Weg. Daher kann ich auch nur noch einmal dafür werben, für die Verwaltungsvorlage bzw. für die durch den Verkehrsausschuss geänderte Verwaltungsvorlage so zu stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden am Abstimmungsverhalten gleich sehen, dass es Rot-Rot-Grün mit den Parkgebühren wieder richten muss, weil die CDU mal wieder an Partikularinteressen hängt, und zwar an Partikularinteressen der Autofahrer.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Darauf muss doch wirklich jetzt noch einmal hingewiesen werden: Mantramäßig wiederholen wir, dass wir den Umbau im Verkehrswesen brauchen. Welche Situation haben wir? - Wir haben ein schwarz-grünes Bündnis, was sich gegenseitig blockiert und nicht nach vorn gehen kann.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Solange ihr, liebe Grüne, bei den Schwarzen hinten dranhängt, wird es mit der Verkehrswende in dieser Stadt nichts werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Daher: Löst euch endlich und kämpft mit den progressiven Kräften.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit dem Chaos-Haufen hier, oder was?)

- Ja, die SPD hat in den letzten Jahren dazugelernt. Das sind die SPD, die Grünen und wir, wenn du es genau wissen willst. Die Frage kann ich dir beantworten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Möchten Sie auch zur Sache sprechen, Herr Weisenstein?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Entschuldigung. Wie bitte?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Möchten Sie auch zur Sache sprechen?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich spreche zur Sache.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ach so, okay.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ja, Frau Oberbürgermeisterin, ich spreche sehr wohl zur Sache. Herr Götz hat es ja eben ausgeführt, dass er aufgrund Partikularinteressen der Autofahrer in den Außenbezirken nicht dieser Vorlage zustimmen kann, die zum Inhalt hat, Gelder aus der Parkraumbewirtschaftung in den ÖPNV zu transportieren. Das ist doch ein Manko, und das ist genau zu dem Thema.

Aber, Frau Oberbürgermeisterin, ich tue Ihnen gern den Gefallen und gehe noch einmal exakt auf die Vorlage ein. Die Vorlage tragen wir mit. Sie hat aber auch einen Pferdefuß, weil sie sagt, wir befördern auch das Elektroauto in der Stadt, und glaubt, mit einer Subventionierung von 1 Euro in der Stunde könnte sie auf Elektromobilität setzen. Wenn einer mit einem 70.000-Euro-Tesla diesen Euro an der Parkuhr geschenkt bekommt,

das ist natürlich hanebüchen und führt nicht dazu, dass wir weniger Autos in der Innenstadt haben. Deswegen ist das ein schlechter Punkt. Das wurde im Verkehrsausschuss aber so beschlossen entgegen der Stimmen der LINKEN. Insgesamt muss man die Vorlage jedoch mittragen, alldieweil es Gelder vom Auto in den ÖPNV transportiert. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Weisenstein, ich tue es äußerst ungern, aber wenn es denn die Sache gebietet, muss ich es tun: Ich stimme Ihnen zu. Ich glaube, dass die heutige Ratsmehrheit zu diesem Thema ein Menetekel für die nächste Wahlperiode ist, ein Testlauf.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ein Tesla?)

- Testlauf! Tesla ist etwas anderes, Niklas. Ein Testlauf für die nächste Wahlperiode, wenn es die Möglichkeit dann gibt. Da bin ich mir sehr sicher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welches Ziel wird denn hier verfolgt? - Es heißt Reduzierung CO_2, Herr Kollege Hammer. Es heißt Klimaschutz, Herr Weisenstein. Es heißt, die Stadt sicherer machen, Dieselfahrverbot verhindern - alles richtig. Nur, glaubt denn wirklich jemand, es wird ein Kilometer weniger gefahren, weil in der Innenstadt 3 Euro, demnächst 4 Euro bezahlt werden müssen? - Nein. Mit dieser Logik, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten auch nach den letzten Preissteigerungen sprunghaft die Parkraumverkehre fallen müssen. Wir alle wissen, dies ist nicht passiert. Es hat also gar keine lenkende oder steuernde Wirkung. Ganz im Gegenteil: Die Bürger werden in die Innenstadt fahren oder zum Marktplatz nach Longerich oder nach Porz und werden versuchen, die höheren Preise dadurch zu umgehen, indem sie kürzer parken. Wenn allerdings weniger geparkt wird, ist das wiederum ein Anreiz für andere, Parkraum zu suchen, weil ich weiß, dass etwas frei sein könnte. Viel schlimmer noch.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Nein, nein, nein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich zitiere die Verwaltungsvorlage. In der Verwaltungsvorlage steht ausdrücklich, dass das Anwohnerparken dadurch wieder interessanter wird. Das heißt, wir haben demnächst möglicherweise keine Externen, die in der Innenstadt kurzzeitig parken wollen, sondern wir haben die Anwohner, die suchen.

Kurzum: Es wird kein Kilometer Parkraumsuchverkehr eingespart, es wird kein Milligramm CO_2 eingespart, keine Zehntelstelle hinter dem Komma wird dadurch das Weltklima gerettet, und wir werden schon gar nicht das Dieselfahrverbot durch diese Maßnahme abwenden.

(Beifall bei der FDP)

Die spannende Frage lautet also: Was ist das Ziel dieser Preiserhöhung?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Mehreinnahmen!)

Bitte schauen Sie mal in die Verwaltungsvorlage unter Ziffer 4. Da steht allen Ernstes: Dadurch, dass wir an anderer Stelle Parkplätze wegnehmen, haben wir Einnahmeausfälle. Diese Einnahmeausfälle wollen wir kompensieren, indem wir die verbliebenen Parkplätze teurer machen. Hier lässt die Verwaltung die Katze aus dem Sack.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Genau!)

Die Bürger werden hier zur Kasse gebeten, ohne dass auf der Gegenseite - -

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Auch Autofahrer sind Bürger, Herr Kollege Weisenstein.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Auch Autofahrer sind Bürger, und anders als Sie unterscheide ich nicht zwischen guten Bürgern und schlechten Bürgern. Ich kenne nur Kölner Bürger.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Herr Weisenstein, lassen Sie uns ehrlich über die Sache reden.

In der Verwaltungsvorlage steht - eins zu eins nachzulesen unter Ziffer 4 -: Wir müssen die Defizite, die durch den Wegfall an der einen Stelle entstehen, durch Erhöhung an der anderen Stelle kompensieren. Das Argument, CO_2 einzuspa-

ren, ist vorgeschoben. Das sind Nebelkerzen. Das ist ein Deckmantel.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie können gern dazu nachher Stellung nehmen. Meine Meinung ist folgende: Hier wird kein einziger Parkraumsuchverkehr eingespart. Hier werden die Bürger zur Kasse gebeten und nichts anderes. Deswegen wird meine Fraktion einer solchen Vorlage nicht zustimmen. Sie bringt nichts und gehört abgelehnt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, wenn Sie den Punkt 4 wirklich wörtlich nehmen, worum ich bitte, dann ist das die Folge, dass dadurch an anderer Stelle wegfallende Entgelte neutralisiert werden. Es ist nicht die Ursache für diese Entscheidung. Man mag dazu stehen, wie man will, aber es ist die Folge.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Zunächst frage ich Herrn Wortmann - sprechen wollen Sie nicht -, ob der Änderungsantrag aufrechterhalten bleibt.

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln] nickt)

Der Änderungsantrag bleibt aufrechterhalten. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der Fassung Verkehrsausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die CDU-Fraktion, die FDP, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

I. Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

Beschluss:

Punkt 2. des vorliegenden Beschlusses 0445/2019 wird gestrichen sowie die in den Anlagen für die e-Mobilität gesondert ausgewiesenen Gebührenordnung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Beschlussvorlage in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 10.09.2019 (Anlage 13):

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Anpassung der Parkgebühren gemäß der beigefügten Anlage 1a.

Für den Stadtteil Deutz gilt dieselbe Parkgebührenhöhe wie für die linksrheinische Innenstadt. Zu diesem Zweck wird in den Anlagen 1a und 1b der Vorlage unter §1, Abs. 3, Punkt 1. das Wort „linksrheinischen“ gestrichen.

Die erzielten Mehreinnahmen (avisiert sind rund 1,8 Millionen €) werden in voller Höhe und unmittelbar zur Ausweitung und Verbesserung des Angebotes der KVB eingesetzt.

2. Elektrofahrzeuge werden während des Ladevorgangs für eine Stunde von den Parkgebühren befreit.

3. Statt einer Umrüstung von etwa 200 Parkscheinautomaten mit spezieller Anforderungstaste wird die Verwaltung beauftragt, ein geeignetes Verfahren z.B. mit Parkscheiben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:
Die Änderungsanträge der Fraktionen SPD (AN/1021/2019) und Die Linke. (AN/0997/2019) haben sich durch die Behandlung im Verkehrsausschuss am 10.09.2019 erledigt.

10.17 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung

hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage
3860/2018

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (s. Ziffer II – Seite 3).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

10.18 Befristete Fortsetzung des Projektes WAK für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU
2761/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

1. *Die Verwaltung wird mit der erneut befristeten Weiterführung des Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ – bisher Bestandteil des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) „Starke Veedel – Starkes Köln“- in den bisherigen Sozialräumen:*

   - *Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord*
   - *Humboldt / Gremberg und Kalk*
   - *Meschenich und Rondorf*
   - *Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße*

   für den Zeitraum 01.01.2020 bis einschließlich 31.12.2021 vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2020/2021 beauftragt.

2. *Zur Finanzierung des Projektes werden bezüglich der Sachaufwendungen in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 jährlich 305.000 € für die Umsetzung des Projektes zum endgültigen Haushalt 2020/2021 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen, Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen, berücksichtigt.*

3. *Zur Durchführung des Projektes werden 1,5 Stellen in der Bewertung A13 LG 22 bzw. LG21 LbesG NRW, die bereits für die Vorgängerprojekte eingerichtet wurden, weiterhin im Stellenplan zur Verfügung gestellt. Die diesbezügliche Finanzierung (2020 = rd. 157.845 € bzw. 2021 = 161.002 €) erfolgt aus im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Soziale Leistungen bei Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, veranschlagten Mitteln.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Baubeschluss zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen
3043/2018/1

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss, aber mit der Ergänzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft, Anlage 8, wie Finanzausschuss, Anlage 9. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 16.09.2019 (Anlage 8) und des Finanzausschusses vom 23.09.2019 (Anlage 9):

1. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt das Vorhaben zur Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen. Die voraussichtlichen Kosten betragen rund 957.000 Euro. Davon entfallen auf die Erweiterung der Waldschule rund 607.000 Euro, die im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft vorfinanziert werden und durch den städtischen Haushalt refinanziert werden müssen.*

   Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Entwurfsplanung die Ausbauplanung zu beauftragen und die Maßnahme umzusetzen.

   Außerdem beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung mit der Instandsetzung der Waldschule, die im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln finanziert wird.

Mittlerweile hat das weiterführende Schul- und Umweltbildungsangebot des Umweltbildungszentrums Heideportal Gut Leidenhausen so stark zugenommen, dass weitere Mehrzweck-- und Seminarräume erforderlich sind. Daher wird die Gebäudewirtschaft beauftragt in Zusammenarbeit mit Umweltbildungszentrum Leidenhausen eine Vorplanung mit Kostenschätzung (LPh2) für Seminar- und Mehrzweckräume im „Schweinestall“ auf Gut Leidenhausen schnellst möglich, spätestens aber bis Ende 2020, vorzulegen. Die im Konzept zum Umweltbildungszentrum vorgesehenen weiteren Büroräume in der „ehemaligen Arbeiterunterkunft (links neben dem Herrenhaus)“ sollen schnellst möglich für eine Büronutzung des Umweltbildungszentrums saniert werden.

Die Maßnahmen sollen in zwei Bauabschnitten erfolgen:

1. Waldschule (prioritär)

2. „Schweinestall“

2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Refinanzierung der Erweiterung der Waldschule in Höhe von weiteren 377.000 Euro im Rahmen der Haushaltsplanung 2020/2021 im Teilfinanzplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Haushaltsjahr 2022, sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Schließung und Rückbau der städtischen Unterkunft für Geflüchtete am Standort Eygelshovener Straße 33, 50999 Köln-Sürth
3295/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Schließung und dem Rückbau der städtischen Unterkunft für Geflüchtete am Standort Eygelshovener Straße 33, 50999 Köln-Sürth, Gemarkung Rondorf-Land, Flur 17, Flurstück 2075 tlw. mit Aufwendungen in Höhe von 1.740.000 € für den Rückbau und Aufwendungen in Höhe von 4.694.495,34 €, die aus dem Abgang des Vermögensgegenstandes entstehen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei TOP 10.20 ist mir noch wichtig, dass die BV zugestimmt hat.

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über die Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65520/02 Arbeitstitel: Geestemünder Straße in Köln-Niehl
2227/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den vom Stadtentwicklungsausschuss gefassten Aufstellungsbeschluss vom 19.03.2015 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 65520/02 – Arbeitstitel Geestemünder Straße in Köln-Niehl – gemäß Anlage 1 um die nördlichen Teilflächen der Johann-Maria-Farina-Straße zu verkleinern und um eine Teilfläche nördlich der Geestemünder Straße/ östlich der Johann-Maria-Farina-Straße zu vergrößern;

2. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 65520/02 für das Gebiet entlang der Geestemünder Straße zwischen Neusser Landstraße und Industriestraße in Köln-Niehl – Arbeitstitel: Geestemünder Straße in Köln-Niehl – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4.

3. den Bebauungsplan 65520/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom

23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) – in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 66498/03 Arbeitstitel: Kirchenzentrum Derfflingerstraße in Köln-Weidenpesch 2424/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *den Einleitungsbeschluss vom 24.05.2017 betreffend das Bauleitplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) –Arbeitstitel: Kirchenzentrum Derfflingerstraße in Köln-Weidenpesch- um das Flurstück 761, Flur 5, Gemarkung Longerich zu verkleinern*

2. *den Bebauungsplan 66498/03 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet nördlich der Derfflinger Straße, östlich der Hohenfriedbergstraße, südlich des ehemaligen Pfarrhauses (Hohenfriedbergstraße 2) und des Spielplatzes der Kindertagesstätte (Hohenfriedbergstraße 6) sowie westlich der Wohnbebauung an der Rennbahnstraße in Köln-Weidenpesch —Arbeitstitel: Kirchenzentrum Derfflingerstraße in Köln-Weidenpesch — nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung — als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73479/08 - Stellungnahmen/Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: „Oberer Wichheimer Kirchweg in Köln-Holweide“ 2639/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 14.12.2017 (öffentliche Bekanntgabe am 07.02.2018) für den Bereich zwischen den hinteren Grundstücksgrenzen der Straße An der Wasserburg 19c bis 1, dem Schlagbaumsweg bis zur hinteren Parzellengrenze des Grundstückes Wichheimer Kirchweg 105, den hinteren Grundstücksgrenzen des Wichheimer Kirchweges 105 bis 147, der südlichen Parzellengrenze des Grundstückes Wichheimer Kirchweg 118, eine mehrfach abknickende und mittig auf die Nordseite des Heizkraftwerkes zulaufende Linie, der Nordseite des Heizkraftwerkes, der Südseite des Spielplatzes und der Westseite des Spielplatzes bis zu der hinteren Parzellengrenze des Grundstückes An der Wasserburg 19c in Köln-Holweide und Köln-Merheim;*

2. *über die zu der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73479/08 für das 1,26 ha große Gebiet (Flurstücke 2016, 1243, 1244, 1245, Gemarkung Holweide) welches westlich begrenzt wird durch die Ostmerheimer Straße, im Norden durch den Schlagbaumsweg auf Höhe der Colonia-Allee, östlich begrenzt einerseits durch ein Gebäude (Flurstück 1459, Schlagbaumsweg Haus-*

nummer 258) des Fernmeldeamtes (Post) und andererseits weiter südlich durch die Schutzpflanzung (Flurstück 1162) und im Süden durch die öffentliche Grünfläche (Flurstück 528, Gemarkung Holweide) — Arbeitstitel: "Oberer Wichheimer Kirchweg in Köln-Holweide" — eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;

3. die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 73479/08 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.4 2. Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6440 Nd/03 (65410/03) - Stellungnahmen/Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Kalscheurer Weg in Köln-Zollstock, 2. Teilaufhebung 2872/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zu der 2. Teilaufhebung des für das Gebiet westlich des Kalscheurer Wegs, südlich der Wohnbebauung an der Kendenicher Straße und östlich und nördlich der Siedlergenossenschaft am Kalscheurer Weg mit der Flurstücknummer 735

—Arbeitstitel: Kalscheurer Weg in Köln-Zollstock, 2. Teilaufhebung— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4 und 5;

2. die 2. Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6440 Nd/03 (65410/03) nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.5 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) Nr. 70439/07 Arbeitstitel: Flamme Möbel in Köln-Poll 2473/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. das Verfahren zur Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) Nr. 70439/07; Arbeitstitel: Flamme Möbel in Köln-Poll für das Eckgrundstück Rolshover Straße 227 südlich Ernst-Weyden-Straße (Gemarkung Poll, Flur 38, Flurstück 675) in Verbindung mit §1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten;

2. die Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) Nr. 70439/07 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die Ergänzung des Bebauungsplan-Entwurfs 60539/04
Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler
2794/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 60539/04 für das Gebiet zwischen Griesberger Straße, Frohnhofstraße, Weilerstraße und Chorbuschstraße in Köln Esch/Auweiler —Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;*

2. *den Bebauungsplan 60539/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) im ergänzenden Verfahren nach § 214 Absatz 4 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03

Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth

(s. auch 24.8 nichtöffentlicher Teil - Ergänzungen zu den

Anlagen 2, 3, 6 und 8)
0396/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 3).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.8 Teilaufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 70451/03
Arbeitstitel: „MHD Gelände“ in Köln-Kalk
2464/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zur Teilaufhebung des Bebauungsplan-Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 70451/03 für das Gebiet zwischen der Bahnstraße Köln-Siegburg im Westen und Süden, der Kalker Hauptstraße im Norden der Bebauung westlich der Trimbornstraße im Osten, Arbeitstitel: "MHD Gelände" in Köln-Kalk abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;*

2. *die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 70451/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu den Wahlen.

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss 2536/2019

Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt

Herrn Dominik Kaven (Bund der Deutschen Katholischen Jugend - BDKJ)

gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stimmberechtigtes Mitglied für den BDKJ in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Herr Peter Simon behält seine Position als persönlicher Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss 2537/2019

Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolgerin von Herrn Marvin Stutzer (beratendes Mitglied des Kölner Jugendring e.V.)

Frau Nadia Schnabel (Kölner Jugendring e.V.)

gemäß § 4 III lit. i der Satzung des Jugendamtes i.V.m. § 5 III 1.AG-KJHG als beratendes Mitglied für den Kölner Jugendring e.V.

in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Sabine Welter behält ihre Position und wird die persönliche Stellvertretung für Frau Nadia Schnabel wahrnehmen. Herr Marvin Stutzer gibt damit seinen Sitz im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln 2760/2019

Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

Herrn Beigeordneten Robert Voigtsberger

(bisher Frau Gabriele C. Klug)

als stellvertretenden Vorsitzenden der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Darüber hinaus beschließt der Rat der Stadt Köln

Herrn Dr. Johannes Nießen für das Gesundheitsamt der Stadt Köln

(bisher Frau Dr. Anne Bunte)

zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen

sowie

Herrn Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller für das Gesundheitsamt der Stadt Köln

(bisher N.N.)

und

Frau Petra Schall für das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren

(vorher Frau Anna-Maria Friedrich)

zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellungen der genannten bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, des bisherigen Mitgliedes und des bisherigen stellvertretenden Mitgliedes werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Bestellung der Vertretung der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)
2923/2019

Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet

Herrn Stadtdirektor Dr. Stephan Keller als Vertreter der Stadt Köln und

als stellvertretende Vertreter der Stadt Köln

Herrn Thomas Blaeser, Dienststellenleitung der Zusatzversorgung und Beihilfe, Geschäftsführung Zusatzversorgungskasse und Beihilfekasse, sowie

Herrn Frank Bücher, stellvertretende Dienststellenleitung des Amts für Informationsverarbeitung,

in die Verbandsversammlung des KDN-Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister.

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Neubenennung eines Mitgliedes des Ausschusses Soziales und Senioren
2696/2019

Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt Herrn Markus Johannes, Kreisgruppengeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Köln, als Sachkundigen Einwohner nach § 58 Abs. IV GO NRW in den Ausschuss Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 RheinEnergie AG
hier: Vorschlag für die Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsrates
3058/2019

Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat schlägt der Hauptversammlung (HV) der RheinEnergie AG vor, an Stelle von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr

vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt Köln)

in den Aufsichtsrat zu wählen.

Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die HV aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei dem Oberbürgermeister bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Neuwahl eines ordentlichen und ggf. eines stellvertretenden Mitgliedes für den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde
2764/2019

Abstimmung wie Umweltausschuss, Anlage 2. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Umwelt und Grün (s. Anlage 2):

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das ordentliche Beiratsmitglied Herrn Georg Kurella auf Vorschlag des Landesjagdverbandes NRW e.V. Herrn Adalbert Fuchs.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden“
AN/1298/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Dieter Gruner anstelle von Herrn Joachim Geyssel als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Stadtentwicklungsausschuss“
AN/1309/2019

Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herr Dominik Karven anstelle von Herrn Mario Anastasi als beratendes Mitglied in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen“
hier: Neubesetzung Aufsichtsräte, weitere Gremien
AN/1325/2019

Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat wählt anstelle von Susanne Bercher-Hiss das Ratsmitglied Ursula Schlömer als stellvertretendes Mitglied für Gerd Brust in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Rheinland“.*

2. *Anstelle von Frau Susanne Bercher-Hiss wird Frau Ursula Schlömer als Mitglied des Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) gewählt.*

3. *Der Rat schlägt der Hauptversammlung (HV) der GEW Köln AG zur Wahl in den Aufsichtsrat, Frau Ursula Schlömer anstelle von Frau Susanne Bercher-Hiss vor.*

   Er beauftragt den städtischen Vertreter in der HV der GEW Köln AG, entsprechend zu votieren.

4. *In den Ausschuss Umwelt und Grün wählt der Rat anstelle des Ratsmitglieds Susanne Bercher-Hiss das Ratsmitglied Ursula Schlömer.*

   Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu der Rats-

sitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder benannt werden.

Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ (Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat).

Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Besetzung von Gremien“ AN/1330/2019

Das müsste Ihnen inzwischen vorliegen: KGAB-Aufsichtsrat. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Gremienbesetzungen:

1. *Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH, Aufsichtsrat:*

   Entsendung von Herrn Michael Paetzold anstelle von Frau Monika Möller.

2. *Städtetag NRW, Konferenz der Ratsmitglieder:*

   Wahl von Herrn Christian Joisten anstelle von Herrn Martin Börschel.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 „Lastenräder für Köln“: Finale Erhöhung des Fördervolumens 2456/2019

Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir stimmen selbstverständlich dem zu, begrüßen das auch. Die Frage ist jetzt zum Thema, aber vielleicht ein bisschen hineingemogelt. Wir hatten eine Anfrage zur Fortführung des Programmes gestellt. Die Verwaltung hat darauf geantwortet, dass sie eine Antwort Ende Oktober zum Verkehrsausschuss vorlegen würde. Da geht es darum, ob man den Personenkreis einer Förderung eventuell ausbaut etc., Evaluation des Projekts. Wenn diese Antwort erst Ende Oktober vorliegt, haben wir im Grunde genommen kaum Einfluss darauf, im Haushalt noch etwas zu regulieren. Deswegen die Frage, ob wir diese Information, das Ergebnis der Evaluation, nicht auch schon vorher haben können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das kann ich gut verstehen. Zunächst einmal möchte ich mich für die Tendenz bedanken, dass diese Dringlichkeitsentscheidung auch genehmigt wird. Sie ist verhältnismäßig spontan entstanden. Ich möchte mich auch bei der Kämmerin sehr bedanken, dass sie das so mitgetragen hat.

Es ist so, dass wir das wirklich erst einmal evaluieren müssen. Wir versuchen, das so schnell wie möglich zu machen und Ihnen das Ergebnis mitzuteilen. Aber das ist einfach nötig, weil es hier fast eine Verzehnfachung des Betrages gegeben hat, was sehr gut ist, aber trotzdem muss es nachvollziehbar sein.

Gibt es Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss des Hauptausschusses:

Aufgrund der hohen Nachfrage nach einer Förderung zur Anschaffung von Lastenrädern beschließt der Rat eine Ausweitung des Fördervolumens für das abgeschlossene Förderprogramm auf maximal 1.900.000 Euro.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich schließe den öffentlichen Teil, rufe den nichtöffentlichen Teil der Sitzung auf und verabschiede mich natürlich von den Zuhörern und von den Zuschauern. Vielen Dank, dass Sie so lange hier waren.

(Schluss: 19.15 Uhr)

53. Sitzung vom 7. November 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 In die Haushaltsplanberatungen verwiesenen Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus"

AN/1032/2019

2 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen

5 In die Haushaltsplanberatungen verwiesen Beschlussvorlagen

6 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

7.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017

3068/2019

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1 Konzept zur Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*Innenförderung Bildende Kunst) und Erhöhung der Institutionellen Förderung des Kulturwerks Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Köln e.V.

3567/2019

9 Stellenpläne

9.1 Stellenplan für das Jahr 2020/2021

2523/2019

9.2 Stellenplan 2020/2021 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

2647/2019

9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2020/21

2776/2019

9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2020/2021

2836/2019

9.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2020/21

3139/2019

10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2024

3619/2019

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klein, Heinz; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Mo-

nika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Stenografen
Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Geraedts, Wilhelm; Halberstadt-Kausch, Inge; Paetzold, Michael; Schäfer, Klaus, Prof.; Schultes, Monika; Wiener, Markus; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Bezirksbürgermeisterinnen
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia; Bezirksbürgermeisterin

(Beginn: 9.36 Uhr - Ende: 11.50 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 53. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße als Erstes unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet - -

(Unruhe)

- Ich bitte Sie, jetzt auch Ihre Gespräche einzustellen. Morgens dauert es wahrscheinlich ein bisschen länger, bis wir uns hier warmlaufen. Aber wir haben uns für heute ja viel vorgenommen. Darum würde ich auch gerne beginnen. - Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates.

Besonders herzlich begrüße ich heute Morgen unser neues Ratsmitglied, Herrn Klein, den ich gleich als Erstes verpflichten möchte.

Herr Klein wurde als Nachfolgerin für Frau Dresler-Graf gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Herr Klein, ich bitte Sie, zu mir nach vorne zu kommen. Alle Anwesenden bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben, auch die Gäste auf der Zuschauertribüne.

(Heinz Klein [CDU] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Herr Klein, ich verpflichte Sie im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Beifall)

Vielen Dank und herzlichen Glückwunsch! - Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute Morgen steht die Verabschiedung des städtischen Doppelhaushalts auf der Tagesordnung. Ab 14.30 Uhr - ich erwähne die Uhrzeit extra noch einmal - folgt dann eine reguläre Ratssitzung, bei der wir hoffentlich auch einige wichtige Beschlüsse fassen werden.

Ich freue mich darüber, dass wir heute die Voraussetzung dafür schaffen können, auch die nächsten beiden Jahre mit einem genehmigten Haushalt zu beginnen, und möchte mich als Erstes an dieser Stelle bei allen denjenigen bedanken, die dazu beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Schultes, Herr Geraedts, Frau Halberstadt-Kausch, Herr Paetzold, Herr Professor Schäfer, Herr Wiener und Frau Wolter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Sommer, Herrn Dr. Unna und Herrn Görzel.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen sind dort gekennzeichnet.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung des folgenden Punktes vor: die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung unter TOP 8.1. Abgesetzt wurde der TOP 1.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Keine.

Meine Damen und Herren, zur Einbringung des Haushalts im August dieses Jahres hat die Verwaltung gesprochen. Heute gehört die Bühne Ihnen, der Politik.

Wie in den Vorjahren schlage ich vor, die Redezeiten dazu abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festzusetzen. Diese verlängerte Redezeit soll alle Anträge und Beschlussvorlagen in dieser Sitzung mit Haushaltsbezug erfassen und wieder nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Die Fraktionen SPD und CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 25 Minuten; die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von 20 Minuten; die Fraktionen DIE LINKE und FDP dürfen bis zu 15 Minuten sprechen; die AfD-Fraktion erhält eine Redezeit von maximal zwölf Minuten; die Gruppen und Einzelmandatsträger dürfen bis zu zehn Minuten sprechen. Selbstverständlich können Sie die Redezeit auch innerhalb Ihrer Fraktion auf mehrere Rednerinnen oder Redner aufteilen. Das soll dann in einer Runde stattfinden.

Gibt es Wortmeldungen dazu, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Abschließend möchte ich fragen, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung insgesamt gibt. - Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir beginnen mit den Haushaltsreden. Als Erster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in meiner Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushaltsplan im Finanzausschuss vor knapp einem Monat konnte ich feststellen, dass die sich jährlich wiederholenden Ereignisse wie dieses Haushaltsaufstellungsverfahren eine gute Gelegenheit bieten, einmal Revue passieren zu lassen, was in dem einen Jahr Wesentliches passiert ist oder eben auch nicht passiert ist.

Dazu kann ich festhalten: Wir haben zunächst einmal vor allen Dingen eine neue Kämmerin; das ist auf jeden Fall passiert. Wir haben einen Beschluss zum Klimanotstand getroffen; er ist durchaus angemessen, aber natürlich auch nicht zum Nulltarif zu haben. Wir haben ein Gestaltungsbündnis, das dem Haushalt auf Jahre Lücken in Millionenhöhe beschert; ich verweise auf die jüngsten Entscheidungen zur Spielbank und zum Godorfer Hafen.

Und was hat sich darüber hinaus getan? Wenig, wie ich gleich darlegen werde. Und das sind schlechte Nachrichten für Köln - gleich in mehrfacher Hinsicht.

Zum einen hatten wir als SPD-Fraktion durchaus die Hoffnung, dass die neue Stadtkämmerin mit einem frischen, unverstellten Blick die haushalterischen Herausforderungen einer Großstadt wie Köln angeht. Der vorliegende Haushaltsentwurf schreibt dagegen leider nur den aus unserer Sicht falsch gewichteten Haushaltskonsolidierungsansatz fort, und das im Rahmen des Doppelhaushalts gleich für zwei Jahre.

Die Oberbürgermeisterin sowie die sie unterstützenden Fraktionen und Gruppen geben sich mit dem Erhalt des Status quo zufrieden - wohl wissend, dass sich die finanziellen und konjunkturellen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren voraussichtlich verschlechtern werden, während sich die Problemfelder in der Stadt, allem voran der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, exponentiell verstärken werden. Ein Plan für Köln: Fehlanzeige. Stattdessen: Verstetigung des Stillstandes.

Bevor ich in die Details einsteige, möchte ich aber, auch wenn es viele schon kennen - Stichwort „ceterum censeo“ -, die Gelegenheit nutzen, für die SPD-Fraktion hier noch einmal das Haushaltsplanaufstellungs- und -beratungsverfahren zu kritisieren.

So schön es in den Ohren klingen mag, dass Köln den Haushalt - es ist gerade noch einmal erwähnt worden - bereits im Vorjahr verabschiedet, so schwierig ist der damit verbundene Fahrplan für die Ehrenamtler, die ihn verabschieden sollen. Eine sachgerechte Auseinandersetzung mit den durchaus komplexen Fragestellungen der Haushaltsaufstellung für eine Millionenstadt ist unter diesen Bedingungen schlicht nicht möglich.

Deshalb appelliere ich noch einmal an die Stadtkämmerin und auch an die Oberbürgermeisterin: Ermöglichen Sie bitte zukünftig den Ratsmitgliedern eine geordnete Haushaltsplanberatung. Die zeitliche Entzerrung des Verfahrens wäre ein erster Schritt, die transparente und verständliche Aufbereitung des Haushaltsplanentwurfs ein weiterer.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker nickt)

- Danke. - Die Zusage der Oberbürgermeisterin ist schon einmal da.

Kommen wir nun zum Haushaltsplan und den vorliegenden Veränderungsnachweisen. Für eine neue Stadtkämmerin sind es eigentlich dankbare Zeiten. Die Einnahmeseite ist dank der konjunkturellen Lage insbesondere durch die Gewerbesteuer immer noch außerordentlich positiv. Allerdings deuten sich am Horizont bereits die Zeiten steigender Zinsen und konjunkturellen Abschwungs an. Die ersten Rufe, die fetten Jahre seien vorbei, sind schon zu hören.

Nur: Was hat die Stadt in den fetten Jahren erreicht, und was bedeutet das eigentlich für die nächsten Jahre? Die Oberbürgermeisterin hat in ihrer Haushaltsrede verkündet, mit dem vorliegenden Doppelhaushalt treibe sie folgende Themen voran:

> erstens eine familienfreundliche Stadt mit Bildungschancen für alle, zweitens das Megathema „Klimaschutz und Klimaanpassung“, drittens die Mobilitätswende, viertens bezahlbares Wohnen und fünftens das Thema „solide Wirtschaft, attraktiver Standort“.

Die Stadtkämmerin beschwört daneben die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushalts bis 2022.

Schauen wir auf diese Aussagen und darauf, was diese am Ende auseinanderlaufenden Positionen genau bedeuten. Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist von dem Streben nach der schwarzen Null gekennzeichnet. Allerdings wirkt es schon etwas aus der Zeit gefallen, die schwarze Null weiterhin wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Was auf den ersten Blick ein durchaus erstrebenswertes Ziel sein mag und auf Bundesebene auch seine Berechtigung hat,

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Ach!)

ist für die Situation, die wir in Köln vorfinden, eben nicht richtig.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Nein, natürlich nicht!)

Köln ist eine rasant wachsende Großstadt. Wer das Thema Generationengerechtigkeit ernst nimmt, muss jetzt investieren. Wohnen, Bildung und Mobilität sind hier die entscheidenden Stichworte.

(Beifall bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Ein Haushalt, der unter rein finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten lediglich die Fehlbetragsreduzierung und Beendigung von Vermögensverzehr als vorrangiges Ziel definiert und zur Erreichung dieses Ziels die Investitionen in die Zukunft unserer nachfolgenden Generationen einspart, ist kurzfristig und fahrlässig.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ist zudem kein Selbstläufer, selbst in wirtschaftlich guten Zeiten nicht. Und so stellt sich die Frage: Auf wessen Kosten geht das eigentlich?

Eine Idee bekommt man davon, wenn man einen Blick auf die städtischen Bereiche wirft, die in den beiden kommenden Jahren in besonderem Maße von Einsparungen betroffen sind. Ich darf aus der Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin zitieren:

> Schulträgeraufgaben und Kindertagesbetreuung werden mit rund 21 Prozent der Ausgaben des städtischen Gesamthaushaltes angesetzt.

Das klingt viel, ist es aber nicht. Die Haushaltsaufwände für Bildung, Jugend und Sport betragen schon seit vielen Jahren rund 30 Prozent des Gesamthaushalts. Um den Haushalt zu konsolidieren und die schwarze Null schon ein Jahr früher zu erreichen, wurden die Etats für Kinder und Jugendliche, für Schülerinnen und Schüler, für die Sporttreibenden dieser Stadt bei der Haushaltsaufstellung überproportional zusammengestrichen, nämlich um rund 43 Prozent.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Quatsch!)

Fakt ist: Die Verwaltung hatte bei den Schulträgeraufgaben Kürzungen von mehr als 11 Millionen Euro vorgesehen. Dahinter verbergen sich ganz konkret Ansätze wie der Schülerspezialverkehr für Inklusionsschüler, die Einschränkung der Programme „Sicher schwimmen!“ und „Internetstadt Köln“, aber auch eine Einschränkung bei Honorarmitteln für die Lehrkräfte der Rheinischen Musikschule. Allein der Ansatz für Lernmittel und Unterrichtsmaterialien wurde um 1,6 Millionen Euro reduziert. Kürzungen der Honorarmittel für die Lehrkräfte der VHS erfolgten in Höhe von rund 440 000 Euro, wodurch sich sowohl das Kursangebot als auch nachfolgend die Teilnahmebeiträge reduzieren würden. Wie passt das zu der Idee, Bildungschancen für alle zu bieten?

Auch wenn das Haushaltsbündnis jetzt durch seinen Haushaltsbegleitbeschluss den Eindruck vermittelt, dass diese Kürzungen zurückgenommen wurden, bleibt festzuhalten: Mit realem Geld ist das bisher nicht unterlegt. Vielmehr soll mal geschaut werden - ich formuliere es ein bisschen flapsig -, ob im Rahmen der unterjährigen Beschäftigung irgendwo noch Geld gefunden wird, das man dafür einsetzen kann.

Verlässliche Finanzplanung sieht allerdings anders aus. Denn zum Beispiel die rund 1 000 freiberuflichen Honorarlehrkräfte an der VHS Köln wissen immer noch nicht sicher, ob sie weiterhin in dem bisher vereinbarten Umfang tätig werden können oder ob die VHS ihr Angebot reduzieren muss, was zusätzliche Einnahmeausfälle zur Folge hätte. Gerade mit diesen Menschen in ohnehin prekären Arbeitsverhältnissen muss eine Stadt wie Köln deutlich verantwortungsvoller umgehen, als dies hier der Fall ist.

Kommen wir zum Stichwort „familienfreundliche Stadt“. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind nur durch Investitionen in die aufwachsende Generation herstellbar. Das erfordert nicht nur den Ausbau und Aufbau der Kindertagesbetreuung. Zusätzlich muss auch in frühe Hilfen, in Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche sowie in Bildungs-, Beratungs- und Sportangebote investiert werden, die sich im Haushalt aber im freiwilligen Bereich wiederfinden.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Joisten, wo war denn Ihr Antrag dazu?)

In einer Zeit, in der wir uns verpflichtet haben, die Kinderrechte und den Vorrang des Kindeswohls zu wahren und in unsere Entscheidungen aufzunehmen, erfolgen Kürzungen bei den Transferaufwendungen der Kinder- und Jugendarbeit. Dahinter verbergen sich vor allem die freiwilligen Zuschüsse zu vielfältigen Präventions- und Hilfsprogrammen für Kinder und Jugendliche. Im Haushalt 2021 werden diese um rund 6 Prozent gekürzt. Das sind 2,16 Millionen Euro. Dazu gehören auch die Hausaufgabenhilfe für Flüchtlingskinder, Mittel zur Flüchtlingsunterstützung und ab 2021 auch ein großer Teil der im letzten Jahr für die Übermittagsbetreuung im Bereich der Sekundarstufe I zugesetzten Mittel.

Alles das haben Sie, wie gesagt - ich habe es eben schon erwähnt -, in Ihrem Haushaltsbegleitbeschluss mit einer schönen Formulierung versehen, aber nicht mit realem Geld unterlegt.

Beim Schulbauprogramm geht es um Investitionen in 61 Großbauprojekte. Dafür sind 300 Millionen Euro angesetzt. Machen wir uns doch einmal klar, was 300 Millionen Euro bedeuten. Für eine neue weiterführende Schule kalkuliert die Verwaltung eine durchschnittliche Investition von 50 Millionen Euro. Angesichts der steigenden Baukosten müsste man sogar etwas mehr ansetzen. Mit dem eingeplanten Investitionsvolumen von 300 Millionen Euro kommt man also nicht weit. Hierfür kann man in den kommenden Jahren höchstens sechs neue Schulen errichten.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber immerhin! Zusätzlich!)

Köln braucht in den kommenden Jahren aber mehr als 40 neue Schulen und darüber hinaus 18 Schulerweiterungen. Auf der Prioritätenliste der dringenden Schulbaumaßnahmen stehen bereits jetzt 217 Projekte. Also sind der Sanierungsstau und der Stau bei Neubaubedarfen weiterhin bittere Realität und werden in unserer Stadt bittere Realität bleiben.

Kürzungen beim Schulbau, bei der baulichen Unterhaltung und bei der Wartung von Schulen fin-

det man im vorliegenden Entwurf im Umfang von 1,5 Millionen Euro ab 2021. Das ist keine Nachhaltigkeit bei Bildungsinvestitionen.

(Beifall bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Zum Thema Klimanotstand: Interessant ist in diesem Kontext, dass wir einen Beschluss gefasst haben. Wie wir schon ahnen, wird das aber nicht kostenneutral abgehen. Das Ganze wird uns Geld kosten, und zwar nicht zu knapp. Im vorgelegten Haushalt wird dieser Punkt allerdings vollständig ausgeklammert. Der Beschluss zum Klimanotstand findet überhaupt keinen Niederschlag in diesem Haushalt. Dann stellt sich die Frage: Woher soll denn das Geld kommen, wenn wir bei jeder Verkehrs- und Baumaßnahme in den nächsten zwei Haushaltsjahren über klimaschützende Maßnahmen sprechen? Ich kann nicht erkennen, dass es da irgendeine Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen gibt.

Zum Thema Wohnungsbau: Wenn man den Verlautbarungen Glauben schenken darf, haben mittlerweile auch die Oberbürgermeisterin und die sie unterstützenden Fraktionen und Gruppen erkannt, dass die Wohnungsknappheit *das* zentrale Problem in Köln ist. Herzlich willkommen in der Wirklichkeit! Allein: Es tut sich nichts. Das Pilotprojekt „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert - das Beispiel der Stadt Köln“ hat allen Beteiligten ins Stammbuch geschrieben, dass ein Weiter-so die schlechteste aller Handlungsoptionen ist.

Was ist also in der Zwischenzeit passiert? Das viel beschworene Wohnungsbündnis der Oberbürgermeisterin hat sich als zahnloser Tiger erwiesen. Die Zahl von mindestens 6 000 neuen Wohnungen pro Jahr wird nicht einmal im Ansatz erreicht. Die Zahl der Baugenehmigungen stagniert mit hochgerechnet circa 2 500 auf niedrigstem Niveau.

Zum Thema Fertigstellungen: 2018 wurden circa 3 900 Wohnungen fertiggestellt. Das sind zwar mehr als im Vorjahr, aber immer noch viel zu wenig. Denn von 2015 bis 2019, also bis jetzt, sind laut bestehender Wohnraumbedarfsrechnung 30 000 fertiggestellte Wohnungen notwendig. Erreicht wurden bisher knapp über 12 000. Bis Ende des Jahres 2019 müssten also noch fast 18 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Das ist selbstverständlich illusorisch. Da kommen wir nicht hin. Damit wird das Ziel, das wir uns gesetzt haben, deutlich unterschritten.

Alle Institutionen, die sich in der täglichen Arbeit mit dem Thema „bezahlbarer Wohnraum“ beschäftigen - allen voran der Kölner Mieterverein, aber auch die Bauunternehmen und Projektentwickler -, beklagen die Kölner Zustände.

Um es einmal auf den Punkt zu bringen: Köln ist unter den sieben größten Städten unrühmliches Schlusslicht beim Anteil der fertiggestellten Wohnungen am jährlichen Wohnraumbedarf. Und das ist eine traurige Bilanz.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was machen in dieser Situation die sogenannten haushaltstragenden Fraktionen? Sie legen einen politischen Veränderungsnachweis vor, der die grundlegende Schieflage des Haushalts nicht einmal im Ansatz zu korrigieren versucht.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

Verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich ist es sinnvoll, auch im Kleinen Unwuchten im Haushalt zu korrigieren und so die wichtigen Aufgaben von Vereinen, Trägern und Initiativen zu stärken. Insofern können wir vielen Positionen in Ihrem VN zustimmen; gar keine Frage.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach! - Niklas Kienitz [CDU]: Sie waren ja noch nicht einmal in der Lage, einen eigenen Vorschlag vorzulegen!)

Es fehlt aber der Wille der politischen Steuerung im Ganzen. Und dafür ist ein Haushalt auch gemacht. Das gilt insbesondere bei den großen Themen: Wohnen, Bildung und Maßnahmen gegen die soziale Spaltung in der Stadtgesellschaft. Stattdessen: altbewährtes Verteilen von Wohltaten nach dem Gießkannenprinzip. Hier fehlen jegliche Vision und jeder Anspruch darauf, Köln im positiven Sinne gestalten zu wollen.

(Beifall bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Ich möchte Ihnen gerne einen Gegenentwurf vorstellen, nämlich unseren Plan für Köln.

(Lachen bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Jetzt hören Sie einmal gut zu.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wo ist denn Ihr Änderungsantrag?)

„Wohnen. Bezahlbar. Machen.“ Der eine oder andere von Ihnen wird dieses Motto bereits ge-

hört haben. Letztes Jahr durften wir im Rat mit deutlich genervtem Unterton und dazwischen auch immer wieder vernehmen, dass die SPD schon wieder einen Antrag zum Bauen stellen würde. Gut so! Denn dahinter steckt für uns eine Idee, ein Lösungsansatz, um dieses Problem endlich mit hoher Schlagkraft anzugehen. Das muss auch endlich in den Köpfen aller Verantwortlichen ankommen. Deshalb halten wir unvermindert daran fest, dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung dieses Hauses zu setzen. Denn wir müssen weiterhin den Wohnungsbau ankurbeln.

Deswegen wiederholen wir unsere Forderung nach einem Wohnungsbaufonds über 500 Millionen Euro für fünf Jahre, um damit 10 000 neue öffentlich geförderte Wohnungen zu bauen. 2 000 neue öffentlich geförderte Wohnungen statt der 1 000 pro Jahr müssen das Ziel sein.

Mit diesem Fonds könnten aber auch Grundstücke gekauft werden, um dort öffentlich geförderten, jedenfalls preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Denn die erforderlichen Flächen müssen zu bezahlbaren Preisen bereitgestellt werden, und das ist heute in dieser Stadt bei weitem nicht der Fall.

Hier sollten wir einmal nach Wien schauen. Dort gibt es den Wohnfonds Wien. Wien verfolgt die Politik des Gemeindebaus seit Jahrzehnten konsequent und hat trotz wachsender Bevölkerung ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum.

Unsere Vorschläge, zum Beispiel in den Bereichen Kreuzfeld und Parkstadt Süd Flächen dazuzuerwerben, wurden stattdessen hier im Rat abgelehnt. Damit wurden der Stadt die Gestaltungsmöglichkeiten genommen.

Zudem können wir es uns aber auch nicht leisten, Potenziale wie beim Projekt „Nördlich Colonius“ oder auf dem Sürther Feld oder durch Errichtung von Wohnungen über Parkplätzen oder Lebensmittelmärkten einfach liegen zu lassen. Allein hier wurden von der CDU, den Grünen und der Oberbürgermeisterin in den letzten Ratssitzungen rund 2 700 Wohnungen auf Eis gelegt.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

So kommen wir bei diesem Thema nicht weiter. Wir brauchen an dieser Stelle Bewegung, und zwar schnell.

Im Übrigen gilt unverändert: Wohnraum, insbesondere bezahlbarer Wohnraum, ist ein Wert an sich und stellt mittlerweile einen echten Standortfaktor dar. Er hilft auch, die Attraktivität von Arbeitgebern in Köln zu stärken. Dies muss nutzbar gemacht werden, um den Fachkräftemangel auch über diesen Weg überwinden zu helfen. Wir wollen deshalb den Werkswohnungsbestand ausbauen und erwarten von den großen Arbeitgebern in Köln, aber allen voran auch von dem Konzern Stadt im weitesten Sinne, also mit allen Beteiligungen, die dazugehören, 1 000 neue Wohnungen in den nächsten fünf Jahren.

Bildung kostenfrei für alle: Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Köln fängt bei kostenfreien Bildungsangeboten für alle an - mit bedarfsgerechter und gebührenfreier Kinderbetreuung und individueller Förderung in jeder Altersstufe. Dazu gehören präventive Unterstützungsangebote und früh ansetzende und nachhaltige Hilfesysteme für benachteiligte Kinder und Jugendliche, aber auch Bewegungs- und Sportangebote, um den aufwachsenden Generationen vielfältige Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Gesundheitsförderung zu geben.

Vor dem Hintergrund von Schulbaunotstand und Sanierungsstau ist eine bedarfsgerechte Veranschlagung von Bauunterhaltungsmitteln ein wichtiges Signal an die Schulen.

Der Bedarf an weiteren Gesamtschulen in Köln wird durch die jährliche Ablehnung von mehreren Hundert Kindern im Anmeldeverfahren dokumentiert. Der Bau neuer Gesamtschulen muss in Köln prioritär vorangetrieben werden. Es müssen alle Anstrengungen gebündelt werden, um die Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die schon bestehenden Gesamtschulen in ihrer größtenteils maroden Bausubstanz aus den 70er-Jahren brauchen die Sicherheit, dass ihre Instandsetzung im Haushalt nicht nur verankert, sondern auch in Abwägung sonstiger Interessen vorrangig betrieben wird.

Das Landesförderprogramm für Sozialarbeit in Schulen ist bis Ende 2020 befristet. Aber noch immer ist die Weiterfinanzierung von bislang 5 Millionen Euro auf Landesebene ungeklärt. Auch da können sich Fraktionen, die dort Verantwortung tragen, dafür einsetzen, dass das verändert wird.

Wir fordern aber gleichwohl den weiteren Ausbau von Schulsozialarbeit auf Basis des vorgelegten Konzepts der Fachverwaltung unter Berücksichtigung der besonderen sozialen Lage der jeweili-

gen Schule. Nur so kann das Ziel der Bildungsgerechtigkeit dauerhaft und nachhaltig erreicht werden. Das bedeutet eine sukzessive und konsequente Doppelbesetzung aller Schulen, deren Schüler eine überdurchschnittliche Armutsbelastung aufweisen, mit Sozialarbeit, vorrangig an Grundschulen und Gesamtschulen sowie an besonders großen Schulen, die ebenfalls mehr Kapazitäten an Schulsozialarbeit benötigen, und im Anschluss daran die Schließung von Versorgungslücken. Wir wiederholen daher unsere Forderung, 100 weitere Stellen für Schulsozialarbeit zuzusetzen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Übermittagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern an weiterführenden Schulen ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Chancengleichheit für Kinder aus benachteiligten Familien. Für 2018 wurde 1 Million Euro für deren Stabilisierung und qualitative Ausweitung zugesetzt. Diese Aufstockung hat man für 2019 in den Verwaltungshaushalt aufgenommen und zusätzlich 200 000 Euro für die Einrichtung neuer Gruppen zugesetzt - allerdings nur auf das Haushaltsjahr 2019 begrenzt. Für die Träger der Übermittagsbetreuung muss aber Planungssicherheit über die einzelnen Haushaltsjahre hinweg hergestellt werden, damit sie ihre Angebote konzeptionell verstetigen können.

Kölner Kinder müssen aber auch schwimmen lernen. Wir fordern daher neue Schwimmbäder für Köln,

(Ulrich Breite [FDP]: Ach!)

sowohl Schulschwimmbäder als auch öffentliche Bäder mit Wasserzeiten für die Schulen.

(Zuruf von der CDU: Ihr habt sie doch selber abgeschafft!)

Schon jetzt existiert eine Unterdeckung bei Wasserflächen für das Schulschwimmen in den Stadtbezirken mit besonders hohen Zuwachszahlen in den jüngeren Bevölkerungsgruppen. Deswegen besteht hier dringender Handlungsbedarf, mehr Wasserzeiten zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Soziale Stadt Köln: Die Veedel sind der Ort der Kommunikation, des Zusammenhalts und der Verantwortung füreinander. Das Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ muss ausgebaut und mit zusätzlichen Schwerpunkten versehen werden. Dabei sollen sowohl die Unterstützung altengerechten Wohnens in den Veedeln als auch deutliche Verbesserungen bei der Mobilität und eine sinnvolle Verbindung von Wohnen und Arbeiten in den Veedeln zentrale Rollen spielen. Dies betrifft in einer wachsenden und sich verändernden Stadt die alten Menschen. Ihnen so lange wie möglich das Wohnen in den eigenen vier Wänden und der vertrauten Umgebung zu sichern, ist eine zentrale Aufgabe - aus Gründen der Vorsorge ebenso wie aus finanziellen Gründen. Dafür müssen wir die vorhandenen Institutionen, Hilfsangebote und Beratungsleistungen stärken, vertiefen und leichter zugänglich machen. Die Vorschläge und Forderungen der Seniorenvertretungen und der Wohlfahrtsverbände liegen seit langem auf dem Tisch. Taten sind hier überfällig.

Die Mobilität im Veedel verlangt einschneidende Verbesserungen. Fußgänger und behinderte Menschen klagen über enge, zugestellte Fußwege. In etlichen Veedeln fehlt seit Jahren und Jahrzehnten der schnelle und sichere Anschluss an das Zentrum. Genauso wichtig ist es, im eigenen Veedel kurze Wege zu haben. Manches Auto bliebe stehen, wenn ausreichend innerörtliche ÖPNV-Angebote vorhanden wären. Das würde sowohl älteren Menschen als auch jüngeren Menschen mit Kinderwagen sowie Menschen mit Behinderungen helfen. So würde ein Veedel wirklich inklusiv.

Bedrückend ist auch die Wohnsituation junger behinderter Menschen. Die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt trifft sie doppelt und dreifach. Keine behindertengerechte und bezahlbare Wohnung zu haben, bedeutet für sie, weit in das Erwachsenenalter hinein von Eltern und Geschwistern abhängig zu sein und in allzu vielen Fällen dann jung ins Heim zu müssen. Auf diesem Feld sind vielfältige Anstrengungen überfällig. Eine entsprechende Initiative ist in diesem Haushalt aber auch nicht zu erkennen.

Angesichts der sich dramatisch verändernden Arbeitswelt, der Verkehrsbelastungen und der Betreuungssituation in Familie müssen wir Arbeit und Beschäftigung zurück in die Veedel holen. Deswegen brauchen wir eine sinnvolle Verknüpfung dieser beiden Felder. Auch dazu sind keine Initiativen erkennbar.

Veedelsbezogen sind aber auch einige unserer Vorschläge für Mittelverwendungen der Kulturförderabgabe gewesen. Die Mehrheiten haben das abgelehnt. Ich will sie trotzdem erwähnen. Neben der Förderung klassischer Kulturangebote mit der Sicherstellung des generell freien Eintritts in städtische Museen - Sie erinnern sich; auch das haben wir hier schon diskutiert - wollen

wir besonders die Veedelskultur stärken. Die Bezirke sollten nach unseren Vorstellungen 100 000 Euro pro Jahr erhalten, um Angebote in sozial benachteiligten Quartieren sowie im Bereich der interkulturellen Verständigung und aktivierenden Integration zu unterstützen.

Zudem möchten wir und wollten wir in unserem entsprechenden Änderungsantrag, da das Mehrheitsbündnis zu diesem Thema praktisch schweigt, einen Beitrag zur Klimaverbesserung in unserer Stadt leisten. Wir stellen uns nämlich vor, dass 1 000 Bäume für und in Köln gepflanzt werden. Die Standorte sollen sich an den örtlichen Bedürfnissen orientieren. Hier ist vieles denkbar, sowohl Alleepflanzungen als auch eine Begrünung im Rahmen der Attraktivierung von Plätzen.

Selbstverständlich gehört für uns auch die Bekämpfung von Antisemitismus und Rechtsextremismus zu den Grundpfeilern einer sozialen Stadt Köln. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in unserem Land ist es erforderlich, diesen Themen noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, warum das Haushaltsbündnis den Vorschlag des Vereins EL-DE-Haus, eine Stelle zur Dokumentation antisemitischer Übergriffe sowie zur Hilfe und Beratung von Betroffenen einzurichten, im Stellenplan nicht berücksichtigt hat. Dies sollte schnellstmöglich nachgeholt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Auch dieser Haushalt lässt jeglichen ernst gemeinten Gestaltungsanspruch vermissen. Das bedeutet zwei weitere verlorene Jahre für Köln, in denen die drängenden Probleme allenfalls verwaltet, aber jedenfalls nicht mit aller Kraft angepackt werden. Schlimmer noch: Die Kürzungen insbesondere im Bildungsbereich gehen nachhaltig zulasten künftiger Generationen.

Wir fordern dagegen glasklare Schwerpunktsetzung bei den Herausforderungen bezahlbarer Wohnraum, gleiche Bildungschancen für alle und Verhinderung der sozialen Spaltung in dieser Stadt.

Diese sind allerdings nicht im Ansatz erkennbar. Deshalb lehnen wir diesen Doppelhaushalt hier und heute ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, Ihnen, Frau Kämmerin, und allen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung recht herzlich danken. Denn erstens haben Sie bei der Einbringung des Haushalts die Frist eingehalten, obwohl Sie deutlich mehr Belastungen hatten, weil es ein Doppelhaushalt ist. Das alleine ist schon eine Anerkennung wert. Zweitens haben Sie auch einen guten Haushalt vorgelegt - einen Haushalt, der den Problemen dieser wachsenden Stadt angemessen ist. Das muss man an dieser Stelle wirklich einmal würdigen, insbesondere nach dem Kommentar des Kollegen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Was die einzelnen Themen angeht, die der Kollege gerade angesprochen hat, wollen wir doch einmal zur Realität kommen. Beginnen wir mit dem Schulbau. Sie haben gesagt, da passiere ja überhaupt nichts; wir investierten ja *nur* 300 Millionen Euro. Ich möchte Ihnen einmal einige Zahlen ins Gedächtnis rufen. Die CDU und die Grünen dürfen seit 2015 zusammen Verantwortung in dieser Stadt tragen. Lassen Sie einmal Revue passieren, was wir 2015 vorgefunden haben. Das waren mindestens 1,5 Milliarden Euro Sanierungs- und Erweiterungsstau, den Sie zehn Jahre lang haben anwachsen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig haben wir 2015 eine Leistung der Gebäudewirtschaft von maximal 50 Millionen Euro vorgefunden. Und wir waren kreativ. Wir haben erstens dafür gesorgt, dass die Prozesse in der Gebäudewirtschaft optimiert worden sind, und zweitens über Generalübernehmer- bzw. Totalübernehmermodelle auch die private Wirtschaft mobilisiert, um diesen Stau abzubauen. Im Jahr 2019 werden tatsächlich nicht mehr 50 Millionen Euro ausgegeben, sondern schon mindestens 175 Millionen Euro. Wenn wir die kleineren Investitionen dazuzählen, sind wir bereits bei über 200 Millionen Euro. Im nächsten Jahr werden wir 300 Millionen Euro ausgeben. Im Jahr 2021 werden es dann 350 Millionen Euro sein.

Das heißt, dass wir ganz konkret Geld in sanierte Gebäude investieren und in neue Gebäude um-

tauschen. Damit bauen wir innerhalb einer Legislaturperiode zwei Drittel des gesamten Staus, den Sie in mehr als zehn Jahren aufgebaut haben, ab. Das ist eine positive Leistung. Und das gilt es nicht zu kritisieren. Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen, durch unsere Stadtteile zu fahren - ich habe das während der Sommerpause getan -, sehen Sie doch, was in allen Stadtbezirken geschehen ist. Es sind wunderbare Schulbauten gewachsen.

Wir bekommen Bauten jetzt auch in einer vernünftigen Zeit hin. Es war Ihre Dezernentin, die akzeptiert hat, dass Schulen von der Planung bis zur Fertigstellung in 13 Jahren gebaut werden sollten. 13 Jahre von der ersten Überlegung bis zur Umsetzung! Das ist lächerlich, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU - Christian Joisten [SPD]: Wo sind Sie denn schneller geworden? In Ostheim stehen die Schüler auf der Straße!)

So weit zum Thema Schulbau.

Das Gleiche gilt für das Thema Kindergartenbau. Sie haben das heute immer noch nicht verstanden. Die Landesregierung hat es ja ermöglicht, dass auch das zweite Kindergartenjahr kostenfrei ist. Trotzdem ist das notwendig, weil wir einen steigenden Bedarf haben. Wir haben unverändert eine Vielzahl von Familien, bei denen beide Partner arbeiten müssen,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollen!)

die einen Platzbedarf haben. Insofern haben wir die Quoten weiter erhöht. Denn es ist wichtig, das Geld nicht mit der Gießkanne auszuschütten, sondern es dorthin zu geben, wo wir in neue Plätze investieren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den Sie bis heute nicht verstanden haben.

Das Gleiche gilt für das Thema Wohnungsbau. Auch das ist doch eine Schimäre. Sie tragen seit Jahr und Tag Ihr 500-Millionen-Euro-Programm vor. Es ist typisch sozialistisch, immer die goldenen Berge - 500 Millionen Euro - zu versprechen. Aber Sie haben bis heute nicht erkannt, dass es gar nicht am Geld mangelt. Genügend Geld ist vorhanden. Es gibt Landesprogramme, es gibt ein kommunales Förderprogramm, und es gibt eine Vielzahl von privaten Investoren, die investieren wollen. Was Sie während Ihrer zehn Jahre Amtszeit hier in Köln nicht geschafft haben, ist hingegen, neues Bauland auszuweisen. Daran mangelt es doch in erster Linie. Da ist ja nichts passiert.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Schauen wir uns jetzt einmal an, welche Projekte wir in den letzten Jahren vorangebracht haben. Unser Stadtentwicklungsausschuss-Vorsitzender hat ja zusammen mit der Verwaltung hart darum gekämpft, dass wir hier gemeinsame Initiativen haben.

Ich nenne nur einmal das Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Dort ist Potenzial für 16 000 neue Wohneinheiten identifiziert worden, das jetzt sukzessive abgearbeitet wird. Da können Sie doch nicht sagen, da sei nichts passiert.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Zahl sind die einzelnen Großprojekte noch gar nicht enthalten. Schauen Sie sich den Deutzer Hafen an. Auch dort haben wir die Dinge vorangetrieben. Demnächst werden da die ersten planerischen Gestaltungsmaßnahmen fortgeschrieben. Das sind 3 000 Wohneinheiten in diesem Bereich. In der Parkstadt Süd werden es 1 500 Wohneinheiten sein. Das Gleiche gilt in Mülheim und genauso in Rondorf Nord-West. Da rollen ja schon die Bagger.

(Christian Joisten [SPD]: Wer hat es denn aufgesetzt?)

Die Industriebrachen sind dort schon abgebrochen worden. Die Planungen laufen, und mit den Baugenehmigungen geht es voran.

Es ist auch eine Schimäre, dass wir zu wenige Baugenehmigungen hätten. Wir haben im Jahr 2018 fast 4 000 Wohneinheiten fertiggestellt. Insofern kann man doch nicht sagen, da passiere nichts. Wir haben das Thema auf der Agenda und in dem Haushalt klare Akzente gesetzt. Die Wohnungsbauinitiative läuft.

Aber wenn zehn Jahre geschlafen wurde, kann man nicht über Nacht per Fingerschnippen mal eben 50 000 Wohnungen auf den Markt bringen. Das funktioniert nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

So weit zum Thema Wohnungsbau.

Nächster Teil: Sie sagen ja immer, es werde zu wenig investiert. Wir investieren insgesamt in die Mobilität. Allein in den letzten Jahren haben wir nur in die Straßensanierung 250 Millionen Euro

investiert. Es ist ja nicht so, dass da nichts passiert wäre. Und die großen Maßnahmen stehen gerade noch an. Bei der Mülheimer Brücke ist ein dreistelliger Millionenbetrag erforderlich, weil da über Jahrzehnte nichts passiert ist. Es gab keine Sanierungen. Jetzt passiert da etwas.

Wir hören aber nicht bei dem automobilen Bereich auf, sondern wollen auch systemisch etwas tun - - Das funktioniert aber nicht als Stadt Köln alleine. Vielmehr sind wir da auf das Land angewiesen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihre Hausaufgaben ja auch gemacht. Wir arbeiten gerade an dem, was Köln über Jahrzehnte gefehlt hat, nämlich einem sternförmigen S-Bahn-Netz aus der Stadt heraus, damit die Pendler nicht mit dem Auto in die Stadt fahren müssen, sondern die S-Bahn nutzen können und aus den Städten der Peripherie mit ihr auch zentral zum Hauptbahnhof oder an die Ringe kommen. Das ist doch das Konzept der Zukunft. Da wird eine Menge Geld investiert.

Die Oberbürgermeisterin hat sich ja auch nachhaltig dafür eingesetzt, dass wir beim Thema „Bahnknoten Köln“ endlich zum Erfolg kommen. In der Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Landesregierung und Stadtverwaltung haben wir es gemeinsam hingekriegt, dass wir über 1,5 Milliarden Euro für den Bahnknoten Köln bekommen. Das kann man doch nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch etwas Positives für unsere wachsende Stadt. Denn nur in einer guten Kombination kriegen wir die Mobilitätswende auch hin.

Sie haben angeprangert, es werde zu wenig für Klimaschutz etc. getan. Schauen Sie sich doch einmal Ihre Bilanz an. Sie haben in zehn Jahren einige Beschlüsse gefasst. Was ist denn beim Fahrradverkehr passiert? Da ist doch gar nichts geschehen. Vergleichen Sie einmal die Kilometer, die wir seit 2015 in Köln neu ausgewiesen haben, mit dem, was in den zehn Jahren vorher gelaufen ist. Dann sehen Sie doch, dass hier eine Mobilitätswende erfolgt ist. Und das sind die Dinge, die wirklich zählen.

Nun komme ich zum Thema Sicherheit. Das ist im städtischen Haushalt zwar nicht eine der größten Positionen, aber für uns auch eine der wichtigen Positionen. Hier versuchen wir - heute Nachmittag werden wir ja noch einmal darüber reden -, in Zusammenarbeit von Ordnungsamt und Landespolizei die Sicherheitssituation in der Stadt zu verbessern. Wir haben eine ganze Reihe von Projekten gemeinsam zwischen Stadt und Land auf den Weg gebracht. Im Haushalt sind auch entsprechende Beträge enthalten. Insofern hat sich die Sicherheit in den letzten zwölf Monaten oder, wenn ich die Periode davor auch noch nehme, in den letzten 18 Monaten deutlich verbessert. Die Kriminalitätsrate in Köln ist gesunken. Das ist eine gute Entwicklung. Dazu haben auch die Maßnahmen, die wir beim Ordnungsamt eingeführt haben, mit beigetragen. Das sind Entwicklungen, die wir fortschreiben müssen.

So viel zunächst zu den Fakten. Gehen wir jetzt einmal weg von den harten Investitionspunkten und hin zu den weichen Faktoren. Es sind drei Felder, in denen wir der Stadt ebenfalls eine angemessene Politik und eine angemessene Alternative aufzeigen.

Das eine ist das Thema „Soziale Stadt“. Köln hat immer auch die besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in allen Bereichen erkannt. Wenn ich mir anschaue, was während Ihrer Zeit passiert ist, insbesondere in den Brennpunkten, muss ich feststellen, dass das ja eher wenig war. Hingegen haben wir in den letzten Monaten und in den letzten Jahren, in den letzten Haushalten genauso wie in diesem Doppelhaushalt, klar gezeigt, dass wir etwas tun. So haben wir umgesetzt, dass in den Veedeln mehr Streetworker und mehr Sozialarbeiter zur Unterstützung zum Einsatz kommen. Diese Personen sind eingestellt, und sie arbeiten. Das sind wichtige Punkte.

Das muss man wieder in Kombination sehen. Auch da hat unsere Verwaltung einen glänzenden Job gemacht, indem sie in Düsseldorf nachhaltig Fördermittel akquiriert hat.

In Chorweiler werden für die Sanierung der Gebäude, die die GAG übernommen hat, 100 Millionen Euro im Rahmen von „Soziale Stadt“ eingesetzt,

(Christian Joisten [SPD]: Wer hat es denn möglich gemacht?)

um diesen Brennpunkt zu einem vernünftigen Stadtteil weiterzuentwickeln.

(Michael Frenzel [SPD]: Sie schmücken sich mit fremden Federn!)

Das sind die Finanzmittel. Das ist die Realität in Sachen „Soziale Stadt“. Das schwarz-grüne Bündnis hat das in den letzten Jahren gemein-

sam mit der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf vernünftig auf den Weg gebracht.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns - das bringen wir auch immer wieder zum Ausdruck - das Thema Kultur. Kultur und Sport sind die beiden wichtigen Bereiche, die auch den Kitt unserer Gesellschaft darstellen. Auch hier haben wir deutliche Akzente gesetzt.

In jedem Haushaltsentwurf seit 2015 hat die freie Szene einen wachsenden Anteil bekommen. Wir haben wichtige Akzente gesetzt. Wir haben auch eine ganze Reihe von Theatern, die teilweise von der Schließung bedroht gewesen sind, sichern können. Es klappt nicht immer; leider gibt es auch Ausnahmen. Aber grundsätzlich kann man sagen: Es ist für die freie Szene in dieser Stadt wahnsinnig viel passiert. Wir haben sie weiterentwickelt.

Wir haben aber gleichzeitig auch die Oper und die städtischen Einrichtungen nicht vernachlässigt. An dieser Stelle möchte ich auch einen Dank aussprechen. Denn die Sache mit der Opernbaustelle wird immer wieder kleingeredet. Die Opernbaustelle haben Sie uns und der Oberbürgermeisterin hinterlassen.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, ist klar! Da war ja auch kein CDU-Dezernent beteiligt!)

Jetzt wird permanent kritisiert, das gehe nicht schnell genug. Aber hier musste ja erst einmal eine Bestandsaufnahme erfolgen, weil überhaupt keine vernünftige Bauanalyse da war. Diese Bestandsanalyse ist jetzt erfolgt. Nun gilt es, in Zeiten eines Baubooms auch vernünftige Handwerker zu finden, die das zu adäquaten Preisen entsprechend umsetzen. Auch hier kann ich nur sagen: Danke, dass die Themen ordentlich angegangen werden und die Staus sukzessive abgebaut werden! - Ich weiß, dass das keine Arbeit ist, die man über Nacht erledigt. Mittlerweile sehen wir aber Licht am Ende des Tunnels. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Neben der Kultur haben wir mit dem Sport einen weiteren wichtigen Bereich. Im Sportbereich gab es in der Vergangenheit, Gott sei Dank, einen überparteilichen Konsens. Den haben wir natürlich fortgeschrieben. Denn der Sport ist - der Breitensport genauso wie der Spitzensport - ein wichtiger Identifikationsfaktor, und zwar nicht nur für den einzelnen Bürger, sondern auch für die Stadt Köln, auch wenn unser Aushängeschild momentan in der 1. Liga nicht ganz vorne steht.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht ganz vorne? - Peter Kron [SPD]: Daran ist übrigens die SPD schuld!)

Ich glaube aber, die Kolleginnen und Kollegen arbeiten hart daran, dass das auch wieder besser läuft.

Was haben wir in den letzten Jahren konkret für den Sport getan? Was den Breitensport angeht, möchte ich an dieser Stelle eine wichtige Maßnahme hervorheben. Sie hatten seinerzeit Gebühren für die Vereine bei der Nutzung städtischer Einrichtungen eingeführt. Das haben wir abgeschafft. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gerade die vielen kleinen Vereine, die keine solche Finanzkraft wie die großen Aushängeschilder unserer sportlichen Stadt haben, können sich diese Gebühren nur schwer leisten.

Das ist ein klares Zeichen und Bekenntnis - genauso wie die Ausweitung der Baubeihilfen, die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, die Aktivitäten in Sachen Kunstrasenplätze und der Einsatz für die Schwimmbäder.

An dieser Stelle danke ich auch einmal recht herzlich den Kollegen von der FDP, die immer recht hart mit uns dafür gekämpft haben, dass Schwimmflächen in dieser Stadt weiter in ausreichender Zahl vorhanden sind bzw. auch ausgebaut werden.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Denn wir haben natürlich den Anspruch - und dieser Anspruch ist in der Vergangenheit bei einigen verloren gegangen -, dass jedes Kind schwimmen können sollte, jeder Erwachsene sowieso, um hier auch die entsprechenden Gefahrenpotenziale abzubauen.

Ein letzter Punkt in dem Sportbereich, der uns als CDU auch immer wichtig war, ist das Thema Kunstrasenplätze. Zusammen mit der Verwaltung haben wir ökologische Alternativen entwickelt, weil es in unseren Breiten wichtig ist, wenn man ein Ganzjahrestraining sicherstellen will, nicht nur Naturrasenplätze zu haben, sondern auch Kunstrasenplätze, um den Vereinen die Chance zu geben, auch adäquat zu trainieren.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, bevor ich zum Schluss komme. Das ist aus Sicht der CDU einer der Punkte, die uns seit

Jahrzehnten immer wieder umtreiben und die sich seit 2015 auch in jedem Haushalt wiederfinden, nämlich die Stärkung des Ehrenamtes. Denn unsere Gesellschaft, unsere ganze Kölner Stadt, ist genau deshalb so positiv besetzt, wie sie es aktuell ist, weil wir wahnsinnig viele Ehrenamtler in allen möglichen Bereichen haben, die dafür sorgen, dass wir dieses gute Gefühl und diese hohe Lebensqualität in der Stadt haben. Es ist unsere Aufgabe als Politik, dies auch regelmäßig zu fördern, zu unterstützen und entsprechend voranzubringen.

Ich möchte einfach einmal zwei oder drei Beispiele von Dingen herauspicken, für die wir hier Jahr für Jahr neues Geld zusetzen.

Das eine ist die Freiwillige Feuerwehr. Wir haben eine sehr gute Berufsfeuerwehr. Sie funktioniert in dieser Perfektion aber nur, weil wir eine wirklich exzellente Freiwillige Feuerwehr haben, die verschiedenste Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr oder der Gefahrenbeseitigung übernimmt. Deshalb ist es wichtig, uns nicht nur darum zu kümmern, dass auch diese Teile der Feuerwehr regelmäßig neue Ausrüstungen bekommen, sondern auch darum, dass Gebäude instand gesetzt werden. Hier ist in den letzten Jahren eine Menge Geld zugesetzt worden.

Ich denke, mit einem kleinen Applaus können wir hier noch einmal eine große Dankbarkeit für das Ehrenamt zeigen und insbesondere auch das würdigen, was bei der Feuerwehr passiert.

(Beifall)

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Karnevalisten. Wir haben erstmalig eine Unterstützung für erhöhte Sicherheitsanforderungen bei den Schull- und Veedelszöch sowie beim Rosenmontagszug auf den Weg gebracht. Seitens der Stadt Köln haben wir im Haushalt entsprechende Positionen vorgesehen, damit die Vereine entlastet werden. Denn es ist viel ehrenamtlichem Engagement zu verdanken, dass die Schull- und Veedelszöch und alle anderen karnevalistischen Veranstaltungen in dieser Qualität und mit dieser Freude und diesem Einsatz in Köln stattfinden können. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen so weit zu verbessern, dass die Dinge dann auch weiter gut laufen können.

Für die anderen Vereine haben wir vielfältige Unterstützungsmaßnahmen - nicht nur durch Baubeihilfen oder sonstige Förderung - eingeführt. Das sind alles nur kleine Zeichen. Aber es sind wichtige Zeichen, um in dieser Stadt das Ehrenamt zu stärken, das so viel zur Lebensqualität in Köln beiträgt.

Das, meine Damen und Herren, war nur ein kleiner Ausblick. Wir haben die Details unseres Haushalts ja schon sehr ausgiebig im Ausschuss besprochen. Jeder kann sich die Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die wir auch als Politik eingebracht haben, anschauen. Deshalb verzichte ich jetzt darauf, hier die gesamten Details vorzustellen.

Abschließend möchte ich dem haushaltstragenden Bündnis meinen Dank für die gute Zusammenarbeit auch bei diesem Doppelhaushalt aussprechen. Wir haben es geschafft. Am Anfang der Legislaturperiode, als Schwarz-Grün entstanden ist, hieß es ja noch: Die schaffen nicht einmal den ersten Haushalt. - Jetzt haben wir in der gesamten Periode sehr gute Arbeit geleistet. Dafür sage ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön und wünsche uns allen weiterhin gute Beratungen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beschließt der Rat den Haushalt für die Jahre 2020 und 2021. Ich finde, das ist ein guter Erfolg, ein guter Erfolg für Köln.

An dieser Stelle möchte ich daher meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Danken möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die mit größter Motivation und Anstrengung dazu beigetragen haben, dass wir heute den Haushalt verabschieden können.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Stellvertretend für die vielen Menschen, die mitgewirkt haben, danke ich auch besonders herzlich der Stadtkämmerin, Frau Diemert, und der Oberbürgermeisterin, die beide dazu beigetragen haben, dass bereits zum dritten Mal in Folge der Haushalt so frühzeitig eingebracht wurde, dass er heute beschlossen werden kann - so früh, dass eine Genehmigung durch die Bezirksregierung noch in diesem Jahr möglich ist.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Die Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung sind damit endgültig vorbei. Das freut mich und die grüne Ratsfraktion sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Politik und Verwaltung zeigen sich damit handlungsfähig und verlässlich.

Zum wiederholten Male werden wir damit auch unserer Verantwortung gerecht, die wir Trägern, Verbänden und von städtischen Geldern abhängigen Einrichtungen gegenüber haben. Mit ihrer Arbeit im Sozial-, Integrations-, Umwelt- und Kulturbereich oder auch in den Handlungsfeldern Mobilität und Stadtentwicklung erbringen sie für unsere Stadt große Leistungen. Ihnen gebührt in hohem Maße Dank und Respekt. Wir sind es ihnen wirklich schuldig, ihnen mit einem frühzeitig verabschiedeten Haushalt Planungssicherheit zu geben. Das tun wir für die nächsten zwei Jahre.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Zu begrüßen ist, dass wir ab dem Jahre 2022 einen ausgeglichenen Ergebnisplan haben werden. Ich sehe das anders als mein Vorredner von der SPD. Das Ziel, ab 2022 keine Neuverschuldung zu haben, ist greifbar. Damit werden Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit Kennzeichen des jetzigen Doppelhaushaltes - Werte, die gerade uns Grünen wichtig sind. Vielen Dank dafür, dass dieser Weg beschritten wird!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Und: Die durch unseren politischen Veränderungsnachweis zugesetzten Maßnahmen in Höhe von circa 26 Millionen Euro werden durch den Minderaufwand bei der Landschaftsumlage, durch Gewinnausschüttung der StEB und durch Verwendung des Zuschusses Eigenbetrieb Veranstaltungszentrum Köln gedeckt. Sie verschlechtern dadurch nicht das Ergebnis. Auch das ist uns wichtig. Weiteres Geld - das wissen Sie - kommt aus der Kulturförderabgabe.

Danken möchte ich auch meiner Fraktion für intensive Debatten zum Haushalt. Außerdem möchte ich der Runde im Haushaltsbündnis danken. Wir hatten sehr konstruktive, lösungsorientierte und durch Verantwortung gekennzeichnete Verhandlungen und können daher nun im Resultat einen Haushalt verabschieden, der eine deutliche Mehrheit bekommen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Lassen Sie mich dazu aber noch anfügen: Ein noch breiteres Bündnis wäre wünschenswert gewesen. Aber wie soll das gehen mit einer SPD, die - anders als DIE LINKE - nicht einmal einen eigenen politischen VN vorlegt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Ich war zugegebenermaßen fassungslos, als in der Sitzung des Finanzausschusses am 11. Oktober dieses Jahres seitens der SPD gar keine Vorschläge zum Haushalt kamen, außer zur Kulturförderabgabe. Nur einfach dagegenzustimmen und investiv 500 Millionen Euro für neue Wohnungen zu fordern, wie wir gerade auch in der Rede gehört haben: Das kann es nicht sein -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

zumal alle hier im Rat wissen, dass es bei der Zahl neuer Wohnungen am wenigsten am Geld scheitert. Denn Köln erhält in den Jahren 2019 bis 2022 jährliche Landesmittel in Höhe von 95 Millionen Euro für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Im Stadthaushalt stehen zusätzlich zur Landesförderung unvermindert jährlich 33 Millionen Euro im Rahmen des kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms zur Verfügung.

(Michael Frenzel [SPD]: Die nicht abgerufen werden!)

Eine Stadt gestalten zu wollen, setzt vor allem voraus, Verantwortung für den städtischen Haushalt mit zu übernehmen. Wie wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, denn den Kölnerinnen und Kölnern erklären, dass Sie nicht einmal Anstalten gemacht haben, den Haushalt mit zu gestalten?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Übernahme demokratischer Verantwortung sähe meines Erachtens anders aus - erst recht für die zurzeit noch größte Fraktion hier im Kölner Rat.

(Heiterkeit bei der CDU - Michael Frenzel [SPD]: Wir werden sehen!)

Bevor ich zu unseren politischen Schwerpunkten komme, lassen Sie mich noch zwei Dinge anmerken:

Erstens. Warum beschließen wir einen Doppelhaushalt? Wir verabschieden ihn, weil er Planungssicherheit und Verlässlichkeit beinhaltet - über die Kommunalwahlen hinweg. Direkt nach den Wahlen muss sich der Rat konstituieren. In dieser Zeit müssten sonst die Haushaltsberatungen laufen. Wir schaffen also heute auch schon für 2021 die notwendige Planungssicherheit und gewährleisten die Umsetzbarkeit der heute und in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten Vorhaben für Köln. Auch damit zeigen wir Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit.

Zweitens. Im Vorfeld des Finanzausschusses und auch schon in der Presse gab es große Diskussionen zu den Kürzungen im Jahr 2021 und zu der angeblich mangelnden Transparenz seitens der Verwaltung. Lassen Sie mich dazu Folgendes anmerken: Der Haushaltsplanentwurf und auch die Aufstellung waren von großer Transparenz geprägt. Vorwürfe der Opposition wie „Vertuschen und Tricksen“, wie wir sie im Oktober hören mussten, und die Behauptung, dass erst hinterrücks Einsparungen deutlich geworden seien, entbehren wirklich jeder Grundlage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Denn es gab bereits im Mai dieses Jahres entsprechende Mitteilungen im Finanzausschuss dazu und auch zu den notwendigen Konsolidierungen.

Es wäre die Aufgabe aller Fachbeigeordneten gewesen, für ihre Fachdezernate auch die haushaltswirtschaftliche Verantwortung zu tragen und umsichtig zu konsolidieren. Leider sind nicht alle Fachbeigeordneten dieser Verantwortung nachgekommen. Die Reaktionen darauf und die Irritationen, die dadurch ausgelöst wurden, sind allzu bekannt. Sie wurden ja eben auch noch einmal in epischer Breite ausgeführt.

Um die dann doch im Haushaltsplanentwurf für 2021 erscheinenden Kürzungen rückgängig zu machen, haben wir daher unter anderem in unserem Haushaltsbegleitbeschluss im Finanzausschuss beschlossen:

> Die Verwaltung wird beauftragt, die … aufgrund von Kürzungen entstandenen Aufwandsminderungen in Teilergebnisplänen …, die auf rechtlichen Verpflichtungen aus Verträgen, gesetzlichen Bestimmungen, Ratsbeschlüssen oder politischen Haushaltsbeschlüssen beruhen, zurückzunehmen.

Um das jetzt nicht im Amtsdeutsch zu sagen: Kontraproduktive Kürzungen sind nach unserem Haushaltsbegleitbeschluss zurückzunehmen.

(Christian Joisten [SPD]: Aber mit welchem Geld, haben Sie nicht gesagt!)

- Das steht auch drin. Sie können ja lesen.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Nun komme ich zu unseren eigentlichen politischen Schwerpunkten im Doppelhaushalt.

Unser grünes Ziel ist eine lebendige, lebenswerte, zukunftsfähige Stadt für alle Menschen, die hier leben. Dazu gehören für uns: gute Voraussetzungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen, eine sozial gerechte, integrative und vielfältige Stadt für alle, mehr Grün, mehr Gesundheit und gute Ernährung und Raum für Kultur - um nur einige zu nennen.

Auch insgesamt kann ich - das verstehen Sie - bei weitem nicht alles das einzeln aufführen, was wir mit diesem Haushalt auch auf politische Initiative hin beschließen werden.

Aber betonen möchte ich: Der Haushaltsplan 2020/2021 finanziert neben allen pflichtigen Aufgaben die Aufgaben, Programme und Initiativen, die wir als politisches Haushaltsbündnis über viele Ratsbeschlüsse und politische Initiativen seit 2015 entschieden und auf den Weg gebracht haben.

Zusätzlich setzen wir mit dem Haushaltsplanentwurf und der Verwendung der Erträge aus der Kulturförderabgabe für Mobilität, Klimaschutz, Wohnen, Bildung, gesunde Ernährung, Kultur- und Kreativszene weitere wichtige Impulse und Schwerpunkte.

Wie schon gesagt: Ein Ziel ist es, mit diesem Haushalt Kinder und Jugendliche weiter zu stärken.

Kinder und Jugendliche verbringen einen Großteil des Tages in der Schule. Schulgebäude sind daher ein wichtiger pädagogischer Faktor. Nur in einer guten räumlichen Atmosphäre können Kinder und Jugendliche optimal lernen. Schulgebäude, die intakt sind, zeigen Kindern und Jugendlichen, dass sie ernst genommen und wertgeschätzt werden. Das ist nicht nur eine wichtige

Voraussetzung, um gut lernen zu können; es ist auch eine wichtige Voraussetzung zum Erlernen sozialer Kompetenz und Verantwortung.

Für Schulsanierung und Schulbau stehen im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft von 2019 bis 2021 insgesamt 770 Millionen Euro zur Verfügung. Unser Haushaltsbündnis hat diese Summe durch den vorliegenden Haushaltsantrag für 2021 um nochmals 50 Millionen Euro aufgestockt. Zudem wird das wichtige Sanierungsprogramm Schultoiletten mit weiteren 3 Millionen Euro ausgestattet.

Alle Kinder und Jugendlichen sollen die gleichen Chancen haben. Eine Voraussetzung dafür haben wir wieder geschaffen: Die wertvolle und immens wichtige Schulsozialarbeit haben wir um 15 weitere Stellen aufgestockt.

Wichtig sind uns auch die zugesetzten Stellen für den IT-Techniksupport an Schulen, damit die IT-Bildung vor Ort auch tatsächlich laufen und gelingen kann. Die Voraussetzungen dafür wollen wir noch einmal verbessern.

Zu einer besseren Schulumwelt sollen ebenfalls die 500 000 Euro beitragen, die wir zur Schulhofbegrünung und -entsiegelung eingesetzt haben. Denn auch Schulhöfe sind wichtige Aufenthaltsorte in der Schule.

Mit dem Haushaltsbeschluss haben wir uns auch klar zur Kindertagesbetreuung positioniert. Auch das wurde vorhin schon angesprochen. Da die Neufassung des Kinderbildungsgesetzes - KiBiz - aber noch nicht verabschiedet ist, haben wir mit dem politischen Veränderungsnachweis bereits einen Vorratsbeschluss gefasst, damit ein gegebenenfalls notwendiger Mehraufwand, der sich aus dem KiBiz ergibt, dann auch gesichert werden kann.

Nach wie vor haben wir auch die weitere Schaffung von Kita-Plätzen im Blick. Hier ist viel passiert. Es sind zahlreiche neue Plätze geschaffen worden. In einer prosperierenden Stadt wie Köln wächst der Bedarf aber ständig.

Daneben steigern wir zum Beispiel mit 5 Millionen Euro den weiteren Bau von Spiel- und Wasserspielplätzen.

Sie sehen: Kinder und Jugendliche liegen uns wirklich am Herzen.

Mit Blick auf die wachsende Stadt stärken wir auch weiterhin die Struktur der offenen Jugendarbeit mit 700 000 Euro.

Auch Folgendes gehört zu dem Bereich „Kinder und Jugendliche“: Ein Schwerpunkt liegt in diesem Haushalt auf der kulturellen Bildung, die ein vielfältiges Angebot umfasst. Ein Beispiel: Wir wollen Kindern und Jugendlichen weiterhin durch freie Eintritte in die Sonderausstellungen ermöglichen, die Museen aufzusuchen. Das haben wir jetzt in diesem Haushalt abgesichert. Gegebenenfalls werden auch die Tickets für die Fahrten zu diesen Ausstellungen und anderen kulturellen Veranstaltungen finanziert.

Was mit der Rathausschule sehr erfolgreich begann, wollen wir vertiefen und erweitern. Wir wissen alle, wie wichtig demokratische Bildung ist. Um Kinder weiter fit für ein demokratisches Lernen zu machen, haben wir Gelder zugesetzt, damit die politische Bildung auch auf Bezirksebene erfolgen kann. Hierdurch können wir nun viel mehr Kinder und Jugendliche erreichen als bisher.

Im Bereich Jugend liegt uns Grünen auch die Mädchenarbeit besonders am Herzen. Hier unterstützen wir die wertvolle Arbeit des Handwerkerinnenhauses und den Aufbau des zweiten Mädchenhauses, aber auch ein Projekt wie girlspace, ein außerschulisches medienpädagogisches Angebot für das Erlernen eines sicheren, eigenverantwortlichen Umgangs von Mädchen mit den digitalen Medien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun komme ich zu unserem zweiten Schwerpunkt. Wir Grüne setzen uns in diesem Haushalt für eine sozial gerechte und partizipative Stadt für alle ein. Die Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner in Köln zu verbessern, ist dabei unser Hauptziel.

Dazu gehört auch, Lösungen für die Menschen anzubieten, die weitestgehend gesellschaftlich ignoriert werden: Menschen ohne Wohnung. Deshalb haben wir den Housing-First-Ansatz für langzeitobdachlose Menschen als ergänzenden Baustein der Kölner Wohnungslosenhilfe eingebracht. Dafür stellen wir insgesamt 5,4 Millionen Euro bereit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Haushaltsbegleitbeschluss befürwortet das Haushaltsbündnis „die Etablierung eines barrierefreien dritten Frauenhauses mit der Aufnahmemöglichkeit für Jungen über 12 Jahren“. Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Grundstück dafür vorzuschlagen und beim Land NRW den Bedarf anzumelden. Denn nur mit ei-

ner Landesförderung wird sich dieses Vorhaben realisieren lassen. Wir sind froh, dass wir auf diesem Weg jetzt einen entscheidenden Schritt weitergekommen sind; denn die Notwendigkeit für ein drittes Frauenhaus ist, glaube ich, allen geläufig und bekannt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Die Interkulturellen Zentren tragen durch ihre vielfältigen Integrationsangebote zum gleichberechtigten Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft bei. Diese stärken wir mit weiteren 236 000 Euro jährlich.

Menschen müssen in einer lebenswerten Stadt Räume der Begegnung haben. Wir haben die Zuschüsse für Begegnungsstätten und soziokulturelle Nutzungen deswegen um insgesamt 650 000 Euro erhöht. Außerdem haben wir Geld eingestellt, um den Wiener Platz langfristig zu lebenswerteren Begegnungsort werden zu lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Seit 2006 gibt es das Programm „Lebenswerte Veedel“ - auch diesen Begriff haben wir schon gehört -, durch das sinnvolle präventive Angebote und frühzeitige Hilfen vor Ort in den Quartieren entstehen. Die Ausweitung dieses Programms finanzieren wir deshalb mit zusätzlichen 600 000 Euro für die nächsten zwei Jahre.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sehen: Wir reden nicht nur und fordern nicht nur, sondern schaffen auch Tatsachen, auch in diesem Bereich „Lebenswerte Veedel“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser dritter Schwerpunkt ist: mehr Grün, mehr Gesundheit und gesunde Ernährung. Eine lebenswerte Stadt braucht intakte Naturräume. Wir werden daher weiterhin und zusätzlich in den Erhalt und Ausbau der städtischen Grünzonen wie auch der Straßenbäume investieren.

Alleine eine halbe Million Euro werden für Maßnahmen, die zur Erhöhung der Biodiversität führen, bereitgestellt. Weitere 400 000 Euro sind für standortgerechte Heckenbepflanzung und weitere Begrünungsmaßnahmen eingesetzt worden. Auch dies ist ein zusätzlicher Beitrag gegen das Insektensterben und für den Klimaschutz.

Weitere Maßnahmen, die jetzt durch den Haushalt finanziert werden, sind die energetischen Erneuerungen bei der Straßenbeleuchtung und die Entsiegelung und Begrünung von Flächen - zum Beispiel Schulhöfen, wie schon genannt -, um nur einiges anzuführen.

Unsere Ernährung hat einen erheblichen Einfluss auf unsere Gesundheit und die Gesundheit unserer Kinder, auf unser Klima und auf die globale und die lokale Wirtschaft. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Ernährungspolitik wieder zurück auf die lokale/regionale Ebene geholt wird.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deshalb liegt ein weiterer Schwerpunkt unseres Haushalts auf der Förderung und Umsetzung einer nachhaltigen und lokalen Ernährungsstrategie. Mit dem dazugehörigen Handlungsleitfaden ist 2019 erstmals in Deutschland in Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, dem Ernährungsrat und der Stadtverwaltung ein Strategiepapier für die kommunale Ernährungswende entstanden. Dieses werden wir sowohl personell als auch monetär fördern und umsetzen. Damit zeigen wir auch, dass wir es tatsächlich ernst meinen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kurz gehe ich auf unseren vierten Schwerpunkt, die Stärkung der Bezirke, ein. Die Bezirksvertretungen werden ab 2020 circa 50 Prozent mehr bezirksorientierte Mittel erhalten. Diese Forderung hätte ich eigentlich auch von der SPD erwartet. Das ist eine reale Stärkung der Bezirke, die nun für bezirksorientierte Aufwendungen auskömmlicher als zuvor ausgestattet sind.

Für die Bezirke stehen im Haushalt zusätzliche Mittel bereit für Maßnahmen zur Barrierefreiheit, für die Beschleunigung von Spielplatzbau und für Wasserspielplätze, aber auch für die Revitalisierung der Wochenmärkte.

Ein wichtiges Thema, das Sie bestimmt schon vermisst haben, ist unser fünfter Schwerpunkt, nämlich Mobilitätswende und Verkehr. Auch bei der Verkehrswende haben wir den Haushalt an den entscheidenden Stellen weiter geschärft. Neben den im Haushalt schon vorhandenen Mitteln für den Ausbau von Radwegen und die Stärkung von Bus und Bahn haben wir Zusetzungen vorgenommen.

Wir werden die Einführung von On-Demand-Angeboten bei der KVB beschleunigen, damit auch die letzten weißen Flecken in Köln ver-

schwinden, sodass alle Menschen gut und zuverlässig an den ÖPNV angebunden werden und nicht mehr meinen, zwingend ins Auto steigen zu müssen.

Auch für WLAN in den Bahnen steht Geld bereit. Das ist uns ebenfalls wichtig.

Wir haben die Stelle eines oder einer Fußgänger*innenbeauftragten eingerichtet - es ist schwierig, das zu gendern, aber nur sprachlich schwierig - und die Mittel für die Barrierefreiheit im Quartier erhöht. Denn zu Fuß ist jede/jeder in dieser Stadt unterwegs. Dabei ist für uns klar, dass das sicher und auch komfortabel sein muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben Mittel für eine weitere Stelle für die Bearbeitung des Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP - vorgesehen, damit wir unsere Ziele für eine nachhaltige Mobilität in Köln tatsächlich schneller umsetzen können. Sie kennen alle den Umsetzungsstau. Diese Stelle dient dazu, dass da kein Stau entsteht.

Wir werden den Bau einer weiteren Rheinquerung für Fußgänger und Radfahrer vorantreiben und durch die Machbarkeitsstudie einer Neuordnung der Verkehre am Barbarossaplatz weitere Anreize setzen, auf Bus und Bahn umzusteigen und natürlich insgesamt häufiger das Rad zu nutzen.

Sechster und letzter Schwerpunkt, auf den ich heute eingehe: Räume erhalten und schaffen für Kunst und Kultur, neue Impulse setzen und Strukturen bewahren. Köln soll in seiner Vielfalt auch tatsächlich für alle erlebbar und lebenswert sein. Dazu gehört auch, entsprechende Räume zur Verfügung zu stellen, sowohl reale als auch ideelle. Auch das ist eine wichtige Voraussetzung für die Freiheit von Kunst und Kultur. Das ist uns Grünen wichtig. Wir freuen uns, dass wir dies auch im Haushalt abbilden können.

Wir haben im investiven Bereich 5 Millionen Euro zum Ankauf des Kulturbausteins Heliosgelände bereitgestellt, ebenso eine weitere Million Euro für zusätzliche Atelier- und Proberäume und zusätzlich Gelder für Planungs- und Baukosten kultureller Räume.

Sie sehen: Wir machen ernst mit dem Kulturraumschutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Akademie der Künste der Welt erhält nach ihrer Stabilisierung wieder einen Mittelzuwachs, in 2021 auf 1 Million Euro jährlich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

- Hört, hört; genau. - Das Afrika Film Festival und Africologne werden weiterhin auf stabile Füße gestellt und nachhaltig gesichert.

Der Frauengeschichtsverein - ein Projekt, das mir besonders am Herzen liegt - erhält endlich die nachhaltige finanzielle Ausstattung, die seiner jahrzehntelangen qualitativen Arbeit entspricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die freie Musikszene erhält einen deutlichen Aufwuchs in allen ihren unterschiedlichen Sparten.

Wir stärken die Kreativwirtschaft.

Durch die Kulturförderabgabe können wir auch weiterhin den Medienetat der Stadtbibliothek fördern, die Samstagsöffnungszeiten garantieren und auch in Richtung Sonntagsöffnungszeiten schreiten.

Damit setzen wir konkret und finanziell hinterlegt Themen des Kulturentwicklungsplans bereits jetzt und ganz schnell um.

Sehr am Herzen liegen uns allen auch Mittel, die wir eingestellt haben zur Unterstützung der Feierlichkeiten zu 1 700 Jahren jüdischen Lebens, die 2021 in Köln stattfinden - ein Thema, dessen Relevanz uns immer deutlicher wird.

Es ließe sich noch viel mehr aufzählen.

Wichtig ist mir, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der vorliegende Doppelhaushalt bildet eine gute Grundlage für die Gestaltung der Stadt in den nächsten zwei Jahren. Er öffnet den Weg in Richtung Zukunft - in Richtung auf einen ausgeglichenen Haushalt. Dies ist nachhaltig, zukunftsfähig und generationengerecht.

Ich kann nur dafür werben, dem Haushalt zuzustimmen. Die grüne Fraktion wird das heute gerne tun. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall bei der CDU)

Ich bin ehrlich stolz. Punktgenau bei 0:00 war meine Rede zu Ende.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Mit diesem Doppelhaushalt haben wir das erste Mal seit 2014 wieder zwei Haushalte mit Kürzungen vorliegen.

Wir hatten in den Jahren 2012, 2013 und 2014 einen sehr intensiven Dialog mit der Verwaltung - mit Frau Schneider, Herrn Ropertz und der damaligen Kämmerin. In diesen Jahren hatten wir mehrfach Kürzungshaushalte, und zwar unnötige Kürzungshaushalte. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ämter viel weniger ausgaben, als sie vorher geplant hatten. Das änderte die Kämmerei nach und nach. Plan und Ist näherten sich an. Damit kamen auch die Kürzungshaushalte zu einem Ende.

In den diesjährigen Haushaltsberatungen hat DIE LINKE Kürzungen öffentlich gemacht, die der Haushaltsentwurf vorsah. Das Jamaika-Bündnis hat sich über diese Kritik nicht gefreut, aber immerhin einen Haushaltsbegleitbeschluss eingebracht mit dem Hinweis, die Verwaltung möge die Kürzungen zurücknehmen.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hätten wir sowieso gemacht!)

Die Grünen haben das verschämt so formuliert - ich zitiere -:

> Die Fachdezernenten sind somit jetzt in der Pflicht, notwendige Konsolidierungen nicht zu Lasten beschlossener Maßnahmen und Programme zu betreiben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Genau. - Dass die Kürzungen zurückgenommen werden, ist schön. Aber dass Schwarz-Grün die notwendigen Finanzmittel im Haushalt nicht zur Verfügung stellt, ist unschön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Kürzungen sollen durch Umschichtungen innerhalb der Dezernate zurückgenommen werden. Das bedeutet natürlich: Wenn man ein Loch stopft, reißt man ein neues Loch auf. Das ist ja die Logik der ganzen Sache.

Frau Kämmerin, Sie haben ein Schatzkästchen. Das ist bekannt; das weiß ich schon von vielen anderen Kämmerinnen. Denn wir haben eine glückliche Situation. Der Landschaftsverband Rheinland hat die genauen Beträge der Landschaftsumlage benannt. Es sind 374,4 Millionen Euro. Damit sind im Haushalt der Stadt Köln 20,8 Millionen Euro zu viel für den Landschaftsverband eingestellt.

Das heißt, dass wir die Möglichkeit haben, den Dezernenten diese Mittel in Höhe von 20,8 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das ist doch mal etwas Nettes, oder nicht?

(Beifall bei der LINKEN)

In der Haushaltssitzung des Finanzausschusses erklärte unsere Kämmerin ihr Angebot für einen Dialog mit allen Akteuren. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

Ich bedanke mich aber insbesondere und ausdrücklich an dieser Stelle ebenfalls bei den politischen und sozialen Akteuren, den vielen Vereinen, für ihr Engagement gegen diese Kürzungen: dem Stadtsportbund,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

den Willkommens-Initiativen, dem Runden Tisch für Integration, den Bürgerhäusern, den Jugendzentren, den Beschäftigten der VHS und dem hdak - um nur einige wenige zu nennen; es waren auch noch mehr aktiv.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Haushaltsänderungen von Jamaika und GUT sind eine Art Wünsch-dir-was-Wundertüte - nach dem Motto: Gib mir das, bekommst du das.

(Widerspruch von (Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

- Doch, das ist so. Wir reden ja auch miteinander. Es ist ja nicht so, dass mir das nicht bestätigt würde.

(Niklas Kienitz [CDU]: Von wem denn?)

Natürlich sind in Ihrem Haushalt auch positive Sachen enthalten.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Hui!)

Es wäre ja auch komisch, wenn es anders wäre. Aber verglichen mit anderen Haushalten ist die Kleinteiligkeit dieses Haushalts schon besonders groß. Dadurch kommt es natürlich zu einem Problem. Wenn man sagt: „Gib mir das, be-

kommst du das“, entsteht nämlich kein Konzept. Das ist ja ganz klar; denn man muss sich dann konzentrieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Und das ist unsere Kritik, meine Damen und Herren.

Gespannt waren wir darauf, was Sie mit dem Thema Klimaschutz machen würden. Wir waren natürlich gespannt, was da jetzt kommen würde. Das war ja auch klar. Wir haben viel darüber diskutiert, dass da wirklich „Butter bei die Fische“ muss und etwas passieren muss.

Aber in Ihrem Änderungsantrag, meine Damen und Herren, ist Leere und Wüste. Das ist die Situation. Da ist nichts eingestellt. Und jetzt beschließen wir zwei Haushalte. In Sachen Klimaschutz beschließen wir zwei Haushalte. Von Ihnen ist dazu nichts drin. Das finden wir unmöglich. Einerseits ruft man den Klimanotstand aus, und andererseits tut man nichts dagegen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

In der Diskussion über eine bessere Lebensqualität und Umweltgerechtigkeit haben wir von den LINKEN gesagt: Wir brauchen schnelle Änderungen; da muss man auch Geld in die Hand nehmen. - Dem sind Sie ausgewichen und haben gesagt, das Geld müsse mit dem nächsten Haushalt bereitgestellt werden. Meine Damen und Herren, den nächsten Haushalt haben wir aber erst im Jahre 2022. Das ist noch also ganz lange hin.

Unseren im Sommer dieses Jahres gestellten Änderungsantrag zum Klimanotstand haben Sie vehement abgelehnt und haben auch konkrete Maßnahmen nicht in Angriff genommen.

DIE LINKE schlägt in ihrem Veränderungsnachweis 15 Millionen Euro für Radschnellwege vor. Das ist unsere Politik. Von Ihnen: Nichts!

Nichts, keine Investitionen: Das ist Ihr Programm. CDU und Grüne konnten sich auf ein Investitionsprogramm in Sachen Ost-West-Stadtbahn nicht verständigen. Leider gab es keine Mehrheit für eine oberirdische Variante. Dann hätten wir zumindest ein Investitionsprogramm von 250 Millionen Euro gehabt, und zwar im Wesentlichen Bundesmittel.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch diese Mittel fehlen uns jetzt. Stattdessen haben wir Doppelplanungen für zwei Modelle. Das bedeutet Stillstand und nichts anderes.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben diesem Stillstand, meine Damen und Herren, haben Sie aber auch das Problem, dass Sie sich aus der Daseinsvorsorge zurückziehen. Sie wollen sich aus der kommunalen Verantwortung für die Städtischen Kliniken herauswinden. Sie wollen den Großmarkt komplett in private Hand geben und sich der öffentlichen Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit frischen Lebensmitteln entziehen.

(Beifall bei der LINKEN - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Da wissen Sie aber mehr als wir, Herr Detjen!)

- Ja, wir werden es ja nachher noch diskutieren. - Ich habe auch die Worte von Frau von Bülow zur Ernährungspolitik gerade interessiert zur Kenntnis genommen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schön!)

Unser Gegenmodell lautet in Sachen Investitionen und Daseinsvorsorge: 84 Millionen Euro für Wohnungsbau, 50 Millionen Euro für Investitionen bei den Städtischen Kliniken, 2,5 Millionen Euro für ein Wohnheim für Erzieherinnen, 10 Millionen Euro für Baumaßnahmen für sichere Schulwege, 25 Millionen Euro für ein weiteres Schwimmbad.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr geehrte Anwesende von CDU und Grünen, wir haben uns in den Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungsunternehmen in den letzten Jahren immer wieder mit Ihnen gestritten, wie viel Gewinne in den Haushalt fließen bzw. für Investitionen in den Unternehmen für die Daseinsvorsorge verbleiben.

Der Haushalt 2019 sah in der mittelfristigen Finanzplanung eine gewaltige Erhöhung der Gewinnabführung aus den Stadtwerken vor - annähernd eine Verdopplung auf fast 90 Millionen Euro. Diese Schädigung der städtischen Unternehmen haben Sie bedenkenlos mitgetragen, meine Damen und Herren von CDU, Grünen, FDP und GUT.

Umso mehr haben wir uns darüber gefreut, dass die Kämmerin nunmehr ein Machtwort gesprochen hat und die geplante Abführung in den Haushalt um einen zweistelligen Millionenbetrag

reduziert hat. Damit werden den Stadtwerken dringend nötige Investitionen möglich gemacht.

Wir reiten auf den fehlenden Investitionen auch deshalb so herum, weil wir den Anstieg von konsumtiven Mitteln nur dann in den Griff bekommen werden, wenn die Kommunen mehr investieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wir haben uns hier im Rat vor einigen Jahren einstimmig für ein besseres Wohngeld ausgesprochen. Der Bund erhöht es ja jetzt auch noch einmal. Im Prinzip ist es aber doch folgendermaßen: Mit dem Wohngeld bekommen zwar die Mieter Geld, das sie auch dringend brauchen. Aber wer erhält dieses Geld schlussendlich? Das sind die Vermieter. Sie bekommen dieses Geld.

Deswegen ziehen wir eine andere Schlussfolgerung daraus. Nachhaltiger und sozialer wäre es, wenn dauerhaft preiswerte Wohnungen geschaffen würden. Hier ist Geld zu investieren, um auf diesem Weg langfristig gesicherte Lebensverhältnisse zu schaffen und die Spirale des Zuwachses von konsumtiven Mitteln aufzuhalten. Das ist doch die Logik der ganzen Sache.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Ich möchte meine Kernthese aus der letzten Haushaltsrede bekräftigen: Nur durch die Schaffung von mehr kommunalem Wohnraum mit bezahlbaren Mieten wird die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergehen.

(Michael Frenzel [SPD]: Richtig!)

Diese strategische Diskussion vermissen wir hier im Rat, meine Damen und Herren.

Ich fand es in den Redebeiträgen von Herrn Joisten, aber auch von Herrn Petelkau absurd, dass man dem anderen so etwas vorwirft. Schließlich überschneidet sich das Ganze. Wenn einer regiert hat, bis es dann irgendwann gebaut wird, sagt er, das habe er gemacht. Das stimmt ja gar nicht. Es sind doch Überschneidungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ja aberwitzig. Und solche lächerlichen Ausführungen finde ich in diesem Hause nicht angemessen.

Lassen Sie uns also doch festhalten: An dem schlechten Zustand des FC ist nicht die CDU und sind auch nicht die Grünen schuld.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Die etablierten Parteien im Kölner Rat drücken sich meines Erachtens vor wichtigen strategischen Entscheidungen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, nämlich die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2032 an Rhein und Ruhr. Die Landesregierung tut so, als ob Köln dabei sei. Wir haben aber hier gar nicht darüber entschieden. Andere Kommunen haben das gemacht. Diese Debatte sitzen Sie einfach aus.

Wir von den LINKEN werden das hier im Rat zum Thema machen. Dann müssen Sie sich entscheiden, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ob Sie für die Olympischen Spiele sind, ja oder nein. Denn Olympische Spiele sind keine Investitionen. Das ist konsumtives Geld für Brot und Spiele. Das sind Olympische Spiele - und gerade nicht Investitionen.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Wenn Jamaika in Köln überhaupt investiert, dann in Hochkultur. In den letzten Ratssitzungen haben wir 150 Millionen Euro für die Städtischen Bühnen genehmigt, es wurde eine Gesellschaft für die mindestens 116 Millionen Euro teure Historische Mitte gegründet, und das Wallraf-Richartz-Museum hat 60 bis 70 Millionen Euro bekommen. Das Kölner Bürgertum ist begeistert - wir aber nicht. Wir sagen: Das ist nicht richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Köln nähert sich einem ausgeglichenen Haushalt an. Möglicherweise wird dieses Ziel in 2020 erreicht.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: 2022!)

Aber einen generationengerechten Haushalt haben wir dadurch noch nicht.

Generationengerechtigkeit bedeutet nicht nur, den nachfolgenden Generationen keine Schulden zu hinterlassen. Sie bedeutet, ihnen eine gute Ausbildung zu gewährleisten, einen Job, von dem man leben kann, eine Wohnung, die sie bezahlen können, und eine Stadtgesellschaft, in der man füreinander einsteht.

Meine Damen und Herren, dafür brauchen wir Ausgaben für soziale Infrastruktur in Köln, und dafür brauchen wir Investitionen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kämmerei hatte vor zwei Jahren dazu eine Studie vorgestellt, zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik und dem FiFo Köln. Das erschreckende Ergebnis war: Wir haben eine Tragfähigkeitslücke bei Investitionen, die sich in jedem Jahr auf 460 Millionen Euro beläuft.

Mit diesem Thema müssen wir uns beschäftigen. Das liegt da, und wir bearbeiten es nicht mehr, schon seit eineinhalb Jahren nicht mehr. Ich halte das für ein Unding. Das sage ich auch an die Verwaltung gerichtet. Sie beschäftigt sich meines Erachtens mit diesem Thema auch nicht.

Lassen Sie mich zum Schluss eine persönliche Bemerkung machen. Zurzeit forscht das Max-Planck-Institut zu den Kölner Stadtfinanzen. Ich wurde mit der Frage konfrontiert, warum sich DIE LINKE so viel Mühe mit dem Haushalt macht, wenn ihre Forderungen sowieso abgelehnt werden. Daraufhin habe ich gesagt: Nur wer in die Tiefen des Haushalts eindringt und eigene Vorschläge macht, auch wenn sie abgelehnt werden, der blickt überhaupt erst durch.

Ich würde mir wünschen, dass jede Fraktion sich diese Arbeit machte

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört! Hört!)

und wir endlich einmal eine Diskussionskultur über strategische Fragen der Haushaltspolitik entwickelten. - Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit. Ich hoffe, es hat Ihnen Spaß gemacht.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! CDU, Grüne, FDP und GUT haben sich darauf verständigt, den Doppelhaushalt 2020/2021 gemeinsam zu verabschieden. Trotz der anstehenden Köln-Wahl stand das Wohl der Stadt im Vordergrund - und nicht die Parteiinteressen. Mit dem Verhandlungsergebnis der vier Parteien wird wie in den Vorjahren die dringend notwendige Kontinuität in der Stadtpolitik über den Wahltag hinaus gewährleistet.

Für die FDP-Fraktion war in den Verhandlungen existenziell, dass ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird und die schwarze Null spätestens ab dem Jahre 2022 und in den folgenden Jahren gehalten wird.

(Beifall bei der FDP)

Dies entspricht den Forderungen im Leitbild der Kölner FDP, das wir im März dieses Jahres abschiedet haben. Dort heißt es im Kapitel „Die Stadt, die rechnen kann“:

> Wir brauchen eine Politik, die an nachfolgende Generationen denkt und so Verantwortung für die Zukunft übernimmt. Deshalb muss Köln aufhören, von seiner Substanz zu leben. Wir fordern einen ausgeglichenen Haushalt, die schwarze Null für Köln!

Das ist der Unterschied zu dem, was Sie eben gesagt haben, Herr Joisten. Diese Generationengerechtigkeit gilt nicht nur auf Bundesebene, sondern auch für uns hier in Köln.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Die dafür erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2021 wurden von manchen Dezernenten gut gelöst, von anderen weniger gut. In einem Haushaltsbegleitbeschluss wird daher der Stadtvorstand beauftragt, die geeignete Deckung sicherzustellen. Dies betrifft die Bereiche Volkshochschule, Kulturförderung, Integrationsmaßnahmen, Kinder- und Jugendarbeit, Hilfen für junge Menschen und ihre Familien sowie Sportförderung. Daher ist die Aufregung von SPD und LINKEN, die wir eben hier gehört haben, vollkommen unbegründet.

Ich danke der Oberbürgermeisterin, unserer neuen Kämmerin und dem ganzen Team dafür, dass sie es wieder geschafft haben, den Entwurf rechtzeitig vorzulegen, damit wir noch vor Beginn des neuen Jahres einen genehmigten Haushalt haben. Das schafft für alle Beteiligten Planungssicherheit. Außerdem danke ich unseren Partnern im Haushaltsbündnis für die vertrauensvollen und reibungslosen Verhandlungen.

Frau Professor Diemert, ich habe Ihnen hier - und das passt nach der Rede des Kollegen Joisten sehr gut - als kleine Mahnung und Erinnerung einen 0-Euro-Schein mit dem Bild des Kölner Doms mitgebracht, den ich Ihnen gleich überreichen werde. Das soll die Mahnung sein, dass Sie die schwarze Null durchhalten und sich durch solche Reden, wie wir sie eben hier gehört haben, von Ihrem Weg nicht abhalten lassen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, in den Haushaltsverhandlungen setzten wir insbesondere auf drei Schwerpunkte, die ich hier vorstellen möchte.

Wir wollen „Die Stadt der besten Bildungschancen“:

> Beste Bildung macht den Menschen unabhängig, beste Ausbildung macht ihn selbstständig. … Dafür brauchen wir Kitas, Schulen und Berufsschulen in bestem Zustand - zahlreich, für alle zugänglich und modern ausgestattet.

Dementsprechend ist der Schulneubau eine der dringendsten Aufgaben. Köln erlebt eine Steigung der Geburtenrate in den letzten zehn Jahren von über 17 Prozent. Diese gute Nachricht stellt die Stadt jedoch vor enorme Herausforderungen. Unter anderem müssen für alle Kinder genügend Schulplätze zur Verfügung gestellt werden.

Darum sollen mit einem 50-Millionen-Euro-Paket neue Schulen von General- und Totalunternehmern gebaut werden. Durch diese Vergaben an private Partner können die Zeit- und Kostenrisiken deutlich minimiert werden. Endlich sind auch diese Modelle in Köln mehrheitsfähig.

(Beifall bei der FDP)

Bei den wachsenden Kinderzahlen in Köln reichen die Wasserflächen in den Schwimmbädern nicht mehr aus, um die Kulturtechnik Schwimmen zu lernen. Darum haben wir uns darauf verständigt, zwei neue Schulschwimmbäder im Schulbauprogramm mit einzuplanen. Es soll jeweils links- und rechtsrheinisch ein solches Bad mit 25-Meter-Bahnen entstehen. Kaum hat Herr Joisten diese Forderung hier eben aufgestellt, hat sie das Haushaltsbündnis schon erfüllt. So schnell arbeiten wir.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Des Weiteren soll die Schulsozialarbeit um weitere 15 Stellen aufgestockt werden. Hierbei sollen vier Stellen an Förderschulen entstehen, da dort ein erhöhter Bedarf besteht.

Die FDP will „Die digitale, bürgernahe Stadt“:

> Wir … wollen Köln zu einem Wirtschaftsstandort ersten Ranges weiterentwickeln: als Deutschlands Digitalstadt Nr. 1 …!

(Beifall bei der FDP)

Im Doppelhaushalt werden fünf weitere Stellen für IT-Anwendungsberater an Schulen eingerichtet, weil Lehrkräfte bei der Nutzung von neuen Medien Unterstützung bedürfen und damit die neuen Medien auch tatsächlich im Schulunterricht zur Anwendung kommen.

Auch haben wir zum wiederholten Male für die KVB Geld für das Installieren von WLAN in Straßenbahnen und Bussen zur Verfügung gestellt. Bisher konnte die KVB dies nicht realisieren. Der wiederum eingebrachte Haushaltstitel ist ein Appell an die KVB, endlich bei der Digitalisierung ernst zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Was in anderen Städten längst Standard ist, meine Damen und Herren, muss auch in Köln machbar sein.

Köln ist „Die Stadt der selbstbestimmten, freien Entfaltung“:

> Köln soll sich durch … gepflegte Freizeit- und Sportmöglichkeiten auszeichnen! Denn eine Stadt mit mehr Freiraum ist eine Stadt mit mehr Lebensqualität!

Dementsprechend werden wir neben den beiden neuen Schulschwimmbädern für Köln, die auch hervorragend für den Vereinssport genutzt werden können, für den Sportplatzumbau weitere 5 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Köln setzt beim Bau von Kunstrasenplätzen seit 2018 zur Füllung kein Gummigranulat mehr ein. Köln ist vielmehr Vorreiter bei umweltgerechten Kunstrasenplätzen mit Kork-Sand-Füllungen. Für eine intensive Nutzung von Sportplätzen - sieben Tage die Woche, zwölf Monate im Jahr; der Kollege Petelkau hat es eben schon gesagt - gibt es zurzeit keine Alternative zu diesem Belag.

(Beifall bei der FDP)

Die Haushaltsparteien haben sich des Weiteren darauf verständigt, zum einem den Inklusionssport und zum anderen den Seniorensport mit Koordinierungsstellen beim Stadtsportbund zu unterstützen.

Schon seit längerem setzen sich die Freien Demokraten für ein drittes Frauenhaus in Köln ein. Bisher wurde dies im Rat leider abgelehnt. Mit dem Haushaltsbegleitbeschluss konnte die FDP

nun durchsetzen, dass ein drittes Frauenhaus eingerichtet wird. Ich bin froh, dass auch die Grünen ihren Widerstand hier aufgegeben haben.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Die Kollegin von Bülow hat eben schon gesagt, dass das von den Grünen mitgetragen wird. Deswegen kommen wir an dieser Stelle weiter. Hier hilft besonders auch ein neues Landesbauprogramm, in dem im Rahmen der Bauförderung Frauenhäuser explizit aufgenommen worden sind. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Gelder zur Verfügung zu stellen. Dies macht den heutigen Tag zu einem besonders guten Tag für Köln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der LINKEN)

> Köln ist seit jeher offen für diverse Lebensentwürfe und religiöse Vielfalt. Wir wollen Anziehungspunkt für alle sein, die ihr Leben in die eigene Hand nehmen, die bereit sind zur Integration und damit einen positiven Beitrag für das Zusammenleben leisten.

Diese traditionelle Weltoffenheit gilt es bei der Köln-Wahl im kommenden Jahr unter Beweis zu stellen, damit nicht, wie zuletzt in Thüringen, die Extreme überhandnehmen. Köln ist Hauptstadt der Vielfalt, und so soll es bleiben. Internationalität begreifen wir als Schlüssel für die Entwicklung Kölns zu einer europäischen Metropole, die sich Besuchern und Gästen aus aller Welt als hervorragender Gastgeber zeigt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, nicht in allen Zukunftsfeldern unseres Leitbildes kommen wir in Köln weiter. In dem Kapitel „Die innovative, wachsende Stadt“ heißt es eigentlich:

> Köln wächst, immer mehr Menschen kommen hierher und wollen etwas aus ihrem Leben machen. Ein gutes Zeichen für die Zukunft unserer Stadt und eine Chance, die wir mutig und entschlossen nutzen wollen. Dafür brauchen wir schnell … wirkungsvolle Lösungen bei Wohnungsbau und Infrastruktur …!

Und da liegt einiges im Argen. Seit letzter Woche werden neue Flächen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen der kommenden 25 Jahre im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans in den städtischen Gremien beraten. Nur ein Drittel der von der Bezirksregierung geforderten Bedarfe wird hier von der Verwaltung überhaupt angeboten. So wird das Ziel, 6 000 Wohnungen im Jahr zu schaffen, schon allein physikalisch vollkommen unmöglich. Eine Wohnung in Köln wird zunehmend unbezahlbar, und Unternehmen und Gewerbesteuereinnahmen wandern im besten Fall nur ins Umland ab.

Was dann flächenmäßig an Wohnungsbau noch möglich wäre, bringt die politisch verordnete Bürokratie in der Stadt zum Erliegen. Es wurden sieben Stellen geschaffen, um im vergangenen Jahr ein wohnungspolitisch begründetes Vorkaufsrecht auszusprechen. Nur eine einzige Fläche wurde von diesen sieben Mitarbeitern identifiziert. Jetzt kommen vier Stellen hinzu, die die Milieuschutzsatzungen verwalten und erweitern sollen - und das vor dem Hintergrund, dass 30 Prozent der Stellen im Bauaufsichtsamt unbesetzt sind. Kooperatives Baulandmodell und Konzeptvergabe führen darüber hinaus dazu, dass Investoren offen damit drohen, in Köln höchstens noch Büros zu bauen, aber keine Wohnungen.

Bei der verkehrlichen Infrastruktur sieht es leider nicht anders aus. Die SPD hat im vergangenen Dezember aus parteitaktischen Überlegungen die einer Millionenmetropole angemessene U-Bahn-Lösung für die Ost-West-Achse in eine unbestimmte Zukunft geschickt,

(Michael Frenzel [SPD]: Die SPD? Da haben Sie aber nicht richtig nachgelesen!)

und die CDU macht bei autofeindlichem Quatsch von Busspur bis Pförtnerampel alles mit, was ihr von den Grünen vorgelegt wird. Zusätzliche Umweltbelastungen sind hier die Folge.

Wir erleben gerade die ideologischste Phase der Verkehrspolitik in der Kölner Geschichte. Radfahrstreifen unter dem Maritim, auf dem Theodor-Heuss-Ring oder auf der Nord-Süd-Fahrt zeigen, dass es längst nicht mehr darum geht, Verbesserungen für den Radverkehr durchzuführen, sondern um die Behinderung des Autoverkehrs.

(Beifall bei der FDP - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: So viel zur Ideologiefreiheit!)

Meine Damen und Herren, 30 Prozent weniger Fußgängerfrequenz auf der Breite Straße zei-

gen, welche Folgen das haben kann und wohin es führt.

Ich kann die Ratsmehrheit, aber auch die Oberbürgermeisterin nur auffordern, von dieser Peter-Pan-Politik, Köln nicht erwachsen werden lassen zu wollen, abzulassen und ein Investitionsklima und die nötige Infrastruktur zu schaffen, die der viertgrößten Stadt Deutschlands und dem Verkehrskreuz des Westens angemessen sind.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Nicht Klimanotstand ausrufen, sondern Klimanotstand verhindern! Ohne dieses Umlenken können wir einem gemeinsamen OB-Wahlkampf nicht beitreten.

(Beifall bei der FDP)

Am 13. September 2020 geht es um die Stadt der besten Bildungschancen und der selbstbestimmten, freien Entfaltung, die innovative, wachsende und digitale, bürgernahe sowie weltoffene Heimatstadt, die rechnen kann. Meine Damen und Herren, es geht um Köln. Und wer Köln liebt, macht es besser. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die bisherigen Redebeiträge zum aktuellen Haushalt - wir sprechen hier ja immerhin über 5 Milliarden Euro - heute im Rat, aber vor allen Dingen auch vorher im Finanzausschuss, verharrten doch sehr im Klein-Klein. Herr Detjen hat das eben auch angesprochen. Da kümmern sich Grüne, CDU und FDP mit einem gemeinsamen Veränderungsnachweis beispielsweise um 20 000 Euro für die kulturelle Teilhabe und innovative Kleinfestivals oder um Zuwendungen für Städtepartnerschaftsvereine.

Herr Petelkau, Sie haben eben vollmundig davon gesprochen, dass Sie die Mobilitätswende in Köln auf die Schiene gesetzt haben. Ich muss Ihnen sagen: Davon ist im Radverkehr wenig zu spüren. Sie kennen vielleicht die Untersuchung des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs von diesem Jahr, bei der die 14 Städte mit über 500 000 Einwohnern untersucht wurden. Köln belegt Platz 14 von 14 Städten. Ein Aufbruch in der Mobilität sieht anders aus.

Das ist vermutlich auch der Grund, warum sich der grüne Bürgermeister, Herr Wolter, neulich zum Verkehrsausschuss mit dem Dienstwagen hat chauffieren lassen.

Aber so kennen und lieben wir sie ja, die Grünen: Wasser predigen und Wein trinken!

Ich glaube, Sie sind auch derjenige, der nach der Oberbürgermeisterin die meisten Flugmeilen verflogen hat. Typisch grüne Doppelmoral!

Ein weiterer Beleg für das Klein-Klein sind auch die SPD und Herr Joisten, der im Finanzausschuss gefühlt 10 Prozent seiner Redezeit verbrauchte, um über zu wenig Kinderschwimmen in Porz zu sprechen.

So Herren von der SPD, wenn Sie die Themen setzen, wen wundert dann noch das Abgleiten der guten alten Tante SPD in die politische Bedeutungslosigkeit?

Herr Joisten, nach den Grünen ist die SPD, Ihre Fraktion, ja wohl diejenige mit den meisten Burkini-Verstehern in dieser Stadt. Bevor Sie sich öffentlich über das Kinderschwimmen echauffieren und sorgen, sorgen Sie lieber einmal dafür, dass auch alle Familien in Köln ihre Töchter zum Kinderschwimmen schicken! Da liegt doch der Hase im Pfeffer. Das wäre einmal der Mühe wert.

(Beifall bei der AfD)

In etwas größeren Dimensionen denkt bei ihren Veränderungsnachweisen - das muss man ihr lassen - da schon die SED-Nachfolgepartei. DIE LINKE fordert in ihrem Veränderungsnachweis 300 000 Euro für - Zitat - „fünf zusätzliche Stellen zur Erfassung und Verfolgung von Verstößen“ bei der Wohnraumzweckentfremdung, also auf gut Deutsch die Schaffung einer Wohnraum-Stasi hier in Köln.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wohnraum-Stasi. Aber das muss man ihnen zweifelsfrei lassen. Das ist sicher eine der Kernkompetenzen der LINKEN.

Aber auch der Blick auf die wirklich großen Aufwandspositionen in unserem Haushalt hilft nur bedingt weiter. Denn von den 5 Milliarden Euro sind circa 4,7 Milliarden Euro, also 94 Prozent, mehr oder weniger fest vorgegeben oder sogar gesetzlich vorgeschrieben.

Deshalb möchte ich Ihren Blick, meine Damen und Herren, gerne auf die mittelfristige Finanzplanung lenken - Anlagenband, Seite 40. Hier

werden nämlich die für die Stadt wichtigen, zukunftsweisenden, prägenden investiven Maßnahmen in der näheren Zukunft aufgelistet.

Für die Jahre 2020 bis 2024 sind dies annähernd 1,2 Milliarden Euro. Das sind 234 Millionen Euro pro Jahr. Das Erschreckende dabei ist: Diese Summe liegt gerade mal 34 Millionen Euro über den Abschreibungen, die wir jedes Jahr leisten. Es sind also gerade mal 0,7 Prozent des Haushaltes, mit denen wir über dem Betrag liegen, den wir Jahr für Jahr abschreiben.

Frau Oberbürgermeisterin, in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes haben Sie vollmundig von den beachtlichen Zukunftsinvestitionen für die familienfreundliche Stadt Köln gesprochen. Wie wollen Sie, frage ich Sie, das mit gerade mal 34 Millionen Euro Nettoinvestitionen pro Jahr schaffen? Geheimnis des Glaubens… .

Eine weitere Relation, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen nicht ersparen. Während wir in den kommenden fünf Jahren diese 1,2 Milliarden Euro in die Hand nehmen, betragen die Ausgaben für Flüchtlinge im gleichen Zeitraum 800 Millionen Euro. Das heißt, dass wir zwei Drittel unseres Investitionsbudgets für Flüchtlinge aufwenden.

Wenn wir genauer hinsehen könnten, würden wir feststellen, dass die kompletten Aufwendungen für Flüchtlinge vermutlich in der gleichen Größenordnung wie die Investitionen liegen, also ebenfalls bei 1,2 Milliarden Euro.

Woran liegt das? Nun, die von mir genannten 800 Millionen Euro sind ja nur die drei Positionen, die Sie im Haushalt finden, nämlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Unterbringung und Betreuung. Dazu müssen Sie aber natürlich noch all die weiteren Kosten rechnen: innere Sicherheit, Streetworker, Sozialarbeiter, erhöhte Gesundheitsausgaben, Schulbetreuung und, und, und. Und vergessen Sie bitte nicht: Viele der Flüchtlinge landen ja mittelfristig in Hartz IV und sind dort als solche gar nicht mehr zu erkennen.

Dazu zwei Zahlen, die wohl für sich sprechen: 92 Prozent der in Deutschland lebenden Libanesen - -

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja wohl das Allerletzte!)

- Lassen Sie mich doch bitte ausreden. Sie müssen die Zahlen zur Kenntnis nehmen,

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das ist unverschämt!)

auch wenn sie Ihnen nicht passen, gute Frau.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Gute Frau?)

92 Prozent der in Deutschland lebenden Libanesen beziehen Hartz IV, und bei den Syrern sind es 76 Prozent.

Ich denke, dass wir uns wenigstens in einem Punkt einig sind: Verschiebung in Hartz IV ist keine gelungene Integration, sondern Verschiebung in Hartz IV ist teuer erkaufte Ruhigstellung zulasten der Steuerzahler.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte zum Thema sprechen?

Stephan Boyens (AfD): Ich spreche zum Thema, Frau Oberbürgermeisterin; denn wir reden über den Haushalt.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht zum Haushalt!)

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen - 92 und 76 Prozent in Hartz IV - ist es doch komplett nachvollziehbar und im Übrigen auch in einer Demokratie vollkommen legitim, wenn jemand sagt: Ich empfinde den Zuzug dieser Menschen nicht als Bereicherung, sondern als Belastung.

Das festzustellen, meine Damen und Herren, ist auch nicht „Nazi“. Das ist nicht rassistisch. Das ist nicht Hetze. Das ist noch nicht einmal rechtspopulistisch. Vielmehr ist das die nüchterne Feststellung sozioökonomischer Zusammenhänge.

Wenn jemand wie Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die ganz genau um diese Zusammenhänge weiß, in einem Brief an die Kanzlerin die Bereitschaft zur Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen erklärt,

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das war sehr gut!)

dann sorgen Sie damit dafür, dass noch mehr Menschen in die Sozialsysteme einwandern.

Und ich bin fest davon überzeugt: Die Ablehnung oder der Hass, der uns hier entgegenschlägt, in der Stadt entgegenschlägt, hat gar nicht so sehr mit unserer Position zu tun. Unsere Position ist

nämlich vollkommen legitim und gut begründet. Nein, es ist die Tatsache, dass wir Ihrem Gutmenschentum ein Preisschild ankleben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist so lächerlich!)

Das ist es, was Ihnen so sauer aufstößt: dass wir für die Öffentlichkeit und die wertschaffenden Milieus in dieser Stadt transparent machen, was es sie kostet, damit Sie sich als die besseren Menschen fühlen können.

Heute diskutieren wir über den Haushalt. Und siehe da: Das Preisschild für Ihr Gutmenschentum beträgt 1,2 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist aus der Luft gegriffen!)

Diese Zahl müsste man auch mal in der Kölner Presse lesen. Das müsste man mal den Menschen zumuten. Das steht wie ein weißer Elefant im Raum. Wir reden hier über 20 000 Euro da und 15 000 Euro da. Aber 1,2 Milliarden Euro beträgt die Belastung für die Stadt aus dem Migrationsdesaster.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist menschenverachtend und völlig daneben!)

- Nein, das ist es nicht. Es ist die Aufzählung nüchterner Tatsachen. Sie können den Euro nur einmal ausgeben, Frau von Bülow. Das sollte Ihnen bewusst sein.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Und noch einmal: Wir geben für die Grunderneuerung der Mülheimer Brücke, das Wohnungsbauprogramm, den Neubau von Sozialhäusern, die Sanierung von Schulen, Straßen, Ampeln, Radwegen, Sportplätzen, Spielstätten usw., den Kauf von Grundstücken, Computern, Kunstwerken etc., für alles das zusammen, 1,2 Milliarden Euro aus. Im gleichen Zeitraum liegen die Kosten für das Migrationsdesaster in der gleichen Größenordnung.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn sich das Kölner Haushaltsbündnis dafür abfeiern lässt, dass Sie im Jahre 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, dann sage ich Ihnen: Diese Stadt könnte längst einen ausgeglichenen Haushalt haben, wenn wir nicht das durch Berlin zu verantwortende Migrationsdesaster hätten.

(Christian Joisten [SPD]: Durch Wiederholung wird es nicht besser!)

Die Stadt Köln bleibt auf über 50 Prozent der Kosten sitzen. Und woher soll denn das Geld kommen? Es kommt aus unserem Haushalt. Herr Detjen wird das bestätigen können. Er ist ja auch einer der wenigen, der immer darauf hinweist, dass wir von Land und Bund die Kosten der Migration nicht erstattet bekommen.

Daher bleibt mir nur, zu sagen: Der vorliegende Doppelhaushalt 2020/2021 ist ein weiterer Beleg für die organisierte Verantwortungslosigkeit in dieser Stadt und die in Zahlen gegossene Erstarrung in dieser Stadt.

Die Verantwortung dafür tragen zuvorderst Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Die Menschen in dieser Stadt spüren das längst und wissen das ganz genau. Nicht umsonst haben Sie beim Oberbürgermeister-Ranking in diesem Jahr den vorletzten Platz belegt.

Noch, Frau Oberbürgermeisterin, ist es Zeit, den Platz frei zu machen - frei zu machen für eine Person, die es kann.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Das entscheiden die Wählerinnen und Wähler!)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Stimmen Sie gegen diesen Haushalt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Ich frage aber, wer noch zu sprechen wünscht. - Das ist Herr Zimmermann. Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich war ganz überrascht, dass es jetzt doch so schnell geht. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer des Livestreams! Werte Kolleginnen und Kollegen und Gäste hier im Saal! Dies ist nun der erste Haushalt, der in Zeiten des Klimanotstandes beschlossen wird.

Der Klimawandel ist in Köln angekommen. Die Dürre der vergangenen Jahre, die in Folge ster-

benden Bäume, die ungewöhnliche und lang andauernde Hitze sind dabei nur erste Vorboten dessen, was uns und künftigen Generationen bevorsteht. Ja, Dürren und heiße Sommer gab es immer schon. Doch die Häufigkeit nimmt zu, und die Wissenschaft ist sich sicher, dass dies in direktem Zusammenhang mit dem Mensch gemachten Klimawandel steht.

Köln und auch die Verwaltung unserer Stadt sind sich dessen bewusst. Doch vieles, was unternommen wird, ist leider unzureichend.

Das sind zunächst einmal die Ziele. Ein Streben nach Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 - wohlgemerkt! - ist vollkommen unambitioniert und wird vor allem dem Bemühen, den Klimawandel zu bremsen oder gar aufzuhalten, in keinster Weise gerecht. Bis 2050 sind die Weichen längst gestellt. Wir müssen uns jetzt - heute! - in großen Schritten hin zur Klimaneutralität aufmachen.

Da reicht es eben nicht, festzustellen, dass Klimaschutz in Köln eine Querschnittsaufgabe der gesamten Verwaltung ist und daher nicht gesondert dargestellt wird. Wir brauchen große, sichtbare und wirksame Kraftanstrengungen. Wir brauchen einen massiven Ausbau des ÖPNVs und des Radverkehrs, eine schnelle Umstellung etwa der RheinEnergie hin zu einem Ökostromproduzenten und -lieferanten, Stromlieferverträge mit 100 Prozent in Deutschland produziertem Ökostrom, mehr Wärmedämmung und vieles, vieles mehr.

Uns ist klar, dass diese Klimaschutzmaßnahmen viel Geld kosten werden. Dies wird nicht nur den Haushalt der Stadt Köln, sondern auch jeden Einzelnen belasten.

Bislang war ich persönlich auch immer ein Freund der schwarzen oder grünen Null. Über seine Mittel frei verfügen zu können, statt von Geldgebern abhängig zu sein, ermöglicht erst wirkliche Gestaltungsmöglichkeiten. Doch bei der Frage, was eigentlich generationengerechter ist, bekomme ich Zweifel: unsere Stadt schuldenfrei, aber vom Klimawandel zerstört an unsere Kinder zu übergeben oder aber auch wirklich alles zu versuchen, den Klimawandel zumindest zu bremsen? Ich denke, die Antwort sollte klar sein.

Wenn wir von möglichen Belastungen für Kölns Einwohnerinnen und Einwohner sprechen und auch davon, dass andere wichtige Themen wie etwa Wohnungsbau vermeintlich nur nachrangig behandelt werden, kommt bei mir zugespitzt die Frage auf: Ist Klimaschutz eigentlich asozial?

In den Debatten im vergangenen Sommer zum Klimaschutzpaket konnte man diesen Eindruck gewinnen. Angesprochen auf die Unzulänglichkeit dieses Klimapäckchens wurde von der schwarz-roten Bundesregierung immer wieder ins Feld geführt, dass man die Bevölkerung nicht zu stark belasten und überfordern dürfe.

Das stimmt auch. Es wäre ja noch schöner, wenn Geringverdiener die Schäden bezahlen müssten, die Besserverdienende durch übermäßigen Ressourcenverbrauch anrichten. Geringverdiener haben einen wesentlich geringeren CO_2-Fußabdruck als Besserverdienende.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Doch was macht die Bundesregierung? Sie schiebt Geringverdiener, Landbevölkerung, Pendler und andere Gruppen vor, um nichts zu tun. Dabei wäre es selbstverständlich möglich, die Kosten der Klimaschutzmaßnahmen - auch in Köln - gerecht zu verteilen.

Klimaschutz muss aber gar nicht immer kosten. Oft reicht auch guter Willen: weg vom Wachstumsgedanken, hin zu Nachhaltigkeit und ökologischem Handeln. Eine Verkehrswende, die ihren Namen verdient, erfordert zwar zunächst weitere Investitionen, ist aber in der Bilanz am Ende wesentlich günstiger, als so weiterzumachen wie bisher.

In diesem größeren Zusammenhang kurz und knapp einige Punkte, die uns am Herzen liegen:

- Das Grünsystem in Köln ausbauen! Lieber FC, das Geißbockheim soll an seinem bisherigen Standort bleiben. Aber nutzt doch die Chance, in Marsdorf ein zukunftssicheres Trainingszentrum zu bauen, anstatt die Gleueler Wiese zu bebauen.

- Den Rather See wahrhaft renaturieren! Eine Wasserskianlage und den durch sie erzeugten Verkehr lehnen wir ab.

- Im Regionalplan und im Stadtentwicklungskonzept Wohnen: Hände weg von Kölns Grün! Wir sind fest davon überzeugt, dass notwendige Flächen auch durch Nachverdichtung und Umwidmung von Flächen gefunden werden können.

- Mehr Platz für das Rad! So brauchen wir auch endlich die Beschleunigung der Umsetzung beschlossener Projekte wie der Radwege am Niehler Gürtel, des Radschnellwegs Köln–

Frechen oder der Fahrradrampe an der Hohenzollernbrücke.

- Oben bleiben! Wir brauchen eine schnelle und möglichst kostengünstige Verkehrswende. Daher plädieren wir klar und deutlich für eine ausschließlich oberirdische Verstärkung der Ost-West-Achse.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Wir wünschen uns eine zügige und ergebnisoffene Prüfung unserer Idee eines neuen Seilbahnsystems für Köln, des Rheinpendels.

Zur Finanzierung einer Verkehrswende fordern wir die Stadt Köln auf, sich offen gegenüber der Idee einer Umweltmaut zu zeigen und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen von Land und Bund zu fordern. Und ja, eine Maut kann sozial ausgewogen gestaltet werden.

Wir arbeiten weiter an der Wiedereröffnung des Colonius - vielleicht nicht unser wichtigstes Projekt, aber eines, das der Kölner Bevölkerung am Herzen liegt.

Den vorgelegten Haushalt halten wir angesichts der Herausforderungen im Klimaschutz in der Tat für nicht ausreichend. Da wir jedoch im Sinne des Klimaschutzes wenigstens einiges verbessern konnten, werden wir ihm zustimmen.

Unsere Zustimmung erfolgt auch deshalb, weil er in vielen Themenfeldern unseren Vorstellungen sehr nahe kommt, etwa im Bereich der Kultur.

So freuen wir uns darüber, dass die freie Szene weiter gestärkt wird, und darüber, dass auch ernsthaft versucht wird, mit Haushaltsmitteln die soziokulturellen Initiativen im Kartäuserwall 18 zu erhalten.

Im Sinne einer Verkehrswende freuen wir uns darüber, dass die Lastenradförderung in den nächsten beiden Jahren fortgesetzt wird.

Im Sinne des Klimaschutzes sind wir gespannt auf eine Untersuchung zur Klimawandelfolgenabschätzung. Hier wird es um gesundheitliche und soziale Aspekte des Klimawandels gehen. Wie wird es sich in Köln im Jahr 2050 leben?

Im Sinne von mehr Grün stellen wir Mittel für eine Erweiterung des entstehenden Straßenbaumkatasters bereit. Künftig soll auf einen Blick erkennbar sein, wo wir in Köln neue Straßenbäume pflanzen können.

Im Haushalt finden sich viele weitere positive Aspekte, die uns eine Zustimmung erleichtert haben. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben dazu bereits einiges ausgeführt.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. In Zeiten von Artensterben und Klimawandel, in Zeiten, in denen Tausende von Menschen im Mittelmeer ertrinken und die EU keine Schiffe mehr rausschickt, um sie zu retten, in Zeiten großer sozialer Ungerechtigkeiten fühlen sich immer mehr Menschen überfordert. Seit Jahren breitet sich eine beängstigende Resignation über das Land aus, führt zu Erstarken von Rechtsradikalen und nimmt manchen von uns auch den Mut und die Kraft, weiterzumachen.

Dabei haben wir doch ein großes gemeinsames und verbindendes Projekt: diese unsere Mutter Erde zu schützen und gemeinsam auf ihr in Frieden zu leben. Das Positive ist: Wir alle wissen auch, wie das geht. Haben Sie keine Angst vor Veränderungen. Freuen Sie sich auf den Gewinn.

In diesem Sinne: Frisch auf, Köln! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker, sehr geehrte Frau Dr. Diemert, ich habe Ihren Haushaltseinbringungsreden nicht nur zugehört, sondern sie mir auch noch mehrmals auf dem Papier durchgelesen. Für mich stellt sich einfach die Frage, wie ich einen Bürger an diesen Haushalt heranführe, indem ich ihm den Haushalt etwas transparenter darstelle. Das ist nur einmal das Vorwort zu mir.

Ich habe mir den Haushalt also sehr genau angeguckt und sage einmal: Für den Doppelhaushalt 2020/2021 stellen wir 10,2 Milliarden Euro an Ausgaben zur Verfügung - mit dem Ergebnis, dass wir unter dem Strich allerdings eine weitere Neuverschuldung in Höhe von 80 Millionen Euro erzielen. Ab 2022 schreiben wir dann, so prognostizieren Sie, schwarze Zahlen. Ich weiß gar nicht, ob das notwendig ist. Aber es ist ein Ziel.

Nur: Auf welch tönernen Füßen steht diese Prognose? Ich zitiere Sie. Kurze Zeit, nachdem Sie diese positive Prognose abgegeben haben, haben Sie das insofern infrage gestellt, als dass Sie gesagt haben: Es wird in Zukunft nicht einfacher werden. Es mehren sich die Zeichen einer konjunkturellen Abkühlung bis hin zu einer beginnenden Rezession.

Nun ja. Dennoch vertrauen Sie den positiven Steuerschätzungen und planen samt und sonders linear jedes Jahr laufende Mehreinnahmen bis 2024. Mit Verlaub: Das klingt eher nach einem Wunschkonzert als nach einer umsichtigen und halbwegs stabilen Planung.

Die geringsten Zinserhöhungen oder rückläufige Steuereinnahmen würden diesen haarscharf gerichteten Haushalt und die schwarze Null zum Kippen bringen. Kompensation gibt es nicht. Die sogenannten Rücklagen wären ebenfalls Kredite und Darlehen, die die Verschuldung zusätzlich erhöhten.

Was die Bürger nicht verstehen, ist die Unausgewogenheit der Ausgabenverteilung. Unter dem enormen Finanzierungsbedarf für den Neubau, den Wiederaufbau und die Instandsetzung von Kulturbauten müssen Bereiche mit weitaus höheren Bedarfen zurückstecken. Sie haben zwar Gelder eingestellt. Aber gerade diese Ausgaben, die ich erwähne, bremsen auch hier wieder die Weiterentwicklung wesentlich wichtigerer Maßnahmen für diese Stadt und für die Zukunft, nämlich die Sanierung und den Neubau von Kitas und von Schulen sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die Stadt.

Daher fordern wir, dass der Wallraf-Anbau, die Blockrandbebauung an der Martinstraße und die Historische Mitte nicht weiterverfolgt werden.

Auch mit der permanenten Nachsorge wegen der enormen Kostenexplosion bei der Opernsanierung muss Schluss sein.

Die Initiative Bürgerbegehren Domklotzstopp gegen die Bebauung des Roncalliplatzes wird von uns maßgeblich unterstützt werden, wenn dann der Beschluss vorliegt.

Wenn wir gerade bei den Bürgern der Stadt sind, sollten wir kurz das Instrument des Bürgerhaushalts ansprechen. Still ruht der See. Es ist viel Geld für die Auswertung und neue Konzeptansätze ausgegeben worden. Aber der Haushalt setzt hier einfach auf ein Weiter-so. Sie unterschätzen dieses Instrument, oder Sie wollen es so beerdigen - wie den Großmarkt; dazu später.

Transparenz und Gesamtverschuldung - das ist mein Thema, solange ich hier im Rat bin. Völlig intransparent bleibt der Gesamtschuldenstand dieser Stadt. Intransparent sind die Schuldenstände der einzelnen Beteiligungen und Eigenbetriebe, die ja nicht im Haushalt ausgewiesen werden, die Risiken, die der Stadt als Darlehensgeberin oder als Bürgin drohen, und last, but not least die Auflistung der Betriebe und deren Subventionsbezug. Das alles sollte in einer Übersicht offen und transparent dargestellt werden, damit wir die tatsächliche Situation und auch den Finanzbestand dieser Stadt vor Augen haben.

Die Tilgung der Altlasten schieben wir vor uns her und mehren sie durch die Weiter-so-Politik unaufhaltsam. Die Neugründungen einer GbR für die Historische Mitte, einer Stiftung für den Klinik-Verbund oder einer GmbH für die Wirtschaftsförderung erweitern das diffuse Netz städtischer Beteiligungen. Abgesehen von den zusätzlichen Kostenausstattungen für solche Gebilde entziehen sie dem Rat weitestgehend den Einblick in die Entwicklung dieser Beteiligungen.

Hier hätten wir uns anstelle neuer Trabanten eher eine Säuberung gewünscht - Stichworte: RheinEnergieStadion, Kölner Sportstätten GmbH, Kölner Schulbus-GmbH, NetCologne usw. Deshalb: Klarheit für die Zukunft!

Der Finanzierungsbedarf für die Sanierung und die Instandsetzung städtischer Gebäude, Straßen, Brücken und Anlagen bis 2040 wird auf 16 Milliarden Euro beziffert. Darin sind noch nicht die Kosten für die Opernsanierung und die Aufarbeitung des Archiveinsturzes enthalten, die, realistisch geschätzt, diesen Betrag auf 18 Milliarden Euro erhöhen werden. Das sind die Altlasten, die Sie der nächsten Generation übergeben. Das würde ich nicht als raumschaffend bezeichnen wollen.

Fazit: Kitas, Schulen, Wohnbauten, Gewerbefläche, ÖPNV und eine funktionierende Verwaltung haben absolute Priorität vor Prestige. Wir brauchen Wohnraumbeschaffung, bezahlbares Wohnen und dadurch möglicherweise Senkungen von Wohngeldaufkommen.

Warum setzen Sie weiter auf Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke, anstatt mit Erbpachtverträgen die Flächen im Bestand der Stadt zu halten und dauerhafte Einnahmen zu generieren?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gleichzeitig würden Sie damit Grundstücksspekulationen ein für alle Mal einen Riegel vorschieben. Sie sind die wesentlichen Treiber der Mietsteigerungen.

Der Ankauf von Grundstücken durch die Stadt bleibt weit unter dem eingestellten Budget. Ebenso stiefmütterlich behandelt die Stadt ihr Vorkaufsrecht.

Die Bebauungen der Parkstadt Süd, des Planvorhabens Kreuzfeld oder von Rondorf Nord-West müssen unter der Federführung der Stadt bleiben und erfolgen. Deren Eigentum müssen sie bleiben. Die GAG als städtisches Unternehmen muss hier in eine maßgebliche Rolle wechseln. Noch ist alles offen, Rondorf eingeschlossen.

Zum Klima: Der Rat hat dem Klimanotstand zugestimmt, und die Verwaltung ist bestrebt - wie das Kaninchen vor der Schlange -, der Gerichtsbarkeit zu dienen. Sie will zum Beispiel mit der unausgegorenen Einrichtung einer Expressbusspur und einer vorgeschalteten Chaos-Pförtnerampel den Pendlern, Lieferanten und Anwohnern das Autofahren abgewöhnen - ohne großen Erfolg. Parkflächen fehlen, Ausweichflächen genauso, und der Bus hängt beim Ein- und Ausparken entlang der Aachener Straße ebenfalls im Stau.

Zur Gewerbesteuer: Ich habe eben den Großmarkt zitiert. Die dort ansässigen Unternehmen sind 20 Jahre systematisch abgewirtschaftet worden. Die Infrastruktur des Geländes verkommt. Gespräche verlaufen im Sande, und den Händlern droht das Scheitern ihrer Existenz. Marsdorf ist sicherlich eine kritisch zu betrachtende Alternative. Aber Zeit zu schinden und sehenden Auges Gewerbesteuerverluste hinzunehmen - das kann nur in Köpfen entstehen, die mit Unternehmertum nichts am Hut haben.

Mein Antrag hierzu wird ja heute Nachmittag beraten. Wenn Ihre Klimapolitik mit dem Geld derer spielt, die es für die Stadt verdienen, müssen Sie sich nicht wundern, wenn sich daraus eine hausgemachte irreparable Konjunkturdelle einstellt.

Um es auf einen Nenner zu bringen: CO_2-Einsparungen aus Konsum und Arbeitsplatzverlusten sind keine tragfähigen Modelle für eine Millionenstadt.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen. Aber wir werden uns weiterhin kritisch einbringen und freuen uns auf das Jahr 2020. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin verpflichtet Herrn Klein im Sinne des § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln als Nachfolger für Frau Dresler-Graf.

II. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler die Ratsmitglieder Frau Sommer, Herrn Dr. Unna und Herrn Görzel vor.

III. Abschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

Öffentlicher Teil

*8.1 Konzept zur Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*Innenförderung Bildende Kunst) und Erhöhung der Institutionellen Förderung des Kulturwerks Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Köln e.V.*

3567/2019

Absetzungen:

Öffentlicher Teil

1.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus"

AN/1032/2019

IV. Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass heute die Voraussetzung dafür geschaffen werden können, auch die nächsten beiden Jahre mit einem genehmigten Haushalt zu beginnen und bedankt sich bei allen, die dazu beigetragen haben.

Frau Reker regt an, wie in den Vorjahren, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festzusetzen. Diese verlängerte Redezeit soll alle Anträge und Beschlussvorlagen dieser Sitzung mit Haus-

haltsbezug erfassen und wieder nach Größe der Gruppierung gestaffelt werden:

- *die Fraktionen SPD und CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 25 Minuten,*
- *die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von 20 Minuten,*
- *die Fraktionen Die Linke und FDP dürfen bis zu 15 Minuten sprechen,*
- *die AfD-Fraktion bis zu maximal 12 Minuten,*
- *die Gruppen und Einzelmandatsträger bis zu 10 Minuten.*

Die Redezeit kann auch innerhalb einer Fraktion auf mehrere Redner aufgeteilt werden.

Der Rat stimmt dem Verfahrensvorschlag zur Redezeit und der so geänderten Tagesordnung zu.

1 In die Haushaltsplanberatungen verwiesenen Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "3. Frauenhaus"
AN/1032/2019

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

2 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen

5 In die Haushaltsplanberatungen verwiesen Beschlussvorlagen

6 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würde ich jetzt gerne zu den Abstimmungen kommen, und zwar zunächst zur Abstimmung zu:

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

7.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017
3068/2019

Hier wird über den Punkt 2 mit den Ergänzungen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss, Anlage 5, und dem Finanzausschuss, Anlage 6, abgestimmt.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen

Beschluss über Punkt 2 der Beschlussvorlage mit den Ergänzungen aus

dem Rechnungsprüfungsausschuss vom 24.09.2019 (Anlage 5) und dem

Finanzausschuss vom 11.10.2019 (Anlage 6):

Der Rat beschließt:

- *Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2017 wird festgestellt.*
- *Der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO erteilt.*
- *Der Jahresfehlbetrag 2017 in Höhe von 39.202.068,14 Euro wird durch Inanspruchnahme der Ausgleichrücklage ausgeglichen.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die beschriebenen Mängel zu beseitigen. Es wird erwartet, dass prioritär die zentrale Finanzbuchhaltung eingeführt wird.*
- *Bis Ende des Jahres 2019 soll dem RPA ein Zeit-Maßnahmen-Plan dafür vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann muss ich über die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung abstimmen lassen:

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1 Konzept zur Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*Innenförderung Bildende Kunst) und Erhöhung der Institutionellen Förderung des Kulturwerks Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Köln e. V. 3567/2019

Das liegt daran, dass die Gemeindeordnung vorsieht, in der nächsten Sitzung über die Genehmigung abstimmen zu lassen - und die nächste Sitzung ist eben nicht die Sitzung heute Nachmittag, sondern diese Sitzung.

Deswegen frage ich zum Tagesordnungspunkt 8.1 zunächst nach Wortmeldungen. - Ich sehe keine.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: In der Fassung des Hauptausschusses!)

- In der Fassung des Hauptausschusses, Anlage 2, ja.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses vom 04.11.2019 (Anlage 2):

1. *Der Rat beschließt im Teilergebnisplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen die Vergabe von Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) gemäß dem in der Anlage beigefügten Konzept für 2019.*

2. *Weiterhin beschließt der Rat die Erhöhung der Institutionellen Förderung für das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler Köln e.V. (Kulturwerk des BBK Köln e.V.) um 90.000 Euro zweckgebunden für die Umsetzung des unter Punkt 1 beschlossenen Konzeptes. Dies umfasst die Auslobung, Organisation und Abwicklung der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst).*

   Die Förderung erhöht dadurch die bereits bestehende Institutionelle Förderung des Kulturwerkes BBK Köln e.V. in Höhe von 40.000 Euro, welches für die Vergabe der Künstlerkarte, Organisation der jährlich stattfindenden Offenen Ateliers, Aktualisierung des Online-Verzeichnisses „Künstlerverzeichnis Köln“ und Veranstaltungs- und Ausstellungstätigkeit des Projektraumes MATjö zweckgebunden ist.

   Somit erhält das Kulturwerk des BBK Köln e.V. in 2019 eine Institutionelle Förderung von 130.000 Euro (bisher 40.000 Euro zuzüglich 90.000 Euro).

   *Die Mittel in Höhe von 90.000 Euro für die Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler*innenförderung Bildende Kunst) stehen für das Haushaltsjahr 2019 durch die finanzneutrale Umschichtung aus den Projektmitteln der Sparte Bildende Kunst zur Verfügung.*

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zu:

9 Stellenpläne

Tagesordnungspunkt

9.1 Stellenplan für das Jahr 2020/2021 2523/2019

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Gegen den Stellenplan?)

Lassen Sie mich noch einen Hinweis geben. Mir ist mitgeteilt worden, dass der im Finanzausschuss gestellte Antrag zu dieser Vorlage einer redaktionellen Korrektur durch die Antragsteller bedarf.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist richtig!)

Herr Frank, würden Sie das bitte noch einmal vortragen?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja. Frau Oberbürgermeisterin, das ist ja dokumentiert und auch in Session eingestellt. Diese Korrektur erfolgt, weil Stellenbewertungen im Veränderungsvorschlag zum Hpl-Entwurf bei zwei Positionen versehentlich falsch waren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Genau.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Deshalb ist das jetzt entsprechend dokumentiert. Jeder konnte es in den letzten Tagen nachlesen. Durch den Beschluss, den wir jetzt fassen, wird es dann zumindest von der politischen Haushaltsmehrheit korrigiert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Das ist ein redaktioneller Fehler

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, genau!)

in der Liste 1 gewesen. Die Bewertung ist nicht EG11, sondern EG13.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig! Das ist korrekt!)

Ich will das nur deswegen so genau machen, damit wir alle wissen, worüber wir jetzt abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist gut! Besten Dank!)

Gibt es Gegenstimmen, meine Damen und Herren?

(Christian Joisten [SPD]: Wir sind immer noch bei TOP 9.1?)

- Wir sind immer noch bei TOP 9.1.

(Christian Joisten [SPD]: Dann können wir das noch einmal machen!)

- Wir machen das noch einmal, damit wir ganz genau und auf der sicheren Seite sind. - Die SPD stimmt also dagegen. Gibt es Enthaltungen zu TOP 9.1, meine Damen und Herren? - Ich sehe keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses vom 11.10.2019 (Anlage 3) einschließlich der dort angekündigten weiteren Korrektur (Anlage 3, Fußnote 2):

1. *Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2020/2021 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung mit den folgenden Ergänzungen zu:*

Dez.	*Dst.*	*Stellen*	*Bemerkung*
OB	*14*	*1,0 EG10*	*Rechnungsprüfer zur Stärkung der Rechnungsprüfungstätigkeit für den Rat*
I	*12*	*5x 1,0 EG10*	*IT-Anwendungsberater für Schulen und Kitas (Service-Pool)*
IV	*40*	*1,0 EG10*	*Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen in den Bezirken „ Tag der Jugend“*
IV	*40/51*	*2x 0,5 EG11*	*Koordination „ Gesundes Essen in Kitas und Schulen“*
IV	*40*	*15x 1,0 S12*	*15 Schulsozialarbeiter, davon 4 an Förderschulen für geistige Entwicklung, Rest nach Bedarf*
IV	*51*	*3x 1,0 S12*	*3 zusätzliche Stellen Streetworker bei 51*
IV	*51*	*1,0 S15*	*Einrichtung einer Koordination „ Frühe Hilfen“*
IV	*52*	*1,0 EG12/EG 13*	*Landschaftsarchitekt für den Umbau von Sportplätzen*
VI	*15*	*1,0 EG12/EG 13*	*Nachhaltige Stadtentwicklungsplanung „ Strategisches Stadtentwicklungskonzept Kölner Perspektiven 2030“*
V	*56*	*1,0 EG11*	*Energiemanagement Wohnraumversorgung (562)*
VIII	*66*	*0,5 EG9a*	*Abwicklung Programms „ Lastenfahrräder“ , befristet auf Programmdauer*

VIII	*66*	*1,0 EG12/EG 13*	*Architekt für „ Beschleunigung Masterplan Quartiersgaragen“*
VIII	*66*	*1,0 EG12/EG 13*	*Fußgängerbeauftragter*
VIII	*66*	*1,0 EG12/EG 13*	*„ SUMP“ , befristet auf Programmdauer*
VI	*67*	*1,0 EG12/EG 13*	*Strategische Grünentwicklung für zukünftige Herausforderungen*
VI	*67*	*1,0 EG9b*	*Einbeziehung 67 in die App „ Sag`s uns“*
VI	*67*	*1,0 EG11*	*Projekt „ Essbare Stadt“*
V	*57*	*1,0 EG13*	*Koordination Ernährungsrat bei Umweltberatung,-erziehung und Öffentlichkeitsarbeit*
V	*57*	*1,0 EG11*	*Umsetzung artenschutzrechtlicher Regelungen insbesondere in planungsrechtlichen Verfahren und Baugenehmigungsverfahren*

Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse, gesetzlicher Vorgaben sowie der notwendigen Ausweitung bestehender Leistungen sind für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 im Ergebnis 503,42 zusätzliche Mehrstellen für die Kernverwaltung erforderlich.

Die zusätzlichen Ressourcen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Köln als Wirtschaftsstandort, Lebensraum und Arbeitgeberin zu erhalten und zu fördern.

Die Bedarfe entfallen insbesondere auf Maßnahmen zur Digitalisierung, zur Aus-

bildung von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern sowie auf verschiedene Maßnahmen, die der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen des Teilhabechancengesetzes dienen.

Zudem besteht nach wie vor ein hoher Bedarf bei dem Ausbau und der Sanierung der städtischen Infrastruktur. Unter anderem werden für die Umsetzung der Wohnungsbauoffensive 2020/2021, das Projekt Parkstadt Süd und den Schulbau zusätzliche Stellen bereitgestellt.

Von den insgesamt 503,42 zusätzlichen Stellen werden 460,52 unbefristet und 42,90 für einen befristeten Zeitraum benötigt. Zudem werden aufgrund eines dauerhaft beziehungsweise temporär weiterhin bestehenden, aufgabenbedingten Bedarfs 36,70 Stellen entfristet, für 118,95 Stellen werden die Befristungen verlängert. Darüber hinaus werden 48,22 Stellen abgesetzt.

Die übrigen im Stellenplan 2019 ausgewiesenen Stellen werden für die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung nach wie vor benötigt.

2. *Die Finanzierung der für die Kernverwaltung ausgewiesenen Mehrbedarfe ist gesichert.*

   Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlossenen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.2 Stellenplan 2020/2021 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2647/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2020/2021 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2020/21
2776/2019

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2020/21 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2020/2021
2836/2019

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2020/2021 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

9.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2020/21
3139/2019

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2020/21 des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun rufe ich auf:

10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2024
3619/2019

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion, der LINKEN, der AfD-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Von Frau Gerlach.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir sind dafür!)

- Das habe ich jetzt nicht gefragt. Das ist selbstverständlich.

(Heiterkeit)

Dann ist der Haushalt so beschlossen. - Ich bedanke mich sehr.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss:

I. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2020/2021 in der zu diesem Beschluss anliegenden paraphierten Fassung.

Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehraufwendungen nach § 83 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Haushaltssanierungsbedarfe weiter erhöhen würden.

II. Weiterhin beschließt der Rat, die Verwaltung gem. Zusatzantrag AN/1374/2019 mit folgenden Begleitaufträgen zu Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2020/2021 zu beauftragen:

1. Ausgleich von Aufwandsminderungen

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Hpl-Entwurf 2020/2021 aufgrund von

Kürzungen entstandenen Aufwandsminderungen in Teilergebnisplänen betreffend Teilplanzeilen 13, 15 und 16, die auf rechtlichen Verpflichtungen aus Verträgen, gesetzlichen Bestimmungen, Ratsbeschlüssen oder politischen Haushaltsbeschlüssen beruhen, zurückzunehmen.

Im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung, z.B. durch über- und außerplanmäßige Aufwendungen, ist seitens der Verwaltung eine geeignete Deckung sicherzustellen. Dies betrifft z.B. die Volkshochschule (0414), die Kulturförderung (0416), Integrationsmaßnahmen (0504), Kinder- und Jugendarbeit (0604), wie z.B. Hausaufgabenhilfe und Übermittagsbetreuung, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien (0606) und die Sportförderung (0801).

Die Maßnahmen und Veränderungen sind gegenüber dem Finanzausschuss zu dokumentieren.

2. *KiBiz*

Evtl. notwendiger Mehraufwand im Teilplan Kindertagesbetreuung (0603) durch die bevorstehende Novellierung des Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ist ebenfalls durch die unterjährige Bewirtschaftung im Haushaltsplan sicherzustellen.

Darüber hinaus ist darzustellen, wie die Schaffung von weiteren Kita-Plätzen bei freien Trägern in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 gesichert werden kann.

3. *Drittes Frauenhaus*

Der Rat befürwortet die Etablierung eines barrierefreien dritten Frauenhauses mit der Aufnahmemöglichkeit für Jungen über 12 Jahren. Die Verwaltung wird daher beauftragt, ein entsprechendes Grundstück oder eine bestehende Immobilie zu suchen und die genauen Investitionskosten zu ermitteln. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, beim Land NRW dementsprechenden Bedarf anzumelden und eine Förderung im Rahmen des experimentellen Wohnungsbaus der Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB) des Landes NRW zu beantragen.

4. *ZADIK u. Musikfabrik*

Die SK Stiftung Kultur der Sparkasse Köln Bonn wird aufgefordert, für die Kultureinrichtungen „Zentralarchiv für deutsche und internationale Kunstmarktforschung e. V." (ZADIK) und das „Ensemble Musikfabrik" die Nutzung der von ihr vermieteten Räumlichkeiten in geeigneter Weise auch zukünftig sicherzustellen und somit dem Stiftungszweck nachzukommen.

5. *Energetische Optimierung der Straßenbeleuchtung*

Im Hpl 2018 wurden 1 Mio. Euro zur Umrüstung der Beleuchtung in Straßen und Unterführungen auf LED im Teilplan 1201 durch den politischen Änderungsbeschluss bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Optimierungsprogramm mittelfristig fortzusetzen und dafür je Haushaltsjahr auskömmliche Mittel zu veranschlagen.

6. *Arbeitsmarktförderung*

Die Verwaltung wird beauftragt, die Auftragsvergabe an städtische Kölner Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung unter Nutzung der Inhousefähigkeit und unter Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit zu verstärken sowie Lösungen zur Sicherung der Liquidität der KGAB vorzulegen. Dem Finanzausschuss wird halbjährlich über die Umsetzung berichtet.

7. *Entsiegelung u. Begrünung von Flächen im Stadtgebiet*

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Flächen auf dem Kölner Stadtgebiet zu entsiegeln und wo möglich zu begrünen. Dabei sind Flächen auf den Schulhöfen prioritär zu berücksichtigen. Außerdem ist die Entsiegelung und Begrünung von Verkehrsinseln zu prüfen. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, dem Umweltausschuss ein Programm mit dem Ziel der Entsiegelung von Vorgärten vorzulegen und dabei auch finanzielle Anreize zu schaffen.

8. Kostenfreie ÖPNV-Nutzung von Schulkassen bei Ausflügen zu kulturellen Einrichtungen

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) in Verhandlungen zu treten, wie für Schülerinnen und Schüler, die nicht im Besitz eines Schülertickets sind, eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV bei dem Besuch von kulturellen Einrichtungen ermöglicht werden kann.

III. Darüber hinaus beschließt der Rat, dass die in der Anlage zum Antrag AN/1372/2019 enthaltenen Maßnahmen, die in der Spalte „Haushaltsvermerk“ den Hinweis „Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung“ enthalten, entsprechend in den Jahren 2022 bis 2024 zu veranschlagen sind.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Enthaltung von RM Gerlach zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch irgendetwas, was wir Ihrer Meinung nach im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung heute Morgen besprechen sollten? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich den nichtöffentlichen Teil gar nicht mehr auf und beende die Sitzung jetzt. Bis später!

(Schluss: 11.50 Uhr)

54. Sitzung vom 7. November 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig, Annahme des Werkes von Mollusca & The Pelvic Floor, 2018, von Trisha Baga

2946/2019

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betr. "Organisatorischer Wechsel des Amtes 23 und Änderung der Ordnungsnummer Dez. VIII zu Dezernat III"

AN/1254/2019

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betr. "Frischezentrum in Marsdorf realisieren!"

AN/0740/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann

AN/0972/2019

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Platz – Ehrung eines Widerständlers"

AN/1433/2019

3.1.4 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Gutachten Aufarbeitung "Messeskandal" veröffentlichen"

AN/1444/2019

zurückgezogen

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheit im Bezirk stärken - Veedelsschutzmann erhalten"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 26.09.2019)

AN/1327/2019

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen: Wohnungen über Lebensmittelmärkten bauen - Ausnahmeregelung jetzt beschließen!"

AN/1442/2019

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Abschaltung der Pförtnerampel"

AN/1502/2019

3.1.8 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) auf Veröffentlichung der Dokumentation des Herrn Prof. P. Graeff "Messehallen Nord"

(vom Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum am 04.11.2019 in den Rat verwiesen)

AN/1446/2019

zurückgezogen

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Fir-

menansiedlungen in den "alten Messehallen""

AN/1533/2019

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kliniken der Stadt Köln rasch sanieren – neue Nutzung für den Standort Holweide"

(ursprünglich TOP 21.1 n.ö.T.)

AN/1307/2019

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Einführung eines Kurzstreckentickets zum Nulltarif im Stadtbezirk Kalk

3385/2019

3.2.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Antrag der Bezirksvertretung Kalk vom 10.10.2019

(ursprünglich TOP 21.2. n.ö.T.)

3680/2019

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Nutzung der Dienstwagen"

AN/1507/2019

Antwort der Verwaltung vom 07.11.2019

3836/2019

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Reisen der Oberbürgermeisterin und der Dezernate"

AN/1508/2019

Antwort der Verwaltung vom 07.11.2019

3830/2019

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Zahlung von Sitzungsgeld für Mitglieder des Integrationsrates bei Teilnahme an den Arbeitskreisen – Änderung der Hauptsatzung

1743/2019

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung

hier: Hinweis auf die Verwaltungsrichtlinie zur Zuständigkeitsordnung "Abgrenzungskatalog" und Anzeige zur Umstufung von Straßen als Geschäft der laufenden Verwaltung

2064/2019

zurückgestellt

6.1.2 Einsatz des Instruments der Sozialen Erhaltungssatzung

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen)

Hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Severinsviertel in der Kölner Innenstadt

2653/2019

zurückgestellt

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR: Abwassergebührensatzung 2020

3395/2019

6.2.2 Satzung der Stadt Köln zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Kontrolle von Einfuhren von tierischen Produkten jeder Art aus nicht EU-Ländern nach EU-Recht

3218/2019

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2019

3614/2019

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Umgestaltung des Knotenpunktes Aachener Straße / Hültzstraße / Stadtwaldgürtel

2619/2019

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2019

3472/2019

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Ein Platz an der Herler Straße"; aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.5.5.)

0461/2019

zurückgestellt

10.2 Teilnahme an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt´s“

hier: Förderprojekt KOKIP (Kooperation zur Klärung rechtskreisübergreifender Integrationsprozesse) - Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen in Köln

3141/2019

10.3 Ombudsstelle für Geflüchtete - Verlängerung der Befristung und Reduzierung des Zuschusses

3188/2019

10.4 Schaugewächshaus im Botanischen Garten – Kostenfortschreibungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebsatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW)

1850/2019

10.5 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

zurückgestellt

10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Wirtschaftsplan 2020

3399/2019

10.7 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020

3124/2019

10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2018

2989/2019

10.9 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020

2990/2019

10.10 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2017 - Beteiligungsbericht 2017

1531/2019

10.11 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere

1851/2019

10.12 Erstellung eines Neubaus für eine Grundschule mit einer 1-fach Turnhalle in der Gaedestr., Köln-Marienburg

Baubeschluss

2135/2019

10.13 Werkstattverfahren Hallen Kalk

Hier: Integrierter Plan als Grundlage der weiteren Bearbeitung

2646/2019

10.14 Generalsanierung der Turnhalle der Städtischen Katholischen Grundschule Osterather Straße 13, Köln-Nippes - Bau- und Einrichtungsbeschluss

2450/2019

10.15 Severinsbrücke; Bedarfsfeststellungbeschluss zur Durchführung einer Nachrechnung auf Grundlage der "Richtlinie zur Nachrechnung von Straßenbrücken im Bestand"

3316/2019

10.16 Verlängerung Auszugsmanagement

3328/2019

10.17 Einmalige Zuwendung an die Frauenberatungsstelle von agisra e.V. sowie die haushaltsneutrale Umschichtung von Transferaufwendungen in 2019

3378/2019

10.18 Umgehende strukturelle und finanzielle Weiterentwicklung der vier Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) der Stadtbezirke Chorweiler, Lindenthal, Porz und Rodenkirchen in Köln

3498/2019

10.19 Erneuerung der Mitgliedschaft im internationalen "Rainbow Cities Network"

3572/2019

10.20 Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe

3548/2019

10.21 Weiterführung des Projektes „Plan27“ – Zugehende Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen bis 27 Jahre zur Überleitung ins Regelsystem und Entwicklung einer beruflichen Perspektive

3512/2019

10.22 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund (ursprünglich TOP 24.1 n.ö.T.)

3050/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.

AN/1518/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

AN/1534/2019

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74455/02

Arbeitstitel: Ostmerheimer Straße in Köln Merheim

3059/2019

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03

Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth

0396/2019

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz - Ensen

Arbeitstitel: Kölner Straße / Hauptstraße

3291/2019

zurückgestellt

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

17 Wahlen

17.1 Benennung von Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertretern als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüssen

3491/2019

17.2 Benennung eines Mitglieds der Verwaltung im Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen

3450/2019

17.3 Nachbesetzung Sachkundiger Einwohner auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

3515/2019

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Bauausschuss"

AN/1482/2019

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses und des Integrationsrates"

AN/1526/2019

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Wahlen; hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien"

AN/1535/2019

17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Verkehrsausschuss“

AN/1536/2019

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.;

Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klein, Heinz; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister;

Bezirksbürgermeisterinnen
Groß, Tanja, Dr. (2. Stellvertretung);

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Stenografen
Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Geraedts, Wilhelm; Wolter, Judith;

Bezirksbürgermeister
Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Bezirksbürgermeisterinnen
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin

(Beginn: 14.42 Uhr - Ende: 19.17 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne jetzt die 54. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße insbesondere unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sehr, sehr herzlich.

(Beifall)

Ich begrüße alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und -bürgermeisterin -

(Zuruf: Stellvertretende!)

- und Sie natürlich noch einmal, die Mitglieder des Rates, insbesondere diejenigen, die heute Morgen noch nicht bei uns sein konnten.

Wir haben heute Morgen, meine Damen und Herren, mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung schon einen zukunftsweisenden Beschluss gefasst und kommen jetzt zur regulären Sitzung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Geraedts und Frau Wolter entschuldigt.

Ich schlage vor, dass die Stimmzähler von heute Morgen auch für diese Sitzung benannt werden. Das wären damit Frau Sommer, Herr Dr. Unna und Herr Görzel.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 3.1.8, TOP 4.1 und 4.2, TOP 17.4 bis 17.7 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 6.1.2, 10.1, 10.5, 14.1, 23.2, 24.3 und 25.3. Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur zur Klärung: Sie haben eben TOP 3.1.8 als zugesetzt aufgerufen. Habe ich das richtig verstanden? - Bei mir ist eigentlich TOP 3.1.8 zurückgezogen und TOP 3.1.9 neu. Könnten Sie das noch einmal sagen - nur, damit wir dann auch den richtigen Antrag auf der Tagesordnung beraten? - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das kann am Ende so sein, wenn es gleich geschehen wird. Bisher ist es noch nicht geschehen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Meine Güte! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Geduld!)

Ich muss da sehr formalistisch sein. Es tut mir leid. Das muss ja am Anfang so sein, wie es unseren Unterlagen entspricht.

Zu den Zu- und Absetzungen gab es nur die Wortmeldung von Herrn Joisten? - Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen.

Es liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vom 04.11.2019 zum Thema „Abschaltung der Pförtnerampel“ vor. Das ist TOP 3.1.7. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter 3.1.9 ein Dringlichkeitsantrag von den Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, der Ratsgruppe GUT und von Ratsmitglied Herrn Wortmann vom heutigen Tage vor. Es geht um die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlung in den alten Messehallen.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? Herr Wortmann? - Nein. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann komme ich jetzt zur Reihenfolge - - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt vielleicht formal hineingrätsche.

Können wir nicht die Tagesordnungspunkte 3.1.4, 3.1.8 und 3.1.9 gemeinsam in einem Punkt behandeln? Das sind ja das gleiche Thema betreffende Anträge.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Wortmann! Ich empfehle, die Anträge einfach zurückzuziehen. Wir ziehen TOP 3.1.4 zurück, da der andere Antrag jetzt auf der Tagesordnung ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das ist dann eine gute Lösung.

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): TOP 3.1.8 ziehen wir dann ebenso zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. Die Änderungen sind aufgenommen; darüber haben wir dann gleich abzustimmen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung: Ich schlage Ihnen vor, die im nichtöffentlichen Teil eingestellten Tagesordnungspunkte 21.1, 21.2 und 24.1 - das sind drei der Tagesordnungspunkte, die die Kliniken der Stadt Köln gemeinsam bei den Anträgen behandeln - unter TOP 3.1.10 im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten. Das ist jetzt möglich, weil die Gespräche, die bei der erstmaligen Behandlung der Vorlage zum Medizin- und Standortkonzept noch liefen, inzwischen sehr viel weiter gekommen sind und auch der Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln in der vorigen Woche Donnerstag in seiner Sitzung schon einen Beschluss gefasst hat.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Dann lasse ich über die Behandlung der Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir können in die Tagesordnung eintreten, meine Damen und Herren.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler Frau Sommer, Herrn Dr. Unna und Herrn Görzel vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.1.8 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) auf Veröffentlichung der Dokumentation des Herrn Prof. P. Graeff "Messehallen Nord"

AN/1446/2019

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Nutzung der Dienstwagen"

AN/1507/2019

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Reisen der Oberbürgermeisterin und der Dezernate"

AN/1508/2019

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Bauausschuss"

AN/1482/2019

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses und des Integrationsrates"

AN/1526/2019

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Wahlen; hier: Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien"

AN/1535/2019

17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Verkehrsausschuss“

AN/1536/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

24.6 Kliniken der Stadt Köln gGmbH - Projekt Klinikverbund: Beratungsbedarf für die Verhandlungen mit dem Uniklinikum Köln

3509/2019

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

6.1.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung

hier: Hinweis auf die Verwaltungsrichtlinie zur Zuständigkeitsordnung "Abgrenzungskatalog" und Anzeige zur Umstufung von Straßen als Geschäft der laufenden Verwaltung

2064/2019

6.1.2 Einsatz des Instruments der Sozialen Erhaltungssatzung

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen)

Hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Severinsviertel in der Kölner Innenstadt

2653/2019

10.1 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Ein Platz an der Herler Straße"; aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.5.5.)

0461/2019

10.5 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz - Ensen

Arbeitstitel: Kölner Straße / Hauptstraße

3291/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

23.2 Verkauf eines städtischen Grundstücks an der Nachtigallenstr. in Köln-Wahn

3338/2019

24.3 Anmietung von drei Mehrfamilienhäusern Martin-Luther.-Str.in Köln-Esch zur Unterbringung dringend wohnungssuchender Personen

1694/2019

25.3 Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Köln

3481/2019

III. Es liegen zur Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vor:

Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Abschaltung der Pförtnerampel"

AN/1502/2019

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlungen in den "alten Messehallen""

AN/1533/2019

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

IV. Die Anträge unter

TOP 3.1.4

Antrag der Gruppe GUT betreffend "Gutachten Aufarbeitung "Messeskandal" veröffentlichen"

AN/1444/2019

und

TOP 3.1.8

Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) auf Veröffentlichung der Dokumentation des Herrn Prof. P. Graeff "Messehallten Nord"

AN/1446/2019

werden daraufhin jeweils von den Antragstellern RM Zimmermann und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zurückgezogen.

V. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die folgenden Tagesordnungspunkte zu den Klinken der Stadt Köln im öffentlichen Teil zusammen unter TOP 3.1.10 zu behandeln:

TOP 21.1 (jetzt TOP 3.1.10 öffentlicher Teil)

Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kliniken der Stadt Köln rasch sanieren – neue Nutzung für den Standort Holweide"

(Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 26.09.2019)

AN/1307/2019

TOP 21.2 (jetzt TOP 3.2.2 öffentlicher Teil)

Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Antrag der Bezirksvertretung Kalk

vom 10.10.2019

3680/2019

TOP 24.1 (jetzt TOP 10.22 öffentlicher Teil)

Kliniken der Stadt Köln gGmbH

3050/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.

AN/1518/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

AN/1534/2019

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Behandlung dieser Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da es keine Aktuelle Stunde gibt, komme ich direkt zu:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig, Annahme des Werkes von Mollusca & The Pelvic Floor, 2018, von Trisha Baga
2946/2019

Ich bitte Sie, zu votieren, ob Sie wünschen, diese Schenkung anzunehmen.

(Christian Joisten [SPD]: Positiv abstimmen!)

- Ja.

Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Damit ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Initiative „Junger Ankauf“, dass sie das Museum Ludwig in dieser Form unterstützen.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung des Kunstwerks Mollusca & The Pelvic Floor, 2018, von Trisha Baga mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und RM Gerlach sowie bei Enthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betr. „Organisatorischer Wechsel des Amtes 23 und Änderung der Ordnungsnummer Dez. VIII zu Dezernat III“
AN/1254/2019

Ich gebe zunächst den Antragstellern das Wort. Oder mag Herr Dr. Keller vielleicht als Stadtdirektor zunächst ein Wort dazu sagen? - Ja, das sieht so aus. - Herr Dr. Keller, bitte.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur ein Satz dazu, weil in der Vorlage noch das Datum 01.10.2019 steht. Die Verwaltung wird dieses Datum selbstverständlich als Auftrag verstehen, die Maßnahme so schnell wie möglich umzusetzen. Dazu gehört auch die Durchführung des erforderlichen Beteiligungsverfahrens mit dem Gesamtpersonalrat. Der Personalrat hat ein Mitwirkungs-, aber kein Mitbestimmungsrecht in dieser Maßnahme. Wir werden das Verfahren schnellstmöglich einleiten, um die Maßnahme zügig umsetzten zu können. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Keller, herzlichen Dank für den Hinweis. In dem ersten Punkt steht noch das Datum von der letzten Sitzung. Insofern vielen Dank für den Hinweis.

Ich darf den Antrag kurz begründen. Wir haben hier mit großer Mehrheit die Verlagerung der Aufgabe des Amtes für Wirtschaftsförderung in die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs GmbH übertragen, deswegen macht diese Verlagerung erforderlich, dass wir die Bereiche, die früher in dem Dezernat III waren, neu sortieren und in eine andere Struktur bringen. Daher macht es Sinn, auch vor dem Hintergrund der Aufgaben, die insbesondere in dem Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur liegen, diese Aufgaben Liegenschaften und Verkehrsinfrastruktur zu verzahnen und deswegen dieser Antrag. Daher auch die Bitte, unserem Antrag zu folgen. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Detjen und dann Herr Breite.

(Dr. Gerit Krupp [SPD]: Hallo!)

- Entschuldigung! Ich habe Sie nicht gesehen. Dann beginnt Herr Dr. Krupp - natürlich.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie brauchen nicht zu befürchten, dass jetzt eine lange Rede folgt, das ist nämlich gar nicht nötig, weil Ihr Vorhaben hier kann man wirklich mit wenigen Sätzen abräumen.

Ich war sehr gespannt darauf, Herr Kienitz, welche Argumenten jetzt kommen, das Liegenschaftsamt beim Dezernat Verkehr anzuhängen, und ich muss sagen, ich bin immer noch gespannt; denn ein Argument habe ich nicht gehört. Sie haben irgendetwas davon erzählt, es mache Sinn, Liegenschaften mit Verkehrsinfrastruktur zu koppeln. Das sehe ich nicht. Ich sage Ihnen, was Sinn macht: Liegenschaften entweder mit Wirtschaft zu koppeln, weil es um Gewerbeflächen und Ansiedlungen geht, oder - was vielleicht noch näher liegt in diesen Zeiten - eben mit dem Thema Wohnen zu koppeln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das ist ganz klassisch Stadtentwicklung. Dahin gehört es dann.

Das Ganze ist ja hier quasi der Endpunkt einer mäandernden Geschichte. Am 27.01. die *Rundschau*: Blome nicht angetan von der Aufgabenfülle. - *Kölnische Rundschau* vom 05.09.2018: Liegenschaften wird immer noch von Blome abgedeckt, wird der Sache nicht gerecht. - Das war ein Kommentar von der *Rundschau*, nicht von mir, und zwar nicht, weil Frau Blome schlecht wäre oder es nicht könnte, sondern weil schlicht und ergreifend Verkehr für sich genommen in dieser Stadt nun wirklich Herausforderung genug ist. Darüber sind wir uns doch einig.

Das war auch Sinn und Zweck Ihres Vorhabens, den Verkehr aus der Stadtentwicklung herauszulösen. Dann machen Sie doch jetzt nicht den Fehler, ihn wieder zu überfrachten mit etwas, was thematisch gar nicht da hingehört, sondern eben zur Stadtentwicklung gehört.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dann *Rundschau*-Überschrift vom 17.09.: Blome soll dauerhaft mehr Macht erhalten. - Wenn das das Argument ist, dann gute Nacht. Ein sachliches Argument habe ich hier jedenfalls nicht gehört. Deswegen werden wir den Antrag auch ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Detjen bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir reden hier über die Bestellung eines kommunalen Wahlbeamten, und die Bestellung eines kommunalen Wahlbeamten ist Sache - -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: In weiblicher Form, oder?)

- Auch in weiblicher Form.

Es geht darum: Das ist nicht einfach die Aufgabe von - -

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Darf ich mal ausreden? Ich schreie Sie doch gar nicht an. Ich rede ganz ruhig und wollte einfach meine Position noch einmal darlegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir reden also über die Anstellung eines kommunalen Wahlbeamten.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein!)

- Doch, darüber reden wir. Und Sie streichen die eine Stelle des bisherigen Wahlbeamten faktisch. Das ist eigentlich die Situation.

Für mich wäre es richtig und gut gewesen, wenn wir hier im Rat mal darüber geredet hätten, ob wir diese eine Stelle streichen wollen. Ich hätte Ihnen gesagt: Nein. Ich biete Ihnen, der Koalition von CDU und Grüne, vonseiten der LINKEN an: Behalten Sie diese Stelle, die Kosten werden sich gut ausrechnen. - Das hätte ich Ihnen gesagt.

Wie man die Stelle dann besetzt und wie man die verschiedenen Ämter dazu gliedert, wäre eine zweite Diskussion gewesen. Aber das wäre die erste Diskussion gewesen.

Wenn Sie mich dann gefragt hätten: „Herr Detjen, wie machen wir das denn, wie gliedern wir das?“, hätte ich ähnlich argumentiert wie Herr Krupp. Dann hätte ich gesagt: Das ist die Chance, wenn jetzt die Wirtschaft sozusagen mehr oder wenigen offen ist, zu sagen, dann können wir die Frage von Wohnen, Bauen, Liegenschaften in einer ganz anderen Konstellation klären.

Ich kann mich sehr gut an ein Telefonat mit der Frau Oberbürgermeisterin im Sommer vor zwei Jahren, glaube ich, erinnern. Da war ich im Urlaub, und da ging Herr Höhmann weg. Damals haben wir schon einmal dazu telefoniert, inwiefern man das anders gliedern kann.

Ich finde es schade, dass man nicht den gesamten Rat mitnimmt bei einer solchen wichtigen Entscheidung. Ich meine, man kann sagen, was man will: So ein Manager vom Stadtwerke-Konzern verdient viel Geld. Aber ein Dezernent verdient - -

(Zuruf von Monika Roß-Belkner [CDU])

- Es geht um die Struktur einer Verwaltung. Ein Manager im Stadtwerke-Konzern verdient deutlich mehr, der kleinste Manager verdient etwa 250 000 Euro.

(Zurufe von der CDU)

- Darf ich mal ausreden? - Es ist ja fürchterlich.

(Niklas Kienitz [CDU]: Lass dich doch nicht immer ablenken! Du bist doch selbstbewusst genug!)

Ich will nur darauf hinweisen, dass die Kosten für einen zusätzlichen Dezernenten im Vergleich zum Stadtwerke-Konzern relativ niedrig sind. Ich finde es schade, dass dieser Fehler begangen wird.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit und für die große Freundlichkeit. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, das war gerade wieder putzig von Herrn Detjen. Nein, so gut verdient man bei den Stadtwerken dann doch nicht, Herr Detjen. 250 000 Euro für einen kleinen Manager - Sie können sich sicherlich sehr gern die Strukturen von Herrn Steinkamp mal erklären lassen; nicht dass das noch in der Öffentlichkeit so durchkommt, das möchten wir nicht. Auch ein Beigeordneter mit der Bezahlung - schauen Sie sich unsere Beigeordneten an: Da nagt noch niemand am Hungertuch. Ich glaube, es geht ihnen in der Form auch nicht so schlecht.

(Heiterkeit)

Man sieht es, Sie können sich Süßigkeiten noch leisten, Frau Oberbürgermeisterin. Das freut mich insbesondere.

Aber, Herr Krupp, eine Argumentation hatten Sie hier schon vorweggenommen: Wir fanden eigentlich auch eher logisch, dass es zu Bauen und Planen kommt, zu Herrn Greitemann, und konnten den Antrag auch nicht in der Form verstehen, dass es jetzt dort hinkommt.

Eine andere Argumentation, die bis jetzt noch nicht gekommen ist, lautet: Wir müssen uns hier noch einmal darüber klar werden, dass es um die Auflösung des Wirtschaftsdezernats geht. Ich weiß nicht, ob es das richtige Zeichen in dieser Zeit ist. Gerade im Wirtschaftsteil der Medien können wir sehen, dass es bergab mit der Wirtschaft geht. Da bin ich eigentlich der Meinung, dass ein Beigeordneter als Botschafter für die Wirtschaft gut wäre.

(Beifall bei der FDP - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir doch!)

- Nein, das sehe ich anders. Ich hätte gern weiterhin einen Beigeordneten dafür gehabt. Leider folgt die CDU dem nicht, sondern löst das Wirtschaftsdezernat bzw. den Wirtschaftsdezernenten auf. Frau Blome ist für mich nicht die Wirtschaftsdezernentin.

Man hätte das übrigens auch noch - wenn Sie sagen, darin sei zu wenig - aufwerten können, und zwar nicht nur durch die Wirtschaftsförderung, sondern auch durch KölnTourismus zum Beispiel. Das wäre ein Weg gewesen bzw. eine Lösung, die wir gern gemacht hätten.

Es wird jetzt hier eine Mehrheit geben. Die LINKEN, wie ich gehört habe, die SPD und die FDP werden nicht dabei sein. Ich bin gespannt, ob der neue selbsternannte - „Kanzlerkandidat“ wollte ich jetzt schon sagen -

(Heiterkeit)

- Oberbürgermeisterkandidat, Herr Zimmermann, jetzt plötzlich die Mehrheit bildet, um sozusagen einem Koalitionsvertrag von Grünen und CDU, in dem Sie eigentlich gar nicht dabei sind, sozusagen zur Mehrheit zu verhelfen. Ich muss sagen, das ist ein interessanter Einstand als Oberbürgermeisterkandidat. Überlegen Sie sich das noch einmal.

(Heiterkeit und Beifall)

Anscheinend ist dieser Vertrag gar nicht so schlecht gewesen, wenn Sie schon bei dem Beigeordneten mitmachen. Da geht es gar nicht um Inhalte bei dem Beigeordneten. Überlegen Sie noch einmal.

Aber, Frau Oberbürgermeisterin, Sie sollte das eigentlich nicht jucken. Das geht jetzt hier durch. Und wenn schon sozusagen Ihre Mitbewerber Ihre Vorlagen mit unterstützen - hervorragend. Dann kann ja nichts schiefgehen am 13. September 2020. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

(Zurufe: Oh!)

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Breite, Sie haben vollkommen recht: Die amtierende Oberbürgermeisterin und wir sind uns in diesem Punkt vollkommen einig. Wir werden dem Antrag von Schwarz-Grün zustimmen und möchten hier nur noch einmal ganz kurz anmerken: Es gibt zu diesem Antrag übrigens keinen einzigen Änderungsantrag, wohin das Amt für Liegenschaften denn stattdessen soll. Die Mühe hätten Sie sich schon machen können, wenn Sie das für klüger gehalten hätten. Das ist nicht passiert. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Zurufe von der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die SPD-Fraktion, die LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, AfD-Fraktion und Frau Gerlach. Wir müssen zählen. - 45 Stimmen. Die Oberbürgermeisterin stimmt in dem Fall nicht mit, weil sie kein Stimmrecht hat. Ich darf Ihnen aber sagen: Es sind 88 Ratsmitglieder anwesend, das ist also die Mehrheit, und die Gemeindeordnung sieht vor, dass die Geschäftskreise der Beigeordneten grundsätzlich im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin festgelegt werden, und ich stimme dieser Änderung des Geschäftskreises zu. Ich bin froh, dass die Verantwortlichkeiten nicht nur vertretungsweise, sondern dann auch regelgerecht geregelt sind. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss über den aufgrund der Erläuterungen von Herrn Stadtdirektor Dr. Keller mündlich geänderten Antrag:

1. *Der Rat beschließt nach § 73 Abs. 1 Satz 1 GO NW, dass das Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster mit Wirkung zum nächstmöglichen Zeitpunkt in den Geschäftskreis des Dezernats für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur fällt.*

2. *Das Dezernat VIII erhält von diesem Zeitpunkt an die Ordnungsnummer III unter der*

Bezeichnung „Dezernat für Mobilität, Infrastruktur und Liegenschaften“. Das ehemals unter der Ordnungsnummer III geführte Dezernat wird aufgelöst.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und der Gruppe GUT und gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und AfD sowie der Gruppe Rot-Weiß, RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und RM Gerlach zugestimmt.

Anmerkung:
Hinweis von Herrn Stadtdirektor Dr. Keller, das noch erforderliche Verfahren zur Beteiligung des Gesamtpersonalrates (Mitwirkungsrecht) werde kurzfristig durchgeführt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erklärt, dass sie mit der Änderung einverstanden ist. Damit ist das nach Gemeindeordnung erforderliche Einvernehmen zur Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten hergestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu:

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und der Gruppe BUNT betr. „Frischezentrum in Marsdorf realisieren!“ AN/0740/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann AN/0972/2019

Ich gebe zunächst Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein geläufiges Sprichwort behauptet: „Gut Ding will Weile haben.“ Wenn wir dieses Sprichwort zugrunde legen würden, dann würden wir mit Sicherheit ganz schnell zum Ergebnis kommen, dass in Kürze, nämlich 2023, glückliche Markthändler auf dem Großmarkt in Marsdorf unterwegs sind und dort ihren Geschäften nachgehen. Es sieht aber anscheinend etwas anders aus.

Seit der Standortentscheidung für Marsdorf 2007, gefolgt von diversen Beschlüssen, sind inzwischen insgesamt zwölf Jahre ins Land gezogen, und wir reden immer noch über die Frage, ob und wann und wie.

Es gibt mit Sicherheit Themen und Projekte, die eine gewisse Zeit brauchen, aber ein Realisierungszeitraum von dieser Dimension ist bei einem Frischezentrum mit der Brisanz, die der Großmarkt und der Standort Raderthal mit sich bringen, nicht zu verantworten.

Dieses unverantwortliche Verzögern der längst beschlossenen Anlage durch die Verwaltung ist für uns jetzt nicht mehr hinnehmbar - deswegen dieser Antrag. Wie ich gerade schon angedeutet habe, hängt mit diesem Projekt schließlich auch die gesamte Entwicklung der Parkstadt Süd zusammen. Gerade die Parkstadt Süd müsste uns doch allen gemeinsam ein wirklich dringendes Anliegen sein, ein so großes Entwicklungsgebiet mit dem entsprechenden dort zu schaffenden Wohnungsbestand voranzubringen. Da ist der Großmarkt, wie wir alle wissen, doch ein Stein auf dem Weg zu diesen Wohnungen. Deswegen brauchen wir dort jetzt schnelle Umsetzung.

Aber auch mit Blick auf die Existenzen der Händler und ihrer Beschäftigten, die seit diesem Zeitraum im Ungewissen leben, wie es mit dem Großmarkt weitergeht, ist das wichtig. Entsprechende Investitionen - auch das war hier immer schon Thema - sind ausgeblieben. Der Großmarkt ist auch in entsprechend marodem Zustand. Auch diesen Menschen gegenüber haben wir eine Verantwortung, jetzt hier voranzukommen. Die Verwaltung - das muss ich leider noch einmal an der Stelle betonen - lässt auch diese Händler im Stich.

Es verwundert schon sehr - da komme ich jetzt noch einmal auf Frau Blome, die in anderem Zusammenhang eben schon einmal Thema war -, wie unterschiedlich dazu auch die Verwaltung Aussagen trifft. Ich zitiere den *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 21.08.2019, in dem Frau Blome zitiert wird, man sei im Zeitplan. Ich zitiere aber auch die Beantwortung einer Anfrage der BV Rodenkirchen aus dem September dieses Jahres, worin es heißt - ich zitiere -:

> Zum Datum der Fertigstellung des Neubaus eines Frischezentrums kann die Verwaltung derzeit keine verbindlichen Aussagen treffen.

Entweder es gibt einen Zeitplan, dann kann man verbindliche Aussagen treffen, oder es gibt ihn nicht. Das passt nicht so ganz zusammen.

Ich muss leider auch auf den Beigeordneten Greitemann an der Stelle zurückkommen bzw. zu sprechen kommen; denn dessen Gebäudewirtschaft hat bereits seit 2016, von diesem Rat beschlossen, einen klaren Auftrag, in Abstimmung bzw. im Gespräch mit Vertretern der IG Großmarkt das Frischezentrum zu planen und zu bauen. Wir erfahren jetzt aber in einer Runde - der IG Großmarkt hat das auch noch einmal aus einer anderen Runde bestätigt -, dass die Stadtverwaltung/Herr Greitemann sagt: Wir bauen dieses Frischezentrum gar nicht in Eigenregie. - Das ist aber Beschlusslage dieses Rates. Deswegen ist doch zunächst einmal hier zu beraten und miteinander zu beraten, wie wir mit einer solchen klaren Beschlusslage umgehen.

Ich zitiere auch noch einmal der Vollständigkeit halber, damit da auch keine Missverständnisse - wie an anderer Stelle schon einmal aufgetreten - mehr entstehen, dass am 15.03.2016 mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Grüne und LINKE Folgendes beschlossen wurde:

> Mit Planung, Bau und technischem Betrieb der Frischemarkt-Immobilie wird der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft … beauftragt.

Hier liegt also ein klarer Auftrag vor. Diese Beschlüsse sind aber, wie gesagt, aus dem Jahr 2016, bis heute nicht umgesetzt und auch in keiner Realisierungsperspektive derzeit. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns doch darüber einig sind, dass wir Anträge beschließen, damit sie am Ende des Tages auch Realität werden.

Gemeinsam mit den Kollegen von den LINKEN haben wir uns jetzt entschlossen, diesen Antrag zu stellen. „Jetzt“ ist eigentlich ein Euphemismus. Der Antrag ist im Mai gestellt worden. Seitdem werden wir immer wieder ein Stück weit hingehalten: Es würde weitergehen, wir würden da in Kürze zu einem Ergebnis kommen. Das ist aber nicht absehbar. Deswegen ist es aus unserer Sicht jetzt höchste Zeit, den Rat hier heute noch einmal mit diesem Thema zu beschäftigen, damit dieses Projekt endlich Fahrt aufnimmt.

Meine Fraktion bekennt sich klar zum Betrieb eines städtischen Frischezentrums als unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Die Lebens- und Versorgungsqualität, die wohnortnahe Versorgung, aber auch konzernunabhängige Handelsplattformen für regionale Erzeugnisse - das muss doch in unserem gemeinsamen Interesse sein. Deswegen lehnen wir auch den Antrag des Kollegen Wortmann ab.

Zum Abschluss sei noch einmal gesagt: Jeder, der sich noch einmal einen Überblick verschaffen möchte - auch, was die beihilferechtlichen Fragen betrifft -, kann das mithilfe des Gutachtens, das von Aulinger im Auftrag der Verwaltung erstellt wurde, tun. Aber auch das liegt seit 2017 unkommentiert vor. Eine Einordnung der Verwaltung ist leider bisher auch nicht erfolgt.

Summa summarum sind wir also in einer Situation, in der wir ein Frischezentrum für diese Stadt dringend brauchen. An dem Standort, wo der Großmarkt jetzt ist, kann er nicht bleiben. Wir brauchen die Parkstadt Süd. Ich appelliere daher an Sie alle, hier heute unserem Antrag zuzustimmen, um ein klares Signal zu setzen für das Frischezentrum und für eine zügige Umsetzung des Projektes; denn hier hat gut Ding keine Weile. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende! Frau von Bülow hat eben in der Haushaltsdebatte die gesunde Ernährung als ein wichtiges Thema angesprochen. Ich sehe das genauso.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja schön!)

Sie ist aber noch weiter gegangen und hat eine lokale und regionale Ernährungsstrategie eingefordert und hat dann gesagt: „Das meinen wir ernst.“

Wenn Sie das ernst meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen - ich spreche Sie alle an -, dann sollten Sie unserem Antrag nach einem Frischemarkt zustimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir schon gemacht! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es kommt ja noch eine Rede von uns! Keine Sorge!)

Wenn Sie unserem Antrag zustimmen, können wir diesen Prozess der gesunden Ernährung weitertreiben und entwickeln. Denn, meine Damen und Herren, wenn Sie gesunde Lebensmittel auf den Markt bringen wollen, wird das nicht über die Direktvermarktung von dem Bauern oder von dem Metzger funktionieren. Das wird

nicht reichen, wenn Sie die ganze Stadtgesellschaft anders ernähren und anders entwickeln wollen, wie Sie das angesprochen haben. Es wäre fatal für die Versorgungsschiene, wenn das Herzstück der Wochenmärkte, das ja der Frischemarkt ist, in private Hand übergehen würde.

Ich kann Ihnen auch sagen, was dann passieren würde - die Gefahr sehe ich; sie ist bei der CDU klar vorhanden, bei den Grünen nicht so -: Dann wird diese Schiene komplett oder in großem Umfang - so muss man sagen - in die Hände des REWE-Konzerns wandern, der in Köln einen besonderen Standort hat und sich natürlich bemüht, viele Geschäfte zu eröffnen.

Deswegen darf sich die Stadt Köln aus der Daseinsvorsorge nicht zurückziehen. Ich merke im Moment, dass CDU und Grüne bei allen Punkten überlegen: Können wir uns da herausziehen, überlassen wir das den Privaten? - Nein. Wenn Sie Einfluss nehmen wollen, gerade in Richtung Lebensmittelversorgung, dann muss die Stadt in diesen Prozess eingreifen.

Die Entwicklung auf dem Frischemarkt hat noch eine ganz andere Bedeutung. Denken Sie mal an das große Thema „Smart-City“. In dem Zusammenhang wird gerade damit begonnen, die Frage von Versorgung mit Lebensmitteln direkt nach Hause zu diskutieren. Das ist auch ein Thema. Wie wollen kleine Unternehmen dieses Problem lösen? Das ist dann auch wieder ein Pfund für die großen Konzerne.

Meine Damen und Herren, wir haben eine klare Beschlusslage für die Schaffung von Frischemärkten. Wir haben aber den Eindruck, dass der Verwaltung das Interesse und die Motivation für die Umsetzung dieses Beschlusses ausgegangen sind. Deswegen brauchen wir einen Beschluss, mit dem wir die Verwaltung wieder motivieren und entwickeln.

Die CDU steht unter dem Druck durch das Lindenthaler Bürgertum, die dieses Frischezentrum nicht brauchen. Die Grünen taktieren auch, weil sie natürlich überlegen, ob man das Gelände in Marsdorf anders nutzen kann - Stichwort „FC“.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein, das ist daneben!)

- Das ist daneben. Klar ist es daneben. Das ist ja das Geniale. Genau das ist ja das Geniale, dass es daneben liegt. Verstehen Sie? - Und wenn der Großmarkt zu groß wird, ist der FC weg.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Ja, wenn er da überhaupt hingeht.

Ansonsten ist doch sowieso klar, die Verwaltung hat auch gesagt: Es wird eng mit dem Daneben. Es wird eng.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Du hast ja keine Ahnung, wie viel Platz da ist!)

Also ist die Frage, ob das überhaupt passt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Passt schon!)

Der Großmarkt war zuerst da und nicht der FC. Das muss man auch mal ganz nüchtern feststellen.

Im Ergebnis wird die Schaffung des Frischemarktes immer weiter verschleppt. Meine Damen und Herren, diese Verschleppung gefährdet den Großmarkt und die vielen Arbeitsplätze, die an ihm hängen. Diese Verschleppung gefährdet auch die Händler auf dem Wochenmarkt, die kleinen Gemüsehändler und die Restaurantbetreiber. Sie alle sind davon abhängig, dass es in Köln einen Frischemarkt gibt und dass wir endlich dazu kommen, uns zu entscheiden und der Verwaltung zum alten Beschluss zu sagen: Bitte, Verwaltung, setzen Sie das um. - Dieses Signal müssen wir gegenüber der Verwaltung setzen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass es auch hier notwendig ist, zunächst einmal einige Fakten geradezurücken.

Es wurde bereits erläutert, dass das Thema 2007 von dem Kandidaten der SPD, der kein Kanzlerkandidat werden will, damals hier in seiner Kölner Funktion eingebracht wurde. Kurz danach hat er sich dann nach Düsseldorf verabschiedet und das bei seiner Kollegin abgeladen. Die Kollegin hat sich damit Zeit gelassen. Sie hat sich einige Zeit gelassen, und dann kam ein Modell heraus, das wirtschaftlich gar nicht ging. Ich war eines der wenigen Ratsmitglieder, die - ich glaube, es war im Jahr 2014 - bei der Veranstaltung der damaligen Wirtschaftsdezernentin am Großmarkt war. Als sie das vorgestellt hat, brach

dort das große Heulen und Zähneklappern aus, weil nämlich kein Mensch die Preise, die sie aufgerufen hatte, bezahlen konnte.

Das heißt, acht Jahre waren vergangen, ohne dass es überhaupt ein sinnvolles Ergebnis gegeben hat. Das heißt, im Jahr 2015, als CDU und Grüne hier die Verantwortung übernommen haben von Ihnen, war es so, dass wir im Prinzip den Reset-Knopf drücken mussten, weil das Konzept, das acht Jahre lang entwickelt worden ist, gar nicht funktioniert hat.

Wenn man bedenkt, was die Händler dort heute für Abstellflächen bezahlen, dann sind das relativ geringe Preise. Zudem gibt es eine ganze Reihe von rechtlichen Restriktionen, die wir als Kommune einhalten müssen. Da ist das ganze Thema Beihilferecht, was natürlich, da wir uns hier in einem sehr wettbewerblichen Markt befinden, ernst genommen werden muss. Wir haben schon einmal eine größere - ich sage es mal so - Niederlage vor der Europäischen Kommission einfahren müssen, weil man damals gedacht hatte, dass das Beihilferecht an der Stelle relativ einfach zu umgehen ist. Dafür haben wir lange bezahlen müssen. Das darf hier nicht passieren.

Das heißt, wir brauchen hier eine Lösung, die am Ende vernünftig ist, die vertretbar ist und die dazu führt, dass wir eine Situation bekommen, in der die Händler auch unter normalen Bedingungen betriebswirtschaftlich überleben können und nicht nur durch eine künstliche Subvention der Stadt Köln. Das ist ein sehr wichtiger Parameter, den man hier berücksichtigen muss.

Das Zweite ist eben auch, weil Sie acht Jahre Zeit verschlafen haben, die Frage des notwendigen Umfangs des Großmarkts. Denn letztlich haben die drei größten Händler zwischenzeitlich ihre Betriebsflächen gar nicht mehr auf dem Gelände des bisherigen Großmarkts, sondern sind in Köln an die Peripherie bzw. außerhalb von Köln gezogen. Das muss man in einer Neukalkulation natürlich berücksichtigen.

Deshalb dauert der Prozess von 2014 jetzt auch noch an. Wir wollen den Fehler, den Sie in der Vergangenheit gemacht haben, nicht wiederholen und ohne die Betroffenen diesen Prozess vorantreiben. Daher ist die Verwaltung in einem guten Dialog mit den Markthändlern. Wir waren alle als Politik dazu eingeladen. Jetzt gilt es, zunächst noch einmal Klarheit darüber zu schaffen, wie groß die Fläche überhaupt sein muss, damit man hier eine adäquate Lösung bekommt.

Wir brauchen auch noch einmal Klarheit darüber, wie überhaupt die Leistungsfähigkeit ist und ob die Händler die Preise, die dort aufgerufen werden, bezahlen können. Die Investitionssummen, die selbst jetzt in dem revidierten Modell der Händler vorgeschlagen sind, liegen immer noch in einer Größenordnung zwischen 80 und 100 Millionen Euro, wenn man die Kubaturen, die gewünscht sind, einmal hochrechnet. Ich sage es einmal so: Wir sollten vorsichtig sein, Bauten in der Größenordnung in die Landschaft zu stellen, ohne dass wir genau wissen, ob hinterher Mieterinnen und Mieter auch in der Lage sind, die erforderlichen Preise zu bezahlen.

Deshalb sage ich: Wir haben acht Jahre Zeit verschenkt, wir haben jetzt einen geordneten Prozess, lassen Sie uns diesen Prozess weitergehen. Die entsprechenden Beschlüsse hat der Rat getroffen. Es müssen hier die Themen Wirtschaftlichkeit und gegebenenfalls auch noch einmal das Thema Verkehr, da im Jahre 2020 die Verkehrssituation eine andere als im Jahr 2007 ist, entsprechend behandelt werden. Ich kann nur sagen: Ihr Antrag ist in weiten Teilen überholt. Deshalb können wir ihr an der Stelle nicht zustimmen und bitten auch die anderen Fraktionen darum. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frank das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung über den Standort ist tatsächlich erst 2017 gefallen, und zwar am 11.07.2017 - auch mit den Stimmen der SPD -, weil der Auswahlprozess, der übrigens schon 2001 gestartet wurde, erst 2007 zu Ende war, als dann Marsdorf ins Gespräch kam. Das muss man wissen. Insofern gibt es längere Zeitverläufe.

Die Frage, die sich stellt, ist folgende: Bringt Ihr Antrag, wenn man ihn beschließen würde, etwas Neues?

Wir haben einen Beschluss vom 11.07.2017, der die Standortentscheidung trifft, und wir haben den auch von Ihnen zitierten Beschluss vom 15.03.2016. Seltsamerweise haben Sie den Beschluss vom 11.07.2017 gar nicht erwähnt in Ihren Ausführungen. Das macht einen dann schon stutzig. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

Fakt ist, dass beide Ratsbeschlüsse den Rahmen setzen und einen klaren Auftrag definieren. Die Vorstellung, dass man jetzt in bestimmten Abständen immer wieder Beschlüsse wiederholt, also dass der Rat das noch einmal beschließt, ist nicht ernst zu nehmen. Wenn man das wirklich machen würde, wäre das ein Armutszeugnis für den Rat; denn wir haben der Verwaltung genau gesagt, was sie machen muss. Das müssen wir nicht in einem bestimmten Rhythmus immer wiederholen. Allein deshalb ergibt Ihr Antrag schon keinen Sinn.

Wenn man aber genauer in den Antrag hineinkommt, hat er auch Verengungen. Wir haben zum Beispiel bereits in dem Ratsbeschluss 2016 davon gesprochen, dass die Errichtung der Frischemarkt-Immobilie durch einen Generalübernehmer erfolgt. Das heißt, das ist darin schon definiert. Es ist auch noch definiert, dass die Planung und der Bau, also die technische Planung, durch die Gebäudewirtschaft erfolgen sollen. Wir wissen aber, dass die Gebäudewirtschaft mit dem Schulbau absolut ausgelastet ist. Um da auch noch einmal Ihrer Haushaltsrede zu korrigieren: Die Gebäudewirtschaft hat 870 Millionen Euro allein für Schulen zu verbauen. Ich bin gespannt, wie das geht, weil Sie sagten, da wäre viel zu wenig Geld in der Kasse.

Das heißt also, wir müssen uns hier überlegen, ob nicht auch die Planung durch einen Generalübernehmer vorgenommen werden soll; dann nennt sich das „Totalübernehmer“. Das heißt, wenn man Ihren Antrag beschließen würde, wäre das einfach weggeschmuggelt worden. Insofern besteht eigentlich überhaupt keine Notwendigkeit für Ihren Antrag.

Wir als Grüne stehen zum Frischezentrum. Wir sehen auch das Frischezentrum als Aufgabe der Daseinsvorsorge. Das ist das Einzige, was in Ihrem Antrag richtig zitiert ist aus dem Gutachten. Wir sehen auch das Frischezentrum als Bestandteil einer Versorgungskette, die natürlich auch die Wochenmärkte mit einbezieht und die dafür sorgt, dass wir Vielfalt haben und nicht nur sozusagen auf Convenience Food und Dosenfutter von den großen Filialisten angewiesen sind. Wir stehen für Vielfalt, deshalb braucht es auch diese Strukturen. Das haben auch andere Städte; das steht gar nicht infrage.

Wir haben aber auch klare Planungsbeschlüsse und Planungsaufträge gefasst. Erst kürzlich hat der dafür zuständige Beigeordnete Greitemann ausdrücklich erklärt, dass er das entsprechende planungsrechtliche Verfahren weiter durchführt.

Insofern ist es sicherlich richtig, die Verwaltung noch einmal daran zu erinnern, dass diese Beschlüsse umgesetzt werden müssen und dass sie uns enger berichtet. Vor allem ist daran zu erinnern, dass wir auch beschlossen haben, die Markthändler und die Industrie- und Handelskammer, die dieses Verfahren sehr eng begleitet, stärker in den Planungsprozess einzubeziehen.

Dass es einen großen Bedarf gibt, hat die IHK durch ihre jüngste Umfrage bestätigt. Mehr als 150 im Großmarkt aktive Markthändler wollen umsiedeln. Das heißt, wir haben hier eine eindeutige Bedarfslage. Aber das Entscheidende ist jetzt nicht, Beschlüsse zu wiederholen, die nichts Neues beinhalten bzw. die die alten Beschlüsse verengen, sondern es kommt jetzt auf das Handeln der Verwaltung und darauf an, dass wir gegebenenfalls bestehende Beschlüsse noch einmal aktualisieren müssen. Ich denke zum Beispiel an die Frage: Wer soll dieses Frischezentrum bauen? - Aber dazu haben Sie überhaupt keine Vorschläge, sondern glauben, die Gebäudewirtschaft wird das alles schon richten. Da Sie auch bei den beiden Gesprächen dabei waren, müssten Sie das eigentlich besser wissen.

Kurz und gut: Ihr Antrag bringt nichts. Deshalb werden wir ihn auch nicht unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Akzeptieren Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, natürlich. Aber meine Redezeit ist ja um.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frank, stimmen Sie mir zu - so muss ich meine Frage beginnen -, dass in dem Beschluss vom 15.03.2016, den Sie zitiert haben, in dem nämlich, wie ich eben schon zitiert habe, der Rat beschlossen hat, dass mit Planung, Bau und technischem Betrieb der Frischemarkt-Immobilie der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft unter folgender Maßgabe beauftragt wird - das war eben das Zitat schon einmal -, dass aber weiter unten in dieser Beschlussfassung Folgendes gesagt wird:

> Auf Basis eines Baubeschlusses soll die Ausschreibung zur Errichtung der Frischemarkt-Immobilie, die seitens der Stadt errichtet und bewirtschaftet wer-

> den soll, erfolgen. Dazu ist vorrangig die Beauftragung eines Generalübernehmers … zu einem fest zu vereinbarenden Termin und Preis zu prüfen.

Das heißt, all die Dinge, die Sie jetzt genannt haben - da würden Sie mir doch zustimmen? -, sind mit diesem Ratsbeschluss bereits in Auftrag gegeben. Es ist also ein Umsatzdefizit.

Das heißt, wir haben seit 2016 keinen einzigen Schritt in diese Richtung weiter getan. Deswegen stimmen Sie mir doch hoffentlich zu, dass es Sinn machen kann und heute auch Sinn macht, der Verwaltung hier noch einmal einen klaren Auftrag zu geben, den ansonsten die Verwaltung scheinbar aus eigenem Antrieb nicht nachkommt? Zumal die klare Erklärung im Raum steht, dass der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft jetzt nicht mehr an dieser Baustelle tätig ist. Das kann der Rat an dieser Stelle nicht akzeptieren. Deswegen macht es, wie ich glaube, Sinn, einen solchen Beschluss heute noch einmal herbeizuführen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Antwort zu A: Ja, und zu B: Nein. Warum?

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Ich habe eben schon gesagt, das mag vielleicht sein, wenn Menschen christlich geprägt sind, dass sie gern Bekenntnisse abgeben oder immer wieder die Predigt wiederholen. Dadurch wird aber nichts besser.

Wir haben eine Beschlusslage - Sie haben das eben ganz klar gesagt -, und diese Beschlusslage gilt. Die Verwaltung wird sie umsetzen müssen. Dass es auf dieser Strecke Probleme gibt, das wissen wir. Wir haben auch weitere Gesprächsrunden geplant und auch angeboten, die mit Ihnen zu führen. Dazu haben wir bisher noch keine positive Rückmeldung. Insofern gilt das, was wir damals beschlossen haben. Das wird nicht dadurch besser oder anders, indem man das jede Woche wiederholt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! SPD, LINKE und BUNTE wollen heute in Sachen Großmarkt den Deckel draufmachen. Sie wollen Marsdorf als Standort für den Frischemarkt beschließen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon lange beschlossen!)

- Ja, Sie wollen ihn aber heute noch einmal bekräftigen und endlich umsetzen.

Meine Damen und Herren, die FDP würde ebenfalls gern den Deckel draufmachen und den Standort Marsdorf für den Frischemarkt endgültig begraben.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wird es Sie auch nicht wundern, dass wir den vorgelegten Antrag heute ablehnen werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die FDP hat sich von Anfang an in dieser unendlichen Geschichte zur Standortfrage des Großmarkts eindeutig positioniert. Wir haben uns von Anfang an gegen Marsdorf ausgesprochen und stattdessen Volkhoven/Weiler als Alternative präsentiert. Von Anfang an war uns klar, dass die Vorstellung, dass Lkw, Transporter und Versorgungsfahrzeuge zum Großmarkt fahren müssen, in Marsdorf immer wieder zu großen verkehrlichen Problemen führt. Es schien uns wirklich absolut unrealistisch, dort den Standort für den Frischemarkt anzusiedeln.

Neben dieser verkehrlichen Belastung - insbesondere für die Einfallstraßen Aachener Straße, Dürener und Luxemburger Straße - ist es auch so, dass die Verbindungsachsen wie der Kölner bzw. der Marsdorfer Weg sowie die Friedrich-Schmidt-Straße enorm belastet würden. Das kommt zu der Einführung des geplanten Expressbusses hinzu. Das klingt nach Verkehrsinfarkt.

Wir sind auch dafür, dass wir endlich zu einer Lösung kommen. Insofern kann ich es sehr gut nachvollziehen, dass wir sagen, wir müssen Tempo in diese Entscheidung hineinbringen. Es muss natürlich in der Tat ein Signal für die Händler am Großmarkt geben, wie die Zukunft auszusehen hat. Sie brauchen Planungssicherheit. In der Tat ist das ein berechtigtes Anliegen, was auch vonseiten der Antragsteller angesprochen wurde.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, aber im Hinblick auf die Betriebsform des Unternehmens sehen wir den Antrag sehr kritisch. Ein stadteigenes Unternehmen, das mit der Aufgabenwahrnehmung betraut werden soll, lehnen die Freien Demokraten ab. Das würde bedeuten, dass Millionen von Subventionen in einen hochumstrittenen Standort fließen. Wollen Sie das wirklich? - Wir wollen das nicht.

Die Diskussionen im Wirtschaftsausschuss haben doch gezeigt, wie schwierig es ist, ein wirtschaftlich tragfähiges Betreibermodell zu finden. Diese Diskussion, die wir heute führen, taucht in schöner Regelmäßigkeit im Rat auf. Wir waren, wie gesagt, immer klar in der Ablehnung des Standortes, aber wir standen auch dort wirklich ganz allein gegen eine Phalanx aus SPD, CDU, Grüne und LINKEN. Dort war immer der Standort Marsdorf beschlossen worden.

Aber eines ist heute anders: Sprachen sich in den vergangenen Jahren CDU, Grüne und LINKE zwar immer im Grundsatz für den Standort Marsdorf aus, haben sie sich doch nie so richtig getraut, eine endgültige Entscheidung zu treffen, stattdessen wurden immer neue Gutachten in Auftrag gegeben. Einmal war es ein Verkehrsgutachten, einmal ein Wirtschaftsgutachten, einmal wurde die damalige Wirtschaftsdezernentin Ute Berg beauftragt, bei den Umlandgemeinden für ein Frischezentrum zu werben. Das Ergebnis: Die Nachbarkommunen haben dankend abgelehnt.

Wenn wir heute die Debatte verfolgt haben, ist uns eines klar geworden - das muss man sagen -: SPD, LINKE und die BUNTEN haben sich eindeutig positioniert. Sie haben gesagt: „Wir wollen den Standort Marsdorf“, und sie haben vorgestellt, wie sie sich die Betriebsform vorstellen. Das ist nicht unsere Vorstellung, aber ich muss sagen: Nach den Ausführungen von Herrn Petelkau und Herrn Frank frage ich mich: Quo vadis Schwarz-Grün in dieser Frage? Wohin gehen Sie? - Sie haben heute keine eindeutige Antwort gegeben.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da haben Sie nicht zugehört!)

Ich finde, diese Antwort haben viele Menschen in dieser Stadt verdient. Die Händler haben sie verdient. Es haben die Leute im Kölner Westen diese Antwort verdient. Ich finde, auch dieser Rat hat diese Antwort verdient. Sie haben sie nicht gegeben.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt frage ich zunächst einmal nach Wortmeldungen zu dem Antrag von SPD, DIE LINKE und von der Gruppe BUNT. Wenn es dazu keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, rufe ich jetzt Herrn Wortmann auf als Antragsteller des Änderungsantrages.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute gehört, dass kürzlich noch einmal eine Vorbesprechung stattgefunden hat, ich glaube aber mit Fraktionsspitzen und -vertretern. Ich war da nicht geladen, deshalb kann es sein, dass sich Dinge hier wiederholen. Ich möchte dem aber einfach noch einmal Nachdruck verleihen.

Ich habe eigentlich schon seit vielen Jahren einen Kontakt zu den Großmarkt-Leuten und verfolge die Entwicklung dieser Fläche. Ich möchte zu Ihrem Antrag einfach sagen: Mit Verlaub, Ihr Antrag beschreibt doch genau den Weg, den die Stadt gegangen ist, aber den sie doch nicht mehr gehen kann. Das ruft bei mir so ein bisschen Odysseeum hervor: aus einer betriebswirtschaftlichen Einheit mehr oder weniger ein städtisches Unternehmen zu machen. Das ist auch gar nicht das Ziel.

Wir haben eine sehr klare Entscheidung getroffen. Das wissen auch die Kaufleute auf dem Großmarkt, dass wir Marsdorf begraben haben. Da schließen wir uns der FDP an; da sind wir d'accord. Wir haben auch schon Ausweichflächen vor drei Jahren empfohlen und vorgeschlagen.

Wir wollen kein stadteigenes subventioniertes Frischezentrum. Wir fordern aber einen offenen Umgang mit den Betroffenen, und das ist eigentlich der Inhalt meines Antrages: Wir müssen mit den Leuten sicherlich Klartext reden, Entscheidungen treffen und auch konstruktive Maßnahmen vorstellen.

Dieses Genre der Großmarkt-Kaufleute - das muss ich Ihnen vielleicht nicht erklären - ist sehr speziell. Das ist nicht ein geordnetes System, wie man es aus anderen kaufmännischen Belangen kennt, sondern das ist ein - ich sage es mal so - bunter Haufen, aber letztlich steckt dahinter eine enorme Power. Zudem steckt da auch eine Menge Gewerbesteuer dahinter. Wenn Sie allein nur die Verteilersystematik dieses Groß-

markts sehen, die wir über die letzten 20 Jahre systematisch zurückentwickelt haben. Das habe ich eben in der Haushaltsrede schon gesagt: Sie müssen sich einfach mal vor Augen führen, dass ein Stand auf einem Wochenmarkt - nicht im Großmarkt, sondern einer der Kunden - durchschnittlich 180 000 Euro dreht. Wir sind in Köln der größte Standort in Deutschland mit Wochenmärkten; denn wir haben pro Tag 3,5 Wochenmarkttermine. Damit sind wir pro Kopf der Bevölkerung der stärkste Wochenmarktstandort in Deutschland. Das sollten Sie wissen. Die beziehen ihre Ware zu einem großen Teil.

Mir geht es eigentlich gar nicht um den Standort, um Marsdorf oder um andere Standorte, sondern es geht darum, den Leuten zu helfen, ihren neuen Standort zu suchen und mit diesen Leuten auch gemeinsam diesen Standort zu konzipieren. Ich wiederhole mich: Da ist nicht die Professionalität eines Projektmanagements vorhanden, das so ein Ding aus Stumpf und Stiel baut, wie es die Stadt schon vor Jahrzehnten mit der Großmarkthalle in Raderthal gemacht hat. Deswegen sind die auf Ihre Hilfe angewiesen. Das schicke ich mal in den Raum.

Der zweite Punkt ist, dass weitere Zustell- und Verteilersysteme daran hängen, in hohem Maße Hotels und gastronomische Betriebe, und es mittlerweile Zustellnetzwerke gibt, die da arbeiten. Ich spreche auch aus eigener Berufserfahrung in diesen Strukturen. Das sind mehr oder weniger Wirtschaftsfaktoren, die auf der Fläche in Raderthal überhaupt nicht mehr stattfinden, aber die möglicherweise in sogenannten Streckengeschäften abgerechnet werden und enorme Gewerbesteuereinnahmen generieren.

Deshalb habe ich in meinem Antrag in den Punkten 3 und 4 darum gebeten, dass beide Seiten mit entsprechenden Statistiken und Nachweisen einfach mal die Wertigkeit dieser Großmarktflächen darstellen.

Ich widerspreche Ihnen deutlich, wenn ich hier ein gewerbesteuerpflichtiges Unternehmen oder eine Agglomeration als Daseinsvorsorge-Punkt erkläre. Es gibt eine Stadt im Rheinischen, die das wohl gerichtlich erfochten hat, aber das sehe ich hier überhaupt nicht.

Last, but not least müssen Sie wissen: Es gibt große Ketten, die auch den Großmarkt logistisch nutzen, weil sie große Mengen bestimmter Produkte über diese Fläche drehen und dann in ihre eigenen zentralen Verteilerläger bringen. Unterschätzen Sie also bitte nicht die Kraft dieses Standorts.

Wir reden, wenn wir mit der IG reden, vielleicht mit 20 oder 22 Händlern, die dort sind. Das sind sicherlich die bedeutenden, aber es gibt - soweit ich weiß - immer noch 112 Händler, die dort ihr Geschäft betreiben. Wenn Erbpachtverträge - mehr kann ich dazu nicht sagen - verlängert werden mit zwei großen Händlern und dann auf einmal diese Händler für eine Dauer von drei oder vier Jahren mit enormen Bürgschaftsverpflichtungen konfrontiert werden, um ihre Existenz dort zu sichern, dann ist das kein fairer Umgang mit diesen Leuten. Deshalb bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen. Ich werde natürlich nicht dem Antrag der SPD zustimmen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen zu dem Änderungsantrag von Herrn Wortmann? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus der Sicht unserer Fraktion ist hier eine Beschlussfassung der Sache gar nicht nötig. Der Kollege Frank hat es gerade eben schon angedeutet: Es sind alle Beschlüsse gefasst. Die Beschlüsse, die heute hier gefasst werden sollten, sind längst schon überholt durch Verwaltungshandeln. Ich beantrage daher für unsere Fraktion den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, Gegenrede? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag enthält selbstverständlich - das ist auch aufgezeigt worden; Herr Frank hat das selbst gesagt - eine Eingrenzung, zum Beispiel hinsichtlich der Betriebsform. Insofern enthält er auch neue Elemente. Er ist ein ordnungsgemäß und rechtzeitig gestellter Antrag, nämlich aus dem Mai, und ich bitte dieses Haus um Abstimmung. Es ist, glaube ich, keine gute demokratische Gepflogenheit, bei einem Antrag einer Fraktion in dieser Art und Weise zum nächsten Tagesordnungspunkt überzuleiten. Wir haben Anspruch darauf, das ist ein neuer Antrag, und deswegen bitte ich um Abstimmung. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich muss, wie Sie wissen, zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen lassen. Dann würde das allerdings - das möchte ich noch sagen, damit keine Missverständnisse aufkommen - auch den Änderungsantrag von Herrn Wortmann betreffen.

Dann lasse ich jetzt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Hammer abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Ja, ich bin auch der Meinung. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, Herr Wortmann, die FDP, die AfD und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Das kann nicht mehr der Fall sein. Dann ist dem Geschäftsordnungsantrag zugestimmt, dann ist er so beschlossen.

Beschluss über den Geschäftsordnungsantrag:

Der Rat geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, der Gruppe GUT und von Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

Anmerkung:
Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt von RM Hammer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf:

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Karl Küpper Platz – Ehrung eines Widerständlers“
AN/1433/2019

Gestatten Sie mir bitte, Sie zu diesem Tagesordnungspunkt über ein Schreiben des Sohnes von Karl Küpper zu informieren, das mich letzte Woche erreicht hat. Herr Gerhard A. Küpper hat darin erläutert, sein Vater habe sich nie politisch instrumentalisieren lassen, daher empfinde er den Antrag als - das ist ein wörtliches Zitat - „Schlag ins Gesicht seines Vaters“ und bittet den Rat, dem Antrag nicht zuzustimmen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Ich möchte Ihnen ergänzend - -

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte Ihnen ergänzend mitteilen, dass die Stadt Köln das Wirken von Karl Küpper mit einem Platz im Herzen der Stadt und einer Gedenktafel an seiner Wirkungsstätte, der früheren Schankwirtschaft Kalker Hauptstraße, ehrt und das Protokoll natürlich große Jubiläen, die im nächsten Jahr erfolgen, im Blick hat und es seitens der Stadt schon Überlegungen gibt, wie man vielleicht durch eine Veranstaltung im Rathaus ein aktives Gedenken gestalten kann. Selbstverständlich möchten wir diese Überlegungen gerne zunächst mit der Familie von Karl Küpper abstimmen. Das haben wir bisher noch nicht gemacht, aber dazu ist ja auch noch etwas Zeit.

Diese Überlegungen wollte ich Ihnen zunächst einmal mitteilen. Ich gebe jetzt den Antragstellern das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Zunächst einmal vielen Dank für die wie immer sachliche und objektive Tagungsleitung.

Der Kölner Büttenredner Karl Küpper, meine Damen und Herren, ist einer der wenigen, die es geschafft haben, nicht nur zu Lebzeiten einen gewissen Ruhm zu erlangen. Und das zu einer Zeit, als Karneval noch größtenteils live, also nicht im Fernsehen oder im Radio, stattfand. Was Karl Küpper aber zu einer Ausnahmeerscheinung machte und heute mehr denn je machen würde, ist seine Unangepasstheit, sein Unwille, als Karnevalist im urtümlichsten Sinne sich in den Dienst der jeweils Herrschenden zu stellen, ja, sein Mut, sich ihnen entgegenzustellen und das völlig ungeachtet ihrer politischen Couleur und ihrer Macht. Karl Küpper, meine Damen und Herren, ist der Anti-Mitläufer, und das unterscheidet ihn wohltuend von all den Krämerseelen, die letzte Woche sein Erbe für sich in Anspruch genommen haben.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Und ein wunderbarer Anti-Nazi!)

Nicht nur die Nationalsozialisten mussten seinen beißenden Spott fürchten und bekämpften ihn

dafür. Nicht nur von ihnen wurde er mit einem Rede- und Auftrittsverbot belegt. Nein, auch nach dem Krieg im vermeintlich entnazifizierten Köln war Küpper den Herrschenden ein Dorn im Auge. Und so wurde er 1952 unter Mitwirkung von Bundeskanzler, Bundesinnenminister und der Kölner Karnevalsobrigkeit erneut vom offiziellen Karneval ausgeschlossen.

Wie kaum eine zweite widerlegt die Vita Küppers die Mär vom obrigkeitskritischen und unangepassten Kölner Karneval und offenbart mehr, dass man zu allen Zeiten bemüht war, sich dem herrschenden Zeitgeist an den Hals zu werfen - ohne Rücksicht auf Verluste. Seine Geradlinigkeit machte ihm unter allen Herren Schwierigkeiten; und ihn selbst hat sie sogar zum Heimatlosen in seiner eigenen Heimat gemacht. Die SPD verließ er nach kurzer Zeit wieder, weil er das Gefühl hatte, von ihr instrumentalisiert zu werden. Und auch bei der FDP hatte er wohl nur ein sehr kurzes Gastspiel. Es ist also vielleicht etwas vermessen, wenn sich die Altparteienriege hier jetzt zu den Bewahrern seines Erbes aufschwingt.

(Beifall bei der AfD)

Denn dann, meine Damen und Herren, müssten Sie sich auch fragen lassen, warum es für einen so großen Kölner bisher nicht zu mehr gereicht hat als zu einer Plakette und zu einem kleinen Plätzchen in der Stadt. Da gewähren Sie ja sogar einem Karl Marx mehr Andenken, wie wir letztes Jahr gesehen haben.

Im politischen Umgang mit Verstorbenen ist natürlich eine gewisse Zurückhaltung geboten. Politische Vereinnahmungen verbieten sich da. Jemand, der vor fast 50 Jahren verstorben ist, den kann man schwerlich in die politische Farbenlehre der Gegenwart einsortieren. Und das wollen wir ausdrücklich auch nicht tun. Aber vielleicht lassen auch Sie besser die Finger davon. Es geht hier nicht um Gesinnung. Wir möchten Karl Küpper für seine Haltung ehren, für seinen Mut und seine Unangepasstheit - drei hervorstechende Eigenschaften, die man in Deutschland und in Köln in den letzten 100 Jahren leider allzu oft vermissen musste. Es wechseln vielmehr nur die Farben: die Farben der Herrscher, die Farben der Mitläufer und die Farben der Opposition. So heißt es auch in einer Rede Küppers aus der Nachkriegszeit - ich zitiere -:

> Die Son brannt wie im Frieden. Ja, wenn man blond ist, wird man rot. Wenn man schwarz ist, wird man leicht braun. Und wenn man braun ist, wird man wieder schwarz. Äwwe dat es nur de Son schuld.

Meine Damen und Herren des Kölner Rates, es geht heute darum, vor der Geschichte einen großen Kölner zu ehren, der jede Ehre verdient hat. Es geht um zeitlose Qualitäten wie Aufrichtigkeit, Mut und Geradlinigkeit. Es geht ausdrücklich nicht um parteipolitisches Kleinklein. Machen Sie also bitte auch keines daraus. Stimmen Sie für unseren Antrag! - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Es gehört zum üblichen Geschäft einer Ratspolitikerin, hier zu stehen und den Antrag einer anderen Partei abzulehnen - ganz einfach, weil man anderer Meinung ist. Beim heutigen Antrag der AfD reicht aber eine einfache Ablehnung nicht aus. Er verlangt eine entschiedene und entschlossene Zurückweisung.

(Beifall)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, es tut gut, zu wissen, dass die demokratischen Fraktionen hier im Rat einhellig und einmütig zu dieser Zurückweisung stehen. Sie ist nötig, weil es hier nicht um irgendeine Meinungsäußerung der AfD geht. Nein, der heutige Antrag besitzt eine andere Qualität. In diesem Antrag wird mit Karl Küpper ein aufrechter Demokrat, der mit den Mitteln des kölschen Humors die Nazis kritisiert hat, für die Zwecke der AfD missbraucht. Dieser Versuch ist genauso durchsichtig wie unanständig.

(Beifall)

Karl Küpper hat mutig und im wahrsten Sinne des Wortes unter Gefahr für Leib und Leben gegen das nationalsozialistische Regime gekämpft - ein Regime, das vom Vorsitzenden der AfD, Alexander Gauland, als „Vogelschiss der Geschichte“ bezeichnet wird. Diese Verharmlosung des menschenverachtenden Naziregimes ist eine bewusste Strategie der AfD. Wir kennen diese Strategie und haben sie hier im Rat oft genug zurückgewiesen. Sich aber eines ausgewiesenen Gegners der Nazidiktatur wie Karl Küpper für eigene Zwecke zu bemächtigen, ist eine erschreckende neue Vorgehensweise der AfD.

Warum tut dies die AfD? - Ich habe mich im Vorfeld dieser Rede mit meiner Kollegin Frau von Bülow unterhalten, ganz einfach schon aufgrund ihrer Funktion als Vorsitzende des Vereins *Köln stellt sich quer*.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Mitglied!)

Sie hat, wie ich finde, drei gute Erklärungen gebracht, die ich Ihnen hier gerne vortragen möchte.

Die AfD strebt in die Mitte der Gesellschaft. Sie versucht, sich als bürgerliche Partei zu etablieren. Sie will die bürgerliche Mitte erreichen, von der sie annimmt, dass sie besonders karnevalsaffin ist. Sie beansprucht die Tradition des Karnevals für sich. Aber ein Kennzeichen bürgerlicher Grundwerte ist der Respekt vor der Würde des Anderen. Der vorliegende Antrag lässt dieses in hohem Maße vermissen.

(Beifall)

Ein zweiter Erklärungsansatz für diesen Antrag: Die AfD möchte sich damit von den Nationalsozialisten abgrenzen. Gleichzeitig möchte sie aber auch ausloten, wie weit sie öffentliche Tabus brechen kann, zum Beispiel mit der Aneignung des Erbes von Karl Küpper.

Und ihr dritter Grund: Die AfD möchte sich einreihen bei den Menschen, denen das Recht auf freie Meinungsäußerung verwehrt worden ist. Aber dieses verhöhnt die Opfer, verhöhnt alle, die sich auch in Zeiten des Nationalsozialismus diesem entgegengestellt haben, tatsächlich ihre Meinung geäußert und alles riskiert haben. Das hohe Gut der Meinungsfreiheit ist in der Demokratie nicht verhandelbar. Das weiß die AfD und nutzt es vor allem für sich schamlos aus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Ablehnung ist parteiübergreifend. Das haben wir ja auch in der letzten Woche in den Zeitungen lesen können. Wir alle hier im Rat, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, haben das Verhalten der AfD disqualifiziert und kritisiert.

Aber die einhellige Empörung des Rates ist nur eine Seite der Medaille. Meine Herren der AfD, haben Sie auch einmal bedacht, dass Sie mit diesem Antrag vor allem die Familie von Karl Küpper verletzen? Sein Sohn war entsetzt, als er erfuhr, dass sein Vater von der AfD instrumentalisiert werden sollte, von einer Partei, mit der sein Vater, würde er heute noch leben, sofort den Kampf aufnehmen würde, so Gerhard Küpper.

(Beifall)

Wie gut, meine Damen und Herren, dass sich die Bürger dieser Stadt - und die AfD bezeichnet sich ja immer als „Anwalt der Bürger“ - nicht von der AfD vereinnahmen lassen.

Die AfD hat diesen Antrag vorgelegt, ohne Kontakt zur Familie von Karl Küpper aufzunehmen. Darauf angesprochen war die Reaktion der AfD: Die Familie könne ja Kontakt mit der Partei aufnehmen. Ich muss schon sagen: Das ist an Dreistigkeit nicht mehr zu übertreffen.

(Beifall)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wer die Biografie über Karl Küpper liest und sie kennt, stellt fest, dass diesem Mann zweimal im Leben großes Unrecht zuteil geworden ist, zunächst unter dem Hitler-Regime, wo er gegen die Nazis gekämpft hat. Nach 1945 wurde er erneut mit einem Redeverbot belegt, weil er darauf hingewiesen hat, dass Nazifunktionäre auch im Karneval noch immer in Amt und Würden waren. Mit dem heutigen Antrag, meine Damen und Herren, widerfährt Karl Küpper zum dritten Mal großes Unrecht.

(Beifall)

Ein Kämpfer gegen den Nationalsozialismus vereinnahmt durch die rechtspopulistische AfD. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Tatsache muss uns allen Verpflichtung sein, Karl Küpper angemessen zu würdigen. Deswegen bin ich auch über die Ausführungen der Oberbürgermeisterin zu Beginn dieser Debatte sehr dankbar.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen. Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion stimmt dagegen, Bündnis 90/Die Grünen stimmen dagegen, die CDU-Fraktion stimmt dagegen, die Fraktion DIE LINKE stimmt dagegen, die FDP-Fraktion stimmt dagegen, Herr Wortmann stimmt dagegen, die Ratsgruppe GUT stimmt dagegen, Frau Gerlach stimmt dagegen. Die Oberbürgermeisterin stimmt natürlich auch dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung die Errichtung eines Karl Küpper Denkmals zu prüfen. Zusätzlich wird die Auslobung eines Karl Küpper Preises beschlossen, der mit einem Preisgeld in Höhe von 11.111 € verbunden ist. Zudem findet im nächsten Jahr am 26.05.2020, dem 50. Todestag Küppers, eine Gedenkveranstaltung im Kölner Rathaus statt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke. und FDP sowie der Gruppe GUT, RM Wortmann (Freie Wähler Köln), RM Gerlach und Frau Oberbürgermeisterin Reker abgelehnt.

3.1.4 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Gutachten Aufarbeitung "Messeskandal" veröffentlichen" AN/1444/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe Ziffer IV – Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, nachdem TOP 3.1.4 zurückgezogen ist, rufe ich jetzt auf:

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sicherheit im Bezirk stärken - Veedelsschutzmann erhalten“ (Dringlichkeitsantrag aus der Sitzung des Rates vom 26.09.2019) AN/1327/2019

Ich gebe Herrn Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt der Antrag der SPD vor. Uns geht es um die Erhaltung und die weitere Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit hier in Köln.

Wie Sie wissen - das ist ja im Sommer hinlänglich auch durch die Presse gegangen -, stehen bei der Polizei in Köln Umstrukturierungen an. Bezirks- und Schwerpunktdienste sowie Einsatztrupps - das sind also Zivilbeamte; Bezirks- und Schwerpunktdienste sind zum Teil uniformierte Beamte - werden abgebaut, werden verlagert, zentralisiert und eben aus den Bezirken herausgezogen. Wir als SPD lehnen diese Umstrukturierung ab, das muss ich klar sagen; denn damit geht wertvolles Wissen sozusagen vor Ort verloren. Die Sozialraumorientierung der Polizei wird im Prinzip abgebaut.

Die Ursache des Ganzen ist aber nicht etwa, dass die Polizei erkannt hätte, dass die Sozialraumorientierung nicht funktionieren würde oder falsch wäre - damit würde man der Polizei hier in Köln Unrecht tun -, die Ursache ist vielmehr der Personalmangel, der hier herrscht, und dass eben jetzt wichtige polizeiliche Aufgaben gegeneinander abgewogen werden. Und das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es nun tatsächlich nicht sein. Das kann auch nicht das sein, was wir als Rat der Stadt Köln sozusagen unkritisch begleiten.

Vielmehr ist es dann unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Polizei in Köln auch personell so ausgestattet werden kann, dass sie alle wichtigen polizeilichen Aufgaben erfüllen kann und auch an ihrer Sozialraumorientierung festhalten kann. Deswegen hier und heute die Aufforderung an den Innenminister NRW, entsprechende Stellen zuzusetzen. Doch bevor gleich kommt: „Das ist doch ein Thema des Landtages und nicht des Rates“ - nein, das hier ist explizit ein Kölner Thema, hier findet diese Umstrukturierung statt. Deswegen ist es gut und richtig, dass auch der Kölner Rat sich hierzu heute verhält. Die Gelegenheit geben wir Ihnen mit diesem Antrag.

Liebe Freunde von den Grünen, ich habe der Presse diese Woche entnommen, dass die Grünen die Polizeibezirks- und Schwerpunktdienste in NRW ganz allgemein stärken möchten. Ich habe das mit Interesse im *Stadt-Anzeiger* gelesen und mir dann natürlich auch die Drucksache im Landtag herausgesucht, Ihren Antrag dort. Das ist die Drucksache 17/7750. Ich kann nur sagen: Darin steht vieles, das eigentlich nur dazu führen kann, dass Sie heute unserem Antrag zustimmen. Denn darin beantragen die Grünen im Landtag, dass ganz explizit festgestellt werden soll - da sind wir wieder beim Thema Bekenntnis -, dass eben sozialraumorientierte Bezirks- und Schwerpunktdienste sinnvolle Ergänzungen des Wach- und Wechseldienstes sind, dass sie für die Bürger vor Ort Ansprechpartner sind und dass es sozusagen mehr davon geben muss. Es wird eine ganz erhebliche Personalaufstockung mit diesem Antrag im Landtag beantragt, um eben landesweit, und zwar auch unter expliziter Bezugnahme auf das Kölner Modell, das hier in den letzten 15 Jahren gefahren wurde, diese Be-

zirks- und Schwerpunktdienste personell zu stärken. Deswegen ist es für Sie doch wunderbar: Sie haben hier und heute die Gelegenheit, unserem Antrag zuzustimmen und damit Ihre Freunde im Landtag zu unterstützen. Dazu laden wir Sie herzlich ein! - Vielen Dank. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute ein weiteres Beispiel, wie die SPD versucht, von ihrer Vergangenheit abzulenken. Diesmal ist es nicht das Versagen hier in Köln, sondern das komplette Versagen auf der Landesebene.

(Christian Joisten [SPD]: Herr Petelkau lebt nur in der Vergangenheit!)

Wir haben hier eine wunderbare Gelegenheit, und ich finde es schön, dass Sie den Antrag hier heute stellen, denn damit haben wir wirklich die Chance, noch einmal darüber zu diskutieren, was in der Sicherheitspolitik während der Regierung Kraft in NRW passiert ist. Es ist nichts passiert! Denn Sie haben in der Zeit weder die Zahl der Polizisten ausgebaut -

(Monika Schultes [SPD]: Doch, haben wir!)

- noch haben Sie die Polizisten mit moderner Ausrüstung ausgestattet, noch haben Sie etwas für die gesetzlichen Grundlagen getan. Fakt ist: Sie haben ein Fahrzeug auf Landesebene angeschafft, in das Polizisten in voller Montur noch nicht einmal einsteigen können.

(Beifall bei der CDU)

Ja, das ist das, was Sie geschafft haben.

Das, was Sie nicht geschafft haben, ist, das Thema verdachtsunabhängige Kontrollen einzuführen. Und was noch weniger passiert ist, sind Stellenzusetzungen. Ich erinnere an den Vorvorgänger von Herrn Jacob, der nur deshalb Polizeipräsident in Köln geworden ist oder der damals aufgefallen war - das war im Übrigen derjenige, der hier die legendäre Silvesternacht gemanagt hat -, weil er ein Maximum an Polizeibeamten abgezogen hat.

Fakt ist: Wir haben momentan die Zahl der Auszubildenden und derjenigen, die, für den Polizeidienst vorbereitet werden, maximiert. Es sind viele neue Stellen geschaffen worden. Es sind die haushalterischen Finanzmittel geschaffen worden. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt in Köln neue Polizeibeamte bekommen.

Aber das ist nicht nur das Zukunftsprogramm. Wir haben beispielsweise in den letzten zwei Jahren gezielte Zusetzungen bekommen. Wenn Sie meine Presseerklärungen regelmäßig gelesen hätten, hätten Sie gesehen: Es kommen regelmäßig neue Beamte nach Köln. Teilweise bringen wir die Polizisten auch deshalb auf die Straße, weil wir bei den internen Diensten entsprechende Ersatzqualifikationen, da eben Polizisten auch eine gewisse Ausbildungsdauer benötigen, vorantreiben.

Also, mit kurzen Worte noch einmal zusammengefasst: Ihr Antrag ist überflüssig, weil er auf Landesebene längst von Innenminister Reul und unserem Staatssekretär Mathies, der hier in Köln auch hervorragende Arbeit als Polizeipräsident geleistet hat, umgesetzt wird.

Zudem wird der Schutzmann im Veedel - das ist ja eine der Falschmeldungen, die Sie schon seit Jahr und Tag unterzubringen versuchen - nicht abgeschafft. Man muss traurigerweise sagen, dass wir einen Kriminalitätsschwerpunkt haben, der leider in den letzten Jahren explodiert ist, das ist das Thema Kinderpornografie. Wir haben aktuell auch wieder einen schlimmen Fall direkt in unserer Nachbarstadt. Hier brauchen wir momentan eine ganze Reihe von Sonderermittlern, um diesen Fall aufzuklären und auch eine ordnungsgemäße Strafverfolgung sicherzustellen. Da muss man Prioritäten setzen.

Das bedeutet aber nicht, dass der Schutzmann im Veedel abgeschafft wird oder dass die gute Ordnungspartnerschaft, die wir auf der städtischen Seite zwischen Ordnungsamt und Polizei - Ordnungspartnerschaft Ringe - und an anderen Stellen haben, nicht fortgesetzt wird.

Deshalb noch einmal: Ihr Antrag ist überflüssig, weil längst die gute Politik der CDU auf Landesebene entsprechend viel weiter ist. Ich würde mich freuen, wenn Sie genauso eifrig auf Landesebene dabei wären, den Polizisten auch den rechtlichen Rahmen zu geben, ihren Job noch besser zu machen, wie das in anderen Bundesländern gang und gäbe ist.

Wir haben für Folgendes gesorgt: Sie können das selber gern auch einmal sehen, wie die Sicherheitsausrüstung der Polizei im Jahr 2020 ist. Wir haben gute neue Fahrzeuge, die jetzt in der Anschaffung sind - im Übrigen ein Kölner Produkt und kein bayrisches Produkt wie in der Vergangenheit. Also insoweit: Wir tun etwas für NRW, für die Polizei. Dieser Antrag ist überflüssig, und deshalb lehnen wir ihn ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Schwanitz das Wort.

Hans Schwanitz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren! Liebe SPD, was sollen wir mit diesem Antrag machen? - Dieser Antrag ist nicht gut für die politische Kultur in dieser Stadt. Und um ehrlich zu sein, liebe CDU, das haben wir gerade schon an der Rede meines Vorredners gesehen: Das ist, wenn wir so darüber diskutieren, alles kein Glanzpunkt, auch nicht wirklich für die Art, uns sachlich miteinander auszutauschen.

Warum ist das so? - Nicht, weil es eine reine resolutionsmäßige Sache ist; denn das muss manchmal hier auch sein. Es sei zugestanden, dass wir uns zu Themen äußern, auch wenn wir darüber nichts zu entscheiden haben - auch nicht beim Veedelsschutzmann. Ich meine, das mag jetzt alles klingen, als seien wir hier bei Räuber Hotzenplotz oder bei Wachtmeister Dimpfelmoser, aber es ist nicht so, dass es nicht ein wichtiges Thema ist. Das ist in Ordnung, man kann Sachen auch einfach mal herunterbrechen. Aber das, was mich daran wirklich bestürzt, ist, dass die Fachlichkeit völlig herausgegangen ist. Eigentlich haben wir das Ganze gut und oft diskutiert.

Bevor ich inhaltlich darauf eingehe, noch Folgendes: Als im September dieser Antrag gekommen ist, habe ich erst noch gedacht, dass die SPD Äpfel und Birnen nicht sinnvoll auseinanderhalten kann. Inzwischen sehen wir, da uns das Ganze immer noch hier auf der Tagesordnung erscheint: Es ist schon so, dass man uns absichtlich versucht Birnen als Äpfel zu verkaufen in der Manier eines Hütchenspielers. Das ist nicht in Ordnung.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Da ich sozusagen sehr, sehr viel von dem, was der Kollege Petelkau gerade sagte, nicht teile, will ich ganz klar Folgendes nach vorne stellen: Ich bin immer gern der Erste, der dabei ist, auf der kompletten Arbeit des Skandalministers Herbert Reul herumzukritisieren. Das ist wirklich eine Fehlbesetzung. Aber man sollte sich, liebe SPD, dann einen halbwegs relevanten Grund heraussuchen.

Gehen wir kurz in den Antrag. Es ist ja nicht so, dass es keinen sinnvollen Satz darin gibt. Richtig ist: Natürlich ist es wichtig, dass man nicht die verschiedenen Polizeiaufgaben gegeneinander abwägt, ja. Aber natürlich ist es auch so, dass die Polizei, in diesem Falle das Polizeipräsidium, die verschiedenen Aufgaben gegeneinander abwägen muss und dass irgendwie in der Organisation halt die Kräfte eingesetzt werden.

Wenn wir jetzt da beim Veedelsschutzmann hineingehen - Äpfel und Birnen habe ich gerade gesagt -: Es ist die Vermischung des Bezirks- und des Schwerpunktdienstes, woran dieser Antrag krankt. Wir haben einmal die Birnen, das ist der Bezirksdienst, die sind gut, die müssen gestärkt werden. Wir haben im Landtag gerade gefordert, dass die Schlüsselzuweisungszahl von 10 000 Einwohnern auf jeden Fall halbiert werden muss, damit wir die stärken können. Nur, das ist eben auch der Teil, der von dieser Organisationsveränderung nicht, aber auch gar nicht betroffen ist. Das haben wir bereits siebenundzwanzig Mal im Polizeibeirat hoch- und runtergenudelt. Das ist auch einstimmig diesbezüglich gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Jetzt kommen wir zu den Äpfeln: Das sind die Schwerpunktdienste. Die Schwerpunktdienste sind eben nicht der Veedelsschutzmann.

Lieber Gerrit Krupp, es gab ja auch von dir viele gute und kluge Fragen im Polizeibeirat. Wir haben spezielle Ortskompetenzen, spezielle Veedelskompetenzen gut herausgearbeitet. Da ist nichts, was dadurch verlorengeht. Diese Trennung muss man doch polizeifachlich in der Diskussion aufrechterhalten; besonders wenn wir sie so oft angeschaut haben. Das Pooling, das dort gemacht wird, wenn man sagt, es wird dadurch der Wach- und Wechseldienst gestärkt, es wird dadurch die Bekämpfung der Kinderpornografie oder die Gefährderüberwachung gestärkt, das kann man argumentativ so stehen lassen. Insbesondere ist es ja auch im zuständigen Innenausschuss des Landtages fünfundsiebzig Mal gemacht worden. Die ersten drei Mal

war es noch Rot-Grün gemeinsam, bevor dann die Grünen auch keine Lust mehr hatten, den siebten, achten oder neunten Antrag immer wieder zu stellen. Aber tatsächlich: Die SPD hat das Thema ja gut aufgearbeitet im Landtag. Aber auch da hat man eingesehen: Es ist nichts zu holen bei dem Thema.

Ganz konfus - das muss ich wirklich sagen - ist dann, wenn unter dem Veedelsschutzmann-Antrag auch noch die zivilen Einsatztrupps hineinkommen; denn die zivilen Einsatztrupps sind nun wirklich inhaltlich das Gegenteil des Veedelsschutzmanns. Der Antrag ist also wirklich mit sehr heißer Nadel gestrickt worden, um es nett auszudrücken. Ich möchte darum bitten, liebe SPD: Kommt zurück zu einer inhaltlichen und einer sachorientierten Polizeipolitik! Da sind wir Grüne auch gern dabei. Es gäbe bei dem Thema in NRW in Wahrheit sehr, sehr, sehr viel zu tun, weil dieses Ministerium mehr als falsch besetzt ist. Aber dieser Antrag ist Hütchenspielerei oder zumindest kein großes Vermögen. Deswegen bitte ich: Zieht diesen Antrag zurück! Andernfalls müssen wir ihn ablehnen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich würde gern mit einer persönlichen Anmerkung anfangen. Heute geht es nur um Schuldzuweisungen. Ich finde, wir sollten nicht darüber reden, was die SPD einmal gemacht hat und was die CDU einmal gemacht hat. Es geht doch darum, dass wir inhaltlich arbeiten, und ich finde, das sollte unsere Aufgabe sein als Stadträte in diesem Rat hier.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Umorganisation der Polizei, die die Schwerpunktdienste zentralisieren soll, sollte von uns nicht hingenommen werden. Was auf den ersten Blick nach ein bisschen Veränderung aussieht - man könnte ja meinen, ein bisschen Veränderung schadet nicht -, ist auf den zweiten Blick eine Änderung der Ausrichtung der Polizei. Ich sehe das ein bisschen anders als Sie, Herr Krupp. Man kann sich natürlich auch die Frage stellen, die sich jeder hier im Rat stellen sollte: Möchte man eher eine präventions-, sozialraum-, dialogorientierte und kooperationsorientierte Bürgerpolizei, oder möchte man lieber eine repressions-, überwachungs- und kontrollorientierte Polizei haben? Das ist ja die entscheidende Frage hier.

Meine Damen und Herren, die letzten Jahren haben doch gezeigt, dass hier im Stadtrat der Ansatz einer sozialraumorientierten und bürgernahen Polizei große Zustimmung gefunden hat. Mit dieser Veränderung geht die Polizei ein Stück weit von diesem Ansatz weg. Natürlich muss sie es tun, aber sie geht von diesem Ansatz ein Stück weit weg. Das ist aber nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich die CDU und die Grünen gern an die Ratssitzung vom 22.09.2016 erinnern. Sie haben folgenden Ersetzungsantrag gestellt, der mit Mehrheit beschlossen wurde - auch mit unseren Stimmen. Sie sagen - ich zitiere -:

> Der Rat stellt fest, dass es das ausdrückliche Interesse der Stadt Köln ist, die öffentliche Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern. Ausgehend von den früheren Erfahrungen in Köln mit einer sozialraumorientierten und kooperativ vernetzten Polizeiarbeit fordert der Rat die Polizeibehörde auf, dieses Konzept in Köln wieder verstärkt umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiter geht es dann noch um die sozialraumorientierte Polizeiarbeit, was es denn für Effekte hat und wie erfolgreich das ist. Dann heißt es weiter:

> Daher fordert der Rat die Landesregierung auf, die Kölner Polizeibehörde entsprechend personell besser auszustatten.

(Beifall bei der LINKEN)

So, meine Damen und Herren, was besagt jetzt der SPD-Antrag? - Eigentlich gar nichts anderes. Nur heute, 2019, ist es wichtiger als 2016. 2016 gab es diese Pläne überhaupt nicht. Sie haben trotzdem gefordert, dass die Landesregierung die Polizei personell besser ausstatten soll. Und jetzt sagen Sie: Dieser Antrag ist unwichtig, haben wir schon, passiert schon alles. - Das ist aber nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiter möchte ich ausführen: Der Bezirksdienst ist ein landesweiter Standard. Jede Behörde erhält dafür vom Innenministerium eine Planstelle je 10 000 Einwohnern zugeteilt. Diese Stellen dürfen überhaupt nicht reduziert werden. Das wird auch nicht getan, da hat Herr Schwanitz recht. Es geht um die Schwerpunktdienste, dass diese zentralisiert werden, und das ist ein großes Problem. Und, Herr Schwanitz, wir haben uns auch informiert. Natürlich, diese Schwerpunktdienste sind ein großes Problem. Wir haben das im Polizeibeirat gefragt bzw. waren das nicht wir, sondern Herr Krupp hat diese Frage gestellt: Was passiert denn mit den Schwerpunktdiensten? Was passiert denn mit den Milieukenntnissen, den Kenntnissen mit den Akteuren, den ganzen Kooperationen?

Im Nachhinein muss ich sagen, dass das im Polizeibeirat sehr unzureichend beantwortet worden ist. Dass ein Bezirksdienst nicht ausreicht, das wissen wir, Herr Schwanitz. Das weiß auch die SPD. Ich möchte nur daran erinnern, dass das natürlich auch die Grünen im Landtag verstanden haben; denn sie haben ja diesen Antrag auf mehr Bezirksdienst gestellt, je 5 000 Einwohner. Sie haben verstanden, welche Bedeutung die bürgernahe Polizeiarbeit für die Sicherheit der Menschen hat und welche Erfolge dieser Ansatz mit sich bringt. Aber anscheinend haben das die Grünen im Stadtrat Köln nicht verstanden.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass 2004, als diese Bezirks- und Schwerpunktdienste eingeführt wurden, es kleinräumig für Bereiche von 25 000 bis 50 000 Einwohnern war. Da gab es diese bürgernahe, sozialraumorientierte Polizeiarbeit. Das wurde gestärkt, die Kooperation mit dem Ordnungsamt wurde gestärkt und so weiter und so fort, und auch die gezielte Präsenz an Brennpunkten konnte erhöht werden. Mit Wegfall der Schwerpunktdienste durch Zentralisierung werden diese Erfolge zunichte gemacht. Diese Erfolge wird es dann nicht mehr geben. Die bereits fundierten Problem-, Milieu- und Strukturkenntnisse werden damit mit der Zeit immer weniger. Das war auch die Frage von Herrn Krupp im Polizeibeirat: Was passiert mit diesen Kenntnissen?

Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht weniger, sondern wir brauchen mehr sozialraumorientierte und bürgernahe Polizeiarbeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen werden wir als LINKE diesem Antrag zustimmen. Und wenn Sie sich an Ihren eigenen Ersetzungsantrag von 2016 erinnern, dann müssten Sie zwangsläufig auch dem Antrag der SPD heute zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freundinnen und Freunde von der SPD! Dieser Antrag ist unseriös, er ist in der Sache falsch, und er ist nichts anders als Klamauk.

(Beifall bei der FDP)

Warum? - Was die Frage der Seriosität betrifft, lieber Kollege Krupp, muss ich schon sagen: Ich bin sehr erstaunt, dass Sie eine Äußerung des Polizeipräsidenten in einem Nebensatz im Polizeibeirat nehmen - wahrscheinlich nicht Sie persönlich, sondern Ihre Fraktionskollegen - und einen Tag später in einer Ratssitzung daraus einen Dringlichkeitsantrag machen. Lieber Kollege Krupp, ich weiß, Sie sind ein seriöser Mensch, aber hier haben Sie den Bogen überspannt. Der Polizeibeirat ist ein geheimes Organ. Sie haben hier Interna verwendet, um just einen Tag später ohne Not wie Oskar aus der Kiste einen Dringlichkeitsantrag zu stellen. Das kann ich nicht unkommentiert lassen.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten [SPD]: Das war Presselage!)

Sie zielen - -

(Christian Joisten [SPD]: Haben Sie nicht den *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen?)

- Ja, der *Stadt-Anzeiger* war vom 12.09., Herr Kollege Joisten.

Sie zielen in Ihrem Antrag gegen den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Aber Herr Joisten, wenn Sie schon den *Stadt-Anzeiger* vom 12.09. zitieren: Es hat Ihr ehemaliger Amtsvorgänger Herr Börschel in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter Herrn Jacob persönlich wegen dieser Umstrukturierung verantwortlich gemacht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, ob hier nicht noch offene Rechnungen aus Mülheim beglichen werden müssen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Unsachlich: Hier werden Argumente einfach so in den Raum geworfen. Hier wird der Schutzmann gegen den Wachdienst gegen die Schwerpunkteinheiten ausgespielt. Ein Blick in den *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 12. September zeigt: Der Polizeipräsident begründet ausdrücklich diese Umstrukturierung mit den Vorfällen in Lügde, insbesondere Kinderpornografie.

Wenn wir heute den *Kölner Stadt-Anzeiger* lesen, erfahren wir, dass allein die Auswertung eines Handys aus diesem Kinderpornoring aus Bensberg 800 Stunden dauert. Dann wissen wir, dass es hier um eine sinnvolle und eine kluge Entscheidung geht, dort anzusetzen, wo momentan Spezialisten gebraucht werden. Und der heutige Tag ist Beleg genug dafür, liebe Freunde von der SPD, dass euer Antrag an der Sache krachend vorbeigeht.

Last, but not least: Zu sagen, die Personalnot müsse gestoppt werden und es müssten mehr Stellen hinzugefügt werden, ist wirklich Klamauk. Ihr Parteifreund „Jäger-90“ hatte es jahrelang in der Hand, Personal zuzusetzen. Das Gegenteil ist geschehen. Jetzt mit einer so billigen Lösung zu kommen, wir bräuchten nur Personal beizufügen und alles würde gut, ist billig und Effekthascherei. Es ist Klamauk. Und wüsste ich es nicht besser, würde ich Ihnen am Ende meiner Rede nur zurufen: Wenn man keine Ahnung von der Sache hat, sollte man vielleicht keinen Antrag stellen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU - Dr. Gerrit Krupp [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Sehr gerne.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Herr Görzel, lieber Volker, die Unterstellung, in unserem Antrag werde etwas aus dem Polizeibeirat verwendet, was nicht vorher öffentlich gelaufen ist, weise ich aufs Schärfste zurück. Das ist auch einfach eine Unverschämtheit. Ich frage dich jetzt und hier, was in diesem Antrag steht, was nicht vorher in Beantwortung von Anfragen im Landtag, die öffentlich sind, oder in Pressemitteilungen des Polizeipräsidiums schon verlautbart wurde. Was steht in diesem Antrag aus dem Polizeibeirat? Das verstehe ich überhaupt nicht.

Volker Görzel (FDP): Lieber Kollege Krupp, lieber Gerrit, du bringst mich jetzt in eine schwierige Situation; denn ich müsste jetzt hier aus einer Nachfrage aus dem Polizeibeirat zitieren, die ein Mitglied deiner Partei am Ende des Vortrags des Herrn Polizeipräsidenten klarstellend gefragt hat.

(Zurufe von der SPD: Das war nicht die Frage!)

Das war nämlich die Frage, ob es sinnvoll sei, Personal zuzusetzen. Und keine 13 Stunden nach dieser Auskunft erscheint just genau das hier in einem Dringlichkeitsantrag. Lieber Kollege, daher tut es mir sehr leid, aber Sie haben danach gefragt.

(Christian Joisten [SPD]: Das war keine Begründung!)

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Steht in diesem Antrag, dass der Polizeipräsident behauptet hat, es sei besser, Personal zuzusetzen? - Das steht da nicht. Darin steht, dass die SPD fordert, Personal zuzusetzen.

Volker Görzel (FDP): Herr Kollege, bitte haben Sie Verständnis dafür: Der Respekt vor meinem Amt im Polizeibeirat verbietet es mir, hier weitere Auskünfte zu geben. Ich schlage vor, wir klären das im nächsten Gremium. Dem sitzen Sie ja vor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten [SPD]: Das ist aus der Luft gegriffen, Herr Görzel!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren? - Zweite Runde? - Herr Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt wollen wir hier einmal etwas zurechtrücken. Erstens: Was Herr Schwanitz eben erzählt hat, das war allerdings nicht seriös; denn natürlich ist der Bezirks- und Schwerpunktdienst eine Unterstützung für die Veedelspolizisten vor Ort, für den Bezirksbeamten. Auch Ihr Antrag im Landtag bezieht sich ausdrücklich auf die Bezirks- und Schwerpunktdienste. Genau über die reden wir hier. Ob Sie die auch „Veedelsschutzmann“ nennen oder nicht, das ist mir eigentlich gleich. Fakt ist, dass sie den Veedelsschutzmann unterstützen und Bestandteil der Struktur vor Ort sind.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und, lieber Volker, die Nummer hier nehme ich dir wirklich krumm, das sage ich dir. Ich habe hier nichts aus dem Polizeibeirat zitiert. In diesem Antrag steht, dass die SPD mehr Personal für die Polizei in Köln fordert, weil der Polizeipräsident selbst öffentlich erklärt hat, dass er die Leute für den Wach- und Wechseldienst braucht. Genau das ist der Punkt, wo wir sagen: Das darf nicht gegeneinander abgewogen werden, sondern dann muss entsprechend Personal zugesetzt werden. Wo darin eine geheime Information aus dem Polizeibeirat ist, wenn wir mehr Personal fordern, nachdem der Polizeipräsident das öffentlich erklärt hat, leuchtet mir wirklich nicht ein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Es enthalten sich AfD und die Ratsgruppe GUT. Damit wurde diesem Antrag nicht zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln lehnt die Umstrukturierungspläne des NRW-Innenministers bei der Kölner Polizei ab. Er fordert den Innenminister auf, unverzüglich für eine Aufstockung der Stellenzahl bei der Polizei Köln/Leverkusen Sorge zu tragen. Wichtige polizeiliche Aufgaben dürfen nicht gegeneinander aufgewogen werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Enthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe GUT abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Wohnen.Bezahlbar.Machen: Wohnungen über Lebensmittelmärkten bauen - Ausnahmeregelung jetzt beschließen!“ AN/1442/2019

Ich gebe Herrn Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Oberbürgermeisterin hat heute Morgen den Tag eingeleitet mit den Worten: „Wir haben uns für heute viel vorgenommen.“ Sie können diese Ankündigung jetzt wahrmachen in Bezug auf den bezahlbaren Wohnraum und den Antrag der SPD unterstützen.

Herr Frank, Sie lachen. In der Ratssitzung vom 9. Juli 2019 - ich weiß es nicht, ich glaube, Sie waren auch anwesend - war unter TOP 10.21 die Vorlage zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts vorgesehen, eine Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage, um mehr Wohnungsbau zu ermöglichen. Jedoch die nicht nachvollziehbare ablehnende Haltung von CDU und Grünen in den Ausschüssen hat offenbar dazu geführt, dass die Verwaltung, dass die Oberbürgermeisterin ihre eigene Vorlage zurückgezogen hat. Eine Erklärung dafür, Frau Oberbürgermeisterin, sind Sie der Kölner Bevölkerung, die unter der zunehmenden Wohnungsnot leidet, insgesamt bisher schuldig geblieben.

Wir, die Sozialdemokratie, haben jedoch weiterhin den festen Willen, diesen Vorschlag Ihrer Verwaltung zu unterstützen. Er griff akzeptabel den einstimmigen Ratsbeschluss von vor einem Jahr auf, Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen zu überdachen - ursprünglich ein SPD-Antrag, und dann mit einstimmigem Ratsbeschluss hier verabschiedet.

Der Ihnen jetzt vorliegende Antrag steht in einer konsequenten Reihe des Verwaltungsvorschlages sowie des einstimmigen Ratsbeschlusses und unseres Ratsantrages betreffend: Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen überdachen. Wir wollen nämlich damit Lebensmittelmärkten in bebauten Gebieten auch außerhalb von Zentren erlauben, ihren Markt zu erweitern, wenn diese zusätzlich zu ihrer Markterweiterung Wohnraum schaffen. Wir halten dies angesichts großer Flächen, die oft eingeschossige Märkte heute mit ihren großzügigen Parkplätzen einnehmen, für ein geeignetes Instrument, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. Die Verwaltung hatte im Wirtschaftsausschuss 48 Standorte als Zahl möglicher Anwendungsfälle dieser Ausnahmeregelung genannt. Vorsichtig geschätzt wären das etwa 1 000 oder mehr neue Wohnungen über Supermärkten, wenn die Ratsmehrheit das nicht blockieren würde. Gerade deswegen wollen wir jetzt den ersten Schritt machen, um Wohnen auf diese Art und Weise durch eine effektivere Ausnutzung von Flächen zu ermöglichen.

Warum jetzt? Warum können wir nicht auf die Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes warten, wie ich von einigen von Ihnen gehört habe? - Ich möchte Ihnen ein gutes Argument dafür nennen. Das neue Einzelhandels- und Zentrenkonzept wird, wenn es dann einmal fertig vorliegt, zahlreiche Fachausschüsse und sämtliche Bezirksvertretungen durchlaufen müssen. Mit einer schnellen Entscheidung ist erfahrungsgemäß nicht zu rechnen. Beim letzten Mal hat die Stadt Köln dafür, glaube ich, über drei Jahre gebraucht.

Wir meinen, wir sollten darüber hinaus auch überlegen, mutiger zu sein und die Ausnahmeregelung auch auf Neuansiedlungen von Lebensmittelmärkten anwenden; ebenso ob das Drehen an der Stellschraube der maximal zulässigen Kaufkraftabschöpfung noch mehr Potenzial für den Wohnungsbau heben kann. Wir würden da gerne ran, wenn die Verwaltung zu dem Schluss kommt, man kann es wagen, ohne bestehende Zentren zu gefährden. Das Ergebnis kann auch sein, dass man es bleiben lassen sollte oder allenfalls im Einzelfall eine Ausnahme macht. Wir sind gespannt. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg gehen!

Falls der Einwand kommt, dass der Einzelhandelserlass von der 35-Prozent-Quote bei der Berechnung der Supermärkte ausgeht, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Diese Quote ist das Ergebnis der Anfang des Jahrtausends von der Bundesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe Strukturwandel im Lebensmitteleinzelhandel gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO - so hieß die wirklich -, bestehend aus Vertretern von Bund, Ländern, Gemeinden und Einzelhandelsverbänden. Diese Quote ist aber keineswegs einbetoniert, wie die Verwaltung zuletzt mit Schreiben an die Fraktionen zu behaupten scheint. Ich verweise hier nur auf den Masterplan Einzelhandel der Stadt Dortmund, der eine Quote von 75 bis 85 Prozent vorsieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Ablehnung des Antrages würde sicherlich in das Bild passen - der Fraktionsvorsitzende der SPD hat es heute Vormittag erwähnt -, dass man in den letzten Monaten - ich habe gehört, bei den Grünen wollte man es gar nicht so richtig glauben - über 2 000 Wohneinheiten im Sommer verhindert hat: 1 400 Wohnungen sind das Potenzial der Supermärkte, 300 Wohnungen im Bereich Geschosswohnungsbau Sürther Feld, wo Sie eine höhere Ausnutzung abgelehnt haben, 300 Wohnungen an der Friedensstraße in Elsdorf und weitere 600 bis 700 Wohnungen am Fernsehturm Colonius. Sie können das nachrechnen. Es ist nicht aus der Luft gegriffen.

Die fortschrittlichen Kräfte im Kölner Rat jedenfalls wollen Wohnen bezahlbar machen. Unterstützen Sie uns bitte dabei, um unseren Antrag und damit auch den ursprünglichen Vorschlag der Oberbürgermeisterin und ihrer Verwaltung zu unterstützen. Mein Appell richtet sich auch an Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin: Stimmen Sie heute für die Vorlage, die Sie bereits im Sommer dieses Jahres für richtig befunden und mit Ihrer Unterschrift freigezeichnet haben! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Frenzel! Der Antrag, den die SPD heute vorgelegt hat, ist eine hartnäckige Wiederholung des Antrags vom 20. März 2018 nach dem Motto: Was konnten wir bisher nicht durchbekommen und kann erneut auf dem Tisch serviert werden, nur mit mehr Konzentration auf Einzelhandel? Klar, es serviert sich natürlich besser, indem man auch Negativzahlen untermischt. Dabei lassen Sie aber komplett außer Acht, wie diese Zahlen zustande kommen und welche Verantwortung die SPD dabei hat.

Ja, es ist richtig, dass in den letzten drei Jahren - ich betone: drei Jahre - nur 12 405 Wohnungen realisiert wurden. Das sind im Durchschnitt 4 251 Wohnungen pro Jahr. Baugenehmigungen sind in diesem Zeitraum - auch in drei Jahren - 12 754 erteilt worden. Im Durchschnitt sind das pro Jahr 4 133. Lege ich dabei Ihre Regierungszeit von 2010 bis zum 31.12.2014 zugrunde, haben Sie pro Jahr lediglich 3 070 Wohnungen realisiert -

(Michael Frenzel [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- ich sehe Sie, aber ich möchte gerne zu Ende ausführen - und nur 3 503 Baugenehmigungen. Das sind über 1 000 Wohnungen und über 1 000 Baugenehmigungen weniger. Das kann man auch nachrechnen, lieber Kollege Frenzel.

Das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen. Deshalb lassen Sie doch ein-

fach einmal die Schwarzmalerei, da alle Daten beweisen, dass sowohl die Zahl der Baugenehmigungen als auch die Zahl der Baufertigstellungen jährlich steigen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Im Jahr 2018 haben wir ein Rekordhoch erreicht, und das auch im sozial geförderten Bereich. Da ist die jetzige Kooperation viel besser unterwegs.

Köln ist eine beliebte Stadt. Wir alle haben uns für das Wachstum ausgesprochen. Und einmal ganz ehrlich, liebe SPD: Wachstum findet nicht erst seit drei Jahren statt. Die SPD hätte, als sie noch in der Verantwortung war, erkennen müssen, dass die Bevölkerungszahlen ansteigen und dass sie Maßnahmen ergreifen muss. Wie heute Morgen unser Fraktionsvorsitzender in der Haushaltsrede gesagt hat - ich zitiere -: Wohnungsbau findet nicht über Nacht statt. - Wir benötigen ein systematisches Vorgehen auch im Einklang mit dem Einzelhandelskonzept, wobei das nicht bedeutet, dass Ausnahmen nicht möglich sein sollten.

Um all diese Facetten zu berücksichtigen, müssen sich die Fachausschüsse Stadtentwicklung und Wirtschaft damit auseinandersetzen. Hierhin gehört die Debatte.

Lieber Kollege Frenzel, ich verstehe nicht, dass sie jedes Mal diesen Weg umgehen. Sie sind fachpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion im Stadtentwicklungsausschuss. Ihr Kollege Herr van Geffen ist Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss. Dennoch scheuen Sie es offenbar, diese wichtige Debatte zuerst in den Fachausschüssen zu führen, wo sie eigentlich geführt werden muss, und beschäftigen immer erst den gesamten Rat. Doch das verzögert meiner Meinung nach den notwendigen Prozess und die Schaffung von mehr Wohnraum umso mehr und ist auch unnötig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass Kölns Wachstum anhält. Das setzt uns alle unter großen Handlungsdruck. Damit es vorangeht und fachlich über die Überbauung von Supermärkten diskutiert wird, werden wir den Antrag in die Fachausschüsse verweisen, zumal die Verwaltung aktuell an einer bezirksweiten Untersuchung arbeitet, wo Überbauungen von Supermärkten auf Flächen mit vorhandener Bestandsstruktur möglich sind, wie wir auch letztes Jahr im Rat beschlossen haben. Die Untersuchung liegt uns noch nicht vor.

Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam - das ist ein Angebot an Sie, lieber Kollege Frenzel - einen guten Weg finden, für mehr Wohnungsbau zu sorgen. Wir bieten Ihnen an, gemeinsam strategisch an die Sache heranzugehen und dabei städtebauliche, planungs- und baurechtliche Aspekte sowie Aspekte des Einzelhandels zu berücksichtigen. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat hat jetzt das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe SPD! Ich habe heute schon den ganzen Tag das Gefühl, ich befinde mich in einer Zeitschleife, weil lauter Themen aufpoppen, die immer wieder und wieder hier aufgekocht werden.

Sie haben jetzt im ersten Teil Ihres Antrags quasi den Text der Verwaltungsvorlage stehen, die schon im Sommer dieses Jahres in zwei Fachausschüssen abgelehnt wurde. Im zweiten Teil Ihres Antrags wollen Sie der Verwaltung einen neuen Arbeitsauftrag erteilen, den ich tatsächlich sehr kritisch sehe. Zu einem Teil liegen gar keine Daten dafür vor, die Sie da haben wollen, und müssten erst aufwändig ermittelt werden. Zum anderen Teil sind diese gar nicht zu ermitteln. Sie versuchen damit, der Verwaltung sehr viel Arbeit zu machen. Wir würden es tatsächlich bevorzugen, wenn gerade dieses Amt in der Verwaltung sich verstärkt mit der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts stattdessen beschäftigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Dr. Ralph Elster [CDU])

Das ist ja ein Konzept, das der Rat der Stadt Köln einmal in Auftrag gegeben hat. Es ist 2013 schon verabschiedet worden. Es war uns immer eine supergute Arbeitsgrundlage. Es hat verlässliche Eckpunkte gesetzt. Es war für Rat, Verwaltung, Investoren nachvollziehbar, aufgrund welcher Bedingungen wir welche Entscheidungen getroffen haben. Es ist wirklich sehr wichtig - das sage ich auch in Richtung Verwaltung -, dass wir für dieses Konzept endlich eine Fortschreibung

bekommen und dass es angepasst wird an diese wachsende Stadt.

Ich möchte hier noch einmal sehr, sehr deutlich sagen, wie eilig es ist. Deshalb würde ich einfach an Sie appellieren, die Arbeitskraft dieses Amtes auch in dieser Richtung zu stärken und nicht mit Nebenschauplätzen zu belegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Ralph Sterck [FDP])

Ich möchte die SPD noch einmal daran erinnern: Es gab bereits letztes Jahr, am 20. März 2018, einen Ratsbeschluss, der genau die Überbauung von Supermärkten und Parkplätzen befördern sollte. Das ist keine Erfindung der SPD. Wir wollen das alle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Ralph Sterck [FDP])

Alle in diesem Rat wollen, dass der Wohnungsbau möglichst schnell vonstattengeht, und die Überbauung von einstöckigen Supermärkten gehört natürlich dazu, die von Parkplätzen auch. Daher: Es gibt da gar keinen Dissens.

(Christian Joisten [SPD]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Ich würde aber sagen: Für diesen Ausnahmebeschluss, den Sie haben wollen, und für Punkt 2 Ihres Antrages sowieso gibt es momentan hier im Rat keinen Grund. Ich würde Sie bitten, das Thema mit uns tatsächlich noch einmal in den Fachausschüssen zu diskutieren - so, wie Frau De Bellis-Olinger das vorgeschlagen hat.

Diese Diskussion am Leben zu erhalten und weiter zu köcheln, wie Sie es versuchen, hat tatsächlich den Vorteil, dass es ja auch bei uns allen immer weitergeht und in dem Moment, wo wir die Fortschreibung bekommen, wir alle bereit sind zur Entscheidung.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich glaube nicht an die drei Jahre, nein. Das war das erste Konzept. Da wusste noch niemand, wie man damit umgehen sollte, welche Bedingungen es gibt und was man dabei alles beachten muss. Jetzt bekommen wir eine Fortschreibung für ein tatsächlich bereits bewährtes Instrument. Ich denke, auch in den Bezirksvertretungen wird das sehr viel schneller gehen als das letzte Mal. Ich bin guter Hoffnung und dank meines Optimismus bin ich ganz sicher, dass wir das noch in dieser Wahlperiode hinkriegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Ralph Sterck [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist das natürlich eine gute Idee, wenn man sagt: Wir haben hier einen ALDI oder einen Lidl, einen Eingeschosser mit Platz und mit Parkplatz darum herum, da stocken wir etwas auf und bauen Wohnungen. - Es zeigt sich aber, dass es relativ komplex ist.

Man kann häufig nicht einfach etwas darauf bauen, weil die Statik es oft nicht erlaubt, sodass der Markt gegebenenfalls abgerissen und neu gebaut werden muss. Genau das wissen die Betreiber der Discounter auch und nutzen die Gelegenheit in ihrer Argumentation, um zu sagen: Wenn wir oben schon Wohnungen bauen, dann wollen wir auch unten die Verkaufsfläche vergrößern. - Aus Sicht der Betreiber der Discounter ist das sogar nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass sich das Sortiment der Discounter in den letzten Jahren vervielfacht hat. Es ist ja nicht so wie früher, dass es bei ALDI nur Zucker und Mehl gibt, sondern dort gibt es heutzutage fast alles.

Wir haben mit denen gesprochen, Lidl und ALDI waren also bei uns. Wir haben alle angesprochen, und sie haben natürlich schon sehr auf die Tränendrüse gedrückt und gesagt: Ja, wenn wir oben schon etwas bauen, dann müssen wir unten auch mehr verkaufen. - Dieser Argumentation konnten wir nicht ganz folgen, zumal wir ja feststellen, dass man im Wohnungsbau zurzeit doch ganz ordentliche Rendite erwirtschaften kann, zumal wenn einem das Grundstück unten schon gehört.

Wir bewegen uns bei der ganzen Sache, wie ich finde, in einem relativ schwierigen Interessenkonflikt. Denn wir haben ja das Einzelhandel- und Zentrenkonzept nicht einfach so erfunden, sondern es hat einen ganz wesentlichen und wichtigen Grund, nämlich dass wir die Nahversorgung in den Stadtteilen und kleinen Zentren erhalten wollen. Da ist es mehr als logisch, dass ein relativ großer Discounter, wenn wir diesen in relativer Nähe haben, zumindest die Gefahr mit sich bringt, das, was im Stadtteil noch an Kaufkraft vorhanden ist, zu absorbieren und somit das Nahversorgungszentrum kaputtzumachen.

Deswegen müssen wir da sehr vorsichtig sein. Zumal wir uns, denke ich, alle wünschen, Nahversorgung zu gewährleisten für Menschen, die vielleicht nicht automobil sind oder die aufs Auto verzichten, um ihre Bedürfnisse des täglichen Bedarfs fußläufig befriedigen zu können.

Der vorliegende Antrag von der SPD will nun überprüft haben, ob es nicht möglich ist, die Kaufkraftabsorbierung der Discounter in der Nachbarschaft sehr weit nach oben zu treiben. Unsere Auffassung ist es, dass man da sehr vorsichtig sein muss. Es ist ja die Rede von den 35 Prozent bis auf 80 Prozent. Das zu erhöhen halten wir für gefährlich. Deswegen können wir diesem Antrag hier heute leider nicht folgen, obgleich uns der Wohnungsbau natürlich wie vielen anderen hier auch sehr wichtig ist.

Was uns an dem Antrag auch noch etwas gestört hat, ist ein Aspekt in der Begründung, in der ausgeführt wird, dass es wichtig wäre, das hier und heute zu beschließen, weil der umständliche Prozess in den Fachausschüssen und in den Bezirksvertretungen gegebenenfalls zu langen Verzögerungen führt. Das finden wir nicht richtig. Das ist ein hochsensibles Thema. Man braucht gerade hier die Expertise der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter, um sagen zu können: Okay, hier kann man vielleicht über eine Ausnahme nachdenken, aber da bitte nicht. - Daher können wir dem Antrag hier heute leider nicht folgen. Wir würden uns aber freuen, wenn wir im Fachausschuss die Gelegenheit hätten, das sehr qualifiziert im Detail und vielleicht auch am Einzelbeispiel zu diskutieren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich raucht den Ratsmitgliedern, die nicht im Stadtentwicklungsausschuss sind, jetzt so ein bisschen der Kopf ob der Fachdiskussion, die hier losgegangen ist. Das ist genau die Kritik, die auch die Kollegin De Bellis-Olinger und die Kollegin Pakulat hier angebracht haben, dass eine solche Debatte eigentlich in den Fachausschuss gehört. Aber die SPD steht sich natürlich selbst ein bisschen im Wege mit der Selbstverpflichtung, immer etwas Neues zum Wohnungsbau zu bringen. Dann wird es halt auch inhaltlich immer dünner. Das muss ich sagen. Dann kommen solche Dinge dabei heraus, über die wir eigentlich im Stadtentwicklungsausschuss gesprochen haben in einer Fachdebatte zur entsprechenden Verwaltungsvorlage, die hier ja schon angesprochen worden ist. Es gab auch gute Gründe, warum wir diese dort nicht beschlossen haben. Es gab die entsprechenden Stellungnahmen der Betreiber mit den vier Buchstaben, über die wir hier heute reden, die gesagt haben: Das ist zwar gut gemeint, aber es bringt nicht viel. - Ich glaube, wir hatten Zuschriften von zweien dieser Betreiber, die gesagt haben: Wir haben in Köln einen einzigen von diesen 48 Standorten, die die Verwaltung genannt hat, identifiziert, auf den dieses Kriterium zutrifft. - Da muss ich sagen, Herr Frenzel, wenn Sie jetzt hier mit Ihren Wohnungszahlen um sich schmeißen und einen Finger auf die Ratsmehrheit zeigen, die hier angeblich irgendwelche Wohnungen verhindert hat, dann zeigen aber drei Finger auf Sie zurück. Wenn wir nämlich bei den Supermärkten davon ausgehen, dass es nur noch ein oder zwei Fälle in Köln betrifft, dann reden wir nicht über 1 400 Wohnungen, die dort geschaffen werden können, sondern vielleicht über gute 100, die dabei nachher herauskommen.

Wenn Sie das Sürther Feld ansprechen, dass wir dort keine Vergabe gemacht haben: Aber es sind doch gerade Ihre Konzeptausschreibungen, die Sie dort vorgeschrieben haben, worauf sich nachher kein einziger Investor mehr gemeldet hat, -

(Beifall bei der FDP)

- weil wir die Bedingungen so hochgeschraubt haben. Das waren 300 Wohnungen, die Sie dort angesetzt haben.

Bei der Subbelrather Straße ist es doch die Frage mit dem Kooperativen Baulandmodell und den Problemen, die wir dort haben, wenn eine Auflage gemacht wird, dort sozialen Wohnungsbau zu machen, was mit den Landesbestimmungen nicht übereinstimmt und wo der Investor sagt - das ist genau das, was ich heute Morgen in meiner Rede gesagt habe -: Wisst ihr was, Freunde, ich kann dahin auch ein Hotel bauen, das ist gar kein Problem, dann kriegt ihr keine 700 Studentenwohnungen. - Daran sind Sie von der SPD doch mitschuldig, die mit verhindern, dass wir Wohnungsbau an dieser Stelle entsprechend realisieren. Deswegen ärgert es mich, dass Sie hier von 2 400 Wohnungen reden, die angeblich nicht gebaut wurden. Denn es sind

Wohnungen, die auch auf Ihrem Kerbholz sind, warum wir an der Stelle nicht weiterkommen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Debatte im Stadtentwicklungsausschuss führen, dann können wir es auch ein bisschen weniger aufgeregt tun. Wir haben dort ja ein sehr gutes Arbeitsklima. Ich glaube, dass wir eine gute Lösung finden. Ich glaube, dass wir da noch nacharbeiten müssen, dass wir mit dem Instrumentarium, wie es ursprünglich von der Verwaltung vorgesehen war, nicht so weit kommen - schon gar nicht auf die 1 400 Wohnungen. Wir müssen ein Instrumentarium finden, womit wir Anreize schaffen, dass auch im Bestand Dinge aufgestockt werden. Damit tun sich die Betreiber entsprechend schwer. Deswegen müssen wir da entsprechende Möglichkeiten schaffen. Das ist aber eine Debatte, die wir nicht heute hier führen, sondern die führen wir dann im Theo-Burauen-Saal im Stadtentwicklungsausschuss. Auf die Debatte freue ich mich; da gehört sie hin. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie jetzt versucht haben, sich mit unserem Antrag auseinanderzusetzen. Es waren einige ganz gute Punkte dabei. Es hat mich aber auch einiges, muss ich ehrlich sagen, ein bisschen enttäuscht.

Als Erstes: Herr Sterck, diese Fachdiskussion haben wir im Stadtentwicklungsausschuss geführt und auch beendet mit einem Beschluss. Sie haben es ja selbst erwähnt. Insofern wäre unsere Erwartung gewesen, dass wir diese Vorlage dann anschließend hier in den Rat bekommen, was allerdings nicht passiert ist, deswegen noch einmal unsere Initiative.

Es ist richtig, ich habe hier das Schreiben von ALDI - ich glaube, das kann man sagen -, die sagen: ein Markt Potenzial. Wir haben auch mit anderen Discountern gesprochen, die gesagt haben, dass sie auf Anhieb Potenzial für einen und zwei weitere Märkte haben, von denen sie auch ausgehen, dass sie es machen können. Und es gibt noch mehr davon.

(Ralph Sterck [FDP]: Wenn Sie dieses Schreiben haben, wie können Sie denn dann von 1 400 Wohnungen reden?)

- Das ist doch Quatsch, was Sie sagen.

(Ralph Sterck [FDP]: Es ist doch Quatsch, was Sie erzählen!)

Es gibt ein Gutachten zum Potenzial von Wohnungen auf Lebensmitteleinzelhandelsflächen. Ich kann Ihnen das gern zur Verfügung stellen, Herr Sterck, dann können Sie sich einlesen. Dieses Gutachten sagt: 80 bis 100 Wohneinheiten pro Markt. Wenn Sie davon ausgehen, dass es in Köln vielleicht weniger am Ende sind, dann glaube ich Ihnen das auch. Wenn wir davon ausgehen, dass es mehr als einen Discounter in der Stadt gibt - ich nehme einmal an, dass wissen auch Sie, Herr Sterck -, dann ist es doch ganz klar, dass es ein erhebliches Potenzial für Wohnungen auf Lebensmitteleinzelhandelsflächen gibt. Ich lasse mich, ehrlich gesagt, auch nicht davon abbringen; denn wir haben ja auch als Rat gemeinsam diesen Beschluss gefasst, lieber Herr Sterck, wenn Sie sich daran erinnern.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Aber sollten wir nicht die Untersuchung abwarten?)

Das ist genau der Punkt, warum wir uns jetzt mit diesem Thema auseinandersetzen: weil wir diesen Beschluss gemeinsam gefasst haben und eine Verwaltungsvorlage, die uns einen Vorschlag genau für diese Umsetzung macht, jetzt in der Schublade verschwinden soll bis zur Vorlage des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts. Offensichtlich ist das die Meinung, die Frau Pakulat vertreten hat, also die Ratsmehrheit. Da sage ich: Das ist nicht unsere Meinung. Wir sind der Meinung, wir brauchen den bezahlbaren Wohnraum jetzt und nicht erst, wenn wir irgendwann eine Neuauflage des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Weisenstein, zu den 85 Prozent: Ich habe das nur als Beispiel gebracht, was die Dortmunder machen. Ich sehe das nicht unbedingt als Maßgabe für Köln an. Ich wollte damit nur ausdrücken, dass wir über die 35 Prozent nachdenken sollten. Wir könnten ja am Ende zu dem Schluss kommen, wir belassen es dabei, aber es würde natürlich das Potenzial noch einmal erhöhen, wenn wir von einer anderen Zahl als 35 Prozent ausgingen, wie es im Moment die Verwaltung tut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Michael Frenzel (SPD): Ja, natürlich. Selbstverständlich. Dafür bin ich ja da.

Ja, Frau De Bellis-Olinger, ich wäre sonst auch gleich noch nach unten zu Ihnen gekommen. Sie haben ja auch noch etwas dazu gesagt.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Wir können uns auch gleich noch separat unterhalten.

Herr Kollege Frenzel, Sie vermischen da zwei Dinge miteinander. Bei dem Beschluss vom 20. März, in dem es um die Überbauung von Supermärkten und Parkplätzen ging, haben wir doch gemeinsam beschlossen, dass die Verwaltung im gesamten Stadtgebiet die Untersuchung durchführt. Jetzt sagen Sie - ich verkürze es einfach einmal -: Es gibt ein Gutachten, das kann man auf die Stadt Köln herunterbrechen. - Das mag ja sein. Meine Frage dazu: Das heißt, Sie sind jetzt der Auffassung, dass die Verwaltung die Untersuchung stoppen sollte, weil sie nicht mehr benötigt wird?

Michael Frenzel (SPD): Nein, Frau De Bellis-Olinger, ich glaube, da haben Sie etwas grundlegend falsch verstanden, wie auch vorhin bei den Zahlen, aber dazu gleich noch etwas. Ich will überhaupt nicht, dass die Verwaltung ihre Arbeit stoppt; denn sie hat die Arbeit ja gemacht. Wir haben ihr einen Ratsauftrag gegeben, dann kam sie mit einer Vorlage bzw. mit einem Umsetzungsvorschlag zu uns, und dann soll der nicht umgesetzt werden. Deswegen stellen wir unseren Antrag, weil wir nämlich der Meinung sind, dass das Bauen auf Supermärkten weiterverfolgt werden sollte.

Und, Frau De Bellis-Olinger, noch ein Hinweis: Sie haben vorhin Zahlen vorgelegt. Die Zahlen waren falsch. Sie hatten darin einen Rechenfehler. Sie haben nämlich die Bauleistung der Jahre 2016 bis 2019 an fertiggestellten Wohnungen durch drei multipliziert.

(Zurufe: Durch multipliziert?)

Dividiert - Dabei kommt ein anderes Ergebnis heraus. Es sind nämlich 2 800 Wohnungen. 2016 waren es 2 387. Es waren keine 4 000 pro Jahr.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Da sieht man doch, wie nötig es ist, das im Fachausschuss zu diskutieren, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Elster, wir haben die Diskussion im Fachausschuss geführt. Das war eine Ratsvorlage. Die nächste Beschlussfassung wäre im Rat gewesen, und deswegen liegt das Ihnen jetzt hier vor und Sie können sich dazu verhalten, indem Sie diesem Vorschlag zustimmen.

Ich möchte nur sagen: Frau De Bellis-Olinger, ich bin, ehrlich gesagt, etwas überrascht über die Diskussion. Denn meiner Meinung nach hätte ich mir mehr Entgegenkommen für unseren Antrag vorstellen können, weil er nämlich sachgerecht den Vorschlag der Verwaltung aufnimmt und zusätzliche Aspekte - die Kritik, die Herr Sterck erwähnt hat - von den Betreibern aufnimmt. Deshalb bitte ich Sie noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind in der zweiten Runde, meine Damen und Herren. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will gar keine große Runde aufmachen, aber Herr Frenzel wirft ziemlich viel mit Nebelkerzen und setzt hier Zahlen in die Welt, die keine Grundlage haben.

Also, erstens ist das Gutachten, von dem er spricht, kein Gutachten, das sich auf Köln bezieht. Zweitens hat es ein Angebot eines großen Discounters gegeben, der aber fünf Buchstaben hat; nur um das einmal deutlich zu machen. Dieser möchte seine Einzelhandelsfläche von 530 Quadratmeter auf 1 300 Quadratmeter vergrößern und schafft uns dafür 35 Wohnungen. Nur, um das einmal klar zu haben: Er will die Nebensortimente erweitern und würde natürlich mit seiner mehr als Verdopplung den eigentümergeführten Einzelhandel abschnüren. Das ist die Realität. Deshalb kann es nicht sein, dass wir solche seltsamen Geschäfte einfädeln.

Wenn ein Discounter ein Grundstück hat und bauen möchte, dann kann er das. Dann soll er eine Bauvoranfrage stellen und zu den Ämtern gehen, und dann kann er natürlich auf seinem Grundstück auch Wohnungen bauen. Dazu be-

darf es keiner Veränderung des Einzelhandelskonzeptes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das muss man hier einmal klarstellen.

Dieses Modell der Verwaltung hat in den Ausschüssen keine Mehrheit gefunden. Das kommt schon einmal vor. Deshalb ist es auch nie mehr im Rat aufgetaucht. Das ist so. Mehrheit ist Mehrheit. Deshalb ist es völlig verkehrt, wenn jetzt hier Herr Frenzel darüber Krokodilstränen weint.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht, meine Damen und Herren. Dann lasse ich zunächst über den Verweisungsantrag der CDU, dem sich aber, glaube ich, auch andere Rednerinnen und Redner angeschlossen haben, abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Verweisung? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er so verwiesen, und ich muss über den Ursprungsantrag nicht mehr abstimmen lassen.

I. Verweisungsantrag der CDU-Fraktion

Beschluss:

Der Antrag wird in den Wirtschaftsausschuss und in den Stadtentwicklungsausschuss als zuständige Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

II. Ursprungsantrag der SPD-Fraktion

Die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion hat sich somit erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Abschaltung der Pförtnerampel“

AN/1502/2019

Ich gebe zunächst Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Frau Verkehrsdezernentin, ich nehme an, Sie waren in den letzten Tagen auch mal morgens vor Ort in Weiden West an der Aachener Straße und haben sich die Situation dort einmal angeschaut, die Sie mit Ihrer Vorlage erzeugt haben.

Ich war am Montag dort und habe mir das angesehen. Den Herrn, von dem ich vorher in der Zeitung gelesen habe, der dort mit der Hand die Schaltung umlegt, habe ich nicht mehr angetroffen; anscheinend hat das mit dem Anbinden an den Verkehr - das ist schon einmal ein Fortschritt; insbesondere bei dem schlechten Wetter - geklappt.

Ich habe dann versucht, dort einen gewissen Rhythmus abzuzählen. Es soll immer 80 Sekunden rot sein; ich konnte das aber nicht feststellen. Deswegen nehme ich an, dass die Verwaltung von ihrem ursprünglichen Ansinnen, dort den Verkehr in dieser Form zu blockieren, abgerückt ist. Es sollten 500 Fahrzeuge pro Stunde weniger sein.

Frau Blome, das wäre jetzt auch meine Frage an Sie: Wie häufig ist dort pro Stunde nach der Regelung, die Sie jetzt programmiert haben, länger als 22 Sekunden grün? Wie viele Fahrzeuge können jetzt wirklich diese Stelle entsprechend passieren? Kommen Sie Ihrem Ziel von 500 Fahrzeugen dort entsprechend nahe?

In jedem Fall merkt man schon nach den wenigen Tagen und Wochen, die diese Pförtnerampel in Betrieb ist, dass es sich hier um einen Schildbürgerstreich in doppelter Hinsicht handelt. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir uns hier als Stadt Köln den Vorwurf gefallen lassen müssen von unseren Nachbarkommunen, die Stadt Köln würde in dieser Form asozial vorgehen, weil die Nachbarkommunen nicht eingebunden sind - das ist ein formaler Akt - und weil wir unsere Verkehrsprobleme und unsere Umweltprobleme nicht nur in den Nachbarkreis verlagern wollen, sondern sie damit auch noch entsprechend verstärken, weil die Verkehrsprobleme und die Umweltprobleme natürlich größer werden, wenn man den Verkehr an dieser Stelle abwürgt.

Dafür haben wir uns auch Probleme im eigenen Stadtgebiet eingefangen: Die Seitenstraßen sind natürlich entsprechend überfüllt. Auch das kann man leicht beobachten anhand der Umwegfahrten, die dort vorgenommen werden. Das löst bei unseren Kölnerinnen und Kölnern, die davon betroffen sind, natürlich zusätzliche Belastungen aus, die man gerade den Bürgerinnen und Bürgern, die in Junkersdorf vom Verkehr belastet sind, ersparen würde. Die Bürgerinteressengemeinschaft ist heute hier vertreten und kann das sicherlich gern bestätigen.

Also: Die Pförtnerampel ist schon heute gescheitert, meine Damen und Herren. Deshalb sagen wir als FDP: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Lassen Sie uns das heute beenden und die Pförtnerampel abschalten. Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag in diesem Sinne zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor ich jetzt die Verkehrsdezernentin bitte, dazu Stellung zu nehmen - sie kann vielleicht schon einmal ans Mikrofon kommen, wenn sie sich nicht dafür entscheidet, vom Platz aus zu antworten -, möchte ich Sie einmal daran erinnern, und zwar alle miteinander, dass es uns gelungen ist, das Dieseleinfahrverbot in der ganzen Umweltzone abzuwenden.

(Beifall bei der CDU)

Dass natürlich Maßnahmen erforderlich sind, die wir alle sonst vielleicht nicht in Betracht gezogen hätten, muss man auch sehen. Ich bitte Sie wirklich, das zu berücksichtigen und hier auch eine Wertung, was sozial oder weniger sozial sei, nicht vorzunehmen. Die Menschen, die zu uns wollen und kommen, bringen ihre Luftverschmutzung auch mit. Schließlich kommen sie nicht alle mit dem Fahrrad.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch nicht!)

Frau Blome.

Beigeordnete Andrea Blome: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich ist diese Dosieranlage, sprich Pförtnerampel - oder wie auch immer Sie es nennen wollen -, kein Selbstzweck, sondern dient dem Auftrag, den der Rat uns erteilt hat, nämlich dass die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner höchste Priorität hat und dass wir selbstverständlich im Zuge der Aufstellung des Luftreinhalteplans aufgefordert waren, Maßnahmen an allen Hotspots in dieser Stadt vorzunehmen.

Durch die Maßnahme, die wir in Weiden West ergriffen haben, nämlich die Dosierung des Verkehrsflusses, also den Verkehrsfluss auf der Aachener Straße selbst, ist festzustellen, dass sich der Verkehrsfluss auf der Aachener Straße verbessert hat. Überstauungen von Kreuzungen sind nicht mehr vorhanden, dadurch ist der Verkehr auch flüssiger, und er ist auch weniger gefährlich geworden.

Insofern geht es auch nicht darum, die 500 Autos abzuzählen, sondern es geht darum, permanent zu überwachen - das tun wir jetzt von der Zentrale aus -, dass die Bonnstraße nicht überstaut wird. Wir brauchen auch nicht dorthin zu gehen, weil wir das im Verkehrslagebericht ablesen können. Heute Morgen habe ich einen Screenshot von 7.31 Uhr mit grünen Flächen bekommen, sprich: Es war dort kein Stau. Es wird sich auch die Situation dort einspielen - wie alle Situationen.

Außerdem ist es auch so, dass wir im November im verkehrsreichsten Monat sind. Die Autobahnen sind ohne Ende zugestaut, was ich als Betroffene auch selbst jeden Tag feststellen kann.

Insofern hat diese Anlage ihren Zweck erfüllt. Wir haben das auch in die entsprechenden Prognosen eingerechnet. Das Oberverwaltungsgericht hat uns noch weitere Hausaufgaben für verschiedene Hotspots in dieser Stadt mitgegeben. Weiden West ist nicht mehr dabei, sodass auch das Gericht anerkannt hat, dass die Maßnahmen, die wir dort getroffen haben und die wir auch an den Luftmesswerten ablesen werden können, gegriffen haben. Daher kommt dort - sagen wir es einmal so - die Drohung von streckenbezogenen Dieselfahrverboten - dieses Thema ist noch nicht ganz vom Tisch an anderen Stellen in dieser Stadt - nicht zum Tragen. Insofern wurde das Ziel, nämlich die Luft im angebauten Bereich an der Aachener Straße, in dem Menschen wohnen, zu verbessern, auch erreicht. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann es auch kurz machen: Die Pförtnerampel ist in der Tat etwas, was nicht dazu beiträgt, die Umwelt zu entlasten, sondern sie trägt dazu bei, sie weiter zu belasten. Ich stimme selten mit der FDP überein, aber an der Stelle - so muss ich sagen - sind wir sehr klar miteinander unterwegs. Ich habe mir das auch selbst vor Ort angeschaut: Die Staus, die dort generiert werden, sind nicht dafür geschaffen, die Probleme der Umwelt zu lösen.

Im Übrigen hat man wieder die übliche Strategie gewählt, den dritten Schritt vor dem ersten zu tun. Darin sind manche hier ganz gut. Der erste Schritt muss doch immer sein, dass wir die Kapazitäten schaffen, Alternativen anzubieten, sprich ÖPNV-Ausbau. Der zweite Schritt muss sein, dass man P+R-Möglichkeiten ausbaut. Wohin sollen denn die Autos, wenn Sie in Weiden West zur S-Bahnstation bzw. zur Linie 1 fahren? Das heißt, wir haben einen völlig überfüllten Park+Ride-Parkplatz, der dringend ausgebaut werden muss. Auch darüber reden wir seit vielen Jahren hier in diesem Rat, aber es passiert nichts.

Wenn man all das getan hat, kann man am Ende natürlich darüber reden, wie man den Individualverkehr stärker kanalisieren kann. Aber man kann nicht den dritten Schritt vor dem ersten tun. Der führt nur zu mehr Rückstau, zu mehr Abgasen und damit zu einer höheren Umweltbelastung. Es kann also nicht der Weg sein, meine Damen und Herren, dass Autofahrer gegängelt werden, ohne dass es ausreichende Alternativen gibt. Das führt zu mehr Umweltbelastung und zu weniger Klimaschutz. Das ist keine Mobilitätswende. Das ist nicht der Klimaschutz, den wir uns hier vorstellen. Deswegen sind wir natürlich auch dafür, diesen Wahnsinn an der Stelle erst einmal zu stoppen.

Wir müssen aber alles andere, was eben genannt wurde, dringend anpacken. Wie viele andere Themen, die wir heute miteinander besprochen haben - Mehltau, Nichtdynamik, Nichtentwicklung, Nichtanpacken der Themen -, ist das ein Thema, das wir hier, glaube ich, in diesem Rat immer wieder miteinander besprechen und vor allem am Ende beschließen müssen. Ansonsten werden wir immer wieder vor Pförtnerampeln stehen, die den Verkehr oder auch andere Projekte aufhalten und nicht nach vorn bringen. In diesem Sinne würde ich hier heute allen empfehlen, dem Antrag der FDP zu folgen und diese Pförtnerampel wieder abzuschaffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel hat jetzt das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte FDP! Herr Stieler hat uns schon vor 14 Tagen im Verkehrsausschuss informiert. Mit der Stellungnahme der Beigeordneten Frau Blome eben ist, denke ich, jedem deutlich geworden, dass wir durch die Anstrengungen der Verwaltung unsere Ziele erfüllen.

Der Verkehrsablauf auf der Aachener Straße hat sich trotz engerer Räume verbessert. Zudem ist eine Schadstoffminderung eingetreten. Wir haben Fahrverbote für Köln erst einmal verhindert. Das ist eine gute Leistung. Vielen Dank, Frau Blome.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Um bei Spitzenbelastungen Auswirkungen auf das übergeordnete Verkehrsnetz auszuschließen, erfolgt eine Drosselung - demnächst übrigens mittels Sensoren über unseren Verkehrsrechner aus unserer neuen Tunnel- und Verkehrsleitzentrale. Überörtliche Verkehrsstörungen konnten nicht festgestellt werden. Es ist uns aber wichtig, dass durch regelmäßige Verkehrserhebungen Verlagerungseffekte überprüft werden.

Besonders erwähnenswert ist der Erfolg der regelmäßig stattfindenden Arbeitsgruppe Rhein-Erft-Kreis. Im Gegensatz zum FDP-Antragsteller sitzen dort Experten, die permanent an Lösungen arbeiten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

ÖPNV-Verstärkungsangebote im Rhein-Erft-Kreis als Beispiel wurden nicht nur vereinbart, sondern umgesetzt und angenommen. Die Zusammenarbeit hat sich bereits ausgezahlt, und weitere Angebote werden geplant - genauso wie weitere Grundstücke für P+R-Plätze. Die Verhandlungen sind weit fortgeschritten.

Nach Einschätzung der Arbeitsgruppe Rhein-Erft-Kreis und der Stadt Köln gibt es derzeit keine Gründe, die Zuflussdosierung abzuschalten. Das Ergebnis dieser Verkehrsfachleute halten wir für glaubwürdiger als die Verkehrsvorschläge der FDP.

Da wir laut Gericht noch weitere Schwerpunkte bearbeiten müssen, gebe ich die Hoffnung noch nicht auf, dass die FDP in Köln Großstadtverkehrspolitik mitgestaltet und demnächst im Interesse aller Verkehrsteilnehmer verantwortungsvoll handelt, die Verwaltung unterstützt und vor allem für Autofahrer keine Fahrverbote mehr riskiert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat jetzt das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es einmal so: Es war ja ein bisschen absehbar, dass der Antrag kommen würde - so, wie in den vergangenen Tagen und Wochen, bevor diese Ampel überhaupt in Betrieb gegangen ist, der Untergang zumindest des individuell-motorisierten Abendlandes vorhergesehen wurde. Dann stellt sich die SPD-Fraktion - ich glaube, es war am Tag der Inbetriebnahme - in Stunde drei hin und kann schon das abschließende Urteil für sich fällen: „Das Ding gehört abgeschaltet“, weil man sich darüber mokiert, dass ein Mitarbeiter ab und an mal nachsteuern muss.

Ich kann Ihnen dazu als studierter Maschinenbauingenieur sagen: Es gibt Systeme, die brauchen vielleicht mal zwei oder drei Tage, bis sie sich einpendeln und alles in Ordnung ist. Direkt nach einer gefühlten halben Minute zu sagen: „Ja, alles Driss, brauchen mer nit“, ist, wie ich finde, zumindest nicht sehr vorausschauend.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es funktioniert jetzt. Die Ampel ist an den Großrechner angeschlossen, die Verkehrsflüsse auf der Aachener Straße haben sich gebessert. Ich freue mich auch, dass wir die Eingewöhnungsphase dieser Pförtnerampel nicht auf den gleichen Tag des Starts vom Expressbus gelegt haben. So können wir jetzt schon die Voraussetzung dafür schaffen, dass der Expressbus, wenn er Mitte Dezember kommt, auch zügig durchkommt und kein „Bremsbus“ wird, wie Sie es immer befürchten. Insofern war es, wie gesagt, der richtige Zeitpunkt, mit dieser Ampel loszulegen.

Wir stehen selbstverständlich in Kontakt mit unseren Nachbarkommunen. Auch da werden zum Beispiel schon jetzt Sonderbusse bzw. Busverstärkerfahrten eingesetzt, um die Leute aus den Umlandgemeinden zum Parkplatz Weiden West zu bringen, damit die Menschen, solange noch nicht ausgebaut ist, trotzdem den Verknüpfungspunkt haben.

Wir haben die Frage der Verkehrsverlagerung und die Frage, ob das alles in die Seitenstraße etc. geht, auch an anderer Stelle in dieser Stadt lange rauf- und runterdiskutiert, als es um die Sperrungen oder die Fahrbahnverengungen auf der Mülheimer Brücke ging, wo es auch Befürchtungen gab bei dem, was wir dort machen oder was die Verwaltung uns vorgeschlagen hat, was wir mitgetragen haben mit einer Einspurigkeit - einfach, um die Sanierung dort nicht weiter zu gefährden. Auch da stellen wir fest: Es staut sich dort gar nicht in dem Maße, wie am Anfang immer befürchtet wurde. Nach einer kurzen Eingewöhnungszeit geht das Ganze. Es ist auch nicht so, dass sich alles ins Umland verteilt. Es gibt Leute, die wirklich umsteigen.

Ich komme aus dem Ruhrgebiet. Dort hat man es gewagt, in Essen die A40 mitten in der Stadt für ein halbes Jahr, glaube ich, zu sperren. Das hat für eine kleine Eingewöhnungsphase gesorgt, in der sich alles ein bisschen geknubbelt und gestaut hat. Aber als sich alle daran gewöhnt hatten, dass man eben nicht mehr mitten durch die Stadt auf dieser Autobahn fahren kann, ging es auch. Dann sind die Leute umgestiegen. Sie haben prioritär Fahrgemeinschaften gebildet oder sind auf Bus und Bahn umgestiegen, manche sogar auf das Fahrrad. Irgendwann war aber diese Autobahnsanierung fertig. Was geschah am ersten Tag der Eröffnung? - Stau auf dieser Autobahn! Insofern ist die Frage, ob nicht ein dauerhafter Umstieg an der Stelle deutlich sinnvoller wäre.

Alles in allem bleibt mir nur zu sagen: Die Pförtnerampel ist momentan sinnvoll. Sie erfüllt ihren Dienst. Es gab auch schon Forderungen, an anderer Stelle diese Pförtnerampel zu machen - lustigerweise auch aus dem Bereich dort vor Ort. Daher sehen wir für unsere Fraktion keinerlei Grund, diesem Antrag zu folgen, und werden ihn daher ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Sterck, Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es hier geht.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Wir haben dankenswerterweise eine Mehrheit im Rat gefunden, und die Verwaltung hat die Reglementierung des Verkehrs gut umgesetzt; denn die Infrastruktur auf der Aachener Straße wurde einfach nicht mehr Herr dieses großen Ansturms der Autos, die aus dem Westen morgens in die Stadt wollen.

Es gibt jetzt überhaupt kein Horrorszenario, sondern es gibt die Situation, dass die Autofahrer teilweise an dieser roten Ampel fünf Umläufe stehen müssen. Das sind zehn Minuten. Das sind zehn Minuten, die sie locker wieder herausholen, wenn sie weiter in die Stadt fahren, weil eben dort der Verkehr jetzt wesentlich flüssiger ist als zuvor.

Viele heben auf das Dieselfahrverbot ab, das angeblich vom Tisch ist. Das ist nicht vom Tisch! Es ist auch gut, dass es als Drohkulisse noch da ist; denn wir brauchen nicht nur eine Pförtnerampel, Herr Sterck, sondern wir brauchen auch an anderen Ecken dieser Stadt Zuflussregelungen, damit die Bevölkerung vor der Gesundheitsgefährdung durch Abgase geschützt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Sterck, Sie wissen das genau, aber Sie wollen es nicht wissen, Sie wollen es populistisch ausschlachten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben im Prinzip momentan eine zweite wesentlich effektivere Pförtnerampel, die eben nur keine Ampel in dem Sinne ist, sondern dort sind Spuren gesperrt. Das ist in Mülheim, und das ist gut so. Die Mülheimer atmen auf, weil sie nicht mehr so viele Lkw haben und somit die Luft endlich ein bisschen besser ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich ist es nichts anderes als Zuflussregulierung, wenn man zwei Abbiegespuren von der Autobahn kommend sperrt. Wir haben es nicht gezählt, aber garantiert sind es wesentlich mehr als 300 bis 400 Fahrzeuge, die dort pro Stunde zurückgehalten werden. Die 300 bis 400 sind es nämlich an der Aachener Straße. Es ist für uns das wichtigste Thema, dass die Anwohner geschützt werden vor zu viel Abgasen.

Außerdem hat diese sogenannte Pförtnerampel noch weitere positive Effekte. Es passiert jetzt nämlich mal etwas im ÖPNV. Herr Joisten hat gefordert: „Wir müssen Weiden West ausbauen!“, das ist mit Sicherheit richtig, aber wir dürfen uns nicht immer zurücklehnen und sagen: Jetzt müssen wir zunächst einmal das machen, dann warten wir wieder, und dann gucken wir mal; wenn wir 300 Parkplätze mehr haben, dann können wir etwas machen.

Der Rhein-Erft-Kreis hat es uns vorgemacht. Der Rhein-Erft-Kreis hat gesehen: Oh, die machen ernst. - Es kann ja sein, dass das alles nicht charmant war.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Es war vielleicht nicht charmant, wie wir vorgegangen sind, das mag sein. Es kann auch sein, dass es dort ein Kommunikationsproblem gab - das kann ich nicht beurteilen -, dann tut mir das auch leid. Das ist aber gar nicht der Punkt. Man muss natürlich beim nächsten Mal - das ist klar - immer alles besser machen. Vielleicht muss man auch früher und intensiver reden, aber diese Pförtnerampel hat dazu geführt, dass der Rhein-Erft-Kreis sein Busangebot nach Weiden verstärkt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, wir haben einen wichtigen Schritt erreicht: Wir drängen das Auto zurück und fördern den ÖPNV. Ein wunderbarer Effekt!

Ich wollte eigentlich gegen die Dringlichkeit sprechen, weil dieser Antrag, den Sie jetzt hier eingebracht haben, alles andere als dringlich ist. Sie wissen genau, Herr Sterck, dass ab 15. -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mitte Dezember!)

- Dezember der Expressbus auf der Aachener Straße fährt. Sie wissen genau, so ein Expressbus kann natürlich nur zügig durchfahren, wenn auch der Stau reduziert ist. Auch das schafft die Pförtnerampel. Die Kombination Expressbus und Pförtnerampel wird genau den großen Sprung nach vorn bringen, die Aachener Straße flüssig zu machen und zeitgleich für die Gesundheit der Bevölkerung zu sorgen.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt schon sehr vieles gesagt worden. Ich will auch nicht langweilen und wiederholen, aber wir müssen Folgendes

zusammenfassen: Die Pförtnerampel ist gut für den ÖPNV, sie ist gut für den Menschen, sie ist gut für die Stadt, und wir brauchen an anderer Stelle ähnliche Zuflussrichtungen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die Pförtnerampel scheint eine richtige Touristenattraktion zu sein. Ich weiß gar nicht, wer noch nicht da war. Herr Sterck, Herr Joisten, offensichtlich die gesamte SPD-Fraktion sowie die Verwaltung waren da.

(Heiterkeit - Niklas Kienitz [CDU]: Vielleicht ist deswegen so viel Stau!)

Ich stelle es mir so vor, dass Sie demnächst dort auch Kaffee und vielleicht Heizdecken an die Leidgeprüften austeilen - Kaffee natürlich in Plastikbechern, weil alles andere ja Ökogedöns ist. So lieben es die Autofahrer, wenn sie so, wie von Herrn Sterck und der FDP, dargestellt werden.

Wir waren noch nicht bei der Pförtnerampel, obwohl wir sie gern beschlossen hätten. Es kamen andere Dinge dazwischen. Wir waren aber tatsächlich - Frau Reker hatte das Urteil erwähnt - beim OVG in Münster gewesen. Wir haben uns gedacht, als Besucher schauen wir uns die Berufungsverhandlung mal an. Frau Blome, wir haben uns dort auch kurz gesehen. Wir haben uns angehört, was der Richter eigentlich zu unserem Luftreinhalteplan sagt. Die Bezirksregierung etc. - alle waren da.

Frau Reker hat natürlich vollkommen recht - das wissen Sie auch, Herr Sterck -: Wir sind vorläufig mit zwei blauen Augen davongekommen. Warum sind wir vor flächendeckenden Fahrverboten oder sofortigen Fahrverboten etc. davon gekommen? - Unter anderem wegen dieser Pförtnerampel, ob wir sie lieben oder nicht, und auch wegen der Busspuren und vieler anderer Maßnahmen des Luftreinhalteplans.

Ich habe Verständnis dafür, Herr Sterck, dass Sie dieses heiße Eisen jetzt mitnehmen - das wurde gerade auch von Herrn Weisenstein erwähnt, dass das so eine Art Wahlkampfding ist - und mit der Wut der Autobürger und der Gelbwesten noch ein bisschen Öffentlichkeit generieren für dieses heiße Eisen. Ich habe auch keinen Spaß daran, wenn Autofahrerinnen und Autofahrer irgendwo im Stau stehen. Warum sollte ich das haben? Aber sagen Sie ihnen doch bitte lieber - so, wie das Herr Michel auch gesagt hat -, dass wir diese Dinger dort haben, damit sie überhaupt weiterfahren können. Wenn sie anschließend sogar ein bisschen flüssiger fahren können, dann ist das doch eine gute Sache. Das wurde hier von meinen Vorrednern auch schon dargestellt.

Oder nehmen Sie sich ein Beispiel an Herrn Bernd Petelkau. Er ist sicherlich offiziell oder inoffiziell nicht der allergrößte Freund unserer Expressbusse und der Busspur, obwohl wir das gemeinsam beschlossen haben, aber was macht Herr Petelkau inzwischen? - Er bewirbt auf Facebook diese Busse, neuerdings umfirmiert in „Direktbusse“, zwischen Widdersdorf und Hauptbahnhof und erklärt den Leuten, dass sie zukünftig mit dem Bus in einer halben Stunde direkt von Widdersdorf zum Hauptbahnhof kommen. Respekt dafür. Das ist ein korrekter, ordentlicher Umgang mit diesem Thema und wie man die Leute informiert, anstatt Panik zu verbreiten, dass sie jetzt ihr Leben an einer Ampel verbringen müssten.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann loben wir das doch!)

Übrigens muss ich an dieser Stelle auch loswerden für all diejenigen, die die Pförtnerampel immer noch hassen: Das war ein Beschluss von den Grünen, der CDU und den LINKEN. Vielleicht ist das auch ein Modell für Thüringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gerlach das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte FDP! Mir fehlt ein Punkt in der Diskussion, und zwar, dass wir eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Luftqualität und saubere Luft für Europa vom 21. Mai 2008 haben. Mehr als zehn Jahre war also bekannt, dass mit diesem Gesetz Messstellen eingerichtet wer-

den, dass die Ergebnisse daraus ernst zu nehmen sind und umgesetzt werden müssen.

Sind wir in einer Zeitschleife? - Seit 2008 hätte man wissen können, wenn man gemessen hätte, dass die Aachener Straße zu den Zeiten, an denen die Grenzwerte überschritten sind, gesperrt werden wird.

Ich bin ganz begeistert, dass wir eine Expressbusspur bekommen und eine Pförtnerampel haben. Das ist super. Das sind nur 500 Autos pro Stunde weniger. Eigentlich hätte die Straße komplett gesperrt werden müssen in dieser Zeit.

(Zuruf)

- Das sagt die EU-Kommission.

Frau Verkehrsdezernentin Blome sagt: Der Verkehr läuft jetzt besser als vorher oder jedenfalls pendelt sich das ein. - Das ist doch eine ganz gute Geschichte. Die Wahrnehmung, es würde sich hier um einen Schildbürgerstreich handeln, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Was ich aber wissen möchte, ist Folgendes: Wir haben das seit zehn Jahren gewusst - warum haben wir bis heute kein schlüssiges Gesamtkonzept für die Pendler und die Umlandgemeinden? Was für ein Glück, dass die Gemeinden selbst ihre Buslinien eingerichtet haben. Dass sie uns dabei helfen, ist toll. Warum ist Köln jetzt wieder auf einem Sonderweg? Warum haben andere Städte dieses Problem offenbar vorausgesehen und haben nicht mit irgendwelchen Pförtnerampeln zu tun? Warum hat niemand den Bürgerinitiativen und der Presse vorher erklärt, dass die Alternative eine Straßensperrung ist? Wann kommen wir von der Pförtnerampel bitte weg?

Der Park+Ride-Parkplatz Weiden West ist viel zu klein. Die Erweiterung wird erst Ende 2022 - hoffentlich - fertig. Selbst dann ist noch zu wenig Platz; denn es kommen nur 570 weitere Stellplätze für Autos und 130 für Fahrräder hinzu, obwohl wir eigentlich doppelt so viele bräuchten. Das heißt, möglicherweise begleitet uns die Pförtnerampel oder ein Autofahrerverkehr durch Wohngebiete noch im Jahr 2023 oder darüber hinaus. Wie können wir das Problem lösen? Wie können wir es schaffen, dass die Pendler zur Expressbushaltestelle in Weiden und zu ihrem Arbeitsplatz kommen, und wie wird das auf Dauer zumutbar? Oder wäre es eine Alternative, wenn die Stadt Köln ihre Straßenbahnlinie ein oder zwei Stationen nach draußen verlegen würde - dorthin, wo Platz genug ist für eine Park+Ride-Station, die genug Kapazitäten hat? Das betrifft nicht nur die Linie 1 oder die Linie 7 oder was auch immer, sondern das könnte rund um Köln durchaus von Interesse sein.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Das würde auch die Kooperation mit angrenzenden Gemeinden für das Planungsverfahren sicherlich verbessern. Ich denke, dass die Verstimmung der Kommunen im Umland dann auch durchaus nachlassen würde.

In Zeiten des Klimanotstands brauchen wir weniger Stickoxid-Feinstaub und weniger CO_2-Emissionen. Diese Pförtnerampel trägt dazu bei. Ich möchte die Damen und Herren von der Autofahrerlobby nun darum bitten - nachdem dieser Antrag offensichtlich abgelehnt werden wird -, jetzt nicht mehr darüber zu jammern; denn das Jammern kommt zehn Jahre zu spät.

Ich hoffe, wir werden die Kapazitätserweiterungen schaffen. - Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht. Dann würde ich gern darüber abstimmen lassen.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Aufstellung der Zuflussdrosselungsanlage (Pförtnerampel) mit sofortiger Wirkung aufzuheben (siehe 1103/2019, Anlage 1).*

2. *Der Rat beauftragt daher die Verwaltung, alle bislang eingeleiteten Schritte zur Umsetzung und Realisierung der Zuflussdrosselung umgehend zu beenden und rückgängig zu machen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und AfD sowie RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

3.1.8 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) auf Veröffentlichung der Dokumentation des Herrn Prof. P. Graeff "Messehallen Nord"

(vom Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum am 04.11.2019 in den Rat verwiesen)
AN/1446/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe Ziffer IV - Seite 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlungen in den ‚alten Messehallen'"
AN/1533/2019

Ich bitte zunächst Frau Dr. Diemert kurz Stellung zu nehmen.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei dem einen oder anderen ist angesichts der Berichterstattung der letzten Tage möglicherweise der Eindruck entstanden, die Verwaltung wolle das sogenannte Messegutachten der Öffentlichkeit vorenthalten. Vielleicht hatte nicht jeder von Ihnen schon die Gelegenheit, unsere Mitteilungsvorlage von Anfang dieser Woche zu lesen. Daher an dieser Stelle noch einmal einige Hinweise zum Verfahren:

Selbstverständlich will die Verwaltung das Gutachten, wie auch in der Politik beschlossen, veröffentlichen. Genauso selbstverständlich werden wir dabei die zu beachtenden Gesetze und Vorschriften beachten. Es geht hier also nicht um „wollen", sondern um „dürfen". Es geht um transparentes und um rechtskonformes Handeln. Alles, was wir dürfen, werden wir auch machen.

Deswegen hat die Verwaltung in einem ersten Schritt die Ausschüsse zunächst vollumfänglich und transparent darüber informiert, was uns derzeit vorliegt, und deswegen wird die Verwaltung natürlich gemeinsam mit dem Gutachter und dem Presserechtler auch alles dafür tun, damit in einem zweiten Schritt möglichst schnell und möglichst weitgehend eine Veröffentlichung unter Abwägung des Interesses der Öffentlichkeit und des gesetzlich geforderten Schutzes der Persönlichkeitsrechte sichergestellt wird.

Ich hoffe, das trägt noch einmal zur Klärung und Ihrer Information bei. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat zunächst Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir können es kurz halten: Der gemeinsame Antrag liegt hier vor. Ich denke, es ist in der Situation und bei der Berichterstattung, die wir haben und hatten, und dem Eindruck, der entstanden ist, nur recht und billig, dass auch noch einmal der Rat unterstreichen kann und unterstreichen will, dass eben der Transparenz Genüge getan werden soll.

Es ist klar: Die Stellen, wo rechtliche Grenzen gesetzt sind, wo Persönlichkeitsrechte entgegenstehen, können und dürfen nicht veröffentlicht werden. Aber es ist ebenso klar: Es muss möglich sein, eine Form dieses Gutachtens zu finden und es so zu überarbeiten, dass die wichtigsten Erkenntnisse selbstverständlich öffentlich sind, dass aber Persönlichkeitsrechte gleichzeitig gewahrt werden. Wenn jetzt durch den Gutachter daran gearbeitet wird, dann ist das richtig so, und dann sind wir zuversichtlich, dass es auch so kommen wird.

Nichtsdestotrotz finde ich es legitim, das hier als Rat auch noch einmal deutlich herauszustellen, weil das Thema nun einmal auch eine solche öffentliche Bedeutung und Aufmerksamkeit hat. Wenn wir das hier und heute gemeinsam so beschließen können, dann ist der Sache Genüge getan. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse mich kurz: Natürlich schließe ich mich bei diesem gemeinschaftlich und breit getragenen Antrag den Ausführungen meines Vorredners an. Ich glaube, die richtigen Stichworte sind gefallen. Es geht um Transparenz bei gleichzeitiger Wahrung von Persönlichkeitsrechten. Insofern auch noch einmal herzlichen Dank an Frau Prof. Dr. Diemert für ihre Ausführungen.

Ich glaube, es ist wichtig, sich in diesem Spannungsfeld zu bewegen, aber auch dann für uns als Rat hier noch einmal deutlich zu machen, dass wir eben das Thema Transparenz in den Vordergrund gerückt wissen wollen. Insofern bin ich froh, dass es uns gelungen ist, eine solch breite Mehrheit zu formulieren und zu finden. Insofern noch einmal herzlichen Dank an Frau Diemert. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Richter bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Sinne der Vorredner möchte ich noch einmal betonen, dass aus unserer Sicht das Messegutachten ein sehr wichtiger Meilenstein in der Aufarbeitung der einzelnen Prozesse ist. Insofern wollen wir noch einmal Herrn Prof. Graeff und seinem Team Dank sagen, die in den letzten ein oder zwei Jahren die vielen komplexen Prozesse akribisch aufbereitet haben. Auch wenn einzelne Ergebnisse daraus vielleicht auf geteilte Meinungen treffen - das soll es auch, weil es teilweise auch schon veröffentlicht war, obwohl es nicht öffentlich ist -, diente es als gute Grundlage für die weitere Aufbereitung.

Auch möchten wir den vielen Kooperationspartnern, Interviewpartnern, der Stadtverwaltung, der Koelnmesse Dank sagen, die sehr kooperativ an diesem Prozess mitgewirkt haben und auch Informationen geliefert haben, um das Ganze darzustellen, weil es auch schon 16 Jahre zurückliegt.

Leider hat ein wichtiger Akteur, die Sparkasse KölnBonn, nicht in dem gewünschten Maße kooperiert, was für uns als irritierend und negativ zu erwähnen ist. Das wäre auch ein wichtiger Beitrag gewesen, um da noch einmal Klarheit herzustellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sicher, unsere langjährigen Ratskolleginnen und -kollegen, die noch jung und fidel geblieben sind und die damals 2003 - vor 16 Jahren - mit dabei waren, sagen, dass bei aller Wertschätzung für das Gutachten inhaltlich neue Erkenntnisse in dem großen Sinne nicht vorhanden sind, aber die dargestellte zusammengefasste Aufarbeitung von chronologischen Abläufen, Akteuren, realen und wahrgenommenen Entscheidungsdrücken eine sehr gute Grundlage ist, weshalb es notwendig ist, dass dies auch in die Öffentlichkeit transportiert wird. Noch einmal vielen Dank an Frau Prof. Dr. Diemert, die das Vorgehen hier dargestellt hat, dass es angemessen und rechtssicher der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Zudem wünschen wir im zweiten Teil des Antrages - der Antrag ist zweigeteilt in Information zum einen und die Ableitung von Zukunftsmaßnahmen daraus zum anderen -, dass ein Symposium im ersten Halbjahr 2020 für alle kommunalen Mandatsträger und für die Öffentlichkeit erfolgt, um auf Basis einer rechtssicheren Veröffentlichung zu sehen, was damals 2003 eigentlich los war. Schließlich gibt es einen klaren finanziellen Schaden und einen Vertrauensverlust für die Stadt Köln. Das ist eine wichtige Grundlage, um daraus zu lernen, wie zukünftige Compliance-Dinge anders geregelt werden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilchen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Damen und Herren! Nun liegt das Messegutachten vor und kaum jemand darf es lesen. Zumindest für die Ratsmitglieder hat sich die Situation jetzt etwas vereinfacht: Alle Ratsmitglieder sollen einen Ausdruck bekommen.

Für die Öffentlichkeit ist das Gutachten bislang noch nicht zugänglich. Das finden wir ein Unding. Der Rat hatte den Auftrag erteilt, um eben Transparenz zu schaffen. Wenn man keinen Weg findet, das zu veröffentlichen, schafft man natürlich keine Transparenz. Trotzdem sind wir froh, dass wir jetzt einen Weg finden, wie man eine gewisse Transparenz herstellen kann.

Zum Gutachten selbst: Wer sich in den letzten 15 Jahren mit dem Messeskandal beschäftigt hat, muss enttäuscht sein. Neue Enthüllungen

bietet das Gutachten nicht. Entschuldigungen von verschiedenen Akteuren, die hier noch im Raum sitzen, wurden auch nicht ausgesprochen. Das ist ein Beleg für die beeindruckende journalistische Arbeit, die von Werner Rügemer, Frank Überall, Andreas Damm, Peter Berger und Georg Wellmann geleistet wurde; von denen ich zumindest zwei hier im Raum gesehen habe. Am 11. Dezember wird der WDR einen neuen Beitrag zum Messeskandal senden. Das kann ich nur empfehlen.

Auch unsere Kritik, die wir am Messedeal hatten - damals noch als kleine PDS-Gruppe -, hätte ohne die gleichzeitige Recherche der vielen Journalisten nicht die Resonanz gehabt, die sie gefunden hat. Trotzdem hätte unsere Kritik noch schärfer sein können: 2002 beim Messegeschäft und 2006, als die Kostenerhöhung erneut diskutiert wurde - Stichwort „Wertgutachten der gebauten Messe“.

Wir alle können uns an die EU-Kommission erinnern und sollten ihr dankbar sein, dass sie diese Entscheidung getroffen hat. Das war nämlich die entscheidende Wende. Nicht unsere eigene Kritik oder unser Fehlverhalten hat diese Wende herbeigeführt, sondern die Entscheidung der EU-Kommission. Trotzdem gab es 2015 wieder die Zustimmung zu dem Messedeal am Ende dieses Prozesses.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, dieses Gutachten ist wichtig, weil es noch einmal einen anderen Horizont darstellt, systematisch ist und auch einen wissenschaftlichen Blick hat.

Das, was ich nicht teilen kann, ist das wissenschaftliche Ergebnis von Herrn Graeff, auch wenn ich die Untersuchungen schätze und diese in Ordnung sind, nämlich die Feststellung: Alle hatten etwas davon. - Welche Schlussfolgerung man daraus zieht, ist die nächste Frage. Ich würde sagen: Wir hatten einen Schaden von mindestens 300 Millionen Euro. Zudem hatten wir einen Schaden in der Stadtgesellschaft und einen erheblichen Vertrauensverlust innerhalb der Stadtgesellschaft.

Der Autor des Gutachtens, Professor Graeff, hat in einer Sitzung des Finanzausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses die Forderung nach einer systematischen Kritik und systemischen Gegenmaßnahmen für wichtig erachtet.

Verehrte Ratsfrauen und -männer, wenn wir gleich über die Städtischen Kliniken diskutieren, sehe ich systemische Parallelen.

Erstens: Ist nicht wieder ein Zeitdruck da? Zweitens: Eine Vorlage, die die Verwaltung nicht geschrieben hat und bei der man sich die Frage stellt, ob die Verwaltung diese Vorlage eigentlich durchschaut?

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, schreien Sie doch! Schreien Sie doch! Aber so war es ja immer mit den Grünen. Sie haben geschrien und schlussendlich zugestimmt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber eine freche Unterstellung!)

Für mich ist die folgende Frage wichtig: Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Ich möchte Ihnen einige - ich bin gleich fertig, Frau Oberbürgermeisterin - Anregungen geben; das ist nicht so lang.

Erstens: Städtische Grundstücke dürfen nicht ohne Ausschreibungen an einen Investor verkauft werden und dann wieder zurückgemietet werden. Das ist eine Praxis, die bis heute hier in diesem Hause nicht ganz unüblich ist. Ich erinnere an den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses.

Zweitens: Bauaufträge werden erst dann beschlossen, wenn die Planung abgeschlossen ist.

Drittens: Der Rat muss lernen, mit dem Argument des Zeitdrucks souverän umzugehen und diesen Zeitdruck abzuwehren. Dazu kann jeder von uns zahlreiche Beispiele nennen.

Viertens und letztens: Der Rat muss lernen, die Risiken von Großprojekten zu hinterfragen, bevor er Beschlüsse fasst. Hier machen wir gerade erste Schritte - Stichwort „Risikomanagement im Bauen“.

Das sind Konsequenzen, meine Damen und Herren, die ich für nötig erhalte.

Lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung zum Schluss machen: Dass diejenigen, die damals mitgemacht haben, jetzt übereifrig nach Transparenz rufen, macht mich misstrauisch und auch ein wenig zornig. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann. - Entschuldigung! Erst Herr Breite und dann Herr Zimmermann.

(Zuruf: Thor, noch bist du eine kleine Liste! Du bist ja noch nicht der Oberbürgermeister!)

Ulrich Breite (FDP): Aber träumen darf man. Träumen darf man, meine Damen und Herren.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist immer ein Phänomen und immer wieder interessant, nach Herrn Detjen zu reden, insbesondere, wenn wir jetzt über die Aufarbeitung des Messeskandals sprechen und er das mit dem Tagesordnungspunkt zu den Städtischen Kliniken, den wir nachher haben, verquickt. Das ist schon wirklich skurril, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, das wird auch dem Ernst des Themas hier nicht gerecht, wenn man das in dieser Form macht; denn dann wird, obwohl wir uns doch alle für den Antrag ausgesprochen haben, dieses Thema ein bisschen für andere Sachen missbraucht. Da geht es insbesondere auch um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das, was er und auch andere Redner angesprochen haben, ist sicherlich richtig. Das stand auch in der Zeitung. Das Resümee, dass dies sozusagen eine Win-Win-Situation für alle war, ist sicherlich richtig. Wir sind froh, dass RTL bei uns in Köln geblieben ist - nicht nur als Gewerbezahler, sondern auch als Medienstandort.

Wir sind sehr, sehr froh, dass wir die Hallen haben, und auch darüber, dass sie so schnell gebaut worden sind. Trotzdem muss man sagen: Wie das zustande gekommen ist, kann man kritisieren. Und das tun wir auch.

Der dritte Punkt ist folgender: Ich glaube, im Nachhinein ist die Sparkasse damit nicht zufrieden; denn ihre gesamte Schieflage hat auch etwas mit diesen Geschäften zu tun, meine Damen und Herren. Ich möchte daran erinnern, was wir in der Zweckverbandsversammlung machen mussten, um diese Sparkasse KölnBonn aus der finanziellen Schieflage zu retten. Sie ist da wieder herausgekommen - Gott sei Dank, Frau Oberbürgermeisterin; das sehen Sie sicherlich genauso -, aber wir müssen immer noch sagen, warum das in der Form geschehen ist.

Darum ist es wichtig, das alles genau zu durchleuchten, und ich bin froh, dazu ein Symposium zu machen. Es geht dabei gar nicht um Schuldzuweisungen oder derartiges, sondern es geht darum, daraus zu lernen, wie man bei solchen Geschäften - das ist richtig - mit Druck umgeht und es trotzdem besser und richtiger machen kann. Denn das ist manchmal so im Leben, im Geschäftsleben sowie bei uns in der Politik, dass wir manchmal schnell handeln müssen. Ich hoffe, dass wir die richtigen Rückschlüsse daraus ziehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als das Gutachten zum Messeskandal angekündigt wurde, habe ich mich im ersten Moment extrem gefreut - einfach, weil es endlich da ist. Im zweiten Moment war ich doch sehr, sehr enttäuscht, weil es in der ersten Mitteilung hieß, dass dieses Gutachten vorläufig weder ausgehändigt noch veröffentlicht wird. Dies ist inzwischen anders. Es gibt neue Mitteilungen und heute auch den Beschluss, dass wir das öffentlich machen und ein öffentliches Symposium dazu veranstalten wollen. Das freut mich besonders; denn dieses Gutachten ist wirklich eine besondere Leistung. Das sollte man gerade auch als Stadt Köln vielleicht etwas offensiver ausstellen. So, wie Herr Graeff und andere, die sich um diesen Auftrag früher mal beworben haben, immer wieder herausstellten: Diese Art der Aufarbeitung, dass das eine Kommune selbst leistet, ist wirklich außergewöhnlich. Das ist etwas, was wirklich besonders ist. Das sollten wir eigentlich auch - „feiern“ ist das falsche Wort, weil es um ein nicht besonders schönes Anliegen geht - betonen und den Bürgern sagen sowie sie dazu einladen, das aufzuarbeiten.

Ich bin in der Frage der Persönlichkeitsrechte kein Jurist, aber ich bitte darum, das noch einmal näher zu prüfen; denn Frau Diemert hatte sehr plausibel dargestellt, dass die Persönlichkeitsrechte wieder erstarken - wenn ich das so sagen kann - nach einem gewissen zeitlichen Abstand. Die Frage ist natürlich, ab welchem Zeitpunkt wir eigentlich rechnen. Wenn wir „ab 2003“ sagen, ist das natürlich ein sehr langer Zeitraum. Wenn wir aber daran denken, dass wir die Vergleichskröte erst vor zwei oder drei Jahren geschluckt haben, dann ist dieser Zeitraum gar nicht mehr so lang. Wenn wir an die letzten Urteile im Esch-

Oppenheim-Prozess etc. denken, dann ist das auch noch nicht so lang her. Da könnte man meines Erachtens deutlich mehr Namen sowie die dazugehörigen Funktionen nennen, als dies bislang wohl geplant ist.

Zur Qualität des Gutachtens: Ich konnte es zumindest bereits querlesen. Jörg Detjen hat natürlich recht, es steht darin nichts Neues. Er hat natürlich auch damit recht, dass die Presse damals ihre Funktion - nach Anlaufschwierigkeiten von manchen - gut wahrgenommen und wesentlich dazu beigetragen hat, das Thema mit aufzuarbeiten.

Aber als jemand, der damals nicht im Rat saß und das damals auch nur in der Presse verfolgt hat, muss ich heute sagen: Das hat für mich dennoch einen gewissen Mehrwert, weil dieses Gutachten tatsächlich die Vorgänge anschaulich darstellt und man nachvollziehen kann, was damals hier im Rat, in der Verwaltung und auch mit den Investoren so los war.

Jörg, du hattest gerade erwähnt, dass wir froh sein können, dass es zu diesem EU-Urteil gekommen ist. Es gibt zum Beispiel ein Kapitel zu dem Weg, wer das angestoßen hat und wie er versucht hat, zunächst auf lokaler Ebene etwas zu der fehlende Ausschreibung nachzufragen und zu besprechen, und wie er an die Verwaltung der Stadt Köln und an die Bezirksregierung herangetreten ist und erst auf EU-Ebene überhaupt offene Ohren gefunden hat. Das wird in diesem Gutachten unter anderem sehr deutlich dargestellt. Ich finde es schon spannend, dass die Stadt und auch viele andere Funktionsträger da offensichtlich taub waren und dass es erst dieses EU-Urteils brauchte.

Also: Der Beschluss heute ist gut. Wir sind froh, dass wir aus der Mitteilung der Verwaltung, das Gutachten öffentlich zu machen, jetzt tatsächlich auch einen handfesten Beschluss machen. Ich bitte die Verwaltung darum, diese Veranstaltung und das veröffentlichte Gutachten auch wirklich seiner Bedeutung entsprechend zu würdigen. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich habe nur einen ganz kurzen Redebeitrag. Ich habe meinen Antrag zurückgezogen, der etwas Verwaltungsarbeit beinhaltet hat, weil ich darin schon gewisse Details gefordert habe. Ich habe mich mit auf diesen Antrag setzen lassen, weil ich darin eigentlich meinen Antrag sehe.

Ich finde es spannend, wie unterschiedlich doch die Kollegen diese politische Korrektheit hier interpretieren, was das betrifft, und hoffe natürlich darauf - das ist eigentlich die Begründung der Dringlichkeit -, dass die Veröffentlichung noch einmal diskutiert wird. Thor Zimmermann hat es schon einmal gesagt: Es sind Namen gefallen, die in aller Munde sind. Deshalb müssten sie gar nicht mehr hinein; die stehen und kann man jederzeit herausfinden. Bedauerlicherweise bekommt Herr Pachl das alles nicht mehr mit. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Frau Gerlach.

Lisa Hanna Gerlach (Einzelmandatsträgerin): Ich wollte nur kurz meine Unterstützung für diesen Antrag aller demokratischen Fraktionen im Rat bestätigen. Ich wäre auch sehr gern selbst beim Antrag mit dabei gewesen, mich hat aber leider keiner gefragt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Darum lasse ich jetzt über diesen gemeinsamen Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss:

Vor dem Hintergrund des Ausschuss-Beschlusses „Aufarbeitung Messe-Skandal“ vom 09.05.2016, der Mitteilung 3787/2019 und der am 04.11.2019 in nicht-öffentlicher Sitzung des Finanzausschuss vorgestellten wissenschaftlichen Aufarbeitung beschließt der Rat:

Der Rat dankt Herrn Prof. Dr. Peter Graeff und seinem Team für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlungen in den „alten Messehallen“.

Der Rat nimmt die Mitteilungen und Ausführungen zur o.a. wissenschaftlichen Aufarbeitung zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- *die nun vorliegende wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlungen in den "alten Messhallen" über das öffentliche Ratsinformationssystem in geeigneter Form zu veröffentlichen und somit auch allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.*

  Bei der Veröffentlichung soll zwischen dem hohen Gut nach Transparenz gegenüber der Bürgerschaft und dem gesetzlich gefordertem Schutz von Persönlichkeitsrechten sorgfältig abgewogen werden.

- *im 1. Halbjahr 2020 ein Symposium zur näheren Darstellung der Ergebnisse der o.a. wissenschaftlichen Aufarbeitung im Rathaus, das sich an alle kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie die interessierte Öffentlichkeit richtet, vorzubereiten und durchzuführen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugstimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

3.1.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kliniken der Stadt Köln rasch sanieren - neue Nutzung für den Standort Holweide" (ursprünglich TOP 21.1 n.ö.T.)
AN/1307/2019

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Antrag der Bezirksvertretung Kalk vom 10.10.2019 (ursprünglich TOP 21.2 n.ö.T.)
3680/2019

10.22 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund (ursprünglich TOP 24.1 n.ö.T.)
3050/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE
AN/1518/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
AN/1534/2019

Ich begrüße dazu sehr herzlich den Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln, Herrn Baumann, den Klinischen Direktor der Kliniken, Herrn Prof. Dr. Kierdorf, und den Ärztlichen Direktor des Krankenhauses Merheim, Herrn Prof. Dr. Goßmann, zur heutigen Sitzung. Ich finde es gut, dass Sie an unseren Beratungen teilnehmen.

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Anträge so auf, wie sie gestellt worden sind. Als Erster hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lage der Kliniken der Stadt Köln ist ernst - offensichtlich so ernst, dass man unseren Dringlichkeitsantrag dazu in der letzten Ratssitzung hier nicht vor der Öffentlichkeit diskutieren wollte.

Von 100 Millionen Euro Restrukturierungs- und Sanierungsaufwand ist die Rede. Und ob dies auch nur annähernd ausreichen wird, das, meine Damen und Herren, sei einmal dahingestellt.

Dabei ist die Situation eigentlich ganz einfach. Die Situation der Kliniken der Stadt Köln und der Stadt ist durch folgende Faktoren geprägt:

Wir haben erstens eine deutliche Überversorgung mit Krankenhausbetten im Raum Leverkusen, Köln, Bonn.

Zweitens ist die Auslastung insbesondere des Standorts Holweide zum Teil auf 50 Prozent gesunken. Ein Weiterbetrieb ist wirtschaftlich so nicht möglich. Gleichzeitig ist die Bausubstanz von Holweide deutlich überaltert, weist einen erheblichen Sanierungsstau auf - das Gebäude ist aus dem Jahr 1972 - und der Standort Merheim ist mit erheblicher Ausbaureserve nur 3 Kilometer entfernt.

Drittens - das ist ein Allgemeinplatz -: Wir haben einen erheblichen Mangel an Wohnraum in dieser Stadt. Holweide bietet mit rund 200 000 Quadratmetern auf einem parkähnlichen Gelände - voll erschlossen, mit Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, inmitten eines

Wohngebietes gelegen - potenziell Raum für 800 bis 1 000 Menschen.

Es ist doch damit offensichtlich vollkommen klar, was hier getan werden müsste. Von unserer Oberbürgermeisterin dürfen, ja, müssen wir Führung erwarten, und zwar Führung gerade auch dann, wenn es schwierig wird, wenn es unangenehm wird. Ein Genosse hat dazu, glaube ich, mal gesagt: Führen heißt dort hingehen, wo es zischt und brodelt. Aber bei Ihnen, Frau Reker, habe ich den Eindruck, Sie schweben wie ein „Merkel-Nebel“ über allen Wassern.

Sie waren jüngst auf der Betriebsversammlung in Holweide, aber anstatt den Mitarbeitern klaren Wein einzuschenken und zu sagen: „Liebe Leute, dieser Standort ist nicht zu halten“, haben Sie von einem zukünftigen Klinikverbund mit der Uni-Klinik, einer „Charité des Westens“ schwadroniert.

Frau Oberbürgermeisterin, hat Ihnen noch niemand gesagt, dass Größe allein kein Wert an sich ist? Wie können Sie so naiv sein und glauben, das Land Nordrhein-Westfalen ließe sich einen maroden Klinikverbund der Stadt Köln einfach so ans Bein binden, ohne dass wir selbst einen Sanierungsbeitrag leisten?

Haben Sie sich einmal die Frage gestellt, warum der zuständige Aufsichtsrat in seiner Funktion so kläglich versagt hat? Wie konnte es passieren, dass die ehemals stolzen Kliniken der Stadt Köln, eines der größten und profitabelsten kommunalen Krankenhäuser, unter den Augen des Aufsichtsrats zum Sanierungsfall wurden? Verdient dieser Aufsichtsrat überhaupt seinen Namen? Welche Verantwortung trägt sein Vorsitzender? - Auf dieses Gremium, meine Damen und Herren, trifft offensichtlich das Bonmot von Hermann Josef Abs zu:

> Was ist der Unterschied zwischen einer Hundehütte und einem Aufsichtsrat? Die Hundehütte ist für den Hund, der Aufsichtsrat ist für die Katz.

Das haben wir hier erlebt.

Meine Damen und Herren, die Misere bei den Kliniken der Stadt Köln macht wieder einmal mehr das eklatante Führungsproblem in dieser Stadt deutlich. Sie, Frau Oberbürgermeisterin, zeigen hier vorweg Führungsschwäche. So führt man keine Millionenstadt.

Sie macht aber noch ein weiteres Problem deutlich, nämlich die offensichtlich mangelnde Qualität der Aufsichtsräte unserer Stadt; denn das, was sich hier bei den Kliniken der Stadt Köln gezeigt hat, haben wir auch im Bereich KölnTourismus und möglicherweise auch noch bei anderen Aufsichtsräten dieser Stadt.

Frau Stadtkämmerin, ich an Ihrer Stelle würde mein städtisches Beteiligungsmanagement deutlich aufrüsten; denn sich auf die städtischen Aufsichtsräte zu verlassen, heißt, genau das zu erleben, was wir hier erleben.

Die Stoßrichtung unseres Antrags bietet deshalb folgende Vorteile: Wir sanieren die Kliniken der Stadt Köln, ohne im Geringsten das medizinische Versorgungsniveau zu beeinflussen. Wir verstärken unsere Verhandlungsposition gegenüber dem Land. Wir passen unsere Strukturen - längst überfällig - endlich an den regionalen Gesundheitsmarkt in Köln an. Und wir schaffen dringend benötigten Wohnraum auf einem städtischen Gelände mit vollem Zugriff der Stadt.

Meine Damen und Herren, die Kliniken der Stadt Köln sind akut insolvenzgefährdet. Um eine Insolvenz abzuwenden, ist rasches Handeln erforderlich. Die Verhandlungsposition von uns, der Stadt Köln, ist umso besser, je früher wir hier deutlich ein Zeichen setzen und einen eigenen Willen zum Sanierungsbeitrag erkennen lassen. Daher sind wir alle gefordert - wir alle sind gefordert! -, hier rasch ein klares Zeichen im Sinne der Stadt zu setzen.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie deshalb für den Antrag der AfD. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht auf die Qualität des Wortbeitrags meines Vorredners eingehen, aber ich möchte meiner Meinung Ausdruck verleihen, dass sich der Antrag der AfD erledigt hat.

Der Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln hat am 31.10. den Auftrag des Rats abgearbeitet. Die Geschäftsführung hat ein Medizin- und Standortkonzept vorgelegt, der Aufsichtsrat hat darüber beraten und der Gesellschafterversammlung eine Empfehlung ausgesprochen. Insofern hat sich der Antrag, wie ich finde, erledigt, und wir müssen nicht mehr darüber abstimmen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Darüber würde ich sofort abstimmen lassen. Zunächst aber eine Gegenrede.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Geehrter Herr Paetzold, ich glaube, Sie machen es sich jetzt ein bisschen leicht. Sie wissen ganz genau, dass Sie da eine erhebliche Verantwortung tragen, und jetzt soll hier über einen Geschäftsordnungsantrag das Ganze mal so unter den Teppich gekehrt werden.

(Zurufe von der SPD: Überhaupt nicht! - Ihr Antrag hat sich erledigt!)

Wenn Sie Mumm haben, dann stellen Sie sich doch jetzt mal den Fragen, die ich aufgeworfen habe, und sagen Sie etwas zu dem Konzept, hier Wohnraum an einem Standort zu schaffen, der - noch einmal - nicht zu halten ist. Schauen Sie es sich bitte an. Ich war zweimal vor Ort; dort stehen alte Gebäude aus den 70er-Jahren. Das sieht zum Teil aus wie - ich sage es einmal so - Bauten, die wir aus anderen Gegenden Deutschlands kennen.

Noch einmal: Dort können wir etwas gestalten, ohne die medizinische Versorgungsstruktur in Köln zu gefährden. Und noch einmal: In Merheim sind Ausbaureserven. Es geht mir doch nicht darum, die Leuchtturmprojekte in Holweide abzuwickeln. Nein, ganz im Gegenteil. Ich möchte diese retten und nach Merheim bringen. Aber wir brauchen nicht diesen zweiten Standort 3 Kilometer davon entfernt. Das ist der Punkt. Dazu sollten Sie sich fachlich stellen, anstatt das hier unter den Teppich zu kehren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Paetzold abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag erledigt.

Jetzt rufe ich trotzdem wieder Herrn Paetzold auf.

(Michael Paetzold [SPD]: Zu unserem Änderungsantrag?)

- Genau, zur Vorlage. Als größte Fraktion zur Vorlage.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die Kliniken der Stadt Köln an allen drei Standorten ein unabdingbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge sind, den die Stadt Köln ihren Bürgerinnen und Bürgern schuldet und den sie sich zur Not - diese Not haben wir gerade - auch etwas kosten lassen muss.

Dieser Einsicht folgend hat sich der Rat in den vergangenen Monaten klar hinter seine Kliniken gestellt und den notwendigen und machbaren Sanierungsprozess mit namhaften Beiträgen unterstützt.

Wir laden Sie mit unserem Änderungsantrag zur Vorlage der Verwaltung ein, dieses Bekenntnis des Rates zu seinen Kliniken heute zu wiederholen, und zwar in vollem Bewusstsein, dass dieses Bekenntnis Geld kosten wird - zum einen, weil die Sanierung weitere Unterstützung der Stadt erfordern wird, zum anderen, weil es auch eines Investitionsprogramms bedarf, um die Kliniken fit für die Zukunft zu machen.

Wer jetzt hier auf die fixe Idee kommen könnte: „Dann nichts wie ab in den Klinikverbund, eine Sorge weniger“, der hat die Vorlage nicht richtig gelesen; denn da steht auf Seite 6 unter Punkt 4: „die Bewältigung der Lasten aus der Vergangenheit der Kliniken Köln ist Aufgabe der Stadt Köln“. Sinngemäß heißt es weiter: Die Stadt Köln leistet einen Sanierungsbeitrag, der sich an dem Sanierungsbeitrag der Stand-alone-Variante orientiert. Sparen mit dem Klinikverbund läuft nicht.

Damit sind wir beim Titel der Ratsvorlage angekommen: „weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund“.

Wir wollen es gleich sagen: Wir wollen keinen Zentimeter mehr vorangehen im Projekt Klinikverbund. Ich sage Ihnen auch, warum. Der Rat der Stadt Köln hat ziemlich viel Geld für eine Due-Diligence-Prüfung freigegeben. Was hat er dafür bekommen? - Keine saubere Due Diligence, kein Zahlenwerk, sondern ein ziemlich mageres Ergebnis, das im Wesentlichen auf der Grafik IV der Vorlage basiert, und ganz viel Prosa mit dem Tenor: könnte sein, wird vielleicht, müssen wir mal schauen, kann man vielleicht verhandeln.

Deshalb wollen wir in Sachen Klinikverbund keinesfalls vorangehen. Wir wollen sofort und heute kehrtmachen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir raten dem Rat der Stadt Köln dringend, die Idee des sogenannten Klinikverbundes noch heute zu beerdigen und die diesbezüglichen Verhandlungen mit der UKK umgehend zu beenden. Ich erkläre Ihnen auch gern, warum.

Am 18.12.2017 hat die UKK der Stadt ein indikatives Angebot gemacht. Die UKK wollte 50 plus X Prozent der Anteile der Kliniken der Stadt Köln erwerben, um die operative Steuerung der KSK zu übernehmen. Das war eine klare Ansage, aber es war auch ein faires Angebot: Wer Anteile kauft, muss dafür zahlen, Verbindlichkeiten anteilig übernehmen und hat in Zukunft auch Sanierungsbeiträge zu leisten. Das wäre ein Sparmodell für die Stadt Köln gewesen. Das Ganze hatte nur einen Haken: Wenn die Stadt Köln etwas verkauft, dann muss sie das wirtschaftlichste Angebot annehmen, also hätte durchaus ein Privater die Uniklinik überbieten können. Dann wäre aus der KSK plötzlich eine private Klinik geworden. Das wollte Gott sei Dank hier in diesem Hause niemand.

Immerhin das verhindert nun das vorgelegte Stiftungsmodell. Trotzdem ist es abzulehnen; denn dieses komplizierte Konstrukt ist letztlich nur ein Deckmäntelchen dafür, dass die UKK genau das bekommt, was sie von Anfang an wollte und was aus ihrer Sicht auch nur Sinn macht. Im Stiftungsmodell wird die UKK allein das Sagen haben. Sie wird die operative, unternehmerische Verantwortung übernehmen, und es wird zwingend eine umsatzsteuerliche Organschaft geben. Was das heißt, ist eindeutig geregelt. Laut Gesetz liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor, wenn eine juristische Person nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in das Unternehmen des Organträgers eingegliedert ist und insoweit der Organträger seinen Willen gegenüber den Organgesellschaften durchsetzen kann.

Im Klartext heißt das: Wenn das Stiftungsmodell Realität wird, dann hat die Stadt in ihren Kliniken nichts, aber auch gar nichts mehr zu sagen. Daran ändert leider auch der Änderungsantrag von CDU, Grüne und FDP nichts.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, überlegen Sie genau, was Sie tun. Mit der Zustimmung zu weiteren Verhandlungen geben Sie den Einfluss der Stadt Köln auf ihre Kliniken auf und damit jegliche Gestaltungsmöglichkeit, und Sie tun das ohne jede Not. All das, was die UKK will - gemeinsame Forschung, europäisches Studienzentrum, vermehrte Zusammenarbeit, Heben von Synergien -, lässt sich problemlos durch Kooperationen realisieren. Das hat meine Fraktion gebetsmühlenartig wiederholt. Das funktioniert woanders auch ganz gut - übrigens auch ziemlich gut mit anderen kommunalen Häusern und mit frei gemeinnützigen Trägern. Die Vorlage der Verwaltung behauptet aber so lapidar: Nein, Kooperationen funktionieren einfach nicht, das sagen auch alle Fachleute.

Wie gesagt, wir sehen das anders, und seit wenigen Tagen haben wir auch ganz prominente Unterstützer. Der Wissenschaftsrat, immerhin das höchste Beratungsgremium im Bund und im Land in Fragen der Wissenschaft - ich komme gleich zum Ende -, empfiehlt in einer Stellungnahme vom Oktober, also ganz aktuell, der UKK, alternativ zu der Beteiligung der UKK an den Städtischen Kliniken eine strategische Zusammenarbeit zu erwägen, die zwar begrenzteren Gestaltungsspielraum böte - klar, sie hätten nicht mehr den Durchgriff -, aber auch weniger risikobehaftet wäre.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Rat der Stadt Köln wird gleich eine sehr weitreichende Entscheidung fällen. Bitte halten Sie doch einmal kurz inne und überlegen Sie gut: Wollen Sie wirklich ohne jede Not und ohne jede Gegenleistung den Einfluss des Rates der Stadt Köln auf seine Kliniken aufgeben? Wenn Sie das nicht wollen - es spricht viel dafür, das nicht zu wollen -, dann lehnen Sie bitte die Beschlussvorlage ab und stimmen für unseren Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation an den Städtischen Kliniken ist so, dass wir sehr, sehr weise und gut entscheiden müssen, um hier die Zukunftssicherheit zu gewährleisten.

Wir haben - das gilt nicht nur für die CDU-Fraktion, sondern eigentlich auch für das gesamte schwarz-grüne Bündnis in dieser Stadt - immer genau die Positionen definiert, die wir haben wollen. Zu diesen Positionen - die Oberbürgermeisterin verfolgt hier deckungsgleiche Ziele - gehört vor allem, dass wir die Maximalversorgung im rechtsrheinischen Köln weiter so zukunftsfähig erhalten wollen, wie sie bisher auch schon da ist. Das ist unser erstes wichtiges Ziel.

Das zweite wichtige Ziel betrifft die Arbeitsplätze. Wir haben viele Arbeitsplätze in den Kliniken und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Tag für Tag hervorragende Arbeit leisten. Hier gilt es, diese Arbeitsplätze zu erhalten. Gleichzeitig - das ist uns auch wichtig, nachdem bereits seit weit mehr als einem Jahr über die Sache diskutiert wird - müssen wir hier die Zukunftsangst nehmen und den Beschäftigten Perspektiven aufzeigen. Deshalb brauchen wir zügige Lösungen und keine langwierigen Runden, die Lösungen weit in die Zukunft schieben.

Das Dritte hängt damit eng zusammen, weil das natürlich auch die Frage der Akzeptanz durch die Patienten bzw. durch die einweisenden Ärzte betrifft, das ist die Frage der Zuverlässigkeit für die Zukunft: Welche Qualität können wir anbieten - sowohl von den Gebäuden als auch von der medizinischen Ausstattung?

Hier kommen wir zu einem entscheidenden Punkt, den Sie an der Stelle klar verkennen: Sie sehen immer wieder bzw. fordern jetzt Investitionsprogramme. Wir haben auf der Landesseite in den letzten Jahrzehnten wenig Unterstützung gesehen. Wir benötigen jetzt eine Lösung, die uns gewährleistet, dass wir hier ein gutes Investitionsprogramm haben.

Für uns ist wichtig - deshalb unser Änderungsantrag, um die Verhandlungsposition der Verwaltung an dieser Stelle auch klar zu stärken -, zukünftig weiterhin Einfluss der Stadt Köln bei wesentlichen Dingen zu haben, dass wir sowohl in den personellen Fragen, aber vor allem auch bei den wichtigen Entscheidungen, die künftig zu treffen sind, ein Mitspracherecht bekommen, um eben diese Ziele, die ich am Anfang genannt habe, auch zukünftig sicherzustellen. Hierzu gehört, dass gewisse Voraussetzungen, die wir in dem Antrag einzeln aufgeführt haben, auch ganz konkret benannt werden. Dazu gehört unter anderem die Garantie für die bisherigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass sie in ihren Rechten künftig nicht schlechter gestellt werden.

Der Aufsichtsrat hat eine weise Entscheidung hinsichtlich des Gesundheitsstandorts Holweide getroffen, die es natürlich auch in die Zukunft mitzunehmen und dort umzusetzen gilt. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt.

Für die Frage der rechtlichen Struktur - hier ist ein Modell angedacht, das Aussicht hat, auch entsprechend rechtlich Bestand zu haben - gilt es natürlich, in den verschiedenen Gremien, die einzusetzen sind, den städtischen Einfluss auch zukünftig zu gewährleisten. Denn eines ist klar: Wir wollen auch zukünftig darüber mitentscheiden, was in Köln passiert, dass eben die rechtsrheinische Versorgung, die von den Kliniken bisher in hervorragender Form wahrgenommen wird, auch zukünftig entsprechend fortgesetzt wird.

Das, was mich an dem Antrag von SPD und LINKEN sehr stark stört, ist dieser grundsätzliche Vorbehalt gegen die Unikliniken, der eigentlich durch nichts begründet ist. Denn die Unikliniken sind Maximalversorger, die bisher das linksrheinische Köln - so, wie die Städtischen Kliniken im Rechtsrheinischen - wunderbar versorgen. Daran gibt es keinen Deut.

(Beifall bei der FDP)

Das ist etwas, das darf man an dieser Stelle immer wieder betonen. Das heißt, wir müssen hier in großen Dingen denken und nicht in kleinen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal betonen, dass es nicht nur darum geht, bestehende Strukturen zu erhalten, sondern wir müssen an dem Gesundheitsstandort weiterdenken und Dinge weiterentwickeln. Hier ergeben sich zusätzliche Potenziale, und zwar nicht nur im Bereich der Onkologie, Köln zu *dem* Gesundheitsstandort in Deutschland weiterzuentwickeln. Das ist eine einmalige Chance, die wir haben, deshalb sollten wir in die Kooperationsgespräche gehen. Ich glaube, dass am Ende dabei etwas Gutes herauskommt, was nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Patientinnen und Patienten, sondern für die gesamte Stadt Köln einen Vorteil bringt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche einmal, das in der Sache aufzudröseln. Wenn Sie unseren Zusatzantrag anschauen, dann erkennen Sie insgesamt sieben Ziele, die wir nachgeschärft haben möchten.

Zunächst einmal ist uns wichtig, dass wir einen klaren Übergang haben: Wenn die wirtschaftliche Verantwortung an die Universitätsklinik übergeht, müssen letztlich auch die finanziellen Risiken übergehen.

Dazu ein erster Hinweis, lieber Kollege Paetzold: Natürlich hat der Wissenschaftsrat hier Risiken beschrieben - Risiken für die Universitätsklinik, nicht für die Stadt Köln.

(Michael Paetzold [SPD]: Ja, klar! Das habe ich ja vorgelesen!)

Das muss man nur einordnen. Man könnte auch den Spieß umdrehen und sagen: Wenn der Wissenschaftsrat auf Risiken für die Universitätsklinik hinweist, dann sind das im Gegenzug Chancen für die Stadt Köln.

Wir haben natürlich den weiteren Punkt aufgenommen, dass wir in Bezug auf die zukünftigen Investitionen das Haus mit der Uniklinik gleichstellen wollen. Sie wissen, dass die Universitätsklinik zu Köln in der Vergangenheit deutlich mehr Landesmittel bekommen hat als unsere Kliniken, die als Plankrankenhäuser behandelt wurden. Das möchten wir natürlich gleichgestellt sehen.

Eine ähnliche Gleichstellung hätten wir gern in den Entscheidungsgremien. Auch da ist es, denke ich, gut, wenn wir eine personelle Parität herstellen.

Unter viertens sehen Sie den Wunsch - ich denke, das ist gut begründet -, in den operativen und in den Aufsichtsratsgremien der Universitätsklinik zu Köln vertreten zu sein, weil wir es hier mit einer Zusammenführung von zwei sehr großen Häusern zu tun haben. Sie wissen, bei uns arbeiten etwa 4 500 Menschen. In der Universitätsklinik sind es etwas mehr als doppelt so viele, soweit ich informiert bin. Das heißt, es ist eine große Aufgabe, diese zwei „Megatanker“ zusammenzuführen, die natürlich zunächst einmal unterschiedliche Ausrichtungen haben. Denn es ist so, dass die Ziele von Forschung und Lehre per Definition andere als die einer Versorgung der Bevölkerung sind. Wir glauben aber daran, dass es möglich ist, das zu vereinen. Es ist nur eine Aufgabe, die man benennen muss und die man dann auch entsprechend umsetzen muss.

Wir denken, dass die Stadt Köln Sonderrechte haben sollte, die sich aus dieser Tatsache der Versorgung der Kölner Bevölkerung ergeben. Wir denken, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechend auch in Zukunft geschützt werden sollen.

Unter Punkt 7, lieber Kollege Paetzold und Aufsichtsratsvorsitzender, finden Sie den Hinweis auf den Beschluss des Aufsichtsrats, den Sie bereits zitiert haben. Wir denken schon, dass am Standort Holweide weiterhin gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung stattfinden sollte, und zwar so, wie wir das miteinander im Aufsichtsrat auch völlig einvernehmlich haben wollen. Wir halten es für wichtig, das hier auch noch einmal festzumachen, um klarzumachen, dass eben nicht in Holweide die Häuslebauer anrücken sollen, sondern dass die Bevölkerung dort weiterhin gut und zuverlässig versorgt werden soll. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt kann ich Ihnen nicht ersparen, dass ich mir noch einmal angeschaut habe, was Sie eingebracht haben.

(Michael Paetzold [SPD]: Das will ich hoffen!)

An der Stelle will ich das doch noch einmal kurz würdigen.

Zunächst einmal unter Punkt 1: Der Rat bekennt sich zum Gesundheitsstandort Köln und seinen Kliniken. - Ja, das hat der Rat in letzter Zeit relativ häufig getan. Er hat sich nicht nur bekannt, er hat auch erhebliche Beträge hineingegeben.

(Michael Paetzold [SPD]: Das habe ich auch gesagt!)

Insofern ist es schön, dass Sie das anerkennen, aber es hat sich, glaube ich, durch unser konkretes Handeln bereits manifestiert, dass der Rat der Stadt Köln hinter seinen Kliniken steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist auch richtig so. Insofern bin ich bei dem Punkt bei Ihnen, aber das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Zur fairen Kooperation: Da müssen wir zur Kenntnis nehmen, und zwar sowohl als Aufsichtsräte als auch als Ratspolitiker, dass die Universitätsklinik zu Köln eine lose Kooperation

so nicht möchte. So habe ich jedenfalls die verantwortlichen Herren dort verstanden. Wir können das zwar von einer Seite wollen, aber wenn die andere Seite das nicht will, haben wir einfach ein Verhandlungsproblem an der Stelle. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Zu 3., den Klinikstandort Holweide erhalten: Ich habe mich etwas gewundert, dass es „Klinikstandort“ heißt, also Krankenhaus. Nach dem, was der Aufsichtsrat benannt hat, ist es ein Gesundheitsstandort und kein Plankrankenhaus mehr. Das ist ein feiner, aber erheblicher Unterschied. Insofern bin ich an der Stelle ausdrücklich nicht bei Ihnen, sondern nur beim Gesundheitsstandort - wie eben bereits benannt.

Was die Investitionen anbelangt, ist es fraglich und mir unverständlich, wie das, was Sie aufgeschrieben haben, eigentlich durchfinanziert werden soll; denn das würde im Grunde - Sie sprechen teilweise sogar von drei Krankenhäusern - ein „Weiter so wie bisher!“ bedeuten. Wer das finanzieren soll und wo der Plan dahinter ist, um sinnvoll einen Turnaround zu schaffen, also noch nicht einmal 2+1 zu machen, sondern von drei Krankenhäusern zu sprechen, hat sich mir nicht erschlossen. Insofern werden wir als Bündnis 90/Die Grünen Ihren Antrag ablehnen und dem von uns, denke ich, substanziell gut begründeten Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Anwesende! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, die zentrale Frage Ihrer Vorlage werden Sie weder heute noch in einem halben Jahr beantworten, nämlich die Frage: Woher sollen die Finanzmittel für dieses Projekt kommen?

Glauben Sie wirklich, dass sich das Land von den netten Bildern Ihres Stiftungsmodells beeindrucken lässt? Wird nicht das Land fragen, wo Ihr Businessplan ist, wo Ihre Bilanz ist und wo Ihr Zukunftsplan ist? - Genau die Fragen werden sie stellen. Die Antworten dazu haben Sie nicht.

Seit Jahrzehnten entzieht das Land Nordrhein-Westfalen - -

(Bernd Petelkau [CDU] führt ein Gespräch mit Stadtdirektor Dr. Stephan Keller)

- Herr Petelkau, könnten Sie aufhören? Ich muss mich etwas konzentrieren.

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja!)

Es ist, glaube ich, eine wichtige Debatte, bei der es doch gut ist, wenn man auch die Oppositionspartei hört.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Seit Jahrzehnten entzieht das Land Nordrhein-Westfalen, ob Schwarz-Grün oder Rot-Grün oder Schwarz-Gelb, den kommunalen Krankenhäusern eine auskömmliche Finanzierung. Es ist erbärmlich, meine Damen und Herren, dass die Uniklinik neunzehnmal mehr für Bauinvestitionen - nur für Bauinvestitionen, nicht für Forschung; das ist eine andere Baustelle - bekommt als die Städtischen Kliniken. Laut Planungen des Wissenschaftsrates für die Förderung der Unikliniken in Nordrhein-Westfalen sollen die Gelder nach Bochum und nach Bielefeld fließen. Das ist die Realität.

Gleichzeitig arbeitet das Land an einem neuen Krankenhausplan. Dabei sollen drastisch Betten abgebaut werden. Das heißt, für den Bettenabbau werden wir vielleicht einmal einen Geldbetrag erhalten. Wir brauchen aber langfristige Einnahmen für den Betrieb der Städtischen Kliniken. Das ist doch das Problem. Wir dürfen nicht auf die Einmalkosten schauen, sondern auf die langfristigen Kosten. Da muss sich etwas verändern. Diese Einnahmen können wir nur erzielen, wenn wir einen Zukunftsplan haben. Herr Baumann und der Aufsichtsrat der Kliniken arbeiten daran.

Ist dieser Plan mit drei Standorten oder auch mit 2+1 in Ihrem Stiftungsmodell garantiert? Kann man diesen Änderungsantrag so verstehen? Diese Frage und weitere 37 Fragen haben wir zu dem Stiftungsmodell gestellt. Die Antworten der Verwaltung - in dem Fall auch durch die Firma Luther - sind eine Mischung von Frechheit und Ratlosigkeit. Original: Auf die Frage können wir keine Antwort geben.

Für die Beratung dieses Stiftungsmodells werden Millionen Euro ausgegeben. Das wollen Sie nachher beschließen. Ich finde, das ist hinausgeschmissenes Geld.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deshalb sagen DIE LINKE und die SPD in ihrem Antrag: Lasst uns gemeinsam um Landeszuschüsse kämpfen, und zwar mit der Betonung auf „kämpfen“.

(Beifall bei Teilen der LINKEN und der SPD)

Ohne Kampf werden wir diese Sachen nicht bekommen. Wir sind gern bereit, mit Ihnen gemeinsam nach Düsseldorf zu gehen und gemeinsam mit Ihnen zu demonstrieren. Denn ohne diesen Druck, den wir aufbauen müssen, werden wir zu keiner Situation kommen, dass wir drei Bürgerkrankenhäuser halten können - in Holweide, Merheim und an der Amsterdamer Straße.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Wir brauchen jetzt ein Investitionsprogramm des Kölner Stadtrates, damit der Umbau dieser drei Standorte entwickelt werden kann, damit neben dem Sanierungsprogramm ein Investitionsprogramm entwickelt und angestoßen werden kann. Der Aufsichtsrat hat zwar einen weisen Beschluss gefasst, aber der Aufsichtsrat hat nicht das Geld. Das ist doch das Problem! Wie wollen wir das bekommen? - Wir werden das nicht einfach vom Land bekommen, sondern wir müssen ein eigenes Investitionsprogramm entwickeln. Das ist doch die ganze Zeit der Nebel, der hier verblasen wird. Wir werden nicht darum herum kommen, einen dreistelligen Millionenbetrag in die Hand zu nehmen, um dort einen Prozess der Investition zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Wenn Betten abgebaut werden sollen, meine Damen und Herren, warum interessiert sich denn die Uniklinik überhaupt für diesen Prozess? - Herr Petelkau, es geht dabei gar nicht um die Diffamierung der Uniklinik. Darum geht es überhaupt nicht. Vielmehr geht es um Realpolitik, zu erkennen, worum es geht. Meine Damen und Herren, es geht schlicht und ergreifend darum, dass die Universitätsklinik Patientendaten haben will, die sie für ihre weiteren Forschungsmittel und Akquirierung von Forschungsmitteln nutzen kann. Darum geht es, meine Damen und Herren.

Deshalb müssen wir klug sein. Wir müssen kämpfen und unsere eigene Strategie entwickeln und dürfen nicht meinen, dass wir das Geld vom Land nachgeschmissen bekommen. Eigentlich müssten die großen Parteien, die alle im Landtag vertreten sind und über Jahrzehnte diese Mittel für die Krankenhäuser nicht bewilligt haben, das genau wissen. Das ist doch die Situation. Deswegen müssen wir uns komplett aufstellen und ein Sanierungs- und Investitionsprogramm entwickeln.

Ich bin über meiner Redezeit. Ich würde aber gern noch etwas zum Änderungsantrag und zu den Erweiterungen von Schwarz-Grün sagen und melde mich hiermit zu einer zweiten Runde. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Christian Joisten [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, wie Sie sicherlich sehen, ist dieser Änderungsantrag nicht nur von CDU und Grünen gestellt, sondern auch von der FDP. Sie sehen in dem Bereich, dass sich hier drei Fraktionen zusammengetan haben, die für die Zukunft Kölns im Gesundheitssektor kämpfen, meine Damen und Herren, -

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- und dass diese drei Fraktionen bei der Zukunftsfähigkeit des Gesundheitswesens rechts- und linksrheinisch die Oberbürgermeisterin unterstützen. Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Botschaft, die heute von diesem Rat ausgehen sollte.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir zu Verhandlungen bereit sind; ich spreche von Verhandlungen, wir reden noch gar nicht über das Ergebnis. Die SPD will aber noch nicht einmal reden. Sie will bei den Situationen, die wir bei den Städtischen Kliniken haben, nicht einmal reden. Was ist denn das für eine Verantwortungslosigkeit, die wir hier erleben? Bei einem Verlust von 44 Millionen Euro letztes Jahr, von 120 000 Euro am Tag - ich wiederhole es: 120 000 Euro Verlust am Tag - sagen die SPD und der Aufsichtsratsvorsitzender der Kliniken, sie wollen noch nicht einmal mit einem Verhandlungspartner reden.

Meine Damen und Herren, wer hier im Rat so spricht, der hat die Situation nicht erkannt und übernimmt auch nicht die Verantwortung für unsere Städtischen Kliniken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es geht zum einen um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zum anderen um die Patienten. Ich sage Ihnen: Wir möchten eine Verhandlung

führen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Sicherheit haben. Bei Ihnen haben sie hinsichtlich der Verluste keine Sicherheit, und Sie wollen noch nicht einmal darüber reden. Da muss ich sagen: Das ist verantwortungslos gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Zurufe von der SPD: Das ist doch überhaupt nicht wahr! - Erst lesen, dann reden!)

Ich muss auch sagen: Bei aller Liebe, es gibt ja Gründe dafür, warum wir diese Verluste haben. Ich kann mich erinnern, dass ein Sanierungsplan gemacht worden ist; wir hatten dazu schon einmal eine Sitzung. Ich bin froh, dass wir jetzt öffentlich reden und dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Unterlagen auch in die öffentliche Sitzung gezogen haben; denn so kann man darüber reden, dass verschiedene Sanierungsmaßnahmen genannt wurden, die andere, wie die Uniklinik, schon längst vor etwa zehn Jahren gemacht haben, die hier immer verschleppt wurden. Noch immer gibt es, glaube ich, die Wäscherei mit dem öffentlichen Tarif oder die Nichtauslagerung oder andere Sachen, die andere gemacht haben, damit solche Kliniken - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie wollen doch die Arbeitnehmer eins zu eins vorführen! Das steht in Ihrem Änderungsantrag!)

- Ach, Herr Detjen, die werden doch nicht arbeitslos. Das sind Fachkräfte, die werden benötigt. Die werden benötigt! Da brauchen Sie gar nicht zu schreien. Wir führen hier keinen Klassenkampf. Auf dem Arbeitsmarkt, den wir haben, werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernommen. Das wollen doch die Unikliniken.

(Beifall bei der FDP)

Auf keinen wollen sie verzeichnen!

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Da können Sie noch so viel schreien. Auf keinen wollen sie verzichten!

Wir wollen aber eine Vereinbarung hier treffen, um rechts- und linksrheinisch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Zukunft zu geben und die bestmögliche Versorgung zu schaffen, und zwar im Rechts- und Linksrheinischen. Wenn wir bei den Städtischen Kliniken sehen, dass ganze Stationen zugemacht werden, weil das Personal fehlt, aber auch die Patienten nicht kommen, dann kann etwas nicht stimmen. Dann zu sagen, hier wäre keine Not, wir wollten ohne Not Gespräche mit der Uniklinik führen - ich habe manchmal das Gefühl, die Uniklinik wäre ein Kredithai oder derartiges, also etwas ganz Gefährliches. Wir reden von einer öffentlichen Einrichtung, meine Damen und Herren. Dass zwei öffentliche Unternehmen zusammenarbeiten und in eine Stiftung zusammengehen, das kann meiner Meinung nach auch im Sinne der LINKEN und der SPD nichts Schlimmes sein.

Eines möchte ich noch zu dem sagen, was ich in der Pressemitteilung der SPD gelesen habe: Man sollte auch bei der Wortwahl ein bisschen aufpassen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das sagt der Richtige!)

- Ja, da können Sie gern lachen.

Ich bin gleich fertig, Frau Oberbürgermeisterin, aber das muss ich hier noch sagen, weil Sie ja auch für die Verhandlungen eintreten.

Hier zu sagen, wir wollten die Kliniken verscherbeln, meine Damen und Herren, das möchte ich - -

(Michael Paetzold [SPD]: Nein, wir wollen sie eben nicht verscherbeln!)

- Das haben Sie hierin stehen.

Herr Paetzold, ich muss Ihnen wirklich sagen: In einer Pressemeldung zu schreiben, dass wir die Kliniken verscherbeln würden, das spricht Bände darüber, wie Sie hier in dieser Sache agieren, wenn wir Verhandlungen mit der Uniklinik von Köln führen wollen.

(Beifall bei der FDP der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bei aller Liebe, ich weiß nicht, was Sie da verdecken wollen. Wir bleiben aber dabei: Dieses Verhandlungsangebot ist gut, was wir noch bestärkt haben mit unserem Änderungsantrag. Ich hoffe auf eine breite Unterstützung hier. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, jetzt hat die 2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Frau Dr. Groß das Wort zu TOP 21.2. Anschließend gehen wir in die zweite Runde. Uns liegt eine Anregung der BV Kalk vor. Darum haben wir jetzt die 2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin hier.

2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dr. Tanja Groß (Kalk): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste, die noch auf den Tribünen verblieben sind! Ich möchte mich für die Bezirksvertretung Kalk zu dem vorliegenden Prüfantrag, der in der Bezirksvertretung Kalk mehrheitlich beschlossen wurde, kurz äußern.

Für Ihre Entscheidung zu unserem Prüfantrag mit dem Titel „Überführung der Kliniken in den Stadtwerke-Konzern“ möchte ich drei Punkte hervorheben:

Der Antrag ist zunächst nur ein Prüfantrag. Auch bei der Planung der Ost-West-Achse werden zwei Varianten geprüft. Daher ist eine mehrgleisige Vorgehensweise möglich und erprobt. Die Kliniken gehören zur Daseinsvorsorge - das haben schon einige Vorredner gesagt - und tragen zu einer bürgernahen und guten Gesundheitsversorgung aller Kölner bei. Es steht zu befürchten, dass eine Überführung der Kliniken der Stadt Köln in die Uniklinik Köln dies nicht im gewohnten Maße gewährleisten kann. Die Uniklinik Köln setzt Prioritäten bei der Forschung und Lehre. Wichtig sind aber direkte Behandlung und die Grundversorgung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich bitte Sie im Namen der Bezirksvertretung Kalk und der rechtsrheinischen Kölnerinnen und Kölner, diese Gesichtspunkte bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen und eventuell unseren Prüfantrag in einen tatsächlichen Antrag umzuwandeln und diesen auch zu erfüllen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir gehen in die zweite Runde. Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Lieber Herr Unna, wir haben in den letzten Tagen viel telefoniert und auch diskutiert. Wenn ich mir jetzt den Punkt 7 Ihres Änderungsantrags durchlese: Der Gesundheitsstandort Holweide ist zu erhalten, dabei soll der Aufsichtsratsbeschluss umgesetzt werden - das ist alles schön und gut. Aber die entscheidende Frage ist: Wie sollen die Finanzmittel für diese Umsetzung erzielt werden? Das steht nicht hierin. Das ist doch das Problem. Wir machen hier nur Augenwischerei. Wir müssen doch als Stadt auch finanziell dafür einstehen.

Dass wir mit dem Land verhandeln, ist für mich selbstverständlich. Dass wir um jeden Euro kämpfen, das propagiere ich bei allen Tagesordnungspunkten. Das ist für mich völlig klar. Ich bin nur realistisch und sehe, was wir an der Stelle für finanzielle Mittel bekommen können. Ich will gar keinen niedrigen Betrag nennen, Frau Oberbürgermeistere, mit dem Sie dann in den Ring gehen. Dann bekommen Sie noch weniger. Das will ich gar nicht machen. Aber man muss doch dazu stehen, dass man sagt: Jawohl, hinter diesem Projekt, das der Aufsichtsrat jetzt beschlossen hat, stehen wir voll. Das werden wir auch umsetzen - komme, was wolle.

Es ist doch der neue Gedanke, dass wir in Holweide ein kleines Krankenhaus mit einem ambulanten Ansatz haben, das neu gebaut werden soll. Das ist doch eine Perspektive. Das ist doch eine Vision.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Insofern ist mir das einfach zu wenig, wie es hier steht. Das muss ich ganz klar sagen. Obwohl ich klar sehe, Herr Unna, Sie haben da etwas bewegt, gar keine Frage.

Zweiter Punkt: Kartellamt. Das müssen wir nicht weiter vertiefen. Ich habe das schon hoch- und runterdiskutiert. Es ist aber eine Hürde, die überwunden und geklärt werden muss.

Meine Damen und Herren, es ist ja nett, dass Sie im Stiftungsmodell ein paar Sitze mehr für die Stadt haben wollen, aber, meine Damen und Herren, das ist doch uninteressant. Das kann man machen. Ich bin auch nicht dagegen. Es geht aber um Geld und Macht, und das spielt sich doch in der AöR ab. Es ist doch die entscheidende Frage, wie das Geld in die AöR kommt. Da haben wir ja gefragt: Kommt das vom Land? - Darauf hat Luther gesagt: Nein, das kommt von der Uniklinik. - Ja, aber woher soll die Uniklinik das nehmen? Die kann das drucken. Ich bin Drucker, ich kann ja mit denen reden.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Das ist nicht die Frage. Aber das Geld muss irgendwo herkommen, und das ist nicht der Fall. Dann muss man doch nicht tun wie ´ne Tulpe.

Es ist also entscheidend die Macht der Anstalt des öffentlichen Rechts. Diese ist definiert, und die stellen Sie hier in Ihrem Änderungsantrag nicht infrage. Die Anstalt des öffentlichen Rechts wird geleitet von der Universitätsklinik. Basta! Das stellen Sie nicht infrage. Insofern sind Ihre Änderungen nett, aber sie sind nicht durchschla-

gend. Das ist das Problem an der ganzen Sache. Deswegen haben wir auch nicht zu einem Kompromiss gefunden. Es tut mir leid, ich würde auch gern mit Ihnen gemeinsam Druck machen, aber wir können uns das mit der Demo überlegen, ob wir nicht einmal eine gemeinsame Demo - -

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ach, die Kollegin von den Grünen wehrt schon ab. Schade! Aber ich fände es gut, wenn man da mal Druck machen könnte. Dafür können wir vielleicht auch noch andere Kommunen kriegen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt eine Redeliste in der zweiten Runde. Sie beginnt mit Herrn Paetzold, dann Herr Dr. Unna, dann Herr Boyens. - Bitte, Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Da es nun dankenswerterweise eine zweite Runde gibt, habe ich die Gelegenheit, noch einmal auf einige der mir nachgefolgten Redebeiträge einzugehen.

Zunächst zu Ihnen, Herr Petelkau: Natürlich habe ich keine Angst vor der Uniklinik. Ich schätze sie sogar sehr. Die meisten von Ihnen wissen, ich bin Arzt. Ich freue mich sehr, dass ich schwerkranke Patienten von mir zum Beispiel in onkologischen Fällen in die Uniklinik schicken kann. Ich schätze deren Expertise sehr. Meine Tochter hat an der Uni Köln studiert. Da gibt es überhaupt keine Sorge und Angst. Sie hat aber einfach einen anderen Auftrag. Der Auftrag der Universitätsklinik ist primär Forschung und Lehre. Das ist weder etwas Fieses noch etwas Falsches, sondern das ist einfach so.

(Bernd Petelkau [CDU]: Sie wissen genau, dass sie auch Generalversorger sind! Sie sind Generalversorger für das linksrheinische Köln!)

- Ja, aber schauen Sie sich die Satzung an, dann werden Sie es lesen. Das ist halt einfach so.

Das heißt nicht, dass man nicht zusammenarbeiten kann, das macht es nur ein bisschen schwieriger. Deshalb - da die Uniklinik andere Interessen hat - wollen wir nicht in dieses Stiftungsmodell gehen.

Herr Unna, wir sind in vielem einer Meinung. Ich habe auch gesagt, Sie haben wirklich eine Menge in Ihren Änderungsantrag hineinverhandelt. Chapeau dafür! Es bleibt aber bei der umsatzsteuerlichen Organschaft. Ich will nicht noch einmal vorlesen, was das heißt; ich habe es ja vorgelesen. Das heißt, die Universitätsklinik wird im Stiftungsverbund bis zur Farbe des Klopapiers entscheiden, und zwar nur die Uniklinik und sonst niemand. Das ist nun einmal einfach so.

Dann hatten Sie darauf hingewiesen, dass ich hier den Wissenschaftsrat zitiert hatte, und Sie hatten auf die Risiken hingewiesen. Ich lese mal vor, worin die Risiken bestehen. Da gibt es zu bedenken, dass die Pläne neben den Chancen für die klinische Forschung - hört, hört; darum geht es eben - auch mit Herausforderungen einhergehen, etwa bei der Koordination der Krankenversorgung, der dann verdoppelten Bettenkapazität sowie hinsichtlich der finanziellen Risiken und kapazitätsrechtlichen Konsequenzen. Sogar dem Wissenschaftsrat ist klar geworden: So ein Riesentanker ist einfach schwer zu steuern. Daran könnte sich die Uniklinik auch verheben, und das wird sie wahrscheinlich auch.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: … lässt grüßen!)

- Genau.

Herr Breite, zu Ihnen: Ich habe, wenn Sie reden, immer ein bisschen Angst um Ihren Blutdruck. Aber vielleicht ist das auch nur etwas Theaterdonner.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie hüpfen hier dann so herum und werden langsam rot. Ich habe dann immer schon fast mein Köfferchen in der Hand.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber, wie gesagt, ich vermute, das ist ein bisschen Theaterdonner. Deshalb bin ich dann doch wieder ganz beruhigt.

Herr Breite, ich glaube, Sie haben es nicht verstanden. Die Uniklinik will uns kein Geld geben. Das steht da nirgendwo. Sie wird unsere Sanierung nicht bezahlen. Ganz im Gegenteil: Die müssen wir bezahlen. Das steht darin.

Wer denkt, dass die Uniklinik die Sanierung der Kliniken der Stadt Köln bezahlen wird, der ist hochgradig naiv. Der hat die Vorlage nicht gelesen. Es tut mir leid.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist völlig richtig, die Betriebs-AöR, die da zu gründen sein soll - das steht auch in der Vorlage -, wird Investitionen aus eigenen und Fremdmitteln oder durch Kreditaufnahme finanzieren. Da steht nicht: Die Universitätsklinik packt etwas dazu. Da steht nicht: Das Land packt etwas dazu. - Eigenmittel, Fremdmittel, Kredite. Punkt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna, bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Es tut mir für die anderen Kollegen leid, dass das jetzt so fachlich wird. Aber wir müssen das hier einmal durchexerzieren. Denn wir sind jetzt wirklich an einer Wegkreuzung. Das ist noch nicht die entscheidende. Darauf muss man doch großen Wert legen. Denn wir fassen jetzt nicht den Beschluss, sondern geben einen Verhandlungsauftrag. Das muss man immer wieder zu Protokoll geben, damit klar ist, was wir hier gerade tun. Es ist nicht das Grundgesetz, das wir da erarbeiten. Ich versuche trotzdem einmal, die Punkte aufzugreifen.

Zunächst einmal ist es in der Tat so, wie der Kollege Paetzold zu Recht gesagt hat. Der betriebswirtschaftliche Durchgriff ist dann gegeben. Natürlich hat der Wissenschaftsrat das so benannt, wie er es benannt hat. Gerade deswegen findet sich in unserem Antrag der Punkt, dass wir sowohl im operativen Geschäft als auch in den Aufsichtsgremien entsprechend vertreten sein sollten, damit wir den Einfluss wahren können.

Ähnliches gilt übrigens für den eben schon benannten natürlichen Zielkonflikt. Er besteht, ja.

Lehre und Forschung sind übrigens etwas sehr Positives. Wir sind in den letzten 100 Jahren ja nur deshalb medizinisch vorangekommen, weil es Lehre und Forschung gibt.

Nach meinem Kenntnisstand ist es übrigens auch Auftrag der Uniklinik Köln, die Krankenversorgung zu gewährleisten.

(Michael Paetzold [SPD]: Ja, natürlich!)

Wir werden da ja nicht nur seziert, sondern auch behandelt - jedenfalls ich, als ich da war; ich nehme an, dass es bei den anderen Kollegen auch so ist.

Das muss man also benennen und darf es nicht wegdiskutieren. Man muss dann aber auch versuchen, das zusammenzubringen. Wenn man Optimist ist, kann man so etwas auch denken. Es ist möglich. Es ist nur eine große Aufgabe. Dieser Aufgabe muss man sich stellen. Darum werben wir gerade.

Nun zu dem Argument mit dem Kartellamt: Lieber Jörg Detjen, du weißt, dass ich kein Jurist bin. Aber nach meinem Kenntnisstand ist das durch den Gesetzesvorbehalt ausgehebelt. Wir handeln eben nicht eigenständig. Vielmehr gibt es in dem Fall, dass es so weit kommen sollte, ein Landesgesetz. Damit ist dieses kartellrechtliche Argument sicherlich vom Tisch.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das Landesgesetz muss es wegen der AöR geben!)

- Ja, da müssen nach meinem Kenntnisstand mehrere Gesetze geändert werden. Aber das ist Gott sei Dank nicht unser Problem im Rat der Stadt Köln.

Nach meinem Verständnis ist die Uniklinik Köln direkt vom Land abhängig. Insofern handelt es sich bei dem Geld, das die Uniklinik dort hineingibt - sie gibt es natürlich aus wohlverstandenen eigenen Interessen dort hinein; das ist völlig klar -, nach meinem Kenntnisstand natürlich am Ende um Landesmittel. Das sehe ich so.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage geklärt, woher bei dem Stiftungsmodell das Geld letztlich kommt. Denn das ist ja richtig benannt, auch wenn die Ratio ein bisschen falsch ist. Es war nicht 19-mal so viel, sondern zehnmal so viel. Aber wir stellen natürlich fest: Über die letzte Dekade hat die Uniklinik Köln in diesem Bereich im Vergleich zu den Plankrankenhäusern der Stadt Köln erheblich, und zwar um circa den Faktor 10, mehr Mittel bekommen. Das ist so.

Natürlich macht das Ganze aus Sicht der Häuser nur dann Sinn, wenn wir Universitätsstatus bekommen. Deswegen ist dieser Punkt auch in unserem Antrag enthalten. Denn wir wollen dann auch fördermittelmäßig mit der Uni gleichgestellt werden.

Nun komme ich zu der Frage, was mit der Verzögerung oder mit dem Sanierungskonzept ist. Nach meinem Verständnis ist das, was der Aufsichtsrat am Donnerstag letzter Woche unter dem Stichwort „2+1“ beschlossen hat - also zwei Krankenhäuser plus ein Medizinstandort und

nicht drei Krankenhäuser -, ein Sanierungskonzept. Das wird jetzt angegangen. Da bin ich relativ sicher. Wir haben den Aufsichtsratsvorsitzenden hier sitzen. Ich habe niemanden gehört, der dagegenspricht. Auch die Gesellschaftervertreterin hat nicht dagegengesprochen. Insofern gehen wir das jetzt an.

Wir müssen es auch zügig angehen. Die Zahlen sind ja eben von der FDP hier genannt worden. Sie sind auch kein Geheimnis. Insofern haben wir einen erheblichen Handlungsdruck, jetzt voranzukommen. Das ist einfach so. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Denn leider können wir Geld nicht beschließen. Das heißt, dass wir etwas tun müssen.

Wir werden diese Sanierung vorantreiben. Die Frage ist nur: Wollen wir das als Stand-alone aus eigenen Mitteln tun, oder wollen wir es bis zu einem bestimmten Punkt aus eigenen Mitteln tun, dann einen Cut-off haben und die Uni für alles, was hinter diesem Cut-off passiert, ins Gebet nehmen?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Das Geld muss man ja erst einmal haben!)

Meine Fraktion ist der Meinung: Wir sind gut beraten, dass zumindest mal gesprochen wird, um Ihren Duktus aufzunehmen. Wir sollten einfach mal verhandeln und schauen, wie weit wir kommen.

In unserem Änderungsantrag haben wir Bedingungen definiert. Man kann erkennen, dass uns diese Punkte wichtig sind. Ich sage voraus: Wenn keiner dieser Punkte erfüllt sein wird, wird ein Verhandlungsergebnis vermutlich keine Mehrheit in diesem Rat finden, weder vor der Wahl noch nach der Wahl.

Insofern denke ich, dass es gut ist, den Verhandlungsauftrag zu schärfen. Ich bin sehr sicher, dass unser Verhandlungsführer ein guter Mann ist, der alles tun wird, um das hinzukriegen.

Wir haben heute einen deutlichen Fingerzeig gegeben, was wir für essenziell halten, um die gesundheitlichen Belange unserer Bevölkerung entsprechend zu schützen und zu wahren. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal dem Eindruck entgegenwirken, wir seien gegen eine Verbundlösung. Eine Verbundlösung kann durchaus sinnvoll sein; überhaupt keine Frage.

Es ist aber doch vollkommen klar, dass wir, bevor wir in einen solchen Verbund gehen, unsere Hausaufgaben machen müssen. „Hausaufgaben machen“ heißt, dass man ein Konzept hat, dass man einen Businessplan hat - Herr Detjen hat es gesagt -, dass man einen Plan hat, was man erreichen und tun will. Und das haben wir nicht.

Wir mahnen schlicht und ergreifend an, dass wir auch einen Sanierungsbeitrag leisten müssen.

Und noch einmal: Der Standort Holweide ist nicht zu halten. Was wir dort bauen können, ist altersgerechtes Wohnen mit einem Medizinischen Versorgungszentrum. Das würde wunderbar in die städtische Entwicklungsstruktur passen. Wir können aber doch nicht auf Biegen und Brechen glauben, diesen Standort einer Uniklinik aufoktroyieren zu können. Das ist unrealistisch. Das ist Traumtänzerei. Und das sollten wir auf keinen Fall tun, meine Damen und Herren.

Ein weiterer Punkt ist mir wichtig. Es gibt eine Verwaltungsvorlage. Diese Verwaltungsvorlage hatten wir im Finanzausschuss. Dort ging es um die Kosten für die Berater, die jetzt den Sanierungsprozess weiter vorantreiben sollen. Da ist mir ein Punkt wichtig. Dort steht ein durchschnittlicher Stundensatz - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde Sie bitten, das dann im nichtöffentlichen Teil anzusprechen. Hier gehört das nicht hin.

Stephan Boyens (AfD): Ja, aber da steht ein Stundensatz, der deutlich zu hoch ist.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Nichtöffentlich!)

Er ist deutlich zu hoch - das kann man, glaube ich, sagen - und sollte angepasst werden. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse dann über die Vorlage abstimmen, und zwar zunächst über die Anregung der BV Kalk. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, da würden wir gerne wie Alternative abstimmen lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN auf Abstimmung wie Alternative abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE und die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Nun lasse ich über den Beschlussvorschlag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Christian Joisten [SPD]: Worüber stimmen wir denn jetzt ab?)

- Über den BV-Antrag.

(Christian Joisten [SPD]: Ach so! Das ist TOP 21.2?)

- Und jetzt neu TOP 3.2.2. - Soll ich ihn noch einmal vorlesen? Vielleicht ist das sinnvoll. Es ist wirklich nur ein Satz:

> Der Rat der Stadt Köln nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 10.10.2019 sowie die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, DIE LINKE, die FDP, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 24.1, jetzt neu 10.22.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag bzw. Ersetzungsantrag von SPD und LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP ab. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Zum Schluss lasse ich über die Vorlage in der Fassung des eben angenommenen Änderungsantrags abstimmen. Wer ihr so zuzustimmen wünscht, den bitte ich erneut um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach.

(Zuruf)

- Und die Oberbürgermeisterin. - Enthaltungen? - Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas sagen. Ich wollte jetzt nicht die Beratung dieses Tagesordnungspunktes verlängern. Aber es gibt natürlich Antworten auf diese Fragen. Sie werden im zukünftigen Prozess auch gegeben werden.

I. Beschluss zum Geschäftsordnungsantrag:

Der Rat geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Anmerkung:
Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt von RM Paetzold.

3680/2019

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. (Abstimmung über die Beschlussalternative):

Beschluss über die Alternative:

Der Rat verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Gesundheits- und in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und der Gruppe GUT abgelehnt.

II. Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 10.10.2019 sowie die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke., FDP sowie der Gruppe GUT, RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und RM Gerlach zugestimmt.

3050/2019

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtverwaltung im Zuge der Sanierung und Neuaufstellung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH die folgenden Punkte umzusetzen:*

2. *Der Rat bekennt sich zum Gesundheitsstandort Köln. Die Kliniken der Stadt Köln sind grundlegender Bestandteil der städtischen Daseinsvorsorge in Köln und gewährleisten die flächendeckende medizinische Grund- und Maximalversorgung der Kölner Bevölkerung.*

   Die Stadtverwaltung verfolgt den Klinikverbund, das sog. „Stiftungs-Modell Universitärer Gesundheitscluster Köln“, nicht weiter. Entsprechende Verhandlungen mit dem Land und dem Universitätsklinikum Köln (UKK) mit dem Ziel die Kliniken in die vollumfängliche operative und unternehmerische Verantwortung der UKK zu übergeben, werden beendet. Vielmehr verbleiben die Kliniken der Stadt Köln gGmbH – als integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge im Konzern Stadt Köln – in der Trägerschaft und Verantwortung der Stadt Köln.

3. *Der Rat der Stadt Köln strebt dabei eine faire Kooperation aller Kliniken in Köln an und keine Verdrängung, um gemeinsam Spitzenmedizin zu nutzen und zu fördern. Wir regen für die Städtischen Kliniken Kooperationen mit kommunalen und freigemeinnützigen Kliniken (z.B. kirchlicher Träger) im Rheinland und selbstverständlich auch mit der Uniklinik Köln an.*

   Dabei bitten wir die Uniklinik Köln, ihr grundsätzliches Herangehen an eine Zusammenarbeit zu überdenken und zu schärfen. Kooperation sollte im Mittelpunkt stehen! Dabei könnte die Stellungnahme des Wissenschaftsbeirates zur Uniklinik Köln vom 28.10.2019 hilfreich sein:

   „Der Wissenschaftsrat empfiehlt, alternativ zu der Beteiligung des UKK an den Städtischen Kliniken Köln eine strategische Zusammenarbeit zu erwägen, die zwar begrenzteren Gestaltungsspielraum böte, aber auch weniger risikobehaftet wäre.“

4. *Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zum Erhalt aller drei Standorte, Krankenhaus Holweide, Krankenhaus Merheim und das Kinderkrankenhaus an der Amsterdamer Straße, nicht zuletzt auch als wichtige Bausteine einer sozialgerechten und -verträglichen medizinischen Versorgung aller Stadtteile. Mindestens eine Regelversorgung muss an allen Standorten vorhanden sein. Am Standort Holweide könnte dabei eine Zusammenarbeit der Städtischen Kliniken und der Universitätsklinik im Bereich der Geriatrie (Altersheilkunde) ein Beispiel für eine umfassendere Kooperation, ggf. unter Einbeziehung der LVR-Klinik, sein.*

5. *Der Rat der Stadt Köln unterstützt die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der kommunalen Kliniken der Stadt Köln gGmbH, ein Investitionsprogramm zu entwickeln, das das Sanierungskonzept erweitern soll. Für dieses unverzichtbare Investitionsprogramm wird der Rat weitere finanzielle Mittel bereitstellen, mittels denen die Kliniken für diverse Herausforderungen in den nächsten Jahren fit gemacht und die gute und engagierte Belegschaft gehalten werden soll.*

6. *Der Rat beauftragt die Oberbürgermeisterin sich in diesem Kontext bei der Landesregierung NRW für eine angemessene und nachhaltige Investitionskostenfinanzierung für die Kliniken der Stadt Köln gGmbH einzusetzen:*

a. das Land NRW soll sich finanziell für eine bessere Krankenhaus-Standortpolitik in Köln engagieren;

b. das Land NRW soll Kooperationsmodelle mit zusätzlichen Mitteln unterstützen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP

Beschluss:

In der Beschlussvorlage 3050/2019 wird Ziffer 2 wie folgt ergänzt:

Hierbei werden folgende Ziele verfolgt

1. Ab dem Zeitpunkt der Übernahme der operativen Verantwortung für die Kliniken der Stadt Köln (KK) durch das Universitätsklinikum Köln (UK Köln) gehen die wirtschaftlichen Risiken auf diese über. Mit der Universitätsklinik Köln ist ein Sanierungsbeitrag der Stadt Köln mit folgender Maßgabe zu vereinbaren, dass die Stadt Köln ausschließlich die bis dahin aufgelaufenen Sanierungskosten für die Kliniken der Stadt Köln zu tragen hat.

2. Im Rahmen der zu erzielenden Vereinbarung werden die Kliniken der Stadt Köln in Hinsicht auf die Finanzierung ihrer Investitionen durch das Land NRW mit dem Universitätsklinikum gleichgestellt. Die Klinken der Stadt Köln (KK) erhalten sollen hierfür einen universitären Status erhalten. Das Land NRW wird aufgefordert, die dafür notwendigen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen.

3. Für die Etablierung des Klinikverbundes aus KK und UK Köln werden gemäß dem angestrebten „Stiftungs-Modell Universitärer Gesundheitscluster Köln“ neue gesellschaftsrechtliche Strukturen geschaffen. In diesem Entscheidungsgremium wird die Stadt Köln im Verhältnis zum Universitätsklinikum personell gleichgestellt. Im Aufsichtsorgan der zu gründenden Stiftung sind UK Köln und Stadt Köln paritätisch vertreten. Die notwendige umsatzsteuerliche Organschaft bleibt davon unberührt.

4. Um den Einfluss der Stadt Köln im Sinne der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, soll eine auf Vorschlag der Stadt Köln benannte Person die Interessen KK auch auf operativer Ebene und im Aufsichtsgremium wahren.

5. Im Rahmen der zu erzielenden Vereinbarung sollen grundlegende Fragen, die die zukünftige Betriebs-gAöR betreffen, der Stadt Köln durch fixierte Sonderrechte vorbehalten bleiben.

6. Die Rechte der jetzigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzgl. der Tarifverträge und der Zusatzversorgungen (z.B. Altersvorsorge) der KK werden zukünftig voll umfänglich auf dem heutigen Niveau garantiert.

7. Der Gesundheitsstandort Holweide ist zu erhalten Dabei soll der Aufsichtsratsbeschlusses der Klinken der Stadt Köln vom 31.10.2019 (2+1-Konzept) berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT, RM Wortmann (Freie Wähler Köln), RM Gerlach und Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

III. Abstimmung über die Beschlussvorlage in geänderter Fassung

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt den im Rahmen der Ausführung seines Auftrages vom 20.03.2018 (Vorlagen-Nr. 0164/2018) erarbeiteten Vorschlag „Stiftungs-Modell Universitärer Gesundheitscluster Köln“ zur Gestaltung, Machbarkeit und Sinnhaftigkeit eines Klinikverbundes der Kliniken der Stadt Köln mit der Uniklinik Köln zur Kenntnis.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des vorgelegten Modells die für eine Entscheidung des Landes Nordrhein-Westfalen erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in Abstimmung mit dem Land und der Uniklinik Köln zu erarbeiten und dem Rat der Stadt Köln eine weiterentwickelte detaillierte Grundlage zur abschließenden Entscheidung über das „Ob“ einer Umsetzung des Modells vorzulegen.

Hierbei werden folgende Ziele verfolgt:

1. *Ab dem Zeitpunkt der Übernahme der operativen Verantwortung für die Kliniken der Stadt Köln (KK) durch das Universitätsklinikum Köln (UK Köln) gehen die wirtschaftlichen Risiken auf diese über. Mit der Universitätsklinik Köln ist ein Sanierungsbeitrag der Stadt Köln mit folgender Maßgabe zu vereinbaren, dass die Stadt Köln ausschließlich die bis dahin aufgelaufenen Sanierungskosten für die Kliniken der Stadt Köln zu tragen hat.*

2. *Im Rahmen der zu erzielenden Vereinbarung werden die Kliniken der Stadt Köln in Hinsicht auf die Finanzierung ihrer Investitionen durch das Land NRW mit dem Universitätsklinikum gleichgestellt. Die Klinken der Stadt Köln (KK) erhalten sollen hierfür einen universitären Status erhalten. Das Land NRW wird aufgefordert, die dafür notwendigen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen.*

3. *Für die Etablierung des Klinikverbundes aus KK und UK Köln werden gemäß dem angestrebten „Stiftungs-Modell Universitärer Gesundheitscluster Köln" neue gesellschaftsrechtliche Strukturen geschaffen. In diesem Entscheidungsgremium wird die Stadt Köln im Verhältnis zum Universitätsklinikum personell gleichgestellt. Im Aufsichtsorgan der zu gründenden Stiftung sind UK Köln und Stadt Köln paritätisch vertreten. Die notwendige umsatzsteuerliche Organschaft bleibt davon unberührt.*

4. *Um den Einfluss der Stadt Köln im Sinne der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, soll eine auf Vorschlag der Stadt Köln benannte Person die Interessen KK auch auf operativer Ebene und im Aufsichtsgremium wahren.*

5. *Im Rahmen der zu erzielenden Vereinbarung sollen grundlegende Fragen, die die zukünftige Betriebs-gAöR betreffen, der Stadt Köln durch fixierte Sonderrechte vorbehalten bleiben.*

6. *Die Rechte der jetzigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzgl. der Tarifverträge und der Zusatzversorgungen (z.B. Altersvorsorge) der KK werden zukünftig voll umfänglich auf dem heutigen Niveau garantiert.*

7. *Der Gesundheitsstandort Holweide ist zu erhalten Dabei soll der Aufsichtsratsbeschlusses der Klinken der Stadt Köln vom 31.10.2019 (2+1-Konzept) berücksichtigt werden.*

3. *Sollte sich der im Modell vorgesehene Rechtsrahmen nicht im Wesentlichen umsetzen lassen (z.B. wegen einer fehlenden Zustimmung des Landes Nordrhein-Westfalen), wird die Verwaltung beauftragt, einen alternativen Rechtsrahmen mit dem Land Nordrhein-Westfalen abzustimmen und dem Rat der Stadt Köln – wie in Ziff. 2 vorgesehen – zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP sowie der Gruppe GUT, RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und RM Gerlach und Frau Oberbürgermeisterin Reker zugestimmt.

Anmerkung:
Die Tagesordnungspunkte 3.1.10 (ursprünglich TOP 21.1 n.ö.T.), 3.2.2 (ursprünglich TOP 21.2. n.ö.T.) und 10.22 (ursprünglich TOP 24.1 n.ö.T.) werden zusammen unter TOP 3.1.10 behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt würde ich gerne mit der Sitzung fortfahren, indem ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe:

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Einführung eines Kurzstreckentickets zum Nulltarif im Stadtbezirk Kalk 3385/2019

Dazu hat als Erstes Herr Weisenstein das Wort. - Nein?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir haben keinen Wortbeitrag! Es spricht nur die Bürgermeisterin aus Kalk!)

- Gut. Bitte, Frau Dr. Groß.

2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dr. Tanja Groß (Kalk): Sehr geehrte Frau Oberbür-

germeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste, die noch auf der Tribüne anwesend sind! Ich bin heute hier, um einen Beschluss zum kostenlosen Kurzstreckenticket - in Lindenthal und Rodenkirchen auch Brötchenticket genannt - aus der Bezirksvertretung Kalk vorzustellen und dafür zu werben.

Eigentlich sollte unser Vorschlag schon Ende 2018 bei den Haushaltsverhandlungen für 2019 beschlossen werden. Aber die Verwaltung hat es geschafft, dass wir damit sogar die Haushaltsverhandlungen für 2021 verpasst haben. Da ist noch Luft nach oben.

Zur Stellungnahme der Verwaltung möchte ich folgende Anmerkungen machen:

Die Drucksache, auf die die Verwaltung verweist, wurde erst mehr als sechs Monate nach dem Beschluss in Kalk erstellt und berücksichtigt diesen überhaupt nicht.

Tatsächlich verweist der Auszug aus der Niederschrift des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden darauf, dass es aus den Bezirksvertretungen verschiedene Beschlüsse zum Tarifsystem gebe und diese zusammengeführt werden sollten. Sie, Herr Hammer von den Grünen, haben dies bereits in der Vergangenheit angeregt. Aber ist das geschehen? Meines Wissens nicht.

Wenn Sie heute beschließen, unsere Anregungen in den Fachausschüssen zu behandeln, haben Sie gute Chancen, dies nachzuholen.

Dass die Verwaltung nun auf die Stellungnahmen bezüglich fahrscheinloser Tage in ganz Köln verweist, zeigt erneut, dass die Anregungen und Bedürfnisse innerhalb der Bezirke ignoriert werden.

Das Gleiche gilt für die zweite Drucksache, die über ein Jahr nach dem Kalker Beschluss kam und diesen wieder einmal ignorierte. Auch hier geht es um das Gesamtsystem der Fahrpreise.

Was allerdings auffällig ist, ist, dass der Ausbau des ÖPNV wohl in den letzten Jahren mit den steigenden Bedarfen nicht mitgehalten hat. So wartet zum Beispiel der Stadtteil Neubrück seit 50 Jahren auf die Straßenbahn, und es ist immer noch nicht sicher, ob und, wenn ja, wann sie kommt, während gleichzeitig die Linie 179 morgens ohne Halt und damit ohne Fahrgäste als Geisterbus von Deutz nach Neubrück unterwegs ist.

Der Bau unterirdischer Bahntrassen dauert wesentlich länger und bindet mehr Finanzmittel als der Bau oberirdischer.

Die Verwaltung schreibt, dass sie mit Tarifvergünstigungen anfangen möchte, sobald die Kapazitäten ausreichend bereitgestellt werden. Dann sagen Sie uns doch bitte hier und heute, wann dies der Fall sein wird. Wird irgendjemand aus dem Rat noch erleben, wenn die KVB ausreichend Kapazitäten anbietet? Ich wünsche es jedem, bezweifle aber, dass mein Wunsch in Erfüllung geht.

Kommen wir nun zum Argument, dass nicht der Preis, sondern das Angebot die Leute in den ÖPNV holt. Wenn dieses von der Verwaltung und der KVB oftmals angebrachte Argument stimmte, dann müsste sie keine Angst davor haben, ein kostenloses Kurzstreckenticket anzubieten; denn niemand würde es nutzen.

Lassen Sie mich kurz erklären, warum es vielleicht doch der Fahrpreis ist, an dem es liegt. Um zum Beispiel von Ostheim, sagen wir, vom Buchheimer Weg oder von der Gernsheimer Straße, zum Bezirksrathaus Kalk oder zum Kalk-Karree zu kommen, müssten Sie mit der KVB nach den aktuellen Tarifen hin und zurück 4 Euro zahlen. Dafür könnte man vier Stunden und 20 Minuten unter dem Bezirksrathaus parken oder den ganzen Tag im Parkhaus der Köln Arcaden stehen. Und das ist keine Strecke, die Sie normalerweise zu Fuß gingen. Und, ehrlich gesagt, so fahrradfreundlich ist gerade die Kalker Hauptstraße nicht, dass man von Ostheim nach Kalk mit dem Rad unterwegs sein möchte.

Wenn Sie unverschämterweise aber auch noch ein Kind mitnehmen, wird der Spaß mit der KVB direkt 2 Euro teurer - mit dem Auto nicht.

Hier wird wieder einmal deutlich, dass Mobilität auf das Auto und nicht auf den wesentlich klimaneutraleren ÖPNV als Verkehrsmittel ausgelegt ist. Schlecht fürs Klima, gut für die Autolobby!

Jetzt mögen 2 oder 4 Euro für die Verfasser der Stellungnahmen nicht viel Geld sein. Aber es gibt in diesem System tatsächlich Menschen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Denen würden Sie mit einem kostenlosen Kurzstreckenticket bestimmt helfen.

Soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz zeigt sich an der Möglichkeit eines jeden, egal ob arm oder reich, von A nach B zu kommen. Um die Ernsthaftigkeit der Stadt Köln beim selbst beschlossenen Klimanotstand - was ich sehr begrüße -

deutlich zu machen, ist die Mitnahme aller zwingend erforderlich.

Mit dem Angebot des kostenlosen Kurzstreckentickets würden Sie die Aufgabe der Daseinsvorsorge erfüllen, etwas fürs Klima tun und einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken. Klimaschutz ist Klassenkampf - das böse Wort ist wieder aufgetaucht; aber es ist so; einen schönen Gruß an Herrn Breite. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorschlagen, dass wir darüber wie in der Fassung der Alternative abstimmen, nämlich den Verweis in den Verkehrsausschuss und den Finanzausschuss.

Es sind ja durchaus grundlegende Fragen, wie wir mit der Finanzierung des ÖPNV in Köln weiter umgehen möchten. Auch die Frage eines kostenlosen Kurzstreckentickets gehört unserer Meinung nach in die Fachausschüsse. Daher würden wir die entsprechende Debatte dann auch gerne dort weiterführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Alternative abstimmen. Sie lautet:

> Der Rat verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung unter Beachtung übergeordneter Aspekte der Verkehrs- und Finanzpolitik der Stadt Köln in den Verkehrs- und den Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag von RM Hammer (Abstimmung über die Beschlussalternative)

Beschluss über die Alternative:

Der Rat verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung unter Beachtung übergeordneter Aspekte der Verkehrs- und Finanzpolitik der Stadt Köln in den Verkehrs- und den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

3.2.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Antrag der Bezirksvertretung Kalk vom 10.10.2019 (ursprünglich TOP 21.2. n.ö.T.)
3680/2019

Anmerkung:
Die Tagesordnungspunkte 3.1.10 (ursprünglich TOP 21.1 n.ö.T.), 3.2.2 (ursprünglich TOP 21.2. n.ö.T.) und 10.22 (ursprünglich TOP 24.1 n.ö.T.) werden zusammen unter TOP 3.1.10 behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen jetzt zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Nutzung der Dienstwagen“
AN/1507/2019

Antwort der Verwaltung vom 07.11.2019
3836/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Reisen der Oberbürgermeisterin und der Dezernate“
AN/1508/2019

Antwort der Verwaltung vom 07.11.2019
3830/2019

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Keine.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Zahlung von Sitzungsgeld für Mitglieder des Integrationsrates bei Teilnahme an den Arbeitskreisen - Änderung der Hauptsatzung
1743/2019

Das war in der letzten Sitzung zurückgestellt worden. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. Wir konnten uns in den diversen Vorgesprächen ja schon auf einen Kompromissvorschlag zwischen den beiden Alternativen einigen.

Daher schlagen wir vor, wie die Hauptvariante abzustimmen, allerdings die Zahl der Begrenzung dort herauszunehmen, sodass es dann heißen würde:

> sowie die zur Vorbereitung dieser Sitzungen erforderlichen Facharbeitskreise.

Der fett gedruckte Teil wäre also durch diesen Passus zu ersetzen. Dann könnten wir in dieser Form darüber abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Zahl soll also entfallen?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Die Zahl soll entfallen. Ich gebe es Ihnen gleich noch schriftlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor wir darüber abstimmen, gibt es noch eine Wortmeldung. Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es gibt auch noch eine Alternative, für die ich gerne werben würde. Es geht nämlich darum, dass für die Koordinierungsrunde auch eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird und nicht nur für die Facharbeitskreise. Ich möchte das auch kurz begründen.

Natürlich werden wir auch bei der Hauptvariante mitgehen. Es ist gut, dass die Facharbeitskreise eine Aufwandsentschädigung bekommen. Gut ist auch, dass die Zahl von acht Sitzungen wegfällt und entsprechend auch die Aufwandsentschädigungen für die jeweiligen Sitzungen gezahlt werden. Als Mitglied des Integrationsrates, aber auch als Stadträtin weiß ich um die Mitglieder des Integrationsrates, die wirklich dafür gearbeitet und gekämpft haben, dass diese Arbeitskreise Aufwandsentschädigungen bekommen. Das sind Facharbeitskreise, die wirklich sehr gut arbeiten und viel Vorarbeit leisten. Es ist auch gut und wichtig, dass wir diesen Beschluss heute alle gemeinsam tragen. Das würde ich mir für den Integrationsrat wünschen. Es wird den Integrationsrat stärken. Es wird die Mitglieder in den Facharbeitskreisen stärken.

Trotzdem würde ich gerne dafür werben, dass für die Koordinierungsrunde auch eine Aufwands-

entschädigung gezahlt wird. Ich habe es jetzt so verstanden, dass der Hauptantrag beschlossen wird und nicht die Alternative. Aber ich fände es gut - -

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Modifiziert! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das nehmen wir ja raus!)

- Aber die Alternative heißt ja:

der Koordinierungsrunde und seiner Facharbeitskreise.

Ich will es nur verstehen. Vielleicht habe ich es auch missverstanden. Es gibt doch den Antrag, dass nur die Facharbeitskreise eine Aufwandsentschädigung bekommen. Aber der Integrationsrat möchte - das hat er so beschlossen -, dass auch die Koordinierungsrunde eine Aufwandsentschädigung bekommt.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Das habe ich richtig verstanden, Herr Breite. - Deswegen wollte ich dafür werben, dass wir die Alternative beschließen. Denn ich fände es gut, dem Integrationsrat zu zeigen, wie wichtig wir seine Arbeit nehmen. Und diese Koordinierungsrunde macht gute Arbeit. Wir als Ratsmitglieder sitzen da auch. Aber um uns geht es gar nicht. Es geht mir um die Mitglieder des Integrationsrates, die in der Koordinierungsrunde und in den Facharbeitskreisen wirklich gute Arbeit leisten.

Natürlich werden wir auch die Hauptvariante und diese Modifizierung mittragen. Trotzdem werbe ich dafür, hier der Alternative zuzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek, jetzt muss ich Sie noch einmal fragen. Sie sagen immer, dass Sie dafür werben möchten. Stellen Sie denn einen Änderungsantrag in Form der Alternative? Ich möchte das jetzt richtig abstimmen lassen, so wie es Ihrer Intention entspricht. Deswegen frage ich Sie jetzt noch einmal.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir würden gerne die Alternative als Änderungsantrag zur Abstimmung stellen - allerdings mit einer Änderung. Wir bitten nämlich darum, in der Alternative - das ist dann Teil unseres Änderungsantrags - die drei Worte „bis zu acht“ zu streichen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Nein, du willst es oben in der Hauptvariante streichen. Wir wollen es aber unten in der Alternative streichen. Dann hat man die Koordinierungsrunde mit dabei. Das ist eine ganz einfache Sache. Man muss nur unten die Worte „bis zu acht“ streichen. Dann ist die Koordinierungsrunde dabei. Und dann ist, glaube ich, das beschlossen, was der Integrationsrat und die meisten Leute hier im Rat eigentlich wollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich zunächst über Ihren Änderungsantrag abstimmen, bei dem Sie die Alternative gewählt haben, sie aber noch einmal geändert und „bis zu acht“ gestrichen haben.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ganz genau!)

Soll ich es noch einmal vorlesen? - Nein, brauche ich nicht. Okay.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Das ist der Beschlussvorschlag der Vorlage. Allerdings ist dort „jeweils bis zu acht Sitzungen seiner Facharbeitskreise“ gestrichen und dafür „die zur Vorbereitung dieser Sitzungen erforderlichen Facharbeitskreise“ eingefügt.

Jetzt lasse ich darüber abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Abschließend lasse ich noch über die Verwaltungsvorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist sie so in der geänderten Fassung beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. (Abstimmung über die Beschlussalternative und die Worte „bis zu 8“ zu streichen)

Beschluss über die Alternative:

Der Rat folgt der Anregung des Integrationsrates vom 30.04.2019 und ergänzt § 25 Absatz 4 Satz 1 der Hauptsatzung wie folgt:

> *(4) Mitglieder des Integrationsrates erhalten neben dem Ersatz des Verdienstausfalles ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an den Sitzungen des Integrationsrats sowie an den Sitzungen der Koordinierungsrunde und seiner Facharbeitskreise. Die/der Vorsitzende des Integrationsrates oder ein anderes von dort benanntes Mitglied erhalten außerdem für die Teilnahme an Sitzungen gemäß § 27 Abs. 8 Satz 3 GO NRW ein Sitzungsgeld.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Streichung der Worte „jeweils bis zu 8“ und „sowie an den zur Vorbereitung dieser Sitzungen erforderlichen Facharbeitskreise“ ersetzen)

Beschluss:

Der Rat folgt eingeschränkt der Anregung des Integrationsrates vom 30.04.2019 und ändert § 25 Absatz 4 Satz 1 der Hauptsatzung wie folgt:

> *(4) Mitglieder des Integrationsrates erhalten neben dem Ersatz des Verdienstausfalles ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an den Sitzungen des Integrationsrats sowie an den zur Vorbereitung dieser Sitzungen erforderlichen Facharbeitskreisen. Die/der Vorsitzende des Integrationsrates oder ein anderes von dort benanntes Mitglied erhalten außerdem für die Teilnahme an Sitzungen gemäß § 27 Abs. 8 Satz 3 GO NRW ein Sitzungsgeld.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke., FDP sowie der Gruppe GUT, RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und RM Gerlach zugestimmt.

III. Abstimmung über die Beschlussvorlage in geänderter Fassung:

Beschluss:

Der Rat folgt eingeschränkt der Anregung des Integrationsrates vom 30.04.2019 und ändert

§ 25 Absatz 4 Satz 1 der Hauptsatzung wie folgt:

> *(4) Mitglieder des Integrationsrates erhalten neben dem Ersatz des Verdienstausfalles ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an den Sitzungen des Integrationsrats sowie an den zur Vorbereitung dieser Sitzungen erforderlichen Facharbeitskreisen. Die/der Vorsitzende des Integrationsrates oder ein anderes von dort benanntes Mitglied erhalten außerdem für die Teilnahme an Sitzungen gemäß § 27 Abs. 8 Satz 3 GO NRW ein Sitzungsgeld.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Mündlicher Änderungsantrag von RM Hammer.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung

hier: Hinweis auf die Verwaltungsrichtlinie zur Zuständigkeitsordnung "Abgrenzungskatalog" und Anzeige zur Umstufung von Straßen als Geschäft der laufenden Verwaltung
2064/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 3).

6.1.2 Einsatz des Instruments der Sozialen Erhaltungssatzung

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen)

Hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Severinsviertel in der Kölner Innenstadt

2653/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 3).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR: Abwassergebührensatzung 2020
3395/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2020 (Anlage 1 der Vorlage) zur Kenntnis.*
- *stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben –Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 2) zu.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.2 Satzung der Stadt Köln zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Kontrolle von Einfuhren von tierischen Produkten jeder Art aus Nicht-EU-Ländern nach EU-Recht
3218/2019

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Satzung der Stadt Köln zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Kontrolle von Einfuhren von tierischen Produkten jeder Art aus Nicht-EU-Ländern nach EU-Recht und nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2019
3614/2019

Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Umgestaltung des Knotenpunktes Aachener Straße/Hültzstraße/Stadtwaldgürtel 2619/2019

Auch das haben wir zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2019 3472/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen gem. § 83 GO NW in Höhe von insgesamt 1.450.000 € im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen im Bereich der Gebäudereinigung in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2019.

Die Deckung dieser Mehraufwendungen erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft in der Teilplanzeile 20 – Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen in gleicher Höhe.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Ein Platz an der Herler Straße"; aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.5.5.) 0461/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.2 Teilnahme an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“ hier: Förderprojekt KOKIP (Kooperation zur Klärung rechtskreisübergreifender Integrationsprozesse) - Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen in Köln 3141/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *die Teilnahme an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt´s“ sowie die Durchführung des Förderprojekts „KOKIP (Kooperation zur Klärung rechtskreisübergreifender Integrationsprozesse) - Teilhabemanagement für geflüchtete Menschen in Köln“ unter dem Vorbehalt der Förderung des Projektes aus Mitteln des Landes NRW im Rahmen der Initiativen „Gemeinsam klappt´s“ des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) und „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ der Ministerien für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) sowie MKFFI.*

   Die Laufzeit des Projektes beginnt am 01.12.2019 und endet zum 31.12.2022.

2. *die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 1.173.826 € wie folgt:*

   - *im Haushaltsjahr 2019 werden die Mehraufwendungen i. H. v. insgesamt 31.726 € durch Minderaufwendungen in Höhe von 9.059 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen sowie*

durch Mehrerträge i. H. v. 22.667 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Zulagen gedeckt.

- *in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 stehen für die Mehraufwendungen i. H. v. insgesamt 380.700 € p. a. vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 50.000 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen zur Verfügung. Die weitere Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen in Höhe von jährlich 58.700 € im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen sowie durch Mehrerträge i. H. v. 272.000 € jährlich im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 02 – Zuwendungen und allgemeine Zulagen.*
- *Für das Haushaltsjahr 2022 sind Aufwendungen i. H. v. insgesamt 380.700 € sowie zweckgebundene Erträge i. H. v. 272.000 € jeweils im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity bei der Haushaltsplananmeldung zu berücksichtigen.*

3. *für die Projektsteuerung und –koordination (vorbehaltlich der oben angeführten Förderung) die befristete Einrichtung einer 1,0 Stelle in der Bewertung A12 LBesG NRW bzw. E 11 TVöD zum Stellenplan 2022. Die Stelle wird für den Förderzeitraum 01.12.2019 bis 31.12.2022 befristet eingerichtet. Für die vorzeitige Besetzung ab dem 01.12.2019 wird bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2022 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle bereitgestellt.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Ombudsstelle für Geflüchtete - Verlängerung der Befristung und Reduzierung des Zuschusses
3188/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Grundlage seiner Beschlüsse vom 10.05.2016 (Einrichtung einer Ombudsstelle: 1252/2016), 28.06.2016 (Feinkonzept: 1826/2016) und 14.11.2017 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2019: 2735/2017)

a. *die Weiterführung der Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln über die Befristung 31.12.2019 hinaus für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2021,*

b. *die Gewährung eines Zuschusses an den Kölner Flüchtlingsrat e.V. als Projektträger in reduzierter Höhe von jeweils 107.000 € für die Jahre 2020 und 2021.*

Die erforderlichen finanziellen Mittel sind innerhalb der Veranschlagung des Teilergebnisplans 1004 Bereitstellung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Schaugewächshaus im Botanischen Garten - Kostenfortschreibungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW)
1850/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die erwarteten Mehrausgaben gegenüber der Kostenberechnung von August 2017 in Höhe von rund 1.273.900 Euro zuzüglich einer erwarteten Preissteigerung für die Baupreise auf dem Markt in Höhe von rund 1.434.600 Euro für den Neubau der Schaugewächshäuser und der Orange-

rie im Botanischen Garten Köln, Amsterdamer Str. 34, 50735 Köln zur Kenntnis und stimmt einer Fortführung der Baumaßnahme zu.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von rund 1.407.500 Euro. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Gesamtkosten betragen nunmehr 15.482.400 Euro statt 11.366.400 Euro.

Die erforderlichen Mittel werden aus dem Flächenverrechnungspreis generiert. Der Flächenverrechnungspreis für Grünobjekte bildet sich im Teilergebnisplan 1301 - Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen ab und ist als Mietaufwand nach Abschluss der Maßnahme zusätzlich zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.5 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812
2665/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Wirtschaftsplan 2020
3399/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2020 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: „Aktivitäten der StEB, die Mehraufwendungen im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Feststellung des Wirtschaftsplans der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020
3124/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2020 fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2020 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

7,24 % für Beihilfen Beamtinnen und Beamte

0,11 % für Pflegeversicherung Beamtinnen und Beamte

0,04 % für Beihilfen Beschäftigte

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 26.411.619 Euro für Beihilfen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2018
2989/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018 fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020
2990/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2020 gemäß § 6 Absatz 1 und § 60a der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2017 - Beteiligungsbericht 2017
1531/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2017 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere
1851/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Abschlussbericht des Projektes „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und den Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, den Kriterienkatalog bei zukünftigen Quartiersentwicklungskonzepten, städtebaulichen Wettbewerben und vergleichbaren Planungen einzubeziehen. Die beteiligten Planungsbüros sind zu Beginn des Planungsprozesses in geeigneter Art und Weise über diese Anforderungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Erstellung eines Neubaus für eine Grundschule mit einer 1-fach Turnhalle in der Gaedestr., Köln-Marienburg
Baubeschluss
2135/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die vertiefte Kostenschätzung für den Neubau der Grundschule inklusive einer 1-fach Turnhalle in der Gaedestr., 50968 Köln mit Gesamtkosten in Höhe von rund 23,768 Mio € (inklusive Indexsteigerung bis Baubeginn von 7,3 % auf die Kostengruppen 200 bis 500 und einschließlich 1.002.800,- € Einrichtungskosten) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung sowie Einrichtung der Schule.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 30% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtkosten gemäß vertiefter Kostenschätzung. Durch diesen Beschluss wird lediglich das Budget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf Basis der derzeitigen Flächenverrechnungspreise ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inkl. Neben- und Reinigungskosten in Höhe von rund 531.000 €, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 681.800 € sind im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 321.000 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Werkstattverfahren Hallen Kalk
hier: Integrierter Plan als Grundlage der weiteren Bearbeitung
2646/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *den in Anlage 2 beigefügten Integrierten Plan als städtebauliches Konzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB;*

und beauftragt die Verwaltung

2. *die zur Umsetzung des Integrierten Plans notwendigen Bauleitplanverfahren in die Wege zu leiten (Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplans);*

3. *weitere Qualifizierungsverfahren in die Wege zu leiten, um die hohe Qualität der Planung für den öffentlichen Raum und Freiflächen sowie Hochbauvorhaben sicherzustellen;*

4. *einen langfristigen Standort für den Dirt-Track der AbenteuerHallenKalk im direkten Umfeld der AbenteuerHallenKalk vorzusehen;*

5. *für die Verlagerungen des Dirt-Tracks und des Drogenselbsthilfevereins Vision e.V. entsprechende Mittel bereitzustellen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Generalsanierung der Turnhalle der Städtischen Katholischen Grundschule Osterather Straße 13, Köln-Nippes - Bau- und Einrichtungsbeschluss
2450/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf und die Kostenschätzung für die Generalsanie-

rung des Turnhallengebäudes der Katholischen Grundschule Osterather Straße in Köln-Nippes, Osterather Straße 13, mit Gesamtkosten in Höhe von 1.877.855,27 Euro brutto (Baukosten 1.450.355 Euro, bauliche Einrichtungskosten 56.000 Euro und Fachplanerleistungen 371.500 Euro) zuzüglich Sportgeräte und sonstige Einrichtung in Höhe von 23.000 Euro brutto. Zudem beauftragt er die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung und Einrichtung.

Außerdem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag in Höhe von 10% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 187.785,53 Euro brutto. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von 63.631 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2021 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, finanziert wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Severinsbrücke; Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Durchführung einer Nachrechnung auf Grundlage der „Richtlinie zur Nachrechnung von Straßenbrücken im Bestand“ 3316/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf für die Nachrechnung nach der Richtlinie des Bundes zur Nachrechnung von Straßenbrücken im Bestand in Höhe von 1.117.730 € (brutto) fest und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Verlängerung Auszugsmanagement 3328/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Grundlage seiner Beschlüsse vom 14.11.2011 (Vorlage 1891/2011 Maßnahmenübersicht), 12.05.2015 (Vorlage 0925/2015 vorzeitige Verlängerung und Erweiterung), 28.06.2016 (Vorlage 1450/2016 Erweiterung) und 14.11.2017 (Vorlage 2338/2017 Entfristung von drei Vollzeitstellen - eine pro Träger - und Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2019), vorbehaltlich der Finanzierung aus dem Haushaltsplan 2020/2021

1. *die Verlängerung der Finanzierung von vier bei Trägern bis zum 31.12.2019 befristeten Stellen für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2021.*

2. *Zur Finanzierung der konsumtiven Aufwendungen in Höhe von 292.000 € im Haushaltsjahr 2020 und in Höhe von 292.000 € im Haushaltsjahr 2021 sind im Planentwurf für den Doppelhaushalt 2020/2021 im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, entsprechende Aufwendungen veranschlagt.*

   Zur Finanzierung des Gesamtvolumens des Projekts in Höhe von 511.000 € p. a., das insgesamt sieben Stellen umfasst, stehen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung Mittel in ausreichender Höhe in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 im Doppelhaushalt 2020/2021 im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendun-

gen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Einmalige Zuwendung an die Frauenberatungsstelle von agisra e. V. sowie die haushaltsneutrale Umschichtung von Transferaufwendungen in 2019
3378/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt eine einmalige Zuwendung in Höhe von 39.927 € an den Verein agisra und genehmigt die haushaltsneutrale Umschichtung innerhalb des Teilplans 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Umgehende strukturelle und finanzielle Weiterentwicklung der vier Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) der Stadtbezirke Chorweiler, Lindenthal, Porz und Rodenkirchen in Köln
3498/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die bis zum 31.12.2019 nicht kommunal geförderten Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) der Träger der Freien Wohlfahrtspflege

- *SPZ Chorweiler, Träger SPZ Köln-Nippes und Köln-Chorweiler e. V.*
- *SPZ Lindenthal, Träger DRK Kreisverband Köln e. V*
- *SPZ Porz, Träger Caritasverband für die Stadt Köln e.V.*
- *SPZ Rodenkirchen, Träger Alexianer Köln GmbH*

ab 01.01.2020 zunächst mit der Finanzierung jeweils einer zusätzlichen 0,5 Vollzeitstelle in der Kontakt- und Beratungsstelle (KoB) zu unterstützen, damit sich bereits zum Haushaltsplan 2020/2021 die Angebotslage der vier SPZ verbessern kann.

Hinsichtlich der Finanzierung beschließt der Rat, vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushalts 2020/2021, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 184.000 € für das Jahr 2020 und 187.200 € für das Jahr 2021 innerhalb des Teilergebnisplans 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Erneuerung der Mitgliedschaft im internationalen „Rainbow Cities Network“
3572/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Mitgliedschaft der Stadt Köln im internationalen „Rainbow Cities Network“ zu erneuern.

Im Haushaltsplan 2020/2021 im Teilergebnisplan 0504 - Freiwillige Soziale Leistungen und Diversity, Teilplanzeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen ist die Deckung des entstehenden Aufwands durch den Mitgliedsbeitrag in Höhe von 3.200,00 € sichergestellt.

Der Mitgliedsbeitrag für das Haushaltsjahr 2022 wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2022 im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Soziale Leis-

tungen und Diversity, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe
3548/2019

Wortmeldungen? - Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu, weil es uns enorm wichtig ist, dass dieses Angebot ganz schnell ans Netz geht.

Gleichwohl möchten wir gerne im Gesundheitsausschuss und im Sozialausschuss noch einmal darüber diskutieren, wie man auf Dauer gesehen die freien Träger in dieses Angebot einbeziehen kann; denn diese Vernetzung ist enorm wichtig, und wir müssen sehen, ob das alles unbefristet auch bei den Mobilen durch das Gesundheitsamt passieren soll oder ob wir andere Lösungen finden.

Nur: Wenn wir das jetzt zu klären versuchen, dann kommen wir nicht schnell ans Netz, und das ist uns noch wichtiger, als diese Frage zu klären.

Wir sollten das aber in der jeweils nächsten Sitzung der Ausschüsse noch einmal diskutieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wird zugesagt. - Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich finde es erst einmal sehr gut, dass hier die Dringlichkeit der Entscheidung den Vorrang hat. Auch für Bündnis 90/Die Grünen ist das Subsidiaritätsprinzip ein sehr hohes Gut. Aber wir wissen alle miteinander - wir sind jetzt ja seit Jahren dran -: Es geht um schwerstkranke Menschen. Es wird draußen sehr kalt. Wir möchten alle nicht, dass irgendjemandem etwas Fatales passiert. Daher finde ich es gut, dass wir uns auch im Gesundheitsausschuss einmütig dazu bekannt haben, jetzt die schnelle Lösung vorzuziehen.

Als Vorsitzendem des Ausschusses sind mir die Bedenken bekannt. Sicherlich werden wir den Vorgang auch eng begleiten.

Wir haben ja die Zusage, dass es mit dem Programm dieses Jahr noch etwas wird und dass wir damit ans Netz gehen können. Das ist uns allen im Ausschuss seit Jahren sehr wichtig gewesen. Der Dezernent weiß das. Er steht auch voll dahinter, wenn ich das richtig sehe.

Insofern finde ich es wirklich toll, dass wir da im Ausschuss einstimmig zu dieser Meinung gelangt sind, und würde mich sehr freuen, wenn dieses Haus das ebenfalls einstimmig transportieren würde - übrigens auch im Sinne der BI. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hat das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Ich kann mich den Ausführungen von Frau Gärtner im Namen meiner Fraktion nur anschließen. Wir würden das gerne auch im Gesundheits- und im Sozialausschuss besprechen. Es soll aber keinesfalls die Entscheidung heute aufhalten.

Wir freuen uns sehr darauf, dass es am 4. Dezember dieses Jahres losgeht. Wenn das klappt, wird dieser 4. Dezember ein richtig guter Tag für unsere Stadt. Wir arbeiten alle zusammen und sehr einmütig seit über drei Jahren daran. Jetzt kommt es so weit. Das freut mich sehr. Wie gesagt, wird dieser 4. Dezember ein guter Tag, wenn es klappt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich - mit der Zusicherung, dass das in die nächsten Ausschüsse kommt - darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 04.04.2019*

(0558/2019) den Betrieb des mobilen Drogenhilfeangebotes in städtischer Eigenregie unter der Leitung des Gesundheitsamtes.

2. *Der Rat beschließt, die dafür benötigten 2,625 Stellen medizinische Fachkräfte, 2,625 soziale Fachkräfte und 5,25 Servicekräfte einzurichten.*

3. *Hinsichtlich der Finanzierung des Stellenmehrbedarfes und der anfallenden Sachaufwendungen ermächtigt der Rat die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushalts 2020/2021, die durch Beschluss vom 04.04.2019 zu Vorlage 0558/2019 freigegebenen Haushaltsmittel im Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen bedarfsgerecht haushaltsneutral für den Haushalt 2020/2021 ff. umzuschichten:*

   - *in Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 594.300 €*
   - *in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 40.000 €*
   - *in Teilplanzeile 14 - Bilanzielle Abschreibungen in Höhe 25.800 €*
   - *sowie in Teilplanzeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 25.550 €.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:
Die mögliche Einbeziehung freier Träger in das Angebot wird in einer der nächsten Sitzungen der zuständigen Fachausschüssen (Gesundheitsausschuss, Sozialausschuss) diskutiert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Weiterführung des Projektes „Plan27“ - Zugehende Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen bis 27 Jahre zur Überleitung ins Regelsystem und Entwicklung einer beruflichen Perspektive
3512/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, das mit kommunalen Mitteln bis zum 31.12.2019 geförderte Projekt „Plan27“ wie bisher bei den Trägern

a. *„Sozialpsychiatrisches Zentrum (SPZ) Köln-Nippes und Köln-Chorweiler e.V.“ im linksrheinischen Norden Kölns, mit einer halben Vollzeitstelle,*

b. *die „Alexianer Köln GmbH“, im linksrheinischen Süden Kölns, ebenfalls mit einer halben Vollzeitstelle,*

c. *„Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH“, im Rechtsrheinischen Kölns, mit einer Vollzeitstelle*

ab 01.01.2020 bis zum 30.04.2022 fortzuführen.

Für die erforderlichen Aufwendungen zur Weiterführung des Projekts „Plan27“ in Höhe von insgesamt 177.739 € im Jahr 2020 sowie 181.160 € im Jahr 2021 und 61.549 € im Jahr 2022 stehen im Teilergebnisplan 0701 Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen zur Verfügung.

Die dort veranschlagten Mittel für die Clearingstelle können aufgrund einer Weiterförderung des Landes NRW zur Weiterführung des Projekts „Plan27“ verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

10.22 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund (ursprünglich TOP 24.1 n.ö.T.)
3050/2019

Anmerkung:
Die Tagesordnungspunkte 3.1.10 (ursprünglich TOP 21.1 n.ö.T.), 3.2.2 (ursprünglich TOP 21.2. n.ö.T.) und 10.22 (ursprünglich TOP 24.1 n.ö.T.) werden zusammen unter TOP 3.1.10 behandelt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74455/02 Arbeitstitel: Ostmerheimer Straße in Köln Merheim 3059/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 74455/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen dem Eichenbrett im Norden, der Ostmerheimer Straße im Westen, dem Hibiskusweg im Süden und der Wohnbebauung am Salbeiweg im Osten —Arbeitstitel: Ostmerheimer Straße in Köln Merheim — nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 71376/03 Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth 0396/2019

Hier erfolgt eine Abstimmung wie Vorlage und wie Stadtentwicklungsausschuss, der ihr einstimmig zugestimmt hat.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Gebiet im Blockinnenbereich zwischen den Straßen Heidelweg und Sürther Hauptstraße in Köln-Sürth auf den Grundstücken Heidelweg 22 bis 28 sowie Sürther Hauptstraße 227, 235 und 237 —Arbeitstitel: Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2, 3 und 4;*

2. *den Bebauungsplan-Entwurf 71376/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz - Ensen

Arbeitstitel: Kölner Straße / Hauptstraße

3291/2019

Die Angelegenheit wird vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (s. Ziffer II – Seite 4).

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Benennung von Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertretern als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüssen
3491/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, gemäß § 58 Absatz 4 GO NRW in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Köln, Frau Felicitas Vorpahl-Allweins als sachkundige Einwohnerin und Herrn Heiko Nigmann als Vertreter im Verhinderungsfall für die Seniorenvertretung der Stadt Köln in den Ausschuss für Soziales und Senioren, Herrn Bernd Tillmann-Gehrken als sachkundigen Einwohner und Herrn Heinz-Peter Bourry als Vertreter im Verhinderungsfall für die Seniorenvertretung der Stadt Köln in den Stadtentwicklungsausschuss und Herrn Heinz-Peter Bourry als Vertreter im Verhinderungsfall von Herrn Dr. Theisohn für die Seniorenvertretung der Stadt Köln in den Gesundheitsausschuss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Benennung eines Mitglieds der Verwaltung im Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen
3450/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat benennt für den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften als Vertreter der Verwaltung

folgendes Mitglied:

Herrn Beigeordneter Markus Greitemann

Dezernent für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Die Benennung gilt für die bis zum 30.06.2022 laufende Amtsperiode des Ausschusses für anzeigepflichtige Entlassungen der Agentur für Arbeit Köln, längstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zur Stadtverwaltung Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Nachbesetzung Sachkundiger Einwohner auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
3515/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Gem. § 23b Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln i. V. m. § 58 Abs. 4 GO NRW wählt der Rat der Stadt Köln auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (Stadt-AG LST) folgende drei Personen als Sachkundige Einwohner bzw. als stellvertretende Sachkundige Einwohner in die benannten Ausschüsse:

Ausschuss	*Funktion*	*Name*

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	*Stellvertretender Sachkundiger Einwohner*	*Peter Neuhaus (SC Janus e.V.)*
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	*Stellvertretender Sachkundiger Einwohner*	*Wolfgang Hülsmann (auf Vorschlag von rubicon e.V.)*
Sportausschuss	*Sachkundiger Einwohner*	*Peter Neuhaus (SC Janus e.V.)*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Bauausschuss“ AN/1482/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Gunther Müller anstelle von Herrn Joachim Kuschewski als beratendes Mitglied in den Bauausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses und des Integrationsrates“ AN/1526/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Gremienbesetzungen:

1. *Jugendhilfeausschuss:*

   Wahl von Herrn Oliver Seeck (sachkundiger Bürger) anstelle von Frau Monika Schultes.

2. *Integrationsrat:*

   Wahl von Herrn Christian Joisten anstelle von Frau Monika Schultes.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neubesetzung Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien“ AN/1535/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Heinz Klein anstelle von Frau Margret Dresler-Graf in den Rechnungsprüfungsausschuss.*

2. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Efkan Kara anstelle von Frau Margret Dresler-Graf in den Ausschuss Umwelt und Grün.*

3. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Heinz Klein anstelle von Frau Margret Dresler-Graf in den Verwaltungsrat Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR.*

4. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Efkan Kara anstelle von Frau Margret Dresler-Graf in den Zweckverband der Sparkasse Köln/Bonn.*

5. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Stefan Götz anstelle von Frau Margret Dresler-Graf in den Aufsichtsrat der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH.*

6. *Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Bernd Petelkau anstelle von Frau Margret Dresler-Graf in die Konferenz der Ratsmitglieder des Städtetags NRW.*

7. Der Rat der Stadt Köln wählt Ratsherr Bernd Petelkau anstelle von Frau Margret Dresler-Graf in die Mitgliederversammlung des Städtetags NRW.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme im Verkehrsausschuss“ AN/1536/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Eric Haeming anstelle von Herrn Thomas Werner als beratendes Mitglied in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils angelangt. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. - Das geschieht schon. Vielen Dank und guten Abend!

(Schluss: 19.17 Uhr)

55. Sitzung vom 12. Dezember 2019

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Stadt Köln steht zu Ford"

AN/1732/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

AN/1738/2019

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme von 6 Collagen von Louise Nevelson als Schenkung von Giorgio Marconi

3784/2019

2.2 Schenkung der Repliken der Propheten für den Hansasaal des Historischen Rathauses

4126/2019

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Aufwertung der Veedel im Stadtbezirk Innenstadt zu

Stadtteilen"

AN/1607/2019

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen für Studierende und Auszubildende auf dem Gelände des Justizzentrums möglich machen! - Wohnen.

Bezahlbar. Machen."

AN/1683/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

AN/1739/2019

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Antrag auf Tätigwerden der Verwaltung in Sachen Rückerstattung von Flüchtlingskosten durch das Land NRW; Fristsetzung und ggf. Klageerhebung gegen das Land NRW wegen Flüchtlings-kosten"

AN/1685/2019

3.1.4 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Freie Wähler

fordern 2 dauerhafte Einrichtungen für Reisebusse im Stadtgebiet"

AN/1687/2019

3.1.5 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend "Gegen Gewalt an Frauen - Drittes Frauenhaus"

AN/1662/2019

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

AN/1730/2019

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Antrag auf KVB Netzkarte auf Probe

für Bürgermeister Andreas Wolter"

AN/1686/2019

3.1.7 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Frischezentrum; Klarheit schaffen"

AN/1688/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.

AN/1737/2019

3.1.8 Antrag der Gruppe GUT betreffend "Mobilitätsmesse in Köln"

AN/1689/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen,

Die Linke., FDP und der Gruppe GUT

AN/1740/2019

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Bombenfunde in Köln"

AN/1715/2019

Antwort der Verwaltung vom 12.12.2019

4301/2019

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten des Drucks und Versandkosten der Ausschussunterlagen für Ausschussmitglieder"

AN/1716/2019

Antwort der Verwaltung vom 12.12.2019

4304/2019

4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Klimaneutralität – Berechnung,

Systematik und Messbarkeit"

AN/1712/2019

Antwort der Verwaltung vom 12.12.2019

4280/2019

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Schadenersatzansprüche

Luftreinhaltung"

AN/1719/2019

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des

Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der

Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung

hier: Hinweis auf die Verwaltungsrichtlinie zur Zuständigkeitsordnung "Abgrenzungskatalog" und Anzeige zur Umstufung von Straßen als Geschäft

der laufenden Verwaltung

2064/2019

6.1.2 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln

2908/2019

6.1.3 3. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014

3688/2019

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln

2604/2019

6.2.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln

3220/2019

6.2.3 3. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung

3254/2019

6.2.4 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren

3253/2019

6.2.5 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die

Erhebung von Straßenreinigungsgebühren

3252/2019

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen und -verpflichtungen gem.

§ 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2019

3884/2019

7.1.2 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung

4094/2019

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalinstandsetzung der Grevenstraße

3322/2019

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Ein Platz an der Herler Straße"; aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.5.5.)

0461/2019

zurückgestellt (Die Angelegenheit wird abschließend in der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) und im Finanzausschuss entschieden.)

10.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.

0413/2019

zurückgestellt

10.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

zurückgestellt

10.4 Fortführung des kombinierten Programms "Win-Win für Köln", haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gemäß §25 KomHVO über eine Kostensteigerung bei der Sanierung des Rheinparkcafés sowie Antrag auf Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung

2720/2019

10.5 Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste

2905/2019

10.6 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der GGS Hauptstraße 432, 51143 Köln-Porz von 3 auf 4 Züge gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz NRW

3024/2019

10.7 Beitritt der Stadt Köln zur Blockchain-Genossenschaft „govdigital eG“

3475/2019

10.8 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2017/2018 des Gürzenich-Orchesters Köln

3136/2019

10.9 Weitere Bestellung von Herrn Patrick Wasserbauer zum Betriebsleiter bei den Bühnen der Stadt Köln

3531/2019

10.10 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2020 - 2024

3606/2019

10.11 Bestellung eines städtischen Vertreters in die Regionalgemeinschaft Olympiastützpunkt Rheinland e. V. (OSP)

s. TOP 17.1

10.12 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Gewährung eines Gesellschafterdarlehens

4021/2019

10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln

hier: Wirtschaftsplan 2020

4051/2019

10.14 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vorsorgliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Nachprüfungsverfahren gegen die erfolgte Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten

4092/2019

10.15 Weiterentwicklung des Programms "Lebenswerte Veedel"

3120/2019

10.16 Beschluss über die Planung und Durchführung eines Wettbewerblichen

Dialogverfahrens gemäß § 119 Abs. (6) GWB und § 18 VgV sowie der

anschließenden integrierten Planung zur Entwicklung eines städtebaulichen Masterplans auf Grundlage des Leitbildes Kreuzfeld – Ein gutes Stück Köln sowie Beschluss über die Beauftragung eines verfahrensbegleitenden

Moderationsbüros und Beschluss über die Vergabe von Gutachten

hier: Bedarfsfeststellung

3536/2019

Änderungsantrag der Gruppe GUT

AN/1718/2019

10.17 Gemeinsame Baumaßnahmen in der Philharmonie und im Museum Ludwig

3443/2019

10.18 Jahresabschluss 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

2043/2019

10.19 Jahresabschluss 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

3274/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und

der Gruppe GUT

AN/1727/2019

10.20 Fortschreibung Lärmaktionsplanung nach § 47 d BImSchG / Ergebnisse

der öffentlichen Auslegung des Berichtsentwurfes von LK-Argus und

abschließender Beschluss zur Stufe 3 der Lärmaktionsplanung gemäß

EU-Umgebungslärmrichtlinie

3183/2019

10.21 Kiosk Rheinboulevard

3247/2019

10.22 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaft; Zuführung zur

Kapitalrücklage

3734/2019

10.23 Ergänzung des bestehenden Kooperationsvertrages zwischen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln und der Technischen Hochschule Köln

(zu 3069/2015)

1466/2019

10.24 Generalsanierung der Sportanlage Fühlinger Weg in Köln-Volkhoven/ Weiler

2079/2019

10.25 Generalsanierung Bezirkssportanlage Bocklemünd, Platz 1 und Platz 2

2080/2019

10.26 Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative "Kommunale Präventionsketten"

3437/2019

10.27 Sportanlage Martinusstraße, Köln-Auweiler

hier: Generalsanierung der Sportanlage mit Umbau der Kampfbahn Typ C in ein Kunstrasengroß- und –kleinspielfeld mit Angliederung einer 110 Meter Laufbahn mit Sprunggrube

3762/2019

10.28 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungs-konzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung

3406/2019

zurückgestellt

10.29 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse

Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung;

Hier: Baubeschluss und ergänzende Planungsbeschlüsse

3186/2019

zurückgestellt

10.30 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2017 - 31.12.2017 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud

3885/2019

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 67370/02

Arbeitstitel: Pastoratsstraße in Köln-Rondorf

2298/2019

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nummer 67421/02

Arbeitstitel: Mannsfelder Straße/ Kreuznacher Straße

3565/2019

12.3 Einsatz des Instruments der Sozialen Erhaltungssatzung

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen)

Hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Severinsviertel in der Kölner Innenstadt

2653/2019

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

13.1 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 63429/06

- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -

Arbeitstitel: Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz

3487/2019

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz - Ensen

Arbeitstitel: Kölner Straße / Hauptstraße

3291/2019

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage

Fellmühlenweg von Wohnweg bis Mielenforster Straße in Köln-Dellbrück

0816/2019

16.2 272. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen3071/2019

17 Wahlen

17.1 Bestellung eines städtischen Vertreters in die Regionalgemeinschaft

Olympiastützpunkt Rheinland e. V. (OSP)

3855/2019

17.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stimmberechtigten

Mitglieds für den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH"

AN/1702/2019

17.3 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Wahlen; hier: Neubesetzung Zweckverbandsversammlung Verkehrsverbund Rhein-Sieg"

AN/1729/2019

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Wahlen; hier: Neubesetzung Zweckverband Sparkasse"

AN/1728/2019

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neubesetzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung"

AN/1736/2019

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3

der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende
Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin

Stimmberechtigte Mitglieder
Akbayir, Hamide; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hauser, Frank; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Joisten, Christian; Kara, Efkan; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klein, Heinz; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung
Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Stenograf
Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Geraedts, Wilhelm; Schäfer, Klaus, Prof.; Wolter, Judith

Bezirksbürgermeisterin und Bezirksbürgermeister
Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister

(Beginn 14.08 Uhr - Ende: 20.45 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 55. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode, unsere letzte Sitzung in diesem Jahr, und begrüße zunächst unsere Gäste auf der Zuschauertribüne. Ich gehe davon aus, dass auch einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Ford hier sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Außerdem begrüße ich alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister - bisher sind nur Herren da - und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

In diesem Jahr liegen bereits acht Sitzungen des Rates mit intensiven Debatten hinter uns. Auch heute stehen Entscheidungen auf unserer Tagesordnung, die wichtig sind - von der Festlegung von Gebühren über den Schulbau bis hin zur Sanierung von Sportanlagen.

Wenn wir diese Beratungen absolviert haben - ich hoffe, erfolgreich -, werden wir in guter Tradition die letzte Ratssitzung vor dem Jahreswechsel bei einem kleinen Empfang unten im Lichthof gemeinsam ausklingen lassen. Dazu sind Sie alle schon jetzt sehr herzlich eingeladen - die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ebenso

wie die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse.

Meine Damen und Herren, für die heutige Sitzung sind nach den mir vorliegenden Meldungen Herr Geraedts und Herr Professor Schäfer entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Strahl, Herrn Yurtsever und Herrn Tritschler.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind entsprechend gekennzeichnet und die Änderungsanträge wie immer den jeweiligen Tagesordnungspunkten zugeordnet.

Die SPD-Fraktion hat am 11. Dezember 2019 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Stadt Köln steht zu Ford“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.1 bis TOP 4.4, eine Unterrichtung des Rates unter TOP 7.1.2 und die Gremienbesetzungen unter TOP 17.2 bis TOP 17.5 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.8, TOP 24.9 und TOP 26.2.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.2, 10.3, 10.28, 10.29 und 24.2.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Nun komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, TOP 26.1 vor TOP 25.1 zu behandeln.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Auch das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Firma Ford, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und anwesenden Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzähler Herrn Dr. Strahl, Herrn Yurtsever und Herrn Tritschler vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

II. Es liegt ein fristgerecht eingegangener Antrag auf Durchführung einer Aktuelle Stunde vor. Dieser wird unter

TOP 1.1

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Stadt Köln steht zu Ford"

AN/1732/2019

behandelt.

III. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Bombenfunde in Köln"

AN/1715/2019

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kosten des Drucks und Versandkosten der Ausschussunterlagen für Ausschussmitglieder"

AN/1716/2019

4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Klimaneutralität – Berechnung, Systematik und Messbarkeit"

AN/1712/2019

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend "Schadenersatzansprüche Luftreinhaltung"

AN/1719/2019

7.1.2 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung

4094/2019

17.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Neuwahl eines stimmberechtigten

Mitglieds für den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH"

AN/1702/2019

17.3 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Wahlen; hier: Neubesetzung Zweckverbandsversammlung Verkehrsverbund Rhein-Sieg"

AN/1729/2019

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Wahlen; hier: Neubesetzung Zweckverband Sparkasse"

AN/1728/2019

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neubesetzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung"

AN/1736/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

24.8 Kliniken der Stadt Köln gGmbH

3965/2019

24.9 Bürgschaftsübernahme

4187/2019

26.2 Ausübung eines dinglichen Vorkaufsrechtes für ein Grundstück in Köln Altstadt/Nord

3898/2019

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.1 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Ein Platz an der Herler Straße"; aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln"

(Einzelmaßnahme 2.5.5.)

0461/2019

10.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.

0413/2019

10.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812

2665/2019

10.28 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung

3406/2019

10.29 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse, Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung;

hier: Baubeschluss und ergänzende Planungsbeschlüsse

3186/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

24.2 Verlängerung von Mietverträgen mit der Vodafone GmbH zum Betrieb von Mobilfunkanlagen

3103/2019

VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, im nichtöffentlichen Teil TOP 26.1 (3897/2019) vor TOP 25.1 (4047/2019) - beide zum Thema „Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht NRW" - zu behandeln.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir können in die Tagesordnung eintreten.

Ich rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Stadt Köln steht zu Ford"
AN/1732/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP AN/1738/2019

Zunächst möchte ich darum bitten, dass Sie mir einleitend ermöglichen, mit der Darstellung einiger Fakten die dann folgende Diskussion zu versachlichen.

Meine Damen und Herren, die Stadt Köln betreibt insgesamt einen Kfz-Bestand von circa 1 000 Fahrzeugen. 80 Prozent der Fahrzeuge stammen aus den Produktionslinien des Automobilkonzerns Ford.

Bereits 2016 - Sie werden sich daran erinnern - hat der Rat den Auftrag an die Verwaltung erteilt, bei Ersatzbeschaffungen, soweit technisch möglich, auf umweltschonende Varianten zurückzugreifen. Dieser Beschluss wurde zuletzt 2018 im Rahmen des Beschlusses „KölnKlimaAktiv 2022“ noch einmal bekräftigt.

Nachdem in der Verwaltung bekannt wurde, dass das derzeit von der sogenannten Stadtspitze genutzte Modell in dieser Konfiguration nicht mehr verfügbar ist, haben wir uns zu einem Modellversuch entschieden. Ich habe das dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Ford-Werke GmbH, Herrn Herrmann, am 27. September dieses Jahres telefonisch mitgeteilt. Drei Mitglieder des Verwaltungsvorstandes werden alternative Fahrzeuge testen.

Ich fände es großartig, wenn die Firma Ford, der dies seit September bekannt ist, uns ebenfalls ein entsprechendes Fahrzeug zur Verfügung stellte.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wie viele von Ihnen, meine Damen und Herren, ebenso sehen wie ich, gehört Ford nicht nur zu unseren wichtigsten Partnern, sondern ist auch als größter privater Arbeitgeber eine der Säulen unseres Wirtschaftsstandortes. Seit meinem Amtsantritt habe ich in den zahlreichen Gesprächen mit der Unternehmensspitze diese Bedeutung nicht nur immer wieder unterstrichen, sondern auch immer wieder den Wunsch geäußert, dass wir beim Thema „Verkehrswende und Klimaschutz“ gemeinsam innovative Wege gehen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist an einigen Stellen auch schon gut gelungen. Ich erinnere an die kürzlich erfolgte Übergabe von Ford Transit Plug-in-Hybriden mit Geofencing-Technologie.

Gestern hat mich ein Schreiben von Herrn Herrmann mit einer Einladung zur Vorstellung des neuen vollelektrischen Autos Anfang kommenden Jahres erreicht.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Ich freue mich über diese Initiative und nehme die Einladung gerne an.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir gemeinsam mit Ford die Verkehrswende vorantreiben können, ist das - davon bin ich überzeugt - die allerbeste der denkbaren Lösungen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Joisten hat das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und insbesondere natürlich: Liebe Fordianer auf der Tribüne und möglicherweise auch am Livestream! Vor 88 Jahren rollte der erste Ford in Köln vom Band. Seitdem ist eine stattliche Zeit vergangen, in der Köln mittlerweile zu einem Synonym für Ford geworden ist.

Damals holte Konrad Adenauer - das darf man an dieser Stelle auch gerne erwähnen - im Ringen mit anderen Standorten dieses Weltunternehmen mit seinem deutschen Standort und Produktionsort nach Köln und baute damit Köln zu einem der führenden Motoren- und Automobilstandorten in Deutschland aus.

Zum 80. Jubiläum der Firma Ford hier in Köln hat Jürgen Roters gesagt: „Ford und Köln gehören zusammen.“ Ja, so ist das mittlerweile.

(Beifall bei der SPD)

Denn Ford ist seit Jahrzehnten der größte Arbeitgeber in dieser Stadt und damit einer der wichtigsten wirtschaftlichen, aber auch sozialen Player, weil Ford ganze Familiengenerationen versorgt hat. Ford ist Unterstützer von sozialem Engagement in dieser Stadt, insbesondere auch im Bereich des Karnevals. Der Rosenmontagszug wäre ohne die Firma Ford und die Bagagewagen gar nicht denkbar. Das Gleiche gilt für das Dreigestirn und die Transportmöglichkeiten.

Ford ist einer der größten Schmelztiegel in Köln - spätestens, seit in den 1960er- und 1970er-Jahren Italiener, Spanier, Griechen und zuletzt auch in großen Mengen Türken hier nicht nur Anstellung, sondern auch ein Stück Heimat gefunden haben.

Bei dieser Generation und der nachfolgenden Generation steht Ford bis heute für Gemeinschaft, gute Arbeit und Wohlstand. Das kann ich als Schwiegersohn eines türkischen Fordianers aus ganz persönlicher Erfahrung sagen. Dort ist man heute noch stolz darauf - bis in die zweite, dritte und mittlerweile vierte Generation.

Ford gehört also genauso zu Köln wie 4711, die Deutz AG und der Dom. Ford ist Köln. Ford gehört zu Köln.

Deshalb fährt die Stadtspitze quasi schon immer Ford - oder zumindest ein Produkt aus dem Ford-Konzern wie den Volvo zwischen 2000 und 2006. Da war die Stadtspitze zwar schon einmal mit einem anderen Produkt unterwegs. Volvo gehörte aber damals zum Ford-Konzern.

Fritz Schramma war es dann, der 2006 wieder den Ford Mondeo zum Stadtspitzen-Fahrzeug machte. Er hat das - was schon damals sehr richtig war - auch mit einer klaren Entscheidung für Ford und dem entsprechenden Signal verbunden.

Ich darf seine Worte anlässlich der Übergabe des ersten Fahrzeuges zitieren. Dort hat er gesagt:

> Wir bringen damit unsere Verbundenheit mit dem größten Arbeitgeber in Köln zum Ausdruck. Zugleich machen wir unsere Anstrengungen deutlich, Ford jederzeit optimale Standortbedingungen zu verschaffen. Ich betrachte das auch als Werbung für die Autostadt Köln.

Das gilt, meine Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren, bis heute. Wir machen mit Ford in unserer Flotte hier Werbung für die Autostadt Köln.

Genau so muss ein verantwortlich handelnder Oberbürgermeister oder eine verantwortlich handelnde Oberbürgermeisterin handeln. Die Entscheidung für den Fuhrpark ist nun einmal eine politische Standortentscheidung, weil das draußen in der Welt doch entsprechend wahrgenommen wird. Oder glaubt irgendjemand, der Wolfsburger Oberbürgermeister würde einen BMW fahren oder der Ingolstädter Oberbürgermeister einen Mercedes-Benz?

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, der fährt einen Audi A8!)

Nein, wir fahren jeweils die Fahrzeuge, die an unserem Standort produziert werden.

(Niklas Kienitz [CDU]: Der Mustang wird überhaupt nicht hier produziert!)

Das wird auch in der Welt wahrgenommen. In Dearborn, am Hauptsitz von Ford in den USA, wird sehr genau beobachtet, was die Stadtspitze hier in dieser entscheidenden Phase tut.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gerade in der jetzigen Phase der wirtschaftlichen Unsicherheit und des tausendfachen Arbeitsplatzabbaus sind Entscheidungen gegen Ford besonders verantwortungslos und müssen schleunigst revidiert werden.

Die Kolleginnen und Kollegen der Kölner Ford-Werke fühlen sich von Ihnen, Frau Reker, nicht nur nicht unterstützt. Sie fühlen sich sogar regelrecht verraten - und das zu Recht - angesichts der fatalen Signale, die Sie mit Ihrer Entscheidung in die Welt senden, insbesondere nach Dearborn in die USA.

Deshalb fordern wir Sie auf: Beenden Sie das Spiel mit dem Feuer, und kehren Sie zu der jahrzehntelang bewährten Partnerschaft mit Ford-Dienstwagen für die gesamte Stadtspitze zurück.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ford wird in absehbarer Zeit ein voll batteriebetriebenes Modell auf den Markt bringen, das in Bezug auf Umweltverträglichkeit höchsten Ansprüchen genügt. Auch heute stehen bereits Fahrzeuge mit verschiedenen klimafreundlichen Hybridtechnologien zur Verfügung, wie Ihnen Herr Gunnar Herrmann heute noch einmal mitgeteilt und geschrieben hat. Es ist also möglich, das Bekenntnis zu Ford mit klimaschonenden Antriebstechnologien zu verbinden.

Frau Reker, nutzen Sie diese Möglichkeit, und nehmen Sie damit Ihre Verantwortung als Vertreterin dieser traditionsreichen Automobilstadt wahr. Dies erwarten die vielen Tausend Fordianer und ihre Familien sowie die unzähligen mit Ford solidarischen Kölnerinnen und Kölner von Ihnen. Beenden Sie das Experiment mit Mercedes, und setzen Sie mit den Dienstwagen der Verantwortungsträger dieser Stadt ein klares

Signal für Ford und für 88 Jahre intensive Beziehungen.

Vielen Dank, wenn Sie heute unserer Resolution zustimmen. Das Signal von diesem Stadtrat muss sein: Köln steht zu Ford. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser vorweihnachtlichen vorgezogenen Wahlkampfrede des Kollegen fällt mir eigentlich gar nichts mehr ein, weil er hier bar jeglicher Realität geredet hat.

Wie wir gerade schon von der Frau Oberbürgermeisterin vernommen haben, sieht die Faktenlage ganz anders aus. Wir haben einen sehr guten Rahmenvertrag zwischen der Stadt Köln und Ford, und weder die Verwaltung noch das haushaltstragende Mehrheitsbündnis hat jemals nur einen einzigen Gedanken daran verschwendet, diesen Rahmenvertrag zu kündigen.

(Beifall bei der CDU und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Das heißt: Der Rahmenvertrag besteht, und er wird weiterhin Gültigkeit haben.

Wir haben des Weiteren eine sehr enge Kooperation unserer Verwaltung und der Ford-Werke im Bereich der Mobilität. Beispielsweise bei der AWB, dem Grünflächenamt und dem Ordnungsamt gibt es eine ganze Reihe von elektrobetriebenen Fahrzeugen, die bereits sehr erfolgreich eingesetzt werden bzw. wo eine enge Kooperation vorgezeichnet ist.

Auch hier stellt sich also die Frage: Was soll eine solche Rede heute? Denn die Stadt Köln bringt klar zum Ausdruck: Wir haben gute Fahrzeuge, die hier entsprechend eingesetzt werden.

In den politischen Parteien gibt es meines Wissens auch niemanden - wir haben ja nur relativ wenige Ratsmitglieder, die Dienstfahrzeuge nutzen -, der bisher erklärt hätte, er wolle nicht weiter Ford fahren. Ich kann für meine Fraktion sagen: Unser Ford Mondeo Hybrid ist sowohl von der ökologischen Seite als auch von den sonstigen Faktoren her - das Gleiche gilt auch für unseren Bürgermeister - ein Fahrzeug, das wunderbar funktioniert und das wir auch sehr gerne nutzen.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt, dass wir am Ende natürlich auch Vorgaben der Europäischen Union haben, nämlich in Bezug auf Vergaben und dahin gehend, dass wir uns weiterentwickeln müssen. Zum Weiterentwickeln gehört auch, dass man den Fuhrpark einer Verwaltung regelmäßig daraufhin untersuchen muss, ob das bisherige Fahrzeugportfolio den veränderten Rahmenbedingungen hinsichtlich Klimanotstand etc. noch angemessen ist.

Wir haben auch jeweils mit breiter Mehrheit im Rat entsprechende Beschlüsse getroffen. Wir wollen weg vom Verbrennungsmotor und neue Formen der Mobilität sowie neue Antriebsformen fördern und unterstützen. Genau das passiert hier auch.

Ich freue mich sehr darüber, dass jetzt auch von Ford ein gutes Angebot gekommen ist. Die Oberbürgermeisterin hat bereits zugesagt, auch dieses Fahrzeug testen zu wollen bzw. an der Präsentation teilnehmen zu wollen. Das ist genau der richtige Weg.

Dass Ford in Köln eine besondere Rolle hat, ist unbestritten, glaube ich. Sie werden hier sicherlich keine andere Aussage hören.

Trotzdem ist es ganz normal - denn wir leben in der EU mit den entsprechenden Vorgaben -, dass natürlich auch andere Hersteller die Möglichkeit haben müssen, sich an kleineren Feldversuchen und Ähnlichem zu beteiligen. Das hat es bereits in der Vergangenheit gegeben. Ich erinnere mich noch gut daran, dass auch die sozialdemokratische Bürgermeisterin schon einmal über einen längeren Zeitraum mit einem japanischen Produkt gefahren ist. Insoweit ist das in der Vergangenheit also durchaus schon vorgekommen. Ich halte das aber gar nicht für das Entscheidende.

Selbstverständlich wollen wir - das kann ich unterschreiben - hier ein Zeichen setzen. Ich hätte mir gewünscht, dass die alte, sozialdemokratisch geführte Landesregierung das auch einmal getan hätte und sich klar zu Ford bekannt hätte. Denn als es seinerzeit darum ging, neue Polizeifahrzeuge anzuschaffen, wurde dann plötzlich ein bayerischer Hersteller ausgewählt.

(Beifall bei der CDU)

Die neue Landesregierung hat jetzt andere Beschlüsse getroffen. Die Polizei fährt künftig zu einem großen Teil ein Produkt, das von unserem Kölner Unternehmen hergestellt wird.

Insoweit kann man hier überhaupt keinen Grund für einen generellen Vorwurf sehen. Ihre Wahlkampfrhetorik läuft daher ins Leere. Es gab eine Menge Fake News, die in den letzten Tagen produziert worden sind. Das ist heute alles klargestellt worden.

Für das Mehrheitsbündnis hier im Hause möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen: Wir wollen weiterhin, wie auch schon länger, im guten Dialog sowohl mit dem Betriebsrat von Ford als auch mit der Geschäftsführung von Ford sein, um gemeinsam die Verkehrswende und die Wende in der Mobilität zu begleiten. Wir wollen Ford. Wir wollen die Beschäftigung hier in Köln weiter haben. Sie haben schon daran erinnert, dass Konrad Adenauer den Grundstein gelegt hat. Wir wollen es die nächsten 100 Jahre genauso weiterführen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für ein Thema für die aktuelle Stunde: „Stadt Köln steht zu Ford“. Meinen Sie, dass irgendjemand hier im Raum das anders sieht?

(Christian Joisten [SPD]: Ja!)

Der Rat der Stadt hat in seiner aktuellen Stunde im April dieses Jahres sehr deutlich gemacht, dass er zu Ford steht und dass Ford zu Köln gehört. Ich sehe überhaupt keinen Grund, zu befürchten, dass das keine Gültigkeit mehr haben sollte oder infrage stehen würde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Hören Sie erst einmal zu. Dann können Sie ja gleich etwas sagen.

Wir wissen, dass die Lage für die Beschäftigten bei Ford und bei den Zulieferbetrieben extrem angespannt ist. Damit haben wir uns ja schon auseinandergesetzt. Deshalb kann ich auch gut verstehen, dass bei den Ford-Mitarbeitern Unruhe aufkommt angesichts der behaupteten Nachrichten, die Stadt wolle die Zusammenarbeit mit Ford aufkündigen. So zumindest klingt es auf Facebook und in einigen Medien. Was dort steht, geht doch ziemlich an der Wirklichkeit vorbei. Aber es steht nun einmal da. Damit setzen wir uns jetzt auseinander.

Gerade auch Titel wie die Überschrift der heutigen aktuellen Stunde gießen Öl ins Feuer. Sie schüren die Unruhe, obwohl es doch eigentlich heißt: Wir stehen zusammen und wollen Lösungen suchen. - Sie schüren die Unruhe, wenn Sie schreiben:

> Entscheidung über Dienstwagenflotte ist Signal in die Stadt und die Region,

und zwar ein Signal zum Ende der Zusammenarbeit. So fasse ich den Antrag zusammen.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Das steht da drin. - Ehrlich gesagt, hätte ich mir doch mehr Wahrheit und Klarheit gewünscht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Man kann kritisieren, dass die Stadtspitze gerade jetzt in der für Ford angespannten Situation andere Wagen als die Fahrzeuge von Ford testen möchte. Man kann auch kritisieren, dass darüber zu wenig nach außen kommuniziert worden ist. Man kann durchaus sagen, die Stadt hätte mit ihrer Testphase noch warten können, bis Ende nächsten Jahres - vielleicht auch früher - der Ford Mustang als E-Mobil am Start ist, zumal es ohnehin besser und für die Umwelt am wenigsten schädlich ist, wenn Dienstwagen länger gefahren werden. Alles das kann man anführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber das Thema ist ernst. Es steht für viele Menschen zu viel auf dem Spiel, als dass man leichtfertig damit umgehen sollte,

(Christian Joisten [SPD]: Richtig!)

Ängste und Vorurteile schüren sollte und ohne Not Unsicherheit erzeugen sollte.

Bei der Frage der neuen Dienstwagen geht es um zwei unterschiedliche Güter: zum einen um die Solidarität mit Ford, die sich auch symbolisch ausdrücken muss, zum anderen aber auch um die Glaubwürdigkeit im Umgang mit der Ausru-

fung des Klimanotstandes und der Verkehrswende.

Schon im April dieses Jahres haben wir in der aktuellen Stunde zur Situation bei Kaufhof und Ford unsere Solidarität mit Ford mit der Erkenntnis verbunden, dass Ford eine frühzeitig notwendige strategische und industrielle Weichenstellung im Automobilsektor verpasst hat. Jetzt steht für Ford dringend an, sich den Veränderungsprozessen zu stellen, um auf Dauer zukunftsfähig zu sein - als wichtiger und traditionsreicher Arbeitgeber in Köln, der für viele Menschen in Köln und in der Region wichtig ist.

Schon im April, als die Horrornachrichten über den Abbau von Arbeitsplätzen virulent wurden, haben wir hier im Rat deutlich gemacht, dass der Rat Ford bei Innovationen und Zukunftstechnologien überall dort unterstützen wird, wo er das kann, zum Beispiel im Hinblick auf ein Kompetenzzentrum E-Mobilität.

In diesem Zusammenhang hatte der Rat bereits 2016 Beschlüsse gefasst, Ford Flächen für den Produktionsbereich Elektroantriebe zur Verfügung zu stellen. Es ist schon schade, dass die Zeit seitdem verstrichen ist, ohne dass ein E-Mobil auf der Straße steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem möchte ich an den Beschluss erinnern, der am 19. Januar 2016 mit den Stimmen der SPD, der CDU, der Grünen, der LINKEN, der FDP, der damals noch existierenden Piraten und der Ratsgruppe Deine Freunde im Verkehrsausschuss gefasst wurde. Dort hieß es, die Verwaltung solle vor der Anschaffung von Dienstwagen prüfen, ob nicht stattdessen Dienstfahrten durch andere Verkehrsmittel wie Fahrräder, Lastenräder oder E-Bikes erfolgen könnten und ob nicht insgesamt ein anderes Mobilitätsverhalten möglich sei. Wenn keine Alternativen zu einem Kfz beständen, sei klar, dass bei einer Neubeschaffung der Ersatz durch ein E-Mobil oder Ähnliches erfolgen solle, mindestens durch ein Fahrzeug mit Hybridmotor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Falls dies nicht geschieht, steht es jeweils an, das genau zu begründen.

(Christian Joisten [SPD]: Letztes Jahr!)

Dieser Beschluss enthält einen eindeutigen Auftrag an die Verwaltung in Richtung neuer Antriebssysteme.

Die Testphase, die die Stadtspitze nun angestoßen hat, kann als solcher Beitrag verstanden werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, es hätte transparenter laufen können. Die Testphase hätte wahrscheinlich auch so terminiert werden können, dass der Mustang von Ford dann schon zur Verfügung steht.

Denn es geht auch darum, wichtige Signale auszusenden - auch aus dem Rat. Es geht um Symbole und Signale, die auch für die Ford-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter wichtig sind.

Aber es gilt dann auch, die richtigen Signale zu senden, die korrekten Zahlen zu nennen und so zu kommunizieren, dass wir wissen, worüber wir reden und wo wir ansetzen müssen.

Dann muss auch die SPD als Antragstellerin zur Kenntnis nehmen, dass die Oberbürgermeisterin ohnehin weiterhin einen Ford fährt. Das liest man auf Facebook sehr anders.

Dann muss auch die SPD als Antragstellerin zur Kenntnis nehmen, dass es sich hier nur um drei von 14 Fahrzeugen der Stadtspitze handelt.

Dann muss auch die SPD als Antragstellerin zur Kenntnis nehmen, dass es nicht darum geht, dass die Zusammenarbeit zwischen Ford und der Stadt beendet wird. Derzeit sind, wie heute schon gesagt wurde, 80 Prozent der Fahrzeuge der Stadt von der Firma Ford, und zwar aus gutem Grund. Sie wissen das auch. Die Ford-Flotte umfasst Pkw, Lkw und Sonderfahrzeuge. Und niemand - niemand! - hat davon gesprochen, das ändern zu wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Insofern hoffe ich, dass Sie sich eines Besseren besinnen und damit aufhören, nach außen zu polarisieren und Fake News in die Welt zu setzen,

(Christian Joisten [SPD]: Das sind keine
Fake News! Das sind Fakten!)

die nur zum Gegenteil dessen führen, was uns allen am Herzen liegt - nämlich, hier tatsächlich gemeinsam den Verkehrswandel und den Klimawandel so zu gestalten, dass für alle etwas Positives dabei herauskommt, erst recht auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ford.

Mir ist es wichtig, dass wir aus dieser aktuellen Stunde mit dem Ziel herausgehen, dass wir wei-

terhin bekräftigen, alles, was uns möglich ist, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ford zu tun. Das ist ein wichtiges Signal.

Insofern haben wir eine Resolution verfasst, die genau dies beinhaltet. Sie setzt noch einmal an den Beschlüssen von 2016 an, aber auch an dem, was wir in der aktuellen Stunde im April dieses Jahres beschlossen haben. Ich hoffe, dass eine breite Mehrheit diese Resolution beschließen wird. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Christian Joisten [SPD]: Gibt es die Resolution schon? - Gegenruf von Michael Frenzel [SPD]: Sie ist noch im Druck!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Martin Hennig! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Anwesende! „Die Oberbürgermeisterin Henriette Reker spielt mit dem Feuer“, schreibt die *Kölnische Rundschau* heute zu dieser aktuellen Stunde.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nur ein kleines Kerzchen!)

Für uns LINKE ist dies ebenfalls ein sehr wichtiges strukturelles und strategisches Thema. Deshalb hatten wir uns dafür eingesetzt, dass es im April dieses Jahres bei der Oberbürgermeisterin ein Gespräch mit dem Betriebsrat, der IG Metall, dem DGB und allen demokratischen Fraktionen gegeben hat.

Es war gutes Gespräch, in dem ich zum Beispiel deutlich gemacht habe, dass Ford von ganz elementarer Bedeutung für den Kölner Arbeitsmarkt ist, aber auch von strategischer wirtschaftlicher Bedeutung. Ford setzt mit seiner Produktion von Autos eine wichtige Wertschöpfungskette in Bewegung, die sich in der gesamten rheinischen Region fortsetzt und auswirkt.

Dann folgte, ebenfalls im April, eine Ratsdebatte, bei der ich noch einmal diesen Standpunkt der Wertschöpfungskette deutlich gemacht habe. Ich hatte nicht den Eindruck, dass die CDU, die Verwaltung und die Grünen das verstanden haben. Und wenn ich mir heute noch einmal die Worte anhöre - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Reden Sie mit Herrn Joisten?)

- Die sind keine Idioten. Das habe ich gar nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass sie das nicht verstanden haben. Sie haben eine andere Position. Davon rede ich.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe auch nicht von der FDP gesprochen. Die FDP versteht das zumindest.

(Heiterkeit)

Sie haben es aber nicht verstanden - darauf will ich hinweisen -, diese Wertschöpfungskette im Auge zu haben.

Frau Oberbürgermeister sagte eben, Ford sei eine Säule. Das ist ja interessant. Eine Säule ist aber etwas Starres. Und Ford ist nichts Starres. Vielmehr handelt es sich dort um eine Wertschöpfungskette.

Frau von Bülow, Ford hat auch nichts verpasst. Vielleicht ist Ford einen Monat später oder zwei Monate später mit dem und dem Auto oder mit den und den Produkten da. Aber Ford hat nichts verpasst. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Uns steht es nicht zu, hier solche Kritik zu äußern.

Meine Damen und Herren, in den Gesprächen, die wir bei der Oberbürgermeisterin hatten, habe ich den Vorschlag gemacht

(Zuruf von (Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

- vielleicht hören Sie mir zu -,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Immer!)

dass Frau Reker eventuell mit anderen Oberbürgermeistern von anderen Ford-Standorten in die USA reisen sollte und dort für die Kölner Belegschaft und für den Standort Köln demonstrativ auftreten sollte. Diesen Vorschlag möchte hier im Namen der LINKEN noch einmal deutlich wiederholen. Ich halte es für richtig, diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Frau Oberbürgermeisterin, reisen Sie in die USA. Sprechen Sie mit der Ford-Spitze. Schauen Sie sich den neuen Ford Mustang an. Setzen Sie sich mit diesen Dingen auseinander. Zeigen Sie demonstrativ, dass Sie zu Ford stehen, und bestellen Sie zum Beispiel in den USA diesen neuen Wagen, dieses Elektromobil. Das hielte ich für den richtigen Weg.

Vielleicht gefällt Ihnen das Knallrot des Ford Mustang ja nicht, Frau Reker. Ich gehe aber davon aus, dass es auch eine Version in einem vornehmen Schwarz gibt.

Das, meine Damen und Herren, halte ich für strategisches Handeln und für beherzte Solidarität.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie Ihre Ford-Politik nicht ändern und dort nicht klarmachen, was wir wollen, sollten wir meines Erachtens in der Stadtgesellschaft ernsthaft überlegen, ob wir nicht als Stadtgesellschaft eine Delegation bilden und gemeinsam in die USA fahren. Das sollten wir machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ein Dienstauto hat für mich nicht nur Symbolfunktion. Es ist der Beweis dafür, dass die Kölner Stadtspitze mit Herz und Verstand sagt: Hier ist ein Kölner Unternehmen, das für die Stadt elementar ist. Wir setzen uns für dieses Unternehmen ein.

Meine Damen und Herren, zum Schluss folgender Gedanke: Ford gibt es am 30. Januar nächsten Jahres 90 Jahre. Das ist also ein Jahrestag. Frau Oberbürgermeisterin, ich würde mir wünschen, dass Sie sich überlegen - da haben wir ja noch ein paar Tage Zeit; für Events ist das natürlich ein bisschen knapp -: Was machen wir denn an diesem 30. Januar mit Ford?

Eine Möglichkeit wäre doch zum Beispiel, die Ford-Spitze und den Ford-Betriebsrat zu einer Konferenz einzuladen, auf der Sie gemeinsam noch einmal demonstrieren: Köln steht zu Ford. Wir wollen den technischen Wandel, der vor uns steht, gemeinsam mit diesem Unternehmen und mit den Kolleginnen und Kollegen bewältigen.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung waren die Belegschaften noch nie so progressiv auf den technischen Wandel eingestellt. Ich möchte darauf hinweisen, dass die IG Metall eine entsprechende Kampagne gestartet hat, die sie „#FairWandel“ genannt hat. Diese Hände sollte man ergreifen und gemeinsam etwas bewegen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für eine Debatte! Sie zeigt mir, ehrlich gesagt, viererlei.

Erstens zeigt sie mir: Der Wahlkampf ist eröffnet.

Zweitens zeigt sie mir, dass dem einen oder anderen Redner hier, insbesondere dem Kollegen, der vor mir gesprochen hat, die Pinocchio-Nase eigentlich bis zu den CDU-Tischen hätte wachsen müssen - in Anbetracht der autofeindlichen Anträge, die DIE LINKE hier in den letzten Jahren gestellt hat. Ich werde das gleich noch näher erläutern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Drittens zeigt sie mir, dass wir uns auch ernsthaft über die dahinter liegenden Konflikte Gedanken machen müssen. Ich werde nachher noch etwas zum Thema „Klimanotstand und Interessenkollisionen“ sagen.

Viertens zeigt sie mir, dass wir dieses wichtige Thema nicht nutzen sollten, um auf dem Rücken von 17 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihren Familien und ehemaligen Angehörigen hier billige Politik zu machen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Herr Joisten, Sie haben vollkommen recht. Meine Fraktion steht uneingeschränkt zum Ford-Standort Köln.

Aber, Herr Joisten, Sie benutzen hier einen möglicherweise nicht ganz glücklichen Move der Oberbürgermeisterin, um billig und effektheischerisch für sich zu werben. Und das kann man eigentlich nicht durchgehen lassen. Das Thema ist zu ernst.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Oberbürgermeisterin, gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Sie haben ja vollkommen recht. Der Kollege Petelkau hat gerade auch schön vorgetragen, wie der Rahmenvertrag mit

Ford aussieht. Aber Ford ist nun einmal ein Symbol für unsere Stadt.

Ich komme aus dem Kölner Norden. Unsere Nachbarn haben sich ein Haus gekauft. Er ist polnischer Immigrant und sagte mir gestern: Meine Familie macht sich Sorgen, ob ich weiterhin das Geld nach Hause bringe, das wir brauchen, um die Hypotheken abzuzahlen.

Insofern müssen wir sehr feinfühlig mit dem Thema umgehen. Und dieser Move ist Ihnen leider misslungen, Frau Oberbürgermeisterin.

Einen zweiten Gedanken hatte ich eben schon angesprochen. Herr Detjen, meine restliche Redezeit würde nicht ausreichen, um den Kolleginnen und Kollegen hier im Raum und den Zuschauerinnen und Zuschauern oben auf der Tribüne die autofeindlichen Anträge Ihrer Fraktion der letzten Jahre vorzutragen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Es ist ja bezeichnend, dass der Kollege Weisenstein, der bei Ihnen eigentlich für Verkehr zuständig ist, hier nicht spricht. Denn er hätte keinen Satz zu sagen. Sie verlangen eine Autowende; Sie verlangen autofreie Innenstädte; Sie verlangen autofreie Städte insgesamt. Und noch einmal: Die Zitate, die von Ihrer Fraktion in den letzten Jahren gekommen sind, stehen in diametralem Widerspruch zu dem, was Sie gerade gesagt haben.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Sie spielen sich hier zum Retter der Autoindustrie bzw. der Arbeitnehmerbewegung in der Autoindustrie auf. Gleichzeitig tut Ihre Partei aber alles, um Autofahrer zu vertreiben und das Autokaufen madig zu machen. Das lasse ich nicht durchgehen, Herr Detjen.

(Beifall bei der FDP)

Was wir hier erleben, ist ja nur ein Vorgeschmack. Die Oberbürgermeisterin hat doch vollkommen recht. Wir brauchen eine innovative, eine umweltfreundliche Autoflotte - genauso, wie ich das zu Hause brauche und Sie alle es auch brauchen. An dieser Stelle wird der Klimanotstand als Begründung herangezogen. Wir merken bei diesem Thema doch sehr schön, wie die verschiedenen Interessen, die wir haben, in Konkurrenz treten. Am Ende dieser offenen Debatte werden wir heute auch noch über ein anderes Thema der Mobilität sprechen, nämlich die Mobilitätsmesse, die ehemalige IAA. Hier müssen wir Farbe bekennen.

Frau Kollegin von Bülow, da reichen auch keine Formelkompromisse. Wir müssen ganz klar sagen, dass wir es hier mit einer Standortdebatte zu tun haben, dass unser Standort in Köln wichtig ist und dass wir nicht die verschiedenen Interessen gegeneinander ausspielen dürfen. Das bedeutet manchmal auch, dass man hier Klartext reden muss. Auch Ihre Fraktion kann nicht einerseits hingehen und keine Gelegenheit auslassen, um das Autofahren madig zu machen, sich aber andererseits hier zum Retter der Autoindustrie aufspielen. Das ist nicht lauter, Frau von Bülow.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müssen Sie aber genau zuhören!)

Last, but not least möchte ich für meine Fraktion betonen: Wir stehen uneingeschränkt zum Standort von Ford in Köln, und wir werden alle politischen Maßnahmen unterstützen, die auch weiterhin dafür sorgen, dass dieses Unternehmen in Köln bleibt, sich wie bisher in Köln einbringt und viele Menschen im Kölner Norden und insgesamt glücklich macht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler hat das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja Advent. Traditionell denkt man da an die Kinder. Dieses Jahr und wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren haben wir es in Deutschland oder auf der Welt mit drei Kategorien von Kindern zu tun.

Da sind die Kinder, die am Freitag demonstrieren gehen - in erster Linie fürs Klima; denn von zu Hause kennen sie meist keine anderen Probleme. Dort arbeitet man meist für den Staat oder ist anderweitig gut versorgt. In der Regel können sich diese Kinder auf Heiligabend freuen. Denn an Geschenken wird nicht gespart. Warum auch? Man lebt ja gut von dem Wohlstand, den uns auch und gerade die Autoindustrie ins Land gebracht hat.

Dann gibt es die vielen Kinder der vielen Hunderttausend Mitarbeiter in der Autoindustrie - bei Audi, bei VW, bei den Zulieferern wie Bosch und natürlich bei Ford. Deren Väter und Mütter sind

seit einiger Zeit nicht mehr so entspannt wie früher. Denn ihre Existenz ist bedroht. Sie ist bedroht von Ihrer Politik, meine Damen und Herren - und damit meine ich fast alle hier vertretenen Parteien. Auch wenn dieses Weihnachten vielleicht noch reichlich Geschenke unterm Baum liegen: Wie das bei den Ford-Mitarbeitern und anderen im nächsten Jahr oder in zwei, drei Jahren aussehen wird, weiß niemand.

Und dann gibt es schließlich noch die Kinder - das sei am Rande erwähnt -, die heute schon Opfer Ihres guten Gewissens werden, die heute schon Opfer des guten Gewissens all der vielen vermeintlich guten Menschen in Deutschland werden. Das sind die Kinder, die in den Kobaltminen im Kongo und anderswo dafür schuften, dass man hier in Deutschland weiter an die Mär vom sauberen Elektroauto glauben kann.

Meine Damen und Herren, an Weihnachten erzählt man ja gerne Geschichten - offenbar auch die SPD. Deshalb hat sie diesen Antrag gestellt - in der verzweifelten Hoffnung, dass man bei den Ford-Arbeitern ernsthaft glaubt, sie sei auf ihrer Seite.

Dabei hat doch die SPD auf ihrem Bundesparteitag gerade noch allerlei neue Klimamaßnahmen beschlossen, die zu nichts anderem gut sind als zur weiteren Deindustrialisierung Deutschlands.

Dabei kann die SPD-Umweltministerin im Bund der deutschen Automobilindustrie gar nicht genug Steine in den Weg legen.

Dabei liefert sich die SPD-Opposition in Düsseldorf einen permanenten Überbietungswettbewerb mit den Grünen, wenn es um immer automobilfeindlichere Regelungen geht.

Und der verkehrspolitische Sprecher der SPD im Kölner Rat - zumindest war er es kürzlich noch - träumt doch seit Jahren hier in so gut wie jeder Sitzung von einer autofreien Stadt.

Was ist denn da das Signal nach Dearborn, Herr Joisten?

Das Weihnachtsmärchen von der heiligen SPD, von der heiligen Saskia und vom heiligen Norbert, den Schutzpatronen der Autoindustrie, glauben Sie bei der SPD vermutlich nicht einmal selbst. Wenn Sie die Freunde der Ford-Arbeiter sind, meine Damen und Herren, dann brauchen die Ford-Arbeiter offenbar keine Feinde mehr.

Nein, Sie bestimmen hier nicht mit, weil die völlig entkernte Kölner CDU sich den Grünen noch ein bisschen billiger verkauft hat, als Sie das tun würden. Und die de facto grüne Oberbürgermeisterin, die zur SPD mindestens genauso anschlussfähig ist wie zur CDU, macht das, was ihre wahren Herren in Grün von ihr erwarten: eine autofeindliche Politik.

Meine Fraktion hat schon vor einem Jahr, als 4 000 Arbeitsplätze bei Ford bedroht waren, hier einen Antrag mit der Überschrift „Ford gehört zu Köln“ eingebracht. Die SPD-Fraktion hat damals geschlossen dagegengestimmt. - So viel zu Ihrer Glaubwürdigkeit, liebe Genossen.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Als OB-Kandidat musst du dich jetzt aber auch zu Ford bekennen!)

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren am Stream und auf der Tribüne! Mir wurde gerade zugeraunt, dass ich mich als Kandidat doch auch zu Ford bekennen müsse. Das kann ich gerne tun. Ich bekenne mich aber selbstverständlich auch zur autofreien Stadt, und ich bekenne mich dazu, dass ich keinen Führerschein habe und sehr, sehr gerne Fahrrad fahre.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Der Antrag wurde von der SPD gestellt. Es ist aber natürlich eine gemeinsame Kampagne mit dem Betriebsrat von Ford. Lassen Sie uns zuerst einen Blick auf diese Kampagne werfen und uns auch das Auftreten bei openPetition und die Argumentation von Herrn Hennig anschauen.

Die Sorgen der 17 000 oder 18 000 Mitarbeiter muss man selbstverständlich ernst nehmen. Ford in Köln schlingert seit Jahren oder Jahrzehnten immer wieder durch diverse Krisen. Immer wieder geht es um Stellenabbau. Immer wieder weiß man nicht, was in der Konzernzentrale gewünscht und gewollt wird. Auch der Betriebsrat selbst kritisiert die Modellpolitik von Ford immer wieder heftig, zuletzt Anfang dieses Jahres. Deswegen ist es natürlich verständlich, dass dort große Unruhe herrscht und sich auch Sorgen gemacht werden.

Nun wird die Entscheidung, drei Autos, die nicht von Ford sind, über einen längeren Zeitraum probezufahren, für einen Sturm im Wasserglas benutzt. Damit will ich nicht sagen - im Gegenteil; das habe ich auch deutlich ausgeführt -, dass die Sorgen der Mitarbeiterinnen nicht ernst zu nehmen wären. Aber wenn der Betriebsrat und die Köln-SPD dies schlicht und einfach nur dazu benutzen, zu versuchen, die Stadtspitze oder in diesem Fall die Oberbürgermeisterin zu beschädigen, dann ist das doch etwas armselig, und es ist auch einfach nicht klug.

Ich hätte es klug gefunden, wenn der Betriebsrat einen Brief an die Konzernzentrale geschrieben hätte und gesagt hätte: Hoppla, wir brauchen dringend neue Modelle; wir brauchen dringend eine ökologische Verkehrswende auch in unserer Modellpolitik und in unserer Strategiepolitik, da uns hier langsam die Kunden abspringen. - Das hätte ich verstanden.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Was ich wirklich nicht verstehe, ist das Bildchen bei openPetition - Herr Hennig, das ist immerhin mit Ihrem Namen gezeichnet; es soll höchstwahrscheinlich witzig sein -, auf dem erfundene Tageszeitungen mit erfundenen Schlagzeilen dargestellt sind. Ich möchte Ihnen nur einmal drei vorlesen:

Der Porzer Spiegel: Frau Reker tritt ab. Wir wünschen Ihnen in Stuttgart alles Gute!

Ehrenfelder Allgemeine Sonntagspost: Frau Reker-Trump: Mercedes first - Wer ist FORD?

Oder noch besser - oder vielmehr schlimmer -:

Chorweiler Merkur: Wenn Henry noch erleben müsste, wie Henriette ihn betrügt …

Im Grunde genommen ist das am Ende sogar sexistisch. Es ist einfach nur dämlich und der Sache überhaupt nicht dienlich. Es ist eine dumme, dumme, dumme Kampagne.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Die SPD greift das natürlich gerne auf - immer auf der Suche nach Solidarisierungen mit allem Möglichen.

Dann habe ich einmal geschaut, wie denn die Kampagne der SPD auf Facebook läuft. Ich lese Ihnen jetzt einmal die drei am besten bewerteten Kommentare vor.

Die meiste Zustimmung erhielt eine Frau mit Vornamen Loni. Sie schreibt:

Als Allererstes muss die Stadtspitze Fahrzeuge nutzen, die möglichst CO_2-neutral sind. Ist es ein Ford, umso besser. Ansonsten sollte der Hersteller egal sein. Und Nobelkarossen müssen schon mal gar nicht her - auch das falsche Signal.

Auf Platz zwei ist Thorsten - wohlgemerkt ein SPD-Mitglied -:

Klimanotstand! Also E-Autos? Okay, Ford hat keine. Schade, verschlafen! Was passiert dem Missmanagement? Nichts. Wer muss bluten? Die Arbeiter. Das ist das Thema, meine liebe SPD, in der ich immer noch Mitglied bin. Diese Petition unterschreibe ich nicht. Unsere Worte: Wir müssen mit der Zeit gehen.

Gerade haben Sie mich sehr irritiert und verwundert, Herr Detjen. Ich dachte immer, Sie seien ein Linker. Was Sie jetzt gesagt haben, klang aber überaus devot gegenüber der Konzernzentrale.

(Heiterkeit und Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Jetzt muss ich Ihnen einfach einmal vorlesen, was das SPD-Mitglied Sascha auf Facebook schreibt:

Ford ist nicht Köln, sondern Ford ist das Kapital. Kapital gehört vergesellschaftet. Was die Stadtspitze fährt, ist egal - Hauptsache, es ist ohne Emissionen, und die Stadtspitze ist von der SPD.

(Heiterkeit bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

In einem zweiten Kommentar führt er fort:

Von Solidarität erklären wird keiner der Leute bei Ford auch nur das geringste bisschen haben. Ein Konzern übernimmt keine Verantwortung, sondern kassiert den Profit. Menschen und Schicksale sind dem egal. Darauf muss

auch die SPD wieder eine Antwort finden. Aber es darf keine Unterwerfungsgesten gegenüber denen geben, die es ruinieren.

Meine Redezeit ist leider abgelaufen. Wir müssen Ford in der Tat - und das ist auch mein Bekenntnis zu Ford - durch diesen Prozess der Transformation hin zu einer ökologischen Verkehrswende begleiten. Wir brauchen aber nicht einfach nicht durchdachte Solidaritätserklärungen zu einer vollkommen falschen Modellpolitik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Mir liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vor - Ihnen mittlerweile auch, nehme ich an. Über diesen Änderungsantrag werde ich dann als Erstes abstimmen lassen. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Wir haben den Änderungsantrag zur Kenntnis genommen und bitten, in diesen Änderungsantrag noch den zweiten Satz aus der Resolution, die Ihnen bereits vorliegt, aufzunehmen:

Darum erwartet der Rat der Stadt Köln, dass die Stadtspitze auch in Zukunft mit Modellen des lokalen Autobauers fahren wird.

Ich bitte darum, das mit aufzunehmen und entsprechend zur Abstimmung zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt liegt also ein Änderungsantrag zum Änderungsantrag vor. Darüber lasse ich zunächst abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die AfD und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Dann ist er abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag zum Ursprungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm zuzustimmen wünscht - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Welcher Ursprungsantrag?)

- Der Ursprungsantrag war die Resolution. Ich lasse jetzt aber über den Änderungsantrag zum Ursprungsantrag abstimmen, also über den Änderungsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Dann ist dieser Antrag so angenommen.

(Beifall bei Teilen der CDU - Christian Joisten [SPD]: Das sind ja mal klare Botschaften!)

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, müssen wir die aktuelle Stunde abschließen, meine Damen und Herren. Wir sollten das Ganze zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überweisen, würde ich vorschlagen. Aber ich nehme auch gerne Ihre Anträge auf.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein guter Vorschlag!)

- Okay. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann machen wir das so.

I. Abstimmung über den mündlichen Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Beschluss:

Die im Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP formulierte Resolution wird um folgenden Satz ergänzt:

Darum erwartet der Rat der Stadt Köln, dass die Stadtspitze auch in Zukunft mit Modellen des lokalen Autobauers fahren wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT, RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP

Beschluss:

Der Text der abschließenden Resolution wird wie folgt ersetzt:

Köln steht zu Ford

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt sein Bekenntnis zu den Ford-Werken. Er unterstreicht, dass die Stadt Maßnahmen zur Unterstützung und Zukunftssicherung des Kölner Traditionsstandortes ergreift und Ford bei seinem Transformationsprozess umfassend begleitet.

Bei der Modernisierung der Fahrzeugflotte der Verwaltung wird die Stadt Köln auch künftig auf innovative Technologien des Kölner Autobauers setzen. Der Rat der Stadt Köln erklärt sich solidarisch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ford-Standortes. Alle demokratischen Fraktionen und Gruppen haben im Januar 2016 (AN/0159/2016) beschlossen, dass die Verwaltung bei der Neuanschaffung prüft, ob für den jeweiligen Zweck Fahrzeuge mit Hybrid- oder Elektro-Antrieb verfügbar sind.

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt diesen Beschluss und ergänzt ihn um weitere alternative Antriebsformen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie bei Stimmenthaltung der Ratsgruppe GUT, RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

III. Der Ursprungsantrag der SPD-Fraktion hat sich somit erledigt.

IV. Beendigung der Aktuellen Stunde

Die Angelegenheit wird mit der Resolution in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gemäß § 5 Abs. 10 b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme von 6 Collagen von Louise Nevelson als Schenkung von Giorgio Marconi
3784/2019

Wer der Annahme von sechs Collagen von Louise Nevelson als Schenkung von Giorgio Marconi an das Museum Ludwig zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKE, die FDP, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist diese Schenkung mit großer Mehrheit angenommen.

Ich bedanke mich bei Giorgio Marconi sehr herzlich für diese großzügige Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung der Collagen von Louise Nevelson von Giorgio Marconi mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Schenkung der Repliken der Propheten für den Hansasaal des Historischen Rathauses
4126/2019

Lassen Sie mich zu der Schenkung der Repliken der Propheten für den Hansasaal des Historischen Rathauses nur kurz sagen, dass ich es ganz großartig finde, dass wir hier mit bürgerschaftlichem Engagement den Hansasaal wieder so ausstatten, wie das der Fall war, bevor die Propheten dann aufgrund des Klimas im Hansasaal ins Museum mussten. Ich bin sehr froh darüber, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, den Hansasaal zu betreten und die Propheten, wenn auch als Repliken, dort wieder an ihrem ursprünglichen Ort zu sehen.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr schön!)

Das macht einen ganz großen Unterschied zu den vorher leeren Podesten.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie jetzt um Ihr Handzeichen, wenn Sie diese Schenkung annehmen möchten. - Die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach sind dafür. Kann es dann eigentlich noch Gegenstimmen oder Enthaltungen geben? Ich glaube nicht.

Deswegen bedanke ich mich sehr bei dem Verein Heimatmuseum Köln e. V. Jetzt habe ich auch einmal gelernt, wie der Große Senat formal heißt. Das sind nämlich die circa 80 Herren und drei Damen.

(Heiterkeit)

Ich bin sehr froh darüber, dass wir die Propheten nun wieder im Rathaus haben.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung der acht Repliken der Propheten des Vereins Heimatmuseum Köln e.V. – Großer Senat für den Hansasaal des Historischen Rathauses im Wert von brutto 168.408,80 Euro an.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Aufwertung der Veedel im Stadtbezirk Innenstadt zu Stadtteilen“
AN/1607/2019

Ich gebe zunächst Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich selbst wurde in der Pfarrkirche St. Agnes getauft und habe fast die Hälfte meines Lebens dort in der Umgebung gelebt, also im Agnesviertel. Ich habe noch nie gesagt, ich hätte in der Neustadt-Nord gewohnt, wie es vielleicht in meinem Personalausweis gestanden hat. Das Gleiche gilt natürlich für alle meine Nachbarn und alle Freunde, die dort wohnen.

Genauso ist es am Eigelstein, im Belgischen Viertel oder im Vringsveedel. Niemand würde dort die offiziellen Bezeichnungen Altstadt-Nord, Neustadt-Süd oder Altstadt-Süd benutzen. Man kommt eben aus dem jeweiligen Viertel.

Ja, jetzt wird gern gefragt, ob wir keine anderen Probleme hätten. Doch, die hat die Stadt, die haben wir hier im Rat der Stadt Köln, und um die kümmern wir uns jeden Tag: den Klimawandel, die Wohnungsnot, die Mobilitätswende, den Haushalt usw.

Aber wir passen auch auf, dass staatliches und städtisches Handeln sich nicht zu weit von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt. Diese Entfernung, die hier entstanden ist, aufzulösen, ist Ziel unserer Initiative, die wir heute zum wiederholten Male vorlegen.

Ich zitiere aus der Ratssitzung vom 13. Oktober 2011: „Wir finden die Idee der FDP gut“, hat damals der SPD-Fraktionschef Martin Börschel hier gesagt.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP] - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist ja nicht mehr hier!)

Das war 2011. Jetzt sind wir acht Jahre weiter. Leider ist nichts passiert. So geht das in der Stadt Köln bedauerlicherweise nun einmal. Deswegen legen wir heute einen konkretisierten Vorschlag vor. Ich bin froh darüber, dass wir mit CDU und Grünen Partner gefunden haben, die diese Initiative mittragen, und würde mich freuen, wenn sie ob dieses eigentlich einfachen Themas hier auch eine breite Mehrheit fände.

Wir haben diesen Vorschlag 2009 schon einmal gemacht. Ja, ich kenne die Worte derjenigen, die hier immer sagen: Die FDP hat ein falsches Timing. Wie kann man einen solchen Vorschlag vor einer Kommunalwahl vorlegen? Das ist eine völlig abwegige Idee. Dann kann man ja keine Mehrheit dafür finden.

Deswegen haben wir es 2011 mit einem konkreten Umsetzungsvorschlag noch einmal versucht. Das Ganze ist dann in eine bis heute nicht endende Prüfungsschleife bei der Verwaltung gegangen.

Heute machen wir diesen Vorschlag für eine Änderung mit einem konkreten Zeitplan und überlassen die Einteilung, die sicherlich schwierig ist, und die Benennung dann der Verwaltung.

Möglicherweise wird der eine oder andere kritische Redner hier gleich sagen, das sei doch alles ein großer Aufwand. An dieser Stelle kann ich Sie aber beruhigen. Wir möchten ein kleines Signal für die Veedel der Innenstadt setzen und gar keinen großen Verwaltungsaufwand auslösen.

Die Personalausweise können geändert werden, wenn die nächste Änderung ansteht oder wenn man einen neuen Ausweis braucht. Vielleicht stellen wir irgendwann einmal einige Ortseingangsschilder auf. Außerdem sollen die dann anstehenden Änderungen erst zum 1. November 2020 gelten, sodass die kommende Kommunalwahl nicht davon betroffen ist. Wir wollen es Ihnen allen also möglichst leicht machen.

Das Motto des Rosenmontagszuges 2020 lautet „Et Hätz schleiht em Veedel“. Wir wollen, dass dieses Herz im Veedel auch bei uns in der Hauptsatzung schlägt. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und von Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Die Innenstädte befinden sich schon immer in einem starken Wandel und sind einem großen Veränderungsdruck ausgesetzt. Unsere älteren Generationen, aber auch unsere gebaute historische Vergangenheit dürfen wir nicht zurücklassen. Wir müssen sie bewahren.

Kölns historischer Schatz sind die romanischen Kirchen. Wir haben sie jahrzehntelang wieder aufgebaut, auch durch viel Geld aus der Bürgerschaft. Sie bilden die Identität des Stadtbildes unserer Innenstadt. Mit der Via Sacra und der Via Culturalis haben wir ausgezeichnete Projekte, die diese Fixpunkte verbinden und leuchten lassen. Mit dem Höhenkonzept nehmen wir Rücksicht und stellen sie unter Schutz.

Denn vor langer Zeit entwickelten sich zahlreiche Veedel um diese Pfarrkirchen, und sie bekamen ihre Namen. Seit der Nachkriegszeit und der kommunalen Neugliederung entwickelten sich neue Viertel. Gleichzeitig behielten die Veedel von einst ihre Anziehungskraft und lebten in der Erinnerung weiter.

Et Vringsveedel, et Kunibäätsveedel oder et Zint-Ooschel-Veedel, aber auch Straßenzüge wie Deepegaß oder Greechmaat bilden eine eigene Atmosphäre und stellen ein ausgeprägtes Eigenleben und Selbstbewusstsein dar. Veedel sind in ihrer soziokulturellen Bedeutung nicht zu unterschätzen. Sie sind integrierend und identifikationsstiftend für ihre Bewohner.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Grenzen zu ziehen, wird nicht einfach sein; denn jedes Veedel ist individuell, und jeder spürt es anders. Das Rathenauviertel ist auch als Zülpicher Viertel, Univiertel oder Kwartier Latäng bekannt. Es kommt auf die Perspektive an.

Aber auch außerhalb der Innenstadt gibt es Beispiele wie Rheinkassel - übrigens mit Kölns ältester romanischer Kirche -, das zusammen mit anderen Rheindörfern - Langel und Feldkassel - leider zu Merkenich gehörte.

In der Innenstadt wiederum gibt es einen aktuellen CDU-Antrag in der Bezirksvertretung, mundartliche Bezeichnungen für Plätze und Straßen einzuführen - kölsche Namen als Erinnerung an früher. Die Innenstadt ist anonym, dadurch urban, hat aber auch ihre dunklen Seiten, und Fachbezeichnungen wie Altstadt-Nord machen sie nicht heller. Die Aufwertung von Stadtteilen durch Veedelsnamen wäre aus Sicht der romanischen Kirchen nur konsequent und für das Stadtmarketing und den Tourismus ein Gewinn.

Für uns Bürger ist die Identifikation mit unserem Zuhause extrem wichtig. Welche Energie darin steckt, wissen wir, wenn wir sesshafter werden und uns in unserem Ort und in den Vereinen engagieren, ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln, auf unsere Nachbarn und das Umfeld achten und mit Eigentum und dem öffentlichen Raum behutsam umgehen. Diese Werte wollen wir nicht missen.

Die richtigen Worte zu finden, gehört übrigens auch dazu. Daher glauben wir, mit den richtigen

Namen positive Gefühle auszulösen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Aufwertung der Veedel im Stadtbezirk Innenstadt ist wahrlich kein neues. Der Kollege Sterck hat das auch schon gesagt.

Eine Zeit lang war es hier üblich - Herr Schlieben hatte diese Tradition begonnen -, dass wir am Anfang unserer Redebeiträge singen. Ich will heute davon Abstand nehmen und nicht „In unserem Veedel“ singen. Das möchte ich nun wirklich niemandem antun.

Zur Historie dieses Antrags wurde schon einiges gesagt. Ich würde gerne noch ausführen, was uns denn dabei wichtig ist, wenn wir sagen, dass wir dieses dicke Brett bohren und tatsächlich Stadtteile umbenennen.

Wie mein Kollege Dirk Michel bereits dargestellt hat, haben viele der Bezeichnungen, die mundartlich oder im alltäglichen Sprachgebrauch verwendet werden, einen historischen Ursprung. Daher ist es uns auch wichtig, bei einer möglichen Umbenennung der Stadtteile in der Innenstadt auf diese historischen und historisch gewachsenen Bezeichnungen zurückzugreifen und nicht irgendwelche Kunstbezeichnungen zu wählen. Vermutlich wird es dort auch noch zu dem einen oder anderen Konflikt kommen. Ist das jetzt das Kwartier Latäng oder das Rathenauviertel oder das Komponistenviertel? Da wird man noch einmal ganz genau hinschauen müssen.

Insofern ist es uns auch ganz wichtig, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit ihrer Kompetenz dabei einzubeziehen. Ich bin gespannt darauf, welchen Vorschlag uns denn die Verwaltung machen wird, wie es uns auch erfolgreich gelingen kann, das Know-how, das in den Veedeln und in den Stadtteilen herrscht, entsprechend einzubinden.

Außerdem stellt sich noch die Frage, wie viele Stadtteile wir denn am Ende haben wollen. Dass wir jetzige Anzahl der Stadtteile dadurch ein wenig erhöhen, steht wohl außer Frage. Die konkreten Grenzen - ich habe es schon gesagt - und die konkrete Gestaltung werden sicherlich noch zu diskutieren sein.

Wir bitten die Verwaltung auch, darzustellen, was das Ganze letztendlich an Kosten und an Bürokratieaufwand verursachen wird. Wir glauben, dass das gar nicht so viel sein wird. Es dürfte sich nämlich im Wesentlichen auf Änderungen in den Personalausweisen beschränken; denn den gelben Stadteingangsschildern, die man kennt, bin ich bisher in der Innenstadt äußerst selten begegnet. Daher dürfte sich der Kostenaufwand in Grenzen halten.

Es wurde schon viel zu diesem Antrag gesagt. Uns waren die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die historische Entwicklung dabei wichtig. Deshalb bitte ich auch um Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hammer, erst einmal vielen Dank dafür, dass Sie nicht gesungen haben. Ich glaube, dass das hier die Nerven strapaziert hätte.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das sage ich aber als jemand, der selber musikalisch völlig unbegabt ist und deswegen da die größte Solidarität empfindet.

Meine Damen und Herren, als ich in der Zeitung die Meldung gelesen habe, dass Jamaika die Veedel in der Innenstadt umbenennen will, habe ich gedacht: Neues aus Absurdistan. - Dann habe ich mir den Antrag angeschaut. Darin verweisen Sie ja selber darauf, dass es eine Vorgeschichte gibt. Daraufhin bin ich in die Recherche eingestiegen.

Dabei habe ich festgestellt: Schon 2009 gab es eine Initiative der FDP zu diesem Thema - vor der Kommunalwahl, wie gerade gesagt wurde -, die dann offensichtlich nicht abgewickelt wurde. 2011 fand hier im Rat dann noch einmal eine ausführliche Debatte zu diesem Thema statt; Herr Sterck hat ja darauf hingewiesen. Letztendlich wurde der Prüfauftrag beschlossen, noch

einmal genau zu schauen, ob das geht, mit welchem Aufwand es verbunden ist usw.

Langer Rede kurzer Sinn: Die Recherche hat es eigentlich nicht besser gemacht. Vielmehr hat sie erst einmal richtig vor Augen geführt, dass das, was hier gemacht wird, der mittlerweile dritte Aufguss ist - der dritte Aufguss desselben Tees, den Sie ganz offensichtlich immer wieder vor einer Kommunalwahl aufgießen, so auch diesmal. Und das ist - wie jeder dritte Aufguss - mittlerweile eine ganz dünne Brühe.

Ich kann Ihnen nur sagen: Es gibt wirklich deutlich Wichtigeres hier in Köln.

(Beifall von der SPD und Ralph Sterck [FDP])

- Ja, Herr Sterck. Das haben Sie zwar auch selbst gesagt. Es nützt aber nichts, es nur zu sagen. Die mehrheitstragenden Fraktionen müssten es auch einmal umsetzen. Aber genau das tun Sie nicht, meine Damen und Herren.

Was ist denn mit den Fördermitteln für das Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“? Sie werden teilweise überhaupt nicht abgerufen.

Was ist denn mit dem „Manifest des Veedelsplatzes“, das wir im Jahr 2017 hier eingebracht haben, um die im Veedel vor Ort stattfindende Zusammenarbeit zu stärken? Es wurde abgelehnt.

Das ist eigentlich auch nicht schlimm. Wenn Sie einen Oppositionsantrag ablehnen, könnten wir gut damit leben, wenn Sie denn sonst etwas für die Veedel täten.

(Niklas Kienitz [CDU]: Stimmt! Sie sind ja auch sonst so konstruktiv unterwegs!)

Genau das tun Sie aber nicht. Stattdessen verteilen Sie weiße Salbe, auch heute wieder.

(Beifall bei der SPD)

Was ist denn mit dem Thema Erhaltungssatzungen? Die Menschen werden aus den Veedeln verdrängt, weil sie sich die Miete überhaupt nicht mehr leisten können.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was war denn Ihr Vorschlag für den Haushalt?)

Es gibt seit drei Jahren den Auftrag, die Verdachtsgebiete zu erweitern. Nichts ist passiert.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Tagesordnungspunkt 12.3!)

- Heute kommt die erste Erhaltungssatzung zum Severinsviertel, ja. Dazu wird Herr Frenzel Ihnen dann auch noch das Entsprechende sagen.

Das sind die Themen, die vor Ort wirklich wichtig sind. Nur wenn man sie angeht und das Entsprechende macht, kann man auch über Veedelsnamen nachdenken.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen wir ja schon!)

Aber wir stellen uns solchen emotionsbesetzten Themen ja gar nicht in den Weg. Wir glauben nur, dass das nicht im Entferntesten so wichtig ist, wie Sie es hier schildern. Insofern sagen wir zu diesem dritten Aufguss der FDP: Bitte schön.

Es gab schon einmal einen Prüfauftrag. Daraus ist nichts geworden. Ich habe auch nicht gefunden, dass die FDP nachgefragt hätte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja, weil Ihr Stadtdirektor, Herr Kahlen, das damals alles versemmelt hat!)

- Es ist auch nichts dazu zu finden, dass nachgefragt worden wäre.

Ein knappes Dreivierteljahr vor der Kommunalwahl kommt dieses Thema jetzt wieder auf den Tisch. Natürlich soll das Ergebnis auch zu Ostern vorgelegt werden, damit man es vor der Sommerpause noch in den Wahlkampf einspeisen kann.

Aber wir sind nicht so.

(Zurufe von der FDP und der CDU)

- Ja, wir sind nicht so. Wir stellen uns diesen emotionsbesetzten Themen gar nicht in den Weg und werden Ihrem Antrag heute zustimmen.

(Lachen bei der FDP)

Damit Sie es wissen: Wir werden ihm zustimmen, aber auch ganz genau schauen, was diesmal daraus wird. Diese Nummer können Sie in fünf Jahren also nicht noch einmal bringen. Das sage ich Ihnen jetzt schon.

Außerdem werden wir ganz genau schauen, welcher Verwaltungsaufwand denn dadurch verursacht wird. Sie stellen das alles so einfach dar - die Menschen vor Ort haben einen Veedelsnamen, den man dann in den Personalausweis schreibt, und das war es. Es ist doch naiv, zu glauben, dass das keinen Verwaltungsaufwand - und zwar einen ganz erheblichen - verursacht.

Herr Sterck, seinerzeit haben Sie genau das gesagt - das kann man in Ihrem zweiten Redebeitrag in der Debatte von 2011 nachlesen - und darauf hingewiesen, dass dadurch enormer Aufwand verursacht werden kann. Dann seien Sie doch so ehrlich und sagen das heute auch.

Im Übrigen handelt es sich bei den Veedelsgrenzen - darauf hat Herr Michel schon hingewiesen - um gefühlte Grenzen. Sie sind ja nicht scharf geschnitten. Mancher Bürger wird vielleicht auch ein ganz böses Erwachen erleben, wenn er meint, dass er im Rathenauviertel lebt, aber dann in seinem Personalausweis plötzlich „Zülpicher Viertel“ steht.

(Zurufe)

Das ist alles nicht zu Ende gedacht, sondern weiße Salbe - ein Dreivierteljahr vor der Kommunalwahl.

Wir stellen uns dem nicht in den Weg. Wir werden Ihren Antrag mittragen. Ich sage Ihnen nur: Es wird Ihnen nichts nützen. Wenn nicht mehr Substanz für Köln kommt, werden Sie bei der Kommunalwahl Schiffbruch erleiden. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD - Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und Gäste! Ich werde mich dem Antrag keinesfalls anschließen, weil bei dem Begriff des Veedels bei mir zumindest rational eher die Marketingfrage im Vordergrund steht.

Ich sehe dahinter überhaupt keinen kleinen Verwaltungsakt. Da teile ich auch die Bedenken der SPD. Man muss erst einmal schauen, welcher Aufwand damit nachher verbunden ist.

Ich will Ihnen aber auch sagen, welche Gefahr für mich darin lauert - nämlich, dass diese Viertel, was auch auf die Sozialstruktur zurückzuführen sein muss, eine enorme Kraft entwickeln, Mittel binden und damit möglicherweise auch den außen liegenden Vierteln die entsprechende Kaufkraft entziehen.

Wir denken in einer Gesamtstadt. Deshalb ist für mich jedes Viertel wichtig. Ich weiß, in welchem Viertel ich in Köln wohne. Insofern muss ich daraus keinen Verwaltungsbezirk machen. Insbesondere brauche ich keinen entsprechenden Eintrag im Personalausweis. Deshalb werde ich diesen Antrag ablehnen. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mir ist jetzt nicht bekannt, dass die Kosten genannt wurden, die mit diesem Antrag verbunden sind. Und hier ist es ja gute Sitte, dass Anträge, die Kosten verursachen, gleichzeitig auch aufzeigen müssen, wie diese Kosten gegenfinanziert sind. Das bitte ich noch einmal zu prüfen. - Danke.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir bitten ja die Verwaltung, die Kosten darzulegen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich stelle das gerne noch einmal klar. Hier wird der Verwaltung der Auftrag erteilt, eine Beschlussvorlage zu erstellen. In dieser Beschlussvorlage sind dann auch die notwendigen Arbeiten der Verwaltung und die Kosten darzustellen. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Danke schön für Ihre Ausführungen. Ich darf aber noch einmal daran erinnern, dass das ein Haushaltsbegleitbeschluss ist. Darum hat die Verwaltung schon vorgearbeitet und weiß dieses auch. Deswegen brauchten wir jetzt auch keine Kosten mehr in den Antrag hineinzunehmen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse nun darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Der LINKEN und der AfD. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bis zur Sitzungsperiode vor den Osterferien

2020 eine Beschlussvorlage zur Änderung der Hauptsatzung zu erstellen, mit dem Ziel, die bisherigen Stadtteile im Bezirk Innenstadt (Altstadt Nord / Altstadt Süd / Neustadt Nord / Neustadt Süd / Deutz) im Sinne der dort existierenden Veedel wie z. B. Agnesviertel, Altstadt, Belgisches Viertel, Eigelstein, Severinsviertel, Südstadt usw. neu aufzuteilen und Vorschläge für eine Benennung zu unterbreiten. Dabei soll die Verwaltung den historischen Hintergrund der Entstehung von Viertelsbezeichnungen in der linksrheinischen Innenstadt berücksichtigen.

In dieser Beschlussvorlage, die der Bezirksvertretung Innenstadt und dem AVR zur Mitberatung vorzulegen ist, sind die Auswirkungen auf das Verwaltungshandeln sowie der anfallende Personal- und Finanzaufwand und ihre Finanzierung darzustellen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in eine mögliche Umbenennung einbezogen werden könnten.

Der Rat der Stadt Köln bittet die Bezirksvertretung Innenstadt, sich diesem Votum positiv anzuschließen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) und bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Wohnen für Studierende und Auszubildende auf dem Gelände des Justizzentrums möglich machen! - Wohnen. Bezahlbar. Machen.“
AN/1683/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
AN/1739/2019

Ich gebe Herrn Frenzel das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen gerne den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema „Wohnen für Studierende und Auszubildende auf dem Gelände des Justizzentrums möglich machen! - Wohnen. Bezahlbar. Machen“ vorstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute haben wir rund 10 000 Studenten mehr in Köln als noch 2010. In diesen zehn Jahren wuchs der Bestand an Studierendenzimmern nach Ermittlungen des AStA aber nur um 400 auf insgesamt 5 000. Der Bedarf nach bezahlbaren Studentenwohnungen ist folglich riesig. Sie alle haben in den Zeitungen die Berichte über Notschlafstellen gelesen.

Aus diesem Grund möchte ich Ihnen drei gute Argumente für unseren Antrag nennen.

Erstens. Wir haben in der Luxemburger Straße mit dem jetzt absehbaren Wegzug der Justiz eine große Chance, die Köln nicht links liegen lassen sollte. Deshalb haben wir die Verwaltung im August dieses Jahres gefragt, ob es schon Vorstellungen, Ideen oder Konzepte gibt, was man an dieser Stelle machen könnte. Die Antwort lag Ihnen hier im Rat im September und in den Ausschüssen im Oktober vor. Sie lautet: Mutmaßlich lässt das Land Nordrhein-Westfalen das Gelände nicht jahrelang leer stehen. - Ideenkonzepte sind aber bisher noch keine in Sicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kennen die Dauer der Planungs- und Entwicklungsprozesse für den Wohnungsbau hier in der Stadt. Aus diesem Grund sollte unserer Ansicht nach möglichst schnell, also unverzüglich, eine Machbarkeitsstudie in Angriff genommen werden, um zu prüfen, wie wir das Gebäude zukünftig für den Bau von Wohnungen für Studierende und Auszubildende nutzen könnten.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Unverzüglich!)

- Frau Pakulat, Sie lachen. Das ist - -

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Unverzüglich wird die Mauer geöffnet!)

- Na ja. Frau Pakulat, ich möchte da noch einmal an die Aussage Ihrer Vorgängerin als stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Grünen im Stadtentwicklungsausschuss erinnern, die sogar gänzlich abgestritten hat, dass es überhaupt einen Bedarf nach Azubi-Wohnungen in Köln gibt. Das finde ich schon sehr erstaunlich. Mit diesem Argument haben Sie damals einen entsprechenden SPD-Antrag abgewatscht. Daran müssen Sie sich heute messen lassen, Frau Pakulat.

(Beifall bei der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber ein bisschen Geschichtsklitterung, Herr Frenzel!)

Tatsächlich vermietet das Studierendenwerk Zimmer für 141 bis 361 Euro, wie Sie auf dessen Website nachlesen können, meine Damen und Herren. Wenn Studierende allerdings auf dem privaten Markt Wohnungen oder Zimmer suchen, kommen sie auf Preise von 500 bis 700 Euro.

Wohnen ist mehr denn je eine soziale Frage geworden. Insbesondere trifft es Studierende und Auszubildende, die am Anfang ihrer Wohnungssuche direkt auf die hohen Mieten treffen, weil sie nicht schon 20 Jahre lang in der gleichen Wohnung leben, in der sie eine günstige Bestandsmiete haben.

Deswegen sind wir als Sozialdemokraten an dieser Stelle auch so unnachgiebig. Ich kann Ihnen das nicht ersparen. Es ist nämlich ein ursozialdemokratisches Thema auch der Chancengleichheit.

Wir haben hier in der Stadt eine schwarz-grüne Lähmung; so kann man das durchaus nennen. Zum Ende der ersten Ratsperiode Reker werden voraussichtlich 20 000 Wohnungen fehlen, die in diesen Jahren hätten gebaut werden müssen. Das ist rund die Hälfte des gesamten Bestandes der GAG. Daran kann man wirklich sehen, wie groß diese soziale Frage mittlerweile ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich habe ja in der Zeitung gelesen, dass Sie auch verschiedene Konzepte haben, einfach enger zusammenzurücken. Für diejenigen, die in Universitätskellern und Notschlafstellen übernachten, ist das sicherlich keine Lösung. Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum, und zwar so schnell wie möglich.

Beim Arbeitsamt - die Arbeitsagentur ist ja an den Butzweilerhof verzogen - haben wir eine Chance verpasst. Dort werden jetzt Luxuswohnungen entstehen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: 2013 war das!)

Hier sind wir - bei dieser idealen Anbindung und der Universitätsnähe - deshalb der Meinung, dass idealerweise das Land, vielleicht der BLB oder die Stadt selbst tätig werden sollte, um Studentenwohnungen zu errichten, und nicht wieder, wie schon beim Arbeitsamt, eine Privatisierung erfolgen darf.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben hier noch einen Änderungsantrag von CDU und Grünen bekommen. Ich glaube, die FDP stand da auch mit drauf. Jetzt muss ich einmal kurz nachschauen.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

- Danke. Die FDP stand da auch mit drauf. - Lassen Sie mich zu diesem Änderungsantrag noch einige Sätze sagen.

Ich hatte Ihnen ja das Angebot gemacht - und auch sehr gerne gemacht -, dass ich Ihnen, wenn Sie etwas Zielführendes zu unserem sehr konkreten Vorschlag beitragen möchten, gerne entgegenkomme und dass wir das dann auch übernehmen. Jetzt muss ich allerdings feststellen, dass Sie mit dem, was Sie hier vorlegen, etwas sehr Konkretes, nämlich Aufträge für eine Machbarkeitsstudie und einen Bebauungsplan, leider durch etwas sehr Unkonkretes, nämlich einen Prüfauftrag, ersetzen.

Ein Gestaltungswille beim Wohnungsbau ist bei Ihnen auch da leider wieder nicht erkennbar, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie diese Stadt regieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ehrlich gesagt, ist das noch einmal ein Beleg für die schwarz-grüne Lähmung. Denn Ihre Gemeinsamkeiten sind aufgebraucht. Das sieht man auch an diesem Änderungsantrag sehr deutlich. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gerne Herrn Greitemann das Wort geben, um hier auch zur Versachlichung beizutragen.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frenzel, nach § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch ist ein Bauleitplan „aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.“ Das ist unverzüglich herbeizuführen. Es gibt auch entsprechende Sicherungsinstrumentarien, zum Beispiel die Veränderungssperre oder die Zurückstellung von Baugesuchen, die man einsetzen kann, wenn es unverzüglich erforderlich ist.

Die Verwaltung hat einige Aufträge, die Sie in Ihrem Antrag aufgeführt haben, bereits abgearbeitet. Wir haben mit dem BLB, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes NRW, intensive

Gespräche auf höchster Ebene geführt, auch noch am 10. Dezember 2019, also in dieser Woche. Der BLB, der Eigentümer dieser Liegenschaft ist, hat dabei deutlich erkennen lassen, dass ihm hinsichtlich der späteren Nachnutzung der Bestandsimmobilie sehr an einer Kooperation mit der Stadt Köln gelegen ist.

Man muss aber konstatieren, dass der BLB im Rahmen seiner prozessualen Abläufe innerhalb des Landes NRW drei Jahre vor Ende der Nutzung eine Entbehrlichkeitsprüfung durchführt. „Entbehrlichkeitsprüfung“ heißt: Es wird abgeprüft, ob Landes- oder auch Bundeseinrichtungen, aber insbesondere Landeseinrichtungen, als Nachnutzer für dieses Gebäude infrage kommen.

Da die Nutzung erst allerfrühestens in acht Jahren endet - mit B-Plan-Verfahren und Bau von 100 000 Quadratmetern BGF, die dort in der Nachbarschaft neu entstehen sollen, eher in zehn Jahren -, müssen wir davon ausgehen, dass diese Entbehrlichkeitsprüfung frühestens in sieben Jahren stattfinden wird. Das müssen wir hier berücksichtigen.

In diese Entbehrlichkeitsprüfung wird natürlich auch die Frage einfließen, ob das Gebäude dann noch betriebsfähig ist. Der Chef des BLB hat auch sehr deutlich gesagt, dass sie in den nächsten Jahren intensiv prüfen werden, inwieweit das Gebäude noch gemäß der Betreiberverantwortung betriebsfähig ist.

(Niklas Kienitz [CDU]: Hört! Hört! Ihr mit eurem Wolkenkuckucksheim!)

Das heißt: Wir sehen im Moment keine Notwendigkeit, die Bauleitplanung einzuleiten, werden aber - und das ist der Punkt - sofort eine Bauleitplanung einleiten, wenn es in eine Nachnutzung hineingehen soll, die nicht der jetzigen Nutzung entspricht oder die nicht den Vorstellungen der Stadt Köln entspricht. Dann können wir gemeinsam sofort eine Veränderungssperre beschließen und einleiten.

Alles andere - das ist meine persönliche Auffassung und die Auffassung meiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen - wäre Ressourcenaufwand, den wir im Moment nicht aufwenden sollten. Insofern sollten wir das nach unserer Ansicht so handhaben.

Unbestritten ist, dass wir einen hohen Bedarf an Studierendenwohnungen haben. Genauso unbestritten ist, dass die Oberbürgermeisterin und die gesamte Verwaltung der Auffassung sind, dass es sich hier um ein prädestiniertes Grundstück und ein prädestiniertes Gebäude dafür handelt.

Insofern wäre dieser Antrag in der Sache in fünf oder sechs Jahren wahrscheinlich genau richtig. Im Moment kommt er etwas verfrüht. Das ist unsere Haltung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger hat jetzt das Wort.

(Michael Frenzel [SPD]: Eine Nachfrage!)

- Es gibt noch eine Nachfrage. - Kommen Sie ruhig schon einmal nach vorne, Frau De Bellis-Olinger.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank für die Erläuterungen, Herr Greitemann. In einem Punkt werden Sie uns aber doch sicherlich zustimmen. Die Qualität unseres Antrages besteht ja darin, dass wir deutlich machen: Wir sollten als Stadt handeln und das Ganze nicht den Entscheidungen des BLB überlassen.

Wir haben beim Arbeitsamt gesehen, dass solche Entscheidungen manchmal so schnell ablaufen, dass wir dann mit unseren Entscheidungsprozessen einfach nicht mehr hinterherkommen.

Deswegen ist es doch durchaus gut, auch mal etwas früher anzugehen, nämlich fünf Jahre früher, anstatt es später anzugehen. Das habe ich bei Ihren Erläuterungen nicht so verstanden. - Vielen Dank.

Beigeordneter Markus Greitemann: Eine Machbarkeitsstudie, die wir als Stadt in Auftrag geben würden, würde - auch dann, wenn wir es in Richtung Wohnen treiben würden - ins Leere laufen, wenn die Entbehrlichkeitsprüfung ergibt, dass das Gebäude für das Land nicht entbehrlich ist. Daher haben wir vereinbart, dass wir direkt nach der Entbehrlichkeitsprüfung tätig werden.

Ich habe mit Herrn Hermes, Geschäftsführer der BLB, aber auch mündlich vereinbart, dass wir dann, wenn klar ist, was mit dem Gebäude passieren soll - das wird nach seiner Aussage frühestens in fünf Jahren der Fall sein -, zeitnah zusammenkommen, um die Machbarkeitsstudie gemeinsam voranzutreiben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich festhalten: Wir begrüßen es, dass das Justizzentrum in Köln neu gebaut wird und dadurch auch bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Der eine oder andere mag heute ein Déjà-vu-Erlebnis haben. Denn in den vergangenen Monaten hat die SPD immer wieder die Debatte zum Wohnungsbau in den Fachausschüssen gescheut.

Herr Frenzel, Sie führen Fachdebatten im Rat. Warum tun Sie das nicht in den Ausschüssen, denen Sie angehören? Sie sind Sprecher im Stadtentwicklungsausschuss und auch Mitglied im Liegenschaftsausschuss. Da hätten wir das eine oder andere gemeinsam beraten können und auch manches im Vorfeld ausräumen können.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gibt es keinen Videostream!)

Jetzt komme ich aber einmal zu Ihren Ausführungen. Sie bezeichnen uns als Brems-Koalition. Wenn ich mir Ihren Antrag anschaue, der aus drei Seiten besteht und in dem auf jeder Seite Wiederholungen auftauchen, weiß ich nicht, was dort die Beschleunigung sein soll - zumal wir gerade auch erfahren haben, dass Ihre Wünsche hier viel zu verfrüht auf den Tisch kommen.

(Beifall bei der CDU)

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Dazu gehört, meine Damen und Herren von der SPD, dass man auch ehrlich ist und den Studierenden die genauen Zeiträume vor Augen führt. Wir sprechen hier von frühestens 2028. Wenn man aber von Ihren Ausführungen ausgeht, könnte man meinen, dass in zwei Jahren bereits alle Wohnungen geschaffen sind und die Studenten zu Fuß zur Universität laufen können.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Sie erwecken den Anschein, dass die Wohnungen zeitnah gebaut werden und die SPD jetzt die Wohnungsnot löst, die Sie jahrelang verschlafen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das muss man einfach noch einmal festhalten. Aber da wiederhole ich mich ja von Ratssitzung zu Ratssitzung.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der erste Spiegelstrich unter Punkt 2 Ihres Antrags. Der Rat der Stadt Köln ist nicht befugt, dem Land oder dem BLB die Veräußerung seiner Grundstücke an Dritte zu untersagen. Diese Forderung macht für mich keinen Sinn, weil wir nicht weisungsbefugt sind. Deswegen können wir diesen Spiegelstrich auch nicht in unseren Änderungsantrag aufnehmen. - So viel zur verantwortungsvollen Wohnungspolitik der SPD, wenn sie denn mitregieren würde.

Um aber beim Thema zu bleiben: Lassen Sie mich kurz den Sachstand erläutern. Frühestens 2028 wird das alte Justizzentrum frei. Politisch-strategisch ist es folgerichtig, bereits jetzt mit der Landesregierung Gespräche über die Nachnutzung der Gebäude sowie über ein potenzielles Kaufinteresse - ob ein Kauf nun durch die Stadt oder durch stadtnahe Gesellschaften erfolgt - zu führen. Wir haben durch die Ausführungen von Herrn Greitemann bereits erfahren, dass man da im Gespräch ist. Zu prüfen ist auch, ob hier das Instrument des Vorkaufsrechts greifen würde. Da verlasse ich mich aber auch voll und ganz auf die Verwaltung, die kompetent genug ist, alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Wir wollen zu gegebener Zeit für diesen zentralen Standort eine Machbarkeitsstudie haben. Auch das hat man bereits im Blick. Für die Machbarkeitsstudie soll nicht genau vorgegeben werden, was dorthin soll. Vielmehr soll sie alle Nachnutzungsoptionen ins Auge fassen. Dazu gehören natürlich auch Untersuchungen, ob das alte Gebäude bestehen bleibt oder ob das alte Gebäude entfallen soll und dann ein neues Gebäude errichtet werden soll.

Liebe SPD, wenn Sie die Schaffung von Wohnungen für Studierende und Auszubildende - auf dieses Thema nehmen Sie ja in Ihrem Antrag und auch in Ihrem Redebeitrag Bezug - wirklich ernst nehmen und das nicht nur als Wahlkampfthema betrachten, sollten Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. Dann erreichen wir das Ziel, für die vielen Studierenden und Auszubildenden in Köln auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat hat jetzt das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschließen heute ja die Einleitung des Bebauungsplans für das neue Justizzentrum. Wie Herr Greitemann gerade schon sehr deutlich erklärt hat, bedeutet das ungefähr zehn Jahre Planungs- und Bauzeit, bevor der Altbau leer gezogen werden kann, und zusätzlich mindestens fünf Jahre für eventuelle Umbauten oder Abriss und Neubau, was auch immer dann anfällt.

Eine dringende Planungsnotwendigkeit kann ich daher nicht erkennen, liebe SPD.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie planen heute schon sehr dezidiert für die Kinder, die jetzt noch im Kindergarten sind.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn überhaupt!)

Das ist zwar sehr vorsorglich - alle Achtung! -, löst aber natürlich nicht die aktuellen Probleme der Studenten, was Sie uns ja gerne suggerieren wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Hier stellt sich auch die Frage, warum die Justiz denn neu baut. Der Grund ist doch: Das alte Gebäude, das gerade einmal aus den 70er-Jahren stammt, ist von so schlechter Bausubstanz, dass die Justiz meint, es sei für die Justiz nicht weiter bespielbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Sie wollen sich jetzt schon outen und sagen: Das wollen wir unbedingt haben; das und das soll dorthin; die Kachelfarbe soll blau, gelb oder grün sein. - Dafür ist es doch noch viel zu früh. Da muss tatsächlich eine Machbarkeitsstudie erfolgen. Vor allen Dingen muss das Gebäude sehr gut untersucht werden.

Es stellt sich auch die Frage, ob eine Wohnnutzung dort überhaupt sinnvoll ist. Schließlich ist es sehr aufwendig, Gerichtssäle in WG-Zimmer umzubauen. Unmöglich wird das zwar nicht sein. Es ist aber eine Frage des Aufwandes und wahrscheinlich auch der Investitionen.

Was wir auf der sehr hochkarätigen Fachkonferenz der Oberbürgermeisterin am Samstag alle mitbekommen durften

(Niklas Kienitz [CDU]: Nicht alle! - Dr. Ralph Elster [CDU]: Die SPD war gar nicht da!)

- alle, die da waren -, war zum Teil wirklich erhellend. Das war ein echter Höhepunkt dieses Jahres. Dort wurde auch sehr deutlich gemacht: Wohnnutzung alleine reicht in einer wachsenden Stadt nicht. Man muss das Ganze komplexer denken. Man muss auch Arbeitsplätze mitdenken. Man muss auch Verwaltungen mitdenken. Man muss auch die ganzen anderen Infrastrukturen mitdenken, die eine wachsende Stadt braucht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Frage ist jetzt: Was passiert mit dem Altbau? Da ist das Land sicherlich in der Pflicht. Ich denke nicht, dass das Land vorhat, einen leer gezogenen und in zehn Jahren dann wahrscheinlich relativ abgewrackten Altbau als Entree zu seinen hochwertigen neuen Justizgebäuden, die es dort errichten will, stehen zu lassen. So dumm wird das Land nicht sein. Man will dort mit Sicherheit auch ein repräsentatives Entree haben.

Es ist aber sicher sinnvoll, dass, wie Herr Greitemann beschrieben hat, die Stadt und das Land weiter darüber sprechen, was dort möglich ist, und das untersuchen. Vielleicht macht es auch Sinn, dass die Stadt sich ein erstes Zugriffsrecht sichert. Und dann wollen wir erst einmal sehen, ob die Stadt dieses alte Gebäude wirklich haben wollen sollte. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wohnungsnot in Köln wird immer schlimmer. Wenn es so weitergeht, werden wir bald die Situation haben, dass sich kleine Leute keinen Platz mehr in dieser Stadt suchen können. Sie werden aus den angesagten innerstädtischen Gebieten vertrieben. Eine Neuanmietung für 11, 13 oder 15 Euro ist für viele von ihnen nicht möglich - nicht für Arbeiterinnen,

nicht für Krankenpfleger und nicht für Studierende.

In Köln wird nicht genug gebaut. Und wenn gebaut wird, wird allzu oft das Falsche gebaut. Wir brauchen keine Luxus-Lofts. Wir brauchen auch keine Einfamilienhäuser. Das haben die Grünen ja letztens auch beschlossen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Staat ist in der Verantwortung, für breite Kreise der Bevölkerung ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Beim Justizgelände bietet sich diese Möglichkeit. Es befindet sich nämlich - zumindest das Gelände, auch wenn die Gebäude abgerissen werden - im Besitz des Landes, also in öffentlichem Besitz. Und wenn wir Land im öffentlichen Besitz haben, müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass auf dem Land in öffentlicher Hand Wohnungen gebaut werden und auch in öffentlicher Hand bleiben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur wenn wir ausreichend Wohnungen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand haben, können wir die Bevölkerung adäquat mit Wohnraum versorgen. Ab einem bestimmten Prozentsatz, der der öffentlichen Hand gehört, haben wir auch gewisse Steuerungsmöglichkeiten auf einem ansonsten überhitzten Wohnungsmarkt.

Von den Quoten, die notwendig wären, um da wirklich Einfluss nehmen zu können, sind wir in Köln weit entfernt. Nur 8 Prozent der Kölner Wohnungen gehören der Stadt oder stadtnahen Unternehmen. Weitere 8 Prozent gehören den Kirchen und den Genossenschaften. Diese insgesamt nur 16 Prozent sind für eine Steuerung viel zu wenig.

Meine Damen und Herren, deswegen ist das genau richtig, was die SPD jetzt hier macht -

(Niklas Kienitz [CDU]: In die Luft schießen?)

nämlich, frühzeitig einen Antrag einzubringen, um Überlegungen darüber anzustellen, wie wir es schaffen können - das wird ja eine komplexe Aufgabe sein -, dass dieses öffentliche Land auch zum Bau öffentlicher Wohnungen herangezogen wird.

Die Debatte über den Zeitpunkt verstehe ich nicht. Natürlich ist es noch lange hin. Aber Planungen brauchen auch lange. Und ich kann mich an viele Planungen erinnern, die wir in Köln zu spät angestoßen haben, aber an keine Planung, die wir zu früh angestoßen hätten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

An Herrn Greitemann habe ich eine Verständnisfrage. Herr Greitemann, wie Sie gesagt haben, reden Sie mit dem Land bzw. mit dem BLB und gucken, dass wir uns da friedlich-schiedlich einigen. Das finde ich grundsätzlich richtig und gut. Eines habe ich aber wirklich nicht verstanden. Was hindert uns denn daran, frühzeitig einen Bedarfs- bzw. Angebotsbebauungsplan auf dieses Gebiet zu legen, mit dem wir als Kommune unsere Steuerungsmöglichkeit nutzen? Warum machen wir das nicht? Das verstehe ich nicht.

Wenn wir das tun, muss sich das Land auch ein Stück weit nach der Decke strecken. Da wird man irgendwie einen Kompromiss finden. Aber wenn wir einen angebotsorientierten Bebauungsplan auf dieses Gebiet gelegt haben, haben wir etwas in der Hand und können zumindest mit dem Land verhandeln.

Deswegen möchte ich Sie bitten, das zügig - nicht überstürzt, aber zügig - in die Hand zu nehmen, damit uns die Steuerungsmöglichkeit gegenüber dem Land hier gegeben wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte darum, dem SPD-Antrag zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe SPD, bisher kannte ich nur den Spruch: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. - Bei Ihnen kann man auch lernen: Wer zu früh kommt, den bestraft das Leben - insbesondere die Studenten, die an das glauben, was Sie in diesem Antrag schreiben.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP] und Niklas Kienitz [CDU])

Dort steht nämlich, dass die Studenten bald Wohnungen bekommen würden. Jetzt lernen wir hier aber, dass frühestens in zehn Jahren etwas passiert. Vielleicht sind Ihre Studenten aus der Hochschulgruppe dann noch an der Uni und studieren.

(Christian Joisten [SPD]: Wer stellt die Landesregierung, Herr Breite?)

Andere sind aber wahrscheinlich schon lange fertig und würden immer noch auf die Wohnungen warten, die Sie hier versprechen. Das sind die Versprechungen der SPD an die Studenten, die Sie nachher gar nicht erfüllen können, weil sie dann schon längst nicht mehr an der Uni sind, meine Damen und Herren. So geht das nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich verstehe, dass das ein tolles Thema ist. Nach Ford kommen jetzt die Studenten. Sie werden schon sehen, was sie davon haben. Mit diesem Antrag bekommt jedenfalls kein Student in den nächsten mindestens zehn Jahren eine Wohnung. Und wir haben jetzt das Problem der Wohnungsnot. Darüber können wir gerne diskutieren. Aber Ihr Antrag, verehrte SPD, ist für diejenigen, für die er eigentlich gedacht ist, noch nicht einmal das Papier wert, auf dem er geschrieben worden ist. Denn das Problem ist da. Um es zu lösen, müssen wir etwas anderes suchen.

Wie gerade schon angesprochen worden ist, wissen wir auch noch gar nicht, ob wir das Gebäude oder das Gelände bekommen werden. Das ist hier noch einmal deutlich gemacht worden. Wir können die Verwaltung natürlich mit vielen Dingen beschäftigen. Man hat es nicht, aber träumt davon, es zu haben. Dann soll das Personal dort schon einmal anfangen, zu arbeiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass unsere Verwaltung hier ganz andere Probleme zu lösen hat, als schon für etwas zu planen, was wir noch gar nicht besitzen. Die Verwaltung ist mit der Erledigung der Aufträge, die wir ihr erteilt haben, mit Sicherheit bereits genügend ausgelastet.

Darum werden wir Ihrem Antrag in dieser Form auch nicht zustimmen. Wir sind gerne bereit - das ist unser Änderungsantrag; so macht man das nämlich -, wenn es so weit ist, das Richtige dort vorzunehmen. Denn die Entfernung zu der Uni ist ja gerade das Schöne und Bemerkenswerte dabei. Diese Möglichkeit wollen wir dann gerne nutzen. Und wenn wir die Chance haben, dort Studentenwohnungen zu errichten, Herr Weisenstein, tun wir das sehr gerne.

Ich bin sicher, Herr Weisenstein: Sollten wir beide - das wissen wir ja nicht - dann noch im Rat sein, werden wir beide dem dann auch so zustimmen, wie wir es hier in unserem Antrag vorsehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Herr Frenzel. Zweite Runde.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank dafür, dass Sie gerade noch einmal auf die Versachlichung der Debatte hingewiesen haben. Ehrlich gesagt, hatte ich auch gar nicht vor, noch in die zweite Runde zu gehen.

(Zurufe: Nein!)

Aber bei einigen Äußerungen - - Jetzt kommt hier schon wieder so eine Unruhe auf. Ich weiß gar nicht, warum das Thema Wohnen bei Ihnen immer zu solchen Ausbrüchen führt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die zweite Runde stört!)

Offensichtlich haben Sie damit ein großes Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Frau De Bellis-Olinger, Sie wissen, dass ich Sie aufgrund Ihrer Fachkompetenz sehr schätze. Deswegen möchte ich Ihnen auch gerne noch einmal erläutern, warum ich schon der Meinung bin, dass Wohnen und die mangelnde Wohnraumversorgung hier in der Stadt auch ein Thema für den Rat ist - und nicht nur für Ausschüsse, in denen das Ganze unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Denn Wohnen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren - -

(Zuruf von der CDU: Ihnen geht es nur um die Öffentlichkeit!)

Frau De Bellis-Olinger, Sie wissen, dass ich mich auch im Stadtentwicklungsausschuss oder im Liegenschaftsausschuss noch nie gescheut habe, für mehr Wohnraum und mehr bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Partei zu ergreifen und mich zu Wort zu melden. Allerdings haben wir mittlerweile eine Situation, die eine breite gesellschaftliche Debatte hier im Rat erfordert.

Sehr geehrter Herr Görzel, sehr geehrter Herr Petelkau, sehr geehrter Herr Breite, Sie sagen, das sei ein Wahlkampfthema. Wo, wenn nicht im Wahlkampf, gehört denn ein so wichtiges Thema auf die Tagesordnung? Das frage ich Sie.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist jetzt auch wieder aufgefallen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich viele Ihrer Reden damit beschäftigen, was die SPD getan hat und was sie tun sollte. Man sollte ja meinen, die SPD hätte gar keine Probleme, wenn Sie sich hier die ganze Zeit nur an der SPD abarbeiten. Da kann man sich ja fast über Ihre Wortbeiträge freuen, wenn man weiß, wie die Wahlergebnisse aussehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es auch wieder nicht! So wichtig seid ihr auch nicht!)

Ich höre hier auch immer wieder die Behauptung, die SPD habe den Wohnungsbau verschlafen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bleiben wir doch bei den Fakten, die die Oberbürgermeisterin eingefordert hat. Von 1995 bis 2000 sind in dieser Stadt 26 026 Wohnungen gebaut worden. Von 2005 bis 2009 sind unter Ihrem Oberbürgermeister Schramma noch 13 738 Wohnungen gebaut worden, also gerade einmal die Hälfte. Unter Oberbürgermeister Jürgen Roters war es so, dass wir jedes Jahr mehr Wohnungen als im Jahr zuvor gebaut haben, es also gesteigert haben. Das sind die Fakten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Frau Pakulat, nun zu Ihrer Aussage, man habe hier am Wochenende etwas lernen können: Wenn Sie den SPD-Antrag zu Kreuzfeld aus dem Jahr 2016 gelesen hätten, hätten Sie dort gelesen,

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Wer war denn immer gegen Kreuzfeld?)

dass zu Wohnungsbau Infrastruktur gehört, Arbeiten gehört und eine gemischte Bevölkerung gehört - also eine Mischbebauung. Dort hätten Sie das alles nachlesen können, ohne Ihr Wochenende bei einer solchen Veranstaltung verbringen zu müssen.

(Beifall bei der SPD - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie bauen hier ständig - jetzt werden Sie wieder laut - einen Popanz auf.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie jetzt bitte zum Thema, Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Ja, sehr gerne Frau Oberbürgermeisterin. - Sie bauen hier ständig einen Popanz zum Thema Wohnungsbau auf und sagen, das werde jetzt doch nicht alles so schnell fertig. Wenn wir die Sachen nicht anfangen, die in zehn Jahren fertig werden sollen - - Sie kennen doch das Sprichwort: Die Sachen, die man nicht anfängt, dauern am längsten.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich noch einmal eindringlich darum bitten, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ich kann es Ihnen auch nicht ersparen, Sie an dieser Stelle noch einmal in die Mitverantwortung zu bringen. Wir haben das in Mülheim beim Gießerei-Gelände gesehen. Als SPD hatten wir dort den Antrag gestellt, dass die Stadt sich darum bemühen soll, dieses Gelände vom BLB zu erwerben, weil es seit zehn Jahren brachliegt und wir es für die Entwicklung in Mülheim brauchen. Damals ist Ihre Dezernentin leider mit einer Fehlinformation an Sie herangetreten - und Sie haben das natürlich geglaubt; denn alles, was die SPD sagt, glauben Sie ja sowieso nicht - und hat Ihnen gesagt, dort gebe es kein Vorkaufsrecht. Wir haben das Gelände dann nicht gekauft, weil Sie im Stadtentwicklungsausschuss dagegengestimmt haben.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Das Ergebnis ist, dass wir es bis heute nicht haben. Die neue Landesregierung aus CDU und FDP streitet sich darum, ob sie es lieber privat an den Meistbietenden verkaufen wird oder ob die Stadt es bekommt. Schon jetzt ist ein Millionenschaden entstanden.

Deswegen können wir nicht immer nur warten, warten und warten, bis endlich die Zeit so reif ist, dass Sie eine Einsicht haben. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michael, wir haben das ja eben

schon bei der Aussprache im Zuge der von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde erlebt. Wer in dieser Stadt Verantwortung übernehmen will, sollte meines Erachtens a) bei den Fakten bleiben und b) nicht mit den Ängsten oder den Befürchtungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ford spielen - und im Übrigen auch nicht mit den Ängsten oder den Befürchtungen derjenigen, die in dieser Stadt leben, Wohnraum brauchen, natürlich auch Wohnraum suchen und sich damit auseinandersetzen.

Insofern finde ich gerade deinen zweiten Wortbeitrag hier ziemlich neben der Sache. Das zeigt aber, dass eure Kampagne „Wohnen. Bezahlbar. Machen." offenbar überhaupt nicht verfängt. Wenn man sich einmal auf Facebook anschaut, wie viele Leute es weiterleiten und unterstützen, sieht man nämlich, dass das ein Rohrkrepierer ist.

Ich sage euch auch, warum: weil ihr nicht ernsthaft daran interessiert sind, diese Stadt gemeinschaftlich voranzubringen. Am vergangenen Samstag war niemand - niemand! - von der SPD-Fraktion im Rathaus und hat sich auf eine Debatte eingelassen und für Informationen darüber interessiert, wie man heutzutage Stadtentwicklung macht, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Michael Frenzel hat gerade die großartigen Zahlen der 90er-Jahre aufgeführt. Ich erzähle immer gerne den Schwank aus der Zeit, als ich in der Bezirksvertretung Ehrenfeld war. Das war von 2004 bis 2009. Ich erzähle diesen Schwank deshalb, weil er zeigen soll, wie man sich damit auseinandersetzt, und helfen soll, zu erkennen, wie man sich Prognosen nähert.

Als ich damals in der Bezirksvertretung war, haben wir über Friedhofserweiterungsflächen beraten. Über Friedhofserweiterungsflächen! Manche denken jetzt sicher: Was erzählt er denn da?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich kenne das auch noch!)

Der Trend hat sich dann komplett gedreht, weil die Beerdigungsrituale nicht mehr so sind, wie sie noch Anfang der 2000er-Jahre waren. Wie gesagt, war ich von 2004 bis 2009 in der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Später hat es sich gewandelt. Das durfte ich dann als Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Grün betreuen. Weil es sich gewandelt hat, haben die Prognosen, die fünf Jahre alt waren, überhaupt nicht mehr getragen.

Solche Prognosen können also gar nicht mehr Grundlage einer vernünftigen Planung sein.

(Christian Joisten [SPD]: Dass wir zu wenige Wohnungen haben, wissen wir!)

Das gilt auch für die Planungszahlen bzw. die Prognosen für die jetzige Zeit, was das Bevölkerungswachstum angeht. Vor fünf Jahren sind wir ja gar nicht davon ausgegangen, dass diese Stadt wächst. Nein, man ist eher davon ausgegangen, dass diese Stadt schrumpft.

In diesem Zusammenhang darf ich nur einmal daran erinnern, dass wir hier gemeinschaftlich - im Übrigen auch mit den Stimmen der SPD - das Stadtentwicklungskonzept Wohnen beschlossen haben. Es beinhaltet unter anderem auch Flächen für 16 000 Wohneinheiten, die wir Ende 2016 hier beschlossen haben. Es ist also nicht so, dass hier gar nichts gemacht würde.

Wir diskutieren in den nächsten Monaten auch über die Regionalplanung. Dazu wird sicherlich jeder auch noch seinen Beitrag leisten.

Jetzt komme ich einmal auf eine Kleine Anfrage zurück. Gestellt wurde sie im Landtag Nordrhein-Westfalen vom Abgeordneten Martin Börschel und vom Abgeordneten Jochen Ott, beides Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion. Diese Kleine Anfrage vom 12. Juli 2019 beschäftigt sich mit dem Justizzentrum Köln, was ja nicht überraschend ist. Ich verstehe das gar nicht, weil ich glaube, dass ihr eigentlich ganz gut miteinander vernetzt seid. Denn zu dieser Anfrage liegt eine ausführliche Antwort der Landesregierung bezüglich der Wohnbebauung oder der Nachnutzung des Justizzentrums Köln vor.

Wenn man sie gelesen hätte, hätte man sich diese Debatte hier und auch Ihren Antrag sparen können. Ich zitiere:

> Die Liegenschaft befindet sich derzeit noch in Landesnutzung. Grundlage für einen möglichen verkauf stellt die Entbehrlichkeitsprüfung dar

- diesen Begriff finden Sie im Übrigen auch in unserem Änderungsantrag -,

> die erst mit Neubau und Umzug des Justizzentrums Köln erfolgen kann. Dementsprechend existieren aktuell noch keine Planungen für eine Folgenutzung des Grundstücks.

Ich stimme ja grundsätzlich Ihrer Einschätzung zu, dass man sich rechtzeitig damit auseinandersetzen sollte. Aber - da bin ich bei Markus Greitemann - „rechtzeitig“ ist eben nicht heute und jetzt.

„Rechtzeitig“ heißt auch nicht, die Studentinnen und Studenten heute glauben zu machen, dass die SPD die Lösung für das Wohnungsbauproblem hätte, indem sie hier einen Luftballon aufbläst und behauptet: Wir machen das auf dem Gelände des Justizzentrums.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dort entstehen nämlich erst in zehn Jahren Wohnungen. Deshalb ist das, was Sie hier betreiben, unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD, die LINKEN und Frau Gerlach sind dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Von Rot-Weiß und der AfD. Damit ist der Änderungsantrag beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. *mit der Landesregierung in Gespräche über eine mögliche Nachnutzung des jetzigen Justizzentrums zu treten mit dem Ziel, zu gegebener Zeit eine Machbarkeitsstudie über mögliche Nachnutzungsoptionen, mit und ohne Gebäudeerhalt, zu beauftragen.*

2. *mit der Landesregierung zu vereinbaren, dass die Stadt nach Abschluss der notwendigen Entbehrlichkeitsprüfung über etwaige Verkaufsabsichten umgehend in Kenntnis gesetzt wird.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Gegenstimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und RM Gerlach und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

II. Ursprungsantrag

Der Ursprungsantrag hat sich somit erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Antrag auf Tätigwerden der Verwaltung in Sachen Rückerstattung von Flüchtlingskosten durch das Land NRW; Fristsetzung und ggf. Klageerhebung gegen das Land NRW wegen Flüchtlingskosten“
AN/1685/2019

Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht ist es ja nur Zufall, dass ausgerechnet im Anlagenband zu unserem Haushalt die interessantesten Zahlen zu finden sind. Vorher müssen Sie sich erst einmal durch die 2 700 Seiten der Bände 1 bis 3 durcharbeiten. Auf Seite 32 des Anlagenbandes wird es dann interessant.

Dort findet sich nämlich unter Buchstabe f) die - Zitat - „Entwicklung der wesentlichen Aufwendungen/Erträge im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten“, und zwar für den Zeitraum von 2020 bis 2024. Und siehe da: Ab dem kommenden Jahr bis zum Jahr 2024 geben wir für Flüchtlinge insgesamt 800 Millionen Euro aus.

Davon werden uns als Stadt Köln nur 400 Millionen Euro vom Land erstattet. Auf 50 Prozent der Kosten bleibt die Stadt Köln also sitzen. Diese 50 Prozent müssen wir aus dem Haushalt berappen.

Klar ist, dass 400 Millionen Euro auch für die Stadt Köln kein Pappenstiel sind. Diese Summe

ist nämlich viermal so hoch wie der Zuschussbedarf für die Kliniken der Stadt Köln. Und das betrifft, wie gesagt, nur die Planung für die Zukunft. Damit ist ja noch nichts über den Zeitraum von 2015 bis 2019 gesagt.

Über den Zuschussbedarf für die Kliniken der Stadt Köln in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro hat der *Kölner Stadt-Anzeiger* immer wieder berichtet. Dazu fanden auch etliche nichtöffentliche Sitzungen des Finanzausschusses statt. Das ist alles verständlich und alles sachgerecht.

Aber hier geht es nicht um 100 Millionen Euro, sondern um 400 Millionen Euro, die unseren Haushalt zusätzlich belasten, meine Damen und Herren. Kritische Berichterstattung dazu? Fehlanzeige. Sondersitzungen des Finanzausschusses? Fehlanzeige.

Hier zeigt sich - wie auch schon zuvor beim Migrationsdesaster - wieder einmal ein medial nur allzu bekanntes Muster. Die Neven-DuMont-Presse sekundiert in gewohnter Weise vollkommen kritiklos und unreflektiert den Verlautbarungen von Oberbürgermeisterin und Stadtspitze. Kritisches Hinterfragen, ein kurzer Blick in die Statistiken bzw. in den Haushalt oder gar Hintergrundwissen für die Leser? Fehlanzeige.

Aber das würde ja nicht zum selbst verordneten Framing von Neven DuMont passen. Meine Damen und Herren vom *Kölner Stadt-Anzeiger,* einen schönen Gruß von Herrn Aust in die Lokalredaktion! Er hat seinen Leuten immer gesagt - und er wusste, wie man erfolgreich Print macht -: „Gute Journalisten schreiben, was ist - und nicht, was sein soll.“ Davon sollten Sie sich einmal eine Scheibe abschneiden. Wenn Sie das beherzigen würden, ließe sich der Niedergang Ihrer Blätter gegebenenfalls noch aufhalten.

Doch zurück zu den Zahlen: Wir fordern die Verwaltung und an der Spitze Sie, Frau Oberbürgermeisterin, auf, sich energisch dafür einzusetzen, dass Köln endlich diese Millionen, die ihm zustehen, vom Land zurückbekommt. Wie Sie das machen, Frau Oberbürgermeisterin, ist uns letztlich egal. Wir erwarten allerdings von Ihnen, dass Sie sich dafür mit dem gleichen Engagement und der gleichen Verve einsetzen, wie Sie das seinerzeit für die Flüchtlinge getan haben.

Nehmen Sie sich vielleicht am besten an der resoluten Margaret Thatcher, die wusste, wie man sein Geld zurückbekommt, ein Beispiel - und wenn Sie dafür persönlich in die Staatskanzlei nach Düsseldorf fahren, sich vor Herrn Laschet aufpflanzen, Ihre Handtasche auf den Tisch knallen und sagen: Prime Minister Laschet, I want my money back.

(Lachen)

- Sie lachen, meine Damen und Herren. Aber in den 80er-Jahren wurde so erfolgreich Politik auf internationaler Ebene gemacht.

Das wäre doch einmal angewandte Politik - mit den Waffen einer Frau. Frau Oberbürgermeisterin, ich bin mir sicher: Sie schaffen das.

Aber unser Antrag sieht ja vor, zunächst einen entsprechenden Brief mit einer Fristsetzung an das Land zu versenden. Erst dann, wenn das nichts hilft, sollte die Stadt Köln den Klageweg beschreiten.

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass wir uns hier im Rat und im Finanzausschuss wie die Kesselflicker um 40 000 Euro streiten - das sind 0,01 Prozent dieser Summe - und gleichzeitig großzügig in unserer Planung - so ist es dokumentiert - auf 400 Millionen Euro Kostenerstattung verzichten.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie daher für unseren Antrag. We want our money back. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde gerne Herrn Dr. Rau um Stellungnahme bitten.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Ergebnis ist uns die Flüchtlingsunterbringung, würde ich sagen, allen gemeinsam recht gut gelungen, und zwar in einer von Anfang an guten Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und unserer Stadt. Wir haben das relativ gut gemacht.

Es ist tatsächlich so, dass wir jetzt im Nachgang noch etliches zu klären haben. Wir sind in ausführlichen, intensiven Diskussionen und Verhandlungen mit dem Land bezüglich der Kostenerstattungen und werden als Stadt dort auch vom Städtetag begleitet und vertreten.

Zum zweiten Punkt: Was eine Klage gegen das Land angeht, wird es von uns, von der Verwaltung, von unserem Rechtsamt als extrem unwahrscheinlich eingeschätzt, dass sie Erfolg hat.

Es wird also als sehr realitätsfern eingeschätzt, einen solchen Klageweg zu beschreiten.

Daher kann ich nur sagen: Lassen Sie uns nicht den Klageweg versuchen, sondern weiterhin in unserem guten und kooperativen, aber verhandlungsstarken Zusammenspiel mit Bund und Land unterwegs sein. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung in Sachen Rückerstattung der Flüchtlingskosten durch Bund und Land tätig zu werden und die Rückforderung der bislang nicht erstatteten Kosten mit einer Fristsetzung bis zum 15. Januar 2020 zu verbinden. Sollte das Land dem nicht nachkommen ist eine Klage auf Schadensersatz gegen das Land NRW vorzubereiten. Hintergrund sind die erheblichen Kosten, mit denen das Asylchaos seit 2015 den Haushalt der Stadt Köln belastet. Der Haushalt könnte - wenn die unkontrollierte Grenzöffnung nicht stattgefunden hätte - bereits in den letzten Jahren längst ausgeglichen worden sein.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß

abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Freie Wähler fordern 2 dauerhafte Einrichtungen für Reisebusse im Stadtgebiet“ AN/1687/2019

Ich gebe Herrn Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Gäste auf der Tribüne und am Livestream! Mein Thema sind die Reisebusse. Lassen Sie mich aber, bevor ich auf die eigentliche Zielgruppe dieses Antrags eingehe, etwas Grundsätzliches sagen.

Reisebusse sind ökonomisch und ökologisch betrachtet ein wesentlicher und wachsender Bestandteil der Mobilität, national wie international. Im gesamten Fernbusbereich bedienen sich in Deutschland jährlich mehr als 23 Millionen Menschen dieser Mobilität. Circa 1 Million von ihnen berührt auch Köln - leider den ausgelagerten Standort am Flughafen und den Standort Leverkusen.

Mit meinem heutigen Antrag beziehe ich mich aber auf eine ganz andere Zielgruppe, nämlich auf die circa 4 000 Busse mit Tagestouristen, die jährlich Köln anfahren. Das sind immerhin auch 300 000 Besucherinnen und Besucher.

Beide Zielgruppen fahren in einen Trendmarkt hinein, der bezahlbares Reisen und - im Gegensatz zur Schiene - flexible Routenplanungen ermöglicht.

Für mich ist die Betreuung der Busunternehmen und der Reisenden ein Akt der modernen Wirtschaftsförderung einschließlich des Stadtmarketings.

Bisher war es gelungen, innerstädtische - wenn auch wechselnde - Bereiche für die An- und Abfahrten zu finden. Das war aber reine Improvisation. Die Zustände entlang der Komödienstraße kennen wir alle. Sie waren letztendlich katastrophal, besonders zu den Saisonhöhepunkten.

Zwar hat die Verwaltung nun für die Saison 2020/2021 eine Änderung vorgeschlagen und will die An- und Abfahrten an die Gereonstraße verlegen. Diese Maßnahme wird das Überlastungsproblem aber nicht lösen, sondern an der Gereonstraße neu aufblühen lassen. Mir sei der Hinweis gestattet, dass gerade dort maßgebliche Versicherungen und Banken ihre Repräsentanzen betreiben.

Daher plädiere ich in meinem Antrag dafür, feste, dauerhafte Plätze zu suchen und zur Entlastung zusätzlich eine Lösung im Rechtsrheinischen anzubieten. Ich erspare mir hier die Suche nach Plätzen oder entsprechende Vorschläge. Denn ich mache Politik, und die Verwaltung macht Verwaltung. Das wird also ihr Job sein. Der bedeutende Teil der Busse fährt nämlich über die

A 3 und den Zubringer Ost in die Stadt. Eine weitere An- und Abfahrtsstation im Rechtsrheinischen würde demnach die Gesamtsituation deutlich entlasten.

Der zweite Teil meines Antrags betrifft ein wenig delikates Thema. Er nimmt sich aber eines enormen Problems an, dem Köln aufgrund des großen Reisebusaufkommens aktiv begegnen muss. Dabei handelt es sich um die Entleerung der Busbordtoiletten und die Reinigung derselben.

Um es kurz zu machen: Die seriösen Busunternehmen sind daran interessiert, ihre Bustoiletten am Ankunftsort zu entleeren; denn das Fassungsvermögen reicht keineswegs für Hin- und Rückfahrten. Die bevorzugten Plätze für sogenanntes wildes Entleeren sind bei uns in der Stadt Gullys, Kanäle und Wiesengründe.

Daher beantrage ich im Zuge einer dauerhaften An- und Abfahrtslösung ebenfalls die Einrichtung einer mobilen Reinigungsanlage. Ich selbst habe eine solche Anlage in München schon mehrfach gesehen. Dort entleeren täglich circa 50 Busse gegen eine Gebühr von circa 20 Euro ihre Toiletten und reinigen sie auch. Das findet in München am Zentralen Omnibusbahnhof statt, der, wie Sie vielleicht wissen, mitten in der Stadt liegt.

Dahinter, dass ich zu Beginn meiner Rede die Fernbuslinien erwähnt habe, steckt natürlich mein Wunsch, dass Köln im Rahmen seiner Klimapolitik die Reisebusse von der Bedeutung her dem Zugverkehr gleichstellt. Deshalb macht es Sinn, auch die Fernbusse wieder an das nähere Stadtgebiet heranzubringen.

Aber lassen Sie uns zuerst über die Alternative eines zusätzlichen rechtsrheinischen An- und Abfahrtsplatzes und über das Serviceangebot einer Bustoilettenreinigung beraten und abstimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte hier Frau Blome um Stellungnahme bitten.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gerne sage ich einige Sätze zur Klarstellung; denn Reisebus ist nicht gleich Reisebus.

Bei den Fernbuslinien, die ihre Haltestellen am Flughafen - Köln-Süd - und in Leverkusen - Köln-Nord - haben, handelt es sich um Linienverkehr, also regelmäßige Verkehrsverbindungen mit einem festen Linienweg, einem Fahrplan und festgelegten Haltestellen.

Diese Verkehre sind seinerzeit auf politischen Beschluss aus Gründen der Verkehrssicherheit, der Leistungsfähigkeit und des Umweltschutzes zum 28. Oktober 2015 vom Breslauer Platz an die genannten Punkte verlagert worden.

Diese Verlagerung gilt ausschließlich für den Fernbusverkehr, nicht aber für die Busse im Stadt- und Regionalverkehr, die weiterhin am Breslauer Platz verkehren.

Weder der unterjährige Touristenbusverkehr noch der Adventsbusverkehr war von der Schließung des Zentralen Omnibusbahnhofes Breslauer Platz betroffen, da dieser dort nicht abgewickelt worden ist.

Für die unterjährigen Touristenbusse, bei denen es sich um Gelegenheitsverkehre handelt, die keinem Fahrplan und auch keiner Konzession unterliegen, stehen ab dem 2. Januar 2020 als Ersatz für die Komödienstraße Haltepositionen in der Gereonstraße zur Verfügung. Dieser Standort liegt in 700 Meter Entfernung zum Dom und ist fußläufig gut zu erreichen. Die Busse sollen hier maximal 15 Minuten halten, um die Fahrgäste ein- und aussteigen zu lassen. Eine entsprechende Bewirtschaftung der Haltepositionen ist in Vorbereitung. Längere Verweildauern sind in der Innenstadt ausdrücklich untersagt.

Die Wartezeit zwischen An- und Abreise sollen die Busfahrer am Busparkplatz Köln am Kuhweg verbringen. Es ist somit nicht richtig, dass für diese Busse kein stationärer Zu- und Abfahrtsplatz zur Verfügung steht bzw. stand.

Außerdem, Herr Wortmann, beziehen sich die angesprochenen 4 000 Busse auf die gesamte Adventszeit und mitnichten auf einen Tag. Unterjährig befördern deutlich weniger Busse Touristen nach Köln.

Für die Zukunft ist geplant, dass der Busparkplatz Köln zu einem Busterminal weiterentwickelt und mit verschiedenen Serviceeinrichtungen sowohl für die Touristen als auch für den Busbetrieb ausgestattet wird.

Die Fahrgäste werden mit der Inbetriebnahme des Terminals per Shuttlebus emissionsfrei in die Innenstadt - sprich: Gereonstraße - befördert. Die Andienung dort kann dann deutlich stärker reguliert werden, da die Shuttleverkehre einem konzessionierten Fahrplan unterliegen werden

und somit dosiert in der Gereonstraße ankommen, was heute aufgrund der Unkontrollierbarkeit der Gelegenheitsverkehre nicht möglich ist.

Das heißt: Wir wollen zusammen mit KölnTourismus eine Lösung finden, dass die Busse sich in Zukunft anmelden und nicht einfach dann hier ankommen, wann sie ankommen wollen. Voraussichtlich werden wir dann auch nicht mehr die jetzt eingerichteten acht Positionen auf der Gereonstraße benötigen, sondern mit deutlich weniger Plätzen auskommen.

Der Adventsverkehr wiederum ist noch ein anderes Thema und wird durch die Verwaltung ab Januar des neuen Jahres mit dem Ziel der Umsetzung in 2020 mit allen Akteuren entsprechend bearbeitet. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, Sie melden sich. Haben Sie eine Zwischenfrage?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich habe eine Zwischenfrage und auch eine Anmerkung. - Vielen Dank für die Stellungnahme, Frau Blome. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass diese Zahl aus der Stadtstatistik kommt. Es sind 4 000 Busse im Jahr. Dass das Gelegenheitsverkehr ist, mag aus der Terminologie des Verkehrsamtes heraus richtig sein. Aber es sind klare Linien und Konzessionen, die dort auch fahren - nicht zu vergleichen mit Fernbussen.

Mein Antrag ist vielleicht etwas missverständlich formuliert. Aber Sie haben ihn jetzt nicht zufriedenstellend beantwortet. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen hat das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Wortmann, Sie haben das jetzt ganz gut zusammengefasst. Richtig zielführend war Ihr Antrag nicht formuliert, weil Sie tatsächlich Begrifflichkeiten durcheinandergeworfen haben.

Trotzdem möchte ich mich bei Ihnen für den Antrag bedanken, weil er uns die Möglichkeit gibt, die Dinge doch einmal auseinanderzulegen und eine Debatte darüber zu führen, wie wir eigentlich mit Touristenbussen in dieser Stadt umgehen.

Ich glaube, dass in diesem Haus Einigkeit darüber besteht, dass wir einen Shuttlebetrieb vom Kuhweg aus brauchen und die Touristenbusse möglichst schnell weg vom Rheinufer und von der Komödienstraße müssen.

Gleichzeitig ist das auch keine neue Idee. Ralf Heinen hat mich noch einmal daran erinnert, dass bereits 2001 mit großem Prunk ein Termin am Kuhweg stattgefunden hat. Damals sollte alles ganz schnell gehen. Dort sind diese Entleerungsanlagen bereits gebaut worden. Die Infrastruktur ist am Kuhweg seit Anfang des Jahrtausends vorhanden.

Nur das Konzept für den Shuttlebus fehlt noch. Dabei ist er Teil des Green City Masterplans, den wir am 11. September 2018 im Verkehrsausschuss beschlossen haben und der dort mit hoher Priorität versehen worden ist. 14 Monate später ist dieser mit hoher Priorität erteilte Auftrag noch nicht abgearbeitet.

Es stellt sich schon die Frage, wo dieser Shuttlebetrieb denn dann enden soll. Ehrlich gesagt, war ich irritiert, als ich gehört habe, dass die vielen Busse von der Komödienstraße auf einmal in die Goldgasse verlagert werden sollten. Denn die Idee war eigentlich, dort den Shuttle-Halt vorzusehen.

Jetzt haben wir so viele Bussysteme durcheinandergeworfen, dass es offenbar auch der Oberbürgermeisterin nicht gelungen ist, das alles auseinanderzuhalten.

Die Goldgasse ist ein guter Standort, um einen Linienbetrieb vom Kuhweg dorthin zu führen, damit die Leute dort kurz aussteigen - wie bei der KVB - und der Bus dann weiterfährt. Dafür muss der Bus keine Viertelstunde stehen bleiben. Dort ist für acht Busse nämlich gar kein Platz.

Ein ganz anderer Strang - auch das ist in dieser Debatte leider zusammengeworfen worden - ist die Gereonstraße. Wie im Radverkehrskonzept Innenstadt 2016 definiert worden ist, soll dort eine schnelle Eimer-Maßnahme vorgenommen werden, damit die dortigen Verkehrsflächen möglichst schnell zugunsten des Radverkehrs neu verteilt werden.

Weil „schnell“ bei der Kölner Stadtverwaltung „drei Jahre“ heißt, ist erst im September 2019 von der Bezirksvertretung Innenstadt genau die Vorlage beschlossen worden, die vorsieht, dass

der Radverkehr jetzt kurzfristig mehr Platz bekommen soll.

Komischerweise wusste selbst die Stadtverwaltung nicht, dass dort ein Shuttlebus-Haltepunkt eingerichtet werden soll, und hat ihn in dieser Planung nicht vorgesehen.

Und was passiert jetzt? In auf den Tag genau drei Wochen werden also Touristen an dieser Stelle, an der IHK, aussteigen. Und was sehen sie dann da?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch ist die IHK da!)

- Je nachdem, was die IHK heute beschließt, ist das Gebäude bald verwaist; genau. - Ansonsten sehen sie dort ein Paradebeispiel der autogerechten Stadt. Die Gereonstraße ist an dieser Stelle ja eine Autobahn. Sie ist doch völlig überdimensioniert. Die vier Spuren braucht dort niemand.

Deswegen ist es auch völlig richtig, an dieser Stelle den Radverkehr zu stärken, weil das eine zentrale Einfallsachse von Ehrenfeld ist.

(Beifall von Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT])

Von dort aus gehen die Leute - Frau Blome hat das gerade gesagt - 700 Meter in Richtung Dom. Und was passiert ihnen dann? Als Erstes werden sie von den Radfahrern überfahren, die in Zukunft dort entlangfahren sollen. Als Zweites laufen sie über die Nord-Süd-Fahrt.

Im Übrigen hätte sich die SPD-Fraktion heute sehr über einen Antrag von Ihnen gefreut, Herr Kienitz, die Nord-Süd-Fahrt doch in einen Tunnel zu legen. Da wäre mehr als ein Zeitungsinterview tatsächlich gut gewesen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ach so! Hättet ihr euch dann auch wieder in die Büsche geschlagen wie bei der Ost-West-Achse, oder was?)

Wenn die Leute dann irgendwann am Dom ankommen, haben sie eine sehr authentische Visitenkarte des Kölner Verkehrsstillstandes gesehen.

Es ist natürlich in Ordnung, dass Sie den Menschen das so präsentieren wollen. Ob es wirklich die Menschen nach Köln zieht, weiß ich allerdings nicht.

Die letzte Minute meiner Redezeit möchte ich nutzen, um die Touristenbusse noch einmal von den anderen Busverkehren abzugrenzen, auch wenn Sie das gerade in Ihrem Wortbeitrag besser dargestellt haben als in dem schriftlichen Antrag, Herr Wortmann.

Die Linienverkehre des Fernverkehrs, wie beispielsweise Flixbus sie betreibt, an den Flughafen zu verlegen, war doch genau die richtige Initiative. Wir werden ja gleich beim Tagesordnungspunkt zur IAA vermutlich noch beschließen, dass die Mobilitätsbündelung zwischen unterschiedlichen Verkehrsträgern ein wünschenswerter Schwerpunkt sein soll. Daher ist es doch genau das Richtige, diese langen Linien aus der Stadt herauszuziehen und die Leute von dort mit einem VRS-Ticket innerhalb von zwölf Minuten an den Hauptbahnhof fahren zu lassen.

Deswegen ist die SPD-Fraktion bei Ihrem Antrag heute nicht dabei. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Roß-Belkner.

Monika Roß-Belkner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Wortmann, es war hilfreich, dass Sie Ihren Antrag hier noch einmal erläutert und erklärt haben. Dadurch ist etliches deutlicher geworden.

Frau Blome hat gerade auch noch einmal die unterschiedlichen Formen von Bussen eingeordnet und kategorisiert.

Wir haben uns vor ziemlich genau vier Jahren hier mit den Fernbussen beschäftigt und damals die Entscheidung getroffen, die Fernbusse heraus aus der Stadt zu verlegen. Das war eine kluge Entscheidung, wie sich im Nachhinein herausgestellt hat. Wir haben die Stadt dadurch vom Verkehr freigestellt, ihr Spielraum verschafft, auch unseren Beitrag für das Klima geleistet und vor allem die Stadt von den vielen Zubringerverkehren entlastet.

An dieser Stelle reden wir über die Touristenbusse. In der Tat fehlt hier eine dauerhafte Lösung. Jetzt bietet die Stadt uns an, diese kurzfristig in die Komödienstraße zu verlegen. Hier kann zumindest die sanitäre Infrastruktur der nahe gelegenen öffentlichen Kammer genutzt werden. Das nächste Jahr oder die nächsten anderthalb Jahre wird die Kammer wohl auch noch dort sein. Aber

spätestens Mitte 2021 oder Ende 2021 muss eine endgültige Lösung für die Touristenbusse gefunden werden.

Damit stehen wir in der Tat noch einmal vor einer großen Herausforderung. Das müssen wir bald klären. Denn der Buspark, den wir da einrichten, muss angenommen werden. Es muss für die Touristen komfortabel, schnell und unkompliziert möglich sein, die Innenstadt zu erreichen. Der Buspark muss natürlich auch über die sanitäre Infrastruktur und die Versorgungsinfrastruktur verfügen, die Sie hier erwähnt haben.

Hier haben wir also noch eine Aufgabe vor uns. Das werden wir heute nicht lösen und auch nicht klären.

Im Übrigen sind Allgemeinformulierungen wie „rechts- und linksrheinisch zentral gelogen“, in einem kompakt belegten Köln tatsächlich keine Entscheidungsoption. Vielmehr müssen wir hier an konkreten Orten die Frage erörtern und klären.

Deswegen werden wir heute Ihren Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wolter hat jetzt das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir hatten wirklich Schwierigkeiten, den Antrag einzuordnen, und wussten nicht richtig, was überhaupt gemeint ist. Vielen Dank, Frau Blome, für die Klarstellung der Sachlage.

Eines vorweg: Die Fernbusse sind am Flughafen. Dort sind sie auch gut untergebracht. Sowohl die Busfahrer als auch die Reisenden haben dort alles, was sie brauchen und was auch in diesem Antrag zum Teil angesprochen worden ist.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Touristenbusse halten demnächst in der Gereonstraße. Herr Pöttgen, Sie haben gefragt, was die Touristen denn dort sehen. Wissen Sie, was sie dort sehen? Den Dom. Wenn man da aussteigt, sieht man nämlich den Dom.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Man hat ihn fußläufig im Blick.

Ich finde es ganz wichtig, dass wir von dem Standort Goldgasse weg sind. Er ist uns doch allen zu klein, zu eng und zu kleinteilig. Dort gibt es jetzt schon viele Rückstaus. Linienbusse halten da. Ich hätte das für keine gute Lösung gehalten. Daher sehe ich den neuerlichen Vorschlag, der da gemacht worden ist, durchaus skeptisch.

Ich denke auch, dass der Querschnitt der Gereonstraße ausreichend ist, um sowohl den Busbetrieb als auch den Fahrradverkehr und zusätzlich den Pkw-Verkehr, also den Individualverkehr, dort unterzubringen.

Aus einem weiteren Grund ist es gut, dass die Touristenbusse künftig in der Gereonstraße halten. Der Fußverkehr rund um den Dom ist nämlich ganz stark und massiv. Diese Fläche zwischen Dom und Hauptbahnhof gehört einfach den Fußgängern. Wir müssen sie ihnen an dieser Stelle wieder zurückgeben.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Jeder, der sich das vor Ort anschaut, sieht, dass es wirklich zum Himmel schreit. Parkende, haltende, wartende Busse tragen doch überhaupt nicht zu einer Aufenthaltsqualität bei.

Mir ist es wichtig, dass wir diese Umgestaltung des Domumfeldes in Zukunft auch in Richtung Westen fortsetzen, damit es dort demnächst auch wieder ein bisschen besser aussieht.

Wir setzen darauf, dass im Kuhweg in Kürze auch entsprechende Möglichkeiten zur Reinigung der Busse und für die Busfahrer - Duschen, Aufenthaltsräume - vorhanden sind.

Was den künftigen Pendelverkehr angeht, bin ich auch einmal gespannt auf das Ergebnis. Denn das wird nicht ganz billig werden; das muss man an dieser Stelle sagen. Ich glaube aber, es ist uns allen die Investition wert, dass wir auf mittlere Sicht dort auch einen Pendelverkehr schaffen.

Letzter Punkt: Die Weihnachtsverkehre sind eine wiederkehrende Ausnahmesituation. Sie tritt immer an drei, vier oder fünf Wochenenden vor Weihnachten auf. Da gibt es die entsprechenden Lösungen. Ja, das ist ein Sturm, der jedes Jahr über uns hinwegfegt. Er spült auch viel Geld in die Kassen von Köln. Wir sind froh darüber, dass die Busse kommen. Da gibt es aber Regelungen. Ich denke, dass das einigermaßen gut funktioniert. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich möchte das gerne vom Platz aus machen. - Zunächst einmal vielen Dank für den Antrag, Herr Wortmann; denn er zeigt, dass es da doch noch erheblichen Diskussionsbedarf gibt. Wahrscheinlich ist auch nicht jedem hier Anwesenden hundertprozentig klar geworden, über was genau diskutiert wird. Das wäre auch ein Stück weit eine Überforderung. Es gab einen komplexen Vortrag von Frau Blome und auch einige erläuternde Worte zu dem relativ schwer zu lesenden Antrag von Herrn Wortmann.

Meines Erachtens wäre die Debatte im Verkehrsausschuss besser aufgehoben. Dort können wir, ohne die verschiedenen Busarten durcheinanderzuwerfen, trotzdem noch einmal schauen, welche Synergien wir da nutzen können.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir beantragen, den Antrag von Herrn Wortmann in den Verkehrsausschuss zu überweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Walter, auch ich möchte erst einmal Dank für deine Initiative sagen, weil ich es schon für wichtig halte, dass wir dieses Thema einmal hier besprechen.

Ich finde es auch toll, dass du es geschafft hast, dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses hier eine so positive Stellungnahme zu Touristenbussen abzunötigen. Es ist nämlich wirklich wichtig, dass wir sie haben.

Bei einigen Entwicklungen, die hier in der Diskussion aufgezeigt wurden, habe ich große Bedenken. Demnächst wollen wir allen Bussen vorschreiben, dass sie zuerst den Kuhweg anfahren müssen. Dann werden die Touristen irgendwie in die Stadt geshuttelt. Der Kollege Pöttgen schlägt jetzt auch noch die Goldgasse als den idealen Endpunkt dieses Busshuttles vor. Wie es nach der Goldgasse in Richtung Dom weitergeht, wissen wir auch alle. Ich möchte hier bei keinem das entsprechende Kopfkino erzeugen.

Ich habe also große Bedenken davor, was hier noch an Plänen in der Schublade liegt. Wir brauchen die Touristen. Sie sind ein großer Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Wir können sie nicht am Kuhweg in Empfang nehmen; denn das ist dann der erste Eindruck, den sie von Köln haben.

Walter, aus meiner Sicht geht dein Antrag dann aber in die falsche Richtung. Es ist alles hin und her durchgeprüft worden. Die Situation ist doch nicht so, dass wir sagen könnten: Wir haben noch ein halbes Dutzend Grundstücke oder Plätze, die wir noch nicht geprüft haben und auf die wir jetzt kommen können, wenn wir hier einen solchen Änderungsantrag beschließen.

Wir haben als FDP selber einen Vorschlag gemacht, nachdem sich jetzt die Gereonstraße herauskristallisiert hat und die Verwaltung leider gesagt hat, das werde nun auch sehr kurzfristig umgesetzt. Wir haben nämlich vorgeschlagen, es zukünftig im Bereich der Straße An der Rechtschule zwischen dem Museum für Angewandte Kunst und dem WDR-Pilzbau abzuwickeln. Die ganzen Leute aus dem Rat und aus der Verwaltung, mit denen ich dort gewesen bin, hielten das eigentlich immer für eine gute Idee.

Anscheinend hat nachher jemand in irgendeinem Arbeitskreis die Straße An der Rechtschule als besondere Fahrradverbindung entdeckt, und dann ist es leider den Bach heruntergegangen. Jetzt wird nämlich gesagt, die Straße An der Rechtschule sei eine Radverbindung. Von Andreas Pöttgen haben wir hier gehört, eigentlich sei die Gereonstraße die viel frequentiertere Radverbindung. Irgendwann muss man sich natürlich auch einmal entscheiden und Farbe bekennen.

Der Kollege Krupp hat vorhin gesagt: Manchmal bedarf es eines dritten Aufgusses für einen Antrag. - Bei den Veedeln hat es jetzt beim dritten Mal geklappt. Beim Deutzer Hafen mussten wir auch dreimal einen Antrag stellen, bevor es zu der Umwandlung kommen wird. Über Kreuzfeld sprechen wir nachher auch noch. Da hat die SPD den ersten Antrag ebenfalls abgelehnt. Ein anderes Beispiel ist das Haus des Jugendrechts. Deswegen haben wir als FDP ein bisschen Übung darin, Anträge nicht beim ersten Mal durchzubekommen. Ich glaube, dass wir auch über den Bereich der Straße An der Rechtschule an dieser Stelle noch einmal sprechen werden.

In diesem Zusammenhang finde ich besonders schade, Frau Oberbürgermeisterin, dass jetzt von Ihrer Seite, vonseiten der Verwaltung, Tempo in der Sache gemacht wird, ohne dass überhaupt eine Idee existiert, was in der Komödienstraße passieren soll. Es gibt lediglich eine Architekturzeichnung aus dem Büro ASTOC mit einer schönen Allee ohne Parkplätze. Dahinter liegen keine Pläne und keine Berechnungen für den Verkehr.

Was wir brauchen, ist eine Gestaltung von der Trankgasse bis zum Römerturm über die Zeughausstraße und die Burgmauer. Wenn wir für diesen ganzen Strang eine Planung hätten, wenn wir da einen Wettbewerb hätten, wenn wir also etwas Entsprechendes mit Verkehrsgutachtern und Landschaftsplanern hätten

(Bernd Petelkau [CDU]: Das machen wir!)

- ja, ich hoffe, dass Sie das machen - und wenn feststände, dass am 2. Januar 2020 die Bagger anrollen, würde ich sagen: Wunderbar; dann müssen wir jetzt schnell die Busse zur Gereonstraße bringen.

Aber nein; wir schaffen eine leere Verkehrsfläche, die elf Monate im Jahr brachliegt, damit während des Weihnachtsgeschäfts, das der Kollege Wolter gerade angesprochen hat, dort dann wieder der Busverkehr zu den Weihnachtsmärkten abgewickelt werden kann.

So kann man doch keine Politik machen. So kommen wir doch mit den Themen nicht weiter. Wo sind denn die Pläne für die Komödienstraße, damit sich dieser ganze Aufwand lohnt? Ohne Grund die Touristen zur Gereonstraße und zum Kuhweg zu verbannen, ist einfach sträflich. Das ist eine wichtige Klientel, die wir haben. Ich finde es schade, dass mit ihr in dieser Stadt so umgegangen wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse zunächst über den Antrag von Herrn Weisenstein auf Verweisung in den Verkehrsausschuss abstimmen. Wer diesem Verweisungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Herr Wortmann, die FDP-Fraktion und die Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Ursprungsantrag von Herrn Wortmann abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen - Das sind Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Enthaltungen der LINKEN und der AfD. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

I. Abstimmung über den Antrag auf Verweisung der Angelegenheit in den Verkehrsausschuss als zuständigen Fachausschuss

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und FDP, der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, für die Saison 2020 die Politik der Provisorien zu beenden und in innerstädtischer, linksrheinischer Lage sowie in rechtsrheinischer Lage jeweils 1 geeignete Fläche für die Einrichtung dauerhafter Zu- und Anfahrstationen einzurichten und zur Verfügung zu stellen.*

2. *Ebenso soll an diesen Standorten technische Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die es dem Buspersonal ermöglicht, die Bordtoiletten der Fahrzeuge zu entleeren und zu reinigen.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe GUT, RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und AfD abgelehnt.

Anmerkung:
Antrag auf Verweisung von RM Weisenstein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe

GUT betreffend „Gegen Gewalt an Frauen - Drittes Frauenhaus“
AN/1662/2019

Änderungsantrag der AfD-Fraktion
AN/1730/2019

Ich gebe als Erster Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Leider wird in unserer Gesellschaft immer noch häusliche Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder ausgeübt, und dies trotz zahlreicher Angebote der Prävention und Hilfe in Köln. Sie zieht sich durch alle gesellschaftlichen Gruppen und beschränkt sich nicht auf einzelne Gesellschaftsschichten, soziale Milieus und kulturelle Hintergründe.

Insbesondere die im Kölner Arbeitskreis gegen Gewalt an Frauen mitwirkenden Institutionen, Verbände, Frauenhilfeeinrichtungen und autonomen Frauenprojekte spielen hier eine wichtige Rolle - nicht nur in der Prävention, sondern auch in Bezug auf konkrete Beratung und Hilfe.

Doch was würde die Beratung nützen, wenn keine entsprechenden Hilfeangebote zur Verfügung ständen? Wir haben in Köln derzeit zwei Frauenhäuser. Die Nachfrage nach Plätzen dort übersteigt jedoch das Platzangebot deutlich. Daher hat das Haushaltsbündnis aus CDU, Grünen, FDP und Ratsgruppe GUT zum Doppelhaushalt 2020/2021 einen Beschluss zur Einrichtung eines dritten Frauenhauses in Köln gefasst. Dieses soll auch eine Aufnahmemöglichkeit für Frauen mit Jungen über zwölf Jahren bieten; denn ein solches Angebot fehlte bisher.

Auch im Land und im Bund ist Bewegung in dieses Thema gekommen, und es wurden entsprechende Mittel in Aussicht gestellt. Deshalb ist es wichtig, heute diesen Antrag zu verabschieden, um kurzfristig Fördermittel zu beantragen.

Das dritte Frauenhaus wird von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern einen Schutzraum, Beratung und Hilfe bieten. Daher ist der heutige Beschluss wichtig und richtig.

Dabei kann es aber nicht bleiben. Frauenhäuser sind ein wichtiger Baustein im Hilfesystem. Ein wirksames Hilfesystem benötigt aber über Beratung und Frauenhäuser hinaus weitere, differenzierte Angebote. Das Frauenhaus ist eine erste Anlaufstelle. Es ist aber keine Dauerlösung. Es bedarf differenzierter, weitergehender Angebote, die Schritt für Schritt den Frauen und ihren Kindern eine Perspektive für ein gewaltfreies eigenständiges Leben eröffnen. Auch dazu werden wir zeitnah Initiativen ergreifen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Schwab das Wort.

Luisa Schwab (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute bekommt ein Thema Aufmerksamkeit, das sonst höchstens mal am Rande Erwähnung findet. Häusliche Gewalt findet in der öffentlichen Berichterstattung kaum statt.

Und wenn darüber berichtet wird, werden zum Beispiel Morde als „Familiendrama“ bagatellisiert. Auch Bezeichnungen wie „Beziehungsprobleme“ oder „Konflikte in der Trennung“ verharmlosen häusliche Gewalt.

Es geht nicht um Beziehungsstreitigkeiten. Es geht um Gewalt.

Das Muster bei Partnerschaftsgewalt ist in vielen Fällen vergleichbar. In 80 Prozent der Fälle wird der Partner gegenüber der Ex-Partnerin oder Partnerin gewalttätig. Häufig stellt der Mann Besitzansprüche gegenüber der Frau. Er nutzt die Abhängigkeit der Frau aus. Wenn er sie nicht haben könne, solle niemand sie haben. Für den Gewalttäter ist die Frau die Schuldige.

Solche toxischen Beziehungen gibt es massig. Sie beinhalten ein hohes Gewaltpotenzial. Und dennoch sprechen wir zu wenig darüber und klären nicht auf - und das, obwohl jede vierte Frau angibt, bereits Partnerschaftsgewalt erlebt zu haben, obwohl statistisch gesehen jede Stunde ein Mann gegen die Partnerin oder Ex-Partnerin gewalttätig wird, obwohl jeden Tag ein Mann versucht, seine Frau zu ermorden - mitten in Deutschland.

Gewalt gegen Frauen ist etwas, worüber wir nicht sprechen, etwas, was hinter verschlossenen Türen stattfindet. Doch trotzdem ist es keine Privatangelegenheit. Gewalt gegen Frauen verschwindet nicht, wenn man nicht darüber spricht. Gewalt gegen Frauen geht uns alle an. Sie findet in allen Bildungsschichten und Milieus statt, und die Gewaltstatistiken steigen an.

Statistisch gesehen kennt jeder von uns zwei bis drei Frauen, die Partnerschaftsgewalt erlebt ha-

ben. Die wenigsten von uns werden das jedoch wissen. Denn nur jede fünfte Frau sucht sich nach Partnerschaftsgewalt Hilfe. Dennoch leisten Beratungsstellen und Frauenhäuser Akkordarbeit und sind überfüllt.

In Köln konnten im letzten Jahr in den beiden Autonomen Frauenhäusern nur 70 Frauen aufgenommen werden. Allein im letzten Jahr wurden 632 Frauen aus Platzmangel abgewiesen. Das ist erschreckend und eine Bankrotterklärung für menschliches Handeln.

Seit Jahren machen Organisationen, Bündnisse und Politikerinnen auf die desaströse Situation aufmerksam. Trotzdem hat es Jahre und viel Anstrengung gebraucht, dass wir nun endlich den Weg für ein drittes Frauenhaus frei machen.

Für Köln wünsche ich mir, dass nun endlich eine Zeit anbricht, in der Partnerschaftsgewalt öffentlich wird, damit der Schutz von Frauen und die Arbeit von Frauenhäusern endlich den Wert bekommen, den sie schon lange verdient haben.

Vor wenigen Tagen wurde von der Zeitung *Die Zeit* ein Artikel zu 122 Morden an Frauen durch den Ex-Partner oder Partner veröffentlicht. Die Details sind grausam und schwer zu ertragen. Doch sie zeigen etwas sehr Wichtiges: Viele der getöteten Frauen haben die Gefahr erkannt, haben Hilfe gesucht, haben Anzeige erstattet und wollten aus der zerstörerischen Beziehung fliehen. Doch sie konnten nicht geschützt werden.

Recherchen dieser Art offenbaren: Das gesamte System ist lückenhaft und bietet kaum Schutz für Betroffene.

Frauenhäuser sind dabei nur *ein* Baustein. Durch die gegebene Anonymität sind sie aber ein Baustein mit großer Bedeutung. Es wäre nicht nur kontraproduktiv, sondern sogar gefährlich, wie in dem vorliegenden Änderungsantrag vorgeschlagen, einen Benennungsprozess anzustoßen und damit die Anonymität und Autonomie der Frauenhäuser zu gefährden.

Der Schutz betroffener Frauen wird noch schwieriger, wenn Kinder involviert sind. Immer häufiger werden Frauen mit Kindern über Umgangs- und Sorgerechtsstreitigkeiten dem Gewalttäter wieder zugeführt. Dabei sollte auch das gängige Prozedere, dass das gemeinsame Kind dem gewalttätigen Mann zur Erziehung übergeben wird, verantwortungsvoll abgewogen werden. Denn das Kindeswohl steht über alten, verstaubten Mutter-Vater-Kind-Konstellationen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Es muss sich etwas verändern. Und damit sich etwas verändert, kann man nicht oft genug sagen: Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Frauen und ihren Kindern Hilfe und Schutz zu gewähren, ist ein Menschenrecht und staatliche Verpflichtung.

Mit der Suche nach einer Immobilie für ein drittes Frauenhaus stellen wir uns der Verantwortung und der Verpflichtung, von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern Hilfe und Schutz zu gewähren.

Außerdem haben wir mit dem Haushaltsbeschluss auch für Verbesserungen für die pädagogische Arbeit mit Kindern gesorgt, zusätzlich zur bereits starken personellen Ausstattung der Kölner Frauenhäuser.

Wir wollen Frauen und Kinder noch mehr unterstützen und kämpfen auf allen Ebenen für Veränderungen, für eine gleichberechtigte Teilhabe, gegen Sexismus, gegen geschlechtsspezifische Rollenklischees, für Gewaltschutz und vor allem für ein sicheres Zuhause. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag für Köln, ein toller Tag für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, ein schöner Tag für die Freien Demokraten und ein ganz besonderer Tag für mich persönlich,

(Beifall bei der FDP)

und zwar deshalb, weil ich mit meinen Freien Demokraten in Köln bereits seit Jahren für ein drittes Frauenhaus kämpfe. 2011 haben wir hier zum ersten Mal einen entsprechenden Antrag eingebracht. Es hat jahrelang gedauert, diesem Haus abzuringen, dass der Bedarf vorhanden ist. Von einzelnen Fraktionen wurde in den letzten Jahren immer der Bedarf angezweifelt.

Daher freue ich mich heute besonders darüber, dass dieses Haus gleich hoffentlich einstimmig sagen wird: Gewalt an Frauen gibt es jeden Tag -

das hat meine Vorrednerin gerade intensiv ausgeführt; herzlichen Dank dafür -, und wir beschließen gemeinsam das dritte Frauenhaus.

Noch einmal zur Historie: Wir konnten aufgrund der Initiativen der Freien Demokraten in den letzten Jahren bereits Verbesserungen erzielen. 2012 haben wir finanzielle Verbesserungen herbeigeführt. 2015 haben wir den Neubau des ersten Frauenhauses beschlossen. 2020 werden wir hoffentlich den Neubau des ersten Frauenhauses fertiggestellt bekommen. Ich freue mich darauf, dass dort dann auch Schutzräume vorhanden sind.

Genauso freut es mich, dass wir alle hier in den letzten Wochen und Monaten gemeinsam dazu beigetragen haben, dass wir heute diesen Beschluss fassen können. Vor den Haushaltsberatungen hatten wir ja noch einmal einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag gestellt. Ich gebe ehrlich zu, dass wir das natürlich getan haben, um Druck zu erzeugen, und bin stolz darauf, dass es den Freien Demokraten auch gelungen ist, diesen Druck zu erzeugen.

Denn Sie haben tatsächlich auch in den Bezirksvertretungen geholfen. Auch dort war es manchmal holprig. Ich selbst war in der Bezirksvertretung Porz. Dort mussten wir auch kurz die Sitzung unterbrechen. Ich bin aber dankbar dafür, dass es dort - auch mithilfe der SPD; das möchte ich hier nicht unerwähnt lassen - gemeinsam in die richtige Richtung gegangen ist. Auch die LINKEN haben immer ihren Beitrag dazu geleistet und waren immer mit an unserer Seite.

Das war bei den anderen Fraktionen nicht immer so. Dementsprechend bin ich stolz darauf und freue mich darüber, dass wir heute wieder ein Stück weiterkommen.

Das ist nicht das Ende der Fahnenstange, wie die Kollegin der Grünen ganz klar dargestellt hat. Wir brauchen noch sehr viel mehr, und wir brauchen weitere Hilfsangebote.

Ich freue mich aber sehr darüber, dass der dritte Aufguss - das sage ich in Richtung der SPD; das ist auch der dritte Aufguss der Freien Demokraten in Bezug auf das Frauenhaus - endlich erfolgreich ist. Dementsprechend ist heute ein guter Tag für Köln und vor allem ein ganz besonderer Tag für die Frauen, die von Gewalt betroffen sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Scholz das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ratsgruppe GUT möchte mit dem vorliegenden Antrag, den wir gemeinsam mit der CDU, den Grünen und der FDP gestellt haben, der traurigen Notwendigkeit der Etablierung eines weiteren Kölner Frauenhauses entsprechen.

Laut Weltgesundheitsorganisation - WHO - gehört häusliche Gewalt zu den größten Gesundheitsrisiken für Frauen. Jede dritte Frau in Deutschland wurde seit ihrem 15. Lebensjahr bereits einmal Opfer von körperlicher, psychischer und/oder sexualisierter Gewalt. Betroffen sind Frauen jedes Alters, jeder Schicht und jeder Nationalität.

Es kann nicht oft genug betont werden: Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache und auch kein Kavaliersdelikt, sondern ein Verbrechen. Es gibt auch keine Rechte der Partner und Ehemänner auf ihre Frauen und auch kein Selbstverschulden der Frau durch Kleidung oder Auftreten, wenn ihr Gewalt widerfährt.

Damit der Staat seiner Aufgabe nachkommen kann, seine Bürgerinnen und auch Bürger vor Gewalt zu schützen, ist ein starkes Hilfssystem notwendig, um Frauen und auch ihren Kindern Halt, Perspektiven und Schutz zu bieten.

2018 haben in Kölner Frauenhäusern, wie meine Vorrednerin bereits erwähnte, 70 Frauen und 95 Kinder Zuflucht gefunden. 632 Frauen mussten jedoch wegen Platzmangels abgewiesen werden.

Entsprechend der zum 1. Februar 2018 in Deutschland in Kraft getretenen Istanbuler Konvention, einem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, müsste Köln aufgrund seiner Bevölkerungsanzahl weit mehr Plätze als aktuell vorhanden vorhalten.

Daher ist es dringend notwendig, als ersten Schritt ein drittes Kölner Frauenhaus zu etablieren. Entsprechend wird die Verwaltung beauftragt, einen geeigneten Frauenhausstandort oder eine adäquate Immobilie zu finden, entsprechende Bundesfördermittel 2020 zu beantragen und mit dem Land NRW Gespräche über eine mögliche Betriebskostenbezuschussung des zu-

künftigen Frauenhauses aufzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Möller hat jetzt das Wort.

Monika Möller (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich dafür bedanken, liebe Frau Laufenberg, dass die FDP sich seit Jahren im Rat für ein drittes Frauenhaus in Köln einsetzt. Auch die SPD befürwortet seit Längerem ein drittes Frauenhaus, was den antragstellenden Fraktionen auch seit Längerem bekannt ist. Dass wir den Antrag gemeinsam stellen, wollten Sie wohl nicht. Sonst hätten Sie uns ja gefragt.

Wie dem auch sei: Ausreichend Plätze für den Schutz vor Gewalt zur Verfügung zu stellen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Es ist sehr beschämend, dass wir dies leider nicht leisten und seit Jahren immer wieder Frauen in akuten Notsituationen vertrösten müssen, und zwar in ganz NRW.

Laut der Antwort der NRW-Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von zwei meiner SPD-Kolleginnen im Landtag stehen landesweit aktuell 571 Plätze zur Verfügung. Gemäß der Istanbul-Konvention, die am 1. Februar 2018 endlich auch in Deutschland in Kraft getreten ist, müssten es allerdings 1 790 Plätze sein. Empfohlen wird ein sogenannter Familienplatz pro 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. In NRW halten wir aber nur einen Platz pro 31 000 Einwohnerinnen und Einwohner vor.

Angaben der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW zufolge muss jede zweite schutzsuchende Frau abgewiesen werden. Konkret bedeutet das: 2018 kam es aufgrund der fehlenden Zimmerkapazitäten in Köln zu 632 abgelehnten Aufnahmefällen, wie hier schon erwähnt wurde. 632 Frauen, die sich hilfesuchend an unsere Kölner Frauenhäuser wandten, konnten wir nicht helfen. Hinzu kommen noch 82 Ablehnungen aus sonstigen Gründen. Wir konnten also mehr als 700 Frauen nicht vor Ort schützen. Mit viel Glück wurden sie an andere Frauenhäuser in NRW weitervermittelt.

Die von der jetzigen Landesregierung beschlossenen 50 neuen Plätze in ganz NRW sind leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In Köln stehen zurzeit 20 Plätze zur Verfügung. Hinzu kommen voraussichtlich ab 2020 sechs weitere. Um die Vorgaben der Istanbul-Konvention zu erfüllen, bräuchten wir circa 110 Plätze.

Der Bedarf ergibt sich aber nicht nur aus Empfehlungen und Vorgaben. Leider genügt ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik und in die Statistik des Netzwerks gegen häusliche Gewalt in Köln, um die Notwendigkeit des Ausbaus von Gewaltschutzmaßnahmen zu untermauern.

2017 betrug die Hellziffer von angezeigten Fällen von Gewalt in der Partnerschaft 140 000. Darunter sind folgende Delikte: vorsätzliche einfache Körperverletzung, Bedrohung, gefährliche Körperverletzung, Stalking, Nötigung, Freiheitsberaubung, Mord und Totschlag.

Laut dem aktuellen BKA-Bericht ist die Zahl der Fälle von Gewalt in der Partnerschaft 2018 gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegen. Unter anderem sind - das ist hier auch schon erwähnt worden - 122 Frauen aufgrund häuslicher Gewalt gestorben. Die Zahlen der Kölner Interventionsstellen zeigen zudem, dass die Zahl der Beratungsfälle steigt - von 2016 bis 2017 um 153 Beratungsfälle auf nun 1 335.

Wir stimmen mit den Antragstellern überein, dass wir ein drittes Frauenhaus brauchen. Allerdings waren wir in der Diskussion auch schon einmal weiter. So wollten wir mit der rot-grünen Landesregierung ein Landesgesetz auf den Weg bringen, das eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern in ihrer Aufgabenvielfalt verankert und eine Förderung aus einer Hand sicherstellt. Von einer Sicherstellung der Finanzierung von Frauenhäusern ist bei der aktuellen Landesregierung aber zurzeit noch keine Rede.

Immer noch tragen die Kommunen den größten Anteil der Ausgaben. Rund 60 Prozent entfallen auf die Kommunen, der Rest dann auf Bund und Land bzw. der Eigenanteil auf Träger und Betroffene. An der prozentualen Aufteilung zwischen den Kostenträgern hat sich im Prinzip nichts geändert.

Wir können in Köln zudem froh darüber sein, dass bei der Tagessatzfinanzierung die Träger in Köln einspringen und die Kosten nicht, wie in anderen Kommunen, auf die Betroffenen und ihre Kinder umgelegt werden. In anderen Kommu-

nen müssen berufstätige Frauen ihr Erspartes einsetzen, um einen Platz zu ergattern.

Zumindest scheint es im Bund etwas Bewegung zu geben. Familienministerin Franziska Giffey hat letztes Jahr angekündigt, die Zahl der Frauenhäuser mithilfe von Bundesmitteln auszubauen.

Wir stimmen dem hier vorliegenden Antrag zu, appellieren aber gleichzeitig an die Landesregierung, die Finanzierung sicherzustellen.

Noch ein wichtiger Nachtrag: Es muss auch eine Selbstverständlichkeit sein, dass Frauenhausplätze inklusiv ausgerichtet werden. Die Barrierefreiheit muss gewährleistet sein. Es müssen die notwendigen Fachstellen auf der Grundlage des 3-Säulen-Modells der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser sowie ausreichend Dolmetscher und interkulturelle Mittler zur Verfügung stehen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Den Antrag der AfD lehnen wir ab. Frau Schwab hat bereits den Grund genannt.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Akbayir hat das Wort.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich sehr darüber, dass wir heute mit großer Mehrheit endlich ein drittes Frauenhaus für Köln beschließen werden. Wir alle wissen, dass das überfällig ist. Uns allen ist auch bekannt, dass das bei Weitem nicht ausreicht.

Deutschland ist dem Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beigetreten. Was bedeutet das für unsere Stadt Köln?

Das bedeutet, wie meine Kollegin bereits erwähnt hat, dass wir in Köln über 100 Plätze in Frauenhäusern bereitstellen müssen. Wir haben heute 20 Plätze. Nach dem Neubau des ersten Frauenhauses werden wir 26 haben.

Wir hoffen, dass mit dem dritten Frauenhaus diese Zahl aufgestockt wird. Deswegen stimmt DIE LINKE heute selbstverständlich für den Antrag.

Wir alle haben aber keinen Grund, uns nach diesem Beschluss zufrieden zurückzulehnen. Denn wir sehen uns weiterhin in der Pflicht, uns für eine bessere Situation in den Frauenhäusern einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört zum Beispiel die Betreuung durch Fachkräfte. Die meistens schwer traumatisierten Kinder zum Beispiel müssen durch ausgewiesene Fachkräfte betreut werden und nicht nur durch Erzieherinnen. Ich möchte hier die Arbeit der Erzieherinnen natürlich nicht klein darstellen. Aber es ist erforderlich, die Kinder fachkräftig für ihre Zukunft zu unterstützen. Erzieherinnen kosten natürlich weniger Geld als Fachkräfte. Aber wir wollen, dass diese Kinder nicht nur betreut werden. Sie sollen auch auf eine andere Lebensbahn gelenkt werden, um zu verhindern, dass sie später Opfer oder Gewalttäter - weder das eine noch das andere - werden.

(Beifall bei der LINKEN und der Ratsgruppe GUT)

DIE LINKE kann es außerdem nicht hinnehmen, dass die Frauen für ihren Aufenthalt in einem Frauenhaus zahlen müssen, wenn sie ein eigenes Einkommen oder eine kleine Rente beziehen. Davon sollen sie noch einen Teil für ihren Schutz und ihre Sicherheit abgeben. Das finden wir nicht in Ordnung. Denn durch die sogenannte Tagessatzfinanzierung wird Gewalt gegen Frauen individualisiert und die Betroffene zur Problemträgerin gemacht.

(Beifall bei der LINKEN und der Ratsgruppe GUT)

Ich frage heute: Beteiligen sich die Mitglieder der Bundesregierung eigentlich auch an den Kosten für ihre Personenschützer? Ich denke, dass das nicht der Fall ist, und bin mir sicher: Ihnen würde eine finanzielle Beteiligung weniger wehtun als den Frauen im Frauenhaus.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht zuletzt wollen wir die Frauen, die in den Frauenhäusern arbeiten, entlasten. Zu ihrer ohnehin schweren Aufgabe, die sie auch nach Dienstschluss oft nicht loslässt, leisten sie viele unbezahlte Überstunden.

Es gibt zum Beispiel keine Stelle für die Tätigkeit einer Geschäftsführerin. In unseren Gesprächen mit den Vertreterinnen der Frauenhäuser wird immer wieder deutlich gesagt, dass dem Bedarf nach einer Geschäftsführerin entsprochen wer-

den muss. Spenden einwerben, Kontakte zu Politik, Verwaltung und Institutionen halten, Konzepte entwickeln und ganz vieles mehr leisten die Frauen im Frauenhaus ehrenamtlich. Auch das finden wir nicht in Ordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt viel zu tun. Den ersten Schritt werden wir gleich gehen. Viele weitere Schritte müssen noch folgen.

Nicht gut ist - das wurde nebenbei auch betont -, dass wir einen Antrag zu einem so wichtigen Thema, bei dem alle demokratischen Fraktionen und Gruppen einer Meinung sind, nicht auch gemeinsam stellen.

(Beifall bei der LINKEN und von Christian Joisten [SPD])

So haben wir das auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszuzugs 2015 und 2016 bei flüchtlingspolitischen Anträgen gehandhabt. Wir haben mit allen Demokratinnen und Demokraten im Rat Gespräche über unsere Antragsentwürfe geführt. Zwar kamen wir nicht immer zusammen. Aber der Wille auf unserer Seite war immer da.

Die Frauen, die das Frauenhaus tragen und betreiben, sehen das übrigens genauso. Wir hatten am Montag ein Gespräch mit ihnen. Auch sie finden es unverständlich, dass man einen so wichtigen Antrag nicht gemeinsam stellt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bundesfrauenministerin Dr. Giffey stellte anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2019 fest - Zitat -:

> Gewalt gegen Frauen geht uns alle an, sie kommt in allen sozialen Schichten und Altersgruppen vor.

Und Sie sekundieren brav, indem Sie in Ihrem Antrag schreiben - Zitat -:

> Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich durch alle Schichten und soziale Milieus zieht.

Das ist nur bedingt richtig, meine Damen und Herren, nämlich insofern, als dass alle Schichten und Milieus betroffen sind. Aber es sind nicht alle Milieus und Schichten gleichermaßen betroffen. Das ist ein kleiner, aber wichtiger Unterschied.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt einfach nicht!)

- Ja, da mögen Sie jetzt jaulen. Aber warum ist das so? Ich habe Ihnen hier die Polizeiliche Kriminalstatistik des BKA, Ausgabe 2018 - es gibt sie seit 2015 -, mitgebracht. Wie so oft hilft ein Blick in die Statistik, die Sache zu verstehen. Und bevor die Grünen hier wieder unruhig werden: Liebe Grüne, Sie müssen jetzt ganz tapfer sein. Denn gleich kommen einige Zahlen, die so gar nicht zu Ihrem grünen Weltbild passen. Ich kann es Ihnen nicht ersparen. Denn die Statistik lügt in diesem Punkt nicht.

33 Prozent der Tatverdächtigen im Zusammenhang mit Partnerschaftskriminalität waren 2018 laut BKA Nichtdeutsche. Bei einem Ausländeranteil von 13 Prozent und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund ja einen deutschen Pass haben, bedeutet das, dass eine Person mit Migrationshintergrund im letzten Jahr circa dreimal so häufig zum Täter wurde wie ein Deutscher.

Personen mit Migrationshintergrund sind also dreimal häufig Täter bei Partnerschaftsgewalt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist völlig daneben!)

Das sollte Sie als grüne Frauen beunruhigen - und nicht, wenn ich hier aus einer Statistik zitiere.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass in Köln - Stand heute - 40 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund haben und Frau Reker ja in Briefen an die Bundeskanzlerin ihre Bereitschaft zur Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen erklärt, können wir direkt mit der Planung für ein viertes Frauenhaus anfangen, meine Damen und Herren. Die Nachfrage dafür ist längst da.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist unsäglich! - Zuruf von Luisa Schwab [Bündnis 90/Die Grünen])

Zur Nationalität hält diese Statistik auch interessante Dinge bereit. Als Beispiel nenne ich die Syrer, um nur einmal eine Gruppe herauszugreifen. Von 2015 bis 2018 hat sich die Anzahl der Syrer in Deutschland verdoppelt - von 370 000 auf ungefähr 750 000. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der syrischen Tatverdächtigen mehr als

vervierfacht. Ich wiederhole: Die Grundgesamtheit hat sich verdoppelt, und die Anzahl der Tatverdächtigen hat sich vervierfacht.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen müssen Ihnen doch zu denken geben.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann vergleichen Sie die richtigen Gruppen miteinander! Vergleichen Sie nicht Äpfel mit Birnen!)

Das habe ich mir doch nicht aus den Fingern gesaugt. Wir haben hier ganz offensichtlich ein Problem mit Menschen aus bestimmten Herkunftsländern. Und diese Menschen sind, um es ganz klar zu sagen, keine Japaner und keine Dänen. Das sind überwiegend Iraker, Afghanen und Syrer, um einmal die drei wichtigsten Länder zu nennen.

Darauf hinzuweisen, ist nicht Nazi; das ist nicht Hetze;

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist unsägliche Hetze!)

das ist nicht rassistisch; das ist noch nicht einmal verfassungsfeindlich. Das ist schlicht und einfach das Benennen einer unbequemen Wahrheit.

(Beifall bei der AfD - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Rassismus!)

In der Statistik des Bundeskriminalamtes findet sich noch ein anderer interessanter Hinweis, nämlich, dass 20 Prozent der Opfer Männer sind. In diesem Zusammenhang habe ich mir die Frage gestellt, ob der Begriff „Frauenhaus“ unter dem Gesichtspunkt gendergerechter Sprache noch so ganz auf der Höhe der Zeit ist. Jede Praktikumsstelle wird ja heute mit „männlich/weiblich/divers“ ausgeschrieben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Frauenhaus ist doch keine Praktikumsstelle, oder?)

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie eine Schutzeinrichtung für die Opfer partnerschaftlicher Gewalt in der heutigen Zeit noch einfach „Frauenhaus“ nennen wollen.

Aber das ist ein vermintes Terrain. Insofern will ich mich dazu nicht äußern.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann lassen Sie es einfach sein, sich dazu zu äußern!)

Das überlasse ich lieber den Ratsmitgliedern direkt vor mir und auf der linken Seite des Saales. Das sind ja die Fraktionen mit der höchsten sprachpolizeilichen Kompetenz in diesem Rat.

Um hier aber keinen Zweifel aufkommen zu lassen, meine Damen und Herren: Wir als AfD-Fraktion unterstützen die Planungen für ein weiteres Frauenhaus.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf können wir auch verzichten!)

Gewalt in der Partnerschaft, egal wer das Opfer ist, geht gar nicht, geht überhaupt nicht.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die zunehmende Gewalt gegen Frauen in unserer Stadt nicht zuletzt auch eine Folge der unkontrollierten Massenmigration kulturfremder Menschen in unsere Sozialsysteme ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Stephan Boyens (AfD): Ein Satz noch. - Die Kosten für das dritte und demnächst auch für das vierte Frauenhaus in dieser Stadt dürfen Sie daher getrost unter den Folgekosten der Flüchtlingskrise verbuchen. Jedes Ratsmitglied, das heute für diesen Antrag stimmt, sollte sich dessen gewahr sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Widerlich!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau, würden Sie noch zwei Sätze dazu sagen? Ich glaube, das reicht dann aber auch.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Die Verwaltung begrüßt ausdrücklich diesen Wunsch und die Realisierung eines weiteren Frauenhauses.

Wir weisen allerdings auf Folgendes hin: Der Bund hat gerade ein neues Förderprogramm beschlossen und auch in der Höhe festgelegt. Die Förderbedingungen stehen aber noch nicht fest. Sie werden voraussichtlich zur Jahresmitte 2020 festgesetzt sein, ebenso wie die Förderbedingungen des Landes. Auch das Land wird sich erheblich stärker beteiligen.

Deshalb schlagen wir verwaltungsseitig vor, dass Sie in den zu fassenden Beschluss die Maßgabe mit aufnehmen, die Ergebnisse der Festsetzungen der Landes- und Bundesförderbedingungen mitzuberücksichtigen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht mit drin!)

- Genau.

Ich möchte ferner darauf hinweisen, dass in der Tat Frauenhäuser erheblich von der Anonymität und der Nichtbekanntheit der Adresse leben. Vor diesem Hintergrund liegt uns daran, eine Namensgebung, auch wenn das gelegentlich anders geschieht, nicht zu realisieren, weil die Häuser so wenig wie möglich erkennbar sein sollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Reker! Lieber Herr Rau, ich habe eine Nachfrage zu Ihrem Statement. Sie haben gerade gesagt, dass Sie die Förderrichtlinien von Land und Bund abwarten möchten. Das kann ich grundsätzlich nachvollziehen. Aber Sie machen sich trotzdem selbstverständlich jetzt schon auf den Weg und suchen nach einem Grundstück oder einer Immobilie, die wir umbauen können, sodass wir, wenn die Förderrichtlinien dann vorliegen, bereits parat stehen und direkt agieren können? Das ist mir heute sehr wichtig, damit das Ganze nicht noch weiter verschleppt wird.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg, „abwarten“ hat er nicht gesagt.

Birgitta Nesseler-Komp (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zu diesem Thema eine persönliche Erklärung abzugeben. Ich bin entsetzt über die Worte, die hier gefallen sind. Ich weiß nicht, wie der Herr heißt. Den Namen habe ich leider vergessen. Das muss man sich in dem Zusammenhang wirklich nicht merken.

Es ist eine Unverschämtheit,

(Lebhafter Beifall)

so mit diesem Thema umzugehen. Emotional bewegt mich das jetzt extrem. Alle Fraktionen, alle hier stehen dahinter, egal, ob man im Vorfeld noch andere Meinungen hatte. Und dann kommt jemand daher und versucht, dieses Frauenhaus zu nutzen, um Personen einzukategorisieren. Das ist eine Unverschämtheit.

Frauen sind Frauen. Jede Frau, egal welche, die Gewalt erfährt, hat dort Schutz zu finden. Woher sie kommt und wer das ist, ist völlig egal.

Das bewegt mich jetzt wirklich. Deshalb habe ich mich gemeldet. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben. - Und Sie brauchen mir gar nicht zuzuhören.

(Lebhafter Beifall - Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir haben kein Problem mit Syrern! Wir haben ein Problem mit der AfD!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt zunächst über den Änderungsantrag der AfD abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktionen von CDU, Grünen und FDP und der Ratsgruppe GUT.

(Michael Paetzold [SPD]: Mit der Ergänzung von Herrn Dr. Rau?)

- Meines Erachtens steht das in dem Antrag drin. Aber ich kann gerne noch einmal nachgucken. - Hier steht - der Antrag liegt Ihnen ja allen vor - als Punkt 3 des Beschlussvorschlags:

> Ebenfalls wird die Verwaltung beauftragt, Fördermittel im Rahmen des am 1. Januar 2020 startenden Bundesinvestitionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ zu beantragen. Die Verwaltung wird dann auch gebeten, mit dem Land NRW Gespräche über die Bezuschussung der Betriebskosten für ein drittes Frauenhaus in Köln aufzunehmen.
>
> (Michael Paetzold [SPD]: Das ist etwas anderes, als Herr Dr. Rau gesagt hat! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir stimmen das so ab!)

- Nach meiner Wahrnehmung hat er ja nicht gesagt: Wir warten das ab. - Das wäre auch un-

möglich. Es ist doch klar, dass wir so schnell wie möglich tätig werden und diese Fördermittel berücksichtigen.

Ich stelle also den Ursprungsantrag in der ursprünglichen Form zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

4. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung einen Prozess anzustoßen, um dem dritten Kölner Frauenhaus den Namen einer Frau zu geben, die selber Opfer von Gewalt geworden ist. Folgende Namen bieten sich hierfür an:

1. Sabatina James

2. Hatün Sürücü

3. Canan Yüksel

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Antrag

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. Der Rat befürwortet die Etablierung eines barrierefreien dritten Frauenhauses mit der Aufnahmemöglichkeit für Jungen über 12 Jahren. Die Verwaltung wird daher beauftragt ein entsprechendes Grundstück oder eine bestehende Immobilie zu suchen und die genauen Investitionskosten zu ermitteln. Der Sachstand ist dem Ausschuss Soziales und Senioren sowie dem Liegenschaftsausschuss zu berichten.

2. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt beim Land NRW den entsprechenden Bedarf für die Errichtung und eine Bezuschussung des Betriebs anzumelden und eine Förderung im Rahmen des experimentellen Wohnungsbaus der Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB) des Landes Nordrhein-Westfalen zu beantragen.

3. Ebenfalls wird die Verwaltung beauftragt, Fördermittel im Rahmen des am 1. Januar 2020 startenden Bundesinvestitionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ zu beantragen. Die Verwaltung wird dann auch gebeten, mit dem Land NRW Gespräche über die Bezuschussung der Betriebskosten für ein drittes Frauenhaus in Köln aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Antrag auf KVB-Netzkarte auf Probe für Bürgermeister Andreas Wolter“ AN/1686/2019

Ich gebe Herrn Tritschler das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das macht ja heute keiner mehr gerne; aber ich oute mich an dieser Stelle: Ich fliege gerne, auch und gerade innerdeutsch.

Es ist schneller. Es ist billiger. Ja, es ist sogar sicherer als das Bahnfahren - schon alleine deshalb, weil an einem Flughafen die Gefahr, in das Messer eines jungen Mannes zu laufen,

(Unruhe)

weit geringer ist als an einem durchschnittlichen deutschen Bahnhof.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zum Thema.

Sven Tritschler (AfD): Ich spreche zum Thema, Frau Oberbürgermeisterin. - Und wer die Freitagmittags-Bahnhölle aus fehlenden Reservierungsanzeigen, umgekehrten Wagenreihungen, Signalstörungen und Störungen im Betriebsablauf auch nur einmal erlebt hat, dem kommt sogar der Sitz bei Ryanair wie ein Gnadenerweis vor.

Mit dieser Einstellung bin ich offenkundig auch nicht alleine. Die Forschungsgruppe Wahlen hat im Juni dieses Jahres ermittelt, dass die Anhänger der Grünen häufiger fliegen als die Anhänger jeder anderen Partei. Zu ihrer Ehrenrettung sei aber gesagt: Sie haben dabei zumindest das schlechteste Gewissen. Immerhin!

Auch an der Spitze unserer Stadt ist die grüne Lust am Fliegen offenbar ausgeprägt. So flog der grüne Bürgermeister Wolter 2017 bis 2019 ganze 19-mal und damit sogar viermal mehr als die Oberbürgermeisterin. Die Destinationen: Nicaragua, Peru, Jericho - und dann auch noch Südafrika, um dort an einem Klima-Workshop teilzunehmen. Aber ich bin mir sicher: Auf Herrn Wolter haben da alle nur gewartet, und dem Klima ist jetzt echt geholfen.

(Beifall bei der AfD)

Für das ökologische Seelenheil haben Sie ja letztes Jahr vorgesorgt. Der Kölner Steuerzahler, der größtenteils diese fernen Länder nie sehen wird, darf jetzt zu jeder Flugreise auch noch einen Ablassbrief kaufen, ein sogenanntes CO_2-Zertifikat. Das nützt dem Klima zwar wenig. Aber immerhin können Sie gut schlafen, wenn Sie in der Südsee weilen.

So ist das halt bei Airline-Andreas und all den anderen grünen Pharisäern mit Lufthansa-Senator-Status: Dem Volk gönnt man nicht einmal mehr den Sommerurlaub auf Mallorca. Aber selbst greift man beherzt zu - insbesondere dann, wenn der Steuerzahler dafür zahlt.

Wir schlagen Herrn Wolter - und nicht nur ihm - vor: Machen Sie das, was Sie von anderen verlangen. Lassen Sie den Dienstwagen stehen. Nehmen Sie die KVB, auch wenn es dort überfüllt, schmutzig, unpünktlich, gefährlich und nicht einmal besonders billig ist. Und fahren Sie Bahn, auch am Freitag und am besten in der 2. Klasse, damit Sie sehen, was Sie von anderen Menschen, von den Bürgern unserer Stadt, so lautstark verlangen.

Die Reisen nach Rio de Janeiro auf Kosten der Stadt lassen Sie am besten ganz. Es ist schließlich Klimanotstand, wie es dieses Haus hier ja mit großer Mehrheit beschlossen hat.

(Beifall bei der AfD)

Ich glaube nicht, dass Herr Bolsonaro Herrn Wolter, Frau Reker oder sonst wen aus diesem Rathaus besonders vermissen würde.

Also: Was soll es sein, Klima über alles oder doch lieber Dienstwagen und Boeing? Beides kann es nach Ihrer Meinung ja für die Menschen draußen nicht geben. Warum sollen für die Menschen in diesem Haus andere Regeln gelten?

Machen Sie sich endlich ehrlich, oder hören Sie auf, die Bürger unserer Stadt vom hohen Ross zu belehren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich hatte mir Notizen gemacht. Aber nach dem, was wir hier gerade in zwei aufeinanderfolgenden Reden geboten bekommen haben, kann ich nur sagen: Diese Art und Weise der Verächtlichmachung des Kölner Stadtrates und der demokratischen Institutionen können wir nur gemeinschaftlich ablehnen. Das ist nicht akzeptabel.

(Lebhafter Beifall)

Die Anträge, die Begründungen und die Reden triefen vor Verachtung nicht nur eines der Repräsentanten unserer Stadt und dieses Rates, nämlich Andreas Wolter, sondern auch der anderen Bürgermeister, der gewählten Stadträte und der von uns repräsentierten Bürgerinnen und Bürger insgesamt.

So kann man mit Demokratie und mit demokratischen Strukturen nicht umgehen. Damit diskreditieren Sie auch sich selbst, meine Herren da hinten in der letzten Reihe.

(Beifall)

Herr Tritschler, Ihre Äußerungen sind auch im Inhaltlichen völlig inakzeptabel, was das Eingehen auf das Thema „Klima und Klimaschutz“ betrifft, mit dem Sie als AfD nun einmal auch bundesweit überhaupt nichts am Hut haben. Ganz im Gegenteil: Sie leugnen, dass wir überhaupt ein Klimaproblem haben. Sie machen dieses Thema verächtlich. Sie kommen mit den krudesten Theorien.

Dass ausgerechnet Sie hier das Klima bemühen und in Ihrem Antrag im Kontext des Andreas Wolter thematisieren, ist an Zynismus nicht zu überbieten. Denn damit verhöhnen Sie alle Men-

schen, die sich ernsthaft mit der Klimakrise beschäftigen und dieser Herausforderung mit ernsthaften politischen Mitteln begegnen wollen. Auch das ist nicht akzeptabel.

(Beifall)

Ich kann nur feststellen: Wieder einmal machen Sie Menschen, Themen, alles, was Ihnen unterkommt, verächtlich.

So agieren wir nicht - bei allen politischen Unterschieden, die wir hier im Rat haben. Das ist ja heute an der einen oder anderen Stelle noch einmal deutlich geworden. Es ist aber auch sehr deutlich geworden, an welchen Stellen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger in diesem Rat zusammenstehen. Gemeinsam beschäftigen wir uns in demokratischen Strukturen unseres Gemeinwesens. Wir nehmen uns ernst.

Sie hingegen sind hier nur auf billigen und demokratiegefährdenden Politikklamauk aus. Das werden wir so nicht weiter hinnehmen. Dem kann ich mich nur in aller Deutlichkeit entgegenstellen.

Ich kann an dieser Stelle für alle demokratischen Parteien dieses Hauses sagen: Sowohl den Antrag als auch Ihre Haltung lehnen wir definitiv ab.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung für eine Pilotphase befristet bis zur Kommunalwahl 2020 für Bürgermeister Andreas Wolter ein Jobticket zur Verfügung zu stellen. Sollte die Pilotphase positiv verlaufen, werden ab der nächsten Kommunalwahl auch für die übrigen Bürgermeister und Dezernenten Jobtickets der KVB bereitgestellt. Dienstwagen und Fahrer werden mit Beginn der neuen Wahlperiode für diesen Personenkreis dann abgeschafft.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß
abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Frischezentrum; Klarheit schaffen“
AN/1688/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.
AN/1737/2019

Ich gebe als Erstem Herrn Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Verlaub: Das ist jetzt der vierte Anlauf, diesen Antrag, der schon aus dem Juli 2019 stammt, nun als Hauptantrag diesem Rat zur Beratung und Abstimmung vorzulegen.

Beim letzten Mal erfolgte qua Geschäftsordnung keine Abstimmung. Ich weiß gar nicht, ob das rechtens war. Zumindest kenne ich eigentlich die Reihenfolge, dass erst über den Änderungsantrag und dann über den Hauptantrag abgestimmt wird. Aber beide Anträge sind per Geschäftsordnung übergangen worden. Wie gesagt, weiß ich nicht, ob das rechtens war. Vielleicht kann Herr Dr. Keller oder jemand aus der Verwaltung mir dazu gleich etwas sagen.

Dennoch hebe ich einmal an. Vorweg möchte ich etwas zu dem Standort Marsdorf sagen. Ihnen allen sind in den letzten Tagen Unterlagen zugegangen, die eine Bürgerinitiative zusammengestellt hat. Der Hinweis auf diese Unterlagen und das, was darin steht, erscheint mir außerordentlich wichtig. Denn der im Jahr 2007 - da war ich noch nicht im Rat - gefasste Ratsbeschluss, den Standort Marsdorf in die engere Planung zu nehmen, ist nach meinem Dafürhalten aufgrund dieser Unterlagen obsolet.

Dieser Beschluss kann nämlich keine Gültigkeit haben, weil der Rat auf der Basis völlig falscher, ich sage einmal klar, geschönter Ergebnisse abgestimmt hat. Marsdorf kam bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, die übrigens ausgesprochen minimalistisch ausgefallen ist, auf den letzten Rang. In der Anlage zum Beschluss - damit meine ich die Matrix oder Übersicht, in der die vier Standorte verglichen wurden - wurde Marsdorf allerdings auf den ersten Platz gesetzt. Bei der

Umweltverträglichkeitsprüfung wurden dem Standort Marsdorf klimatechnisch und auch lagetechnisch sieben Minuspunkte und nur drei, ich sage einmal, Nullpunkte, weder plus noch minus, zugewiesen. In der Matrix erscheint Marsdorf aber immer mit diesen Nullpunkten und ist deshalb an die erste Stelle gerückt.

Nach meinem Dafürhalten ist das ein krasser Fehler. Da die Umweltverträglichkeitsprüfung dem Rat nicht zur Einsicht gegeben worden ist, unterstelle ich einmal, ist das hier niemandem aufgefallen.

Ich sage Ihnen: Marsdorf ist für mich vom Tisch.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu meinem Antrag: Weil ich letzthin schon etwas dazu gesagt habe, will ich es jetzt verhältnismäßig kurz machen. Ich bin ein absoluter Gegner der Art und Weise, in der die Mehrheit im Rat mit den Kaufleuten am Großmarkt umgeht. Es dürfte wirklich einmalig in Deutschland sein, dass eine Stadt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor und Versorger durch bloßes Nichtstun ins existenzielle Jenseits befördert.

Niemand in der Verwaltung, noch nicht einmal das eigentlich verantwortliche Marktamt, kann derzeit Aussagen über die Nutzer- und Mieterstrukturen des Marktgeländes treffen.

Niemand im Rat hat sich bisher Gedanken darüber gemacht, welchen Verlauf die Gewerbesteuereinnahmen und die Arbeitsmarktzahlen auf dieser Fläche in den Jahren von 2010 bis heute genommen haben.

Derzeit betreiben auf dem Gelände in Raderthal circa 110 Lebensmittel- und Gemüsehändler ihr Geschäft, einschließlich Zubehörhandel. Der Großmarkt ist *die* Einkaufsquelle und *der* Logistiker für Wochenmarktbetreiber, insbesondere für Hotellerie und Gastronomie, aber auch für freie und filialisierende Lebensmittelhändler; denn er ist letztendlich auch ein Drehkreuz für große Sendungen und ein Zwischenlagerort. Circa 2 000 Menschen arbeiten dort in Vollzeit- und auch in Teilzeitbeschäftigung.

Ich sage nur - das ist auch Bestandteil meines Antrags -: Die Kaufleute brauchen Perspektiven. Sie brauchen Planungssicherheit für ihr Geschäft, ihre Mitarbeiter und ihre Kunden. Diese Leute leben davon. Das sind deren Existenzen. Sie beschäftigen auch Menschen.

Deshalb beantrage ich, dass die Stadt Köln die neu gegründete Wirtschaftsförderungs-GmbH zusammen mit den Kaufleuten ein Konzept ausarbeiten lässt und dass die Ansiedlung eines privatwirtschaftlichen Zentrums an anderer Stelle als Marsdorf konzipiert wird.

Ich betone nochmals: Wir wollen kein stadteigenes Frischezentrum. Aber wir wollen den Kaufleuten, die bereit sind, das mitzutragen, und möglicherweise einen Investor finden, die Chance geben, einen Großmarkt an anderer Stelle als in Marsdorf zu betreiben.

Der Dialog mit den Kaufleuten muss eine konstruktive und professionelle Qualität bekommen. Das hat er derzeit überhaupt nicht. Gegenseitige Wartestellungen ohne Dialoge sind absolut nicht förderlich.

Den Ersetzungsantrag der SPD muss ich insofern ablehnen, als dass er den Standort Marsdorf und einen stadteigenen Betrieb betrifft. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, ich würde Ihnen gerne - Sie können auch ruhig zum Platz gehen - eine Antwort auf Ihre Frage geben. Ich zitiere aus der Geschäftsordnung:

> § 18 Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung (Erledigung)
>
> …
>
> (2) Wird dem Antrag

- auf Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung -

> stattgegeben, so gilt der Tagesordnungspunkt ohne Abstimmung als erledigt. …

Änderungsanträge hängen an dem Ursprungsantrag. Deswegen gilt das für die Änderungsanträge auch.

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln]: Danke!)

Jetzt hat Herr van Geffen das Wort.

Jörg van Geffen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin in gewisser Weise froh darüber, dass wir heute noch einmal die Gelegenheit haben, das Thema Frischezentrum miteinander zu besprechen. Denn ich war nach der letzten Sitzung, bei der

die Ratsmehrheit den entsprechenden Tagesordnungspunkt mit einer ziemlichen Unverfrorenheit abgeräumt hat, weil ihr das Thema schlicht unangenehm ist, wirklich entsetzt.

Einer notwendigen Debatte auszuweichen, indem man den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt beantragt, ist einfach unter Ihrem Niveau, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün und Schwarz.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

So sollten die demokratischen Kräfte in diesem Rat nicht miteinander umgehen.

Zur Sache an sich: An der Position der Sozialdemokratie hat sich nichts geändert. Daher wird es nicht verwundern, dass wir Ihrem Antrag, Herr Wortmann, nicht zustimmen können.

Für uns stellt ein leistungsfähiges und passend dimensioniertes Frischezentrum einen elementaren Bestandteil der Daseinsvorsorge für unsere Stadt dar. Deshalb fordern wir die Verwaltung mit unserem Ersetzungsantrag auf, nun wirklich, um es salopp auszudrücken, in die Puschen zu kommen. Wenn man bedenkt, dass der Betrieb in Marsdorf ursprünglich bereits im Jahr 2020 starten sollte und heute noch nichts Greifbares auf dem Tisch liegt, geschweige denn der Grundstein gelegt ist, muss man sagen: Das ist nicht nur bedauerlich; es ist im Grunde unerträglich.

Dem Beschluss des Rates von 2007 - ich wiederhole: 2007 -, den Großmarkt nach Marsdorf zu verlagern, ist seinerzeit eine intensive Standortsuche vorausgegangen. Dieser Rat hat dann 2016 - da war ich auch schon dabei - noch einmal bekräftigt, dass das deutlich kleiner dimensionierte Frischezentrum im Gewerbegebiet Marsdorf errichtet werden soll. Und schon damals wurden klare Arbeitsaufträge an die Verwaltung adressiert.

An dieser Stelle: Selbstverständlich gehört für uns dazu, eine aktuelle Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Das gehört zum B-Plan-Verfahren schlicht und einfach dazu.

Es ist doch so: Wir haben eine unmissverständliche Auftrags- und Beschlusslage. Aber selbst bei bestem Willen ist seit geraumer Zeit überhaupt kein Projektfortschritt erkennbar. Die Schockstarre, in der die Verwaltung hier offenbar verharrt, hätten wir gerne bereits im Sommer dieses Jahres auf der Grundlage unseres damaligen Antrages beendet.

Zwischenzeitlich geführte Gespräche mit der Verwaltung, Hinweise aus der Presse - Frau Blome wird im August 2019 im *Kölner Stadt-Anzeiger* mit dem Hinweis zitiert, man sei im Zeitplan - und diverse Mitteilungen der Verwaltung wollen vordergründig beruhigen. Allein, sie überzeugen nicht.

Wir möchten daher heute auf den Weg bringen, dass die Verwaltung uns dezidiert darlegt und erläutert, wie sie die zeitgerechte Erledigung aller ausstehenden Aufträge eigentlich sicherstellen möchte. Das ist genau das, was wir von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, in diesem wichtigen Projekt erwarten: dass Sie die Umsetzung voranbringen und sicherstellen.

Und ist es nicht eine vornehme Verantwortung und Pflicht des Rates, sich um beschlossene Projekte angemessen zu kümmern? Wir können und wollen doch nicht Beschlüsse fassen, um dann achselzuckend zur Kenntnis zu nehmen, dass nach den Beschlüssen nichts mehr passiert.

Insofern müsste der Ihnen heute vorliegende SPD-Antrag doch auf breite Unterstützung stoßen - es sei denn, die Fraktionen von CDU und Grünen begrüßen die aktuelle Untätigkeit der Verwaltung und wollen sie gar nicht beenden.

Alle in diesem Saal wissen aber, dass wir eben nicht mehr unendlich viel Zeit haben. Spätestens Mitte der 20er-Jahre wird der bisherige Großmarkt zwingend der Parkstadt Süd weichen müssen. Die Händler am Großmarkt, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Unternehmen unserer Stadt, für die das Frischezentrum ein wichtiger Lieferant ist, brauchen deshalb nun endlich Klarheit.

Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht, und sorgen Sie mit der Verwaltung für diese dringend notwendige Klarheit, Frau Reker.

Werden auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Grün, dieser Verantwortung gerecht. Arbeiten Sie sich an dieser Stelle bitte ausnahmsweise einmal nicht reflexhaft an der SPD ab, und stimmen Sie unserem Ersetzungsantrag zu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder erstaunlich, wie die Sozialdemokraten hinsichtlich des Zeitfaktors vorgehen. Es war noch - das möchte ich an dieser Stelle wieder einmal betonen - Ihre Wirtschaftsdezernentin Ute Berg, die über Jahr und Tag gar nichts mit dem Projekt gemacht hat.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sie ist aber schon lange weg!)

- Genau, sie ist weg. Aber seit dem Originalbeschluss, als das Projekt erstmalig aufgesetzt wurde, ist bis heute ja nun einige Zeit vergangen.

In dieser Zeit haben sich auch einige Rahmenbedingungen - Herr Detjen, Sie waren ja auch bei der Informationsveranstaltung mit den Markthändlern dabei - geändert. Man muss einfach auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir andere Rahmenbedingungen haben. - Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Wir brauchen nicht in jeder zweiten Ratssitzung noch einmal Dinge zu beschließen, die wir bereits beschlossen haben.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das ist auch etwas, was Dinge nicht besser macht.

Was an dieser Sache schwierig ist, ist die Gemengelage. Denn wir haben hier keine Situation, die einfach nach nationalem Recht zu regeln ist, sondern wir haben hier Beihilfevorgaben, die geklärt werden müssen, und auch Rahmenbedingungen, in denen das abgewickelt wird.

Das Beihilferecht sieht gewisse Leitplanken vor. Sie sind allerdings auch relativ eng. Wenn man feststellt, dass man irgendwo an seine Grenzen kommt, ist man gut beraten, dass man, bevor man eine Investition von 100 Millionen Euro tätigt - und das sind ja die Größenordnungen, die hier im Raum stehen -, noch einmal sehr genau prüft, was da beihilferechtlich herauskommt.

Wir haben in dieser Stadt schon einen anderen Fall gehabt, in dem man auch erst entschieden hat und hinterher dann feststellen musste: Oh, beihilferechtlich geht das leider nicht.

Insofern muss hier noch einmal sehr sauber geschaut werden, wie das entsprechend zu entwickeln ist.

Es ist ja auch nicht so, dass in den letzten Monaten nichts passiert wäre. Auch die SPD-Vertreter waren in die Gesprächsrunden zwischen Verwaltung und Markthändlern involviert. Dort haben wir ja sehr intensiv über die Rahmenbedingungen diskutiert. Das muss jetzt geordnet und entsprechend aufbereitet werden.

Auch auf der Händlerseite sind unverändert noch einige Fragen offen, die dort geklärt werden müssen. Das hängt einerseits immer noch mit der erforderlichen Größe zusammen, aber andererseits auch mit der Frage der wirtschaftlichen Tragfähigkeit: Welche Mieten können überhaupt getragen werden? In welcher Größenordnung kann sich das Ganze abspielen?

Denn was wir nicht haben wollen, ist eine Investitionsruine, die dann da steht und hinterher eine andere Nutzung bekommt, die wir vielleicht alle gar nicht haben wollen.

An dieser Stelle ist uns wichtig, dass bestimmte Dinge in der Tat im Fachausschuss vorgelegt werden. Deshalb würden wir den SPD-Änderungsantrag gerne wie folgt ersetzen:

> Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses - oder zu einer der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses - zu folgenden Sachverhalten eine Mitteilung vorzulegen:
>
> 1. in welchem zeitlichen Ablauf die beschlossene Schaffung des Planungs- und Baurechtes (Änderung Flächennutzungsplan: Offenlage Änderung, Satzungsbeschluss und Genehmigung durch Bezirksregierung; Bebauungsplan: Vorgabenbeschluss, Beteiligung TöB, Offenlage, Satzungsbeschluss) sichergestellt wird;
> 2. den zeitlichen Fahrplan für konzeptionelle Planungen einschließlich einer Kostenkalkulation für die Immobilie Frischezentrum vorzulegen;
> 3. einen Zeitplan für die Entwicklung eines Betriebs- und Trägerkonzeptes in Kooperation mit den Frischezentrum-Akteuren vorzulegen.

Das sind die Themen, die in den Wirtschaftsausschuss gehören. Wir würden den Änderungsantrag gerne durch diese Passagen ersetzen und bitten Sie dann natürlich auch um Zustimmung; denn ganz weit ist das von Ihrer Intention ja auch nicht entfernt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Frank das Wort.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] übergibt Oberbürgermeisterin Henriette Reker eine Unterlage - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Können Sie das bitte noch einmal vorlesen?)

- Das lese ich gleich vor, wenn ich darüber abstimmen lasse. Dann ist es noch einmal ganz frisch.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Bitte vorher! Man muss ja einmal darüber nachdenken! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] übergibt Jörg Detjen [DIE LINKE] eine Unterlage - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Danke schön!)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist ja papiersparend; denn wir haben es jetzt mündlich eingebracht. - Aber erst einmal von vorne:

Frau Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Wir reden jetzt offenbar brauchtumsmäßig in jeder Sitzung über den Großmarkt. Dass uns das weiterbringt, bezweifle ich. Aber man kann es nicht ändern; denn jeder ist frei, Anträge zu stellen.

Wie mir aufgefallen ist, beinhaltet der heute vorliegende Antrag von Herrn Wortmann im Unterschied zu dem Antrag, den er am 7. November dieses Jahres gestellt hat, genau das nicht, was er ja beklagt hat, nämlich Marsdorf. In seinem jetzigen Antragstext taucht das Wort „Marsdorf“ nicht mehr auf. Heute möchte er im Kern ein privat finanziertes Modell für einen Frischemarkt in die Wege leiten.

Auch dazu gibt es schon seit geraumer Zeit eine Antwort. Sie lautet, dass der Betrieb eines Frischezentrums - und davon gibt es in der Bundesrepublik 18, die kommunal betrieben werden - eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge ist, die sich mit den Stichworten der Lebensmittelvielfalt, bei uns auch der Oberzentrumsfunktion, der Versorgungssicherheit und der regionalen Erzeugung beschreiben lässt. Diese Stichworte werden auch zum Beispiel in einem der Gutachten, die sich damit befassen und in den letzten Jahren dazu erstellt worden sind, als Kriterien dargelegt.

Insofern haben wir hier keine neue Lage. Vielmehr ist es tatsächlich folgendermaßen: Ein Frischezentrum kann von einer Stadt errichtet werden und auch alleine betrieben werden, aber auch durch jemand anderen.

Des Weiteren finden wir hier einen Änderungsantrag der SPD vor, der aber auch nicht so gestrickt ist, dass man jetzt sagen könnte, er wäre einfach so zustimmungsfähig. Denn er versucht, bestimmte Dinge schon mit zu transportieren, über die wir noch nie geredet haben. Zum Beispiel: Wer betreibt dieses Frischezentrum? Ist das eine Genossenschaft, beispielsweise der Markthändler oder einer anderen Kombination? Oder sind es einzelne Mietverträge? Oder ist es die Stadt?

Insofern ist gerade auch die Frage des Betriebs- und Trägerkonzeptes noch offen. Das muss man dann auch so benennen und kann es jetzt nicht per Antrag für geklärt halten.

Das Einzige, was wir haben, ist Folgendes - und das ist sichergestellt -: Wir haben ein siebenjähriges Verfahren gehabt, um einen Standort auszuwählen. Das ist damals sehr intensiv gemacht worden. Dabei ist letztendlich Marsdorf herausgekommen. Das ist aber schon im Jahre 2007 letztendlich entschieden worden. Wir haben Beschlusslagen, die festhalten, dass der Großmarkt Ende 2023 verlagert werden soll. Das haben wir im letzten Jahr beschlossen. Außerdem haben wir bestimmte Rahmenbedingungen beschlossen.

Eine dieser Rahmenbedingungen ist aus meiner Sicht - und wahrscheinlich bin ich damit nicht alleine - allerdings schwierig. Der damalige Auftrag, dass die Gebäudewirtschaft das alles machen soll, ist nämlich nicht realistisch. Deswegen wollen wir auch über andere Modelle reden.

Das bedeutet auch, dass die Fragen, die in den Informationsgesprächen zwischen der Verwaltung, den Markthändlern und den politischen Kräften, die sich für diesen Großmarkt positiv interessieren, diskutiert worden sind, jetzt einer Klärung bedürfen. Denn es reicht ja nicht aus, nur Planungs- und Baurecht zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich sinnvoll, über die Punkte „Schaffung des Planungs- und Baurechtes“, „konzeptionelle Planung und erste Kostenkalkulation“ und „Entwicklung eines Betriebs- und Trägerkonzeptes“ im Fachausschuss zu sprechen.

Deshalb möchten wir heute beantragen, die Verwaltung zu beauftragen, für den Wirtschaftsausschuss die entsprechenden Fakten und Daten zu diesen drei Punkten darzustellen. Es geht also um den zeitlichen Ablauf für das Planungs- und Baurecht mit den einzelnen Stufen, den zeitlichen Fahrplan für die konzeptionelle Planung und selbstverständlich auch den zeitlichen Plan für die Entwicklung des Betriebs- und Trägerkonzeptes, um alle Akteure, die sich hier stark engagieren - natürlich die Großmarkthändler, aber auch die Industrie- und Handelskammer, die an dieser Stelle immer eine sehr konstruktive Rolle einnimmt -, zusammenzuführen, aber auch in eine gewisse Pflicht zu nehmen, dass jetzt diese einzelnen Punkte abgearbeitet werden.

Denn eines ist sicherlich richtig - da haben wir, glaube ich, breiten Konsens -: Man kann die Dinge nicht einfach auf sich beruhen lassen und glauben, es würde etwas von selbst passieren. Jetzt muss tatsächlich das nächste Jahr genutzt werden, um hier eine entsprechende Beschleunigung zu bekommen.

Deshalb möchte ich alle, die an einem Frischezentrum als neuer Infrastruktur interessiert sind, bitten, diesen Auftrag an die Verwaltung für den Wirtschaftsausschuss mitzutragen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Jetzt behandeln wir ein so wichtiges Thema, und dann bekommt man einen solchen Zettel herübergereicht. Das ist - -

(Bernd Petelkau [CDU]: Was für einen Zettel?)

Leute, wenn wir über 100 Millionen Euro - da hat Herr Petelkau ja recht - reden, kann man doch eine solche Formulierung drei Stunden vorher bekommen, damit man einmal in Ruhe darüber nachdenken kann und zum Beispiel überlegen kann, ob Sie für Ihren Antrag überhaupt eine Mehrheit haben.

Denn jetzt müssen Sie zu den GUTen gehen und sagen: Hört mal zu; ihr müsst hier wieder dafür stimmen, weil wir sonst keine Mehrheit dafür haben. - Das ist ja ein übliches Verfahren, das Sie mit den GUTen praktizieren; und die machen das.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Detjen, ob wir das hinkriegen, ist unsere Sache! Das muss doch nicht die Sorge der LINKEN sein!)

- Lassen Sie mich doch auch einmal reden. Ich habe diesen Fresszettel gerade eben gekriegt. Auf diesem Zettel steht, was die Verwaltung alles machen muss.

Nur, meine Damen und Herren: Wir waren in der Beschlussfassung, die es ja bereits gibt, schon einmal weiter. Da war ja klar: Die Stadt ist dafür zuständig, diese Daseinsvorsorge darzustellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesen allgemeinen Satz haben wir ja in unserem Antrag stehen.

Herr Frank, würden wir jetzt Ihrem Antrag zustimmen, fielen wir hinter die alte Beschlussfassung zurück. Das können Sie doch, bitte schön, von uns nicht verlangen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Sehen Sie. Das ist genau das, was ich sage. Es ist ja schön, dass in die Sache jetzt Bewegung gekommen ist. Das ist ja schön, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Aber Sie können doch nicht ernsthaft von mir verlangen, dass ich, wenn Sie mir so einen Zettel geben, da jetzt zustimmen soll, obwohl Fakt ist - -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das verlangt doch auch keiner!)

- Okay. Wenn das Interesse so gering ist, dann machen Sie mir die Sache einfach.

(Zuruf von Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir haben versucht, in unserem Antrag darzustellen, dass die Stadt - -

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Ist das jetzt eine Rede, oder was?)

- Ja, das ist eine Rede; klar. Ich mache gerade eine Besinnungspause und versuche, mich auf die konstruktiven Zwischenrufe der Grünen zu konzentrieren und nachzudenken, wie man darauf jetzt reagieren soll.

Ich kann nur sagen: Es ist nicht besonders konstruktiv. Deswegen führt die Sache nicht weiter. Wir werden Ihrem Antrag deshalb nicht zustimmen. Wir sehen darin keinen Fortschritt.

Ich finde eines im Übrigen schade. Denn Sie haben bei der letzten Ratssitzung den Gedanken der gesunden Ernährung hineingebracht, Frau von Bülow. Diesen Gedanken finden wir gut. Darüber würden wir gerne mit Ihnen gemeinsam diskutieren. Wir fänden es gut, wenn die gesamte Stadtgesellschaft, die Kitas, die Schulen usw. über die Frage der gesunden Ernährung diskutieren würden. Das könnte nämlich eine zusätzliche Unterstützung für dieses Frischezentrum sein.

Das wollten wir in der Debatte vorschlagen. So großzügig scheinen Sie aber auch nicht zu sein. Sie wollen es lieber klein auf klein machen. Dann müssen Sie halt gucken, wie das wird.

Es ist wenigstens ein Hauch Bewegung in die Sache hineingekommen. Das kann aber auch ein Rückschritt sein, weil man dem Motto folgt, dass alles privat gelöst werden muss.

Diesen Punkt sehe ich genau andersherum, Herr Wortmann. Was Sie vorschlagen, ist ja absurd. Es soll privat gemacht werden, und dann soll die Stadt auch noch beraten, wie man das privatisiert. Dem zuzustimmen, können Sie doch nicht von uns verlangen.

Meine Damen und Herren, zwar ist Bewegung hineingekommen. So können wir dem aber leider nicht zustimmen.

Lassen Sie doch in Zukunft diese Manöver sein, damit man wenigstens ein bisschen früher über so etwas einmal nachdenken kann. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Der Kollege van Geffen sprach gerade von einer Schockstarre der Verwaltung. Herr van Geffen, ich würde das etwas anders auslegen. Ich habe immer das Gefühl, dass es eher eine Schockstarre der Politik ist, die wir hier erleben.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Auch hier zeigt sich wieder - auch an den ganzen Vertagungsgeschichten usw. usf. -, dass dieses Thema nicht klar im Wahlkampf benannt werden soll.

Seien wir doch einmal ganz ehrlich. Ich komme aus Lindenthal und weiß, dass dort die Debatte um den Standort geführt wird. Ich weiß auch, dass dort die Kollegen von CDU und Grünen einer anderen Meinung sind. Sie sind nämlich der Meinung, dass es nicht in Marsdorf stattfinden soll. Und hier wird wieder wachsweich hin und her diskutiert, und es wird gesagt: Wir haben schon einmal einen Beschluss für Marsdorf gehabt.

Aber auch heute haben Sie sich mit dem, was Sie uns gerade eben hier vorgelegt haben, um die Frage von Marsdorf, die im SPD-Antrag vorkommt, wieder ganz bewusst geschlichen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Sie haben doch schon wieder nicht Ja oder Nein gesagt und haben den ersten Absatz gestrichen. Das ist ja ganz klar. Ich weiß doch schon, wie der Wahlkampf wieder läuft, nämlich nach dem Motto: Wir haben im Rat einen Beschluss gefasst; die Kollegen vor Ort sind eigentlich anderer Meinung; wir schummeln uns um klare Aussagen herum. - Ich finde das einfach nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Dann werden andere Themen aufgemacht, beispielsweise die beihilferechtliche Debatte, die ich überhaupt nicht kleinreden möchte; sie ist bestimmt wichtig. Trotz alledem bin ich ganz sicher: Das wird - ich habe das jetzt schon zwei Wahlkämpfe mitgemacht - der dritte entsprechende Wahlkampf sein.

Die FDP hat aber eine klare Meinung. Ich werde sie jetzt noch einmal kurz - denn Sie kennen sie alle schon - zusammenfassen. Wir lehnen den Standort Marsdorf ab.

Walter Wortmann, das wird in deinem Antrag - da hat der Kollege Frank recht - nicht deutlich. Deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen können. Wir werden uns enthalten.

Bei der Frage der Betriebsform sind wir nicht festgelegt. Wir würden uns natürlich auch eher

eine private Form vorstellen, sind aber in der Tat nicht festgelegt.

Wir wünschen uns auch eine schnelle Entscheidung. Das Jahr 2007 ist hier schon mehrfach erwähnt worden. Eigentlich sind wir mit dieser Frage sogar noch länger zugange. Dabei haben wir eine Verpflichtung gegenüber den Händlern, eine Verpflichtung gegenüber den Leuten, die bei der Parkstadt Süd etwas entwickeln, und eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, in deren Umgebung ein Frischemarkt angesiedelt wird.

Insofern würde ich mir hier auch eine etwas freudigere Debatte wünschen.

Wie gesagt, würde ich die Schuld auch nicht unbedingt auf die Verwaltung schieben. Ich glaube, dass wir hier wirklich ein politisches Defizit haben.

Dem Ersetzungsantrag, den Sie uns hier vorgelegt haben, werden wir auch nicht zustimmen. Denn es ist eigentlich dasselbe, was ich schon immer erlebt habe. Früher waren es die Gutachten. Dann gab es ein Lärmgutachten, ein Verkehrsgutachten und noch ein Gutachten. Danach ging es um Konzepte. Jetzt gibt es ein Trägerkonzept und ein Betriebskonzept. Aber es wird immer wieder alles auf die lange Bank geschoben. Wie gesagt, schummeln Sie sich auch um die Frage des Standortes herum. Das machen wir nicht mit. Wir werden Ihren Ersetzungsantrag ablehnen.

Wir werden aber natürlich auch den Änderungsantrag der SPD ablehnen. Zwar können wir verstehen, dass Sie jetzt „Butter bei die Fische“ haben wollen. Politisch sind wir da aber unterschiedlicher Meinung. Ich finde, dass man damit auch umgehen kann. Damit kann ich besser umgehen als mit einer Situation, in der es immer wieder hin und her geht. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Ich bitte aber darum - hier fiel ja gerade der Begriff des Wahlkampfs -, die Situation, die ich in meiner Rede dargestellt habe, bezüglich der Bewertung des Standortes Marsdorf noch einmal zu klären. Niemand hat darauf Bezug genommen. Ich bitte heute um einen Hinweis, wie wir da verfahren werden. Denn hier ist ganz klar eine Falschbewertung erfolgt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gebe jetzt noch einmal der Verwaltung das Wort. Vielleicht - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nein! Der Antrag ist zurückgezogen worden!)

- Richtig. - Dass dann alles weg ist, habe ich Ihnen ja eben erklärt, Herr Wortmann.

Der Ursprungsantrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Anmerkung:
Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der mündlich vorgetragene Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben sich somit erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu:

3.1.8 Antrag der Gruppe GUT betreffend „Mobilitätsmesse in Köln“
AN/1689/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT
AN/1740/2019

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Entschuldigung. - Hallo?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Dann ist alles weg!)

Es war kein Antrag, Frau Oberbürgermeisterin Reker, sondern ein Hinweis in meiner Rede. Das ist nicht Bestandteil meines Antrags.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben gesagt: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Mein Hinweis auf die Falschbewertung des Standortes war nicht Bestandteil des Antrags, sondern Bestandteil meiner Rede. Und ich bitte, das zu klären. Sonst stelle ich für die nächste Ratssitzung erneut einen Antrag, um diesen Vorgang deutlich zu klären.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß nicht, ob Sie zweimal den gleichen Antrag stellen können. Ich glaube, dass das auch nicht möglich ist. Aber wir würden dann genau betrachten, was geschäftsordnungsmäßig möglich ist.

Und ich sage jetzt auch einmal so: Der Antrag der SPD-Fraktion ist ja zumindest in den letzten Punkten dem Antrag von CDU und Grünen nicht unähnlich. Das kann ja auch schon einmal ein Hinweis sein, wie die Verwaltung dann weiterarbeiten kann.

Herr Zimmermann, Sie haben das Wort.

(Zurufe: Wo sind wir denn jetzt?)

- Herr Zimmermann hat das Wort.

(Zurufe)

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich werde nicht zum Großmarkt sprechen.

(Zurufe)

- Ja, da gibt es Verwirrung. Der Antrag ist von Herrn Wortmann zurückgezogen worden. - Frau Reker, Herr Weisenstein meldet sich.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe eine Frage zur Geschäftsordnung. Es ist ein gemeinsamer Antrag vieler Fraktionen hier im Raum. In der Regel geht es doch nach der Größe der Fraktionen, die den Antrag einbringen. Insofern wundert es mich, dass Herr Zimmermann als Erster redet. Denn zumindest mit uns hat niemand über eine Änderung der Reihenfolge gesprochen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Heute stellen sich ja offensichtlich ganz viele Geschäftsordnungsfragen. Es geht um den Antrag, der uns hier vorliegt. Das ist der Antrag der Gruppe GUT. Deswegen spricht Herr Zimmermann.

(Christian Joisten [SPD]: Aber Herr Zimmermann ist auch Änderungsantragsteller! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Er hat zwei Anträge zu einem Tagesordnungspunkt gestellt! - Weitere Zurufe)

- Über die Auslegung der Geschäftsordnung diskutieren wir jetzt bitte nicht weiter. Herr Zimmermann hat den Ursprungsantrag gestellt und begründet ihn jetzt.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, da habe ich eine Frage. Darf Herr Zimmermann denn dann zweimal reden, einmal als Erster und einmal als Letzter, oder wie machen Sie das?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das muss ich mir nicht überlegen. Das möchte er gar nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Unsere Ratsgruppe GUT ist die Ursprungsantragstellerin, und ich glaube - das haben wir so beobachtet -, dass die Ursprungsantragsteller dann doch oft als Erste sprechen.

Es ist ja sowieso recht spannend. Dieser gemeinsame Antrag zur Mobilitätsmesse umfasst von der FDP bis hin zu uns doch ein sehr weites Spannungsfeld, was Mobilität angeht. Wir sind uns da auch nicht in allen Punkten einig. Dennoch ist es sehr schön, dass es zu diesem großen gemeinsamen Antrag gekommen ist, auch wenn wir ausdifferenzieren werden, was wir darunter verstehen.

Darauf, warum wir ihn gemeinsam stellen, was uns also eint, komme ich am Ende noch einmal zurück.

Am Anfang werde ich auf die IAA und den Verband der Automobilindustrie eingehen. Diese Passagen sind in der Tat aus dem Ursprungsantrag herausgeflogen. Ich nehme mir aber das Recht, sehr gerne etwas zur IAA und zum VDA zu sagen.

Im September dieses Jahres gab es in Frankfurt große Demonstrationen von „Sand im Getriebe“ und von „#aussteigen“, die ich persönlich sehr begrüßt habe. Meine herzlichen Grüße gehen hier an die Organisatoren all dieser Demonstrati-

onen, die übrigens auch vom Frankfurter SPD-Oberbürgermeister in seiner nicht gehaltenen Rede gelobt worden sind.

Die IAA steckt in einer Krise und ist auf einem absteigenden Ast. Die Ursache dafür hat Michael Herl von der *Frankfurter Rundschau* ziemlich gut kommentiert:

> Der längst überfällig gewordene Umstieg vom Verbrennungsmotor zu alternativen Antrieben wurde nicht verschlafen, wie es oft heißt, sondern bewusst unterlassen. So geriet der anfängliche Schwachsinn

- gemeint ist die PS-Protzerei der IAA -

> zum vorsätzlichen Kapitalverbrechen - und die einst so prunkvolle IAA peu à peu zu einem Symbol für überbordende Gewinnsucht, verantwortungslose Umweltzerstörung und Großmannssucht in Tateinheit mit Lug und Trug. Sie kann also weg.

Das sind nicht meine Worte, sondern die Worte von Michael Herl. Aber ich stehe diesen Worten nahe.

Aufgrund der Proteste und der Tatsache, dass der Frankfurter SPD-Oberbürgermeister, Peter Feldmann, sich ebenfalls kritisch positionierte, wurde damals schon darüber spekuliert, dass die IAA und Frankfurt vielleicht nicht mehr so ganz zusammenpassen. Dann kam relativ schnell Köln ins Spiel. Anschließend war ein paar Wochen lang Ruhe. Jetzt erfuhren wir aus der Presse, dass die koelnmesse mit der IAA und auch mit dem Verband der Automobilindustrie in Verbindung tritt, um zu überlegen, ob man diese Messe nicht übernehmen könnte.

Wir lehnen dies ab, da wir sie für nicht vertrauenswürdige Partner halten. Die Automobilindustrie in Deutschland muss erst wieder Vertrauen aufbauen. Sie hat die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland geschädigt.

(Zuruf: Was?)

- Natürlich, und zwar durch die Schummelsoftware etc. - Dieses Vertrauen muss erst wieder aufgebaut werden. Ich glaube nicht, dass wir da hinterherlaufen müssten.

Ich glaube auch nicht, dass die IAA überhaupt nach Köln kommen will. Ich glaube, das Ganze ist nur ein Bluff, um Druck auf Frankfurt auszuüben.

Was die IAA in Frankfurt vorhat - so ähnlich hat sie es sich in Köln wohl auch vorgestellt -, kann man aus der Zeitung erfahren. Sie möchte jetzt eine sogenannte Erlebnisachse haben: nicht nur in den Hallen, sondern raus aus der Messe und rein in den öffentlichen Raum.

Der VDA - jetzt kommt es; er stellt dann auch noch Forderungen - erwartet von den Kommunen neben der Bereitstellung von Flächen auch ein Kosten- und Ertragsmodell sowie Kapazitäten von Verwaltungsmitarbeitern - hört! hört! - und die Bereitschaft zu Investitionen, zum Beispiel für Teststrecken von autonom fahrenden Autos und für Ladestationen.

Wie gesagt, glaube ich, dass die IAA gar nicht nach Köln kommen möchte.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, der uns aber eint. Wir begrüßen selbstverständlich die Überlegungen der koelnmesse, eine Mobilitätsmesse in Köln zu etablieren. Auch wenn es mit der IAA nicht klappen sollte, was ich persönlich hoffe, wünsche ich mir von der koelnmesse, dass sie sich Gedanken darüber macht, wie Mobilität in Zukunft aussehen kann. Und das ist das, was uns dann doch alle in diesem Antrag eint. Wir möchten nämlich für die Verkehrswende zukunftsweisende Lösungen auch in Köln haben.

Wie könnte eine solche Mobilitätsmesse in Köln aussehen? Wir sind der Meinung, dass die koelnmesse Kontakt mit zahlreichen wirklich innovativen Messen aufnehmen sollte. Ich möchte als Radfahrer natürlich zuerst die EUROBIKE in Friedrichshafen nennen, aber auch die Hypermotion in Frankfurt, die micromobility expo in Hannover oder die IT-TRANS in Karlsruhe - alles Messen, die sich mit ÖPNV und mit Mobilität beschäftigen, also mit dem, was wir von einer ökologischen Verkehrswende erwarten.

Holt also bitte intelligente Messen nach Köln und nicht unbedingt die IAA. Dann könnte diese Mobilitätsmesse in Köln tatsächlich innovativ und wirklich wegweisend für die Zukunft werden. Gerne würden wir dort zum Beispiel schon die ersten Teststrecken eines Rheinpendels sehen und nicht unbedingt eine Teststrecke oder eine Rennstrecke auf dem Auenweg, wie sie von der IAA ursprünglich einmal angedacht war. So kann das eine runde Sache werden.

Daher freue ich mich darüber, dass wir nun einen gemeinsamen Änderungsantrag stellen, und hof-

fe, dass die koelnmesse eine neue Mobilitätsmesse in Köln etablieren kann, die diesen Namen auch wirklich verdient. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Wir sind jetzt bei der IAA.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss immer schnell springen!)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In einem sind wir uns einig, Herr Zimmermann: Die IAA in ihrer bisherigen Form ist tot. Das ist auch durchaus gut so, glaube ich; denn diese Form der Messe hat sich überholt und überlebt.

Ich glaube aber weiterhin daran, dass zu einem guten Mobilitätsmix auch die Individualmobilität mit dem Auto gehört und auch nachhaltig gehören wird. Liebe Grüne, ihr müsst ertragen, dass das Kfz auch weiterhin eine Rolle spielen wird.

Insofern ist das Thema Mobilität mit Sicherheit auch weiterhin beim Verband der Automobilindustrie gut aufgehoben. Er sucht ja nun gerade ein neues Konzept und auch einen passenden Standort dafür. Ich glaube eben nicht, dass das ein Fake ist, sondern halte es für einen ernst gemeinten Ansatz, um auch das Image, das die IAA nun einmal mit Frankfurt verbindet, loszuwerden.

Insofern habe ich schon den Eindruck, dass man sich hier auf einen ernsthaften Weg gemacht hat, und zwar mit einem spannenden Ansatz, wie ich finde und wie wir finden. Es ist nämlich vorgesehen, dass nicht nur die Messegesellschaften, sondern die Städte insgesamt angesprochen werden. Man verfolgt also einen integrierten, ganzheitlichen Ansatz unter Einbeziehung der gesamten Stadt und der gesamten städtischen Infrastruktur, die eine solche Messe oder eine solche Ausstellung beinhaltet und ihr Raum gibt.

Ich glaube, dass so etwas für Köln eine riesige Chance ist - gerade für uns als Automobil- und Mobilitätsstadt -, dort insgesamt nach vorne zu kommen und von spannenden neuen Technologien hier sehr unmittelbar zu profitieren.

Deswegen ist es besonders gut und richtig, dass wir auch hier für uns in der Stadt ganzheitlich denken. Denn es geht darum, die reichhaltige Expertise gerade in Sachen Verkehrswende und E-Mobilität, die wir im städtischen Kontext haben - nämlich in unseren Stadtwerken und den städtischen Gesellschaften; da seien vor allem die KVB und die RheinEnergie genannt -, in diesen zukunftsträchtigen Prozess zu integrieren und auch deren Know-how mit zu nutzen, wenn jetzt ein Konzept erstellt wird, mit dem sich Köln im Wettbewerb mit anderen Städten bewirbt.

Es sind ja mehrere Städte angesprochen worden. Berlin ist mit Sicherheit der im Moment favorisierteste Wettbewerber. Aber ich bin sehr davon überzeugt, dass mit dieser breiten Expertise die Möglichkeit besteht, eine IAA-Nachfolge-Mobilitätsmesse zu uns nach Köln zu bringen.

Deswegen ist es gut, dass es jetzt gelungen ist, mit dem Ihnen nun vorliegenden Antrag eine breite Unterstützung für dieses Projekt zu organisieren.

Herr Kienitz, Sie sehen an dieser Stelle, dass wir sehr wohl bereit, in der Lage und auch willens sind, an zukunftsträchtigen Projekten gemeinsam zu arbeiten - nämlich immer dann, wenn es darum geht, die Stadt insgesamt nach vorne zu bringen.

Dort, wo Sie nicht so ganz auf der Höhe der Zeit sind, beispielsweise beim Wohnungsbau,

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

sind wir manchmal ein bisschen forscher und ein bisschen weiter unserer Zeit voraus, wie wir eben gelernt haben.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle bin ich aber froh darüber, dass wir hier als Stadt Köln, als städtische Institution, als Rat gemeinschaftlich agieren und dass sich damit auch der ursprüngliche Antrag der Ratsgruppe GUT erledigt hat. Denn eigentlich drückte er Verweigerung gegenüber den Chancen aus, die in diesem Prozess mit dem VDA bestehen. Insofern ist es gut, diesen gemeinsamen Antrag nun vorliegen zu haben.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir ihn auch mit der entsprechenden Breite hier beschlössen und alle zusammen in den Rollen, in denen wir auch in den städtischen Gesellschaften sind, dafür sorgten, dass das am Ende ein Erfolg wird und Köln weiterhin ganz vorne mit-

spielt, wenn es um moderne Mobilität, E-Mobilität und alternative Bewegungsformen geht.

Wir sind mit Sicherheit die Stadt, die am allermeisten ein Profil hat, am allermeisten über einen Standort verfügt und am allermeisten einen Rahmen bietet, der für diese Messe interessant ist. Lassen Sie uns zusammen daran arbeiten, jetzt diesen Antrag gemeinschaftlich beschließen und Köln in eine Mobilitätszukunft führen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich der Geschäftsführung der Messe, aber auch Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, dafür danken, dass in Bezug auf einen möglichen Alternativstandort der IAA und einer nachfolgenden Messe Köln überhaupt ins Spiel gebracht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Denn es ist nicht selbstverständlich, dass Köln gerade mit einer so großen Messe in Verbindung gebracht wird, wie man sieht, wenn man in die Vergangenheit schaut.

Ich glaube aber im Gegenteil, dass wir hervorragende Chancen für eine derartige Messe bieten. Zum Beispiel - das ist heute bei vielen Messen auch das Entscheidende - braucht man auf den Messen nicht nur Verkäufer oder Wiederverkäufer, also keine Fachmessen, sondern möchte dort ein junges, zukunftsorientiertes Publikation haben. Köln hat es bei der gamescom wunderbar geschafft, eine Messe in einer Großstadt zu etablieren, bei der die Verbindung zwischen dem Messegelände und dem Rest der Stadt offen ist. Das ist wirklich einzigartig. Diese Einzigartigkeit gilt es jetzt auch in einem neuen Konzept umzusetzen.

An dieser Stelle möchte ich allen demokratischen Fraktionen, die sich an dieser Initiative beteiligen, dafür danken, dass wir hier auch ein Zeichen der Gemeinsamkeit setzen. Denn in anderen Städten, die sich ebenfalls bewerben, handelt die Politik nicht so geschlossen, sondern die eine Hälfte sagt: „Nein, das brauchen wir nicht“, während die andere Hälfte meint: Ja, das können wir uns vielleicht vorstellen. - Das ist keine gute Voraussetzung, um hinterher überhaupt eine Chance zu haben, eine solche Messeveranstaltung realisieren zu können. Deshalb sage ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für diese Geschlossenheit, weil sie unsere Chancen noch einmal deutlich erhöht.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir hier nicht eine rückwärtsgewandte Ausrichtung der Messe benötigen, sondern die Zukunft in den Blick nehmen müssen, ist wohl selbstverständlich. Mobilität ändert sich derzeit in ganz schnellen Schritten. Das aufzugreifen, neue Perspektiven aufzuzeigen und damit auch neue Wertschöpfungsketten in Deutschland zu schaffen, ist eine zentrale Aufgabe.

Mit der entsprechenden Formulierung, die auch enthält, wie sich die Messe bewerben möchte, schaffen wir hier ein großes Maß an Zukunftsorientierung. Und das ist das, was jetzt gilt.

Wenn wir auf unseren verschiedensten Ebenen, auf denen wir politisch aktiv sind, auch noch unsere Kontakte nutzen und gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Messe nach Köln kommt, haben wir eine sehr gute Chance. Es ist nicht absolut sicher, dass das klappt. Wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, haben wir aber zumindest eine realistische Chance, dass es funktioniert.

Wir kommen zwar aus der Rolle des Außenseiters. Es wäre aber nicht das erste Mal, dass wir den anderen ein Schnippchen schlagen. Das haben wir bei der gamescom wunderbar geschafft. Hier könnte es das nächste Mal gelingen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir haben dieses Thema sehr lange und intensiv in der Fraktion diskutiert und abgewogen.

Wir haben gesehen, dass die IAA mit ihrem bisherigen Konzept gescheitert ist. Die Besucherzahlen sind in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Einige Hersteller sind gar nicht

mehr nach Frankfurt gekommen, weil die deutschen Autobauer so viel Platz eingenommen haben. Daher überlegt der VDA zumindest einmal vordergründig, eine Neuausrichtung durchzuführen - eine Neuausrichtung zu einer möglicherweise zukunftsgerichteten Mobilitätsmesse.

Lieber Thor, wenn wir erwarten, dass der VDA möglicherweise eine Neuausrichtung vornehmen will, müssen wir aus der Schublade herauskommen, auch einmal den Kopf heben und uns anschauen, ob dieses glaubwürdig ist und auch machbar ist. Einverstanden? Ein direktes Ablehnen war uns da zu schnell.

Die Neuausrichtung durch den VDA mit urbanen Erlebniswelten und Dialogformen, die im öffentlichen Raum stattfinden, wie der VDA sagt, schließt auch eine Überprüfung des Standortes mit ein. Deswegen sind wir mit - aus dem Kopf gesprochen - fünf anderen Städten jetzt im Bewerbungsprozess drin.

Neben der Geschäftsführung, die gelobt wurde, möchte ich auch den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der koelnmesse und der Stadt danken, die in den letzten Wochen hart arbeiten, um eine Bewerbung im Sinne einer neuen Mobilitätsmesse auf die Beine zu stellen. Vielen Dank dafür!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Eine IAA nach bisherigem Muster würde nicht zu Köln passen. So, wie sie - von unseren Freunden beschlossen - nicht nach Berlin passt, würde sie auch nicht nach Köln passen. Deswegen muss es neu sein. Wie die einzelnen Vorredner schon gesagt haben, geht es darum, dass neue urbane Mobilitätsformen, neue Mobilitätsverbindungen, autonomes Fahren usw. usf. vorgestellt werden.

Ganz klar ist, dass wir durch eine Mobilitätsmesse, die nach Köln käme, nicht eine Zementierung oder eine Fortführung der Autostadt Köln haben wollen, sondern einen Beitrag zur Überwindung dessen hin zu einer Mobilitätsstadt. Das soll dort deutlich gemacht werden.

Insofern gehört zur Glaubwürdigkeit einer Neuausrichtung zum Beispiel auch, dass im urbanen Raum - als Rat der Stadt Köln haben wir ja auch Einflussmöglichkeiten, wenn dort die Dialogplattformen hergestellt werden -, also auf dem Roncalliplatz oder anderen Innenstadtplätzen, keine Autoshows stattfinden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

egal ob mit Hybrid, Plug-in, Fluxkompensator oder was auch immer. Das wollen wir dort nicht sehen, sondern die anderen Formen der neuen Mobilität.

Ein Anfordern von Teststrecken, um Geschwindigkeit erlebbar zu machen, ist auch aus der Zeit gefallen. Wir wollen bei der neuen Mobilitätsmesse lieber die Chancen sehen, die wir dort haben könnten.

Um die Breite des Themas auch in einer neuen Messe, die nach Köln kommen würde, gut abzubilden, sehen wir in Punkt 3 unseres gemeinsamen Antrages vor, dass auch noch andere Institutionen - Universitäten, Forschungseinrichtungen, benachbarte Industrie - mit einbezogen werden. Das ergibt einen spannenden Mix und ermöglicht dort neue Ideen.

Das heißt: Wenn der VDA eine glaubwürdige Weiterentwicklung der Messe zu einer sinnvollen Mobilitätsmesse vornimmt, wäre Köln ein guter Platz dafür. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Ratsgruppe GUT sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt diesen breiten Antrag, aber sicherlich auch unterschiedliche Akzentuierungen, warum die eine oder andere Fraktion sich an diesem Antrag beteiligt hat. Dazu würde ich gerne vorab wenige Sätze sagen.

Wir als LINKE sind schon der Auffassung, dass wir eine Mobilitätsmesse in Köln etablieren können und sollen - auch unabhängig von der Frage, ob der Automobilverband seine Messe künftig in Köln abhalten will oder nicht.

In diesem gemeinsamen Antrag sehen wir einen Rückenwind dafür - auch für die Diskussion, die geführt wird, wenn irgendwann die Entscheidung da ist. Dann haben wir trotzdem den gemeinsamen politischen Beschluss, eine Mobilitätsmesse in Köln durchzuführen.

(Beifall bei der LINKEN und der Ratsgruppe GUT)

Wir sind auch der Auffassung, dass eine Mobilitätsmesse nach Köln gehört, weil Köln nicht nur eine sehr mobile Stadt ist, sondern auch geografisch als Knotenpunkt so liegt, dass Mobilität, sowohl Fern- als auch Nahmobilität, in Köln immer ein Riesenthema ist.

Meine Damen und Herren, bei der Mobilität geht es natürlich um die Verkehrswende. Uns ist es gelungen, in diesem Antrag noch ein bisschen daran zu feilen. Der FDP wird das vielleicht nicht gefallen. Aber wir haben es geschafft, aufzunehmen, dass eine Verkehrswende nicht nur durch eine solche Messe in der Innenstadt erreicht werden soll, sondern dass die Verkehrswende generell herbeizuführen ist. Diesbezüglich weicht der Antrag jetzt vom dem Ursprungsantrag ab.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für uns als LINKE ist, dass die Sicherstellung der Mobilität zur Daseinsvorsorge gehört. Die entsprechenden Themen sind ja momentan in aller Munde: Die Fahrpreise müssen so gestaltet werden, dass die Menschen sich Mobilität leisten können, sie muss barrierefrei sein usw. usf.

Wir erhoffen uns von einer alternativen Mobilitätsmesse in Köln, dass auch solche Fragen der Daseinsvorsorge und der Teilhabe am Verkehr mit diskutiert werden. Deswegen haben wir uns gerne an diesem Antrag beteiligt. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der Ratsgruppe GUT sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine tolle Chance. Wir können nämlich ein Thema positiv besetzen. Wir können einen positiven Spin aus Köln ausstrahlen und den Damen und Herren, die darüber entscheiden, wohin die Nachfolgemesse, wie auch immer sie aussieht, der IAA kommt, signalisieren: Der Kölner Stadtrat bekennt sich einstimmig zum Mobilitätsstandort Köln und zu dieser Messe.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein starkes Signal. Darauf bin ich auch ein Stück weit stolz, insbesondere vor dem Hintergrund - der Kollege Richter hat es gerade angedeutet - der Diskussion in anderen Städten, in denen die Wirtschaftssenatorin auf dem eigenen Parteitag eine Klatsche einstecken musste. Wir stehen hier in Köln geschlossen dahinter, weil uns das Ziel eint.

Selbstverständlich gibt es unterschiedliche Akzentuierungen. Wer wollte das bestreiten?

Ich möchte hier zunächst einen Blick auf die Bürger richten. Für viele Bürger in Köln und in Deutschland ist Mobilität nicht nur ein Grundrecht, sondern auch ein notwendiges Mittel, um von A nach B zu kommen. Viele Menschen, mit denen ich im Alltag spreche - und ich wohne nicht in der Innenstadt -, machen sich Sorgen, wie sie von A nach B kommen.

Mobilität ist für uns Freie Demokraten selbstverständlich auch ein Freiheitsthema. Das möchte ich hier betonen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben hier die Möglichkeit, den Menschen auch ein Stück weit Zukunftsorientierung oder Zukunftsglaube zu geben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zukunftsglaube? Mit so einer Messe?)

Die Menschen haben vor Augen, wie sich die Dinge entwickeln können. Insofern finde ich es sehr wichtig, Frau Kollegin von Bülow, dass von einer solchen Messe eine Strahlkraft ausgesendet wird. Darüber sind wir uns doch alle einig. Diese Strahlkraft muss ihnen signalisieren: Leute, ihr braucht keine Angst ob eurer Mobilität zu haben.

Ich bin der Letzte, der den Verbrennungsmotor verteidigt. Aber ich bin auch der Erste, der dafür plädiert, allen Menschen zu ermöglichen, frei und individuell von A nach B zu kommen. Das ist doch ein Pfund, mit dem wir wuchern können.

(Beifall bei der FDP)

Frau von Bülow, natürlich geht von einer Messe Strahlkraft aus. Sie strahlt auch auf die Wirtschaft aus. Wir haben vor gut drei Stunden darüber diskutiert, hier einem der größten Automobil- und Mobilitätskonzerne in Köln den Rücken zu stärken. Jetzt haben wir die Gelegenheit, diesen Bekenntnissen klare Entschlüsse folgen zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wirtschaft braucht klare Rahmenbedingungen. Die Wirtschaft in Deutschland hat Angst davor, international marginalisiert zu werden. Sie hat Angst davor, mit zu starren Rahmenbedingungen an die Wand gedrängt zu werden. Wenn wir diese verschiedenen Player an einen Tisch bekommen, kann es uns gelingen, in der deutschen Wirtschaft auch unsere Schlüsselindustrie im Land zu behalten, die Wohlstand schafft und den Bürgern Sicherheit und Brot gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mobilitätsmesse ist eine Chance für die Politik, für die Verwaltung und auch für Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Sie können Führung zeigen. Wenn ich Sie zu beraten hätte - was ich Gott sei Dank oder leider nicht tue -,

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

würde ich Ihnen den Rat zurufen, auch in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende der koelnmesse weiterhin auf dieses Thema zu setzen. Denn wir Kölner haben an dieser Stelle eine tolle Chance - das gilt auch für unsere Verwaltung und auch für uns als Politik, Frau von Bülow -, Führung und Orientierung zu zeigen.

Wir haben auch die Chance, unsere Innenstädte zu attraktivieren, gerade die Kölner Innenstadt. Hier hatten wir mit einer Veranstaltung in diesem Sommer schon einen ersten Move in diese Richtung. Wir wissen, dass wir unsere Innenstädte attraktiver machen müssen. Alles das sind Themen, bei denen wir alle nur gewinnen können. Die Mobilitätsmesse ist eine Win-win-win-Situation.

Selbstverständlich vertraue ich darauf, dass die Macher der koelnmesse - oder wer auch immer am Ende diese Messe ausrichtet - wissen, dass steinzeitliche Messekonzepte wie bei der IAA heutzutage überholt sind. Die IAA ist ja auch am Konzept gescheitert, genau wie die CeBIT am Konzept gescheitert ist. Manche Messen haben sich einfach überlebt. Das liegt nicht am bösen Auto, sondern auch an Managementfehlern.

Ich habe großes Vertrauen, dass es gelingen wird, den Dreiklang von modernen Messen auch hier in Köln abzubilden.

Dazu gehört der Expo-Charakter. Machen wir uns doch nichts vor, Herr Zimmermann. Messen werden auch veranstaltet, um zu verkaufen. Sie sind keine reinen Wissenstransfereinrichtungen. Diese brauchen wir aber auch als zweites Standbein. Natürlich brauchen wir daneben Stage. Natürlich brauchen wir Symposien rund um das Thema Mobilität. Dagegen wird doch keiner sprechen.

Last, but not least brauchen wir die Messe auch in unserer Stadt. Wir brauchen Festival; wir brauchen Musik; wir brauchen Unterhaltung. Und wenn wir als Kölner etwas können, dann das!

In diesem Sinne bin ich zuversichtlich, dass heute aus diesem Saal ein super Signal hinausgeht, weil der Kölner Stadtrat geschlossen für diese neue Messe stimmt. Das wäre toll. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen, LINKEN, FDP und GUT abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag:

Beschluss:

Der Antrag wird wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Überlegungen der koelnmesse und der Stadt Köln, in Köln eine Mobilitätsmesse zu etablieren. Er unterstützt, dass im Mittelpunkt dieser neuen Mobilitätsmesse u.a. die Schwerpunkte „Verkehrswende“, „Autonomes Fahren“, „Mobilitätsverbindungen zwischen unterschiedlichen Verkehrsträgern“ sowie „Innovative Wasserstoff- und Elektromobilität“ stehen.*

2. *Die für die angedachten „Dialogplattformen“ im öffentlichen, bzw. halböffentlichen Raum zur Verfügung gestellten städtischen Flächen werden hierbei vorrangig für innovative Mobilitätsverbindungen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern, die nach-haltige Förderung der Ladeinfrastruktur, moderne Flächennutzungskonzepte und Lösungen für die Mehrpersonen-Beförderung (ÖPNV) so-*

wie individuelle Mobilitätslösungen zur Verfügung gestellt.

3. In den Dialog um die Mobilität der Zukunft sind neben der Industrie auch Universitäten und Forschungseinrichten sowie die Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen einzubinden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

II. Ursprungsantrag

Der Ursprungsantrag der Gruppe Gut hat sich somit erledigt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, jetzt rufe ich auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Bombenfunde in Köln“
AN/1715/2019

Antwort der Verwaltung vom 12.12.2019
4301/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten des Drucks und Versandkosten der Ausschussunterlagen für Ausschussmitglieder“
AN/1716/2019

Antwort der Verwaltung vom 12.12.2019
4304/2019

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Klimaneutralität - Berechnung, Systematik und Messbarkeit“
AN/1712/2019

Antwort der Verwaltung vom 12.12.2019
4280/2019

Hier liegt die Antwort der Verwaltung ebenfalls vor. Nachfragen? - Keine.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Schadenersatzansprüche Luftreinhaltung“
AN/1719/2019

Diese Anfrage ist sehr kurzfristig eingegangen. Wir können sie erst zur nächsten Sitzung beantworten. - Okay.

Die Beantwortung der Angelegenheit wird zurückgestellt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Ge-

meindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Unter Tagesordnungspunkt 5 haben wir nichts vorliegen.

Ich komme zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung hier: Hinweis auf die Verwaltungsrichtlinie zur Zuständigkeitsordnung „Abgrenzungskatalog“ und Anzeige zur Umstufung von Straßen als Geschäft der laufenden Verwaltung 2064/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 5.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Abstimmung über die Beschlussalternative in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 02.12.2019 (Anlage 5)

Der Rat beschließt die 6. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der als Anlage 3 beigefügten Fassung (Hinweis auf den Abgrenzungskatalog und Umstufungsanzeige in der Zuständigkeit des Verkehrsausschusses).

Dem Verkehrsausschuss ist einmal jährlich eine Mitteilung über erfolgte Änderungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln 2908/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungshubschraubers (RTH) „Christoph 3“ und des Intensivtransporthubschraubers (ITH) „Christoph Rheinland“ (Luftrettungssatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 3. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014 3688/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD und von Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18. November 2014 in der der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln 2604/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die beigefügte aktualisierte Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbibliothek Köln und führt damit insbesondere eine zusätzliche Ermäßigung für Menschen mit Schwerbehinderung sowie ggf. erforderliche Begleitpersonen ein.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.2 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln 3220/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Ergänzung des zusätzlichen Ermäßigungstatbestands für Menschen mit einer Schwerbehinderung ab einem Grad der Behinderung von 50% unter Ziffer 2.2.2 der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln vom 15. Mai 2012 und 17. Dezember 2013 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.3 3. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung 3254/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 3. Änderung der Abfallsatzung in der der Vorlage als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen die Präambeln der Abfall- und Abfallgebührensatzungen ohne erneuten Ratsbeschluss durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln an die aktuelle Rechtslage anzupassen, sofern sich keine inhaltlichen Änderungen ergeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.4 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren 3253/2019

Herr Joisten hat das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich erlaube mir, jetzt einmal ein bisschen etwas zusammenzupacken; denn sonst müssten wir hier zu verschiedenen Tagesordnungspunkten etwas sagen. Ich mache es aber bei diesem Tagesordnungspunkt gesammelt für die Tagesordnungspunkte 6.2.4, 6.2.5, 10.18, 10.19 und 10.22. Das ist ein Komplex aus insgesamt fünf Vorlagen, die alle im weitesten Sinne mit der AWB bzw. mit Abfallgebühren und Straßenreinigung zu tun haben. Deswegen versuche ich, es hier einmal zusammenzubinden. Dann haben wir es nur einmal.

Denn in allen diesen Vorlagen - mit Ausnahme der gerade schon beschlossenen 3. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung - steckt durchaus Sprengstoff. An dieser Stelle geht es nicht darum, dass man eine möglicherweise nicht sehr geliebte Gebührenerhöhung nicht beschließen möchte. Vielmehr ergibt sich die Brisanz aus der Gesamtschau der Vorgänge und dem aus unserer Sicht dabei deutlich werdenden Verwaltungsversagen.

Die gemeinsame Klammer bei allen diesen Beschlüssen ist nämlich nicht der Sachzusammenhang „Abfallwirtschaft im weitesten Sinne“, sondern das Verschleppen bzw. Ignorieren von drin-

genden Handlungsbedarfen. Zum Beispiel geht es heute, also Ende des Jahres 2019, darum, Jahresabschlüsse zu beschließen, die 2016 oder 2017 abbilden. Alles das ist keine Art und Weise, in der man sachlich begründet über die Veränderungen bei Abfallgebühren und Straßenreinigungsgebühren sprechen könnte.

Denn gerade die Gebühren für Abfall und Straßenreinigung sind nun einmal - da sind wir wieder beim Thema Wohnen - eine zweite Steuer. Das wissen wir alle. Jede zusätzliche Erhöhung von Nebenkosten bedeutet auch eine Verteuerung von Wohnraum. Insofern ist es besonders in einer Stadt wie Köln, in der wir leider heute schon teuren Wohnraum haben, weil wir mit der Nachentwicklung von Wohnraum nicht entsprechend vorankommen, kontraproduktiv, jetzt Gebühren zu erhöhen und damit auch an der Wohnkostenschraube zu drehen.

Das bringt mich dann auch zu dem Thema „Zuführung zur Kapitalrücklage“. Hier haben wir es mit einem Vorgang zu tun, bei dem man versucht, die Unterdeckung durch eine Zuführung zur Kapitalrücklage aus dem städtischen Haushalt auszugleichen. Unseres Erachtens ist das schlicht zu kurz gesprungen. Es ist nämlich schon fragwürdig, dass wir vor dem Hintergrund der nicht beschlossenen und nicht vorliegenden Veränderungen der letzten Jahre - das sind die Jahresabschlüsse, zu denen ich gleich noch komme - den Steuerzahler jetzt für Dinge haften lassen, die eigentlich über die Gebühren hätten abgebildet werden müssen.

Nach unserer Meinung muss Politik auf der Grundlage vorhandener Informationen beschließen können. Und das konnten wir nicht, weil wir zum Beispiel die Jahresabschlüsse der Abfallwirtschaftsbetriebe, also des Eigenbetriebes, die heute unter den Punkten 10.18 und 10.19 auf der Tagesordnung stehen, schlicht nicht vorliegen hatten. Insofern konnte gar nicht rechtzeitig reagiert werden. Damit wurden diesem Rat und seinen Ausschüssen die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten genommen.

Das alles zusammen ist aus unserer Sicht reichlich intransparent. Die Presse hat ja schon in gewisser Breite darüber berichtet und auch deutlich gemacht, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Das greift ein Änderungsantrag von CDU und Grünen jetzt auch noch einmal auf. Dabei können wir durchaus mitgehen. Insofern werden wir diesem Änderungsantrag zustimmen.

Die Gesamtvorlagen werden wir allerdings ablehnen, weil wir der Meinung sind, dass alles das, was Sie uns heute hier vorlegen, weder transparent noch durchsichtig ist und keine Basis ist, auf der man sauber und verlässlich für die Zukunft entscheiden kann. Wir können und wollen der Verwaltung heute hier keine Absolution erteilen.

Wir bitten den zuständigen Dezernenten, Herrn Rau, da für Ordnung zu sorgen, und fordern ihn auf, in Zukunft - jetzt sind die ersten Ansätze gemacht worden; das gestehen wir zu - für eine Grundlage zu sorgen, mit der wir hier im Rat und in den Ausschüssen auch entsprechende Entscheidungen treffen können.

Das ist bei allen diesen Vorlagen heute nicht gegeben. Deswegen lehnen wir alle diese Vorlagen auch ab. Das beginnt jetzt bei der Vorlage zu TOP 6.2.4. Wir bitten Sie natürlich, sich dem anzuschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Brust hat das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Joisten, Sie haben gerade gesagt, der Steuerzahler müsse jetzt für in den letzten Jahren nicht erhobene Gebühren aufkommen. Zunächst einmal sind der Steuerzahler und der Gebührenzahler ja weitgehend identisch; das sind immer die Kölner Bürger. Aber wenn Sie der Meinung sind, dass der Steuerzahler auch in Zukunft nicht für versäumte Gebühren aufkommen soll, müssen Sie heute eigentlich der Gebührenerhöhung zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn sonst müssen wir im nächsten Jahr wieder das Gleiche machen wie heute und die nicht erhobenen Gebühren wieder aus dem Haushalt ausgleichen und damit dem Steuerzahler anhängen. Was Sie hier sagen, ist also ziemlich widersprüchlich.

(Christian Joisten [SPD]: Sie setzen jetzt alles herauf und muten das, was vorher nicht auf dem Tisch lag, dem Gebührenzahler zu!)

Seit Anfang dieses Jahres haben die AWB neue Verträge. Wir haben alle gemeinsam im letzten

Jahr der AWB Verträge für die nächsten 15 Jahre gegeben. In diesem Zusammenhang hatten wir ausführliche Diskussionen darüber, welche Leistungen die AWB erbringen soll, zu welchen Preisen, zu welcher Preissteigerungsklausel usw. Alles das war bekannt und ist hier nach meiner Erinnerung sogar einstimmig beschlossen worden.

Dann ist es schon seltsam, wenn man ein Jahr später hingeht und sagt: Wir haben zwar die Leistung bestellt; aber jetzt, wo die Rechnung kommt, wollen wir lieber doch nicht bezahlen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Man muss die Rechnung ja erst einmal kennen!)

Das erinnert mich an Leute, die in eine Kneipe gehen, die Karte lesen, das Essen bestellen und dann, wenn das Essen aufgegessen ist, sagen: Es war mir aber doch zu teuer.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

So kann man als Partei, die in Köln Verantwortung tragen will, nicht mit solchen ernsthaften Vorlagen umgehen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben im letzten Jahr klare Preissteigerungsklauseln beschlossen, und nichts anderes geht jetzt in die Gebühren ein.

Dann stellt sich auch die Frage, wie verlässlich die SPD in Zukunft ist. Aber wahrscheinlich handeln Sie nach dem Motto: Wir bestellen einmal die Leistung; die Gebührenerhöhung werden schon die anderen, das Haushaltsbündnis, machen. - Eine solche Art von Politik kann sich nur jemand leisten, der sich von der Verantwortung für Köln längst verabschiedet hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Christian Joisten [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Dann stimmen wir auch zu!)

Weil im nächsten Jahr Kommunalwahlen sind, haben Sie jetzt Angst, dass man Ihren Wählern nicht erklären kann, warum wir die Preise erhöhen müssen.

Im Wesentlichen sind es zwei Kostenblöcke, die jetzt zu der Gebührenerhöhung führen.

Der erste Kostenblock ist der Tatsache geschuldet, dass wir bei der AWB höhere Löhne zahlen müssen. Das wird jedem Bürger einleuchten. Wenn man höhere Löhne zahlt, muss man irgendwann auch höhere Preise dafür bezahlen.

Deswegen hat DIE LINKE in den letzten Jahren hier auch öfter solchen Gebührenerhöhungen zugestimmt, weil sie gesagt hat: Es wäre inkonsequent, höhere Löhne zu fordern, aber dann die höheren Gebühren nicht mitzutragen. - Ich bin gespannt, wie ihr euch heute verhaltet. Man weiß das bei euch ja nie.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Kostenblock betrifft die Unterdeckung aus den Jahren 2016 und 2017, die nachgeholt werden muss. Das führt leider vor allem bei den Straßenreinigungsgebühren zu einer im Vergleich mit den letzten Jahren überdurchschnittlichen Erhöhung.

In den letzten 20 Jahren verliefen die Gebührenerhöhungen ja immer ziemlich genau parallel zur Inflationsrate, obwohl die AWB die Leistungen massiv ausgeweitet hat. Das heißt: Die Kölner Bürger bekommen heute für real das gleiche Geld wesentlich mehr Leistungen als vor 20 Jahren, als die AWB gegründet wurde.

Nun haben Sie damit gerechnet, dass die Öffentlichkeit aufschreien wird, wenn wir die Gebühren erhöhen. Das Gegenteil ist passiert. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* schreibt am 27. November 2019, dass hier getrickst wurde. Er wirft uns also vor, wir hätten Gebührenerhöhungen versäumt, weil wir uns nicht getraut hätten, sie den Bürgern zuzumuten.

Mit der Vermutung, wir hätten das wegen Wahlkämpfen gemacht, irrt Herr Damm zwar. In den letzten fünf Jahren gab es keine Kommunalwahlen. Aber er hat nicht ganz unrecht. Auch in diesem Jahr gab es hier Leute, die überlegt haben, ob man, weil im nächsten Jahr Wahlen anstehen, wirklich die Gebühren erhöhen darf.

(Zuruf von der LINKEN - Gegenruf von der CDU)

- Da weiß jeder selber, wer gemeint ist.

Das Kommunalabgabenrecht weist aber eindeutig darauf hin, dass die Gebühren kostendeckend sein müssen und nicht aus Steuermitteln bezahlt werden dürfen. Deswegen ist die Zustimmung zu den Gebührenerhöhungen eigentlich nicht mehr als Recht und Gesetz.

Noch ein Hinweis zu den Punkten 10.18 und 10.19 - das sind die beiden Jahresabschlüsse, die Herr Joisten schon angesprochen hat -: In der Tat ist es nicht hinnehmbar, dass man vier Jahre keine Abschlüsse macht.

Das Nichtmachen der Abschlüsse war auch der Grund dafür, dass wir in den letzten Jahren die Unterdeckungen nicht nachholen konnten. Das war also keine Trickserei der Politik oder der Verwaltung, sondern lag einfach daran, dass die Unterdeckungen nicht bekannt waren, weil die Abschlüsse nicht vorlagen.

Um das in Zukunft zu vermeiden, haben wir zu TOP 10.19 den Zusatzantrag gestellt, dass die Jahresabschlüsse künftig im folgenden Sommer, spätestens am 30. Juni des Folgejahres, vorliegen müssen. Außerdem soll strukturell untersucht werden, was in den letzten Jahren schiefgelaufen ist. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Eine Vorbemerkung: Der Gebührenzahler hat in der Vergangenheit zu wenig bezahlt. Deswegen muss der Eigenbetrieb jetzt Geld bekommen. Hier muss man immer zwischen Eigenbetrieb und AWB unterscheiden. Herr Brust hat eine AWB-Rede gehalten. Ich halte jetzt eine Mischrede. Da sind ja zwei Akteure unterwegs. Der Eigenbetrieb bekommt jetzt 4,5 Millionen Euro, weil er in der Vergangenheit die Gebührenzahler freundlich behandelt hat und nicht die vollen Kosten abgerechnet hat. - Das nur zum Verständnis und zur Klarstellung, worüber wir reden.

Wir, DIE LINKE, werden heute im Rahmen der Gebührendiskussion den Jahresabschlüssen 2016 und 2017 sowie der Erhöhung der Kapitalrücklage - TOP 10.22 - zustimmen. Diese drei Vorlagen sind unseres Erachtens Voraussetzung für einen Neustart, den wir einfordern:

Wir brauchen eine transparente und nachvollziehbare Gebührenabrechnung für uns als Mandatsträger, aber natürlich auch für die Kölner Gebührenzahler. Ich betone: Gebührenzahler - nicht Steuerzahler, sondern Gebührenzahler.

Das Kostendeckungsprinzip und die transparente Darstellung von Gebühren sind ein hohes Gut der kommunalen Selbstverwaltung. Dazu kann man stehen, wie man will. Für mich ist das ein hohes Gut der kommunalen Selbstverwaltung. Neben den Bürgern haben wir den Gebührenzahler als eigenes Subjekt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Noch einmal: den Gebührenzahler - nicht den Steuerzahler, sondern den Gebührenzahler. Dieser Gebührenzahler hat auch ein Recht auf eine ganz genaue Ermittlung seiner Gebühren.

Dass es sich nicht um ein neues und plötzlich auftretendes Problem handelt, sondern um eine Entwicklung über mehrere Jahre, zeigt ein Blick auf die Bilanzverluste. Sie schwanken in den Jahren 2015 bis 2017 zwischen 0,25 Millionen Euro in 2015 und 7,5 Millionen Euro in 2017. Der gesamte Bilanzverlust 2016 beträgt dann 4,2 Millionen Euro beim Eigenbetrieb.

Anders als der chaotische Eigenbetrieb, sage ich jetzt einmal etwas salopp, leistet die AWB unseres Erachtens ordentliche Arbeit. Allerdings müssen wir auch hier die Frage der Transparenz stellen. Die AWB macht Gewinne. Diese Gewinne muss man transparent darstellen - sowohl gegenüber der Stadt Köln, also uns, als auch gegenüber dem Gebührenzahler. Das müssen wir dann machen. Wir müssen sagen: Wir haben den Lieferanten, die AWB. Die AWB machen Gewinne. Und warum machen sie Gewinne? - Das müssen wir in einem vernünftigen und transparenten Rahmen darstellen.

Damit will ich nicht sagen - nur dass wir uns da nicht missverstehen -, dass ich meinen würde, die AWB solle keine Gewinne machen. Das ist Quatsch. Es ist ja handelsrechtlich ganz klar. Ein Unternehmen muss 5 Prozent Gewinn machen, Rücklagen bilden usw. usf. Trotzdem muss man sich mit diesem Problem auseinandersetzen.

Das bedeutet: Wir brauchen eine klare und nachvollziehbare Gebührenabrechnung der Stadt, die eine transparente Darstellung der Kostenstellen der AWB mit einbezieht.

Deshalb ist es jetzt wichtig, dass die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 zügig fertiggestellt werden. Das ist eine Voraussetzung für eine ordentliche Gebührenabrechnung. Wenn der Eigenbetrieb dann sagt: „Es gibt aber noch Altrechnungen, die wir noch nicht verbucht haben“, müssen wir sagen: Nein, wir wollen den Jahresabschluss haben. - Wenn gewisse Dinge noch nicht abgerechnet werden können, was ganz normal ist,

müssen sie eben als Rückstellungen verbucht werden.

Außerdem fordern wir vom Eigenbetrieb einen Wirtschaftsplan für die kommenden Jahre.

Ferner brauchen wir - das ist unser Vorschlag - eine Art mittelfristigen Gebührenentwicklungsplan, damit wir ungefähr sehen, was da auf uns zukommt. In diesem Entwicklungsplan steht dann beispielsweise: Die AWB plant für 2025 eine Rieseninvestition; es ist davon auszugehen, dass dann eventuell eine Gebührenerhöhung erfolgen könnte. - Das halten wir für eine transparente Darstellung.

Deshalb fordere ich die Verwaltung auf, ein solches Konzept gemeinsam mit der AWB zu entwickeln. Dieses Konzept müssen wir noch vor der Kommunalwahl beschließen - das ist mir sehr wichtig -, damit wir Ende des Jahres, wenn dann die Leute neu gewählt worden sind, schnell darüber beschließen können. Wir haben ja das Problem, dass in einem Jahr hier völlig andere Leute sitzen.

(Zuruf)

- Ja, viele. Es werden viele neue Leute sein. Das ist auch gar nicht schlimm. Ich sage es ja nur. Sie stehen natürlich unter Druck, wie wir heute auch unter Druck stehen. Das will ich doch damit nur zum Ausdruck bringen.

Deswegen ist meine Bitte an die Verwaltung, auch dieses Konzept möglichst rasch zu entwickeln. Ich weiß, dass das eine große Herausforderung ist.

Frau Oberbürgermeisterin, ich habe hier zum Tagesordnungspunkt 10.19 eine kleine Änderung. Soll ich sie jetzt vortragen, oder soll ich das später machen?

> (Niklas Kienitz [CDU]: Das kann man doch drei Stunden vorher schriftlich einreichen!)

- Genau. Ich habe diese kleine Änderung Herrn Kienitz auch schon vor zwei Stunden gegeben.

Ich möchte Sie bitten, in den Punkt 4 nach dem ersten Absatz, der mit „sichergestellt werden.“ endet, folgenden Satz aufzunehmen:

> Darüber hinaus soll eine mittelfristige Gebührenentwicklung aufgezeigt werden.

Das ist mein Zusatzantrag zu Ihrem Antrag, dem wir auch so zustimmen könnten. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau. - Am Ende der Debatte. Dann Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Für die FDP ist eines wichtig: Wir möchten gerne eine Stadt haben, die rechnen kann, also eine Stadt, in der dann wirklich auch die Zahlen stimmen. Auch bei dem, was im Zusammenhang mit dem Kommunalabgabengesetz steht, muss richtig gerechnet werden. Weil das eine Kalkulation ist, kann es nicht immer punktgenau sein. Darum kann man innerhalb von vier Jahren verrechnen. Weil wir aber - das wurde schon ausgeführt - keine Jahresberichte haben, konnten wir auch nicht verrechnen. Dadurch haben wir jetzt den gesamten Schlamassel, den wir hier besprechen.

Herr Joisten, wir haben das im Finanzausschuss schon besprochen. Dort habe ich die Kritik der SPD auch geteilt. Eines kann ich aber nicht verstehen. Auch die Sozialdemokraten sollten doch froh darüber sein, dass wir jetzt endlich die Jahresabschlüsse mit Testat haben, weil uns das die Möglichkeit gibt, hier nun auch weiterzumachen. Dass Sie diese Jahresabschlüsse mit Testat, die Sie ja eigentlich fordern, hier ablehnen wollen, kann ich nicht nachvollziehen.

Wir kritisieren, dass sie zu spät gekommen sind. Aber die Zahlen, die wir benötigen und jetzt vorliegen haben, können ja nichts dafür. Darum werden wir den Jahresabschlüssen heute natürlich auch zustimmen.

Aber, Frau Oberbürgermeisterin, wir erwarten das - darum ist uns dieser Antrag wichtig -, was man sonst üblicherweise auch kennt - nämlich, dass die Jahresabschlüsse, wie auch bei unseren städtischen Tochterunternehmen, nach einem halben Jahr vorliegen -, auch hier beim Eigenbetrieb, und zwar zu Recht; denn bei den Abschlüssen für 2016 und 2017 haben wir jetzt gemerkt, was sonst passiert.

Es war folgerichtig, dass nun diese Gebührenerhöhung erfolgt - nicht nur wegen der Verrechnungen. Das muss sein, um in einer Stadt, die rechnen kann, die Zahlen glattzuziehen. Ich glaube, dass man das den Bürgerinnen und Bürgern auch sehr gut erklären kann. Schließlich wollen wir hier einen Neustart machen. Darum haben wir auch den Änderungsantrag gestellt.

Bei der Vorlage zur Eigenkapitalzuführung werden wir uns aber enthalten, weil in dieser Rechnung nach unserer Meinung vieles noch einmal verschoben wird, damit man es in dieser Form hinbekommen kann.

Frau Oberbürgermeisterin, ich weiß nicht, ob die Verwaltung so etwas hat. Ich zumindest habe aber keine Kugel, in der ich die Zukunft sehen kann. Dass für 2018 eine Verrechnung mit einem Gewinn im Jahr 2023 vorgenommen wird, um die Zuführung zum Eigenkapital zu reduzieren, halte ich für fragwürdig; denn ich kann jedenfalls nicht sagen, wie bei einem Unternehmen oder hier beim Eigenbetrieb der Gewinn im Jahr 2023 tatsächlich aussieht.

(Beifall bei der FDP)

Darum hätte man nach meiner Überzeugung hier eine andere Rechnung machen können. Das hätte vielleicht eine Erhöhung der Zuführung zum Eigenkapital bedingt. Ich bin aber der Meinung, dass eine Stadt, die rechnen kann, hier Klarheit und Wahrheit haben muss.

Eine Verrechnung mit Gewinnen des Jahres 2023 halte ich für unglücklich, um es einmal so auszudrücken. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über diese Vorlage enthalten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es hier mit verschiedenen Entscheidungskomplexen zu tun, die wir abarbeiten müssen.

Beim ersten Komplex geht es darum, eine ordnungsgemäße Gebührensatzung für das nächste Jahr zu beschließen. Grundlage dafür ist letztlich, dass die Erhöhungsbeträge korrekt berechnet worden sind. Wenn man sich die Unterlagen anschaut, sieht man, dass die Erhöhungen nachvollziehbar sind und etwas oberhalb der Inflationsrate liegen.

Warum ist es - das ist der zweite Komplex - dazu gekommen, dass wir mit separater Entscheidung letztlich Geld nachschießen müssen? Weil hier die Jahresabschlüsse für bestimmte Jahre zu lange nicht abgearbeitet worden sind, sodass die Erhöhungen nicht mehr kurzfristig an den Gebührenzahler ordnungsgemäß weitergegeben worden sind.

Deshalb haben wir für die Zukunft zwei Aufgaben abzuarbeiten.

Das Erste ist, die Verwaltungsprozesse entsprechend anzulegen, damit die Jahresabschlüsse des Eigenbetriebs auch so schnell vorgelegt werden, dass eine regelmäßige Überprüfung der Gebühren erfolgen kann. Ich glaube, jetzt sind im Amt die Grundlagen dafür gelegt worden, dass das in Zukunft auch funktioniert.

Das Zweite ist die daran hängende Fragestellung: Ist die vorhandene Struktur, die durch die damalige Ausgliederung aus der städtischen Verwaltung entstanden ist, und zwar unter den damaligen steuerlichen und sonstigen rechtlichen Gegebenheiten, im Jahre 2020 noch angemessen? Gibt es nicht gegebenenfalls - vielleicht auch für den Gebührenzahler - noch Optimierungspotenzial durch die Organisationsstruktur?

Man darf auch nicht vergessen, dass demnächst - ich glaube, im Jahr 2024 - der Vertrag mit der Müllverbrennungsanlage zur Verhandlung ansteht. Ich glaube, dass dies ein guter Zeitpunkt ist, sich das im Sinne des Kölner Gebührenzahlers und der Kölner Gebührenzahlerin einmal entsprechend anzuschauen.

Deshalb haben wir hier auch unseren Änderungsantrag gestellt, um zukunftsgerichtet alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die Kölnerinnen und Kölner Gebührenzahler auch weiterhin davon ausgehen können, dass sie angemessene Gebühren zahlen. Im bundesdeutschen Vergleich der Höhen der Gebühren steht Köln sicherlich nicht schlecht da. Trotzdem ist es gut, jetzt auch eine neue Perspektive aufzuzeigen.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir können als CDU-Fraktion den Jahresabschlüssen zustimmen, zumal es zwingend erforderlich ist, die Vergangenheit dann auch festzustellen. Sie sind testiert und damit - wie im Finanzausschuss schon einmal gesagt - eine gute Grundlage, um auf dieser Basis dann die Gebührenerhöhungen zu kalkulieren. Den Erhöhungen können wir ebenfalls zustimmen.

Dritter Komplex: Um für die Zukunft weiterhin eine Stabilität der Gebühren - mit kleinen Erhöhungen, die im Rahmen der Inflationsrate liegen und bei solchen Verträgen auch natürlich sind - zu gewährleisten, ist es uns wichtig, eine Orga-

nisationsuntersuchung vorzunehmen. Ich halte das für einen sehr angemessenen Schritt und bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, um hier auch eine gute Basis für die Zukunft zu legen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Ich muss den Vorschlag von Herrn Detjen kurz aus Verwaltungssicht kommentieren. Er hat ja vorgeschlagen, den Änderungsantrag in Punkt 4 noch um den Auftrag zu ergänzen, die mittelfristige Gebührenentwicklung im Eigenbetrieb mit zu planen. Das ist methodisch deshalb schwierig, weil die Gebühren, die der Eigenbetrieb errechnet und erhebt, immer eine Verarbeitung der Unter- und der Überdeckungen der Vorjahre beinhalten müssen. Nun ist es in der Logik einer Gebührenstruktur quasi immanent, dass wir bei dem Gesamtvolumen von über 100 Millionen Euro nie punktgenau die Gebühren im Voraus berechnen können. Der Eigenbetrieb errechnet die Gebühren ja im Vorhinein. Dann kommt das laufende Jahr, in dem der AWB GmbH tatsächlich bestimmte Kosten entstehen. Da wird es immer eine Diskrepanz geben. Die Vorausberechnung wird die tatsächlichen Kosten nie exakt treffen können. Diese Diskrepanz wird in dem Gebührenrecht dann in den Folgejahren verarbeitet. Sie muss auch verarbeitet werden.

Herr Detjen, die GmbH hat eine Mittelfristfinanzplanung. Sie ist, glaube ich, auch unanfechtbar. Der Eigenbetrieb kann aufgrund der Logik, die ich gerade erklärt habe, diese mittelfristige Finanzplanung deutlich ungenauer vornehmen. Da gibt es diese Unschärfe. Ich sehe auch keinen Weg, der daran vorbeiführen würde. Wir können uns natürlich darauf einigen, dass die Projektion dann mit dieser Unschärfe behaftet ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Dr. Rau, natürlich wird die mittelfristige Planung dann eine Unschärfe beinhalten. Das ist bei solchen mittelfristigen Planungen ja immer der Fall. Nur: Ich habe natürlich mit vielen Leuten darüber gesprochen. Ich habe mit dem Rechnungsprüfungsamt darüber gesprochen, und ich habe mit Herrn Mohren darüber gesprochen. Diese Formulierung habe ich mit diesen zwei Akteuren zum Beispiel auch besprochen. Sie haben gesagt: Ja, das kann man machen.

Nur einmal ein Beispiel: Wenn die AWB eine große Investition vorhat - das habe ich ja gerade in meiner Rede gesagt -, weiß man doch, dass man bei diesem Eigenbetrieb im Jahre 2025 eine Gebührenerhöhung bekommen wird. Das ist ja ganz klar. Und das meinte ich mit dieser Formulierung.

Ich fände es gut, wenn wir diese ganze Gebührendiskussion etwas entkrampften und quasi zum normalen Geschäft machten. Den Haushalt bringen wir ja inzwischen auch jährlich ein. Jetzt mosert der eine oder andere noch herum, August sei zu früh. Das interessiert mich gar nicht. Mich interessiert, dass die Haushaltsaufstellung zum Jahresende abgeschlossen ist. So müssen wir auch diese Gebührendiskussion entkrampfen.

Meine Damen und Herren, 70 Prozent der Kosten der AWB sind Personalkosten, und 80 Prozent der Abrechnungen des Eigenbetriebes beziehen sich auf AWB-Kosten. Also kann man davon ausgehen, dass sowieso Pi mal Daumen 50 bis 60 Prozent der Gebührenkosten Personalkosten sind.

Insofern sage ich: Lassen Sie uns doch einen Weg finden, wie wir diese ganze Diskussion total entkrampfen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte kurz begründen, warum wir den Änderungswunsch nicht übernehmen können. Ihr wünscht ja, dass wir eine mittelfristige Gebührenentwicklung aufzeigen. Als Beispiel hast du dann angeführt, dass die AWB weiß, wann Investitionen anstehen usw.

Investitionen bei der AWB haben aber überhaupt nichts mit der Gebührenentwicklung zu tun. Für die Gebührenentwicklung ist ausschließlich der Vertrag mit der AWB entscheidend. Darin stehen Preisgleitklauseln. Zum Beispiel steht darin, wie viel Prozent Lohnsteigerungen ausmachen oder wie viel Prozent Spritpreissteigerungen ausmachen.

Wie stark der Benzin- oder Dieselpreis in den nächsten zehn Jahren steigen wird oder wie sehr die Löhne in den nächsten Jahren steigen werden, kann heute niemand seriös im Voraus sagen. Daher wäre es völlig unseriös, jetzt eine solche Tabelle zu erstellen, um zu kalkulieren, wie es aussehen könnte.

Hinzu kommt, dass die Verbrennungspreise der AVG mit eingehen. Wenn wir eine gute Konjunktur haben und viel Gewerbemüll angeliefert wird, müssen die Kölner Bürger weniger zahlen. Es kann sein, dass im nächsten Jahr sogar eine Gebührensenkung ansteht, weil die AVG ihren Verbrennungspreis senkt. Es ist doch völlig unseriös, das heute prognostizieren zu wollen. Im Übrigen kann auch der umgekehrte Fall eintreten: Wir haben einen Mangel an Gewerbemüll und müssen die Verbrennungspreise wieder anheben.

Deswegen ist es völlig absurd, für die nächsten zehn Jahre eine Linie aufzuzeigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Brust, alle Ihre Argumente, die Sie gerade angeführt haben, sprechen doch dafür, eine mittelfristige Planung zu machen. Sie wollen sich immer noch dieses Törchen und jenes Törchen offenhalten. Wenn dann diese Entwicklungen eintreten, kann man das doch begründen und sagen: Das tritt ab dann und dann in Kraft. - Genau das ist doch möglich. Sie wollen als Politik immer noch am Jahresende die Möglichkeit haben, das und das und das dann noch zu machen.

Genau das möchte ich nicht. Ich will eine transparente Darstellung, wie das läuft. Deswegen halte ich das Aufzeigen der mittelfristigen Entwicklung für sinnvoll. Das ist ja ein kleines Bausteinchen bei der ganzen Sache. Es ist wirklich einen Versuch wert, in diese Richtung zu gehen.

Übrigens, Herr Brust: Das war die Idee von Herrn Mohren - nur mal so nebenbei.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darüber lasse ich dann bei TOP 10.19 abstimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 6.2.4. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD, die LINKEN, Rot-Weiß und Frau Gerlach stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung in der der Vorlage als Anlage 4 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Gerlach zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.5 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
3252/2019

Wenn ich Sie alle richtig verstanden habe, waren das gerade Sammelreden, von denen TOP 6.2.5 mit umfasst war.

(Christian Joisten [SPD]: Ja!)

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Von der SPD, der LINKEN, Rot-Weiß und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der der Vorlage als Anlage 5 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe Rot-Weiß und RM Gerlach zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun kommen wir zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

Tagesordnungspunkt

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2019 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2019
3884/2019

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.1.2 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung
4094/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Auch das wird zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO

7.2.1 Generalinstandsetzung der Grevenstraße
3322/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme "Ein Platz an der Herler Straße"; aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln"

(Einzelmaßnahme 2.5.5.)
0461/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen

(s. Ziffer III – Seite 4).

10.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.
0413/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen

(s. Ziffer III – Seite 4).

10.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Porz, Gemarkung Urbach, Flur 5, Flurstück 812
2665/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen

(s. Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.4 Fortführung des kombinierten Programms „Win-Win für Köln“, haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gemäß § 25 KommHVO über eine Kostensteigerung bei der Sanierung des Rheinparkcafés sowie Antrag auf Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung
2720/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die weitere Fortführung des Projektes „Win-Win für Köln“, ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik bis zum 31.12.2020.*

2. *Er beauftragt die Verwaltung, die zur Umsetzung der Aufgabe erforderlichen und bisher bis zum 31.12.2019 befristet eingerichteten Stellen*

   1,0 Stelle StOI BGr. A10 LBesG NRW

   1,0 Stelle VB EG 4, Fg.1 TVöD

   bis zum 31.12.2020 zu verlängern.

3. *Der Rat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 180.000 € für die Fortführung des Programms „Win-Win für Köln“ im Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen im Haushaltsjahr 2019. Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlung im Teilfinanzplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Finanzstelle 5620-1004-0-5112, Finanzposition 5620.578.5100.7. Aufgrund von Projektverzögerungen beim Neubau Mündelstraße 52 werden die Mittel im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum nicht verausgabt und stehen zur Übertragung bereit.*

4. *Der Rat wird unterrichtet, dass sich die investiven Gesamtauszahlungen der Maßnahme „Sanierung und Revitalisierung des Parkcafés im Kölner Rheinpark“*

   von 2.720.000 € um 1.080.000 € auf 3.800.000 € erhöhen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste
2905/2019

Wer möchte sprechen? - Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst noch einmal feststellen, dass wir uns im Schulausschuss vor genau zweieinhalb Wochen hier in diesem Hause ausführlich mit der Vorlage beschäftigt haben, sie hinterfragt haben, sie diskutiert haben und ihr trotz einiger Unwägbarkeiten dann gemeinsam zugestimmt haben.

Vorgestern hat sich in der Bezirksvertretung Porz dann eine aktuelle Entwicklung bezüglich der Prioritätenliste ergeben. Dort hat unsere SPD-Fraktion nämlich einen Ergänzungsantrag gestellt, der sich auf zwei Punkte bezieht und in der Bezirksvertretung Porz mit Mehrheit verabschiedet wurde. Ich möchte ihn hier kurz vorstellen.

Der Transparenz halber - denn der Ergänzungsantrag, den wir hier stellen wollen, liegt jetzt nicht umgedruckt vor - sage ich für diejenigen, die den genauen Wortlaut nachlesen wollen: Er ist identisch mit dem Antrag, der in der Bezirksvertretung Porz unter Tagesordnungspunkt 8.12 behandelt wurde. Er ist genau so übernommen worden.

Dieser Antrag bezieht sich auf zwei Punkte, die ich kurz ansprechen möchte.

Im Stadtbezirk Porz sieht es derzeit bezüglich der weiterführenden Schulen so aus, dass wir drei Gymnasien und eine Gesamtschule haben. In der Prioritätenliste sind sowohl ein Gymnasium als auch eine Gesamtschule im Zukunftsfenster vorgesehen.

Im Stadtbezirk Porz mussten zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 Kinder ohne Handicap in einer Größenordnung von zwei Gesamtschulzü-

gen abgelehnt werden, und für Kinder mit besonderem Förderbedarf mussten in diesem Jahr Ablehnungen in einer Größenordnung von sechs Zügen ausgesprochen werden.

Deshalb haben die Porzer bei ihrer Sitzung vorgestern in Bezug auf die Priorisierung bei den weiterführenden Schulen mit Mehrheit beschlossen, dass zum einen die nächste weiterführende Schule eine Gesamtschule sein soll und das Gymnasium dann zwar zeitnah, aber jedenfalls danach geplant werden soll. Wir halten das angesichts dieser Situation für zielführend und möchten es auf jeden Fall unterstützen.

Zum anderen soll diese Gesamtschule, die eigentlich vierzügig geplant war, in der Sekundarstufe I sechszügig und in der Sekundarstufe II fünfzügig sein. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt bezieht sich weniger auf die Prioritätenliste als vielmehr auf die Schulentwicklungsplanung. Im Stadtbezirk Porz gibt es die Lise-Meitner-Gesamtschule. Sie ist schon jetzt eine sehr große Schule mit sechs Zügen. In der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, die wir im Februar 2019 im Rat verabschiedet haben, haben wir unter der Maßnahme M84b - da kann man auch hineinschauen - eine Option vorgesehen, diese Schule auf acht Züge zu vergrößern.

Uns ist völlig klar, dass das eine Riesenschule werden wird. Wir stehen aber unter dem von mir gerade dargestellten großen Druck. Er besteht im Übrigen nicht nur in Porz, sondern letzten Endes auch stadtweit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in anderthalb Wochen Weihnachten. In zweieinhalb Wochen ist das Kalenderjahr 2019 abgehakt. Ende Februar werden wir wieder die nächsten Anmeldungen für Gesamtschulen bekommen. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir im letzten Schuljahr über 700 Kinder und im vorletzten Jahr über 1 000 Kinder ablehnen mussten.

Ich glaube, dass diese beiden Beschlüsse - in Bezug auf die Zügigkeitserweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule muss ich den Verantwortlichen vor Ort an dieser Stelle noch einmal Danke sagen, weil die Schulkonferenz diesem Vorschlag einstimmig zugestimmt hat - angesichts der ganz schwierigen Situation, die wir bei den Gesamtschulplätzen haben, genau die richtigen Zeichen sind.

Ich bitte darum, dass der Rat heute Abend diese beiden Dinge unterstreicht und diesem Ergänzungsantrag zustimmt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben hat das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Franz Philippi, ich will mich ja gar nicht groß an Formalien festhalten. Aber ich bin zufällig auch Vorsitzender des Schulausschusses. Dass ich bis zum Beginn der Ratssitzung diesen Antrag gar nicht kannte, ist für eine korrekte fachliche Beratung vielleicht doch suboptimal.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Aber da will ich ja gar nicht kleinlich sein.

Der Antrag wird aber auch noch nicht einmal umgedruckt. Diese Mühe machen sich die Kollegen der SPD nicht. Sie sagen nur: Am Dienstag gab es ein gutes Votum in der Bezirksvertretung Porz; das ist das, was wir hier vorbringen wollen.

Ihnen ist es also noch nicht einmal die Mühe wert, das den 90 Ratsmitgliedern plus der Frau Oberbürgermeisterin und der Verwaltung hier einmal schriftlich vorzulegen,

(Andreas Pöttgen [SPD]: Wer im Glashaus sitzt!)

damit man das auch einmal überprüfen kann. - Das sind die beiden Dinge, die zu den Formalien zu sagen sind.

Drittens. Wenn es einem um die Sache gehen würde, fände ich es sehr hilfreich, solche Debatten auch im Fachausschuss zu führen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Dort hat die SPD ja genauso wie wir vor zweieinhalb Wochen der unveränderten Prio-Liste zugestimmt. Aber einverstanden; vor zwei Tagen ist dann in Porz noch einmal etwas beschlossen worden, und man sagt: Jetzt wollen wir das mitnehmen. - Das würde ich ja noch akzeptieren. Ich bleibe aber dabei: Die Fachdebatte gehört in den Fachausschuss.

Was beschließen wir denn heute? Wir werden heute die unveränderte Prio-Liste beschließen,

die auch im Schulausschuss beschlossen wurde. Das macht auch Sinn.

Sie sagen jetzt, dass es berechtigte Überlegungen gibt, in Porz lieber erst eine zweite Gesamtschule zu schaffen, bevor das vierte Gymnasium realisiert wird. Darüber können wir doch reden. Kommen Sie in den Schulausschuss, und diskutieren Sie mit uns.

Gucken Sie auch einmal in die Vorlage und schauen sich an, was wir heute beschließen. In dieser Vorlage steht nicht, dass wir erst das vierte Gymnasium und dann die zweite Gesamtschule bauen. Darin steht auch nicht, dass wir erst die zweite Gesamtschule und dann das vierte Gymnasium bauen. Beide Maßnahmen sind in den hinteren Sortierzeilen mit dreistelligen laufenden Nummern zu finden - wobei die Nummer keinerlei Bedeutung hat und keinerlei Priorisierung ausspricht - und in die Kategorie A eingestuft.

„Kategorie A“ bedeutet: aus schulfachlicher Sicht sehr eilig bis 2023. Ich weiß auch, dass vermutlich nicht alle Maßnahmen, die in die Kategorie A eingestuft sind, bis 2023 hier komplett und zufriedenstellend umgesetzt werden.

Ich weiß nur: Wenn wir heute genauso wie im Schulausschuss beschließen, sind beide Maßnahmen unter Kategorie A priorisiert. Eine Unterkategorisierung, welche Maßnahme nun zuerst erfolgt - und ich rede einmal gar nicht von anderen Stadtbezirken, die ja auch noch Wünsche haben -, treffen wir damit nicht.

An dieser Stelle möchte ich auch einmal lobend die Fraktion der LINKEN im Schulausschuss erwähnen. Dort gab es ebenfalls Überlegungen, ob man an der Prio-Liste mit Blick auf Gesamtschulplätze nicht noch etwas machen wollte. Wir haben uns aber auch dafür entschieden, zu sagen: Wir beschließen erst einmal die Prio-Liste so, wie sie ist, um sie nicht aufzuhalten. Die LINKEN werden dann zu unserer Sitzung im Januar 2020 formal einen Antrag in den Schulausschuss einbringen, mit dem sie ein beschleunigtes Gesamtschulprogramm auf den Weg bringen möchten.

Das ist ein vernünftiger und konstruktiver Weg. Ich kann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hier in Köln nur raten, es heute ähnlich zu machen und das Anliegen korrekt in den Schulausschuss einzubringen. Da werden wir dann sicherlich auch eine Lösung finden. Denn es gibt doch gar keinen Streit darüber, dass in dieser Stadt Gesamtschulplätze fehlen - in Porz nicht so viele wie in anderen Stadtbezirken, aber auch in Porz, wie Franz Philippi korrekt beschrieben hat.

Deshalb bitte ich darum, die Prio-Liste nicht aufzuhalten, sondern heute zu beschließen. Was die Frage angeht, in welcher Priorisierung wir welche Maßnahmen durchführen, sind nach meiner Kenntnis der Schul- und der Baudezernent nicht nur im Gespräch, sondern vermutlich auch im nächsten Jahr mit konkreten Vorschlägen der Verwaltung unterwegs. Wenn sich das dann vielleicht auch noch mit einem Votum im Schulausschuss überschneiden könnte, wäre das sicherlich eine gute Vorgehensweise. - Danke.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Thelen das Wort.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Helge Schlieben hat bereits deutlich gemacht, wie problematisch es ist, eine derart wichtige Sache nicht zuerst in den Fachausschuss zu bringen, sondern hier zur Diskussion zu stellen und dann noch nicht einmal die Unterlagen so zur Verfügung zu stellen, dass wir entsprechend beraten können, wenn auch nur kurz.

Der Hauptpunkt ist heute die Fortschreibung der priorisierenden Liste. Als ich hörte, die SPD wolle reden, dachte ich, sie wolle dazu reden. Ich habe nicht gedacht, dass sie einen Ergänzungsantrag stellen wollte. Deshalb sage ich jetzt noch einige Worte zu dieser ganz wichtigen priorisierenden Liste.

Sie enthält nämlich weitere Verbesserungen. Die Verwaltung hat sich einmal die 59 im Bau und in der Planung befindlichen Maßnahmen angeschaut und geclustert, welche Dinge man zusammenfassen kann. So sind aus 49 Maßnahmen dann 23 entstanden. Wir fragen uns doch alle: Wie kann Schulbau schneller gehen? Insofern ist das eine ganz wichtige Botschaft, die in dieser Fortschreibung der Liste steht.

Es sind - um das noch einmal zu erwähnen - auch noch zwei Prio-Maßnahmen dazugekommen.

Zusätzlich zu den insgesamt 61 Maßnahmen, die derzeit in der Mache sind, erfolgen noch 30

Maßnahmen über Generalunternehmer und Totalunternehmer. Das muss man sich einmal vorstellen.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis, da die Presse hier noch vertreten ist und Herr Frangenberg das vielleicht schreibt. In diesem Jahr sind fünf wichtige Schulbaumaßnahmen fertig geworden. Das sollte man auch einmal begrüßen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Nun zu diesem Ergänzungsantrag, der aus der Bezirksvertretung Porz kommt: In die Kategorie A sind die 40 Maßnahmen eingestuft, die nach dem Abbau der von mir gerade erwähnten 61 Maßnahmen umgesetzt werden sollen, und zwar im Grunde bis 2023. Es ist überhaupt noch nicht darüber entschieden, ob die eine Schule oder die andere Schule an erster Stelle oder an zweiter Stelle oder auch an 40. Stelle kommt. Denn das muss selbstverständlich von der Fachbehörde - aus vielen Gründen, nämlich baurechtlichen Fragestellungen usw. - gemacht werden.

Deshalb möchte ich hier noch einmal DIE LINKE loben, die im letzten Schulausschuss - bei der Situation bezüglich der Gesamtschulplätze verständlicherweise - gesagt hat: „Können wir nicht schneller mehr Gesamtschulen bauen?“, aber gemerkt hat: Es ist unsinnig, im Moment diese priorisierende Liste anzugreifen. Vielmehr brauchen wir eine Fachdiskussion dazu, selbstverständlich auch mithilfe von Herrn Greitemann und von Herrn Voigtsberger.

Das wollen wir bei der nächsten Sitzung des Schulausschusses machen. Deshalb ist das auch der richtige Ort, an dem die SPD diesen Antrag einbringen sollte. Ich hoffe, dass Ihr das jetzt macht. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun spricht Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Schulausschusses! Ich könnte auch mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung, dass wir das im Schulausschuss diskutieren, leben.

Ausdrücklich unterstützen wir diesen Änderungsantrag der SPD. Wir tragen ihn als Antragsteller mit. Denn die Bezirksvertretung Porz hat sich kluge Gedanken gemacht und diesen Beschluss gefasst. Wieso sollen wir ihn nicht einfach übernehmen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir gerade erklärt!)

Meine Fraktion hat bereits im Schulausschuss am 25. November 2019 kritisiert, dass die Priorisierungsliste - also nicht nur die Fortschreibung - von Anfang an einen Geburtsfehler hat. Wir alle wissen, dass in 15 Jahren 10 000 Kinder in Köln nicht die von ihnen und ihren Eltern gewünschte Schulform, eine Gesamtschule, besuchen können. Es fehlen acht vierzügige Gesamtschulen. Jedes Jahr fehlen im Durchschnitt 800 Plätze. Und was wird in der Priorisierungsliste beschlossen? Es wird eine Schulbauliste beschlossen, die ein beschleunigendes Ausbauprogramm nicht für Gesamtschulen, sondern für Gymnasien enthält.

Ich will jetzt die im Schulausschuss geführte Diskussion nicht wiederholen. Aber bei den Baumaßnahmen der Kategorie 0, die die höchste Priorität haben, sind zwei völlig neue Gymnasien aufgeführt. Hingegen gibt es die beiden Gesamtschulen, die dort aufgeführt werden, bereits. Sie sind gestartet. Das sind also keine neuen Plätze.

Das heißt: Wenn bei den Maßnahmen der Kategorie A große Unsicherheit besteht, wann diese Schulen gebaut sind, ob das wirklich bis 2023 klappt oder ob es nicht fünf Jahre länger dauert, sind wir in den nächsten Jahren wieder in der Gefahr, dass jedes Jahr 700, 800 oder vielleicht auch mal 1 000 Plätze an Gesamtschulen fehlen.

Denn die meisten Fachleute sagen: Je mehr Gesamtschulen angeboten werden, desto mehr Eltern entdecken diese Schulform vor Ort. - Beispielsweise hatten wir den Fall, dass 2018 im Stadtbezirk Ehrenfeld zwei Gesamtschulen an den Start gingen. Daraufhin hat sich die Zahl der Anmeldungen glatt verdoppelt - von 270 auf rund 550.

Insofern berücksichtigen die Planungen der Stadt und die hier vorliegende Schulpriorisierungsliste nicht in genügendem Maße die Entwicklungen beim Wahlverhalten der Eltern in den letzten zehn bis 15 Jahren. Es werden immer mehr Gesamtschulplätze nachgefragt. Die Planungen laufen jetzt sehenden Auges in die Situation hinein, dass es weiterhin diese hohen Zahlen von Ablehnungen geben wird. Das muss

dringend verändert werden. Es kann nicht so bleiben.

Jetzt beteuern alle Fraktionen, dass die Gesamtschulen gleichberechtigt ausgebaut werden sollen. Wir finden diesen Vorschlag aus Porz sinnvoll. Er wurde bereits mit den Zahlen vor Ort begründet. In Porz spricht alles dafür. Die drei Gymnasien, die es in Porz gibt, sind nicht in der Situation, dass sie Schüler ablehnen müssen. Die einzige Gesamtschule, die es in Porz gibt, musste aber 50 Schüler ablehnen.

Deshalb möchten wir den Rat auffordern: Justieren Sie die Schulbau-Priorisierungsliste gleich nach. Stimmen auch Sie für den Änderungsantrag der SPD und der LINKEN.

Meine Fraktion kann der Schulbau-Priorisierungsliste nur zustimmen, wenn mit diesen Änderungen ein Anfang gemacht wird, um der Benachteiligung der Gesamtschulen zu begegnen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles ist schon gesagt worden. Deswegen mache ich es kurz vom Platz aus. - Ich möchte mich den Kollegen von Schwarz-Grün anschließen. Gefährden Sie hier heute nicht die Prioritätenliste, die bereits im Schulausschuss beschlossen worden ist. Wir werden ohnehin noch darüber debattieren.

Ja, es ist richtig, dass Porz jetzt kurzfristig diesen Beschluss gefasst hat. Sie wissen, dass wir als Freie Demokraten beides sehen. Wir wollen keine Schulformen gegeneinander ausspielen. Wichtig ist, was in der Schule stattfindet.

Wir können nur sagen: bauen, bauen, bauen. Das ist das Problem, das Köln hat. Daran ändern wir nichts, wenn wir hier weiter über Schulformen diskutieren. Dementsprechend sollten wir bitte die Prioritätenliste so beschließen und entsprechend weitermachen: bauen, bauen, bauen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Damit nicht der falsche Eindruck entsteht, wir würden die Gesamtschulen vernachlässigen, und vielleicht auch, weil die Presse da ist, erinnere ich noch einmal daran, dass wir in der Schulentwicklungsplanung folgendes Zahlenverhältnis zwischen Gesamtschulen und Gymnasien haben

(Zuruf)

- ja, ich muss Herrn Frangenberg immer ansprechen -: Die ursprüngliche Vorlage der Stadt sah vor, 13 Gesamtschulen und acht Gymnasien in der nächsten Zeit zu verwirklichen. Nach unserer Veränderung sind es 14 Gesamtschulen und sieben Gymnasien. Das darf man nicht vergessen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt liegen aber keine Wortmeldungen mehr vor.

Dann schlage ich vor, dass wir zunächst über den mündlichen Änderungsantrag der SPD, dem sich DIE LINKE angeschlossen hat, und dann über die Vorlage abstimmen. Weiß jeder, worüber wir abstimmen? - Gut.

Haben alle den Änderungsantrag der SPD zur Kenntnis genommen? Oder soll ich ihn noch einmal vorlesen?

(Zurufe: Nein!)

- Gut. - Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, DIE LINKE und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, dem sich die Fraktion Die Linke. angeschlossen hat

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Porz bittet den Kölner Stadtrat, bei der Beschlussfassung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste (2905/2019) folgenden Text zu ergänzen:

Im Stadtbezirk Porz ist zur Gewährleistung einer echten Alternative zur Wahl eines Schulplatzes im dreigliedrigen Schulsystem oder an einer Gesamtschule der Bau einer zweiten Gesamtschule im Stadtbezirk (Sortierzeile 135, Auftragsnummer 118) der Umsetzung des vierten Gymnasiums (Sortierzeile 146, Auftragsnummer 130) vorzuziehen. Darüber hinaus ist der Schulstandort von „Zündorf-Süd“ in „Porz“ zu ändern und die vorgesehene Zügigkeit von vier auf sechs Züge sowie fünf Zügen in der Sekundarstufe II zu erweitern. Dies entspricht der Maßnahme M84 aus der Schulentwicklungsplanung Köln 2016 (Antwort der Verwaltung zu AN/0328/2018 vom 26. April 2018).

Bereits vor der Fertigstellung der neuen Gesamtschule ist die Lise-Meitner- Gesamtschule auf acht Züge zu erweitern. Diese Möglichkeit ist gegeben in der „Stresemannschule“ nach dem Rückumzug der GGS Breitenbachstraße in den fertigen Neubau im vierten Quartal 2020 (Sortierzeile 11, Auftragsnummer 9) und entspricht dem Beschluss der Schulkonferenz der LMG. Für die weitere Nutzung der Stresemannschule existiert derzeit ohnehin kein Bedarf, sodass das gerade instandgesetzte Gebäude, das unmittelbar neben der Gesamtschule liegt, ab 2021 wieder leer stehen würde.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD abgelehnt.

II. Abstimmung über die Beschlussvorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die in Anlage 2 beiliegende Fortschreibung der priorisierenden

Schulbaumaßnahmenliste (Schulbaumaßnahmenliste 2018 - 3648/2018) zur Kenntnis.

Der Rat stimmt den vorgesehenen Clusterungen der Schulbaumaßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:
Der mündlich vorgetragene Änderungsantrag entspricht dem Beschluss der Bezirksvertretung Porz in der Sitzung vom 10.12.2019 zu TOP 8.12 (Antrag AN/1652/2019).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der GGS Hauptstraße 432, 51143 Köln-Porz von 3 auf 4 Züge gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW
3024/2019

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der GGS Hauptstraße 432, 51143 Köln-Porz gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) ab dem Schuljahr 2020/21 von 3 auf 4 Züge zu erweitern.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, umgehend nach Beschlussfassung bei der Bezirksregierung Köln einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 SchulG zur Genehmigung der Zügigkeitserweiterung zu stellen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Beitritt der Stadt Köln zur Blockchain-Genossenschaft „govdigital eG“
3475/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt unter dem Vorbehalt der Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln:

1. *Die Verwaltung der Stadt Köln wird vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2020/2021 ermächtigt, zum 01.01.2020 einen Geschäftsanteil an der gem. anliegender Satzung zu gründenden Genossenschaft „govdigital eG“ zu erwerben. Der Beitritt der Stadt Köln ist mit dem Einbringen eines Stammkapitals von 110.000,00 Euro verbunden.*

2. *Die Verwaltung der Stadt Köln wird ermächtigt, im Rahmen der Mitgliedschaft eine technische Betriebsstätte innerhalb des interkommunalen Blockchain-Netzwerks aufzubauen.*

3. *Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird. Änderungen in diesem Sinne sind solche, die sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen als notwendig und zweckmäßig erweisen.*

4. *Der Rat entsendet Herrn Prof. Dr. Engel, Dienststellenleitung des Amts für Informationsverarbeitung als Vertreter der Stadt Köln in die Generalversammlung der Genossenschaft und stimmt einer etwaigen Wahl des vorgenannten Vertreters in den Aufsichtsrat bzw. den Vorstand der Genossenschaft zu. Als stellvertretender Vertreter der Stadt Köln wird Herr Frank Bücher, stellvertretende Dienststellenleitung des Amts für Informationsverarbeitung, benannt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2017/2018 des Gürzenich-Orchesters Köln
3136/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 16.08.2019 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG versehene Jahresabschluss zum 31.8.2018 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2017 bis 31.8.2018 festgestellt.*

2. *Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2017 bis zum 31.8.2018 in Höhe von EUR 891.619,60, der sich aus dem Jahresüberschuss 2017/2018 in Höhe von EUR 76.520,26 nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag von EUR 811.099,34 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 4.000,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.*

3. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Weitere Bestellung von Herrn Patrick Wasserbauer zum Betriebsleiter bei den Bühnen der Stadt Köln
3531/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt Herrn Patrick Wasserbauer für die Zeit vom 01.09.2021 bis zum 31.08.2026 weiterhin zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2020 - 2024
3606/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung 2020/2021 – im Teilplan 0416- Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für das Haushaltsjahr 2020 im Bereich der Bildenden Kunst nachfolgende Mietzuschüsse zu gewähren:

Zuschuss Frau Britta Bogers (Malerei, Zeichnungen) 2.520 Euro

Zuschuss Frau Claudia Desgranges (Malerei) 1.800 Euro

Zuschuss Frau Brigitte Dunkel 1.620 Euro

(Medienübergreifende Installation, Performance)

Zuschuss Herrn Michael Heym (Bildhauerei, Mixed Media) 1.620 Euro

Zuschuss Frau Katharina Jej (Performance) 552 Euro

Zuschuss Herrn Alwin Lay (Bildende Kunst) 2.520 Euro

Zuschuss Frau Sirin Simsek (Medienkunst) 1.068 Euro

Zuschuss Frau Viktoria Strecker (Bildende Kunst, Freie Kunst) 1.620 Euro

*Der Rat beabsichtigt, sofern die Haushaltslage dies erlaubt, die jährliche Zuschusshöhe bis zum Jahr 2024 beizubehalten. Die Mittel in Höhe von 66.600 Euro (5 * 13.320 Euro) sind im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für den genannten Bewilligungszeitraum von 2020 bis 2024 im Projektbudget des Förderbereiches Bildende Kunst gebunden.*

*Falls ein/e Künstler*in vorzeitig aus der Bewilligung ausscheidet, wird zunächst Herr Thomas Böing (Bildhauerei) mit einem Zuschuss von jährlich 1.440 Euro nachrücken, bei einem weiteren ausscheiden rückt Frau Nicola Schudy (Installation, Zeichnung) mit einem Zuschuss von 1.620 Euro nach.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.11 Bestellung eines städtischen Vertreters in die Regionalgemeinschaft Olympiastützpunkt Rheinland e. V. (OSP)
siehe TOP 17.1

Die Angelegenheit wird unter TOP 17.1.behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Gewährung eines Gesellschafterdarlehens
4021/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, die in der Begründung zu dieser Vorlage dargestellten 3 Maßnahmen der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (Kliniken Köln) aus der Förderung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetzt (KInvFG) herauszulösen.*

2. *Zur Finanzierung der Maßnahmen beschließt der Rat die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens in Höhe von 13,5 Mio. € zu Kommunalkreditkonditionen über eine Laufzeit von 7 Jahren (31.12.2026) an die Kliniken Köln und beauftragt die Verwaltung, einen Darlehensvertrag mit dem Unternehmen abzuschließen. Grundlage der Darlehensgewährung bildet die vom Rat der Stadt Köln am 15.12.2015 (Session-Nr. 3677/2015) beschlossene Betrauungsregelung der Kliniken Köln mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI-Leistungen).*

3. *Der Rat ermächtigt die Verwaltung, in den Darlehensvertrag eine Nachrangvereinbarung gem. § 39 Abs. 2 Insolvenzordnung aufzunehmen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2020 4051/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln für das Wirtschaftsjahr 2020 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 20,0 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf 20,0 Mio. Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Vorsorgliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Nachprüfungsverfahren gegen die erfolgte Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten 4092/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, vorsorglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ab dem 01.01.2020 einen unterbrechungsfreien Betrieb des Stadtverkehrs gemäß den Vorgaben des Ratsbeschlusses vom 04.04.2019 (Vorlagen-Nr.: 4240/2018) einschließlich nachfolgender Verkehrsausweitungen und des aktuellen Nahverkehrsplans durch die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) auch für den Fall eines etwaigen Unterliegens im anhängigen Nachprüfungsverfahren gegen die Direktvergabe an die KVB zu gewährleisten. Im Falle des Unterliegens sollen die Maßnahmen bis zu einer ordnungsgemäßen Vergabe der Personenverkehrsdienste an einen Betreiber greifen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel“ 3120/2019

Wortmeldungen? - Die Bezirksbürgermeisterin hat sich zu Wort gemeldet. Frau Greven-Thürmer, Sie haben das Wort.

Bezirksbürgermeisterin Claudia Greven-Thürmer (Kalk): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, heute als Bezirksbürgermeisterin des Stadtbezirks Kalk hier zur Vorlage „Weiterentwicklung des Programms ‚Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln‘“ zu sprechen.

Diese Verwaltungsvorlage ist sicher eine der unstrittigsten bei der heutigen Sitzung, und sie wird wahrscheinlich auch auf breite Zustimmung stoßen. Dennoch hat sie es verdient, nicht einfach durchgewunken zu werden. Denn sie leistet einen immens wichtigen Beitrag zur Entwicklung sozialer Strukturen in unserer Stadt. Damit erfährt das von LIGA, Politik und Verwaltung entwickelte Konzept eine starke Aufwertung.

In den rechtsrheinischen Bezirken Porz, Mülheim und Kalk - für Kalk stehe ich heute hier - werden Stellen- und Gebietserweiterungen erfolgen. In unserem Bezirk wird es dann vier Sozialraumgebiete geben; denn die Teilung des größten Bezirks, Kalk mit Humboldt/Gremberg, war längst überfällig, und es gibt einen tatsächlichen Bedarf, um der Einwohnerentwicklung Rechnung zu tragen.

Das ist alles gut. Dennoch dürfen uns die große Bereitschaft und auch der gemeinsame Gestaltungswille von Verwaltung - herzlichen Dank dafür -, freien Trägern und beteiligten Politikerinnen und Politikern - Frau Heuser sehe ich - nicht darüber hinwegtäuschen, dass in dieser Vorlage der Fokus auf Gebieten mit hohem Sozialindex liegt. Damit wird deutlicher denn je, dass die soziale Schere zwischen den links- und rechtsrheinischen Stadtteilen weiter auseinandergeht.

Als verantwortliche Politikerinnen und Politiker in dieser Stadt dürfen wir das nicht hinnehmen. Unser Anspruch muss es sein, gleichwertige Lebensverhältnisse auf den beiden Seiten des Rheins zu schaffen und auf dem Weg dorthin alle Maßnahmen zu unterstützen, die für den Erhalt lebenswerter Veedel notwendig sind.

Ich hoffe, dass Sie mir und dieser Vorlage zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2020/2021 (inkl. des Veränderungsnachweises des Finanzausschusses vom 11.10.2019 gem. AN/1372/2019) beschließt der Rat die Ausweitung des Programms „Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ mit folgenden konzeptionellen und organisatorischen Eckpunkten:

1. *Die Zielsetzung des Programms wird um die kursiv gesetzten Formulierungen ergänzt und lautet wie folgt:*

   „Ziel des Programms „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ ist die Verbesserung der Lebensbedingungen und Teilhabechancen der Bewohner/innen in Sozialraumgebieten durch eine stärkere Bewohner- und Sozialraumorientierung aller relevanten Fachämter, Behörden, Träger und Einrichtungen.“

2. *Auf der Grundlage der Analyse werden wie in den Anlagen dargestellt*

   a. *folgende Sozialraumgebiete geändert:*

      - *Das Sozialraumgebiet Humboldt/Gremberg/Kalk wird geteilt in das Sozialraumgebiet Humboldt/Gremberg und das Sozialraumgebiet Kalk (vgl. Anlage S. 32).*

      - *Das Sozialraumgebiet Mülheim-Nord/Keupstraße wird vergrößert um Teilräume in westlicher Rheinlage und südlicher Lage (vgl. Anlage S. 36).*

      - *Das Sozialraumgebiet Buchheim/Buchforst wird geteilt in das Sozialraumgebiet Buchforst/Mülheim und das Sozialraumgebiet Buchheim/Holweide. Zudem werden die neuen Gebiete jeweils um angrenzende Gebiete erweitert (vgl. Anlage S. 39).*

   b. *folgende Sozialraumgebiete zusätzlich neu eingerichtet:*

      - *Im Bezirk Mülheim wird das Sozialraumgebiet Höhenhaus/Dünnwald eingerichtet (vgl. Anlage S. 43).*

      - *Im Bezirk Porz wird das Sozialraumgebiet Porz Mitte/Urbach eingerichtet (vgl. Anlage S. 23).*

3. *Das folgende Sozialraumgebiet wird umbenannt:*

   Das Sozialraumgebiet Bickendorf/Westend/Ossendorf wird umbenannt in Bickendorf/Ossendorf.

4. *Zur Umsetzung der Sozialraumkoordination in den neu identifizierten bzw. veränderten Gebieten werden freie Träger der Wohlfahrtspflege gemäß den derzeit gültigen Bedingungen gefördert (s. Anlage 3). Die Verwaltung schlägt hierzu dem politischen Steuerungsgremium des Programms freie Träger zur Umsetzung der Sozialraumkoordination in den neu benannten Gebieten zur Förderung vor.*

   Zur Umsetzung von Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung bzw. zur Aktivierung insbesondere in den neuen Sozialraumgebieten, schlägt die Geschäftsstelle in Abstimmung

mit den Bürgeramtsleitungen dem politischen Steuerungsgremium des Programms spezielle Maßnahmen vor. Für diese Maßnahmen stehen pro Jahr maximal 77.500 Euro zur Verfügung.

5. *Die Verwaltung wird ermächtigt, die zur Umsetzung der oben angeführten Maßnahmen erforderlichen Haushaltsmittel innerhalb des Teilplans 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity bedarfsgerecht umzuschichten.*

6. *Die Ergebnisse und Wirkungen des Programms werden regelmäßig begleitend, spätestens alle fünf Jahre evaluiert. In diesem Rahmen sollten auch die Gebietszuschnitte sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen und deren Einteilung überprüft und im Bedarfsfall angepasst werden.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Beschluss über die Planung und Durchführung eines Wettbewerblichen Dialogverfahrens gemäß § 119 Abs. 6 GWB und § 18 VgV sowie der anschließenden integrierten Planung zur Entwicklung eines städtebaulichen Masterplans auf Grundlage des Leitbildes „Kreuzfeld - Ein gutes Stück Köln“ sowie Beschluss über die Beauftragung eines verfahrensbegleitenden Moderationsbüros und Beschluss über die Vergabe von Gutachten
hier: Bedarfsfeststellung
3536/2019

Änderungsantrag der Gruppe GUT
AN/1718/2019

Wortmeldungen?

(Zurufe)

- Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen - mir selbst übrigens auch -, immer am Wochenende vor der Ratssitzung einen Blick in die Geschäftsordnung zu werfen. Man kann jedes Mal wieder etwas lernen.

Wir beginnen nach der Fraktionsstärke. Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich würde auch nie die Sitzungsleitung kritisieren. Allerdings war ich jetzt auf etwas anderes eingestellt, weil ich dachte, dass Herr Zimmermann als Antragsteller seinen Antrag zunächst einmal begründen würde.

Ich kann aber auch vorwegnehmen, sehr geehrter Herr Zimmermann, dass wir Ihrem Änderungsantrag zustimmen würden, und möchte das auch kurz begründen.

Sie erinnern sich vielleicht, Herr Zimmermann, dass wir am 2. Februar 2016 den Antrag der SPD-Fraktion „Gebiet ‚Im Kreuzfeld‘ jetzt entwickeln“ behandelt haben.

Ich weiß, Herr Breite; Sie kommen gleich wieder mit dem liberalen Großväterchen und sagen, dass die FDP das ja noch länger gefordert hat als die SPD.

(Beifall bei der FDP)

Es ist nur so, dass wir zu einem bestimmten Zeitpunkt einfach auch Entwicklungen erkennen müssen. Das ist unsere Aufgabe als Ratspolitiker. Und wenn wir Wohnraum brauchen, müssen wir ihn bereitstellen. Deshalb haben wir im Januar 2016 diesen Antrag ja auch gestellt.

Herr Zimmermann, bei dem Gebiet „Im Kreuzfeld“ haben wir natürlich immer gesagt, dass wir dort eine gemischte Entwicklung haben möchten. Deswegen haben wir das auch wieder auf die Tagesordnung des Rates gesetzt, weil wir gerade nicht eine Entwicklung der 80er-Jahre, die im Entwurf vorlag, wiederholen wollten.

Damals haben CDU, Grüne und Sie, Frau Oberbürgermeisterin, in einer Kampfabstimmung dann eine Mehrheit gegen den SPD-Antrag erzielt, obwohl dieser unter anderem auch eine Berücksichtigung der Klimaeffekte bei der Neuentwicklung von Kreuzfeld vorsah. Herr Zimmermann, Sie haben sich - wenn ich Sie daran erinnern darf - damals bei dem Antrag der SPD enthalten.

Wir haben hier eine klare Vorstellung dazu und würden dem jetzt zustimmen, möchten allerdings auch noch einmal sagen, dass wir uns einen klimaneutralen Stadtteil wünschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ob das allerdings vollkommen klimaneutral möglich ist, müssen wir sicherlich noch schauen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Aber nicht mehr heute Abend! - Heiterkeit)

- Ja, Herr Dr. Elster, heute Abend werden wir das sicherlich nicht mehr klären können. - Es ist jedenfalls sinnvoll, sich diesem Ziel anzunähern. Das ist aber natürlich auch eine Frage der Baukosten, die nicht ins Unermessliche steigen sollten.

Festzuhalten bleibt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir uns einen gemischten Stadtteil für Wohnen, Leben, Arbeiten und Freizeit, auch mit einem hohen Anteil von Grün, wünschen. Unter Berücksichtigung dieser Prämissen möchten wir der Vorlage in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses und mit den Ergänzungen des Wunsches nach möglichst weitgehender Klimaneutralität zustimmen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt ist Herr Kienitz an der Reihe.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich will gar nicht reden!)

Dann hat Herr Weisenstein das Wort.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich behalte mir das vor!)

- Ja, das habe ich so verstanden. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! DIE LINKE unterstützt die Entwicklung von Kreuzfeld aus vollem Herzen. Auch die Leitlinien, unter denen dieser Stadtteil entwickelt werden soll, finden unsere Unterstützung.

Wir als LINKE wollen neben den Leitlinien Gesundheit, Bildung und Vernetzung auch dem Thema Arbeit in Kreuzfeld eine wesentliche Rolle zumessen.

Wir haben das große Glück, meine Damen und Herren, dass uns ein Großteil der Fläche von Kreuzfeld gehört. Das müssen wir nutzen. Die Wohnungen, die dort entstehen, müssen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand gebaut und auch gehalten werden, damit wir dauerhaft Einfluss auf kostengünstiges Wohnen haben; denn Kreuzfeld soll ein gemischter Stadtteil werden, in dem auch Menschen mit wenig Geld ein gutes Zuhause finden.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass Kreuzfeld einen aktiven Teil zu der Entwicklung des Kölner Nordens beiträgt. Wir wollen alles daransetzen, dass wir auch eine wichtige Bildungseinrichtung - Bildung ist schließlich ein Leitthema - nach Kreuzfeld bekommen, die nicht nur für den Stadtteil und für den Kölner Norden positiv ist, sondern auch in die Stadt und vielleicht sogar in die ganze Region strahlt, damit wir in dem neuen Stadtteil Kreuzfeld ein Alleinstellungsmerkmal und ein positives Image weit über die Bezirksgrenzen hinaus erreichen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir Kreuzfeld entwickeln, müssen wir genau zuhören, was die Experten und die Bewohner vor Ort sagen. Sie sagen uns nämlich, dass wir nicht einen neuen Stadtteil nach Kreuzfeld bauen sollen, sondern den schon bestehenden Stadtteil Blumenberg so ergänzen müssen, dass in der Gesamtheit ein richtig guter neuer Stadtteil entsteht, von dem auch die Blumenberger profitieren. Denn wir wissen alle, dass die Infrastruktur in Blumenberg derzeit nicht ausreichend - man kann auch sagen: mangelhaft - ist. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass sich dann, wenn sich die Einwohnerzahl verdoppelt, andere Infrastrukturen dort lohnen und tragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie bei vielen neuen Bauprojekten wird das Thema Verkehr in Kreuzfeld bzw. Blumenberg auch stark diskutiert. Von hier aus sagen wir immer: Es ist prima, dass wir dort eine S-Bahn haben. - Wenn wir uns aber die Sorgen und Nöte der Leute aus Blumenberg anhören, stellen wir schnell fest, dass sie mit dieser S-Bahn nicht sehr zufrieden sind. Sie ist nicht nur in einem baulich miserablen Zustand, insbesondere für bewegungseingeschränkte und ältere Menschen. Hinzu kommt, dass viele S-Bahnen, die am Kölner Hauptbahnhof starten und in Richtung Norden fahren, eine Schleife um Blumenberg machen.

Das müssen wir weiter thematisieren, Frau Oberbürgermeisterin. Wir müssen es bei der Bahn thematisieren. Kreuzfeld wird ja nicht morgen fertig sein. Wir müssen dort Einfluss nehmen, damit bei den Umgestaltungen des Bahnknotens Köln auch tatsächlich die Belange dieses neuen Stadtteils mitberücksichtigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, der Antrag von Herrn Zimmermann, das Ganze klimaneutral zu gestal-

ten, findet natürlich unsere Unterstützung. Wie Herr Frenzel schon angedeutet hat, ist das natürlich ein unglaublich komplexes Thema. Heute Abend wird keiner hier sagen können: Jawohl, das schaffen wir; das machen wir mit links. - Ich glaube allerdings, dass wir uns da sehr anstrengen müssen.

Eines muss aber auch klar sein. Dort müssen ja Rieseninvestitionen in die Infrastruktur getätigt werden, um eine Klimaneutralität herzustellen. Es ist ja nicht so, dass nur ein neuer Gaskessel eingebaut werden muss, und alles fluppt. Dort sind auch ganz, ganz große Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Und da müssen wir uns einig sein, meine Damen und Herren. Klimawandel ist eine wichtige Sache, und wir müssen alles dafür tun, ihn einzudämmen. Es kann aber nicht sein, dass am Ende des Tages die Mieterinnen und Mieter, die nach Kreuzfeld ziehen, diese - -

(Ulrich Breite [FDP]: Ach!)

- Natürlich kann das nicht sein. Die Bekämpfung des Klimawandels ist doch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen dürfen die Mehrkosten, die beim Bau von klimaneutralen Wohnungen entstehen, nicht auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden, zumindest einmal nicht komplett. Das geht natürlich nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt keine Grundsatzrede zum neuen Stadtteil Kreuzfeld halten.

(Beifall)

Ich finde, dass wir das nicht jedes Mal machen können, wenn wir eine Vorlage zu einem solchen Thema bekommen.

Aber alleine dieser Projektplan, den wir jetzt vorgelegt bekommen haben, ist auch schon ein paar Worte wert.

Er zeigt uns auf, wie das weitere Verfahren geplant ist. Er stellt die Planungsprozesse jetzt erst einmal bis 2022 dar - mit Zeitstrahl, mit der Vergabe der Gutachten. Das Ganze nennt sich „Beschluss über die Planung und Durchführung eines Wettbewerblichen Dialogverfahrens“. Der Titel ist ja ein bisschen sperrig. Aber er versucht einfach, die Komplexität der Aufgaben, die vor uns liegen, zusammenzufassen.

Die Summe, über die wir hier entscheiden, von 1,24 Millionen Euro für diesen Prozess erscheint mir auch angesichts der Komplexität der Verfahren und der Schritte durchaus gerechtfertigt.

Letzten Samstag gab es bei der bereits einige Male erwähnten Veranstaltung im Historischen Rathaus auch einen Workshop zu neuen Stadtteilen, an dem ich teilgenommen habe. Dort wurde zum Beispiel Kreuzfeld auch mit dem Münchner Nordosten und dem Bayerischen Bahnhof in Leipzig verglichen. Es war schon sehr interessant, zu erfahren, welche Aufgaben da auf uns als Stadt zukommen.

Ich halte es einfach auch für eine Riesenverantwortung, so einen neuen Stadtteil zu bauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat mich auch ein wenig mit Demut erfüllt, muss ich sagen.

Angesichts der Vorlage bin ich eigentlich sehr zuversichtlich. Das Stadtentwicklungsamt hat die Sache bisher sehr gut im Griff. Frau Scholz und ihre Leute machen da einen super Job.

Ich freue mich darüber, dass ich Teil dieses Prozesses bin, und hoffe, dass das in der nächsten Wahlperiode auch noch der Fall ist. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bin Sabine Pakulat sehr dankbar für ihre Rede, weil sie aufgezeigt hat, dass wir hier etwas sehr Großes bewegen. Das macht man wirklich nicht alle Tage. Ich finde es auch gut, dass eine solche Debatte dann nicht nur im Fachausschuss stattfindet, sondern auch hier im Rat.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Aber doch nicht
in jeder Ratssitzung!)

- Doch, doch. Wenn wir uns um Wohnungsbau und die Entwicklung unserer wachsenden Stadt kümmern, ist das ein ganz wichtiges Instrument.

(Beifall bei der FDP und von Michael Frenzel [SPD])

- Danke für den Applaus, Michael Frenzel. Ich bin ja froh darüber, dass sich auch die SPD einen Ruck gegeben hat. Deswegen finde ich das auch gut.

Unser erster Antrag lag bereits vor einigen Jahren vor. Wir waren heute schon beim Thema Aufguss, Herr Krupp. Bei den Veedeln, beim dritten Frauenhaus und auch bei Kreuzfeld könnten wir schon ein paar Jahre weiter sein, wenn unser Antrag von 2013 damals beschlossen worden wäre.

Aber Schwamm drüber! Jetzt sind wir ja alle gemeinsam auf dem Weg dorthin. Das ist auch gut. Denn ein solches Thema braucht eine breite Mehrheit, weil es sich über viele Kommunalwahlen und viele Koalitionen hinweg erstreckt. Es kann dann nicht immer „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ gehen.

Die Oberbürgermeisterin hat irgendwo einmal gesagt, dass wir eigentlich noch einen zweiten zusätzlichen Stadtteil in Köln bräuchten.

Wir haben jetzt bei der Regionalplananmeldung - die entsprechende Debatte aus dem Fachausschuss muss man hier vielleicht einmal vor allen Ratsmitgliedern ausbreiten - nur ein Drittel des Bedarfes an Siedlungsflächen und Gewerbeflächen ausgewiesen, den die Bezirksregierung eigentlich für die nächsten 25 Jahre in Köln als notwendig erachtet. Es ist schon ein Problem, wenn wir sagen, dass wir 6 000 Wohnungen im Jahr schaffen wollen, aber rein physikalisch nachher gar nicht die Flächen haben, die wir entsprechend ausweisen können. Der neue Regionalplan gilt nun einmal für 25 Jahre. Natürlich kann man immer noch mit entsprechenden Änderungen nachsteuern. Aber wenn man das Ziel, das die Bezirksregierung vorgibt, bereits um zwei Drittel verfehlt, ist das schon sehr gewichtig.

Herr Weisenstein, an einem Punkt bin ich auch genau bei Ihnen. In der Tat müssen wir schauen, dass wir Blumenberg und Kreuzfeld zusammendenken und dass die S-Bahn-Station auch gut an das Zentrum angebunden wird. Wir müssen die beiden Sachen zusammenbringen, weil wir auch festgestellt haben, dass der Stadtteil Blumenberg nicht stark genug ist, um selbst ausreichend eigene Infrastruktur bereitzustellen. Der Vollversorger, der dort war, hat Blumenberg dann verlassen, weil es in einem solchen Stadtteil nicht genug Kaufkraft gibt. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen.

Der Stadtentwicklungsausschuss ist einmal im Jahr auf Tour - auf eigene Kosten - und schaut sich Entwicklungen in anderen Städten an. Da ist viel Ermutigendes dabei.

Ich bin froh darüber, dass wir als Stadt Köln jetzt den Mut haben, auch ein solches Projekt anzugehen. Wir sind hier mit einer großen Verantwortung unterwegs - da bin ich genau bei der Kollegin Pakulat -; denn es geht darum, dass wir aus den schlechten Erfahrungen, die wir auch gemacht haben, lernen und dort einen tollen, lebenswerten, urbanen neuen Stadtteil schaffen.

Auf den Klimanotstand, den wir ausgerufen haben, reagiert jetzt der vorliegende Änderungsantrag. Da sieht man, wo es dann zu knirschen anfängt, wenn man sich solche hohen Ziele setzt. Herr Weisenstein sagt: Ja, bitte klimaneutral, aber bitte nicht so teuer. - Das ist genau das Problem, das wir in dieser Frage haben. Insofern muss man sich vorher genau überlegen, welche Beschlüsse man hier fasst.

Auch bei anderen Themen, zum Beispiel der Erhaltungssatzung für das Severinsviertel, könnte man über solche Fragen sprechen.

Ich bin mit der von Herrn Frenzel gebrauchten Formulierung einverstanden. Man sollte in der Tat sagen: Wir schauen einmal, wie weit wir dann kommen, wenn der Stadtteil entsprechend umgesetzt ist; was die Technik bis dahin möglich macht, nutzen wir, um ihn möglichst klimaneutral zu gestalten. - Ich glaube, dass das ein guter Beitrag ist, den wir als Stadt Köln in Bezug auf dieses Phänomen leisten können.

Daher freue ich mich darauf, dass wir diesen Beschluss heute hier mit möglichst breiter Mehrheit fassen. Denn dieses Thema - auch wenn es vielleicht die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ausschüssen das eine oder andere Mal etwas nervt - wird uns noch viel beschäftigen. Es umfasst alle Aspekte und wird früher oder später alle Ausschüsse betreffen. Deshalb sage ich herzlichen Dank dafür, dass wir das heute hier starten können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich, wie ich das auch in der Ausschusssitzung vergangene Woche getan habe, der Verwaltung dafür danken, dass sie diesen Prozess Anfang dieses Jahres unter Führung von Markus Greitemann, aber auch unter der Federführung von Frau Scholz nun sehr beherzt angestoßen hat - einen Prozess, der ja schon früher gewünscht war und auch früher beauftragt war. Insofern gilt umso mehr der Dank dafür, dass es innerhalb von knapp einem Jahr gelungen ist, hier ein Leitbild zu entwickeln.

Mit diesem Leitbild werden wir uns im nächsten Umlauf noch einmal in einigen Ausschüssen beschäftigen. Final soll es im Februar 2020 hier im Rat beschlossen werden. Ich bin einmal gespannt, ob wir die Kolleginnen und Kollegen im Rat dann noch mit der Debatte über das Leitbild beglücken werden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Unbedingt!)

Denn eigentlich geht es hier ja - das hat Sabine Pakulat gut ausgeführt - um technische Verfahrensschritte. Allerdings ist ein solches Verfahren meines Wissens in der Stadt Köln noch nie aufgesetzt und vorangetrieben worden. Insofern ist das sicherlich ein spannendes Verfahren.

Wenn wir uns einmal grundsätzlich damit befassen, wie wir unsere Stadt weiterentwickeln, sehen wir, dass wir derzeit in der Phase der Innenverdichtung sind. Wir haben mit dem Deutzer Hafen, dem Mülheimer Süden und der Parkstadt Süd große Bauvorhaben vor der Brust, die wir im Inneren unserer Stadt entwickeln. Stadtentwicklung geht aber von innen nach außen. Neben Rondorf NordWest haben wir nun auch Kreuzfeld als Stadtteil, der am Rande der Stadt entwickelt wird. Vor anderthalb oder zwei Jahren haben wir in diesem Zusammenhang auch über das Thema Gartenstadt diskutiert.

Vielleicht muss man an dieser Stelle noch einmal einige grundsätzliche Aufgaben oder auch Verpflichtungen beschreiben.

Wenn wir über die wachsende Stadt und die Fragestellung, wie wir wachsen wollen, sprechen, haben wir meines Erachtens die Verpflichtung, uns vor dem Hintergrund des Klimanotstands und der sich daran anschließenden Fragen dem Thema Versiegelung noch einmal anders zu nähern.

Wir haben aber auch die Verpflichtung, unsere Stadt an den ÖPNV-Achsen zu erweitern. Denn dort, wo sich ÖPNV-Umstiegspunkte befinden - das ist in Kreuzfeld der Fall; das ist aber auch an anderen Stellen der Stadt der Fall -, können wir nicht die eine Seite besiedelt haben, hier also Blumenberg, und auf der anderen Seite blanken Acker haben. Das können wir heutzutage unter den gegebenen Umständen nicht mehr verantworten.

Ein anderer Punkt ist die Erkenntnis „Die Mischung macht's!“, die sich auch am Wochenende unter der Überschrift „Wachstum - Wandel - Wohnen“ ergeben hat. Wir können nicht mehr verantworten, dass wir Stadtteile entwickeln, die nur einer Funktion dienen. In Blumenberg sieht man leider, wozu das führt. Dort gibt es nur Wohnen. Wir müssen gemeinsam Stadtteile entwickeln, die verschiedene Funktionen miteinander verbinden.

Hier geht es ja insbesondere um das Thema Bildung und das Thema Gesundheit. Ich glaube, dass das insbesondere auch für Chorweiler ein guter Impuls sein kann. In Chorweiler diskutieren wir ja teilweise auch über das Thema Gesundheitsversorgung. In diesem Zusammenhang schaffen wir auch andere Einkaufsmöglichkeiten, weil wir in dem Umfeld natürlich auch andere Frequenzen generieren.

Das heißt, dass wir funktionierende Stadtteile brauchen. So, wie wir das in der Innenstadt haben, müssen viele Funktionen kompakt in einem neuen Stadtteil vorhanden sein.

In der Tat müssen wir auch die Frage der Mobilität lösen. Deswegen gilt es zunächst einmal - da wiederhole ich mich -, die Stadt auch an ihren Rändern an den ÖPNV-Achsen weiterzuentwickeln.

Insofern stimmen wir der Vorlage zu.

Ich bin gespannt auf die Begründung des Änderungsantrags des Kollegen. Ich glaube, dass wir uns noch einmal grundsätzlich darüber unterhalten müssen, ab wann ein neues Quartier klimaneutral ist. Diskutieren wir das nur im Hinblick auf das Gebäude selbst oder im Hinblick auf die Gesamtbilanz einer Baumaßnahme? In Bezug auf welchen Zeitpunkt diskutieren wir das? Über welche Zeiträume rechnen wir diese Dinge?

Mit Sicherheit können wir das heute hier nicht lösen. Langfristig stellen sich diese Fragen aber natürlich. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt begründet der Antragsteller seinen Änderungsantrag.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon gelegentlich angesprochen worden. Die Situation ist nicht kompliziert; das nicht. Im Grunde genommen geht es, wie Frau Pakulat gerade gesagt hat, eigentlich nur um den technischen Start eines Wettbewerblichen Dialogverfahrens. So heißt das, was wir hier heute auf den Weg bringen werden.

Der Wettbewerb fußt allerdings auf dem Leitbild, das wir noch gar nicht beschlossen haben und erst im Februar 2020 beschließen werden. Im Stadtentwicklungsausschuss wurde schon gesagt, dass die Ausschreibung erst dann erfolgt, wenn das Leitbild tatsächlich auch beschlossen worden ist. - Das muss man vorweg wissen.

Unserer Ansicht nach gehört aber in die Ausschreibung des Wettbewerblichen Dialogverfahrens nicht nur der Verweis darauf, dass es sich um das Leitbild Kreuzfeld dreht, sondern auch, dass das Interesse der Stadt an einem klimaneutralen Stadtteil angemeldet wird. Wir sind eine Stadt im Klimanotstand und haben beschlossen, dass wir uns bis 2050 auf den Weg zur Klimaneutralität machen wollen. Da wäre es natürlich absurd, wenn wir jetzt bei Kreuzfeld einen Weg einschlagen würden, der im Endeffekt zusätzliche CO_2-Kompensationen erzeugen würde. Um zu vermeiden, dort anfallendes CO_2 später wieder neutralisieren zu müssen und durch andere Maßnahmen ausgleichen zu müssen, wäre es unseres Erachtens natürlich sehr sinnvoll, von Anfang an auf einen klimaneutralen Stadtteil zu setzen.

In unserem Änderungsantrag geht es nicht darum, dass wir zwangsweise nur einen klimaneutralen Stadtteil haben wollen. Wir wollen aber, dass die Büros, die sich in diesem Wettbewerblichen Dialogverfahren bewerben werden, von Anfang an wissen: Wenn wir eine gute Idee haben, wie ein klimaneutraler Stadtteil gebaut werden kann oder entwickelt werden kann, mit sozial verträglichen Preisen etc., rennen wir damit bei der Stadt Köln offene Türen ein. - Das ist der Sinn dieses Änderungsantrags. Wenn sich ein solcher Passus im Ausschreibungstext wiederfände, wären wir damit schon vollkommen zufrieden.

Wir wollen allerdings nicht unbedingt an den Leitbildtext herangehen, weil wir nicht in den Leitbildprozess eingreifen möchten. Denn das ist ein abgeschlossener Bürgerbeteiligungsprozess. Wir wollen jetzt nicht anfangen, überall in diesem Text noch nachträglich herumzuredigieren, sondern das Leitbild so lassen, wie es ist. Darin sind ja auch viele gute Dinge enthalten.

Wir wollen lediglich zusätzlich den Büros folgenden Hinweis geben: Wenn ihr einen klimaneutralen Stadtteil entwickeln wollt, dann sehr gerne. - Das ist der Sinn und Zweck und der Kern unseres kleinen Änderungsantrags.

Ich würde die Frage gerne an Herrn Greitemann weiterreichen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann, bitte nehmen Sie einmal Stellung dazu, was wir vorhaben.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielleicht darf ich kurz vorab sagen: Danke für das Lob. Aber das bin nicht ich, sondern das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Verwaltung, die das entwickelt haben - unter anderem auch eine Referentin für Großprojekte, die Ausfluss der Verwaltungsreform ist. Das ist wirklich ein Projekt, bei dem wir sehen, was die Verwaltungsreform bewirkt. Deswegen sind die Ergebnisse so gut, wie sie sind.

Aber nun zu den Fakten: Ich bin sehr froh darüber, dass Sie diesen Antrag gestellt haben. Wir haben ja auch schon darüber diskutiert.

Ich sage hier erstens definitiv zu - das kann auch gerne im Protokoll festgehalten werden -, dass wir schon in der Präqualifikation bei der Auswahl der Büros darauf achten, dass sie Erfahrung im Umgang mit klimaneutralen Prozessen bei der Entwicklung von Quartieren und von Gebäuden haben.

Zweitens sage ich auch zu - das können wir ebenfalls in das Protokoll aufnehmen -, dass wir in die Ausschreibung aufnehmen, dass es das Ziel ist, den Klimawandel bzw. den Klimanot-

stand dieser Stadt zu berücksichtigen, und dass wir das auch in Form von klimaneutralen Entwicklungen von Gebäuden berücksichtigt wissen wollen.

Ob wir das ganze Quartier, also den ganzen Stadtteil, klimaneutral hinbekommen, kann ich heute nicht sagen. Ich möchte das auch nicht versprechen.

Aber ich denke einmal, dass wir damit sogar ein bisschen mehr tun, als Sie in Ihrem Antrag schreiben. Insofern wäre das sicherlich so in Ordnung, wenn Sie meine Zusagen zum Protokoll akzeptieren würden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): In diesem Fall ziehen wir dann unseren Antrag zurück und bedanken uns für die Stellungnahme.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen, und zwar wie im Stadtentwicklungsausschuss, der die Ergänzung der BV 6 übernommen hat, und wie im Finanzausschuss.

Die Ergänzungen von Herrn Greitemann werden ins Protokoll aufgenommen. Ist das ausreichend? - Okay. Wir haben es ja alle gehört. Und wir wollen es sowieso alle. Wir wären ja verrückt, wenn wir beim Bau eines neuen Stadtteils nicht so klimaneutral wie möglich agieren würden - und wie bezahlbar; das ist immer die Konkurrenz. Das muss dann im Einzelfall abgestimmt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Änderungsantrag der Gruppe GUT

Der Antragsteller zieht den Änderungsantrag zurück.

II. Abstimmung über die Beschlussvorlage

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses vom 05.12.2019, der die Ergänzung der Bezirksvertretung Chorweiler vom 21.11.2019 übernommen hat (Anlage 6) und des Finanzausschusses vom 09.12.2019 (Anlage 7):

Der Rat:

1. *beauftragt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2020/2021 die Verwaltung mit der Ausschreibung und Durchführung eines Wettbewerblichen Dialogs nach § 119 Absatz (6) GWB und § 18 VgV als Verfahrensart zur Entwicklung eines Rahmenplanes und zur Vergabe der integrierten Planung für die städtebauliche Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld gemäß des Leitbildes Kreuzfeld – Ein gutes Stück Köln.*

2. *beauftragt die Verwaltung, die integrierte Planung zur Erstellung des Masterplans für die Städtebauliche Entwicklung des Stadtteils Kreuzfeld an das interdisziplinäre Planungsteam, welches im Rahmen des Wettbewerblichen Dialogs ausgewählt wird, zu vergeben.*

3. *beschließt die Verfahrensbegleitung und Moderation des wettbewerblichen Dialogs an ein fachkundiges, leistungsfähiges Moderationsbüro mit Erfahrungen in entsprechenden Prozessen gemäß der städtischen Vergaberichtlinien zu vergeben und beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung.*

4. *stellt den Bedarf für den wettbewerblichen Dialog, die Verfahrensbegleitung und Moderation sowie für die integrierte Planung und die notwendigen Gutachten gemäß der Begründung fest. Die Gesamtkosten für den Wettbewerblichen Dialog, die Beauftragung eines verfahrensbegleitenden Moderationsbüros sowie der erforderlichen Gutachten belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt circa 1,24 Millionen Euro (brutto).*

5. *und beschließt, dass in der Anlage 1 der Beschlussvorlage noch folgende Blöcke eingefügt werden:*

   - *In der Dialogphase zwischen Qualifizierungsphase und Auswahl der 3 besten*

     Konzepte der Block „Konzept Bildungscampus“

   - *Zwischen Angebotsabgabe und Beauftragung des Planungsteams der Block*

     „Planungsbeschluss Blumenbergsweg“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:
Aufgrund der Erläuterungen von Herrn Beigeordneten Greitemann zur Klimaneutralität zieht RM Zimmermann den Änderungsantrag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Gemeinsame Baumaßnahmen in der Philharmonie und im Museum Ludwig 3443/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Erneuerung der Sprachalarmierungsanlage Philharmonie einschließlich der von Philharmonie und Museum Ludwig gemeinschaftlich genutzten technischen Anlagen auf der Basis der vorliegenden Kostenberechnung gem. DIN 276 in Höhe 5.279 Tsd. € (brutto).*

   Die auf das Veranstaltungszentrum entfallenden anteiligen Kosten in Höhe von 4.637 Tsd. € sind im Wirtschaftsplan des Veranstaltungszentrums veranschlagt.

   Die auf das Museum Ludwig entfallenden Kosten in Höhe von 642 Tsd. € stehen anteilig im Teilergebnisplan 0402 – Museum Ludwig, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 170 Tsd. €, Hj. 2019 zur Verfügung.

   Weitere Mittel in Höhe von 255 Tsd. € stehen im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig, Finanzstelle 4511-0402-0-0060 – Erneuerung RLT-Anlagen in Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen, Hj. 2019 bereit. Die sich für die Folgejahre ab 2021 ergebenden Abschreibungsaufwendungen für die Raumlufttechnische Anlage stehen im Teilergebnisplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 14 – bilanzielle Abschreibungen zur Verfügung.

   Die verbleibenden Mittel in Höhe von 217 Tsd. € stehen im Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2019, zur Verfügung.

2. *Der Rat stellt den Bedarf der sich aus diesen Maßnahmen ergebenden erforderlichen Erneuerung des Deckenaufbaues sowie der damit verbundenen Sanierung des Küchenbereiches der Gastronomie im Museum Ludwig fest.*

3. *Parallel beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Entwurfsplanung (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) für die Erneuerung der Deckenaufbauten und der damit verbundenen Sanierung des Küchenbereiches des Museum Ludwig. Das Ergebnis der Entwurfsplanung einschließlich der daraus resultierenden Kostenberechnung wird erneut zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Mittel für die Entwurfsplanung in Höhe von ca. 100 Tsd. € stehen im Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 100 Tsd. €, Hj. 2019 zur Verfügung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Jahresabschluss 2016 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 2043/2019

Zu TOP 10.18 haben Sie vorhin auch schon geredet. Deswegen würde ich jetzt nicht mehr nach Wortmeldungen fragen, sondern direkt abstimmen lassen. Ja?

(Christian Joisten [SPD]: Richtig!)

- Einverstanden. Okay.

Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. § 4 der Betriebssatzung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung*

Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12.2016 fest und beschließt, den Jahresfehlbetrag von 4.270.458,05 € auf neue Rechnung vorzutragen.

2. Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Jahresabschluss 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
3274/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT
AN/1727/2019

Hier habe ich den Änderungsantrag der LINKEN zu TOP 10.19, den Herr Detjen mündlich gestellt hat, den Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und GUT sowie die Vorlage vorliegen. In dieser Reihenfolge würde ich darüber abstimmen lassen. Ja?

Jörg Detjen (DIE LINKE): Mein Antrag ist ein Änderungsantrag zu dem Antrag von CDU, Grünen usw.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Genau. Aber er ist weitergehend. Deswegen wird er als Erster zur Abstimmung gestellt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der LINKEN zum Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und GUT? - Das sind die SPD und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und GUT abstimmen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gegenstimmen? - Der SPD. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. zum Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

Beschluss:

In Ziffer 4 wird nach dem 1. Absatz Folgendes eingefügt:

„Darüber hinaus soll die mittelfristige Gebührenentwicklung aufgezeigt werden.“

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird um Ziffer 3 und 4 wie folgt ergänzt:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Jahresabschluss eines jeden Wirtschaftsjahres der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln zukünftig bis spätestens 30. Juni des Folgejahres dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln und dem Finanzausschuss vorzulegen.

4. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, eine umfassende Strukturanalyse hinsichtlich der Organisation, Prozesse und Leistungsaustausche einzuleiten. Ziel ist die Identifizierung von prozessualen und steuerrechtlichen Optimierungspotentialen zur Gewährleistung einer effizienten und wirtschaftlichen Leistungserbringung. Dadurch soll für den Gebührenzahler eine zeitnahe, verlässliche Gebührenkalkulation unter Beachtung des Kostendeckungsgebotes sichergestellt werden.

Vor dem Hintergrund dieses Auftrags unterrichtet die Verwaltung den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln und den Finanzausschuss regelmäßig über den Fortschritt dieser Analyse.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

III. Abstimmung über die Beschlussvorlage in geänderter Fassung

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. § 4 der Betriebssatzung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12.2017 fest und beschließt, den Bilanzverlust auf neue Rechnung vorzutragen.*

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

3. *Die Verwaltung wird beauftragt, den Jahresabschluss eines jeden Wirtschaftsjahres der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln zukünftig bis spätestens 30. Juni des Folgejahres dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln und dem Finanzausschuss vorzulegen.*

4. *Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, eine umfassende Strukturanalyse hinsichtlich der Organisation, Prozesse und Leistungsaustausche einzuleiten. Ziel ist die Identifizierung von prozessualen und steuerrechtlichen Optimierungspotentialen zur Gewährleistung einer effizienten und wirtschaftlichen Leistungserbringung. Dadurch soll für den Gebührenzahler eine zeitnahe, verlässliche Gebührenkalkulation unter Beachtung des Kostendeckungsgebotes sichergestellt werden.*

Vor dem Hintergrund dieses Auftrags unterrichtet die Verwaltung den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln und den Finanzausschuss regelmäßig über den Fortschritt dieser Analyse.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Änderungsantrag durch RM Detjen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Fortschreibung Lärmaktionsplanung nach § 47d BImSchG/Ergebnisse der öffentlichen Auslegung des Berichtsentwurfes von LK-Argus und abschließender Beschluss zur Stufe 3 der Lärmaktionsplanung gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie
3183/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

- *die Fortschreibung des Lärmaktionsplans in der nach der öffentlichen Auslegung (redaktionell) überarbeiteten und aktualisierten Fassung des Berichts der Firma LK-Argus vom 12.09.2019 (Anhang 1 der Vorlage)*

- *und die zur öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der in Anhang 3 aufgeführten Entscheidungsvorschläge zu behandeln.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Kiosk Rheinboulevard
3247/2019

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich bin ich heute einer der letzten Redner, der zwischen Ihnen und den Häppchen auf dem Jahresschlussempfang der Oberbürgermeisterin steht. Das ist aber vielleicht in mancherlei Hinsicht auch ganz passend. Ich rede hier nämlich zu der Verwaltungsvorlage, mit der der Kiosk am Rheinboulevard beerdigt werden soll.

Das ist ein großer Fehler und zugleich ein Beispiel en miniature, also im Kleinen, wie es in Köln so läuft. Ich will Ihnen das jetzt gerne in einem Parforceritt aufzeigen.

Am 12. Mai 2015 hat dieser Rat über das Reinigungskonzept für den Rheinboulevard diskutiert. Wir haben uns alle gemeinsam dagegen gewehrt, die damals sehr restriktive Haltung der Verwaltung, was die Nutzung des Rheinboulevards angeht, so durchzuwinken. In diesem Zusammenhang haben wir hier gemeinsam thematisiert, dass es doch auch sinnvoll wäre, dort einen Kiosk einzurichten, der als Verkaufsstelle für Getränke sorgt, eine preiswerte Versorgung der Bevölkerung sicherstellt und es allen Schichten ermöglicht, dort zu verweilen und sich zu versorgen, und der zugleich auch eine soziale Kontrolle hinsichtlich der Verschmutzung ausübt. Das haben die Grünen hier beschlossen; das haben so ziemlich alle hier beschlossen.

2016 gab es auf diesen Beschluss hin eine Verwaltungsvorlage. Darin war allen Ernstes davon die Rede, für den Kiosk am Rheinboulevard, dieses Büdchen, einen Architektenwettbewerb durchzuführen.

Dann wurde aber hier im Rat gemeinsam beschlossen, dass der Kiosk so kommen soll. Außerdem haben wir uns hier gemeinsam committed, dass wir dort möglichst einen Integrationsbetrieb als Betreiber haben wollen, zum Beispiel die KGAB - auch andere wären in Betracht gekommen -, dass wir also mit der Schaffung des Kiosk neben der Attraktivierung des Rheinboulevards für alle Bevölkerungsschichten gleichzeitig auch Leuten Arbeit geben, die sonst vielleicht nicht so einfach in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Das war hier ganz einmütig. Das war auch kein Prüfauftrag, sondern ein Beschluss: Wir wollen diesen Kiosk, möglichst mit Integrationsbetrieb.

Was ist passiert? Wie so häufig nichts. Erst Mitte 2018 kam plötzlich eine Mitteilung der Verwaltung, in der stand, das benachbarte Luxushotel - das Hyatt; jedenfalls für mich ist das Luxus - schaffe doch jetzt einen Pavillon und ein gastronomisches Angebot - das Hyatt hatte dort übrigens vorher auch schon einen Biergarten -, und das könne eventuell den Kiosk überflüssig machen. Das war die Mitteilung der Verwaltung.

Notabene: Bis dahin war schon ein Provisorium geschaffen worden. Es gab bereits den Bierwagen - den wollen wir nicht vergessen -, der dort provisorisch, bis der stationäre Kiosk geschaffen wird, die Versorgung sicherstellen sollte.

Nach dieser Vorlage von Mitte 2018 haben wir Ende 2018 aus der Presse erfahren, dass die Verwaltung sich jetzt doch schon ziemlich sicher ist, keinen Kiosk zu brauchen, und das nicht nur beobachtet, wie es noch in der Mitteilung angekündigt war.

Das haben wir zum Anlass genommen, im Dezember 2018 einen Dringlichkeitsantrag in den AVR einzubringen, der lediglich den Wortlaut des Ratsbeschlusses von 2016 wiederholt hat. Es wäre also für alle, die damals mitgestimmt hatten, ein Leichtes gewesen, jetzt auch mitzustimmen. Aber natürlich wurde die Dringlichkeit abgelehnt.

Im Februar 2019 wurde dieser SPD-Antrag dann im AVR behandelt. Die FDP hat dort übrigens noch mit der SPD dafürgestimmt, dass der Kiosk kommen soll. Die Grünen haben den Kiosk im Februar dieses Jahres im AVR schon abgelehnt, obwohl sie noch 2016 dafürgestimmt hatten - mit dem Hinweis, damals sei es darum gegangen, Provisorien zu verhindern; deswegen habe man den Kiosk haben wollen; mit dem Hyatt gebe es jetzt aber ein stationäres Angebot; daher sei das alles nicht mehr aktuell.

Heute haben wir eine Beschlussvorlage, mit der der Kiosk, auf gut Deutsch gesagt, abgeräumt werden soll. Es soll keinen Kiosk geben. Das Hyatt soll die Versorgung übernehmen. Im Übrigen soll aber der Bierwagen, das Provisorium, bis auf Weiteres stehen bleiben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn man sich das Ganze einmal anschaut und mit dem vergleicht, was ursprünglich beabsichtigt war, bleiben drei Punkte.

Erstens. Es sollte einen Kiosk für alle geben, und zwar als Integrationsbetrieb, damit dort Leute Arbeit finden, die sonst vielleicht nicht so leicht zu vermitteln sind. Stattdessen bietet jetzt ein Luxushotel Speisen vor Ort an.

In der Beschlussvorlage wird allen Ernstes angeführt:

> Nach Aussage des Director of Sales & Marketing „erfreuen sich beide Restaurants großer Beliebtheit und einer sehr guten Auslastung“.

Was soll ein Direktor für Marketing denn sonst erzählen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Zweitens. Es sollte kein Provisorium geben - grüner O-Ton noch im Februar dieses Jahres im AVR. Stattdessen bleibt laut Verwaltungsvorlage der Bierwagen stehen. Alles klar; das ist ja überhaupt keine Diskrepanz.

Drittens: Umsetzung von Ratsbeschlüssen. 2015 auf den Weg gebracht; 2016 beschlossen, und zwar nicht nur als Prüfauftrag. Stattdessen verschleppt; die Verwaltung wollte es von Anfang an nicht und hat versucht, es noch mit einem Architektenwettbewerb auszubremsen.

Am Ende des Tages kann die Verwaltung das machen. Aber dass der Rat und Sie als mehrheitstragende Fraktionen sich das gefallen lassen, finde ich schon ganz schwierig.

Das ist eine Miniatur in der Nussschale, die zeigt, wie es hier in Köln läuft. Und da muss ich sagen: Dann wundert mich nichts mehr. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Krupp, manchmal wird man von der Wirklichkeit überholt. Vielleicht ist das ein solcher Fall.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie bestehen immer dann auf der Einhaltung von Ratsbeschlüssen, wenn es Ihnen gerade passt. Ich habe heute auch schon einen anderen Fall erlebt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der SPD! Da heute die letzte Ratssitzung in diesem Jahr ist, kann ich schon nachvollziehen, dass ein bisschen Satire und ein bisschen verklärte Rückschau vielleicht angebracht sind. Das passt dann irgendwie zum Tannenbaum, der beleuchtet ist.

Das Entscheidende hat Herr Krupp - wir haben die Debatte ja schon im Finanzausschuss geführt; weggelassen, nämlich, dass die Situation damals eine völlig andere war als heute. Wenn der Rheinboulevard eine Versorgungswüste wäre und man dort nichts bekäme, sondern nur die Möglichkeit hätte, mit dem Strohhalm Wasser aus dem Rhein zu saugen, hätten Sie völlig recht. Dann würde sicherlich auch unsere Fraktion Ihren Ausführungen mit Begeisterung folgen. Das ist aber nicht so. Das wissen Sie auch. Das ist auch der Hinweis der Oberbürgermeisterin.

(Christian Joisten [SPD]: Die Wähler der Grünen können sich das alles leisten!)

Sie haben das einfach die letzten Jahre nicht betrachtet, oder Sie wollen es nicht wissen. Fakt ist, dass es am Rheinboulevard eine Gastronomie gibt, die nicht luxuriös ist. Das Hotel mag in der Luxusklasse sein. Höher stehende Leute, zum Beispiel aus dem Messevorstand, sehen das zwar anders. Aber das sei jetzt einmal dahingestellt. Die Gastronomie hat jedenfalls keinen Luxuscharakter.

Um aber tatsächlich allen Menschen der unterschiedlichsten Einkommensschichten die Möglichkeit zu geben, ihre Getränke nicht mitbringen zu müssen - was übrigens sehr viele junge Leute machen, gibt es diesen Ausschankwagen. Er hat sich auch bewährt.

Sie müssen auch Folgendes berücksichtigen: Der Beschlussantrag, für diesen Kiosk einen internationalen Architektenwettbewerb durchzuführen, war sicherlich verhoben. Deshalb ist der Rat diesem Vorschlag auch nicht gefolgt. Trotzdem muss ein solcher Kiosk ja erst einmal errichtet werden und auch finanziert werden. Dann muss er einen Betreiber haben, der diesen Betrieb auch so durchführen kann, dass sowohl für ihn etwas übrig bleibt als auch die Pacht an die Stadt gezahlt werden kann.

Dazu, ob das in der gegenwärtigen Lage überhaupt zu realisieren ist, schweigen Sie sich aus. Insofern haben Sie jetzt hier viel heiße Luft verblasen, weil Sie die Realitäten einfach nicht wahrnehmen. Wir sind in einer anderen Situation als 2015. Keiner muss auf der rechtsrheinischen Seite verdursten, jedenfalls nicht am Rheinboulevard. In der Nähe gibt es dort übrigens auch ein Büdchen, an dem man sich versorgen kann.

(Christian Joisten [SPD]: Was ist denn „Nähe“, Herr Frank?)

Viele, die dorthin gehen, nutzen diese Möglichkeit und versorgen sich da. Für alle Arten des Konsums gibt es die Möglichkeit, sich zu versorgen. Insofern ist das, was Sie jetzt hier veranstalten, viel Krawall um nichts. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker.

Katharina Welcker (CDU): Ich mache es jetzt vom Platz aus. Das ist es eigentlich nicht wert, dass ich die drei Stufen auf das Podium steige. - Einmal ganz ehrlich, Herr Krupp: Es ist wirklich sehr nett, uns kurz vor Weihnachten mit so etwas aufzuhalten. Vielleicht erinnern Sie sich einmal daran, was Sie vorhin in der Debatte zum Justizzentrum gesagt haben, und überlegen sich, dass wir das genau deshalb abgelehnt haben, weil man eben nicht sechs oder acht Jahre in die Zukunft blicken kann, sondern sich einer Entwicklung dann auch anpassen muss.

Schauen Sie sich einmal an, welches Angebot das Hyatt heute bietet - und zu welchem Preis-Leistungs-Verhältnis. So sehr es auch ein Luxushotel sein mag, können Sie dort zu zivilen Preisen etwas einkaufen. Außerdem haben Sie die Möglichkeit, dort die Toilettenanlagen zu benutzen. Das wäre für uns ja auch noch ein Problem, wenn es einen Kiosk gäbe.

Aufgrund aller dieser Vorteile, die wir damals nicht sehen konnten, haben wir uns heute von dieser Sache verabschiedet. Wenn Sie das nicht sehen wollen, ist das Ihr Problem. Aber genau deshalb kann man solche Planungen nicht schon heute für alle Ewigkeit festschreiben. Deshalb ist es auch falsch, dann im Nachhinein zu sagen: Jetzt sind wir aber beleidigt, weil es nicht so eingetreten ist, wie wir das gerne gehabt hätten.

Es läuft hervorragend. Letztendlich ist es auch nicht die Aufgabe der Stadt, in Dinge einzugreifen, die privatwirtschaftlich vernünftig geregelt sind und auch zu einem Preis geregelt sind, der für jedermann - und sonst muss er sich eben etwas aus dem Supermarkt mitbringen - erschwinglich ist. Darüber gibt es tatsächlich auch Kostenaufstellungen, die die Verwaltung uns netterweise vorgelegt hat. Wenn wir da noch eingreifen und dann ein Konkurrenzunternehmen aufmachen, frage ich mich: Wo soll denn die Stadt eigentlich aufhören, sich in alles einzumischen, was letztendlich schon hervorragend geregelt ist?

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es auch ganz kurz von hier aus. - Da der Kollege Krupp meine Fraktion angesprochen hat, möchte ich das gerne erklären. Der Kopf ist rund, damit man in verschiedene Richtungen denken kann. Und wenn man sieht, dass ein Pferd tot ist, dann steigt man ab und lässt sich nicht von dem toten Pferd noch auf den Boden bringen.

Wir wurden hier - die Kollegen haben es richtig gesagt - eines Besseren belehrt. Wir hatten uns im AVR auch eine tolle Redeschlacht geliefert - Frau Professor Killersreiter erinnert sich -, mit persönlicher Erklärung, hoch und runter. Aber ich muss heute hier konzedieren: Ich war im Unrecht. Ich habe gefehlt. Der Sommer dieses Jahres hat gezeigt, dass Volker Görzel auch irren kann.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das bekenne ich hier.

In diesem Sinne freuen wir uns darauf, dass die Vorlage angenommen wird. „Privat vor Staat“ brauche ich nicht zu betonen. - In diesem Sinne: Frohe Weihnachten!

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 10.21 sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie Finanzausschuss!)

- Wie Finanzausschuss, genau.

Stimmt jemand dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, Frau Gerlach und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses vom 09.12.2019:

Der Rat beschließt keine feste und dauerhafte Verkaufsstelle (Kiosk) im Bereich Rheinboulevard zu errichten. Das zusätzliche niederschwellige Angebot über einen temporären Ausschankwagen soll jedoch auch in den folgenden Jahren fortgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Gruppe GUT und RM Gerlach zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaft; Zuführung zur Kapitalrücklage
3734/2019

Das hatten wir vorhin schon mit in der Diskussion verarbeitet.

Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Der FDP. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt eine Eigenkapitalzuführung an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln in Höhe von insgesamt 4.500.000 €.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Ergänzung des bestehenden Kooperationsvertrages zwischen der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln und der Technischen Hochschule Köln (zu 3069/2015)
1466/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, das bestehende Kooperationsmodell mit der Technischen Hochschule Köln um zusätzliche Evaluierungsaufgaben zur Optimierung von Heizungssteuerungsprogrammen durch die Technische Hochschule zu erweitern.

Der Rat beschließt die Erhöhung der im Rahmen der Kooperation an die Technischen Hochschule Köln zu zahlenden Zuwendungen von derzeit 32.500 Euro netto auf 82.500 Euro netto (brutto 98.175 Euro) jährlich zunächst befristet auf fünf Jahre.

Der Rat beauftragt die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, diese zusätzlichen Mittel zur Finanzierung der für die Evaluierungsaufgaben erforderlichen wissenschaftlichen Hilfskräfte in den jeweiligen Wirtschaftsplänen bereitzustellen.

Der Rat beauftragt die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft jährlich über die Erkenntnisse der Evaluierung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Generalsanierung der Sportanlage Fühlinger Weg in Köln-Volkhoven/Weiler
2079/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Kostenberechnung mit der Durchführung der Generalsanierung der Sportanlage Fühlinger Weg in Köln-Volkhoven/ Weiler, inkl. der Ausstattung des Groß- und Kleinspielfeldes mit einem Kunststoffrasenbelag, der leichtathletischen Anlagen mit Kunststoffbelag, der Erneuerung der Entwässerung sowie der Trainingsbeleuchtungsanlage. Die voraussichtlichen Kosten für die Gesamtmaßnahme betragen ca. 2.010.000,00 € brutto.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 1.971.325,00 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-6-5202 (SpA Fühlinger Weg, KRP).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Generalsanierung Bezirkssportanlage Bocklemünd, Platz 1 und Platz 2 2080/2019

Wortmeldungen? - Hier war Herr Bezirksbürgermeister Wirges angekündigt. - Das möchte jetzt auch niemand übernehmen, nehme ich an, zumal hier ja auch inhaltliche Einigkeit mit dem Bezirksbürgermeister besteht.

Dann frage ich nach Gegenstimmen. - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Kostenberechnungen (Platz 1 und Platz 2) mit der Durchführung der Generalsanierung der Bezirkssportanlage Bocklemünd in Köln-Ossendorf, inkl. der Ausstattung von zwei Großspielfeldern mit einem Kork verfüllten Kunststoffrasenbelag.

Die voraussichtlichen Kosten für die Gesamtmaßnahme betragen ca. 2.762.000,- EUR brutto.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 2.642.000,- € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-4-5183 (Bezirkssportanlage Bocklemünd Kunstrasenplatz).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative „Kommunale Präventionsketten“ 3437/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. *beschließt das Leitbild und die Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken! – 184 Tausend junge Chancen fördern!“. Sie dienen der Verständigung innerhalb der Verwaltung über die notwendigen Schritte zur Prävention und Bekämpfung von Benachteiligungslagen junger Menschen und ihrer Familien in Köln und bilden die Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen auf der Praxisebene.*

2. *nimmt die Ergebnisse des im Rahmen des „Monitoring Stadtentwicklung“ etablierten Präventionsmonitorings (Kapitel 4.1.) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Indikatoren gestützte Analyseinstrument zur Beobachtung von Präventions- und Interventionsbedarfen als Frühwarnsystem auf sozialräumlicher Ebene weiter zu entwickeln.*

3. *beauftragt die Verwaltung mit der Weiterentwicklung der Präventionskette gegen Kinder, Jugend-, Familienarmut in Köln, beschließt die vorgeschlagenen Maßnahmen auf der Strukturebene (Kapitel 6.2.) und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.*

4. *beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagene Maßnahme „modellhafte Umsetzung einer gesunden Familiengrundschule“ (Kapitel 6.3.) konzeptionell zu entwickeln. Die Maßnahme soll entsprechend der strategischen Ziele der Gesamtstrategie umgesetzt werden. Das Konzept wird nach Erstellung und bei gesicherter Finanzierung dem Rat vorgelegt und zur Umsetzung vorgeschlagen.*

5. *beauftragt die Verwaltung, den politischen Gremien jährlich über den weiteren Umsetzungsstand zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Sportanlage Martinusstraße, Köln-Auweiler
hier: Generalsanierung der Sportanlage mit Umbau der Kampfbahn Typ C in ein Kunstrasengroß- und -kleinspielfeld mit Angliederung einer 110 Meter Laufbahn mit Sprunggrube

3762/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie die Vorlage einschließlich einer Erweiterung des Kostenrahmens mit dem Zusatz:

> Der Rat stimmt einer Erhöhung des Kostenrahmens bis zu 113 000 Euro zu.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss einschließlich der Erweiterung des Kostenrahmens (siehe Sportausschuss vom 28.11.2019 (Anlage 7), Bezirksvertretung Chorweiler vom 21.11.2019 (Anlage 6) und Finanzausschuss vom 09.12.2019 (Anlage 8)):

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten Kostenberechnung mit der Durchführung der Generalsanierung der Sportanlage Martinusstraße in Köln-Auweiler, inkl. der Ausstattung des Groß- und Kleinspielfeldes mit einem Kunststoffrasenbelag, der leichtathletischen Anlagen mit Kunststoffbelag, der Erneuerung der Entwässerung sowie der Trainingsbeleuchtungsanlage. Die voraussichtlichen Kosten für die Gesamtmaßnahme bei einer Ausführung im Jahre 2020 betragen 1.868.300,- € brutto.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 1.808.300,- € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-6-5192 (SpA Martinusstraße, Sanierung).

Der Rat stimmt einer Erhöhung des Kostenrahmens um bis zu 113.000 Euro zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

10.28 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) - Erste Fortschreibung
3406/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt

(s. Ziffer III – Seite 4).

10.29 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Trankgasse

Bauabschnitt 2 des Gesamtkonzeptes zur städtebaulichen Verbesserung der Domumgebung;

Hier: Baubeschluss und ergänzende Planungsbeschlüsse
3186/2019

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt

(s. Ziffer III – Seite 4).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2017 - 31.12.2017 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
3885/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 30.09.2019 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Nawrot GmbH, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2017 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2017 bis 31.12.2017 fest.*
2. *Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 in Höhe von EUR 552.546,98 wird unter Einschluss des Gewinnvortrags in Höhe von EUR 1.879.736,84 auf neue Rechnung vorgetragen.*
3. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*
4. *Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 67370/02
Arbeitstitel: Pastoratsstraße in Köln-Rondorf
2298/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist das bei Enthaltung der LINKEN so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 67370/02 für das Gebiet zwischen Pastoratsstraße im Westen, den südlichen Grundstücksgrenzen der vorhandenen Wohnbebauung (Pastoratsstraße 27 und Rondorfer Hauptstraße 98) im Norden, Rondorfer Hauptstraße im Osten, Westerwaldstraße, Westerwaldstraße in Verlängerung der Straße Am Kirchweg bis zum Ortsrand (Am Kirchweg Hausnummer 13), parallel zu Am Kirchweg/Westerwaldstraße entlang eines 35m breiten südlich verlaufenden Streifens in westlicher Richtung bis zur Pastoratsstraße—Arbeitstitel: Pastoratsstraße in Köln-Rondorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4,*

2. *den Bebauungsplan 67370/02 mit gestalterischen Festsetzungen— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nummer 67421/02
Arbeitstitel: Mannsfelder Straße/Kreuznacher Straße
3565/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nummer 67421/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet nördlich der Mannsfelder Straße, westlich des Mischgebietes Raderberger Straße, südlich der Wohn- und Mischgebietes der Marktstraße und östlich des Vorgebirgsparks — Arbeitstitel: Mannsfelder Straße/ Kreuznacher Straße — nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.3 Einsatz des Instruments der Sozialen Erhaltungssatzung
Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen)
hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Severinsviertel in der Kölner Innenstadt
2653/2019

Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit dem Thema „Soziale Erhaltungssatzungen“ und hier ganz konkret mit dem Vorschlag einer Sozialen Erhaltungssatzung für das Severinsviertel.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir das heute auf der Tagesordnung stehen haben; denn es ist - ähnlich wie bei Kreuzfeld - etwa drei Jahre her, dass wir zusammen mit den anderen progressiven Kräften hier im Rat den Antrag gestellt haben, unter anderem das Severinsviertel unter eine Soziale Erhaltungssatzung zu stellen. Dieser langwierige Prozess kommt heute zum Abschluss. Wir hoffen, damit die Wohnbevölkerung im Severinsviertel stärker vor Verdrängung durch finanzkräftigere Klientel zu schützen.

Ich habe Ihnen heute auch ein ganz aktuelles Beispiel mitgebracht,

(Der Redner hält sein Tablet hoch)

und zwar eine Anzeige aus ImmoScout für eine 74 Quadratmeter große Dreizimmerwohnung. Den Preis können Sie wahrscheinlich von da hinten nicht erkennen. Deswegen habe ich diese Anzeige auch einmal ausgedruckt.

(Der Redner hält ein DIN-A3-Blatt hoch)

Kaltmiete: 1 450 Euro - für 74 Quadratmeter.

Das ist das, was wir meinen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das sind Mieten, die sich die normale Bevölkerung im Severinsviertel nicht mehr leisten kann.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen brauchen wir Soziale Erhaltungssatzungen. Natürlich kann man damit keine neuen Wohnungen bauen; das ist ganz klar. Sie können aber die sozialen Folgen der gravierenden Wohnungsnot in dieser Stadt abfedern.

Wir haben das ja in den letzten Jahren erlebt. Aufgrund des mangelnden Wohnungsneubaus, der nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt gehalten hat, fehlen bis zum kommenden Jahr 20 000 Wohnungen. Das führt immer stärker dazu, dass ökonomisch Stärkere in der Gesellschaft diejenigen, die schon viele Jahre in ihrem Viertel leben, verdrängen.

Teilweise ist nämlich eine Generation von Erben da, die das Mietshaus von ihren Eltern, die vielleicht noch sozial eingestellt waren und günstige Mieten angeboten haben, übernehmen und anschließend - - Ich habe selber in der Familie einen solchen Fall. Meine über 90-jährige Tante wohnt als Mieterin in einem Haus, das künftig möglicherweise in Eigentumswohnungen aufgeteilt werden soll, um den Erben dann ein sorgenfreies Leben zu ermöglichen. Ich will ihnen das gar nicht missgönnen. Aber das kann nicht die Zielrichtung unserer Gesellschaft sein, weil es nämlich den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet.

Das müssen wir verhindern. Die Sozialen Erhaltungssatzungen sind dazu ein wichtiger Weg, weil sie uns nicht nur die Möglichkeit geben, Luxussanierungen zu verhindern - wie im Beispiel dieser Wohnung im Severinsviertel -, sondern es auch ermöglichen, die Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen zu untersagen. Ich rechne fest auf die Stadtverwaltung, dass sie uns dabei unterstützt und hier auch entsprechend vorgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen eine solche Soziale Erhaltungssatzung aber nicht nur für das Severinsviertel, sondern auch für viele weitere Stadtteile.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Verwaltung hatte uns im Juli für den Sitzungsverlauf nach der Sommerpause 2019 eine weitere Vorlage angekündigt, nämlich zu weiteren Verdachtsgebieten, für die wir die Aufstellung von Milieuschutzsatzungen beschließen können und müssen. Im Oktober dieses Jahres ist der Bezirksvertretung Innenstadt mitgeteilt worden, dass diese Vorlage zur Schlusszeichnung in dem Dezernat der Oberbürgermeisterin liegt, wenn ich das richtig verstanden habe, und dass sie dort im Moment Staub ansetzt oder was auch immer.

Die Bezirksvertretung Innenstadt hat ihre Forderungen noch einmal bekräftigt. Meines Erachtens sollten wir das jetzt auch möglichst bald auf den Weg bringen; denn wir können nicht warten, bis in weiteren Vierteln solche Preisexplosionen wie im Severinsviertel - ich habe es Ihnen gezeigt - auftreten.

Ich muss Sie aber auch noch einmal darum bitten, sehr geehrter Herr Petelkau, sehr geehrter Herr Sterck, Ihre Kolleginnen und Kollegen im Land daran zu erinnern, dass sie uns bei der Verlängerung der Umwandlungsverordnung un-

terstützen. Die Umwandlungsverordnung tritt nämlich mit Ablauf des 27. März 2020 außer Kraft. Für uns in Köln ist es aber enorm wichtig, dass sie weiterhin ihre Wirkung behält.

Wenn sie am 27. März 2020 außer Kraft tritt, sehen wir hier mit unseren Sozialen Erhaltungssatzungen ganz schön nackig aus. Dann haben wir nämlich nicht mehr das Instrument in der Hand, das wir brauchen, um die Umwandlung in weiten Strecken zu verhindern. Und das müssen wir tun, wenn wir den sozialen Zusammenhalt in der Stadt und bezahlbares Wohnen aufrechterhalten wollen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach langen Diskussionen in den verschiedenen Gremien und auch im Wohnungsbauforum haben wir heute die Beschlussvorlage zur Sozialen Erhaltungssatzung für das Severinsviertel zu beschließen. Wir haben uns ganz lange damit befasst. Ich möchte gerne einige Punkte dazu sagen.

Unsere Fraktion wird selbstverständlich der Beschlussvorlage zustimmen. Das haben wir zugesagt. Da sind wir auch in der Pflicht. Uns geht es insbesondere auch darum, Milieus zu erhalten - wobei uns bewusst ist, dass es sich dabei nur um ein dämpfendes Instrument handelt.

Deshalb ist uns die Evaluierung, die wir sowohl im Stadtentwicklungsausschuss als auch im Wohnungsbauforum angeregt haben, auch sehr wichtig. Denn es gibt keine Erfahrungswerte. Zwar praktizieren andere Städte die Erhaltungssatzung bereits. München tut das schon seit vielen Jahren. Dort sprechen wir aber auch von Kaltmieten von bis zu 20 Euro pro Quadratmeter. Berlin geht die Soziale Erhaltungssatzung sehr strikt an und verursacht damit auch Unsicherheiten bei den Eigentümern. Aber auch dort gibt es noch keine Untersuchungen dahin gehend, ob tatsächlich das Ziel des dämpfenden Instruments erreicht wird.

Mir ist es wichtig, dass wir das hier auch noch einmal besprechen. Die Bildung von Eigentum ist uns weiterhin sehr wichtig. Man möchte mit der Sozialen Erhaltungssatzung - das haben wir vergangene Woche auch in der Arbeitsgruppe von Verwaltung, Politik und Vertretern aus dem Wohnungsbauforum deutlich gesagt - niemanden verunsichern oder abschrecken. Darum geht es uns gar nicht. Es geht auch nicht darum, die Eigentümer zu gängeln.

Ich bin sehr froh darüber, dass unser Dezernent, Herr Markus Greitemann, auch zugesagt hat, weiterhin mit dem Wohnungsbauforum im Gespräch zu bleiben, um zu sehen, was bei der Anwendung möglich ist und was nicht, und um tatsächlich auch schnelle Abläufe in den Genehmigungsverfahren zu erreichen. Da im Gespräch zu bleiben, ist wichtig; denn das Wohnungsbauforum soll auch mitgenommen werden, um auch das Ziel zu erreichen, das Milieu zu erhalten.

Die entsprechende Zusage der Verwaltung nehmen wir auch sehr ernst. Wir verlassen uns darauf.

Ob weitere Viertel zeitnah ebenfalls eine Soziale Erhaltungssatzung erhalten, hängt auch vom Ergebnis der Evaluierung ab; denn bei der Evaluierung wird sich zeigen, ob mit dieser Satzung im Severinsviertel tatsächlich das Ziel erreicht wird. Es geht nicht darum, nur noch Satzungen zu beschließen, sondern darum, zu sehen: Ist die Satzung so, wie die Stadt Köln sie dann auch anwendet - anhand des Gutachtens, anhand des Baugesetzbuches -, tatsächlich zielführend? Reicht sie, um das Ziel zu erreichen? Oder reichen vielleicht bereits die Maßnahmen, die angewendet werden?

Ergebnisse der Evaluierung versprechen wir uns schon nach drei Jahren, damit erst einmal Grundlagen geschaffen werden, auf die man aufbauen kann. Insofern sind drei Jahre eine angemessene Zeit, um zu sehen: Muss man an der Praxis etwas verändern? Reicht das eingesetzte Personal aus? Erreichen wir tatsächlich das Ziel, das Milieu zu erhalten?

Deshalb bitte ich noch einmal darum, da auch weiterhin, wie zugesagt, im Gespräch zu bleiben.

Wir werden heute die vorliegende Beschlussvorlage - mit dem Hinweis, auch die Anregung an die Landesregierung bezüglich der Umwandlungsverordnung auf den Weg zu bringen - beschließen.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich weiß; es ist spät. Dieser Beschluss der Sozialen Erhaltungssatzung für das Severinsviertel darf nach meiner Ansicht aber nicht kommentarlos abgehandelt werden. Deswegen finde ich es gar nicht schlecht, dass wir hier reden, obwohl offenbar schon in allen möglichen Fachgremien darüber diskutiert worden ist.

Die sogenannte Milieuschutzsatzung soll in diesem Fall nichts weniger als den Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung garantieren. Wenn wir unser Ziel, die Vielfalt und Buntheit dieser Stadt zu fördern und zu schützen, ernst nehmen, müssen wir dieses Instrument noch weit häufiger einsetzen. Es hat also eine soziale Komponente, die sehr wichtig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Schließlich wollen wir doch, dass auch Menschen mit niedrigen Einkommen und kleinen Renten in ihren angestammten Stadtteilen leben und wohnen bleiben können.

Ich möchte allerdings nicht erst eine Evaluation abwarten, bevor wir weitere Gebiete ausweisen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Bislang gibt es tatsächlich nur eine Milieuschutzsatzung, nämlich für die Stegerwaldsiedlung in Mülheim. Neben der aktuell vorliegenden Erhaltungssatzung warten wir jetzt noch auf eine weitere, die für Mülheim vorbereitet wird. Zum Vergleich: Allein in Berlin-Mitte hat man zwölf Satzungen, und in München gibt es 23 Satzungen. Was wir hier haben, ist also wirklich verschwindend wenig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solche Satzung ist kein Teufelswerk. Sie gewährleistet die behutsame und sozial verträgliche Umsetzung von Aufwertungsprozessen. Die Herstellung zeitgemäßer Ausstattung sowie energetische Optimierungen sind weiterhin möglich - und damit auch die Werterhaltung von Immobilien.

Durch den Genehmigungsvorbehalt hat die Satzung aber auch abschreckende Wirkungen, wie ich zugebe. Luxussanierungen und hemmungsloser Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen kann mit diesem Instrument ein Riegel vorgeschoben werden. Und das ist gut so.

Das Severinsviertel kenne ich ziemlich gut. Ich bin dort aufgewachsen. Meine Eltern leben seit 50 Jahren im selben Haus. Natürlich hat sich das Viertel verändert. Aber die zweijährigen Untersuchungen haben deutlich gezeigt, dass es noch viele Wohnungen gibt, die für mittlere und kleinere Haushalte geeignet und vor allem bezahlbar sind. Die Bestandsmieten liegen unter dem innerstädtischen Durchschnittsniveau. Auch das ist gut so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beschließen heute einen wichtigen Baustein des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen. Sicherlich hätte da eigentlich meine Kollegin Sabine Pakulat reden sollen. Wir Grünen begrüßen das jedenfalls sehr. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier ist zwar schon sehr viel Richtiges zur Milieuschutzsatzung gesagt worden. Das ist uns aber ein so wichtiges Anliegen, dass Sie es mir bitte nachsehen müssen, wenn Sie das eine oder andere jetzt vielleicht noch einmal hören. Normalerweise reiße ich mich dann immer zusammen und verzichte auf einen Redebeitrag. Weil uns das hier so wichtig ist, kann und will ich das jetzt aber nicht machen.

Wir werden heute die zweite Milieuschutzsatzung für Köln beschließen. Das bedeutet: Wir können im Severinsviertel Luxussanierungen verhindern, wir können die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern, und wir können verhindern, dass kleine Wohnungen zu größeren Wohnungen zusammengelegt werden und dann teuer vermarktet werden können.

Die Milieuschutzsatzung - jetzt kann ich doch noch einen Punkt ansprechen, der hier noch nicht erwähnt worden ist - ist eigentlich kein Instrument für den Mieterschutz, sondern ein Instrument des Baugesetzbuches. Das macht sie nicht minder wichtig; genau das Gegenteil ist der Fall.

Wie bereits gesagt wurde, müssen wir schauen, dass wir die angestammte Bevölkerungsstruktur in den Vierteln weiter erhalten. Das müssen wir auch deswegen tun, weil wir zum Beispiel im Severinsviertel Infrastruktur für Familien haben. Wir haben dort Schulen, Kindergärten und Spielplätze. Würden wir diese Soziale Erhaltungssatzung heute nicht beschließen, sondern dem Markt im Severinsviertel freien Lauf lassen, hätten wir in zehn Jahren dort eine ganz andere Bevölkerung. Dann gäbe es für die Infrastruktur, die wir mit Steuergeldern im Severinsviertel aufgebaut haben, gar keine Nachfrage mehr, weil dort nur noch reiche Singles in Lofts wohnen würden, die keine Schulen, Kindergärten und Spielplätze brauchen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Singles in Lofts?)

- Ja, natürlich. Das ist doch der Hintergrund der Sozialen Erhaltungssatzung. Man kann im Baugesetzbuch genau nachlesen, dass das der Hintergrund der Sozialen Erhaltungssatzung ist.

Meine Damen und Herren, es wurde schon erwähnt, dass andere Städte dieses Instrument nutzen. Das möchte ich hier noch einmal unterstreichen. Sie tun das schon lange und mit großem Erfolg. In der bayerischen Landeshauptstadt München lebt ein Viertel der Bevölkerung in Gebieten mit Sozialer Erhaltungssatzung.

(Niklas Kienitz [CDU]: Durchschnittsmiete?)

- Ja, natürlich, die Durchschnittsmiete. Aber kein Mensch hat heute Abend behauptet, dass wir mit der Sozialen Erhaltungssatzung den Bock in der Wohnungspolitik komplett umstürzen. Das hat hier doch kein Mensch gesagt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Die SPD hat das behauptet!)

- Nein, das hat auch die SPD nicht gesagt. - Die Soziale Erhaltungssatzung ist eines von vielen Instrumenten, und wir müssen alle Instrumente nutzen.

Hier wird immer wieder das Thema München bemüht. Bei jeder Diskussion verweist ihr auf München und sagt, dort gebe es soundso hohe Mieten. Das will ich ja gar nicht abstreiten. Aber wenn die Münchner nichts gemacht hätten, weder das Kooperative Baulandmodell noch die Soziale Erhaltungssatzung, würde es heute in München noch viel schlimmer aussehen. Das muss man doch einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen müssen wir diese Instrumente auf jeden Fall verstärkt anwenden.

Eines war für mich überraschend. Wir haben uns ja relativ lange und intensiv mit dem Severinsviertel und der Frage der Milieuschutzsatzung auseinandergesetzt. Ich fand schon interessant, dass es im Severinsviertel doch noch viele preisgünstige Wohnungen gibt, die sich auch einfache Leute leisten können. Das hat mich ein Stück weit überrascht. Ich hätte gedacht, dass der Prozess im Severinsviertel schon viel weiter fortgeschritten wäre, als uns das Gutachten nachher gelehrt hat.

Das sollte uns Hoffnung geben, dass die Soziale Erhaltungssatzung in anderen Stadtteilen auch noch ihre Wirkung entfalten kann: in Ehrenfeld, in Mülheim und was weiß ich wo; da gibt es mit Sicherheit viele Stadtteile.

Frau De Bellis-Olinger, deswegen können wir eines nicht machen. Wir können gerne evaluieren, welche Erfolge die Erhaltungssatzung im Severinsviertel bringt. Aber wir können jetzt nicht warten, bis wir die Evaluierung im Severinsviertel abgeschlossen haben, und uns dann erst den nächsten Stadtteil vornehmen. Das können wir nicht machen.

Vielmehr müssen wir jetzt zügig daran arbeiten,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

eine Erhaltungssatzung nach der anderen einzuführen. Wir wissen ja auch - und das ist richtig und gut -, dass im Haushalt jetzt auch Stellen zugesetzt werden, um das zu realisieren.

Jetzt ist meine Redezeit zu Ende. Ich wollte aber noch auf einen Punkt hinweisen. Momentan haben wir ja das Problem - es wurde verschiedentlich angesprochen -, dass die Umwandlungsverordnung im März 2020 ausläuft. Wenn diese Umwandlungsverordnung ausläuft, wird der Sozialen Erhaltungssatzung ein scharfer Zahn gezogen. Daher müssen wir meiner Meinung nach alles daransetzen, dass die Landesregierung diese Umwandlungsverordnung fortführt.

Die Bezirksvertretung Innenstadt hat dazu einen guten Beschluss gefasst. Diesen Beschluss stellen wir heute Abend nicht zur Abstimmung, weil wir uns hier keine Niederlage einfangen wollen. Wir wissen aber, dass die Stadtverwaltung schon

in Gesprächen mit Düsseldorf ist. Ich würde Herrn Beigeordneten Greitemann gerne bitten, noch einen Satz oder zwei Sätze dazu zu verlieren. Das würde mich persönlich beruhigen. Dann hätte ich auch frohe Feiertage. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Damit Sie frohe Weihnachten haben, Herr Weisenstein: Ja, das ist so, und wir werden das auch noch schriftlich machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich wollte noch einmal eine etwas andere Farbe in diese Diskussion bringen. Denn die FDP wird heute die Soziale Erhaltungssatzung ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir sie nicht ablehnen, weil wir nicht die Probleme sehen würden, die hier auch genannt worden sind. Wir sehen also durchaus die steigenden Mieten und auch die Schwierigkeiten, die wir in der Stadt Köln beim Thema „bezahlbarer Wohnraum“ haben.

Das eine oder andere Argument hier in der Debatte hat mich aber schon gestört.

Herr Frenzel, Sie haben die Vermieter unter Generalverdacht gestellt - nach dem Motto: Der Vermieter ist von vornherein derjenige, der für die hohen Mieten verantwortlich ist und im Grunde genommen die anderen ein bisschen ausbeutet. - Es gibt ganz viele sozial verantwortliche Vermieter, glaube ich. Denen sollten wir mit dem, was hier gesagt wird, auch nicht immer eine Ohrfeige geben.

(Beifall bei der FDP - Michael Frenzel [SPD]: Das habe ich doch gesagt!)

Herr Weisenstein, nur einmal am Rande: Ich kenne viele Familien, die vielleicht nicht das Einkommensniveau haben, das Sie im Auge haben. Aber sie haben durchaus auch Kinder, die auf Spielplätzen spielen. Insofern möchte ich auch dieses Argument einmal ein wenig zur Seite schieben.

Meines Erachtens müssen wir heute ganz genau hinschauen. Der Satzungstext klingt ja relativ harmlos und auch sehr allgemein. Aber wie heißt es so schön? Der Teufel steckt im Detail. Das gilt auch hier. Deshalb sollten wir uns nicht nur den Satzungstext, sondern auch die Anlagen sehr genau anschauen. In der sogenannten vertieften sozialräumlichen Untersuchung wird nämlich auch beschrieben, was unzulässige bauliche Änderungen und Maßnahmen sind. Da wird es konkret, und da wird es auch schwierig.

Wir hatten im Sozialausschuss zum Beispiel die Debatte zum Thema Aufzüge. Aufzüge werden nicht genehmigt, sondern müssen erst beantragt werden. Der Dezernent hat uns gesagt, dass er durchaus sieht, dass das schwierig wird, und dass er das Thema Barrierefreiheit auf dem Schirm hat. Das glaube ich ihm. Ich hoffe, dass wir da auch zu guten Lösungen kommen.

Das Problem ist aber, dass wir immer erst dann zu einer Lösung kommen, wenn es einen Antrag gibt. Dieser Antrag bedeutet auch wieder eine enorme Bürokratie. Ich halte das für ein ganz großes Hindernis dieser Sozialen Erhaltungssatzung.

(Beifall bei der FDP)

Ein anderer Punkt - die Kollegin Heuser hat es angesprochen - sind die energetischen Optimierungen. Liebe Marion, nach den Bestimmungen ist nur die Umsetzung der Mindestanforderungen der Energieeinsparverordnung - EnEV - vorgesehen. Das ist kein optimaler Klimaschutz, finde ich.

(Beifall bei der FDP)

Das kann man zwar machen. Aber auch dafür bedarf es, wie üblich, eines Antrages. Damit gibt es wieder ein Stück Bürokratie mehr.

Ich möchte noch ein letztes Beispiel einführen, das mich wirklich ein bisschen geschockt hat. Wir hätten heute zwei Vorlagen zum Thema „sozialer Wohnungsbau“ auf der Tagesordnung gehabt. Darin geht es unter anderem um die Ausstattung von Badezimmern. Als Ausstattung ist vorgesehen, dass es eine Badewanne und eine

Dusche geben wird. Okay; das ist alles in Ordnung.

Aber unter Punkt 2 steht, dass Sie beim Einbau eines zweiten Bades oder einer zweiten Dusche ein WC oder eine Badewanne oder eine Dusche einbauen dürfen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Aber ein WC darf man haben?)

- Ein WC dürfen Sie haben, und Sie dürfen eine Badewanne oder eine Dusche haben. Ein WC darf man haben.

Ich finde, dass dort die Maßstäbe, die wir anlegen, ein bisschen verwischen. Wenn Sie der Eigentümer einer Wohnung sind, dürfen Sie im Grunde genommen weniger entscheiden als dann, wenn Sie der Mieter einer Sozialwohnung sind.

Da machen wir doch etwas verkehrt, was das Thema Eigentumsrechte betrifft.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Dafür steht die FDP.

Wir machen mit dieser Erhaltungssatzung auch einen Fehler im Hinblick auf Bürokratie. Wir sind der Meinung, dass es eine Wahnsinnsbürokratie geben wird. Wir wären im Grunde genommen beim Thema der Vermietung. Wenn Leute etwas ändern wollen, braucht es wieder einen Antrag und wieder einen Antrag.

Aufgrund aller dieser Argumente können wir heute dieser Vorlage nicht zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich hatte gesehen, dass Sie nach meinem Wortbeitrag gerade miteinander gesprochen hatten. Deswegen dachte ich, Sie würden uns vielleicht sagen - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ich nehme gerne gleich dazu Stellung.

Michael Frenzel (SPD): Das wäre sehr nett.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das mache ich gerne.

Michael Frenzel (SPD): Es geht um die Vorlagen-Nummer 3465/2019, in der als Antwort der Verwaltung zu den Fragen 1 und 2 mitgeteilt wird:

Die Vorlage

- darin geht es um die weitere Behandlung identifizierter Verdachtsgebiete -

befindet sich zur Schlusszeichnung bei Dez. OB.

Diese Mitteilung ist vom 10. Oktober 2019. Heute haben wir den 12. Dezember 2019.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, Sie scheinen bessere Kontakte in die entsprechenden Abteilungen zu haben als ich, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CDU)

Mich wundert das nicht. Aber mir hat bisher noch niemand eine entscheidungsreife Vorlage vorgelegt. Ich habe gerade eben den Leiter des Amtes OB gefragt, und eine entscheidungsreife - -

(Beifall bei der CDU)

Herr Frenzel, mir werden häufiger Vorlagen vorgelegt, die ich so, wie sie sind, nicht abzeichne. Das weiß der Leiter meines Amtes. Deswegen legt er sie mir gar nicht vor. Er gibt sie nämlich dahin zurück, wo sie so gestaltet werden, dass ich sie abzeichnen kann.

(Beifall bei der CDU)

Michael Frenzel (SPD): Frau Reker, wenn ich das noch sagen darf: Auf dieser Vorlage steht ja oben „Die Oberbürgermeisterin“.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das steht auf jedem Knöllchen, Herr Frenzel.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Michael Frenzel (SPD): Ich würde Ihnen das hier einfach einmal zur Kenntnis geben. Vielleicht kennen Sie es ja auch nicht. Wie gesagt, steht hier, dass es zur Schlusszeichnung bei der OB liegt. Das ist Ihre Mitteilung.

Meines Wissens gibt es auch eine einheitliche Verwaltungsmeinung - auch wenn es bei Grünen und CDU hier offensichtlich zu großer Belustigung führt, wie das Chaos in der Verwaltung aussieht.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von der FDP-Fraktion und von der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses vom 09.12.2019:

Der Rat der Stadt Köln beschließt für das in Anlage 1 dargestellte Gebiet Severinsviertel in der Kölner Innenstadt die Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634).

Das von der Sozialen Erhaltungssatzung betroffene Gebiet ist in Anlage 1 nach Flurstücken abgegrenzt und in einem Übersichtsplan dargestellt. Der Satzungsbeschluss umfasst die Flurstücke innerhalb des in der Anlage 1 beigefügten Übersichtsplans gestrichelt gekennzeichneten Fläche. Der Übersichtsplan ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen

13.1 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 63429/06
- Stellungnahmen/Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz
3487/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zu der Teilaufhebung des für das Gebiet zwischen der Neuenhöfer Allee, Hermeskeiler Straße, Castellauner Straße und Simmerer Straße in Köln-Sülz*

   — Arbeitstitel: Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz — eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 5-7;

2. *die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 63429/06 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe GUT zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz - Ensen
Arbeitstitel: Kölner Straße/Hauptstraße
3291/2019

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz - Ensen –Arbeitstitel: Kölner Straße / Hauptstraße– für das Gebiet zwischen dem Urbacher Weg 41 bis 43 im Norden (Flurstück 195), entlang des Urbacher Wegs nach Osten, zuzüglich der Grundstücke Urbacher Weg 35, Kölner Straße 16 und 14 (Flurstück 260), bis zur östlichen Grenze des Grundstücks Urbacher Weg 33 (Flurstück 148) sowie entlang der Grundstücksgrenze nach Süden folgend des Grundstücks Kölner Straße 8 (Flurstück 261), Flur 6, Gemarkung Ensen. 3) in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Fellmühlenweg von Wohnweg bis Mielenforster Straße in Köln-Dellbrück
0816/2019

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Fellmühlenweg von Wohnweg bis Mielenforster Straße in Köln-Dellbrück in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 272. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3071/2019

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 272. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Bestellung eines städtischen Vertreters in die Regionalgemeinschaft Olympiastützpunkt Rheinland e. V. (OSP)
3855/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, als sachkundigen Vertreter der Stadt Köln, den Amtsleiter des Sportamtes, Herrn Gregor Timmer, als Beisitzer in den Vorstand der Regionalgemeinschaft OSP Rheinland e.V. (gemäß der beigefügten Satzung) zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH“ AN/1702/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Carl Kurlanda (sachkundiger Bürger nach § 58 Absatz 3 GO NRW) als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied für das ausgeschiedene Ratsmitglied Christoph Klausing in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 Wahlen; hier: Neubesetzung Zweckverbandsversammlung Verkehrsverbund Rhein-Sieg“ AN/1729/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt Herrn Stefan Götz anstelle von Frau Dresler-Graf als stellvertretendes Mitglied in die Zweckverbandsversammlung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 Wahlen; hier: Neubesetzung Zweckverband Sparkasse“ AN/1728/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

- *Der Rat der Stadt Köln wählt Herrn Thomas Welter anstelle von Herrn Christoph Klausing in den Zweckverband der Sparkasse Köln/Bonn.*
- *Der Rat der Stadt Köln wählt Frau Birgitta Nesseler-Komp als Stellvertretung von Herrn Thomas Welter in den Zweckverband der Sparkasse Köln/Bonn.*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neubesetzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung“ AN/1736/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung:

Wahl von Herrn Ulrich Trapp (sachkundiger Einwohner) anstelle von Frau Malika Jakobs-Neumeier.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet, und wir stellen die Nichtöffentlichkeit her.

Vorher darf ich noch einmal die Einladung zu dem Empfang im Lichthof aussprechen, die auch für unsere Besucherinnen und Besucher gilt.

Es müsste jetzt auch schnell gehen. Es dauert nicht mehr lange, behaupte ich einmal.

(Zurufe)

- Ja, ich verspreche jetzt etwas, was Sie halten müssen. Das ist unglücklich. Es geht mir auch oft so.

(Schluss: 20.45 Uhr)

Sachregister

Abfallwirtschaftsbetriebe

Betriebsleitung 295

Erbringung technischer Dienste 121

Jahresabschluss 2016 782

Jahresabschluss 2017 783

Wirtschaftsplan 2019 446

Zuführung zur Kapitalrücklage 788

Aktuelle Stunde

Stadt Köln steht zu Ford 693

Verein ‚Metropolregion Rheinland' 20

Ältestenrat

Ehrenkodex 453

Arbeitsmarkt

Langzeitarbeitslose 446

Programm „Win-Win für Köln" 765

Artothek - Raum für junge Kunst

Grafiken 243

Auszahlungsermächtigung

Neubau mit Dreifeldsporthalle 292

Ost-West-Achse 307

Umgestaltung der Gürzenichstraße 307

Baubeschluss

Auslagerung der Klassen 546

Baufeld C - Abendgymnasium 105

Freiräume mit Retentionsfunktion 453

Generalsanierung der Turnhalle 675

Generalsanierung des Umkleidehauses 120

Generalsanierung Sportanlage 451

Instandsetzung und Erweiterung der Waldschule Köln 551

Linksrheinische Uferpromenade 423

Neubau einer Erweiterung 225

Neubau Grundschule mit 1-fach Turnhalle 674

Neubau und Dreifeldsporthalle 114

Platz an St. Adelheid 447

Revitalisierung Westerwaldstraße 450

Schule und Mensa Hauptstraße 482

Umgestaltung der Gürzenichstraße 307

Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

„MHD Gelände" in Köln-Kalk 555

Geestemünder Straße in Köln-Niehl 552

Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlingen/Merkenich 317

Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler 555

Herler Straße in Köln-Buchheim 454

Innenentwicklung Heidelweg in Köln-Sürth 680

Kalscheurer Weg in Köln-Zollstock, 2. Teilaufhebung 554

Kirchenzentrum Derfflingerstraße in Köln-Weidenpesch 553

Mannsfelder Straße/Kreuznacher Straße 791

Oberer Wichheimer Kirchweg in Köln-Holweide 553

Osterather Straße / Liebigstraße in Köln-Bilderstöckchen 217

Ostmerheimer Straße in Köln Merheim 680

Pastoratsstraße in Köln-Rondorf 791

Swinestraße in Köln-Chorweiler Nord 318

Bauleitpläne - Aufhebung

Flamme Möbel in Köln-Poll 554

Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz 798

Baumaßnahmen

Generalsanierung Bezirkssportanlage 789

Generalsanierung der Sportanlage 788, 789

Philharmonie und Museum Ludwig 782

Bebauungsplan

1. Teilaufhebung Neue Eiler Straße in Köln-Porz-Eil 482

Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil 483

Bedarfsfeststellung

Arbeiten an Parkscheinautomaten 291

Breitbandausbau 441

Kragplatte am Altstadtufer 424

Leitbild „Kreuzfeld - Ein gutes Stück Köln“ 775

Luftrettungsdienst mit dem Intensivtransporthubschrauber 208, 422

Ost-West-Achse 307

Schulpavillons 206

Severinsbrücke 676

Beigeordnete

Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport 142

Beihilfekasse

Wirtschaftsplan 2020 673

Bezirksvertretungen

Anregung der Bezirksvertretung Kalk 664

Haushaltsmittel 421

Konzeptvergaben 273

Nippes 502

Bildung

Allgemeinbildende Schulen 87

Bildungsberatungszentrum Köln-Mülheim 102

Bildungslandschaft Altstadt Nord 105

Lernende Region - Netzwerk Köln e.V. 205

Schulsozialindex 257

Volkshochschule Köln 114

Bildungsgang

Fachoberschule FOS 12 Typ B / Technik 113

Botanischer Garten

Betriebshof 207

Sanierung des Subtropenhauses 447

Schaugewächshaus 672

Bühnen am Offenbachplatz

Sanierung 532

Bühnen der Stadt Köln

Betriebsleiter 771

Kompanie Richard Siegal/Ballet of Difference 450

Stellenplan 2020/21 596

Wirtschaftsplan 293

Bürgerinnen und Bürger

Bürgerbeteiligung 69

Digitalisierung

Blockchain-Genossenschaft „govdigital eG“ 770

Gigabit Masterplan Cologne 441

LSA-Infrastruktur 197

Smart City 461

Upload-Filter 166

Dringlichkeitsantrag

Vergabe zum Bau der Messehallen Nord 643

Dringlichkeitsentscheidungen

Baubeschluss „Mensa“ 482

Bebauungsplan-Entwurf Nummer 70380/02 460

KfW Wettbewerb 461

Künstler*Innenförderung Bildende Kunst 593

Lastenräder 559

Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit 129

Schulbau GU/TU 225

Veränderungssperre 462

Veränderungssperren 461

Drogenpolitik

Drogenkonsumraum 190

Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe 205, 678

Europäische Union

Drittmittel 200

EU-Charta 443

Kontrolle von Einfuhren nach EU-Recht 670

Umgebungslärmrichtlinie 784

Feuerwehr Köln

E-Fahrzeuge 393

Fahrzeugbestand 98

Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim 98

Hauptzentrale 72

FORUM Volkshochschule

Nutzungs- und Entgeltordnung 191

Frauen

Drittes Frauenhaus 729

ELSE-FALK-Preis 421

Frauenberatungsstelle von agisra e. V. 677

GAG Immobilien AG

Darlehen Butzweilerhof 94

GbR Historische Mitte

Gründung 539

Gebäudewirtschaft

Stellenplan 2020/2021 595

Technischen Hochschule Köln 788

Wirtschaftsplan 2019 93

Gebühren-, Entgeltordnungen

Einfuhren von tierischen Produkten jeder Art aus Nicht-EU-Ländern 670

Museen der Stadt Köln 756

Stadtbibliothek Köln 756

Stadtentwässerungsbetriebe 670

Geflüchtete

Asylbewerber 530

Balkan 69

Förderprojekt KOKIP 671

Notunterkünfte 419

Ombudsstelle 672

Rückbau der städtischen Notunterkunft 292

Rückerstattung von Kosten 720

Schließung und Rückbau der städtischen Unterkunft 552

Seenotrettung im Mittelmeer 35

Gesundheit

Projekt „Plan27“ 679

Sozialpsychiatrische Zentren 677

Stationäre und Ambulante Pflege 340

Gleichstellung

Gleichstellungsaktionsplan 443, 538

Gürzenich-Orchester

Jahresabschluss 2017/2018 771

Kartenpreise 102

Stellenplan 2020/2021 596

Wirtschaftsplan 294

Haushalt

Beteiligungsbericht 2017 674

Doppelhaushalt 2020/2021 421

Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020/2021 471

Entwurf des Jahresabschlusses 2018 441

Ermächtigungsübertragung 452

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020/2021 einschließlich mittelfristiger Finanzplanung bis 2024 596

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz 764

Kostensteigerungen bei Großprojekten 276

Mehraufwendungen 71

Mehraufwendungen für das Hj. 2018 420

Mehraufwendungen für das Hj. 2019 419, 531, 670, 764

Prüfung des Jahresabschlusses 592

Veränderungsnachweis 1 481

Historisches Rathaus

Repliken der Propheten für den Hansasaal 705

Integration

Antirassismus-Arbeit 291

Antirassismus-Training 100, 202, 537

Finanzmittel in 2019 99

Förderprojekt „Einwanderung gestalten NRW“ 204

Integrationslotsen Gesundheit 445

Interkulturelle Zentren 100, 202, 530

Landesinitiative „Gemeinsam klappt’s“ 671

Miteinander-Preis Köln für Demokratie und Vielfalt 195

Sitzungsgeld 667

Südosteuropäische Mitgliedsstaaten der EU 99

Integrationsrat

Hauptsatzung 285

KAG-Satzungen

Erhebung eines Erschließungsbeitrages 125

Erhebung von Beiträgen 125, 318, 456, 799

Erschließungsanlage Am Bahnhof 456

Erschließungsanlage Am Kutzpfädchen 455

Erschließungsanlage Fellmühlenweg 799

Erschließungsanlage Markgrafenstraße 455

Erschließungsanlage Niederkasseler Straße 456

Erschließungsanlage Zur Eiche 455

Kalkberg

Hubschrauberlandeplatz 365

Kinder und Jugendliche

Jugendeinrichtung Unnauer Weg 536

Kita beitragsfrei 55

Kita-Ausbau 68

Landesinitiative „Kommunale Präventionsketten“ 789

Kliniken der Stadt Köln

Antrag der Bezirksvertretung Kalk 648

Gesellschafterdarlehen 772

Projekt Klinikverbund 648

Standort Holweide 648

Koelnmesse GmbH

Liquidation der Tochtergesellschaft 421

KölnAgenda e.V.

Förderung 452

KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH

Erbringung von Leistungen 452

Kölner Verkehrs-Betriebe AG

Nachprüfungsverfahren 773

Öffentliche Personenverkehrsdienste 197

Stadtbahnvertrag 106

System „KVB Rad“ 197

Kostenerhöhungen

Feuer- und Rettungswache 6 Köln-Chorweiler 72

Feuerwehrhauptzentrale Köln Weidenpesch 72

Feuerwehrzentrum Kalk 71

Generalsanierung der Vogelsanger Straße 420

Grevenstraße 764

Integriertes Handlungskonzept Lindweiler 289

Knotenpunkt Aachener Straße/Hültzstraße/Stadtwaldgürtel 671

Troisdorfer Straße 531

Umgestaltung der Vogelsanger Straße 420

Unterbringung von Geflüchteten 71

Waldsiedlung 195

Kultur

Bühnen am Offenbachplatz 532

Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Köln e. V. 593

GbR Historische Mitte 539

Kulturentwicklungsplanung 203

Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst 772

Zeughaus 517

Lärmschutzplanung

LK-Argus 784

LIS-Köln

Betriebskonzept 196

Standortkonzept 198

Metropolregion Rheinland

Vertrauenskrise 20

MiQua

Nutzungsvertrag 537

Museum für Ostasiatische Kunst

Zweckbezogene Spende 243

Museum Ludwig

6 Collagen von Louise Nevelson 705

Baumaßnahmen 782

Kunstwerke des Künstlers Johannes Wohnseifer 161

Werk des Künstlers Richard Hamilton 34

Werk von Mollusca & The Pelvic Floor 608

Oberbürgermeisterin

Abgeordnete im Landtag und im Deutschen Bundestag 190

Reisen 666

ÖPNV

Bahnsteige an Haltestellen der Linien 4 und 13 106

Busnetzerweiterung 424

Gesamtnetzbetrachtung 50

Kurzstreckentickets zum Nulltarif 664

KVB-Busnetz 440

KVB-Stadtbahnnetz 440

Mobilitätskonzepte 249

Netzkarte auf Probe 737

Verlängerung der Buslinie 423 539

Philharmonie

Baumaßnahmen 782

Planung

Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. 536

Ersatzneubau der Kragplatte 424

Generalinstandsetzung und Errichtung eines Erweiterungsbaus 117

Hafenausbau Godorf 502

Industriestraße 131 in Köln-Rodenkirchen 460

OGS-Haus 207

Ost-West-Achse 307

Projekte im Botanischen Garten 447

Sanierung der Medienleitungen 207

Umgestaltung des Rochusplatzes 109

Verlängerung der Bahnsteige 106

Projekt "Plan27"

Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen 679

Rat

Ausschussunterlagen 754

Livestream 352

Stichwahl 151

Rathaus

Schuldenuhr 185

Rheinische Musikschule Köln

Mittelfreigabe und Konzept 113

Rheinisches Revier

Strukturwandel 189, 278

Satzungen

Abfallgebühren 756

Abfallsatzung 756

Abgrenzungskatalog 755

Anpassung Wertgrenze 530

Ausschuss für Schule und Weiterbildung 70

FORUM Volkshochschule 191

Integrationsrat 285

Kölner Wochenmärkte 285

Kulturförderabgabe 418, 755

Luftrettungssatzung 755

Notunterkünfte für ausländische geflüchtete Personen 419

Puppenspiel der Stadt Köln 191

Stadtentwässerungsbetriebe 71

Straßenreinigung 763

Volkshochschule Köln 191

Wohnraumschutzsatzung 280

Zuwendungsvoraussetzungen 531

Schenkungen

Artothek - Raum für junge Kunst 243

Didaktische Sammlung indischer Miniaturmalerei 242

Historisches Rathaus 705

Museum für Ostasiatische Kunst 243

Museum Ludwig 34, 161, 608, 705

Museum Schnütgen 500

Schulen

Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule 117, 292

Gaedestr., Köln-Marienburg 674

Gesamtschule für Rondorf 87

GGS Hauptstraße 770

Grundschule Hauptstraße 546

Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 225

Kath. Grundschule Forststr. 207

Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg 113

Schulbaumaßnahmenliste 94, 765

Städtische Katholische Grundschule Osterather Straße 675

TU-/GU-Schulbaumaßnahmenpaket 448

Verbund Kölner Europäischer Grundschulen 538

Vogelsanger Str. (ehemaliges Helios-Gelände) in Köln-Ehrenfeld 114

Waldschule Köln im Umweltbildungszentrum Gut Leidenhausen 551

Schulgesetz

Änderung der Kapazität 770

Zügigkeitserhöhung 113

Severinsbrücke

Nachrechnung 676

Sicherheit

Ebertplatz 529

Kriminalpräventiver Rat Köln 113

Streetworkkonzept 522

Veedelsschutzmann 623

Silvesternacht 2018/2019

Kosten 68

Sozial-Betriebe-Köln

Unterschwellenvergabe 441

Soziale Erhaltungssatzung

Severinsviertel in der Kölner Innenstadt 791

Sozialpsychiatrische Zentren

Stadtbezirke Chorweiler, Lindenthal, Porz und Rodenkirchen 677

Sport

Baumpflegearbeiten auf Sportanlagen 208

Bewegungsparcours im Kölner Grün 448

Bezirkssportanlage Bocklemünd 789

Sportanlage Fühlinger Weg in Köln-Volkhoven/Weiler 788

Sportanlage Humboldtstraße 451

Sportanlage Martinusstraße, Köln-Auweiler 789

Sportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler 120

Sportentwicklungsplanung 177

Stadt Köln

Aufsichtsräte 529

Aussteigerprogramme 360

Autonomes Zentrum 44

Bombenfunde 754

Demokratie in Partnerstadt 235

Ehrenamtliche Gremienmitglieder 70

Graffiti 355

Internationales „Rainbow Cities Network“ 677

Karl Küpper Platz 620

Klimanotstand 394

Kompass 20

Linksextremismus 263

Miteinander-Preis 538

NRW-Tag 2020 295

Public Corporate Governance Kodex 453

Rettungsdienstsatzung 294

Sportentwicklungsplanung 177

Städtische Flugreisen 393

Trinkbrunnen 116

Wahlrecht 151

Wandschmierereien 256

Wechsel des Amtes 23 608

Weidenbad 393

Stadtentwässerungsbetriebe

Abwasserbeseitigungskonzept 2020 295

Abwassergebührensatzung 2020 670

Abwassersatzung 71

Jahresabschluss 2018 293

Köln-Porz-Eil 453

Strunder Mühle, Köln-Dellbrück 451

Wichheimer Mühle, Köln-Dellbrück 451

Wirtschaftsplan 2020 673

Stadtentwicklung

Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ 674

Colonius 362

Erbbaurecht 346

Generationenübergreifendes Bürgerhaus 536

Hafenausbau Godorf 502

Holzbau 356

Innenstadt 189

Kiosk Rheinboulevard 784

Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst 101

Programm „Lebenswerte Veedel“ 773

Projekt WAK 551

Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ 120

Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ 118

Standort Deutz 378

Starke Veedel - Starkes Köln 199

Veedel im Stadtbezirk Innenstadt 706

Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung 307

Werkstattverfahren Hallen Kalk 675

Städtische Regelungen

Zuständigkeitsordnung 193

Stadtwerke Köln

Jahresüberschuss 2018 317

Starke Veedel - Starkes Köln

Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf 109

Sozialraum Humboldt/Gremberg und Kalk 450

Sozialraum Ostheim und Neubrück 447

Sozialraum Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil 199, 453

Stellenpläne

Stellenplan für das Jahr 2020/2021 593

Überplanmäßige Aufwendungen

Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze 420

Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen 671

Teilplan 1501 - Wirtschaft und Tourismus 290

Überplanmäßige Auszahlung

Sanierung des Rheinparkcafés 765

Umwelt

Climate Emergency 394

CO2-Reduzierung 393

Feinstaubmessung 175

Förderprogramm „SmartCity Cologne GO“ 208

Klimafreundliches Wohnen 112

Klimaneutralität 754

Klimastreik 529

Klimawandel 278

KölnKlimaAktiv 2022 121

Luftreinhalteplan 209

Umweltgerechtigkeit 393

Unvermeidbare Flüge 63

Windenergie 243

Unterbringung von Geflüchteten

Butzweilerhofallee 292

Städtisches Gebäude Blaubach 9 71

Standort Eygelshovener Straße 552

Veränderungssperren

„Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)“ in Köln-Altstadt/Nord 461, 462

Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 124

Donatusstraße in Köln-Pesch 454

Eisenbahnersiedlung 217

Kölner Straße/Hauptstraße 798

Veranstaltungszentrum Köln

Auflösung der Kapitalrücklage 444

Erste Betriebsleiterin 98

Jahresabschluss 2018 443

Wirtschaftsplan 2020 773

Verbraucherberatungsstelle

Verbraucherberatung im Quartier 444

Vertrag über die Finanzierung 444

Verein 'Metropolregion Rheinland'

Transparenz 20

Vergabe, Lieferungen und Leistungen

Digitalisierung 197

Externe Moderationsleistungen 129

Kinderspielgeräte 538

Öffentliche Personenverkehrsdienste 773

Vergabeprozesse 193

Verkehr

Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld 292

Einrichtungen für Reisebusse 722

Godorfer Hafen 501

Hubschrauberbetriebsstationen 365

Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln 196, 198

Lärmaktionsplanung 784

Lastenräder für Köln 559

Mobilitätsfonds 249

Mobilitätsmesse 746

Mobilitätsplanung 161

Parkgebührenordnung 2019 546

Pförtnerampel 636

Verordnungen

Offenhalten von Verkaufsstellen 193, 419

Verwaltung

Dienstwagen 666

Ordnungsnummer Dez. VIII zu Dezernat III 608

Reisen der Dezernate 666

Umstufung von Straßen 755

Volkshochschule

Honorarordnung 191

Last-Minute-Angebot 114

Wahlen

Aufsichtsräte, weitere Gremien 558

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales 221

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden 558

Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen 681

Ausschuss Kunst und Kultur 460

Ausschuss Schule und Weiterbildung 126, 217, 221, 457, 800

Ausschuss Soziales und Senioren 557

Ausschuss Soziales und Senioren 218

Ausschussumbesetzung 126, 459

Bauausschuss 682

Beirat Porz Mitte 126

Besetzung von Gremien 222

Dachverband kommunaler IT-Dienstleister 218, 557

Deutscher Städtetag 220, 221

Deutsches Sport & Olympia Museum 458

Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport 72, 142

Diverse Ausschüsse 219

Flughafen Köln/Bonn GmbH 320

Gremien 322

Gremien 559

Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim 457

Integrationsrat 319, 682

Jugendhilfeausschuss 125, 128, 320, 457, 459, 460, 556, 682

Jugendzentren Köln gGmbH 457, 800

KölnBäder GmbH 126, 456

KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH 127

Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mit beschränkter Haftung 319

Kölner Sportstätten GmbH 320

KölnVorsorge - Sterbeversicherung VVaG 319

Kommunale Gesundheitskonferenz Köln 219, 556

Liegenschaftenausschuss 459

Mediengründerzentrum NRW MGZ GmbH 220

Neubesetzung 682

Olympiastützpunkt Rheinland e. V. 799

Ratsausschüsse, Aufsichtsräte, weitere Gremien 221, 321, 322

RheinEnergie AG 557

Sachkundige Einwohner 681

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter 681

Sparkasse 800

Stadtentwicklungsausschuss 128, 218, 558

Stadtwerke Köln GmbH 128

Untere Landschaftsbehörde 220

Untere Naturschutzbehörde 558

Verein Kölner Sportgeschichte e. V. 459

Verkehrsausschuss 128, 218, 683

Verkehrsverbund Rhein-Sieg 127

Verkehrsverbund Rhein-Sieg 800

Vertretungsregelung in den Ausschüssen 128

Wahlausschuss für die Kommunalwahl 2020 458

Wirtschaftsausschuss 320

Zoologischer Garten Köln AG 129

Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

Blockrandbebauung 538

Jahresabschluss und Lagebericht 2017 790

Stellenplan 2020/2021 596

Wirtschaftsplan 2019 531

Wirtschaft

Arbeitsmarkt 143

Firmenansiedlungen in den ‚alten Messehallen‘ 643

Ford 143, 693

Frischezentrum 739

Frischezentrum in Marsdorf 612

Kaufhof-Zentrale 69

Wohnraum

Auszugsmanagement 676

Barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere 674

Freie Grundstücke 267

Gelände des Justizzentrums 711

Hausbesetzer 394

Knappheit 277

Kommunales Wohnungsbauförderprogramm 187

Mietendeckel 384

Projekt OptiWohn 112

Satzung 280

Stadtentwicklungskonzept Wohnen 791

Studentisches Wohnen am Justizzentrum 529

Wohnungen über Lebensmittelmärkten 629

Wohnungsbaugrundstücke 346

Wohnungsnot 278

Zusatzversorgungskasse

Jahresabschluss und Lagebericht 2018 674

Wirtschaftsplan 2020 674

Zuwanderung

Südosteuropäische Mitgliedsstaaten der EU 551

Rednerverzeichnis

Akbayir, Hamide (DIE LINKE) 65, 122, 247, 508, 733

Bellis-Olinger, Teresa De (CDU) 268, 378, 630, 635, 714, 793

Benthem, Henk van (CDU) 178, 180

Bercher-Hiss, Susanne (Bündnis 90/Die Grünen) 397, 399

Blome, Andrea, Beigeordnete 55, 108, 254, 313, 314, 637, 723

Börschel, Martin (SPD) 104, 118

Boyens, Stephan (AfD) 21, 61, 175, 240, 241, 290, 403, 411, 496, 509, 541, 585, 586, 648, 650, 660, 710, 720, 734, 735

Breite, Ulrich (FDP) 13, 79, 80, 81, 157, 160, 183, 299, 335, 371, 372, 467, 468, 496, 534, 610, 646, 655, 710, 716, 760

Brust, Gerhard (Bündnis 90/Die Grünen) 116, 123, 214, 215, 244, 357, 757, 762

Bülow, Brigitta von (Bündnis 90/Die Grünen) 102, 144, 265, 361, 519, 533, 573, 697

Detjen, Jörg (DIE LINKE) 149, 152, 153, 190, 238, 274, 277, 278, 279, 287, 298, 363, 373, 384, 468, 522, 527, 579, 609, 613, 644, 654, 657, 699, 744, 747, 759, 762, 763, 783

Diemert, Prof. Dr. Dörte, Stadtkämmerin 16, 194, 223, 224, 476, 542, 543, 643

Elster, Dr. Ralph (CDU) 103, 105, 169, 173, 286, 441, 519, 532

Flammer, Michael, Privatperson 408

Frank, Jörg (Bündnis 90/Die Grünen) 46, 103, 273, 288, 348, 349, 350, 504, 513, 514, 594, 615, 616, 617, 635, 743, 786

Frenzel, Michael (SPD) 79, 110, 115, 118, 199, 267, 272, 280, 371, 372, 385, 386, 390, 629, 634, 635, 711, 713, 717, 718, 775, 792, 797, 798

Gärtner, Ursula (CDU) 36, 341, 525, 528, 678, 729

Geffen, Jörg van (SPD) 148, 493, 501, 740

Geraedts, Wilhelm (AfD) 185, 186, 192, 205, 256, 356, 361

Gerlach, Lisa Hanna (Einzelmandatsträgerin) 354, 406, 641, 647

Gerlach, Lisa Hanna (Ratsgruppe BUNT) 38

Görzel, Volker (FDP) 27, 146, 172, 173, 174, 222, 223, 352, 389, 520, 549, 627, 628, 700, 752, 787

Götz, Stefan (CDU) 50, 243, 250, 547

Greitemann, Markus, Beigeordneter 110, 111, 189, 199, 277, 279, 359, 501, 502, 519, 540, 542, 544, 712, 713, 780, 796

Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin (Kalk) 773

Groß, Dr. Tanja, 2. Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin (Kalk) 657, 664

Haaks, Stefanie (Kölner Verkehrs-Betriebe) 198

Halberstadt-Kausch, Inge (SPD) 358

Hammer, Lino (Bündnis 90/Die Grünen) 51, 77, 107, 155, 196, 233, 250, 308, 334, 336, 374, 410, 467, 469, 491, 513, 547, 619, 639, 666, 667, 708

Hegenbarth, Thomas (Ratsgruppe BUNT) 24, 54, 62, 166, 174, 253

Hegenbarth, Thomas (SPD) 425

Heinen, Dr. Ralf (SPD) 55, 68, 69, 236, 511, 513

Heuser, Marion (Bündnis 90/Die Grünen) 36, 42, 153, 281, 342, 388, 444, 525, 528, 794

Homann, Mike, Bezirksbürgermeister (Rodenkirchen) 91, 509

Hoyer, Katja (FDP) 40, 66, 239, 283, 342, 401, 445, 526, 527, 617, 621, 745, 796

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister (Innenstadt) 303, 304, 544

Jahn, Kirsten (Bündnis 90/Die Grünen) 31

Joisten, Christian (SPD) 13, 14, 15, 23, 72, 81, 193, 223, 295, 298, 304, 305, 335, 375, 380, 422, 436, 437, 467, 469, 495, 502, 506, 514,

532, 535, 546, 563, 605, 612, 616, 619, 638, 694, 704, 738, 749, 756

Karaman, Malik (SPD) 155

Keller, Dr. Stephan, Stadtdirektor 46, 65, 74, 85, 394, 557, 608

Kessing, Ulrike (Bündnis 90/Die Grünen) 58

Kienitz, Niklas (CDU) 13, 109, 194, 281, 335, 354, 355, 387, 396, 468, 493, 494, 496, 609, 644, 718, 779

Klausing, Christoph (CDU) 47

Klein, Dr. Agnes, Beigeordnete 139

Kockerbeck, Heiner (DIE LINKE) 59, 78, 90, 97, 365, 494, 768

Kron, Peter (SPD) 111, 177, 178, 180, 184, 321

Krupp, Dr. Gerrit (SPD) 82, 151, 168, 194, 196, 285, 497, 609, 623, 628, 643, 708, 784

Laufenberg, Sylvia (FDP) 59, 91, 97, 262, 730, 736, 769

Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete 203

Michel, Dirk (CDU) 162, 311, 426, 638, 707

Möller, Monika (SPD) 732

Nesseler-Komp, Birgitta (CDU) 736

Paetzold, Michael (SPD) 35, 343, 370, 445, 446, 463, 523, 528, 649, 650, 658, 678

Pakulat, Sabine (Bündnis 90/Die Grünen) 188, 269, 364, 379, 539, 631, 715, 777

Petelkau, Bernd (CDU) 25, 76, 105, 143, 154, 224, 235, 296, 322, 368, 374, 422, 433, 503, 515, 569, 614, 624, 651, 696, 742, 750, 761

Philippi, Franz (SPD) 87, 257, 334, 468, 494, 765

Pöttgen, Andreas (SPD) 52, 107, 138, 162, 249, 307, 724

Rau, Dr. Harald, Beigeordneter 187, 188, 189, 523, 721, 735, 762

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin 12-15, 19, 21, 23-28, 30-32, 34-38, 40-47, 49-56, 58, 59, 61-72, 74, 76, 77-82, 84-87, 89-91, 93, 94-129, 136, 138, 140, 142-144, 146-155, 157-170, 172-175, 225, 226, 232, 233, 235-245, 247-254, 256, 257, 259, 260, 262-266, 268-283, 285-299, 301-305, 307-315, 317-323, 333-336, 338, 340, 342-351, 352-365, 367, 368, 370, 371, 373-375, 378-381, 383, 385-391, 393, 394, 396, 397, 399-401, 403, 404, 406-409, 411, 412, 418-424, 426, 428, 429, 431-437, 440-448, 450-462, 466-471, 476, 481, 482, 483, 491-497, 500-503, 505, 506, 508-511, 513-515, 517-523, 525-560, 562, 569, 573, 579, 582, 585-587, 589, 591-596, 598, 604, 605, 608-639, 641-652, 654-661, 664, 666-668, 670-683, 691, 693, 696, 697, 699-702, 704-708, 710-718, 720-741, 743-747, 749-757, 759-777, 779-791, 793, 794, 796- 800

Richter, Manfred (Bündnis 90/Die Grünen) 297, 298, 644, 750

Roß-Belkner, Monika (CDU) 725

Schäfer, Prof. Klaus (SPD) 103, 104, 293, 518, 541

Schlieben, Dr. Helge (CDU) 56, 87, 95, 259, 766

Scho-Antwerpes, Elfi (SPD) 94

Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin 176, 178, 180-200, 202-225, 471, 476

Scholz, Tobias (Ratsgruppe GUT) 40, 51, 367, 731

Schoser, Dr. Martin (CDU) 356

Schwab, Luisa (Bündnis 90/Die Grünen) 729

Schwanitz, Hans (Bündnis 90/Die Grünen) 171, 625

Sommer, Ira (CDU) 275, 348

Stahlhofen, Gisela (DIE LINKE) 103, 182, 260, 400, 518

Steinkamp, Dr. Dieter (Stadtwerke Köln) 510

Sterck, Ralph (FDP) 53, 106, 165, 213, 224, 248, 252, 271, 310, 350, 358, 362, 381, 429, 434, 505, 540, 582, 633, 636, 706, 727, 777

Strahl, Dr. Jürgen (CDU) 213

Struwe, Rafael (SPD) 64, 121, 209, 246, 346, 350, 395, 399, 406

Thelen, Elisabeth (Bündnis 90/Die Grünen) 181

Thelen, Horst (Bündnis 90/Die Grünen) 89, 96, 97, 260, 767, 769

Tokyürek, Güldane (DIE LINKE) 20, 37, 84, 168, 344, 381, 626, 667

Tritschler, Sven (AfD) 41, 42, 45, 46, 147, 148, 158, 190, 263, 264, 360, 620, 701, 737

Unna, Dr. Ralf (Bündnis 90/Die Grünen) 368, 653, 659, 678

Voigtsberger, Robert, Beigeordneter 142, 336

Weisenstein, Michael (DIE LINKE) 15, 53, 66, 108, 116, 118, 164, 187, 210, 212, 215, 251, 270, 282, 309, 314, 347, 349, 386, 428, 534, 548, 632, 640, 661, 668, 715, 727, 747, 751, 776, 794

Welcker, Katharina (CDU) 787

Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister (Ehrenfeld) 273

Wolter, Andreas (Bündnis 90/Die Grünen) 26, 163, 237, 427, 726

Wortmann, Walter (Freie Wähler Köln) 30, 69, 153, 211, 212, 213, 292, 302, 312, 351, 408, 432, 435, 436, 437, 493, 494, 521, 535, 543, 589, 605, 618, 647, 710, 722, 724, 739, 746, 747

Zimmermann, Thor-Geir (Ratsgruppe GUT) 28, 62, 63, 67, 81, 114, 159, 160, 210, 245, 253, 278, 301, 304, 312, 336, 353, 363, 379, 393, 394, 404, 406, 431, 467, 469, 491, 492, 494, 495, 496, 506, 534, 541, 559, 587, 605, 611, 641, 646, 702, 747, 780, 781